Bibliothek
der Kommunistischen Internationale
22.

Protokoll des
II. Weltkongresses
der Kommunistischen Internationale

1 9 2 1
Verlag der Kommunistischen Internationale
Auslieferungsstelle für Deutschland:
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

335.4
C737
122683, 2d

BOOK 335.4.C737 2d c.1
COMMUNIST INTERNATIONAL # P
ROTOKOLL DES 1
3 9153 00097901 5

Digitized by the Internet Archive
in 2011 with funding from
Boston Library Consortium Member Libraries

http://www.archive.org/details/derzweitekongres00comm

Bibliothek
der Kommunistischen Internationale
22.

Der zweite Kongreß
der Kommunist. Internationale

Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau

1 9 2 1

Verlag der Kommunistischen Internationale
Auslieferungsstelle für Deutschland:
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

335.4
C737
29

UNIVERSITY OF CONNECTICUT

Druck von Konrad Hanf, Hamburg 8

9/29/48

Vorbemerkung.

Der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale fand in einem Lande statt, das durch die Blockade von allen übrigen Ländern abgeschnitten ist. Die aus dieser Lage erwachsenden Schwierigkeiten haben auch in der Ausgabe der stenographischen Berichte, die wir jetzt veröffentlichen, ihre Widerspiegelung gefunden.

Infolge der Abgeschiedenheit Sowjetrußlands von der ganzen übrigen Welt war es nicht möglich, zum Kongreß rechtzeitig eine genügende Anzahl von Mitarbeitern mit Kenntnissen fremder Sprachen, insbesondere aber deutsche, französische und englische Stenographen, heranzuziehen. So waren für die Aufnahme der Reden nur zufällig zwei deutsche, ein französischer und überhaupt keine englischen Stenographen zugegen.

Dies hatte vor allem die sehr bedauernswerte Verzögerung in der Herausgabe der Berichte zur Folge. Die Dechiffrierung allein nahm beinahe zwei Monate in Anspruch.

Als man an die Redigierung der Berichte herantreten konnte, waren die meisten Delegierten natürlich schon abgereist. Es erwies sich, daß der Text an vielen Stellen stark entstellt war. Auch war vieles ausgelassen — so fehlten z. B. fast gänzlich die von den Rednern angeführten Zitate, Titel von Büchern und Zeitungen, vorgeschlagene Verbesserungen usw. — und endlich waren viele Reden, besonders die in englischer Sprache gehaltenen, nur in der Uebersetzung vorhanden. Die Wiederherstellung

1226 83

des richtigen Textes nahm sehr viel Zeit in Anspruch. Manches Fehlende konnte überhaupt nicht wiederhergestellt werden, was jedesmal an der entsprechenden Stelle des Stenogramms vermerkt ist.

Die Hauptaufmerksamkeit war darauf gerichtet, möglichst schnell einen zuverlässigen Text zu veröffentlichen; Form- und Sprachfehler mußten daher mit in den Kauf genommen werden.

Wir geben der Hoffnung und dem Wunsch Ausdruck, daß der nächste Weltkongreß der Kommunistischen Internationale unter günstigeren Umständen stattfinden und besser organisiert und vorbereitet sein wird, und daß der nächste Bericht schneller und in technischer Hinsicht besser veröffentlicht werden kann.

Moskau, Dezember 1920.

Die Redaktion.

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Vorbemerkung der Redaktion
2. Beschluß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale über die Einberufung des II. Weltkongresses 1
3. Erste Sitzung des II. Weltkongresses am 19. Juli 1920 in Petrograd 6
   - Eröffnung des Kongresses. Eröffnungsrede des Genossen Sinowjew.
   - Wahl des Präsidiums des Kongresses.
   - Begrüßungsrede des Genossen Kalinin.
   - Bericht des Genossen Lenin über die Weltlage und die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale.
   - Antrag des Genossen Rosmer über den Aufruf „An die Proletarier von Petrograd".
   - Antrag des Genossen Serrati über den Aufruf „An die Rote Armee und die Rote Flotte der R. S. F. S. R.".
   - Antrag des Genossen Steinhardt über den Aufruf „An die Proletarier aller Länder".
   - Bericht des Genossen Marchlewski über die Lage in Polen.
   - Antrag des Genossen Levi über den Aufruf „An die Proletarier und Proletarierinnen aller Länder"
   - Abstimmung über die vier Begrüßungen.
4. Sitzung am 23. Juli 57
   - Geschäfts- und Tagesordnung.
   - Ueber die Rolle und Struktur der kommunistischen Partei.
   - Bericht des Genossen Sinowjew.
   - Debatten: Genossen Ramsay, Mac Laine, Pestagna, Tanner, Rakosi, Wijnkoop, Levi, Serrati, Lenin, Trotzki, Suchi.
   - Wahl einer Kommission für diese Frage.
5. Sitzung am 24. Juli 100
   - Wahl von Kommissionen für die einzelnen Fragen der Tagesordnung.

Seite

Verlesung der Erklärung der amerikanischen Vertretung über die Bereitwilligkeit der C. L. P. und der C. P., sich zu vereinigen.
Verlesung des Telegramms der Internationalen Sozialistischen Liga Südafrika.
Wahl der Mandatskommission.
Ueber die Rolle und Struktur der Kommunistischen Partei vor und nach der Machtergreifung durch das Proletariat.
Bericht des Genossen Sinowjew über die Arbeit der Kommission.
Verlesung, Abstimmung und Annahme der Leitsätze.
Die Frage der Zulassung der Vertreter der U. S. P. D. und der Französischen Sozialistischen Partei in die Kommission zur Ausarbeitung der Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale.
Debatten: Reden der Genossen Wijnkoop, Radek, van Leuven, Guilbeaux, Däumig, Sinowjew, Levi, Bucharin.
Abstimmung der Frage.
Wahl der Unterkommissionen.
Festsetzung der Tagung der einzelnen Kommissionen.

6. Sitzung am 26. Juli 137
Die Nationalitäten- und Kolonialfrage.
Bericht des Genossen Lenin.
Bericht des Genossen Maring über die Arbeit der Kommission.
Rede und Ergänzungsthesen des Genossen Roy.
Reden der Genossen Reed, Fraina, Radek.

7. Sitzung am 28. Juli 167
Die Nationalitäten- und Kolonialfrage.
Reden der Genossen Sultan Sade, Graziadei, Lao Si-Tao, Pak - Din - Schun, N., X., Ismael Hakki Pascha, Maring, Frumkina, Mac Laine, Wijnkoop, Mereshin, Murphy, Kohn.
Erklärung des Genossen Serrati und Debatte zu seiner Erklärung: Reden der Genossen Wijnkoop, Sinowjew, Roy, Bombacci.
Verlesung und Abstimmung der Leitsätze.
Uebergabe der strittigen Fragen an die Kommission.

8. Morgensitzung am 29. Juli 234
Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale.
Bericht des Genossen Sinowjew.
Debatten: Antrag der Genossin Balabanowa, Reden der Genossen Radek, Cachin, Lefèvre, Graziadei, Guilbeaux, Herzog, Goldenberg, Bordiga.

Seite

9. Abendsitzung am 29. Juli 287
Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale.
Fortsetzung der Debatten: Reden der Genossen Milkitsch, Bombacci, Polano, Rakosi, Serrati, Meyer, Wijnkoop, Münzenberg, Losowsky, Crispien, Dittmann.

10. Sitzung am 30. Juli 330
Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale.
Fortsetzung der Debatten: Reden der Genossen Rakowski, Serrati, Lenin, Levi, Humbert-Droz, Däumig, Dahlström, Stöcker, Jörgensen, Friis, Sinowjew, Goldenberg.
Verlesung, Abstimmung und Annahme der Leitsätze.

11. Morgensitzung am 2. August 402
Der Kongreß ehrt das Andenken des Jahrestages des Sturzes der ungarischen Räterepublik.
Verlesung der Erklärung Crispiens.
Die Frage des Parlamentarismus.
Bericht des Genossen Bucharin.
Bericht der Genossin Wolfstein über die Arbeit der Kommission.
Korreferat des Genossen Bordiga.
Debatten: Reden der Genossen Gallacher und Schablin.

12. Abendsitzung am 2. August 443
Die Frage des Parlamentarismus.
Fortsetzung der Debatten: Reden der Genossen Herzog, Murphy, Suchi, Lenin, Bordiga, Bucharin, Schablin, Goldenberg, Polano, Serrati.
Verlesung, Abstimmung und Annahme der Leitsätze.
Bericht der Mandatprüfungskommission.

13. Morgensitzung am 3. August 481
Verlesung des Begrüßungstelegramms der Arbeitsgemeinschaft der revolutionären Sozialdemokraten Oesterreichs.
Die Gewerkschaftsfrage.
Bericht des Genossen Radek.
Bericht des Genossen Fraina über die Arbeit der Kommission.
Debatten: Rede des Genossen Tanner.

14. Abendsitzung am 3. August 509
Genosse Labor-Achunde-Salimow begrüßt den Kongreß im Namen der Werktätigen Chiwas.
Die Gewerkschaftsfrage.

Seite

Debatten: Reden der Genossen Walcher, Bombacci, Losowsky.
Verlesung, Abstimmung und Annahme der Leitsätze.

15. Morgensitzung am 4. August 538
Der Kongreß ehrt das Andenken der Genossin Aasen.
Die Agrarfrage.
Bericht des Genossen Meyer.
Debatten: Reden der Genossen Graziadei, Schablin, Serrati, Sokolnikow, Lefèvre.
Abstimmung und Annahme der Leitsätze.

16. Abendsitzung am 4. August 571
Die Frage der Statuten der Kommunistischen Internationale.
Bericht des Genossen Kabaktschijew.
Bericht des Genossen Bamatter über die Arbeit der Kommission.
Debatten: Reden der Genossen Bilan, Wijnkoop, Levi, Gallacher, Reed, Fraina, Sinowjew.
Verlesung, Abstimmung und Annahme der Statuten.

17. Sitzung am 5. August 607
Bericht des Genossen Radek über die Arbeit der Mandatskommission.
Debatten: Reden der Genossen Flynn, Fraina.
Die Frage der Bedingungen, unter welchen Arbeiter- und Soldatenräte geschaffen werden dürfen.
Bericht des Genossen Sinowjew.
Abstimmung und Annahme der Leitsätze.
Ausarbeitung der endgültigen Fassung der Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage.
Bericht des Genossen Radek.
Debatten: Reden der Genossen Reed, Gallacher, Sinowjew, Fraina.
Abstimmung und Annahme der von dem Genossen Radek beantragten Leitsätze.
Debatten über die Frage der Roten Gewerkschaftsinternationale: Reden der Genossen Sinowjew und Tanner.

18. Sitzung am 6. August 640
Die Frage des Eintritts in die Labour Party.
Debatten: Reden der Genossen Pankhurst, Mac Laine, Gallacher, Lenin.
Abstimmung der Frage.
Die Frage der Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale.
Bericht des Genossen Meyer über die Arbeit der Kommission.

Seite

Abstimmung der Leitsätze.
Die Frage des Sitzes der Exekutive.
Die Frage der Vertretung der Parteien in der Exekutive.
Debatten: Reden der Genossen Wijnkoop, Radek, Maring, Roy, Wanek, Sinowjew, Bringolf.

19. Sitzung am 7. August 668
Vereinigte Sitzung des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale, des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees, des Moskauer Sowjets, des Plenums der Gewerkschaften und der Betriebsräte.
Reden der Genossen Kalinin, Gallacher, Manner, Levi, Radek, Trotzki, Sinowjew.

Anhang

20. Manifest der Kommunistischen Internationale . . . 705
21. Leitsätze über die Bedingungen, unter welchen Arbeiterräte geschaffen werden dürfen 742
22. Leitsätze über die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale 746
23. Leitsätze über die Agrarfrage 767
24. Liste der Delegierten zum II. Kongreß 780
25. Bestand der Kommissionen 789
26. Alphabetisches Verzeichnis der Redner 791

Die Einberufung des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.

An alle kommunistischen Parteien und Gruppen, an alle roten Gewerkschaften, an alle kommunistischen Frauenorganisationen, an alle kommunistischen Jugendverbände, an alle auf dem Boden des Kommunismus stehenden Arbeiterorganisationen, an alle ehrlichen Werktätigen!

Genossen!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat beschlossen, zum 15. Juli 1920 nach Moskau den II. Kongreß der Kommunistischen Internationale einzuberufen.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat folgenden *vorläufigen* Entwurf der Tagesordnung des zweiten Kongresses aufgestellt:

1. Bericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

2. Bericht der Vertreter der verschiedenen Länder. Die Berichte sollen schriftlich vorgelegt werden.

3. Die gegenwärtige Weltlage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale.

4. Die Frage des Parlamentarismus.

5. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte.

6. Die Rolle und die Struktur der kommunistischen Partei vor und nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat.

7. Die Nationalitätenfrage und die Kolonialfrage.

8. Die Agrarfrage.

9. Stellungnahme zu den neuen Strömungen des „Zentrums", die das Kommunistische Programm nur durch Lippenbekenntnis anerkennen, und über die Bedingungen des Beitritts zur Kommunistischen Internationale.

10. Das Statut der Kommunistischen Internationale.

11. Organisationsfragen (legale und illegale Organisationen, Frauenorganisationen usw.).

12. Jugendbewegung.

13. Wahlen.

14. Verschiedenes.

Zur Teilnahme am Kongreß mit beschließender Stimme werden alle kommunistischen Parteien, Gruppen und Gewerkschaften eingeladen, die offiziell der Kommunistischen Internationale beigetreten und von deren Exekutivkomitee anerkannt sind.

Jene Gruppen und Organisationen, die auf dem Boden der Kommunistischen Internationale stehen, sich aber in Opposition zu den offiziell angegliederten kommunistischen Parteien befinden, werden ebenfalls aufgefordert, am Kongreß teilzunehmen, der selbst entscheiden wird, was für eine Stimme diesen Gruppen einzuräumen ist.

Ferner werden zur Teilnahme am Kongreß alle Gruppen der revolutionären Syndikalisten, der Verbände der I. W. W. und anderer Organisationen aufgefordert, zu denen das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in Beziehung getreten ist.

Die Jugendverbände sollen nicht nur durch das Exekutivkomitee der Jugendinternationale, sondern außerdem durch die kommunistischen Organisationen aller einzelnen Länder vertreten sein.

In Verbindung mit dem bevorstehenden Kongreß wird die Einberufung einer internationalen Konferenz der kommunistischen Frauen und eine internationale Konferenz der kommunistischen Jugendverbände geplant.

Falls es irgendwie möglich ist, soll im Zusammenhange mit dem Kongreß auch die erste internationale Konferenz der roten Gewerkschaften veranstaltet werden.

Alle Parteien und Organisationen werden aufgefordert, eine möglichst große Zahl von Delegierten zum Kongreß zu entsenden. (Die Frage der Zahl der beschlußfähigen Stimmen auf dem Kongreß wird selbstverständlich unabhängig von der Zahl der Delegierten entschieden.)

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale besteht entschieden darauf, daß alle kommunistischen Parteien, die den Kongreß beschicken, *unbedingt* einen ihrer Delegierten zu ihrem ständigen Vertreter im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ernennen. Dieser Genosse soll eine längere Zeit in Rußland verbleiben können.

Aus dem Entwurf der Tagesordnung ist zu ersehen, daß der Kongreß die wichtigsten Fragen erörtern wird, die die Kommunisten der ganzen Welt beschäftigen. Das rasche Wachstum der Ideen des Kommunismus in der ganzen Welt zwingt uns, die Einberufung des Kongresses zu beschleunigen. Der Kongreß wird den Proletariern aller Länder eine genaue und klare Antwort auf die Fragen geben, die auf der Tagesordnung stehen und ihrer Lösung harren.

Der erste Kongreß der Kommunistischen Internationale hat das Banner des Kommunismus aufgepflanzt. Heute stehen in der ganzen Welt schon Millionen klassenbewußter Arbeiter unter diesem Banner. Jetzt handelt es sich nicht mehr nur um die Propaganda der kommunistischen Ideen. Jetzt bricht die Epoche der *Organisation* des kommunistischen Proletariats und *des unmittelbaren Kampfes* um die kommunistische Revolution an.

Die II. Internationale ist wie ein Kartenhaus zusammengestürzt. Die Versuche einiger „sozialistischer" Diplomaten, eine neue Bastardinternationale zu gründen, die zwischen der II. und der Kommunistischen Internationale stehen soll, sind geradezu lächerlich und finden seitens der Arbeiter keinerlei Unterstützung. Durch die Militärzensur, den Belagerungszustand, den Verleumdungsfeldzug der gelben Sozialdemokraten und der bür-

gerlichen Presse von einander getrennt, reichen die Arbeiter aller Länder dennoch einander die Bruderhand. Während des einen Jahres ihres Bestehens hat die Kommunistische Internationale in den Arbeitermassen der ganzen Welt einen entscheidenden moralischen Sieg davongetragen. Millionen und Abermillionen Arbeiter drängt es zu uns, zu der ehrlichen internationalen Arbeitergenossenschaft, welche sich die Kommunistische Internationale nennt.

Mögen diese einfachen Arbeiter ihre Parteien und Organisationen veranlassen, ein für allemal die Wahl zu treffen; mögen sie dem unwürdigen Spiel ein Ende machen, das einige der alten Diplomaten, der „Führer", treiben, die ihre Parteien vom Beitritt zur Kommunistischen Internationale zurückzuhalten suchen.

Mögen besonders die Mitglieder der Gewerkschaften, die formell noch zu der in Amsterdam von den Agenten des Kapitals, Legien, Albert Thomas und anderen organisierten weißgardistischen Internationale gehören, danach streben, daß ihre Arbeiterorganisationen mit den Verrätern der Arbeitersache brechen und ihre Delegierten auf den Kongreß der Kommunistischen Internationale schicken.

Der am 15. Juli tagende II. Kongreß der Kommunistischen Internationale soll in Wirklichkeit zu einem Weltkongreß der Arbeiterklasse werden und gleichzeitig zu einem Kongreß wirklicher *Gesinnungsgenossen*, wahrer Anhänger des wirklich kommunistischen Programms und der revolutionären kommunistischen Taktik.

Möge jede Arbeiterorganisation, jeder Arbeiterzirkel die von dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale vorgeschlagene Tagesordnung erörtern. Mögen die Arbeiter selbst ihre Entwürfe zu Resolutionen in der aufgeworfenen Frage einbringen und möge die ganze kommunistische Presse in den nächsten Wochen ihre Spalten der Erörterung der vor uns stehenden wichtigen Probleme widmen. Die vorbereitende Arbeit muß mit Energie und Eifer durchgeführt werden. Nur wenn das geschieht, wird unser Kongreß aus der Erfahrung der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt das Fazit ziehen und den

wirklichen Willen der kommunistischen Arbeiter aller Länder zum Ausdruck bringen können.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sendet den klassenbewußten Proletariern der ganzen Welt brüderliche Grüße und ruft sie in die gemeinsamen brüderlichen Reihen.

Es lebe die internationale kommunistische Arbeitergenossenschaft!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Mit kommunistischem Gruß

Vorsitzender des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

G. Sinowjew.

Sekretär des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

K. Radek.

Erste Sitzung
des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale am 19. Juli 1920.

SINOWJEW. Genossen! Im Auftrag des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale erkläre ich den zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale für eröffnet. *(Stürmischer, lange anhaltender Beifall, Hurrarufe. Das Orchester spielt die „Internationale".)* Genossen, unser erstes Wort — das Wort der Arbeiter der ganzen Welt, die hier versammelt sind — muß dem Andenken unserer besten Freunde und Führer gewidmet sein, die für die Sache der Kommunistischen Internationale ihr Leben geopfert haben. Ihr wißt, daß es im Laufe dieses Jahres kein Land gegeben hat, in dem nicht das Blut kommunistischer Arbeiter und der besten Führer der Arbeiterklasse geflossen ist. Es genügt, uns die Namen unserer ungarischen Freunde ins Gedächtnis zu rufen, es genügt, an die Genossen Leviné, Tibor Szamuely, Jogiches und viele andere zu denken, welche den Revolutionären gefolgt sind, die gleich zu Beginn der deutschen und russischen Revolution gefallen sind. In Finnland, Estland und Ungarn sind in dieser Zeit Hunderte und Tausende der besten Söhne der Arbeiterklasse ums Leben gekommen. Zur Eröffnung des Kongresses wollen wir vor allem das Andenken unserer besten Genossen, die für die Sache der Kommunistischen Internationale gestorben sind, ehren.

Ich schlage dem Kongreß vor, sich zu Ehren der gefallenen Genossen zu erheben. *(Alle erheben sich. Das Orchester spielt den Trauermarsch.)*

Weiter wollen wir uns heute derjenigen Genossen erinnern, die im gegenwärtigen Augenblick in den Gefängnissen verschiedener bürgerlicher Republiken schmachten. Wir wollen unserer französischen Freunde, der Genossen Loriot, Monatte und einer Reihe anderer gedenken, die kurz vor dem Kongreß ins Gefängnis geworfen wurden. Wir senden den zahlreichen Kämpfern der Arbeiterrevolution, die in den deutschen, ungarischen, französischen, englischen und amerikanischen Gefängnissen schmachten, herzliche Grüße. Wir drücken den amerikanischen kommunistischen Arbeitern, die im letzten Jahre besonders grausam verfolgt worden sind, brüderlich die Hand. Die kommunistischen Arbeiter und die Revolutionäre überhaupt werden von der amerikanischen Bourgeoisie im buchstäblichen Sinne des Wortes ausgehungert. Unsere Freunde können dort keine Arbeit finden, man hält sie hinter Schloß und Riegel. Es gibt keine Grausamkeit, die nicht von der amerikanischen Bourgeoisie gegen die Arbeiter angewandt wird, die sich in den Reihen der Kommunisten oder in den Reihen der I. W. W. oder anderer revolutionärer Organisationen befinden, die denselben Weg verfolgen, den die Kommunistische Internationale geht.

Wir drücken unsere feste Ueberzeugung aus, daß die Worte sich bewahrheiten werden, die ein französischer Genosse vor kurzem, nach der Verhaftung Loriots, Monattes und anderer gesprochen hat. Er sagte: Ja, wir durchleben eine Zeit, in der die regierende Bourgeoisie, die „Demokraten" und die sogenannten „Sozialisten" die besten Führer des Kommunismus ins Gefängnis werfen; wir sind jedoch überzeugt, daß die Rollen bald vertauscht werden und die Arbeiterklasse diejenigen, die heute in den bürgerlichen Regierungen sitzen, morgen ins Gefängnis bringen und diejenigen, die heute von der Bourgeoisie ins Gefängnis geworfen werden, morgen zur Macht bringen wird. *(Beifall.)*

Genossen, es ist erst einundeinviertel Jahr her, seit die Kommunistische Internationale gegründet wurde. Es ist durchaus verständlich, daß sie vor allem mit der II. Internationale, mit der wir in einen unmittelbaren Kampf traten, den Degen kreuzen

mußte. Freunde wie Feinde müssen angesichts des heutigen Kongresses, der im buchstäblichen Sinne des Wortes zum Weltkongreß geworden ist, angesichts der Tatsache, daß an diesem Kongreß die Vertreter von ganz Europa und auch von Amerika teilnehmen, die Tatsache anerkennen, daß unser Kampf gegen die II. Internationale von Erfolg gekrönt ist. Heute haben wir das volle Recht zu erklären, daß die II. Internationale von der Kommunistischen Internationale aufs Haupt geschlagen ist. *(Stürmischer Beifall.)*

Genossen, was bedeutet diese Tatsache? Was bedeutet das: wir haben die II. Internationale besiegt? Der Kampf zwischen uns und der II. Internationale, das ist kein Kampf zweier Fraktionen *einer* revolutionären proletarischen Bewegung, das ist nicht ein Kampf der Schattierungen, nicht ein Kampf der Strömungen innerhalb des einheitlichen Klassenlagers, das ist tatsächlich ein Kampf der Klassen. Gewiß gibt es in den Reihen der II. Internationale viele unserer Klassenbrüder. Und dessenungeachtet ist unser Kampf gegen die II. Internationale kein Kampf von Fraktionen innerhalb einer Klasse, sondern etwas bedeutend Größeres.

Der Zusammenbruch der II. Internationale spiegelt den Zusammenbruch der bürgerlichen Ordnung selbst wieder. Das ist der Angelpunkt, um den sich alles dreht. Wir haben die II. Internationale besiegt, weil die „Götterdämmerung" des Kapitalismus begonnen hat. Wir haben die II. Internationale besiegt, weil die Bourgeoisie nirgends in der ganzen Welt das Vermächtnis des imperialistischen Krieges liquidieren konnte und es können wird. Wir haben die II. Internationale besiegt, weil der Völkerbund und die ganze Entente und die gesamte Bourgeoisie machtlos sind, irgend etwas Ernstes für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens von Europa zu tun. Wir haben die II. Internationale besiegt, weil die Bourgeoisie ohnmächtig ist, mit den Aufgaben fertig zu werden, die gebieterisch vor ihr stehen und die sie lösen muß, wenn sie nicht im historischen Sinne ihren Abschied nehmen will.

Die II. Internationale hat seit dem ersten Schuß im Jahre

1914 ihr Schicksal an das Geschick der Bourgeoisie geknüpft. Die Sozialpatrioten jedes Landes unterstützten ihre „eigene" Bourgeoisie und ihr „eigenes" bürgerliches „Vaterland".

So ging es bis zum Ende des Krieges. Nach seiner Beendigung verknüpfte die II. Internationale ihr Schicksal wiederum mit der Bourgeoisie, dieses Mal mit der Gruppe der bürgerlichen Länder, die den Sieg im imperialistischen Kriege davongetragen hatte.

Ihr erinnert Euch der ersten Versuche zur Wiederherstellung der II. Internationale, als das imperialistische Blutbad aufgehört hatte. Ihr erinnert Euch der Konferenzen in Bern und Luzern, auf denen der sogenannte führende Teil der II. Internationale mit dem Völkerbunde „verwandt sein wollte". Die Führer der „wiedererstehenden" II. Internationale hingen sich an die Rockschöße Wilsons. Ihr erinnert Euch, Genossen, daß auf der Berner Konferenz der Vorsitzende bei der Eröffnung dieser Konferenz Wilson begrüßte und ihn neben Jaurès stellte — eine Beleidigung des Schattens des gefallenen Tribunen der französischen Arbeiter. Die II. Internationale wünschte nach Beendigung des Krieges ihr Schicksal mit der Bourgeoisie zu vereinen, und zwar mit dem Teile, von dem die II. Internationale annahm, daß er der mächtigste sei — mit dem Völkerbunde. Das war ihr Wunsch. Daher haben die Schläge, die die Arbeiterklasse der ganzen Welt und ihre Vorhut, die Kommunistische Internationale, im Laufe dieses Jahres der Bourgeoisie versetzt hat, auch die II. Internationale getroffen. Die gelbe II. Internationale hat ihr Schicksal unlösbar an die vor unseren Augen untergehende Klasse gebunden. Eben deshalb ist unser Sieg über die II. Internationale von so großer Bedeutung. Das ist, ich wiederhole, nicht der Sieg einer Fraktion der Arbeiterbewegung über eine andere, das ist nicht der Sieg einer Partei über eine andere. Nein, hier handelt es sich um etwas unvergleichlich Größeres: jede Organisation, die ihr Schicksal an die bürgerliche Klasse zu knüpfen versucht, geht selbst unter. Dies ist der historische Sinn des Sieges der Kommunistischen Internationale über die II. Internationale. Die Arbeiterklasse ist als junge Klasse ein aufgehen-

der Stern. Er erhebt sich zur Macht, während der Stern der Bourgeoisie, die sich an dem Blute der Arbeiterklasse verschluckt hat, ganz untergeht. Die Bourgeoisie ist altersschwach geworden und verfällt. Und wie ein Sterbender nach dem Lebendigen greift, so klammert sich die Bourgeoisie an die halbtote II. Internationale und würgt sie in ihren tötlichen Umarmungen. Sie gehen beide vor unseren Augen zugrunde. Die Bourgeoisie wie ihr Helfer, die gelbe Internationale, sind dem Untergange nahe (im historischen Sinne zählt ein Jahr eine Minute), beider Todesröcheln ist schon zu hören. Bald wird die Welt vom bürgerlichen Joch, von all den Organisationen, die die Arbeiterklasse in geistiger Gefangenschaft gehalten haben, befreit sein. Bald wird unsere internationale Arbeitergemeinschaft ruhig mit dem Bau der neuen Welt auf der Grundlage des Kommunismus beginnen können.

Genossen, im Laufe dieses Jahres ist die Idee der „Demokratie" vor unseren Augen verblichen und liegt jetzt in den letzten Zügen. Für das bedeutendste Dokument des Ersten Konstituierenden Kongresses der Kommunistischen Internationale, ja für das wichtigste Dokument der kommunistischen Bewegung der letzten Jahre überhaupt, halte ich die Leitsätze über die bürgerliche Demokratie, die vom ersten Kongreß angenommen wurden. Diese Leitsätze sind durch die ganze Welt gegangen. Die Arbeiter der ganzen Welt, der aufgeklärte Teil der Bauern und Soldaten haben sie studiert. Und der Gang der Ereignisse im Laufe dieser 15—16 Monate hat auf Schritt und Tritt die Richtigkeit der Analyse bestätigt, die der erste Kongreß der Kommunistischen Internationale in der in diesen Leitsätzen enthaltenen Bewertung der bürgerlichen Demokratie gegeben hat. Als die amerikanische Bourgeoisie vor den Augen der ganzen Welt alle ihre eigenen Gesetze, alle konstitutionellen Garantien für die Arbeiterklasse aufhob — es ist dahin gekommen, daß die nach allen Regeln der parlamentarischen Kunst auf Grund des Gesetzes gewählten Kommunisten nicht ins Parlament gelassen, sondern ins Gefängnis geworfen wurden — als Amerika, dieses klassische Land der bürgerlichen Demokratie, auf Schritt und

Tritt die Grundsätze der Demokratie verletzte, war dies eine anschauliche Lehre, wie sehr die Kommunistische Internationale recht hat, die in ihrem Programm und in ihren Leitsätzen auf die wirkliche historische Rolle der sogenannten Demokratie hingewiesen hat.

Genossen, wir haben den Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vor uns. Auf unserem Kongreß ist die kampfbereite Vorhut der Arbeiter der ganzen Welt vertreten. Wir werden dem Weltkongreß eine Reihe von Fragen stellen, die gegenwärtig im Schoße der internationalen kommunistischen Bewegung strittig sind. Wir haben zum Kongreß eine ganze Reihe von Arbeiterorganisationen hinzugezogen, die noch nicht völlig kommunistisch genannt werden können, die sich noch kristallisieren. Die internationale Lage der Arbeiterklasse nach dem langen Kriege, nach der verzweifelten Krise ist derart, daß manche Arbeiterorganisationen am Scheidewege stehen; ihre Stimme bricht, wie dies bei Jünglingen der Fall ist. Sie haben noch nicht endgültig ihre Taktik festgestellt, sie haben den endgültigen Weg noch nicht gewählt. Wir haben alle die Arbeiterorganisationen zu gemeinsamer Arbeit mit uns aufgefordert, von denen wir überzeugt sind, daß sie ehrlich gegen den Kapitalismus kämpfen wollen. Wir werden mit ihnen sprechen wie mit unseren Kampf- und Leidensgefährten, wie mit unseren Klassenbrüdern, die bereit sind, mit uns zusammen ihr Leben für die Befreiung der Arbeiterklasse hinzugeben. Wir werden es nicht der II. Internationale gleichtun, die die anders gesinnten revolutionären Arbeiter nur auszulachen und zu hetzen verstand, die ein Janusgesicht zeigte: rechts — ein süßliches Lächeln, links — einen boshaft aufgerissenen Rachen. Wir sind fest überzeugt, daß das Leben schult. Der imperialistische Krieg hat die Arbeiter vieles gelehrt. Die ehrlichen revolutionären Elemente des Syndikalismus, Anarchismus, Industrialismus und der Shop Stewards werden auf die Seite des Kommunismus übergehen und tun es bereits. Unsere Sache ist es, ihnen zu helfen, dies schneller zu tun.

Andererseits nehmen an unserem Kongreß die Vertreter der

U. S. P. D., der Französischen Sozialistischen Partei, der Amerikanischen Sozialistischen Partei teil, die erst vor kurzem — endlich — die Reihen der II. Internationale verlassen haben. Mit den ehrlichen revolutionären Arbeitern, die sich in den Reihen dieser Parteien befinden, wollen wir gern einen kommunistischen Bund schließen.

Genossen, Ihr wißt, daß in dem Maße, wie die Kommunistische Internationale sich verstärkt hat, gegen zehn große alte Parteien — ich werde ihre Namen nicht aufzählen — die Reihen der II. Internationale verlassen haben. Jetzt beginnt bereits ein neues Stadium: wir sehen, daß die alten Parteien nicht nur die II. Internationale verlassen, sondern schon unmittelbare Versuche machen, der Kommunistischen Internationale beizutreten. Eine Reihe von Vertretern dieser Parteien ist, wie ich schon gesagt habe, hier zugegen. Der kommunistische Kongreß wird alle wunden Fragen vor den deutschen und französischen Arbeitern offen aufrollen. Der kommunistische Kongreß wird auf keinen Fall irgend eine ideelle Unaufrichtigkeit zulassen, wird nicht im geringsten auf grundsätzliche Zugeständnisse eingehen. Die Grundfragen der proletarischen Revolution müssen scharf gestellt werden. Wir brauchen Klarheit, Klarheit und noch einmal Klarheit. Wir werden nicht zulassen, daß die Kommunistische Internationale einfach zur Mode wird. Die auf der Tagesordnung stehenden Fragen interessieren Millionen von Arbeitern. Wir werden den deutschen Arbeitern, die zur U. S. P., den französischen Arbeitern, die zur Französischen Sozialistischen Partei gehören, unsere Ansichten über alle akuten Tagesfragen vorlegen. Wir werden warten, bis die ungeheure Mehrzahl der französischen und deutschen Arbeitern die nötige Säuberung ihrer Reihen vornehmen und dann in die Reihen der Kommunistischen Internationale wird eintreten können, so daß niemand denken kann, daß das einfach Ballast für die Kommunistische Internationale ist, sondern daß sie zu uns kommen, um mit uns zusammen in gemeinsamer und einmütiger Arbeit den Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen.

Wir haben die Absicht, dem gegenwärtigen Kongreß die

Statuten der Kommunistischen Internationale vorzulegen. Wir nehmen an, daß, wie die Kommunisten im eigenen Lande, um die Bourgeoisie zu besiegen, vor allem eine zentralisierte, kraftvolle, starke, aus einem Stück gegossene Partei brauchen, es auch im internationalen Maßstabe an der Zeit ist, die Schaffung einer solchen Organisation in Angriff zu nehmen. Wir kämpfen gegen die internationale Bourgeoisie, gegen eine Welt von Feinden, die bis an die Zähne bewaffnet sind, und wir müssen eine eiserne internationale proletarische Organisation haben, die es versteht, den Feind überall zu schlagen, die es verstehen muß, jeder beliebigen ihrer Truppen im gegebenen Augenblick die größtmöglichste Hilfe zu gewähren, die möglichst machtvolle, biegsame, bewegliche Organisationsformen ausarbeiten muß, um dem Feinde, gegen den sie zu kämpfen hat, in voller Rüstung gegenüberzustehen. Wir führen im Entwurf des Statuts der Kommunistischen Internationale einen Satz aus dem Statut der I. Internationalen Arbeitergenossenschaft an, deren Führer Marx und Engels waren. In diesem Statut sagten Marx und Engels: „Wenn der Kampf der Arbeiterklasse bis jetzt noch nicht von Erfolg gekrönt war, so ist das unter anderem auch deshalb der Fall, weil den Arbeitern die internationale Einigkeit, die straffe internationale Organisation, die gegenseitige Unterstützung in internationalem Maßstabe fehlt". Ja, Genossen, das ist eine einfache Wahrheit.. Wir mußten aber über 50 Jahre warten, mußten die vier Jahre des Blutbades, mußten alle Schrecken, die die Menschheit in dem letzten Zeitabschnitt durchlebt hat, durchmachen, damit dieser einfache Gedanke nicht nur von einigen wenigen, nicht nur von einzelnen Gruppen erfaßt wurde, sondern Millionen von Arbeitern in Fleisch und Blut überging. Wir sind fest überzeugt, daß diese Idee gegenwärtig wirklich Besitz der Massen geworden ist. Wir wissen, daß es zum Siege über die Bourgeoisie notwendig ist, endlich diese elementare einfache Idee zu verwirklichen, auf welche die I. Internationale, die Erste Internationale Arbeitergenossenschaft, hingewiesen hat, deren Ueberlieferungen und Grundsätze wir jetzt

in vielen Fragen annehmen, um sie zu verwirklichen. Hier sind Vertreter der Petersburger Arbeiter und Arbeiterinnen anwesend, die als erste im Oktober 1917 den Aufstand begannen. Ich sage ihnen: Genossen, heute vollzieht sich in Petersburg ein großes historisches Ereignis. Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale ist in dem Augenblick in die Geschichte eingetreten, in dem er seine Sitzungen eröffnet hat. Behaltet diesen Tag im Gedächtnis. Wisset, daß dieser Tag die Belohnung für alle Eure Entbehrungen und für Euren tapferen und standhaften Kampf ist. Erzählt und erklärt Euren Kindern die Bedeutung des heutigen Tages! Prägt Euren Herzen die gegenwärtige feierliche Stunde ein!

Wir haben ein vollendetes, in seiner Einfachheit erhabenes Ereignis vor uns. Was kann einfacher sein? Die Arbeiter der verschiedenen Länder vereinigen sich, um sich vom Joche der Reichen zu befreien. Und was kann zugleich erhabener sein? Genossen, hört Ihr denn nicht das Flügelrauschen des Sieges? Unsere Erde *wird* frei. Die Lohnsklaverei *wird* vernichtet. Der Kommunismus *wird siegen* . . .

Genossen, am Schluß meiner Rede möchte ich noch daran erinnern, daß in einigen Monaten 50 Jahre seit dem ersten großen historischen Aufstand der europäischen Arbeiter verflossen sein werden, der uns und Euch den Weg gewiesen. Ich spreche von der Pariser Kommune. Ich spreche von dem heldenhaften Aufstand der Pariser Proletarier, die ungeachtet aller Schwächen und Fehler (wir bemühen uns, sie zu vermeiden) ein goldenes Blatt zur Geschichte der internationalen proletarischen Bewegung beigetragen und uns den Weg gewiesen haben, den jetzt Millionen Werktätiger gehen.

Ich erlaube mir, die Hoffnung auszusprechen, daß wir zum fünfzigjährigen Jubiläum der Pariser Kommune in Frankreich die Sowjetrepublik haben werden. *(Lauter, stürmischer Beifall.)*

Genossen, in einem Artikel, der unmittelbar nach dem Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale geschrieben ist und den Titel „Die Aussichten der internationalen Revolution" trägt, habe ich mit einigem Uebereifer gesagt, daß

vielleicht nur ein Jahr vergehen werde, und wir schon vergessen haben werden, daß in Europa ein Kampf um die Sowjetmacht geführt worden sei, da dieser Kampf in Europa schon beendet und auf die übrigen Länder übergegangen sein werde. Ein bürgerlicher deutscher Professor hat sich an diesen Satz geklammert, und vor einigen Tagen habe ich einen Artikel gelesen, in dem er, diese Stelle anführend, schadenfroh bemerkt: Nun, bald wird der II. Kongreß eröffnet. Es ist mehr als ein Jahr vergangen. In Europa ist es, wie es scheint, noch nicht zum vollen Siege der Sowjetmacht gekommen.

Darauf können wir diesem gebildeten Bourgeois ruhig erwidern: es ist wohl wirklich so; wahrscheinlich haben wir uns fortreißen lassen; wahrscheinlich wird in Wirklichkeit nicht ein Jahr, sondern werden zwei und drei Jahre nötig sein, damit ganz Europa zur Sowjetrepublik wird. Aber wenn Sie selbst so bescheiden sind und ein oder zwei Jahre Aufschub für sich für ein unerhörtes Glück betrachten, so können wir Ihnen zu dieser Bescheidenheit gratulieren; und wir können die Gewißheit ausdrücken, daß wir ein Jahr früher oder später — wir werden noch ein wenig aushalten — die internationale Sowjetrepublik haben *werden*, deren Führer unsere Kommunistische Internationale sein wird.

Es lebe die Arbeiterklasse der ganzen Welt! Es lebe die Kommunistische Internationale! *(Lange anhaltender, stürmischer Beifall.)*

SINOWJEW. Der Kongreß geht zur Wahl des Präsidiums über. Das Wort im Namen des Exekutivkomitees hat Genosse Bucharin.

BUCHARIN. Im Namen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale werden folgende Kandidaten für das Präsidium vorgeschlagen: Levi (Deutschland), Rosmer (Frankreich), Serrati (Italien), Lenin und Sinowjew (Rußland).

SINOWJEW. Werden andere Vorschläge für die Zusammensetzung des Präsidiums gemacht? Nein. Das Präsidium ist in der vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale vorgeschlagenen Zusammensetzung: Levi

(Deutschland), Rosmer (Frankreich), Serrati (Italien), Lenin und Sinowjew (Rußland), gewählt.

Genossen, eine ganze Reihe von Organisationen wünscht unseren Kongreß zu begrüßen, wir müssen jedoch mit der Zeit geizen. Im Namen des Exekutivkomitees schlage ich vor, das Wort nur dem Vertreter der Russischen Föderativen Sozialistischen Sowjetrepublik, die heute das große Glück hat, auf ihrem Territorium den Kongreß zu begrüßen, dem Vorsitzenden des Allrussischen Exekutivkomitees, Genosse Kalinin, zu geben. *(Beifall.)*

KALININ. Genossen! Im Namen der Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands begrüße ich den II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Genossen, Mitglieder der Kommunistischen Internationale! Die Kommunistische Partei der Bolschewiki und die Arbeiterklasse Rußlands sind in der Vergangenheit nicht durch Legalität und Parlamentarismus verwöhnt worden. Die letzten Jahrzehnte waren Jahre harten unmittelbaren Kampfes der Arbeiterklasse gegen den russischen Zarismus. In dieser dunklen Zeit hat die Kommunistische Partei der Bolschewiki nicht die Hoffnung verloren, daß der Augenblick nicht fern sei, in dem die Arbeiter sich unter ihrer Führung erheben und den russischen Zarismus wie die russische Bourgeoisie stürzen werden. In den letzten drei Jahren, Genossen, haben die russische Arbeiterklasse und die russische Bauernschaft unzählige Opfer gebracht, sie haben ungeheure Schwierigkeiten überwinden müssen und die Fähigkeit bewiesen, rückhaltlos für die Ideale der Menschheit zu kämpfen. Und, Genossen, dieser dreijährige Kampf hat die Arbeiterklasse und die Bauernschaft Rußlands gestählt und sie gelehrt, unmittelbar für die Interessen der Arbeiterklasse einzutreten und zu kämpfen. Er hat die Möglichkeit gegeben, unsere unbesiegbare, ruhmvolle Rote Armee zu schaffen, die gegenwärtig an der polnischen Front dem Feinde harte Schläge versetzt.

Genossen, der russische Arbeiter und sogar der rückständige russische Bauer wird besser als durch Bücher und Reden durch den sich entfaltenden Kampf gegen die russische

Bourgeoisie und das internationale Kapital aufgeklärt, an dem er sich immer mehr beteiligt. Mußte früher dem Arbeiter und Bauern erklärt, mußte agitiert werden, daß es notwendig sei, auch die Weltbourgeoisie zu stürzen, wenn man die russische Bourgeoisie stürzen will, so ist es gegenwärtig jedem russischen Arbeiter und Bauern klar, daß wir nicht nur gegen die Bourgeoisie Rußlands, nicht nur gegen die zaristischen Gutsbesitzer kämpfen — mit ihnen wären wir schon lange fertig, wir hätten schon längst Ruhe —; doch hinter ihrem Rücken steht die Gegenrevolution der ganzen Welt und unterstützt sie aufs entschiedenste. Und daher ist es durchaus natürlich, daß die russische Arbeiterklasse und die russischen Bauernmassen gegenwärtig mit der größten Aufmerksamkeit ihren Blick auf die unterdrückten Klassen des Westens und die unterdrückten Massen des Ostens richten. Sie warten auf den Augenblick, wo diese unterdrückten Klassen sich im Verein mit den russischen Bauern und den russischen Arbeitern in den unmittelbaren Kampf um die Diktatur des Proletariats stürzen werden.

Von Herzen wünsche ich dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, daß seine Eröffnung der Beginn und das Unterpfand des unmittelbaren Kampfes der unterdrückten Massen des Ostens und der unterdrückten Klassen des Westens, des unmittelbaren Kampfes um die Diktatur des Proletariats werden möge. Es lebe der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale!

SINOWJEW. Als erster Punkt steht der Bericht des Exekutivkomitees, als zweiter stehen die Berichte der entsprechenden Parteien auf der Tagesordnung. Das Exekutivkomitee hat beschlossen, sich bezüglich des ersten und zweiten Punktes auf die Verteilung von schriftlichen Berichten zu beschränken; die gedruckten Berichte des Exekutivkomitees sind verteilt. Die Berichte der einzelnen Parteien sind zum Teil vorgelegt, zum Teil werden sie vorgelegt werden. Alle Delegierten werden sich auf diese Weise mit den schriftlichen Berichten bekannt machen können. Wir gehen zum dritten

Punkt der Tagesordnung über, der lautet: Die gegenwärtige Weltlage und die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale.

Das Wort zum Bericht hat Genosse Lenin. *(Lauter Beifall. Alle Anwesenden erheben sich und äußern Beifall. Der Redner versucht zu reden, doch der Beifall und die Zurufe in allen Sprachen dauern fort. Die Ovation währt lange.)*

LENIN. Genossen! Die Leitsätze über die Weltlage und die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale sind in allen Sprachen veröffentlicht und bieten (besonders für die russischen Genossen) nichts wesentlich Neues, denn in der Hauptsache dehnen sie nur einige Grundzüge unseres revolutionären Versuchs und die Erfahrungen unserer revolutionären Bewegung auf eine ganze Reihe westlicher Länder, auf Westeuropa aus. Daher werde ich in meinem Bericht etwas länger, wenn auch in kurzen Zügen, bei dem ersten Teil des mir gestellten Themas, bei der Weltlage, verweilen.

Die Grundlage der internationalen Lage, wie sie sich jetzt ergeben hat, bilden die wirtschaftlichen Beziehungen des Imperialismus. Im Lauf des XX. Jahrhunderts hat sich eine neue, höchste und letzte Stufe des Kapitalismus herausgebildet. Ihr wißt selbstverständlich alle, daß der am meisten charakteristische, wesentliche Zug des Imperialismus darin besteht, daß das Kapital ungeheure Ausmaße erreicht hat. An die Stelle des freien Wettbewerbs sind riesige Monopole getreten. Eine unbedeutende Anzahl von Kapitalisten vermochte bisweilen ganze Industriezweige in ihrer Hand zu vereinigen; sie gingen in die Hände von Verbänden, Kartellen, Syndikaten, Trusts oft internationalen Maßstabes über. Ganze Industriezweige nicht nur einzelner Länder, sondern der ganzen Welt gerieten so in die Hand von Monopolisten, entweder in finanzieller Beziehung oder auf Grund des Eigentumsrechts oder hinsichtlich der Produktion. Auf dieser Grundlage entwickelte sich eine noch nie dagewesene Herrschaft einer geringen Anzahl von Großbanken, Finanzkönigen, Finanzmagnaten, die sogar die

freiesten Republiken in Wirklichkeit in Finanzmonarchien verwandelten. Vor dem Kriege wurde dies z. B. ganz offen von solchen keineswegs revolutionären Schriftstellern wie Lysis in Frankreich anerkannt.

Diese Herrschaft eines Häufleins von Kapitalisten erlangte ihre volle Entfaltung, als der ganze Erdball aufgeteilt war, nicht allein in dem Sinne, daß die verschiedenen Rohstoffquellen und Produktionsmittel von den Kapitalisten ergriffen waren, sondern auch in dem Sinne, daß die vorläufige Verteilung der Kolonien beendigt war. Vor etwa 40 Jahren zählte man nicht viel mehr als eine Viertelmilliarde Kolonialbevölkerung, die sechs kapitalistischen Mächten unterworfen war. Vor dem Kriege 1914 zählte man in den Kolonien bereits etwa 600 Millionen Bevölkerung, und wenn man solche Länder hinzunimmt, die wie Persien, wie die Türkei und China sich in der Lage von Halbkolonien befinden, so erhalten wir in runden Ziffern eine Milliarde Menschen, die von den reichsten, zivilisiertesten und freiesten Ländern durch koloniale Abhängigkeit geknechtet waren. Und Ihr wißt, daß diese koloniale Abhängigkeit außer der unmittelbar staatlichen, rechtlichen noch eine ganze Reihe finanzieller und wirtschaftlicher Abhängigkeiten in sich schließt, eine ganze Reihe von Kriegen bedeutet, die man nicht für Kriege hält, weil sie oft in Gemetzel ausarten, wenn die mit den vervollkommnetsten Zerstörungswaffen versehenen europäischen und amerikanischen imperialistischen Truppen die wehr- und waffenlosen Bewohner der Kolonialländer niedermachen.

Aus dieser Teilung der ganzen Welt, aus dieser Herrschaft der kapitalistischen Monopole, aus dieser Allmacht einer geringfügigen Anzahl von Großbanken, etwa 2 bis 5 auf je einen Staat, nicht mehr — erwuchs unvermeidlich der imperialistische Krieg 1914—1918. Der Krieg drehte sich darum, die ganze Welt neu zu verteilen. Der Krieg drehte sich darum, welche von den beiden Weltmächtegruppen — die englische oder die deutsche — die Möglichkeit und das Recht der Ausraubung, Versklavung und Ausbeutung der ganzen Welt erhalten solle; und Ihr wißt, daß der Krieg diese Frage zugunsten der eng-

lischen Gruppe entschieden hat. Als Ergebnis dieses Krieges haben wir eine unvergleichlich schärfere Zuspitzung aller kapitalistischen Gegensätze. Der Krieg versetzte mit einem Schlag etwa eine Viertelmilliarde der Weltbevölkerung in eine Lage, die mit der von Kolonien gleichbedeutend ist, nämlich Rußland, das mit 130 Millionen zu veranschlagen ist, Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Bulgarien mit nicht weniger als 120 Millionen. Eine Viertelmilliarde von Menschen in Ländern, die teilweise wie Deutschland zu den vorgeschrittensten, aufgeklärtesten, kultiviertesten gehören und technisch auf der Höhe des modernen Fortschritts stehen! Der Krieg zwang ihnen durch den Versailler Vertrag solche Bedingungen auf, daß vorgeschrittene Völker in koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtlosigkeit gerieten. Sie sind durch den Vertrag auf viele Generationen hinaus gebunden und in Verhältnisse versetzt, unter denen noch nie ein zivilisiertes Volk gelebt hat. Damit habt Ihr ein Bild der Welt, das zeigt, daß nach dem Kriege auf einmal eine Bevölkerung von nicht weniger als ein und einer Viertelmilliarde dem kolonialen Joch, der Ausbeutung des brutalen Kapitalismus unterworfen ist. Dieser Kapitalismus rühmte sich der Friedensliebe und hatte dazu vielleicht vor 50 Jahren einiges Recht, als die Welt noch nicht aufgeteilt war, als die Monopole noch nicht herrschten, als der Kapitalismus zu verhältnismäßig friedlicher Entwicklung ohne ungeheuere Kriegskonflikte noch Raum hatte.

Jetzt, nach dieser Friedensepoche, bekamen wir eine ungeheuerliche Verschärfung des Joches. Schon sehen wir die Rückkehr zu einer noch schlimmeren kolonialen und militärischen Unterjochung als vorher. Der Versailler Vertrag hat für Deutschland und eine ganze Reihe der besiegten Länder Verhältnisse geschaffen, die eine materielle Unmöglichkeit der wirtschaftlichen Existenz bedeuten, hat sie in Bedingungen völliger Rechtlosigkeit und Erniedrigung versetzt.

Wie groß ist die Zahl der Nationen, die davon profitieren?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir daran erinnern, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die als einziges

Land vollen Gewinn aus dem Kriege davontrugen, die aus einem mit einer Menge von Schulden belasteten Lande in ein Land, dem alle schulden, verwandelt wurden, daß ihre Bevölkerung nicht mehr als 100 Millionen beträgt. Die Bevölkerung Japans, das auch sehr viel gewonnen hat, indem es sich vom europäisch-amerikanischen Konflikt abseits hielt und das ungeheure asiatische Festland eroberte, beträgt 50 Millionen. Die Bevölkerung Englands, das nächst diesen Ländern am meisten gewonnen hat, beziffert sich auf 50 Millionen. Und wenn wir die neutralen Staaten mit ihrer sehr kleinen Bevölkerungszahl hinzufügen, die sich ebenfalls während des Krieges bereichert haben, dann erhalten wir in runden Ziffern eine Viertelmilliarde.

So bekommt Ihr in kurzen Grundstrichen ein Bild der Welt, wie es sich nach dem imperialistischen Kriege gestaltet hat. Eine und eine Viertelmilliarde geknechteter Kolonien: Länder, die man bei lebendigem Leibe aufteilt, wie Persien, die Türkei, China; besiegte und zu Kolonien gemachte Länder. Nicht mehr als eine Viertelmilliarde zählen die Länder, die sich im alten Zustand erhalten haben, aber auch sie sind in wirtschaftliche Abhängigkeit von Amerika geraten und waren während des Krieges alle militärisch von ihm abhängig. Denn der Krieg ergriff die ganze Welt, er ließ keinen einzigen Staat wirklich neutral bleiben. Und wir haben endlich nicht mehr als eine Viertelmilliarde Bevölkerung in den Ländern, in denen, versteht sich, nur die Oberklasse, nur die Kapitalisten von der Teilung der Erde profitieren. Die Summe, etwa $1^3/_4$ Milliarden, ergibt die Gesamtbevölkerung der Erde. Ich wollte Euch an dieses Weltbild erinnern, da alle grundlegenden Gegensätze des Kapitalismus, des Imperialismus, die zur Revolution führen, alle grundlegenden Gegensätze in der Arbeiterbewegung, die zu dem erbitterten Kampf gegen die II. Internationale geführt haben, von denen der Genosse Vorsitzende sprach — da alles das mit der Teilung der Weltbevölkerung zusammenhängt.

Gewiß, nur in groben Grundstrichen illustrieren diese Ziffern das Bild der Weltwirtschaft. Und, Genossen, in Wirk-

lichkeit ist auf dem Boden dieser Teilung der Bevölkerung der ganzen Welt die Ausbeutung durch das Finanzkapital, durch die kapitalistischen Monopole noch viel stärker gewachsen.

Nicht nur die kolonialen, besiegten Länder sind in diesen Zustand der Abhängigkeit geraten, sondern auch innerhalb jedes Siegerlandes gestalten sich alle Konflikte immer schärfer, spitzen sich alle kapitalistischen Gegensätze zu. Ich werde dies in kurzen Zügen an einigen Beispielen zeigen.

Nehmen wir die Staatsschulden. Wir wissen, daß die Schulden der wichtigsten europäischen Länder von 1914 bis 1920 nicht weniger als auf das *siebenfache* gewachsen sind. Ich verweise auf noch eine ökonomische Quelle, die besonders große Bedeutung gewinnt. Es ist dies Keynes, ein englischer Diplomat, der Verfasser des Buches „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens". Keynes hat im Auftrag seiner Regierung an den Friedensverhandlungen in Versailles teilgenommen, sie unmittelbar von rein bürgerlichem Standpunkt aus beobachtet; er hat die Sache Schritt für Schritt ausführlich studiert; als Nationalökonom hat er an den Beratungen teilgenommen. Er ist dabei zu Schlüssen gekommen, die beweiskräftiger, anschaulicher, lehrreicher sind als jede beliebige Schlußfolgerung eines revolutionären Kommunisten, weil diese Schlüsse von einem ausgesprochenen Bourgeois, einem schonungslosen Gegner des Bolschewismus gezogen werden. Diesen Bolschewismus stellt er als englischer Kleinbürger sich verzerrt, wild, brutal vor. Er ist zu der Schlußfolgerung gekommen, daß Europa und die ganze Welt durch den Versailler Frieden dem Bankerott entgegengehen. Keynes hat seinen Abschied genommen. Er hat der Regierung sein Buch ins Gesicht geschleudert und gesagt: Ihr begeht Wahnsinn. Ich werde Euch aus dem Buche von Keynes Zahlen vorlegen, die im großen und ganzen folgendes zeigen.

Wie gestaltet sich die gegenseitige Verschuldung der Großmächte zueinander? Ich übertrage englische Pfund Sterling in Goldrubel, indem ich 10 Goldrubel für ein Pfund Sterling rechne. Und da sehen wir, daß die Vereinigten Staaten ein Aktivum von 19 Milliarden besitzen, während das Passivum

gleich Null ist. Vor dem Kriege hatten sie an England Schulden. Auf dem letzten Parteitag der K. P. D. am 14. April 1920 wies Genosse Levi in seinem Bericht ganz richtig darauf hin, daß zwei Mächte bestehen, die jetzt selbständig in der Welt auftreten: England und Amerika. Nur Amerika ist in finanzieller Hinsicht absolut selbständig. Vor dem Kriege war es Schuldner, jetzt tritt es nur als Gläubiger auf. Alle übrigen Mächte der Welt sind Schuldner. England ist in eine solche Lage geraten, daß sein Aktivum 17 Milliarden, sein Passivum 8 Milliarden beträgt. Es ist schon zur Hälfte Schuldner geworden. Zudem stehen in diesem Aktivum etwa 6 Milliarden, die Rußland schuldet. Die Kriegsvorräte, die Rußland während des Krieges anschaffte, werden ihm als Schuld angerechnet. Vor kurzem, als Krassin Gelegenheit hatte, als Vertreter der russischen Sowjetregierung mit Lloyd George über die Schuldenfrage zu sprechen, klärte er die Gelehrten und Politiker, die Führer der englischen Regierung, anschaulich darüber auf, daß sie sich im Irrtum befinden, wenn sie annehmen, etwas von dieser Schuld erhalten zu können. Und diesen Irrtum hat der englische Diplomat Keynes schon festgestellt.

Es handelt sich natürlich nicht nur darum, und sogar überhaupt nicht darum, daß die russische revolutionäre Regierung die Schulden nicht zahlen will. Keine Regierung hätte sie zahlen können, denn diese Schulden sind die Wucherzinsen für das, was schon zwanzigmal bezahlt worden ist. Und derselbe Bourgeois Keynes, der der russischen revolutionären Bewegung durchaus keine Sympathie entgegenbringt, sagt: Es ist selbstverständlich, daß diese Schulden nicht angerechnet werden können."

Bezüglich Frankreich führt Keynes Zahlen an, die das Aktivum mit 3½ Milliarden, das Passivum aber mit 9½ Milliarden angeben. Und das ist das Land, von dem die Franzosen selbst sagten, daß es der Wucherer der ganzen Welt sei, denn seine „Ersparnisse" waren kolossal; der koloniale und finanzielle Raub, der ihm ein Riesenkapital eingebracht hat, gab ihm die Möglichkeit, Milliarden um Milliarden zu verleihen, besonders

an Rußland. Dadurch wurde eine Rieseneinnahme erzielt. Und dessenungeachtet, trotz des Sieges, ist Frankreich in die Lage eines Schuldners geraten.

Eine amerikanische bürgerliche Quelle, die Genosse Braun, ein Kommunist, in seinem Buche „Wer soll die Kriegsschulden bezahlen?" (Leipzig 1920) anführt, bestimmt das Verhältnis der Schulden zum Nationalvermögen in den siegreichen Ländern wie folgt: in England und Frankreich betragen die Schulden über 50 Prozent des ganzen Nationalvermögens, in Italien wird das Verhältnis durch 60 bis 70 Prozent, in Rußland durch 90 Prozent ausgedrückt. Uns aber beunruhigen diese Schulden, wie Ihr wißt, nicht, denn wir haben schon etwas früher, als das Büchlein von Keynes erschienen ist, seinen vortrefflichen Rat befolgt und alle Schulden annulliert. *(Stürmischer Beifall.)*

Keynes offenbart dabei nur eine übliche spießbürgerliche Eigenheit; während er seinen Rat gibt, alle Schulden zu annullieren, sagt er, daß Frankreich natürlich nur gewinne, daß England natürlich nicht sehr viel verliere, denn von Rußland sei sowieso nichts zu bekommen; gehörig verliert Amerika, aber Keynes rechnet auf den amerikanischen „Edelmut". In dieser Hinsicht gehen unsere Ansichten mit denen von Keynes und den übrigen kleinbürgerlichen Pazifisten auseinander. Wir meinen, daß wir zur Annullierung der Schulden auf etwas anderes hoffen und in einer anderen Richtung arbeiten müssen als in der Richtung der Hoffnung auf den „Edelmut" der Herren Kapitalisten.

Aus diesen wenigen Zahlen ist ersichtlich, daß der imperialistische Krieg auch für die siegreichen Länder eine unmögliche Lage geschaffen hat. Darauf weist auch das ungeheuere Mißverhältnis zwischen dem Arbeitslohn und dem Anwachsen der Preise hin. Der Oberste Wirtschaftsrat, ein Organ, das die bürgerliche Ordnung der ganzen Welt vor der wachsenden Revolution schützen soll, hat am 8. März d. J. einen Beschluß gefaßt, der mit der Aufforderung zur Ordnung, Arbeitsamkeit und Sparsamkeit endet, natürlich unter der Bedingung, daß die Arbeiter Sklaven des Kapitals bleiben. Dieser Oberste Wirt-

schaftsrat, das Organ der Entente, das Organ der Kapitalisten der ganzen Welt, hat folgende Schlußrechnung gemacht.

Die Preise für Lebensmittel sind im Durchschnitt in den Vereinigten Staaten Amerikas um 120 Prozent, der Arbeitslohn nur um 100 Prozent gestiegen. In England sind die Preise für Lebensmittel um 170 Prozent gestiegen, der Arbeitslohn um 130 Prozent, in Frankreich sind die Lebensmittelpreise um 300 Prozent, der Arbeitslohn um 200 Prozent, in Japan sind die Lebensmittelpreise um 130 Prozent, der Arbeitslohn um 60 Prozent gestiegen (ich zitiere die Zahlen des Genossen Braun aus seiner oben angeführten Broschüre und die Zahlen des Obersten Wirtschaftsrats aus der „Times" vom 10. März 1920).

Es ist klar, daß bei einer solchen Sachlage das Anwachsen der Empörung unter den Arbeitern, das Anwachsen revolutionärer Stimmungen und Ideen, das Anwachsen elementarer Massenstreiks unvermeidlich ist. Denn die Lage der Arbeiter wird unerträglich. Die Arbeiter überzeugen sich durch die Erfahrung, daß die Kapitalisten sich am Kriege unmäßig bereichert haben und die Ausgaben und Schulden den Arbeitern aufbürden. Unlängst berichtete uns der Telegraph, daß Amerika zu uns nach Rußland noch 500 Kommunisten verschicken will, um die „schädlichen Agitatoren" loszuwerden.

Würde Amerika nicht nur 500 Kommunisten, sondern 500 000 russische, amerikanische, japanische, französische „Agitatoren" zu uns schicken, so würde das an der Sache nichts ändern, denn das Mißverhältnis der Preise, gegen das sie nichts tun können, würde bleiben. Sie können aber deshalb nichts dagegen tun, weil bei ihnen das Privateigentum streng bewacht wird, weil es bei ihnen „heilig" ist. Das darf man nicht vergessen. Nur in Rußland ist das Privateigentum der Ausbeuter abgeschafft. Gegen dieses Mißverhältnis der Preise können die Kapitalisten nichts tun, die Arbeiter aber können mit dem alten Arbeitslohn nicht leben. Gegen dieses Elend ist mit den alten Methoden nicht anzukämpfen. Keine einzelnen Streiks, kein Parlamentskampf, keine Abstimmung können hier etwas erreichen, denn das „Privateigentum ist heilig", und die Kapita-

listen haben solche Schulden angehäuft, daß die ganze Welt in die Sklaverei von einem Häuflein Menschen geraten ist, während die Lebensbedingungen der Arbeiter immer unerträglicher werden. Es gibt keinen Ausweg außer der Abschaffung des „Privateigentums" der Ausbeuter.

Genosse Lapinski weist in seiner Broschüre „England und die Weltrevolution", aus der unser „Westnik" des Volkskommissariats des Auswärtigen vom Februar 1920 wertvolle Auszüge veröffentlicht hat, darauf hin, daß in England die Ausfuhrpreise für Kohle doppelt so hoch waren, als dies von den offiziellen Industriekreisen vorausgesetzt wurde.

In Lancashire kam es dazu, daß das Steigen des Aktienwerts 400 Prozent betrug. Der Reingewinn der Banken bestand in mindestens 40 bis 50 Prozent, wobei zu bemerken ist, daß bei der Feststellung des Reingewinns der Banken die Bankdirektoren den Löwenanteil des Reingewinns geheim verbuchen können in der Weise, daß sie ihn nicht als Gewinn, sondern in Form von Vergütungen, Tantiemen usw. verschwinden lassen. Also auch hier zeigen unbestreitbare ökonomische Tatsachen, daß der Reichtum eines geringen Häufleins von Menschen unglaublich gewachsen ist, ein unerhörter Luxus alle Grenzen überstiegen hat und in derselben Zeit die Not der Arbeiterklasse immer größer wird. Als sehr wichtig ist noch der Umstand zu verzeichnen, auf den Genosse Levi in seinem Bericht besonders anschaulich hingewiesen hat, nämlich den wechselnden Wert des Geldes. Das Geld wurde überall wertlos infolge von Schulden, Ausgabe von Papiergeld usw.. Dieselbe bürgerliche Quelle, die ich schon genannt habe, die Erklärung des Obersten Wirtschaftsrats vom 8. März 1920, bringt eine Berechnung, daß das Sinken des Geldwertes in England, im Vergleich zum Dollar, beinahe ein Drittel ausmacht, in Frankreich und Italien zwei Drittel, in Deutschland aber bis zu 96 Prozent steigt.

Diese Tatsache beweist, daß der Mechanismus der kapitalistischen Weltwirtschaft vollkommen zerfällt. Die Handelsbeziehungen, auf denen unter dem Kapitalismus die Zufuhr von Rohstoffen und der Absatz von Produkten beruhen, können nicht

mehr aufrecht erhalten werden. Hauptsächlich dann nicht, wenn infolge der Veränderung des Geldwerts eine ganze Reihe von Ländern einem einzigen Land unterworfen sind. Keines der reichsten Länder hat Existenz- und Handelsmöglichkeit mehr, weil es seine Produkte nicht verkaufen und keine Rohstoffe erhalten kann.

So sehen wir, daß Amerika, dieses reichste Land, dem alle Länder unterworfen sind, weder einkaufen noch verkaufen kann. Und derselbe Keynes, der Feuer und Wasser und alle Wirrsale der Versailler Verhandlungen durchwatete, ist genötigt, diese Unmöglichkeit zuzugeben, trotz seiner unbeugsamen Entschiedenheit, den Kapitalismus zu verteidigen, trotz seines Hasses gegen den Bolschewismus. Wie gesagt, ich glaube nicht, daß ein kommunistischer oder überhaupt ein revolutionärer Aufruf sich in seiner Kraft vergleichen könnte mit jenen Zeilen Keynes, in denen er Wilson und den „Wilsonismus" in der Praxis beschreibt. Wilson war der Götze der Kleinbürger und Pazifisten vom Schlage Keynes und einer Reihe der Helden der II. Internationale und auch der 2½-Internationale, die auf die „14 Punkte" schworen und auch „wissenschaftliche" Bücher über die „Wurzeln" der Politik Wilsons schrieben, in der Hoffnung, daß Wilson den „sozialen Frieden" rette, die Ausbeuter mit den Ausgebeuteten versöhne und die sozialen Reformen verwirkliche. Keynes hat anschaulich enthüllt, daß sich Wilson als ein Tor erwiesen hat, und daß alle diese Illusionen zu Staub geworden sind bei der ersten Auseinandersetzung mit der geschäftsmäßigen, erfahrenen, kaufmännischen Politik des Kapitals in der Person von Clemenceau und Lloyd George. Die Arbeitermassen sehen jetzt immer klarer infolge der Erfahrungen ihres Lebens, und die gelehrten Pedanten könnten nun sogar aus dem Buche von Keynes lernen, daß die „Wurzeln" der Politik Wilsons nur pfäffische, kleinbürgerliche Phrase, völliges Nichtbegreifen des Klassenkampfes waren.

Aus alle dem ergeben sich mit eiserner Naturnotwendigkeit zwei Bedingungen, zwei grundlegende Verhältnisse: einerseits

wuchs die Not, die Verelendung der Massen in unerhörter Weise, und das alles bei 1¼ Milliarden Menschen, d. h. 70 Prozent der ganzen Bevölkerung der Welt. Das trifft die Kolonialländer, die abhängigen Länder mit einer juridisch rechtlosen Bevölkerung, zu deren Verwaltung den Finanzräubern ein „Mandat" gegeben wurde. Und außerdem hat der Versailler Vertrag die Versklavung der besiegten Länder verewigt, ebenso jene Rußland betreffenden Geheimverträge, die allerdings die gleiche reale Kraft haben wie die Papiere, auf denen geschrieben steht, daß wir so und soviel Milliarden schuldig seien. Wir haben in der Weltgeschichte den ersten Fall einer juristischen Bekräftigung des Raubes, der Sklaverei, der Abhängigkeit, des Elends und Hungers von 1¼ Milliarden Menschen.

Aber andererseits gerieten in allen Ländern, die als Gläubiger auftraten, die Arbeiter in eine unerträgliche Lage. Der Krieg brachte eine unerhörte Verschärfung aller kapitalistischen Gegensätze. Das ist die Quelle der tiefen revolutionären Gärung, die stetig anwächst. Denn während des Krieges waren die Menschen unter den Zwang der militärischen Disziplin gestellt, wurden in den Tod getrieben oder mit der sofortigen militärischen Züchtigung bedroht. Die Verhältnisse während des Krieges gaben keine Möglichkeit, die wirtschaftliche Wirklichkeit zu sehen; Schriftsteller, Dichter, Geistliche, die gesamte Presse widmeten sich der Verherrlichung des Krieges, und erst jetzt, da der Krieg beendet ist, beginnen die Enthüllungen. Entlarvt ist der deutsche Imperialismus mit seinem Brester Frieden, entlarvt ist der Versailler Friede, der ein Sieg des Imperialismus sein sollte und sich als seine Niederlage erwies. Unter anderem zeigt uns das Beispiel Keynes, wie Tausende und Hunderttausende aus dem Kleinbürgertum, den Intellektuellen, einfach aus den Reihen der entwickelteren, gebildeteren Menschen in Europa und Amerika denselben Weg gehen mußten, den Keynes gegangen ist, der sein Amt niederlegte und seiner Regierung ein Buch ins Gesicht schleuderte, das ihr die Maske vom Gesicht reißt. Keynes zeigt, was im Bewußtsein von Tausenden und Hunderttausenden vorgeht und vor sich gehen wird, sobald sie verstehen, daß alle

diese Reden vom „Krieg für die Freiheit" usw. ein ununterbrochener Betrug waren, daß im Endergebnis nur eine ganz kleine Zahl sich bereicherte und die übrigen ruiniert wurden und in Sklaverei verfielen. Der Bourgeois Keynes sagt ja, daß die Engländer zur Rettung ihres Lebens, zur Rettung der englischen Wirtschaft es erreichen müssen, daß zwischen Deutschland und Rußland freie Handelsbeziehungen erneuert werden. Auf welche Weise kann das aber erreicht werden? Auf die Weise, daß alle Schulden annulliert werden, wie Keynes vorschlägt! Diese Idee hat nicht der gelehrte Nationalökonom Keynes allein. Zu dieser Idee kommen und gelangen Millionen. Und Millionen Menschen hören, was die bürgerlichen Volkswirtschaftler sagen, daß kein Ausweg möglich ist außer der Annullierung der Schulden. Und deshalb „Fluch den Bolschewiki!" (welche die Schulden annullierten), und wir wenden uns an den „Edelmut" Amerikas!! Ich glaube, ein solcher Oekonom und Agitator für den Bolschewismus würde verdienen, daß ihm im Namen des Kongresses der Kommunistischen Internationale ein Dankschreiben geschickt würde.

Wenn einerseits die wirtschaftliche Lage der Massen unerträglich wird, und wenn andererseits auch unter der unbedeutenden Minderheit der allmächtigen Siegerländer der Zerfall eintritt und sich verstärkt, wie Keynes es beschreibt, dann sehen wir deutlich das Herannahen beider Voraussetzungen für die Weltrevolution.

Wir haben nun ein einigermaßen vollständiges Bild der ganzen Welt vor Augen. Wir wissen, was diese Abhängigkeit von 1¼ Milliarden der Existenzmöglichkeit beraubter Menschen von einer Handvoll Reicher bedeutet. Aber als andererseits der Völkerbund den Völkern einen Vertrag brachte, in dem er erklärt, daß er dem Kriege ein Ende macht und von nun an niemandem erlaubt, den Frieden zu stören, als dieser Vertrag, die letzte Hoffnung der werktätigen Massen der ganzen Welt, in Kraft trat, da wurde dies zu einem der größten Siege für uns. Solange der Vertrag noch nicht in Kraft war, sagten sie: Man darf ein Land wie Deutschland keinen Ausnahmebedingungen

unterwerfen; wenn der Vertrag da ist, werdet ihr sehen, wie gut es gehen wird. Und als der Vertrag veröffentlicht wurde, mußten die wütendsten Gegner des Bolschewismus ihn verleugnen. Als der Vertrag in Wirksamkeit zu treten begann, zeigte es sich, daß eine winzige Gruppe der reichsten Länder — Clemenceau, Lloyd George, Orlando und Wilson — sich hinsetzten, um neue Beziehungen einzufädeln. Als sie die Maschine des Vertrags in Gang setzten, kam es zum vollständigen Zerfall.

Das sahen wir an den Kriegen gegen Rußland. Das schwache, ruinierte, unterdrückte Rußland, das zurückgebliebene Land erwies sich als Sieger gegen alle Nationen, gegen den Bund der reichen, mächtigen Staaten, die die ganze Welt beherrschen. Wir konnten ihnen keine auch nur im mindesten ebenbürtigen Kräfte entgegenstellen und blieben trotzdem Sieger. Warum? Weil zwischen ihnen nicht ein Schatten von Einigkeit war, weil eine Macht gegen die andere auftrat. Frankreich wollte, daß Rußland seine Schulden bezahle und Deutschland bedrohe; England wollte die Aufteilung Rußlands. England versuchte das Naphtha von Baku zu ergreifen und Verträge mit den Randstaaten Rußlands abzuschließen. Und unter den englischen offiziellen Dokumenten gibt es ein Buch, in dem mit außerordentlicher Gewissenhaftigkeit alle Staaten (es sind 14) aufgezählt werden, die vor einem halben Jahre versprochen haben, im Dezember 1919 Moskau und Petersburg zu besetzen. Auf diese Staaten baute England seine Politik auf, gab Anleihen von Millionen an diese Staaten. Jetzt sind aber diese Berechnungen alle über den Haufen geworfen und alle Anleihen ins Wasser gefallen.

Das sind die Zustände, wie sie der Völkerbund geschaffen hat. Jeder Tag der Existenz dieses Vertrags ist die beste Agitation für den Bolschewismus. Denn die einflußreichsten Anhänger der kapitalistischen „Ordnung" zeigen, daß sie bei jeder Frage einander Fußangeln stellen. Wegen der Teilung der Türkei, Persiens, Mesopotamiens und Chinas tobt ein wütendes Gezänk zwischen Japan, England, Amerika und Frankreich. Die bürgerliche Presse dieser Länder ist voll von wütenden Ausfällen, erbitterten Wendungen gegen ihre Bundesgenossen, weil sie

ihnen die Beute vor der Nase wegschnappen. Wir beobachten den völligen Zerfall von oben unter diesem kleinen Häuflein der reichsten Länder. Für 1¼ Milliarden Menschen ist es unmöglich so zu leben, wie zu leben der „vorgeschrittene" und zivilisierte Kapitalismus sie zwingen will. Und das sind 70 Prozent der Gesamtbevölkerung der Welt. Das winzige Häuflein der reichsten Länder, England, Amerika und Japan (das die Möglichkeit hatte, die östlichen, asiatischen Länder zu plündern, das aber keine selbständige finanzielle und militärische Macht ohne Unterstützung eines anderen Landes haben kann), diese zwei bis drei Länder sind nicht imstande, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt in Ordnung zu bringen und treiben eine Politik, die die Politik ihrer Teilhaber und Partner in dem Völkerbund untergräbt. Daraus entsteht die Weltkrise. Und diese ökonomischen Wurzeln der Krise sind die Hauptgründe der glänzenden Siege der Kommunistischen Internationale.

Genossen! Wir kommen jetzt zur Frage der revolutionären Krise als der Grundlage unseres revolutionären Handelns. Hier aber müssen wir vor allem zwei verbreitete Irrtümer erwähnen. Die bürgerlichen Oekonomen stellen einerseits diese Krise nach dem eleganten Ausdruck der Engländer als eine einfache „Beunruhigung" dar. Andererseits sind aber zuweilen Revolutionäre bemüht, zu beweisen, daß es absolut keinen Ausweg aus der Krise gibt.

Das ist ein Irrtum. Absolut aussichtslose Lagen gibt es nicht. Die Bourgeoisie benimmt sich wie ein frecher Räuber, der den Kopf verloren hat, sie macht eine Dummheit nach der andern, verschärft dadurch die Lage und beschleunigt ihren Untergang. Dies verhält sich alles so, aber man kann nicht „beweisen", daß es für die Bourgeoisie absolut keine Möglichkeit gibt, irgendeine Minderheit von Ausgebeuteten mittels irgend welcher kleiner Zugeständnisse einzuschläfern, die Bewegung oder den Aufstand irgend eines Teiles der Unterdrückten und Ausgebeuteten zu unterdrücken. Der Versuch, von vornherein die „absolute" Aussichtslosigkeit zu „beweisen", ist leere Kleinigkeitskrämerei oder Spiel mit Begriffen

und Worten. Einen wirklichen „Beweis" dieser oder ähnlicher Fragen kann nur die Erfahrung bringen. Die bürgerliche Ordnung macht jetzt in der ganzen Welt eine außerordentliche revolutionäre Krise durch. Wir müssen jetzt durch die Praxis der revolutionären Parteien „beweisen", daß sie genügend selbstbewußt sind, Organisation, Verbindung mit den ausgebeuteten Massen, Entschlossenheit und Verständnis besitzen, um diese Krise für die erfolgreiche, für die siegreiche Revolution auszunutzen.

Für die Vorbereitung dieses „Beweises" haben wir uns hauptsächlich auf dem gegenwärtigen Kongreß der Kommunistischen Internationale versammelt.

Als Beispiel dafür, wie stark noch der Opportunismus in den Parteien, welche der Kommunistischen Internationale beitreten wollen, herrscht, wie weit noch die Arbeit mancher Parteien entfernt ist von der Vorbereitung der revolutionären Klasse zur Ausnutzung der revolutionären Krise, führe ich den Führer der englischen „Unabhängigen Arbeiterpartei", Ramsey Macdonald, an. In seinem Buche „Parlament und Revolution", das dieselben Grundfragen behandelt, mit denen auch wir uns gegenwärtig beschäftigen, beschreibt Macdonald die Lage der Dinge ungefähr im Geiste der bürgerlichen Pazifisten. Er erkennt an, daß die revolutionäre Krise besteht, daß die revolutionäre Stimmung wächst, daß die Arbeitermassen mit der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats sympathisieren (merkt Euch, er spricht von England), daß die Diktatur des Proletariats besser ist als die gegenwärtige Diktatur der englischen Bourgeoisie.

Aber Macdonald bleibt durch und durch bürgerlicher Pazifist und Kompromißler, ein Kleinbürger, der von einer klassenlosen Regierung träumt. Macdonald erkennt gleich allen Lügnern, Sophisten und Pedanten der Bourgeoisie den Klassenkampf nur als eine Tatsache an, über die man schreibt. Macdonald verschweigt die Erfahrungen Kerenskis, der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre in Rußland, die gleichartige Erfahrung Ungarns, Deutschlands usw., die Erfahrung der Bildung einer „demokratischen" und angeblich klassenlosen Regierung. Mac-

donald schläfert seine Partei und die Arbeiter, die das Unglück haben, diesen Bürger für einen Sozialisten und diesen Philister für einen Führer zu halten, mit folgenden Worten ein: „Wir wissen, daß dies (d. h. die revolutionäre Krise, die revolutionäre Gärung) vorübergehen, sich legen wird." Der Krieg rief die Krise unausbleiblich hervor, aber nach dem Kriege wird sich alles, wenn auch nicht auf einmal, „legen".

Und so schreibt ein Mensch, der Führer einer Partei ist, die der Kommunistischen Internationale beitreten will. Wir haben hier, was Offenherzigkeit anbetrifft, eine seltene und deshalb um so wertvollere Enthüllung dessen, was man nicht weniger oft in den Oberschichten der Französischen Sozialistischen Partei und der U. S. P. D. beobachten kann, und zwar: daß es nicht allein Unverstand, sondern auch Unlust ist, die revolutionäre Krise im revolutionären Sinne auszunutzen, oder mit anderen Worten: es ist Unverstand und Unlust, tatsächlich eine revolutionäre Vorbereitung der Partei und Klasse zur Diktatur des Proletariats durchzuführen.

Dies ist das Grundübel sehr vieler Parteien, die jetzt aus der II. Internationale ausgetreten sind. Und namentlich deshalb verweile ich länger bei den Leitsätzen, die ich dem Kongreß vorgelegt habe, um die Aufgabe der Vorbereitung für die Diktatur des Proletariats wo möglich noch konkreter und genauer zu bestimmen.

Noch ein Beispiel. Unlängst wurde ein neues Buch gegen den Bolschewismus veröffentlicht. Derartige Bücher erscheinen jetzt in Europa und Amerika in ungewöhnlicher Anzahl, aber je mehr Bücher gegen den Bolschewismus erscheinen, desto stärker und rascher wächst in den Massen die Sympathie für ihn. Ich habe dabei das Buch Otto Bauers „Bolschewismus oder Sozialdemokratie" im Auge. Hier wird den Deutschen anschaulich gezeigt, was eigentlich die Menschewiki sind, deren schmähliche Rolle in der russischen Revolution den Arbeitern aller Länder genügend bekannt ist. Otto Bauer hat ein durchaus menschewistisches Pamphlet geliefert, obwohl er sein Mitgefühl für den Menschewismus zu verschleiern sucht. Es ist jetzt notwendig, in

Europa und Amerika ein genaues Wissen über den Menschewismus zu verbreiten, denn er ist der Stammbegriff für alle angeblichen sozialistischen, sozialdemokratischen und anderen Richtungen, die dem Bolschewismus feindlich gegenüberstehen. Es wäre für uns Russen langweilig, den Europäern zu beschreiben, was Menschewismus ist. Otto Bauer hat dies in seinem Buche tatsächlich gezeigt, und wir danken im voraus allen bürgerlichen und opportunistischen Verlegern, die es herausgeben und in verschiedene Sprachen übersetzen lassen werden. Das Buch Bauers ist eine nützliche, wenn auch eigenartige Ergänzung zu den Lehrbüchern des Kommunismus. Nehmt einen beliebigen Paragraphen, eine beliebige Abhandlung von Otto Bauer, und Ihr seht, wie darin der Menschewismus aussieht, wie es dieselben grundlegenden Gesichtspunkte sind, die die Vertreter des Sozialismus, die Freunde Kerenskis, Scheidemanns usw. in die Tat umsetzen. Das wird eine Aufgabe sein, die man mit Nutzen und Erfolg bei „Examinas" stellen kann, um zu prüfen, ob jemand den Kommunismus sich zu eigen gemacht hat. Wenn Ihr diese Aufgaben nicht lösen könnt, dann seid Ihr noch keine Kommunisten, und es ist besser, Ihr tretet noch nicht in die kommunistische Partei ein. *(Beifall.)*

Otto Bauer hat in ausgezeichneter Weise den wesentlichen Inhalt der Ansichten des Weltopportunismus in einer einzigen Phrase ausgedrückt, wofür wir ihm, wenn wir in Wien frei verfügen könnten, noch bei Lebzeiten ein Denkmal setzen würden. „Die Anwendung von Gewalt im Klassenkampfe der heutigen Demokratie" — sagt Bauer — wäre „eine Vergewaltigung der sozialen Kräftefaktoren".

Wahrscheinlich werdet Ihr finden, daß dies seltsam und unbegreiflich klingt? Hier habt Ihr ein Beispiel, wohin der Marxismus führt, bis zu welcher Abgeschmacktheit und zu welchem Schutz der Ausbeuter man die revolutionärste Theorie führen kann. Es bedarf der deutschen Abart des Kleinbürgertums, und Ihr habt die „Theorie", daß die „sozialen Kräftefaktoren" Zahl, Organisiertheit, Ort im Produktions- und Verteilungsprozeß, Aktivität, Bildung sind. Wenn der Tagelöhner im Dorfe, der

Arbeiter in der Stadt eine revolutionäre Gewalttat gegen den Grundherrn und Kapitalisten begeht, so ist das durchaus nicht Diktatur des Proletariats, durchaus nicht Gewalttat gegen die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes. Nichts dergleichen. Das ist eine „Vergewaltigung der sozialen Kräftefaktoren".

Es ist möglich, daß mein Beispiel etwas humoristisch ist. Aber es liegt schon in der Natur des heutigen Opportunismus, daß sein Kampf gegen den Bolschewismus sich in Humor verwandelt. Die Arbeiterklasse und alles, was in ihr denkt, zum Kampf des internationalen Menschewismus (der Macdonald, O. Bauer und Konsorten) gegen den Bolschewismus zu verleiten, das ist wahrlich für Europa und Amerika die nützlichste, die dringendste Angelegenheit.

Wir müssen fragen, wodurch sich die Zähigkeit dieser Strömungen in Europa erklärt, und warum dieser Opportunismus in Westeuropa stärker als bei uns ist. Das ist der Fall, weil die vorgeschrittenen Länder ihrer Kultur die Möglichkeit schufen und schaffen, auf Kosten einer Milliarde unterdrückter Menschen zu leben, weil die Kapitalisten dieser Länder viel mehr erhalten als nur den Gewinn von der Plünderung der Arbeiter ihres eigenen Landes.

Vor dem Kriege rechnete man, daß die drei reichsten Länder — England, Frankreich und Deutschland — allein durch ihre Kapitalanlagen im Auslande, andere Einnahmen nicht gerechnet, 8 bis 10 Milliarden Franks Einnahmen im Jahre erzielten.

Es ist selbstverständlich, daß man aus dieser runden Summe den Arbeiterführern, der Arbeiteraristokratie, unter allen möglichen Formen der Bestechung wenigstens eine halbe Milliarde Almosen auswerfen kann. Das Ganze läuft hauptsächlich auf Bestechung hinaus. Das läßt sich auf Tausende der verschiedensten Arten machen: durch Hebung der Kultur in den größten Zentren, Errichtung von Bildungsanstalten, Schaffung von Tausenden von Stellen und Aemtern für die Führer der Genossenschaften, für die Gewerkschafts- und Parlamentsführer. Und das geht überall vor sich, wo die

heutigen zivilisierten kapitalistischen Verhältnisse bestehen. Diese Milliarden von Mehreinkünften bilden die wirtschaftliche Grundlage, auf welcher der Opportunismus in der Arbeiterbewegung aufgebaut ist. Wir begegnen in Amerika, in England, in Frankreich einer viel größeren Hartnäckigkeit der opportunistischen Führer, der leitenden Kreise der Arbeiterklasse, der Arbeiteraristokratie. Sie leisten der kommunistischen Bewegung den stärksten Widerstand. Deshalb müssen wir auch darauf gefaßt sein, daß die Befreiung der europäischen und amerikanischen Arbeiterparteien von diesem Uebel viel schwerer als bei uns sein wird. Wir wissen, daß seit der Gründung der Kommunistischen Internationale im Heilungsprozeß dieser Krankheit schon ungeheure Erfolge erzielt wurden, doch sind wir noch lange nicht am Ende angelangt; die Säuberung der Arbeiterparteien, der revolutionären Parteien des Proletariats in der ganzen Welt vom bürgerlichen Einfluß, von den Opportunisten in ihrer eigenen Mitte, ist bei weitem noch nicht beendet.

Ich will nicht darauf eingehen, wie wir dies konkret durchführen sollen. Davon ist in meinen schon veröffentlichten Leitsätzen die Rede. Mein Zweck ist nur, auf die tiefen wirtschaftlichen Ursachen dieser Erscheinung hinzuweisen. Diese Krankheit ist langwierig, ihre Heilung hat sich hingezogen, hat sich länger hingezogen, als die Optimisten hoffen konnten. Der Opportunismus ist unser Hauptfeind. Der Opportunismus in den Oberschichten der Arbeiterklasse ist kein proletarischer, sondern bürgerlicher Sozialismus. Der praktische Beweis dafür ist, daß die Führer, die innerhalb der Arbeiterbewegung der opportunistischen Richtung angehören, bessere Verteidiger der Bourgeoisie sind als die Bourgeois selbst. Ohne ihre Unterstützung könnte sich die Bourgeoisie den Arbeitern gegenüber nicht behaupten. Das beweist nicht nur die Geschichte der Kerenski-Regierung in Rußland, das beweist auch die demokratische Republik Deutschland mit ihrer sozialdemokratischen Regierung an der Spitze, das beweisen die Beziehungen Albert Thomas zu seiner bürgerlichen Regierung. Dies beweist die

entsprechende Erfahrung in England und in den Vereinigten Staaten. Hier ist unser Hauptfeind, und diesen Feind müssen wir besiegen. Wir müssen von dem Kongreß mit dem festen Entschluß weggehen, diesen Kampf in allen Parteien bis zu Ende zu führen. Das ist die Hauptaufgabe. Im Vergleich zu dieser Aufgabe ist die Wiedergutmachung der Fehler der „linken" Strömung im Kommunismus eine leichte Aufgabe. In einer ganzen Reihe von Ländern beobachten wir die Erscheinung des Antiparlamentarismus, der weniger von dem Kleinbürgertum ausgeht; hauptsächlich sind es einige Vortruppen des Proletariats, die ihn aus Verachtung des alten Parlamentarismus propagieren, aus einer begründeten, richtigen und geradezu zwingend notwendigen Verachtung des Verhaltens der parlamentarischen Führer in England, Frankreich, Italien, in allen Ländern. Es ist nötig, daß die Kommunistische Internationale hierzu praktische Winke gibt, daß sie die Genossen mit der russischen Erfahrung, mit der Bedeutung der wirklich proletarischen politischen Partei näher bekannt macht. In der Erfüllung dieser Aufgabe liegt unsere Arbeit. Dann aber wird der Kampf mit den Fehlern der proletarischen Bewegung und ihren Mängeln tausendmal leichter sein als der Kampf mit der Bourgeoisie, die unter der Maske von Reformisten in die alten Parteien der II. Internationale eingedrungen ist und ihre gesamte Arbeit nicht im proletarischen, sondern im bürgerlichen Geiste führt.

Genossen! Ich will zum Schluß noch etwas anderes erwähnen. Der Genosse Vorsitzende hat davon gesprochen, daß der Kongreß den Namen eines Weltkongresses verdient. Ich glaube, daß er besonders deshalb Recht hat, sich so zu nennen, weil sich unter uns nicht wenige Vertreter der revolutionären Bewegung der zurückgebliebenen Kolonialländer befinden. Das ist nur ein schüchterner Beginn, wichtig ist jedoch die Tatsache, daß der Anfang gemacht ist. Die Vereinigung der revolutionären Proletarier der vorgeschrittenen kapitalistischen Länder mit den revolutionären Massen der Länder, in denen es kein Proletariat oder fast kein Proletariat gibt, mit den unterdrückten Massen

der östlichen Kolonialländer, diese Vereinigung erfolgt auf dem gegenwärtigen Kongreß. Und von uns hängt es ab — und ich bin überzeugt, daß wir es durchführen werden —, diese Vereinigung zu festigen. Der Weltimperialismus muß fallen, wenn der revolutionäre Ansturm der ausgebeuteten und unterjochten Arbeiter im Innern jedes Landes den Widerstand der kleinbürgerlichen Elemente und den Einfluß der wenig zahlreichen Oberschichten der Arbeiteraristokratie besiegt, sich mit dem revolutionären Druck von Hunderten von Millionen der Menschheit vereinigt, die bisher außerhalb der Geschichte standen, nur als ihr Objekt betrachtet wurden.

Der imperialistische Krieg hat der Revolution geholfen; die Bourgeoisie zog aus den Kolonien, aus den rückständigen Ländern Soldaten zur Teilnahme an dem imperialistischen Kriege heran. Die englische Bourgeoisie redete den indischen Bauern ein, daß es ihre Pflicht sei, als Soldaten Großbritannien gegen Deutschland zu verteidigen. Die französische Bourgeoisie redete den Soldaten aus den französischen Kolonien ein, daß sie, die Neger, Frankreich verteidigen müßten. Sie lehrte sie den Gebrauch der Waffen. Das ist ein äußerst nützliches Wissen; wir könnten der Bourgeoisie dafür sehr dankbar sein, ihr im Namen aller russischen Arbeiter und Bauern und im Namen der russischen Roten Armee im besonderen danken. Der imperialistische Krieg zog die abhängigen Völker mit hinein in die Weltgeschichte. Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist nun, darüber nachzudenken, wie wir den Grundstein zur Organisation der Sowjetbewegung in den nichtkapitalistischen Ländern legen sollen. Die Sowjets sind auch dort möglich; sie werden keine Arbeiterräte, sondern Bauernräte oder Räte der Werktätigen sein.

Das erfordert viel Arbeit, Fehler werden unvermeidlich sein, vielen Schwierigkeiten werden wir auf diesem Wege begegnen. Die Hauptaufgabe des Zweiten Kongresses wird es sein, praktische Richtlinien auszuarbeiten, damit die Arbeit, die bis jetzt unter den Hunderten von Millionen von Menschen unor-

ganisiert vor sich ging, zu einer organisierten, einheitlichen, systematischen werde.

Etwas mehr als ein Jahr ist seit dem Ersten Kongreß der Kommunistischen Internationale vergangen, und wir haben in dieser Zeit die Zweite Internationale besiegt. Die Sowjetideen sind jetzt nicht allein unter den Arbeitern der zivilisierten Länder verbreitet, nicht nur ihnen bekannt und verständlich; die Arbeiter aller Länder lachen über jene superklugen Leute, unter denen sich nicht wenige befinden, die sich Sozialisten nennen und die in gelehrter oder halbgelehrter Weise über das „Sowjetsystem", wie sich die systematischen Deutschen auszudrücken belieben, oder über die „Sowjetidee", wie die englischen „Gildensozialisten" zu sagen belieben, urteilen. Dieses Philosophieren über das „Sowjetsystem" oder die „Sowjetidee" trübt den Arbeitern nicht selten Blick und Verstand. Aber sie werfen diesen pedantischen Streit beiseite und greifen zu der Waffe, die ihnen die Sowjets geben. Das Verständnis der Rolle und der Bedeutung der Sowjets hat sich jetzt auch auf die Länder des Ostens erstreckt.

Der Anfang der Sowjetbewegung ist im ganzen Osten, in ganz Asien, unter allen Kolonialvölkern gemacht.

Der Grundsatz, daß der Ausgebeutete sich gegen den Ausbeuter empören und Sowjets bilden soll, ist nicht zu kompliziert. Dies wird den Hunderten Millionen der unterdrückten und ausgebeuteten Massen der ganzen Welt durch unsere Erfahrung, die wir nach zweieinhalb Jahren Räterepublik in Rußland und nach dem ersten Kongreß der Kommunistischen Internationale gewonnen haben, klar werden, und wenn jetzt wir in Rußland gezwungen sind, nicht selten Kompromisse zu schließen, abzuwarten, da wir schwächer als die internationalen Imperialisten sind, so wissen wir doch, daß wir die Interessen von 1¼ Milliarden Menschen verteidigen. Uns hindern heute noch alte Vorurteile, alte Unwissenheit, die aber mit jeder Stunde schwinden; immer tatkräftiger vertreten und verteidigen wir 70 Prozent der Bevölkerung der Erde, die Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten. Wir können mit Stolz sagen: auf dem Ersten

Kongreß waren wir eigentlich nur Propagandisten. Wir warfen die Grundideen, den Aufruf zum Kampfe ins Weltproletariat. Wir fragten nur: wo sind die Leute, die sich fähig fühlen, diesen Weg zu beschreiten? Jetzt steht das vorgeschrittene Proletariat überall zu uns. Ueberall sind, wenn auch manchmal schlecht organisierte und der Reorganisation bedürftige, proletarische Armeen vorhanden, und wenn unsere internationalen Genossen uns helfen, eine einheitliche Armee zu schaffen, dann können uns keine Mängel an unserem Vorhaben hindern. Dieses Werk ist die Sache der proletarischen Weltrevolution, das Werk der Schaffung der Räterepublik der Welt. *(Lange anhaltender Beifall, das Orchester spielt die „Internationale".)*

SINOWJEW. Die Rede des Genossen Lenin wird auf der Sitzung nicht in die anderen Sprachen übersetzt, die schriftliche Uebersetzung seiner Rede wird unter den Delegierten verteilt werden. *(Darauf erteilt er das Wort dem Genossen Rosmer.)*

ROSMER. Im Namen der französischen Arbeiter und Bauern danke ich für den Empfang, der alle französischen Delegierten tief gerührt hat. Es war ein glücklicher Gedanke, alle Delegierten im Smolny zu begrüßen, um hier zu zeigen, welche Qualen und Leiden das russische Proletariat durchmachen mußte, um zu dem Siege zu gelangen, den wir heute feiern. Die Worte des Genossen Kalinin, es sei Zeit, daß das internationale Proletariat seine Solidarität mit dem russischen Volke beweise, haben sich allen Anwesenden tief ins Gedächtnis eingeprägt. Die französischen Arbeiter sind sich dessen bewußt, daß sie noch nicht tatkräftig genug dem russischen Volke zu Hilfe gekommen sind, teils weil sie seine Verhältnisse nicht kannten, teils weil sie durch böswillige Propaganda irregeführt waren, teils weil sie nicht stark genug waren, um ihren Willen ins Leben umzusetzen. Jetzt werden die französischen Delegierten bei ihrer Rückkehr nach Frankreich die Möglichkeit haben, die französischen Arbeiter und Bauern von dem in Kenntnis zu setzen, was in Rußland vorgeht. Sie versprechen, mit verzehnfachter Tatkraft danach zu streben, daß die französischen Arbeiter und Bauern begreifen, daß

hier für die gemeinsame Sache der ganzen Welt gerungen und gestorben wird. Sie versprechen, ihre Tatkraft zu verstärken, um das französische Proletariat zum Eintritt in die Reihen des tätigen Proletariats zu bewegen. Sie halten es für ihre Pflicht, besonders herzlich das Proletariat des Roten Petersburg zu begrüßen, das mit außergewöhnlichem Heldenmut, mit Selbstaufopferung und Ausdauer die Feinde zerstreut und die besondere Achtung des Weltproletariats erworben hat.

Darauf schlägt er den Text der an das Petrograder Proletariat gerichteten Begrüßung vor, der wie folgt lautet:

An die Proletarier von Petrograd.

Brüder! Der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der seine Sitzungen im roten Petrograd eröffnet, sendet seinen ersten Willkommensgruß Euch Petrograder Arbeitern, Arbeiterinnen, Rotarmisten, Matrosen und allen Werktätigen. Wir Delegierte der Arbeiterorganisationen der ganzen Welt haben es für unsere Pflicht gehalten, die erste Sitzung des Kongresses bei Euch in Petrograd zu eröffnen, um dadurch den Zoll der Achtung und Liebe an das Proletariat des roten Petrograd zu entrichten, das sich als erstes gegen die Bourgeoisie erhoben und in heroischer Anspannung der Kräfte und des Willens die Macht des Kapitals in einer der wichtigsten Festen der bürgerlichen Welt gestürzt hat.

Die Proletarier aller Länder wissen, wie viel Ihr Proletarier Petrograds im Lauf der letzten drei Jahre gelitten, wie sehr Ihr gehungert habt, wie viele von den besten Eurer Söhne bei der Verteidigung der hehren Sache des Kommunismus an den Fronten gefallen sind. Die Arbeiter der ganzen Welt lieben Euch darum besonders heiß, weil Ihr in den Augenblicken höchster Gefahr für Petrograd und die ganze Sowjetrepublik niemals gezaudert habt, sondern die blutbefleckte rote Fahne mit dem Löwenmut, der unerschrockenen Tapferkeit und Standhaftigkeit des Petrograder Proletariats verteidigt habt. Die Kommunistische Internationale sagt zu Euch: die Petrograder Kommune ist würdig, die

Sache der Pariser Kommune fortzusetzen und unter Vermeidung ihrer Schwächen und Fehler die proletarischen Bataillone zum Siege zu führen. Die Kommunistische Internationale ist überzeugt, daß die Arbeiter des roten Petrograd auch künftighin die beste Truppe der internationalen Arbeiterarmee bleiben werden.

Es lebe das herrliche Petrograder Proletariat!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

SINOWJEW. Der Kongreß wünscht, sich mit einer Begrüßung an die Rote Armee der russischen Republik zu wenden. Das Wort hat Gen. Serrati, der Vertreter der italienischen Arbeiter.

SERRATI. Im Namen der Italienischen Sozialistischen Partei, die der Kommunistischen Internationale beigetreten ist, begrüße ich die ruhmreiche Rote Armee Rußlands, die Verteidigerin des erhabenen Ideals des Weltproletariats. Als der Weltkrieg ausbrach, versuchten die Verräter der Arbeiterklasse in Italien, diese zu überreden, auf die Seite der Bourgeoisie überzugehen. Damals verbreiteten sie die Lehre, daß das Proletariat den Frieden erringen und seine eigenen Kampfziele erreichen werde, wenn es Waffen in der Hand haben werde. Jedoch die Italienische Sozialistische Partei sagte sich von diesen Sozialverrätern los. Sie sagte, daß sie immer, ob mit oder ohne Gewehr, auf der Seite der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie kämpfen werde. Und jetzt hat die große Rote Armee dies durch die Tat bewiesen. Sie hat mit goldenen Buchstaben in die Geschichte eingetragen, daß sowohl Eisen wie Gewehre nur dann eine Waffe sind, wenn die Arbeiterklasse sie zu gebrauchen versteht, wenn sie weiß, daß alles dies nur zur Eroberung des hehren Ideals des Proletariats und gegen die Bourgeoisie der ganzen Welt dient. Jene ruhmreiche, große Armee, die da kämpft und Sieg auf Sieg erringt, im Süden gegen Wrangel und im Westen gegen Polen kämpft, diese Rote Armee steht nicht einsam da: mit ihr zusammen kämpfen auch die englischen Arbeiter und die italienischen Seeleute und die deutschen Seeleute in Kiel. Und überall, wo Proletarier leben, verhindern sie durch Streiks und andere Mittel, daß die todbringenden Waffen an die polnische Front

gelangen. Ueberall, wo sie durch ihren blutigen Kampf beweisen, daß sie nicht den Interessen der Bourgeoisie dienen wollen, da gibt es Verteidiger und Anhänger der großen proletarischen Roten Armee. Möge der Tag nahe sein, an dem die proletarische Rote Armee nicht nur aus russischen Proletariern, sondern aus Proletariern der ganzen Welt bestehen wird, an dem alle Werktätigen, durch das Bewußtsein des hehren Ideals des Sozialismus vereint, eine einzige große und unbesiegbare Armee bilden werden, die den Kapitalismus ein für allemal besiegen und allem ein Ende wird bereiten können, was sein Vermächtnis bildet, an dem die Proletarier der ganzen Welt und die tapferen Rotarmisten sich endgültig von der Pflicht des Kriegsdienstes befreien und nicht mit Kanonen, sondern durch die Rückkehr zu friedlicher Arbeit die ganze Welt von dem befreien können, was immer die Arbeiterklasse gedrückt hat. Im Namen dieser hohen Idee, abgesehen von den Diensten, die die Rote Armee schon dem Weltproletariat erwiesen hat, schlage ich im Namen aller Parteien, die in der Kommunistischen Internationale vertreten sind, folgende Begrüßung der Roten Armee und der Roten Flotte der Russischen Föderativen Sowjetrepublik vor.

An die Rote Armee und die Rote Flotte der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik.

Brüder! Der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale sendet seinen wärmsten Brudergruß der ganzen Roten Armee, der ganzen Flotte, jedem roten Truppenteil vom kleinsten bis zum größten, Euch Rotarmisten und roten Seeleuten, allen zusammen und jedem einzelnen — insbesondere den Genossen an der Front. Die Werktätigen der ganzen Welt verfolgen mit verhaltenem Atem und voller Liebe Euren Kampf gegen die Kapitalisten und Gutsherren, die zaristischen Generäle und Imperialisten.

Die Arbeiter der ganzen Welt haben mit Euch zusammen Eure Niederlagen durchlebt und feiern mit Euch zusammen Eure Siege. Die werktätige Bevölkerung der ganzen Welt verfolgt voller Begeisterung, wie Ihr um den Preis großer Anstrengungen

Koltschak, Denikin, Judenitsch, Miller besiegt habt, wie Ihr die Betrügereien der englischen und französischen Kapitalisten zu Schanden gemacht habt.

Der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale begrüßt aufs wärmste die Rote Armee, die im gegenwärtigen Augenblick an der West- und Südwestfront gegen die weißen polnischen Pans kämpft, die von der Bourgeoisie der Entente ausgesandt worden sind, um die russische Sowjetrepublik der Arbeiter und Bauern zu erdrosseln.

Brüder Rotarmisten, wisset: Euer Krieg gegen die polnischen Pans ist der gerechteste Krieg, den die Geschichte jemals gekannt hat. Ihr kämpft nicht nur für die Interessen Sowjetrußlands, sondern auch für die Interessen der ganzen werktätigen Menschheit, für die Kommunistische Internationale.

Die werktätigen Massen können das Joch der Reichen und das Lohnsklaventum nicht anders vernichten als mit der Waffe in der Hand. Ihr habt als erste die Waffe gegen die Unterdrücker gekehrt. Ihr habt als erste eine geordnete und mächtige Rote Arbeiter- und Bauernarmee geschaffen. Ihr habt als erste allen Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt den Weg gewiesen. Dafür segnen Euch die Proletarier aller Länder.

Die Kommunistische Internationale weiß, daß Eure Siege über die Feinde der Arbeiter und Bauern mit unzähligen Opfern und Entbehrungen erkauft sind.

Wir wissen, daß Ihr Euch selbst nicht schont. Wir wissen, wie viele von den besten Söhnen der Roten Armee ihr Leben für unsere Sache geopfert haben. Euer Heldenmut wird in der Geschichte niemals vergessen werden. Wisset, Genossen: die Rote Armee ist gegenwärtig eine der Hauptkräfte der Weltgeschichte. Wisset: Ihr seid nicht mehr allein. Die Werktätigen der ganzen Welt sind auf Eurer Seite. Die Zeit ist nahe, da die internationale Rote Armee geschaffen werden wird.

Es lebe die große, unbesiegbare Rote Armee!

Es lebe die Armee der Kommunistischen Internationale!

SINOWJEW. Der Kongreß beabsichtigt, sich mit einem besonderen Aufruf an alle Arbeiter der Welt zu wenden wegen

einer Abteilung unserer Truppen, die sich jetzt in besonders schwerer Lage befindet und ungeheure Opfer bringt. Ich spreche von dem ungarischen Proletariat. Das Wort hat der Vertreter der österreichischen Kommunisten, Gen. Steinhardt.

STEINHARDT. Genossen und Genossinnen! Als im März des vorigen Jahres der I. Kongreß der Kommunistischen Internationale zu Ende ging und im Anschluß daran der VIII. Parteikongreß der Kommunistischen Partei Rußlands begann, da erhielten wir in Moskau ein Telegramm des Gen. Bela Kun, worin er meldete, daß die ungarische Arbeiterschaft die Macht in ihre Hände genommen habe und die ungarische Räterepublik errichtet sei. Diese Nachricht erfüllte uns zwar alle mit großer Freude, aber gleichzeitig betrachteten wir nicht ohne Besorgnis die näheren Umstände, unter denen dieses große Ereignis vor sich gegangen war. Denn nicht durch einen langjährigen blutigen Kampf gegen das Bürgertum wurde die Sowjetmacht in Ungarn erobert, sondern man hatte kampflos die Macht von der Bourgeoisie übernommen, und zwar mit Kampfgenossen, die als die rückständigsten Schichten der sozialdemokratischen Parteien aller Länder in der Internationale bekannt waren, nämlich mit der ungarischen Sozialdemokratie. Was wir befürchteten, trat dann auch wirklich ein. Von den ersten Tagen ab sabotierte die ungarische Sozialdemokratie, die sich mit der Kommunistischen Partei vereinigt hatte. Diese Vereinigung war der größte Fehler der ungarischen Kommunistischen Partei. Die ungarischen Gewerkschaftsorgane sabotierten, das Bürgertum, das internationale Kapital, alles vereinigte sich, um die ungarische Sowjetregierung zu stürzen. Was kommen mußte, kam. Bedroht von den Rumänen, diesen Bojaren, diesen Wüstlingen, und bedrängt von den englischen Söldnern, die sich durch den Namen Horthy in der Geschichte auf ewig mit Schmach bedeckt haben, im Norden bedroht von der Tschechoslowakei und nicht unterstützt von Deutsch-Oesterreich, weil uns die Sozialdemokratie in Deutsch-Oesterreich den Kampf angesagt hatte, nicht unterstützt von Deutschland, war die ungarische Sowjetregierung gezwungen, von den ersten Tagen an einen verzweifelten Kampf

zu führen. Aber, Genossen, trotz alledem war es ein großes Ereignis, denn zum ersten Mal in der Geschichte des Kommunismus entstand mitten in den westlichen kapitalistischen Ländern, mitten im Feindeslager eine Sowjetrepublik. Das war in den Augen der Kapitalisten des Westens ein Verbrechen, das mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gesühnt werden mußte. Es widerstrebt einem, es überhaupt auszusprechen, was sich jetzt in Ungarn seit einem Jahre an Scheußlichkeiten abspielt. Es gibt nichts Unmenschlicheres als das, was jetzt von den Horden des Horthy an den Arbeitern, ganz gleich ob sie Kommunisten, Sozialdemokraten oder sogar Christlichsoziale sind, verübt wird. Infolgedessen steht Ungarn jetzt wehrlos da. Es ist die Pflicht der Kommunistischen Internationale, an diesem geschichtlichen Orte, zu dieser außergewöhnlichen geschichtlichen Stunde einen Protest zu erheben, aber nicht einen Protest in Worten, sondern einen Protest der kräftigen Tat gegen diese Horthybanden.

Genau so, wie sich die Arbeiter der Tschechoslowakei vereinigt haben, um weder Waffen noch einen Karren Kriegsmaterial nach Polen zu senden, genau so, wie in Deutsch-Oesterreich und in Deutschland unsere Arbeiterbetriebsräte sich vereinigt haben, damit kein Waggon gegen Sowjetrußland geführt wird, so müssen wir uns vereinigen, damit wir mit unseren Brüdern gemeinsam das Horthyungarn rasch wieder zu einem Sowjetungarn, zu einem Kulturlande machen können! Wir müssen diese Bande mit allen Mitteln niederzuschlagen suchen. Genossen, deshalb bitte ich Euch, nachfolgenden Aufruf an alle Proletarier einstimmig und ohne Debatte anzunehmen, in den einzelnen Ländern aber auch jede Stunde nach ihm zu handeln. Denn darauf, Genossen, kommt es an.

An die Proletarier aller Länder.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

In den Tagen, da Sowjetrußland den Angriff der verbrecherischen Clique des polnischen Adels siegreich zurückweist, da sich in der ganzen Welt die Woge des Arbeiterunwillens gegen die kapitalistischen Regierungen erhebt, da die revolutionären Proletarier auf dem Kongreß der Kommunistischen Inter-

nationale die große Vereinigung der vielmillionenköpfigen Arbeiterarmee durchführen, gibt es ein Land, das mit den Leichen der besten Revolutionskämpfer bedeckt ist. Dieses Land ist Ungarn. Das internationale Kapital, dieses widerliche und niederträchtige Scheusal, hat die junge ungarische Sowjetrepublik erschlagen. Zum Feldzug gegen sie hatten sich alle Kräfte der alten Welt vereinigt: die handwerksmäßigen Mörder im Generalsrock und die christlichen Priester, die Londoner Bankiers und das adlige Gesindel Rumäniens, die französischen Wucherer und die Sozialverräter aller Länder, die schwarzen Söldlinge und die „zivilisierten" Kulturträger. Von allen Seiten in die Enge getrieben, mit gebrochenen Armen und Beinen, ist die ungarische Sowjetrepublik unter entsetzlichen Qualen auf dem Golgatha der Gegenrevolution gestorben, um wieder zu auferstehen, sobald wir ihr zu Hilfe eilen können. Diese bestialische Gegenrevolution, die geführt wird vom Abschaum der Offiziersbande des englischen Mietlings Admiral Horthy, tanzt jetzt auf den Leichen der Arbeiter ihren scheußlichen Reigen. Es gibt keine Grausamkeit, keine Niedertracht, keinen tierischen Zynismus, den die zügellose Gewalt der christlich-generalsmäßigen „Ordnung" nicht zur Anwendung brächte. Tausende sind erhängt und erschossen, Zehntausende ins Gefängnis geworfen, erschlagen und hinterrücks ermeuchelt, in die Kloaken gestürzt, spurlos verschollen, ausgeraubt, vergewaltigt, in der Folter verkrüppelt worden — das ist die Ordnung, die vom demokratischen „Völkerbund" mit Hilfe der Helden der II. Internationale wieder hergestellt worden ist. „Wehe den Besiegten!" ruft der englische Oberst — und schießt die kommunistischen Arbeiter nieder. „Wehe den Besiegten!" ruft der vertierte Gutsbesitzer und vergewaltigt eine Arbeiterin. „Wehe den Besiegten!" ruft der weißgardistische Gefängnisknecht und setzt die noch nicht unter die Erde gebrachten Arbeiter hinter Schloß und Riegel.

Proletarier! Arbeiterinnen!

Zur Stunde, da das Knirschen der Knochen des untergehenden ungarischen Proletariats zu uns herübertönt, habt Ihr die

Pflicht, Eure Stimme zu erheben und der verbrecherischen Hand der bürgerlichen Henker Einhalt zu tun, die lebendigen Menschen die Haut abziehen, sie zwingen, Menschenkot zu essen, Frauen vergewaltigen und den Kommunistinnen den Bauch aufschlitzen.

Sogar die Lakaien des Kapitals, die Helden der sozialpatriotischen Amsterdamer Gewerkschaftsvereinigung, haben, durch ihre eigene Gemeinheit erschreckt, dem weißen Ungarn den Boykott erklärt. Und ihre Kommission hat Tausende von räuberischen Untaten der ungarischen Regierung und der ganzen Horthybande festgestellt. Und so sind sie denn Verräter genug, um sogar ihren eigenen Verrat zu verraten.

Die Kommunistische Internationale wendet sich auf ihrem Weltkongreß im Namen von Millionen von Arbeitern an der Schwelle des Weltkriegs mit dem Kapital an das ganze Proletariat mit dem Aufruf:

Erhebt Euch alle zum Kampf gegen die Henker Ungarns!

Wendet in diesem Kampfe alle Mittel an!

Bringt die Züge mit Waffen zum Stehen! Sprengt jeden Militärtransport, der nach Horthyungarn geht, in die Luft!

Macht die Offiziere unschädlich, die zum Mord der Arbeiter eilen!

Desorganisiert durch eine mächtige Welle wiederkehrender Streiks die Produktion aller Waffen ohne Ausnahme! Bewaffnet nur Euch selbst! Macht alle Anstrengungen in Wort und Tat, um die Armee des Imperialismus zu zersetzen. Umgebt das Land der Mörder und Würger mit einer Mauer des Hasses!

Arbeiter! Durch Eure Gleichgültigkeit werdet Ihr selbst zu Helfershelfern der Henker!

Tretet alle in die Reihen der Kämpfer! Rettet Eure proletarische Ehre! Rettet das leidensreiche ungarische Proletariat!

Ungarische Arbeiter! Fasset Mut! Das Proletariat der ganzen Welt ist mit Euch. Die Kommunistische Internationale sendet Euch den Ausdruck ihrer Liebe und Brüderlichkeit.

Sowjetungarn ist tot! Es lebe Sowjetungarn!

MARCHLEWSKI. Es sei mir erlaubt, hier die Lage Polens zu schildern. Die russischen Arbeiter wissen, daß die polnischen revolutionären Arbeiter in den Jahren 1905—1906 Bahnbrecher der Revolution gegen den russischen Zarismus waren. Ungeachtet dessen, daß die Sache der Befreiung des polnischen Staates — freilich nur der scheinbaren Befreiung, da dieser Staat ein Werkzeug der Entente wurde —, ungeachtet dessen, daß die Beseitigung des Joches, unter dem das polnische Volk seufzte, die Sache der Revolution war, haben die polnischen Arbeiter es nicht verstanden, dieses glückliche Zusammentreffen der Umstände auszunützen. Die Sache ist die, daß der europäische Krieg, der imperialistische Krieg, das polnische Proletariat nach allen Seiten hin zerstreut hat. Hunderttausende von polnischen Arbeitern waren nach Rußland, Hunderttausende nach Deutschland verschlagen. Deshalb konnten Betrüger, diese Herren, die nur die kleinbürgerlichen Schichten hinter sich haben, die Macht an sich reißen und darauf mit Hilfe der Entente starke Kräfte für den Kampf gegen Sowjetrußland formieren. Vom ersten Augenblick an haben die polnischen Kommunisten gegen dieses Verbrechen gekämpft, und dieser Kampf hat viel Blut gekostet. Ihr wißt, daß der Ueberfall auf Rußland mit einem schmachvollen, schändlichen Morde begann, den die polnischen Gendarmen an jener Mission des roten Kreuzes begingen, an deren Spitze einer unserer Besten, Genosse Wesselowski, stand. Ihr habt gelesen, daß die Ausschreitungen, die in Polen gegen die Kommunisten stattfinden, ihresgleichen wohl nur in Ungarn haben. Ihr wißt, daß dort im Verein mit der Bourgeoisie unsere Sozialverräter — Daszinski und Konsorten — wirken, die möglicherweise noch fragwürdiger sind, als die russischen Menschewiki und die deutschen Scheidemänner. Jetzt aber ist die Stunde gekommen, in der das polnische Proletariat klar sehen wird, in der die imperialistische Betäubung, die einen Teil der Arbeiterklasse Polens ergriffen hatte, beseitigt wird; und jetzt, da die siegreiche Rote Armee vorwärts schreitet, da sie jene Kraft zerstören hilft, die bis jetzt über Polen geherrscht hat, hegen wir die feste

Hoffnung, daß die Sache der polnischen Revolution schnell vorwärts kommen wird. Aber, Genossen, wir wollen dessen eingedenk sein, daß wir eine ernste Sache vorhaben, wir wollen bedenken, daß der freche Akt Lord Curzons, den die Sowjetregierung ablehnen mußte, Drohungen enthält. Vielleicht werden die englischen und französischen Heere dem weißgardistischen Polen auch nicht gegen die polnische Revolution und gegen Sowjetrußland zu Hilfe eilen; aber unsere Feinde werden bemüht sein, die rumänische Armee und vielleicht auch jene Armeen auf uns zu hetzen, die Herr Noske schon für sie organisiert hat. Vielleicht werden Hunderttausende deutscher Freiwilliger an die polnische Front eilen, um das revolutionäre Polen und Sowjetrußland zu erwürgen. Und deshalb, Genossen, wollen wir dessen eingedenk sein, daß wir uns von der II. Internationale unterscheiden und nicht eine Internationale der Worte, sondern eine Internationale der Tat sein wollen. Eure Pflicht ist es, jetzt zu helfen, daß dieser verbrecherische Krieg schnell beendet wird. Und dann, daran zweifle ich nicht, werden die uns bedrohenden Scharen der Bourgeoisie ebenso enden, wie bisher alle Armeen geendet haben, die Niederlagen erlitten haben. Als die russischen, die deutschen und die österreichischen Armeen Niederlagen erlitten, wurden sie revolutionär. Dasselbe wird auch in Polen geschehen, und dann wird die polnische Sowjetrepublik triumphieren. Um diesen Kampf, um diesen Sieg jedoch werden wir noch hart ringen müssen. Wir polnischen Kommunisten schwören Euch, daß wir nicht nachgeben werden, und wir bitten um Eure Unterstützung, Genossen.

SINOWJEW. Der Kongreß beabsichtigt, über diese wichtige Frage ein politisches Manifest zu erlassen. Ich gebe das Wort dem Delegierten der deutschen Kommunisten, Genossen Levi.

LEVI. Genosse Serrati hat soeben mit beredten Worten die Gefühle geschildert, die das europäische Proletariat und das Proletariat der Welt der Roten Armee entgegenbringt. Ihr habt diesen Worten begeisterten Beifall gespendet, und ich

muß sagen, ich bin erstaunt, daß Ihr noch immer Beifall spendet, wenn die Gefühle des europäischen Proletariats Euch überbracht werden. Denn die Gefühle des europäischen Proletariats für die russische Revolution und für die Rote Armee sind schon lange die gleichen. Und trotz aller Gefühle sind es europäische und sind es deutsche Proletarier gewesen, die den Frieden von Brest-Litowsk Rußland auferlegten, sind es deutsche Proletarier gewesen, die durch das Baltikum marschierten und die in der Ukraine und in Südrußland die Revolution niederschlugen. Für das deutsche und für das europäische Proletariat wird aber jetzt die Stunde kommen, in der es zeigen muß, daß es über Gefühle der Sympathie hinaus imstande ist, zu dem zu schreiten, was der russischen Revolution allein helfen kann, zu der lebendigen Tat.

Gerade jetzt rücken die roten Truppen immer mehr in Polen vor, nähern sich Warschau. Hier aber in Polen ist es zum erstenmal, daß die roten Armeen sich Auge in Auge mit dem europäischen Imperialismus messen. Was sie bisher bekämpften — die Denikin, Judenitsch und Koltschak —, das waren nur sehr armselige Schergen. Um Polen herum gruppiert sich aber der europäische Imperialismus. Ueberhaupt ist Polen nicht ein herumwandernder Landsknecht der Entente, sondern ein Vorwerk des europäischen Imperialismus. Hier messen sich nun die Kräfte, und hier müssen nun die europäischen Proletarier zeigen, wie weit sie begreifen und imstande sind, in Polen selbst nicht nur die polnische Bourgeoisie, sondern auch den polnischen Kapitalismus zu schlagen, zu schlagen bis er zerbricht. Hier wartet die erste gemeinschaftliche Tat zu der die Proletarier aller Länder zusammenwirken müssen. Und in diesem Sinne schlagen wir Euch vor, von dieser Stelle, auf die heute die Augen der Proletarier aller Welt gerichtet sind, folgenden Aufruf zu erlassen:

An die Proletarier und Proletarierinnen aller Länder!

Der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale tritt in einem Augenblick zusammen, in dem unter den wuch-

tigen Schlägen der roten Armee der russischen Arbeiter und Bauern das weiße Polen, das Bollwerk der kapitalistischen Weltreaktion, zusammenbricht. Was alle revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen der ganzen Welt heiß ersehnt haben, das hat sich vollzogen.

Die russischen Arbeiter und Bauern standen gegen die frechen polnischen Weißgardisten mit derselben Wucht auf, mit der sie sich erhoben haben, um die russische Gegenrevolution, um die Heere von Judenitsch, Koltschak und Denikin niederzuwerfen. Die polnischen Kapitalisten und Junker, die die ehrlichen Friedensvorschläge Sowjetrußlands verschmähten und in der Hoffnung auf die Hilfe des Weltkapitals, in der Ueberzeugung, daß Sowjetrußland im Kampfe gegen die Konterrevolution alle seine Kräfte verbraucht hat, ihre Truppen auf Sowjetrußland geworfen haben, sie stehen jetzt vor einer großen militärischen Niederlage.

Panikartig fluten ihre Heere von der Ukraine und von Weißrußland zurück, und ihnen drängen die Heere Sowjetrußlands nach. Die Banditen des Weltkapitals, die polnischen Junker und Kapitalisten, erheben jetzt ein lautes Jammergeschrei, Polen sei in großer Gefahr.

Sie wenden sich an die Regierungen der kapitalistischen Länder mit Bitten um möglichst schleunige Hilfe, wenn die europäische Zivilisation nicht durch die Barbaren der russischen Revolution vernichtet werden solle, und wir sehen, wie die englische Regierung, welche die Polen zu ihrem verbrecherischen Feldzug gegen Sowjetrußland ausgerüstet hat, zusammen mit ihren Verbündeten es ablehnte, Polen in den Arm zu fallen, als Sowjetrußland am 8. April Verhandlungen in London vorschlug. Wir sehen, wie eben dasselbe kapitalistische England Sowjetrußland frech mit einem neuen, von allen Alliierten organisierten Ueberfall bedroht, falls Sowjetrußland keinen Waffenstillstand mit den polnischen Eindringlingen schließt. Die Schieber des Weltkapitals, die mit den Geschicken der Völker wie mit Schachfiguren gespielt haben, spielen sich jetzt als die Verteidiger des unabhängigen Polens auf. Die fran-

zösische Regierung, die noch im Jahre 1917 bereit war, Polen dem russischen Zarismus freizugeben, wenn er dafür die Ansprüche des französischen Imperialismus auf das linke Rheinufer anerkannte, die englische Regierung, die viele Male während des Krieges durch ihre Agenten der deutschen Regierung vertraulich erklärte, sie würde Polen an die Zentralmächte ausliefern, falls nur der deutsche Imperialismus Belgien freilasse, von wo aus England bedroht werden könnte — alle diese Händler mit Menschenfleisch schreien jetzt, die Unabhängigkeit Polens sei von Sowjetrußland bedroht, und sie suchen unter dieser Losung die öffentliche Meinung der Welt für einen neuen Feldzug gegen die russischen Arbeiter und Bauern vorzubereiten.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Welt! Wir brauchen Euch nicht erst zu erklären, daß Sowjetrußland nicht die geringsten Eroberungspläne gegenüber dem polnischen Volke hegt. Sowjetrußland verteidigte die Unabhängigkeit Polens vor dem Angriff der Henker des polnischen Volkes, vor dem Angriff der Hoffmann und Beseler, Sowjetrußland war bereit, sogar mit den polnischen Kapitalisten Frieden zu schließen, indem es, um nur den Frieden zu erlangen, nicht nur die Unabhängigkeit Polens anerkannte, sondern ihm sogar große Grenzgebiete zugestand. Sowjetrußland zählt in seinen Reihen Tausende tapferer polnischer Kämpfer, Sowjetrußland ist durch jahrzehntelangen gemeinsamen Kampf mit den polnischen Arbeitermassen aufs engste verbunden, für Sowjetrußland ist das Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes ein heiliges, unantastbares Recht, und wenn kein einziger Soldat Polen verteidigen würde, der polnische Boden würde Besitz des polnischen Volkes bleiben, und das polnische Volk könnte frei über sein Geschick entscheiden.

Aber solange in Polen die Clique kapitalistischer und junkerlicher Abenteurer herrscht, die Polen in das verbrecherische Kriegsabenteuer gestürzt haben, solange das Ententekapital Polen mit Waffen versieht, befindet sich Sowjetrußland in einem Verteidigungskriege. Wenn Sowjetrußland heute den

polnischen Weißgardisten eine Atempause gibt, wenn Sowjetrußland ihnen erlaubt, ihr geschlagenes Heer zu reorganisieren, es mit Hilfe der Entente von neuem auszurüsten, so wird Sowjetrußland morgen wieder genötigt sein, Hunderttausende seiner besten Söhne vom Acker und von der Werkstatt abzuberufen und zu einem neuen Verteidigungskrieg ins Feld zu senden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Wenn die kapitalistische Canaille der ganzen Welt über die Bedrohung der Unabhängigkeit Polens schreit, um einen neuen Feldzug gegen Sowjetrußland vorzubereiten, so wißt eins: Eure Sklavenhalter zittern, daß einer der Pfeiler ihrer Herrschaft, ihres Weltsystems der Reaktion, der Ausbeutung, der Knechtung zusammenbricht; sie fürchten, daß, wenn unter den Schlägen der Roten Armee das weißgardistische Polen zusammenbricht und die polnischen Arbeiter die Macht ergreifen, es den deutschen, österreichischen, italienischen und französischen Arbeitern leichter sein wird, sich von ihren Ausbeutern zu befreien, und daß dann auch die Arbeiter Englands und Amerikas nachfolgen werden. Wenn die kapitalistische Canaille über die bedrohte Unabhängigkeit Polens jammert und wettert, so tut sie es aus Angst, daß Eure Knechtschaft, Eure Abhängigkeit, Arbeiter und Arbeiterinnen, der Befreiung von den Fesseln der kapitalistischen Sklaverei Platz machen könnte. Darum ist es Aufgabe der Proletarier aller Länder, alles zu tun, um den Regierungen Englands, Frankreichs, Amerikas, Italiens nicht zu ermöglichen, den polnischen Weißgardisten irgendwie Hilfe zu leisten. Proletarier der Ententeländer! Eure Regierungen werden Euch weiter belügen, sie werden weiter wie bisher behaupten, daß sie Polen nicht unterstützen. Es ist Eure Pflicht, in allen Häfen, an allen Grenzen Wache zu halten, damit kein einziger Zug, kein einziges Schiff mit Lebensmitteln oder mit Waffen nach Polen abgeht. Steht auf der Wacht, laßt Euch nicht betrügen durch falsche Deklarierung des Zieles der Sendungen; sie können auch auf Umwegen nach Polen gesandt werden, und wo die Regierungen oder Privatkapitalisten Eurem Protest nicht

weichen, tretet in den Streik, legt Hand an, denn unter keinen Umständen dürft Ihr den polnischen Junkern und Kapitalisten helfen, Eure russischen Brüder abzuschlachten.

Proletarier Deutschlands! Wenn das weißgardistische Polen zusammenbricht, dann wird das Ententekapital Frieden mit den deutschen Generälen, mit den deutschen Kapitalisten schließen; es wird ihnen helfen, große Söldnerheere auszurüsten, es wird mit diesen Söldnerheeren das deutsche Proletariat niederwerfen, um aus Deutschland eine Basis für den Kampf gegen Sowjetrußland zu machen; es wird nicht davor zurückschrecken, Deutschland in Trümmer zu schlagen, um dort ein Vorgelände zum Kampf gegen Sowjetrußland und Sowjetpolen zu haben. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Stunde hat geschlagen, in der ihr zur Wahrheit machen könnt, was Ihr tausendmal in großen Demonstrationen gelobt habt: zu Euren russischen Brüdern zu stehen und zusammen mit ihnen für Eure Befreiung zu kämpfen. Erlaubt nicht, daß auf deutschem Boden irgendwelche Versuche zur Unterstützung des weißgardistischen Polens vorgenommen werden, erlaubt keine neuen Werbungen von Söldnern auf deutschem Boden! Haltet alle nach dem Osten gehenden Eisenbahnzüge unter schärfster Kontrolle, haltet Danzig unter schärfster Kontrolle und tut alles, was die Lage erfordert! Kein Waggon, kein Schiff darf von Deutschland nach Polen abgehen.

Proletarier aller anderen Länder! Gedenket: Der Feind heißt jetzt das weiße Polen. Ihn zu vernichten ist die Aufgabe der Stunde.

Proletarier aller Länder! Denkt daran: Jetzt darf man sich durch keine Redensarten der verräterischen oder schwankenden Arbeiterführer irreführen, durch keine Versprechungen der Regierungen betören lassen. Jetzt heißt es handeln, jetzt heißt es, alle Kräfte sammeln, um das weißgardistische Polen zu blockieren, alle Kräfte sammeln, um die Solidarität des Weltproletariats mit Sowjetrußland zur Tatsache werden zu lassen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Eure Solidarität mit Sowjetrußland ist Eure Solidarität mit den polnischen Proletariern.

Das polnische Proletariat hat unter der Führung der Kommunistischen Partei ununterbrochen gegen den Krieg mit Sowjetrußland gekämpft. Die Gefängnisse Polens sind mit unseren polnischen Brüdern, mit den Kommunisten Polens gefüllt. Die Niederlagen der polnischen Weißgardisten haben in den Herzen der polnischen Arbeiter den größten Enthusiasmus erweckt. Eine Welle von Streiks wogt durch Polen. Die polnischen Arbeiter suchen die Niederlagen ihrer Ausbeuter auszunützen, um dem geschwächten Klassenfeind den letzten Stoß zu geben, um sich mit den russischen Arbeitern zum gemeinsamen Kampf für die Befreiung zu vereinigen.

Die Blockade Polens ist eine direkte Hilfe für den Befreiungskampf der polnischen Arbeiter, es ist der Weg dazu, daß Polen frei wird von den Fesseln, mit denen es an den Wagen der siegreichen Kapitalisten Londons und Frankreichs geschmiedet ist, daß es sich zur unabhängigen Republik der polnischen Arbeiter und Bauern entwickelt.

Der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale ruft Euch, den Proletariern und Proletarierinnen aller Länder zu: geht auf die Straße und zeigt Euren Regierungen, daß Ihr nicht gewillt seid, irgendwelche Hilfeleistung an das weiße Polen, irgendwelche Einmischung gegen Sowjetrußland zuzulassen. Legt jede Arbeit nieder, legt allen Verkehr lahm, wenn Ihr merkt, daß die kapitalistische Clique Eurer Länder trotz Eurer Proteste eine neue Intervention gegen Sowjetrußland vorbereitet! Laßt keinen Zug, kein Schiff nach Polen durch! Zeigt, daß die proletarische Solidarität in der Tat und nicht nur in Worten existiert!

Es lebe Sowjetrußland! Es lebe die Rote Armee der russischen Arbeiter und Bauern! Nieder mit dem weißen Polen! Nieder mit der Intervention! Es lebe Sowjetpolen!

Das ist die Tat, zu der wir die Proletarier der Welt rufen und „Russia expects that every man will do his duty".

(Darauf findet die Abstimmung über die vier Begrüßungen statt, die alle angenommen werden. Die erste Sitzung des Kongresses wird geschlossen.)

Zweite Sitzung
des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale am 23. Juli.

LENIN eröffnet die Sitzung.

SERRATI erhält das Wort, um die Geschäftsordnung vorzulesen:

Text der Geschäftsordnung:

1. Die Plenarsitzungen des Kongresses finden von 11—3 Uhr und von 6—9 Uhr statt.
2. Die Referenten haben eine Berichtzeit von einer Stunde und bekommen außerdem eine halbe Stunde Sprechzeit für das Schlußwort.
3. Den Korreferenten steht dieselbe Sprechzeit zu.
4. Zur Geschäftsordnung dürfen die Redner 2 Minuten lang sprechen, das Wort hierzu wird ihnen nur einmal erteilt.
5. Zu jeder Frage kann jeder Delegierte zweimal das Wort ergreifen (das erste Mal 10 Minuten, das zweite Mal 5 Minuten).
6. Die Wortmeldungen müssen schriftlich eingereicht werden.
7. Die namentliche Abstimmung wird auf Verlangen von drei Delegationen, die beschließende Stimme haben, vorgenommen.
8. Jeder Antrag (auch zur Geschäftsordnung) muß dem Büro schriftlich vorgelegt werden (in einer der zwei Geschäftssprachen); das Wort kann dem Antragsteller erst nach Erfüllung dieser Formalität erteilt werden.

SERRATI verliest die vom Büro vorgeschlagene Tagesordnung.

1. Die Rolle und die Struktur der kommunistischen Partei vor und nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat.
2. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte.
3. Die Frage des Parlamentarismus.
4. Die Nationalitätenfrage und die Kolonialfrage.
5. Die Agrarfrage.
6. Stellungnahme zu den neuen Strömungen des „Zentrums" und die Bedingungen des Beitritts zur Kommunistischen Internationale.
7. Statuten der Kommunistischen Internationale.
8. Organisationsfrage (legale und illegale Organisationen, Frauenorganisationen usw.).
9. Jugendbewegung.
10. Wahlen.
11. Verschiedenes.

REED. Im Namen von 29 Genossen schlage ich eine Abänderung der Tagesordnung in folgender Reihenfolge vor: 1. Ueber die Rolle der kommunistischen Partei in der Revolution; 2. Parlamentarismus; 3. Gewerkschaftsfrage. Dies ist für uns eine wichtige Angelegenheit. Wir müssen die Gewerkschaftsfrage gründlich besprechen und Zeit haben, alles darauf Bezügliche zu übersetzen und durchzustudieren. Ich beantrage, daß bei der Diskussion dieser Frage die englische Sprache als Geschäftssprache zugelassen werde.

SERRATI. Im Namen des Büros ersuche ich den Kongreß, den Antrag abzulehnen. Die Genossen, die heute verlangen, daß die Gewerkschaftsfrage an dritter Stelle behandelt werde, verlangten anfangs, daß man sie in erster Linie behandle. Das Exekutivkomitee hat die Tagesordnung in vollkommener Kenntnis der Sachlage festgesetzt. Was die Frage der Geschäftssprachen anbetrifft, erklären wir, daß wir die englische Sprache als Geschäftssprache nicht zulassen können, da dies die Debatten zu sehr erschweren würde. Die englischen Genossen können übrigens englisch sprechen, und es wird alles getan, um die Reden sofort übersetzen zu lassen.

(Der Antrag des Genossen Reed gelangt zur Abstimmung. Er wird mit einer Mehrheit von 14 Stimmen abgelehnt.

Zur Frage über die Rolle und Struktur der kommunistischen Partei vor und nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat erhält das Wort Genosse Sinowjew.)

SINOWJEW. Genossen! Ich muß leider eine Frage, die ziemlich kompliziert ist, in einer Sprache vortragen, die ich nur mangelhaft beherrsche. Zu dieser Frage liegen aber ausführliche Leitsätze in allen vier Sprachen vor, und ich kann daher meine jetzigen Ausführungen auf einige der wichtigsten dieser Leitsätze beschränken.

Wir leben in einer Zeit, in der alle Werte umgewertet werden und in der man auch eine solche Frage wie die Rolle und sogar die Notwendigkeit der Partei in manchen Kreisen verneint. Es ist sonderbar, daß auch in Arbeiterkreisen in den vorgeschrittenen Ländern wie England, Amerika, Frankreich ziemlich starke Strömungen zu konstatieren sind, die die Rolle ihrer eigenen politischen Partei nicht verstehen und sie sogar direkt negieren. Es ist vielleicht das Bezeichnendste in dieser schwierigen Lage, daß eben eine solche Frage aufgeworfen wird. Ich sehe hier den Höhepunkt der Krise, die die Arbeiterbewegung und der Sozialismus während des Krieges durchgemacht haben. Es ist die Folge und eine Aeußerung dieser Krise, des Bankerotts der II. Internationale, daß jetzt in ziemlich breiten Schichten diese Frage überhaupt gestellt wird und oft in ziemlich akuter Weise.

Ihr wißt, daß eine ganze Anzahl von Genossen, die sich Kommunisten nennen und mit der Massenbewegung Fühlung haben, die Partei dennoch negieren oder mißverstehen. Den Ausdruck ihres Standpunktes (oder vielmehr ihrer Stimmung) haben wir am ausführlichsten beim Genossen Pannekoek gefunden, dessen Broschüre wir zu dieser Frage herausgegeben haben und heute oder morgen verteilen werden. Ihr findet in dieser Broschüre eine blinde Anbetung der Massen, die man der Partei als solcher gegenüberzustellen versucht. Ich glaube, die Broschüre von Pannekoek ist in dieser Frage die beste

Propaganda gegen die Gruppe, die die Rolle der Partei nicht versteht und negiert, wie es z. B. die K. A. P. D. zusammen mit Pannekoek macht.

Was ist die kommunistische Partei?

Ich habe in meinen Leitsätzen erklärt: die kommunistische Partei ist ein Teil der Arbeiterklasse, und zwar der vorgeschrittenste, klassenbewußteste und daher revolutionärste. Man kann dagegen erwidern: es sollte so sein, es ist aber nicht immer so. Und das ist wahr. Manche Parteien, die der II. Internationale angehörten, haben eine solche Politik verfolgt, haben sich so zurückentwickelt, daß ihnen am Ende wirklich nicht der beste Teil der Arbeiterklasse, nicht der bewußteste angehört. Und dennoch glaube ich, daß wir darauf bestehen müssen, daß die kommunistische Partei in der Entwicklung den besten und den bewußtesten Teil der Arbeiterklasse organisiert. Unseres Erachtens ist es unmöglich, die Massen in dieser Beziehung der Partei gegenüber zu stellen. Man kann nicht den Kopf dem Rumpf, man kann nicht die rechte Hand des Menschen seinem Körper gegenüberstellen. Und die Partei ist eben der Kopf der Arbeiterklasse. Die Organisation ist die rechte Hand des Proletariats in seinem Emanzipationskampfe.

In der russischen Revolution haben wir Massen von Tausenden, von Millionen gesehen. Mit ihnen haben wir auf Schritt und Tritt gearbeitet, Niederlagen erlitten, Siege davongetragen. Aber wir haben auf Schritt und Tritt konstatieren können, daß die Arbeitermassen nur dann erfolgreich handeln konnten, wenn sie eine kräftig organisierte Partei an ihrer Spitze hatten, die ihnen den Weg zeigte.

Manchmal fühlen die Genossen, die gegen die Notwendigkeit der Partei auftreten, sich als „linke" Opposition. Meines Erachtens ist das nicht der Fall. Das ist keine linksstehende Opposition, sondern ganz umgekehrt. Es äußert sich in dieser Stimmung gegen die Partei ein Rest des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat. Das Bürgertum trinkt Wein und propagiert dem Proletarier Wasser. Jeder gute Bürger ist mit 21 Jahren Mitglied einer politischen Partei. Zu den Arbeitern aber kommt

er mit der Propaganda der Parteilosigkeit, und mit dieser Angel kann er ziemlich oft Arbeiter fangen.

Wir können auch jetzt noch, nach drei Jahren Revolution, konstatieren, daß mit dieser Angel ziemlich große Schichten der Arbeiterklasse auch in Rußland zu fangen sind.

Es ist eine ganz bewußte Politik der Bourgeoisie, wenn sie den Arbeitern die Parteilosigkeit propagiert. Sie kann nicht zu den Arbeitern kommen und ihnen sagen: kommt in unsere bürgerliche Partei, denn die Arbeiter werden ihr nicht folgen. Da stellt sie eine „Theorie" auf, die dem Arbeiter sagt: du brauchst ja keine Partei, du kannst dich mit Gewerkschaften und anderen Vereinigungen begnügen. Ueber politische Programme brauchst du dir nicht den Kopf zu zerbrechen. Und da die Bourgeoisie machtvolle Mittel der Propaganda in ihren Händen hat, wie Schule, Presse, Kunst, Parlament, so hat sie es gelernt, einen ziemlich großen Teil der Arbeiterklasse der Idee der Partei zu entfremden und ihr die falsche Idee einzuflößen, daß der Arbeiter keine Partei braucht.

Die Schichten, die sich gegen eine Partei sträuben und meinen, sie ständen links, verstehen nicht, was vor sich geht, und wiederholen das, was ihnen die Bourgeoisie jahrzehntelang durch ihren ganzen Apparat eingeimpft hat. Und noch eins. Die Genossen, die meinen, daß man in unserer Epoche ohne Führung der Partei kämpfen kann, beweisen dadurch, daß sie eigentlich die revolutionäre Epoche nicht verstehen, daß sie sie verkennen. Würden sie begreifen, daß wir wirklich in eine Epoche hartnäckigster, heftigster Klassenkämpfe eingetreten sind, so wäre das erste, was ihnen einleuchten würde, daß wir in einer solchen Epoche einen Generalstab, eine zentralisierte Partei brauchen. Es ist klar, daß, nachdem die II. Internationale zusammengebrochen ist, nachdem eine ganze Reihe von Parteien mit der deutschen sozialdemokratischen und der französischen Partei an der Spitze versagt haben, daß in einer solchen Stunde bei manchen Arbeitern der Gedanke auftaucht: es ist das Parteiwesen überhaupt, das bankerott ist. Man sagt es oft, daß das Parteiwesen als solches in diesem Kriege

Bankerott erlitten hat. Dagegen erklären wir in Punkt 4 der Leitsätze folgendes:

Die Kommunistische Internationale hält beharrlich an der Ueberzeugung fest, daß der Zusammenbruch der alten „sozialdemokratischen" Parteien der II. Internationale unter keinen Umständen als Zusammenbruch des proletarischen Parteiwesens überhaupt dargestellt werden darf. Die Epoche des direkten Kampfes um die Diktatur des Proletariats bringt eine neue Partei des Proletariats zur Welt: die kommunistische Partei.

Und darauf bestehen wir auch den revolutionären Syndikalisten gegenüber, die wir als Freunde und Brüder betrachten, die aber in dieser Frage eine irrige Stellung einnehmen. Der Bankerott der sozialpatriotischen Parteien, der Bankerott der II. Internationale ist nicht der Bankerott des Parteiwesens. Man könnte den Spieß umdrehen und den Syndikalisten sagen: Legien hat Bankerott erlitten und die sogenannten „freien", die frei-gelben Gewerkschaften Deutschlands und die französischen Syndikalisten mit Jouhaux an der Spitze haben doch auch Bankerott gemacht. Aber wir werden daraus nicht folgern, daß die Idee der Gewerkschaften Bankerott erlitten hat. Also können wir auch nicht sagen, daß, weil die II. Internationale und eine ganze Anzahl politischer Parteien Bankerott erlitten haben, darum überhaupt das Prinzip des Parteiwesens Bankerott erlitten habe. Der „linke" Konfusionsrat Rühle erklärte letzthin feierlich, daß mit der bürgerlichen Demokratie zusammen das Prinzip des Parteiwesens überhaupt den gemeinsamen Bankerott erleiden muß. Nun, das ist einfach eine Dummheit. Das Sowjetsystem schließt eine proletarische Partei nicht aus, sondern es setzt im Gegenteil eine proletarische Partei voraus; gewiß eine Partei aus anderem Teig als die sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale, d. h. eine wirkliche kommunistische Partei, die die Vorhut der Arbeiterklasse organisiert und durch sie die ganze Arbeiterklasse zum Siege führt.

Wenn wir die Wurzeln dieser Negierung der Partei untersuchen wollen, so sind sie folgende: Die tiefste Wurzel besteht

darin, daß wir in dieser Frage die Auswirkung der bürgerlichen Ideologie vor uns haben, daß wir das aufgenommen haben, was die Bourgeoisie uns jahrzehntelang propagiert hat, daß der Arbeiter „parteilos" sein könne, daß man nicht eine politische Partei haben müsse und daß die Gewerkschaften genügen. Das ist eine Konzession an die Ideologie des Bürgertums. Nichts anderes.

Die zweite Wurzel liegt in der Tatsache, daß eine ganze Reihe alter sozialdemokratischer Parteien vor unseren Augen während der Epoche des imperialistischen Krieges sich in Parteien verwandelt haben, die die Sache der Arbeiterklasse verrieten. Wir sagen unseren Genossen aus den Reihen der Syndikalisten, aus den I. W. W. und aus der Shop-Stewards-Bewegung, daß das Zeichen der Zeit nicht darin besteht, daß wir die Partei negieren sollen. Das Zeichen der Epoche, in der wir leben, in der die Kämpfe immer heißer, immer hartnäckiger werden, besteht darin, daß wir sagen müssen: Die alten Parteien haben Schiffbruch erlitten, nieder mit ihnen, es lebe eine neue kommunistische Partei, die sich jetzt unter neuen Bedingungen bilden muß. Es wird ebenso gehen wie mit dem Parlamentarismus. Der Verrat einer ganzen Anzahl von sozialdemokratischen Parlamentariern hat einen großen Teil der Arbeiterklasse zu grundsätzlichen Gegnern des Parlamentarismus gemacht. Aber es ist jetzt schon klar, daß die neue Epoche neue Persönlichkeiten, auch in den bürgerlichen Parlamenten, zeigen muß, Genossen, die als Kämpfer auftreten und die durch ihre Tat der Arbeiterklasse zeigen werden, daß es auch im bürgerlichen Parlament wirkliche Kommunisten geben kann, wie es Karl Liebknecht war. Nicht nur durch Wortpropaganda sollen wir überzeugen, sondern durch Taten.

Eine ganze Reihe von Parteien beweist durch ihre Tätigkeit, daß man eine neue, wirklich proletarische kommunistische Partei bilden kann. Wir haben in unseren Leitsätzen den Syndikalisten gesagt, daß die von den revolutionären Syndikalisten und den Anhängern der I. W. W. betriebene Propaganda gegen die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei

objektiv nur zur Unterstützung der Bourgeoisie und der gegenrevolutionären „Sozialdemokraten" beigetragen hat. Sofern die Syndikalisten und Industrialisten gegen die kommunistische Partei agitieren, die sie ausschließlich durch Gewerkschaften oder irgend welche formlosen „allgemeinen" Arbeiterunionen ersetzen wollen, berühren sie sich mit unverhüllten Opportunisten; die russischen Menschewiki haben nach der Niederlage der Revolution 1905 einige Jahre lang die Idee des sogenannten Arbeiterkongresses gepredigt, der die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ersetzen sollte. Die „Labouristen" jeglicher Art in England und in Amerika predigten den Arbeitern die Schaffung von formlosen Arbeiterverbänden an Stelle der politischen Partei und treiben tatsächlich eine durchaus bürgerliche Politik. Die revolutionären Syndikalisten und Industrialisten wollen gegen die Diktatur der Bourgeoisie kämpfen, wissen aber nicht, wie. Sie merken nicht, daß die Arbeiterklasse ohne eine selbständige politische Partei ein Rumpf ohne Kopf ist.

Der revolutionäre Syndikalismus und Industrialismus bedeutet nur im Vergleich mit der alten, dumpfen, gegenrevolutionären Ideologie der II. Internationale einen Schritt vorwärts. Im Vergleich aber mit dem revolutionären Marxismus, d. h. mit dem Kommunismus, bedeuten der Syndikalismus und der Industrialismus einen Schritt rückwärts. Die Erklärung der „linken" Kommunisten Deutschlands auf ihrem Gründungsparteitag im April, daß sie eine Partei gründen, aber „keine Partei im überlieferten Sinne", bedeutet eine geistige Kapitulation vor den Anschauungen des Syndikalismus und Industrialismus, die reaktionär sind.

Ich habe gute Freunde, revolutionäre Syndikalisten, gesprochen, die uns sagen: „Wir werden alles tun, was Ihr uns vorschlagt, wir werden eine Sowjetregierung bilden und die Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie führen. Das werden aber alles die Syndikate und unsere Gewerkschaften tun. Wozu denn eine Partei?" Ich frage diese Freunde: soll das Wirklichkeit werden, daß Ihr eine Sowjetregierung bilden wollt, so müßt Ihr

doch sofort das Programm dieser Regierung haben, Ihr müßt ein Programm in der Agrarfrage haben, in der äußeren, in der inneren Politik, Ihr müßt uns erklären, wie Ihr Euch zu den Mittelbauern verhalten werdet, wie Ihr eine Armee aufbauen werdet, was Euer Programm in der Schulfrage ist usw. Und sobald Ihr angefangen habt, Eure Auffassung in allen diesen Fragen zu formulieren und genau festzustellen, in dem Moment fangt Ihr an, Euch zu einer Partei zu entwickeln! Dasselbe sagen wir auch unseren parteilosen Arbeitern in Rußland.

Es gibt bei uns viele Tausende Arbeiter, die noch jetzt parteilos sind, die uns aber unterstützen und mit uns zusammengehen. Wir organisieren Konferenzen von solchen parteilosen Arbeitern, wir diskutieren mit ihnen alle komplizierten Fragen, wir sagen ihnen: wir müssen die Ernährungsfrage, die Frage des Krieges gegen Polen lösen, wir müssen eine Antwort in der Agrarfrage, in der Schulfrage haben; wollt ihr mit uns zusammen diese Antworten finden? Ja? Dann wollen wir diskutieren! Wenn wir zu allen diesen Fragen eine einheitliche Antwort haben, so ist das eben ein großer Teil des Programms der kommunistischen Partei. Wenn wir die besten Elemente vereinigen wollen, dann brauchen wir eben eine Organisation. Diese Organisation ist die kommunistische Partei.

Dasselbe müssen wir auch den Genossen sagen, die wir gestern mit beschließender Stimme aufgenommen haben, die sich zum Kommunismus entwickeln werden und müssen. Wir müssen ihnen sagen, daß, je größer die Klassenpartei ist, die wir haben, um so schneller und leichter der Weg zum Siege führt. Und diese Partei soll, da wir schon den Kampf auszukämpfen haben, nicht in der Hitze des Gefechts, sondern jetzt schon, Tag für Tag, das Programm ausarbeiten und die besten, die bewußtesten Elemente der Arbeiterklasse um sich sammeln, damit sie, wenn die entscheidende Stunde geschlagen hat, die besten Elemente aufsaugen kann. In jedem Betriebe sollen die besten Leute Mitglieder unserer Partei sein. Sie werden am Anfang freilich in der Minderheit sein, aber da sie ein klares Programm haben, da sie die aufgeklärtesten sind, da die Arbeiter Vertrauen zu ihnen

haben, so werden sie zur gegebenen Stunde sofort zu Führern der Massenbewegung werden. Der Kampf, der sich vorbereitet, ist ein riesiger Kampf, dessen wirkliche Dimensionen sich niemand bisher vorgestellt hat. Erst jetzt beginnen wir zu verstehen, wie groß dieser Kampf sein wird, den wir auszufechten haben.

Nicht formlose Arbeiterunionen, die von der Hand in den Mund leben, sondern eine Partei, die die besten aus der Arbeiterklasse umfaßt, die im Verlauf von Jahrzehnten sich organisiert und die einen festen Keim bildet, wird der Arbeiterklasse den richtigen Weg zeigen. Es handelt sich darum, daß wir die Vorhut der Arbeiterklasse organisieren, damit sie in diesem Kampfe die Massen wirklich leiten kann.

Es ist logisch klar, daß die Genossen, die gegen die Parteibildung sind, manchmal, ohne sich dessen selbst bewußt zu sein, ihren Ausgangspunkt nicht von der Epoche eines schonungslosen Kampfes, sondern von einer alten friedlichen Epoche nehmen, in der jede Parteiarbeit fast nur Propaganda (wenn auch oft schlechte Propaganda) gewesen ist. Sie verstehen nicht, daß, obwohl auch jetzt die Propaganda selbstverständlich einen großen Teil unserer Parteiarbeit ausmachen soll und muß, sie nicht das einzige ist, sondern daß jetzt die Tat kommt, daß der Bürgerkrieg gekommen ist, daß wir die revolutionäre Tat Tag für Tag, Stunde für Stunde haben müssen und nichts mit Organisationen anfangen können, die heute selbst noch nicht wissen, was sie morgen in den akutesten Fragen der proletarischen Politik sagen werden.

Wir brauchen eine Partei. Aber was für eine Partei? Und da müssen wir ganz klar aussprechen, was wir den rechtsstehenden Elementen zu sagen haben. Wir brauchen nicht eine Partei wie die Parteien der II. Internationale oder eine Partei, wie es einige Parteien des Zentrums noch jetzt sind. Solche Parteien spielen objektiv eine reaktionäre Rolle. Es ist klar, daß z. B. die deutsche Sozialdemokratie keine revolutionäre, sondern eine direkt gegenrevolutionäre Rolle im eigentlichen Sinne dieses Wortes gespielt hat und spielt. Das zu beweisen ist ganz überflüssig. Es ist klar, daß in Deutschland der Kampf der Arbeiter-

klasse jetzt so schwer ist, weil dort eine so große, wohlorganisierte, aber bürgerliche sozialdemokratische Partei existiert. Wir brauchen keine Parteien, die die schlechtesten Traditionen der II. Internationale weiter verfolgen, wir brauchen keine Parteien, die das einfache Prinzip haben, möglichst viele Mitglieder um sich zu sammeln, die zu kleinbürgerlichen Parteien werden, in denen die Arbeiteraristokratie organisiert ist, in denen sehr oft die Arbeiterbürokratie zur Kaste wird und nur ihre eigenen Interessen verfolgt. Wir brauchen nicht Parteien, die z. B. bei den Wahlen Kandidaten aufstellen, die erst gestern zur Partei gekommen sind. Wir brauchen nicht Parlamentsfraktionen, in denen wir statt Arbeitern 46 Professoren, 45 Advokaten oder noch mehr haben und von denen man sagen müßte: 45 Advokaten, proletarische Revolution, du bist verraten! *(Beifall.)* Wir brauchen nicht Parlamentsfraktionen, wie in Deutschland und Italien, in denen es Leute gibt, die in der wichtigsten Stunde — wir wissen das ganz genau — entweder auf der Seite der Bourgeoisie stehen oder zwischen zwei Stühlen sitzen und unseren Kampf sabotieren werden.

Wir müssen die soziale Zusammensetzung unserer Parteien aufmerksam, wie durch eine Lupe, verfolgen. Wir müssen aufpassen, daß nicht antiproletarische Elemente zu uns kommen. Wir müssen danach streben, wirklich proletarische Parteien zu haben. Es ist erklärlich, daß jetzt eine große Anzahl, und nicht der schlechteste Teil der Arbeiter — solcher Arbeiter, die den Kampf gegen die Bourgeoisie ehrlich nehmen — verwirrt wird, wenn er solche Parteien wie die sozialdemokratische Partei, wenn er Parlamentsfraktionen wie in Italien sieht. In Italien ist fast die Siedehitze erreicht, die Arbeiterklasse ist für den Kommunismus, für revolutionäre Politik, aber im Parlament spricht auch jetzt noch im Namen der Partei ein Mann wie Turati, der Jahrzehnte lang bürgerliche Politik getrieben hat und noch treibt. Da ist es zu verstehen, daß unter solchen Verhältnissen Strömungen entstehen, die die Partei als solche negieren. Dasselbe ist in Deutschland der Fall bei den Unabhängigen, die eine Parlamentsfraktion haben, in der Männer wie Henke in der Hauptsache oft

dasselbe sagen wie Scheidemann, nur mit ein wenig anderen Worten. Da ist es zu verstehen, daß auch dort ganz gute Revolutionäre sagen: besser gar keine Partei als eine solche Partei. Die Folgerung aber ist unrichtig, wenn sie sagen: Besser keine Partei als eine solche Partei. Nein, sagen wir, wenn diese oder jene Partei schlecht ist, so sollen wir um jeden Preis eine gute Partei bilden, wir sollen uns zunächst als Minderheit organisieren, wir sollen Schritt für Schritt arbeiten, um die besten Elemente der Arbeiterklasse in unsere Reihen zu bekommen.

Wenn man uns also fragt, was für eine Partei wir brauchen, so müssen wir antworten: Wir haben eine ganze Anzahl von Parteien, die sogar der Kommunistischen Internationale angehören wollen und von denen wir dennoch sagen müssen: da hast du ein Beispiel dafür, wie eine kommunistische Partei nicht aussehen soll. Da sollst du sofort Alarm schlagen, den besten Teil der Arbeiterklasse überzeugen und diese Partei reinigen, wenn nötig spalten und um jeden Preis eine wirklich kommunistische Partei bilden.

Noch eins möchte ich hinzufügen zu der Frage, was für eine Partei wir haben müssen. Wir müssen hier auch die Organisationsfrage im allgemeinen berühren.

Was für eine Partei brauchen wir, vom Organisationsstandpunkt betrachtet? Wir müssen uns in jedem einzelnen Fall den betreffenden Verhältnissen anpassen. Es gibt Erscheinungen in der Arbeiterbewegung, die in jedem Lande auftreten, es gibt aber auch Fälle, in denen wir uns den betreffenden nationalen Verhältnissen anpassen müssen. Ich will nicht von diesen konkreten Fällen sprechen. Nur das eine will ich erwähnen. Es gibt eine Strömung gegen den Grundsatz der strengen Zentralisation der Partei. Es gibt Kreise, die überhaupt die Partei negieren, und es gibt auch Kreise, in denen man einverstanden ist, daß man eine Partei braucht, aber keine zentralisierte Partei mit einer eisernen Disziplin. Und nicht nur von den Intellektuellen, den Revisionisten, sondern auch von einem Teile der I. W. W. und der Shop Stewards wird dies vertreten. Betrachten wir die generelle

Frage, ob wir wirklich eine zentralisierte Partei brauchen oder nicht.

Sehr oft spricht man von der Erfahrung der russischen Revolution. Die wichtigste Erfahrung dieser Revolution besteht darin, daß wir, wenn wir keine zentralisierte, militärische, eisern disziplinierte Partei gehabt hätten, die wir während 20 Jahren organisiert haben, schon ohne Zweifel zwanzigmal geschlagen wären. Das ist die Erfahrung der russischen Revolution, und diese Lehre wird Euch jeder einfache Arbeiter, jedes Mitglied unserer Partei bestätigen. Das ist's, was wir gelernt haben.

Man soll die Sache nicht leicht nehmen, man soll bedenken, was der Bürgerkrieg in Wirklichkeit bedeutet. Es ist leicht zu sagen: jetzt beginnen wir den Bürgerkrieg! Aber es ist ziemlich schwierig, den Bürgerkrieg auszukämpfen, wenn man ihn ein, zwei, drei Jahre führen, wenn man viele Tausende von Genossen an die Front schicken muß, wo Tausende getötet werden, wenn man die größten Opfer von den Mitgliedern der Partei verlangen muß, wenn man Entscheidungen von ungeheurer Bedeutung innerhalb 24 Stunden oder sogar 24 Minuten treffen muß, wenn man das absolute Vertrauen der Arbeiter haben muß, um überhaupt etwas zu erreichen. Die Tatsache, daß wir jetzt einem titanischen Kampf entgegengehen, daß jetzt wirklich die Stunde geschlagen hat, in der das Schwert gegen die Bourgeoisie spricht, veranlaßt uns, nicht nur bezüglich der nationalen Parteien, sondern auch der Internationale zu sagen: Wir brauchen eine zentralisierte Organisation mit einer eisernen militärischen Disziplin. Nur dann erreichen wir das, was wir wirklich brauchen. Wir müssen in dieser Beziehung von unseren Feinden lernen. Wir müssen verstehen, daß wir bei unserer schweren Lage nur dann siegen können, wenn wir wirklich gut und straff organisiert sind. Wir werden darüber noch ausführlicher sprechen, wenn wir die Statuten der Kommunistischen Internationale auszuarbeiten haben und dann über diese Frage im internationalen Maßstabe sprechen müssen.

Manchmal hören wir einige Genossen sagen: „Ja, so lange wir unter der bürgerlichen Ordnung leben, solange wir die Macht

noch nicht ergriffen haben, brauchen wir vielleicht wirklich noch die Partei, aber wenn wir den Sieg davongetragen haben, dann brauchen wir durchaus keine Partei". Ich habe mit guten deutschen kommunistischen Arbeitern darüber gesprochen, habe ihre Erwägungen gehört und erlaube mir, auch hier an die Erfahrungen der russischen Partei zu appellieren. Gerade nachdem wir die Macht ergriffen, nachdem wir die Regierung gebildet hatten, ist die Rolle der Partei nicht kleiner geworden, sondern gewachsen von Tag zu Tag. Niemals war bei uns in Rußland die Bedeutung der Partei so groß wie gerade jetzt, nachdem wir den Sieg davongetragen haben. In allen wichtigen Fragen ist eine wirkliche Kontrolle durch die Partei nötig.

Es kommen heute Leute wie Kautsky, die sagen: Bei euch in Rußland habt ihr ja nicht die Diktatur der Arbeiterklasse, sondern die Diktatur der Partei. Man meint, daß das ein Vorwurf gegen uns sei. Keine Spur! Wir haben die Diktatur der Arbeiterklasse, und eben darum haben wir auch die Diktatur der kommunistischen Partei. *(Beifall.)* Die Diktatur der kommunistischen Partei ist nur eine Funktion, nur ein Merkmal und eine Aeußerung der Diktatur der Arbeiterklasse. Was ist die Partei bei uns? Man soll sie nicht verwechseln mit anderen Parteien, die aus Advokaten bestehen. Sie besteht bei uns aus 600—700 000 der besten Arbeiter, der Vorhut des Proletariats. Und es ist klar, daß die Geschäfte der Arbeiterklasse von diesen ihren besten Vertretern besorgt werden. Daher ist die Diktatur des Proletariats gleichzeitig auch die Diktatur der kommunistischen Partei. Die Kontrolle der verschiedenen Organisationen, das Recht, sie zu säubern, gehört der Partei; so muß es ja während der proletarischen Revolution sein. Die Rolle der Partei nach dem Siege wird nicht kleiner, sondern sie wird im Gegenteil gesteigert.

Die Sowjetidee hat jetzt die Gedanken der Arbeiter fast der ganzen Welt erobert. Die Arbeiterklasse ist halb bewußt, halb unbewußt der Meinung, daß die Menschheit dem Sowjetsystem entgegengeht. Das ist richtig. Aber daraus wird manchmal gefolgert: Wenn wir Sowjets haben, brauchen wir keine Partei; die

Sowjets sollen die Partei ersetzen, die Partei soll in den Sowjets aufgehen, die Partei soll sich der Idee der Sowjets „anpassen". Auch hier müssen wir die Erfahrung der ersten siegreichen proletarischen Revolution anrufen. Wir haben in Rußland 1917 die Sowjets, die acht Monate lang gegen die Arbeiterpolitik waren, darum so schnell gewonnen, weil wir eine feste, tatkräftige, entschlossene Partei hatten. Und in den Sowjets ist der Einfluß des Kommunismus jetzt darum so stark, weil wir eine starke Partei haben. Die Sowjets schließen die Partei nicht aus, sondern im Gegenteil, ihre direkte Voraussetzung ist die Partei; das ist ihre führende Kraft, ihr wichtigster Teil, der Kopf, das Gehirn dieser Sowjets. Wir wollen den Genossen auch ganz klar sagen: Nicht allein, wenn wir von diesen Sowjets nur sprechen, sondern gerade, wenn wir diese Sowjets schon haben, brauchen wir eine starke kommunistische Partei, die Tag für Tag wachsen wird. Man erwiderte uns oft: In den Sowjets ist fast die gesamte Arbeiterklasse organisiert, in der Partei ist aber nur eine Minderheit, und das wird immer so bleiben. Immer wird das nicht so bleiben, und auch jetzt ist dem schon nicht mehr so. In der Epoche der II. Internationale wurde öfters erklärt: Die Mehrheit der Arbeiterklasse wird niemals innerhalb der sozialdemokratischen Partei organisiert sein. Damals war das richtig. Solange die Macht der Bourgeoisie gehört, solange sie die Presse, die Schule, das Parlament und die Kunst beherrscht, wird ein bedeutender Teil der Arbeiterklasse durch die Propaganda der Bourgeoisie und ihrer Agenten verdorben und ins bürgerliche Lager getrieben. Die bürgerliche Presse beraubt die Partei selbstverständlich eines Teils der Arbeiterklasse. Sobald aber die Pressefreiheit für die Arbeiterklasse besteht, sobald wir die Schule und die Presse in den Händen haben, wird eine Zeit kommen, die nicht so fern ist, in der allmählich, Tag um Tag, große Gruppen der Arbeiterklasse zu uns in die Partei kommen, bis wir eines Tages die Mehrheit der Arbeiterklasse in unseren Reihen organisiert haben werden. Die Perspektive ist jetzt schon eine ganz andere. Wir brauchen also die Partei, auch wenn wir die Sowjets haben.

Die alte, sogenannte klassische Einteilung der Arbeiterorganisationen in Partei, Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften ist jetzt falsch. Es besteht jetzt eine andere: Partei, Sowjets, Gewerkschaften. Vielleicht werden Modifikationen, vielleicht werden neue Formen kommen, vielleicht wird diese oder jene Revolution etwas Neues zeitigen. Es wird wahrscheinlich so kommen, aber soweit wir es jetzt übersehen können, soweit die russische Revolution ein Beispiel bringt, ist die jetzige Einteilung so: kommunistische Partei, Sowjets, Gewerkschaften. In den Parlamenten, in den Gewerkschaften, in den Parteiorganisationen müssen wir den Kommunismus propagieren. Aber die leitende Kraft, der Geist der ganzen Bewegung ist die Partei.

Weder die Sowjetregierung noch die Revolutionierung der Gewerkschaften schließt die Partei aus. Man wird uns vielleicht sagen: Wenn die Gewerkschaften gelb sind, dann brauchen wir eine Partei, aber nicht, wenn sie gut, wenn sie revolutionär sind; dann brauchen wir keine Partei. Ich sage — nein. Auch wenn die Gewerkschaften revolutionär sind, selbst wenn sie durchweg konsequent kommunistisch sind, wie das bei uns der Fall ist, so brauchen wir doch die Partei.

Wir haben eine graphische Darstellung der I. W. W. gesehen, wie sie sich die Zukunft vorstellen. Sie stellen sich die ganze Sache vor als Zentralrat der Gewerkschaften in der Mitte und an der Peripherie eine ganze Anzahl einzelner Gewerkschaften. Gut. Aber mit welchen Mitteln werden sie die Macht erobern? Wie werden sie eine Rote Armee bilden? Es ist doch klar, es gibt keine proletarische Revolution ohne Rote Armee. Werden sie auch auf gewerkschaftlicher Grundlage eine Rote Armee der Metallarbeiter, eine parallele Rote Armee der Textilarbeiter usw. und einen Generalrat der Roten Armeen dieser Gewerkschaften bilden? Das ist unmöglich. Auch die Ernährungsfrage können wir nicht bei einem solchen Aufbau lösen.

Wir müssen eine staatliche Organisation haben, und diese kann nur von der Partei geleitet werden, weil eine staatliche politische Organisation die ist, die die besten Elemente der Arbeiterklasse des ganzen Landes umfaßt. Wir haben in Rußland

Gewerkschaften, die jetzt Hand in Hand mit uns gehen. Es war aber nicht immer so. Vor der Oktoberrevolution waren die Gewerkschaften in den Händen der Menschewiki; am Anfang der Julitage war die Mehrheit bei den Menschewiki. Wir haben in den Gewerkschaften kommunistische Zellen, dann Fraktionen gebildet und haben jetzt die große Mehrheit auf unserer Seite. Und dennoch ist die Rolle der Partei nicht kleiner, sondern viel größer geworden. Denn diese Gewerkschaften haben sich, soweit sie kommunistisch sind, der Partei unterstellt, und das ist anders auch nicht möglich. Schon Marx hat diese Auffassung vertreten, wenn er meinte, es sei falsch, wenn man sagt, die Partei behandele nur die politische Seite der Bewegung und die Gewerkschaften die ökonomische. Dem ist nicht so. Die kommunistische Partei ist nach der Auffassung des Marxismus eine Organisation, die alle Seiten der Arbeiterbewegung ohne Ausnahme berührt. Ihr Geist soll leitend sein für die Sowjets und die Gewerkschaften, für die Schule, für die Genossenschaften, für alle Organisationen, in die die Arbeiterklasse zusammengefaßt wird. Das ist der wirkliche Marxismus.

Die kommunistische Partei ist nicht nur ein politisches Organ, sie behandelt nicht nur politische Fragen, sie ist nicht eine Wahlmaschine, ein Parlamentsapparat, wie es die Opportunisten wollen, sie ist eine Organisation, der die besten Teile der Arbeiterbewegung angehören, die alle gesellschaftlichen Organe und den Kampf der Arbeiter in seinem ganzen Umfang und in allen seinen Aeußerungen leitet. Darum sagen wir auch hier denen, die meinen, daß formlose Arbeiterunionen die Partei ersetzen können: Ihr habt nicht recht. Auch in diesem Fall brauchen wir eine kommunistische, marxistische Partei, die die Gewerkschaften leitet, ihnen frisches Blut gibt, ihnen den Weg zeigt, für sie der leitende Stern ist.

Deshalb sind wir der Meinung, daß der kommunistische Kongreß jetzt klipp und klar sagen soll: Da wir vor der proletarischen Revolution stehen, muß sich jeder Arbeiter klar bewußt sein, — wie vor der Ergreifung der Macht, so auch während des bewaffneten Aufstandes und auch nach dem bewaffneten Auf-

stand, nachdem wir die Macht ergriffen haben, brauchen wir eine kommunistische Partei, die in ihrer Zusammensetzung eine Arbeiterpartei ist, die kleinbürgerliche Elemente nicht aufnimmt. Sie kann mit den letzteren vorübergehend politische Bündnisse haben, aber nicht innerhalb der Partei, sie kann nicht kleinbürgerliche Elemente aufnehmen und mit ihnen in der Partei einen Bund schließen. Sie muß den revolutionären Parlamentarismus in gegenrevolutionären Parlamenten im Geiste von Karl Liebknecht pflegen und in die Parlamente einfache revolutionäre Arbeiter schicken und nicht geschickte Advokaten, die nur dazu geschickt sind, die Sache der Bourgeoisie zu verfechten. Wir müssen eine Partei haben, die den Sowjets immer, jeden Augenblick, in allen schweren Lagen den richtigen revolutionären Weg zeigen kann.

Genossen, stellt Euch für eine Minute vor, daß wir während der Pariser Kommune im Jahre 1871 eine kommunistische Partei gehabt hätten. Es ist klar, warum wir sie nicht hatten: es fehlten dazu die notwendigen wichtigen Vorbedingungen. Wenn wir aber damals eine, wenn auch kleine, aber bestimmt kommunistische Partei gehabt hätten, so wäre vielleicht die französische Arbeiterklasse dennoch besiegt worden; aber es ist klar, daß eine große Anzahl von Fehlern, die unsere französischen Vorkämpfer begangen haben, nicht gemacht worden wären. Wir wollen den Heroismus der Pariser Kommune selbstverständlich nicht abschwächen, aber ihren Fehlern wollen wir vorbeugen.

Eine große Anzahl von Ländern befindet sich in einer Lage, in der von heute auf morgen ein Aufstand großen Stils ausbrechen kann. Wenn wir nicht überall wenigstens eine kleine, aber bewußte kommunistische Partei haben, werden wir große unnütze Opfer erleiden. Wir müssen gut machen, was versäumt worden ist. In Ländern wie England und Amerika, in denen wir keine starke kommunistische Partei haben, in denen die Genossen sich gegen eine kommunistische Partei sträuben, wird man das mit der Zeit bitter bereuen. Wenn der Kampf begonnen hat, wird man an den Folgen sehen, wie leichtsinnig es war, daß man sich nicht rechtzeitig die Waffen geschmiedet hat, daß man das

versäumt hat, womit man zur rechten Stunde der Arbeiterschaft den Weg zeigen soll.

Ich meine, Genossen, ich kann jetzt damit schließen und zusammenfassend noch einmal sagen, daß wir, wenn wir die Erfahrungen der russischen Revolution ausnützen wollen, diese Hauptidee vor allen anderen annehmen müssen: Wir brauchen eine kommunistische Partei, und zwar eine zentralisierte, eine eisern disziplinierte Partei. Anders geht es nicht während des wütenden Bürgerkrieges, den wir durchleben. Es geht nicht anders, als eine eiserne Partei aus einem Guß zu haben. Ihr sollt von den russischen Arbeitern das annehmen, was wirklich Nachahmung verdient. Gewiß hat auch unsere Bewegung große Schwächen. Wir sind uns dessen bewußt und wollen durchaus nicht als Schulmeister auftreten. Aber das eine sage ich: daß wir während mehr als 20 Jahren diese Waffe Tag um Tag geschmiedet haben, die Partei, die bolschewistische Partei, die dann zur kommunistischen Partei geworden ist. Das ist ein gutes Beispiel. In den Gefängnissen, in Sibirien, in der Verbannung, in der Fremde — immer war der leitende Stern die Partei. Das Beste, was wir dem russischen Arbeiter eingeimpft haben, ist die Liebe zur Partei. Die Partei ist für den vorgeschrittenen russischen Arbeiter ein Heiligtum, das beste Wesen, teurer als das Leben, lieber als alles andere, das Höchste, der Leitstern. Und darin soll die Arbeiterklasse der ganzen Welt der russischen folgen. *(Lauter, langanhaltender Beifall.)*

RAMSAY (Shop Stewards). Es tut mir leid, daß die Kommunistische Internationale trotz aller Berichte und Dokumente nicht genügend darüber unterrichtet zu sein scheint, was eigentlich die Shop-Steward-Bewegung vorstellt. Ich erinnere daran, in welcher Zersplitterung die Arbeiterorganisationen waren, als die Shop-Steward-Bewegung entstand, welche Mühe sich die Shop Stewards gaben, um eine kommunistische Bewegung auszulösen. Auch jetzt geben wir uns alle Mühe, um unser Bestes für das Wachstum der kommunistischen Bewegung zu tun. Unsere ganze Propaganda und unsere ganze Arbeit wird in diesem Sinne geführt, und wir fordern alle unsere

Mitglieder und Organisationen, die der kommunistischen Richtung angehören, auf, in diesem Sinne zu wirken.

MAC LAINE (B. S. P.). Ich schlage vor, daß man den Punkt 6 der Leitsätze noch abändert, daß man einen Schlußsatz anfügt, der gerade für die englischen Genossen von besonderem Interesse ist. Wir brauchen Richtlinien über einen Punkt, der gerade England besonders interessiert. In England existiert eine große Arbeiterpartei, die gar nicht kommunistisch ist und die verschiedene kommunistische Parteien umfaßt — die Labour Party. Unter den verschiedenen Parteien Englands ist eine Diskussion darüber entstanden, ob die kommunistischen Parteien dieser Partei, die nicht sozialistisch und nicht kommunistisch ist und der sie angegliedert sind, angeschlossen bleiben sollen. Die B. S. P. hat die Frage im bejahenden Sinne beantwortet. Die Labour Party ist nicht sozialistisch, sie verfügt aber über einen großen Apparat. Sie verfügt über die Presse, hat ihre Vertreter im Parlament und im Stadtrat, und es wäre Selbstmord, wenn man die Möglichkeit ausschlagen wollte, durch diesen großen Apparat in der Gewerkschaftsbewegung und überall Propaganda zu machen. Die Gruppe, die ich vertrete, wünscht diesen Selbstmord nicht. Wir möchten hier eine entsprechende Weisung von der Kommunistischen Internationale bekommen. Außerdem betone ich, daß die B. S. P. und andere Parteien in ihrer Stellung in der letzten Zeit umsomehr bekräftigt worden sind, als die Labour Party, die nicht sozialistisch und nicht revolutionär ist, doch allmählich immer mehr nach links rückt. Die Tatsache, daß unter dem Druck der Massen die rechtsstehenden Führer und die alten Organisationen allmählich verschwinden, ist ein Grund mehr, an diese Organisation angeschlossen zu bleiben. Bevor ich meine Rede schließe, möchte ich den Antrag stellen, daß in den Ländern, in denen eine nichtkommunistische Arbeiterpartei der vorherrschende Faktor in der Arbeiterbewegung ist, die kommunistischen Gruppen ihr angeschlossen bleiben sollen, um in ihr für kommunistische Ideen Propaganda zu machen und die Arbeitermassen in kommunistische Bahnen zu leiten. Dies kann nur unter der Bedingung geschehen, daß die

kommunistische Partei ihre Aktionsfreiheit wahrt und das Werk der Propaganda weiterführt. Dieser Antrag ist von den beiden Vertretern der B. S. P. unterschrieben. Zum Schluß knüpfe ich noch an die Ausführungen des Vorredners an. Ich bin erfreut, vor dem Vertreter der Shop-Steward-Bewegung zu hören, daß sie entschlossen ist, der kommunistischen Partei Hilfe zu leisten. Bisher hat die Shop-Steward-Bewegung der kommunistischen Partei negativ und feindlich gegenübergestanden. Wenn jetzt offiziell erklärt wird, daß das nicht mehr der Fall sein wird und daß die Shop Stewards sich verpflichten, in Zukunft den Kommunisten zu helfen, so kann das die anderen kommunistischen Parteien, besonders die B. S. P., nur freuen.

PESTAGNA (Spanien). Die Gewerkschaftsbewegung als solche ist viel wichtiger, als man anzunehmen scheint, und zwar die beiden Gewerkschaftsbewegungen, sowohl die rechte, als auch die linke. Man muß sie nicht danach beurteilen, in welchem Grade sie sich vom Kommunismus entfernen. Rußland ist dafür das beste Beispiel. Auf den Geist der Gewerkschaftenkommt es an, der Geist soll ein revolutionärer sein. Man hat behauptet, daß einer der Gründe, warum die Arbeiter keine politischen Parteien haben wollen, auf den Einfluß der Bourgeoisie zurückzuführen sei. Es ist eine zu einfache Auslegung, zu glauben, daß man die revolutionären Strömungen, wie zum Beispiel die syndikalistische, ohne weiteres als reaktionär bezeichnen könne. Das ist ein Fehler. Es ist auch nicht richtig, daß die Führer der Gewerkschaften sagen, sie wollen sich der Politik enthalten. So steht es nicht, daß sie sich von jeder Arbeit fernhalten. Es gab Zeiten, in denen das Bürgertum in Spanien darauf hinwies, daß die Arbeiter sich mit Politik abgeben sollten, weil das den Interessen der Arbeiter entspricht. Es erschwert meine Lage, daß ich keine politische Partei vertrete, und darum kann meine Politik mißdeutet werden. Ich habe nie gesagt, daß die Gewerkschaften Selbstzweck sind. Es kommt darauf an, von welchem Geist sie getragen sind. Ich bin nicht mit der Auffassung einverstanden, daß es ein Verdienst der kommunistischen Partei ist, daß sie eine Rote Armee, über die sie verfügt, zustande gebracht

hat. Das ist nicht der Fall. Ich berufe mich auf die französische Revolution, die beweist, daß man immer eine Armee und eine politische Partei, die zur Macht verhilft, hatte. Die Hauptsache ist, daß die Gewerkschaften als solche revolutionär und kampffähig und solche Organisationen sind, die den Kampf und die Revolution beschleunigen.

TANNER (Shop Stewards). Genosse Sinowjew hat das Hauptgewicht seines Referats auf die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei gelegt. Das erscheint mir verfehlt; ebenso, daß sich die Diktatur des Proletariats mit der Diktatur der kommunistischen Partei deckt. Was jetzt in Rußland vorgegangen ist, kann nicht mustergültig für alle Länder sein. In England z. B. ist die Situation im allgemeinen ganz verschieden von der Lage, wie sie in Rußland vor der Revolution gewesen ist. Die Shop Stewards verstehen unter der Diktatur des Proletariats etwas anderes, als was man in Rußland darunter versteht. Sie verstehen darunter die Diktatur einer Minderheit, wie sie durch die Shop Stewards vertreten ist. Man mag im einzelnen dem nicht zustimmen, aber wir sind der Meinung, daß wir über eine größere und breitere Schicht von klassenbewußten Proletariern verfügen, als dies in Deutschland der Fall ist. Vom Genossen Mac Laine ist uns vorgeworfen worden, daß wir apolitisch seien und daß wir uns jeder politischen Tätigkeit enthalten. Das entspricht nicht der Wahrheit. Wir sind antiparlamentarisch, doch das heißt noch nicht, daß wir apolitisch sind. Genosse Mac Laine hat sich gefreut, daß die Shop Stewards mit der B. S. P. arbeiten wollen. Er kann nicht behaupten, daß die B. S. P. die einzige revolutionäre Partei in England sei. Sehr viele von denen, die jetzt in der Shop-Steward-Bewegung und in anderen ökonomischen Bewegungen tätig sind, sind gegen die Bildung der Partei aufgetreten, weil sie glauben und sich überzeugt haben, daß es ein Zeitverlust ist, sich in einer politischen Partei zu betätigen. Sie sind nach wie vor für die Revolution. Jetzt trachtet die öffentliche Meinung danach, die Arbeiter von der direkten Aktion abzuhalten und das Parlament als ein Mittel zur Betätigung ihrer Klasseninteressen zu betrachten. Wir sind mit die ersten ge-

wesen, die für die direkte Aktion eingetreten sind, und nicht nur für wirtschaftliche, sondern auch für politische Zwecke. Genosse Sinowjew hat gesagt, daß man sich nur durch eine politische Partei auf den verschiedenen Gebieten des sozialen und kulturellen Lebens betätigen könne. Man kann das auch auf andere Weise tun. Ein endgültiges Urteil über meine Stellung zur Revolution kann ich nur dann abgeben, wenn ich in England gewesen bin und die englischen und die westeuropäischen Verhältnisse mit den russischen noch einmal verglichen habe. Ich frage die Russen und die anderen Vertreter, ob sie nicht auch von den anderen etwas zu lernen haben, das heißt, daß man auch von den wirtschaftlichen Kämpfen und der revolutionären Bewegung der anderen Länder lernen und nicht nur sie lehren soll. Ich berufe mich auch darauf, daß gerade in der Frage der direkten Aktion die politischen Parteien sehr viel von anderen Organisationen gelernt haben. Noch unlängst sind politische Parteien gegen die direkte Aktion aufgetreten. Jedenfalls ist in der letzten Zeit ihre Stellung eine andere geworden. Zum Schluß will ich betonen, daß die II. Internationale zugrunde gegangen ist, weil sie charakterlos war und verschwommene Richtlinien gegeben hat. Ich fürchte, daß die Kommunistische Internationale in das entgegengesetzte Extrem verfällt und zu dogmatisch wird. Man sollte allen Organisationen Bewegungsfreiheit innerhalb ihres Landes lassen. Der Vorschlag, sich des Parlamentarismus als Kampfmittel zu bedienen, stößt bei vielen auf Bedenken. Die Kommunistische Internationale muß eine weite, breite Basis schaffen, auf der sich die einzelnen Parteien über die wichtigsten prinzipiellen Fragen verständigen können. Das übrige sollte man einer jeden Partei selbst überlassen.

RAKOSI (Ungarn). Räteungarn fand in jeder Beziehung entwickeltere Verhältnisse vor als Sowjetrußland. Die ungarischen Arbeiter waren intelligenter, das Land besser zentralisiert, die Eisenbahnen mehr ausgebaut, die Wege in besserem Zustande, die Landwirtschaft auf höherer Stufe.

In jeder Beziehung standen wir den westlichen Ländern näher als Sowjetrußland. Unsere Erfahrungen bestätigen den-

noch in jedem Punkte die Richtigkeit der russischen Auffassung über die kommunistische Partei. Solange unsere kommunistische Partei nach russischem Muster streng zentralistisch, streng diszipliniert war und ihre Mitglieder nur nach einer gewissen Prüfung aufgenommen und streng behandelt wurden, stellte die Partei wie die russische die Vorhut des Proletariats dar. Sobald die Partei sich mit den Sozialdemokraten vereinigte und dadurch die zurückgebliebenen Teile des Proletariats und einen großen Teil des Kleinbürgertums, der in der Sozialdemokratischen Partei mit organisiert war, in sich aufnahm, verlor die Partei diese Bedeutung.

Außerdem entstand bei der Errichtung der Diktatur ein ungeheures Bedürfnis nach klassenbewußten, selbständigen Arbeitern. Man war gezwungen, alle brauchbaren Kräfte der vereinigten Partei in den verschiedenen Sowjets anzustellen. Dadurch wurde die Partei ganz entkräftet. So waren wir gezwungen, auch in politischen Fragen, in denen wir an das ganze Proletariat zu appellieren hatten, uns an die Gewerkschaften zu wenden, die es fast ganz umfassen. Dadurch entstand eine Lage, wie sie ungefähr die I.-W.-W.-Leute oder die Shop Stewards wünschen; die Gewerkschaft erfüllte auch die Aufgaben der Partei. Es stellte sich heraus, daß mit der Diktatur ein ungeheurer Funktionswechsel und eine Aenderung der Aufgaben der Gewerkschaften entsteht. Die Gewerkschaften mußten eine ganze Reihe neuer Aufgaben erfüllen, wie die Neuorganisation der Produktion, die Herstellung der Arbeitsdisziplin usw.; sie waren durch die Aufnahme einer Flut von neuen Mitgliedern so in Anspruch genommen, daß sie selbst diese Aufgaben nicht in erforderlicher Weise erfüllen konnten.

Nach der Errichtung der Diktatur werden in jedem Lande unbedingt Schwierigkeiten und Erschütterungen erfolgen, teilweise deshalb, weil die Gewerkschaften nicht imstande sind, die ungeheure Menge von Fragen, die mit der ersten Stunde der Revolution unaufschiebbar an sie herantreten, rechtzeitig zu lösen, und dadurch eine gewisse Störung entsteht. Durch die Untauglichkeit der Partei waren wir in Ungarn gezwungen, außer diesen

Aufgaben noch politische, wie die Bildung der Roten Armee, Schulwesen, dann Lebensmittelverteilung und ähnliches den Gewerkschaften zu übergeben. Es stellte sich aber heraus, daß diese Fragen von ihnen nicht gelöst werden konnten. Sie hatten diese Aufgaben zwar übernommen, aber auf keinem Gebiet irgend eine befriedigende Lösung erzielt; nicht nur, weil sie meistens reaktionär waren — es gab einige Gewerkschaften, die schon vor der Diktatur revolutionär waren — sondern auch, weil sie nicht zur Lösung politischer Fragen geschaffen waren. Nach einigen Monaten waren wir vor die unbedingte Notwendigkeit gestellt, eine starke, neue kommunistische Partei zu gründen. Wir waren dadurch gezwungen, neben den schweren Aufgaben, die die Diktatur mit sich brachte, noch eine neue zu erfüllen, die in Rußland schon vor der Diktatur gelöst wurde dadurch, daß eine kommunistische Partei vorhanden war.

Wir wurden in kurzer Zeit gezwungen, eine Partei auszubauen, die in jeder Beziehung dem russischen Muster folgen sollte. Der innere Zerfall und die militärischen Niederlagen haben diese Absicht vereitelt. Ich muß aber noch einmal wiederholen, daß die Erfahrungen der ungarischen Räterepublik in jeder Beziehung die russischen Erfahrungen bestätigt haben, und wo wir von ihnen abgewichen sind, haben wir Fehler begangen und mußten sie mit ungeheuren Opfern bezahlen. Nachher, als wir zur Reorganisation unserer Kräfte schritten, haben wir den größten Mangel der ungarischen Räteherrschaft darin erblickt, daß wir während der Diktatur keine stärkere und besser disziplinierte Partei besaßen. Wir sind nachher an die Organisation einer streng zentralisierten, mit eiserner Disziplin ausgestatteten Partei herangegangen. Ich bin überzeugt, daß die neue Partei in der neuen Rätediktatur in Ungarn die Richtlinien, die die Kommunistische Partei in Rußland verfolgt, fortsetzen und die russischen Erfahrungen unterstützen und bekräftigen wird.

WIJNKOOP (Holland). Man sagt mir, daß ich deutsch sprechen soll. Ich hätte lieber das, was ich zu sagen habe, englisch gesprochen, weil es sich auf das bezieht, was die englischen Genossen gesagt haben. Ich meine, es ist nicht weise, daß der

122683

Kongreß dem Zusatzantrag des Genossen Mac Laine zustimmt. In den Leitsätzen des Genossen Sinowjew steht nichts von diesen Sachen, und ich möchte sagen, daß die englischen Genossen sehr erfreut sind, daß in den Leitsätzen nichts davon steht, weil sie dadurch ihre eigene Sache in ihrem eigenen Lande auskämpfen können. Jetzt kommt Genosse Mac Laine und sagt: Wir wollen von dem internationalen Kongreß bestätigt haben, daß wir in die Labour Party hineingehen dürfen, und man weiß, daß die B. S. P. in der Labour Party bleiben will. Nun sage ich: das soll man hier nicht machen. Es ist sehr schwierig — das hat Genosse Lenin in seiner Broschüre „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" gesagt, eine Entscheidung zu treffen. Deshalb will ich es den englischen Genossen überlassen, ihre Entscheidung selbst zu treffen und das auch aus dem Grunde, weil man in England zu einer einigen kommunistischen Partei zu gelangen sucht. Die Genossen Ramsay und Tanner haben zu dieser Frage vortrefflich gesprochen, und sie wissen, daß die Frage der Labour Party der Einheit viele Schwierigkeiten bereiten kann.

Falls sich nun der internationale Kongreß schon im voraus dafür ausspricht, daß die B. S. P. in der Labour Party bleiben kann, so bedeutet das entweder, daß die einige kommunistische Partei in England nicht zustande kommen oder daß sie zustande kommen wird ohne die B. S. P. Und beides wäre meines Erachtens nicht gut. Die kommunistische Partei wird in England zustande kommen müssen mit Hilfe der B. S. P., und man soll sich über die Bedingungen in England selbst verständigen. Falls wir einen solchen einschneidenden Antrag in dieser englischen Frage hier annehmen sollen, müssen Sie erst diese Sache hier besprechen, und es wird schwierig sein, hier die ganze Geschichte der besonderen Bedingungen der Labour Party aufzurollen. Nun noch eine Bemerkung über etwas anderes, und zwar über das, was Genosse Tanner hier gesagt hat. Meine Partei steht nicht auf dem Standpunkt des Genossen Tanners, aber doch will ich sagen, daß ich dem Genossen Tanner zugehört habe, weil ich in seinen Worten den Wunsch gespürt habe, in die Kommunistische Inter-

nationale hineinzukommen. Genosse Tanner hat davor gewarnt, nicht zu dogmatisch zu sein. Und da hat er ganz recht. Genosse Lenin hat in der Broschüre, die ich schon nannte, davor gewarnt, daß man nicht zu dogmatisch sein soll nach links. Er hat gesagt, der reine Dogmatismus sei in Wirklichkeit nur Phrase, und man solle Phrasen vermeiden. Wenn man keinen Dogmatismus nach rechts anerkennt, muß man dies auch nicht nach links tun. Gen. Tanner hat sehr richtig darauf aufmerksam gemacht, daß die Verhältnisse in anderen Ländern ganz anders sind als in Rußland. Das wissen die russischen Genossen sehr gut. Man hat oft genug davon gesprochen, daß schließlich die russische Revolution, wie schwer sie auch war, doch immer noch leichter war, als die Revolution in den anderen Ländern werden wird. Der Aufbau ist eine andere Sache als die Revolution. Man soll dem russischen Beispiel nicht doktrinär folgen, man soll von der russischen Revolution lernen, aber man kann nicht ohne weiteres die Verhältnisse von Westeuropa oder Amerika dem russischen Vorbild anpassen. Genosse Tanner hat gesagt, daß man nicht dogmatisch, sondern ein wenig biegsam und geschmeidig sein müsse. Nur so kommt man zu einer Internationale, die die wirklich revolutionären Gruppen zusammenbringt und zusammenbringen muß.

LEVI. Wenn wir über das Wesen der Partei sprechen, so müssen wir ausgehen von dem Gegensatz zwischen Partei und Klasse, die sich verhalten wie das Subjekt zum Objekt oder wie der Kern zur Schale, die beide zusammen die Frucht bilden. Wenn wir dann fragen, worin die Partei sich von der Klasse unterscheidet, so können wir nur sagen, daß eines besonders die Partei als solche kennzeichnet, und das ist ihre Klarheit: der klare Kopf, das klare Ziel, das klare, scharf umrissene Wesen, das klare, scharf umrissene Programm. Wenn man diese einheitliche Auffassung des Sinnes und der Ziele der Partei im Auge hat, so stimme ich überein mit dem, was Genosse Sinowjew in seinen Leitsätzen ausgeführt hat: „Nur in dem Fall, wenn das Proletariat als Führer eine organisierte und erprobte Partei mit streng ausgeprägten Zielen und mit handgreiflich ausgearbeitetem

Programm der nächsten Maßnahmen sowohl auf dem Gebiet der inneren wie auch der auswärtigen Politik hat, wird die Eroberung der politischen Macht nicht als zufällige Episode erscheinen, sondern sie wird als Ausgangspunkt dienen zu einem dauernden kommunistischen Aufbau der Gesellschaft durch das Proletariat".

Wie der Kern verdorrt ohne die Schale, so muß die Partei verdorren und zur Sekte werden, wenn sie verabsäumt, die Wege zu finden, durch die sie in das Leben der revolutionären Massen eindringt. Und ich glaube, so weit wir hier Kommunisten sind, sind wir uns darüber einig, daß eine Partei klar und entschieden sein muß. Darüber brauchen wir hier nicht zu diskutieren. Für uns ist die Hauptfrage, wie wir den Weg finden zur Masse, und ich bin der Meinung, daß alle Wege beschritten werden müssen, die zu den Massen führen. Es sind die Gewerkschaften, die Räte, wo sich Räteorganisationen bilden, parlamentarische Kampfstätten, auch parteilose Organisationen, soweit wenigstens, als sie erwachsen aus dem Untergrund des sozialen Lebens, aus der sozialen und ökonomischen Schichtung der Gesellschaft. Dieser Einschränkung halber glaube ich, vom Referenten abweichen zu müssen, wenn er in den Leitsätzen unter Ziffer 6 ausführt: „Die Kommunisten unterstützen in jeder Weise die Bildung von weiten parteilosen Arbeiterorganisationen neben der kommunistischen Partei. Die Kommunisten halten für ihre wichtigste Aufgabe die systematische organisatorisch-erzieherische Arbeit innerhalb dieser weiten Arbeiterorganisationen. Aber um eben diese Arbeit erfolgreich zu gestalten, die Gegner des revolutionären Proletariats daran zu hindern, daß sie sich dieser weiten Arbeiterorganisationen bemächtigen, müssen die fortgeschrittenen kommunistischen Arbeiter stets ihre eigene, selbständige, geschlossene kommunistische Partei bilden."

In dieser These ist nichts enthalten von jener Einschränkung, und mir scheint, es müsse so etwas gesagt werden, damit die Bildung von Arbeiterfraktionen und parteilosen Arbeiterorganisationen nicht zum reinen Sport werde und nicht neue Organisationsformen ausgeklügelt werden, die nicht einzig und allein erwachsen aus den wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten.

Wir müssen mit der Bildung neuer Organisationen in höchstem Grade vorsichtig sein und da, wo solche Organisationen bestehen, es vermeiden, sie willkürlich und unbedingt auszubreiten. Bei dem, was ich sage, denke ich zumal an Deutschland, wo die Gewerkschaften gewachsen sind auf fast 9 Millionen Mitglieder und wo es trotzdem Genossen gab, die im Drang nach neuartigen Organisationen so weit gingen, daß sie uns Kommunisten verleiten wollten, dieses große Feld, auf dem wir arbeiten können, zu verlassen.

Ich bin weiter der Meinung, daß man bei der Neubildung nicht nur von parteilosen, sondern auch von Parteiorganisationen höchst vorsichtig vorgehen muß. Aus unserer deutschen Geschichte, aus den Erfahrungen der deutschen Kommunisten, werden wir da manche Lehre ziehen müssen. Deswegen wird auch die Frage, die die englischen Genossen aufgeworfen haben, sehr wohl von diesem Kongreß entschieden werden müssen.

Ich bin durchaus der Meinung — und wir vom Westeuropäischen Sekretariat standen in diesem Punkt im Gegensatz zum Amsterdamer Büro — daß die B. S. P. unbedingt in der Labour Party, durch die sie den Zusammenhang mit der Masse hat, zu verbleiben habe.

Man muß aber besonders vorsichtig sein bei der Schaffung neuer Gebilde, die sich „parteilos" nennen. Ich glaube, daß es auch auf diesem Kongreß Delegierte gibt, die in der Frage, in wie weit es notwendig ist, parteilose Organisationen an Stelle von Parteiorganisationen, die politisch klare Ziele haben, zu bilden, von uns Kommunisten abweichen. Ich überlasse es berufeneren Genossen, dem spanischen etwa, diese Frage zu beantworten, aber ich muß sagen, daß ich über den Erfolg nicht optimistisch denke, und zwar aus einer gewissen Erfahrung heraus. Mir scheint, daß die Auseinandersetzung zwischen dem Kommunimus auf der einen und den Ansichten des spanischen Genossen auf der andern Seite durchaus nicht in der Linie der Aufgaben dieses Kongresses liegt und nicht im Interesse dessen, was die Welt heute von der Kommunistischen Internationale verlangt: die einheitliche klare Linie. Diese wird nicht dadurch gestärkt,

daß wir hier, anstatt eine einheitliche klare Linie zu zeigen, über Fragen disputieren, die der größte Teil der westeuropäischen Arbeiterschaft schon vor Jahrzehnten überwunden hat.

Im Gegenteil, es ist die Aufgabe des Kongresses, den englischen Genossen zu sagen, daß man die parteilosen Organisationen nicht verachten, nicht aus der Labour Party austreten dürfe. Der Kongreß muß ein für allemal eine einheitliche klare Linie für alle ähnlichen Fälle zeigen.

MAC LAINE. Ich beantrage angesichts der späten Stunde (10 Uhr abend), die Fortsetzung der Debatten bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

SERRATI. Ich beantrage im Namen des Büros, die Sitzung fortzusetzen und die Kommission aufzufordern, die Leitsätze des Genossen Sinowjew Punkt für Punkt zu erläutern.

(Der Antrag des Genossen Serrati wird zur Abstimmung gestellt und angenommen.)

SERRATI. Die italienische Delegation nimmt alle Leitsätze des Genossen Sinowjew vollinhaltlich an, weil sie, indem sie eine Analyse des Korporativwesens, des Syndikalismus, des Industrialismus, des Anarchismus und des Relativismus geben und den kleinbürgerlichen Geist dieser Richtungen hervorheben, die Sache des Proletariats, die Zentralisierung und Disziplin im Namen der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats durch die kommunistische Partei verfechten. Aber wir finden, daß die Formulierung einiger Leitsätze nicht völlig klar ist, z. B. in der Frage über die Mittelbauern. Der Inhalt dieser Ausdrücke muß genau festgestellt werden, sonst laufen wir Gefahr, in Possibilismus zu verfallen. Denn diejenigen, die man Mittelbauern nennt, bilden häufig das rückständigste Element.

Was den Punkt 6 betrifft, so sind wir mit der Ansicht des Genossen Levi einverstanden. Die Kommunisten müssen alle Energie aufwenden, um kommunistische, nicht aber neutrale Organisationen zu schaffen, obgleich sie verpflichtet sind, auch in den letzteren zu arbeiten. Genosse Mac Laine hat gebeten, daß man der B. S. P. gestatten möge, in der Labour Party zu verbleiben. Ich persönlich bin aber in diesem Falle mit den Ver-

tretern der Shop-Stewards einverstanden, die die Labour Party als politische Partei betrachten. Während des Krieges hatte sie eine rein politische Richtung, was durch die Tätigkeit Hendersons bewiesen wird. Und wenn wir zulassen, daß die Kommunisten in derartigen Organisationen verbleiben, so öffnen wir dem Possibilismus nochmals weit die Tür.

Ein anderer Punkt der Leitsätze besagt, daß die Kommunisten in neutrale oder sogar reaktionäre Vereinigungen eintreten können, z. B. in die christlichen Verbände. Aber ein christlicher Verband ist unter keinen Umständen neutral. In ihn eintreten bedeutet Christ sein. Dann muß der Kongreß auch die Frage des Eintritts von Kommunisten in die Freimaurerverbände erörtern, die ein Muster von Organisationen sind, in denen der Geist des kleinbürgerlichen Radikalismus und des politischen Opportunismus herrscht. Wir bitten, daß der Kongreß den Kommunisten den Eintritt in solche Organisationen verbieten möge.

LENIN. Genossen! Ich möchte einige Bemerkungen über die Reden der Genossen Tanner und Mac Laine machen. Genosse Tanner hat davon gesprochen, daß er und die anderen für die Diktatur des Proletariats wären, aber sie verstanden darunter etwas anderes als wir hier. Er hat gesagt: Wir verstehen unter Diktatur des Proletariats eigentlich die Diktatur der organisierten und klassenbewußten Minderheit.

Nun, das ist eben eins der Hauptmerkmale der politischen Arbeiterparteien, daß sie nur die Minderheit ihrer Klasse umfassen können unter den kapitalistischen Verhältnissen, in denen die Arbeitermassen, immer ausgebeutet, nicht imstande sind, ihre menschlichen Fähigkeiten zu entwickeln. Eine politische Partei kann nur die Minderheit der Klasse umfassen, wie auch wirklich klassenbewußte Arbeiter in jeder kapitalistischen Gesellschaft nur die Minderheit aller Arbeiter bilden. Deshalb sind wir gezwungen, anzuerkennen, daß die große Arbeitermasse nur von der bewußten Minderheit geführt und geleitet werden kann. Wenn Genosse Tanner sagt, er sei gegen die Partei, aber dafür, daß eine revolutionäre Minderheit der meist entschlossenen und klassenbewußten Proletarier das ganze Proletariat leite, dann

sage ich: wir unterscheiden uns in Wirklichkeit nicht in unseren Anschauungen. Was ist die organisierte Minderheit? Wenn diese Minderheit wirklich klassenbewußt ist und die Massen zu führen versteht und auf alle Fragen Antwort geben kann, die auf der Tagesordnung stehen, dann ist es eigentlich die Partei. Wenn die Genossen wie Genosse Tanner, die besonders für uns wichtig sind, weil sie eine Massenbewegung vertreten, was man schwerlich von der B. S. P. sagen kann, eine Minderheit wollen, die entschlossen für die Diktatur kämpft und die Arbeitermassen dazu erzieht, dann wollen sie eine Partei. Genosse Tanner hat davon gesprochen, daß diese Minderheit die ganze Arbeitermasse führen und organisieren soll. Wenn Genosse Tanner und die anderen Genossen aus der Shop-Steward-Bewegung und aus den I. W. W. anerkennen — und wir sehen täglich aus jeder Aussprache mit ihnen, daß sie das wirklich anerkennen — daß die bewußte kommunistische Minderheit der Arbeiterklasse das Proletariat führen kann, so müssen sie zugeben, daß dies der Sinn aller unserer Resolutionen ist, und dann unterscheiden wir uns nur dadurch, daß sie das Wort „Partei" vermeiden, weil unter den englischen Genossen eine Art Vorurteil gegen die politische Partei lebt. Sie meinen wohl, eine politische Partei sei so etwas wie die Parteien von Gompers und Henderson, der Geschäftsparlamentarier, der Verräter der Arbeiterklasse. Wenn sie unter Parlamentarismus die heutige englische und amerikanische Art des Parlamentarismus meinen, so sind auch wir dagegen. Wir brauchen neue, wir brauchen andere Parteien. Wir brauchen Parteien, die wirklich ständige Verbindung mit den Massen haben, die es verstehen, die Massen zu führen.

Jetzt komme ich zu der dritten Frage, die ich hier berühren wollte. Genosse Mac Laine war dafür, daß die Kommunistische Partei Englands bei der Labour Party bleiben solle. Ich habe mich schon in meinen Leitsätzen über die Aufnahme in die Kommunistische Internationale darüber geäußert. Ich habe diese Frage unbeantwortet gelassen. Aber nachdem ich mit mehreren Genossen gesprochen habe, bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß das Verbleiben in der Labour Party die einzige

richtige Taktik ist. Und da kommt Genosse Tanner und sagt: nur nicht zu dogmatisch. Dieser Ausdruck paßt hier gar nicht. Genosse Ramsay sagt: laßt uns englischen Kommunisten selbst darüber entscheiden. Was wird das für eine Internationale sein, wenn ein kleiner Teil kommt und sagt: einige von uns sind dafür, einige von uns sind dagegen, laßt uns selbst entscheiden. Wozu brauchen wir dann eine Internationale und einen Kongreß und eine Diskussion? Genosse Max Laine sprach nur von der Rolle der politischen Partei. Aber das bezieht sich auch auf die Gewerkschaften und den Parlamentarismus. Es ist wahr, daß die große Masse der besten Revolutionäre gegen den Anschluß an die Labour Party ist, weil sie den Parlamentarismus auch als Methode des Kampfes nicht akzeptieren. Vielleicht wäre es deshalb am besten, diese Frage der Kommission zu übergeben. Sie soll sie besprechen, studieren, und sie soll unbedingt von dem jetzigen Kongreß der Kommunistischen Internationale entschieden werden. Wir können nicht sagen: das betrifft nur die englischen Kommunisten. Unsere Meinung über die richtige Taktik muß allgemein ausgedrückt werden.

Jetzt gehe ich auf die Argumente des Genossen Mac Laine betreffend die englische Labour Party ein. Man muß offen sagen: Die kommunistische Partei kann an die Labour Party angeschlossen sein, wenn sie die Freiheit hat, zu kritisieren und ihre eigene Politik zu treiben. Das ist das wichtigste. Wenn Genosse Serrati von der Zusammenarbeit der Klassen spricht, so sage ich: das ist keine Zusammenarbeit der Klassen. Wenn die italienischen Genossen Opportunisten wie Turati und Konsorten, d. h. bürgerliche Elemente, in der Partei dulden, so ist dies wirklich Zusammenarbeit der Klassen. Im Fall der Labour Party handelt es sich um die Mitarbeit der vorgeschrittenen Minderheit mit der großen Mehrheit der englischen Arbeiter. An der Labour Party nehmen alle Mitglieder der Trade-Unions teil. Sie ist ein Originalgebilde, wie wir es in keinem anderen Lande haben. Sie umfaßt etwa 6—7 Millionen Arbeiter aus allen Gewerkschaften. Man fragt nicht nach ihrem politischen Bekenntnis. Beweisen Sie mir, Genosse Serrati, daß wir dort verhindert werden, unsere

Kritik zu üben. Wenn Sie das beweisen, dann erst beweisen Sie, daß Genosse Mac Laine sich irrt. Die B. S. P. kann frei sagen, daß Henderson ein Verräter ist, und trotzdem in der Labour Party bleiben. Das ist Zusammenarbeit der Vorhut der Arbeiterklasse mit den zurückgebliebenen Arbeitern, der Nachhut. Das ist für die ganze Bewegung so wichtig, daß wir absolut darauf bestehen, daß die englischen Kommunisten ein Bindeglied bilden zwischen der Partei, d. h. der Minderheit der Arbeiterklasse, und der übrigen Masse der Arbeiter. Wenn die Minderheit nicht versteht, die Massen zu leiten, sich mit den Massen in Verbindung zu bringen, dann ist sie keine Partei, dann ist sie nichts wert, ob sie sich Partei nennt oder Nationalkomitee der Shop Stewards. So viel ich weiß, haben die Shop Stewards in England ein Nationalkomitee, haben eine Zentralleitung, das ist schon ein Schritt zur Partei. Wenn also nicht widerlegt wird, daß die englische Labour Party aus Proletariern besteht, so ist es Zusammenarbeit der Vorhut der Arbeiterklasse mit den zurückgebliebenen Arbeitern, und wenn diese Zusammenarbeit nicht systematisch entwickelt wird, dann ist die kommunistische Partei nichts wert, und dann kann von der Diktatur des Proletariats keine Rede sein. Falls unsere Genossen aus Italien kein überzeugenderes Argument bringen, dann müssen wir hier später die Frage endgültig entscheiden, und wir müssen auf Grund dessen, was wir wissen, zu dem Ergebnis kommen, daß der Anschluß die richtige Taktik ist.

Nun kommen Genosse Tanner und Genosse Ramsay und sagen: Die Mehrheit der englischen Kommunisten wird das nicht annehmen. Müssen wir denn mit der Mehrheit unbedingt einverstanden sein? Mit nichten. Vielleicht kann man, wenn sie die richtige Taktik noch nicht verstanden hat, abwarten. Selbst ein Bestehen von zwei Parteien wäre besser, als die Frage über die richtige Taktik unbeantwortet zu lassen. Natürlich werden sie keinen Anspruch darauf erheben, daß hier auf Grund der Erfahrung aller Mitglieder des Kongresses, auf Grund der vorgebrachten Argumente sofort eine einheitliche kommunistische Partei in allen Ländern gebildet werden kann. Das ist unmög-

lich. Aber offen unsere Meinung sagen, Richtlinien geben, das können wir. Wir müssen die Frage der englischen Vertretung in einer besonderen Kommission studieren und dann sagen: die richtige Taktik ist der Anschluß an die Labour Party. Wenn die Mehrheit dagegen ist, so sollen wir die Minderheit gesondert organisieren. Das soll erziehen. Wenn die große Masse der englischen Arbeiter noch an die alte Taktik glaubt, dann werden wir die Ergebnisse auf dem nächsten Kongreß prüfen. Wir können nicht sagen — das ist die schlimmste Art der II. Internationale — daß das nur englische Fragen seien. Wir müssen unsere Meinung offen sagen. Wenn die Kommunisten in England nicht einverstanden sind und man noch keine Massenpartei schaffen kann, dann ist die Spaltung doch unvermeidlich.

TROTZKI. Genossen! Es kann ja ziemlich merkwürdig erscheinen, daß Dreiviertel-Jahrhundert nach dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes auf einem internationalen kommunistischen Kongreß die Frage aufgeworfen wird, ob Partei oder ob keine Partei. Genosse Levi hat gerade diese Seite der Debatten betont mit der Bemerkung, für die große Masse der westeuropäischen und amerikanischen Arbeiter sei diese Frage schon längst entschieden, und er glaubt, es diene nicht zur Klärung des Standpunkts der Kommunistischen Internationale, daß diese Frage überhaupt diskutiert wird. Nun glaube ich, daß der marxistische Großmut, mit dem Genosse Levi sagt, die große Masse der Arbeiter wisse ganz gut, daß die Bildung einer politischen Partei notwendig sei, von den geschichtlichen Ereignissen ziemlich scharf widerlegt worden ist. Selbstverständlich, wenn wir hier den Herrn Scheidemann vor uns gehabt hätten oder Kautsky oder ihre englischen Gesinnungsgenossen, so brauchten wir diese Herren nicht darüber zu belehren, daß die Arbeiterklasse eine Partei haben muß. Sie haben für die Arbeiterklasse eine Partei gebildet, und diese Partei haben sie in die Dienste der bürgerlichen Klasse, der kapitalistischen Gesellschaft gestellt. Wenn wir aber an die proletarische Partei denken, so sehen wir, wie sie jetzt in verschiedenen Ländern in ihrer Entwicklung verschiedene Phasen durchmacht. In Deutsch-

land, in diesem klassischen Lande der alten Sozialdemokratie, sehen wir, wie die kolossale, auf hohem Kulturniveau stehende Arbeiterklasse ununterbrochen vorwärts ringt und dabei große Bruchstücke der alten Hülle mit sich schleppt. Wir sehen andererseits, daß gerade die Parteien, die im Namen der großen Mehrheit der Arbeiterklasse gesprochen haben, die Parteien der II. Internationale, die die Stimmungen eines Teils der Arbeiterklasse ausgelöst haben, uns hier zwingen, die Frage aufzuwerfen, ob Partei oder keine Partei. Weil ich weiß, daß eine Partei notwendig ist, und weil ich den Wert der Partei ganz gut kenne, und weil ich einerseits Scheidemann und anderseits einen amerikanischen, einen spanischen, einen französischen Syndikalisten habe, der nicht nur das Bürgertum zu bekämpfen gewillt ist, wie es auch Scheidemann gewillt war, sondern auch wirklich ihm den Kopf abreißen will, so sage ich: Ich ziehe vor, mit diesem spanischen, amerikanischen, französischen Kameraden mich auseinanderzusetzen, um ihm für seine geschichtliche Mission — die Vernichtung des Bürgertums — die Notwendigkeit der Partei zu beweisen. Ich werde ihn kameradschaftlich belehren, mich dabei auf meine Erfahrung stützen, ihm aber nicht die große Erfahrung von Scheidemann gegenüberstellen und sagen: für die Mehrheit ist diese Frage schon gelöst. Genossen, in den alten Ländern des Parlamentarismus und der Demokratie sehen wir einen ziemlich großen Einfluß der antiparlamentarischen Tendenzen, wie in Frankreich, England usw. In Frankreich habe ich bei Ausbruch des Krieges beobachtet, daß die erste tapfere Stimme gegen den Krieg — und zwar zur Zeit, da die Deutschen vor Paris standen — von einer kleinen Gruppe französischer Syndikalisten erhoben wurde, von meinen Freunden Monatte, Rosmer u. a. Zu jener Zeit haben wir die Frage der Bildung einer kommunistischen Partei nicht aufwerfen können. Die Elemente waren zu geringzählig. Aber ich fühlte mich mit den Genossen Monatte, Rosmer und den anderen, die eine anarchistische Vergangenheit hatten, als Kamerad unter Kameraden. Was hatte ich aber mit einem Renaudel zu tun, der die Notwendigkeit

der Partei sehr gut begreift, oder mit Albert Thomas und den anderen Herren, deren Namen ich nicht nennen will, um nicht gegen die Regeln des guten Tones zu verstoßen?

Genossen, die französischen Syndikalisten arbeiten revolutionär in den Syndikaten, und wenn ich jetzt z. B. mit dem Genossen Rosmer spreche, so finden wir gemeinsamen Boden. Die französischen Syndikalisten haben im Gegensatz zu den Traditionen der Demokratie, ihren Lügen und Illusionen, gesagt: Wir wollen keine Partei, wir wollen proletarische Syndikate und innerhalb derselben die revolutionäre Minderheit avec l'action directe, mit der Massenaktion. Was diese Minderheit für die französischen Syndikalisten bedeutet, darüber waren sie sich selbst nicht ganz klar. Es war die Vorahnung der weiteren Entwicklung, die trotz der Vorurteile und Illusionen dieselben Syndikalisten nicht hinderte, eine revolutionäre Rolle in Frankreich zu spielen, die jene kleine Minderheit herausgebildet hat, die zu uns auf den internationalen Kongreß gekommen ist.

Was ist für unsere Freunde die Minderheit? Das ist der beste Teil der französischen Arbeiterklasse, die ein klares Programm und eine Organisation hat, in der sie diese Fragen diskutiert und nicht nur diskutiert, sondern zur Entscheidung bringt, eine Organisation, die eine gewisse Disziplin hat. Der französische Syndikalismus hat durch die Erfahrung des Zusammenstoßes der Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie, durch die Erfahrung im eigenen wie in fremden Ländern dazu gedrängt, eine kommunistische Partei zu bilden. Genosse Pestagna sagt: Ich will diese Frage nicht berühren, ich bin Syndikalist, ich will von Politik nicht reden, ich will noch weniger von der Partei reden. Das ist höchst interessant. Er wollte nicht von der kommunistischen Partei sprechen, um nicht die Revolution zu verletzen, das heißt, daß die Kritik der kommunistischen Partei, ihre Notwendigkeit, ihm im Rahmen der russischen Revolution als eine Beleidigung der Revolution erscheint. Und dem ist auch so; denn die Partei hat sich hier im Lauf der Entwicklung mit der Revolution identifiziert. In Ungarn war dasselbe der Fall.

Genosse Pestagna, ein einflußreicher spanischer Syndikalist,

ist zu uns gekommen, weil es hier Genossen gibt, die mehr oder weniger auf syndikalistischem Boden stehen. Es gibt hier Genossen, die sozusagen Parlamentarier sind, es gibt hier Genossen, die weder Parlamentarier noch Syndikalisten, aber für die Massenaktion sind usw. Also was bieten wir ihm? Wir bieten ihm die Internationale Kommunistische Partei, d. h. die Vereinigung der vorgeschrittensten Elemente der Arbeiterklasse, die ihre Erfahrung hierherbringen, sie miteinander austauschen, einander kritisieren, Entscheidungen treffen usw. Wenn Genosse Pestagna mit diesen Entscheidungen nach Spanien zurückkehrt, so werden seine Genossen ihn fragen: Was hast du von Moskau mitgebracht? Dann wird er ihnen die Leitsätze vorlegen und vorschlagen, entweder für oder gegen diese Resolution zu stimmen, und die spanischen Syndikalisten, die sich auf Grund dieser Leitsätze vereinigen werden, werden die Kommunistische Partei Spaniens sein.

Heute haben wir von der polnischen Regierung den Vorschlag bekommen, Frieden zu schließen. Wer entscheidet diese Frage? Wir haben den Rat der Volkskommissare, aber es muß ja auch einer gewissen Kontrolle unterstehen. Wessen Kontrolle? Der Arbeiterklasse als einer formlosen chaotischen Masse? Nein. Da haben wir die Zentrale der Partei zusammenberufen, um den Vorschlag zu erörtern und zu entscheiden, ob man ihn beantworten soll. Und wenn wir Krieg führen, neue Divisionen zu bilden, die besten Elemente dafür suchen müssen, wohin wenden wir uns? An die Partei, an das Zentralkomitee, und das gibt Anweisung an jedes Lokalkomitee, Kommunisten an die Front zu senden. Dasselbe gilt auch für die Agrarfrage, die Ernährungsfrage und alle anderen Fragen. Wer wird in Spanien diese Fragen lösen? Das wird die Kommunistische Partei Spaniens tun, und ich bin sicher, daß Genosse Pestagna einer der Gründer dieser Partei sein wird.

Nun fragt uns Genosse Serrati, dem man natürlich die Notwendigkeit einer Partei nicht zu beweisen braucht — er ist ja selbst Führer einer großen Partei — in ironischer Form, was wir eigentlich unter den mittleren Bauern, unter den Halbproletariern

verstehen, und wenn wir ihnen Zugeständnisse machen, ob das nicht Opportunismus sei. Nun, Genossen, was heißt Opportunismus? Die Arbeiterklasse, vertreten und geführt von der kommunistischen Partei, ist bei uns an der Macht. Wir haben aber nicht nur die fortgeschrittene Arbeiterklasse, wir haben auch zurückgebliebene und parteilose Elemente, die einen Teil des Jahres im Dorfe arbeiten und einen Teil des Jahres in der Fabrik; es gibt Bauern verschiedenartiger Schichten. Das alles ist nicht von unserer Partei geschaffen, das haben wir ererbt von der feudalen und kapitalistischen Vergangenheit. Die Arbeiterklasse ist an der Macht und sagt: das kann ich nicht von heute auf morgen ändern. Hier muß ich an die Barbarei der Verhältnisse Zugeständnisse machen. Opportunismus heißt, wenn man die werktätige Klasse vertritt und an die herrschende Klasse Zugeständnisse macht. Kautzky wirft uns vor, unsere Partei mache die größten Zugeständnisse an die Bauern. Die Arbeiterklasse muß, selbst am Ruder, die Entwicklung eines großen Teils der Bauernschaft von der feudalen Denkweise zum Kommunismus beschleunigen und muß gewisse Zugeständnisse an die rückständigen Elemente machen. Auf diese Weise, glaube ich, daß die Frage, die Genosse Serrati als Frage für sich gestellt hat, nicht zu den Fragen gehört, die die Rolle der kommunistischen Partei in Rußland beeinträchtigen kann. Aber wenn das auch so wäre, wenn wir hier einen oder zwei oder drei Fehler gemacht hätten, so bedeutete das nur, daß wir in einem sehr komplizierten Milieu manövrieren müssen. Wir hatten die Macht in der Hand; da traten wir vor dem deutschen Imperialismus in Brest-Litowsk, dann vor dem englischen Imperialismus zurück. Hier manövrieren wir zwischen den verschiedenen Schichten der Bauernschaft; die einen ziehen wir an uns, die anderen stoßen wir ab, die dritten unterdrücken wir mit gepanzerter Faust. Das ist das Manövrieren einer revolutionären Klasse, die an der Macht ist, die Fehler machen kann; aber diese Fehler gehören zum Inventar einer Partei, welche die akkumulierte Erfahrung der Arbeiterklasse darstellt. So fassen wir unsere Partei, unsere Internationale auf.

SUCHI (Freie Arbeiterunion). Wir dürfen bei der Aufstellung von Leitsätzen für die internationale Arbeiterbewegung nicht von theoretischen, vorgefaßten Voraussetzungen ausgehen, sondern müssen in den verschiedenen Ländern die Tendenzen, die in der Arbeiterbewegung zutage treten, erkennen und sie weiter und revolutionärer zu entwickeln versuchen. Unsere Theorien sollen nichts anderes sein, als die bewußte Weiterführung der in dem Kampfe der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie entstehenden Tendenzen und Kampfformen. Das ist in England die Shop-Steward-Bewegung, in Amerika die I.W.W., die Betriebsräte in Norwegen. All dies sind Tendenzen, die aus den Bedingungen des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit geboren wurden.

Man darf nicht versuchen, diese Bewegungen von einem theoretischen Standpunkt aus in andere Wege zu leiten, indem man sagt, diese Bewegungen seien nicht kommunistisch. Wenn wir den empirischen Weg verlassen und einen doktrinären betreten, können wir keine Internationale des Kampfes schaffen. Ich möchte aus diesem Grunde nicht so viel theoretisieren, sondern eben nur die Tendenzen, die während der Revolution zutage getreten sind, besprechen. Diese Tendenzen müssen wir beachten und zu entwickeln versuchen. Wir müssen die Seele der lebendigen Arbeiterbewegung zu erfassen suchen, die nicht in dem Kopfe einzelner Theoretiker entstanden, sondern aus dem Herzen der Arbeiterklasse selbst entsprungen ist. Wenn ich hier als Vertreter der Syndikalisten auftrete und nicht theoretisch auf die Argumente der russischen Genossen eingehen will, so muß ich, da man hier den Syndikalismus als eine halbbürgerliche Bewegung hingestellt hat, zu beweisen versuchen, daß dies nicht der Fall ist. Immerhin werde ich mich auch auf das Gebiet der Theorie begeben müssen, um die hier dargelegten Theorien zu behandeln.

So behauptete Genosse Sinowjew, die Bourgeoisie sage der Arbeiterklasse, daß sie sich politisch nicht organisieren solle, und daß, wenn im Syndikalismus die Tendenz vorhanden ist, die Arbeiter nicht in einer politischen Partei zu organisieren, so

sei dies darauf zurückzuführen, daß diese Vorurteile, die von der Bourgeoisie herstammen, diese Tendenz des Syndikalismus bestimmen. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Was sagt die Bourgeoisie z. B. über die syndikalistische Bewegung, über die I. W. W. und andere ähnliche Bewegungen? Genosse Sinowjew, glauben Sie, daß die Bourgeoisie die industrielle Bewegung gutheißen und nicht ebenso versuchen würde, gegen sie vorzugehen wie gegen die politischen Parteien? Die Bourgeoisie möchte nicht, daß das Proletariat politische Parteien gründet. Möchte die Bourgeoisie, daß das Proletariat industrielle Bewegungen gründet? Keineswegs.

Wir sehen aus den Verfolgungen der Syndikalisten in allen Ländern, daß diese Bewegung von der Bourgeoisie genau so gefürchtet wird wie jede politische Bewegung. Aus diesem Grunde können wir den Standpunkt nicht anerkennen, daß die industrielle Bewegung für die Bourgeoisie nicht so gefährlich ist. Im Gegenteil, wie an Beispielen konstatiert werden kann, ist die syndikalistische Bewegung für die Bourgeoisie genau so schädlich wie die politische revolutionäre Bewegung, wenn auch die politischen Parteien als solche von der Bourgeoisie nicht gefürchtet werden. Im Gegenteil, die politischen Parteien fußen in der Bourgeoisie. Wenn wir die französische Revolution betrachten, so sehen wir, daß die Jakobiner, in deren Fußstapfen die Bourgeoisie trat, die Idee förderten, politische Parteien zu gründen. Nicht die Idee, industrielle, sondern politische Parteien zu gründen, ist eine Erbschaft der Bourgeoisie. Wenn wir theoretisch jonglieren wollen, so ist es mir sehr leicht, Ihnen dieses zu beweisen.

Weiter sagte Genosse Sinowjew, man wünscht nicht nur den alten Parlamentarismus, sondern neue Formen desselben zu adoptieren. Auch hier möchte ich nicht vom theoretischen Standpunkt die Frage beleuchten, sondern auf die Tendenzen zurückgehen, die in der modernen Arbeiterbewegung vorhanden sind. Man muß zugeben, daß die Tendenz des Parlamentarismus in der revolutionären Arbeiterschaft mehr und mehr verschwindet. Im Gegenteil, eine starke antiparlamentarische

Tendenz macht sich in den Reihen des fortgeschrittensten Teiles des Proletariats bemerkbar. Sehen wir uns die Shop-Steward-Bewegung an, den spanischen Syndikalismus — sie sind antiparlamentarisch. Die I. W. W. sind absolut antiparlamentarisch. Und nicht nur das. Sie werden sagen: Die Syndikalisten in Deutschland haben keine Bedeutung. Wir sind aber über 200 000. Ich will darauf hinweisen, daß in Deutschland nicht nur durch den Einfluß von syndikalistischen Theorien, sondern durch die Revolution selbst die Idee des Antiparlamentarismus immer mehr durchdringt. Dies müssen wir beachten. In Deutschland sind die meisten Kommunisten heute antiparlamentarisch. Unter dieser Beleuchtung müssen wir die Frage betrachten und dürfen nicht von einem theoretisch doktrinären Standpunkt versuchen, den Parlamentarismus, den man mit Pauken und Trompeten zur Vordertür hinausgeblasen hatte, wieder zur Hintertür hineinzuschmuggeln, indem man meint, er sei für Agitationszwecke gut.

Die wichtigsten Punkte hat Genosse Trotzki in seinem Referat behandelt. Genosse Sinowjew sagt, daß die Gewerkschaften kein Programm haben für den Tag nach dem Ausbruch der Revolution. Er hat darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften nicht in der Lage wären, die ökonomischen und sozialen Aufgaben zu lösen. Nun möchte ich fragen, welche Organisationen berufen sind, das ökonomische Leben in einer Gesellschaft zu organisieren; irgend welche bürgerlichen Elemente, die sich zu einer Partei zusammenschließen, die nicht mit dem ökonomischen Leben in Berührung sind, oder die Elemente, die an der Wurzel der Produktion und der Konsumtion stehen. Jeder muß zugeben, daß nur diese Organisationen, die in intimster Berührung mit der Produktion stehen, berufen sind, das wirtschaftliche Leben zu organisieren und in die Hand zu nehmen. Darüber kann kein Zweifel sein — wir sehen es auch in Rußland — daß den Gewerkschaften eine ungeheure Rolle im ökonomischen Leben zufällt.

RAMSAY. Ich will mich so kurz wie möglich fassen. Ich spreche hier als Kommunist, der den Standpunkt der B. S. P. ablehnt, der die Zugehörigkeit zur Labour Party nicht anerkennt.

Ich stelle fest, daß nur die B. S. P. diesen Standpunkt vertritt. Die verschiedenen anderen Gruppierungen sind alle gegen die Teilnahme an der Labour Party. Ich meine, es wäre ein taktischer Fehler, wenn man von hier aus in dieser Frage Richtlinien geben wollte, denn man müßte mit der ganzen Lage in England bekannt sein, um das von hier aus feststellen zu können und Richtlinien zu geben, und zwar der B. S. P. oder anderen Parteien das Recht gewähren zu können, sich der Labour Party anzuschließen oder nicht. Das würde der englischen Partei großen Schaden tun, denn die ganze englische Arbeiterschaft ist müde und angeekelt von der Taktik der Labour Party.

SERRATI. Es wird Schluß der Debatten vorgeschlagen. Wer dafür ist, hebe die Hand. Wer dagegen ist, hebe die Hand. Der Vorschlag ist angenommen. Das Büro schlägt vor, heute abend eine Kommission zu ernennen, die diesen Punkt der Tagesordnung zu diktieren hat, und zwar die Genossen:

Fraina	Vereinigte Staaten von Amerika.
Ramsay und Mac Laine .	England.
Meyer	Deutschland.
Graziadei	Italien.
Bucharin	Rußland.
Kabaktschijew	Bulgarien.
Steinhardt	Oesterreich.
Wijnkoop	Holland.
Sinowjew	Exekutive der Komm. Internat.

Diese Genossen sollen sich morgen nachmittag versammeln, um die Einwände gegen die Leitsätze zu diskutieren und dann morgen um 8 Uhr abends in der Plenarsitzung Bericht erstatten.

(Anstelle des Genossen Meyer wird Genosse Levi vorgeschlagen.)

Wer für diese Kommission ist, wird gebeten, die Hand zu heben. (Es wird abgestimmt.) Wer ist dagegen? (Abstimmung.) Die Kommission ist gewählt. Die Genossen der Kommission sind gebeten, noch einige Minuten hier zu bleiben.

(Die Sitzung wird geschlossen.)

Dritte Sitzung
des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale am 24. Juli.

SERRATI. Die gestern abend gewählte Kommission hat ihre Arbeit beendet und ist bereit, darüber zu berichten. Da die Mitglieder des Büro noch nicht erschienen sind, mache ich den Vorschlag, die Eröffnung der Sitzung zu verlegen.

(Die Sitzung wird um 10 Uhr abends eröffnet.)

SERRATI. Wir beginnen mit einer Verspätung von zwei Stunden. Aber das Büro schlägt vor, eine Arbeitsteilung vorzunehmen, die es ermöglicht, die Debatten in fühlbarer Weise abzukürzen. Es sollen fünf Kommissionen, bestehend aus je 11 Mitgliedern, bestimmt werden, um sich mit den verschiedenen Leitsätzen bekannt zu machen. Jede Delegation soll das Recht haben, je einen Vertreter für die Kommissionen vorzuschlagen. Das Büro trifft unter den von den Delegationen vorgeschlagenen Namen die Wahl. Die Kommission bestimmt einen Berichterstatter, und der Kongreß erteilt die endgültige Bestätigung.

PESTAGNA. Der Vorschlag des Büros scheint mir nicht logisch zu sein. Ich schlage vor, es den Delegationen jeder einzelnen Nationalität freizustellen, selbst die Mitgliederzahl der Kommissionen zu bestimmen.

SERRATI. Das Büro würde gern auf den Vorschlag eingehen, wenn es mit allen Delegierten bekannt wäre. Aber viele von ihnen sehen wir zum ersten Mal.

PESTAGNA. Da das Büro zugibt, daß es die Mitglieder der Delegationen nicht genügend kennt, finde ich es gerade logischer, den Vertretungen selbst die Verantwortung zu

überlassen, über die Mitgliederzahl der Kommissionen zu bestimmen.

SERRATI. Das Büro wird nicht die Qualität, sondern nur die Quantität bestimmen. Die Qualität wird von den einzelnen Delegationen bestimmt.

PESTAGNA. Soll die Frage erörtert werden?

SERRATI. Gewiß, und der Kongreß soll sich frei darüber aussprechen können. Ich schlage vor, über den Vorschlag des Büros abzustimmen.

(Der Vorschlag des Büros wird mit großer Stimmenmehrheit angenommen.)

SERRATI. Ich verlese den Beschluß.

Der Kongreß wird in Kommissionen geteilt, welche die Leitsätze über die auf der Tagesordnung des Kongresses stehenden Hauptfragen erörtern sollen.

Jede Kommission setzt sich aus 7—11 Mitgliedern zusammen.

Jede nationale Delegation hat das Recht, jede Kommission mit je einem Mitglied zu beschicken.

Das Büro wählt endgültig die Mitglieder der einzelnen Kommissionen.

Jede Kommission wählt einen Berichterstatter, der dem Kongreß über die Beschlüsse der genannten Kommission berichtet.

Die Kommissionen müssen folgende auf der Tagesordnung stehenden Fragen ausarbeiten und ihre Vorschläge zu den einzelnen Fragen machen:

1. Parlamentarismus.
2. Gewerkschaften.
3. Nationalitäten- und Kolonialfrage.
4. Agrarfrage.
5. Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale.
6. Statuten, Organisationsfragen (Jugendorganisation, Frauenorganisation).
7. Die augenblickliche Weltlage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale.

SERRATI. Das Büro hat folgende Erklärung der amerikanischen Vertretung, gerichtet an den II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, erhalten:

Gemäß dem Beschluß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und dem Verlangen der amerikanischen Kommunisten selbst ist es notwendig, beide kommunistischen Parteien zu vereinigen.

Infolgedessen begrüßen wir die Bildung der Vereinigten Kommunistischen Partei, die sich aus der Kommunistischen Arbeiterpartei (Communist Labour Party) und einem erheblichen Teil der Kommunistischen Partei (Communist Party) zusammensetzt. Aber diese Vereinigung ist nicht vollständig.

Da die vollständige Vereinigung der amerikanischen kommunistischen Bewegung eine unbedingte Notwendigkeit ist, erklären wir, Vertreter der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Arbeiterpartei, uns bereit:

1. auf dem Kongreß als eine einzige Gruppe zu arbeiten;

2. das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale zu ersuchen, die Elemente, die sich weigern, eine vollständige Vereinigung anzuerkennen, zu verpflichten, sich auf dem Boden der Kommunistischen Internationale zu einigen;

3. uns in der Frage der Vereinigung den Entscheidungen des Exekutivkomitees der Internationale zu unterwerfen.*) *(Beifall.)*

Folgendes Telegramm ist uns von der Internationalen Sozialistischen Liga Südafrikas zugegangen: Auf dem Jahreskongreß der Internationalen Sozialistischen Liga Südafrikas, der am 4. Januar 1920 in Johannisburg stattgefunden hat, wurde einstimmig beschlossen, der Kommunistischen Internationale beizutreten. Ich trat in Verbindung mit der Sozialistischen Arbeiterpartei Englands und durch deren Vermittlung mit dem Genossen Rutgers von dem Amsterdamer Büro, der mir geraten hat, durch seine Vermittlung Euch dieses Beitrittsgesuch zu senden.

---

*) Kommunistische Partei Amerikas. — Gezeichnet: L. C. Fraina, A. Stocklitzki. Kommunistische Arbeiterpartei Amerikas — John Reed, J. Jurgis, A. Bilau.

Anbei eine Resolution und Bestimmungen, die Euch überzeugen werden, daß unsere Politik vollständig mit der Politik der kommunistischen Parteien Europas und der ganzen Welt übereinstimmt. Auf Eure Anfrage werden wir Euch mit Vergnügen weitere Erklärungen geben. *(Beifall.)*

SERRATI. Die verschiedenen nationalen Delegationen werden gebeten, ihre Mitglieder für die Kommissionen zu bestimmen.

Das Büro hatte vorgeschlagen, eine Kommission zur Prüfung der Mandate zu bilden. Das Büro bittet, diese Kommission zu bestätigen. Es sind die Genossen: Rosmer, Meyer, Bombacci, Bucharin, Radek, Rudnyanszky.

(Der Vorschlag wird von dem Kongreß angenommen.

Die Diskussion über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution wird fortgesetzt.)

REED. Ich bitte, daß der Gebrauch auch der englischen Sprache von dem Kongreß offiziell zugelassen wird. Die Zahl der Genossen, die die englische Sprache beherrschen, ist größer als die Zahl der Genossen, die andere Sprachen sprechen. Man hat uns einen englischen Uebersetzer versprochen, aber wir haben keinen gesehen.

SERRATI. Wir werden versuchen, den Genossen Reed zufriedenzustellen, was den Uebersetzer betrifft. Aber wie bereits dem Genossen mehrmals erklärt worden ist, kann das Büro den Vorschlag Reeds, den Gebrauch des Englischen als offizielle Sprache zuzulassen, nicht annehmen.

BALABANOWA. Genosse Reed, es ist das dritte Mal, daß Sie diesen Vorschlag machen. Die Frage ist bereits entschieden.

SINOWJEW. Genossen, ich muß Euch Bericht erstatten über die Arbeit der Kommission, die wir gestern gewählt haben. Die Kommission bestand aus Vertretern von acht Ländern: Deutschland, Rußland, Frankreich, England, Amerika, Italien, Holland, Bulgarien. Es waren dabei auch Vertreter der Shop-Steward-Bewegung und der revolutionären Syndikalisten. Das Erfreuliche ist, daß ich Euch mitteilen kann, daß die Reso-

lution von der Kommission einstimmig angenommen wurde. *(Beifall.)*

Ich werde Euch die Veränderungen mitteilen, die die Kommission beschlossen hat, und muß im voraus sagen, daß die stilistische Arbeit noch bevorsteht. Die Kommission hat eine kleine Redaktionskommission aus drei Mitgliedern gewählt, die aber ihre Arbeit noch nicht vollständig leisten konnte. Es handelt sich nur um rein stilistische Abänderungen.

Die Kommission hat erstens beschlossen, eine andere Einleitung zu den Leitsätzen zu schreiben, da die Einleitung vor dem Kongreß geschrieben wurde und wir sie jetzt anders formulieren wollen. Die neue Einleitung soll folgendermaßen lauten. *(Genosse Sinowjew verliest die neue Einleitung.)*

Wir haben beschlossen, in der These 3, in der es sich um die Verwechslung der Begriffe *Partei* und *Klasse* handelt und ausschließlich russische Beispiele angeführt waren, eine ganze Reihe paralleler Beispiele aus der Arbeiterbewegung in verschiedenen Ländern anzuführen.

§ 5 behandelt unsere Meinungsverschiedenheiten mit den revolutionären Syndikalisten und mit den Anhängern der I. W. W. Dieser Paragraph ist ebenfalls einstimmig angenommen worden. Es wurde beschlossen, noch zwei Sätze einzuschieben. Der eine soll darauf hinweisen, daß für uns nicht der Generalstreik, sondern der bewaffnete Aufstand das letzte Mittel ist. Und dies soll für uns ein Motiv mehr sein, eine straff disziplinierte Partei zu haben.

Es scheint uns, daß manche Genossen aus den Reihen der revolutionären Syndikalisten, der I. W. W. und vielleicht auch der Shop-Steward-Bewegung darum die Bedeutung einer straffen politischen Partei unterschätzen, weil manche von ihnen sich die Sache so denken, daß für uns als äußerstes Kampfmittel die Taktik der verschränkten Arme, der Generalstreik, in Betracht kommt. Das ist nicht der Fall.

Das äußerste Kampfmittel ist der bewaffnete Aufstand, und der erfordert eben Organisation der revolutionären Kräfte, eine militärische Organisation und darum eine zentralisierte Partei.

Und das haben wir beschlossen noch einmal einzufügen, damit es für jeden Arbeiter, der revolutionärer Syndikalist ist, verständlich ist.

Der beste Teil der Syndikalisten hat immer erklärt, die Rolle der revolutionären Minderheit (la minorité initiative) sei sehr groß in der Revolution. Das ist wahr. Wir nehmen sie beim Wort und sagen: weil das wahr ist, sollt ihr begreifen, daß eine revolutionäre Minderheit, die kommunistisch gesinnt ist, eben eine kommunistische Partei ist. Dieses Argument wird also noch hinzugefügt.

Dann hat die Kommission ziemlich viel über den § 6 gesprochen, der auch gestern von verschiedenen Seiten kritisiert worden ist. § 6 behandelt die Frage unseres Verhaltens zu den parteilosen Organisationen. Wir haben beschlossen, um Mißverständnisse zu vermeiden, das Wort „parteilos" nicht zu gebrauchen und statt dessen den Ausdruck „nicht parteimäßig" zu setzen.

Das ist aber nur eine stilistische Aenderung. Die Diskussion in der Kommission zeigte uns, daß das ein sehr wichtiger Punkt ist, über den wir uns etwas eingehender verständigen müssen.

Einige Genossen meinten, daß es sich hier um neutrale Gewerkschaften handelt. Das ist nicht der Fall. Wir sind entschieden gegen die Neutralität der Gewerkschaften und erklären, daß dies einfach unmöglich ist. Es handelt sich hier um etwas ganz anderes.

Wir brauchen eine straff zentralisierte Partei. Wir brauchen aber eine Partei, die immer Fühlung mit den Massen hat. Das Wichtigste, was wir den Kommunisten in allen Ländern zu sagen haben, besteht darin, daß wir in allen Etappen des Kampfes enge Fühlung mit den Arbeitermassen haben müssen, die auf verschiedenen Wegen zu erlangen ist, auch auf dem Wege der Kooperation mit parteilosen, nicht parteimäßigen Organisationen, Gruppen, Konferenzen. Einige Beispiele werden am besten zeigen, was wir dabei im Auge haben.

In England hat sich die Organisation „Hands off Russia!" geltend gemacht, die recht viel Einfluß gewinnt. Es ist dies eine

parteilose Bewegung, die aber ziemlich große Massen ergriffen hat. Unsere Meinung geht dahin, daß die Kommunisten an einer solchen Bewegung unbedingt teilnehmen müssen. Sie sollten darin die führende Rolle spielen und dieser Bewegung die Richtung geben. Auch wurden in letzter Zeit größere nationale und internationale Konferenzen der „Opfer und Invaliden des Weltkrieges" einberufen. Es handelt sich um Millionen von Menschen, die sich auf dieser Basis, wenn auch nur vorübergehend, organisieren. Sollen die Kommunisten da abseits stehen? Im Gegenteil! Diese Organisationen müssen von uns beeinflußt werden.

Ein drittes Beispiel, das wir aus Oesterreich entnehmen, ist die Wohnungsfrage. Sie wurde in Wien sehr akut und die Arbeiterschaft sehr erregt. Wir haben in Wien einen Arbeiterrat, der sich aber in den Händen der Sozialpatrioten befindet. Die Sozialpatrioten wollen den Arbeitern nicht entgegenkommen. Es herrscht daher eine große Erregung in Wien und in anderen Städten, und es könnten sich vielleicht vorübergehend lose Organisationen der proletarischen Mieter bilden. Sollen die Kommunisten abseits stehen? Keineswegs. Obwohl wir in Wien eine parteimäßige kommunistische Organisation haben, müssen und sollen wir doch eine solche nicht parteimäßige Vereinigung unterstützen, sie weiter leiten, um die Leute auf diesem Wege zum Kommunismus zu führen.

Jetzt ein Beispiel aus der russischen Revolution. Unsere Partei ist ziemlich stark, und dennoch organisieren wir parteilose Konferenzen von Proletariern, auch parteilosen Bauern. Diese Konferenzen haben für uns große Bedeutung. Es gibt große Arbeiterkreise, die mit Stolz sagen: wir sind parteilos. Einen solchen Arbeiter nehmen wir beim Wort und sagen ihm: du bist parteilos, aber du bist Proletarier. Wir wollen eine Konferenz aller Parteilosen dieses Betriebs oder dieses Distrikts oder der Stadt organisieren. Willst du an einer solchen Konferenz teilnehmen? Er antwortet: Ja. Eine solche Konferenz findet statt. Welche Fragen wird sie behandeln? Die akutesten Fragen: die Ernährungsfrage, die Frage des polnischen Krieges, die Schul-

frage usw. Sollen wir dabei abseits stehen? Keineswegs Wir gehen in eine solche Konferenz, wir nehmen an ihr teil, wir organisieren für sie die Kerntruppe der Kommunisten, und auf diesem Wege führen wir große Massen gestern parteiloser Arbeiter heute unserer Partei zu. Das ist eine der besten Formen der Fühlung mit den Massen. Diese Konferenzen sind lose Organisationen, vielleicht Halborganisationen, obwohl sie auf Grund unserer Dekrete große Rechte bei uns genießen. Sie können z. B. Kontrolleure wählen, die Rechte von Staatskontrolleuren in verschiedenen wichtigen Angelegenheiten haben. Es kann vielleicht auch anders organisiert werden. Aber dieses Beispiel ist sehr wichtig. Und wir lenken die Aufmerksamkeit der Parteien, die wie die englische und amerikanische und einige andere noch jung sind und leider noch wenig Fühlung mit den Massen haben, auf diese These. Es ist sehr wichtig, zu begreifen, daß auf diesem Wege eine weit engere Fühlung mit den Arbeitern und armen Bauern zu erzielen ist. Wir glauben, daß in jedem Lande, auch in Deutschland, sich in dieser Beziehung noch sehr viel tun läßt, um nicht nur die besten, sondern auch die breitesten Schichten des Proletariats in die Partei aufzunehmen und sie zum Kommunismus zu führen.

In den anderen Leitsätzen sind nur kleine Aenderungen vorgenommen worden. Es ist für die englischen und amerikanischen Genossen wichtig, zu wissen, daß wir dort, wo wir von den Labouristen sprechen und sagen: „Die Labouristen jeglicher Art in England und in Amerika predigen den Arbeitern die Schaffung von formlosen Arbeiterverbänden an Stelle der politischen Partei" gesetzt haben: die „gelben Labouristen". Es handelt sich hier nicht um die Shop-Stewards, sondern um die Henderson. Die gelben Labouristen propagieren Parteilosigkeit, oder sie bilden verschwommene, nur parlamentarisch-politische Vereinigungen, wie wir es formuliert haben. Die Labour Party ist eben eine solche verschwommene Vereinigung. Wenigstens die Henderson wollen, daß ihre Partei so aussieht.

Das sind die wichtigsten Abänderungen, die wir vorgenommen haben. Den Zusatzantrag Mac Laine haben wir be-

schlossen, gesondert zu behandeln. Er hat dazu seine Zustimmung gegeben. Wir werden die Lage in der englischen, vielleicht auch die in der amerikanischen Partei ausführlich in einer besonderen Kommission behandeln und den englischen und amerikanischen Genossen eine präzise Antwort in dieser Frage geben.

So sieht die Arbeit der Kommission aus, und wie ich betonte, hat die Kommission die Resolution einstimmig angenommen.

Ich möchte noch ein paar Worte über einige Argumente sagen, die gestern gegen mein Referat vorgebracht worden und noch nicht widerlegt sind. Zunächst der Einwand des Genossen Pestagna, des spanischen Syndikalisten. Er sagt: Ja, wenn schon eine Partei, dann, wie es in Frankreich war, die Partei als Ergebnis der Revolution. Die jakobinische Partei wurde ja erst als Ergebnis der französischen Revolution geboren. Genosse Pestagna wollte damit sagen, daß wir auch jetzt vor der proletarischen Revolution so vorgehen sollen. Er stellt eine Partei erst als Ergebnis der Revolution in Aussicht. Ist das richtig? Ich glaube nicht. Auch wenn dem so wäre — und dem ist nicht so — ist denn das wirklich ein Argument dafür, daß wir jetzt im Jahre 1920, wo wir gegen eine ganze Welt von bis an die Zähne bewaffneten bürgerlichen Parteien zu kämpfen haben, die Frage so stellen sollen, daß wir erst „als Ergebnis" der Revolution eine Partei bilden sollen? Was machen wir aber während der Revolution? Wer wird die besten Reihen der Arbeiter im Anfang der Revolution organisieren? Wer wird vorbereiten, das Programm ausarbeiten, es propagieren? Ich glaube, daß wir jedem Arbeiter, auch jedem revolutionären Syndikalisten, dem es ernst ist mit der proletarischen Revolution — und ich weiß, daß Genosse Pestagna zu diesen Genossen gehört, die die Sache der Revolution ernst nehmen — sagen müssen, daß die Folgerung daraus die sein muß, daß wir nicht abwarten, bis die Revolution kommt, uns überrascht und als ihr Ergebnis eine Partei sich herauskristallisiert, sondern daß wir schon jetzt, ohne eine Stunde zu säumen, diese Partei zu organisieren beginnen.

Der Genosse Pestagna sagt weiter: In Rußland haben nicht die Kommunisten die Revolution gemacht, sondern das Volk. Das

ist richtig. Wir wollen das gar nicht leugnen, das Volk hat die Revolution gemacht, wenn man überhaupt von Revolutionen „machen" sprechen kann. Aber die kommunistische Partei ist der beste Teil des arbeitenden Volkes, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Und das ist gar nicht so wenig, eine organisierte Kerntruppe zu sein, die den Volksmassen vorangeht, die besten Leute um sich sammelt und die Arbeitermassen weiterführt.

Ich möchte noch einiges über die „Autonomie" sagen, von der man gestern gesprochen hat. Von verschiedenen Seiten hörten wir gestern, daß man die Entscheidung dieser oder jener Fragen den Parteien der betreffenden Länder überlassen, daß man die Autonomie nicht antasten solle. Ich glaube, das sind die Nachklänge der Autonomie, die die II. Internationale propagiert hat. Das müssen wir offen aussprechen. Selbstverständlich muß eine gewisse Autonomie für jede Partei bestehen. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber es gibt Autonomie und Autonomie. Wir wissen, daß die Revisionisten schon vor 15 Jahren die Losung der Autonomie angenommen haben und immer damit kommen, nicht nur im internationalen Maßstabe, sondern innerhalb der eigenen Partei, wo sie sagen: Berlin, Leipzig, kurz jede Stadt muß autonom sein. Die Erfahrung unserer russischen Revolution lehrt, daß es, wenn wir das so auffassen wollten, keine Partei gäbe, sondern eine Anzahl Parteien. In Frankreich ist es auch jetzt so, man sagt dort „die Partei von Paris", die „Partei von Lyon" usw. So lautet der technische Ausdruck. Das ist die Autonomie in dem von der II. Internationale überlieferten Sinne. Wir brauchen keine Partei, die in jeder Stadt „autonom" ist. Wir brauchen eine zentralisierte Partei im nationalen wie auch im internationalen Maßstabe.

Ich weiß sehr gut, daß, wenn wir jetzt Statuten der Kommunistischen Internationale schaffen, die auf dem Prinzip des Zentralismus beruhen, das noch nicht bedeutet, daß wir schon eine einheitliche revolutionäre Internationale haben. Wir müssen sie noch erkämpfen. Und es versteht sich, daß es nicht anders geht, als daß man sich fügen muß. Es ist besser, manchmal Fehler zu machen und sich doch der Gesamtheit zu fügen, als

eine solche „Autonomie" durchzuführen, die die Zersplitterung der Arbeiterklasse bedeutet. In dem Statut der I. Internationale von Marx ist gesagt: Wenn wir Lohnsklaven bleiben, wenn der Kampf der Arbeiterklasse so lange ohne Erfolg vor sich geht, so darum, weil wir so zersplittert sind, weil die Arbeiter es nicht begreifen, daß man eine geschlossene Organisation haben muß. Während der 50 Jahre ist ein großer Zeitabschnitt der Geschichte verstrichen. Der imperialistische Krieg hat uns gezeigt, und jeder Arbeiter versteht es heute schon, daß das Schicksal der Arbeiterklasse jedes Landes verbunden ist mit dem Schicksal der Arbeiterklasse aller anderen Länder. Der Krieg hat uns das nur zu handgreiflich gezeigt. Es handelt sich jetzt darum, daß wir die nötigen Schlußfolgerungen ziehen und die Massen davon überzeugen, damit sie verstehen, daß man eine solche zentralisierte internationale Organisation haben muß.

Die einstimmige Annahme der Resolution, die die geschichtliche Bedeutung der kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution zum Ausdruck bringt, die Einstimmigkeit, die wir auch auf dem Kongreß selbst, wie ich hoffe, erzielen werden, ist von größter historischer Wichtigkeit. Der Sozialismus hat eine schreckliche Krise durchgemacht. Es brodelt überall. In allen Ländern gibt es verschiedene Gruppen; die Arbeiter suchen den richtigen Weg. Wir müssen nicht, wie es die II. Internationale getan hat, die Arbeiter, die noch nicht vollkommen mit uns sind, aber zu uns gehören, verfolgen, sie auslachen, wie das in der II. Internationale geschah, sobald sich Tendenzen nach links bemerkbar machten. Solche Genossen müssen wir im Gegenteil in unsere Reihen aufnehmen, mit ihnen die Fragen studieren, mit ihnen diskutieren, ihre Irrtümer aufdecken, damit sie von ihnen geheilt werden. Diese Tatsache ist der beste Beweis der Lebensfähigkeit der Kommunistischen Internationale. Darin besteht eben ihr Wesen, daß wir alle revolutionären Elemente der Arbeiterklasse zusammenfassen, ob sie gestern Syndikalisten waren, ob sie der Shop-Steward-Bewegung angehörten, wenn es nur Genossen sind, die verstanden haben, was revolutionärer Kampf bedeutet, die für die Diktatur sind, die gezeigt haben, daß sie

mit uns zusammen kämpfen wollen. Sie müssen in unseren Reihen sein. Dann werden sie sich von Tag zu Tag über alle Fragen klarer werden.

Wenn wir diese Richtlinien im Leben durchführen und jedes Wort in die Tat umsetzen, so wird das bedeuten, daß wir endlich anfangen, eine wirklich internationale, einheitliche kommunistische Partei zu bilden, und das sollen wir eigentlich sein. Wir sollen eine einzige kommunistische Partei sein, die Abteilungen in verschiedenen Ländern hat. *(Beifall.)* Das soll der Sinn der Kommunistischen Internationale sein. Als die russischen Kommunisten als die ersten vorangegangen waren und sich statt Sozialdemokraten Kommunisten genannt hatten, wurde bei uns der Vorschlag gemacht, sich nicht Kommunistische Partei Rußlands, sondern einfach Kommunistische Partei zu nennen. Wir sollen eine einzige Partei sein, die ihre Sektionen in Rußland, in Deutschland, in Frankreich usw. hat, eine Partei, die ganz bewußt und systematisch ihren Weg geht. Nur dann werden wir die Konzentration unserer Kräfte erlangen, nur unter dieser Vorbedingung wird jede Gruppe der internationalen Arbeiterklasse immer im gegebenen Moment die höchstmögliche Unterstützung anderer Länder haben können. Das müssen wir den Genossen klar und deutlich sagen.

Jetzt gibt es noch in der Kommunistischen Internationale innerhalb der uns schon angeschlossenen Parteien einen Fremdkörper, der nicht zu uns gehört. Ich meine die Reformisten. Wir sagen das in jeder Rede und werden es immer wiederholen, bis dem endlich ein Ziel gesetzt wird. Am Anfang des imperialistischen Krieges wurde der Satz geprägt: Der Feind steht im eigenen Lande. Man meinte die Bourgeoisie. Solange wir noch einen reformistischen Flügel dulden in einer Partei, die sich kommunistisch nennt, wie z. B. die italienische, solange wir vollkommene Reformisten, d. h. bürgerliche Ideologen, in unseren Reihen haben, müssen wir Alarm schlagen und erklären: Der Feind sitzt im eigenen Hause. *(Beifall.)*

Deshalb sagen wir den italienischen Genossen: Der Feind sitzt in Eurem eigenen Hause, Ihr müßt ihn hinaustreiben.

Da wir auf dem Wege zum Siege sind, wollen sich die Reformisten bei uns einschleichen. Sie haben eine gute Nase, diese Herrschaften. Sie spüren ihre Niederlage, und wenn man sie durch das Fenster hinauswirft, so kommen sie durch die Tür wieder herein. *(Beifall.)* Sie unterzeichnen manchmal unsere Resolutionen und bleiben, was sie waren. Sie bleiben Reformisten, sie bleiben Verfechter der Sache der Bourgeoisie im Lager des Proletariats. Die Bourgeoisie existiert jetzt nur noch mit Hilfe der Sozialpatrioten, die nicht verstehen, daß die bürgerliche Klasse unser Gegner ist. Die Bourgeoisie könnte sich jetzt keine sechs Monate mehr halten, hätte sie nicht die Herren Sozialpatrioten, hätten wir nicht die gelbe Internationale in Amsterdam, hätten wir nicht Leute, die in den Arbeiterparteien und Gewerkschaften sitzen, um unseren Kampf zu sabotieren.

Ein einfacher Arbeiter aus Helsingfors in Finnland, der 1½ Jahre unter dem weißen Terror in Finnland illegal gearbeitet hat, erzählt mir unlängst, wie schwierig der Kampf dort ist und wie sich die finnischen Arbeiter dennoch organisieren. Er sagte dabei: Bei uns weiß jeder einfache revolutionäre Arbeiter — wenn die Stunde kommt, dann zuerst mit den weißen Sozialdemokraten brechen, zunächst mit den Verrätern abrechnen. *(Großer Beifall.)* Die Bourgeoisie wird schon drankommen, ihre Stunde wird schlagen. Aber zunächst mit diesen Arbeiterverrätern abrechnen, die die Schuld daran tragen, daß Tausende von unseren Genossen hingeschlachtet worden sind und der weiße Terror überall wütet.

Diese einfachen Gefühle des finnischen Arbeiters sind die echte politische Wahrheit und nicht das, was die schlechte Diplomatie einiger unserer guten Genossen hervorgebracht hat. Turati hat eine gute Arbeiterhymne verfaßt vor 25 Jahren, er mag jetzt ein guter Familienvater sein, sollen wir darum diesen Saboteur der proletarischen Partei in der Partei lassen? Vielleicht wird Hilferding noch einmal gnädigst zugestehen, daß man die Bourgeoisie beim Kragen fassen muß. Also sollen wir diesem verräterischen Sozialpatrioten und Sozialpazifisten die Redaktion unseres Organs überlassen?

Nein, das geht nicht. Recht hat der einfache finnische Arbeiter, der die Lage gut erfaßt hat nach alledem, was er an seinem eigenen Körper während dieser schrecklichen Jahre erlitten hat. Wir wollen unseren Genossen ganz klar und offen sagen: Es ist vielleicht eine große Tragödie für manchen alten Genossen, der mit seinen alten Freunden brechen muß. Das ist aber nicht zu ändern, ein neuer Abschnitt der Geschichte hat angefangen. Diesem besten Teil der alten Führer sagen wir: Ihr müßt verstehen, daß eine neue Epoche angebrochen ist. Ihr müßt sagen: Wir haben geirrt, wir kommen zu Euch, wir wollen mit Euch jetzt die proletarische Revolution weiterführen.

Das soll die einstimmige Annahme der Leitsätze über die wichtige Rolle der kommunistischen Partei in der kommenden, wachsenden, nahenden proletarischen Revolution bedeuten. *(Großer Beifall. Pause.)*

SINOWJEW. Ich erkläre die Sitzung für eröffnet. Wir werden jetzt den Punkt über die Rolle der kommunistischen Partei diskutieren. Es ist fraglich, ob wir eine Diskussion brauchen oder einfach abstimmen können; ich bin der Meinung, daß man einfach abstimmen kann, aber der Kongreß soll beschließen. Die Leitsätze lauten wie folgt:

Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution.

Das Weltproletariat steht vor entscheidenden Kämpfen. Die Epoche, in der wir jetzt leben, ist die Epoche der offenen Bürgerkriege. Die entscheidende Stunde naht. Fast in allen Ländern, in denen es eine bedeutende Arbeiterbewegung gibt, steht die Arbeiterklasse vor einer Reihe erbitterter Kämpfe, mit der Waffe in der Hand.

Mehr als jemals braucht die Arbeiterklasse straffe Organisation. Unermüdlich muß sie sich jetzt für diese Kämpfe vorbereiten, ohne eine einzige Stunde der kostbaren Zeit zu verlieren.

Hätte die Arbeiterklasse während der Pariser Kommune (1871) eine straffe, wenn auch kleine kommunistische Partei gehabt, so würde der erste heroische Aufstand der französischen Proletarier viel stärker ausgefallen sein, und viele Irrtümer und Schwächen hätten vermieden werden können.

Die Kämpfe, die dem Proletariat jetzt in einer anderen historischen Situation bevorstehen, werden viel schicksalsschwerer sein als im Jahre 1871. Der zweite Weltkongreß der Kommunistischen Internationale macht daher die revolutionäre Arbeiterschaft der ganzen Welt auf folgendes aufmerksam:

1. Die kommunistische Partei ist ein *Teil* der Arbeiterklasse, und zwar der fortgeschrittenste, klassenbewußteste und daher revolutionärste. Die kommunistische Partei wird auf dem Wege der natürlichen Auslese der besten, klassenbewußtesten, opferwilligsten, weitsichtigsten Arbeiter geschaffen. Die kommunistische Partei hat keine von den Interessen der gesamten Arbeiterklasse abweichenden Interessen. Die kommunistische Partei unterscheidet sich von der gesamten Arbeiterklasse dadurch, daß sie eine Uebersicht über den ganzen historischen Weg der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit hat und bestrebt ist, auf allen Biegungen dieses Weges nicht die Interessen einzelner Gruppen oder einzelner Berufe zu verteidigen, sondern die Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit. Die kommunistische Partei ist der organisatorisch - politische Hebel, mit dessen Hilfe der fortgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse die gesamte Masse des Proletariats und des Halbproletariats auf den richtigen Weg lenkt.

2. Bis zu der Zeit, wo die Staatsmacht vom Proletariat erobert worden ist und das Proletariat seine Herrschaft ein für allemal gefestigt und vor bürgerlicher Restauration gesichert hat — bis dahin wird die kommunistische Partei in ihren Reihen nur die Minderheit der Arbeiter organisiert haben. Bis zur Ergreifung der Macht und in der Uebergangszeit vermag die kommunistische Partei unter günstigen Umständen einen ungeteilten geistigen und politischen Einfluß auf alle proletarischen und halbproletarischen Schichten der Bevölkerung auszuüben, ver-

mag aber nicht, sie alle in ihren Reihen organisatorisch zu vereinigen. Erst nachdem die proletarische Diktatur so mächtige Beeinflussungsmittel wie die Presse, die Schule, das Parlament, die Kirche, den Verwaltungsapparat usw. der Bourgeoisie aus den Händen gewunden hat, erst nachdem die endgültige Niederlage der bürgerlichen Ordnung für alle klar wird — erst dann werden alle oder fast alle Arbeiter beginnen, in die Reihen der kommunistischen Partei einzutreten.

3. Die Begriffe Partei und Klasse müssen strengstens auseinander gehalten werden. Die Mitglieder der „christlichen" und liberalen Gewerkschaften Deutschlands, Englands und anderer Länder sind zweifellos Teile der Arbeiterklasse. Die noch hinter Scheidemann, Gompers und Konsorten stehenden mehr oder minder bedeutenden Arbeiterkreise sind zweifellos Teile der Arbeiterklasse. Unter gewissen historischen Verhältnissen ist es sehr wohl möglich, daß die Arbeiterklasse von sehr zahlreichen reaktionären Schichten durchsetzt ist. Die Aufgabe des Kommunismus besteht nicht in der Anpassung an diese zurückgebliebenen Teile der Arbeiterklasse, sondern darin, die gesamte Arbeiterklasse bis zum Niveau des kommunistischen Vortrupps zu heben. Die Verwechslung dieser zwei Begriffe — Partei und Klasse — kann zu den größten Fehlern und zur Konfusion führen. So ist es z. B. klar, daß trotz der Stimmungen und der Vorurteile eines gewissen Teiles der Arbeiterklasse während des imperialistischen Krieges die Arbeiterpartei um jeden Preis diesen Stimmungen und Vorurteilen entgegenzutreten hatte, indem sie die historischen Interessen des Proletariats vertrat, die erforderten, daß die proletarische Partei Krieg dem Kriege erklärt.

So beriefen sich z. B. bei Beginn des imperialistischen Krieges im Jahre 1914 die Parteien der Sozialverräter aller Länder, indem sie die Bourgeoisie ihres „eigenen" Landes unterstützten, stets konsequent auf den entsprechend lautenden Willen der Arbeiterklasse. Sie vergaßen dabei, daß, selbst wenn dem so wäre, es die Aufgabe der proletarischen Partei bei solcher Lage der Dinge sein müßte, den Stimmungen der Mehr-

heit der Arbeiter entgegenzutreten und trotz alledem die historischen Interessen des Proletariats zu vertreten. So verwarfen zu Beginn des 20. Jahrhunderts die russischen Menschewiki jener Zeit (die sog. Oekonomisten) den offenen politischen Kampf gegen den Zarismus mit der Begründung, die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit sei noch nicht zum Verständnis des politischen Kampfes gereift.

So berufen sich immer die rechten Unabhängigen Deutschlands in allen ihren Halbheiten darauf, daß die „Massen das wünschen", ohne zu verstehen, daß die Partei dazu da ist, den Massen voranzugehen und ihnen den Weg zu zeigen.

4. Die Kommunistische Internationale hält beharrlich an der Ueberzeugung fest, daß der Zusammenbruch der alten „sozialdemokratischen" Parteien der Zweiten Internationale unter keinen Umständen als Zusammenbruch des proletarischen Parteiwesens überhaupt dargestellt werden darf. Die Epoche des direkten Kampfes um die Diktatur des Proletariats bringt eine *neue* Partei des Proletariats zur Welt: die kommunistische Partei.

5. Die Kommunistische Internationale verwirft auf das entschiedenste die Ansicht, als könne das Proletariat seine Revolution vollziehen, ohne eine selbständige politische Partei zu haben. Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf. Das Ziel dieses Kampfes, der sich unvermeidlich in einen Bürgerkrieg verwandelt, ist die Eroberung der politischen Macht. Die politische Macht kann nicht anders ergriffen, organisiert und geleitet werden als durch irgendeine politische Partei. Nur in dem Fall, wenn das Proletariat als Führer eine organisierte und erprobte Partei mit streng ausgeprägten Zielen und mit handgreiflich ausgearbeitetem Programm über die nächsten Maßnahmen sowohl auf dem Gebiet der inneren, wie auch der auswärtigen Politik hat, wird die Eroberung der politischen Macht nicht als zufällige Episode erscheinen, sondern sie wird als Ausgangspunkt dienen zu einem dauernden kommunistischen Aufbau der Gesellschaft durch das Proletariat.

Derselbe Klassenkampf erfordert gleichfalls die zentrale Zusammenfassung und die gemeinsame Leitung der verschiedenartigen Formen der proletarischen Bewegung (Gewerkschaften, Konsumvereine, Betriebsräte, Bildungsarbeit, Wahlen und dergleichen). Ein derartiges zusammenfassendes und leitendes Zentrum vermag nur eine politische Partei zu sein. Der Verzicht, eine solche zu schaffen und zu stärken, sich einer solchen unterzuordnen, bedeutet den Verzicht auf die Einheitlichkeit in der Führung der einzelnen Kampftrupps des Proletariats, die auf den verschiedenen Kampfplätzen vorgehen. Der Klassenkampf des Proletariats erfordert eine konzentrierte Agitation, welche die verschiedenen Etappen des Kampfes von einem einheitlichen Standpunkt beleuchtet und die Aufmerksamkeit des Proletariats in jedem betreffenden Augenblick auf bestimmte, der gesamten Klasse gemeinsame Aufgaben lenkt. Das kann ohne einen zentralisierten politischen Apparat, d. h. außerhalb einer politischen Partei, nicht durchgeführt werden. Die von den revolutionären Syndikalisten und den Anhängern der Industriearbeiter der Welt (I. W. W.) betriebene Propaganda gegen die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei trug und trägt daher sachlich nur zur Unterstützung der Bourgeoisie und der gegenrevolutionären „Sozialdemokraten" bei. In ihrer Propaganda gegen eine kommunistische Partei, die sie ausschließlich durch Gewerkschaften oder irgendwelche formlosen „allgemeinen" Arbeiterunionen ersetzen wollen, berühren sich die Syndikalisten und Industrialisten mit unverhüllten Opportunisten. Die russischen Menschewiki haben nach der Niederlage der Revolution 1905 einige Jahre lang die Idee des sogenannten Arbeiterkongresses gepredigt, der die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ersetzen sollte. Die „gelben Labouristen" jeglicher Art in England und in Amerika predigen den Arbeitern die Schaffung von formlosen Arbeiterverbänden oder verschwommenen, nur parlamentarischen Vereinigungen an Stelle der politischen Partei und setzen gleichzeitig eine durchaus bürgerliche Politik in die Tat um. Die revolutionären Syndikalisten und Industrialisten wollen gegen die Diktatur der

Bourgeoisie kämpfen, wissen aber nicht, wie. Sie merken nicht, daß die Arbeiterklasse ohne eine selbständige politische Partei ein Rumpf ohne Kopf ist.

Revolutionärer Syndikalismus und Industrialismus bedeuten einen Schritt vorwärts nur im Vergleich mit der alten, dumpfen, gegenrevolutionären Ideologie der Zweiten Internationale. Im Vergleich aber mit dem revolutionären Marxismus, d. h. mit dem Kommunismus, bedeuten Syndikalismus und Industrialismus einen Schritt rückwärts. Die Erklärung der „linken" K. A. P. D. auf ihrem Gründungsparteitag im April, daß sie eine Partei gründe, aber „keine Partei im überlieferten Sinne", bedeutet eine geistige Kapitulation vor denjenigen Anschauungen des Syndikalismus und Industrialismus, die reaktionär sind.

Allein durch den Generalstreik, durch die Taktik der verschränkten Arme, kann die Arbeiterklasse nicht den Sieg über die Bourgeoisie davontragen. Das Proletariat muß zum bewaffneten Aufstand greifen. Wer das verstanden hat, wird auch begreifen müssen, daß dazu eine organisierte politische Partei not tut und formlose Arbeiterunionen nicht genügen.

Die revolutionären Syndikalisten sprechen oft von der großen Rolle einer entschlossenen revolutionären Minderheit. Nun, eine wirklich entschlossene Minderheit der Arbeiterklasse, eine Minderheit, die kommunistisch ist, die handeln will, die ein Programm hat, die den Kampf der Massen organisieren will, ist *eben die kommunistische Partei.*

6. Die wichtigste Aufgabe einer wirklich kommunistischen Partei besteht darin, immer in *engster Fühlung* mit den breitesten Schichten der Proletarier zu bleiben.

Um das zu erreichen, können und sollen die Kommunisten auch in solchen Vereinigungen wirken, die nicht parteimäßig sind, die aber große Proletarierschichten umfassen, z. B. Kriegsbeschädigtenorganisationen in verschiedenen Ländern, Komitees der „Hands off Russia" in England, proletarische Mietervereine usw. Besonders wichtig ist das russische Beispiel der sogenannten „parteilosen" Arbeiter- und Bauernkonferenzen. Solche Konferenzen werden fast in jeder Stadt, in jedem Arbeiter-

viertel und auch auf dem Lande organisiert. Bei den Wahlen zu diesen Konferenzen beteiligen sich die breitesten Massen auch der zurückgebliebenen Arbeiter. Auf die Tagesordnung werden die aktuellsten Fragen gestellt: Ernährungsfrage, Wohnungsfrage, militärische Fragen, Schulfrage, politische Aufgaben des Tages etc. Die Kommunisten beeinflussen diese „parteilosen" Konferenzen auf das eifrigste — und mit größtem Erfolg für die Partei.

Die Kommunisten halten für ihre wichtigste Aufgabe die systematische organisatorisch - erzieherische Arbeit innerhalb dieser weiten Arbeiterorganisationen. Aber um eben diese Arbeit erfolgreich zu gestalten, um die Gegner des revolutionären Proletariats daran zu hindern, daß sie sich dieser weiten Arbeiterorganisationen bemächtigen, müssen die fortgeschrittenen kommunistischen Arbeiter ihre eigene, selbständige, geschlossene kommunistische Partei bilden, die stets organisiert vorgeht und die imstande ist, bei jeder Wendung der Ereignisse und bei allen Formen der Bewegung die allgemeinen Interessen des Kommunismus wahrzunehmen.

7. Die Kommunisten meiden keineswegs nicht parteigemäße Massenorganisationen der Arbeiter. Sie scheuen sich unter Umständen selbst dann nicht, wenn sie einen ausgeprägt reaktionären Charakter tragen (gelbe Verbände, christliche Verbände usw.), an ihnen teilzunehmen und sie auszunutzen. Die kommunistische Partei leistet innerhalb dieser Organisationen beständig ihre Propaganda und überzeugt die Arbeiter unermüdlich, daß die Idee der Parteilosigkeit als Prinzip von der Bourgeoisie und ihren Handlangern zielbewußt unter den Arbeitern gefördert wird, um die Proletarier vom organisierten Kampf für den Sozialismus abzulenken.

8. Die alte „klassische" Einteilung der Arbeiterbewegung in drei Formen — Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften — ist offenbar überholt. Die proletarische Revolution in Rußland hat die Grundform der proletarischen Diktatur — die Sowjets — geschaffen. Die Neueinteilung, der wir überall entgegengehen, ist: 1. Partei, 2. Sowjet, 3. Produktionsverband

(Gewerkschaft). Aber auch die Arbeiterräte wie auch die revolutionären Produktionsverbände müssen beständig und systematisch von der Partei des Proletariats, d. h. von der kommunistischen Partei, geleitet werden. Der organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse: die kommunistische Partei, die in gleichem Maße die Kämpfe der gesamten Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet, wie auch auf dem Gebiet des Bildungswesens *leiten muß*, muß den lebendigen Geist bilden, sowohl in den Produktionsverbänden und Arbeiterräten, als auch in allen anderen Formen der proletarischen Organisation.

Die Entstehung der Sowjets als historische Grundform der Diktatur des Proletariats schmälert keineswegs die führende Rolle der kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Wenn von den „linken" Kommunisten Deutschlands (siehe ihren Aufruf an das deutsche Proletariat vom 14. April 1920, gezeichnet „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands") erklärt wird, „daß auch die Partei sich *immer mehr dem Rätegedanken anpaßt* und proletarischen Charakter annimmt" (K. A. Z. Nr. 54), so ist das ein verworrener Ausdruck der Idee, als müsse sich die kommunistische Partei in den Räten *auflösen*, als könnten die Räte die kommunistische Partei *ersetzen*.

Diese Idee ist grundfalsch und reaktionär.

In der Geschichte der russischen Revolution erlebten wir einen ganzen Abschnitt, in dem die Sowjets gegen die proletarische Partei marschierten und die Politik der Agenten der Bourgeoisie unterstützten. Dasselbe war auch in Deutschland zu beobachten. Das gleiche ist auch in anderen Ländern möglich.

Damit die Sowjets ihren geschichtlichen Aufgaben gerecht zu werden vermögen, ist im Gegenteil das Bestehen einer kräftigen kommunistische Partei notwendig, einer Partei, die sich nicht einfach den Sowjets „anpaßt", sondern die in der Lage ist, diese selbst zu veranlassen, der „Anpassung" an die Bourgeoisie und die weißgardistische Sozialdemokratie zu ent-

sagen, einer Partei, die vermittels der kommunistischen Fraktionen der Sowjets imstande ist, die Sowjets ins Schlepptau der kommunistischen Partei zu nehmen.

Wer der kommunistischen Partei den Vorschlag macht, sich den Sowjets „anzupassen", wer in einer solchen Anpassung die Stärkung des „proletarischen Charakters" der Partei sieht, der erweist sowohl der Partei wie den Sowjets einen höchst fraglichen Dienst, der begreift weder die Bedeutung der Partei noch die der Sowjets. Die „Sowjetidee" wird um so eher siegen, je stärker die von uns in jedem Lande geschaffene Partei sein wird. Für die „Sowjetidee" legen jetzt auch viele „Unabhängige" und sogar Rechtssozialisten ein Lippenbekenntnis ab. Diesen Elementen werden wir nur dann verwehren können, die Sowjetidee zu verdrehen, wenn wir eine starke kommunistische Partei haben, die imstande ist, die Politik der Sowjets ausschlaggebend zu beeinflussen.

9. Die Arbeiterklasse benötigt der kommunistischen Partei nicht nur bis zur Eroberung der Macht, nicht nur während der Eroberung der Macht, sondern auch nach Uebergang der Macht in die Hände der Arbeiterklasse. Die Geschichte der seit bald drei Jahren an der Macht stehenden Kommunistischen Partei Rußlands zeigt, daß die Bedeutung der kommunistischen Partei nach Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse sich nicht verringert, sondern im Gegenteil außerordentlich zunimmt.

10. Am Tage der Eroberung der Macht durch das Proletariat bleibt seine Partei dennoch nach wie vor nur ein Teil der Arbeiterklasse. Das ist gerade derjenige Teil der Arbeiterklasse, der den Sieg organisierte: seit zwei Jahrzehnten wie in Rußland, seit einer Reihe von Jahren wie in Deutschland, führt die kommunistische Partei ihren Kampf nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern auch gegen diejenigen „Sozialisten", welche die Träger der bürgerlichen Beeinflussung des Proletariats sind; sie nahm in ihre Reihen die standhaftesten, weitsichtigsten und fortgeschrittensten Kämpfer der Arbeiterklasse auf. Nur bei Vorhandensein einer derartigen geschlossenen Organisation der Elite der Arbeiterklasse ist es

möglich, alle die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich der Arbeiterdiktatur am Tage nach dem Siege in den Weg stellen. In der Organisierung einer neuen proletarischen roten Armee, in der tatsächlichen Vernichtung des bürgerlichen Staatsapparats und in dessen Ersetzung durch Keime eines neuen proletarischen Staatsapparats, im Kampf gegen zünftige Tendenzen einzelner Arbeitergruppen, im Kampf gegen den Lokal- und Bezirks-„Patriotismus", in der Anbahnung von Wegen zur Schaffung einer neuen Arbeitsdisziplin — auf allen diesen Gebieten gehört das entscheidende Wort der kommunistischen Partei. Ihre Mitglieder müssen durch das eigene Beispiel die Mehrheit der Arbeiterklasse anfeuern und führen.

11. Die Notwendigkeit einer politischen Partei des Proletariats fällt erst mit der völligen Auflösung der Klassen weg. Auf dem Wege zu diesem endgültigen Siege des Kommunismus ist es möglich, daß die historische Bedeutung der drei Grundformen der proletarischen Organisation der Gegenwart (Partei, Sowjets, Produktionsverbände) sich verändern wird und daß sich allmählich der einheitliche Typus der Arbeiterorganisation herauskristallisiert. Die kommunistische Partei wird sich aber erst dann vollständig *in der Arbeiterklasse auflösen,* wenn der Kommunismus aufhört, ein Kampfobjekt zu sein, und die gesamte Arbeiterklasse kommunistisch geworden ist.

12. Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale bestätigt nicht nur die geschichtlichen Aufgaben der kommunistischen Partei überhaupt, sondern sagt dem internationalen Proletariat, wenn auch in allgemeinen Umrissen, was für eine kommunistische Partei wir benötigen.

13. Die Kommunistische Internationale ist der Ansicht, daß besonders in der Zeit der Diktatur des Proletariats die kommunistische Partei auf der Grundlage eines eisernen proletarischen Zentralismus aufgebaut werden muß. Um die Arbeiterklasse mit Erfolg in dem ausgebrochenen langwierigen und harten Bürgerkriege zu führen, muß die kommunistische Partei in ihren eigenen Reihen eine eiserne, militärische Ordnung schaffen. Die Erfahrungen der Kommunistischen Partei,

die im Verlauf von drei Jahren im russischen Bürgerkriege die Führung der Arbeiterklasse hatte, haben gezeigt, daß ohne die strengste Disziplin, ohne vollendeten Zentralismus und ohne volles kameradschaftliches Vertrauen aller Parteiorganisationen zu der leitenden Parteizentrale der Sieg der Arbeiter unmöglich ist.

14. Die kommunistische Partei muß auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. Das Hauptprinzip des demokratischen Zentralismus bildet die Wählbarkeit der oberen Parteizellen durch die untersten, die unbedingte und unerläßliche Verbindlichkeit aller Vorschriften der übergeordneten Instanz für die untergeordnete und das Vorhandensein eines starken Parteizentrums, dessen Autorität allgemein anerkannt ist für alle führenden Parteigenossen in der Zeit von einem Parteitag bis zum andern.

15. Eine Reihe kommunistischer Parteien Europas und Amerikas ist infolge des von der Bourgeoisie gegen die Kommunisten verhängten Belagerungszustandes gezwungen, eine illegale Existenz zu führen. Man muß dessen eingedenk sein, daß man bei einer derartigen Lage der Dinge mitunter gezwungen ist, von der strengen Durchführung des Prinzips der Wählbarkeit abzusehen und den leitenden Parteieinrichtungen das Recht der Kooptierung (Vervollständigung) zu überlassen, wie das seinerzeit in Rußland der Fall gewesen ist. Unter dem Belagerungszustande vermag die kommunistische Partei sich nicht bei jeder ernsten Frage des demokratischen Referendums zu bedienen, sie ist vielmehr gezwungen, ihrem leitenden Zentrum das Recht einzuräumen, im nötigen Augenblick wichtige Beschlüsse für alle Parteimitglieder zu fassen.

16. Die Propagierung einer weiten „Autonomie" für die einzelnen lokalen Parteiorganisationen schwächt gegenwärtig nur die Reihen der kommunistischen Partei, untergräbt ihre Aktionsfähigkeit und begünstigt die kleinbürgerlichen, anarchistischen, auflösenden Tendenzen.

17. In den Ländern, in denen noch die Bourgeoisie oder die gegenrevolutionäre Sozialdemokratie an der Macht ist,

müssen die kommunistischen Parteien es lernen, die legale Tätigkeit planmäßig mit der illegalen zu verbinden. Dabei muß sich die legale Arbeit stets unter der tatsächlichen Kontrolle der illegalen Partei befinden. Die kommunistischen Parlamentsfraktionen, sowohl in den zentralen (Reichs-) wie in den lokalen (Landes- bezw. Gemeinde-) Staatsinstitutionen müssen völlig der Kontrolle der Gesamtpartei unterstellt werden — ganz abgesehen davon, ob die Gesamtpartei im gegebenen Augenblick legal oder illegal ist. Diejenigen Abgeordneten, die sich in irgend einer Form weigern, sich der Partei unterzuordnen, müssen aus den Reihen der Kommunisten ausgestoßen werden.

Die legale Presse (Zeitungen, Verlag) muß unbedingt völlig der Gesamtpartei und ihrem Zentralkomitee unterstellt werden.

18. Die Grundlage der gesamten Organisationstätigkeit der kommunistischen Partei muß überall die Schaffung einer *kommunistischen Zelle* sein, mag auch die Anzahl der beteiligten Proletarier und Halbproletarier mitunter noch so gering sein. In jedem Sowjet, in jeder Gewerkschaft, in jedem Konsumverein, in jedem Betrieb, in jedem Einwohnerausschuß (Mieterrat), überall, wo sich auch nur drei Mann finden, die für den Kommunismus eintreten, muß sofort eine kommunistische Zelle gegründet werden. Nur die Geschlossenheit der Kommunisten ist es, die dem Vortrupp der Arbeiterklasse die Möglichkeit gibt, die gesamte Arbeiterklasse zu führen. Alle kommunistischen Parteizellen, die in den nicht parteimäßigen Organisationen arbeiten, sind der Gesamtparteiorganisation unbedingt untergeordnet, ganz abgesehen davon, ob die Partei in dem betreffenden Moment legal oder illegal arbeitet. Die kommunistischen Zellen aller Art müssen einander untergeordnet sein auf der Grundlage der strengsten Rangordnung nach einem möglichst genauen System.

19. Die kommunistische Partei entsteht fast überall als *städtische* Partei, als Partei von Industriearbeitern, die hauptsächlich in den Städten wohnen. Für den möglichst leichten und schnellen Sieg der Arbeiterklasse ist es notwendig, daß die kommunistische Partei nicht nur die Partei der Städte, sondern

auch die der Dörfer wird. Die kommunistische Partei muß ihre Propaganda und ihre organisatorische Tätigkeit unter den Landarbeitern und den Klein- und Mittelbauern entfalten. Die kommunistische Partei muß mit besonderer Sorgfalt auf die Organisierung von kommunistischen Zellen auf dem flachen Lande hinarbeiten.

* * *

Die internationale Organisation des Proletariats kann nur dann stark sein, wenn in allen Ländern, in denen Kommunisten leben und kämpfen, sich die oben formulierten Anschauungen über die Rolle der kommunistischen Partei festigen. Die Kommunistische Internationale hat zu ihrem Kongreß jede Gewerkschaft eingeladen, die die Prinzipien der Kommunistischen Internationale anerkennt und bereit ist, mit der gelben Internationale zu brechen. Die Kommunistische Internationale wird eine internationale Sektion der roten Gewerkschaften organisieren, die auf dem Boden des Kommunismus stehen. Die Kommunistische Internationale wird sich nicht weigern, mit jeder nicht parteimäßigen Arbeiterorganisation zusammenzuarbeiten, wenn diese einen ernsten revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie führen will. Dabei wird aber die Kommunistische Internationale die Proletarier der ganzen Welt auf folgendes hinweisen:

1. Die kommunistische Partei ist die Haupt- und Grundwaffe zur Befreiung der Arbeiterklasse. In jedem Lande müssen wir jetzt nicht mehr nur Gruppen oder Strömungen, sondern eine kommunistische Partei haben.

2. In jedem Lande soll nur eine einzige einheitliche kommunistische Partei bestehen.

3. Die kommunistische Partei soll auf dem Prinzip der strengsten Zentralisierung aufgebaut sein, und in der Epoche des Bürgerkrieges soll sie in ihren Reihen militärische Disziplin walten lassen.

4. Ueberall, wo es auch nur ein Dutzend Proletarier oder Halbproletarier gibt, muß die kommunistische Partei eine organisierte Zelle haben.

5. In jeder nicht parteimäßigen Institution muß eine kommunistische Parteizelle bestehen, die der Gesamtpartei strengstens unterstellt ist.

6. Das Programm und die revolutionäre Taktik des Kommunismus fest und beharrlich beschützend, muß die kommunistische Partei stets auf das engste mit den breiten Arbeiterorganisationen verbunden sein und das Sektierertum in demselben Maße meiden wie die Prinzipienlosigkeit.

SERRATI. Welche Anträge liegen vor? Schlägt jemand eine Diskussion vor? Es scheint nicht der Fall zu sein. Also werden wir sofort abstimmen. Wer für die Leitsätze ist, mit den Abänderungen, die hier mitgeteilt worden sind, wird gebeten, die Hand zu heben. Wer dagegen ist, hebe die Hand. Sind vielleicht Enthaltungen da? Die Leitsätze sind einstimmig angenommen. Wir schlagen eine Unterbrechung von einer halben Stunde vor, damit die Delegationen sofort ihre Kandidaten für die Kommissionen vorschlagen können. Das Büro wird sodann die Listen prüfen und dem Kongreß eine endgültige Liste vorlegen.

BALABANOWA. Es wird jetzt abgestimmt über den Vorschlag des Büros. Wer dafür ist, hebe die Hand. Wer ist dagegen? Der Vorschlag ist einstimmig angenommen. *(Eine halbe Stunde Pause.)*

SERRATI verliest die Kommissionslisten.

SCHATZKIN. Ich habe einen Abänderungsvorschlag zur Organisationskommission zu machen. Ich möchte vorschlagen, daß in die Kommission, die auch die Frage der internationalen Jugendbewegung bespricht, Vertreter der Jugendinternationale entsandt werden. Die Jugend hat Leitsätze aufgestellt, die in dieser Kommission besprochen werden; sie muß deshalb auch das Recht haben, sie zu verteidigen. Es ist merkwürdig, daß die Verfasser dieser Leitsätze trotz ihres Vorschlags nicht in die Kommission aufgenommen worden sind.

SINOWJEW. Das Präsidium hat vorgesehen, daß zur Frauenfrage und zur Jugendfrage zwei Unterkommissionen gewählt werden sollen. An diesen Unterkommissionen sollen

nicht einer oder zwei, sondern mehrere Jugendliche, und nicht eine Vertreterin der Frauenbewegung, sondern einige teilnehmen. Wir stellen uns das so vor: die Organisationsfrage, die Statuten der Kommunistischen Internationale sind sehr wichtig. Dann kommen noch andere Fragen. Deshalb hat das Präsidium beschlossen, zwei Unterkommissionen zur Organisationskommission zu bilden: für die Frauenbewegung und für die Jugendfrage. Ich glaube, so ist es am zweckmäßigsten. Dem sollte der Kongreß zustimmen.

(Es wird abgestimmt. Der Vorschlag des Büros wird ohne Abänderung einstimmig angenommen.)

SINOWJEW. Wir haben eine Kommission gewählt zur Ausarbeitung der Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Es wird vorgeschlagen, im Namen des Kongresses auch die Vertreter der U. S. P. D. und der Französischen Sozialistischen Partei in diese Kommission einzuladen.

Es handelt sich um ihre Parteien, und ihre Anwesenheit bei der Erörterung dieser Fragen wäre sehr erwünscht.

WIJNKOOP. Falls ich den Vorschlag recht verstanden habe, Genossen, sollen die U. S. P. D. und die Sozialistische Partei Frankreichs in unsere Kommission über den Anschluß an die Kommunistische Internationale eingeladen werden. Ich muß sagen, daß ich das nicht begreife und daß ich mich für meine Partei dagegen erkläre.

Wir haben in der Exekutive schon vorgeschlagen, daß man diese beiden Parteien gar nicht zum Kongreß zulassen soll, weil es keine kommunistischen Parteien sind. Meine Partei meint, daß man mit der U. S. P. gar nicht verhandeln soll, mit einer Partei, die jetzt im Präsidium des Reichstags sitzt, also mit einer Regierungspartei. Mit einer solchen Partei kann man nach unserer Meinung gar nicht verhandeln.

Etwas anders steht es mit der französischen Partei, nicht viel, aber ein wenig besser.

Ich brauche Euch nicht zu sagen, wie wir zu der Aufnahme dieser Partei in die Kommunistische Internationale stehen.

Darüber werde ich später sprechen. Ich kann begreifen, daß die Frage der Aufnahme einer solchen Partei in die Kommunistische Internationale aufgeworfen werden kann, aber nur dann behandelt wird, wenn diese Partei einen offiziellen Antrag gestellt hat, zu der Kommunistischen Internationale zugelassen zu werden. Von einer derartigen Erklärung weiß ich aber vorläufig nichts, habe nichts davon gehört, und wir werden darüber sprechen, wenn sie erfolgt; ebenso kann solchen Parteien und ihren Delegierten das Recht, an dem Kongreß teilzunehmen, nur dann gewährt werden, wenn sie um Anschluß an die Kommunistische Internationale nachgesucht haben.

Wir wissen vorläufig nicht, ob von der einen oder von der anderen Partei Anträge an uns ergangen sind, in die Kommunistische Internationale aufgenommen zu werden. Falls er aber von der U. S. P. kommt, muß man ihn glatt ablehnen. Man kann nicht mit einer Regierungspartei verhandeln.

Was die französische Partei betrifft, so muß zuerst dieser Antrag vorhanden sein. Liegt er aber nicht vor, so kann man doch nicht zu der Kommission, in der wir über die Vorschläge wegen der zukünftigen Zulassungsbedingungen beraten, diese Parteien zulassen, die nicht zu uns gehören, nicht revolutionär und nicht kommunistisch sind. Ich will nichts weiter sagen. Ich habe andere Vorschläge in der Exekutive gemacht, sie sind abgelehnt worden. Jetzt schlage ich vor, diese Parteien nicht in unsere Kommission zu lassen.

RADEK. Genossen! Der Antrag des holländischen Delegierten widerspricht vorerst dem ganz gesunden Gedankengang des Kongresses. Die Delegierten der U. S. P. wurden von der Mandatskommission mit beratender Stimme ausgestattet. Wenn einer das Recht hat, zu beraten, dann hat er auch das Recht, zu erfahren, unter welchen Bedingungen er in eine internationale Vereinigung eintreten kann. Aber abgesehen von der formalen Seite spricht der Antrag gegen die gesunde Logik. Jeder von uns weiß, daß wir mit der U. S. P. über ihren Eintritt in die Kommunistische Internationale in Verhandlungen stehen. Jeder weiß, daß Millionen deutscher Arbeiter, die hinter dieser

Partei stehen, in der energischsten Weise für den Eintritt in die Kommunistische Internationale gekämpft haben. Wenn diese großen Arbeitermassen uns ihre Delegierten hierher senden, damit sie mit uns über die Bedingungen des Eintritts in die Kommunistische Internationale beraten, so wäre es nicht nur ein Akt der Unhöflichkeit diesen Delegierten gegenüber, sondern es wäre ein Akt — ich will ihn nicht näher bezeichnen — den deutschen Arbeitern gegenüber, wenn wir auf den Antrag des Genossen Wijnkoop eingehen würden. Es ist selbstverständlich, daß die Delegierten der U. S. P. die Möglichkeit haben müssen, nicht nur uns über das, was sie wollen, zu informieren, sondern sich auch zu informieren über das, was wir wollen. Der Eintritt in die Kommunistische Internationale geschieht nicht, wie Genosse Wijnkoop sich das vorstellt, in der Form: Angeklagter, was hast du zu deiner Verteidigung zu sagen? Er ist ein Akt der Verhandlung zwischen Parteien, die sich vereinigen wollen. Aus diesem Grunde schlage ich vor, den Antrag des Genossen Wijnkoop ohne weiteres abzulehnen.

VAN LEUVEN. Genossen! Mein Mitdelegierter Genosse Wijnkoop hat gesagt, daß er sich im Namen der holländischen Partei gegen den Vorschlag erklärt, die U. S. P. D. und auch die französische Partei in die Kommission zuzulassen. Vielleicht, oder sogar wahrscheinlich, hat er recht, wenn er das sagt. Ich sage, wahrscheinlich hat er recht. Aber es muß festgestellt werden, daß die Frage in unserer Partei nicht besprochen worden ist. Wir konnten nicht wissen, daß wir diesem Fall hier begegnen würden. Also, er hat vielleicht recht. Ich persönlich denke über die Sache etwas anders. Ich meine, daß z. B. die Delegierten der U. S. P. unter dem Zwang des linken Flügels der Partei, also der Arbeitermassen, hierhergekommen sind. Aber wenn der Genosse Wijnkoop dagegen spricht, daß sie hier zugelassen werden, so bin ich mit ihm einverstanden. In der Exekutive haben wir Gelegenheit gehabt, diesen deutschen Delegierten Fragen zu stellen. Davon hat Radek neun gestellt und die anderen auch eine Anzahl. Auch ich habe dort Fragen gestellt, nämlich die, welche in den Leitsätzen des Genossen Lenin

auf Seite 107 aufgestellt sind. Dort werden die Bedingungen angeführt für die volle Vereinigung. Wie ich erwähnte, haben andere Genossen, z. B. Genosse Levi, wie ich Fragen gestellt. Nun befremdet es mich außerordentlich, daß man, ohne die Antwort auf diese Fragen bekommen zu haben, ohne also die Reise dieser Männer hierher auf ihre Richtigkeit prüfen zu können, sie hier schon zulassen will. Das wundert mich außerordentlich. Wenn Genosse Radek sagt, daß die Aeußerungen des Genossen Wijnkoop der gesunden Logik widersprechen, dann frage ich, ob es logisch ist, diese Leute hier zuzulassen, ohne auf die vorgelegten Fragen eine Antwort bekommen zu haben.

GUILBEAUX. Ich bin der Meinung, daß man die Vertreter der U. S. P. und der französischen Partei nicht zulassen soll, weil sie keinen formellen Antrag zum Eintritt in die Kommunistische Internationale gestellt haben. Die Vertreter der französischen Partei sind seit längerer Zeit in Moskau und hatten Gelegenheit, die an sie gestellten Fragen zu beantworten. Die französische Partei hat inzwischen Briefe und Telegramme nach Moskau geschickt, die dazu angetan sind, die Konfusion zu vergrößern und unsere Arbeit zu erschweren. Ich stelle daher den Antrag, besonders die Vertreter der französischen Partei zu irgend einer Mitarbeit nicht zuzulassen.

RADEK. Genossen! Wenn man eine Delegation einer großen Partei mit beratender Stimme zuläßt, dann muß man wissen, was diese Stimme bedeutet, dann führt man nicht eine Diskussion darüber. Aber nachdem schon die zwei holländischen Genossen und Genosse Guilbeaux tief begründet haben, weshalb eine beratende Stimme in Stummheit bestehen soll, erlaube ich mir noch einmal darauf einzugehen.

Genosse Van Leuven sagte, die Exekutive hätte den Vertretern der U. S. P. eine ganze Reihe Fragen gestellt und sie hätten diese Fragen noch nicht beantwortet. Ich habe als Sekretär der Exekutive festzustellen, daß sie die Fragen noch nicht beantwortet haben, weil vorerst keine zweite Sitzung stattgefunden hat und weil wir die Genossen gebeten haben, mit der Antwort abzuwarten, um sich über die Fragen des Kongresses zu orien-

tieren. Aber wenn man Fragen stellt, soll man auch Antworten abwarten.

Die beste Gelegenheit, damit Genosse Van Leuven in die Seele der U. S. P. hineinleuchten kann, ist eben, sie an der Kommission teilnehmen zu lassen, die über die Aufnahme in die Kommunistische Internationale beraten soll.

Wir haben eine große Anzahl Anklagen gegen die U. S. P. erhoben, und ich glaube, nicht weniger Verdienste der Bekämpfung der U. S. P. in der Kommunistischen Internationale zu haben als Van Leuven und Wijnkoop zusammen. Aber wenn die U. S. P.-Vertreter einen Teil dieser Anklagen für faktisch unrichtig halten, so muß ihnen Gelegenheit gegeben werden, ihre Auffassung zu verteidigen und zu begründen. Was die französische Partei anbetrifft, so wurde hier auch gesagt, die beiden Parteien hätten keinen Antrag auf Zulassung gestellt. Wenn das wahr ist, weshalb haben wir ihnen denn die beratende Stimme gegeben? Weshalb verhandeln wir mit ihnen? Ich halte diese Diskussion für keine Diskussion, die zur Klärung beitragen kann, sondern für den Ausdruck eines Wortradikalismus, hinter dem kein revolutionärer Wille zur Tat steht.

DÄUMIG. Ich habe nicht die Absicht, auf den materiellen Inhalt der Frage einzugehen, die jetzt den Kongreß beschäftigt. Mag der Kongreß über unsere Zulassung beschließen, wie er es für richtig hält. Ich habe auch keine Veranlassung, auf die durch keine Sachkenntnis getrübten Ausführungen des Genossen Wijnkoop einzugehen. Man sollte von einem alten Politiker annehmen, daß er weiß, daß die U. S. P. keine gouvernementale, keine Regierungspartei ist, sondern im Gegensatz zur Regierung steht. Ich protestiere mit aller Entschiedenheit dagegen, daß meine Partei als eine nichtrevolutionäre Partei bezeichnet wird. Meine Partei zählt Tausende von Opfern, die geblutet haben, Tausende von Toten und Verwundeten, Tausende, die in den Gefängnissen sitzen und vor Gericht stehen. Ich wende mich dagegen, daß unsere Partei als eine nichtrevolutionäre Partei bezeichnet wird. Ueber alles weitere werden wir sprechen, wenn die Kommission tagen wird.

WIJNKOOP. Ich meine, daß es beschämend ist, daß Däumig seine Demagogie schon auf diesem Kongreß versucht. Soviel ich weiß, muß ich feststellen, daß dieser Däumig der Mann ist, der schon während des Kapp-Putsches zu den Arbeitern gesagt hat, daß sie sich nicht bewaffnen sollten. Das ist also der Mann, der hier in Rußland, wo man weiß, daß man nur durch den Bürgerkrieg zum Siege kommen kann, auftritt. Aber der Genosse Radek hat hier gesagt, daß wir Wortradikalismus treiben. *(Zwischenruf Radeks: Irrsinniger Mensch.)* Er meint, ich bin ein irrsinniger Mensch . . . Er nimmt das zurück. Ich sage das, weil man sieht, wie diese Diskussion von dem Genossen Radek auf ein immer tieferes Niveau gezogen wird. Aber die Genossen hier scheinen nicht zu wissen, was es in westeuropäischen Ländern bedeutet, wenn man Menschen wie Däumig, Politiker wie Cachin hier in der Kommunistischen Internationale auf denselben Fuß setzt mit den kommunistischen und revolutionären Parteien, die schon lange in der Arbeit stehen. Ich warne davor. Ich hoffe, daß die Genossen diesen Leuten hier nicht mehr geben werden, als ihnen zukommt, und das ist: der U. S. P. gar nichts, und den französischen Sozialisten, wenn sie beantragen, zugelassen zu werden, das Vertrauen, das ihnen gebührt.

SINOWJEW. Genossen! Daß wir gegen diese Schwankungen und Halbheiten des rechten Flügels der U. S. P. kämpfen und kämpfen werden, brauche ich nicht noch einmal zu sagen. Aber was hier Genosse Wijnkoop gesagt hat, das ist einfach lächerlich und kompromittiert nicht unseren Kongreß, sondern Wijnkoop und die Partei, die ihn hierher gesandt hat. Es ist klar, daß wir den größten Respekt vor den 10 oder 11 000 Mitgliedern der U. S. P., die jetzt im Gefängnis sitzen, haben und haben sollen. Es sind Kämpfer und Proletarier, die für die Sache des Sozialismus kämpfen. Ich weiß nicht, wie viel Mitglieder der Partei Wijnkoops jetzt im Gefängnis sitzen und wieviel Mal Wijnkoop persönlich vor dem bürgerlichen Gericht gestanden hat und wieviel Mal er für die Sache des Proletariats im Gefängnis gesessen hat. Wir werden zwanzigmal mit den

Genossen aus der U. S. P. streiten und mit ihnen die Waffen kreuzen. Aber das wollen wir nicht vergessen, daß Tausende von unabhängigen Arbeitern von der Bourgeoisie und vom kapitalistischen Gesindel erschossen worden sind, und wir werden niemals vergessen, daß in all diesen Kämpfen die Mitglieder der U. S. P. den Kerntrupp bildeten. Ich sage ganz klar, daß für die Kommunistische Internationale die objektiv revolutionäre Rolle der 800 000 Arbeiter, die zwar schlecht, mit Schwankungen und Halbheiten, geführt werden, die aber doch in der U. S. P. organisiert sind, auf der Wagschale der Geschichte für die proletarische Revolution schwerer wiegen werden als die paar tausend holländischer Tribunisten mit den Christlichsozialen zusammen. Wir haben es gesagt und wiederholen es, daß wir mit jeder Massenpartei, die sich zwar irrt, aber mit uns für die Sache des Proletariats kämpfen will, verhandeln werden, mit ihr Auseinandersetzungen suchen werden. Ebenso wie wir die Arbeiter aus der Shop-Steward-Bewegung behandeln, obwohl sie noch nicht Kommunisten sind, werden wir die revolutionäre Arbeiterschaft, die in der U. S. P. steht, behandeln. Wenn wir Zugeständnisse an die faule Ideologie Kautskys machen würden, dann hätten Sie recht, aber das haben wir nicht getan. Es wäre lächerlich, wie es das vom Genossen Wijnkoop ist, der im Namen einer Partei von anderthalbtausend Mitgliedern nach 15 Jahren Parteitätigkeit spricht, wenn wir Vertreter einer Partei nicht zulassen, in deren Reihen Hunderttausende einfacher Arbeiter organisiert sind, die immer Schulter an Schulter mit den Kommunisten kämpfen, ehrlich, revolutionär, wie es die Proletarier immer sind. Darum bestehe ich auf meinem Antrag, daß wir die Genossen einladen, mit ihnen offen sprechen, ihnen unsere Bedingungen sagen, und wir sind überzeugt, zwei Monate später wird die große Mehrzahl der Arbeiter aus der U. S. P. nicht nur moralisch, sondern auch formell in der Kommunistischen Internationale organisiert sein.

LEVI. Genossinnen und Genossen, ich habe bis heute abend geglaubt, daß der Genosse Wijnkoop zu den Leuten gehört, die zwar nicht belehrt, aber wenigstens belehrbar sind.

Ich habe mir vor zwei Tagen Mühe gegeben, ihm auseinanderzusetzen, daß die Zusammensetzung des deutschen Reichstagspräsidiums rein mechanisch nach der Stimmenzahl der Fraktionen vor sich geht, daß das Präsidium mit der Besetzung der Regierung in keiner Weise zusammenhängt und daß man daraus nicht auf eine Anteilnahme an der Regierung schließen kann, denn das Präsidium des Reichstags hat mit der Regierung gar nichts zu tun. Genosse Wijnkoop hat vor zwei Tagen so ausgesehen, als ob er von der Belehrung etwas angenommen hätte. Wenn er heute abend also alles in den Wind schlägt und wieder mit der Phrase von der Regierungspartei kommt, so beweist er damit, daß es ihm auf die Phrase ankommt und auf nichts anderes. Und das beweist er damit, daß er hierherkommt und über deutsche Verhältnisse spricht wie einer, der noch niemals eine deutsche Zeitung gelesen hat. Ich sage, Sie würden nicht so töricht lachen, wenn sie den zehnten Teil von dem an revolutionären Kämpfen miterlebt hätten, was wir Seite an Seite mit den Unabhängigen erlebt haben. Jawohl, wir haben die U. S. P. bekämpft, wir bekämpfen sie noch auf Schritt und Tritt, treiben sie voran und sagen ihnen täglich ins Gesicht, wo sie sündigen. Aber wenn Leute aus Holland kommen, Leute, die für die deutsche Revolution und für die Weltrevolution noch keinen Finger gerührt haben, wenn sie kommen und Vorwürfe erheben, dann wollen wir für Hektor zeugen und müssen sagen: jawohl, es sind Zehn- und Hunderttausende deutscher Arbeiter gewesen, die in den Reihen der Unabhängigen gekämpft haben, und es sind Hunderte und Tausende und Hunderttausende von deutschen Arbeitern gewesen, die diese Genossen, die hierhergekommen sind, gezwungen haben, hierherzukommen. Der ganze geistige und organisatorische Apparat der Partei, er stand den Hunderttausenden entgegen, und die Hunderttausende haben es erzwungen: sie müssen nach Moskau. Und in Moskau tritt er auf, der Mann, der zu großen revolutionären Taten bereit war, als es galt, das holländische Mandat zu erreichen mit dem Versprechen, nicht gegen die Entente zu kämpfen, in dem Augenblick, als Räterußland in Todesnöten schwebte. Das sage ich

Ihnen, Genosse Wijnkoop. Jawohl, Sie haben sich von diesem Vorwurf noch nicht gerechtfertigt. Und so sage ich, wenn wir Veranlassung haben, mit diesen Genossen aus der U. S. P. über das, was sie gesündigt haben, noch zu sprechen, und ihnen sagen müssen, was wir von ihnen verlangen, so sind Sie, Genosse Wijnkoop, der letzte, der das Recht hat, hier in dieser Rolle aufzutreten. Ich will Sie noch an etwas anderes erinnern. Ich will Sie erinnern an den Sommer des vergangenen Jahres, an die schwerste Zeit unserer Illegalität, als nahezu alle unsere Genossen im Gefängnis saßen. Da haben wir uns an Ihre Partei um Unterstützung gewandt, haben Ihre Parteigenossen gebeten, zu uns zu kommen. Die Parteigenossen, in deren Namen Sie sich hier entrüsten, haben wir gebeten, Pannekoek und Gorter zu uns zu schicken. *(Zwischenruf von Wijnkoop und Van Leuven: Große Lüge.)* Ich sage, in diesem schwersten Augenblick, in dem es uns nicht möglich war, auch nur unsere Zeitungsredaktionen zu besetzen, als wir verlangten, die holländischen Genossen möchten uns nur Redakteure stellen, ist keiner gekommen! *(Zuruf Van Leuvens: Dittmann und Crispien liegen ja nicht im Grabe.)* Wenn der Genosse, der sich so empört, sagt, Dittmann und Crispien liegen ja nicht im Grabe, dann möchte ich antworten: auch ich liege noch nicht im Grabe, und Sie, Genosse, erst recht nicht. Auch für Sie war Gelegenheit, in Deutschland zu sterben, und Hunderte und Tausende von Arbeitern aus der U. S. P. sind gestorben, und Sie sind in Holland geblieben auf Ihren Kaffeesäcken, und heute sind Sie Revolutionär. *(Zuruf Radeks: Börsenmakler.)*

BUCHARIN. Ich bin dafür, keinen zu großen Lärm zu machen wegen der Vertreter einer Partei, die so stark revolutionär ist, daß sie ein Mitglied einer christlichen Pfaffenorganisation mit einem weiteren Mandat ausgestattet hat. Deswegen schlage ich vor, sofort jede Diskussion abzubrechen und zur Tagesordnung überzugehen.

(Das Büro schlägt vor, über den Antrag Bucharin abzustimmen. Der Antrag wird mit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen. Genosse Sinowjew stimmt ab, ob die Ver-

treter der U. S. P. und der französischen Sozialisten eingeladen werden sollen, an den Diskussionen teilzunehmen. Mit großer Mehrheit wird der Antrag angenommen.

Die Unterkommissionen werden gewählt.

Das Büro macht den Vorschlag des Gen. Mac Laine bekannt, daß eine besondere Kommission ernannt werden solle, um die Frage der Labour Party in England zu studieren.

Es wird abgestimmt und der Vorschlag angenommen.)

SINOWJEW. Ich möchte vorschlagen, daß wir die Stunden festsetzen, wann die Kommissionen tagen sollen. Das Präsidium schlägt vor, daß morgen folgende vier Kommissionen arbeiten sollen: 1. Nationalitäten- und Kolonialfrage um 12 Uhr, 2. Gewerkschaftsfrage ebenfalls um 12 Uhr, 3. Parlamentarismus auch um 12 und 4. die Kommission, die die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale erörtern soll, um 5 Uhr. Alle vier Kommissionen arbeiten hier: zwei im großen Saal und die zwei übrigen in den Nebenzimmern.

Dann für Montag die übrigen drei Kommissionen: Die Organisationskommission um 11 Uhr, die Agrarkommission um 11 Uhr, die Kommission, die sich mit den Hauptaufgaben des Kongresses beschäftigen soll, um 1 Uhr. Sollten die Kommissionen morgen noch nicht fertig sein, dann werden sie auch Montag arbeiten. Dann für Montag abend um 8 Uhr Plenarsitzung, zu der wir hoffen, daß wenigstens eine oder zwei Kommissionen mit ihrer Arbeit fertig werden.

SERRATI. Die Sitzung des Kongresses wird vertagt.

Vierte Sitzung
des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale am 26. Juli.

SINOWJEW. Ich erkläre die Sitzung für eröffnet. Ich wende mich mit der Bitte an alle Delegationen, sie möchten möglichst bald die schriftlichen Berichte über die Lage in ihrer Partei einreichen. Wir haben bisher nur drei Berichte erhalten, und wir fordern Euch auf, während der nächsten zwei, drei Tage uns das Material zustellen zu wollen.

Es haben seit der letzten Plenarsitzung verschiedene Kommissionen gearbeitet, sie sind aber noch nicht fertig geworden. Die Kommission, die sich mit der Nationalitäten- und Kolonialfrage beschäftigte, hat ihre Arbeit am weitesten gebracht und ist in der Lage, Bericht erstatten zu können. Wir schlagen dem Kongreß vor, die Nationalitäten- und Kolonialfrage heute zur Diskussion zu stellen. Ist niemand dagegen? Es scheint nicht der Fall zu sein. Wir schreiten also zur Diskussion. Als Berichterstatter hat Genosse Lenin das Wort.

LENIN. Genossen, ich werde nur eine kurze Einleitung geben, und dann wird Genosse Maring, der Sekretär unserer Kommission, ganz genau Bericht erstatten über die Aenderungen, die in den Leitsätzen vorgenommen worden sind. Sodann wird Genosse Roy das Wort haben, der die Ergänzungsthesen formuliert hat. Unsere Kommission hat sowohl die ersten als auch die zweiten einstimmig angenommen. Ihr werdet aus den Leitsätzen ersehen, daß wir in den wichtigsten Fragen einstimmige Beschlüsse gefaßt haben, und ich möchte jetzt nur einige kurze Bemerkungen machen.

Was ist das wichtigste, die Grundidee unserer Leitsätze? Das ist der Unterschied zwischen den unterdrückten und den unterdrückenden Nationen. Wir heben diesen Unterschied hervor — im Gegensatz zur II. Internationale und zur bürgerlichen Demokratie. Es ist für das Proletariat und die Kommunistische Internationale besonders wichtig, während der Epoche des Imperialismus konkrete ökonomische Tatsachen festzustellen und nicht vom abstrakten, sondern nur vom konkreten Standpunkt aus an alle kolonialen und nationalen Fragen heranzutreten.

Es ist das Charakteristikum des Imperialismus, daß die ganze Welt jetzt eingeteilt ist in eine große Anzahl unterdrückter Nationen und eine ganz kleine Anzahl unterdrückender Nationen, die enorm reich und stark im militärischen Sinne sind. Die enorme Masse, mehr als eine Milliarde, höchst wahrscheinlich eine Milliarde und ein Viertel, wenn wir die Bevölkerung der Erde auf 1¾ Milliarden schätzen also etwa 70 Prozent der Bevölkerung der Erde, gehören zu den unterdrückten Nationen, die entweder direkt in kolonialer Abhängigkeit sind oder als halbkoloniale Staaten erscheinen, wie z. B. Persien, die Türkei, China, oder die, besiegt von einem großen imperialistischen Heer, nach den Friedensverträgen in starke Abhängigkeit geraten sind. Dieser Gedanke des Unterscheidens, der Teilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte zieht sich durch alle Leitsätze, nicht nur durch die ersten, die von mir unterzeichnet und schon gedruckt waren, sondern auch durch die Leitsätze des Genossen Roy. Diese sind vorwiegend vom Standpunkt Indiens und anderer großer asiatischer Völkerschaften, die von England unterdrückt werden, geschrieben und deshalb für uns besonders wichtig.

Zweitens ist es ein Hauptgedanke unserer Leitsätze, daß bei der jetzigen Weltlage, nach dem imperialistischen Kriege, das Verhältnis der Völker zueinander, das Weltsystem der Staaten bestimmt wird durch den Kampf der kleinen Zahl der imperialistischen Nationen gegen die Sowjetbewegung und die Sowjetmächte mit Sowjetrußland an der Spitze. Wenn wir diese Frage übersehen, können wir keine einzige nationale oder koloniale

Frage, sei es in dem entlegensten Teile der Welt, richtig stellen. Nur von diesem Standpunkt aus können die politischen Fragen von den kommunistischen Parteien, sowohl in den zivilisierten als auch in den zurückgebliebenen Ländern, richtig gestellt und beantwortet werden. Drittens möchte ich besonders die Frage der bürgerlich-demokratischen Bewegung in den zurückgebliebenen Ländern betonen. Das ist der Punkt, der einige Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen hat. Wir debattierten darüber, ob es prinzipiell und theoretisch richtig sei, zu erklären, daß die Kommunistische Internationale und die kommunistischen Parteien verpflichtet sind, die bürgerlich-demokratische Bewegung in den zurückgebliebenen Ländern zu unterstützen, und das Ergebnis dieser Diskussion war, daß wir zu einem einstimmigen Beschluß gekommen sind, statt von „bürgerlich-demokratischen" Bewegungen nur von nationalistisch-revolutionären Bewegungen zu sprechen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß jede nationalistische Bewegung nur eine bürgerlich-demokratische Bewegung sein kann, weil die große Masse der Bevölkerung der zurückgebliebenen Länder aus der Bauernschaft besteht, die die Vertreterin der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse ist. Es wäre utopisch, zu denken, daß proletarische Parteien, soweit es überhaupt möglich ist, daß solche in diesen Ländern entstehen, ohne zu der Bauernbewegung ein bestimmtes Verhältnis zu haben, ohne sie in der Tat zu unterstützen, imstande seien, die kommunistische Taktik und kommunistische Politik in den zurückgebliebenen Ländern durchzuführen. Aber die Einwände, die gemacht wurden, waren die, daß, wenn wir bürgerlich-demokratisch sagen, der Unterschied zwischen der reformistischen und revolutionären Bewegung verloren geht, der in den zurückgebliebenen Ländern und in den Kolonien in der letzten Zeit ganz klar geworden ist, weil eben die imperialistische Bourgeoisie alles Mögliche getan hat, um auch unter den unterdrückten Völkern eine reformistische Bewegung zu schaffen. Es ist eine gewisse Verständigung zwischen der Bourgeoisie der ausbeutenden und der kolonialen Länder eingetreten, so daß sehr oft, vielleicht sogar in den meisten Fällen, die Bourgeoisie der

unterdrückten Länder, trotzdem sie auch nationale Bewegungen unterstützt, dennoch in gewissem Einvernehmen mit der imperialistischen Bourgeoisie, d. h. zusammen mit ihr, gegen alle revolutionären Bewegungen und revolutionären Klassen kämpft. Das wurde in der Kommission vollständig bewiesen, und wir glaubten, daß es das einzig Richtige sei, diesen Unterschied in Erwägung zu ziehen und das Wort „bürgerlich-demokratisch" fast überall durch den Ausdruck „nationalistisch-revolutionär" zu ersetzen. Der Sinn ist der, daß wir als Kommunisten die bürgerlichen Freiheitsbewegungen in den kolonialen Ländern nur dann unterstützen werden, wenn diese Bewegungen wirklich revolutionär sind, wenn ihre Vertreter nicht dagegen sind, daß wir die Bauernschaft und die großen Massen der Ausgebeuteten im revolutionären Sinne erziehen und organisieren. Wenn das nicht geht, sind die Kommunisten auch dort verpflichtet, gegen die reformistische Bourgeoisie, zu der auch die Helden der II. Internationale gehören, zu kämpfen. Es gibt schon reformistische Parteien in den Kolonialländern, und bisweilen nennen sich ihre Vertreter Sozialdemokraten oder Sozialisten. Dieser Unterschied ist jetzt in allen Leitsätzen gemacht worden, und ich glaube, so ist unser Standpunkt viel präziser formuliert.

Die nächste Bemerkung, die ich machen wollte, ist über die Bauernräte. Die praktische Arbeit der russischen Kommunisten in den Kolonien, die früher dem Zarismus gehörten, in zurückgebliebenen Ländern wie Turkestan und anderen, hat uns vor die Frage gestellt, wie die kommunistische Taktik und Politik auf die vorkapitalistischen Verhältnisse anzuwenden sind. Das wichtigste Merkmal dieser Länder ist, daß dort noch vorkapitalistische Zustände herrschen, und deshalb kann dort von einer rein proletarischen Bewegung nicht die Rede sein. Es gibt dort fast gar kein Industrieproletariat. Trotzdem haben wir in ihnen die führende Rolle übernommen und übernehmen müssen. Unsere Arbeit hat uns gezeigt, daß die Schwierigkeiten dort wirklich enorm sind, aber das praktische Ergebnis der Arbeit hat auch gezeigt, daß es trotz dieser Schwierigkeiten möglich ist, das selbständige politische Denken, die selbständige politische

Tätigkeit auch da zu erwecken, wo es fast kein Proletariat gibt. Diese Tätigkeit war für uns schwieriger als für die Genossen in den westeuropäischen Ländern, weil das Proletariat in Rußland mit Staatsarbeit überbürdet ist. Es versteht sich, daß die Bauern, die sich in halb feudalem Abhängigkeitsverhältnis befinden, die Idee der Sowjetorganisation erfassen und sich auch praktisch auf diesem Felde betätigen können. Es ist auch klar, daß die ausgebeuteten Massen, die nicht nur durch das Handelskapital ausgebeutet werden, sondern auch durch die Feudalen und den Staat auf feudaler Basis, diese Waffe, diese Art der Organisation auch für diese Verhältnisse anwenden können. Die Idee der Sowjetorganisation ist einfach und kann angewandt werden nicht nur auf proletarische Verhältnisse, sondern auch in den feudalen und halbfeudalen Bauernverhältnissen. Unsere Erfahrungen sind noch nicht groß auf diesem Gebiet. Aber die Besprechungen in der Kommission, in der mehrere Vertreter der Kolonialländer anwesend waren, haben uns ganz entschieden bewiesen, daß wir in die Leitsätze der Kommunistischen Internationale aufnehmen müssen, daß die Bauernräte, die Räte der Ausgebeuteten, nicht nur für kapitalistische Länder ein geeignetes Mittel, sondern auch für vorkapitalistische Zustände passend sind, und daß es unbedingte Pflicht der kommunistischen Parteien und der Elemente, die bereit sind, kommunistische Parteien zu schaffen, ist, die Bauernräte, die Räte der Arbeitenden überall, auch in den zurückgebliebenen Ländern und in den Kolonien, zu propagieren und den praktischen Versuch zu machen, sofort, wo es nur die Bedingungen zulassen, Räte des werktätigen Volkes zu bilden.

Hier öffnet sich uns ein sehr interessantes und wichtiges Tätigkeitsfeld. Die allgemeinen Erfahrungen sind noch nicht besonders groß, aber wir werden mehr und mehr Material sammeln, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Proletariat in den vorgeschrittenen Ländern den zurückgebliebenen arbeitenden Massen helfen muß und kann, und daß die Entwicklung der zurückgebliebenen Länder ihr jetziges Stadium ändern würde,

sobald das siegreiche Proletariat der Sowjetrepubliken diesen Massen seine Hand reichen und Hilfe gewähren kann.

Ueber diese Frage gab es ziemlich lebhafte Diskussionen in der Kommission; nicht nur im Zusammenhang mit den Leitsätzen, die ich unterzeichnet habe, sondern noch mehr mit denen des Genossen Roy, die er hier verteidigen wird und in denen einstimmig einige Aenderungen gemacht wurden.

Die Frage lautete: können wir als richtig anerkennen, daß die kapitalistische Entwicklung der Volkswirtschaft notwendig ist für die zurückgebliebenen Völker, die sich jetzt befreien, unter denen jetzt, nach dem Kriege, fortschrittliche Bewegungen zustande gekommen sind? Wir sind zu dem Schluß gekommen, es verneinen zu müssen. Wenn das revolutionäre siegreiche Proletariat eine systematische Propaganda organisiert und die Sowjetregierungen ihm mit allen Mitteln zu Hilfe kommen, ist es unrichtig, anzunehmen, daß das kapitalistische Stadium der Entwicklung für solche Völkerschaften notwendig sei. Wir müssen nicht nur in allen Kolonien und zurückgebliebenen Ländern selbständige Kerntruppen und Parteien bilden, wir müssen nicht nur sofort Bauernräte propagieren und die Räteorganisation den vorkapitalistischen Verhältnissen anzupassen suchen, sondern auch theoretisch muß die Kommunistische Internationale erklären und begründen, daß mit Hilfe des Proletariats der vorgeschrittenen Länder die zurückgebliebenen Länder zur Sowjetorganisation und durch eine Reihe von Stadien auch unter Vermeidung des kapitalistischen Systems zum Kommunismus kommen können.

Welche Mittel dazu notwendig sind, kann nicht vorausgesagt werden, die praktische Erfahrung wird das zeigen. Aber es steht fest, daß die Räteidee allen arbeitenden Massen, auch in den entlegensten Völkerschaften, zugänglich ist, daß diese Organisationen den vorkapitalistischen Verhältnissen angepaßt werden müssen und daß die Arbeit der kommunistischen Parteien in der ganzen Welt sofort in dieser Richtung beginnen muß.

Das Letzte, was ich hier noch bemerken möchte, ist die Rolle der revolutionären Arbeit der kommunistischen Parteien

nicht nur in ihrem Lande, sondern auch in den Kolonialländern, und besonders unter den Truppen, die von den ausbeutenden Nationen zur Niederhaltung der Kolonialvölker gebraucht werden.

Genosse Quelch von der B. S. P. hat darüber in unserer Kommission gesprochen. Er hat gesagt, daß der gewöhnliche englische Arbeiter es als einen Verrat betrachten würde, wenn er den abhängigen Völkern helfen würde, gegen die englische Herrschaft Aufstände zu machen. Es ist richtig, daß die jingoistisch und chauvinistisch gestimmte Arbeiteraristokratie in England und Amerika die größte Gefahr für den Sozialismus, die größte Stütze der II. Internationale bildet und den größten Verrat seitens der Führer und der Arbeiter, die zu einer solchen bürgerlichen Internationale gehören, vollführt. Auch in der II. Internationale wurde von der Kolonialfrage gesprochen. Das Basler Manifest sprach darüber ganz klar. Die Parteien der II. Internationale versprachen, revolutionär zu handeln. Aber wirkliche revolutionäre Arbeit zu tun, um den ausgebeuteten und abhängigen Völkern in ihren Aufständen gegen die unterdrückenden Nationen zu helfen, davon ist in den Parteien der II. Internationale keine Rede, und ich glaube, auch in den meisten Parteien, die aus der II. Internationale ausgetreten sind und Aufnahme in die Kommunistische Internationale suchen, ist davon keine Rede. Wir müssen das offen sagen, das kann nicht widerlegt werden. Wir werden sehen, ob der Versuch gemacht wird, das zu widerlegen.

Auf Grund dieser Erwägungen kamen wir zu den Resolutionen, die ohne Zweifel zu lang sind. Aber ich glaube, sie werden trotzdem nützlich sein und dazu beitragen, die wirklich revolutionäre Arbeit in der Nationalitäten- und Kolonialfrage zu fördern und zu organisieren, und das ist unsere Hauptaufgabe.

SINOWJEW. Das Wort hat der Sekretär der Kommission, Genosse Maring.

MARING. Genossen, ich erstatte Bericht über die Arbeit der Kommission zur Nationalitäten- und Kolonialfrage. Die Kommission hat die Leitsätze des Genossen Lenin sowie die

Ergänzungsthesen des Genossen Roy geprüft. Zu den Leitsätzen des Genossen Lenin sind die nachfolgenden Abänderungen und Zusätze angenommen worden:

In der 1. These am Schluß ist statt „Vernichtung" „Abschaffung der Klassen" zu lesen.

In der 3. These, erster Satz, ist zu lesen: „Der imperialistische Krieg von 1914 hat mit besonderer Klarheit allen Nationen und allen unterdrückten Klassen der ganzen Welt usw. *(liest den Text der These)*. Dieser Satz ist in dieser Weise abgeändert worden: *(liest.)*

4. These (deutsche Ausgabe: S. 52, Zeile 3 von unten) ist zu lesen „und werktätigen Massen aller Nationen und Länder."

5. These (S. 52, Zeile 16) ist zu streichen „um sich schart" und hinzuzufügen „und die unterdrückten Völkerschaften um sich scharen soll". Dieselbe These (Zeile 20): „daß es für sie keine Rettung gibt außer ihrer Verbindung mit dem revolutionären Proletariat und dem Sieg der Sowjetmacht."

6. These, Zeile 10 von oben: anstatt „der bürgerlich-demokratischen Befreiungsbewegung" zu lesen: „der revolutionären Befreiungsbewegung". In Zeile 11 dieser These sind die Worte „Arbeiter und Bauern" zu streichen.

In der 8. These, Zeile 5 von oben ist anstatt „ohne Basis" zu lesen: „auf der Basis".

9. These, Zeile 7 bis 11 ist zu lesen: „auf die sich die — mögen sie sich auch „sozialistisch" heißen — bürgerlichen Demokraten beschränken".

These 10, Zeile 2 ist hinzuzufügen das Wort „lediglich", also zu lesen: „lediglich in Worten".

Zeile 13 hinter Wort „Vorurteilen" ist einzufügen in Klammern „die in allen möglichen Formen auftreten, wie Rassenhaß, nationale Verhetzung, Antisemitismus".

These 11, § 1 ist zu lesen: „alle kommunistischen Parteien müssen die revolutionären" usw.

§ 2 zu lesen: „notwendigerweise ist ein Kampf gegen den reaktionären und mittelalterlichen Einfluß der Geistlichkeit, der christlichen Missionen und ähnlicher Elemente zu führen".

In § 3 ist zu lesen: „notwendig ist der Kampf gegen den Panislamismus und die panasiatische Bewegung und ähnliche Strömungen".

In § 4 ist hinter dem Wort „zu geben" einzufügen: „womöglich die Bauern und alle Ausgebeuteten in Sowjets zu organisieren".

In § 5 sind in den Zeilen 2, 6 und 17 die Worte „bürgerlich-demokratisch" zu ändern in „revolutionär".

§ 6, Zeile 5 zu lesen: „die imperialistischen Mächte mit Hilfe der privilegierten Klassen".

In These 12 ist der Satz zu streichen, angefangen mit „andererseits" bis „auftreten".

Die Leitsätze des Genossen Roy sind von der Kommission gründlich geprüft und in dem Wortlaut angenommen worden, wie ihn der Genosse Roy dem Kongreß mitteilen wird. Ich denke, daß es möglich ist, alle diese Abänderungen schon jetzt in den Leitsätzen anzubringen.

ROY. Genossen! Ich habe dem Kongreß und der Kommission einige Ergänzungsthesen unterbreitet, die vorgelesen werden müssen, weil sie nicht gedruckt worden sind. Ich fange mit der Verlesung dieser Ergänzungsthesen an, die wie folgt lauten:

Ergänzungsthesen über die Nationalitäten- und Kolonialfrage.

1. Eine der wichtigsten Fragen, die dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale vorlagen, ist die genaue Feststellung der Wechselbeziehungen zwischen der Kommunistischen Internationale und der revolutionären Bewegung in den politisch unterdrückten, vom eigenen kapitalistischen System beherrschten Ländern, wie in China und Indien. Die Geschichte der Weltrevolution durchlebt eine Periode, die eine richtige Auffassung dieser Wechselbeziehungen erfordert. Der große europäische Krieg und seine Folgen haben deutlich gezeigt, daß die Volksmassen der nichteuropäischen unterdrückten Länder infolge der Zentralisation des Weltkapitalismus mit der

proletarischen Bewegung in Europa unlösbar verbunden sind, was während des Krieges z. B. in der Entsendung von Kolonialtruppen und zahlreichen Arbeitermassen an die Front seinen Ausdruck fand.

2. Der europäische Kapitalismus schöpft seine Kraft in der Hauptsache weniger aus den europäischen Industrieländern als aus seinen Kolonialbesitzungen. Zu seiner Existenz bedarf er der Kontrolle über die umfangreichen Kolonialmärkte und ein weites Feld der Ausbeutungsmöglichkeit. England, das Bollwerk des Imperialismus, leidet schon ein Jahrhundert lang unter Ueberproduktion. Ohne die ausgedehnten Kolonialbesitzungen, die für den Absatz seiner Waren notwendig sind und zugleich die Rohstoffquellen bilden, wäre die kapitalistische Ordnung Englands schon lange unter ihrer eigenen Last zusammengebrochen. Indem der englische Imperialismus Hunderte von Millionen Bewohner Asiens und Afrikas zu Sklaven macht, hält er gleichzeitig das britische Proletariat unter der Herrschaft der Bourgeoisie.

3. Der Extragewinn, der in den Kolonien erzielt wird, ist eine der Hauptquellen der Mittel des zeitgenössischen Kapitalismus. Der europäischen Arbeiterklasse wird der Sturz der kapitalistischen Ordnung erst dann gelingen, wenn diese Quelle endgültig verstopft ist. Die kapitalistischen Länder versuchen, und zwar nicht ohne Erfolg, durch umfangreiche und intensive Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der natürlichen Reichtümer der Kolonien ihre erschütterte Lage wiederherzustellen. Infolge der Ausbeutung der Kolonialbevölkerung ist der europäische Imperialismus imstande, der Arbeiteraristokratie in Europa eine ganze Reihe von Almosen (Kompensationen) zu gewähren. Während der europäische Imperialismus einerseits durch die Einfuhr von Waren, die von der billigeren Arbeitskraft der Arbeiter der Kolonialländer hergestellt sind, das zum Lebensunterhalt nötige Minimum des Proletariats herabzudrücken sucht, ist er andererseits bereit, den im Heimatland zu erzielenden Mehrgewinn zu opfern, um sich

nur den durch die Ausbeutung der Kolonien zu erreichenden Extragewinn zu erhalten.

4. Der Fortfall der Kolonien und die proletarische Revolution in den Mutterländern werden die kapitalistische Ordnung in Europa stürzen. Folglich muß die Kommunistische Internationale ihr Tätigkeitsfeld erweitern. Die Kommunistische Internationale muß sich in enger Verbindung mit den revolutionären Kräften befinden, die sich gegenwärtig in den politisch und wirtschaftlich unterdrückten Ländern an dem Sturz des Imperialismus beteiligen. Zum vollen Erfolg der Weltrevolution ist das Zusammenwirken dieser beiden Kräfte notwendig.

5. Die Kommunistische Internationale ist der konzentrierte Wille des Weltproletariats. Ihre Aufgabe ist die Organisation der Arbeiterklasse der ganzen Welt zum Sturze der kapitalistischen Ordnung und zur Verbreitung des Kommunismus. Die Kommunistische Internationale ist eine kriegerische Einheit, die die revolutionären Kräfte aller Länder der Welt vereinigen muß.

Die durch und durch mit bürgerlicher Kultur durchtränkte, von einem Häuflein Politikaster geführte II. Internationale hat die ganze Wichtigkeit der Kolonialfrage nicht genügend gewertet. Für sie war die Welt außerhalb Europas nicht vorhanden. Sie erkannte nicht die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der revolutionären Bewegung in Europa und in den anderen Erdteilen. Anstatt die revolutionäre Bewegung in den Kolonien materiell und moralisch zu unterstützen, wurden die Mitglieder der II. Internationale selbst zu Imperialisten.

6. Der den Ostvölkern gewaltsam aufgezwungene ausländische Imperialismus hat ohne Zweifel ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung gehemmt und ihnen die Möglichkeit genommen, jene Entwicklungsstufe zu erreichen, die in Europa und Amerika erreicht ist. Dank der imperialistischen Politik, die bestrebt ist, die industrielle Entwicklung in den Kolonien aufzuhalten, hat das eingeborene Proletariat eigentlich erst vor kurzem zu existieren begonnen. Die lokal zersplitterte Haus-

industrie hat der zentralisierten Industrie der imperialistischen Länder den Platz geräumt; infolgedessen wurde die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung gezwungen, sich mit Ackerbau zu beschäftigen und die Rohstoffe ins Ausland auszuführen. Andererseits ist eine schnell anwachsende Konzentration des Bodens in den Händen der Großgrundbesitzer, der Kapitalisten und des Staates zu beobachten, was wieder zur Vermehrung der Zahl der landlosen Bauern beiträgt. Die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung dieser Kolonien befindet sich im Zustande der Unterdrückung. Infolge dieser Politik kommt der unentfaltet in den Volksmassen lebende Geist der Empörung nur bei der zahlenmäßig schwachen intelligenten Mittelklasse zum Ausdruck. Die Fremdherrschaft hemmt beständig die freie Entwicklung des sozialen Lebens; daher muß der erste Schritt der Revolution die Beseitigung dieser Fremdherrschaft sein. Den Kampf zum Sturz der ausländischen Herrschaft in den Kolonien unterstützen heißt also nicht, die nationalen Bestrebungen der eingeborenen Bourgeoisie unterschreiben, vielmehr bedeutet es, dem Proletariat der Kolonien den Weg zu seiner Befreiung zu ebnen.

7. Es lassen sich zwei Bewegungen feststellen, die mit jedem Tage mehr auseinander gehen. Eine von ihnen ist die bürgerlich-demokratische nationalistische Bewegung, die das Programm der politischen Unabhängigkeit unter Beibehaltung der kapitalistischen Ordnung verfolgt; die andere ist der Kampf der besitzlosen Bauern um ihre Befreiung von jeglicher Ausbeutung. Die erste Bewegung versucht, oft mit Erfolg, die zweite zu kontrollieren; die Kommunistische Internationale aber muß gegen eine derartige Kontrolle ankämpfen, und die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeitermassen der Kolonien muß demgemäß auf den Sturz des ausländischen Kapitalismus gerichtet werden. Die wichtigste und notwendigste Aufgabe jedoch ist die Schaffung kommunistischer Organisationen der Bauern und Arbeiter, um diese zur Revolution und zur Errichtung der Sowjetrepublik zu führen. Auf diese Weise werden die Volksmassen in den rückständigen Ländern nicht

durch die kapitalistische Entwicklung, sondern durch die Entwicklung des Klassenbewußtseins, unter der Führung des bewußten Proletariats der fortgeschrittenen Länder dem Kommunismus angeschlossen werden.

8. Die reale Kraft, das Fundament der Befreiungsbewegung, läßt sich in den Kolonien nicht in den engen Rahmen des bürgerlich-demokratischen Nationalismus zwingen. In dem größten Teile der Kolonien bestehen schon organisierte revolutionäre Parteien, die in enger Verbindung mit den Arbeitermassen arbeiten. Die kommunistische Partei muß die Verbindung mit der revolutionären Bewegung in den Kolonien durch Vermittlung dieser Parteien und Gruppen herstellen, denn sie sind die Vorhut der Arbeiterklasse. Gegenwärtig sind sie nicht zahlreich, drücken jedoch den Willen der Volksmassen aus und führen die Revolution nach sich. Die kommunistischen Parteien der verschiedenen imperialistischen Länder müssen in engstem Kontakt mit den proletarischen Parteien der Kolonialländer arbeiten und durch diese die revolutionäre Bewegung überhaupt materiell und moralisch unterstützen.

9. In der ersten Zeit wird die Revolution in den Kolonien keine kommunistische Revolution sein; wenn jedoch von Anfang an die kommunistische Vorhut an ihre Spitze tritt, werden die revolutionären Massen auf den richtigen Weg gebracht werden, auf dem sie durch allmähliche Sammlung von revolutionärer Erfahrung das gesteckte Ziel erreichen werden. Es wäre ein Fehler, die Agrarfrage sofort nach rein kommunistischen Grundsätzen entscheiden zu wollen. Auf der ersten Stufe ihrer Entwicklung muß die Revolution in den Kolonien nach dem Programm rein kleinbürgerlicher reformistischer Forderungen, wie Aufteilung des Landes usw., durchgeführt werden. Daraus aber folgt nicht, daß die Führung in den Kolonien sich in den Händen der bürgerlichen Demokraten befinden darf. Im Gegenteil, die proletarischen Parteien müssen eine intensive Propaganda der kommunistischen Ideen betreiben und bei der ersten Möglichkeit Arbeiter- und Bauernräte gründen. Diese Räte müssen in gleicher Weise wie die Sowjetrepubliken der vorgeschrittenen

kapitalistischen Länder arbeiten, um den endgültigen Sturz der kapitalistischen Ordnung der ganzen Welt herbeizuführen.

Zur näheren Information des Kongresses habe ich folgendes hinzuzufügen. Ich lenke die besondere Aufmerksamkeit des Kongresses auf diese sehr wichtigen Fragen. Es freut mich, Gelegenheit zu haben, zum ersten Male auf einem Kongreß des revolutionären Proletariats ernstlich an einer Diskussion über die Kolonialfrage teilnehmen zu können. Bis heute haben die europäischen Parteien diesem Problem noch viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, denn sie waren immer mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt und haben die Kolonialfragen meist übergangen, obwohl sie in der jetzigen Periode von sehr großer Bedeutung für die internationale Bewegung sind. Die Kolonialfrage ist eine der wichtigsten Angelegenheiten nach dem Kriege geworden. England ist jetzt die größte imperialistische Macht der Welt und hat eben eine sehr gewaltige Bedeutung, eine gewaltige Kraft, eine starke soziale Position als Ergebnis seines kolonialen Besitzes. Obgleich jetzt von Deutschland nicht dasselbe gesagt werden kann, da Deutschland jetzt keinen kolonialen Besitz hat, hat die Frage doch keine besondere englische Bedeutung. Deshalb haben auch die deutschen Genossen dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zu widmen, weil es eine internationale Frage geworden ist. Die ökonomischen Beziehungen zwischen Europa und den Kolonien sind jetzt das Fundament des Kapitalismus. Der Mehrwert, der in England in vergangenen Zeiten produziert worden ist, ist jetzt zum Teil in den Kolonien investiert. Ferner sind die Mehrprodukte, die in England selbst produziert wurden, nach dem Kolonialmarkt gebracht worden. England hat auf diese Weise seine eigene Produktion so geordnet, daß es nicht mehr Lebensmittel als für drei Monate im Jahr allein produzieren kann. England hat immer in der brutalsten Weise seine Arbeiter ausgebeutet. Dasselbe System der Ausbeutung, der Enteignung, der Unterdrückung des Menschen im Arbeiter wird jetzt auch in den eroberten Ländern angewandt. Britisch-Indien allein hat eine Bevölkerung von nicht weniger als

315 Millionen. Neben Britisch-Indien beutet England noch viele Millionen farbiger Völker in den Kolonien aus.

Wenn die Kommunistische Internationale sich darüber klar geworden ist, daß sie diese Angelegenheiten zu den ihrigen machen muß, dann ist die zweite Frage, wie man die Kolonialbewegung am besten fördern und weiter entwickeln kann, noch zu lösen. Bis vor kurzem gab es in den Kolonien nur nationalistisch-revolutionäre Bewegungen der Mittelklasse, deren einziger Wunsch es war, die Stelle der herrschenden Fremden einzunehmen, um selbst das eigene Proletariat ausbeuten zu können. Wenn wir die Sache nicht zu doktrinär beleuchten, wenn wir sie hier auf dem Kongreß etwas näher betrachten, dann kann man den großen Wert der nationalistisch-revolutionären Bewegung auch unter den ostindischen Nationen für die Kommunistische Internationale richtig einschätzen. Zur Zeit des Krieges und nachher sind in Indien große Veränderungen vor sich gegangen. Während früher der englische Kapitalismus immer die Entwicklung einer britisch-indischen Industrie verhindert hat, ist das in den letzten Jahren nicht mehr der Fall. Die Industrie in Britisch-Indien hat sich in den letzten Jahren in sehr raschem Tempo entwickelt, wovon man hier in Europa gar keine Ahnung hat. Wenn man in Betracht zieht, daß in derselben Zeit, in der das industrielle Proletariat in Britisch-Indien um 15 Prozent gewachsen ist, das Kapital, das in der britischen Industrie angelegt wurde, um 2000 Prozent gestiegen ist, so kann man eine Vorstellung von der schnellen Entwicklung des kapitalistischen Systems in Britisch-Indien bekommen. Das trifft auch für Aegypten, für Holländisch-Indien und für China zu. Dieselbe Entwicklung, die in Britisch-Indien vor sich geht, ist auch in diesen Ländern zu konstatieren. Es hat in den letzten Jahren in Indien eine neue Bewegung unter den ausgebeuteten Massen gegeben, die sehr schnell Ausbreitung gefunden hat und sich in gewaltige Streikbewegungen äußerte. Diese Massenbewegung steht nicht unter der Kontrolle der revolutionären Nationalisten; sie entwickelt sich selbständig, obgleich die Nationalisten versuchen, diese Bewegung für ihre eigenen Zwecke auszunutzen.

Von dieser Massenbewegung kann man sagen, daß sie jedenfalls revolutionär ist, doch wird niemand sagen, daß die Arbeiter und Bauern, die diese Bewegung bilden, auch klar klassenbewußt sind. Jedenfalls aber ist die Bewegung revolutionär. In ihren Formen kommt dies tagtäglich zum Ausdruck. Genossen, ich meine, daß in diesem Stadium der revolutionären Massenbewegung für die Kommunistische Internationale das Arbeitsfeld offen liegt. Es kommt nur darauf an, die richtigen Maßnahmen zu treffen, um schnell die Früchte der Arbeit unter diesen Massen zu ernten. Natürlicherweise wird eine Revolution dieser Massen im ersten Stadium keine kommunistische Revolution sein, natürlich wird im ersten Stadium der revolutionäre Nationalismus eine Rolle spielen. Aber jedenfalls wird auch dieser revolutionäre Nationalismus zum Zusammenbruch des europäischen Imperialismus führen, was für das europäische Proletariat von ungeheurer Bedeutung ist.

Zum Schluß richte ich die dringende Bitte an alle Delegierten des Kongresses, unter keiner Bedingung die Unterstützung abzulehnen, die jetzt die Kolonialvölker des revolutionären Proletariats Britisch-Indiens bieten, und ich hoffe, daß der Kongreß meiner Auffassung sehr ernstlich Rechnung tragen wird. Ich hoffe, daß die Genossen durch meine Leitsätze veranlaßt werden, ihre Meinung der meinigen gegenüberzustellen, daß sie die sich ihnen bietende Gelegenheit ausnutzen werden, um durch die Debatte größere Klarheit unter den Kommunisten Europas und Amerikas zu schaffen. *(Beifall.)*

REED. In Amerika leben zehn Millionen Neger, die hauptsächlich in den Südstaaten konzentriert sind. In den letzten Jahren jedoch sind viele Tausende von ihnen nach dem Norden übergesiedelt. Die Neger des Nordens sind in der Industrie beschäftigt, während im Süden die Mehrzahl Landarbeiter und kleine Farmer sind. Die Lage der Neger, besonders in den Südstaaten, ist furchtbar. Paragraph 16 der Konstitution der Vereinigten Staaten gewährt den Negern das volle Bürgerrecht. Nichtsdestoweniger entziehen die meisten Südstaaten den Negern dieses Recht. In anderen Staaten, in denen die Neger

dem Gesetze nach das Stimmrecht besitzen, werden sie getötet, wenn sie es wagen, dieses Recht auszuüben.

Die Neger dürfen nicht in einem Eisenbahnwagen mit den Weißen fahren, nicht dieselben Gasthöfe und Speisehäuser besuchen, nicht in dem gleichen Stadtviertel wohnen. Es bestehen besondere und zudem schlechtere Schulen für die Neger, ebenso besondere Kirchen. Diese Absonderung der Neger heißt „System Jim Crows", und die Geistlichkeit der südlichen Kirchen predigt über das Paradies nach dem „System Jim Crows". In der Industrie werden die Neger als ungelernte Arbeiter verwendet. Bis vor kurzem waren sie aus den meisten der Verbände, die zur amerikanischen Föderation der Arbeit gehören, ausgeschlossen. Die I. W. W. haben natürlich die Neger organisiert, die alte sozialistische Partei jedoch hat keine ernsthaften Versuche zur Organisation der Neger unternommen. In einigen Staaten wurden die Neger überhaupt nicht in die Partei aufgenommen, in anderen wurden sie in eine besondere Sektion abgesondert, und die Parteistatuten verboten im allgemeinen die Verwendung von Parteimitteln für die Propaganda unter den Negern.

Im Süden hat der Neger überhaupt keine Rechte und genießt nicht den Schutz des Gesetzes. Meist kann man Neger ungestraft töten. Eine furchtbare Einrichtung der Weißen ist das Lynchen der Neger. Dies geschieht folgenderweise: der Neger wird mit Oel bestrichen, an einen Telegraphenpfosten gehängt und emporgezogen. Die ganze Bevölkerung der Stadt — Männer, Frauen und Kinder — läuft zu diesem Schauspiel zusammen und nimmt „zum Andenken" einen Teil der Kleidung und der Haut des zu Tode gequälten Negers mit nach Hause.

Ich habe zu wenig Zeit, um die geschichtlichen Voraussetzungen der Negerfrage in den Vereinigten Staaten darzulegen. Den Nachkommen der Sklavenbevölkerung, deren Befreiung nur eine militärische Maßnahme während des Bürgerkrieges war, als sie politisch und wirtschaftlich noch vollkommen unentwickelt waren, wurden später die vollen politischen Rechte gewährt, um im Süden einen erbitterten Klassenkampf hervorzurufen, der die Ent-

wicklung des südlichen Kapitalismus so lange aufhalten sollte, bis die Kapitalisten des Nordens alle Hilfsquellen des Landes in ihren Besitz gebracht hätten.

Bis vor kurzem zeigten die Neger keinerlei aggressives Klassenbewußtsein. Das erste Erwachen der Neger fand nach dem spanisch-amerikanischen Kriege statt, in dem die schwarzen Truppen mit außergewöhnlicher Tapferkeit gekämpft hatten und aus dem sie mit dem Gefühl heimkehrten, daß sie als Menschen den weißen Soldaten gleichstanden. Bis dahin bestand die einzige Bewegung unter den Negern in einem halb philanthropischen Erziehungsverein, an dessen Spitze Booker T. Washington stand und der von den weißen Kapitalisten unterstützt wurde. Diese Bewegung fand ihren Ausdruck in der Organisation von Schulen, in denen die Neger daran gewöhnt wurden, gute Diener der Industrie zu sein. Als geistige Nahrung wurde ihnen der gute Rat vorgesetzt, sich mit dem Lose eines unterdrückten Volkes abzufinden. Während des spanischen Krieges entstand unter den Negern eine aggressive reformistische Bewegung, welche die soziale und politische Gleichberechtigung mit den Weißen forderte. Mit Beginn des europäischen Krieges wurde eine halbe Million Neger, die der amerikanischen Armee angegliedert waren, nach Frankreich befördert, wo sie, in französischen Truppenteilen untergebracht, plötzlich die Entdeckung machten, daß man mit ihnen in sozialer und in jeder anderen Hinsicht wie mit Gleichen umging. Der amerikanische Generalstab wandte sich an das französische Oberkommando mit der Bitte, den Negern den Aufenthalt an Orten, die von Weißen besucht werden, zu untersagen und sie wie Tieferstehende zu behandeln. Nach dem Kriege kehrten die Neger, von denen viele von der französischen und englischen Regierung Tapferkeitsmedaillen erhalten hatten, in ihre südlichen Dörfer zurück, wo sie der Lynchjustiz unterworfen wurden, weil sie es wagten, auf der Straße ihre Uniform und ihre Orden zu tragen.

Zu gleicher Zeit entstand unter den zurückgebliebenen Negern eine starke Bewegung. Sie siedelten zu Tausenden nach dem Norden über, begannen in der Kriegsindustrie zu arbeiten

und kamen mit dem wogenden Strom der Arbeiterbewegung in Berührung. Die Lohnsätze blieben trotz ihrer Höhe hinter den unglaublich steigenden Preisen für die notwendigsten Bedarfsartikel zurück. Außerdem empörten sich die Neger über die Aussaugung aller Kräfte, über die fürchterliche Anspannung bei der Arbeit viel mehr als die weißen Arbeiter, die sich im Laufe der vielen Jahre an die furchtbare Ausbeutung gewöhnt hatten.

Die Neger streikten im Bunde mit den weißen Arbeitern und vereinigten sich sehr schnell mit dem industriellen Proletariat. Sie erwiesen sich als sehr empfänglich für revolutionäre Propaganda. Damals wurde die Zeitschrift „Messenger" gegründet, die von einem jungen Neger, dem Sozialisten Randolf, herausgegeben wurde und revolutionäre Propagandazwecke verfolgte. Diese Zeitschrift vereinigte die sozialistische Propaganda mit dem Appell an das Rassenbewußtsein der Neger und mit der Aufforderung zur Organisation des Selbstschutzes gegen die brutalen Angriffe der Weißen. Zu gleicher Zeit bestand die Zeitschrift auf die enge Verbindung mit den weißen Arbeitern, ungeachtet dessen, daß diese sich manchmal an den Negerhetzen beteiligten, wobei sie hervorhob, daß die Gegnerschaft der weißen und schwarzen Rasse von den Kapitalisten in deren Interesse unterstützt werde.

Die Rückkehr der Armee von der Front warf mit einem Male viele Millionen weißer Arbeiter auf den Arbeitsmarkt. Das hatte Arbeitslosigkeit zur Folge, und die Ungeduld der demobilisierten Soldaten nahm einen so drohenden Umfang an, daß die Unternehmer, die die Unzufriedenheit in ein anderes Geleise schieben wollten, gezwungen waren, den Soldaten zu erklären, daß ihre Stellen von Negern eingenommen seien, um so die weißen Arbeiter zur Niedermetzelung der Neger herauszufordern. Der erste dieser Ausbrüche fand in Washington statt, wo die aus dem Kriege heimgekehrten Beamten der Regierungsinstitutionen ihre Stellen mit Negern besetzt fanden. Diese Beamten waren in der Mehrzahl Südländer. Sie organisierten einen nächtlichen Ueberfall auf die Negerviertel, um die Neger durch Abschreckung zur Aufgabe ihrer Stellen zu veranlassen. Zur allgemeinen Ver-

wunderung kamen die Neger vollständig bewaffnet auf die Straße heraus. Es entspann sich ein Kampf, und die Neger kämpften so, daß auf einen getöteten Neger drei Weiße kamen. Einige Monate später brach in Chicago eine andere Revolte aus, die mehrere Tage dauerte, wobei es auf beiden Seiten viele Tote gab. Noch später fand eine Metzelei in Omaho statt. Bei allen diesen Kämpfen zeigten die Neger zum ersten Mal in der Geschichte, daß sie bewaffnet und prächtig organisiert sind und die Weißen durchaus nicht fürchten. Die Ergebnisse des Widerstandes der Neger waren: erstens eine verspätete Einmischung der Regierung und zweitens die Aufnahme von Negern in die Verbände der amerikanischen Föderation der Arbeit.

Unter den Negern selbst wuchs das Rassenbewußtsein. Gegenwärtig besteht unter den Negern eine Sektion, die den bewaffneten Aufstand der Neger gegen die Weißen predigt. Die aus dem Kriege heimgekehrten Neger haben überall Vereine zum Selbstschutz, zum Kampf mit den weißen Anhängern der Lynchjustiz gegründet. Die Verbreitung des „Messenger" nimmt immer mehr zu; gegenwärtig erscheint er in 180 000 Exemplaren monatlich. Zu gleicher Zeit haben die sozialistischen Ideen Wurzel gefaßt und verbreiten sich schnell unter den in der Industrie beschäftigten Negern.

Betrachten wir die Neger als geknechtetes und unterdrücktes Volk, so stellen sie uns zwei Aufgaben: einerseits eine starke Rassenbewegung, andererseits eine starke proletarische Arbeiterbewegung, die schnell an Klassenbewußtsein zunimmt. Die Neger stellen nicht die Forderung nationaler Unabhängigkeit. Eine Bewegung, die besondere nationale Existenz anstrebt, hat unter den Negern keinen Erfolg, wie z. B. die Bewegung „Zurück nach Afrika", die vor einigen Jahren beobachtet werden konnte. Sie halten sich vor allem für Amerikaner, fühlen sich in den Vereinigten Staaten zu Hause. Das vereinfacht die Aufgabe der Kommunisten überaus.

Die einzig richtige Politik der amerikanischen Kommunisten gegenüber den Negern ist die, sie vor allem als Arbeiter zu betrachten. Die landwirtschaftlichen Arbeiter und die kleinen

Farmer des Südens stellen trotz der Rückständigkeit der Neger die gleichen Aufgaben wie die, welche wir gegenüber dem weißen ländlichen Proletariat zu lösen haben. Unter den Negern, die im Norden als Industriearbeiter beschäftigt sind, kann kommunistische Propaganda betrieben werden. In beiden Teilen des Landes muß die Organisation der Neger in gemeinsamen Arbeiterverbänden mit den Weißen angestrebt werden. Das ist das beste und schnellste Mittel, die Rassenvorurteile auszurotten und die Klassensolidarität zu wecken.

Die Kommunisten dürfen sich nicht fernhalten von der Bewegung der Neger, die ihre soziale und politische Gleichberechtigung fordert und die sich gegenwärtig, im Augenblick des schnellen Wachstums des Rassenbewußtseins, rasch unter den Negermassen verbreitet. Die Kommunisten müssen diese Bewegung ausnützen, um die Lüge der bürgerlichen Gleichberechtigung und die Notwendigkeit der sozialen Revolution hervorzuheben, die nicht nur alle Arbeiter aus der Sklaverei erlösen wird, sondern die auch das einzige Mittel zur Befreiung des geknechteten Negervolkes ist.

FRAINA. Mein Vorredner hat über die Neger als ein unterdrücktes Volk in den Vereinigten Staaten gesprochen. Wir haben indessen noch zwei unterdrückte Völker anderer Art: die ausländischen Arbeiter und die Kolonialbewohner. Die furchtbare Unterdrückung der Streiks und der revolutionären Bewegung überhaupt ist keineswegs eine Folge des Krieges, sie ist vielmehr ein verstärkter politischer Ausdruck des früheren Verhaltens zu den unorganisierten, unqualifizierten Arbeitern. Die Streiks dieser Arbeiter werden gewaltsam unterdrückt. Weshalb? Deshalb, weil diese Arbeiter größtenteils Ausländer sind (sie bilden ungefähr 60 Prozent des industriellen Proletariats), die sich tatsächlich in derselben Lage wie die Kolonialbevölkerung befinden. Nach dem Bürgerkriege (1861—1865) entwickelte sich der Kapitalismus mit großer Geschwindigkeit. Der bisher unentwickelte Westen wurde durch den Bau der Ueberlandeisenbahnen erschlossen. Das Anlagekapital für diese Entwicklung stammte aus den östlichen Staaten und aus Europa.

Die Eingewanderten aber waren menschliche Rohstoffe, die genau wie die Bevölkerung rückständiger kolonialer Länder von der imperialistischen Gewalt entwickelt wurden. Die Konzentration der Industrie und die Monopolisierung, alle diese typischen Voraussetzungen eines inneren Imperialismus, wuchsen heran, bevor die Vereinigten Staaten ihren auswärtigen Imperialismus entfalten konnten. Die Schrecken, denen die Kolonialbevölkerung ausgesetzt war, unterschieden sich in nichts von den Schrecken, welche die in die Vereinigten Staaten eingewanderten Arbeiter zu erdulden hatten. So streikten z. B. im Jahre 1912 die Kohlenarbeiter in Ludlow. Mit Hilfe von Soldaten wurden die Kohlenarbeiter aus ihren Häusern getrieben und in Baracken einquartiert. Eines Tages, als die Männer einige Meilen von dort entfernt mit dem Militär kämpften, wurden die Baracken von einem Trupp Soldaten umzingelt und in Brand gesetzt, wobei Hunderte von Frauen und Kindern in den Flammen umkamen. Unter diesen Umständen wird der Klassenkampf in den Vereinigten Staaten häufig zu einem Rassenkampf. Und wie ein Negeraufstand das Signal für eine bürgerliche Gegenrevolution und nicht für eine proletarische Revolution darstellt, so kann dasselbe auch bei einem Aufstand der eingewanderten Arbeiter der Fall sein. Die große Aufgabe ist, diese Bewegungen unter den Amerikanern in eine revolutionäre Bewegung zu vereinigen.

Das ganze lateinische Amerika muß als Kolonie der Vereinigten Staaten betrachtet werden, und nicht nur seine augenblicklichen Kolonien wie die Philippinen usw. Zentralamerika steht durch die Besatzungstruppen unter völliger Kontrolle der Vereinigten Staaten. Die gleiche Kontrolle wird aber auch in Mexiko und Südamerika ausgeübt, wo sie sich auf doppelte Weise äußert: erstens durch die wirtschaftliche und finanzielle Durchdringung, die sich seit der Enteignung der deutschen Unternehmungen in diesen Ländern noch verstärkt hat; zweitens durch die Anwendung der Monroedoktrin, die sich aus dem ursprünglichen Schutz Amerikas vor dem monarchistischen System in ein Werkzeug der Führerstellung und Festigung des Imperialismus der Vereinigten Staaten über das lateinische Amerika verwandelt

hat. Ein Jahr vor dem Kriege legte Präsident Wilson die Monroedoktrin so aus, daß sie ein Mittel der amerikanischen Regierung wurde, um die britischen Kapitalisten zu verhindern, neue Naphthaquellen in Mexiko zu erwerben. Mit anderen Worten — das lateinische Amerika ist die koloniale Basis des Imperialismus der Vereinigten Staaten. Während die Wirtschaftsverhältnisse aller Länder in der übrigen Welt immer mehr zerrüttet werden, befestigt sich der Imperialismus der Vereinigten Staaten, indem er sich auf die Ausbeutung und Entwicklung des lateinischen Amerikas wirft. Es ist durchaus notwendig, durch Einleitung revolutionärer Bewegungen im lateinischen Amerika gegen diesen Imperialismus anzukämpfen, ebenso wie es notwendig ist, gegen den britischen Imperialismus durch die Auslösung revolutionärer Bewegungen in seinen Kolonien vorzugehen.

Die Bewegung in den Vereinigten Staaten hat bisher der Bewegung im lateinischen Amerika keine Aufmerksamkeit geschenkt; infolgedessen greift letztere in ihrer Ideologie auf Spanien anstatt auf die Vereinigten Staaten zurück. Die Bewegung im lateinischen Amerika muß sich von dieser Rückständigkeit ebenso wie von ihren syndikalistischen Vorurteilen freimachen. Die amerikanische Föderation der Arbeit und die reaktionäre sozialistische Partei sind bestrebt, allamerikanische Organisationen zu schaffen, jedoch nicht zu revolutionären Zwecken.

Die kommunistische Bewegung in den Vereinigten Staaten im besonderen und die Kommunistische Internationale im allgemeinen müssen aktiv in die Bewegung im lateinischen Amerika eingreifen. Die Bewegung in den Vereinigten Staaten und im lateinischen Amerika muß als eine einzige Bewegung angesehen werden. Unsere Strategie und unsere Taktik müssen vom Gesichtspunkt einer amerikanischen Revolution, die ganz Amerika umfaßt, ausgehen. Die Grundaufgabe der Kommunistischen Internationale, deren Verwirklichung allein die Weltrevolution sichert, ist die Vernichtung des Imperialismus der Vereinigten Staaten; und diese Vernichtung wird allein durch eine riesenhafte, ganz Amerika umfassende revolutionäre Bewegung ermög-

licht, wobei jede nationale Einheit sich den gemeinsamen Problemen der amerikanischen Revolution unterordnet.

RADEK. Auf allen Kongressen der Zweiten Internationale wurden häufige Proteste gegen das Wüten der imperialistischen Regierungen in den Kolonialländern erhoben. Auch jetzt wird auf den Konferenzen der Zweiten Internationale die Kolonialfrage andauernd behandelt, und wir sehen, wie Huysmans, Henderson und Konsorten nach rechts und links den Völkern die Unabhängigkeit austeilen, selbst wenn sie sie gar nicht fordern. Wenn es darum ginge, Proteste gegen die imperialistische Politik in die Welt hinauszuposaunen, die Unabhängigkeit der Kolonialvölker „anzuerkennen", so wäre unsere Aufgabe eine sehr einfache. Aber auf dem Gebiet des praktischen Kampfes in den Kolonialländern betreten wir einen ganz neuen Boden. Da gilt es nicht nur, die Grundlagen der kommunistischen Politik zu entwerfen, es gilt, sie nicht aus den Fingern zu saugen, sondern aus dem Studium der konkreten kolonialen Verhältnisse zu entwickeln. Es handelt sich darum, wirklich zur praktischen Unterstützung des Kampfes in den Kolonien zu schreiten. Genosse Lenin zitierte einen Ausspruch des Genossen Quelch, der in der Kolonialkommission erklärte: Falls in Indien ein Aufstand ausbrechen sollte, so würde es der jingoistischen Presse gelingen, einen großen Teil der englischen Arbeiter dahin zu beeinflussen, daß sie sich zur Unterdrückung des Aufstandes hergeben. Wenn Quelch nur darauf hinweisen will, daß in den englischen Arbeiterkreisen eine starke imperialistische Strömung besteht, so ist das eine Tatsachenfrage; sollte aber diese Feststellung dazu führen, daß sich unsere englischen Genossen bei einem kolonialen Aufstande passiv verhalten sollten, daß sie sich sagen würden, man dürfe wegen dieser Stimmung nichts weiter tun als Protestresolutionen annehmen, so könnte man sagen, daß die Kommunistische Internationale ihre Mitglieder erst das ABC der Politik lehren muß. Wenn die englischen Arbeiter, anstatt sich den bürgerlichen Vorurteilen entgegenzustellen, den englischen Imperialismus unterstützen oder ihn passiv dulden, so arbeiten sie für eine Unterdrückung jeder

revolutionären Bewegung in England selbst. Es ist unmöglich, daß das englische Proletariat sich von dem Joch, das ihm der Kapitalismus auferlegt, befreit, ohne daß es für die revolutionären Kolonialbewegungen in die Bresche tritt. Wenn die Zeit kommt, da die englischen Arbeiter sich gegen ihre eigene kapitalistische Klasse erheben, werden sie vor der Situation stehen, daß England im besten Falle 30 Prozent seiner Lebensmittel aus seiner eigenen Produktion decken kann. Sie werden vor der Situation stehen, daß das amerikanische Kapital versuchen wird, das proletarische England zu blockieren. Denn wenn auch die Schiffe der amerikanischen Kapitalisten nicht imstande sein werden, dem proletarischen Europa die Lebensmittelzufuhr auf die Dauer abzuschneiden, weil die Amerikaner verkaufen müssen, so ist es doch sehr gut möglich, daß das englische Kapital für ein oder zwei Jahre in der Lage sein wird, das amerikanische Getreide aufzukaufen, um es nicht nach England gelangen zu lassen. In dieser Situation werden die Geschicke der englischen Revolution zum großen Teil davon abhängen, ob die Bauern und Arbeiter Irlands, Indiens, Aegyptens usw. in den englischen Arbeitern ihre Verteidiger sehen werden, oder ob sie in der englischen Arbeiterschaft die Helfershelfer der englischen Imperialisten zu sehen gewohnt sind. Der Arbeiterkongreß in Scarborough hat eine wichtige Resolution angenommen, in der er die Unabhängigkeit Indiens und Aegyptens fordert. Kein einziger Kommunist stand auf, um dem Kongreß zu sagen, daß die Macdonald die englische Bourgeoisie unterstützen, indem sie die englischen Arbeiter täuschen, wenn *sie* von der Unabhängigkeit Indiens, Irlands und Aegyptens sprechen. Es ist eine direkte Heuchelei, ein Schwindel, wenn dieselben Leute, die sich aus Anlaß des Blutbades in Amritsar im Parlament nicht zur Charakterisierung des Generals Deyer als eines gewöhnlichen Mörders aufschwingen konnten, sich als die Verteidiger der Unabhängigkeit der Kolonien hinstellen. Wir bedauern es sehr, daß unsere Parteigenossen, die in der Labour Party sind, diesen Schwindlern nicht die Maske vom Gesicht gerissen haben. Die Internationale wird

die englischen Genossen nicht nach den Artikeln, die sie im „Call", im „Workers Dreadnought" schreiben, beurteilen; sie wird sie beurteilen nach der Anzahl der Genossen, die für die Agitation in den Kolonialländern in die Gefängnisse geworfen werden. Wir weisen die englischen Genossen darauf hin, daß es ihre Pflicht ist, die irische Bewegung mit allen Kräften zu unterstützen, daß es ihre Pflicht ist, Agitation unter den englischen Truppen zu treiben, daß es ihre Pflicht ist, mit allen Mitteln die Politik zu durchkreuzen, die der englische Transport- und Eisenbahnarbeiterverband jetzt treibt, indem er zuläßt, daß Truppentransporte nach Irland eingeschifft werden. Es ist sehr leicht, jetzt in England gegen die Intervention in Rußland zu sprechen, denn sogar die bürgerliche Linke ist dagegen. Es ist schwieriger für die englischen Genossen, für die Unabhängigkeit Irlands und für die antimilitaristische Tätigkeit einzutreten. Wir haben ein Recht, diese schwierige Arbeit von den englischen Genossen zu fordern.

Wir werden über diese Frage und über die Frage des Parlamentarismus noch zu sprechen haben, aber schon heute ist es wichtig, den englischen Genossen von den Shop Stewards, die die kommunistische Bewegung unterstützen wollen, zu zeigen, wie kindisch sie handeln, wie sehr sie die Möglichkeit des Kampfes aus den Händen geben, wenn sie sich nicht an den Kämpfen im Parlament beteiligen. Die Bauern Indiens können es nicht wissen, daß unsere Shop Stewards gegen ihre Unterdrückung kämpfen. Aber wenn einer die Dinge, ohne lange Reden zu halten, im Parlament beim Namen nennen würde, ganz gewiß würde er vom Speaker des Hauses ausgewiesen werden, und Reuter würde in der ganzen Welt berichten, daß sich im englischen Parlament ein Verräter gefunden hat, der einen Mörder einen Mörder genannt hat. Das englische Kapital, gestützt auf eine starke Bourgeoisie, kann nicht allein in London, Sheffield, Manchester, Glasgow gestürzt werden, es muß in den Kolonien geschlagen werden. Dort ist seine Achillesferse, und es ist die Pflicht der englischen Kommunisten, in die Kolonien zu gehen und dort an der Spitze der sich er-

hebenden Volksmassen zu kämpfen und sie zu unterstützen. In der alten Internationale kennen wir fast keinen einzigen Fall, daß eine sozialdemokratische Partei sich zum Vorkämpfer der Befreiung der Kolonialvölker gemacht hätte. Als die Hereros zu Tausenden in die Wüste getrieben wurden, enthielten sich die deutschen Sozialisten der Abstimmung, wobei sie erklärten, die Gründe des Aufstandes nicht zu kennen, kein Urteil über die Sache zu haben. Es ist die Pflicht der Kommunistischen Internationale, eine Atmosphäre zu schaffen, in der es möglich wird, hier an dem Kongreß teilzunehmen, ohne sich darüber ausweisen zu können, daß man praktisch an dem Aufstand in den Kolonien geholfen hat. Es handelt sich um eine der größten und wichtigsten Lebensfragen der Kommunistischen Internationale. So wie wir in jedem Lande versuchen müssen, für unseren Kampf auch die kleinbürgerlichen Elemente zu gewinnen, die in die Richtung des Proletariats getrieben werden, so muß die Kommunistische Internationale eine Säule sein, die den aufständischen Völkern in Asien und Afrika voranleuchtet. Die Kommunistische Internationale muß den Kapitalismus der Welt schlagen, nicht nur durch die europäischen, sondern auch durch die kolonialen Volksmassen. Der Kapitalismus wird sich nicht nur ökonomisch, sondern sogar militärisch auf die Kolonialvölker stützen. Die soziale Revolution in Europa wird noch mit schwarzen Truppen zu tun haben. Es ist die Pflicht der Kommunistischen Internationale, zu Taten zu schreiten. Die russische Sowjetrepublik hat diesen Weg beschritten, und wenn man in England unsere mühselige Arbeit im Osten, unsere bewußte Agitation, in Turkestan und im Kaukasus Sowjetorganisationen zu bilden, die ersten Fühler nach Persien und nach der Türkei auszustrecken, als Dinge auffaßt, die die Sowjetrepublik macht, um den Engländern Schwierigkeiten zu bereiten, so ist das ein Mißverstehen der auswärtigen Politik der Sowjetregierung. Es ist ein Teil des Programms der Kommunistischen Internationale, es ist Pflichterfüllung Sowjetrußlands als eines Teils der Kommunistischen Internationale. Wir betrachten die orientalische Agitation nicht als ein Aushilfsmittel im Kampf

gegen den europäischen Kapitalismus, wir betrachten sie als den Kampf, zu dem wir im dauernden Interesse des europäischen Proletariats verpflichtet sind. Die Hilfeleistung kann nicht darin bestehen, daß man künstlich kommunistische Parteien bildet, wo kein Boden für den Kommunismus vorhanden ist; sie kann geschehen, indem wir diesen Völkern helfen. Vom Genossen Lenin ist darauf hingewiesen worden, daß keine theoretische Notwendigkeit vorliegt dafür, daß alle Völker die Phase des Kapitalismus durchschreiten müssen. Nicht alle Völker, die heute kapitalistisch sind, sind zum Kapitalismus durch die Periode der Manufaktur gekommen. Japan ging aus einem Feudalzustand in die Phase der imperialistischen Kultur über. Wenn es den proletarischen Massen in Deutschland, Frankreich und England gelingt, den Sozialismus zu erobern, dann werden wir zu den Kolonialvölkern gehen nicht nur mit allen modernen Mitteln, die uns vom Kapitalismus zurückgelassen worden sind, sondern mit den Produktionsmethoden, die der Sozialismus schaffen wird. Wir werden ihnen helfen, aus der feudalen Barbarei den direkten Weg zu finden zu einer Produktion, bei der sie die modernen Mittel der Technik anwenden können, ohne durch die Phase des Handwerks und der Manufaktur hindurchgehen zu müssen. Wir stehen am Anfang einer neuen Epoche. Der europäische Kapitalismus fürchtet das Erwachen der orientalischen Völker; er erzählt von der „gelben Gefahr", und man kann sagen, wenn der Kapitalismus weiter bestehen bleibt, so besteht eine gelbe Gefahr. Der proletarisierte Bauer in China oder in der Türkei, dem man die Haut über die Ohren zieht, wird auswandern müssen, um Arbeit zu suchen, er wird sich in großen Völkerwanderungen zur Wehr setzen. Aber der Kommunismus hat keine gelbe Gefahr zu fürchten, er kann allen unterdrückten Völkern seine Hand hinreichen, denn er bringt ihnen nicht Ausbeutung, sondern brüderliche Hilfe.

ROSMER. Es ist ein Antrag gestellt worden auf Schluß der Rednerliste.

WIJNKOOP. Ich meine, daß man die Liste jetzt noch nicht schließen kann. Die Sache ist wichtig, wenigstens für die

Zukunft. Die Debatte hat noch nicht einmal angefangen. Vielleicht wird es keine Debatte geben.

SERRATI. Ich bemerke, daß sich noch 12 Redner eingetragen haben. Vielleicht hat Genosse Wijnkoop Recht. Ich sehe, daß die Debatten einen Weg nehmen, auf dem wir einer Menge von Sonderfragen entgegengehen. Es gilt, die Fragen im allgemeinen zu behandeln. Ich glaube, daß wir die Frage auf morgen vertagen und die Redner in dem Sinne schließen sollten, daß man die einzelnen Genossen bittet, die Frage allgemein zu betrachten und nicht auf Einzelheiten einzugehen.

GUILBEAUX. Ich schlage vor, daß man jetzt die Sitzung, nicht aber die Liste schließt. Die Frage ist sehr wichtig, und es ist absolut notwendig, daß alle Vertreter von Kolonialvölkern Bericht erstatten vor dem Kongreß. Man könnte die Redezeit beschränken, aber man sollte die Genossen nicht verhindern, sich auszusprechen.

MARING. Ich möchte darauf drängen, daß der Antrag des Genossen Serrati nicht angenommen wird. Es wäre nicht gut, wenn man den Vertretern der Kolonien nicht Gelegenheit geben würde, einige kurze Worte über die Bewegung zu sagen. Genosse Serrati weiß selbst, daß keiner der Italiener heute in der Kolonialkommission vertreten war. Man wird sich daher wundern, daß ein solcher Vorschlag von ihm gemacht worden ist.

RADEK. Ich spreche mich gegen den Antrag des Präsidiums aus. Ich verstehe, daß die hier Anwesenden orientiert sind über die Frage. Aber man kann bei den Verhandlungen nicht von dem Standpunkt ausgehen, daß dem einen oder dem anderen die Dinge bekannt sind, sondern es kommt dabei die politische Bedeutung der Kolonialfrage in Betracht. Wir haben ein politisches Interesse daran, daß die Arbeiter die Protokolle des Kongresses lesen und sehen, daß Vertreter der unterdrückten Völker hier gesprochen, an unseren Beratungen teilgenommen haben. Man kann nicht für jeden allgemeine Regeln der kommunistischen Taktik aufstellen; aber selbst ein einfacher Arbeiter kann viel zur Darstellung der Verhältnisse in seinem Lande beitragen. Es handelt sich darum, daß jeder

das sagt, was er weiß, und je konkreter er spricht, desto besser ist es. Ich sehe, daß die Vertreter von Irland sprechen wollen. Es ist von großer Bedeutung, daß der englische Imperialismus sieht, daß sich dort Elemente befinden, die sich mit uns verbünden und mit uns kämpfen wollen.

SERRATI. Ich wünschte nicht, daß jemand glaubt, daß ich vorgeschlagen habe, nicht zu diskutieren. Vor allem erkläre ich, daß ich weder im Namen des Büros, noch im Namen der italienischen Delegation meinen Vorschlag eingebracht habe. Man spricht hier bereits zehn Minuten über die Frage der Schwarzen in Chicago. Man kann nicht die Fragen bis aufs kleinste zergliedern, man muß sie in sehr klaren und sehr konkreten Reden zusammenfassen. Ich möchte nicht, daß man glaubt, ich wäre dagegen, daß die Genossen der zurückgebliebenen Länder, wie man sie in den Leitsätzen des Genossen Lenin nennt, sprechen. Wenn ich den Schluß der Rednerliste vorgeschlagen habe, so deshalb, weil alle Vertreter der zurückgebliebenen Länder — China, Persien, Korea, Japan, Türkei — bereits eingetragen sind. Wenn noch andere Genossen zurückgebliebener Länder sich einschreiben, so werden wir die Geschichte der verschiedenen Völker der Welt hier zu hören bekommen. Ich schlage jedoch vor, daß man die Sitzung schließt, und in der folgenden werden wir sehen, ob wir die Liste schließen oder fortsetzen müssen.

WIJNKOOP. Ich schlage vor, über den Antrag Serrati abzustimmen. In der nächsten Sitzung werden wir sehen, was wir weiter tun.

SERRATI. Ich ziehe meinen Vorschlag zurück.

ROSMER. Die Diskussion wird morgen früh in der Plenarsitzung fortgesetzt werden. Uebermorgen um 10 Uhr morgens findet wieder eine Plenarsitzung statt.

(Die Sitzung wird um 2½ Uhr morgens geschlossen.)

Fünfte Sitzung
des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale am 28. Juli 1920.

(Die Sitzung wird um 11 Uhr morgens unter dem Vorsitz des Genossen Sinowjew eröffnet. Die Debatten über die Nationalitäten- und Kolonialfrage werden fortgesetzt.)

SULTAN SADE (Persien). Die Zweite Internationale hat auf den meisten ihrer Kongresse die Kolonialfrage studiert und gewählte Resolutionen darüber verfaßt, die indessen nie verwirklicht werden konnten. Häufig wurden diese Fragen debattiert und Beschlüsse unter Beteiligung der Vertreter rückständiger Länder angenommen. Ja, noch mehr: als nach der Unterdrückung der ersten persischen Revolution durch die russischen und englischen Henker die persische Sozialdemokratie sich an das europäische Proletariat um Hilfe wandte, das damals durch die Zweite Internationale vertreten war, erhielt sie nicht einmal das Recht, über eine diesbezügliche Resolution abstimmen zu lassen. Es ist heute auf dem Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale das erste Mal, daß diese Frage von Grund aus, und zwar mit den Vertretern fast aller kolonisierten oder zur Hälfte kolonisierten Länder des Orients und Amerikas behandelt wird. Die von unserer Kommission angenommene Resolution befriedigt vollständig die Erwartungen der werktätigen Massen der unterdrückten Völker und dient besonders als Ansporn zur Förderung der Sowjetbewegung in diesen Ländern. Auf den ersten Blick mag es sonderbar erscheinen, in abhängigen oder in fast noch abhängigen Ländern von einer Sowjetbewegung zu reden. Indessen, wenn wir der

sozialen Lage dieser Länder eine genaue Aufmerksamkeit schenken, müssen unsere Zweifel schwinden. Genosse Lenin hat bereits über die Erfahrungen der Kommunistischen Partei Rußlands in Turkestan, in Baschkirien und in Kirgisistan gesprochen. Wenn das Sowjetsystem in diesen Ländern gute Ergebnisse gezeitigt hat, muß die Sowjetbewegung in Persien und Indien, d. h. in Ländern, in denen die Klassendifferenzierung mit Riesenschritten vor sich geht, sich stark verbreitern.

Im Jahre 1870 standen alle diese Länder unter der Herrschaft des Handelskapitals. Die Lage hat sich nur wenig geändert. Die Kolonialpolitik der Großmächte hat, indem sie die Entwicklung der nationalen Industrie hinderte, diese Länder in Märkte und Rohstoffquellen für die großen europäischen Zentren verwandelt. Die Einfuhr von europäischen Kleinwaren in die Kolonien hat der einheimischen Industrie den Gnadenstoß versetzt.

Wenn das rasche Wachstum der kapitalistischen Industrie in den europäischen Ländern die alte Handwerkermasse rasch proletarisiert und ihr eine neue Ideologie geschaffen hat, so war das im Orient nicht der Fall, wo die Lage der Dinge Tausende von Unglücklichen gezwungen hat, nach Europa und Amerika auszuwandern. In diesen kolonisierten oder halb kolonisierten Ländern gibt es auch Bauernmassen, die unter fast unmöglichen Existenzbedingungen leben. Im ganzen Orient fällt die Steuern- und Abgabenlast in erster Linie auf diesen unglücklichen Teil der Bevölkerung. Da die Bauern fast die einzigen sind, die Lebensmittel erzeugen, müssen sie die Legionen der Kaufleute und der Ausbeuter, der Unternehmer und Tyrannen ernähren. Infolge der auf ihr lastenden Bedrückung kann diese unterdrückte Klasse des Orients keine mächtig organisierte revolutionäre Partei schaffen. Unter den herrschenden Klassen ist eine große Mannigfaltigkeit der Forderungen zu bemerken. Die Interessen der Handelskreise verlangen die Fortsetzung der Kolonialpolitik der Großmächte, die der Bourgeoisie werden dagegen durch die fremdländische Einmischung geschädigt. Wenn die Geistlichkeit gegen die Einfuhr von Waren aus anders-

gläubigen Ländern protestiert, so zögern andererseits die Kaufleute nicht, mit ihnen in Verbindung zu treten. Einigkeit bei den herrschenden Klassen gibt es nicht und kann es nicht geben.

Diese Tatsachen haben eine revolutionäre Atmosphäre geschaffen, und der nächste nationale Gewittersturm kann sich in diesen Ländern rasch in eine soziale Revolution verwandeln. Das ist im allgemeinen die Lage in den meisten Ländern Asiens. Folgt daraus nicht, daß das Schicksal des Kommunismus in der ganzen Welt von dem Siege der sozialen Revolution im Orient abhängt, wie Genosse Roy versichert? Gewiß nicht. Zahlreiche Genossen aus Turkestan sind in diesem Irrtum befangen. Es ist wahr, daß das kapitalistische Treiben in den Kolonien den revolutionären Geist weckt. Es ist aber gleichfalls wahr, daß durch die kapitalistische Ausbeutung im Zentrum unter der Arbeiteraristokratie ein gegenrevolutionärer Geist geschaffen wird. Der Kapitalismus sucht bewußt die Revolution dadurch zu hemmen, daß er kleine bevorzugte Arbeiterschichten durch kapitalistische Brosamen für sich zu gewinnen trachtet. Nehmen wir nur an, in Indien habe die kommunistische Revolution begonnen. Werden die Arbeiter dieses Landes dem Ansturm der Bourgeoisie der ganzen Welt standhalten können ohne die Hilfe einer großen revolutionären Bewegung in England und in Europa? Natürlich nicht. Die Unterdrückung der Revolution in Persien und China sind deutliche Beweise dafür. Wenn die türkischen und persischen Revolutionäre dem allmächtigen England jetzt ihren Fehdehandschuh zuwerfen, so geschieht das nicht deshalb, weil sie jetzt stärker sind, sondern deswegen, weil die imperialistischen Banditen machtlos geworden sind. Die Revolution, die im Westen begonnen hat, hat auch in Persien und der Türkei den Boden heiß gemacht und den Revolutionären Kraft verliehen. Die Epoche der Weltrevolution hat begonnen.

Der Punkt der Leitsätze, der die Unterstützung der bürgerlich-demokratischen Bewegung in den rückständigen Ländern vorsieht, kann, wie mir scheint, nur auf die Länder, in denen diese Bewegung im Anfangsstadium ist, bezogen werden. Wollte man in Ländern, die bereits eine Erfahrung von 10 oder

mehr Jahren hinter sich haben, oder in solchen, in denen die Bewegung bereits die Macht in Händen gehabt hat, wie in Persien, entsprechend den Leitsätzen verfahren, so hieße das, die Massen der Gegenrevolution in die Arme zu treiben. Es handelt sich darum, im Gegensatz zu den demokratisch-bürgerlichen Bewegungen eine rein kommunistische zu schaffen und aufrecht zu erhalten. Jede andere Beurteilung der Tatsachen könnte zu bedauerlichen Ergebnissen führen.

GRAZIADEI (Italien). Ich möchte vor allem bemerken, daß ich nur meine persönlichen Ansichten vertreten werde.

Nach den letzten Aenderungen, die an den Leitsätzen des Genossen Lenin in ihrer endgültigen Fassung vorgenommen wurden, nach den von der Kommission gemachten Verbesserungen und Erklärungen, vornehmlich betreffend den 2. Leitsatz, der mir in seiner ersten Fassung viel zu schaffen gemacht hat, erkläre ich mich bereit, alles, was Genosse Lenin vorschlägt, zu unterzeichnen.

Wenn ich recht verstanden habe, stellt Genosse Lenin die Frage in folgender Weise: wie es in jeder Nation Ausbeuter und Ausgebeutete gibt, so gibt es auch in internationalen Beziehungen Nationen, die von anderen Nationen ausgebeutet werden. Die von der II. Internationale angenommene kleinbürgerliche Konzeption und die abstrakte Idee der Rechte des Menschen waren dazu angetan, den Klassenkampf zu maskieren; die Idee der Gleichberechtigung der Nationen läuft darauf hinaus, den ökonomischen und moralischen Gegensatz zu vertuschen, der zwischen den imperialistischen und den unterdrückten Nationen besteht. Man verfiel früher in zwei einander entgegengesetzte Irrtümer. Die II. Internationale hatte die Tendenz, die nationalen Probleme so anzunehmen, wie sie von der Bourgeoisie dargestellt wurden; andererseits glaubte ein anderer Teil Sozialisten, der gegen diesen anfänglichen und fatalen Irrtum ankämpfte, sich von diesem wichtigen Problem befreien zu können, indem er es einfach ignorierte. Genosse Lenin dagegen hat versucht, dieses Problem marxistisch und realistisch zu beleuchten. Ich sage „marxistisch" in dem Sinne,

daß Genosse Lenin dem einzigen Teil des Marxismus treu bleibt, an dem nicht gerührt werden darf: der Methode. Tatsächlich entspricht die kritische und materialistische Auffassung des Genossen Lenin der Situation vor dem Kriege und mehr noch der Situation, die am Ende des imperialistischen Krieges vorliegt.

Es ist kein Widerspruch vorhanden zwischen den Leitsätzen des Genossen Lenin und unserer Definition des Krieges 1914. Der Krieg, den wir einen imperialistischen Krieg genannt haben, war nicht für alle Nationen in gleichem Maße imperialistisch; man muß diesen Unterschied machen, da die kleinen Nationen und besonders die Kolonien mit den großen Mächten zusammen in den Krieg hineingezogen wurden und eher Opfer des Imperialismus waren.

Aus einem so lange andauernden und verheerenden Kriege konnten nur die reichsten und die stärksten Nationen Nutzen ziehen; die kleineren Nationen haben ihre mehr oder weniger vorhandene wirtschaftliche Unabhängigkeit eingebüßt; selbst wenn ihre früheren territorialen Grenzen dieselben geblieben sind, ist ihre Lage eine äußerst schwierige geworden.

Zwei Tatsachen, die sich daraus ergeben, sind zur Zeit vorherrschend: einerseits der Kampf der großen imperialistischen Mächte gegen Sowjetrußland, gegen das die kleinen Nationen (Polen, Rumänien u. a.) ins Feld geschickt werden, und andererseits die Möglichkeit für Sowjetrußland, aus den Aufständen der kleinen Nationen und der Kolonien gegen den ausbeutenden Imperialismus der kapitalistischen Länder eine mächtige Waffe gegen den Imperialismus zu schmieden.

Wenn das aber auch alles wahr ist, muß ich dennoch bemerken: man darf, wie mir scheint, die Kommunistische Internationale von der Sowjetregierung nicht scheiden; der Sieg der letzteren ist es allein gewesen, der die Gründung und den Erfolg der Kommunistischen Internationale ermöglicht hat, wie der Fall der Pariser Kommune den Untergang der I. Internationale nach sich gezogen hat. Es darf jedoch nicht geleugnet werden, daß die Arbeit, die unsere russischen Genossen mit solch einem

Heroismus und solch einem Talent angesichts einer Menge von Feinden leisten, unter dem Drang der Notwendigkeit und gegen ihren Willen zu einem linken Opportunismus führen könnte, den eine Organisation wie die Kommunistische Internationale zu vermeiden suchen sollte. Eine sehr strenge Definition der Prinzipien ist also notwendig. Es ist wichtig, zu betonen, daß die Aktion in Ländern, in denen der richtige imperialistische Kapitalismus besteht, sich von derjenigen in zurückgebliebenen Ländern und Kolonien unterscheiden soll. Außerdem sollen den örtlichen Parteien gewisse Garantien gegeben werden. Das ist alles, was ich zu den Leitsätzen des Genossen Lenin hinzuzufügen vorschlage. Ich erkläre dabei, daß ich mich nicht an den Buchstaben dieser Zusätze halte, sondern an ihren Sinn.

Ich schlage vor, den 11. Leitsatz folgendermaßen zu beginnen: „In den Ländern, in denen die Verhältnisse den herrschenden Klassen gestatten, eine nationale imperialistische Politik zu treiben, und in denen folglich auch ein genügend starkes industrielles Proletariat vorhanden ist, müssen die kommunistischen Parteien einen offenen und unerbittlichen Kampf einleiten." Weiter folgt der Text: „In bezug auf usw.".

Weiter in dem 11. Leitsatz, Abschnitt 1, Zeile 1, anstatt „die Notwendigkeit der Unterstützung" — „die Notwendigkeit eines aktiven Interesses".

Zeile 3—4 anstatt „die Pflicht, ihn zu unterstützen" „die Pflicht des aktiven Interesses".

Abschnitt 5, Zeile 5, anstatt „nicht unterstützen soll" — „sich nicht interessieren soll".

Zeile 13, anstatt „muß zeitweilige Verbindungen schließen" — „muß zeitweilige Beziehungen unterhalten".

Anstatt Zusatz der Kommission „und die Form muß mit der entsprechenden kommunistischen Partei besprochen werden" — „das jeweilige Interesse der Kommunistischen Internationale an einer solchen Bewegung ist dadurch bedingt, daß die entsprechenden kommunistischen Parteien die Art ihrer Tätigkeit erörtert haben und die nachstehenden und alle

übrigen Bedingungen, die die Situation und die Erfahrung fordern, erfüllt werden".

In dem 12. Leitsatz muß der letzte Teil des vorletzten Satzes von den Worten „und die Pflicht" bis zu den Worten „dieses Mißtrauen" weggelassen werden.

Der Begriff des Wortes „Unterstützung", der in den Leitsätzen angewandt wurde, ist enger als der der Bezeichnung „aktives Interesse". Er hat nur einen einzigen Fall im Auge, und zwar den allergefährlichsten. Die Notwendigkeit des „aktiven Interesses" bezeichnet die „Unterstützung" aber nur als einen unter allen möglichen Fällen. Es wäre besser, wenn man überall immer nationale Bewegungen rasch ausnützen könnte, um eine revolutionäre Bewegung zu schaffen. Dasselbe kann von den „Verbindungen" gesagt werden. Sie sind nur Einzelfälle, und nicht einmal die wünschenswertesten.

LAO-SI-TAO (China). Das Ende des Jahres 1918 fand China im Zeichen des Bürgerkrieges. Im Süden herrschte zeitweilig eine provisorische revolutionäre Regierung, deren Zweck der erbittertste Kampf mit der Pekinger Regierung war. An der Spitze der südlichen Regierung stand anfangs der berühmte Führer der ersten chinesischen Revolution Sun-Yat-Sen, der sich indessen bald von der Regierung zurückzog, und zwar infolge von Konflikten, die zwischen ihm und den im Schoße der südlichen Regierung zurückgebliebenen Vertretern der alten Bürokratie ausbrachen. Seitdem beteiligte er sich nicht mehr offiziell an den Regierungsgeschäften. Die südliche Regierung setzt bis jetzt den Kampf mit der Pekinger Regierung fort. Dieser Kampf geht vor sich unter den von der Gruppe Sun-Yat-Sen proklamierten Losungen, deren grundlegendes Prinzip ist, dem alten Parlament und dem alten Präsidenten ihre Rechte wiederzugeben und die Pekinger Regierung zu veranlassen, ihren Abschied zu nehmen. Dieser Kampf wird mit wechselndem Erfolge geführt, aber zweifellos hat die südliche Regierung mehr Aussichten auf einen siegreichen Ausgang als die nördliche, obwohl letztere durch ihre glänzende Finanzlage eher darauf hoffen könnte. In den letzten Tagen wurde uns

mitgeteilt, daß die Truppen der südlichen Regierung Hu-Nan besetzt hätten, d. h. eine der zentralen, an Peking grenzenden Provinzen. Als die alte reaktionäre Pekinger Regierung 1917 zum erstenmal mit den verbündeten Ländern an der Koalition gegen Deutschland teilnahm, versprach sie dem Lande für die Beteiligung am Kriege die verschiedensten Vorteile. Vergeblich protestierten die revolutionären Parteien, der Krieg wurde erklärt. Das chinesische Volk schenkte trotzdem diesen Versprechungen Glauben, und bis zur Einberufung der Versailler Konferenz hegte es Hoffnungen. Wie groß war jedoch seine Enttäuschung, als Versailles China nichts gab, sondern im Gegenteil Japan die Rechte und die territorialen Eroberungen sicherte, die es während des Krieges auf Kosten Chinas erworben hatte. Nach der Rückkehr der Delegation aus Versailles begann eine nicht zu unterschätzende Bewegung gegen die Regierung und gegen Japan. An die Spitze dieser Bewegung stellten sich die Studenten, die sich in Vereinen organisiert hatten, deren Zentrum sich in Shanghai befand. Die Studenten leiteten eine weitgehende Agitation durch Kundgebungen, Streiks, Aufrufe usw. ein. Sie agitierten auch für den Boykott der japanischen Waren. Die Ergebnisse dieser Bewegung waren äußerst gering; sie wurde gewaltsam unterdrückt. In einigen Fällen wurden sogar Manifestanten erschossen. Trotzdem hat die Bewegung insofern eine bedeutende Rolle gespielt, als sie in der Masse das Gefühl der Empörung gegen die Regierung weckte.

In der letzten Zeit begannen die Studenten, als sie begriffen, daß sie allein nichts ausrichten können, die Arbeitermasse mit heranzuziehen. Die chinesischen Arbeiter begannen gleichfalls zu zeigen, was sie vermögen, und zwar als Vertreter eines noch ganz jungen industriellen Proletariats. So haben wir im Laufe des verflossenen Jahres in Shanghai eine Reihe von Streiks erlebt, freilich mit rein ökonomischen Zielen. Die sozialistische Partei von Shanghai gewinnt unter den Arbeitern immer größere Popularität. Diese Partei ist eine marxistische. Aus der von ihr herausgegebenen Wochenschrift ist ersichtlich,

daß diese Bewegung als eine durchaus ernst zu nehmende zu bezeichnen ist. In der Nummer vom ersten Mai finden wir folgende Losungen: „Wer nicht arbeitet, soll nicht essen". „Die ganze Welt soll dem Proletariat gehören". Diese Zeitschrift propagiert unausgesetzt die Idee des Sozialismus im Gegensatz zum Nationalismus. Sie besteht auf einem brüderlichen Bund mit Sowjetrußland. Sie protestiert gegen den chinesisch-japanischen Vertrag vom vorigen Jahre, der die Eroberung Sibiriens zum Ziele hatte. In allen Abhandlungen vertritt die Zeitschrift die Ansicht, daß das Proletariat die Bourgeoisie bekämpfen soll und daß das Prinzip des Nationalismus und der Staatlichkeit dem Prinzip des Internationalismus weichen solle. Diese Zeitschrift ist äußerst populär. So sehen wir hier den Beginn einer Organisation, die nicht nur das industrielle Proletariat, sondern auch die Handwerker umfaßt. Die Krise der europäischen Industrie fand auch in China einen Widerhall. China ist überschwemmt mit einer außerordentlichen Menge ausländischer Waren. Die chinesische Industrie entwickelt sich nicht, und das chinesische Proletariat befindet sich in einer bedauernswerten Lage. Kurz gesagt: die Intellektuellen Chinas, die Studenten und die Arbeiter besitzen ein reiches Material für revolutionäre Agitation. Wenn es auch keine großen Landbesitze in China gibt, so sehen wir doch schon, was die Bauernschaft betrifft, daß die reicheren Bauern sich allmählich Land ankaufen, was das Wachsen der Zahl der armen Bauern zur Folge hat. Selbstverständlich wird dieser Teil der Bevölkerung bereitwillig dem Stadtproletariat in der revolutionären Bewegung folgen.

China besteht zur Zeit aus einer Reihe von fast autonomen Provinzen, an deren Spitze mit allen Rechten versehene Generalgouverneure stehen. Alle diese Gouverneure sind, wie auch die Mitglieder der Regierung, Mitglieder der Militärpartei Anfu, d. h. der Partei der Bürokraten, von denen die meisten zur Zeit der Monarchie wichtige Posten bekleidet haben. Alle diese Gouverneure sind von der Pekinger Regierung fast unabhängig, und wenn sie sich im Kampf gegen den Süden noch

halten, so tun sie es nur aus persönlichem Interesse. Das Finanzwesen befindet sich ganz und gar in den Händen der Gouverneure, die die Einkünfte der Zentralregierung nach ihrem Gutdünken bestimmen. Infolgedessen sind die Mittel der Regierung selbstverständlich äußerst gering, so daß sie gezwungen ist, zu Anleihen zu greifen, und zwar hauptsächlich in Japan. Da diese Art von Diensten natürlich nicht gratis geleistet wird, erwirbt Japan dafür immer mehr Rechte und materielle Vorteile in China. In einer Reihe von chinesischen Provinzen herrscht Japan so allmächtig wie in einem eroberten Lande. Andererseits bietet die von uns beschriebene Autokratie der Gouverneure und das Bestehen einer 2 Millionen zählenden undisziplinierten bestechlichen Armee das Bild einer vollständigen Anarchie. Wenn wir dies in Betracht ziehen, wird uns auch die Opposition und die ständige revolutionäre Gärung unter den Massen verständlich.

Gegenwärtig befindet sich die ganze Opposition gegen die beiden in China bestehenden Regierungen in der Person ihrer Hauptvertreter in Shanghai. Dort befindet sich Sun-Yat-Sen mit den Anhängern der ersten Revolution. Dort befinden sich auch die Zentralföderation der Studenten, die Arbeiterverbände und die sozialistische Partei. In dem Kampfe gegen Japan, gegen die chinesische Regierung und gegen die Bourgeoisie sind alle diese Gruppen von einem einheitlichen revolutionären Bewußtsein durchdrungen.

Um das Gesagte zusammenzufassen, muß nochmals hervorgehoben werden, daß es zur Zeit in China ein weites Gebiet für revolutionäre Propaganda gibt. Der Kongreß der Kommunistischen Internationale muß seine Aufmerksamkeit auf diesen Umstand richten. Die Unterstützung der chinesischen Revolution ist nicht nur für China, sondern für die revolutionäre Bewegung der ganzen Welt von Bedeutung, denn augenblicklich gibt es nur einen einzigen Faktor, der sich dem habgierigen japanischen Imperialismus, der in Asien fest Wurzel gefaßt hat, entgegenstellen kann. Dieser einzige Faktor ist eine starke und

mächtige revolutionäre Bewegung unter den Arbeitermassen Chinas.

PAK-DIN-SCHUN (Korea). Im gegenwärtigen Augenblick erörtern wir hier die Kolonialfrage unter ganz anderen Verhältnissen als bei der Gründung der II. Internationale, vor dreißig Jahren. Die ganze Aufgabe der Kommunistischen Internationale in der Kolonialfrage besteht darin, die Fehler zu verbessern, die die Führer der II. Internationale gemacht haben. Die ganze Geschichte der ruhmlos zugrunde gegangenen II. Internationale hat gezeigt, daß das westeuropäische Proletariat im Kampfe mit seiner Bourgeoisie nicht den Sieg davontragen kann, solange die Bourgeoisie in den Kolonien ihre Kraftquellen hat.

Die offiziellen Führer sahen dies ein; jedoch diese Ideologen des Parlamentarismus standen dem heldenhaften Kampfe der Kolonialvölker fremd gegenüber, und immer, wenn sie an das Problem des Ostens, an das Problem der Kolonialvölker herangingen, zitterten sie nicht weniger als die bürgerlichen Ideologen. Aber hier, auf unserem Kongreß, hat schon die Arbeit in der Kommission gezeigt, daß alle Delegierten des Ostens wie des westeuropäischen Proletariats sich dessen bewußt sind, daß nur dann der frohe Tag — der Tag des Triumphes der Kommunistischen Internationale, der Tag der sozialen Revolution — anbrechen wird, wenn alle diese Kolonialvölker sich zum Aufstand erheben, wenn das westeuropäische Proletariat seiner Bourgeoisie den Todesstoß versetzt, wenn die Kolonialvölker die Bourgeoisie des Westens ins Herz treffen. Das Bewußtsein der Notwendigkeit gemeinsamen revolutionären Kampfes der Ostvölker und des westeuropäischen Proletariats wuchs immer mehr, und Rußland, das Bindeglied zwischen dem ganzen proletarischen Westen und dem revolutionären Osten, hat uns jetzt in Wirklichkeit die Möglichkeit gegeben, jene wunde Frage zu erörtern, die die Ursache des Opportunismus, die Ursache der Unentschlossenheit der II. Internationale war. Ich hoffe, daß unser Kongreß jetzt in der Kolonialfrage Be-

schlüsse fassen wird, die die revolutionäre Gärung, die Revolution im Osten beschleunigen werden.

Jetzt möchte ich von der revolutionären Bewegung sprechen, die sich in unserem Lande, in Korea, vollzieht. Einige Fragen haben wir schon entschieden. Ich möchte mich nur ganz kurz bei der praktischen Verwirklichung einiger hier aufgeworfener Fragen aufhalten, da die revolutionäre Bewegung uns schon einige Fragen gestellt hat, die auch hier aufgeworfen werden. Vor zehn Jahren stand das ganze koreanische Volk der Annexion Koreas teilnahmslos gegenüber. Ebenso teilnahmslos verhielt es sich zu den feurigen Redensarten über die Demokratie, über die Unabhängigkeit Koreas, über ein freies, glückliches Leben. Und plötzlich kämpft es jetzt 18 Monate lang und liefert Beispiele von Hingebung und Opfermut. Wir können nicht sagen, daß sich die allgemeine Kulturstufe des koreanischen Volkes im Laufe dieser 10 Jahre so bedeutend gehoben hätte. Die Japaner konnten während dieser 10 Jahre nicht nur das Klassenbewußtsein der koreanischen Massen, sondern auch das nationale Bewußtsein der Massen nicht heben. Wenn unsere Lehrer hier gesagt haben, daß die Revolution die Lokomotive der Geschichte ist, so müssen wir sagen, daß das Heizmaterial, das die Lokomotive veranlaßt, sich auf dem Wege der Revolution zu bewegen, die Oekonomik ist.

Und gegenwärtig, im Zusammenhang mit der Okkupation, ist Korea das unglücklichste Land. Nehmen wir die Bauernschaft. Ihr sind Steuern auferlegt, die um 300—350 Prozent höher sind, als sie vor der Annexion waren. Das ruiniert natürlich die Bauernschaft, und die Politik der japanischen Agrarbank, die eine gewaltsame Uebersiedelung aus dem eigentlichen Japan nach Korea wünscht, reizt die Mehrheit der Bauern, besonders der mittleren Bauern. Zudem geben die Japaner den Koreanern nicht die Möglichkeit, eine für das Leben nützliche Bildung zu erlangen, gestatten der lernenden Jugend nicht den Besuch der höheren Lehranstalten, die Ingenieure und gute militärische Instrukteure heranbilden. Deshalb ist nicht nur ein Teil der Intellektuellen, sondern die gesamte lernende

Jugend gegen die japanische Okkupation gestimmt. Betrachten wir nun die Bourgeoisie. Durch ihre Kolonialpolitik, die Korea als Kolonie zu behandeln wünscht, berauben die Japaner die koreanische Bourgeoisie der Möglichkeit, in Korea Fabriken und Werke zu bauen. Das ist auch eine der Ursachen, die die koreanische Bourgeoisie von Japan abstößt. Dank diesen Ursachen hat die Bourgeoisie im Bunde mit den werktätigen Massen gekämpft, und in den letzten zwei, drei Jahren war es uns nicht möglich, eine Grenze zwischen beiden zu ziehen. Und solange die wirtschaftlichen Verhältnisse dieses nicht möglich machen, werden wir es auch nicht tun können. Unsere Partei jedoch wird bemüht sein, diese Differenzierung der Klassen durchzuführen und die revolutionäre Bewegung zu leiten, die in Korea das Gepräge einer reinen Agrarbewegung trägt. Jetzt weiß jeder Lehnsherr, jeder Großgrundbesitzer, was die nationale Freiheitsbewegung in Korea ist. Das ist eine Bewegung, die sich nicht nur gegen den japanischen Imperialismus, nicht nur gegen das Joch der ausländischen Imperialisten richtet, sondern auch gegen die eigene Bourgeoisie, deren Mehrheit aus Großgrundbesitzern besteht. Schließlich, wenn für Korea die Zeit gekommen sein wird, das nationale Joch abzuschütteln, werden vielleicht zwei, drei Jahre genügen, damit die Bourgeoisie begreift, daß ein unabhängiges Korea nicht das Glück, das sie erwartet, geben kann. Sie weiß, daß ein unabhängiges Korea die Entziehung aller materiellen Vorteile bedeutet, daher ist sie gegen die koreanische Revolution und bindet ihr Schicksal an den japanischen Imperialismus.

Den Kern der Meinungsverschiedenheiten im revolutionären Denken bildete bei uns im vergangenen Jahre die Versailler Konferenz. Der rechte Flügel, der alle Nationalisten vereint, die großen politischen Parteien, die einen einheitlichen nationalen Block bilden, die Verbände der kleinbürgerlichen Organisationen, die für den Völkerbund waren und erwarteten, daß Wilson, dieser angebliche Heiland, den geknechteten Völkern des Ostens die Freiheit bringen würde, sie alle bestanden darauf, daß eine Delegation zur Friedenskonferenz

abgesandt wurde. Wir wußten sehr gut, daß die Imperialisten Amerikas, Japans und Englands auf keinen Fall so großmütig sein und auf ihre Vorteile verzichten würden, die ihnen die Kolonien gewähren. Daher stellten wir die Frage: Paris oder Moskau? Unsere geschichtliche Bewertung hat sich als richtig erwiesen. Auf der Versailler Konferenz hatte unsere koreanische Delegation keinen Erfolg, und unser Einfluß unter den Massen begann zu wachsen und wächst immer noch. Unsere Partei ist jetzt eine der großen Parteien und hat einen bedeutenden Einfluß auf die Massen. Und ich hoffe, daß sie die Leitsätze, die von dem gegenwärtigen Kongreß angenommen werden, zu ihrer Richtschnur machen wird. Unsere Partei, die immer unter dem Banner der Kommunistischen Internationale geht, hat jetzt ihr Schicksal unlösbar mit der revolutionären Bewegung des gesamten Weltproletariats verbunden und wird ihre Pflicht erfüllen. Sie wird im Verein mit dem revolutionären Proletariat der ganzen Welt zum Endziel — zum Aufbau des Kommunismus — schreiten. Unsere Partei wird eine der Hauptkräfte sein, die das geknechtete Korea in einen Teil der föderativen Weltsowjetrepublik verwandeln werden.

CONNOLLY (Irland). Die Leitsätze des Genossen Lenin haben die Grundzüge der allgemeinen Taktik der Kommunistischen Internationale gegenüber den national-revolutionären Bewegungen in den unterdrückten Ländern vorgezeichnet. Um diese Leitsätze tatsächlich anwenden zu können, muß die Kommunistische Internationale über die ökonomische und historische Bewegung in diesen Ländern richtig informiert sein und außerdem die Möglichkeit haben, die revolutionäre Bedeutung der verschiedenen, in dem betreffenden Lande wirkenden Kräfte einschätzen zu können. Deshalb wollen wir, ohne die Leitsätze in ihrer Gesamtheit zu erörtern, einen ausführlichen Bericht über die Lage in Irland geben.

Die irische Frage kann als Frage der unterdrückten Nationalitäten von einem dreifachen Standpunkt aus betrachtet werden: vom Standpunkt der national-revolutionären Bewegung, vom Standpunkt der kleinbürgerlichen Sozialdemo-

kraten und Liberalen und vom Standpunkt der Kommunistischen Internationale. Die erste Richtung betrachtet Irland als eine selbständige nationale Einheit, die seit sieben Jahrhunderten von England wirtschaftlich und politisch unterdrückt wurde, und erblickt die Lösung der Frage einzig und allein in der vollständigen Unabhängigkeit Irlands von Großbritannien. Dazu muß aber ein bürgerlich-demokratisches irisches Reich nach dem Muster der demokratischen Republiken Westeuropas geschaffen werden. Andernfalls wird es Irland nie gelingen, sich in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht vollständig entwickeln zu können.

Vom Standpunkt der Liberalen aus, der mit geringen Abweichungen auch von den kleinbürgerlichen Sozialdemokraten geteilt wird, ist Irland bereits ökonomisch und politisch ein Teil Großbritanniens. Daher genügt es, mittels vernünftiger politischer Zugeständnisse, im Rahmen einer beschränkten Selbstverwaltung, die nationalen Forderungen zu befriedigen. Es muß indessen verhütet werden, daß diese Selbständigkeit zu einer Gefahr für die Reichsregierung wird.

Vom Standpunkt der Kommunistischen Internationale aus ist die Sachlage eine ganz andere. In der letzten Phase des Kapitalismus ist die Lage aller nationalen Minderheiten und Kolonien eine überaus verwickelte. Unter den meisten dieser unterdrückten Völker und Rassen gibt es eine gegen den Imperialismus gerichtete revolutionäre Bewegung. Wenn der Kampf der Kommunistischen Internationale auch in einer anderen Richtung vor sich geht, darf sie sich doch nicht ohne weiteres von diesen revolutionären Aufständen abwenden, deren Zweck es auch ist, sich von dem Imperialismus zu befreien. Sie muß vielmehr jede Bewegung unterstützen, die zur Förderung der Weltrevolution beitragen kann. Die Kommunistische Internationale muß jede Bewegung anspornen und unterstützen, die bestrebt ist, die imperialistischen Mächte zu schwächen und die anwachsende Weltrevolution zu fördern. Die Kommunistische Internationale muß alle an solchen Kämpfen beteiligten kommunistischen Gruppen oder Richtungen

verstärken und zusammenfassen. Eine solche Politik wird zur Bildung einer kommunistischen Partei führen, in der sich unter dem Druck der Militärdiktatur der Imperialisten eine strenge Zentralisierung und gute Disziplin entwickelt und die dadurch befähigt wird, nach der Befreiung von dem imperialistischen Joch einen erbitterten Kampf um die Macht gegen ihre nationale Bourgeoisie zu führen. In Berücksichtigung dieser Umstände verlangen wir die Unterstützung der nationalen revolutionären Bewegungen durch die Kommunistische Internationale. Das einzige Mittel, von dem man sich Erfolg versprechen kann, ist die aktive Unterstützung der nationalen Bewegungen mit Hilfe der kommunistischen Gruppen in den in Frage kommenden Ländern, wie schwach sie auch sein mögen. Dies gilt besonders für Irland, wo eine Unterstützung der nationalen Bewegung durch die Kommunistische Internationale und ihre britische Sektion ohne Hinzuziehung der kommunistischen Gruppen letztere nur schwächen würde. Die Unterstützung durch die Kommunistische Internationale ist das einzige Mittel, das ihnen gestattet, schon in der ersten Zeit des revolutionären Kampfes eine bedeutende Rolle zu spielen. Die revolutionären Nationalisten werden im Kampf gegen den britischen Imperialismus jedes Mittel ausnützen, und falls der Kampf der Kommunistischen Internationale nur durch die Vermittlung der erwähnten kleinen kommunistischen Gruppen geführt wird, werden die irischen Nationalisten gezwungen sein, den Kommunisten gegenüber neutral zu bleiben, die ihrerseits in der Zwischenzeit neue Kräfte sammeln und sich entwickeln können. Ja, sie werden vielleicht diese kommunistischen Gruppen aktiv unterstützen müssen, wodurch sie unbewußt deren Propaganda erleichtern werden.

Wenn es in Irland keine kommunistische Bewegung geben würde, so wäre die unmittelbare Folge, daß Irland, unabhängig davon, ob es der zur Zeit dort herrschenden militärischen Diktatur unterworfen bleibt oder einen bürgerlichen Staat bildet, in eine Basis für den gegenrevolutionären Angriff auf die kommende soziale Revolution in England verwandelt würde,

wobei besonders zu beachten ist, daß in dem englischen Kampfe die Flotte keine geringe Rolle spielen wird und daß Irland prachtvolle Häfen und Unterseebootstützpunkte für eine zur Blockade Englands bestimmte weiße Flotte besitzt. Dies führt uns zum ersten Teil unseres Berichts zurück, in dem die strategische Lage Irlands in ihrer Bedeutung für den Kommunismus betrachtet wird. Wenn wir die internationale Lage als erbitterten Kampf zwischen dem Zentrum der Weltrevolution, Sowjetrußland, mit den sich um Rußland gruppierenden kleinen Staaten einerseits und dem Völkerbund mit dem britischen Imperialismus an der Spitze andererseits betrachten, dann ist Irland, dieser ständige Herd der Revolution im Herzen des Reiches, das ein englisches Heer von 200 000 Mann dauernd festhält, von großer Bedeutung für die internationale revolutionäre Bewegung. Andererseits muß man das Aeußerste versuchen, um die Verwendung Irlands als Basis für die Henker der englischen Revolution in oben erwähntem Sinne zu verhindern.

Was die in Amerika lebenden und die im Britischen Reich zerstreuten Iren betrifft, so ist allen das rege Interesse bekannt, das sie an der politischen Entwicklung ihrer Heimat nehmen, wie auch die Geschwindigkeit, mit der sie auf die dortigen Ereignisse reagieren.

Wenn dem so ist, dann wird die Hinneigung der irischen Politik zum Kommunismus die Massen der in den englischen Besitzungen und in den Vereinigten Staaten lebenden Iren mit sich ziehen, die kommunistische Bewegung in diesen Ländern verstärken und die internationale proletarische Bewegung überhaupt kräftigen.

(Genosse CONNOLLY verliest darauf den Bericht, der in Heft 12 der „Kommunistischen Internationale" unverkürzt veröffentlicht ist.)

MAC ALPINE. Ich lenke die Aufmerksamkeit des Kongresses auf den 12. Leitsatz:

„Die jahrhundertelange Unterdrückung der kolonialen Bevölkerung und der schwächeren Nationalitäten durch die

imperialistischen Mächte hat in den Arbeitermassen der unterdrückten Länder nicht nur ein feindliches Gefühl erweckt, sondern Mißtrauen gegen die Unterdrücker im allgemeinen, einschließlich das Proletariat dieser Nationen". Als Beispiel dafür kann die Haltung der Arbeitermassen Irlands gegenüber dem englischen Proletariat angeführt werden, die oft keinen Unterschied zwischen den regierenden Klassen Englands und den englischen Arbeitern machen. Durch diese Haltung der irischen Arbeiter läßt sich auch die Tatsache erklären, daß die englische Arbeiterbewegung bisher die durch Irland aufgeworfenen Probleme nicht verstanden hat.

Die meisten polnischen Revolutionäre, mit denen ich über die gegenwärtigen Verhältnisse in Irland gesprochen habe, sind erstaunt über die Aehnlichkeit mit den Verhältnissen in Polen im Jahre 1905. Die Aehnlichkeit ist augenscheinlich, und während die revolutionäre Zeit uns günstig ist, darf die Möglichkeit nicht außer acht gelassen werden, daß die nationalen Ansprüche Irlands in einer sozialrevolutionären Krise von der englischen Bourgeoisie ausgenutzt werden können. Die Haltung der britischen revolutionären Bewegung Irland gegenüber hat sich bisher weder durch Toleranz ausgezeichnet, noch hat sie die Haltung der Sozialdemokraten angenommen, die in Worten die Ansprüche der revolutionären Nationalisten unterstützen. Die Tatsache, daß Irland eine wichtige Waffe gegen den britischen Imperialismus ist und daß es andererseits in ein gefährliches Werkzeug gegen die soziale Revolution verwandelt werden kann, scheint ganz in Vergessenheit geraten zu sein. Es scheint, daß die Shop-Steward-Bewegung die erste ist, die der Wichtigkeit der irischen Frage und ihrer Beziehung zur britischen revolutionären Bewegung volle Anerkennung zollt. Die auf ihrer Konferenz in London im Anfang dieses Jahres stattgefundenen Diskussionen und ihre Resolutionen haben das Interesse der irischen Arbeiter für diese Bewegung geweckt und dazu beigetragen, bessere Beziehungen zwischen dem Proletariat beider Länder zu schaffen.

Es ist von äußerster Wichtigkeit, daß die englischen

Kommunisten Irland aktiv unterstützen, daß sie unter den englischen Truppen in Irland agitieren und verhindern, Truppen und Munition nach Irland zu befördern. Es ist interessant, zu vermerken, daß das Ergebnis der Tätigkeit der britischen Arbeiterbewegung in dieser Frage der Austritt der irischen Eisenbahner aus dem Nationalverband der Eisenbahner war und daß in den letzten paar Monaten die Mechaniker im südlichen Teil Irlands aus dem Vereinigten Verband der Mechaniker ausgetreten sind.

Immerhin darf zwischen den englischen Kommunisten und der irischen nationalistischen Bewegung keine direkte Verbindung bestehen, sondern nur durch die Vermittlung der irischen Kommunisten oder nach einer Beratung mit diesen. Ebenso wichtig ist der Umstand, daß, während die englischen Kommunisten den nationalen Kampf unterstützen, sie immerhin einen strengen Unterschied zwischen der nationalen und der kommunistischen Revolution machen. Sie müssen darauf hinweisen, daß ihre Haltung Irland gegenüber keine bürgerlich-humanitäre Reaktion gegen die Unterdrückung ist, sondern das Ergebnis gemeinsamer Klasseninteressen des Proletariats und der Bauernschaft beider Länder.

„Die Haltung der englischen Arbeiter Irland gegenüber ist das Barometer des sozialrevolutionären Gefühls in Großbritannien", sagte neulich Hermann Gorter, und es könnte hinzugefügt werden, daß die Haltung der englischen Kommunisten Irland gegenüber das Maß für die Klarheit der kommunistischen Denkweise in England ist. Bezüglich der Behauptung in der Kommission, daß die englischen Arbeiter die Unterstützung des revolutionären Kampfes der Kolonien gegen den britischen Imperialismus als Verrat ansehen, muß gesagt werden, je schneller die englischen Arbeiter solch einen Verrat an dem bürgerlichen Staat ausüben lernen, um so besser für die revolutionäre Bewegung. Eine solche Unterstützung ist sehr notwendig, wenn sie sich auch nur auf die Erziehung der englischen Arbeitermassen beschränken sollte.

Gegen den von unserem italienischen Genossen Graziadei

gestellten Antrag, in der Ziffer 11 der Thesen die Worte „aktives Interesse zeigen" anstatt „Unterstützung leisten" zu setzen, protestiere ich energisch. Dies ist eine Wilsonsche Phrase und bedeutet nichts, wie alle Phrasen dieses Herrn; das ist eine maskierte Methode, diesen Punkt ganz auszuschalten, und erinnert an die Methode, die die II. Internationale gegen die kleinen Nationalitäten anwandte.

Ich wollte noch verschiedene Punkte berühren, aber da mir wenig Zeit zur Verfügung steht, will ich sie nur kurz erwähnen. Die Lage in Ulster oder wenigstens im nordöstlichen Teil dieser Provinz unterscheidet sich von der Lage in den übrigen Teilen Irlands. In mancher Hinsicht bietet sie den Kommunisten ein weniger verwickeltes Problem, als es in den übrigen Teilen Irlands der Fall ist.

Die Mehrzahl der Bevölkerung dieses Teiles von Irland besteht aus Antinationalisten und Gegnern des übrigen Teiles von Irland. Wenn auch auf den ersten Blick die Situation dadurch verwickelter wird, so ist die Notwendigkeit des Klassenkampfes hier klarer. Die politische Unterdrückung wird von den Arbeitern nicht mit der wirtschaftlichen Unterdrückung verwechselt. Der Umstand, daß Ulster das industrielle Zentrum Irlands ist und daß es sich für einen gleichberechtigten Bestandteil des Britischen Reiches hält, bewirkt, daß es sich den großen Industriezentren Englands gleichstellt.

Ich würde mich gern noch über die Frage des Genossenschaftswesens aussprechen, das sich zu einem wichtigen Teil des irischen Wirtschaftslebens entwickelt, aber aus Zeitmangel kann ich das nicht tun. Durch das Wachstum der Genossenschaften im Lande wird die Ideologie des Privatbesitzes lahmgelegt, die den Kommunisten so viel Schwierigkeiten macht, besonders da sie von der Bauernschaft vertreten wird. Die Genossenschaften entwickeln die Idee einer ganzen Skala der Produktion auf kommunistischer Grundlage, sie kämpfen gegen den Landhunger der Landarbeiter und des Halbproletariats an.

Wir unterstützen die Leitsätze samt den vom Genossen Roy vorgeschlagenen Zusätzen.

ISMAEL HAKKI-PASCHA (Türkei). Ich will über die Leitsätze des Genossen Lenin sprechen, besonders über die Stelle, die den Islamismus behandelt. Gerade diese Frage verlangt, daß man sich näher mit ihr bekannt macht. Von der Zeit an, als die türkischen Sultane Syrien und Assyrien eroberten, als der Weg zu den heiligen Orten des Islam in ihre Hände fiel, von dieser Zeit an haben sich die türkischen Machthaber bemüht, die den ganzen Osten, Afrika und andere Länder bewohnenden Völker, die Anhänger des Islam sind, zu vereinigen. Von der Zeit an, als die heiligen Orte und besonders die Eisenbahnlinie in die Hände der Sultane fielen, von der Zeit an, als das Herz des Islam in ihre Hände fiel, predigten die türkischen Sultane den Panislamismus in jeder Weise und wünschten um die Türkei alle Völkerschaften, alle muselmännischen Länder, die sich im Osten und in Afrika befinden, zu vereinigen.

Aber als im Jahre 1908 die jungtürkische Revolution ausbrach, ging die Gewalt in die Hände der Jungtürken über. Die liberale Bourgeoisie, die die Macht in ihre Hände nahm, fing an, neue Wege für die Vereinigung aller dieser Völkerschaften zu suchen. Zur selben Zeit stöhnten in Rußland die Tataren, Turkestaner, Baschkiren, die kaukasischen Türken und eine ganze Reihe anderer Völker unter der Zarenknute, und hier drang zur selben Zeit die Idee des Alltürkentums durch, die der Idee des Panislamismus entgegengestellt wurde. Der Panislamismus war nicht imstande, die verschiedenen Völkerschaften mit ihren verschiedenen Sprachen zu vereinigen. Die Idee des Alltürkentums, der sich im weiteren Verlauf die Jungtürken bemächtigten, diese Idee strebte dahin, alle türkischen Völker, von Kasan bis Turkestan und bis zum Kaukasus mit der ganzen Türkei und einem Teil von Persien zu verschmelzen. Dieses ungeheure Territorium zu vereinigen war das Bestreben der Alltürken. Aber alle diese Träume waren verurteilt, nur auf dem Papier zu bleiben.

Nach der russischen Revolution, nach der Teilung der Türkei durch die europäischen Imperialisten, als das Janusgesicht der englischen und französischen Kapitalisten sich dem türkischen

Volke offen zeigte, begann in der Türkei eine neue, eine Freiheitsbewegung. Die anatolische Bewegung, die jetzt von den demokratischen Parteien geleitet wird, ist die beste Antwort auf die schonungslose Ausbeutung, der die Türkei von der Entente unterworfen wurde. Besonders die Besetzung von Konstantinopel goß Oel ins Feuer, und die Bewegung wuchs noch rascher. Jetzt bereitet sich der revolutionäre Staat in Anatolien, der alle ententefeindlichen Kräfte um sich sammelt, die von jahrhunderte altem Haß gegen den Imperialismus getrieben sind, zum Kampf gegen den europäischen Imperialismus vor. Die werktätige Türkei wird sich nicht noch einmal von der Entente knechten lassen, und dank der russischen Revolution, die der beste Freund der werktätigen Türkei ist, wird das türkische Volk in allernächster Zeit völlige Freiheit erlangen und zusammen mit den Werktätigen aller Länder den Kampf gegen die Imperialisten der ganzen Welt aufnehmen.

SERRATI. Es wird vorgeschlagen, die Liste zu schließen. 12 Genossen sind noch vorgemerkt. Liegen andere Anträge vor?

WALCHER. Man kann noch sehr viel über die zu erörternde Frage sagen. Ich glaube aber, daß man durch eine solche Art der Diskussion zu keinen positiven Ergebnissen gelangen kann; daher schlage ich vor, die Debatte zu schließen.

MARING. Ich warne entschieden vor der Annahme des Antrags Walcher. Er hat gar keinen Sinn. Eben hat man beschlossen, den Vertretern der rückständigsten Länder die Möglichkeit zu geben, sich über diese Frage auf dem Kongreß auszusprechen. Ich möchte darauf hinweisen, daß sich die Vertreter aller Kolonien geäußert haben außer Java, und daß diese Kolonie die erste nach Britisch-Indien ist, daß nur auf Java eine marxistische Erfahrung vorliegt und die Arbeit im marxistischen Geiste geführt wurde, und ich möchte hoffen, daß die deutsche Delegation sich ein wenig dafür interessiert, Information über Verhältnisse zu bekommen, von denen wir gar nichts wissen.

Ich bitte den Kongreß, den Vertretern der Kolonialvölker die Möglichkeit der Aussprache zu gewähren, wie es gestern abend abgemacht wurde.

SERRATI. Die Genossin Frumkina beantragt, denen das Wort zu geben, die irgend einen Antrag gestellt haben.

WIJNKOOP. Ich bin dagegen, daß man jetzt nur denen das Wort erteilt, die einen Antrag gestellt haben. Wir haben hier schon wichtige Anträge gehört, die noch gar nicht besprochen worden sind. Man muß Gelegenheit haben, die wichtigsten Anträge zu besprechen. Ich glaube, daß man allen Rednern das Wort geben muß.

SERRATI. Ich möchte bemerken, daß niemand davon gesprochen hat, den angemeldeten Rednern nicht das Wort zu erteilen.

LOSOWSKI. Ich schlage vor, daß man nur den Vertretern der Länder das Wort erteilt, die noch nicht gesprochen haben.

SERRATI. Es ist aber ein allgemeiner Vorschlag gemacht worden, d. h. Schluß der Debatte. Wer für den Vorschlag des Schlusses der Diskussion ist, der hebe die Hand. Die Mehrheit ist dagegen. Es wird über den Vorschlag des Genossen Losowski abgestimmt. Er ist mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

Das Wort hat Genosse Maring.

MARING (Holländisch - Indien). Genossen! Eine der wichtigsten Fragen ist die Frage über Holländisch-Indien. Ich möchte hier von drei Punkten sprechen. Ich möchte zuerst einige Erfahrungen mitteilen über die Bewegung in Ostindien, zweitens einige prinzipielle Bemerkungen zu den Leitsätzen und drittens einige praktische Vorschläge für die Arbeit in den Kolonien machen. Ich hoffe, daß auf dem nächsten Kongreß einige Javaner und Malayer da sein werden, um an den Debatten teilnehmen zu können. Doch weil meine Arbeit während sieben Jahren aufs engste mit der indischen Bewegung verbunden ist, hoffe ich, daß der Kongreß sich für die Erfahrungen interessieren wird, die ich als revolutionärer Marxist in diesen Ländern gemacht habe. Meiner Meinung nach gibt es auf der ganzen Tagesordnung keine andere Frage von so großer Wichtigkeit für die weitere Entwicklung der Weltrevolution wie die Nationalitäten-

und Kolonialfrage. Die anderen Fragen sind nur Streitigkeiten in der Arbeiterbewegung, die immer wieder aufkommen, wenn die Revolution stagniert. Man hat gar keine Zeit zu solchen Diskussionen, wenn die Revolution weiter fortschreitet.

Die holländischen Kolonien kommen nach Britisch-Indien in erster Linie als die wichtigsten in Betracht. Sie gehören zu den reichsten Kolonien der Erde. Ihre Bevölkerung ist größer als die japanische und fast so groß wie die deutsche. Von den 50 Millionen Einwohnern wohnt der größte Teil auf den vier Hauptinseln — Java, Sumatra, Bali, Lombok —, die 40 Millionen Einwohner aufweisen. Von den 300 Jahren der kolonialen Ausbeutung dieser Länder ist für uns die letzte Periode die wichtigste. Seit 1870 gibt es dort eine kapitalistische Entwicklung. Seit 1905 hat im Gegensatz zu dem, was der italienische Genosse sagte, in Holland eine imperialistische Periode angefangen, die sich sehr stark fortentwickelte. In zehn Jahren ist die holländische Herrschaft in einem großen Teil Sumatras, in Borneo, Celebes, Neu-Guinea gefestigt worden. Es trifft hier genau zu, was die Genossin Rosa Luxemburg über diese Sache in ihrer „Akkumulation des Kapitals" gesagt hat und was die Genossin H. Roland-Holst konstatierte, namentlich, daß der Raubhunger des Kapitalismus unbegrenzt ist, daß er unruhig wird, sobald er von neuen Goldfeldern, Erdölgruben usw. hört, die nicht ausgebeutet werden, daß er die Regierung zu neuen Expeditionen aufhetzt und daß er der Meinung ist, daß niemals Geld und Menschen genug angewandt werden zum Weltraub und zur Unterdrückung der Stämme und Völker in den rückständigen Gebieten.

Seit 1905 ist die kapitalistische Entwicklung in diesen asiatischen Ländern eine sehr rasche. Man braucht nur zu betonen, daß jetzt 1,5 Milliarden — ein Drittel des ganzen kapitalistischen Vermögens Hollands — in den Kolonien investiert ist. Wenn man weiß, daß 1917 mindestens 25 Millionen Pfund Sterling aus den Kolonien nach Holland flossen, daß neben dem holländischen Kapital amerikanisches, japanisches, englisches Kapital in den Zucker-, Kakao-, Kaffee- und anderen Plantagen

gute Geschäfte macht, dann kann man eine Vorstellung davon bekommen, von wie großer Bedeutung der neue Kapitalismus im Fernen Osten für die ganze Rekonstruktion des Weltkapitalismus ist. Ich möchte darauf hinweisen, daß die vornehmste holländische kapitalistische Zeitung geschrieben hat, daß es, auch wenn es möglich sein wird, in Europa alle Unternehmen zu nationalisieren, wenn wir hier die Privatunternehmen aufheben, in den Kolonien für die ganze kapitalistische Klasse neue Möglichkeiten gibt, reichere und größere als in Europa.

Zum Schluß dieser kurzen Skizze ein paar Worte über die Lage der Bevölkerung. 150 000 Europäer sind Räuber des Fernen Ostens, für die in der täglichen Praxis nur das gilt, was Rudyard Kipling sagt, nämlich, daß östlich vom Suezkanal die zehn Gebote zu gelten aufhören. Nächst den Europäern gibt es noch eine Million Chinesen und eine Anzahl Japaner, die jetzt auch die Großindustrie auf Java zur Entwicklung bringen. Man sollte nur die eine Ziffer hören, daß es jetzt auf Java allein 200 große Zuckerfabriken gibt mit einem bedeutenden Proletariat; dann kann man verstehen, daß diese Morgenländer für die Revolution auch einige Bedeutung haben. Die Lage der Bauern, die den größten Teil der Bevölkerung ausmachen — es gibt deren auf Java allein 25 Millionen einschließlich ihrer Familienmitglieder —, ist derart, daß sie ein jährliches Budget von 110 holländischen Gulden haben, die mit 20 Prozent besteuert werden, und daß sie für den jährlichen Unterhalt der Wohnung nur sechs Gulden, für ihre Landbauwerkzeuge nur drei Gulden pro Jahr abgeben können. Die Bauern haben ihren Bodenbesitz, doch werden sie in Wirklichkeit ganz und gar proletarisiert, weil sie einen Teil ihres Bodens dem europäischen Kapital verpachten müssen und von den privilegierten Klassen Javas vollständig ausgebeutet werden, so daß sie nicht als Bauern leben können und in die Zuckerfabriken gehen müssen. Wenn man erwägt, daß es auf Java jetzt ein Proletariat von einer Million gibt mit einem Durchschnittseinkommen von ½ Gulden pro Tag, wenn man weiß, daß Java auch in die Teuerung mit einbegriffen ist, daß jetzt die Javaner größtenteils nicht mehr während des

ganzen Jahres einmal täglich ihren Reis bekommen können, dann kann man sich eine Idee davon machen, daß hier der Boden für revolutionäre Propaganda sehr reif ist. Wenn man weiß, daß es dort ein so großes Analphabetentum gibt, daß von tausend erwachsenen Männern nur 15 lesen und schreiben können, und daß von den Kindern noch keine 10 Prozent in die Schule gehen, so kann man es vielleicht verstehen, wie einem Marxisten zumute ist, wenn er sieht, daß jetzt in Rußland eine so gewaltige Arbeit auf dem Gebiete der Erziehung geleistet wird, und wie in seinem Herzen das Verlangen lebt, daß auch die Ostvölker an dieser Kulturarbeit teilhaben mögen.

Ich werde jetzt auf die Lage der Bevölkerung nicht weiter eingehen. Ich habe einen schriftlichen Bericht beim Sekretariat abgegeben, der in der „Kommunistischen Internationale" veröffentlicht werden wird. Ich gebe hier nur diese Tatsachen, weil ich den Eindruck habe, daß auch dieser Kongreß der Kommunistischen Internationale mit einigen Ausnahmen die große Wichtigkeit der orientalischen Frage nicht voll verstanden hat. Ich möchte etwas von der Bewegung in Java sagen, die 1907 als eine nationalistische Bewegung entstanden ist und anfangs eine revolutionäre Bewegung war. Ein indischer Subatow änderte diesen Charakter, und man kann sagen, daß jetzt der Einfluß der wirklich revolutionären nationalistischen Bewegung in Holländisch-Indien sehr gering ist. Weit wichtiger als diese Bewegung ist die Massenbewegung, die ungefähr 1½ Million Mitglieder hat und die seit 1912 Bauern und Proletarier in einem Bunde vereinigt und sehr rasche Fortschritte gemacht hat. Diese Organisation, obgleich ihr Name — Sarekat Islam — ein religiöser ist, hat einen Klassencharakter bekommen. Wenn man sieht, daß in dem Programm dieser Bewegung der Kampf gegen den sündigen Kapitalismus steht, daß der Kampf nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen den javanischen Adel gerichtet ist, dann kann man ermessen, daß es für die sozialistische revolutionäre Bewegung eine Pflicht ist, mit dieser Massenorganisation, mit dem Sarekat-Islam, feste Verbindungen anzuknüpfen. Die Regierung hat 1916 versucht, diese Bewegung für

ihre militärische Propaganda zu interessieren, doch das Ergebnis war, daß von Samarang aus sich eine starke Opposition von jungen Mitgliedern entwickelte.

Als die europäischen Sozialisten endlich beschlossen, ihre Pflicht im Fernen Osten zu tun und dort eine Bewegung zu entwickeln, gelang es ihnen, mit den lokalen Sarekat-Islam-Vereinigungen Verbindung zu bekommen. Eine bedeutende Zahl dieser Massenorganisation ist nicht bewußt sozialistisch, doch sie sind in dem Sinne revolutionär, wie Genosse Roy das für Britisch-Indien festgestellt hat.

Ich habe gestern in der Kommission von einem der Engländer gehört, daß die Massenaktion in Indien nur Unglück und Gemetzel geben kann, weil die Massen nicht reif sind. Ich bin der Meinung, daß nur durch die Massenaktion eine wirklich sozialistische Bewegung des revolutionären Widerstandes organisiert werden kann, daß nur auf diese Weise dem Kapitalismus eine wirkliche Kraft gegenübergestellt wird. Wir konstatierten auf Java, daß die Mittelklasse mit ihren Versuchen, die Massen für die nationale Frage zu interessieren, keinen Erfolg hatte. Doch als wir zu den Proletariern in die Städte und in die Zuckerbezirke gingen und von den niedrigen Löhnen, von den Sterblichkeitsziffern, von den schweren Steuern usw. sprachen, da gewann man einiges Vertrauen zu der revolutionären sozialistischen Bewegung. Das Gefühl liegt in den Massen. Sie sind sehr empfindlich für unsere Propaganda. Man kann in Java in jeder malayischen Zeitung von den Fortschritten lesen, die die Ideen Sowjetrußlands in der Welt machen. Das hat eine große Bedeutung für einen Kongreß wie diesen. Während seit Jahren die sozialistische Bewegung die Kolonien vernachlässigte, haben die Kapitalisten besser eingeschätzt, welche Bedeutung die Kolonien haben, als es seitens mancher revolutionärer Sozialisten geschehen ist. Die Kapitalisten begriffen, was die orientalische Entwicklung dem Kapitalismus bringen kann. 1917 hat sich eine starke Bewegung unter den revolutionären Sozialisten entwickelt, in welcher die Reformisten offen die Partei der Regierung gewählt haben, derart, daß sie von unseren Freunden sagten: diese

Menschen bringen uns genau dasselbe Unglück, wie Trotzki und Lenin es Rußland gebracht haben. Wenn man hört, daß es im Jahre 1918 keine Massenversammlungen in den Städten und in den Gegenden der Zuckerindustrie gegeben hat, bei denen nicht mindestens 3—4000 Arbeiter anwesend waren, so versteht man, daß in diesen braunen Menschen ein neuer Geist erwacht ist, der von größter Bedeutung für unsere ganze Bewegung ist. Wir haben natürlich auch, wie es sich für revolutionäre Elemente gebührt, unter den Matrosen der Kolonialflotte und den Soldaten gearbeitet. Am Ende dieses Jahres trat eine starke Reaktion auf. Der Führer der Soldaten und Matrosen und ich wurden von der Regierung aus Indien weggejagt, mehrere Freunde verhaftet und verurteilt. Die 13 Mitglieder eines Soldatenrates bekamen 90 Jahre Gefängnis. Nachdem haben wir die Beweise bekommen, daß diese Bewegung sich weiter entfaltet, nicht durch den Willen der Aufwiegler, sondern weil die wirtschaftlichen Verhältnisse sich so weit entwickelt haben, daß eine Massenbewegung möglich ist und der Boden da ist für eine revolutionäre Agitation und Propaganda.

Zum zweiten Punkt möchte ich sagen, daß ich keinen Unterschied mache zwischen den Leitsätzen des Genossen Lenin und des Genossen Roy. Sie sind im Sinne eins. Die Schwierigkeit besteht nur darin, die richtige Einstellung zu finden für die Beziehungen zwischen den revolutionären nationalistischen und den sozialistischen Bewegungen in den zurückgebliebenen Ländern und Kolonien. In der Praxis gibt es diese Schwierigkeit nicht. Da ergibt sich die Notwendigkeit, mit den revolutionären nationalistischen Elementen zusammenzuarbeiten, und wir machen halbe Arbeit, wenn wir diese Bewegung negieren und uns als doktrinäre Marxisten aufspielen. Nicht den sogenannten Marxismus Cunows müssen wir jetzt für die Kolonien akzeptieren, sondern wir müssen begreifen, daß in den Kolonien die kapitalistische Entwicklung übergangen werden kann. Wie Genosse Radek für Japan zeigte, daß die Entwicklung da eine andere war als in Europa, so entwickeln sich auch die Kolonien in anderer Weise. Es hat mich besonders gefreut, daß Genosse

Radek gestern abend dem Kongreß klarstellte, daß wir nicht nach Indien gehen, um auszubeuten, sondern weil wir ihm das Beste zu bringen haben, was sich das Proletariat erringt, die Hoffnung eines neuen Lebens und kulturelle und ökonomische Freiheit, daß er die englische Arbeiterschaft auf ihre Pflicht hingewiesen hat, daß er gezeigt hat, daß die englische Arbeiterschaft in ihrer politischen und gewerkschaftlichen Agitation die Kolonien nicht vergessen darf, daß sie nur eine Helferin der Kapitalisten ist, wenn sie den revolutionären Kampf in den Kolonien nicht unterstützt. Und, sage ich, solange die englischen Arbeiter das nicht verstehen können, können sie vielleicht viele Stimmen bei den Wahlen bekommen, aber sie leisten keine Arbeit, die wirklich revolutionäre Bedeutung hat. Wir dürfen uns nicht damit begnügen, lange Resolutionen anzunehmen, wir müssen praktisch etwas im Fernen Osten leisten.

Ich habe die Möglichkeit der Agitation gezeigt. Wir gehen in der nächsten Zeit zu dem Kongreß in Baku. Doch wir haben nicht die Illusion, daß dieser Kongreß auch für den Fernen Osten große Bedeutung haben wird. Das ist unmöglich. Ich möchte vorschlagen, daß die Leitsätze, die hier angenommen worden sind, von der Kommunistischen Internationale in einigen orientalischen Sprachen herausgegeben und unter den chinesischen und indischen Revolutionären besonders verbreitet werden. Weiter möchte ich vorschlagen, auch im Fernen Osten und außerdem für den Mittelosten ein Propagandabüro der Kommunistischen Internationale zu organisieren; da die Bewegung jetzt so große Bedeutung hat, ist es sehr nützlich, die Arbeit, die dort schon besteht, in einem Büro zu vereinigen und eine konzentrierte Propaganda zu führen, die von Moskau aus nicht genügend geleitet werden kann.

Zum Schluß habe ich nur noch eine Bitte. Gestern ist hier vom Genossen Reed gesagt worden, die Neger müßten hierherkommen, um sich die Verhältnisse in Rußland anzusehen. Ich mache den Vorschlag: die Kommunistische Internationale gibt den Führern aus dem Fernen Osten die Möglichkeit, ein halbes Jahr hier zu leben und einige kommunistische Kurse mitzumachen,

damit sie richtig verstehen, was hier geschieht, und die Idee der Leitsätze ausführen können, damit sie die Sowjetorganisation verwirklichen und kommunistische Arbeit in den Kolonien leisten können. Ich verlange das deswegen, weil Moskau und Petrograd ein neues Mekka für den Osten bilden und die kapitalistischen Regierungen alles versuchen werden, unseren kommunistischen Hadjis die Uebersiedelung nach Moskau und Petrograd zu verhindern. Wir müssen hier in Rußland den orientalischen Revolutionären Gelegenheit geben, sich theoretisch auszubilden, damit der Ferne Osten ein lebendiges Mitglied der Kommunistischen Internationale werden kann.

FRUMKINA. Ich denke, daß man auch mit den nationalen Minderheiten rechnen muß, d. h. mit Minderheiten, die ein gewisses Territorium bewohnen. Ich bin erstaunt, zu sehen, daß hier der Irrtum wiederholt wird, den sich die Zweite Internationale zuschulden kommen ließ. Man spricht von einer territorialen Autonomie, und man rechnet nicht mit den nationalen Minderheiten. Ich möchte, daß man den nationalen Minderheiten in den verschiedenen Ländern Rechnung trägt. Ich schlage vor, einen Zusatz zum Punkt 9 einzufügen. Vorher möchte ich aber, daß man sich an die Erfahrungen der Kommunistischen Partei und der Sowjetordnung in Rußland erinnert. Die Organisationen der Kommunistischen Partei Rußlands und die Sowjetinstitution besitzen besondere Abteilungen für nationale Minderheiten, die sich mit den nationalen Minderheiten und mit allem, was sich z. B. auf die Judenfrage etc. bezieht, befassen.

Ich schlage folgenden Zusatz vor, Seite 43, am Ende des Leitsatzes, vor dem 10. Punkt: „Gleichzeitig müssen die kommunistischen Parteien aller Länder sowohl in ihrer allgemeinen Politik als auch in ihrer Propaganda einen entschiedenen Kampf führen gegen die bürgerliche Auffassung des exklusiven Besitzrechts dieser oder jener nationalen Mehrheit auf das von ihr bewohnte Territorium und gegen die von den nationalen Sozialisten vertretene Auffassung, die die nationale Mehrheit als die absolute Herrscherin betrachten und die exterritorialen nationalen

Arbeiterminderheiten, die auf ihrem Territorium leben, als Fremde behandeln (Polen, Ukraine).

Die rückhaltlose Unterstützung der revolutionären Tendenzen unterdrückter Länder mit verschiedenartiger Bevölkerung, ohne daß die kategorische Forderung der praktischen Ausübung der Rechte der in den verschiedenen Ländern wohnenden nationalen Minderheiten gesichert wäre (Rechte, die nur durch die Diktatur des Proletariats eine absolute Garantie erhalten können), könnte die bisher unterdrückten Kleinbürgermassen in Unterdrücker verwandeln.

Die Erfahrungen der Sowjetmacht und der Kommunistischen Partei Rußlands, die den Arbeitermassen aller Nationen die wirkliche Möglichkeit einer intellektuellen Entwicklung gibt, dank der großen Verzweigung der Staatsorgane (Sektionen für Erziehung nationaler Minderheiten, Kommissariate für nationale Angelegenheiten usw.), wodurch eine wirkliche brüderliche Koexistenz aller Nationen erzielt worden ist, muß dem für alle kommunistischen Parteien gültigen nationalen Programm zugrunde gelegt werden." Man ist versucht, alle exterritorialen Minderheiten als fremde Elemente anzusehen. So ist es in Polen und in der Ukraine. Es ist für alle Länder wichtig, sich an der Sowjetmacht und der Kommunistischen Partei Rußlands ein Beispiel zu nehmen, die allen werktätigen Minderheiten aller Nationalitäten die Möglichkeit geben, sich kulturell zu entwickeln, indem sie ihnen die dafür notwendigen Organisationen zur Verfügung stellen, so z. B. Organisationen zur Aufklärung nationaler Minderheiten und Kommissariate, die die Interessen der nationalen Minderheiten verfechten.

Dieses Beispiel muß von allen kommunistischen Parteien bei der Erörterung der nationalen Frage in Betracht gezogen werden.

Ich schlage außerdem vor, in demselben 11. Leitsatz, Seite 46 unter g hinzuzufügen: Abschnitt 6 nach den Worten „in diesen Ländern" sind folgende Worte einzufügen: „wie auch in solchen, in denen ein Kampf nationaler Minderheiten für die Verstärkung ihrer Rechte vor sich geht".

Abschnitt 6 nach den Worten „die rückständigen Länder" ist hinzuzufügen: „und die Nationen".

Nach dem Abschnitt 6 folgende Bemerkung: „Man kann an einem Beispiel beweisen, welcher Lüge die Arbeitermassen einer unterdrückten Nationalität zum Opfer fallen mußten, einer Lüge, die ebenso in das Aktiv der Entente wie in das Aktiv der Bourgeoisie der betreffenden Nation eingetragen werden muß. Es handelt sich um die Angelegenheit der Zionisten in Palästina, die unter dem Vorwand, einen unabhängigen israelitischen Staat zu gründen, die Arbeiterbevölkerung unterdrückten, die in Palästina lebenden Araber unter das Joch der Engländer zwangen, während die Israeliten doch nur in der Minderheit dort sind."

Diese Lüge ohne gleichen muß bekämpft werden, und zwar in einer sehr energischen Weise, da die Zionisten in allen Ländern arbeiten, indem sie sich an alle rückständigen israelitischen Arbeitermassen heranmachen und Proletariergruppen mit zionistischen Tendenzen zu schaffen suchen (Poale Zion), die in letzter Zeit bestrebt sind, eine kommunistische Phraseologie anzunehmen.

Ich will hier eines der auffallendsten Beispiele der zionistischen Bewegung anführen.

In Palästina handelt es sich nicht um eine Bevölkerung, deren Mehrzahl israelitisch ist. Es handelt sich nur um eine Minderheit, die die Mehrheit der Arbeiter eines Landes dem Kapital der Entente zu unterwerfen sucht.

Gegen diese Bestrebungen müssen wir aufs energischste ankämpfen. Die Zionisten suchen sich in allen Ländern Anhänger zu gewinnen und dienen durch ihre Agitation und ihre Propaganda den Interessen der kapitalistischen Klasse. Die Kommunistische Internationale muß diese Bewegung aufs energischste bekämpfen.

MURPHY. Da wir gezwungen waren, den Saal zu verlassen, konnten wir uns an der Abstimmung bei der Wahl der Vertreter der einzelnen Nationen, die über die Kolonialfrage sprechen sollen, nicht beteiligen. Ich bitte, daß die englischen Delegierten

zwei ihrer Genossen wählen dürfen, d. h. je einen Vertreter für jede der beiden hier vertretenen Tendenzen.

SERRATI. Ist der Kongreß einverstanden, noch einmal auf die Abstimmung zurückzukommen und der Bitte der Engländer Gewähr zu leisten? *(Zeichen des Einverständnisses.)*

Die englischen Genossen werden gebeten, zwei Delegierte zu wählen.

MAC LAINE. Ich will keine Zeit über die Frage verlieren, welche unter den britischen revolutionären Bewegungen mehr zur Bekämpfung des britischen Imperialismus und zur Unterstützung der unterdrückten Kolonialbevölkerung getan hat.

Die britische revolutionäre Bewegung ist keine starke Bewegung und hat in dieser Richtung wenig geleistet. Immerhin muß ich gegen die Behauptung des Genossen Radek protestieren, daß die britischen Arbeiter nichts getan hätten, um die Angriffe Englands gegen Rußland zu verhindern, außer daß sie einige diesbezügliche Resolutionen gefaßt hätten. Darauf können wir antworten, was General Golowin in einem geheimen Bericht an Sasanow mitteilt, in dem er ein Interview mit Churchill wiedergab und bedauert, Koltschak und seine Freunde nicht besser unterstützen zu können, und zwar müsse wegen der Opposition der britischen Arbeiterklasse die Hilfe, die Großbritannien den Weißen zukommen läßt, heimlich ins Werk gesetzt werden.

Man hat die Worte des Genossen Quelch falsch ausgelegt, der in der Kommissionssitzung gesagt hat, daß ein großer revolutionärer Aufstand in Indien als Verrat an Großbritannien aufgefaßt werden und der britischen Regierung die Möglichkeit geben könnte, durch die Kontrolle der Presse das britische Volk gegen die indischen Arbeiter aufzuhetzen. Genosse Quelch hat nicht gemeint, daß wir deshalb auf unsere revolutionäre Tätigkeit verzichten, sondern daß wir die Tatsachen im Auge behalten und Ereignisse, die denen von Amritsar gleichen, vermeiden sollen.

Die Aufgabe der Kommunistischen Internationale bestand darin, Richtlinien für die Tätigkeit und die Grundprinzipien festzulegen, die zur Weltrevolution führen. Das größte Hindernis für die Weltrevolution ist der imperialistische Kapitalismus, und

der größte imperialistische, kapitalistische Staat ist Großbritannien.

Deshalb besteht die Kolonialfrage zu nicht geringem Teile in der Frage, wie man den britischen Kapitalismus am besten angreifen könnte. Der britische Kapitalismus ist machtvoll durch die Ausbeutung der Arbeiter in der Heimat und die Ausbeutung der Kolonialbevölkerung. Als das britische Kapital anfing, sich zu entwickeln, bedurfte es selbst der Unterstützung, jetzt aber muß die ganze Welt ihm Tribut zahlen. Alle unterdrückten Völker werden von dem parasitischen britischen Kapital ausgebeutet.

Die Einfuhr ist jetzt weit größer als die Ausfuhr — ein Beweis dafür, daß England ein Parasit ist. In der Zukunft wird der britische Kapitalismus versuchen, den Arbeitern ihren Lohn nach dem vollen Wert ihrer Arbeit zu bemessen, unter der Bedingung, daß sie ihre Stimmen für die Ausbeutung der unterdrückten Völker abgeben.

Deshalb war es unsere Pflicht, uns an dem revolutionären Kampfe daheim zu beteiligen und alle wirklich revolutionären Bewegungen zu unterstützen. Jede nationale revolutionäre Bewegung, die für die Befreiung von Großbritannien kämpft, trägt zur Entwicklung der Weltrevolution bei, denn sie kämpft gegen die imperialistische Reaktion an. Alle solchen Bewegungen müssen unterstützt werden.

WIJNKOOP. Ich habe gestern gesagt, daß die Frage, die hier besprochen wird, eine sehr wichtige ist, und das zeigt sich jetzt. Man soll bedenken, daß der Imperialismus und der Weltkrieg es geradezu unmöglich gemacht haben, daß die industriellen Länder noch weiter die notwendigen Maschinen und fertigen Produkte nach den Agrarländern schicken, und umgekehrt, daß die politischen Erscheinungen des Weltkrieges es auch verhindert haben, daß jetzt die Agrarprodukte zu den Massen des Proletariats in den industriellen Ländern gelangen. Falls man das ernstlich durchdenkt, dann weiß man, daß dieses Problem viel weiter geht als alle anderen Probleme, die auf der Tagesordnung stehen. Nun muß man sich klar vor Augen halten, was in den

Leitsätzen der Genossen Lenin und Roy eigentlich beschlossen wird. Die Leitsätze sind durch die Diskussion ganz miteinander in Uebereinstimmung gekommen, und jetzt steht wirklich in diesen Leitsätzen, daß wir in den Kolonialländern nicht für die nationale Herrschaft, wie es die Bourgeoisie predigt, sondern für die Sowjets der Arbeiter und Bauern zu arbeiten haben, und es steht fest, daß man, um zu diesem Ziele zu kommen, die revolutionären Bewegungen unterstützen muß. Das Wort „unterstützen" ist materiell gebraucht, weil man es wirklich meint, eine Unterstützung will. Man will die revolutionäre Aktion dieser Massen, auch wenn es keine sozialistische Bewegung ist, unterstützen durch die Vermittlung etwaiger in den Kolonien bestehender kommunistischer Parteien. Man geht bei dieser Taktik davon aus, daß es nicht notwendig ist, daß der fremde Imperialismus den Kapitalismus als eine unvermeidliche Stufe für den Uebergang zum Kommunismus in die nichtkapitalistischen Länder hineinbringt. Wir wollen im Gegenteil, wenn irgend möglich, dies durch unsere Taktik und Unterstützung der revolutionären Bewegung verhindern. Wir kämpfen also nicht nur gegen die politische Herrschaft des fremden Imperialismus, sondern auch gegen das Eindringen eines nationalen Kapitalismus. Falls wir das tun, ist meines Erachtens die Unterstützung der revolutionären nationalistischen Massenbewegungen und das Ankämpfen gegen die Ueberzeugung, als ob das Eindringen des Kapitalismus in die Kolonien eine notwendige Vorbedingung des Uebergangs zum Sozialismus wäre, die Hauptsache in den Leitsätzen der Genossen Lenin und Roy.

Falls man die Sache so betrachtet, kann man nicht mit dem Antrag des Genossen Graziadei einverstanden sein, denn wenn ich ihn richtig verstanden habe, beantragt er, diese Leitsätze nicht auf Italien anzuwenden, um die entstehenden nationalistischen Bewegungen nicht seitens der Kommunisten zu unterstützen; er befürchtet, daß man vielleicht auch Italien zu diesen rückständigen Ländern zählt, und er hält aus diesem Grunde seinen Antrag für nötig. Ich glaube aber, daß das überflüssig ist, da mir scheint, daß niemand annehmen kann, die Paragraphen, die hier

unter 11 stehen, könnten sich auch auf ein Land wie Italien beziehen. Diese beziehen sich nur auf die Staaten und Nationen, die einen zurückgebliebenen Charakter tragen, so daß ein Land wie Italien gar nicht unter diese Rubrik gebracht werden kann. Wir haben auch in der Kommission erwogen, ob es nicht zweckmäßig wäre, näher zu umschreiben, was man unter einem zurückgebliebenen Lande versteht. Die Frage wurde verneint. Wenn wir den Vorschlag des Genossen Graziadei annehmen würden, so hätten wir gleich wieder neue Schwierigkeiten, z. B. mit Bulgarien oder Griechenland. Solche Fragen werden immer entstehen, und sie können nur praktisch entschieden werden von den kommunistischen Parteien der einzelnen Länder, mit Hilfe der Leitsätze und der Richtlinien, die die Kommunistische Internationale hier geben wird. Darum ist es nicht weise, die Einfügung des Genossen Graziadei hier anzunehmen, obwohl ich glaube, daß sein praktisches Ziel gut ist. So steht es auch mit den anderen besonderen Aenderungen, die er vorschlägt. Gegen die beantragte Aenderung, statt „aktive Unterstützung" zu lesen „aktives Interesse", hat der irische Genosse bereits polemisiert. Vielleicht hat dieser Redner Genosse Graziadei nicht verstanden, aber falls das in diese Worte hineingelegt werden kann, ist es schon verkehrt. Wir müssen dagegen auftreten. Wir wollen, daß die Arbeiter ein aktives Interesse an den kommunistischen Kämpfen haben, wir wollen, daß sie auch revolutionäre nationalistische Bewegungen unterstützen. Genosse Graziadei will dasselbe, meint aber, es sei besser ausgedrückt mit den Worten, die er gibt.

Wir sagen in den Leitsätzen: es muß unterstützt werden. Ich glaube also, daß es nicht gut ist, daß wir den Wortlaut des Genossen Graziadei annehmen. Ich bin einverstanden mit dem, was die Genossin Frumkina gesagt hat. Ich weiß nicht, ob der Antrag gut ist. Wenn er für irgend welche Länder nicht paßt, so müssen wir diese Frage in der Kommission behandeln.

Genosse Maring hat so viel über Java gesagt, daß wir hier nichts mehr zu sagen brauchen. Ich schließe mich ihm vollständig an. Um zu zeigen, daß dort eine wirkliche kapitalistische Ent-

wicklung mit all ihren charakteristischen Merkmalen besteht, genügt es, zu sagen, daß die 200 Zuckerfabriken, von denen Genosse Maring gesprochen hat, in den Händen von drei Trusts sind, die auch in andere Betriebe und Industrien hinübergreifen. Das ist eine Erscheinung des höchsten Kapitalismus, dagegen müssen die Proletarier ankämpfen, und das tun sie auch.

Nun zu den Ausführungen des Genossen Radek. Ich freue mich, daß der Genosse Radek gesagt hat: Der englische Imperialismus kann nicht in London geschlagen werden, sondern in den Kolonien. Ich glaube wirklich, daß viele englische Kameraden es nicht verstehen. Genosse Radek versteht es sehr gut, aber man muß das nicht in einer kleinlichen Weise verstehen, sondern im großen und ganzen. Wenn Genosse Radek fragt, wie viele von den englischen Genossen schon für die Agitation in den Kolonien in den Gefängnissen gesessen haben, dann sage ich: Die englischen Genossen brauchen auf eine solche Frage keine Antwort zu geben. Wir fragen nicht danach, ob die Genossen in den Gefängnissen gewesen sind oder nicht. Wir fragen, ob die Genossen ihre Pflicht getan haben, und darauf hat Genosse Mac Laine ein wenig geantwortet. Genosse Radek hat in dieser Beziehung meiner Meinung nach den Parlamentarismus übertrieben. Er glaubt, daß, wenn im Parlament ein Genosse ein Wort gegen den Imperialismus äußert, Reuter es schon berichten werde. In der Tat berichtet Reuter solche Dinge nicht. Wir in Holland haben es erst sehr viel später und auf anderem Wege gehört, wie einige Frauen im Parlament eine Demonstration gemacht haben. Reuter meldet solche Sachen nicht. *(Zuruf WALCHER:* Genosse Radek hat das gar nicht gesagt.)

Und nun zum Schluß noch eine Frage. Man sagt, daß wir in die Kolonien gehen müssen. Dies ist natürlich nicht das Wichtigste für die kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder. Wir können nicht alle unsere Agitatoren in die Kolonialländer schicken. Wir müssen die nötigen Vorbedingungen schaffen, damit jedes Kolonialland seine eigene revolutionäre Bewegung entfalten kann. Freilich brauchen wir Agitatoren hierfür, aber es handelt sich nicht darum, daß wir unsere Agitatoren

in die Kolonien schicken. Wenn man die Arbeit in den Kolonien als Barometer der revolutionären Bedeutung einer Partei anerkennt, dann hat gerade die holländische Partei alles getan, was in ihren Kräften stand. Sie hatte in den Kolonien Genossen, die die revolutionären Bewegungen der Eingeborenen unterstützten und entwickelten. Die Tribunisten und die holländischen Kommunisten waren dabei am meisten tätig, deshalb darf von ihrer Partei nicht so gesprochen werden, wie es bereits geschehen ist. Gerade die holländische Partei war es, die gezeigt hat, in welch enger Verbindung diese Frage mit dem revolutionären Kampf steht. Wenn man uns in Holland fürchtet und uns verfolgt, so geschieht es nicht deshalb, weil wir in diesem Lande eine Revolution auslösen können — denn tatsächlich können wir es nicht tun, ohne uns mit England oder Deutschland zu verbinden — sondern weil wir den Herren Kapitalisten in ihren Kolonialangelegenheiten wenig Freude bereiten.

MERESHIN. Die jüdischen Sektionen der Kommunistischen Partei Rußlands sind vollständig einverstanden mit der Beurteilung des Zionismus und der jüdischen kommunistischen Partei Poale Zion, wie sie in der Rede der Genossin Frumkina zum Ausdruck kam, und ich wünsche nicht dasselbe zu wiederholen. Ich möchte nun eine andere Frage behandeln, und zwar die Frage über den Schutz der Rechte der nationalen Minderheiten, die sich auf Territorien mit gemischter Bevölkerung befinden. Die Parteien der II. Internationale haben ein Mittel für den Schutz dieser Rechte gefunden, und zwar durch die nationale persönliche Autonomie (Theorie Otto Bauers und Renners). In der Ukraine, in Weißrußland und Litauen ist der Versuch gemacht worden, diese Theorie zu verwirklichen. Dort wurde unter der Zentralrada und anderen kleinbürgerlichen Regierungen eine national-personale Autonomie geschaffen. Dieser Versuch muß in Betracht gezogen und gewertet werden. Es muß festgestellt werden, daß der Versuch bewiesen hat, daß eine national-personale Autonomie sich nicht bewährt.

Der Uebergang der Macht von der Großbourgeoisie zu den Kleinbürgern, zur republikanisch-demokratischen Regierung, hat

keineswegs den nationalen Druck verringert. Die zur Macht gelangten Sozialverräter leisteten, indem sie in Worten eine national-personale Autonomie gestatteten, in der Tat im Kampf gegen die Diktatur des Proletariats an Grausamkeiten mehr als sogar der Zarismus. Unaufhaltsam wurde eine gewaltsame Nationalisierung eingeleitet, trotz der offiziell proklamierten national-personalen Autonomie. Aber was sollen wir über die Naturalisierung sprechen, wenn dieselben kleinbürgerlichen Parteien, die sich auf dem Papier bereit erklärt hatten, die national-personale Autonomie anzuerkennen, sich sogar damit beschäftigten, eine physische Vernichtung der nationalen Minderheit einzuleiten, besonders durch das sogenannte „Ukrainische Volksdirektorium" und die Regierung Pilsudskis, Moraczewskis u. a. (die grausamsten Pogroms, Ueberfälle usw.).

Jedoch muß noch anderes vermerkt werden. Es muß festgestellt werden, daß die national-personale Autonomie an und für sich die Lage des Proletariats der nationalen Minderheiten verschlimmert. Das kommt daher, weil das Kleinbürgertum der nationalen Minderheiten vorwiegend aus städtischen Kleinbürgern besteht, und dieses städtische Kleinbürgertum ist bedeutend weniger revolutionär als das Kleinbürgertum nationaler Mehrheiten. Denn in den nationalen Mehrheiten besteht das Kleinbürgertum, besonders im östlichen Europa, vorwiegend aus Bauern, die im Kampfe mit den Gutsbesitzern revolutioniert werden. In der Tat hatte das Proletariat nationaler Minderheiten häufig gegen die ihm „geschenkte" national-personale Autonomie an „Fremde" zu appellieren. Seiner Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum gegenüber befand es sich isoliert und in einer schlimmeren Lage, als wenn es keine national-personale Autonomie besessen hätte.

Von den erwähnten Motiven ausgehend, schlage ich vor, folgenden Leitsatz nach dem dritten Leitsatz anzunehmen:

„Die Erfahrung der Wechselbeziehungen zwischen den Nationen der Mehrheit und den Nationen der Minderheit auf Territorien mit gemischter Bevölkerung (in der Ukraine, in Polen, in Weißrußland) hat gezeigt, daß der Uebergang der Macht aus den

Händen der Großbourgeoisie in die Hände kleinbürgerlicher, republikanisch-demokratische Staaten aufbauender Gruppen die inneren nationalen Reibungen nicht verringert, sondern im Gegenteil äußerst verschärft. Die republikanische Demokratie, die im Kampf mit dem Proletariat gezwungen ist, den Klassenkampf mit dem nationalen Krieg zu vertauschen, wird schnell von nationaler Ausschließlichkeit durchdrungen und eignet sich leicht die Erfahrung der älteren Lehrmeister nationaler Unterdrückung an, welche Erfahrung sich auf dem Gebiet des Aufhetzens der Volksmassen einer Nation gegen die Volksmassen der anderen und auf dem Gebiet der mit Hilfe des Staatsapparats durchgeführten Organisation von Massenhetzen zu Zwecken des Kampfes gegen die Diktatur des Proletariats leidenschaftlich wiederholt (z. B. das Anwachsen des Antisemitismus in der ukrainischen „Demokratie" Ende 1917 und zu Beginn 1918 unter der Zentralrada), die grausamen Hetzen Ende 1918 und in der ersten Hälfte des Jahres 1919, die von den Organen des „ukrainischen Volksdirektoriums" organisiert wurden, die Pogrombewegung in der „Polnischen Demokratischen Republik", wie unter der Herrschaft der Partei der II. Internationale (P. P. S. — die Regierung Moraczewskis), so auch bei dem gemischten Regime (Pilsudski-Skuiski). Dieselbe Erfahrung hat gezeigt, daß keinerlei „demokratische" Formen den Schutz der Rechte und die Kulturinteressen der nationalen Minderheiten in Gebieten mit gemischter Bevölkerung, darunter auch die von der österreichischen Sozialdemokratie verteidigte national-personale Autonomie, bei republikanisch-demokratischer Ordnung sicherstellen und für die wirkliche Gleichberechtigung und den gleichen Einfluß auf den Gang der Staatsgeschäfte bürgen können. Die national-personale Autonomie, die sich auf die Grundsätze des allgemeinen Wahlrechts stützt, führt neben der Teilung des Proletariats in nationale Gruppen noch zur vollständigen Einstellung des revolutionären Kampfes, zur Fesselung der proletarischen Kräfte und sogar zur Verschlechterung der kulturellen Lage des Proletariats der nationalen Minderheit. Das kommt daher, daß innerhalb einer jeden nationalen Minderheit das nationale Kleinbürgertum, das größer und stärker ist als das

Proletariat und das vorwiegend aus städtischer Bevölkerung besteht, bedeutend reaktionärer ist als die kleinbürgerliche Mehrheit aus der Nation der Mehrheit, die aus durch den Kampf gegen die Großgrundbesitzer revolutionierten Bauern besteht."

Ich möchte gleichfalls die besondere Frage der Pogrome streifen.

Die jüdischen Sektionen der Kommunistischen Partei Rußlands schlagen in dieser Frage folgende Resolution vor:

1. Bei ihrem blutigen Feldzug gegen die Diktatur des Proletariats fällt die Weltgegenrevolution mit besonderer Grausamkeit über die ärmste jüdische Bevölkerung Rußlands, der Ukraine, Polens, Ungarns, Palästinas u. a. her.

2. Durch ihre Unterdrückung der ärmsten jüdischen Bevölkerung, die die Grausamkeiten nicht nur des Zarismus, sondern auch der mittelalterlichen Inquisition in den Schatten stellt, bemüht sich die Weltgegenrevolution, Zwietracht und Feindschaft in die Reihen der Arbeiter verschiedener Nationalitäten zu tragen, um ihre Aufmerksamkeit vom unmittelbaren Kampfe gegen die bürgerliche Ordnung abzulenken.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale stellt vor dem Angesicht der ganzen Welt fest:

1. daß die Schuld für alle Judenpogrome der jüngsten Zeit in der Ukraine, in Polen, Rumänien, Ungarn, Palästina usw. voll und ganz auf die Entente fällt, die an der Spitze aller gegenrevolutionären Unternehmungen gegen die kommunistische Revolution steht,

2. daß die Entente, die die Weißgardisten aller Gattungen, die jedes von ihnen besetzte Territorium mit Hunderttausenden schuldloser Opfer bedecken, mit allen möglichen Vernichtungsmitteln versorgt und sie moralisch unterstützt, keinen Finger regt, um den Pogromanstiftern Einhalt zu tun und auch den Protesten der werktätigen Massen gegen die Pogrome keinerlei Aufmerksamkeit schenkt.

Ja, die Agenten der Entente, die wir in den Reihen der gegenrevolutionären Armeen Rußlands, der Ukraine, Polens, Ungarns und anderer Länder finden, beteiligen sich unmittelbar

an diesen Pogromen. Am deutlichsten sahen wir es in dem Pogrom in Jerusalem im April d. J., der von den Agenten der englischen Regierung organisiert wurde.

3. daß die zur gelben II. Internationale gehörenden Parteien, die in der Ukraine in Gestalt des „Ukrainischen Volksdirektoriums", in Polen in Gestalt der Regierung Pilsudskis an der Macht sind, die geistigen und physischen Teilnehmer an den Pogromen sind, die die Ausrottung von Hunderttausenden von Frauen und Kindern zur Folge hatten. In ihrem Kampf gegen die Diktatur des Proletariats haben sie die Ukraine und Polen mit Strömen unschuldigen Blutes überschwemmt.

Deshalb erhebt der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, der den Willen des revolutionären Weltproletariats ausdrückt, den entschiedensten Einspruch gegen die Judenpogrome, die das Werk der Weltgegenrevolution sind. Er ruft die Arbeiter aller Länder zum aktiven Kampfe mit Wort und Tat gegen sie auf, um den heuchlerischen Diplomaten des „Völkerbundes" die Maske vom Gesicht zu reißen, ihre wahre schändliche Rolle aufzudecken und überall die Diktatur des Proletariats zu errichten, die allein imstande ist, allen Pogromen ein Ende zu bereiten, alle nationalen Vorurteile auszurotten, alle nationalen Scheidewände einzureißen und auf dem ganzen Erdenrund die wirkliche Brüderlichkeit der Völker herzustellen.

Insbesondere wendet sich der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale an die Arbeiter aller geknechteten Nationen mit dem Rufe, sich enger um das Banner der Kommunistischen Internationale zu scharen, die der ganzen Menschheit die endgültige Befreiung von allen Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Ordnung bringt.

MURPHY. Ich kann nicht alles sagen, was ich hätte sagen wollen, weil man der englischen Delegation nicht die Möglichkeit gegeben hat, die Diskussion in genügender Weise zu vertiefen.

Ich werde mich darauf beschränken, die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die engen Beziehungen zu lenken, die

zwischen den revolutionären Bewegungen in Europa und denen in den Kolonien bestehen. Die Bewegung in Aegypten ist eine der ernstesten revolutionären Bewegungen. In Indien nimmt der Kampf bedeutenden Umfang an. Die Kommunistische Internationale hat die Pflicht, diese Bewegungen zu unterstützen. Es handelt sich darum, sie zu gruppieren, damit sie alle zusammen eine mächtige internationale Bewegung ergeben, in der die nationalen Interessen den internationalen untergeordnet sind. Die Kommunistische Internationale muß in allen Ländern Sektionen schaffen, damit sie imstande ist, die verschiedenen revolutionären Bewegungen in Einklang zu bringen und sie in eine internationale kommunistische Bewegung umzuwandeln.

KOHN. Die Debatte hat infolge einiger Redner, die unvermittelt eingegriffen haben, eine Wendung genommen, mit der kein Kenner der Notwendigkeiten der kommunistischen Nationalitätenpolitik einverstanden sein kann. Bevor ich noch auf die Anträge der Genossin Frumkina und des Genossen Mereshin, die diese Wendung in die Debatte gebracht haben, eingehe, möchte ich einiges bemerken. In den Leitsätzen über die Nationalitätenfrage wird zunächst an territorial konzentriert wohnende Völker, also an unterdrückte Nationalitäten gedacht, die von einer auswärtigen Macht beherrscht werden. Von vermischt unter anderen wohnenden Minderheitsvölkern wird im allgemeinen nicht gesprochen. Nur die neunte These spricht von Garantien der Rechte der nationalen Minderheiten. Ich hatte in der Kommission einen Zusatz zu dieser These beantragt, und zwar zum zweiten Satz des Absatzes nach den Worten: „im Kampfe mit der Bourgeoisie vereinigt", der folgendermaßen lautet: „zweitens für gesellschaftliche Einrichtungen einzutreten, die die Befriedigung der kulturellen und sozialökonomischen Bedürfnisse der arbeitenden Massen der Minderheitsvölker ermöglichen". Es ist notwendig, ganz genaue organisatorische Bestimmungen zu schaffen, die die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern fordern und verteidigen sollten. Die Kommission ist sich aber einig geworden

darüber, daß die neunte These zwar nur allgemein, aber doch ganz deutlich auch die Verteidigung der Rechte der nationalen Minderheiten und die Schaffung von gesellschaftlichen Einrichtungen, die diese Rechte verwirklichen sollen, zum Ausdruck bringt, und daß vermieden werden soll, detaillierte Forderungen in die Leitsätze aufzunehmen. Aus diesem Grunde war ich bereit, meinen Zusatz zurückzuziehen. Gegenüber der Gefahr aber, daß vielleicht aus Mangel an Widerstand und aus Unkenntnis der Sachlage der Antrag Mereshin durchgehen könnte, nehme ich den verlesenen Antrag wieder auf und unterbreite ihn dem Kongreß. Diese These entspricht ganz den Forderungen jener Partei, der ich angehöre, der Poale Zion. Es genügt dem jüdischen Proletariat durchaus, daß ihm gesellschaftliche Einrichtungen gewährt werden, die ihm die Befriedigung seiner kulturellen und sozial-ökonomischen Bedürfnisse ermöglichen, soweit dies in dem allgemeinen Rahmen der Sowjetverfassung durchführbar ist und nicht den Kampfesbedürfnissen des Sowjetstaates widerspricht. Die Resolution des Genosen Mereshin über die national-personale Autonomie beruht auf unrichtig gesehenen Tatsachen und vor allem auf unrichtigen Schlußfolgerungen. Wenn er davon spricht, daß die Versuche zur Durchführung der national-personalen Autonomie in der Ukraine zu schädlichen Folgen geführt haben, indem dadurch der jüdischen Bourgeoisie, die reaktionär ist, die Mehrheit in den national-autonomen Institutionen und damit die Macht in die Hände gespielt wurde, so vergißt er, daß dies in der Zeit einer demokratischen Regierung geschah, daß eben das allgemeine Wahlrecht in den Institutionen eingeführt war und daß diese Folgen für keinen Kommunisten eine Ueberraschung sein konnten. Wenn dagegen Institutionen zur Befriedigung der kulturellen und sozial-ökonomischen Bedürfnisse der nationalen Minderheiten mit einer bestimmten, streng abgegrenzten Autonomie unter der Kontrolle der Sowjetmacht und unter der Leitung des kommunistischen Proletariats der betreffenden Nation eingerichtet würden, so sind schädliche Folgen in keinem höheren Maße zu befürchten als von jeder

anderen gesellschaftlichen Einrichtung. Im übrigen glaube ich, daß sowohl der Antrag der Genossin Frumkina, die die nationale Autonomie fordert, als auch mein Antrag nicht ausdrücklich gestellt werden müßten, da die Sowjetmächte, von den Bedürfnissen des Proletariats getrieben und auf Grund der eigenen Verfassung, die Möglichkeit der Selbstverwaltung auch den nationalen Minderheiten werden gewähren müssen. In Kürze möchte ich noch darauf hinweisen, daß dem Genossen Mereshin ein allerdings charakteristisches Mißverständnis unterlaufen ist. Er spricht davon, daß Renner und Otto Bauer die nationalpersonale Autonomie theoretisch gefordert hätten. Das ist ein Irrtum. Diese beiden Führer der österreichischen Opportunisten haben nur die Theorie der Nationalautonomie der Mehrheitsvölker ausgebaut und für die Minderheiten bloß rechtliche Garantien gefordert.

Was die Resolution des Genossen Mereshin bezüglich des Antisemitismus anbelangt, so weise ich auf den Passus hin, der von der Kommission in die zehnte These neu aufgenommen wurde und der genügend die Notwendigkeit des Kampfes gegen diese reaktionäre Erscheinung betont. Die lange Resolution des Genossen Mereshin würde den Eindruck hervorrufen, als ob wir den Kongreß dazu benutzen wollten, um auch in dieser Frage unter den Vertretern der jüdischen Proletarier ein Turnier über die Rolle der Entente zu veranstalten. Ich glaube, der Kongreß hat sich mit wichtigeren Dingen zu beschäftigen.

Was zu der Erscheinung des Nationalitäten- und Fremdenhasses und der von den reaktionären Mächten hervorgerufenen Pogrome zu sagen war, kommt in der genannten These klar genug zum Ausdruck.

Zum Teil aus demselben Grunde spreche ich mich auf das entschiedenste gegen die Resolution der Genossin Frumkina aus. Mit dem Inhalt des ersten Teiles sind wir wohl einverstanden. Der bürgerliche Zionismus, der notwendigerweise in den Dienst des englischen Imperialismus treten muß, wenn er sich nicht von vornherein als utopisch erweisen will, diese bürgerliche Bewegung ist natürlich unter allen Umständen auf das schärfste

zu bekämpfen. Und gerade die Bewegung der kommunistischen Poale Zion führt diesen Kampf am energischsten. Was aber der Kongreß und die gesamte Kommunistische Internationale hierzu zu sagen hat, ist bereits in These XI, § 6 zum Ausdruck gebracht. Die Resolution der Genossin Frumkina ist also vollkommen überflüssig und durchaus nicht von der Absicht eingegeben, gegen den bürgerlichen Zionismus hier zu kämpfen. Sonst könnte der Kongreß veranlaßt werden, auch gegen andere bürgerlich-nationalistische sogenannte Freiheitsbewegungen, die im Dienste einzelner Ententemächte stehen, langstielige Resolutionen zu fassen. Was in Wirklichkeit hier beabsichtigt wird, das sehen wir aus dem zweiten Teile der Resolution. Sie haben hier ein direktes Muster üblen Gezänkes vor sich, das das politische Leben der jüdischen Arbeiter seit langen Jahren vergiftet. Die Partei der Genossin Frumkina, der Kommunistische Bund, will einfach die Gelegenheit benutzen, um die Suppe des kleinlichen Kampfes der Parteien aufzuwärmen, den sie auf dem Kongreß entfachen wollte. Die Genossin Frumkina, die Vertreterin einer Partei, die noch gestern alle gegenrevolutionären Regierungen in Rußland unterstützt hat, deren Führer Dan und Lieber zu den bedeutendsten Persönlichkeiten der menschewistischen Gegenrevolution zählten, behauptet, daß wir — die Poale Zion — unsere Tätigkeit hinter einem kommunistischen Schleier decken. Ueber uns sagt sie das, die wir uns in Rußland als erste unter den jüdischen Parteien an die Seite der Bolschewiki im Kampfe gegen die Konterrevolution gestellt und auch in allen übrigen Ländern vor allen anderen Richtungen innerhalb der jüdischen Arbeiterschaft den Kampf um die Weltrevolution aufgenommen haben.

Sie begründet ihre Resolution mit einigen allgemeinen und jeder Kenntnis des betreffenden Ländergebietes entbehrenden Behauptungen. Ich will hierzu einiges mitteilen, da es sich um Länder handelt, die heute noch nicht besprochen wurden, obwohl sie in die Machtsphäre des englischen Imperialismus geraten sind und in Zukunft eine in jeder Beziehung bedeutungsvolle Rolle spielen werden. Ich meine die Länder des arabi-

schen Asiens: Mesopotamien, Syrien, Arabien. Die Genossin Frumkina möchte die Bewegung, die den arabischen Orient während des Weltkrieges ergriffen hat, als nationale Freiheitsbewegung hinstellen. In Wirklichkeit haben wir es mit den Bestrebungen der Nomadenstämme der arabischen Wüste zu tun, hauptsächlich der Hadji, unter dem Einfluß ihrer religiösen Führer, der Stammesältesten, die ältesten Formen der Sklaverei für die ansässige Bevölkerung dieser Länder einzurichten, d. h. eine feudale Organisation der Herrschaft dieser Stammesführer über die Bauern. Die Kommunistische Internationale unterstützt diese Bewegung und ihren Führer — den König der Hadji — den Emir von Fezan und ähnliche „Freiheitskämpfer" — ein merkwürdiges Beginnen!

Wie liegt die Sache wirklich im arabischen Orient? Die große Masse der Bevölkerung besteht aus arabischen Fellahs die durch den schweren Druck der türkischen Regierung in primitivsten Wirtschaftszuständen geblieben sind. Aber einen günstigen, die volle Verelendung verhindernden Umstand gab es dort, und zwar das Vorhandensein einer Art von Gemeineigentum an Grund und Boden, das begründet erscheint aus gewissen primitiv-kommunistischen Vorschriften des islamitischen Gesetzes. Die Bestrebungen der Beduinen, die die angebliche „nationale" Bewegung führen, zielen darauf hin, durch Enteignung des den Fellahs gehörigen Bodens die schlimmste Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung in Gang zu setzen. Darin finden sie beim englischen Imperialismus vollste Unterstützung. Die englische Bourgeoisie hat ja zuerst in radikalster Weise die „Befreiung" der Bauernbevölkerung von ihrem Grund und Boden durchgeführt, wie wir im ersten Buch des „Kapitals" über die ursprüngliche Akkumulation nachlesen können. Diese „Befreiung", durchgeführt von den Beduinenhäuptlingen unter Begünstigung der englischen Bourgeoisie, möchte Genossin Frumkina von der Kommunistischen Internationale gefördert sehen.

Wie stehen nun wir, die kommunistische Poale Zion, zu Palästina? Zunächst: wir wollen keinen Staat errichten, am allerwenigsten mit Unterstützung des englischen Imperialismus,

sondern wir sind überzeugt, daß in dem Prozeß der Produktivierung der jüdischen Massen, ihrer Zuführung zu nützlicher und gesellschaftlich notwendiger Arbeit, im Verlauf der Epoche der sozialen Revolution eine gewisse Menge von Juden aus den Ländern, in denen sie jetzt in Massen wohnen, wie z. B. der Ukraine, Litauen und besonders Polen, emigrieren werden. Ein Teil dieser Auswanderer wird auch nach Palästina gehen und dort der Landwirtschaft zugeführt werden. Daraus folgt für uns bloß die Forderung der Möglichkeit freier Emigration und Kolonisation in diesem Lande, solange es sich in den Händen der englischen oder einer anderen Bourgeoisie befindet. Diese Forderung erheben wir nur, um die Emigration und die kolonisatorische Tätigkeit des jüdischen und jedes anderen Proletariats zu regeln mit der Unterstützung und solidarischen Hilfe der proletarischen Kommunistischen Internationale und im schärfsten Kampfe mit der jüdischen und der Weltbourgeoisie, sofern eine solche Tätigkeit für das Proletariat überhaupt möglich ist unter der kapitalistischen Ordnung. Wenn Palästina in der Entwicklung der sozialen Revolution zum Sowjetstaat wird, der in die Föderation anderer Sowjetstaaten eintritt, dann wird die Frage der jüdischen Kolonisation dieses Landes ein Teil der allgemeinen Frage über die Hinzuziehung der jüdischen Massen zur produktiven Arbeit, über ihre Teilnahme an dem sozialen Aufbau der freien werktätigen menschlichen Gesellschaft. Die Lösung dieser Frage geschieht im Rahmen einer vernünftigen Bearbeitung der Naturreichtümer in den schwach bevölkerten Kolonialländern und einer zweckmäßigen Anwendung der bisher gar nicht oder sehr schlecht ausgenutzten menschlichen Arbeitskraft in der Industrie.

Diese unsere Anschauungen haben aber nichts mit dem Gedanken eines jüdischen Staates, am allerwenigsten aber mit dem eines bürgerlichen Staates, zu tun. Im Gegenteil, unsere Bewegung, die in allen Ländern aus den Bedürfnissen des jüdischen Proletariats entstanden ist, steht überall in den ersten Reihen im Kampf gegen den Imperialismus. In Palästina, ja in ganz Arabisch-Asien ist die uns angeschlossene sozialistische Partei Palä-

stinas (Poale Zion) die einzige proletarisch-kommunistische Gruppe, die unter den schwersten Bedingungen den englischen Imperialismus bekämpft und berufen ist, die arbeitenden Massen des arabischen Orients in diesem Kampfe zu führen. *(Der Vorsitzende unterbricht den Redner.)* Auch ignoriert die beantragte Resolution die wichtigsten sozialen Tatsachen und will den Kongreß in lächerliche Bahnen leiten. Es ist nämlich eine Tatsache, daß, wie zuerst die jüdische Bourgeoisie modern-kapitalistische Wirtschafts- und Ausbeutungsformen in das Land eingeführt hat (Formen, die wir übrigens, wenn man uns nach dem Willen des „Kommunistischen Bund" die Wahl zwischen den verschiedenen Ausbeutungssystemen ließe, jedenfalls den feudalen vorziehen würden, die Genossin Frumkina empfohlen hat), so auch die eingewanderten jüdischen Arbeiter das einzige moderne, wirklich besitzlose und dabei vom Klassenbewußtsein erfüllte, von revolutionärem Kampfeswillen beseelte Proletariat darstellen. Die arabischen Massen, die auf den Gütern der jüdischen Grundbesitzer und der arabischen Effendis arbeiten, verfügen zum größten Teil über eigenen Grundbesitz und können nur als halbproletarisch bezeichnet werden. Ihr natürlicher Vorkämpfer, der sie in den revolutionären Kampf zu ziehen, sie mit politischem Bewußtsein zu erfüllen hat, ist unsere dortige Partei, die getreu den Prinzipien der Kommunistischen Internationale mit einer sehr lebhaften revolutionären Propaganda unter ihnen eingesetzt hat. *(Der Redner wird aufgefordert, zu schließen.)*

Die Resolution der Genossin Frumkina widerspricht, wie den gegebenen Tatsachen, so auch dem Geist und dem Wortlaut der Leitsätze, die überall, wo es kommunistisch-proletarische Gruppen gibt, die Unterstützung derselben gegen die bürgerlich-nationalrevolutionären Bestrebungen fordern. Sie würde der kommunistischen Bewegung des jüdischen Proletariats in aller Welt und der kommunistischen Bewegung des arabischen Orients im besonderen außerordentlichen Schaden zufügen. Ich bitte deshalb den Kongreß, sich nicht zu Zwecken des schlimmsten Sektengezänks ausnutzen zu lassen und diese Resolution, für deren Bezeichnung mir ein höfliches Wort fehlt, abzulehnen.

FRUMKINA. Ich protestiere gegen die Beschuldigung, die gegen den Bund erhoben worden ist. Er hat immer auf der Seite der Sowjetmacht gestanden, selbst als er noch nicht in den Reihen der kommunistischen Partei stand.

SINOWJEW. Ich schlage vor, für und gegen die Leitsätze zu stimmen und die Vorschläge in die Kommission zu senden. Ich hoffe, daß die Kommission in ihrer Bewertung einstimmig urteilen wird. Falls Meinungsverschiedenheiten bestehen sollten, werden sie dem Kongreß unterbreitet werden.

SERRATI. Ich wollte mich eigentlich noch über die Frage äußern, ziehe aber jetzt vor, mich auf eine Erklärung zu meiner Stimmabgabe zu beschränken.

Ich finde in den von den Genossen Lenin und Roy dem Kongreß vorgeschlagenen Leitsätzen zur Nationalitäten- und Kolonialfrage nicht nur einige Widersprüche, sondern auch eine große Gefahr für die Stellung des kommunistischen Proletariats in den fortgeschrittenen Ländern, das besonders in der Zeit vor der Revolution jede Zusammenarbeit der Klassen ablehnen muß.

Die Definition der „zurückgebliebenen" Länder ist zu unbestimmt und ungenau, um nicht verschiedenen chauvinistischen Auslegungen ausgesetzt zu sein.

Ueberhaupt ist jede von bürgerlich-demokratischen Gruppen unternommene nationale Befreiungsaktion, selbst wenn sie zum Mittel des Aufstands greift, keine revolutionäre Aktion.

Sie wird zugunsten eines in der Entwicklung begriffenen nationalen Imperialismus oder im Kampf des kapitalistischen Imperialismus eines neuen Staates gegen den früher herrschenden Staat unternommen. Die nationale Befreiung kann niemals revolutionär sein, wenn die Arbeiterklasse nicht an ihr teilnimmt. Der Klassenkampf selbst in den sogenannten zurückgebliebenen Ländern kann nur vonstatten gehen, wenn die Unabhängigkeit des Proletariats von allen seinen Ausbeutern, auch von den sich „revolutionäre Nationalisten" nennenden bürgerlichen Demokraten gewahrt bleibt.

Die wahre Befreiung der geknechteten Völker kann nur durch die proletarische Revolution und die Sowjetordnung und

nicht durch einen zeitweiligen und zufälligen Bund kommunistischer Parteien mit den revolutionär genannten bürgerlichen Parteien durchgeführt werden.

Diese Bündnisse können im Gegenteil nur zu einer Abschwächung des proletarischen Klassenbewußtseins, besonders in den weniger an den Kampf gegen den Kapitalismus gewöhnten Ländern führen.

Die ungenügende Klarheit der Leitsätze birgt die Gefahr in sich, dem pseudo-revolutionären Chauvinismus Westeuropas Waffen gegen die wahrhaft kommunistische internationale Aktion zu liefern.

Deshalb erkläre ich, daß ich meine Stimme nicht abgeben werde.

WIJNKOOP. Es ist etwas Unerhörtes, was wir hier erleben. Wenn der Genosse Serrati sich der Abstimmung enthält, so ist das natürlich seine Sache. Aber er hat hier in die ganze Diskussion nicht eingegriffen und seine Argumente nicht vorgebracht, was er hätte tun können und wozu er verpflichtet war. Statt dessen kommt er jetzt und sagt, daß diese sehr gut durchgearbeiteten Leitsätze gegenrevolutionär sind. Darüber müssen wir doch diskutieren. Dadurch, daß er seine Behauptung jetzt erst vorbringt, nimmt er uns die Möglichkeit, gegen ihn zu reden. Und so handelt ein Genosse, der sehr hoch angeschrieben steht. Da werden die Bourgeoisie und die Arbeiter, die rechts oder links von uns stehen, kommen und sagen, unsere ganze Politik in der Kolonialfrage sei eine gegenrevolutionäre Politik.

Der Kongreß, falls er sich selbst achtet, muß den Genossen Serrati zwingen, diese Sache hier zu diskutieren, und daher schlage ich vor, den Inhalt dieses Protestes und seine Stimmenthaltung hier zur Diskussion zu bringen.

SERRATI. Ich weiß nicht, ob Wijnkoop so viel Achtung für mich hat, wie Genosse Levi für ihn zu haben erklärt. Ich habe niemals den Reaktionären einen Vorwand gegeben, gegen meine Partei aufzutreten. Meine Tätigkeit in der internationalen kommunistischen Bewegung ist so klar, daß keine meiner Deklarationen als Waffe von den Gegnern gebraucht werden

kann. Ich bin niemals von meinem revolutionären Standpunkt abgewichen, habe nie Deklarationen zugunsten Deutschlands oder Frankreichs abgegeben, um Stimmen im Wahlkampf zu sammeln, wie man es dem Genossen Wijnkoop vorwirft. Ich bin stets sehr selbständig gewesen, und deswegen haben meine Erklärungen Gewicht in der internationalen Bewegung. Ich habe Pflichten gegenüber dieser Bewegung, die ich erfüllen werde. Ich kümmere mich nicht darum, was die Bourgeoisie von mir denkt und ob sie mich für einen „Verräter" hält. Der Grund, weshalb ich diese Deklaration hier eingereicht und nicht diskutiert habe, ist ein ganz anderer. Ich halte es für selbstverständlich, daß die hier vorgetragenen Leitsätze von dem Kongreß als solche angenommen werden können und müssen. Ich befinde mich aber in einer ganz besonderen Lage. Ich habe sechs Jahre lang in meinem Lande gegen die nationalistische Bewegung gekämpft, und wenn ich für eine solche Resolution stimmen würde, so würde es Veranlassung geben, zu behaupten, es bestehe ein Widerspruch zwischen meiner Stellungnahme in Italien und der Resolution, für die ich hier stimme.

SINOWJEW. Im Namen der russischen Delegation möchte ich erklären, daß wir die Erklärung des Genossen Serrati hier für sehr unkameradschaftlich halten. Genosse Serrati hatte die vollkommene Möglichkeit, an den Kommissionsberatungen teilzunehmen und seinen Widerspruch zu erheben. Dazu sind diese Beratungen da. Der internationale Kongreß ist zusammengetreten, um die einzelnen Erfahrungen zu prüfen und dann das Fazit zu ziehen. Es ist unverständlich, warum man den Kongreß in eine solche Lage bringt. Wir können niemand zur Diskussion zwingen, aber wenn Genosse Serrati eine offizielle Erklärung gegen uns abgegeben hat, so müssen wir eine offizielle Gegenerklärung abgeben. Man sucht uns in die Schuhe zu schieben, wir wollen bürgerlich-revolutionäre Bewegungen unterstützen. Das wollen wir nicht. Was hier gesagt wurde, ist: die Kommunisten unterstützen jede revolutionäre Bewegung. Ich weiß nicht, welche besonderen Kämpfe in Italien vorgekommen sind. Wir haben Erfahrungen von einer Anzahl von Ländern und finden, daß wir

als Kommunisten eine jede revolutionäre Bewegung unterstützen müssen. Ich wiederhole, daß uns nichts übrig bleibt, als eine Gegenerklärung abzugeben. Warum der Genosse Serrati seine Bedenken nicht in der Kommission vorbringen wollte, ist uns unverständlich. Eine neue Diskussion ist unmöglich. Mögen die italienischen Arbeiter urteilen, wer Recht hat, und ich glaube, daß von 100 italienischen Arbeitern 99 sagen werden, daß der Kongreß Recht hat und nicht der Genosse Serrati.

ROY. Serrati hat meine und Lenins Leitsätze gegenrevolutionär genannt.

SERRATI. Nein, nein!

ROY. Ich bin fest davon überzeugt, daß in der Unterstützung der unterdrückten Völker bei ihrem Kampfe gegen fremde Unterdrücker kein Proletariat irgend eines Landes eine Unterstützung der Reaktion erblickt. In den rückständigen Ländern ist die nationale Revolution ein Schritt vorwärts. Es wäre unwissenschaftlich, verschiedene Arten der Revolution zu unterscheiden. Alle Revolutionen sind verschiedene Etappen der sozialen Revolution. Die Bevölkerung der ausgebeuteten Länder, deren wirtschaftliche und politische Evolution nicht vor sich gehen konnte, haben andere revolutionäre Phasen zu durchlaufen als die europäischen Völker. Wer glaubt, daß es reaktionär ist, diesen Völkern in ihrem nationalen Kampf zu helfen, ist selbst reaktionär und spricht eine imperialistische Sprache.

Ich protestiere gegen die Erklärung des Genossen Serrati und bitte, daß sie nicht im Protokoll aufgenommen werde.

WIJNKOOP. Kein Vertreter der revolutionären Bewegung hat das Recht so zu sprechen. Serrati hat sich dessen gerühmt, daß er nie eine Erklärung zugunsten Frankreichs oder Deutschlands gemacht habe. Dieser Satz enthält meiner Meinung nach einen versteckten Sinn. Ich schlage vor, Widerspruch gegen die hier getroffenen Bestimmungen zu erheben. Ich bitte, daß in dieser Angelegenheit eine Rundfrage eingeleitet werde. Ich ersuche darum, daß die Erklärung des Genossen Serrati im Protokoll nicht aufgenommen werde, da sie im Kongreß nicht erörtert worden ist. Genosse Serrati wird es freistehen, alle seine Ideen dem nächsten italienischen Parteikongreß zu unterbreiten.

SERRATI. Ich sehe nichts Ungebührliches darin, daß man eine Untersuchung einleitet über die Beschuldigungen, die gegen die holländische Partei erhoben werden. Ich habe sie nicht beschuldigt. Ich habe nur an das erinnert, was Genosse Levi gesagt hat. Das ist eine ganz andere Sache. Ich erinnere daran, da der Genosse mir Gelegenheit dazu bietet, daß man über eine abgestimmte Deklaration nicht zu sprechen braucht. Ich habe diese Frage nicht erhoben, weil ich Diskussionen nicht gern habe, aber ich finde es sonderbar, daß die Genossen mir gestatten, zu sprechen, während sie in Wirklichkeit nicht das Recht hatten, meine abgestimmte Deklaration zu diskutieren. Ich finde es noch sonderbarer, daß ein Genosse behauptet, meine Deklaration dürfe nicht ins Protokoll eingetragen werden. Ich hätte vorschlagen können, daß alle die Dummheiten, die hier gesagt werden, im Protokoll verschwiegen würden. Ich hätte vorschlagen können, daß die von Genossen Levi dem Genossen Wijnkoop entgegengeschleuderte Beschuldigung in dem Protokoll unerwähnt bliebe. Sie ist viel ernster als die bestimmte, klare und genaue Erklärung, die ich gemacht habe und die ich in das Protokoll einzufügen bitte.

Genosse Roy hat meine Erklärung nicht verstanden. Ich sage, er hat sie nicht verstanden, weil ich glaube, mich mit genügender Klarheit ausgedrückt zu haben. Ich wollte sagen, daß die Leitsätze in der vorgeschlagenen Form nicht klar genug sind und zu chauvinistischen und nationalistischen Deutungen Anlaß geben können. Wenn ich geglaubt hätte, daß es sich darum handelt, gegenrevolutionäre Leitsätze anzunehmen, lieber Genosse Roy, da bin ich ehrlich und offen genug, um gegen sie zu stimmen, und es wäre nichts Schlimmes daran gewesen, wenn auf einem kommunistischen Kongreß jemand gegen einen bereits formulierten Vorschlag gestimmt hätte.

Genosse Roy hat gesagt, daß jede Revolution einen sozialen Charakter trage, aber das hieße ja, daß wir während des Krieges allen Vermittlern und Helfershelfern der Bourgeoisie hätten dienen müssen. Sie sagten uns: der revolutionäre Krieg ist ein sozialer Krieg. Man muß sich daran beteiligen. Und wir haben geantwortet: Nein, wir beteiligen uns daran nicht.

Genosse Sinowjew hat eine Erklärung im Namen der Kommunistischen Partei Rußlands abgegeben, in der verlangt wird, daß man klar und einfach spricht. Ich habe das immer getan. Aber ich habe auch ganz deutlich gesagt, daß ich mich unfähig fühle, über diese Frage zu diskutieren, die so, wie sie gestellt ist, nicht erörtert werden kann.

Ich hatte die Absicht, eine Resolution zur Tagesordnung vorzuschlagen, und ich habe es nicht getan, weil ich glaubte, daß es nicht möglich sei, eine gewisse objektive Diskussion einzuhalten.

Ich wollte folgende Resolution zur Tagesordnung vorschlagen: „Der Kongreß sendet allen unter der Unterdrückung der imperialistischen Staaten leidenden Völkern warme brüderliche Grüße. Er drückt seine volle und tatkräftige Sympathie aus in ihrem gegen alle Ausbeuter gerichteten Kampfe, und er erklärt, daß das Proletariat in seinem Kampfe gegen die Bedrückung durch das Kapital das Recht hat, nationale Aufstände auszunutzen, um sie endlich in eine soziale Revolution umzuwandeln." Mein Gedanke ist sehr einfach. Anstatt zu sagen, daß die kommunistische Partei und das Proletariat in gewissen Fällen und unter gewissen Umständen und Garantien sich mit der kleinbürgerlichen Bewegung vereinigen sollen, sage ich: Nein, die Arbeiterklasse kann eine kleinbürgerliche revolutionäre Bewegung zwecks einer sozialen Revolution ausnutzen. Aber sie darf, besonders in rückständigen Ländern, die Bourgeoisie nicht unterstützen, da sie sonst Gefahr läuft, ihre Klassenstellung und Klassenorientierung zu verlieren, und die Massen in rückständigen Ländern können ihre Klassenorientierung leichter verlieren, als in Ländern, die weiter vorgeschritten sind, da das Proletariat dort noch kein festes Klassenbewußtsein hat und seinen Führern oft blind Folge leistet.

Genosse Sinowjew hat erklärt, die Proletarier müssen über das Verhalten ihrer Vertreter im internationalen Kongreß urteilen. Es ist selbstverständlich, daß die Delegierten nach ihrer Rückkehr vor denen, die sie gesandt haben, Rechenschaft ablegen. Und die Masse wird über unser Verhalten urteilen. Ich habe dem Kleinbürgertum gegenüber immer eine unversöhnliche

Haltung eingenommen. Diese Haltung habe ich auch im nationalen Kongreß von Florenz beibehalten, und der Kongreß hat meine Haltung gebilligt.

WIJNKOOP. Genosse Serrati hat versucht, unsere Partei zu verdächtigen, er hat versucht, mich zu verdächtigen und noch dazu aus diesem Grunde, weil ich schon das Wort hatte. Er aber will zum zweiten Mal sprechen. Ich konnte mir gar nicht denken, daß der Genosse Serrati, der selbst beantragt hat, die Diskussion zu schließen, in seiner eigenen Sache jetzt zweimal das Wort erhält. Ich möchte vorschlagen, daß ich wenigstens das Wort ergreifen kann.

SINOWJEW. Ich schlage vor, über den Antrag auf Schluß der Debatte abzustimmen. Es ist unnütz, diese persönlichen Angriffe fortzusetzen. Genosse Serrati hat das Recht, zu verlangen, daß die Erklärung, die er abgegeben hat, ins Protokoll kommt. *(Zwischenruf Wijnkoops).* Das Protokoll ist ein Spiegel dessen, was gewesen ist, deswegen muß sie ins Protokoll kommen. Wir schlagen vor, daß alle Resolutionen und Anträge der Kommission übergeben werden.

WIJNKOOP. Ohne Diskussion geht es nicht.

LEVI. Es wird abgestimmt über Schluß der Debatte.

(Schluß der Debatte wird gegen 5 Stimmen angenommen.)

WIJNKOOP. Ich habe den Vorschlag gemacht, daß die Diskussion keinesfalls zu schließen ist.

LEVI. Wer ist für den Vorschlag des Genossen Wijnkoop? Wer ist dafür, daß die Debatte eröffnet wird, nachdem sie soeben geschlossen wurde?

(Der Vorschlag des Genossen Wijnkoop wird gegen acht Stimmen abgelehnt.)

LEVI. Die überwiegende Mehrheit hat den Antrag des Genossen Wijnkoop abgelehnt. Wir kommen zur Abstimmung der Leitsätze überhaupt. Die Leitsätze sollen jetzt abgestimmt werden; alle Anträge werden der Kommission überwiesen. Sollten in der Kommission Meinungsverschiedenheiten entstehen, so wird sie dem Kongreß noch einmal Bericht erstatten.

(Es wird abgestimmt, ob alle übrigen Fragen der Kommission überwiesen werden sollen. Das wird einstimmig angenommen.)

FRUMKINA. Es wurde gesagt, daß der Bund an der gegenrevolutionären Agitation der II. Internationale teilgenommen hat. Der Bund hat sich nicht an der Agitation gegen die sozialistische Revolution beteiligt, er hat vielmehr alle seine Kräfte eingesetzt für die Verteidigung der Sowjetregierung, auch als er noch nicht kommunistisch war. Wenn man die II. Internationale erwähnt, so sollte man den Gen. Kohn daran erinnern, daß sich die Partei Poale Zion in Palästina an die II. Internationale um Unterstützung gewandt hat und sich auch derselben erfreut. Der Antrag der Poale Zion, ihren Vertreter zuzulassen, ist von der Exekutive abgelehnt worden.

SERRATI. Genosse Wijnkoop hat gesagt, er möchte über die Anklage, die ich gegen die holländische Partei gemacht habe, eine Untersuchung anstellen. Ich betone, daß ich keinerlei Beschuldigungen erhoben, sondern nur das wiederholt habe, was Genosse Levi ohne jede Widerlegung seitens des Genossen Wijnkoop gesagt hat, und was auch die Genossen aus der Exekutive gesagt haben, ohne einen Protest hervorzurufen.

BOMBACCI. Ich erkläre, daß ich die Meinung des Genossen Serrati, die er in seiner Deklaration zum Ausdruck gebracht hat, nicht teile.

WIJNKOOP. Ich habe nicht in persönlicher Sache ums Wort gebeten, sondern um einen Vorschlag zu machen, aber jetzt, da ich das Wort habe, muß ich erklären, daß alles, was Genosse Serrati in diesem Zusammenhang gegen unsere Partei vorgebracht hat, nicht mit der Wahrheit in Uebereinstimmung steht. Ob er sich in seiner Unwahrheit an den Genossen Levi anlehnt, das geht mich nichts an. Es ist und bleibt eine Unwahrheit, das muß ich feststellen. Die Genossen aus der Exekutive haben nicht dasselbe wie der Genosse Serrati gesagt. Das Amsterdamer Büro ist nicht identisch mit der holländischen Partei, und sie hat nichts mit dem zu tun, was Genosse Serrati sich erlaubt hat, gegen unsere Partei vorzubringen, weil ich Kritik an ihm geübt habe. Ich

mache den Vorschlag, den Protest des Genossen Serrati, weil er hier nicht diskutiert worden ist, auch nicht in das Protokoll aufzunehmen. Ich mache diesen Vorschlag, weil Genosse Serrati seinen Protest, der nach meiner Meinung ein Manifest gegen diesen Kongreß ist, ebenso gut im italienischen Kongreß machen kann.

PESTAGNA. Da ich keine politische Partei, sondern eine syndikalistische Organisation vertrete und keine Verpflichtungen übernehmen kann, von denen ich nicht sicher bin, daß ich sie halten kann, werde ich nicht stimmen.

GRAZIADEI. Meine Stellungnahme ist aus den Erklärungen, die ich hier bereits gemacht habe, bekannt. Ich werde für die Leitsätze stimmen samt den von mir vorgeschlagenen Zusätzen.

SINOWJEW. Es liegt ein Antrag des Genossen Wijnkoop vor, daß die Erklärung des Genossen Serrati nicht in das Protokoll aufgenommen werden soll. Wir sind der Meinung, und ich bitte um Unterstützung der Meinung des Büros, daß eine solche Abstimmung unmöglich ist. Wer dieser Meinung ist, der hebe die Hand. Wer ist dagegen? Es scheint niemand dagegen zu sein. Der Kongreß beantragt nun, über die Leitsätze abzustimmen und die Debatten zu schließen.

(Der Antrag wird angenommen.)

SINOWJEW. Es gelangen die Leitsätze über die Kolonial- und Nationalitätenfrage zur Abstimmung, die wie folgt lauten:

Leitsätze über die Nationalitäten- und Kolonialfrage.

1. Der bürgerlichen Demokratie ist ihrem eigentlichen Wesen nach eine abstrakte oder formelle Auffassung in der Frage über die Gleichheit überhaupt und über die nationale Gleichheit im besonderen eigen. Unter dem Anschein der Gleichheit der menschlichen Persönlichkeit überhaupt proklamiert die bürgerliche Demokratie die formelle juristische Gleichheit des Eigentümers und des Proletariers, des Ausbeuters und des Ausgebeuteten, und betrügt dadurch die unterdrückten Klassen in höchstem Maße. Die Idee der Gleichheit, die selbst eine Widerspiegelung der Verhältnisse der Warenproduktion

ist, wird von der Bourgeoisie unter dem Vorwand angeblich absoluter Gleichheit der menschlichen Persönlichkeiten in ein Werkzeug des Kampfes gegen die Vernichtung der Klassen verwandelt. Der wahre Sinn der Gleichheitsforderung liegt nur in der Forderung der Abschaffung der Klassen.

2. Die kommunistische Partei als bewußter Ausdruck des proletarischen Klassenkampfes zur Abschüttlung des Jochs der Bourgeoisie soll entsprechend ihrer Hauptaufgabe — Kampf gegen die bürgerliche Demokratie und Entlarvung ihrer Lüge und Heuchelei — auch in der Nationalitätenfrage nicht abstrakte und formelle Prinzipien in den Vordergrund rücken, sondern erstens die genaue Wertung des geschichtlich gegebenen und vor allem wirtschaftlichen Milieus; zweitens die ausdrückliche Ausscheidung der Interessen der unterdrückten Klassen, der Werktätigen, der Ausgebeuteten, aus dem allgemeinen Begriff der sogenannten Volksinteressen, die die Interessen der herrschenden Klasse bedeuten; drittens eine ebenso genaue Trennung der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Nationen von den unterdrückenden, ausbeutenden, vollberechtigten Nationen als Gegengewicht zu der bürgerlich-demokratischen Lüge, welche die der Epoche des Finanzkapitals und Imperialismus eigene koloniale und finanzielle Knechtung der ungeheuren Mehrheit der gesamten Bevölkerung der Welt durch eine geringe Minderheit der reichsten, vorgeschrittensten kapitalistischen Länder vertuscht.

3. Der imperialistische Krieg von 1914 hat allen geknechteten Nationen und unterdrückten Klassen der ganzen Welt mit besonderer Klarheit die Lügenhaftigkeit der bürgerlich-demokratischen Phrase bewiesen. Von beiden Seiten mit den Phrasen der Völkerbefreiung und des Selbstbestimmungsrechts der Nationen begründet, hat einerseits der Friede von Brest-Litowsk und Bukarest, andererseits der Friede von Versailles und St. Germain gezeigt, daß die siegende Bourgeoisie rücksichtslos auch die „nationalen" Grenzen nach ihren wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Auch die „nationalen" Grenzen sind für die Bourgeoisie nur Handelsobjekte. Der sogenannte

Völkerbund („Liga der Nationen") ist nichts anderes als der Versicherungsvertrag, in dem die Sieger dieses Krieges sich gegenseitig ihren Raub garantieren. Die Bestrebungen auf Wiederherstellung der nationalen Einheit, auf „Wiedervereinigung mit abgetretenen Landesteilen" sind für die Bourgeoisie nichts anderes als der Versuch der Besiegten, Kräfte zu neuen Kriegen zu sammeln. — Die Wiedervereinigung der künstlich zerrissenen Nationen entspricht auch dem Interesse des Proletariats; seine wirkliche nationale Freiheit und Einheit kann das Proletariat jedoch nur auf dem Wege des revolutionären Kampfes und über die niedergeworfene Bourgeoisie hinweg erreichen. Der Völkerbund und die gesamte Politik der imperialistischen Staaten nach dem Kriege decken diese Wahrheit noch deutlicher und schärfer auf, verstärken überall den revolutionären Kampf des Proletariats der vorgeschrittenen Länder sowie aller werktätigen Massen der Kolonien und der abhängigen Länder, beschleunigen den Zusammenbruch der kleinbürgerlich-nationalen Illusionen über die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens und über die Gleichheit der Nationen unter dem Kapitalismus.

4. Aus den dargelegten Grundsätzen folgt, daß der gesamten Politik der Kommunistischen Internationale in der Nationalitäten- und Kolonialfrage hauptsächlich der Zusammenschluß der Proletarier und werktätigen Massen aller Nationen und Länder zum gemeinsamen revolutionären Kampf für den Sturz der Grundbesitzer und der Bourgeoisie zugrunde gelegt werden muß. Denn nur ein solcher Zusammenschluß sichert den Sieg über den Kapitalismus, ohne welchen die Vernichtung der nationalen Unterdrückung und der Nichtgleichberechtigung unmöglich ist.

5. Die weltpolitische Situation hat jetzt die Diktatur des Proletariats auf die Tagesordnung gesetzt, und alle Ereignisse der Weltpolitik konzentrieren sich unvermeidlich um einen einzigen Mittelpunkt, und zwar um den Kampf der Weltbourgeoisie gegen die russische Sowjetrepublik, die einerseits die Sowjetbewegungen der Arbeitervorhut aller Länder und andererseits

alle nationalen Freiheitsbewegungen der Kolonien und der unterdrückten Völkerschaften um sich schart, die sich durch bittere Erfahrung überzeugt haben, daß es für sie keine Rettung gibt außer ihrer Verbindung mit dem revolutionären Proletariat und dem Sieg der Sowjetmacht über den Weltimperialismus.

6. Folglich darf man sich gegenwärtig nicht auf die bloße Anerkennung oder Proklamierung der Annäherung der Werktätigen verschiedener Nationen beschränken, sondern muß eine Politik der Verwirklichung des engsten Bündnisses aller nationalen und kolonialen Freiheitsbewegungen mit Sowjetrußland führen, wobei die Formen dieses Bündnisses von der Entwicklungsstufe der kommunistischen Bewegung unter dem Proletariat jedes Landes oder der revolutionären Freiheitsbewegung in den zurückgebliebenen Ländern und unter den rückständigen Nationalitäten bestimmt werden.

7. Die Föderation ist eine Uebergangsform zur vollen Vereinigung der Werktätigen aller Nationen. Die Föderation hat in der Praxis bereits ihre Zweckmäßigkeit gezeigt, sowohl in den Beziehungen der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland zu den übrigen Sowjetrepubliken (der ungarischen, finnischen, lettländischen in der Vergangenheit, der aserbeidshanischen, der ukrainischen in der Gegenwart), als auch innerhalb der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland selbst gegenüber den Nationalitäten, die weder eine staatliche Existenz noch eine Selbstverwaltung besaßen (z. B. die autonomen Republiken der Baschkiren und Tataren in der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland, die 1919 und 1920 geschaffen worden sind).

8. Die Aufgabe der Kommunistischen Internationale besteht in dieser Hinsicht nicht nur in der weiteren Entwicklung, sondern auch im Studium und in der Prüfung der Erfahrungen dieser auf der Basis der Sowjetrordnung und der Sowjetbewegung entstehenden Föderationen. In Anerkennung der Föderation als Uebergangsform zur vollen Vereinigung muß eine immer engere föderative Verbindung angestrebt werden, wobei in Erwägung zu ziehen ist: erstens die Unmöglichkeit des Bestehens der von mili-

tärisch bedeutend mächtigeren imperialistischen Staaten der ganzen Welt umgebenen Sowjetrepubliken ohne engere Verbindung mit den anderen Sowjetrepubliken; zweitens die Notwendigkeit eines engen wirtschaftlichen Bundes der Sowjetrepubliken, ohne den die Wiederherstellung der durch den Imperialismus vernichteten Produktivkräfte und die Sicherung des Wohlstandes der Werktätigen nicht möglich ist; drittens das Bestreben zur Schaffung einer einheitlichen Weltwirtschaft nach einem gemeinsamen Plan, der vom Proletariat aller Nationen geregelt wird. Diese Tendenz ist bereits unter dem Kapitalismus ganz offen zutage getreten und sieht unbedingt ihrer weiteren Entwicklung und Vollendung durch den Sozialismus entgegen.

9. Auf dem Gebiet der innerstaatlichen Beziehungen kann sich die nationale Politik der Kommunistischen Internationale nicht mit der nackten, formalen, nur in Worten erklärten und praktisch zu nichts verpflichtenden Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen begnügen, auf die sich die — mögen sie sich auch „sozialistisch" nennen — bürgerlichen Demokratien beschränken.

Nicht nur in der ganzen Propaganda und Agitation der kommunistischen Parteien — sowohl von der Parlamentstribüne als auch außerhalb derselben — müssen die sich in allen kapitalistischen Staaten trotz der „demokratischen" Verfassungen fortgesetzt wiederholenden Verstöße gegen die Gleichberechtigung der Nationen und garantierten Rechte der nationalen Minderheiten *unentwegt* enthüllt werden; es ist ferner notwendig: erstens beständig darüber aufzuklären, daß nur die Sowjetordnung imstande ist, den Nationen eine wirkliche Gleichberechtigung dadurch zu sichern, daß sie erst die Proletarier und darauf die ganze Masse der Werktätigen im Kampf gegen die Bourgeoisie vereinigt; zweitens die revolutionären Bewegungen unter den abhängigen und nicht gleichberechtigten Nationen (z. B. in Irland, unter den Negern Amerikas usw.) und in den Kolonien durch die kommunistische Partei des betreffenden Landes direkt zu unterstützen.

Ohne diese letztere besonders wichtige Bedingung bleibt der

Kampf gegen die Unterdrückung der abhängigen Nationen und Kolonien, wie auch die Anerkennung ihres Rechtes auf staatliche Absonderung ein lügnerisches Aushängeschild, wie wir dies bei den Parteien der Zweiten Internationale sehen.

10. Die Anerkennung des Internationalismus lediglich in Worten, seine Verwässerung in der Tat, in der ganzen Propaganda, Agitation und praktischen Arbeit durch kleinbürgerlichen Nationalismus und Pazifismus ist eine häufige Erscheinung nicht nur bei den Zentrumsparteien der Zweiten Internationale, sondern auch bei denen, die aus dieser Internationale ausgetreten sind. Diese Erscheinung findet man nicht selten sogar bei solchen Parteien, die sich jetzt kommunistisch nennen. Der Kampf mit diesem Uebel, mit den am tiefsten eingewurzelten kleinbürgerlich-nationalen Vorurteilen, die in allen möglichen Formen auftreten, wie Rassenhaß, nationale Verhetzung, Antisemitismus, muß umsomehr in den Vordergrund gerückt werden, je brennender die Frage der Umwandlung der Diktatur des Proletariats aus einer nationalen Diktatur (d. h. einer nur in einem Lande existierenden und zur Führung einer selbständigen Weltpolitik unfähigen Diktatur) in eine internationale Diktatur (d. h. in eine Diktatur des Proletariats wenigstens in einigen vorgeschrittenen Ländern, die fähig ist, einen entscheidenden Einfluß auf die ganze Weltpolitik auszuüben) wird. Der kleinbürgerliche Nationalismus erklärt als Internationalismus die bloße Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen und hält (ganz abgesehen davon, daß eine derartige Anerkennung nur in Worten geschieht) den nationalen Egoismus für unantastbar. Der proletarische Internationalismus dagegen fordert: 1. die Unterordnung der Interessen des proletarischen Kampfes des einen Landes unter die Interessen dieses Kampfes im Weltmaßstabe; 2. von der Nation, die ihren Sieg über die Bourgeoisie durchführt, die Fähigkeit und Bereitwilligkeit, die größten nationalen Opfer zu bringen, um den internationalen Kapitalismus zu stürzen.

Daher ist in den bereits vollständig kapitalistischen Staaten, die Arbeiterparteien haben, die tatsächlich einen Vortrupp des

Proletariats darstellen, der Kampf mit den opportunistischen und kleinbürgerlich - pazifistischen Verdrehungen der Begriffe und der Politik des Internationalismus die erste und wichtigste Aufgabe.

11. In bezug auf die Staaten und Nationen, die einen mehr zurückgebliebenen, vorwiegend feudalen oder patriarchalen oder patriarchal-bäuerlichen Charakter tragen, muß man insbesondere folgende Punkte im Auge behalten:

a) Alle kommunistischen Parteien müssen die revolutionären Freiheitsbewegungen in diesen Ländern durch die Tat unterstützen. Die Form der Unterstützung muß mit der kommunistischen Partei des betreffenden Landes erörtert werden, wenn es eine solche Partei gibt. In erster Linie trifft diese Verpflichtung zur tatkräftigen Hilfe die Arbeiter desjenigen Landes, von dem die zurückgebliebene Nation in kolonialer oder finanzieller Hinsicht abhängt.

b) Unbedingt ist der Kampf gegen den reaktionären und mittelalterlichen Einfluß der Geistlichkeit, der christlichen Missionen und ähnlicher Elemente zu führen.

c) Notwendig ist der Kampf gegen den Panislamismus und die panasiatische Bewegung und ähnliche Strömungen, die den Versuch machen, den Freiheitskampf gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit der Stärkung der Macht des türkischen und japanischen Imperialismus und des Adels, der Großgrundbesitzer, der Geistlichen usw., zu verbinden.

d) Notwendig ist besonders die Unterstützung der Bauernbewegung in den rückständigen Ländern gegen die Grundbesitzer und alle Formen und Ueberreste des Feudalismus. Man muß vor allem danach streben, der Bauernbewegung einen möglichst revolutionären Charakter zu geben, womöglich die Bauern und alle Ausgebeuteten in Sowjets zu organisieren und so eine möglichst enge Verbindung zwischen dem westeuropäischen kommunistischen Proletariat und der revolutionären Bewegung der Bauern im Osten, in den Kolonien und den rückständigen Ländern herzustellen.

e) Notwendig ist ein entschlossener Kampf gegen den Versuch, der nicht wirklich kommunistischen revolutionären Freiheitsbewegung in den zurückgebliebenen Ländern ein kommunistisches Mäntelchen umzuhängen. Die Kommunistische Internationale hat die Pflicht, die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und den rückständigen Ländern nur zu dem Zweck zu unterstützen, um die Bestandteile der künftigen proletarischen Parteien — der wirklich und nicht nur dem Namen nach kommunistischen — in allen rückständigen Ländern zu sammeln und sie zum Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben zu erziehen, und zwar zu den Aufgaben des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratische Richtung in der eigenen Nation. Die Kommunistische Internationale soll ein zeitweiliges Zusammengehen, ja selbst ein Bündnis mit der revolutionären Bewegung der Kolonien und der rückständigen Länder herstellen, darf sich aber nicht mit ihr zusammenschließen, sondern muß unbedingt den selbständigen Charakter der proletarischen Bewegung — sei es auch in ihrer Keimform — aufrechterhalten.

f) Notwendig ist es, unter den breitesten Massen der Werktätigen aller und insbesondere der rückständigen Länder und Nationen fortgesetzt den Betrug aufzudecken und aufzuklären, den die imperialistischen Mächte mit Hilfe der privilegierten Klassen in den unterdrückten Ländern dadurch begehen, daß sie unter der Maske politisch unabhängiger Staaten Staatsgebilde ins Leben rufen, die wirtschaftlich, finanziell und militärisch vollständig von ihnen abhängig sind. Als ein krasses Beispiel des Betrugs der arbeitenden Klassen jener unterdrückten Nation, zu dem der Ententeimperialismus und die Bourgeoisie der betreffenden Nation ihre Bemühungen vereinigen, kann die Palästinaaffäre der Zionisten bezeichnet werden (wie der Zionismus überhaupt unter dem Deckmantel der Schaffung eines Judenstaates in Palästina tatsächlich die arabische Arbeiterbevölkerung Palästinas, wo die werktätigen Juden nur eine kleine Minderheit bilden, der Ausbeutung Englands preisgibt). In den heutigen internationalen Verhältnissen gibt es für die abhängigen und schwachen Nationen keine andere Rettung mehr als ein Bündnis mit Räterepubliken.

12. Die jahrhundertelang andauernde Knechtung der kolonialen und schwachen Völkerschaften durch die imperialistischen Großmächte hinterließ in den werktätigen Massen der geknechteten Länder nicht nur Gefühle der Erbitterung, sondern auch Gefühle des Mißtrauens gegen die unterdrückenden Nationen im allgemeinen, darunter auch gegen das Proletariat dieser Nationen. Der niederträchtige Verrat am Sozialismus durch die Mehrheit der offiziellen Führer dieses Proletariats in den Jahren 1914—19, als die Sozialpatrioten unter der „Vaterlandsverteidigung" die Verteidigung des „Rechts" „ihrer" Bourgeoisie auf Knechtung der Kolonien und Ausplünderung der finanziell abhängigen Länder verbargen — dieser Verrat konnte dieses vollständig gerechte Mißtrauen nur bestärken. Da dieses Mißtrauen und die nationalen Vorurteile erst nach der Vernichtung des Imperialismus in den vorgeschrittenen Ländern und nach der radikalen Umformung der gesamten Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens der rückständigen Länder ausgerottet werden können, so kann die Beseitigung dieser Vorurteile nur sehr langsam vor sich gehen. Daraus ergibt sich für das klassenbewußte kommunistische Proletariat aller Länder die Verpflichtung zu besonderer Vorsicht und besonderer Aufmerksamkeit gegenüber den an sich überlebten nationalen Gefühlen in den lange Zeit geknechteten Ländern und Völkerschaften und zugleich die Verpflichtung, Zugeständnisse zu machen, um dieses Mißtrauen und diese Vorurteile desto rascher zu beseitigen. Ohne freiwilligen Zusammenschluß des Proletariats und damit aller werktätigen Massen aller Länder und der Nationen der ganzen Welt zu einem Bunde und einer Einheit kann der Sieg über den Kapitalismus nicht mit vollem Erfolg zu Ende geführt werden.

(Man schreitet zur Abstimmung. Die Leitsätze werden einstimmig, bei 3 Enthaltungen, angenommen. Beifall.)

SINOWJEW. Alle laufenden Fragen werden der Kommission übergeben. Wenn die Kommission in ihren Beschlüssen einstimmig ist, sind dieselben dem Kongreß mitzuteilen, andernfalls aber müssen sie dem Kongreß zur Entscheidung unterbreitet

werden. Ich bringe den Antrag zur Abstimmung. *(Der Antrag wird angenommen.)*

SINOWJEW. Morgen um 11 Uhr findet eine Plenarsitzung statt. Zur Erörterung gelangt die Frage über die Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Diese Diskussionen müssen beschleunigt werden, da die französischen Delegierten Moskau morgen verlassen werden.

(Die Sitzung wird um 5 Uhr geschlossen.)

Sechste Sitzung
des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale am 29. Juli 1920.

(Serrati eröffnet die Sitzung. Es werden die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale besprochen. Bericht erstattet Sinowjew.)

SINOWJEW. Wir kommen zu einer der wichtigsten Fragen unserer Tagesordnung, zu der Frage, die bestimmen soll, was wir als Kommunistische Internationale eigentlich sind und was wir sein wollen.

Zunächst einen kurzen formalen Bericht über die Arbeit der Kommission. Die Kommission war, wie Ihr wißt, erweitert durch die Vertreter der U. S. P. D. und der Sozialistischen Partei Frankreichs. Beide Delegationen haben den Sitzungen beigewohnt und rege an den Diskussionen teilgenommen. Manches ist in den Leitsätzen geändert, aber der ganze Inhalt bleibt der alte. Wir werden sie Euch selbstverständlich mit den neuen Aenderungen vorlegen, und Ihr werdet die Möglichkeit haben, darüber zu urteilen. In den Fällen, wo wir die Ratschläge der betreffenden Genossen berücksichtigen konnten, sind wir ihnen selbstverständlich entgegenkommen und haben sie angenommen. In der deutschen Ausgabe fehlt der § 2, der in der französischen Ausgabe enthalten ist. Er lautet:

„Jede Organisation, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen will, muß regelrecht und planmäßig von allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung (Parteiorganisationen, Redaktionen, Gewerkschaften, Parlamentsfraktionen, Genossenschaften, Kommunalverwaltungen)

die Reformisten und Zentrumsleute entfernen und sie durch bewährte Kommunisten ersetzen, ohne sich daran zu stoßen, daß besonders am Anfang an die Stelle von „erfahrenen" Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse gelangen."

Dann ist eine wichtige Aenderung in der These 7 vorgenommen worden, in der es früher hieß:

„Die Kommunistische Internationale vermag sich nicht damit abzufinden, daß notorische Reformisten, wie Turati, Modigliani u. a. das Recht haben sollen, als Angehörige der Kommunistischen Internationale zu gelten."

Die Kommission hat es für richtig befunden, daß wir nicht nur italienische Opportunisten nennen, denn wir sind eben eine Kommunistische *Internationale* und müssen darum auch die Reformisten der anderen Länder brandmarken. Sie hat deshalb beschlossen, aus jedem Lande wenigstens einen dieser Leute zu nennen. Es heißt also statt Turati, Modigliani u. a. „Turati, Modigliani, Kautsky, Hilferding, Longuet, Macdonald, Hillquith, u. a. *(Zuruf: Grimm.)* Die Liste ist unvollständig, das muß ich anerkennen. Der Kongreß kann sie vielleicht vervollständigen.

Dann sind noch § 18 und § 19 hinzugekommen. Sie lauten:

§ 18. Alle führenden Preßorgane der Parteien aller Länder sind verpflichtet, alle wichtigen offiziellen Dokumente des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale abzudrucken.

§ 19. Alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören oder einen Antrag auf Beitritt gestellt haben, sind verpflichtet, möglichst schnell, aber spätestens 4 Monate nach dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, um alle diese Bedingungen zu prüfen. Dabei müssen die Zentralen dafür sorgen, daß allen Lokalorganisationen die Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale bekannt werden."

Dann ist ein persönlicher Antrag des Genossen Lenin eingegangen.

Dieser Antrag wurde in der Kommission besprochen und mit 5 gegen 3 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen. Ich muß aber im Namen der russischen Delegation erklären, daß

wir geneigt sind, ihn in der früheren Form zurückzuziehen und nur als Wunsch zu äußern, nicht als Bedingung und Direktive. Wir sind der Meinung, daß es genügt, wenn der Kongreß einen solchen Wunsch äußert.

Dann sind noch einige Abänderungen stilistischer Art vorgenommen worden, besonders in dem Punkte, wo wir von legaler und illegaler Arbeit sprechen. Sie werden Euch noch endgültig vorgelegt werden.

Ich komme jetzt zur Begründung dieser Leitsätze. Früher lautete es auf Seite 79: „Unter gewissen Umständen kann der Kommunistischen Internationale die Gefahr drohen, durch wankelmütige und sich durch Halbheit auszeichnende Elemente, welche die Ideologie der II. Internationale noch nicht endgültig abgestreift haben, verwässert zu werden."

Die Kommission hat das geändert und beschlossen, hier viel kategorischer zu sein. Es ist beschlossen, nicht „unter gewissen Umständen" zu sagen, sondern „daß jetzt dem Kommunismus Gefahr droht, verwässert zu werden", und daran hat sie gut getan. Es ist wirklich richtig, daß der Kommunistischen Internationale schon jetzt Gefahr droht, verwässert zu werden durch Parteien, die noch unlängst der II. Internationale angehört haben und die jetzt unter dem Drucke der Massen zu uns kommen — aus Not zu uns kommen. Sie können ihren kleinbürgerlichen und bürgerlichen Adam, wenn sie es auch wollten, nicht so leicht abstreifen. Als wir unseren Gründungskongreß hatten, drohten uns ebenfalls eine Anzahl von Gefahren. Die Gefahr, verwässert zu werden und zu viel verschiedenartige Elemente aufnehmen zu müssen, bestand aber damals nicht. Vor 15 Monaten waren wir noch eine kleine Gruppe, die man auszulachen versuchte, indem man sagte: Eure ganze Kommunistische Internationale kann sich auf 10 Sessel setzen, sie hat keinen Einfluß. Die alten großen Parteien bleiben in der II. Internationale. Nun ist es anders gekommen. Die alten Parteien wollen jetzt in die Kommunistische Internationale. Sofern sich die Arbeitermassen zum Kommunismus entwickelt haben, müssen wir sie aufnehmen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß sie mit der gesamten alten Bagage

zu uns kommen, d. h. mit der alten Führerschaft, die während des Krieges und auch nach dem Kriege einen hartnäckigen Kampf gegen den Kommunismus geführt hat.

Was war die Kommunistische Internationale, als sie im März 1919 gegründet wurde? Sie war damals noch nichts als eine Propagandagesellschaft. Das blieb sie auch während des ganzen Jahres ihrer Existenz. Das ist nicht wenig, eine Propagandagesellschaft im internationalen Maßstabe zu sein in dem Moment, in dem die Arbeiterschaft nach einem Wege sucht nach dem schrecklichen, verheerenden Kriege, den Europa durchgemacht hat. Aber ich muß es offen aussprechen, daß sie damals nur eine großzügig organisierte Propagandagesellschaft war, welche den Massen die Ideen des Kommunismus zutragen wollte. Jetzt wollen wir etwas Größeres und etwas anderes werden. Jetzt wollen wir nicht eine Propagandagesellschaft sein, jetzt wollen wir eine Kampforganisation des internationalen Proletariats werden. Der II. Kongreß muß in dieser Beziehung ein neues Kapitel anfangen. Wir wollen uns organisieren als eine Kampforganisation, die nicht nur den Kommunismus propagieren, sondern auch *zur Tat* machen und sich dazu eine internationale Organisation schaffen will.

Ich habe gerade einen Artikel von Paul Louis gelesen, in dem er erklärt, die I. Internationale sei zusammengebrochen, weil sie dem Krieg von 1870-71 nicht vorbeugen konnte. Dasselbe soll auch mit der II. Internationale geschehen sein. Der Weltkrieg brach aus, man konnte ihn nicht verhindern, darum sei auch sie zusammengebrochen. Die I. Internationale habe sich seinerzeit in derselben Lage befunden wie jetzt die II. Internationale.

Das ist eine vielleicht nur halbbewußte, aber deshalb eine nicht weniger sozialpatriotische Lüge. Die I. Internationale hat den Krieg verhindern *wollen*. *Sie hat gekämpft*, und sie ist im Kampf gefallen. Die II. Internationale *wollte diesen Kampf vermeiden* und *hat ihn vermieden*. Die I. Internationale ist heldenmütig gefallen; ihre besten Kämpfer sind während der Pariser Kommune im Kampfe gegen die Bourgeoisie hingemordet worden. Die II. Internationale ist auf schändliche Weise zusammenge-

brochen. Das sollen wir der Arbeiterschaft klipp und klar sagen; darum müssen wir diese Parallele brandmarken; denn sie ist dazu geeignet, den Sozialpatriotismus und Kautskyanismus zu stützen.

Die I. Internationale war eine stark zentralisierte Institution. Sie wollte sogar jeden großen ökonomischen Streik von einer zentralen Stelle aus leiten. Und das ist ihr gewissermaßen auch gelungen, weil die Bewegung noch jung, noch schwach war. Wir können heute nicht eine solche Zentrale haben, die jeden großen ökonomischen Streik unmittelbar leiten kann. Wir haben jetzt jeden Tag, jede Stunde ökonomische Streiks, von denen wir sogar nicht einmal wissen, daß sie stattgefunden haben. Von einer solchen Zentrale kann für uns keine Rede sein, eben weil die Bewegung so riesig gewachsen ist.

Die II. Internationale war kein Zentralkörper, höchstens eine Konzentrationsstelle. Die I. und II. Internationale waren eine Art These und Antithese. Jetzt, wo wir Bedingungen für neue Verhältnisse aufstellen sollen, kommen wir zur Synthese in sozialem Sinne. Das müssen wir klar erkennen, wenn wir die Bedingungen zur Aufnahme diskutieren wollen.

Eine große Anzahl von führenden Genossen, die unlängst noch der II. Internationale angehörten, sind der Meinung, daß die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale ihnen gar keine großen Pflichten auferlegen wird. Aus der „Berner Tagwacht" (Organ Robert Grimms) habe ich einen Ausschnitt, in dem ein Artikel von Grimm enthalten ist. Er erklärt: die II. Internationale und ihre Exekutive — das war nur ein Briefkasten. Ganz richtig. Was aber schlägt der Verfasser dieses Artikels der Kommunistischen Internationale vor? Ja, die Kommunistische Internationale muß etwas anderes werden, und zwar muß sie „große Aktionen" für verschiedene Länder organisieren, nämlich sie muß dafür sorgen, eine Informationsstelle herauszubilden, sie muß dafür sorgen, daß „ein gleichzeitiges Auftreten in den Parlamenten" organisiert werden kann. Nun, Ihr seht: es kommt auf dasselbe heraus. Ein Briefkasten, der etwas tiefer und umfangreicher sein wird, aber doch nur ein Briefkasten.

Eine Informationsstelle brauchen wir; ich bin nicht dagegen. Unsere Informationsstelle ist sehr schlecht, wir müssen sie besser organisieren. Auch in bezug auf die parlamentarische Aktion wird es gut sein, wenn man in den verschiedenen Ländern gleichzeitig auftritt und z. B. den Völkerbund als Räubergesellschaft stempelt oder gegen die Reformisten gleichzeitig einen Antrag formuliert. Aber das ist bei weitem noch keine Kampforganisation in internationalem Maßstabe. Auch die Geldunterstützung ist jetzt nicht das Wichtigste. Die Auffassung Grimms und seiner Gesinnungsgenossen von der Kommunistischen Internationale ist eigentlich im Grunde genommen dieselbe wie die von der II. Internationale: also ein umfangreicherer und besser ausgestatteter, mit roter Farbe lackierter Briefkasten. Das darf die Kommunistische Internationale nicht werden!

Ich habe weiter einige Aeußerungen verschiedener „linker" Reformisten in der „Revue" der französischen Genossen gelesen, wie z. B. von Claude Trèves. Trèves ist dafür, daß man sofort in die Kommunistische Internationale eintritt, aber unter der Bedingung, daß man sich nicht binden braucht und keine politischen Losungen für die einzelnen Länder gibt. Der Sinn ist der, daß sie sofort eintreten wollen, aber ohne sich zu binden und mit einer solchen „Autonomie", daß die Leute weiter machen können, was sie bisher gemacht haben. Am krassesten hat dies Herr Modigliani, ein italienischer „Auch-Sozialist", ausgedrückt. Er ist jetzt formell Mitglied der Kommunistischen Internationale; aber er ist kein Genosse für uns. Er war unlängst in Paris und wollte Longuet bestimmen, in die Kommunistische Internationale einzutreten, und hat das folgendermaßen motiviert: Warum nicht in die Kommunistische Internationale eintreten? Das verpflichtet uns ja zu nichts. Man braucht nur alle zwei Wochen der Exekutive eine Postkarte zu senden. Das ist alles. Warum sollen wir dies nicht tun?

Wer Modigliani mit seinem opportunistischen Zynismus kennt, wird in diesen Worten den ganzen Modigliani erkennen. Sie sind der Meinung, diese Herrschaften aus dem Lager der Reformisten, sie kommen in die Kommunistische Internationale,

wie man in ein Gasthaus kommt. Unsere ganze Vergangenheit, unsere kurze, doch bedeutsame fünfzehnmonatige Vergangenheit, hat jedem ernsten Politiker gezeigt, daß in der Kommunistischen Internationale kein Platz ist für Leute, die kommen und weiter machen, was sie wollen. Wir wollen eine *Internationale der Tat* aufbauen. Wir sind nicht der Meinung wie Kautsky, daß die Internationale nur ein „Friedensinstrument" ist. Nein, sie soll ein *Kampf*instrument sein während des Friedens, während des Aufstandes, vor und nach dem Aufstande, ein Sammelpunkt, eine Kampforganisation *des* Teiles des internationalen Proletariats, der sich seines Ziels bewußt ist und für sein Ziel kämpfen will.

Es wird oft so hingestellt, als ob ein gewisser Gegensatz zwischen dem „Westen" und „Osten" bestände. Man hat den Arbeitern einzupauken versucht, als sei die Kommunistische Internationale eine Organisation der Arbeiterklasse des Ostens, und die des Westens stehe beiseite. Die französischen Führer und die Literaten aus der U. S. P. D. haben versucht, die Sache so darzustellen: Wir (d. h. die Zentrumsleute) wollen nicht sofort allein in die Kommunistische Internationale eintreten, sondern erst müssen wir die ganze Arbeiterschaft des Westens in die Kommunistische Internationale mit hineinziehen. Dieser Gegensatz zwischen „Ost" und „West" besteht in der Wirklichkeit gar nicht. Es besteht ein anderer Gegensatz, der Gegensatz zwischen Kommunismus und Reformismus, zwischen Sozialpazifismus und Kommunismus; aber der Gegensatz zwischen Ost und West ist aus den Fingern gesogen. Wir haben die gleiche Dreiteilung der Bewegung in jedem Lande: 1. eine ausgesprochen opportunistische Rechte, die jetzt die wichtigste Stütze der Bourgeoisie ist, 2. eine mehr oder weniger ausgesprochene Mitte, der Sumpf, das Zentrum, das auch die Stütze des Bürgertums ist, 3. eine Linke, die mehr oder weniger klar kommunistisch ist oder doch zum Kommunismus neigt. Es ist klar, daß die Arbeiterklasse im Westen, sagen wir z. B. in England, ganz gut weiß, was in Moskau vorgeht. Sie weiß, was die Sowjetregierung bedeutet. Jede Demonstration zeigt, daß sich die englische Arbeiterklasse darüber klar ist. Es ist die höchste Zeit, daß die Legende von

der Kluft zwischen „Ost" und „West" einmal aus der Welt geschafft wird und daß man der deutschen Arbeiterklasse nicht mehr predigt, sie solle warten, bis der „Westen" kommt.

Wir wollen vor allem die Lehren der ungarischen Sowjetrepublik nicht vergessen. Der ungarische Genosse hat schon zur Rolle der Partei davon gesprochen. Es ist eine Frage von großer historischer Bedeutung. Erinnert Euch, wie die Sache lag. Die Kommunistische Partei Ungarns machte den Sozialdemokraten die Aufnahme sehr leicht, es ging wie im Handumdrehen. Als wir in der Kommission über die Aufnahme tagten, sagten einige ungarische Genossen: Wir haben das Gefühl, daß manche Parteien aus der II. Internationale unsere Bedingungen jetzt eben so leicht annehmen, wie es in der ungarischen Sowjetrepublik der Fall war.

Die ungarische Partei nannte sich „sozialistisch-kommunistisch". Es schien zunächst nur ein Streit über den Namen zu sein. — Die Ungarn befanden sich im Kampfe; wir wollten ihnen nicht in den Rücken fallen. Unsere Exekutive beging die Schwäche und hat der Verschmelzung der Parteien beigestimmt. Es ist ja nicht wichtig, wie sie sich nennen wird, sagte sie sich. Es hat sich aber später gezeigt, daß das eine Frage von historischer Bedeutung war, und es hat vielleicht zu 50 Prozent die Entwicklung der Sowjetrepublik in Ungarn bestimmt, daß die Kommunisten leider den größten Teil der alten Sozialdemokraten in das eigene Haus aufnahmen und daß diese Herrschaften in entscheidender Stunde zur Bourgeoisie übergelaufen sind. Einige unserer italienischen Parteifreunde sagten, dem nächsten Kongreß würden sie vorschlagen, ihre Partei, die sich jetzt sozialistisch nennt, auch sozialistisch-kommunistisch zu nennen. Da wollen wir das ungarische Exempel nicht vergessen. Es handelt sich hier nicht um eine Wortklauberei, sondern darum, ob wir Vertrauen zu diesen alten Herren Sozialisten haben können, die nicht mit der alten Ideologie brechen wollen und das gerne verkleistern möchten. Die Lehre hat die Arbeiterklasse Ungarns und der ganzen Welt Opfer genug gekostet, um zu wissen, daß, wenn man dem Reformismus einen kleinen Finger gibt, er dann die ganze

Hand nimmt und später den ganzen Kopf, und schließlich wird man von ihm zugrunde gerichtet.

Es handelt sich darum, daß wir eine eindeutige Kommunistische Internationale haben müssen. Für den Kommunismus müssen wir kämpfen; er wird nicht in einem Monat gewonnen, sondern nach vielen Kämpfen durch eine Organisation, die so zentralisiert wie möglich ist und eine klare und bestimmte Taktik hat. Die Herren, die uns mit einer Postkarte abspeisen wollen, werden wir schon vor die Tür setzen, bevor sie kommen können.

Es besteht wirklich die Gefahr, daß die Kommunistische Internationale Mode wird, nachdem die II. Internationale schmählich zusammengebrochen ist. Die II. Internationale ist heute nur ein stinkender Sumpf, ein Leichnam, der verwest. Es ist selbstverständlich, daß sich Teile absplittern und versuchen, dasselbe nur mit ein bißchen anderen Worten aus der Kommunistischen Internationale zu machen. Mancher tut es nur halbbewußt, aber objektiv ist es so.

Diese Gefahr besteht, und wir müssen ihr ganz entschieden entgegentreten. Heute habe ich einen Artikel aus der „Freiheit" vom 13. Juli bekommen. Er ist betitelt: „Das Problem der Internationale". Die „Freiheit" meint, daß, falls wir auf unserem offenen Schreiben an die U. S. P. D. vom 5. Februar 1920 (von mir gezeichnet) bestehen, eine Verständigung unmöglich sei.

Nun erkläre ich ganz entschieden und ganz offiziell, und das wird hoffentlich auch die Meinung des Kongresses sein, daß wir im großen und ganzen dieselben Bedingungen, wie wir sie im Schreiben vom 5. Februar aufgestellt haben, auch heute aufstellen werden, und ich sage ganz kategorisch, daß wir jede Zusammenarbeit mit den Führern des rechten Flügels wie Kautsky, Hilferding und Longuet zurückweisen. Man sagt uns von französischer Seite: Longuet wird jetzt vielleicht anderer Meinung sein, er wird seine Auffassung ändern. Sollte er jetzt unserer Auffassung sein, desto besser; wir werden ihn begrüßen, wenn er es aufrichtig und ernst meint. Dasselbe sage ich den deutschen Genossen, die vielleicht umkehren werden. Wir erklären aber ganz offiziell, daß wir mit diesem rechten Flügel und seinen Führern nicht zusam-

menarbeiten wollen. Nicht als Berichterstatter der Kommission, sondern als Vertreter der russischen Delegation möchte ich noch offiziell erklären: In unserem Zentralkomitee hatten wir eine Besprechung, in der wir zu folgendem Entschluß gelangten: Sollte der Fall eintreten, daß unsere italienischen oder anderen Genossen sagen, sie forderten die Verbindung mit diesen rechten Elementen, dann ist unsere Partei eher bereit, ganz allein zu bleiben, als mit solchen Elementen in Verbindung zu kommen, die wir als bürgerliche Elemente betrachten. Diese Erklärung möchte ich für unsere Partei abgeben.

Ich möchte jetzt konkret die Lage in den Parteien betrachten, die in die Kommunistische Internationale eintreten wollen und sie umwerben, sowie die Lage in den Parteien, die schon zu ihr gehören. Ich werde versuchen, das gesondert Land für Land zu machen.

Also zunächst die Parteien, die bisher nicht zu uns gehörten, aber jetzt zu uns gehören wollen. Ich habe ein umfangreiches Material gesammelt über die *französische Partei*. Ich kann Euch nicht alles vorlegen; ich werde nur das Wichtigste aufzeigen. Im voraus möchte ich Euch erklären, daß wir keinem aus seinen früheren Aeußerungen einen Strick um den Hals drehen wollen. Es ist klar, daß jeder sich irren und später bereuen kann. Nur Prinzipielles wollen wir zitieren und uns nur auf das Wichtigste beschränken.

Cachin, an dessen persönlicher Aufrichtigkeit gar kein Zweifel sein kann — jedermann, der seine Vergangenheit kennt, weiß, daß er sich geirrt hat, daß er aber ein aufrichtiger Kämpfer ist. Ich habe seinen Artikel über den Völkerbund vom 7. Januar 1920. Noch im Januar nannte er Herrn Wilson „den letzten großen Bourgeois" unserer Zeit. Er erklärte weiter, daß die „amerikanische Demokratie" alles getan hat, um dem, was eingetreten ist, vorzubeugen. Das ist für einen Kommunisten ganz selbstverständlich eine ausgesprochen sozialpazifistische Aeußerung. Und Sozialpazifismus ist nicht Sozialismus. Das ist der Geist des verstorbenen Führers Jaurès, der leider auch nur Sozialpazifist war. Das müssen wir sagen bei aller Ehrfurcht, die

wir vor seinen großen Verdiensten haben. Seine Traditionen leben in Frankreich und anderen Ländern. Dieser Pazifismus und Wilsonismus ist eine sehr hartnäckige Erscheinung, die sogar manchen Kommunisten nicht verschont. Auf dem vorigen Kongreß hatten wir folgendes Beispiel: Fritz Platten, ein linker schweizerischer Genosse, brachte einen gedruckten stenographischen Bericht über seine Rede, die er im Parlament gehalten hatte, in der er erklärte, daß Wilson doch ein ehrlicher Mann sei, der die Probleme des Krieges friedlich lösen möchte. Also sogar unsere Leute, die sich zum Kommunismus bekennen, werden noch manchmal durch diesen Sozialpazifismus in Versuchung geführt, weil große Meister uns jahrzehntelang darin geübt haben. Wir haben nicht genug dagegen gekämpft. Wir müssen dem ein Ende machen und unseren französischen Freunden ganz klar sagen: Es ist sehr viel leichter, die formalen Bedingungen zum Eintritt in die Kommunistische Internationale anzunehmen, als daß man den Sozialpazifismus an den Kragen faßt. Der Sozialpazifismus ist eine gefährliche bürgerliche Ideologie, die uns in unserem Kampf beeinträchtigt. Man kann 18 und sogar 18 000 Bedingungen annehmen, aber wenn man Sozialpazifist bleibt, ist man eben kein Kommunist und gehört nicht in die Kommunistische Internationale. Man muß darum aufrichtig erklären, ob man damit endgültig aufzuräumen gewillt ist oder nicht.

Dann habe ich noch einiges über die französischen Genossen zu sagen. Da ist ein Artikel von Frossard über die Beziehungen zur Kommunistischen Internationale, der am 13. Februar 1920 geschrieben worden ist. Frossard erklärt darin: Was die Politik unserer Partei anbetrifft, so ist es sehr wahrscheinlich, daß sie auch nach dem Eintritt in die Kommunistische Internationale die alte bleiben wird. Es kommen die Wahlen, und die Kommunistische Internationale kann uns absolut nicht daran hindern, Bündnisse mit anderen Parteien zu schließen.

Also Ihr seht, man hat eben die Auffassung, daß die Kommunistische Internationale ein gutes Gasthaus ist, wo Ver-

treter verschiedener Länder die „Internationale" absingen und sich gegenseitig Komplimente machen. Dann geht man auseinander und übt die alte Praxis weiter. Diese verfluchte Praxis der II. Internationale werden wir niemals zulassen.

Ich will mich mit diesen Zitaten über die Praxis der französischen Genossen begnügen, wenngleich ich auch eine große Anzahl anderer Zitate anführen könnte. Es gibt in bezug auf die Leitartikel der „Humanité" eine Art von Proportionalsystem, wie mir Cachin und Frossard erklärt haben. Den Zentrumsleuten sind acht Leitartikel in der Woche erlaubt, der Linken vier und zwei oder drei Renaudel und Konsorten. Sie verstehen, daß eine solche Ordnung ganz unmöglich ist. Es ist eine Art Provotion: acht Tropfen Aqua destillata, drei Tropfen Gift und dann als Gegengift vier Tropfen Milch. (Beifall.) So kann es nicht weiter gehen. Diese Praxis kann vielleicht aus der Geschichte der französischen Bewegung erklärt werden; aber diese alte Tradition muß eben aufgehoben werden. Frossard hat vor seiner Abreise aus Paris erklärt: Ich möchte gerne ohne Renaudel nach Moskau gehen. Wir werden eine schwierige Aussprache mit den russischen Genossen haben; es ist besser, wenn er zu Hause bleibt. Aber in dem betreffenden Brief wird Herr Renaudel von Frossard „unser Freund" genannt. Diese französische Manier sollen wir abschaffen. Sie ist auch nicht ganz französisch. Auch Modigliani schreibt an Serrati und Serrati an Prampolini: Mein Freund. Diese französische und italienische Methode kann nicht unsere Methode sein. Ich hoffe, daß Ihr der Exekutive den Auftrag geben werdet, jeden Monat von jeder Partei Bericht zu verlangen, damit sie einen Spiegel hat und sehen kann, was passiert.

Ich komme jetzt zu den *deutschen Unabhängigen*.

Ich werde mich begnügen, Euch einige Stellen des letzten offiziellen Antwortschreibens der Zentrale der U. S. P. D., das uns von den Vertretern der U. S. P. D. mitgebracht worden ist, zu zitieren. Der erste Vorwurf lautet:

„Es berührt eigentümlich, daß das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, das schon in Anbetracht seiner

Stellung sich der Pflicht bewußt sein sollte, den mit ihm in Verhandlungen tretenden revolutionären Arbeiterorganisationen des Auslandes mit aller gebotenen Loyalität entgegenzukommen, sein Antwortschreiben an uns auf der These aufbaut, daß „die Arbeiter, die der U. S. P. angehören, ganz anders gestimmt sind, als der „rechte Flügel ihrer Führer". Ein Satz, der sich wie ein roter Faden durch das ganze Antwortschreiben zieht."

Es ist wahr, dieser Satz zieht sich wirklich wie ein roter Faden durch unsere Prinzipienerklärung. Wenn sich zum gegebenen Moment der verhältnismäßigen politischen Ruhe etwa 10 000 Mitglieder der U. S. P. in den Gefängnissen befinden, so habe ich vollständige Ehrfurcht vor diesen Genossen. Ich sage: Es sind ernste Kämpfer, ernste Arbeiter dabei. Wir müssen versuchen, mit den Arbeitern zusammenzukommen. Das widerspricht aber nicht meiner Erklärung, daß ein rechter Flügel besteht mit Kautsky, Hilferding, Ströbel an der Spitze. Crispien war mit Hilferding in Luzern und wollte nicht aus der II. Internationale austreten. Es gibt einen rechten Flügel.

Man sagt uns: Ja, wer beschäftigt sich jetzt mit Kautsky? Niemand. Darauf antworte ich: das ist nicht wahr. Der Kautskyanismus ist eine internationale Erscheinung, und manche Führer der Zentrale der U. S. P. D., die sich von Kautsky emanzipiert zu haben glauben, wiederholen in der Tat die Politik, die Kautsky führt. Das Beste, was wir tun konnten, ist, daß wir in Betracht gezogen haben, daß in den Reihen der U. S. P. D. Arbeiter sind, die ernstlich kämpfen und im Gegensatz stehen zu der rechten Führerschaft, die den revolutionären Kampf sabotiert und bisher der Bourgeoisie die besten Dienste geleistet hat. Es gibt keine rechten Führer in Deutschland, wird gesagt. Es ist illoyal von seiten der Exekutive, sagt man uns, eine solche Teilung — in rechte und linke Führer — vorzunehmen. Die größte Loyalität sollen wir haben gegen die Brüder, die in anderen Ländern wirklich gegen die Bourgeoisie kämpfen, aber Loyalität gegenüber Leuten wie Kautsky, Hilferding, Ströbel wäre gleichbedeutend mit Verrat gegen die Arbeiterklasse, und eine solche „Loyalität" werden wir nicht pflegen. Zwischen

Hilferding, der es verstanden hat, mit hohen englischen Offizieren kameradschaftlich zu verhandeln, und uns liegt ein Abgrund. Der rote Faden, der sich durch unser Schreiben zieht, besteht eben in diesem Unterschied zwischen den Arbeitern, die mit uns kämpfen, und den rechten Führern, die den Kampf sabotieren. Die Zentrale schreibt weiter: „Völlig rätselhaft ist es uns, worauf sich der Vorwurf der „Ententeorientierung" der „rechten Führer" der U. S. P. stützen soll. Bisher ist dieser Vorwurf meist von rechtsstehenden Parteien gegen uns erhoben worden. Namentlich als wir im vorigen Jahr den Kampf um die Unterzeichnung des Friedens entgegen allen nationalistischen Wühlereien und militaristischen Treibereien zu führen hatten, wurde besonders von bürgerlichen reaktionären Parteien der Vorwurf gegen uns erhoben, daß wir die „Agenten der Ententeregierungen" seien. Der weitere Gang der Ereignisse hat unserer Haltung Recht gegeben, ebenso wie er seinerzeit die Haltung der russischen Kommunisten in der Friedensfrage als von harter Notwendigkeit diktiert erwiesen hat, gegen die bekanntlich wegen dieser Haltung der Vorwurf erhoben wurde, daß sie sich mit dem kaiserlich-deutschen Militarismus verbündet hätten."

Als wir in Rußland vor dem Brester Frieden standen, war die Lage klar. Die Arbeiterklasse hatte in unserem Lande die Macht in den Händen. Sie hungerte, kämpfte aber weiter. Der deutsche Imperialismus faßte uns beim Kragen, und die deutsche Arbeiterklasse war zu schwach, um uns sofort Hilfe zu leisten. Wir sagten uns: Mit diesen Räubern müssen wir, um eine kleine Atempause zu gewinnen — dieses Wort wurde damals geprägt — vorläufig paktieren, um Zeit zu gewinnen. — Wie aber war die Lage in Deutschland im Jahre 1918—1919? Die Macht war in den Händen der Bourgeoisie oder in den Händen der Scheidemänner, was dasselbe ist. In Deutschland ging es nicht wie in Rußland. Der Schlaufuchs Scheidemann sagte: Ich werde meine Hände in Unschuld waschen, ich bin gegen die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags. Er hat die heldenmütige deutsche Arbeiterklasse auf das raffinierteste betrogen. Man hat es so hingestellt, als ob Scheidemann gegen den Ver-

sailler Frieden ist. Und da kam die U. S. P. und hat sich ins Zeug gelegt, um Scheidemann zu helfen. Und sie hat in allen Tonarten geschrieen: Man muß Frieden schließen! Jetzt sagt Ihr: Die Lage in Deutschland war dieselbe, wie damals beim Brester Frieden die Lage in Rußland! Ihr habt in Deutschland den kleinen Unterschied übersehen, daß bei uns die Arbeiterschaft an der Macht war und die Bourgeoisie am Boden lag und in Deutschland die Bourgeoisie an der Macht war und die Arbeiterschaft am Boden lag, die tausendmal verkauft wurde. Woher kam diese „kleine" Verwechslung? Sie kam daher, daß mancher rechte Führer der U. S. P. sich im März 1919 die Lage so vorstellte: Scheidemann oder ich, das ist kein großer Unterschied. *(Beifall.)* Das sind ja Teile einer Arbeiterklasse, das ist ja die alte Sozialdemokratie. Dieser unbewußte Seelenzustand innerhalb der U. S. P. hat dazu geführt, daß man eine so schreiend ungerechte Behauptung aufstellen konnte und eine Lage, wo die Arbeiterschaft die Macht hatte, mit einer Lage, wo die Bourgeoisie die Macht hatte, wo die Hindenburg und Scheidemänner der Arbeiterschaft den Stiefel auf die Brust setzten und sie unterdrückten, verwechseln konnte. Man hat uns oft erklärt: Wir haben keine große Meinungsverschiedenheit mit euch. Kautsky hat keine große Bedeutung in unserer Partei. Ist es nicht der Geist Kautskys, der aus dem folgenden Schreiben spricht, das uns jetzt von den Delegierten der U. S. P. gebracht wurde?

„Ebenso wie mit der Frage der Diktatur verhält es sich mit der Frage des Terrors und des Bürgerkrieges. Auch hier wird die spezifisch-russische Form der Diktatur des Proletariats zum Grundgesetz für das internationale Proletariat erhoben. Hierbei erdrückt die Form den Inhalt und erschwert den Gang der Revolution durch ungenügende Berücksichtigung der Umstände, die bei einem anderen soziologischen Inhalt auch eine andere Form der Revolution notwendig machen können. Bei der Prüfung des Gewaltproblems kommt in Betracht, daß zwischen Gewalt und Terror unterschieden werden muß. Wenn auch die Diktatur des Proletariats wie jede andere Diktatur, selbst wenn

sie sich in ein demokratisches Gewand hüllt, der Anwendung von Gewaltmitteln nicht entbehren kann, so hängt ihr Ausmaß doch von den konterrevolutionären Widerständen ab. Terrorismus als politische Methode bedeutet die Errichtung einer Schreckensherrschaft, bedeutet die Anwendung von staatlichen Gewaltmitteln auch gegen Unschuldige, um durch Einschüchterung und Abschreckung alle Absichten auf Widerstand zu brechen. Dagegen ist zu sagen, daß die internationale Sozialdemokratie diesen Terror nicht nur aus Menschlichkeit und Gerechtigkeit, sondern auch aus Gründen der Zweckmäßigkeit abgelehnt hat. Kann von der Gewalt gesagt werden, daß sie nur die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht und daß sie die neue Gesellschaft nicht zutage fördern kann, ehe diese nicht im Schoße der alten gereift ist, so muß vom Terror gesagt werden — und die Geschichte hat das hundertfache bewiesen —, daß seine Anwendung nicht die Stärke einer Bewegung, sondern vielmehr ihre innere Schwäche zum Ausdruck bringt. Unsere Partei handelt deshalb im Einklang mit der marxistischen Lehre und mit den Erfahrungen der Geschichte, wenn sie es ablehnt, den Terror zu verherrlichen. Das Festhalten an diesen Grundsätzen bedeutet nicht, wie uns im Antwortschreiben des Exekutivkomitees vorgeworfen wird, die „Demoralisierung des revolutionären Bewußtseins der Arbeiter". Es bedeutet vielmehr die Sicherung der dauernden Interessen des Sozialismus."

Das schreibt man nach dem Januaraufstand in Berlin, nachdem die Bourgeoisie uns das Kostbarste, was die Arbeiterschaft besaß, genommen hat, das schreibt man nach alledem, was wir über den Bürgerkrieg in Rußland, in Finnland, in Georgien, in Ungarn usw. wissen! Eine kleinbürgerliche Maschine hat das geschrieben, anstatt des Herzens eines Revolutionärs! Ich glaube, „der dauernden Interessen der Bourgeoisie" sollte man sagen und nicht „der dauernden Interessen des Sozialismus". Die Erklärung steht voll und ganz auf dem Boden des Kautskyanismus. Wenn Kautsky, wie Dittmann und Crispien hier erklärten, keine Bedeutung mehr hat, ja, warum hat man dann

alle Plattheiten, alle Dummheiten, alles gegenrevolutionäre Zeug, das Kautsky zusammengeschrieben hat, in diesem Antwortschreiben von ihm abgeschrieben?

Als wir die linken Vertreter der U. S. P. hier in Moskau fragten: Habt Ihr das unterzeichnet? da waren sie nicht in der Lage, zu erklären, daß sie es nicht unterzeichnet hätten. Sie sagten, sie hätten keine Zeit gehabt, es sei „im Galopp" gemacht worden. Das sind ganz unpolitische Motive. Es ist eben schlimm, daß in der Zentrale der U. S. P. solche Fragen im Galopp erledigt werden. Wir sehen, wie der tote Kautsky den lebendigen Däumig bei den Haaren tief in das Wasser zieht, statt daß der tatkräftige Däumig den alten Kautsky mit seinem gegenrevolutionären Dreck beiseite schieben sollte.

Das über die U. S. P.

Nun weiter! Wir müssen denselben Maßstab anlegen, ob eine Partei schon zu uns gehört oder noch nicht. Die Tatsache, daß sie zu uns gehört, soll sie nicht von Kritik befreien. Wir *müssen* Kritik üben und aussprechen, was ist.

Ich komme zunächst zu der *italienischen Partei.* Wir haben immer betont und betonen auch jetzt: Sie ist eine der besten unter den Parteien, die aus der II. Internationale ausgetreten sind. Die italienische Arbeiterklasse ist eine heroische Arbeiterklasse, die von uns allen geliebt wird, da es ihr ernst ist mit der Revolution und dem Kommunismus. Dasselbe können wir aber leider nicht auch von den Führern sagen. Sie kommen immer mit Turati, sagt uns Genosse Serrati, das wird langweilig. Ja, Genosse Serrati, wir werden nicht damit aufhören, solange Leute wie Turati noch zu uns gehören. Momentan ist ja Turati Mitglied der Kommunistischen Internationale, weil er Mitglied der italienischen Partei ist. Ist das nicht eine Schande? Wenn wir eine Karte für jedes Mitglied der Kommunistischen Internationale hätten, würden Turati und Modigliani auch eine Mitgliedskarte der Kommunistischen Internationale haben. Und diese Leute treiben doch gegenrevolutionäre Propaganda in Italien. Turati ist in den letzten Tagen im Parlament aufgetreten mit einer großen Rede, wie er in seinem

Leben schon einige gehalten hat. Turati hielt folgende Rede: Sie, meine Herren Bürgerlichen, sehen, daß Sie in einer schwierigen Lage sind, ebenso wie die Arbeiterklasse. Also wollen wir einander helfen. In der Agrarfrage, in der Wohnungsfrage, in der Verpflegungsfrage schlage ich Ihnen ein konsequentes halbbürgerliches Programm vor. Der „Avanti" teilt nicht mit, wie die italienischen Bürgerlichen das aufgenommen haben. Die italienische Partei hat nachher gegen Turati ein Gerichtsverfahren eingeleitet. Wenn man solche Zustände in der Partei hat, wird niemand sagen, daß das eine ernste Partei sei. Sie hätte sonst etwas anderes zu tun, als Gerichtsprozesse zu machen gegen Leute, die schon 30 Jahre dasselbe sagen, weil sie konsequente Reformisten sind.

Ich habe auch eine große italienische Sammlung von vielleicht 200 bis 300 Zitaten vorliegen. Ich bin nicht in der Lage, alles vorzubringen. Wir werden ein Rotbuch über die Italiener und andere Länder herausgeben. Genosse Serrati wird von mir ein Exemplar dieses Buches bekommen. Ein Bouquet von Zitaten, das gut duftet, und er wird viel Vergnügen an diesem Buch haben. Als man Turati fragte, warum er in der Partei bleibt, sagte er: Weil ich auf diese Weise Einfluß auf die Arbeiterklasse ausüben kann. Turati hat nichts zu verbergen; er erklärt offen, er gehöre zur Partei, weil er als Reformist mit der Aureole eines Sozialisten, als Mitglied der Partei im Parlament, in Versammlungen auftreten könne. Er kann seine Geschäfte innerhalb der Partei besser besorgen. Warum soll er weggehen? Wir raten unseren Freunden, auf das zu achten, was Turati selbst gesagt hat. Man soll diesen Herrschaften nicht erlauben, in unserer Partei zu bleiben und unseren Kampf zu sabotieren. Wir haben zu viel offene Feinde, um unsere verborgenen Feinde in unserer Partei zu lassen.

Nach einer Rede von Bombacci, die er als Vertreter der Partei auf einem Gewerkschaftskongreß der chemischen Produktion vor einer Versammlung von Gewerkschaften des ganzen Landes gehalten hat, ist zunächst Turati aufgetreten und hat reformistisches Zeug geschwatzt. Der italienische Kommunist

Bombacci ist ziemlich milde aufgetreten. Ich frage. Warum läßt man Turati in eine Versammlung von Gewerkschaften kommen und den Arbeitern eine reformistische Rede halten, zu der sich dann Bombacci in milder Weise äußert? Solange Turati Mitglied der Partei ist, kann Genosse Bombacci natürlich nicht sagen: Das ist unser Klassengegner. Wir haben etwas anderes zu tun, als diesen Herrschaften die Möglichkeit zu geben, vor den einfachen Mitgliedern der Gewerkschaften in unserem Namen ihre reformistischen Anschauungen zu propagieren.

Ich komme zu der *schwedischen Partei.* Leider sind die Genossen Höglund u. a., die mit uns die Kommunistische Internationale gegründet haben, nicht da. Wir müssen aber auch in dieser Frage aussprechen, was ist. Die schwedische Linke hat sich bisher nicht kommunistische Partei genannt, und jetzt ist es klar, daß es kein Zufall war. Die Genossen geben eine theoretische Schrift heraus, die sich „Zimmerwald" nennt. Weiter als bis Zimmerwald ist man nicht gegangen. In dieser Schrift sind Artikel von rechten deutschen Unabhängigen abgedruckt. Und das ist auch kein Zufall, weil sie miteinander sympathisieren. Das Wichtigste ist, daß ausgesprochene Reformisten in der schwedischen Linken sitzen. Ich will schon nicht von Lindhagen sprechen, obwohl auch er noch Mitglied der Partei ist. Er hat am 12. März 1920 ganz offen vorgeschlagen, daß Schweden in den Völkerbund eintreten solle und hat sorgfältig fünf Abänderungsvorschläge zu den Statuten des Völkerbundes gemacht.

Die Partei hat Herrn Lindhagen einen Artikel zwar desavouiert, aber trotzdem bleibt Lindhagen in der Partei und ist also formell Mitglied der Kommunistischen Internationale!

Ein Abgeordneter der schwedischen Partei, Einberg, hat in einem Artikel, in dem er die sozialpatriotische Forderung der Abrüstung erhebt, erklärt, man könnte jetzt das Kriegsamt ganz gut liquidieren, d. h. mit Zustimmung der Regierung. Er sagt dann weiter, er hoffe, daß die rechten Sozialdemokraten, d. h. Branting, ihn in dieser Frage weitgehend unterstützen werden.

Ferner ist ein bekannter Abgeordneter oder ein führender Genosse, der Schwede Ivar Vennerström, so aufgetreten, daß Branting erklärte: Es scheint, daß uns die linke sozialdemokratische Partei heiraten möchte. Höglund hat darauf geäußert, wenigstens er persönlich möchte den alten Branting nicht heiraten. Es ist aber in der Parteipresse der Linken erklärt worden, daß es Bedingungen geben kann, wo eine solche Heirat zur Diskussion gestellt werden könne.

Wir müssen die Dienste anerkennen, die die linke schwedische Sozialdemokratie der Kommunistischen Internationale geleistet hat. Es ist eine Bewegung, die aus der Jugendbewegung entstanden ist. Wir wissen, daß wir dort eine Anzahl Leute haben, die wirklich revolutionär sind. Wir müssen ihnen aber klar sagen, daß wir eine kommunistische Partei haben müssen, welche die Heirat mit Branting nicht zur Diskussion stellt und die Abrüstung schon längst über Bord geworfen haben muß, und daß wir nicht dazu berufen sind, die Statuten des Völkerbundes zu verbessern, sondern den Völkerbund selbst zu begraben.

Im Programmentwurf der *dänischen Linken* wird erklärt: Die Partei stellt fest, daß die Vernichtung des Militarismus die Aussichten einer unblutigen Revolution erhöht. — Ja, gewiß. Sollte der bürgerliche Militarismus vernichtet sein, so haben wir mehr Aussicht auf eine unblutige Revolution. Aber die Frage besteht eben darin, wie wir den Militarismus vernichten können, ohne das Blut der Bourgeoisie und unser eigenes zu vergießen.

Ich komme zur *norwegischen Partei*. Die Zentrale duldet eine Rechte innerhalb der Partei. Schefflo hat in der Kommission erklärt: Ein Teil unserer Mitglieder sind Antisozialisten. Wie kam das? Weil sie ganze Gewerkschaften in die Partei aufnehmen. Das geht nicht so. Wir können gute Beziehungen zu den Gewerkschaften haben. Wir können kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften bilden, aber ganze Gewerkschaften mit 10 Prozent christlich-sozialen und anderen antisozialen Elementen aufnehmen, das ist ein Irrtum. Wir müssen unsere norwegische Partei darauf aufmerksam machen.

Die *jugoslavische Partei* nennt sich jetzt Kommunistische Partei. Wir lasen aber früher eine ganze Anzahl reformistischer Artikel im Zentralorgan unserer jugoslavischen Genossen. Die Partei opponiert zwar dagegen. Aber das ist ein Zustand, den man nicht dulden soll und darf. Wir müssen unsere jugoslavische Partei darauf aufmerksam machen, daß es unmöglich ist, ausgesprochene Reformisten in der Partei zu haben, ihnen die Presse zur Verfügung zu stellen usw. Im übrigen ist die Kommunistische Partei Jugoslaviens eine prächtige Partei.

Es ist möglich, daß auch andere Parteien uns Russen etwas zu sagen haben. Es ist selbstverständlich, daß jede Partei, die der Kommunistischen Internationale angehört, unserer russischen Partei es sagen muß, wenn wir eine Sünde begehen. Das ist ihre internationale Pflicht. Wir sollen uns als einzige internationale Partei betrachten, die ihre Filialen in allen Ländern hat, und jede Filiale soll das Recht der „Einmischung" haben und sagen, was ist. Wir haben kommunistische Parteien, die wirklich kommunistisch sind und den Kern der Kommunistischen Internationale bilden. Wir haben aber leider noch eine Anzahl Parteien, die den Reformisten die Möglichkeit geben, die Arbeiterklasse zu betrügen und uns einen Teil des Vertrauens, das die Arbeiterklasse zu uns hat, rauben. Es ist klar: Trèves raubt uns als Mitglied des Senats jeden Tag einen Teil des Vertrauens der Massen, und Bombacci und Serrati werden durch Turati und Modigliani des Vertrauens der Massen beraubt.

Wir haben Teile großer alter Parteien, die zu uns kommen wollen. Ein Teil der Arbeiter aus diesen Parteien ist für uns, für die Errichtung der Diktatur, und ein Teil ist noch schwankend. Wir schlagen nicht vor, die französische Partei und die U. S. P. sofort aufzunehmen, sondern der Exekutive die Vollmacht zu geben, weiter zu verhandeln und zu prüfen, ob die Bedingungen erfüllt werden, die Presse Tag für Tag zu studieren und nach einiger Zeit einen Beschluß zu fassen. Die französischen Genossen haben uns in der Kommission erklärt, sie seien

im großen und ganzen mit unseren Bedingungen einverstanden. Die Vertreter der U. S. P. haben ungefähr dasselbe erklärt. Wir werden alles Mögliche tun, um die Annäherung zu erleichtern. Das Wichtigste besteht darin, daß sämtliche Artikel, die verbreitet werden, sorgfältig und gewissenhaft studiert werden, und daß man uns im Namen des Kongresses die offizielle Ermächtigung gibt, für einen gewissen Zeitabschnitt zu verfolgen, ob diese Bedingungen erfüllt werden. Man kann 18 000 Bedingungen annehmen und doch Kautskyaner bleiben. Es handelt sich um Taten. Wir haben diese Bedingungen aufgestellt, um einen Maßstab zu haben, um die Möglichkeit einer objektiven Prüfung dessen, was der Kongreß will, zu bekommen. Ich hoffe auf jeden Fall, daß der Kongreß Klarheit schaffen und uns einen Anhaltspunkt geben wird, damit jeder Arbeiter klar sehen kann, was die Kommunistische Internationale will. Ich erkläre mit voller Sicherheit: Mag die Zentrale der U. S. P. sich verhalten wie sie will, mögen die Führer der Französischen Sozialistischen Partei sich verhalten, wie sie wollen, die Herzen der Arbeiter in allen Ländern gehören doch uns. Jeden Tag werden sie uns mehr gehören, weil die letzte Stunde der Bourgeoisie und der halbbürgerlichen II. Internationale geschlagen hat. Die Stunde des wirklichen Kampfes um den Sozialismus ist gekommen.

Etwas früher oder später werden das alle Arbeiter verstehen. Ueber die Köpfe ihrer schwankenden Führer hinweg werden sie zu uns kommen, und es wird sich eine wirkliche Kampforganisation der revolutionären Arbeiterklasse bilden. *(Großer, langanhaltender Beifall.)*

BALABANOWA. Es wird folgender Antrag gestellt: Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören, werden veranlaßt, die Angehörigen der Freimaurerei als einer kleinbürgerlichen Organisation aus ihren Reihen auszuschließen, d. h., daß diejenigen Genossen, die der Kommunistischen Internationale angehören, besonders im Westen, kein Recht haben, der Freimaurerei anzugehören. Dieser Antrag ist vom Genossen Serrati gestellt. Die Frage wird noch später besprochen. Wir

haben sie hier gestellt, damit die Genossen wissen, daß sie hier zur Diskussion gestellt wird.

RADEK. Nach der Sitzung der Kommission, die über die Bedingungen des Eintritts in die Kommunistische Internationale verhandelt hat, nachdem die französischen und deutschen Genossen ihre Zustimmung zu diesen Bedingungen ausgesprochen haben, haben wir, die in der Kommission anwesend waren, uns fast einstimmig die Worte in Erinnerung gerufen, die Bela Kun nach der Einigung mit der ungarischen Sozialdemokratie gesprochen hat. Er sagte, er habe den Eindruck, daß die Sache zu leicht gegangen sei. Dieses Gefühl hatten wir auch in diesem Augenblick, das kann niemand loswerden.

Wer die französische Partei und die U. S. P. D. nicht nur auf einige Artikel in ihrer Presse hin beurteilt, der wird verstehen, wenn ich mich nicht auf den Standpunkt stellen kann: was vergangen ist, ist vergangen, sondern, daß ich hier auf dem Kongreß der deutschen Arbeiterschaft wieder einmal ins Bewußtsein bringen will, wie wir die Entwicklung der U. S. P. ansehen. Es ist unmöglich, daß eine Partei durch die Unterzeichnung eines Stückes Papier, durch Unterzeichnung von Bedingungen, von einem Tag zum andern ihren Charakter ändern kann. Wir haben zwei Tatsachen zu berücksichtigen. Die eine Tatsache ist die dauernde Radikalisierung der deutschen Arbeiterklasse, eine Tatsache, die uns nötigt und zwingt und zur Pflicht macht, mit den unabhängigenArbeiternFühlung zu suchen und in ihnen unsere Kampfgenossen zu sehen. Die unabhängigen Arbeiter haben nach den ersten Monaten der Ebert-Scheidemann-Regierung den Kampf gegen diese Regierung aufgenommen. Als ich nach Deutschland kam, war mein erster Eindruck der, daß neun Zehntel der Arbeiter am Kampf gegen die Regierung teilnahmen. Bei den Kämpfen im Januar und März standen die unabhängigen Arbeiter Schulter an Schulter mit den kommunistischen Arbeitern und kämpften mit ihnen, wo es nötig war, mit den Waffen in der Hand. In allen Gefängnissen, wo unsere Genossen saßen, waren sie mit unabhängigen Arbeitern zusammen. Gleichzeitig sehen wir aber, daß die Mehrheit der

Führer der U. S. P., diese Führer, die nach außen hin als der ausschlaggebende Faktor der Partei auftreten, nicht nur kein vorwärtsstrebender Faktor in dieser Entwicklung waren, sondern ein zurückhaltender Faktor, daß sie nur vorwärts gingen, weil sie von der eigenen Arbeiterschaft gestoßen wurden, und daß sie bei jedem Schritt vorwärts die Arbeiter zu verwirren suchten. Von Sinowjew wurden schon ein paar Momente aus dem Antwortschreiben der U. S. P. zitiert. Ich will in kürzester Weise einige Feststellungen vornehmen. Das Antwortschreiben negiert die Tatsache, daß die U. S. P. die Solidarität mit Sowjetrußland gebrochen hat, daß sie für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, der in der Ausweisung der russischen Botschaft zum Ausdruck kam, mit verantwortlich ist. Die Scheidemann-Regierung unter Prinz Max von Baden hätte zuerst den Bruch vollzogen. Aber die U. S. P. war schon in der Regierung, als sich die russische Gesandtschaft in Borissow unter dem Schutz der deutschen Maschinengewehre befand, und trotz der zahlreichen Telegramme der Gesandtschaft und trotz der Verhandlungen mit ihren Vertretern haben sie nicht einen Finger gerührt. Sie haben gesagt, Joffe solle nach Rußland zurückkehren, erst müsse man prüfen, ob er Seine Majestät den Thronsessel nicht beleidigt habe, und dann könne man über die Wiederaufnahme der Beziehungen sprechen. Ich brauche nur folgendes zu zitieren: Hier ist das Protokoll der Sitzung des Rats der Volksbeauftragten vom 19. November 1918. In diesem Protokoll heißt es: Fortsetzung der Besprechung über das Verhältnis Deutschlands zur Sowjetrepublik. Haase rät, dilatorisch vorzugehen . . . Kautsky schließt sich Haase an; die Entscheidung müsse hinausgeschoben werden. Die Sowjetregierung würde sich nicht mehr lange halten, sondern in einigen Wochen erledigt sein . . . .

Das ist ein offizielles Protokoll der Sitzung der Regierung, und dieses Protokoll wird bestätigt durch einen Unabhängigen, der zusammen mit Haase und Dittmann in der Regierung saß, durch Barth in seinen Erinnerungen. Wenn wir den Unabhängigen vorwerfen, daß sie die deutsche Revolution in das

Fahrwasser der Entente zu leiten mitgewirkt haben, so wird das durch folgende Tatsache bestätigt: Als die Sowjetregierung den symbolischen Akt beging und die damaligen Volksbeauftragten benachrichtigte, sie sende zwei Züge Getreide, womit wir nicht behaupten wollten, daß wir jeden Tag zwei Züge Getreide senden können, sondern daß es notwendig ist, die Geschicke der beiden Völker zu verbinden, da lief die Antwort Haases ein, in der er sagte, die amerikanische Regierung habe sich verpflichtet, Getreide an Deutschland zu liefern; er danke sehr für die Zusendung, sie möge zur Stillung des Hungers der leidenden Bevölkerung Rußlands gebraucht werden. Als wir am Fernapparat standen und dieses Antwortschreiben erhielten, da fühlten wir, daß damit das Band, das trotz der Kritik von Zimmerwald und Stockholm bestanden hatte, schneidend zerrissen wurde. Man gab uns zu verstehen: „Ihr seid Hungerleider; wir setzen unsere Hoffnung deshalb auf den Mächtigen der Welt, auf den amerikanischen Kapitalismus". Wir werden mit den deutschen unabhängigen Arbeitern zusammenkommen. Es gibt indessen Dinge in der Geschichte einer Arbeiterpartei, die man nicht vergißt. Mit den Führern, die zusammen mit Haase für die Politik des November 1918 verantwortlich sind, wollen wir nichts zu tun haben. Es gibt Dinge, die ein Revolutionär, und mag er noch so sehr irregeführt sein, nicht tut, und dazu gehört der Bruch der Solidarität mit einer Arbeiterklasse, die ihre Hilfe anbietet. Wenn die U. S. P. sagt: wir sind gegen den Völkerbund, so sagen wir: heute ist es keine große Kunst, gegen den Völkerbund zu sein. Nach dem Frieden von Versailles, als Hilferding, Dittmann und Longuet in Luzern zusammenkamen, haben sie sogar eine Revision der Verträge vorgeschlagen. Was bedeutet das? Man schreit nach der Weltrevolution und gibt dabei doch niemals die Hoffnung auf, daß Wilson, Lloyd George und Clemenceau mit sich reden lassen werden. In diesen Tagen trat der Charakter der U. S. P. sehr scharf zutage. Wir dürfen nicht vergessen, daß nach der Niederwerfung der Genossen in Berlin im März, während noch die Kanonen von Noskes Gnaden dröhnten, die U. S. P. die Er-

kämpfung der Diktatur in ihr Programm aufnahm. Und wo die Arbeiter für die Diktatur eintraten, stellte sich die U. S. P. vor sie, um sie zu verwirren. Wir haben die Pflicht, vorsichtig zu sein und den Arbeitern der U. S. P. zuzurufen: Seid immer in Bereitschaft, seid immer vorsichtig, denn in eurer Partei stehen Leute an der Leitung, die im entscheidenden Moment den Zug auf falsches Geleise bringen können, die fähig sind, das Vertrauen aus Mangel an revolutionärer Einsicht oder aus Mangel an revolutionärem Willen zu täuschen.

Es wurde die Frage gestellt: Warum gingen die Genossen nicht zur Kommunistischen Internationale, nachdem sie aus der Regierung ausgetreten und eine revolutionäre Partei geworden sind? Ich habe die Debatten aus der Reichskonferenz der U. S. P. vom 10. September 1919, laut Nummer der „Freiheit" vom 11. September 1919 vor mir. In dieser Beratung sagte Hilferding, von dem keiner sagen kann, er sei tot für die Partei wie Kautsky, denn er ist der spiritus rector, der geistige Leiter der Partei: Bei der Frage des Anschlusses an die Moskauer Internationale muß damit gerechnet werden, daß wir vielleicht unseren Nachen an ein sinkendes Schiff ketten; denn der russische Bolschewismus ist die Kommunistische Internationale. — In dem Moment, wo die Heere der Gegenrevolution, besonders die von Denikin und Koltschak, ihren Zug gegen Sowjetrußland unternahmen, wo es für jeden Arbeiter, der mit seinen Gefühlen, mit seiner Seele bei der Revolution stand, klar war, daß man in der gegenwärtigen Stunde Sowjetrußland mit allen Mitteln zu Hilfe eilen müsse, in diesem Moment steht der Mann, der die U. S. P. leitet, auf und sagt: Dieses Schiff wird von Stürmen umdroht, ketten wir um Gottes willen nicht unseren Nachen daran, wir könnten untergehen. Der Kongreß hat sich nicht verpflichtet, eine Liste der Genossen aufzustellen, deren Ausschluß wir fordern. Er hat sich aber verpflichtet, von den Arbeitern zu fordern, daß sie als Führer nicht einen Schieber der Revolution haben dürfen, der es wagt, den deutschen Arbeitern zu sagen: Schließt euch nicht an die russischen Arbeiter an, denn sie sind in Gefahr. Wir sagen den deutschen Ar-

beitern: Wenn ihr euch auf die geschriebenen Bedingungen verlaßt und an die Spitze Leute setzt, die in der Stunde der Gefahr so handeln, dann seid ihr verkauft und verraten. Wann die Stunde der Gefahr schlagen wird, wissen wir nicht, aber wir wissen sehr gut, wie diese Schieber der Revolution handeln werden. Wir rechnen jedoch noch mit dem Selbständigkeitsgefühl der Partei. Sie soll selbst das Haus reinmachen. Reinigt das Haus, aber nicht mit einem Besen, reinigt es mit glühendem Eisen, denn es handelt sich nicht darum, nur Hilferding aus der Partei auszuschließen, es handelt sich darum, den kleinmütigen Geist, den schwachen revolutionären Willen mit glühendem Eisen aus der Partei zu vertreiben! Wenn die U. S. P. das nicht tut, so wird der Anschluß nur eine Geste sein; dann haben wir tote Seelen für die Kommunistische Internationale gewonnen. Ich habe das feste Vertrauen, daß die Arbeiter der U. S. P. und der linke Flügel anders vorgehen werden, als sie bisher vorgegangen sind. Wir müssen offen sagen, die Sache steht nicht so: auf der einen Seite die rechte U. S. P. und auf der anderen Seite die kampferprobte Masse. Wenn die Linke bisher vermieden hat, vor aller Oeffentlichkeit ihr Recht zu erkämpfen, so deshalb, weil sie damit gerechnet hat, durch irgendwelche Operationen die rechte U. S. P. aus der Partei hinauszudrücken. Wenn Ihr nicht Schulter an Schulter mit den Kommunisten kämpft gegen die Vergangenheit der Partei, die darin besteht, daß man die Revolution fordert und doch an sie nicht glaubt, daß man sagt, jetzt ist sie da, ebenso wie etwas, was einem auf den Kopf fällt, — wenn Ihr diese Vergangenheit der Partei nicht bekämpft, so wird Euer Eintritt in die Kommunistische Internationale nur ein Lippenbekenntnis bleiben. Es handelt sich nicht darum, daß Stöcker theoretisch für die Kommunistische Internationale ist, daß Däumig Artikel über die Rätediktatur schreibt, sondern es gilt, eine eigene Politik zu treiben gegen die Führer, wenn die Führer die Partei zurückhalten wollen. Die Führer der U. S. P. haben sich in der Kommission bedingungslos für den Anschluß an die Kommunistische Internationale ausgesprochen. Crispien hat aber in der zweiten Ausgabe seiner

Broschüre erklärt, „daß die Gründung der Kommunistischen Internationale ein verfrühter Versuch sei". Und weiter: „Wie leicht erscheint manchem die Lösung der Frage der Kommunistischen Internationale: „Nach Moskau! Gehen wir nach Moskau!" Aber der Weg führt uns nicht zur Lösung, wenn wir nicht als revolutionäre, sozialistische Partei Selbstmord verüben wollen". (Seite 36.) Es gibt viele lebendige Leichen in der Internationale. Crispien ist unser Gast, und wir freuen uns sehr, ihn hier lebendig zu sehen. Daß er hierher kam, ist ein Resultat des Druckes der Arbeiter. Crispien hat auf dem Parteitag weiter erklärt: „Den Weg nach Moskau haben die Moskauer selbst durch ihre Beschlüsse und durch ihre Basis gegen die Unabhängigen für uns gesperrt. Auf Grund dieser Beschlüsse könnten wir nur in den Kreml gelangen, wenn wir uns blindlings den Kommunisten unterordnen und in die internationale kommunistisch-syndikalistische Organisation aufgehen würden." (Crispien: Die Internationale. Seite 39.) Die U. S. P. war unter dem Druck der Arbeiter gezwungen, nach Moskau zu gehen. Sie kam zu uns, ohne etwas an unserem Programm und unserer Taktik auszusetzen, nachdem sie erfahren hatte, daß die französischen Delegierten schon hierher gesandt worden waren. Daraus sollen die Arbeiter ihre Schlüsse ziehen und die Zustände, die bei ihnen bestehen, ändern; denn es handelt sich bei den Vertretern der U. S. P. nicht um die durch uns, sondern um die durch die revolutionären Arbeiter geschlagenen Führer als die schlechten Führer der deutschen Arbeiterschaft. Wir sehen in der U. S. P. eine gute revolutionäre Partei, insoweit es sich um ihre Arbeitermassen handelt. Die Aufgabe der deutschen Arbeiter ist es, das Werk zu Ende zu führen und die U. S. P. zu einer revolutionären Partei zu machen, die ihre Grundsätze nicht auf dem Papier stehen läßt, sondern sie auch in der Praxis jeden Tag erfüllt und durchführt.

CACHIN. Genossen! Ich werde mich darauf beschränken, Euch eine vom Genossen Frossard und von mir unterzeichnete Deklaration zu verlesen. Sie lautet:

Genossen, da Genosse Frossard und ich zu dem bestimmten

und ausschließlichen Zweck gegenseitiger Information zu Euch gesandt wurden, können wir hier — Ihr werdet es verstehen, Genossen — nur eine kurze Erklärung in unserem eigenen Namen abgeben.

Mit größter Aufmerksamkeit haben wir die von der zuständigen Kommission im Namen des Exekutivkomitees vorgelegten Leitsätze über die Aufnahmebedingungen gelesen und diese Leitsätze mit zahlreichen maßgebenden Genossen erörtert. Soeben haben wir die Erläuterungen des Genossen Sinowjew vernommen. Wir sind nicht beauftragt, sie eingehend zu erörtern. Wir entnehmen diesen verschiedenen Informationsquellen daher nur die wichtigsten, leitenden Gedanken.

Ihr fordert, daß die Parteien, die sich Euch anzuschließen wünschen, vorerst in Wort und Tat, in ihrer Presse und Propaganda sich von den reformistischen und opportunistischen Ideen lossagen. Ihr wünscht, daß sie die Nichtigkeit dieser Ideen beweisen, deren Kundgebungen auf jedem Gebiet bekämpfen und die Notwendigkeit der revolutionären Tat in allen ihren Formen befürworten. Wir sind voll und ganz damit einverstanden.

Diese wichtige Forderung wird praktische Folgen haben, mit denen die Parteien, die sich Euch anschließen wollen, rechnen müssen.

In erster Reihe wird jedes Parteimitglied seine Wahl treffen und sich endgültig für den Reformismus oder für die Revolution entscheiden müssen. Es handelt sich hier nicht um Personen, und Ihr habt vollständig recht, auf die gründliche Reinigung der Parteien zu bestehen. Unter den gegenwärtigen geschichtlichen Verhältnissen gehört derjenige, der im Augenblick des überall entbrannten, entscheidenden sozialen Kampfes noch mit der bürgerlichen Gesellschaft zusammenzuarbeiten sucht, nicht in die Reihen der Partei der Arbeiterklasse.

Wir sind bereit, von allen unseren Genossen zu fordern, daß sie in den Gewerkschaften und in der Partei als wahre Sozialisten vorgehen. Wir sind bereit, mit den aktiven Revolutionären der syndikalistischen Organisationen, die die Notwendig-

keit der politischen Aktion zugeben, brüderlich zusammenzuarbeiten.

Weiter muß die Propaganda gegen die imperialistische Ideologie, gegen deren Anhänger und Stützen mit größerer Tatkraft denn je betrieben werden.

Seit nunmehr zwei Jahren stimmt unsere sozialistische Gruppe im Parlament gegen die Bewilligung der Kredite und das Budget im allgemeinen. Jegliche Beteiligung an der Regierung hat sie auf das entschiedenste verurteilt. Das hat sie seit dem Friedensschluß getan. Sollte der Weltkrieg eines Tages wiederum entflammen, so wird die gegenwärtige verbrecherische imperialistische Politik der französischen Bourgeoisie daran die Hauptschuld tragen.

Wir werden uns weigern, diese Politik auch nur im geringsten zu unterstützen, sei es in der Form von Kreditbewilligungen oder der Teilnahme am Ministerium. Wir werden uns zu erinnern wissen, daß unter Bedingungen, wenn die nationalen Interessen mit den Interessen der Plutokratie verwechselt werden, die höchste Pflicht des Proletariats seiner Klasse gehört.

Das Programm unserer Partei muß geprüft und mit dem Geist der Kommunistischen Internationale in Einklang gebracht werden. Verstärkte Zentralisation, scharfe Kontrolle der parlamentarischen Tätigkeit und der Parteipresse, strenge Disziplin für alle Mitglieder — das scheinen uns die Grundbedingungen einer erneuten Aktion zu sein, wie sie von der Jetztzeit erheischt werden.

Ihr fordert uns auf, die Sowjetrepubliken in ihrem Kampf mit der Gegenrevolution rückhaltlos zu unterstützen. Mit größerer Energie als bisher werden wir den Arbeitern die Notwendigkeit klarlegen, die Beförderung von Munition und Ausrüstungen für die Gegenrevolutionäre zu verweigern. Unter den zur Bekämpfung der Sowjetrevolution ausgesandten Truppen werden wir mit allen Mitteln gegen die Intervention agitieren.

Genossen! Das sind die Erklärungen, die wir in Anbetracht des engen Rahmens unserer Mission abgeben können. Wir sind überzeugt, daß unser Freund Longuet, falls er hier sein könnte,

nach einigem Nachdenken der gleichen Ansicht sein würde wie wir. Wir werden als Träger Eurer Bedingungen nach Frankreich zurückkehren und sie ebenso wie die gesamte Literatur der Kommunistischen Internationale getreu unserer Partei vorlegen. Zu gleicher Zeit werden wir eine eifrige Kampagne zur Darstellung der Lage der russischen Revolution führen.

Wenn sämtliche Sektionen der Partei von den Tatsachen in Kenntnis gesetzt sein und diese ernsthaft erörtert haben werden, wird — schon nach einigen Wochen — ein Kongreß stattfinden. Frossard und ich werden den Anschluß an die Kommunistische Internationale befürworten. Bis dahin ist es überflüssig, unsere Versicherungen und Versprechen zu wiederholen. Wir werden daher endgültig mit der Vergangenheit brechen und entschlossen zur Tat schreiten, deren Beurteilung wir der Kommunistischen Internationale überlassen.

LEFÈVRE. Genossen! Auf dem Kongreß zu Straßburg hat die sozialistische Partei beschlossen, mit einigen sozialistischen Parteien in Verbindung zu treten, um, wie die Mehrheit der französischen Partei sich ausdrückte, die Internationale wieder aufzubauen (reconstruire). Auch der Kommunistischen Internationale sollte ein Besuch gemacht werden, und während dieses Besuchs geschah es, daß die Genossen Frossard und Cachin, geblendet durch die Errungenschaften der russischen Revolution, ihren Standpunkt, wie es scheint, vollständig geändert haben. Ja, neulich sagte unser Genosse Cachin sogar: „Wiederaufbau — welch ein sinnloses Wort". Das ist eine einfache und brutale Verdammung einer ganzen Vergangenheit. In der Tat, Genossen: seit dem Straßburger Kongreß hat sich die Französische Sozialistische Partei, ich spreche von ihrer Mehrheit, mechanisch beständig immer mehr nach links entwickelt. Da die Fraktion der Linken, die sich als die Fraktion der Kommunistischen Internationale erklärt hat, die Fraktion Loriot, wie man sie zu nennen pflegt, immer gewachsen ist und auch jetzt noch unaufhörlich wächst, und da andererseits die alte Fraktion, die Fraktion Renaudels, in demselben Verhältnis zusammengeschmolzen ist, so daß sie praktisch in unserer Partei,

wenigstens unter den Kämpfern, nicht mehr mitzählt (in der Parlamentsgruppe und in den Stadtverwaltungen behält sie noch die absolute Mehrheit), war es natürlich, daß die aktive Mehrheit der Partei sich gegen diejenigen wandte, deren zunehmender Einfluß sie beunruhigte. Wir haben in Straßburg die Heirat Renaudels und Paul Faures gesehen und waren zugegen, als die rechte Fraktion und das Zentrum Paul Faure Beifall spendeten, der sich, um den revolutionären Bluff zu erklären, ironisch an die Anhänger der Kommunistischen Internationale wandte mit den Worten: Ihr sprecht die ganze Zeit über die Revolution der Massen. Ihr wißt nicht, was eine Revolution ist, ihr wißt nicht, was notwendig ist, um eine revolutionäre Bewegung in den französischen Massen hervorzurufen, die konservativ gesinnt sind, wie sie es am 10. November gezeigt haben, und die sich vor euch fürchten (denn die Wahlangelegenheiten haben für die Französische Sozialistische Partei eine geradezu religiöse Wichtigkeit). Die Massen werden euch in eurer demagogischen Evolution nicht folgen. Ihr bildet euch ein, Propaganda zu machen, da ihr die alten hergebrachten Versammlungen in den Händen habt, wo immer wieder dieselben Personen dieselben Agitationsreden halten. Fordert aber die Arbeiterklasse zu einer mächtigen und klaren Handlung auf, um die Expedition gegen Rußland zu verhindern, oder gar zur Erlangung der Macht, so werdet ihr sehen, wie wenig man euch folgt.

Pressemane, der insbesondere über die französischen Bauern sprach, führte analoge Argumente an. Er hat von den französischen Massen diejenigen, die man in Frankreich noch die „äußerste Linke" nennt, d. h. die Fraktion der Kommunistischen Internationale, den alten Kämpfern als eine Art Besessene gegenübergestellt, eine Art Epileptiker, die nicht wissen, was eine politische Organisation ist. Pressemane hat vergessen hinzuzufügen, daß er selbst und seine Freunde, ihren gesunden demagogischen Traditionen getreu, den Massen nur das Minimum über die Revolution mitteilen, das genügt, ihren Beifall hervorzurufen, ohne indessen etwas zu unternehmen, was sie zum Siege führen könnte.

Ich möchte den Kongreß bitten, mir zu gestatten, die Beschuldigung, die ich hier ausspreche, durch ein kurzes Beispiel aus dem inneren Leben der französischen Partei deutlich zu machen. Die Tätigkeit der Französischen Sozialistischen Partei wird in den Augen der Masse durch die Tätigkeit der Parlamentsgruppe bestimmt. Was aber im Innern der Partei vor sich geht, ist nur den Kämpfern selbst bekannt, oder kann, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet, während ihrer Propagandareisen erfahren werden. Die Leute aber, die keine Versammlungen besuchen, die keine revolutionären Zeitungen lesen, die Leute der Straße, wie man sie in England zu nennen pflegt, kennen nur die Parlamentsgruppe und ihre Debatten, und sie ist für sie die Verkörperung des Sozialismus. Ich übertreibe nicht, wenn ich behaupte, daß die französische sozialistische Parlamentsgruppe genau so konservativ ist, wie alle übrigen bürgerlichen Gruppen dieser Versammlung. Ich behaupte, daß sich in ihrer Art zu sprechen weder Rache noch die Leidenschaft eines Menschen ausprägt, der beständig gegen eine feindliche Fraktion anzukämpfen hat. Wenn ich genügend Zeit hätte, würde ich versuchen, Euch eine Serie kurzer Biographien von Leuten zu geben wie Paul Boncour, Varenne, Albert Thomas, der der unbestrittene Führer der sozialistischen Parlamentsgruppe ist. Ist es wirklich in der Internationale bekannt, wie weit die Tätigkeit eines Varenne reicht, die journalistische Tätigkeit dieses Herausgebers einer Reihe von bürgerlichen Zeitschriften, die eine nach der anderen erscheinen und wieder verschwinden, aber trotzdem immer finanzielle Quellen besitzen? Albert Thomas ist mit Jouhaux, Mitarbeiter der Zeitschrift „L'Information ouvrière et sociale", die von Herrn Dulot, dem Redakteur des „Temps", des offiziellen Organs der französischen Bourgeoisie, unterstützt wird, intim befreundet. Endlich befindet sich jeder dieser Männer im Parlament, und das dank einem besonderen Wahlsystem nicht durch den allgemeinen Willen der sozialistischen Arbeiter, sondern auf Anordnung einiger antiklerikal gesinnter Bourgeois. Daher wird auch von Leuten wie Léon Blum der an und für sich unwichtigen Frage über das Ver-

hältnis zum Vatikan eine so große Bedeutung zugeschrieben. Ich möchte Euch eine Reihe von Einzelbeispielen anführen, ich werde jedoch nicht die genügende Zeit dazu haben. Als typisches Beispiel will ich den Fall des Abgeordneten Aubry erzählen, eines jungen Lehrers aus den Reihen der äußersten Linken der Französischen Sozialistischen Partei, der im Laufe von einigen Wochen von dem ansteckenden Verrat dieser Gruppe soweit bekehrt wurde, daß er, kurz nachdem er gewählt worden war, mit dem General de Boissoudy und dem Erzbischof Rennes einen Aufruf zugunsten einer nationalen Anleihe zeichnete, was in der sozialistischen Gruppe eine ganz normale Erscheinung ist, die dort gang und gäbe ist und niemand in Erstaunen setzt. — Ein komischer Vorfall, der die Aufrichtigkeit der revolutionären Gesinnung eines sozialistischen Deputierten zeigt, ereignete sich neulich in der Kammer. Das Untersuchungsgericht von Rouen forderte die Verfolgung eines Deputierten von Pas-de-Calais, Barthélemy, der eine öffentliche Zusammenkunft mit unserem Genossen Méric in Sotteville veranstaltet hatte. Man beschuldigte Barthélemy, gesagt zu haben, daß er sich im Falle der Revolution in die erste Reihe auf die Barrikaden stellen und an der Spitze der proletarischen Truppen sterben würde. Sofort betrat der Abgeordnete Barthélemy die Rednertribühne. „Wie" rief er aus, „ein französischer sozialistischer Abgeordneter wagt es, so etwas zu sagen, wagt es, davon zu sprechen, daß man sich an die Spitze der Revolutionäre stellt und sich töten läßt. Ich habe nie solche Worte in den Mund genommen". Und das Parlament hat ihm sofort geglaubt. So solid ist das konservative Ansehen der sozialistischen Gruppe. Ich wiederhole, daß täglich Erscheinungen dieser Art zu bemerken sind. Als vor einiger Zeit unser Genosse Maurin von der linken Fraktion des Wiederaufbaus (reconstructeur) in der Verwaltungskommission der Partei über die Art und Weise sprach, in der die Propaganda in Frankreich geführt werden müsse, erklärte er mit einer geradezu zynischen Aufrichtigkeit, die Propaganda müßte gestattet werden, damit die Genossen, die bereits gewählt sind, wiedergewählt werden, und die Wahl der Genossen, die es noch nicht

sind, vorbereitet würde. Bevor man eine Rede hielt, mußte man also bei den örtlichen Autoritäten anfragen, wer die kleinen Parteibonzen der Gegend sind; man mußte irgend etwas Opportunistisches, etwas, was den unmittelbaren materiellen Interessen der Wahlsituation entsprach, vornehmen.

Aber es gibt eine noch wichtigere Sache als das parlamentarische Leben einer bei den Massen Frankreichs diskreditierten Gruppe. Man hält heutzutage einen Deputierten mit wenigen Ausnahmen für einen Verräter, oder für jemand, der nicht mitzählt. Das französische Parlament ist in den Augen der Massen vollständig diskreditiert. Das ist vielleicht das beste Resultat des Verrats der sozialistischen Gruppe im Parlament. Die Munizipalitäten haben eine größere Bedeutung. Die Französische Sozialistische Partei hat bei den Wahlen großen Erfolg gehabt. Wir beherrschen den größten Teil der Gemeindeverwaltungen der größten Städte Frankreichs. Wir haben 1500 bis 1800 Gemeindeverwaltungen, was eine imposante Gesamtzahl darstellt. Am Tage vor meiner Abreise wurde in Boulogne ein Kongreß eröffnet, der übrigens als vornehmsten Zweck verfolgte, die Tätigkeit dieser Gemeindeverwaltungen zu vereinen. Auf ihm sind mehrere Fragen aufgeworfen worden. Es wurde vor allem bestimmt, anstatt den Bankerott der Konzessionsgesellschaften zuzulassen, die in diesen Gemeinden wohnenden Arbeiter mit neuen bedeutenden Steuern zu belasten. Die Forderung, den Krach einer Reihe dieser Konzessionsgesellschaften zuzulassen, wurde für revolutionär erklärt und sofort verworfen. Als die Frage auftauchte, den sozialistischen Gemeinden zu verbieten — (ich bin genötigt, zufällig gewählte Beispiele anzuführen, die der Kommunistischen Internationale die Möglichkeit geben, zu urteilen, welches Geschenk man ihr machen will), ich wollte also sagen, daß, als man diesen Gemeinden verbieten wollte, an den chauvinistischen Feierlichkeiten am 14. Juli teilzunehmen, der Vorschlag zurückgezogen wurde. Und Mistral, der Vertreter der augenblicklichen Mehrheit, hat sich geweigert, diesen Vorschlag vor den Nationalrat (Conseil National) zu bringen. Was die Mehrheit der Versammlung der Gemeinden be-

trifft, war sie entschieden gegen diesen Vorschlag, und es ist nicht lange her, daß — bald nach dem Streik im Mai, als die Regierung die aktiven Genossen aufs energischste bekämpfte — sich ein Abgeordneter fand, der ehrwürdige Delory, ein alter Parteiarbeiter, den Ihr alle kennt, der selbst um die große Ehre bat, in der Stadt Lille, deren Stadthaupt er ist, zwei Minister empfangen zu dürfen, die der Stadt Lille einen militärischen Orden überreichen sollten. So werden in den von der Französischen Sozialistischen Partei beherrschten Gemeinden die Geschäfte erledigt. Endlich, Genossen, ist es nicht befremdend, wenn man, nachdem sich die besten Elemente der Partei mit Abscheu von ihr abgewandt haben, uns, den Anhängern der Kommunistischen Internationale, auf jedem Kongreß den Vorwurf macht, daß wir die Einigkeit zu zerstören suchen? Wir haben stets darauf geantwortet, daß man nicht das zerstören könne, was nicht existiert, und eine Einheit existiere nicht. Sie ist nicht vorhanden, weil es in der Partei Personen gibt, die darin nicht sein dürften, und weil Personen, die darin sein müßten, nicht in der Partei sind. Die Einigkeit wird erst eintreten, wenn eine gründliche Reinigung vorgenommen wird (eine Reinigung, die uns von der Mehrheit der Partei schon längst versprochen ist, auf die wir indes immer noch warten). Ist es weiter nicht befremdend, wenn in einer endlich reinen kommunistischen Partei mit einer strengen Disziplin die revolutionären Syndikalisten, die sich heute noch auf die Seite des anarchistischen Syndikalismus verirren, sich in ihrer Arbeit nach den hier ausgearbeiteten Leitsätzen des Kommunismus richten? Ich wollte Euch gern erzählen, wie der Maistreik bei uns verlaufen ist, was die Folgen dieses Streiks (die übrigens unermeßlich waren) sind, und welche Lehren wir daraus ziehen müssen. Ihr sollt nur eins wissen, nämlich, daß die gelogen haben, die in Straßburg behaupteten, die Massen würden nicht gehen. Sie sind gegangen, und zwar gründlich und in großen Massen, und nur der Mangel an revolutionärem Wollen bei den Führern war die Ursache ihrer Niederlage. Deshalb kann man auch sagen, daß die einzige Schlußfolgerung, die man aus dieser blutigen Erfahrung ziehen

kann, die Notwendigkeit der Schaffung einer kommunistischen Partei ist. Die Bekehrung unserer Genossen Cachin und Frossard ist nur eine individuelle Tatsache. Sie werden nach Frankreich zurückkehren, sie werden ihre Erklärungen einer aufmerksam lauschenden Menge vortragen. Es ist zu befürchten, daß sie unter dem Einfluß einer langen opportunistischen Vergangenheit und der besonderen Denkweise — indem ich das sage, spreche ich keinen Zweifel an der Aufrichtigkeit unserer Genossen aus — es ist sehr zu befürchten, sage ich, daß sie, indem sie die Partei der Kommunistischen Internationale zutreiben, ihr ein Mindestprogramm aufhalsen werden, das für uns Franzosen den Nachteil hätte, daß unser Beitritt zur Kommunistischen Internationale ein rein platonischer wäre und für Euch, Genossen, den noch viel größeren Nachteil brächte, daß der Geist des Verrats der II. Internationale in Eure Reihen eindringt. Ich behaupte, daß die Atmosphäre in Frankreich unerträglich ist. Das muß geändert werden. Die Aenderung der Meinungen zweier Männer darf keinen Einfluß haben. Wir müssen unerbittlich bleiben, und ich versichere Euch, daß die Massen in Frankreich ohne zu schwanken Euch folgen werden, wenn Ihr selbst fest bleiben werdet. Es darf nicht zugelassen werden, daß an die in Moskau ausgearbeiteten marxistischen Thesen die französische Hypothese aus dem Palais Bourbon angeklebt wird. Die Anwendung dieser Thesen würde nur lächerlich wirken, und zwar deshalb, weil wir Leuten vertrauten, die seit 6 Jahren das Wort „Sozialismus" kompromittieren und dadurch die Proklamierung des Kommunismus nötig machten.

GRAZIADEI. Ich habe ums Wort gebeten, um eine Frage zu berühren, die bereits von dem Genossen Serrati aufgeworfen wurde. Da aber bei der Fassung, die Genosse Serrati ihr gegeben hat, eine Diskussion unmöglich ist, bestehe ich darauf, zu den dem Kongreß vorliegenden Leitsätzen die Einfügung folgenden Leitsatzes in Vorschlag zu bringen:

„Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale beitreten will, darf unter keinen Umständen zulassen, daß ihre Mitglieder der Sekte der Freimaurer angehören." — Die Frei-

maurer bilden tatsächlich in verschiedenen Ländern politische Organisationen, die durch ihre abstrakte, formalistische und kleinbürgerliche Auffassung der sozialen Beziehungen und durch ihre ganze Zusammensetzung den Interessen des nationalen und internationalen bürgerlichen Systems dienen. Durch den Umstand, daß die Freimaurersekte eine geheime Organisation ist, wird ihr Einfluß um so gefährlicher.

Die bloße Einsichtnahme in die Schriften der Freimaurer genügt, um meinen Antrag zu begründen. Die Frage bietet für die Russen wenig Interesse; um so größer aber ist ihre Bedeutung für die romanischen Länder, für England und Amerika. Die Freimaurerei übt in diesen Ländern einen ziemlich großen Einfluß aus. Sie ist eine politische Organisation, die nach der Eroberung und der Erhaltung der Macht strebt. Sie sammelt Beamte, Gelehrte, Geschäftsleute um sich. Die Lehre, auf die sie sich gründet, ist der sozialistisch-marxistischen Auffassung direkt entgegengesetzt. Sie bemüht sich, die nationalen und Klassenunterschiede unter einer abstrakten und formalistischen Auffassung theoretischer Rechte zu verschleiern. Außerdem ist sie eine geheime Organisation, und da wir selbst in vielen Ländern noch keine geheimen Organisationen haben, sind wir ihrer Meinung nach in einer untergeordneten Stellung.

Die Genossen, die Mitglieder der Freimaurersekte sind, können uns kontrollieren, ohne daß wir die Möglichkeit besitzen, sie unsererseits in ihrer Organisation einer Kontrolle zu unterziehen. Wir haben in Italien eine interessante Erfahrung in dieser Frage gemacht. Auf dem Parteikongreß in Ancona, vor dem August 1914, hatten wir bestimmt, es sei unvereinbar, daß die Genossen gleichzeitig Mitglieder der Partei und der Freimaurersekte seien. Nach einigen Monaten brach der Krieg aus. Wir konnten uns jetzt davon überzeugen, daß ohne die erwähnte Bestimmung unsere Partei nie eine derartig feindliche Stellung gegen den Krieg hätte behaupten können. Auf jeden Fall hätte sie sich in diesen schwierigsten Momenten gespalten. Eine der Hauptursachen der augenblicklichen Krise in der Französischen Sozialistischen Partei ist mit der Umstand, daß sich in ihren

Reihen eine große Anzahl Freimaurer befindet. Ich bitte daher den Kongreß, den Antrag des Genossen Serrati wie auch meinen Zusatz in Erwägung zu ziehen und den letzteren zu den von der Kommission vorgeschlagenen Leitsätzen als Ergänzungsthese hinzuzufügen. Der Kongreß muß zu dieser Frage, welche viele Länder in höchstem Grade interessiert, eine feste Stellung einnehmen.

GUILBEAUX. Das erste Jahr des Bestehens der Kommunistischen Internationale war ein Jahr der Bildung und Errichtung von kommunistischen Parteien und Gruppen. Ich glaube, daß wir jetzt in eine neue Entwicklungsphase der Kommunistischen Internationale eingetreten sind, in die Phase des Kampfes der verschiedenen Tendenzen im Rahmen der Kommunistischen Internationale. Die Debatten, denen wir seit Beginn des Kongresses beiwohnen, sind Beweise für diesen Kampf zwischen den Rechten und den Linken. Ich erblicke darin das Zeichen einer großen Lebensfähigkeit des Kommunismus. Aber ich glaube, unter den Rechten eine Tendenz zu bemerken, die sehr weit um sich greifen kann und die infolgedessen von den Führern der Linken ohne Zögern bekämpft werden muß.

In dem Manifest des ersten konstituierenden Kongresses der Kommunistischen Internationale hieß es, daß der Zentrismus bekämpft werden müsse, der mit Recht für die gefährlichste Tendenz in der sozialistischen Bewegung gälte. Dieses Manifest verlangte den Bruch mit dem Zentrum und die Bildung von rein kommunistischen Gruppen und Parteien in allen Ländern. Es ist meiner Meinung nach bezeichnend, daß der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale einen neuen Standpunkt vertritt, den man dem Zentrum gegenüber einzuhalten hat. Schon die Tatsache, daß man die Möglichkeit zugibt, daß gewisse zentristische Elemente in die Kommunistische Internationale aufgenommen werden können, bezeichnet den Beginn von Verhandlungen mit den Reformisten und den Zentristen.

In den vorgeschlagenen Leitsätzen wird einerseits der rechte Flügel der Italienischen Sozialistischen Partei, deren Vertreter Turati ist, verurteilt, andererseits aber wendet man sich

an zentristische Parteien, wie z. B. an die U. S. P. D. und die Französische Sozialistische Partei. Ich erblicke darin einen Widerspruch. Der Unterschied, der zwischen Cachin und Turati besteht, ist nicht groß, ist aber immerhin vorhanden. Die Italienische Sozialistische Partei hat während des Krieges eine einer sozialistischen Partei weit würdigere Stellung eingenommen als die Französische Sozialistische Partei, die sich des gemeinsten Verrats schuldig gemacht hat.

In den hier vorgeschlagenen Leitsätzen wird andererseits wiederholt, daß kein Kommunist die Lehren der ungarischen Sowjetrepublik vergessen darf. Die Vereinigung der Reformisten mit den Kommunisten ist Sowjetungarn teuer zu stehen gekommen.

Es ist äußerst gefährlich, mit Vertretern des Zentrums zu diskutieren. Ich weiß, daß man ihnen immer wieder alle die Fehler vor Augen führt, die sie seit Beginn des Krieges gemacht haben; aber ich weiß auch, daß es in der Kommunistischen Internationale und sogar in der Kommunistischen Partei Rußlands eine gewisse Rechte gibt, die sich viel von der Französischen Sozialistischen Partei und der U. S. P. D. verspricht. Und zwar begründet sie diese Ansicht damit, daß diese Parteien die Massen für sich haben, während die Französische Kommunistische Partei und die K. P. D., was ihr Verhältnis zur Masse betrifft, eine viel geringere Bedeutung besitzen. Meiner Meinung nach kann man die Massen nicht auf seine Seite herüberziehen, indem man durch die Vermittlung ihrer früheren Führer zu ihnen spricht.

Ich finde nicht, daß man sich besonders darüber freuen soll, daß sich Vertreter gewisser Zentrumsparteien in Moskau unter dem Einfluß der revolutionären Atmosphäre, in die sie von heute auf morgen geraten sind, zum Kommunismus bekennen. Ich hege keine Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit, ich frage mich aber, ob sie, wenn sie sich wieder in Paris, in der verpesteten Luft der sozialistischen Partei oder in der Deputiertenkammer befinden, nicht in ihre alten Irrtümer zurückfallen werden. Denkt daran, daß die Vorbereitung der Gründung der II. Internationale, die im Jahre

1889 geschaffen wurde, mehrere Jahre in Anspruch nahm. Die Genossen, die jetzt mit den sozialistischen Parteien verhandeln, glauben, von heute auf morgen eine den Zwecken der Revolution dienliche Organisation und Presse schaffen zu können. Sie sündigen gegen die Grenzen des Möglichen. Wir müssen zunächst einen Stamm für eine solide kommunistische Partei organisieren. In diese Stammformation müssen wir die Massen hineinziehen, nicht aber sie uns auf künstliche Weise angliedern. Ich bestehe auf einer Tatsache, die auch bereits vom Genossen Lefèvre erörtert worden ist. Die Französische Sozialistische Partei ist im allgemeinen eine parlamentarische Partei, die wir trotz der Erklärungen ihrer Vertreter auf keinen Fall aufnehmen können. Die Spaltung, die vor sich gehen sollte, ist leider noch nicht geschehen, und nur wenn sie wirklich zustande gekommen sein wird, wird es in Frankreich eine kommunistische Partei geben, der die Anhänger des Genossen Loriot und die Syndikalisten, deren Vertreter Rosmer und Monatte sind, beitreten werden. Dann werden auch die Massen auf unserer Seite stehen. Wir werden die französischen Massen aber nie zu uns herüberziehen können, wenn wir die Französische Sozialistische Partei künstlich in eine kommunistische Partei umwandeln wollen. Wenn man nach einer Prüfungszeit von 6 Monaten oder einem Jahr Parteien aufnehmen wollte, die uns im Laufe vieler Jahre verraten haben und irregegangen sind, fürchte ich, daß sie sich zuletzt vielleicht in der Kommunistischen Internationale in der Mehrzahl befinden und das rote Banner der Kommunistischen Internationale durch ein anderes ersetzen werden, das demjenigen der II. Internationale sehr ähnlich ist. Wir dürfen keine Verhandlungen mit Parteien führen, die uns trotz ihrer Erklärungen keinerlei Garantien für die Zukunft bieten.

HERZOG (Schweiz). Bei dieser Diskussion ist es auch notwendig, auf die Parteiverhältnisse in der Schweiz kurz einzugehen. Wie Euch bekannt ist, hat der letzte Parteitag der Schweiz beschlossen, aus der II. Internationale auszutreten und in die Kommunistische Internationale einzutreten. Gleichzeitig wurde aber ein Antrag angenommen, wonach dieser Beschluß

erst den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei in Urabstimmung zur Entscheidung vorgelegt werden müsse. In der Urabstimmung wurde beschlossen, aus der II. Internationale auszutreten, aber nicht in die Kommunistische Internationale einzutreten, sondern im Gegenteil dem Parteivorstand das Recht zu geben und die Pflicht aufzuerlegen, mit allen revolutionären Parteien Verbindungen anzuknüpfen, um eine große revolutionäre Internationale, also eine IV. Internationale, zusammenzubringen. Der Parteivorstand hat das Mögliche getan, um diesem Beschluß nachzukommen. In Bern fanden Besprechungen mit den französischen Sozialisten statt. Der Parteivorstand hat auch einen Genossen nach Deutschland geschickt, um Verhandlungen mit der U. S. P. aufzunehmen. Als wir Kommunisten das Manöver aufdeckten, hat besonders der „Basler Vorwärts" das zu vertuschen versucht. Den Parteivorstand hat man in dieser Angelegenheit gedeckt. Diese Hin- und Herpolitik, die wir beim Austritt aus der II. Internationale in der Schweiz sahen, diese schwankende Politik, hat die Sozialdemokratie in der Schweiz in der letzten Zeit ständig durchgeführt. Sie hat, wie bekannt, beschlossen, sich Kienthal und Zimmerwald anzuschließen, und als wir revolutionäre Arbeiter darauf drängten, daß diese Beschlüsse in der Praxis durchgeführt werden sollten, daß man durch Anschluß an Kienthal und Zimmerwald nicht die Sache erledigt hätte, sondern auch das Programm erfüllen müsse, daß man versuchen müsse, revolutionäre Aktionen durchzuführen, daß man mit der Propaganda an die Armee herangehen solle, die Soldaten revolutionieren müsse, da hat die Partei alles Mögliche getan, um unsere Tätigkeit unmöglich zu machen. Wir wurden gezwungen, die revolutionären Arbeiter zu besonderen Gruppen in der Partei zusammenzuschließen. Wir haben in allen größeren Ortschaften versucht, kommunistische Gruppen zu bilden. Wir haben diese zu einer zentralen Organisation ausgebaut und haben uns ein Programm gegeben. Wir sind dabei nicht stehen geblieben. Wir sagten: wir müssen mit Aktionen und Propaganda in der Armee beginnen nach den Leitsätzen, die in Zimmerwald aufgestellt wurden. Wir müssen den Arbeitern sagen, sie sollen selbständig

große Massenaktionen durchführen und, wenn die Parteiführer dies nicht wollen, gegen deren Willen. Das ist die Grundlage zum Konflikt und zum Ausschluß der Kommunisten aus der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Wir haben diese Propaganda systematisch durchgeführt; wir haben Zehntausende von Flugblättern in die Armee hineingeworfen, was nur unsere Pflicht als revolutionäre Kommunisten war. Das ist die Ursache, weshalb man uns hinausgeworfen hat. — In Zürich war ein großer Generalstreik. Ich habe gesagt: Der Generalstreik muß durchgeführt werden, und als wir das propagiert haben, hat man uns aus der Partei ausgeschlossen. Die ganze Organisation der alten revolutionären Gruppen wurde ausgeschlossen. Um nicht politisch tot zu sein, waren wir gezwungen, zur Gründung der Kommunistischen Partei zu schreiten. Durch intensive Arbeit war es uns möglich, in allen größeren Ortschaften kommunistische Sektionen zu gründen. Es ist uns gelungen, die Sympathien größerer Arbeitermassen zu gewinnen. Das Parteizentrum befürchtet jetzt, daß die große Masse der Arbeiter zu uns übertritt. Deshalb das Manöver in Olten, eine Parteikonferenz zusammenzuberufen aus linken Sozialisten und aus dem Zentrum, wo beschlossen wurde, zwei Vertreter nach Moskau zu schicken, damit die Kommunistische Internationale die Schweiz aufnimmt. Dann können die Leute erklären: Wir sind in der Kommunistischen Internationale, wir sind revolutionäre Kommunisten. Sie denken, sie werden durch den Anschluß an die Kommunistische Internationale die Arbeitermasse bei sich behalten. Die Aufgabe dieses Kongresses ist es, auch diesen Leuten von der Sozialdemokratie der Schweiz zu erklären: Ihr müßt es in der Praxis beweisen, daß ihr wirklich revolutionär kämpfen wollt. Erst wenn ihr das bewiesen habt, könnt ihr in die Kommunistische Internationale aufgenommen werden. Es besteht die große Gefahr, daß sehr viele opportunistische Zentrumselemente in die Kommunistische Internationale hineinkommen, und es kann leicht geschehen, daß diese Elemente in der Kommunistischen Internationale Oberwasser bekommen. Diese Gefahr muß ganz energisch bekämpft werden, und wir müssen das Prinzip, das wir

gegen die Unabhängigen anwenden, das wir gegen die französische Partei anwenden, auch auf die Sozialdemokratische Partei der Schweiz anwenden. Nur dadurch, daß wir diese Elemente streng sieben, können wir es verhindern, daß Zersetzungskeime in die Kommunistische Internationale hineinkommen, und bewirken, daß die revolutionäre Aktivität, die in der Masse vorhanden ist, in den nächsten Jahren nicht geschwächt wird.

GOLDENBERG. Ich meinerseits werde für die Leitsätze des Genossen Sinowjew nicht stimmen, und zwar deshalb nicht, weil sie, wie mir scheint, einen großen Irrtum in der Methode enthalten. Ich will versuchen, diese falsche Methode kurz darzustellen.

Wenn man uns Anhänger der Kommunistischen Internationale danach fragt, aus welchen Gründen wir in der Sozialistischen Partei bleiben, antworten wir: Der Krieg hat das internationale Proletariat in zwei sich gegenüberstehende Lager geteilt, in das gegenrevolutionäre Lager einerseits, das vertreten wird durch die Arbeiteraristokratie, durch die Schicht des Proletariats, welche durch die Entwicklung des Kapitalismus den untersten Schichten der Bourgeoisie immer näher kommt, und das revolutionäre Lager andererseits. Diese beiden Fraktionen bestanden auch vor dem Kriege im Rahmen der einzelnen nationalen sozialistischen Parteien. Der Krieg hat gezeigt, daß die Möglichkeit, eine Vereinigung dieser beiden Fraktionen herbeizuführen, nicht besteht. Wenn damals dieser Gegensatz in Streitigkeiten um die Richtung innerhalb des Rahmens der verschiedenen nationalen sozialistischen Parteien zum Ausdruck kam, so äußert er sich jetzt nach dem Kriege nicht mehr in Tendenzstreitigkeiten, sondern in einem mit den Waffen in der Hand geführten Kampf. Nach den Worten des Genossen Lenin hat die Waffe der Kritik der Kritik durch die Waffen Platz gemacht. Von diesen beiden entgegengesetzten Fraktionen hat die eine gemeinsame Sache mit der Bourgeoisie gemacht, die andere hat sich als der wirkliche Vertreter des revolutionären Proletariats gezeigt. Mit dieser halten wir es.

Es ist noch nicht entschieden, welchen Standpunkt die

Kommunistische Internationale, die internationale Organisation des revolutionären Proletariats den sozialistischen Parteien gegenüber oder in der Spaltung zwischen Sozialreformisten, Gegenrevolutionären und revolutionären Sozialisten und Kommunisten einnehmen wird. Das ist eine Frage, die wir heute beantworten müssen.

Die vom Genossen Sinowjew vorgeschlagenen Leitsätze zählen eine Reihe von Bedingungen auf, durch deren Erfüllung der Eintritt der sozialistischen Parteien, der sog. „Zentristen", in die Kommunistische Internationale möglich wird. Auf diese Art vorzugehen, kann ich mich nicht einverstanden erklären.

Die Kommunistische Internationale, eine internationale Organisation des revolutionären Proletariats, die einzig und allein aus Vertretern des revolutionären Proletariats aller Länder bestehen soll, darf in ihrer Mitte keine nichtkommunistischen Elemente dulden, die sich als gegenrevolutionäre Elemente, als Agenten der Bourgeoisie erwiesen haben.

Die Bedingungen, die den zentristischen Parteien gestellt werden, sind in einer Form gebracht, daß sie der Französischen Sozialistischen Partei, der U. S. P. D., der Norwegischen Sozialistischen Partei usw. gestatten, der Kommunistischen Internationale beizutreten, falls sie sich bereit erklären, diese Bedingungen zu erfüllen, oder eine kommunistische Taktik anzuwenden beginnen.

Ich erkläre, daß diese Art vorzugehen die Konfusion, die bereits in diesen Parteien herrscht, nur noch größer macht. Ich möchte hier besonders von der Französischen Sozialistischen Partei sprechen, die ich besser als die anderen kenne. Die Französische Sozialistische Partei vertritt fast in ihrer Gesamtheit jene besondere Schicht der Arbeiteraristokratie, die sich während des Krieges als ganz reaktionär erwiesen hat. Während des Krieges haben sich alle Führer der Französischen Sozialistischen Partei ohne Ausnahme auf die Seite der Bourgeoisie gegen das internationale Proletariat gestellt. Bis zum Ende des Krieges, ja sogar noch einige Monate nach dem Waffenstillstand, haben sie für die Kriegsanleihen gestimmt. Wir haben hier einen Ver-

treter dieser Parlamentsfraktion, der für die Kriegsanleihen gestimmt hat. Wir haben hier auch einen französischen Abgeordneten, der im vorigen Jahr in der französischen Kammer erklärt hat, daß er sich weigere, für die drei provisorischen Budgetzwölftel zu stimmen, die die Regierung von ihr verlangte, aber daß er bereit wäre, für die zwei provisorischen Budgetzwölftel seine Stimme abzugeben. Ein Teil dieser Anleihen war zur Unterstützung der gegenrevolutionären Expeditionen Koltschaks und Denikins bestimmt. Während das russische Proletariat verzweifelt gegen diese internationalen Räuber kämpfte, stimmten die Vertreter der Französischen Sozialistischen Partei in der Kammer für die Kriegsanleihen zur Unterstützung gegenrevolutionärer Armeen.

Welche Stellung nimmt die Französische Sozialistische Partei seit dem Kriege ein? Genosse Lefèvre hat eben erklärt, daß auf dem Straßburger Kongreß ein Rückschritt zu bemerken war. Ich aber sage, daß kein Rückschritt zu bemerken war, sondern daß dieser Kongreß nur gezeigt hat, was die Französische Sozialistische Partei wirklich ist. Die Führer der Französischen Sozialistischen Partei hatten sich, um die Massen zu täuschen, eine revolutionäre Phraseologie angeeignet. Sie hatten sich für die Diktatur des Proletariats gegen die Bourgeoisie erklärt. Sie sagten, sie seien Anhänger des historischen Materialismus; doch als man sie vor das Problem der nationalen Verteidigung stellte, wurde es klar, daß die Verbindung zwischen Paul Faure und Renaudel keine unglaubwürdige war, sondern daß sie die wahre Gesinnung derjenigen widerspiegelte, die sich, sei es rechts, sei es im Zentrum, sei es selbst links in der Partei gruppiert hatten. Die Französische Sozialistische Partei ist eine verfaulte Partei kleinbürgerlicher Reformisten. Ihr Beitritt zur Kommunistischen Internationale wird die Folge haben, daß diese Fäulnis auch in die Kommunistische Internationale hineingeschleppt wird. Die Leitsätze des Genossen Sinowjew enthalten am Anfang eine Reihe von Aufnahmebedingungen. Ihr seht, mit welcher Bereitwilligkeit diese Leitsätze auch von denen

angenommen worden sind, die gestern noch ihre entschiedensten Gegner waren.

Die Vertreter der Französischen Sozialistischen Partei, die an diesem Kongreß teilnehmen, gehörten zu denen, die mit dem größten Eifer bestrebt waren, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Kommunistische Internationale zu diskreditieren. Wenn sie auch persönlich unter uns weilen, mit dem Herzen sind sie doch nicht bei uns, und zwar deshalb nicht, weil sie fühlen, daß die Kommunistische Internationale die einzige revolutionäre Macht in der Welt ist und keine andere Organisation ihr standhalten kann.

Sie haben alles getan, um gegenüber dieser Kommunistischen Internationale eine abweichende Organisation zu schaffen, die alle Elemente aufnehmen sollte, die in sie einzutreten wünschten. Die einzige Bedingung war, daß sie sich gegen die Grundsätze der Kommunistischen Internationale erklärten. Sie haben in ganz Europa nach Parteien gesucht, die sie gegen die Kommunistische Internationale ins Feld führen könnten.

Ich erinnere mich noch ihres Verhaltens in der Partei und in der sozialistischen Presse. Sie hatten versucht, nicht nur die Ideen der Kommunistischen Internationale zu bemäkeln, sondern auch die anerkanntesten Kämpfer der Französischen Sozialistischen Partei anzuschwärzen. Ich denke an den Verleumdungsfeldzug, der gegen diejenigen geführt wurde, die in Frankreich die Kommunistische Internationale verteidigten. Diese Leute sollen wir jetzt bitten, in die Kommunistische Internationale einzutreten, weil sie erklären, die Grundsätze der Kommunistischen Internationale annehmen zu wollen und mit diesen Grundsätzen einverstanden zu sein? Es liegt nicht in meiner Absicht, die Aufrichtigkeit Cachins und Frossards zu prüfen. Dieses Gebiet will ich nicht betreten. Ich will einfach erklären, daß Leute, die sich trotz ihrer revolutionären Rederei als entschiedene Gegenrevolutionäre gezeigt haben, nicht im Laufe einiger Wochen Kommunisten geworden sein können. Der Ton der Deklaration, die eben verlesen wurde, zeigt die wahre Tragweite der Annahme der kommunistischen Grundsätze, wie sie von Cachin und

Frossard aufgefaßt wird. Wie werden sie bei ihrer Rückkehr nach Frankreich sich denen gegenüber verhalten, die dort während einer langen Zeit die Grundsätze der Kommunistischen Internationale verteidigt haben? Es gibt in Frankreich ein Komitee, dem es obliegt, unter den Massen und in der Partei selbst die Ideen der Kommunistischen Internationale zu verbreiten. Welche Stellung sollen Cachin und Frossard gegenüber diesem Komitee und den Parteigenossen, aus denen es zusammengesetzt ist, einnehmen, Cachin und Frossard, die bisher ihre eifrigsten Gegner waren? Ich frage, wie werden wir uns verhalten, wenn Cachin und Frossard, nach Frankreich zurückgekehrt, sagen werden: Wir sind mit den Führern der Kommunistischen Internationale vollkommen einverstanden. Wir haben mit ihnen diskutiert. In Wirklichkeit scheidet uns nichts von ihnen. Ich habe soeben einige Nummern der „Humanité" gelesen, in denen über den Besuch Cachins und Frossards in Rußland berichtet wird, wo sie von unseren russischen Freunden auf eine bewunderungswürdige Weise empfangen worden seien. Sie hätten einer Sitzung der Moskauer Sowjets beigewohnt. Dort hätte nur ein freundschaftlicher Gedankenaustausch stattgefunden, ohne daß irgend welche Meinungsverschiedenheiten bemerkbar wurden. Das ist die Ansicht der „Humanité", und diese Ansicht werden auch Cachin und Frossard vertreten, wenn sie aus Rußland zurückgekehrt sein werden. Sie werden die Behauptungen wiederholen, die sie vor ihrer Abreise nach Frankreich aussprachen, wonach Genosse Lenin, wenn er in Frankreich wäre, ihre und nicht unsere Ansichten teilen würde.

Ich protestiere gegen diese künstliche Art, in die Kommunistische Internationale Elemente aufzunehmen, die nicht einmal für sie sind. Im Namen meiner in der Gefangenschaft schmachtenden Genossen, im Namen der wirklichen Interessen des französischen Proletariats erkläre ich, daß ich mit dieser Art vorzugehen nicht einverstanden bin. Es gibt für das revolutionäre französische Proletariat nur ein Mittel, den Kampf gegen die II. Internationale zu führen, und zwar die Errichtung einer gut organisierten kommunistischen Partei in Frankreich, die nur

kommunistische Elemente in sich schließt. Das Tragische der Lage in Frankreich ist der Umstand, daß es bisher unmöglich gewesen ist, sich an diese Aufgabe zu machen. Wir waren gezwungen, uns auf den Kampf zwischen den Tendenzen innerhalb der Partei zu beschränken. Wir konnten die Aufgabe der Organisation und Erziehung nicht vornehmen, wodurch allein die Schaffung einer gut organisierten Partei möglich ist.

Der Standpunkt, den ich hier verteidige, ist der, daß man der Französischen Sozialistischen Partei nicht sagen darf: Unter diesen Bedingungen ist es euch gestattet, in die Kommunistische Internationale einzutreten. Sondern wir wollen eine Haltung einnehmen, die die reformistischen und die revolutionären Elemente der Partei zwingt, miteinander zu brechen, was bisher nicht geschehen konnte. Dadurch allein ist die Schaffung einer kommunistischen Partei möglich, die nur aus linken Sozialisten bestehen soll. Dann wird die kommunistische Organisations- und Erziehungsarbeit ermöglicht, die wir bisher nicht vornehmen konnten und die allein ein Element der Kraft und des Erfolgs schafft, nicht nur für die Kommunistische Internationale, sondern für die ganze proletarische Revolution.

BORDIGA. Ich möchte Euch einige Beobachtungen unterbreiten, die ich vorschlage, als Einleitung zu den von der Kommission in Vorschlag gebrachten Leitsätzen zu benutzen, und außerdem noch eine konkrete Bedingung, die folgendermaßen lautet: „Die Parteien, die bis jetzt ihr altes demokratisches Programm aufrechterhalten, sind verpflichtet, dasselbe unverzüglich einer Revision zu unterziehen und ein neues kommunistisches Programm auszuarbeiten, den Bedingungen ihres Landes entsprechend, im Geiste der Kommunistischen Internationale. Es ist Regel, daß die Programme der der Kommunistischen Internationale beigetretenen Parteien durch den internationalen Kongreß oder durch das Exekutivkomitee bestätigt werden. Falls dieses letztere einer Partei die Sanktion versagt, ist die Partei berechtigt, sich an den Kongreß der Kommunistischen Internationale zu wenden."

Dieser Kongreß hat eine außerordentliche Bedeutung; er

muß die ewigen Grundsätze der Kommunistischen Internationale verteidigen und festigen. Als Genosse Lenin, im April 1917 glaube ich, nach Rußland zurückkehrte und einen kurzen Entwurf des neuen Programms der Kommunistischen Partei vorlegte, sprach er auch von der Neubelebung der Internationale. Er sagte, daß diese Arbeit sich auf ewige Grundlagen stützen müßte, daß man einerseits die Sozialpatrioten, andererseits die Sozialdemokraten entfernen müsse, diese Anhänger der II. Internationale, die es für möglich halten, die Befreiung des Proletariats ohne Klassenkampf mit den Waffen in der Hand, ohne die Notwendigkeit, nach dem Siege, in der Zeit des Aufstands, die Diktatur des Proletariats einzuführen, erreichen zu können.

Die Gründung der Kommunistischen Internationale in Rußland führte uns zum Marxismus zurück. Die revolutionäre Bewegung, die sich aus den Ruinen der II. Internationale gerettet hatte, machte sich mit seinem Programm bekannt, und die Arbeit, die nun begann, führte zur Bildung eines neuen Staatsorganismus auf der Grundlage der offiziellen Verfassung. Ich glaube, wir befinden uns in einer nicht vom Zufall geschaffenen, sondern vielmehr in einer vom Gang der Geschichte bestimmten Situation. Ich glaube, uns droht die Gefahr, daß rechte und zentristische Elemente sich in unsere Mitte drängen.

Nachdem die Parole „Sowjetordnung" in das russische und das internationale Proletariat der Welt hinausgeschleudert wurde, erhoben sich nach Beendigung des Krieges die Wogen der Revolution, und das Proletariat der ganzen Welt setzte sich in Bewegung. In allen Ländern fand in den alten sozialistischen Parteien eine natürliche Auslese statt. Es entstanden kommunistische Parteien, die den revolutionären Kampf mit der Bourgeoisie aufnahmen.

Die darauffolgende Periode war eine Zeit des Stillstandes, da die Revolution in Deutschland, in Bayern und in Ungarn durch die Bourgeoisie unterdrückt worden ist.

Der Krieg ist jetzt beendet. Das Kriegsproblem und die Frage der nationalen Verteidigung bieten im Augenblick kein unmittelbares Interesse mehr. Es ist sehr einfach, jetzt zu sagen,

daß man in einem neuen Kriege nicht wieder in die alten Irrtümer verfallen wird, d. h. in den Fehler der heiligen Einheit und der nationalen Verteidigung. — Die Revolution sei noch fern, werden unsere Gegner sagen, sie sei für sie kein Problem des Augenblicks, und sie werden die Leitsätze der Kommunistischen Internationale annehmen: die Macht der Sowjets, die Diktatur des Proletariats, den roten Terror.

Wir würden also in großer Gefahr sein, wenn wir den Fehler machten, diese Leute in unsere Reihen aufzunehmen.

Die Kommunistische Internationale kann den Lauf der Geschichte nicht beschleunigen. Sie kann die Revolution weder schaffen noch gewaltsam hervorrufen. In unserer Macht steht es nur, das Proletariat vorzubereiten. Aber unsere Bewegung muß der Lehren, die der Krieg und die russische Revolution uns gegeben haben, eingedenk sein. Meiner Meinung nach müssen wir ihnen die größte Aufmerksamkeit schenken.

Die rechten Elemente nehmen unsere Leitsätze an, aber in einer ungenügenden Weise, mit einem gewissen Vorbehalt. Wir Kommunisten müssen verlangen, daß diese Annahme eine vollständige ist und ohne Einschränkungen für die Zukunft.

Wir haben die erste Anwendung der marxistischen Methode und Theorie in Rußland gesehen, d. h. in einem Lande, wo die Entwicklung der Klassen noch kein hohes Niveau erreicht hat. Diese Methode muß also in Westeuropa, wo der Kapitalismus besser entwickelt ist, mit größerer Klarheit und Konsequenz angewandt werden.

Man sprach hier von einem Unterschied zwischen den Reformisten und den Revolutionären. Das ist eine veraltete Ausdrucksweise. Es kann keine Reformisten mehr geben, selbst wenn sie als Anhänger des Sozialismus den Klassenkampf zulassen, dabei aber hoffen, daß die Art dieses Kampfes eine andere sein wird als in Rußland. Ich bin der Meinung, Genossen, daß die Kommunistische Internationale fest bleibt, daß sie ihren politisch-revolutionären Charakter ohne zu wanken aufrecht erhält.

Den Reformisten müssen wir unübersteigbare Barrikaden errichten.

Diese Parteien müssen gezwungen werden, eine genaue Erklärung ihrer Prinzipien zu geben. Man müßte ein für alle Parteien der Welt gemeinsames Programm einführen, was leider zur Zeit nicht möglich ist. Die Kommunistische Internationale besitzt keine Mittel, um sich zu überzeugen, daß diese Leute dem kommunistischen Programm Folge leisten.

Wenn man im 16. Leitsatz sagt: „Parteien, die bisher noch ihre alten sozialdemokratischen Programme beibehalten haben, sind verpflichtet, in möglichst kurzer Zeit diese Programme zu ändern und entsprechend den besonderen Verhältnissen ihres Landes ein neues kommunistisches Programm im Sinne der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale auszuarbeiten", müßte man nach den Worten: „diese Programme zu ändern" folgende Worte ausstreichen: „und entsprechend den besonderen Verhältnissen ihres Landes" und „im Sinne der Kommunistischen Internationale" streichen, und sie durch die Worte ersetzen: „in welchem die Grundsätze der Kommunistischen Internationale in einer unzweideutigen und mit den Resolutionen der internationalen Kongresse vollständig übereinstimmenden Weise festgelegt werden. Die Minderheit der Partei, die sich gegen dieses Programm erklärt, muß aus der Parteiorganisation ausgeschlossen werden. Die Parteien, die ihr Programm geändert haben und der Kommunistischen Internationale beigetreten sind und diese Bedingung nicht erfüllt haben, müssen sofort einen außerordentlichen Kongreß einberufen, um sich darüber zu einigen".

Diese Bedingung, über die die Vertreter der Französischen Sozialistischen Partei sich nicht geäußert und nicht gesagt haben, daß sie Renaudel und andere aus ihrer Partei ausschließen, muß klar und deutlich gestellt werden.

Alle gegen das neue Programm Stimmenden müßte man aus der Partei ausschließen. Betreffs des Programms gibt es keine Disziplin: Entweder man nimmt es an, oder aber man nimmt es nicht an; wenn nicht, dann scheidet man aus der Partei aus.

Das Programm ist etwas, was allen gemeinsam ist; es ist nicht etwas, was von der Mehrzahl der Parteikämpfer aufgestellt ist. Es ist das, was den Parteien vorgelegt wird, die in die Kommunistische Internationale aufgenommen werden wollen. Es muß ein Unterschied sein zwischen dem Wunsche, der Kommunistischen Internationale beizutreten und der Tatsache, von ihr aufgenommen zu werden.

Ich meine, man muß dem Exekutivkomitee nach dem Kongreß Zeit geben, darauf zu achten, daß alle den Parteien von der Kommunistischen Internationale auferlegten Verpflichtungen auch erfüllt werden. Nach dieser Zeit, nach der sogenannten Organisationsperiode, müßte man die Tür schließen.

Mein Vorschlag geht dahin, daß die Bedingung des Genossen Lenin, die zurückgezogen worden ist, wieder aufgestellt wird, nämlich die, daß in den Parteien, die aufgenommen werden wollen, eine gewisse Anzahl Kommunisten die Führung der Parteiorgane übernehmen. Ich würde vorziehen, daß alle Kommunisten wären.

Der Opportunismus muß überall bekämpft werden. Aber diese Aufgabe wird uns sehr schwer fallen, wenn in demselben Augenblick, wo man Maßnahmen trifft, um die Kommunistische Internationale zu reinigen, die Tür geöffnet wird, um die Draußenstehenden eintreten zu lassen.

Ich habe im Namen der italienischen Delegation gesprochen. Wir verpflichten uns, die Opportunisten in Italien zu bekämpfen. Wir wünschen aber nicht, daß sie von uns fortgehen, um irgendwie anders in die Kommunistische Internationale aufgenommen zu werden. Wir sagen Euch: Nachdem wir mit Euch gearbeitet haben, wollen wir in unser Land zurückkehren und eine einheitliche Front gegen alle Feinde der kommunistischen Revolution bilden.

SERRATI. Wir teilen mit, daß die internationale kommunistische Frauenkonferenz morgen, am Freitag, um 6 Uhr im Großen Theater eröffnet wird. Wir bitten, der Eröffnung beizuwohnen zu wollen.

Die Sitzung wird heute um 8½ Uhr abends fortgesetzt.

(Die Sitzung wird geschlossen.)

Abendsitzung vom 29. Juli.

MILKITSCH. Ich hatte nicht die Absicht, das Wort zu dieser Frage zu ergreifen. Ich wollte mich auf die Abstimmung beschränken.

Aber ich halte es für meine Pflicht, von dieser Tribüne aus als Entgegnung auf das vom Genossen Sinowjew hier Gesagte zu erklären, daß die jugoslavische Partei keine opportunistische Partei ist.

SINOWJEW. Das ist wahr.

MILKITSCH. Ich bin glücklich zu hören, daß der Genosse Sinowjew meine Worte bestätigt. Im Jahre 1905 hat die Jugoslavische Sozialistische Partei einige ihrer Führer, welche für das Zusammenarbeiten der Klassen waren, ausgeschlossen. Sie hat dasselbe im Jahre 1912 gemacht.

Gewiß werden viele sagen: Es war einmal eine mutige Partei, aber sie hat aufgehört es zu sein. Genossen, das ist ein Irrtum.

Heute hat mir Genosse Sinowjew serbische Zeitungen gegeben, und darin habe ich gelesen, daß die Jugoslavische Sozialistische Partei ihren Namen geändert hat und sich von nun an Kommunistische Partei nennt. Und die erste Tat der Parteizentrale war die Veröffentlichung eines schwungvollen Aufrufs zugunsten der ungarischen Kommunisten.

Nachdem ich von allen Dokumenten über ihre Tätigkeit Kenntnis genommen habe, kann ich ohne Uebertreibung sagen, daß die Kommunistische Partei Jugoslaviens allen anderen kommunistischen Parteien als Beispiel dienen kann. Ich habe die feste Zuversicht, daß ihre fernere Taktik gute Ergebnisse zeitigen wird.

Unsere Genossen haben unter den Bauernmassen ein Manifest verbreitet, in dem sie diese auffordern, sich vom Joch der Gutsherren zu befreien. Die Regierung hat diese Gelegenheit benutzt, um die Verfasser des Manifests zu verfolgen.

Ich beendige diese kurzen Erklärungen, indem ich sage, daß die Kommunistische Partei Jugoslaviens eine Partei ist, auf welche die Kommunistische Internationale stolz sein kann. Was Genosse Sinowjew über sie gesagt hat, verdient sie nicht. Er hat es zweifellos gesagt, um die deutschen Unabhängigen zu trösten, die eine von den Parteien sind, die er ebenso wie die Südslaven kritisiert hat.

BOMBACCI. Ich glaube nicht, daß es besonders nützlich sein kann, sich in einen Gegenstand zu vertiefen, der uns nur als theoretische Frage beschäftigt.

Entspricht es den Interessen der Kommunistischen Internationale, diesen oder jenen Punkt anzunehmen? Das ist die Frage. Sie ist schwierig, wenn es sich um Parteien handelt, die eine dreißigjährige Vergangenheit mit reformistischen Gewohnheiten hinter sich haben, welche ihnen nicht gestatten, sich den Geist der revolutionären Epoche anzueignen. Die Italienische Sozialistische Partei trat der Kommunistischen Internationale bei; aber seit dem Kongreß in Bologna, wo ich im Gegensatz zum Genossen Bordiga gegen den Ausschluß der Reformisten und gegen die Aenderung des Parteinamens aufgetreten bin, hat sich dort nichts geändert.

Diese Tatsache beweist leider, daß es in ihr Elemente gibt, die nicht fähig sind, der Kommunistischen Internationale wirklich treu zu sein. Es würde nicht genügen, Turati auszuschließen, denn Modigliani und 50 bis 60 Personen geben die reformistische Richtung an. Man müßte die ganze Partei auseinanderschlagen, ohne bei den alten Häuptern des Reformismus Halt zu machen.

In noch größerem Maße bin ich gegen die Aufnahme der Französischen Sozialistischen Partei und der deutschen Unabhängigen in die Kommunistische Internationale, da sich diese Parteien keine kommunistische revolutionäre Denkart aneignen können.

Ich werde bezüglich dieses Gegenstandes zu den besprochenen Leitsätzen einen Zusatz vorschlagen. Es würde sich darum handeln, unter der Masse der Mitglieder der in Frage kommenden Parteien eine Untersuchung anzustellen und dem Exekutivkomitee das Recht zu geben, verschiedene Parteien und deren einzelne Mitglieder auszuschließen, die offensichtlich nicht in den kommunistischen Organisationen geduldet werden können. Mit diesem großen Vorbehalt wäre ich, streng genommen, für die Aufnahme dieser Parteien, die ich im Prinzip verurteile. Ich halte es auch für jeden Kommunisten für unzulässig, sich der Freimaurerei, dieser rein bürgerlichen Bewegung, anzuschließen. *(Beifall.)*

POLANO. Im Namen der italienischen sozialistischen Jugend ergreife ich heute das Wort, um Euch über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten. Diese Organisation besteht seit dem Jahre 1907. In den allgemeinen Richtlinien stimmt sie vollkommen mit der Italienischen Sozialistischen Partei überein, die sie aber ständig nach links gedrängt hat. Wir haben nicht aufgehört, zu verlangen, daß die Italienische Sozialistische Partei von ihren reformistischen Elementen gesäubert werde, und wir hoffen, daß die Kommunistische Internationale uns helfen wird. Die Internationale muß mit der Italienischen Sozialistischen Partei engere Verbindung suchen, was durch ein klares Verständnis ihrer geschichtlichen Mission geschieht. Ihre wichtigste Aufgabe ist, die Revolution vorzubereiten. Diese Arbeit wird durch den Kampf im Innern der Partei, zwischen den beiden Ideologien, der Sozialdemokratie einerseits und den kommunistischen Elementen andererseits verzögert. Es besteht nicht die geringste Möglichkeit, diese beiden Richtungen zu vereinigen. Wie ist es möglich, daß die marxistischen Elemente der sozialistischen Partei diesen Widerspruch noch nicht bemerkt haben? Wie konnten sie nicht die Wichtigkeit begreifen, konnten nicht Maßnahmen treffen, um aus der Partei alle Elemente zu entfernen, welche sie in der Aktion hindern, wo sie doch die Pflicht hatten, die Massen zu führen?

Die Italienische Sozialistische Partei hat sich en bloc der

Kommunistischen Internationale angeschlossen. Nichtsdestoweniger gibt es in ihrer Mitte noch Menschen wie Modigliani, welche nicht aufgehört haben, die energischste Propaganda gegen die Kommunistische Internationale und die Diktatur des Proletariats zu führen. Modigliani selbst ist es, der unlängst gefordert hat, daß man zwischen der sozialistischen Partei und den kleinbürgerlichen Elementen enge Beziehungen herstellen müsse. Turati, der auch, wie Ihr wißt, der Italienischen Sozialistischen Partei angehört, hat ebenso erst kürzlich erklärt, daß die kommunistische Taktik eine Kinderei und eine Dummheit sei.

Eine wirklich kommunistische Partei kann sich nicht aus solchen gegensätzlichen Elementen zusammensetzen. Die Kommunistische Internationale muß der sozialistischen Jugend bei ihrer Reinigungsarbeit zu Hilfe kommen. Ich erlaube mir, die Aufmerksamkeit des Kongresses auf den Paragraph 7 der Leitsätze zu lenken, wo gesagt wird, daß alle Parteien, welche der Kommunistischen Internationale beitreten wollen, unverzüglich mit den opportunistischen und zentristischen Elementen brechen müssen. Ich bringe dem Kongreß noch den Paragraph 18 in Erinnerung, wo gesagt ist, daß alle Parteien, welche sich der Kommunistischen Internationale anschließen, den Namen „Kommunistische Partei" annehmen müssen. Ich hege die feste Hoffnung, daß die Italienische Sozialistische Partei die erwähnten Leitsätze erwägen und daß sie bald eine wirklich kommunistische Partei darstellen wird. Aber zur Erfüllung dieser Aufgabe muß man uns helfen. Man darf dies nicht vergessen. Die Kommunistische Internationale wird der sozialistischen Jugend und der Italienischen Sozialistischen Partei jedoch in ihrem Werke nicht helfen können, wenn sie solche Gruppen wie die Französische Sozialistische Partei und die U. S. P. D. zuläßt. Denn es ist tatsächlich unmöglich, einerseits die Italienische Sozialistische Partei von ihren opportunistischen Elementen zu reinigen und andererseits solche Elemente neuerlich in die Kommunistische Internationale zuzulassen.

RAKOSI. Die Frage, vor welche die Kommunistische

Internationale gestellt ist, ähnelt in vieler Hinsicht der Frage, vor der wir ungefähr vor 16 Monaten standen, als bei uns die Sozialdemokratie aller Schattierungen, mit Einschluß jener Teile, die ganz gefährlich der U. S. P. ähnlich sahen, ihren völligen Bankerott sah und unter dem Druck der Massen gezwungen war, ihr Programm aufzugeben und sich völlig auf den Boden der Diktatur des Proletariats und der Kommunistischen Internationale zu stellen. Da stellte es sich heraus, daß diese Leute ausschließlich deshalb diesem Druck nachgegeben hatten, um weiter bei der Macht zu bleiben, und nicht, weil sie eingesehen hatten, daß ihre bisherigen Ansichten schlecht waren. Wir haben die traurigsten Erfahrungen mit diesen linken Sozialdemokraten gemacht, und ich möchte die Genossen davor warnen, dieses Beispiel jetzt in viel größerem Maßstabe zu wiederholen. Ich muß deshalb energisch diese Warnung machen, weil ich in den Reden der Genossen Crispien und Dittmann auf jedem Schritt die Charakteristik unserer Sozialdemokratie sehe. Sie haben ohne weiteres die Diktatur des Proletariats anerkannt, haben aber wie Däumig gegen den Terror gesprochen und eine „milde Haltung" der Diktatur verlangt in einer Zeit, wo die Erfahrungen der finnischen, der ukrainischen und anderer Greueltaten der weißen Garden bekannt waren. Wenn jetzt nach drei Jahren Revolution Genosse Dittmann oder Crispien, nachdem sie das Hinmorden von Zehntausenden von Unabhängigen oder Kommunisten mit angesehen haben, noch immer mit der größten Seelenruhe nach Moskau kommen, um gegen den Terror zu sprechen, so bedeutet das, daß diese Leute nicht imstande sind, dieses System zu verstehen. Sie werden auch in ihrer Rätediktatur gegen den Terror sprechen und warten, bis der weiße Terror ihnen das richtige Verständnis für Terror beibringt. Ich sehe aus dem Beispiel der Genossen Crispien und Dittmann, daß ihre Gehirne ebenso eingestellt sind wie die ihrer ungarischen Genossen, und daß sie aus derselben Quelle schöpfen. Unsere Genossen haben sorgfältig die russischen Erfahrungen untersucht, nicht etwa, um die Fehler zu ersparen, sondern um daraus Möglichkeiten zur Recht-

fertigung ihres eigenen Verhaltens zu machen. Die ungarischen Sozialdemokraten haben alle Anstrengungen gemacht, um sich zu rechtfertigen, wo sie schlapp waren. Die rechten Unabhängigen besitzen neben dem völligen Unverständnis der proletarischen Diktatur eine sehr gefährliche Routine, die sie darin bewiesen haben, daß sie die anderen linken Genossen dazu zwingen konnten, eine unerhörte Resolution der U. S. P. gegen das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale als die allgemeine Meinung der U. S. P. hinzustellen.

DITTMANN: Woher haben Sie diese Weisheit?

RAKOSI. Die habe ich von Ihnen und vom Genossen Däumig. Ich weiß ganz gut, wie man solche Gelegenheiten machen kann. Ich habe davor gewarnt, weil ich an dem Beispiel des ungarischen Proletariats sehe, daß Leute, die nach drei Jahren Weltrevolution nicht wissen, was Terror und was Diktatur heißt, auch in den nächsten Jahren nicht klüger werden, und daß sie ebensolche Fehler begehen werden, die dann das deutsche Proletariat wird blutig bezahlen müssen. Als die Diktatur fiel, wurden unsere Sozialdemokraten, obwohl sie gesehen haben müssen, daß sie Unrecht hatten, überhaupt nicht klüger. Ich weiß nicht, ob es dem Genossen Dittmann bekannt ist, daß ein Teil der Mitglieder der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei sich „Unabhängige" nennt und daß einer ihrer Führer der ärgste Feind der Diktatur ist und dem Proletariat den größten Schaden zugefügt hat. Er ist Wiener Korrespondent der „Freiheit" und schreibt spaltenlange Artikel im Geiste Kautskys über die Verhältnisse in Osteuropa. Diese Artikel erregen kein Aufsehen, weil sie sich dem Geiste der „Freiheit" anpassen. Ich möchte sagen, ich bin für den Vorschlag, in welchem die Aufnahme der U. S. P. an eine neue, nicht in die Leitsätze eingebrachte Bedingung geknüpft wird, und ich möchte jede Bedingung unterstützen, die die wahllose Zulassung der U. S. P. und anderer solcher Zentrumsleute in die Kommunistische Internationale beschränkt, weil ich aus Erfahrung weiß, daß diese Leute sich nur in Worten ändern und sich den Anschein geben, als ob sie für die Diktatur kämpfen, in Wahrheit aber das

machen, was sie jetzt in Deutschland tun und was sie während der Diktatur in Ungarn getan haben.

SERRATI. Ich finde in den russischen Abendzeitungen eine Erklärung, welche der Delegierte Dugoni, Mitglied der italienischen Delegation, über seinen Besuch in Rußland gemacht hat.

Ich muß zugeben, daß ich nicht weiß, ob diese Erklärungen Dugonis authentisch sind, aber ich erkläre auf jeden Fall, daß kein Mitglied der italienischen Delegation den Delegierten Dugoni ermächtigt hat, diese Erklärungen zu geben. Wir haben dem „Avanti" Funksprüche und Informationen über unseren Aufenthalt in Rußland gesandt. Wir haben darin unsere Ansichten sehr bestimmt ausgedrückt. Alle anderen Erklärungen, die man uns zuschreiben will, sind durchaus falsch. Heute morgen habe ich einiges über diesen Gegenstand gehört, und ich habe Genossen d'Aragona, der heute nach Italien abgereist ist, beauftragt, bei der Parteileitung anzufragen, ob die in der italienischen Presse veröffentlichten Erklärungen, welche man Dugoni zuschreibt, tatsächlich von ihm stammen.

Für den Fall, daß die Antwort bejahend lautet, werde ich verlangen, daß er sofort aus der Partei ausgeschlossen wird.

MEYER. Genossinnen und Genossen! Wenn wir uns hier mit der Frage der Aufnahme der U. S. P. in die Kommunistische Internationale beschäftigen, so hat diese Beschäftigung von neuem gezeigt, daß es äußerst schwierig ist, sich ein klares Bild von dem Gesamtcharakter der U. S. P. zu machen. Auf alle Einwendungen, auf jede Kritik an der U. S. P. wird von ihren Vertretern verwiesen auf andere Redewendungen, andere Erklärungen anderer Mitglieder, und im ganzen ergibt sich das Bild, daß die U. S. P. nichts Einheitliches oder Klares ist, sondern in allen ihren Gliedern eine nicht fest umrissene Haltung zeigt. Typisch für diesen Charakter der U. S. P., der sich ja schon seit ihrer Gründung zeigte, ist ihr Verhalten gegenüber der Kommunistischen Internationale. Der Parteitag in Leipzig hat zwar den Anschluß an die Kommunistische Internationale beschlossen. Wenn man aber diesen Beschluß genau

prüft, so zeigt sich, daß es eigentlich kein Beschluß zum Beitritt ist, sondern die Resolution verlangt zunächst Verhandlungen mit sogenannten sozialrevolutionären Parteien, um mit ihnen zu einer Einigung zu gelangen, und falls diese Verhandlungen scheitern sollten, dann soll mit Moskau in Verbindung getreten werden. In der Deklaration, die Genosse Crispien in Leipzig hierzu gegeben hat, hat er ausdrücklich festgestellt, daß der Beschluß nicht den glatten Anschluß an Moskau bedeutet, sondern zunächst Verhandlungen. Dieser Beschluß ist unklar, und wenn wir nach seiner Ausführung fragen, dann tasten wir erst recht im Dunkeln. Was haben die Unabhängigen seit dem Leipziger Parteitag zur Ausführung des Beschlusses getan? Weshalb haben sie ihre Vertreter hierher geschickt? Aus dem Verhalten der hier anwesenden Vertretung wird nicht klar, was sie wollen. Eine Mitteilung oder einen Antrag, daß sich die U. S. P. jetzt der Kommunistischen Internationale anschließen will, hat die Vertretung nicht mitgebracht. Als wir sie in der Kommission darüber befragten, ob sie über ihren Eintritt mit der Kommunistischen Internationale verhandeln will — eine gleiche Frage ist in der Exekutive gestellt worden —, haben wir keine klare Antwort bekommen, sondern folgende Erklärung: Diese Verhandlungen bedeuten nicht, daß wir für unseren Anschluß an die Kommunistische Internationale besondere Bedingungen stellen, sondern unsere Verhandlungen haben nur den Zweck, den Wust und Wall von Mißverständnissen wegzuräumen, der offenbar in Moskau und in der Kommunistischen Internationale uns gegenüber besteht. Diese angeblichen Mißverständnisse brauchen aber niemand abzuhalten, zu erklären, ob er mit der Kommunistischen Internationale einverstanden ist oder nicht. Das neue Antwortschreiben der Zentrale der U. S. P. gibt ebenfalls keine Klarheit darüber, wie sich die Zentrale der U. S. P. zu Moskau stellt. Es werden dort gewisse Sätze aus dem Antwortschreiben der Exekutive zu widerlegen versucht, aber es wird nichts darüber gesagt, was man will, in welcher Form und unter welchen Bedingungen man den Anschluß an die Kommunistische Internationale zu vollziehen gedenkt und wes-

halb dieser Anschluß bisher nicht vollzogen worden ist. Darauf geben aber Antwort die Auseinandersetzungen, die innerhalb der U. S. P. zwischen dem linken und rechten Flügel geführt worden sind. Es ist ganz klar, daß es Elementen wie Kautsky, Hilferding, Ströbel, die noch heute innerhalb der U. S. P. nach der II. Internationale schielen, viel lieber wäre, nach Basel oder Genf zu gehen statt nach Moskau, und nur weil die Massen den Weg nach Luzern verbaut haben, deshalb tastet man sich langsam nach Moskau, um dem Wunsch der Massen nach Anschluß an die Kommunistische Internationale zu entsprechen; denn daß die breiten Massen der U. S. P. den direkten Anschluß an Moskau wollen, darüber besteht kein Zweifel. Als das Antwortschreiben von Moskau an die U. S. P. von der K. P. D. publiziert und in öffentlichen Versammlungen besprochen wurde, da wurde fast überall von den Mitgliedern der U. S. P. gesagt: Es ist unrichtig, daß unsere Zentrale sich auf den Weg der bloßen Verhandlungen begeben und dieses Schreiben nicht veröffentlicht hat.

Ein großer Teil der Führer der U. S. P. schielt noch nach der II. Internationale, und deshalb will man nicht geradeswegs zur Kommunistischen Internationale kommen. Dieser Teil hat Furcht gehabt und hat sie noch, sich mit Rußland und der Kommunistischen Internationale zu solidarisieren. In dem Antwortschreiben der Zentrale an die Moskauer Exekutive werden allerlei Ausstellungen an dem Verhalten Moskaus gemacht, nicht nur an dem Antwortschreiben, sondern auch an der Politik, die hier betrieben worden ist. Man wirft der Exekutive vor, daß sie versuche, rein schematisch Moskauer Methoden auf andere Verhältnisse zu übertragen. Das bedeutet nichts anderes, als daß man es ablehnt, sich mit Rußland zu solidarisieren, daß man — wenn auch zage — eine Kritik übt an dem Verhalten der Kommunisten und daß man es ablehnt, die sogenannten rein russischen Methoden auf Deutschland zu übertragen, also, daß man im allgemeinen eine rein kommunistische Taktik ablehnt und daß man versucht, einen opportunistischen Weg zu betreten, der im Grunde die Verneinung des Kommunismus bedeutet. Das, was die Unabhängigen am meisten abhält, nach

Moskau zu gehen, ist das klar ausgesprochene und von der gesamten Internationale gestellte Verlangen auf Ausschluß der reformistischen Elemente aus der U. S. P. Diese Spaltung innerhalb der U. S. P., die notwendig ist, will man nicht. Die U. S. P. hat durch ihre Zentrale Moskau geantwortet, daß man sich diese Spaltung nicht vorschreiben lasse, daß man ihre Forderung als einen Eingriff in die Verhältnisse der deutschen Partei betrachte und daß man die Einigkeit der Partei höher schätze als eine rein kommunistische Taktik. Das ist in dem Antwortschreiben ziemlich klar ausgedrückt.

So ergibt sich, daß wir in der U. S. P. einen rechten und einen linken Flügel haben: einen rechten, der noch auf dem Boden der bürgerlichen Diktatur steht und der Diktatur des Proletariats nur gewisse Wortkonzessionen gemacht hat, und einen linken Flügel, der zwar auf dem Boden der Diktatur des Proletariats steht, der aber fortgesetzt praktische Konzessionen an die Rechte, an die bürgerliche Demokratie macht. Auf dem Leipziger Parteitag haben selbst Vertreter des linken Flügels sich ganz klar darüber ausgesprochen, daß man es ablehne, die Diktatur des Proletariats mit allen Konsequenzen durchzuführen. Dies geht auch aus den Stellen des Schreibens hervor, wo über den Gebrauch des Terrors gehandelt wird. Auch hier ist wiederum jener Gegensatz zwischen Gewalt und Terror hervorgehoben worden, ein Gegensatz, der in Wirklichkeit gar nicht besteht und nur künstlich aufgestellt wird, um das Fernhalten von der russischen Partei und der Kommunistischen Internationale verschleiert aussprechen zu können, um sich nicht mit der Revolution und der Kommunistischen Internationale solidarisch zu erklären. Wenn Genosse Radek in seiner Diskussionsrede heute ausführte, er habe die Hoffnung, daß die Linke sich endlich zu einer klaren Politik und zur Ablehnung der Ideologie der bürgerlichen Demokratie entschließen würde, so gestehe ich, daß ich diese Hoffnung nicht teile. Die Linke hat sich praktisch der Politik der Rechten gefügt. Wir haben das Beispiel dafür hier auf dem Kongreß selbst; denn die Sprecher waren nicht die Vertreter der Linken, sondern der

Rechten — die Genossen Dittmann und Crispien. Wir hörten wohl, daß häufig scharfe Auseinandersetzungen stattgefunden haben zwischen der Linken und der Rechten, aber an die Oeffentlichkeit kommt nichts: die Linke verzichtet auf die offene Auseinandersetzung vor den breiten Massen. Auch hier auf dem Kongreß haben die Vertreter der Linken erklärt, daß sie eine Spaltung der Partei nicht wollen, und dasselbe ist in dem von Däumig und Stoecker unterzeichneten Antwortschreiben ausgesprochen worden.

Wenn wir auch hier das vertreten, was wir in Deutschland vertreten haben, nämlich, daß die U. S. P., um kommunistisch zu sein, eine Abspaltung der opportunistischen Elemente vornehmen muß, so tun wir das nicht aus Parteiinteresse. Die Kritik, die innerhalb unserer Partei geübt wird, zeigt, daß wir uns nicht scheuen, das, was bei uns fehlerhaft war, selbst auszusprechen, es zu korrigieren. Wenn wir an einer anderen Partei eine solche Kritik üben, so geschieht das nicht, um die Partei als solche zu vernichten, sondern um die revolutionäre Bewegung zu fördern und die gesamte Arbeitermasse auf den richtigen Weg zu weisen. Die Linke, die es versäumt hat, das Antwortschreiben der Moskauer Exekutive an die Arbeiter zu veröffentlichen, hat das Antwortschreiben an Moskau selbst unterschrieben und vor der Oeffentlichkeit gedeckt. Aus diesem Schreiben spricht ein gewisser Hochmut, der sich auf den Wahlerfolg, auf die große Stimmenziffer stützt und vielleicht auch auf einer gewissen Angst vor einer radikalen Aenderung innerhalb der Partei beruht, wenn von Moskau aus direkt mit den Massen der Unabhängigen gesprochen wird..

Das ist typisch: die U. S. P. geht nicht der Revolution voran, sie läuft den Massen nach. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben 1918 verlangt, daß man mit den Scheidemännern zusammengehe. Die U. S. P. gehorchte und folgte diesem unreifen Teile der Massen. Wenn weiter in den Kreisen von Moskau die Verkoppelung von Räten und Parlament kritisiert wird, hat auch da die U. S. P. die Entschuldigung: in jener Situation bestand die Gefahr, daß die Räte überhaupt beseitigt würden, und daher war ein solches Kompromiß notwendig.

Im Rahmen einer kurzen Rede ist es nicht möglich, auf alle Fragen einzugehen. Aber es genügt, auf einige Einzelheiten hinzuweisen, um daraus den Schluß zu ziehen, daß wir mit der Aufnahme dieser Partei vorsichtig sein müssen. Voraussetzung für die Aufnahme ist, daß die U. S. P. eine rein kommunistische Praxis betreibt und sich nicht scheut, die Reformisten und Opportunisten auszuschließen. Wir von der K. P. D. haben nicht das Vertrauen, daß diese Praxis auf dem Wege der Verhandlungen erzielt werden wird, sondern wir sind der Auffassung, daß die Massen der U. S. P. den Weg nach Moskau von selbst finden werden, und daß wir von hier aus direkt mit den Massen in Verbindung zu treten haben, etwa in der Weise, wie das im ersten Schreiben der Exekutive geschehen ist. Wir glauben auch nicht, daß die Verhandlungen hier zu einem besonderen Ergebnis führen werden, sondern wir wünschen, daß die Exekutive sich direkt an die Massen der Unabhängigen wendet und ihnen sagt, wie man die U. S. P. beurteilt und daß man nicht von den Instanzen der U. S. P., sondern von den Arbeitern der U. S. P. erwartet, daß sie das durchsetzen, was sie wünschen, nämlich das Zusammengehen mit den Kommunisten in der ganzen Welt, mit den russischen Kommunisten, mit Sowjetrußland.

WIJNKOOP. Viele Bemerkungen sind schon gemacht worden, die ich auch machen wollte. Ich muß sagen: falls wir jetzt stimmen müßten, so würde der Vorschlag der Exekutive gründlich abgelehnt werden. Wir haben hier Leute gehört, die alle gute Argumente gegen diesen Vorschlag der Exekutive vorgebracht haben. Wenigstens ihre Argumente sprachen dagegen; vielleicht ziehen sie selbst nicht die Konsequenzen daraus, das weiß ich natürlich nicht. Nun sagt man uns wohl: wenn ich und andere gegen diesen Vorschlag der Exekutive sind, dann deshalb, weil wir nur mit der Vergangenheit rechnen und nicht mit den Massen. Ich stimme aber in dieser Sache dem zu, was Genosse Radek gesagt hat. Er sagte: es ist eine Tatsache, daß die Massen der U. S. P. zur Revolution gehen, daß sie mehr und mehr revolutionär werden. Dem stimme ich zu. Genosse

Meyer hat sehr gut auseinandergesetzt, daß es nicht so ist, daß die linken Führer der U. S. P. der Revolution vorangehen oder die Bewegung revolutionieren, sondern daß sie den Massen nachlaufen. Nun ist die Frage: Wie setzt man die Arbeit der Revolutionierung der Massen fort? Und da meine ich, daß der Weg, den die Exekutive geht, falsch ist. Auf diesem Wege setzt man die Arbeit der Revolutionierung der hinter der U. S. P. stehenden Massen in Deutschland und der Massen in anderen Ländern nicht fort, sondern man schraubt hierdurch die Arbeit wieder zurück. Das ist meine Meinung. Man soll mir nicht sagen: Sie rechnen nicht mit den Massen, die real hinter dieser Partei stehen. Ich rechne mit ihnen, ich sage aber, falls die Exekutive der Kommunistischen Internationale diesen betrügerischen Führern der deutschen Unabhängigen und der französischen Sozialisten einen neuen Rückhalt gibt, dann bewirkt man, daß diese Massen wieder enttäuscht werden über das, was die große Revolution und die Kommunistische Internationale sie schon gelehrt haben. Darauf basiert unsere Opposition.

Andere Genossen haben schon darüber gesprochen, daß die Führer in all diesen Ländern bremsen, immer bremsen. Nur wenn man diese Herren in jeder Situation rücksichtslos bekämpft, wird man sie niederschlagen; dann werden die Massen für den revolutionären Kampf frei werden. Falls man ihnen aber entgegenkommt, in welcher Weise das auch sein mag, dann wird das ihre eigene falsche Auffassung stärken, dann kehren sie zurück und führen ihre Arbeit weiter, mit mehr Courage als vorher. Genosse Bombacci hat seine Erfahrungen aus Italien mitgeteilt. Er bereut seine frühere Schwachheit in dieser Sache. Er wußte wohl, daß er damals zu milde war, jetzt aber fühlt er, daß er damals verkehrt gehandelt hat, denn die Partei in Italien ist durch seine Nachgiebigkeit nicht revolutionärer geworden, sondern weniger revolutionär, und er fühlt, daß er jetzt doch den Weg gehen muß, den er damals nicht gehen wollte. Er hat richtig geurteilt, und wir in der Internationale sollen davon lernen.

Die Schweizer Genossen haben diese Erfahrung bestätigt. Was ist einem Opportunisten ein Stück Papier? Er unterschreibt es, wenn es nötig ist, und tut doch, was er will. Er ist immer doppelseitig und doppelzüngig. So machen es die Herren in der Schweiz, die Troelstra in Holland, die Cachin, die Crispien und wie sie alle heißen. Um ihren Einfluß auf die Massen zu erhalten, unterschreiben sie alles, und nachher handeln sie, wie sie es für gut befinden. Natürlich weiß ich, daß die Exekutive sich sagt: Wir haben als Exekutive eine andere Macht über sie als die linken Führer des eigenen Landes; wenn sie erst unterschrieben haben, dann werden wir sie schon zwingen, zu halten, was sie unterschrieben haben. Das ist ein Irrtum. Ich bin ganz mit der Exekutive der Kommunistischen Internationale einverstanden, daß eine größere Disziplin durchgeführt werden muß, daß die Exekutive mehr Einfluß haben muß, daß das kommen wird und kommen muß. Aber ich bin der Meinung, daß die Exekutive heute diesen Einfluß noch nicht hat und daß sie schon durch ihr Entgegenkommen diesen Herren zeigt, daß sie nicht imstande ist, sie wirklich zu zwingen, den Weg zu gehen, den sie als Revolutionäre gehen müßten. Ich muß sagen: falls man die Resultate betrachtet, die bis jetzt erzielt worden sind, dann muß man einsehen, wie verfehlt diese Taktik ist.

Man hat heute früh an den Franzosen scharfe Kritik geübt, an den Herren Unabhängigen weniger scharfe, obgleich sie ärger sind. Es ist natürlich kein großer Unterschied zwischen ihnen, aber die einen bekamen eine milde Kritik und die Cachin eine weit schärfere. Das kommt durch die Haltung der Exekutive, die gemacht hat, daß die Kritik der K. A. P. D. gegen die K. P. D. hier nicht gehört werden konnte. Wir sollten sie hier hören; wir haben sie aber nicht gehört. Es ist von der U. S. P. gesprochen worden; man sollte aber auch freundschaftliche Kritik an den kommunistischen Parteien üben. Das ist der beste Weg, die Massen zu lehren, was sie mit den opportunistischen Führern zu tun haben, nämlich sie fortjagen. Indem man hier die Kritik auf die U. S. P. konzentriert hat, auf eine

reformistische Partei, geht man darum hin, die auch nicht freundschaftliche, aber gute Kritik der K. A. P. D. an der K. P. D. anzuhören. Ist die K. P. D. immer den Massen vorangegangen? Das ist eine Frage, die hier gestellt und beantwortet werden muß. Jetzt aber, in Anwesenheit der U. S. P., geht es nicht gut. Wir sind nicht untereinander, wir sind hier zusammen mit den Herren Regierungssozialisten, aber wir sollten untereinander sein und uns die Wahrheit sagen. Das ist durch das Auftreten der Exekutive verhindert worden.

Genosse Serrati hat heute morgen eine sehr gute Antwort gegeben auf die Frage, warum Turati in der italienischen Partei blieb: weil er auf diese Weise Propaganda für sich machen kann. Und fragt man, warum diese Opportunisten jetzt hergekommen sind und sich von uns Fragen stellen lassen, so hat Genosse Meyer ja bereits betont, daß wir von ihnen eine klare Antwort nicht bekommen. Sie sind hier noch unverschämter als selbst in Deutschland. Das ist eben der Grund, warum diese Herren hier mit der Kommunistischen Internationale in Verhandlungen treten, weil sie in der großen kommunistischen Partei, die in Deutschland wachsen wird und muß, Propaganda für sich machen wollen. Wie Genosse Meyer sehr gut gesagt hat: über die Köpfe dieser Führer hinweg muß man zu den Massen gehen, zu denen die Herren Reformisten gehen wollen, um bei ihnen ihre für die Revolution so schädliche Propaganda zu machen. Das können sie nicht offen sagen, aber es ist die Wahrheit; würden sie es offen sagen, dann würden wir ihnen antworten: wir danken schön, gehen Sie zurück. Sie müssen daher diplomatisch sprechen.

Genosse Sinowjew hat heute morgen noch etwas gesagt, was sehr richtig ist: er hat die ganze Maschinerie dieser Unabhängigen als eine philiströse Maschinerie bezeichnet. Gerade diese philiströse Maschine wollen wir hier übernehmen. Das geht nicht an. Wir müssen auf der Grundlage stehen, die Genosse Radek gegeben hat; wir sollen zu den Massen gehen. Dann dürfen wir aber die Sache nicht auf diesem Wege mit den Führern ausmachen. Ich weise darauf hin, daß man hier

diesen Herren von der U. S. P. und auch Cachin und Frossard eine Sonderstellung gegeben hat. Das ist verkehrt und eine Sache, die sich rächen wird. Ueberhaupt sind hier jetzt zwei Fragen durcheinander gekommen. Man hat hier die Frage im allgemeinen behandelt, wie die Bedingungen für den Beitritt zur Kommunistischen Internationale sein müssen. Das soll in den Leitsätzen stehen, und im allgemeinen glaube ich, daß in den Leitsätzen sehr viel Gutes steht. Es kann natürlich sein, daß durch den einen oder den anderen Antrag noch etwas abgeändert wird. Und es ist eine weitere Frage, wie wir wünschen, daß die Parteien, die schon zur Kommunistischen Internationale gehören, sein sollen. Darüber erwartet man von uns Kommunisten Beschlüsse, und an diesen haben diese Herren nichts mitzuschaffen. Doch diese Herren nehmen teil an der Kommission für die Redaktion dieser Leitsätze!

Die andere Frage, die hier in der Hauptsache beraten werden soll, ist, ob wir auf diesem Wege mit diesen Herren fortfahren zu verhandeln, ja oder nein. Diese Fragen sind durcheinandergekommen. Ich habe schon gesagt, daß die Exekutive diesen Herren eine Sonderstellung gegeben hat. Ich habe schon in der Kommission dagegen protestiert, es hat mir nichts geholfen. Diese Herren sind unter uns Kommunisten, sie sind hier. Ich habe nichts gegen Personen, ich habe aber etwas gegen betrügerische Führer, weil die Geschichte uns gezeigt hat, daß diese Leute ihre alten Schwächen nicht verlieren können. Nur von den Massen können sie zu einem Frontwechsel gezwungen werden; aber das wird auf eine ganz andere Weise erreicht, als man es hier versucht.

Zum Schluß: Nicht nur auf Deutschland und auf Frankreich, sondern auf die ganze Welt wird diese Art des Auftretens der Kommunistischen Internationale schlecht wirken. Es wird einen sehr schlechten Eindruck machen auf England und Amerika. Auch deshalb wird es einen sehr schlechten Eindruck machen, weil man fühlt, daß die Kommunistische Internationale sich hier mit den unabhängigen Führern nach rechts orientiert. Es gibt keinen Unterschied zwischen Hilferding und Crispien, und man

ist hier wohl gegen Hilferding aufgetreten, aber nicht gegen Crispien. Wie können in allen diesen Ländern die Massen revolutioniert werden? Nur, indem man den betrügerischen Parlamentariern nicht die Hand reicht, und das tut man hier mit den Unabhängigen und auch mit Cachin. Wenn Cachin nach Frankreich zurückreist, so sehen die Massen, die gerade gelernt haben, daß man den Parlamentarismus anders machen muß, als es die Herren Sozialdemokraten bisher getan haben, daß diese neue Internationale wieder Kompromisse abschließt mit den alten Führern. Der alte betrügerische Parlamentarismus wird auf diese Weise wieder stärker werden, und die Massen werden das fühlen und sich von uns abwenden. Man muß nicht nur nach der Zahl der Massen gehen, die nominell hinter einer Partei stehen, in Wirklichkeit aber schon durch die Erfahrungen der Kommunistischen Internationale zu uns gekommen sind. Deshalb hoffe ich, daß man die Unterhandlungen mit den Führern dieser parlamentarischen Parteien abbricht, daß der Kongreß die bisherige Taktik der Exekutive nicht gutheißen wird, und daß man alle Mittel, die man erst im Sinne hatte, anwenden und zu den Massen in Frankreich und Deutschland direkt reden wird. Auf diese Weise wird übrigens eines der nächsten Ziele, die Absplitterung der revolutionären Teile der alten Parteien, viel rascher eintreten.

MÜNZENBERG. Genossen, ich verstehe den Genossen Wijnkoop nicht, wie er es hier als einen Vorwurf gegen die Exekutive erheben kann, daß die K.A.P.D. nicht vertreten ist. Wenn sie nicht vertreten ist, so ist das lediglich die Schuld ihrer Delegierten. Man hatte beschlossen, sie mit beratender Stimme zum Kongreß zuzulassen und ihnen selbst ein Korreferat zu allen strittigen Punkten in Aussicht gestellt. Sie haben davon keinen Gebrauch gemacht, sie sind nicht zum Kongreß erschienen, sie haben das Kampffeld vor der Schlacht geräumt. Ich weiß nicht, wie die Mitglieder der K. A. P. D. darüber denken; aber der weitaus größere Prozentsatz der deutschen Arbeiter wird einig sein in der strengen Verurteilung dieses Vorgehens, und die beiden Genossen, die auf diese unverantwortliche Weise handelten,

sind nach meinem Empfinden in der revolutionären Bewegung Deutschlands unmöglich.

Nun zu der Frage über die Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale. Das letzte Jahr und seine politischen Ereignisse haben glänzend bewiesen, daß das Programm und die taktischen Richtlinien des ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale in Moskau richtig waren, jene Taktik, von der es im Manifest heißt: „Wenn die I. Internationale die künftige Entwicklung vorausgesehen hat und ihre Wege suchte, wenn die II. Internationale das Proletariat gesammelt und organisiert hat, so ist die Kommunistische Internationale die Internationale der offenen Massenaktionen, die Internationale der revolutionären Verwirklichung, der Tat."

Genossen! Diese Methode der revolutionären Propaganda, diese Taktik, unmittelbar an die Arbeitermassen selbst zu appellieren, ohne Rücksicht auf Parteiinstanzen oder Institutionen, schonungslos alle Irrungen der Arbeiterbewegung zu kritisieren, hat mächtig dazu beigetragen, die subjektiven Kräfte der proletarischen Revolution in Westeuropa zu erwecken und zu entwickeln. Der Erfolg der Kommunistischen Internationale im letzten Jahr liegt meiner Meinung nach nicht so sehr im heutigen Kongreß als in der Tatsache, daß trotz der kümmerlichen Organisationen der kommunistischen Parteien im letzten Jahr und trotz der strengen Abgrenzung nach rechts — die Linie war nicht wie heute Turati, Kautsky, Longuet, Grimm, sondern Däumig, Nobs — im verflossenen Jahr Hunderttausende von Arbeitern in Deutschland, in Ungarn und in anderen Staaten für das Programm und die Ziele der Kommunistischen Internationale mit der Waffe in der Hand gekämpft und geblutet haben. Das ist der große praktische Erfolg der revolutionären Propaganda, und er ist für die proletarische Revolution weit wertvoller als tausend neuausgestellte Parteimitgliedsbücher. Der Einfluß der Kommunistischen Internationale auf die deutschen Arbeiter war so stark, daß sie selbst dann, wenn sie von der U. S. P. auf die Straße gerufen wurden, nicht für den ideologischen Inhalt dieser Partei, sondern für die Kommunistische Internationale demonstrierten. Stets schallten die Rufe: Es lebe

Sowjetrußland, es lebe die Kommunistische Internationale, es lebe die proletarische Revolution!

Das Gleiche kommt auch zum Ausdruck in der Haltung der Arbeiter in England, Frankreich und Amerika. Wenn es auch bisher noch nicht gelang, die Massen so weit zu bringen, daß sie, zu den letzten revolutionären Kämpfen übergehend, die Bourgeoisie in diesen Ländern stürzen, so wurden sie doch durch die revolutionäre Propaganda moralisch so gehoben, daß sie eine militärische Invasion ihrer Regierungen gegen Sowjetrußland unter allen Umständen verhindern werden. Davon zeugen auch die in diesen Tagen gefaßten Beschlüsse der verschiedensten Organisationen, die die Verweigerung der Herstellung und des Transports von Munition nach Polen anstreben. Das ist freilich nicht alles, was wir von den Genossen dort fordern müssen; aber es ist der Anfang der praktischen internationalen Solidarität. Und gerade deshalb ist es wichtig, weil sich die nächste Epoche der proletarischen Weltrevolution durch eine Reihe revolutionärer Kriege kennzeichnen wird. Der polnische Krieg ist nur ein Glied in der Kette der sich entwickelnden kriegerischen Ueberfälle der Entente und ihrer Hilfsvölker auf Sowjetrußland.

Genossen, wenn wir das letzte Jahr der Entwicklung des Kommunismus überschauen, so haben wir keine Ursache, die Taktik zu ändern und vielleicht um der Gewinnung von Parteigruppen willen die Gewinnung großer Massen für lebendige revolutionäre Aktionen in Frage zu stellen.

Man hat in einer Sitzung der Exekutive gesagt, daß die Gründung der Kommunistischen Internationale verfrüht gewesen sei. Diese Auffassung teile ich nicht, aber ich glaube, daß man ihren Kreis zu früh erweitert hat. Genosse Sinowjew hat bereits in seinem Referat auf die verschiedenen opportunistischen Erscheinungen in der italienischen Partei, in der schwedischen, norwegischen, dänischen und jugoslawischen Partei hingewiesen. Man hat vom Feinde im eigenen Hause gesprochen.

Dazu kommt, daß in England, Amerika und Frankreich noch keine festen, starken und disziplinierten kommunistischen Parteien bestehen. Jetzt hat sich die Sozialistische Partei Spa-

niens für den Anschluß an die Kommunistische Internationale erklärt; ebenso versucht die Schweizerische Partei sich in die Kommunistische Internationale einzuschmuggeln. Kommt noch dazu die Französische Sozialistische Partei und die U. S. P. D. in ihrer heutigen Zusammensetzung, dann kann ich mich nicht des Gefühls erwehren, daß für die Kommunistische Internationale eine große Gefahr besteht, die Gefahr der Versandung und der Schwächung der revolutionären Propaganda und Aktion. *(Lenin: Wer will die U. S. P. aufnehmen?)* Das zeigen die Verhandlungen in der Exekutive. Die Tatsache, daß Genossen, die noch vor einigen Wochen oder gar noch vor Tagen gegen die Kommunistische Internationale mit allen Mitteln kämpften, sich heute bereit erklären, die ihnen gestellten Bedingungen glatt zu unterschreiben, ist sicher ein Beweis, daß die Bedingungen nicht streng und scharf genug formuliert sind. Es kann sich in dem gegenwärtigen Zeitpunkt des revolutionären Kampfes nicht nur darum handeln, für den Kommunismus Propaganda zu machen und kommunistische Parteien zu gründen, sondern darum, unmittelbar revolutionäre Massenaktionen einzuleiten, dadurch zu einer raschen Politisierung der Massen, zu ihrer revolutionären Schulung, zur Entwicklung aller subjektiven revolutionären Kräfte beizutragen und gleichzeitig die Schwierigkeiten für den sterbenden Imperialismus zu häufen, die Konflikte zu verschärfen und so für eine raschere Durchführung der proletarischen Revolution zu wirken. Das ist es, was von den Parteien und Organisationen, die Mitglieder der Kommunistischen Internationale werden wollen, vor allem gefordert werden muß. Wie wichtig die Befolgung der Methode der revolutionären Massenaktionen ist, geht auch klar aus dem Bericht des Exekutivkomitees hervor. Es war das Exekutivkomitee, das in einem seiner Manifeste feststellte, daß lediglich durch den Zusammenbruch der geplanten internationalen Massenaktionen vom 21. Juli 1919 wiederum Tausende von Petersburger Arbeitern verbluten mußten. Aehnlich scheiterten die geplanten internationalen Aktionen vom 7. November 1919 und am Todestag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Es ist also unbe-

dingt notwendig, daß gerade in dieser Beziehung allen Parteien strenge Bedingungen gestellt werden.

Gänzlich ungenügend sind ebenfalls die Forderungen, die man betreffs der militärischen Vorbereitung gestellt hat. Es genügt nicht, in den bürgerlichen Heeren kommunistische Propaganda zu treiben und Agitationszellen zu bilden, sondern der heutige Stand des Bürgerkrieges erfordert gebieterisch, daß überall, in allen Ländern, dazu übergegangen wird, militär-organisatorische und militär-technische Vorbereitungen für die letzten Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie zu treffen. Ich überreiche dem Präsidium zwei entsprechende Abänderungsanträge.

LOSOWSKI. Die Frage der Annahme der zentristischen sozialistischen Parteien ist eine der ernstesten Fragen, die dem Kongreß gestellt werden. Wenn wir die Französische Sozialistische Partei als Typus der Parteien annehmen, die sich gegenwärtig zum Kommunismus hin entwickeln, so sehen wir, daß diese Partei eine sehr eigenartige Zusammenballung verschiedener Richtungen ist.

Als sich die Genossen Cachin und Frossard dem Exekutivkomitee vorstellten, wurden ihnen eine Reihe von Fragen gestellt. Besonders hat man sie gefragt, was sie mit Albert Thomas machen würden, der gegenwärtig Leiter im Arbeitsamt des Völkerbundes ist, und ob sie es nicht für unmöglich hielten, der Kommunistischen Internationale Sozialisten dieser Art zuzuführen. Genosse Frossard hat offiziell geantwortet, daß der Fall Albert Thomas auf dem nächsten Parteitag der Französischen Sozialistischen Partei geregelt werden würde.

Die Französische Sozialistische Partei umfaßt zentristische Elemente wie Cachin und Frossard, neben erbitterten Feinden des Sozialismus, Mitgliedern des Völkerbundes, kurz, Menschen, die im Laufe der letzten Jahre jede Arbeiterbewegung, ob revolutionär oder ob gewerkschaftlich, bekämpft haben.

Die Französische Sozialistische Partei leidet an einer Krankheit, die nicht nur Opportunismus ist, sondern die man die „Einigkeit um jeden Preis", mit wem es auch sei, nennen kann.

Als man im Exekutivkomitee an Cachin und Frossard die Frage der nationalen Verteidigung stellte, haben sie sich wohl gehütet, sich für die Zukunft festzulegen. Sie haben nur in zweideutigen Worten geantwortet. Diese Frage ist jedoch wesentlich, sie ist der Stützpfeiler, der Sinn jeder kommunistischen Bewegung, die Grundlage der Kommunistischen Internationale. Es ist augenscheinlich, daß sie selbst nach der Reinigung *(Goldenberg: Sie werden sie nicht durchführen),* die man auf dem nächsten Kongreß durchführen wird, nicht in die Kommunistische Internationale eintreten werden. Aber den französischen Arbeitern fällt die Pflicht ob, allein zur Kommunistischen Internationale zu kommen und die Führer, die sich nicht zu den notwendigen Handlungen entschließen können, an der Tür zurückzulassen.

Noch auf einen anderen wesentlichen Punkt möchte ich Eure Aufmerksamkeit lenken. Wenn Ihr die „Humanité" lest, so werdet Ihr sehen, wie man gekämpft hat (wie Cachin sagt) gegen den Frieden von Versailles. Es ist ein allzu seltsamer Kampf und erinnert allzu sehr an ein Kinderspiel. Es ist wahr, daß die sozialistischen Deputierten gegen den Vertrag von Versailles gestimmt haben. Aber man muß wissen, wie. Sie haben sich darauf beschränkt, gegen gewisse Artikel des Vertrages zu protestieren und nicht gegen den Frieden von Versailles in seiner Gesamtheit.

Noch eine Tatsache müssen wir feststellen. Cachin hat uns hier heute morgen eine neue Erklärung verlesen, die derjenigen gar nicht mehr ähnlich ist, die er vor einigen Tagen machte. Da er weiß, daß diese Erklärung in Frankreich veröffentlicht werden wird, hat er viel unklarere Worte gewählt als in der, welche er uns vor acht Tagen kundtat, als er noch nicht vor der Abreise nach Frankreich stand.

Diese Erklärung, die alle mißlichen Fragen umgeht, beweist offensichtlich, daß die Französische Sozialistische Partei in ihrer Mehrheit, sowohl vom Gesichtspunkt der Ideen, als auch vom Gesichtspunkt der Aktionen aus unfähig ist, innerhalb der Kommunistischen Internationale zu arbeiten. In seiner Erklärung

sagt Cachin kein Wort von der zukünftigen Taktik der Partei. Er hat die Frage des Klassenkampfes und die der Niederwerfung des Kapitalismus mit Stillschweigen übergangen, eine Kleinigkeit, das versteht sich.

Unter den sozialistischen Parteien, die sich der Kommunistischen Internationale angeschlossen haben, hat man von dieser Tribüne viel von der Italienischen Sozialistischen Partei gesprochen. Ich muß betonen, daß man in dieser Partei den Bolschewismus und den Menschewismus in Nachbarschaft findet.

Wenn wir jedoch unsere italienischen Genossen fragen, ob man Bolschewismus und Menschewismus vereinigen kann, so werden sie sicherlich eine verneinende Antwort geben. Sie werden vielleicht hinzufügen, daß Italien sich noch nicht in seiner revolutionären Periode befindet. Aber in Rußland war es nicht die Revolution, die uns von den Menschewiki getrennt hat, die Kluft zwischen ihnen und uns wurde lange vorher gegraben. Und wir, die wir diese Erfahrungen haben, können unseren italienischen Genossen sagen: Hütet euch wohl! Während der revolutionären Bewegung, im ernstesten Augenblick, wenn die Massen schon auf der Straße sind, werdet ihr die Schläge eures Opportunismus fühlen.

Ich erinnere mich bei dieser Gelegenheit an eine unvergeßliche Tatsache, die sich in Petrograd während der Oktoberrevolution abgespielt hat. Es waren Verhandlungen zwischen den Bolschewiki, den Menschewiki und den Sozialrevolutionären im Gange zum Zweck einer gemeinsamen Teilnahme an der Aktion. Wißt Ihr, was uns die Menschewiki offiziell vorschlugen? Die Entwaffnung der Petrograder Arbeiter und den Einmarsch der Kosaken in die Arbeiterviertel! Ich bin darüber wohl unterrichtet; denn ich nahm an den Verhandlungen teil. Ich war zu dieser Zeit selbst ein eifriger Versöhnungspolitiker, und ich wütete über die Unversöhnlichkeit unserer Genossen im Zentralkomitee. Sie, die Menschewiki, sagten uns: Wenn Ihr die Arbeiter entwaffnet, garantieren wir Euch, daß die Arbeiter nicht ermordet werden. Das schlugen uns unsere Opportunisten vor!

Und, Genossen, auf Grund unserer revolutionären Erfahrungen fürchten wir, daß die Opportunisten Eures Landes Euch

eines Tages, während der entscheidenden Kämpfe, die Ihr zu bestehen haben werdet, etwas Aehnliches vorschlagen.

CRISPIEN. Genossen, auf die Frage, weshalb wir in Moskau sind und was wir hier wollen, möchten wir kurz antworten. Ich muß allerdings sagen, daß mir diese Frage eigentlich etwas merkwürdig erscheint. Wir sind natürlich nicht nach Moskau gekommen, um uns die Stadt zu besehen, sondern, wie wir dem Exekutivkomitee ganz offiziell mitgeteilt haben, infolge einer Einladung im Laufe des schriftlichen Verkehrs, den wir mit dem Exekutivkomitee hatten, um, entsprechend dem Parteitagsbeschluß unserer Partei, hier in Moskau mit der Kommunistischen Internationale wegen des Zusammenschlusses mit unserer Partei zu verhandeln, und ich werde auch in meinen Ausführungen begründen, weshalb wir, meiner Meinung nach, den Weg der Verhandlungen wählen mußten.

Gestattet mir zunächst einige Worte über unsere Partei.

Ich habe aus allen Darlegungen heraus gehört, daß die Genossen aus dem Auslande weder über die deutschen Verhältnisse im allgemeinen noch über die Parteiverhältnisse im besonderen unterrichtet sind. Es ist bekannt, daß auch die deutsche Sozialdemokratie bei Kriegsausbruch glatt abgedankt hat. Es dürfte aber weniger bekannt sein, daß in Deutschland von Stunde an ohne Schwanken und Zaudern auch Genossen innerhalb der alten Sozialdemokratie vorhanden waren, die sofort gegen die alte Partei und gegen den Krieg Front machten. Nicht nur durch Proteste, nicht nur durch Resolutionen, sondern auch durch sehr schwere praktische Arbeit während der vier Kriegsjahre. Stellt Euch bitte einmal vor: Eine gewaltige Partei, die jahrzehntelang die fortgeschrittensten Teile des deutschen Proletariats in ihren Bann gezogen hatte — eine Million Mitglieder waren in der alten Sozialdemokratie, 2½ Millionen Mitglieder in den Gewerkschaften —, und dazu die große Masse der indifferenten, vom Kriegsrausch eingefangenen Arbeiter, dazu die Militärdiktatur, die harten Verfolgungen eines jeden, der nicht für den Krieg war, dann könnt Ihr Euch ein Bild davon machen, was es hieß, und wie schwer es war, in dieser Situation die Fahne des Sozialismus

hochzuhalten. Es war ein kleines Häuflein, das dann durch Verbreitung illegaler Schriften und Spartakusbriefe . . . *(Zuruf Fuchs: Wer?)* Wir sind auch dabei gewesen. Das werden die Genossen bestätigen, daß ich z. B. ebenfalls dabei beteiligt gewesen bin. *(Zuruf Walcher: Da waren Sie doch noch nicht für die Arbeitsgemeinschaft!).* Ich spreche jetzt von dem Anfang des Krieges und frage, ob Sie es bestreiten können, daß ich meine Pflicht als revolutionärer Sozialist getan habe. *Walcher stimmt zu.)* Wir haben auch schon während des Krieges Massenaktionen gegen den Krieg veranstaltet. Nicht nur die Massen haben Opfer gebracht und geblutet, sondern auch die „vielverruchten Betrüger", die „schlechten Kerle", die Führer, die hier unter Euch sitzen, auch die haben die Massenaktionen mitgemacht und haben das büßen müssen, genau wie alle übrigen Proletarier, gegen die man mit den bekannten Strafen, die der Kapitalismus über jeden revolutionären Proletarier verhängt, vorging. Um dieses Häuflein der gegen den Krieg kämpfenden Sozialdemokraten Deutschlands sammelte sich mehr und mehr eine Opposition, und es ist begreiflich, daß dabei auch Elemente in die Opposition gelangten, die nicht grundsätzlich den Krieg überhaupt ablehnten und gegen die Vaterlandsverteidigung waren, sondern aus irgend einem anderen Grunde gegen den Krieg waren. Das ist natürlich und begreiflich, und wir hatten in diesem schweren Kampfe weder die Zeit noch die Möglichkeit, die Arbeiter in großen aufklärenden Versammlungen auf den richtigen Weg zu führen. Wir durften nicht einmal Sitzungen abhalten; wir wurden verfolgt, mußten unterirdisch arbeiten und konnten nicht an die Massen heran kommen. Im Parlament sind die Genossen, die sich zunächst noch der Parteidisziplin gefügt hatten, schriftlich auch schon während des Krieges für den Klassenkampf aufgetreten. Dann kam der Zusammenbruch des Krieges. Da war die Möglichkeit gegeben, offen aufzutreten. *(Fuchs: Ihr seid gegen Liebknecht aufgetreten. Dittmann: Ich werde das widerlegen.)* Genosse Dittmann, der im Parlament gewesen ist, ruft mir zu, daß er darauf antworten wird.

Als der Krieg durch den Aufstand der Arbeiter und Soldaten beendet wurde, stand das deutsche Proletariat plötzlich vor einer gewaltigen Aufgabe. Daß sie nicht im sozialistischen Sinne vom Proletariat gelöst wurde, liegt in erster Linie daran, daß es nicht möglich war, die große Aktion der Arbeiter und Soldaten zu einer bewußt proletarischen und revolutionären Aktion zu gestalten und voranzutreiben. Das ist einer der Hauptgründe. Man soll sich die Sache nicht so leicht machen und denken, einige Führer hätten die Sache verraten und darum sei sie zusammengebrochen. *(Zuruf: Sie waren gegen die Diktatur.)* Die Diktatur des Proletariats ist keine Neuentdeckung der Kommunistischen Internationale, sie stand schon im alten Programm der sozialistischen Partei. Es stand darin: die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist die Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus. Das ist ein alter marxistischer Grundsatz. Ob er in der Praxis von der Sozialdemokratie befolgt wurde, ist eine andere Sache. Wir waren auch als Sozialdemokraten für die Diktatur des Proletariats. Daß sie sofort nach Beendigung des Krieges nicht durchzuführen war, lag daran, daß keine Macht bestand, worauf sie sich stützen konnte. Die Soldatenräte boten keine Stütze dafür, sie waren in ihrer Mehrheit keine revolutionären Sozialisten, soweit waren sie noch nicht, da wir erst bei Ausbruch der Revolution damit beginnen konnten, an die Massen heranzukommen. Da begann der Prozeß der Aufklärung, der Prozeß der Orientierung, auch für unsere Partei. Wir haben auf dem Parteitag im März zur Situation Stellung genommen und schon damals in unserem Programm die Diktatur des Proletariats ganz klar ausgesprochen und formuliert *(Zuruf: Verankerung des Rätesystems.)*

Auch wir haben damals schon betont: Der Parlamentarismus bringt uns nicht den Sozialismus, er ist nur eine der Waffen, die das Proletariat in seinem Kampfe braucht. Inmitten der großen Wirren der geschichtlichen Entwicklung ist wohl keine Partei rein wie ein Engel auf die Bühne getreten und hat sich ohne Schuld und Fehl bewegt. Ich möchte Euch sagen: wer mitten drin steht in der Weißglut des politischen Kampfes, der

kann immer kritisiert werden. Das ist sehr leicht. Die Kritik, die die Kommunisten an uns üben, die übt die K. A. P. an den Kommunisten in Deutschland in überreichem Maße. In Euren Augen sind wir Verräter, in den Augen der K. A. P. seid Ihr Verräter an der Arbeiterklasse. Daß sich dann unsere Partei vom März bis Leipzig weiter entwickelte und in Leipzig klarere Formulierungen unseres Programms vorgenommen hat, das ist nicht zu bestreiten, und ich möchte darauf aufmerksam machen, daß dies geschah gerade unter der Leitung der „verruchten Führer". Diese Führer haben das Programm vorgelegt. Es wurde nicht von den Massen erzwungen, sondern dem Parteitag von der damaligen Parteileitung unterbreitet und vertreten. Wir aus der Parteileitung haben ehrlich und rechtschaffen nach den Beschlüssen des Parteitages gehandelt. Wir haben Massenaktionen in Deutschland gehabt, in vielen Fällen gemeinsam mit den deutschen Kommunisten. Wenn man uns Schwanken in unserer Politik und Taktik vorwirft, so möchte ich sagen, daß wir denselben Vorwurf gegen die Kommunisten richten können, die sich einmal gegen den Parlamentarismus ausgesprochen haben und jetzt dafür sind. Geschwankt hat die K. P. D. in manchen Fragen, und wenn man sich an seine Brust schlägt, so würde man entdecken, daß man auch Sünden genug auf dem Kerbholz hat. Man sagt, die Massen seien anders als die Führer, als die Betrüger, die wir hier hätten. Es fehlt nur noch, daß Wijnkoop sagte, wir seien Polizeiagenten. Ihr begeht einen großen Irrtum, wenn Ihr glaubt, daß die Taktik, hier vor dem Kongreß die Führer herunterzuputzen, in der Hoffnung, daß sich die Massen von uns wenden, Eindruck in Deutschland macht. In Deutschland muß man den Massen mit Tatsachen kommen. Die deutschen Genossen und Arbeiter kennen uns seit Jahrzehnten, und sie würden uns nicht immer wieder auf verantwortliche Posten wählen, wenn wir Verräter wären. Die Massen der Unabhängigen sind nach Eurer Meinung kommunistisch, und diese kommunistischen U.-S.-P.-Massen wählen sich die Führer, die Ihr hier herunterreißen wollt. Da muß doch etwas in der Rechnung nicht stimmen. Die Taktik wird nicht zum Erfolg führen, wenn Ihr glaubt, die Massen gegen

die Führer der Partei auszuspielen. Darüber reden wir in Deutschland, und wir befürchten gar nicht, daß wir in Deutschland nicht gut abschneiden werden.

Nun Eure Aufregung über unser Antwortschreiben. Warum auf einmal so empfindsam wie eine Jungfrau? Wir haben einen gepfefferten Brief von der Exekutive bekommen. Wir haben nicht geweint und gesagt, die Prügel stecken wir ein, sondern wir haben darauf deutlich geantwortet und unverblümt unsere Meinung dargelegt. Wir haben nicht gesagt, wie Genosse Sinowjew meinte, nur die rechten Führer würden in einen Gegensatz zu den Massen gestellt. Die Exekutive sagte in ihrem Schreiben an uns: Die gesamten Führer der U. S. P. stehen im Widerspruch zu den Massen, und die gesamte Politik der Massen wird von rechten Führern der U. S. P. bestimmt. Ich muß nun erleben, daß auch ich hier zu den rechten Führern gezählt werde. Hier in Moskau kann man das sagen, in Deutschland könnte man das nicht sagen. Die Politik unserer Partei wird bestimmt vom Parteitag, und die Beschlüsse werden gefaßt durch die Parteigenossen. Wer die Beschlüsse nicht ausführen mag, der kann nicht in die Parteileitung eintreten, der wird nicht gewählt. Radek sagt, ich bin in Luzern für den Völkerbund aufgetreten. Das ist ein Irrtum. Ich habe in Luzern gegen den Völkerbund gesprochen. *(Zwischenruf Radeks.)* Genosse Radek, ich weiß nicht, ob Ihnen der Text meiner Rede vorliegt. Ich habe dort gegen den Völkerbund gesprochen. Ich habe schon im Winter 1918 in Stuttgart in unserem Blatt geschrieben, der Völkerbund sei ein Instrument der kapitalistischen Regierungen zur Unterdrückung der Völker und kein Völkerbund. Das habe ich damals gesagt, und auf diesem Standpunkt stehe ich heute noch. Ich habe gegen den Völkerbund protestiert. Wir sind nach Luzern gegangen, weil wir Wert darauf legten, daß die deutschen Rechtssozialisten vor dem internationalen Proletariat entlarvt würden. Es war doch wohl kein Verbrechen, wenn wir voraussetzten, daß die Verhältnisse Deutschlands im Ausland nicht bekannt genug wären und daß die Rechtssozialisten daraus leicht Kapital hätten schlagen können, um andere Völker für ihre Ideen einzufangen. Wir haben er-

klärt, daß die II. Internationale nicht wiedererstehen kann und daß sie für die Geschichte erledigt ist. Wenn ich in meiner Broschüre geschrieben habe, die Moskauer Internationale sei eine verfrühte Gründung, so sage ich, ich bin heute noch dieser Ueberzeugung. Genosse Radek hätte weiterlesen müssen, weshalb ich sagte, daß die Moskauer Internationale zu früh gegründet sei. Ich habe in meiner Broschüre erklärt, daß der Gründung einer neuen Internationale eine Klärung der Arbeiter in jedem Lande vorausgehen müsse. Die Arbeiter müßten sich klar werden über den Begriff der Diktatur des Proletariats, über den internationalen Klassenkampf, und wenn sie sich in ihren eigenen Ländern klar geworden wären, könnten sie eine internationale Rolle spielen. Daß das nicht von so großem Uebel gewesen wäre, beweist die ganze Rede des Genossen Sinowjew. Wer ist eigentlich auserwählt und berufen für die Kommunistische Internationale? Die russischen Kommunisten allein sind nicht kritisiert worden. Sonst ist nicht eine der angeschlossenen Parteien ohne Kritik geblieben. Und dieselben Vertreter derselben Parteien, die hier kritisiert worden sind, die brechen den Stab über die bösen Unabhängigen in Deutschländ. Sie übersehen vollkommen, daß wir uns von den Rechtssozialisten getrennt haben, daß wir vor der Spaltung zurückgeschreckt sind, als sie historisch unvermeidlich war.

Man soll jedoch mit der Spaltung nicht zu leicht operieren. Ich kann mir vorstellen, daß eine Spaltung notwendig sein kann. Beweis: die U. S. P. in Deutschland. Aber das ist eine bittere Notwendigkeit. Man soll, bevor man spaltet, die Arbeiter für eine grundsätzliche klare Haltung zu gewinnen versuchen. Dazu muß man Zeit und Geduld haben. Spalten kann man die Arbeiter viel leichter, als sie für die Revolution in Deutschland gewinnen und zusammenhalten. Es ist eins der traurigsten Schauspiele in Deutschland, daß der ganze linke Flügel der Arbeiter in drei bis vier Parteien gespalten ist: U. S. P., K. P. D., K. A. P. D., und neuerdings propagiert man die Arbeiterunion. Das ist sehr schädlich für die deutsche Bewegung, für die proletarische Weltrevolution und ganz besonders für die Internationale. Was

wir brauchen, das ist eine aktionsfähige Internationale, und die setzt voraus, daß wir die Arbeiter stark geschlossen organisieren müssen. Sonst können wir überhaupt keine internationale Aktion durchführen. Es kommt darauf an, die Massen zusammenzuhalten und sie auf den Boden der proletarischen Revolution zu bringen, wenn sie noch nicht darauf stehen. Es ist richtig, daß ich in Leipzig gegen einen sofortigen Anschluß an Moskau aufgetreten bin. Warum? Nun, Genossen, auf dem I. Kongreß in Moskau wurde beschlossen, die U. S. P. zu vernichten, sie zu zertrümmern, sie aufzureiben, sie aus der Welt zu schaffen. Ihr werdet verstehen können, daß ein Vertreter einer Partei, die vernichtet werden soll, den Wunsch hat, sich mit den Genossen, die das wollen, erst einmal auszusprechen, in der Hoffnung, auf dem Wege der Verständigung den Anschluß herbeizuführen. Wir sind nicht gegen den Anschluß gewesen, sondern wir waren dafür, daß vorerst die feindseligen Beschlüsse gegen uns aus der Welt geschafft werden müssen. Man kann nicht prügeln und dann erwarten, daß die anderen sagen: Wir sind eure Freunde, weil ihr uns geprügelt habt. Das sind alles Dinge, die man verstehen und begreifen muß. *(Zwischenrufe.)* Was die Unterzeichnung des Friedensvertrages anbetrifft, so haben die Massen in dieser Frage in Deutschland vollkommen hinter unserer Partei gestanden. Es war damals ein Kampf gegen den Chauvinismus in Deutschland, und wir waren froh, daß endlich einmal der Nationalismus zurückgedrängt war. Die deutschen Nationalisten wollten die Friedensfrage wieder zu einem nationalistisch-chauvinistischen Hexensabbath machen. *(Zwischenruf Walcher: Ihr habt ihnen aus der Verlegenheit geholfen.)* Das ist Unsinn. Deutschland war durch den Krieg so geschwächt, daß, wenn wir von neuem blockiert worden wären, die Verelendung der Massen in Deutschland noch viel fürchterlicher geworden wäre. Wir glaubten, es käme darauf an, die Massen kampffähig zu machen, sie durch einen fortgesetzten Kampf gegen die kapitalistischen Verelendungstendenzen auf eine möglichst hohe Stufe der Lebenshaltung zu bringen. Die völlig verelendeten Schichten bis zum Lumpenproletariat herunter stehen nicht im Vordertreffen, sie

werden keine Revolutionen machen, sondern *die* Arbeiterschichten, die ihre Lebenshaltung relativ höher stellen konnten. Also auch der Vorwurf wegen der Unterzeichnung des Friedensvertrags gegen uns ist nicht berechtigt.

Nun die Frage von Terror und Gewalt. Wir sind der Meinung, daß dies zwei verschiedene Dinge sind. Wir können auf Gewalt nicht verzichten, wenn wir die Diktatur behaupten wollen. Wo Gewalt angewendet wird, kommt es unter Umständen vor, daß hier und da Leute getroffen werden, die hätten verschont bleiben müssen, wenn man zwischen Schuld und Unschuld sorgfältig hätte prüfen können. Aber es ist etwas anderes, wenn wir jetzt, bevor wir die Macht haben, erklären: Wir müssen den Terror als politisches Prinzip anwenden, wir müssen eine Schreckensherrschaft errichten, oder ob wir sagen, wir können auf die Gewalt nicht verzichten. Als Ausmaß für die Anwendung von Gewalt gilt das, wozu wir unter den obwaltenden Umständen gezwungen sind.

Ich kann sagen, daß wir die Bolschewiki niemals beschimpft haben; ich kann ferner erklären, daß ich mich stets mit den russischen Genossen solidarisch gefühlt habe. Als man den Kommunisten in Nürnberg vorgeworfen hat, daß sie von den Russen Geld genommen hätten, da habe ich erklärt, darauf würde ich stolz sein, denn das wäre ein Akt der internationalen Solidarität gewesen. Wir haben uns immer für die Bolschewiki eingesetzt und erklärt, sie müssen einen schweren Kampf führen, und wir haben kein Recht, sie herabzusetzen. *(Zuruf: Kautsky.)* Kautsky gewiß, der hat Kritik geübt, aber er bestimmt nicht die Parteiführung. Das ist ein großer Irrtum. *(Zuruf: Ledebour.)* Auch Ledebour hat die Bolschewiki nicht herabgesetzt. Da irrt Ihr Euch. Ledebour hat offen für die Revolution gekämpft und hat sein Leben nicht geachtet. Er meint, man kann den Terror nicht als politisches Prinzip aufstellen.

Ich möchte nur hier erklären, daß auch unsere Freunde in Rußland opportunistische Sünder sind. Sie klagten uns an, daß wir in der Agrarfrage nicht ihre Forderung vertreten. Zu dieser Frage haben wir in unserem Antwortschreiben folgendes ausgeführt:

„Was die Agrarfrage betrifft, so müssen wir zu unserem Erstaunen feststellen, daß das Exekutivkomitee dem revolutionären Proletariat Deutschlands Methoden empfiehlt, die einen direkten Rückfall in längst überwundene kleinbürgerliche Gedankengänge bedeuten. So wird uns empfohlen, den Kleinbauern klar zu machen, daß das Proletariat nach der Eroberung der Staatsmacht unverzüglich auf Kosten der expropriierten Großgrundbesitzer ihre Lage verbessern, sie vom Joch der Großgrundbesitzer befreien, ihnen als Klasse große Güter geben, sie von den Schulden befreien wird usw. Dieser Vorschlag bedeutet nichts anderes, als die Ablehnung unserer marxistischen Auffassung, wonach der Großgrundbesitz sofort sozialisiert, d. h. vergesellschaftet und gemeinwirtschaftlich bearbeitet werden soll. Statt dessen soll nun den Kleinbauern gesagt werden, daß sie die großen Güter erhalten, von den Schulden befreit werden usw. Das bedeutet die Preisgabe der Interessen des Proletariats zugunsten der Bauernschaft, bedeutet ungewollt die Uebertragung der russischen Verhältnisse, wo der Grund und Boden den Bauern übergeben worden ist, auf Deutschland, dessen soziale und wirtschaftliche Entwicklung durch eine derartige Maßnahme auf das schwerste beeinträchtigt werden könnte."

Glaubt Ihr, daß es für Deutschland revolutionär ist, wenn wir den Kleinbauern Land geben? *(Walcher: Um die Kleinbauern auf unsere Seite zu bringen.)* Mit opportunistischen Mitteln bringt man sie nicht auf unsere Seite. Die Großgrundbesitzer müssen enteignet werden, die Güter müssen auf genossenschaftlicher Grundlage bewirtschaftet, aber nicht unter die Landarbeiter und Kleinbauern verteilt werden. Diese müssen reif gemacht werden für die genossenschaftliche Bewirtschaftung des Grund und Bodens für die Gesellschaft.

Genosse Meyer hat gefragt, was wir getan haben, um den Anschluß herbeizuführen. Ich glaube, daß auch Genosse Meyer unseren offiziellen Bericht hierüber gelesen hat. Was wir getan haben? Wir haben uns unablässig bemüht, mit Moskau zusammenzukommen. Wir bekamen endlich nach vier Monaten eine Antwort, wir standen mitten drin in der Abwehr des militärischen

Putsches, wir standen im Wahlkampf und sind unmittelbar darauf nach Moskau gegangen. Daß wir mit anderen Parteien zusammengekommen sind, das war der Beschluß, den uns der Parteitag mit auf den Weg gegeben hat, und Beschlüsse, die der Parteitag getroffen hat, müssen wir ausführen. Wir haben es vermieden, mit anderen Parteien eine internationale Konferenz abzuhalten. Wir wollten Moskau den Vortritt überlassen.

Es ist nicht richtig, daß Koenen in der Schweiz gesagt hat: Wir gründen eine neue Internationale. Wir haben gesagt: Wenn Moskau uns abweist, dann müssen wir überlegen, was weiter geschehen soll. Sollen wir uns ausschalten lassen aus der internationalen Politik? Glaubt Ihr, daß es möglich ist, daß eine solche große Bewegung, wie die U. S. P. sie darstellt, nicht international aktiv ist? Allerdings, Ihr Kommunisten aus Deutschland habt uns tot gesagt, seit wir als Partei geboren sind. Eure Hoffnung, daß wir bald tot sind, beunruhigt uns weiter nicht.

Ich möchte nun allgemein noch sagen: Ich vermisse in den Debatten, daß man an die geschichtliche Entwicklung denkt. Mancher Genosse glaubt, mit der Kommunistischen Internationale sei auf einmal der Marxismus auf die Welt gekommen, und nun sei etwas ganz Neues vorhanden. Das ist nicht richtig. Die I. Internationale, die in dem Glauben gegründet wurde, es würde unmittelbar hinter der bürgerlichen die proletarische Revolution folgen, die eingestellt war auf die unmittelbare Verwirklichung des Sozialismus, die hörte auf zu bestehen aus den Gründen, die Sinowjew angedeutet hat. Es hatte sich herausgestellt, was auch Marx ausgesprochen hat, daß damals im Proletariat selbst die Vorbedingungen für die Uebernahme und Behauptung der politischen Macht gefehlt haben, und daß es zunächst darauf ankam, das Proletariat zu organisieren und im Proletariat die Fähigkeiten für den Kampf um die Eroberung der politischen Macht zu entwickeln. Das geschah durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch die Erhöhung der Löhne, durch den allgemeinen Kampf um politische und ökonomische Reformen usw. Das waren die geschichtlichen Aufgaben jener Epoche, die von der II. Internationale beherrscht wurde. Heute

sind auch die Vorbedingungen für den Kampf um die Eroberung und Behauptung der politischen Macht in der Arbeiterklasse vorhanden, wie heute auch die Vorbedingungen für den Sozialismus in der kapitalistischen Gesellschaft vorhanden sind. Jetzt stehen wir in der Epoche, wo es gilt, die politische Macht zu erobern. In Rußland hat man sie schon erobert; in anderen Ländern wird man sie hoffentlich auch recht bald erobern können. So muß man die Entwicklung würdigen, die die Arbeiterbewegung durchgemacht hat, um zu erkennen, daß die Kommunistische Internationale dort weiterbaut, wo in früheren Epochen die Vorgänger aufgehört haben. Wenn nun die Parteien, die heute noch rechtssozialistisch sind, ihre Aufgaben nicht erkannt haben, so werden sie das mit ihrem Zusammenbruch, mit ihrem Untergang bezahlen müssen. Wir haben das erkannt, wir handeln danach und treiben in Deutschland eine revolutionäre Politik. Das behaupte ich mit vollem Nachdruck, und das können wir jederzeit auch dokumentarisch belegen. Formuliert Eure Antwort, wie Ihr wollt, wir haben das ehrliche Bestreben, den ehrlichen Wunsch, mit der Kommunistischen Internationale eine gemeinsame Front zu errichten. Ihr könnt uns unsere revolutionäre Ueberzeugung, Gesinnung und Betätigung nicht absprechen. Revolutionäre bleiben wir doch, wenn wir auch noch so sehr als Opportunisten verdächtigt werden. Mögt Ihr urteilen, wie Ihr wollt, wir werden nicht ablassen, in Deutschland auch in Zukunft für die proletarische Weltrevolution alle Kräfte einzusetzen, über die wir verfügen. Gebt Ihr uns aber eine Antwort, die das deutsche Proletariat, das in unseren Reihen steht, mit Freuden aufnimmt, desto besser für die Errichtung einer internationalen proletarischen Front.

DITTMANN. Genossen! Ein Zufall fügte es, daß ich unmittelbar nach meinem Freunde Crispien zu Worte komme. Ich bitte Euch, daraus nicht schlußfolgern zu wollen, wie uns vom Genossen Wijnkoop unterstellt wurde, daß wir hier noch unverschämter aufzutreten beabsichtigten als in Deutschland. *(Heiterkeit.)* Es ist wirklich ein reiner Zufall, daß wir einander auf der Rednerliste folgen.

Man hat uns den Vorwurf gemacht, besonders Crispien und mir, daß wir auf dem Leipziger Parteitag nicht für den unmittelbaren direkten Anschluß an die Kommunistische Internationale eingetreten seien. Dieselben Personen, die uns diesen Vorwurf gemacht haben, sind hier aufgetreten und haben ein langes Sündenregister aufgezählt, das sie glauben uns vorhalten zu müssen, um nachzuweisen, daß wir nicht würdig seien, in die Kommunistische Internationale aufgenommen zu werden. Ich meine, darin liegt ein starker Widerspruch, und das rechtfertigt doch wohl den Beschluß, den unsere Partei in Leipzig gefaßt hat, mit der Kommunistischen Internationale zu verhandeln, um festzustellen, ob ein Zusammenschluß zu einer einheitlichen gemeinsamen Front möglich ist oder nicht. Zu dem Zweck sind wir jetzt hergekommen, und als Basis für unsere Verhandlungen ist uns das Aktionsprogramm mitgegeben worden, das unser Leipziger Parteitag beschlossen hat. Dieses Aktionsprogramm — ich nehme an, daß es Euch bekannt ist — stellt sich auf den Boden der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, auf den Boden der Diktatur des Proletariats und des Rätesystems, und zwar klar und unumwunden, und ich glaube, daß nicht sehr viele der Parteien, deren Vertreter uns Unabhängige hier kritisiert haben, ein Programm aufweisen können, das gerade in diesen entscheidenden Punkten so klar und unzweideutig ist wie das unsrige.

Genossen, ich will nach den Darlegungen meines Freundes Crispien hier nicht mehr auf diese allgemeinen Fragen eingehen. Ich habe mich vor allem zum Worte gemeldet, um einige Vorwürfe zurückzuweisen, die im Laufe der Debatte von einigen Rednern gegen uns erhoben worden sind.

Ich muß mich besonders mit dem Genossen Radek beschäftigen. Er hat vor allem zwei Vorwürfe gegen die Unabhängigen erhoben, deren Vertreter der ersten revolutionären Regierung in Deutschland angehört haben. Er hat der U. S. P. vorgeworfen, daß ihre Vertreter damals die symbolische Handlung des russischen Proletariats zurückgewiesen hätten, die darin bestand, daß dem deutschen Proletariat zwei Eisenbahnzüge Ge-

treide angeboten worden sind. Und er hat weiter kritisiert, daß die U. S. P. damals verhindert habe, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschland der ersten Revolutionswoche vom November 1918 und Sowjetrußland wiederhergestellt worden seien. Ich weiß, daß Genosse Radek zu den ausländischen Genossen zählt, die von allen ausländischen Genossen die deutschen Verhältnisse am besten kennen. Aber trotzdem zeigt sich sehr oft, daß er die deutschen Verhältnisse bei weitem nicht gründlich genug kennt, um ein wirklich maßgebendes Urteil abgeben zu können. Ich sage das hier nicht als Vorwurf, sondern nur als Feststellung einer Tatsache. Ich kenne auch in diesem Saale keinen Menschen, der die Verhältnisse in allen Ländern mit einem derart universalen Geiste überschaut, daß er imstande wäre, in jeder gegebenen Situation die erforderlichen politischen Richtlinien festzustellen, nach denen das Proletariat in jedem einzelnen Lande jeweils zu marschieren hat, um der Revolution am besten zu dienen. Das geht über die menschliche Kraft. Deshalb sage ich das, was ich ausspreche, nicht als Vorwurf. Wer die Verhältnisse beurteilen will, die im November-Dezember 1918 in Deutschland vorhanden waren, der kann sich nicht damit begnügen, daß ihm, wenn er nach Deutschland kommt, von einigen Genossen verschiedene Tatsachen mitgeteilt werden. Er darf nicht glauben, auf Grund dieser Tatsachen ein absolut zutreffendes Urteil abgeben zu können.

Wie lagen die Dinge? Als Deutschland militärisch auf dem Schlachtfelde zusammengebrochen war, war auch im Innern des Landes ein wirtschaftlicher Zusammenbruch da. Das Volk war physisch und moralisch zusammengebrochen. Es stand unmittelbar vor der Gefahr des direkten akuten Verhungerns. So stand damals in Deutschland die Situation. Die deutschen Militaristen hätten trotz allem, was vorgefallen war, im Oktober 1918 immer noch nicht das Spiel für verloren gegeben, wenn ihnen nicht von verantwortlicher Stelle erklärt worden wäre: Unsere Getreidevorräte reichen nur noch bis in den Anfang Januar 1919 hinein. Dann sind wir am Ende, dann verhungert das Volk.

So lagen die Dinge, und die Regierung, die damals das Ruder in die Hand nahm, mußte sich bewußt sein, daß sie dafür zu sorgen hatte, daß der akute Hungertod vom Volke ferngehalten werde und daß bis zu dem Zeitpunkt, wo die vorhandenen Getreidevorräte aufgezehrt sein würden, Getreide von irgendwoher und wäre es vom Monde hereingeschafft werde. Dafür hätte niemand die Verantwortung übernehmen können, eine Politik zu treiben, durch die das ganze Volk dem Verhungern ausgesetzt würde. In dieser Situation kam das Telephongespräch von Radek und Haase am Hughes-Apparat. Was hat Genosse Haase geantwortet? Ich hätte gewünscht, Radek hätte die vollständige Antwort von Haase wiedergegeben. Er hat erklärt: Wir sehen in dem Angebot einen Akt der Solidarität des russischen Proletariats mit dem deutschen; wir sehen darin eine Symbolisierung der internationalen Solidarität; aber wir wissen, daß Rußland gleichfalls schweren Hunger leidet, und, soweit die Versorgung Deutschlands in Frage kommt, hat bereits Amerika die Zusage gegeben, daß für Deutschland Getreide geliefert wird in einem Umfang, daß es möglich ist, die bisher gelieferten Rationen laufend bis zur Neuernte fortgeben zu können. Das ist damals vom Genossen Haase dem Genossen Radek am Apparat erklärt worden. Da möchte ich fragen: wo liegt hier eine Preisgabe der internationalen Solidarität des Proletariats?

Genosse Haase hat durchaus korrekt gehandelt, wenn er erklärte, wir wissen, daß ihr das Getreide selbst brauchen könnt, und andererseits wissen wir, daß uns Getreide geliefert wird. Behaltet also das Getreide selbst. Liegt darin der Wert des Angebots, daß die Züge rollen? Daß das Angebot ausgesprochen wird, darin liegt der Wert. Das genügt, um den Beweis der Solidarität darzubringen, und wenn von Haase geantwortet wird, daß wir darin einen Akt der Solidarität sehen, daß wir dafür danken, so entspricht das der gegebenen Situation, und ich verstehe nicht, wie Genosse Radek uns aus dieser Handlung vorwerfen kann, wir seien dem Wilsonismus verfallen, weil wir als Regierung das Getreide von Amerika angenommen haben.

Von wem sollten wir denn sonst in Deutschland Getreide bekommen, um unser Volk vor dem Verhungern schützen zu können, wenn nicht von dem einzigen Lande der Welt, das damals imstande war, unserem halbverhungerten Volke Getreide zu liefern? Wir mögen über Amerika denken wie wir wollen, aber Amerika hat Getreide geliefert und nicht nur Getreide, sondern auch andere Lebensmittel.

Nun zur Ausweisung der russischen Botschaft. Ich glaube, am 4. oder 5. November 1918 hat die Regierung des Prinzen Max von Baden, des letzten Reichskanzlers des wilhelminischen Regiments, die Ausweisung des russischen Botschafters aus Berlin bestimmt, und zwar angeblich deshalb, weil Joffe seine Stellung als Gesandter mißbraucht habe, indem er in Deutschland revolutionäre Propaganda getrieben habe. Deshalb hat die deutsche kaiserliche Regierung ihn ausgewiesen. Als die deutsche Revolution ausbrach, saß Genosse Joffe an der deutsch-russischen Grenze. Es waren noch einige Formalitäten wegen des Grenzübergangs zu erledigen; deshalb hatte er dort Aufenthalt. In dieser Situation sind vom Genossen Joffe, als ihm bekannt geworden war, in Deutschland sei die Revolution ausgebrochen und es seien Unabhängige in der Regierung, Telegramme nach Berlin gerichtet worden. Er hat an den Genossen Haase telegraphiert, und Haase hat sofort im Rat der Volksbeauftragten — so hieß damals die Regierung, deren Mitglied ich mit Haase und Barth gewesen bin — erklärt, daß wir Unabhängigen alle drei der Meinung seien, daß Joffe sofort zurückzurufen sei. Das war die Stellung, die wir sofort eingenommen haben, aber die Rechtssozialisten, unterstützt vom Minister des Auswärtigen Solf, erklärten uns: davon kann keine Rede sein. *(Zwischenruf Walcher: Das Protokoll weist etwas anderes auf.)* Ich komme auch auf das Protokoll, laßt mich die Dinge darlegen; ich kenne sie besser als irgend jemand anders hier, weil ich einer der Beteiligten war. Dann haben Solf und mit ihm Landsberg, Scheidemann und Ebert erklärt, es sei ganz gleich, ob Joffe die Revolution in Deutschland habe unterstützen wollen oder ob er etwa reaktionäre Propaganda getrieben habe:

ein Gesandter, so sagten sie, habe sich unter allen Umständen der Einmischung in die inneren Verhältnisse des Landes zu enthalten. Wir haben vergebens betont, das sei ein formalistischer Standpunkt, den wir als Revolutionäre keineswegs billigen könnten. Joffe habe im Interesse der deutschen und der Weltrevolution gehandelt, und wir fühlten uns mit ihm solidarisch und müßten darauf drängen, daß er als Gesandter zurückkomme. Wir haben nicht nur einmal, sondern x-mal im Laufe des November und Dezember über diese Frage gestritten. *(Zwischenruf Wolfstein: Abstimmung!).* Der Rat der Volksbeauftragten war zusammengesetzt aus drei Rechtssozialisten und aus drei Unabhängigen. Wir hätten es also verhindern können, wenn die Rechtssozialisten einen Beschluß hätten durchdrücken wollen, Joffe aus Berlin auszuweisen, wenn das noch nicht geschehen wäre; aber um den positiven Antrag durchzubringen, Joffe zurückzurufen, dazu fehlte uns die Mehrheit. Da standen drei gegen drei, und es war uns unmöglich, durchzusetzen, daß Genosse Joffe nach Deutschland zurückberufen werde. — Euer Klatschen hinten am Vorstandstisch beweist nichts. Ihr könnt von niemand mehr verlangen, als daß er eintritt für das, was er durchsetzen kann. Ich warte, wenn man beliebt, mich so zu unterbrechen, da ich mich nur schwer verständlich machen kann. — Was konnten sie in einer solchen Situation von uns verlangen? Doch nur das, was wir durchsetzen konnten, und wir sind soweit gegangen, als die Möglichkeit für uns vorlag. Wir haben aber erklärt, wir kommen auf die Sache zurück, für uns ist sie nicht erledigt, und wir haben sie bei jeder passenden Gelegenheit aufs neue angeschnitten. Aber das wurde uns aufs äußerste erschwert durch das Verhalten gerade des Genossen Radek. Eines Tages sagte mir Genosse Haase ganz aufgeregt: Sie kennen doch den Genossen Radek; können Sie sich vorstellen, daß dieser kluge Mensch eine solche Dummheit begeht. Soeben werde ich von Moskau am Hughes-Apparat angerufen — das ist ein Apparat, der auch zugleich schreibt, so daß ein unbelauschtes Gespräch an einem solchen Apparat nicht möglich ist, eine Tatsache, die

auch Radek ohne Zweifel bekannt war und die ihn veranlassen mußte, Vorsicht walten zu lassen in bezug auf das, was er mitteilte —, und da hat Radek mitgeteilt, daß eine Delegation nach Deutschland kommen würde zum ersten Rätekongreß, und daß diese Delegation gleichzeitig sprachkundige Leute mitbringen würde, die den Auftrag haben sollten, in den Kriegsgefangenenlagern in Deutschland unter den Engländern und Franzosen revolutionäre Propaganda zu treiben. *(Zurufe: Bravo! Zwischenruf Radek: Schrecklich!).* Ich begrüße das als revolutionärer Sozialist, aber es ist etwas anderes, ob einer Regierung offiziell und gleichzeitig den Beamten, die nicht auf Seiten der Revolution stehen, mitgeteilt wird, daß die Absicht besteht, in die Kriegsgefangenenlager Agenten zu schicken, die dort revolutionäre Propaganda treiben sollen. Das heißt mit anderen Worten, der ganzen bürgerlichen Welt in Deutschland diese Tatsache zur Kenntnis bringen und auch dafür sorgen, daß es der Entente zur Kenntnis kommt, derselben Entente, mit der die deutsche Regierung einen vierwöchigen Waffenstillstand abzuschließen gezwungen war. Die Entente hätte diese Propaganda, wenn sie von der deutschen Regierung gebilligt worden wäre, selbstverständlich als Bruch des Waffenstillstands ausgelegt. Deshalb blieb dem Genossen Haase nichts anderes übrig, als Radek am Apparat zu antworten: davon könne keine Rede sein, daß wir auf dieses Angebot eingehen. Daraufhin wurde von Radek erklärt, so würde man darauf verzichten. *(Zwischenruf Levi und Radek: Also.)* Das Also beweist nichts, denn das Angebot war gemacht, im Auswärtigen Amt bekannt, und es wurde Solf und den bürgerlichen Beamten, mit denen wir zu rechnen hatten, bekannt. *(Zwischenruf Radek: Warum habt ihr sie nicht fortgejagt?)* Ich bin der letzte, der verurteilt, daß revolutionäre Propaganda betrieben wird, aber wir müssen doch den Umständen Rechnung tragen und die Situation verstehen, wie sie vorlag. Wir brauchen uns nicht darüber zu streiten, was wir wünschen. Es war dadurch für uns Unabhängige im Kabinett eine Situation geschaffen, die unsere Bemühungen, die Beziehungen zu Sowjetrußland wieder auf-

zunehmen, außerordentlich erschwerte, denn Landsberg, Scheidemann und Ebert, Solf nicht zu vergessen, haben uns sofort erklärt: Da seht ihr ja, was wir zu erwarten haben, wenn diese Gesandtschaft wieder zurückkehrt. Sie wird uns in die schlimmsten Verwicklungen mit der Entente führen und dazu, daß der Waffenstillstand gebrochen wird, jetzt, wo unsere Truppen vom linken Rheinufer zurückgeführt werden. Die Entente wird hinterher einmarschieren, und Deutschland wird besetzt werden. Das war zu jener Zeit eine Situation, die niemand ohne Not heraufbeschwören durfte, wenn er nicht die ganze Volksstimmung in Deutschland gegen sich aufbringen wollte, auch die Stimmung der Arbeiterkreise, darüber soll man sich klar sein. Und als Solf und die anderen wiederum erklärten: Es kann keine Rede von der Rückkehr Joffes sein, blieb uns nichts anderes übrig, als die Sache zunächst aufzuschieben. Wir wollten sie nicht aufgeben. Wir hofften immer noch die Möglichkeit zu haben, sie trotzdem durchzudrücken, und aus dieser Situation stammt das Protokoll, das einmal der „Vorwärts" veröffentlicht hat. Er hat aber vermieden, die anderen Protokolle zu veröffentlichen, aus denen all das, was ich hier erklärt habe, sehr klar hervorgegangen wäre. *(Zwischenruf Walcher und Radek: Barth hat es bestätigt.)* Ich bin nicht so unhöflich gewesen, Barth zu zitieren. Er spricht sich in sehr unhöflicher Weise gegen Sie aus, lieber Genosse Radek. Ich mutmaße, daß Sie ein Zitat aufgegriffen haben, das der „Vorwärts" gebracht hat. Im Buch Barth steht dagegen: „Die Rechtssozialisten kamen mit einem Funkspruch von Radek, in dem er den gemeinsamen Kampf am Rhein gegen die kapitalistische Entente ankündigte. Eine große Eselei und die denkbar schwerste Schädigung der Weltrevolution bedeutete diese blöde Phrase." So äußert sich Barth. Sie hätten klüger getan, Barth nicht zu zitieren. Ich kann auch die Stelle verlesen in bezug auf Joffe, der an Haase und Barth für die Revolution Geld gegeben haben soll. Es heißt darüber in dem Buche: „Ich erkläre die Funksprüche Joffes für mehr als dumm; wenn ich ebenfalls Namen genannt hätte, so wären jene Genossen sicher-

lich nicht mehr am Leben, die Konterrevolution hätte sie gemordet." Ich habe mit der größten Anstrengung in der ganzen Broschüre von Barth nichts entdecken können, was irgendwie günstig für Sie lautet, Genosse Radek. Ich habe nur die paar Stellen gefunden, die ich nicht zitiert hätte, wenn Sie nicht dazwischen gerufen hätten. — Dann sind wir inzwischen aus der Regierung ausgeschieden und sind nicht verantwortlich dafür, was weiter geschehen ist. Wir sind in der Oeffentlichkeit immer wieder dafür eingetreten, daß sowohl die diplomatischen als auch die wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland wieder aufgenommen würden. Erst jetzt ist wieder ein derartiger Antrag von uns im Reichstage gestellt worden. Die Genossen Stoecker und Crispien sind beauftragt, diesen Antrag im Parlament zu begründen. Es wird darin von uns der Standpunkt vertreten, daß die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Deutschland selbstverständlich wieder aufzunehmen sind. Unsere Partei hat erst ganz kürzlich, als der polnische Imperialismus seinen Raubzug gegen Rußland unternahm, eine gewaltige Demonstration veranstaltet mit der Parole: Hände weg von Rußland und her mit den friedlichen Beziehungen zu Rußland! Ich weiß nicht, ob die Genossen, die fortgesetzt alle diese Berichte und Mitteilungen über die Unabhängigen empfangen, wonach wir Sowjetrußland feindlich gesinnt wären, alle diese Dinge kennen. Ich möchte glauben, sie kennen diese Dinge nicht; sonst könnten sie nicht dieses Urteil über die Unabhängigen haben, das hier zum Ausdruck gekommen ist.

Nun zum Schluß noch ein Wort. Es haben sich eine ganze Anzahl Redner in dem Sinne geäußert, daß ihrer Meinung nach außer anderen Parteien auch unsere Partei in die Kommunistische Internationale nicht aufgenommen werden könne, weil sie nicht revolutionär sei. Mein Freund Crispien hat in großen Zügen nachgewiesen, wie falsch dieser Vorwurf ist, und wenn die Möglichkeit bestände, die ganze Geschichte unserer Partei seit der deutschen Revolution vor Euch aufzurollen, würde gewiß mancher sein Urteil über unsere Partei ändern. Er würde es als ehrlicher Mensch ändern *müssen*. Seid doch überzeugt:

5 Millionen Menschen wählen nicht eine Partei, gegen die die Blätter der Kommunistischen Partei die Vorwürfe, die hier erhoben worden sind, und noch hundert andere erheben, wenn sie sich selbst nicht ein Urteil bilden können, ob diese Vorwürfe gerechtfertigt sind. Wir haben unsere Position errungen im schwersten Kampfe gegen die Mehrheitssozialisten und die Bourgeoisie. Wir können für uns in Anspruch nehmen, daß hinter der Unabhängigen Partei in Deutschland die Massen des revolutionären Proletariats stehen, und weil wir wissen, daß die Weltrevolution im Fortschreiten begriffen und daß es notwendig ist, daß das Proletariat aller Länder in einer einheitlichen gemeinsamen Front marschiert und versucht, den Kapitalismus niederzuringen, deshalb sind wir nach Moskau gekommen und nicht, wie Ihr sagt, um dem Druck der Arbeitermassen nachzugeben. Wir sind selbst Arbeiter und Proletarier, wir sind Arbeiter von Herkunft und Erziehung, wir stehen seit einem Vierteljahrhundert in der Arbeiterbewegung. Unser ganzes Sein geht auf in der Bewegung, und wir haben in den schwersten Zeiten des Krieges unseren Mann gestanden, keine Opfer gescheut und haben uns auch den Schergen des kapitalistischen Klassenstaates gestellt. Wenn man hier hingestellt wird als jemand, dem jedes revolutionäre Empfinden abgeht, hat man ein Recht, darauf hinzuweisen, daß man sich seine Narben geholt hat im revolutionären Kampf des Proletariats.

Und wenn Ihr dasselbe wollt wie wir: das Proletariat Rußlands und Deutschlands und darüber hinaus das Proletariat der ganzen Welt einheitlich und geschlossen zusammenfügen, dann bemüht Euch, so ernst wie wir uns hier bemüht haben, auch in den weiteren Verhandlungen einen Weg zu finden, der es uns ermöglicht, bald zusammenzukommen und die gemeinsame Schlacht gegen den Kapitalismus führen zu können zum Heil des gesamten Weltproletariats.

ROSMER. Es ist 1 Uhr morgens. Die Sitzung ist geschlossen.

Siebente Sitzung
des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale am 30. Juli 1920.

(Serrati eröffnet die Sitzung.)

SINOWJEW. Ich möchte mitteilen, daß für morgen eine Beratung in der Gewerkschaftsfrage geplant ist, nicht nur mit der Kommission, sondern für alle Genossen, die sich für die Gewerkschaftsfrage interessieren. Einzelheiten sind beim Genossen Steinhardt zu erfahren. Die Sitzung ist auf morgen zehn Uhr früh geplant. Trotzdem wir schon einige Male gebeten haben, uns möglichst schnell schriftliche Berichte zustellen zu wollen, haben wir erst eine kleine Anzahl Berichte erhalten. Wir ersuchen alle Delegationen dringend, dies spätestens bis Montag zu machen. Wir müssen sie in Druck geben. Wer bis Montag seinen Bericht nicht abgeliefert hat, muß damit rechnen, daß sein Bericht nicht in Druck kommt.

RADEK. Diese Einteilung seitens des Genossen Steinhardt bedeutet eine Desorganisation der Kommission. Seit drei Tagen sitzen wir dort und debattieren. Die Debatten sollen zum Abschluß kommen. Wenn wir uns nun morgen in corpore versammeln, beginnen wir die Generaldebatten des Plenums von neuem, und die Gewerkschaftskommission wird niemals mit einem Bericht auftreten können, der ihre Auffassung wiedergibt. Wenn Genosse Steinhardt und andere Genossen ein Bedürfnis haben, nicht im Plenum, sondern in einem größeren Zirkel über die Gewerkschaftsfrage zu sprechen, so sollen sie einen Tag wählen, wenn die Arbeiten der Gewerkschaftskommission zu Ende sind.

STEINHARDT. Es besteht ein großes Mißverständnis seitens des Genossen Radek. Unser Wunsch war, daß uns die Genossen in Rußland Informationen über die Stellung der Gewerkschaften im Produktionsprozeß und über die Veränderungen, die im Produktionsprozeß im Laufe der drei Jahre vorgekommen sind, geben, um ein genaues Bild über die Bewegung der drei Jahre zu bekommen. *(Zwischenruf Walcher: Dazu ist die Plenarsitzung da!)* Nein, das stimmt nicht. Alle Genossen interessieren sich für diese besondere Frage nicht. Es ist keine Frage, die an eine bestimmte Tagesordnung geknüpft ist, sondern wir müssen den Tag auswählen, an dem keine Plenarsitzung ist. Wir können den Samstag nehmen, an dem die Frauenkonferenz ist. Wir brauchen keine Angst zu haben, daß die Arbeiten der Kommission der Gewerkschaftsfrage dadurch gestört werden. *(Zwischenruf Walcher: Sie sind nicht autorisiert!)* Wir sind hier nicht in Deutschland, Genosse Walcher, ich brauche nicht autorisiert zu sein, am allerwenigsten von dem Genossen Walcher. Mein Pflichtgefühl hat mich autorisiert, nicht die preußischen Landesbehörden. Ich werde es mit dem Genossen Losowski besprechen, und wenn eine Anzahl Genossen Interesse hat, so werden wir einen Tag festsetzen. Wenn Genosse Walcher kein Interesse dafür hat, braucht er nicht dabei zu sein. Er interessiert sich vielleicht nur für politische Fragen.

SINOWJEW. Ich schlage zur Geschäftsordnung vor, die Debatte abzubrechen. Genosse Steinhardt kann sich mit einigen Genossen zusammenfinden und einen Tag bestimmen.

(Der Antrag wird angenommen.)

RAKOWSKI. Ich erlaube mir, etwas länger bei der Deklaration der französischen Delegation zu verweilen, die Genosse Cachin verlesen hat. Vorher möchte ich jedoch einige Worte über die vom Genossen Dittmann gestern aufgeworfene Frage sagen, nämlich über die russische Gesandtschaft in Berlin. Ich will mich auf die Bewertung der Tatsachen beschränken.

Die Haltung der sogenannten revolutionären Bewegung Deutschlands war eine etwas ernstere, als sie dargestellt wurde. Es handelte sich nicht allein darum, die russische Gesandtschaft

aus Berlin auszuweisen, sondern die Regierung Haases und Kautskys, der damals die äußeren Angelegenheiten leitete, beabsichtigte einen Bruch mit Rußland herbeizuführen.

Sie hatten nicht einmal die Macht und die Autorität, zu gestatten, daß die in Berlin verhaftete russische Gesandtschaft, die nach Oesterreich wollte, nach Wien reise. Während die Berliner russische Mission zehn Tage lang in Borissow unter der Bewachung von deutschen Soldaten und Offizieren und diplomatischen Abgesandten der Kaiserregierung zurückgehalten wurde, bemächtigte sich ein kleiner Graf ihrer Funktionen bis zum Ende der Gefangenschaft unserer Mission. Alle von uns nach Berlin abgesandten Telegramme blieben unbeantwortet.

Wir haben gestern die Erklärungen des Genossen Dittmann vernommen. Er sagte: Wenn wir das russische Getreide zurückgewiesen haben, das Getreide, das bereits an der deutschen Grenze war, so geschah es deshalb, weil wir die große Verantwortung nicht auf uns nehmen konnten. Wir haben aber darum diesen Solidaritätsbeweis der Russen nicht gering geschätzt. Trotz aller unserer Bemühungen ist es uns nicht gelungen, die Rückkehr der russischen Gesandtschaft nach Berlin zu erwirken. Genosse Dittmann hätte hinzufügen können: Wir waren nicht einmal imstande, die russische Gesandtschaft nach Wien durchfahren zu lassen, eine Gesandtschaft, die schon von der österreichischen Regierung Viktor Adlers begutachtet war, und das alles aus dem einfachen Grunde, weil die Unabhängigen die Minderheit der Regierung ausmachten. Die Mehrheit bestand aus Bourgeois oder Rechtssozialisten; alle Forderungen der Minderheit der unabhängigen Sozialisten blieben ungehört. Doch darum handelt es sich nicht. Im Grunde genommen sehe ich in dem, was Genosse Dittmann sagt, nur eine historische Wiederholung dessen, was uns allen bekannt ist. Es handelt sich darum, zu wissen, ob sie die logischen Schlußfolgerungen aus dieser gemeinsamen Arbeit im Ministerium gezogen haben, zu wissen, daß Sozialisten in einer bürgerlichen Regierung ihren Willen nicht durchsetzen können. Das ist bekannt und von altersher bekannt, und das ist auch

einer der Gründe, weshalb wir gegen das Zusammenwirken im Ministerium, gegen das Zusammenwirken der Klassen waren. Uebrigens habe ich in den Reden des Genossen Dittmann kein einziges Wort des Bedauerns darüber vernommen, daß die Unabhängigen sich an der Regierung Scheidemanns und Eberts beteiligten, wodurch sie die Interessen der deutschen Arbeiterklasse und der russischen Revolution verraten haben. Genosse Dittmann hat uns mit einem gewissen Vergnügen ein Dokument verlesen, das den Text eines Telegramms des Genossen Radek enthält; ich weiß nicht, ob der Inhalt genau wiedergegeben ist.

RADEK. Es existiert nicht.

RAKOWSKI. Selbst wenn dieses Telegramm vorhanden ist! Wenn es auch materiell nicht existiert hat, so war es doch allen Revolutionären bewußt, daß Deutschland, welches das Joch Wilhelms II. abgeworfen hatte, Deutschland, welches eine proletarische Revolution überstanden hatte, daß dieses neue Deutschland mit Sowjetrußland zusammen gegen die Entente vorgehen werde. Ja, das ist eine Tatsache, die die Unabhängigen bis zum heutigen Tage nicht verstehen, wenn sie uns auch sagen, daß sie sich in Deutschland in einer außerordentlich schwierigen Lage befunden hätten, die durch den Hunger und die große Sterblichkeit im Lande bedingt war. Um Deutschland zu retten, sind sie in eine Regierung eingetreten, in der sie, wie sie es sich schon im voraus sagen konnten, wie die Mehrheitssozialisten Diener der deutschen Bourgeoisie und der kapitalistischen Entente sein mußten. Und um sich zu rechtfertigen, sagen sie uns immer wieder dasselbe: Wir hatten kein Brot.

Wenn das aber eine ernste Rechtfertigung ist, hätte sie ihnen auch als Beweisgrund gegen die Mehrheitspartei und gegen die Bourgeoisie dienen müssen: Sie hätten der Bourgeoisie sagen müssen: Wir wollen die Macht nicht an uns nehmen. Wenn ihr aber nicht die Verantwortung auf euch nehmen wollt, Deutschland ohne Brot zu lassen, so überlaßt die Macht den deutschen Arbeitern.

In Deutschland muß eine proletarische Regierung geschaffen werden. Aber mit Ihrer Art, die Beweisgründe der Bourgeoisie

gelten zu lassen, sobald man Brot will, gelangt man dahin, die alte Theorie des Zusammenwirkens im Ministerium gutzuheißen, und bis jetzt haben wir fast dasselbe Argument in Frankreich, in Rußland, in England, überhaupt fast überall vernommen. Die Bourgeoisie befindet sich im gegebenen Augenblick in einer schwierigen Lage; da wendet sie sich an die Arbeiterklasse und sagt: Teilen wir uns in die Verantwortlichkeit der Macht. Aber wenn die Lage der Bourgeoisie schwierig ist, so ist, wie mir scheint, für eine revolutionäre Klasse und eine revolutionäre Partei gerade der Augenblick gekommen, die Bourgeoisie an die Wand zu drücken und niederzuwerfen und nicht, ein Zusammenwirken mit ihr einzuleiten. Ich habe mich bei dieser Frage nicht aufgehalten, um auf die Rede des Genossen Dittmann zu antworten, sondern einzig und allein festzustellen und daraus die allgemeine Schlußfolgerung zu ziehen, daß die deutschen Unabhängigen leider, so wie sie hier von den Genossen Dittmann und Crispien vertreten sind, im Laufe von zwei oder drei Jahren nichts vergessen, aber auch nichts zugelernt zu haben scheinen.

Hier liegt der Schwerpunkt der Debatte.

Die Fehler der Vergangenheit haben zwei verschiedene Bedeutungen. Man kann (und das Proletariat tut es auch notwendigerweise) und muß aus ihnen die Lehren ziehen, die sie mit sich bringen, und nicht hier lange Reden halten, die eher Verteidigungsreden als revolutionäre Bekenntnisse sind; man muß nicht suchen, das Verhalten der U. S. P. durch alle möglichen Mittel und Begründungen zu rechtfertigen.

Die Frage, um die es sich handelt, ist folgende. Wenn die Internationale den unabhängigen Sozialisten im Laufe von zwei Jahren ihren Hauptfehler gegenüber dem Proletariat, gegenüber dem werktätigen Deutschland gezeigt hat, so ist es der, daß sie in diesem kritischen Moment — in der Zeit von Borissow, will ich sagen — nicht zu wählen verstanden haben zwischen der Revolution und dem Imperialismus und endlich den Imperialismus gewählt haben. Sie haben Deutschland nicht gerettet. Das ist ein Irrtum. Sie haben es verloren. Sie tragen die Verantwortung für alle Folgen des Zusammenwirkens, zu dem sie sich im

ersten Augenblick bereit erklärt hatten. Sie tragen die Folgen und die Verantwortung für den Zusammenbruch der proletarischen revolutionären Bewegungen, die diesem Zusammenwirken folgten. Ja, das deutsche Proletariat hatte geschlafen und, getäuscht von dem Zusammenwirken der Unabhängigen und der Mehrheitssozialisten, hoffte es, die Rettung Deutschlands bei der Entente zu finden, es erwartete sie von Wilson und von Versailles. Und jetzt, da es klar ist, daß all diesem für Deutschland nur Unheil entsprossen ist, muß die Verantwortung dafür auf die Unabhängigen und auf die Rechtssozialisten fallen.

Ich komme jetzt zur Deklaration der französischen Sozialisten. Im Gegensatz zu den unabhängigen Sozialisten Deutschlands zeigen die Deklarationen der französischen Sozialisten, wie die privaten, so auch die öffentlichen, ja, zeigt selbst ihr Schweigen, daß bei ihnen in gewissem Sinne das Gewissen erwacht ist. Es scheint, daß sie ihre Vergangenheit bereuen und sich über die von ihnen begangenen Fehler Rechenschaft geben. Auch ich teilte diesen allgemeinen Eindruck. Bei aufmerksamer Lektüre der Deklaration erwies es sich jedoch, daß ich mich ein wenig getäuscht hatte. Ich habe die Deklaration vor mir. Als Genosse Cachin sie verlas, setzte mich manches in Erstaunen. Beim Durchlesen des Textes bin ich überrascht nicht nur über die Vorsicht, mit der die Deklaration sich ausdrückt, sondern auch über die Reserviertheit, die Verschwiegenheit und, ich möchte sagen, die geistigen Einschränkungen, die darin zutage treten.

In erster Linie schweigt die Deklaration vollständig über die Vergangenheit, und, was noch beunruhigender ist als das Schweigen an und für sich, das ist nicht, wie man annehmen könnte, die Scham, ihre Fehler den Genossen gegenüber zu bekennen, sondern es ist die reservierte Haltung der Zukunft gegenüber, worüber die uns verlesene Deklaration deutlich Zeugnis ablegt.

Ueber das Zusammenwirken der Klassen sprechend, beginnt die Deklaration mit folgenden Worten: „Unter der gegenwärtigen geschichtlichen Konjunktur gehört derjenige, der im Augenblick des überall einsetzenden entscheidenden sozialen Kampfes noch mit der bürgerlichen Gesellschaft zusammenzuarbeiten

strebt, nicht in die Reihen der Partei der Arbeiterklasse." Uebrigens gibt es auch Zeiten und historische Konjunkturen, wo das Zusammenwirken der Klassen gestattet ist, und wenn dieses Zusammenwirken in der Vergangenheit existierte, so geschah es deshalb, weil die historische Konjunktur es verlangte.

Da die geschichtlichen Verhältnisse jetzt einer Revolution günstig sind, verzichten wir auf dieses Zusammenwirken; wenn aber die Bourgeoisie, nehmen wir an, morgen wieder zu Kräften kommen sollte, wenn es ihr gelänge, gewisse Schwierigkeiten zu überwinden, so können die historischen Konjunkturen für den französischen Sozialismus, der eben erst revolutionär geworden ist, sich auch ändern, und es ist kein Grund vorhanden, daß er nicht wieder in seinen alten Irrtum zurückverfalle. Weiter lese ich folgendes: „Sollte der Weltkrieg eines Tages wiederum entflammen, so wird die gegenwärtige verbrecherische Politik der französischen Bourgeoisie daran die Hauptschuld tragen."

Das Wort „gegenwärtige" wird in den französischen Parlamentsdebatten und in der französischen Presse für die Delegation der Französischen Sozialistischen Partei der Willkommensgruß sein, es wird ihnen ein Zeichen sein und ihnen die Möglichkeit bieten, zu sagen: In der Vergangenheit lagen die Sachen anders. Nicht nur auf unsere Bourgeoisie fällt die Verantwortung für den Krieg, sondern auf den deutschen Imperialismus, und unsere ganze Politik der nationalen Verteidigung ist, was die Vergangenheit betrifft, vollständig gerechtfertigt.

Ferner: „Wir werden uns weigern, mit dieser Politik auch nur das Geringste zu tun zu haben, sei es in der Form von Kreditbewilligung oder Zusammenarbeit im Ministerium. Wir werden uns zu erinnern wissen, daß unter solchen Bedingungen, wenn die nationalen Interessen mit den Interessen der Plutokratie zusammenfallen, die höchste Pflicht des Proletariats seiner Klasse gehört."

Ich wiederhole: „Unter Bedingungen, wenn die nationalen Interessen mit den Interessen der Plutokratie zusammenfallen"; als ob es in der bürgerlichen Gesellschaft Augenblicke gäbe, wo die Interessen der Plutokratie und der Bourgeoisie nicht mit den

nationalen Interessen zusamenfielen. Das ist wieder einmal eine Rechtfertigung der Taktik der Vergangenheit und eine offene Tür, um heimlich durchzuschlüpfen.

Genossen, hier sehen wir auch ein Mittel, jeden Verrat der Zukunft zu rechtfertigen. Es muß indes gesagt werden: Wenn wir ein lebhaftes Interesse daran nehmen, daß das Proletariat eines Landes revolutionär sei, so soll das gerade das Proletariat Frankreichs sein. Frankreich ist es, das heutzutage die Festung der gegenrevolutionären Armee ist. Es handelt sich also darum, zu wissen, welche Schwierigkeiten wir noch zu überwinden haben.

Die französischen Sozialisten als Opportunisten gleichen allen andern Opportunisten, und falls dieser Opportunismus das Zusammenwirken der Klassen unterstützt, muß man in allen Ländern die besonderen Ansichten bekämpfen, die diesen Opportunismus zum Ausdruck bringen.

Was Frankreich betrifft, muß eins gesagt werden: Vor dem Kriege wurde die Französische Sozialistische Partei von dem demokratischen Sozialismus der französischen Revolution beeinflußt und nicht vom Marxismus. Im gegebenen Augenblick waren die Allemanisten und die Possibilisten gegen das Ministerium Constants, nicht um mit dem General Boulanger zu gehen, sondern um Revolution zu machen; sie hatten schon damals beschlossen, daß man die Macht ergreifen müsse.

Die Französische Sozialistische Arbeiterpartei traf Anstalten, den Krieg auszunutzen und einen Aufstand ins Werk zu setzen. Seht, wie groß der Unterschied zwischen damals und jetzt ist, wie tief, könnte man sagen, der Fall des französischen Sozialismus ist, welcher im Jahre 1889 trotz seiner Schwäche geglaubt hatte, daß es in gewissen Augenblicken in der Gefahr der Gegenrevolution Pflicht der Arbeiterklasse sei, die Macht zu ergreifen. Aber dieser revolutionäre Sozialismus ist 1904 in Amsterdam begraben worden, und Jules Guesde hat, als er in die Vereinigung eintrat, den Guesdismus getötet. Es war nur der Reformismus übrig geblieben, d. h. Jaurès. Jaurès hatte das revolutionäre Programm angenommen, als er in

die Partei eintrat, und er ist als Reformist gestorben. Es ist überflüssig, die Diskussionen zu verfolgen, die für die Methode Jaurès und die Methode Ferry stattfanden.

Genossen, auf diesem Punkte muß man in Frankreich energisch bestehen. Es handelt sich nicht bloß darum, das Programm einer Durchsicht zu unterziehen, wie man alles darin unterbringen kann, was man unterzubringen wünscht; es handelt sich vor allem um die Durchsicht der Methode und der Taktik.

Bevor ich ende, möchte ich noch etwas in bezug auf die Rede des Genossen Bordiga bemerken. Ich glaube, daß seine Methode keine guten Ergebnisse zeitigen wird, daß durch sie vielmehr falsche Ideen über die Revolution Wurzel fassen werden.

Bordiga hat uns gesagt: Wir bereiten nicht die Revolution vor. Wir bereiten das Proletariat für die Revolution vor. Ich fürchte, daß solch eine Formel über die Revolution außerhalb der Partei die Irrtümer nur wieder neu belebt und stärkt, die sich zurzeit in den sozialistischen Bewegungen, in den Arbeiterbewegungen und selbst in gewissen kommunistischen Bewegungen, vornehmlich in Italien, bemerkbar machen. Hier ist eine Korrektur durchaus notwendig.

Genossen, es sind nicht die Bedingungen zum Beitritt in die Kommunistische Internationale, die uns Garantien bieten, sie müssen als ein Minimum betrachtet werden, und wenn notwendig, müssen sie verschärft werden.

Ich glaube aber, daß die Kommunistische Internationale eine andere Garantie finden wird.

Nur durch die Schaffung eines wirklichen Zentrums der internationalen Bewegung, durch die Schaffung eines wirklichen Generalstabs der Revolution, der mit allen Machtbefugnissen ausgerüstet ist, um die Bewegung in der ganzen Welt zu leiten, wird man sich über die Ausführung der Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale überzeugen können. Es ist jedenfalls durchaus wichtig, daß das Zentrum über sehr weitgehende Machtbefugnisse verfügt.

SERRATI. Ich bin einverstanden mit dem Genossen Bordiga, wenn er sagt, daß die Diskussion über die Bedingungen zum

Beitritt zur Kommunistischen Internationale erst nach der Erörterung des allgemeinen Programms der Kommunistischen Internationale und der übrigen Leitsätze stattfinden müßte; denn nur wenn man einen allgemeinen Ueberblick darüber hat, was die Kommunistische Internationale sein soll, kann man den Beitritt zu ihr gestatten oder verwehren. Umsomehr, Genossen, da wir uns in einer höchst sonderbaren Lage befinden. Zum Kongreß der II. Internationale versammelten sich Leute, die einander seit langer Zeit kannten. Man wußte von früher her, daß dieser Genosse ein ausgezeichneter, jener ein guter Redner war usw. Es war im allgemeinen eine Versammlung von Advokaten. Hier ist das nicht der Fall. Wir kennen einander nicht genügend, vielleicht weil die gegenwärtigen geschichtlichen Bedingungen der verschiedenen Länder uns allen ohne Zweifel viel zu unklar sind, als daß wir die Bedingungen eines Landes auf andere übertragen und uns über die Lage eines jeden Landes ein bestimmtes und klares Urteil bilden könnten. Es genügt, liebe Genossen, uns daran zu erinnern, daß wir während 5 oder 6 Jahren voneinander getrennt waren, nicht nur durch die Kriegsfront, sondern auch durch die bürgerliche Presse, die in allen Ländern ungehindert Unwahrheit, Verleumdungen usw. säte, um zu verstehen, daß unsere Denkweise durch diese außerordentlich ernste und schwere Lage stark beeinflußt sein muß. Ich will keine Beispiele dafür anführen, daß wir uns sehr wenig kennen. Ich will nur eins von geringer Bedeutung anführen, welches indessen nicht wertlos ist. Genosse Sinowjew meinte hier auf meinen Seelenzustand und meine Denkweise aus dem Umstand schließen zu können, daß ich Prampolini duze. Aber, lieber Freund Sinowjew, unsere Ahnen, die Römer, duzten den Kaiser. Wir italienischen Sozialisten duzen uns alle. Das Duzen ist eine alte Sitte unter den Sozialisten, die alle Brüder sein sollen. Ich glaube nicht, daß das eine Sache ist, die man uns zum Vorwurf machen könnte. Im Gegenteil, das könnte eher ein Verdienst sein. Wir mögen den Götzendienst nicht, wir sind immer bestrebt gewesen, unsere Fraktionen nicht nach ihren Führern zu benennen, und diejenigen, die behaupten, es gäbe in Italien eine Fraktion Serrati, Bombacci,

Turati, irren sich, da wir alles, was in unseren Kräften steht, tun, damit die Fraktionen nach Ideen und nicht nach Menschen benannt werden. Laßt uns die Fehler der II. Internationale nicht wiederholen. Wie Ihr wißt, hatte man den Anarchisten anfangs den Beitritt gestattet, die man schließlich von sich abschüttelte. Man war zu weit nach links gegangen und später zu weit nach rechts.

Wir halten eine ganz bestimmte Richtlinie ein, und wir müssen sie bis zum Ende verfolgen, umsomehr, werte Genossen, da dieser Kongreß ein wirklich außerordentlicher ist. Ich habe mich auf keinem nationalen Kongreß so schwach und machtlos gefühlt, wie das hier in Moskau der Fall ist.

Auf keinem Kongreß habe ich noch so viel Verschiedenheit gesehen. Ich spreche nicht von der Epoche und der Kultur der Leute, aber von ihrer Macht. Was bin ich im Vergleich zum Genossen Lenin? Er ist der Führer der russischen Revolution. Und ich vertrete eine sehr kleine kommunistische sozialistische Partei. Ich wiederhole immer „sozialistische", denn ich kenne keinen anderen Sozialismus als den Kommunismus. Was aber sind die anderen, wenn unsere Italienische Sozialistische Partei eine der besten ist? Und trotzdem habt Ihr, englische Genossen, dasselbe Stimmrecht wie Genosse Lenin. Wijnkoop wiegt wenig im Vergleich zu Lenin, dessen Gewicht enorm ist. Wenn wir in dieser Lage sind, ist es offenbar, daß wir ihr Rechnung tragen müssen.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen über die Zusammensetzung des Kongresses will ich einige Worte über die Lage der verschiedenen Länder sagen.

Wir müssen vor allem sagen, ob wir für die Revolution sind, ob wir die internationale Revolution wünschen. Wir haben in Basel gesagt, daß die Sozialisten die wirtschaftliche, politische und moralische Lage, die durch den Krieg geschaffen ist, ausnützen müssen, um die Revolution durchzuführen.

Ihr, teure russische Genossen, Ihr habt Eure Aufgabe ausführen können. Ihr habt gut daran getan. Die Pflicht des ganzen industriellen Proletariats ist, Euch zu folgen, denn überall erlauben es die wirtschaftlichen, politischen und moralischen Be-

dingungen, der Bourgeoisie den Kampf zu erklären und die Revolution zu beschleunigen.

Zu diesem Zweck müssen uns alle Mittel dienen. Aber hüten wir uns davor, in diesem Kongreß Lehrer sein zu wollen, die ihren Schülern bessere oder schlechtere Noten ausstellen. Wir sind hierhergekommen, um die revolutionären Kräfte des internationalen Proletariats abzuschätzen. Ich streite nicht darüber, ob die Franzosen ein größeres Recht dazu haben, in die Kommunistische Internationale einzutreten, als die Deutschen.

Ich behaupte, man muß die Tore der Kommunistischen Internationale allen Parteien öffnen, die mit uns imstande sind, eine Revolution zu machen, und nachher soll man diskutieren.

WIJNKOOP. Und die Anarchisten?

SERRATI. Wenn Sie gestatten, mein lieber Wijnkoop, werde ich nicht nur auf die Anarchisten zu sprechen kommen, sondern auch auf die Holländer. Es ist keine Notwendigkeit vorhanden, das Verhalten Crispiens oder Dittmanns zu besprechen, es genügt, nur danach zu fragen, wie die Lage in Frankreich, in Deutschland ist, wie die Lage der Französischen Sozialistischen Partei, der U. S. P. D. ist.

Ich sage es Ihnen offen heraus: trotzdem ich selbst Romane bin, habe ich nicht das geringste Vertrauen zu einer revolutionären Tat seitens der Französischen Sozialistischen Partei, da die Lage Frankreichs nicht revolutionär ist.

Die französischen Sozialisten haben uns eines schönen Tages gesagt: Ja, liebe italienische und russische Genossen, wir wollen einen Generalstreik zugunsten der russischen Revolution erklären. Ich bestreite es nicht, ich glaube, sie waren aufrichtig, als sie das versprachen.

GOLDENBERG. Sie waren es nicht.

SERRATI. Aber, mein Freund, wir haben kein „Aufrichtigkeitsgradometer" in der Tasche.

LENIN. Wir werden dieses Aufrichtigkeitsgradometer finden.

SERRATI. Ich will es hoffen, da das meine Beweise nur unterstützen könnte. Und ich wiederhole, ich hielt sie für aufrichtig, als sie uns dies versprachen. Was tun sie aber im ent-

scheidenden Augenblick? Der Generalstreik wird nicht proklamiert. Sie verraten uns während der Wahlen. Man bedient sich des Genossen Sadoul. Man sagt, er sei ein zum Tode Verurteilter, und man müsse ihn in die vordersten Reihen des Kampfes stellen. Man muß Wahlen zugunsten der Sowjetrepublik einleiten. Aber die Wahlen sind eine Enttäuschung für die französischen Sozialisten. Sie erschrecken und sagen sich, daß, wenn sie auf den Bolschewismus gepfiffen und auf die Reformisten gesetzt hätten, ihr Erfolg größer gewesen wäre.

So ist es immer. Die Situation bringt unklares und zweideutiges Verhalten mit sich, ein Kopfnicken nach rechts und links, ohne zu wissen, was man eigentlich will. Ich sage, man darf Leute, die sich in einer solchen Lage befinden, nicht aufnehmen. Eine Partei, die ihre Aufgabe nicht erfüllen will, darf nicht aufgenommen werden.

Wir müssen in Deutschland und Frankreich einen sehr starken Vortrupp haben, der festen Schrittes vorangeht und sein Möglichstes tut, um das Proletariat nachzuziehen. Frankreich hat im Kriege den Sieg davongetragen. Die Kleinbauern haben sich die Taschen mit Geld vollgestopft. Die wirtschaftliche Lage ist hier vielleicht besser als sonst irgendwo in der Welt. In Deutschland liegen die Dinge ganz anders. Ich bin nicht unterrichtet über die Tatsachen, die man Dittmann und Crispien vorwirft. Ich weiß aber, daß die Lage in Deutschland revolutionär ist, und ich weiß, daß die U. S. P. D. eine große Macht unter der Arbeitermasse vorstellt.

Die geschichtliche Lage, wiederhole ich, ist in Deutschland revolutionär. Wir müssen uns also dem Proletariat dieses Landes nähern. Das ist selbstverständlich. Man muß den Weizen von der Spreu säubern. Ich bin der Meinung, daß man mit der U. S. P. weiter gehen kann als mit den französischen Sozialisten. Unser Kongreß soll kein Urteil über einzelne Männer fällen, sondern nur ein Urteil über die revolutionäre Lage eines jeden Landes. Er muß sich davon überzeugen, daß die allgemeine Lage den Menschen schafft, und nicht umgekehrt.

Nachdem ich das gesagt habe, gestattet mir, zu den italie-

nischen Zuständen zurückzukehren. Trotz Eurer Kritik, teure russische Freunde, haben wir einander sehr gern. Gewiß gefällt es Euch, uns von Zeit zu Zeit Rippenstöße zu versetzen, indessen man tut dergleichen nur, wenn man einander gern hat . . . *(Heiterkeit.)*

Es handelt sich nicht darum, jeden Augenblick über Turati und Modigliani zu reden, sondern darum, in Italien die Revolution zu organisieren. In Italien ist die revolutionäre Lage günstiger als in den übrigen siegreichen Ländern.

Die wirtschaftliche Lage ist sehr traurig. Der Staat verfällt zusehends, die Bauern sind unzufrieden. Gewiß haben sie mehr Geld als vor dem Kriege, aber niemand will mehr für den Gutsbesitzer arbeiten. Ich will in *meiner* Fabrik, auf *meinem* Felde arbeiten, sagt der Arbeiter. Die Situation ist wirklich revolutionär, wie vom wirtschaftlichen, so auch vom psychologischen Standpunkt aus.

Wir führen eine eifrige revolutionäre Agitation im Lande. Es ist wahr, daß Leute ohne Steuer sich von der Strömung Turati fortreißen lassen. Ihr lest noch, hat man uns gesagt, die „Critica Sosiale". Es ist lange her, daß wir sie gelesen haben. Ich kenne genau ihre Auflage; es sind 953 Exemplare.

BORDIGA. Die die bürgerliche Presse wiedergibt.

SERRATI. Es ist dies eine wissenschaftliche sozialistische Zeitschrift, die im Laufe von ungefähr 30 Jahren die jungen Sozialisten im marxistischen Sozialismus unterrichtete, der in Italien den Bakunismus besiegt hat. Heute hat sie nicht den geringsten Einfluß mehr. Ebenso wie Turati spielt sie in der Partei keine Rolle mehr. Als wir in Bologna die Frage über die Haltung unserer Partei behandelten und unser altes Programm von 1892 durchsahen, mußte Turati sich hinter Konstantin Lazzari stecken, um noch einige Anhänger zu behalten. Er hat eine Resolution angenommen, die sich in sehr unklaren Worten über die Diktatur des Proletariats, über das Ergreifen der Macht usw. ausdrückt. Auf dem nationalen Kongreß zu Florenz wagten es die Reformisten nach ihren Reden nicht, eine Resolution vorzuschlagen. Sie fühlten, daß ihre Reden im Kongreß keinen Anklang gefunden hatten.

Es gibt eine gewisse Arbeiterbewegung, mit der wir rechnen müssen. Wir sind nicht schuld daran, noch ist es unser Verdienst, daß wir Italiener sind und daß Ihr Russen seid. Die Italiener haben immer Sympathie zu denen gefühlt, die ihre Gedanken stets deutlich ausgesprochen und die Partei nicht verraten haben. In Italien werden alle geehrt, die wenig versprechen und viel geben.

Wir haben dort während einer langen Reihe von Jahren die Labriola, die Ambri gehabt, die der Arbeitermasse predigten, sich von ihren Führern zu trennen, die sie verraten hätten; aber gerade sie sind es, die Verrat geübt haben. Turati hat immer gehalten, was er versprochen hat, und hat auch die Parteidisziplin eingehalten.

Und während man den Ausschluß dieser Leute verlangt, bereitet man sich vor, in die kommunistische Partei solche Parteien aufzunehmen, in deren Mitte Leute sind, die sich im Laufe des Krieges die Taschen mit Kreditbillets gefüllt und ganz Europa bereist haben, um die Arbeiterklasse zu verderben.

Man sagt uns, wir sollen Turati vertreiben, Turati, der gegen den Krieg gestimmt hat, nicht nur als Pazifist, sondern auch als Sozialist und Feind des bürgerlichen Opportunismus. Hierin liegt ein offenbarer Widerspruch.

Genosse Bombacci hat auf dem Kongreß zu Rom 1918 eine große Lobrede auf ihn, gegen dessen Ausschließung er ankämpfte, gehalten. Er erklärte mit Recht, daß Turati niemals auf das Volk schießen lassen würde. Was mich betrifft, kommt für mich hier nicht die Frage der Persönlichkeit in Betracht, sondern es kann sich nur um die Frage der Zweckmäßigkeit handeln. Wenn Turati uns nützlich ist, dann behalten wir ihn, ist er uns gefährlich, stoßen wir ihn von uns. Ich hege gegen niemand persönliche Gefühle.

LENIN. Bitte keine Sentimentalität.

SERRATI. Sie wissen recht gut, daß meine Haltung nicht die Haltung eines Sentimentalen ist. Also ich habe gesagt, daß man sich von diesen Leuten freimachen müsse, ohne indessen dabei den Kontakt mit den Massen zu verlieren. Wir müssen ver-

stehen, aus gewissen Umständen Schlüsse zu ziehen. Ich habe das schon mehrmals versucht.

Genosse Sinowjew hat den Kongreß der chemischen Arbeiter erwähnt, auf dem Turati die Zusammenarbeit der Klassen befürwortete. Bei dieser Gelegenheit habe ich einen heftigen Kampf gegen ihn geführt. Und es waren die Arbeiter, die ihn verteidigten und sagten: Ja, er hat nicht recht, aber er ist ein mutiger Mann. Man muß die Zeit abwarten, bis man das von ihm nicht mehr sagen kann. Das wird aber nicht so leicht sein. Die letzte Rede Turatis im Parlament, über die Genosse Sinowjew gesprochen hat, hatte nicht den Sinn, den dieser ihr gegeben hat. Es war im Gegenteil eine sehr geschickte Rede. Hört, was er über die Bourgeoisie sagte: Ich sage euch, ihr seid nicht mehr fähig, die Macht zu halten, ihr könnt nicht mehr über das Volk herrschen. Tretet ab. Wir kommen jetzt an die Reihe, wir nehmen die Macht an uns und werden die bürgerlichen Fachleute als Techniker ausnutzen und sie nach unserem Gutdünken für uns arbeiten lassen. Es ist ein ganz anderer Gedanke als der, den Genosse Sinowjew ihm zuschreibt. Ich habe bereits mehrmals gesagt, daß ich für die Reinigung der Partei bin, aus der Turati austreten soll, aus der er aber nicht ausgeschlossen werden darf. Ich habe darüber mit dem Genossen Lenin gesprochen und im „Avanti" und „Il Comunismo" geschrieben. Man muß verstehen, die Sache richtig anzufassen, um die Arbeitermasse zu behalten und sogar diejenigen ihrer Führer nicht zu verlieren, die eine bloß dekorative Bedeutung haben. Uebrigens fordern die Leitsätze dasselbe. Und ich nehme sie an aus diesen Erwägungen. Man hat gesagt, daß alle Parteien, die noch sozialdemokratische Elemente enthalten, eine Revision ihrer Kräfte vornehmen und neue kommunistische Parteien auf Grund der neuen Bedingungen gründen müssen. Doch glaube ich, obwohl ich ein entschiedener Anhänger der Zentralisation bin (und ich bin es in dem Maße, daß man in Italien sagt, ich sei zu dogmatisch, zu brutal in den Augen der Genossen, die ihre kommunistische Pflicht nicht vollständig erfüllen), daß man die besonderen Bedingungen jedes einzelnen Landes in Betracht ziehen muß. Dieser Gedanke ist übrigens in einem anderen Teil der Leitsätze bestätigt:

„Die Kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee müssen den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung tragen, unter denen die einzelnen Parteien zu kämpfen und zu arbeiten haben, und Beschlüsse von allgemeiner Gültigkeit nur in solchen Fragen fassen, in denen solche Beschlüsse möglich sind."

Ich frage Euch, Genossen: wenn wir z. B. heute nach Italien zurückkehren und die Reaktion gegen uns wüten würde, was sehr möglich ist, wenn wir den Imperialismus gegen uns gerichtet fänden, könntet Ihr uns dann raten, Genossen aus dem Exekutivkomitee, daß wir in einer solchen Situation eine Spaltung vornehmen sollen?

Nein, werte Genossen, laßt der Sozialistischen Partei Italiens die Möglichkeit, den Augenblick der Reinigung selbst zu wählen. Wir alle versichern Euch — und ich glaube nicht, jemand könnte sagen, daß wir unser gegebenes Wort jemals gebrochen hätten —, daß die Reinigung vollzogen wird, aber gebt uns die Möglichkeit, sie in einer Weise vorzunehmen, die der Arbeitermasse, der Partei, der Revolution, die wir in Italien vorbereiten, nützlich sein wird.

LENIN. Genossinnen und Genossen! Serrati hat gesagt: wir haben noch nicht ein Sincéromètre erfunden — das ist ein neues französisches Wort, das ein Meßinstrument für Aufrichtigkeit bedeutet —, solch ein Instrument ist noch nicht erfunden. Ein solches Instrument brauchen wir gar nicht, aber ein Instrument, um die Richtungen zu beurteilen, haben wir bereits. Es ist ein Fehler vom Genossen Serrati — darüber möchte ich später sprechen —, daß er dieses längst bekannte Instrument nicht angewandt hat.

Ich möchte nur ein paar Worte über den Genossen Crispien sagen: Ich bedauere sehr, daß er nicht anwesend ist. *(Zuruf Dittmann: Er ist krank!)* Das tut mir leid. Seine Rede ist eines der wichtigsten Dokumente, und diese Rede hält genau die politische Richtung des rechten Flügels der U. S. P. ein. Ich möchte nicht über persönliche Angelegenheiten und einzelne Fälle sprechen, sondern über die klar ausgesprochenen Ideen der Rede Crispiens. Ich glaube, ich werde imstande sein, zu be-

weisen, daß es im ganzen eine entschieden kautskyanische Rede war und daß Genosse Crispien eine kautskyanische Auffassung von der Diktatur des Proletariats hat. Als ihm ein Zuruf gemacht wurde, da sagte Crispien: Die Diktatur ist nichts Neues; sie steht bereits im Erfurter Programm. Im Erfurter Programm steht nichts über die Diktatur des Proletariat und die Geschichte hat bewiesen, daß das kein Zufall ist. Als wir 1902—03 das erste Programm unserer Partei ausarbeiteten, hatten wir immer das Beispiel des Erfurter Programms vor uns, wobei Plechanow, derselbe Plechanow, der damals ruhig sagte: „Entweder wird Bernstein die Sozialdemokratie begraben, oder die Sozialdemokratie wird ihn begraben", eben besonders betonte, daß es theoretisch unrichtig und praktisch ein feiges Zugeständnis an die Opportunisten ist, wenn im Erfurter Programm von der Diktatur des Proletariats keine Rede ist. Und in unserem Programm steht seit 1903 die Diktatur des Proletariats.

Wenn Genosse Crispien jetzt sagt, die Diktatur des Proletariats sei nichts Neues und hinzufügt: Wir sind immer für die Eroberung der politischen Macht gewesen, so heißt dies das Wesen der Sache umgehen. Man erkennt die Eroberung der politischen Macht an, aber nicht die Diktatur. Die gesamte sozialistische Literatur, nicht nur die deutsche, sondern auch die englische und französische, beweist, daß die Führer der opportunistischen Parteien — in England z. B. Macdonald — für die Eroberung der politischen Macht sind. Sie sind alle aufrichtige Sozialisten, Scherz beiseite, aber sie sind gegen die Diktatur des Proletariats! Sobald wir eine gute, nennenswerte kommunistische, revolutionäre Partei haben, gilt es, im Unterschied von der alten Auffassung der II. Internationale, die Diktatur des Proletariats zu propagieren. Das hat Genosse Crispien verschleiert und verwischt, und das ist der Grundfehler, der allen kautskyanischen Anschauungen eigen ist.

Wir sind Führer, gewählt durch die Massen, so sagt Genosse Crispien uns weiter. Das ist ein formeller Standpunkt und unrichtig, weil wir auf dem letzten Parteitag der deutschen Unabhängigen ganz klar den Kampf der Richtungen gesehen haben.

Man braucht keinen Aufrichtigkeitsmesser zu suchen und darüber Späße zu machen, wie Genosse Serrati es getan hat, um diese einfache Tatsache zu wissen, daß es einen Kampf der Richtungen gibt und geben muß: die eine Richtung — das sind die revolutionären, die neu zu uns gekommenen Arbeiter, die Gegner der Arbeiteraristokratie; die andere Richtung ist die Arbeiteraristokratie, die in allen zivilisierten Ländern von den alten Führern vertreten wird. Ob Crispien es mit der Richtung der alten Führer und der Arbeiteraristokratie hält oder mit der Richtung der neuen, revolutionären Arbeitermasse, die gegen die Arbeiteraristokratie ist, das eben hat Genosse Crispien vertuscht.

In welchem Ton spricht Genosse Crispien über die Spaltung? Spaltung ist eine bittere Notwendigkeit, hat er gesagt, und er hat lange darüber geweint. Das war kautskyanisch. Spaltung von wem? Von Scheidemann? Jawohl! Crispien sagte: Wir haben die Spaltung gemacht. Erstens haben Sie sie zu spät gemacht! Wenn man darüber spricht, dann müssen wir das sagen. Und zweitens müssen die Unabhängigen nicht darüber weinen, sondern sagen: Die internationale Arbeiterklasse befindet sich noch unter dem Joch der Arbeiteraristokratie und der Opportunisten. Das ist Tatsache auch in Frankreich und England. Genosse Crispien denkt über die Spaltung nicht kommunistisch, sondern ganz und gar im Geiste von Kautsky, der keinen Einfluß haben soll. Dann kam Crispien auf die hohen Löhne zu sprechen. Die deutschen Verhältnisse seien so, daß die Arbeiter im Vergleich zu den russischen und überhaupt osteuropäischen Arbeitern eine ziemlich gute Lebenshaltung hätten. Eine Revolution kann nur gemacht werden, sagte er, wenn die Arbeiter eine „nicht zu große" Verelendung erleiden. Ich frage mich, ob es in einer kommunistischen Partei zulässig ist, in diesem Ton zu sprechen. Das ist gegenrevolutionär. Wir in Rußland haben sicher eine Lebenshaltung, die niedriger ist als in Deutschland, und als wir die Diktatur errichteten, trat als Folge sein, daß die Arbeiter mehr hungerten und ihr Lebensniveau noch niedriger wurde. Der Sieg der Arbeiter ist unmög-

lich ohne Opfer, ohne zeitweilige Verschlechterung ihrer Lage. Wir müssen den Arbeitern das Gegenteil von dem, was Crispien sagte, sagen. Wenn man die Arbeiter zur Diktatur vorbereiten will und vor ihnen über „nicht zu große" Verelendung spricht, so hat man das Wichtigste vergessen, nämlich: daß die Arbeiteraristokratie dadurch entstanden ist, daß sie „ihrer" Bourgeoisie half, auf imperialistischem Wege die ganze Welt zu erobern und zu erdrosseln, und sich auf diese Art bessere Löhne zu sichern wußte. Wenn jetzt die deutschen Arbeiter revolutionäre Arbeit tun wollen, dann müssen sie Opfer bringen und nicht davor zurückschrecken.

Im allgemeinen, welthistorischen Sinne ist es richtig, daß ein chinesischer Kuli in zurückgebliebenen Ländern keine Revolution machen kann; aber in wenigen reicheren Ländern, wo die Lebensstellung dank dem imperialistischen Raub besser ist, den Arbeitern sagen, sie sollen „zu große" Verelendung fürchten, ist gegenrevolutionär. Das Gegenteil muß gesagt werden. Eine Arbeiteraristokratie, die Opfer fürchtet, die eine „zu große" Verelendung während des revolutionären Kampfes fürchtet, kann nicht zur Partei gehören. Sonst ist keine Diktatur möglich, besonders nicht für die westeuropäischen Länder.

Wie spricht Crispien über Terror und Gewalt? Das sei Verschiedenes, sagt er. Vielleicht kann man in einem soziologischen Handbuch einen solchen Unterschied machen, aber keinen für die praktische Politik, besonders nicht in bezug auf die deutschen Verhältnisse. Gegen die Leute, die sich benehmen wie die deutschen Offiziere beim Mord von Liebknecht und Rosa Luxemburg, gegen Leute wie Stinnes und Krupp, die die Presse aufkaufen, gegen solche Leute ist man gezwungen, mit Gewalt und Terror vorzugehen. Natürlich vorher zu erklären, daß wir unbedingt Terror üben werden, ist nicht notwendig, aber wenn die deutschen Offiziere und Kappisten, wenn Krupp und Stinnes so bleiben, wie sie jetzt sind, dann müssen wir den Terror anwenden. Nicht nur Kautsky, sondern auch Ledebour und Crispien sprechen über Terror und Gewalt ganz im gegenrevolutionären Sinne. Eine Partei, die sich in solchen Ideen bewegt, kann die Diktatur nicht mitmachen, das ist klar.

Dann die Agrarfrage. Hier war Crispien besonders heftig und glaubte, uns des Kleinbürgertums bezichtigen zu können. Für die Kleinbauern etwas zu erstreben auf Kosten des Großgrundbesitzes, das sei kleinbürgerlich. Die Großgrundbesitze müsse man enteignen und das Land den Genossenschaften übergeben. Das ist eine pedantische Auffassung. Selbst in hochentwickelten Ländern, auch in Deutschland, gibt es genug Latifundien, gibt es solche Stücke Landes, die nicht großwirtschaftlich - kapitalistisch bearbeitet werden, sondern halb feudal, Gebiete, von denen man den Kleinbauern etwas geben kann, ohne die Wirtschaften auseinanderzureißen. Man kann den Großbetrieb lassen, aber doch den Kleinbauern etwas für ihn sehr Wichtiges geben. Daran denkt man leider nicht; aber praktisch muß man es tun, sonst macht man einen Fehler. Das beweist z. B. das Buch von Varga (dem gewesenen Volkskommissar für Volkswirtschaft in der ungarischen Räterepublik), der sagt, daß im ungarischen Dorf nach der proletarischen Diktatur fast keine Aenderung stattgefunden hätte, und daß die Tagelöhner nichts gemerkt und die Kleinbauern nichts bekommen hätten. In Ungarn gibt es große Latifundien, große Landstrecken werden dort halbfeudal bewirtschaftet. Immer findet man und muß man solche Teile der Großgrundbesitze finden, von denen man den Kleinbauern etwas geben kann, vielleicht nicht als Eigentum, sondern in Pacht, damit der kleine Parzellenbauer etwas vom konfiszierten Eigentum bekommt. Sonst merkt der Kleinbauer den Unterschied zwischen früher und der Rätediktatur nicht. Wenn die proletarische Staatsmacht nicht diese Politik verfolgt, dann kann sie sich nicht halten.

Wenn Crispien gesagt hat: Sie können uns die revolutionäre Ueberzeugung nicht absprechen, so antworte ich: Ich spreche sie Ihnen entschieden ab. Ich spreche sie Ihnen nicht in dem Sinne ab, daß Sie nicht revolutionär handeln wollten, sondern in dem Sinne, daß Sie nicht revolutionär zu denken verstehen. Ich wette, man kann eine beliebige Kommission von gebildeten Leuten wählen, ihnen zehn Bücher von Kautsky und die Rede von Crispien geben, und diese Kommission wird sagen: diese

Rede ist durch und durch kautskyanisch, sie ist durchaus beherrscht vom Kautskyschen Ideengang. Alle Methoden der Crispienschen Argumente sind durch und durch kautskyanisch, und dann kommt Crispien und sagt: Kautsky hat keinen Einfluß mehr in unserer Partei. Vielleicht nicht auf die revolutionären Arbeiter, die hinzugekommen sind. Aber es ist eine absolut bewiesene Tatsache, daß Kautsky auf Crispien, auf seinen ganzen Gedankengang und auf alle Ideen des Genossen Crispien einen enormen Einfluß gehabt hat und noch hat. Das hat Crispiens Rede bewiesen. Deshalb kann man sagen, ohne ein Sincéromètre oder einen Aufrichtigkeitsmesser zu finden: die Richtung Crispiens entspricht der Kommunistischen Internationale nicht. Wenn wir das sagen, so wird das eine Richtlinie sein für die ganze Kommunistische Internationale.

Wenn die Genossen Wijnkoop und Münzenberg gesagt haben, sie seien unzufrieden damit, daß wir die U. S. P. einladen und mit ihren Vertretern sprechen, so ist das — glaube ich — unrichtig. Wenn Kautsky gegen uns auftritt und Bücher schreibt, so polemisieren wir gegen ihn als Klassenfeind. Wenn aber die U. S. P., die groß geworden ist, weil revolutionäre Arbeiter zu ihr hinströmen, hierher kommt, um zu verhandeln, so müssen wir uns mit ihren Vertretern besprechen, weil sie einen Teil der revolutionären Arbeiter vertreten. Mit den deutschen Unabhängigen, mit den Franzosen und mit den Engländern können wir nicht sofort über die Internationale einig sein. Genosse Wijnkoop beweist durch jede seiner Reden, daß er fast jeden Fehler des Genossen Pannekoek teilt. Wijnkoop hat zwar erklärt, er teile die Auffassung Pannekoeks nicht, aber durch seine Reden beweist er das Gegenteil. Das ist der Grundfehler dieses linken Teiles, das ist überhaupt ein Fehler der proletarischen Bewegung, die im Wachsen begriffen ist. Die Reden der Genossen Crispien und Dittmann sind durch und durch bürgerliche Reden, mit denen man die Diktatur des Proletariats nicht vorbereiten kann. Wenn aber die Genossen Wijnkoop und Münzenberg in der Frage der U. S. P. noch weiter gehen, so sind wir mit ihnen nicht einig.

Wir haben gewiß, wie Serrati sich ausdrückt, keinen Aufrichtigkeitsmesser, um den guten Glauben der Menschen zu prüfen, und wir sind vollständig einverstanden, daß es sich nicht darum handelt, die Menschen zu beurteilen, sondern die Situation einzuschätzen. Ich bedaure, daß Serrati gesprochen hat, ohne etwas Neues zu sagen. Seine Rede war von der Art der Reden, wie wir sie in der II. Internationale gehört haben.

Serrati war im Unrecht, als er sagte: in Frankreich — keine revolutionäre Lage; in Deutschland — revolutionäre Lage; in Italien — revolutionäre Lage.

Aber wenn die Lage selbst gegenrevolutionär ist, so irrt die II. Internationale und ladet sich eine große Schuld auf, wenn sie keine revolutionäre Propaganda und Agitation organisieren will; denn selbst wenn die Situation nicht revolutionär ist, kann und muß man revolutionäre Propaganda treiben: die ganze Geschichte der Partei der Bolschewiki beweist dies. Darin liegt eben der Unterschied zwischen den Sozialisten und den Kommunisten, daß jene sich weigern, das zu tun, was wir in jeder gegebenen Lage tun, nämlich: revolutionierende Arbeit zu leisten.

Serrati wiederholt nur, was Crispien gesagt hat. Wir wollen nicht sagen, daß wir Turati an dem und dem Datum bestimmt ausschließen müssen. Diese Frage ist bereits vom Exekutivkomitee berührt worden, und Serrati hat uns gesagt: keinen Ausschluß, wohl aber Reinigung der Partei. Wir müssen den italienischen Genossen einfach sagen, daß es die Mitglieder der „Ordine Nuovo" sind, deren Tendenz der Tendenz der Kommunistischen Internationale entspricht, und nicht die jetzige Mehrheit der Führer der Sozialistischen Partei und ihrer Parlamentsfraktion. Diese wollen, wie man behauptet, das Proletariat gegen die Reaktion verteidigen. Tschernow, die Menschewiki und viele andere in Rußland verteidigen gleichfalls das Proletariat gegen die Reaktion, was aber sicher kein Grund ist, sie in unsere Mitte aufzunehmen.

Deshalb müssen wir den italienischen Genossen und all den Parteien, die einen rechten Flügel besitzen, sagen: diese reformistische Tendenz hat nichts mit Kommunismus gemein.

Wir bitten Euch, italienische Genossen, einen Kongreß einzuberufen und diesem unsere Leitsätze und Resolutionen vorzulegen. Ich bin davon überzeugt, daß die italienischen Arbeiter in der Kommunistischen Internationale bleiben wollen.

SERRATI. Sie verwechseln mich immer wieder mit Turati. Geschieht das vielleicht absichtlich?

LENIN. Niemand verwechselt Serrati mit Turati, wenn nicht Serrati selbst es tut, indem er ihn verteidigt.

LEVI. Genossen und Genossinnen! Ich muß zunächst dem Genossen Wijnkoop dafür danken, daß er mit der K. P. D. so nachsichtig umgegangen ist und erklärt hat, daß er in diesem Kreise, weil wir nicht nur Kommunisten sind, alle Bemerkungen gegen die deutsche Partei nicht machen könne. Ich bin Wijnkoop für seine Nachsicht umsomehr dankbar, als ich die Gründe, aus denen er uns mildernde Umstände zuerkannt hat, nicht billige. Vielmehr zeigen uns diese Gründe, weswegen er sich früher so dagegen sträubte, daß die vier Unabhängigen hier im Saale bleiben dürfen. Wijnkoop scheint nicht ohne Grund besorgt gewesen zu sein, daß er der Ansteckung durch die Unabhängigen zuerst unterliegen würde; die Begründung, die Wijnkoop dafür gegeben hat, daß er uns hier nicht kritisieren wolle, zeigt, daß er mit dieser Furcht recht hatte; es ist die typische Begründung der U. S. P., die damit alle ihre Sünden bedeckt. Er nimmt das Argument des linken Flügels der U. S. P. auf, das wir stets und ständig bekämpft haben. Dieser Flügel sagt auch immer: Wir wollen unsere Differenzen nicht bloßstellen, wir wollen nichts darüber sagen, wenn andere zugegen sind. Wir sagen, daß diese Stellung ein verhängnisvolles Mißverständnis über die Bedeutung der Auseinandersetzungen innerhalb des deutschen Proletariats in sich schließt. Wenn Fehler begangen worden sind, so müssen wir sie aufdecken, ob Gegner da sind oder nicht. Die Ideologie des Genossen Wijnkoop ist so typisch unabhängig, daß mit dieser Formel das ganze Auftreten der unabhängigen Delegation auf diesem Kongreß und die ganze unabhängige Politik während der deutschen Revolution erklärt wird. Was ist eigentlich der tiefste Sinn der Auseinandersetzungen

mit Dittmann und Crispien, die sich gestern abend vor uns abspielten? Es war die ermüdend oft wiederholte Tatsache: Wir waren im Verhältnis zu den Massen, wir standen da, wo die Massen standen, unsere Haltung ist von den Massen gebilligt worden. Es ist dies ein grundsätzlicher Irrtum über die Rolle der Partei zu den Massen. Denn ebenso richtig, wie es ist, daß eine Partei den revolutionären Kampf nicht ohne Masse führen kann, ebenso verhängnisvoll ist es, wenn eine Partei sich darauf beschränkt, in jedem Augenblick nur zu horchen: was tun die Massen? in jedem Augenblick nur das sagen zu wollen, womit sie den Massen um den Bart gehen. Das ist allerdings die bisherige politische Methode der U. S. P., die sich selber dessen sogar noch rühmt, in jedem Augenblick immer nur das zu vertreten, was die Masse will. So ist ihre Geschichte eine Geschichte der Irrtümer und Fehler, die Geschichte des Versagens der deutschen Massen überhaupt. Wo die Massen gefehlt haben, haben die deutschen Unabhängigen gefehlt, wo die Massen sich ihrer Stärke nicht bewußt waren, waren die Unabhängigen nicht diejenigen, die sie aufgerufen haben zur Stärke, sondern schwach geworden sind mit den Massen. *(Zwischenruf: Hinter den Massen! Die Führerrolle einer revolutionären Partei haben sie nie begriffen.)* So kommen sie auch heute noch immer darauf zurück, zu zeigen, daß sie recht gehabt haben in allen ihren Fehlern, während es das Wichtigste gewesen wäre, zu sagen, welches ihre Fehler waren, festzustellen, was war; nicht um uns das Vergnügen zu machen, bußfertige Sünder zu sehen — es kommt uns nicht auf die Buße von Crispien und Dittmann an —, sondern deshalb — und das muß nach meinem Dafürhalten der wichtigste Teil der Auseinandersetzung zwischen den Unabhängigen und der Kommunistischen Internationale sein —, damit die deutschen Arbeitermassen, die heute in der U. S. P. sind, ihre ganze Schwäche, ihre ganzen Fehler in der Vergangenheit erkennen. Aus diesem Grunde und um dieser Arbeitermasse willen muß jetzt über unseren Auseinandersetzungen der Satz stehen: Zwischen uns sei Wahrheit. Und ich bin der Meinung, daß bei aller subjektiven Wahrhaftigkeit, die die Genossen Ditt-

mann und Crispien hier aufgebracht haben, falsch ist, was sie gesagt haben, falsch in jeder Zeile. Es ist ein starkes Stück, muß ich sagen, wenn Crispien, der einmal eine bessere Vergangenheit hatte, seine früheren Beziehungen zum Spartakusbund dazu ausnützt, um die Opposition des Spartakusbundes zu identifizieren mit dem Ursprung der U. S. P., während er nur gar zu gut weiß, daß die Organisation der U. S. P. einen anderen Ursprung hat, daß sie sich in der Hauptsache nicht aus Mitgliedern des Spartakusbundes, sondern aus der wirren, unklaren und halbpazifistischen Opposition vom August 1914 zusammensetzte — aus Bernstein, Ledebour, Kautsky und anderen, die sich nicht über eine einzige Frage im klaren und unter sich über alle Fragen uneinig waren. Ich erinnere an die Stellungnahme von Ledebour im Oktober 1914, wo er erklärte, wenn die Russen in Frankfurt an der Oder stehen, werde er die Kredite bewilligen. Es ist eine Irreführung der deutschen Massen, wenn ihnen vorgespiegelt wird, als sei die U. S. P. aus einer kleinen einsichtigen, konsequenten Opposition gegen den Krieg herausgewachsen. Und weiter. Genau so, wie bereits die Darstellungen des Genossen Crispien vom Beginn der Geschichte der U. S. P. unklar waren, so waren die Darstellungen von Dittmann und Crispien über die Haltung der U. S. P. während des Krieges falsch. Es ist nicht wahr, daß die U. S. P. antimilitaristische Propaganda getrieben und illegale Schriften in Umlauf gesetzt hat. Ganz im Gegenteil. Genosse Dittmann, es war für mich einer der erschütterndsten Augenblicke im Kriege, als in jener Sitzung im Reichstag, wo Reichskanzler Michaelis den Unabhängigen ihre antimilitaristische Propaganda in der Flotte vorhielt und Riechpietsch und andere Genossen, die ersten Schwalben der Revolution, die ersten Toten, die für die Revolution gefallen sind, von der U. S. P. D. noch im Grabe verleugnet wurden.

(Zwischenruf Dittmann: Das Gegenteil ist wahr!)

Nein, es ist richtig, daß sich die Unabhängigen damals damit entschuldigten, sie hätten keine antimilitaristische Propaganda gemacht, sie hätten den Leuten nichts mitgegeben als das Pro-

gramm der U. S. P. D. Sie haben nicht gesagt: Das sind unsere Genossen; sie haben nicht gesagt: Dem Weg, den die Gefallenen gegangen sind, müssen Tausende folgen.

(Zwischenruf Dittmann: Lüge!)

Bleiben Sie mit dem Wort Lüge zu Hause, ich werde Ihnen das Stenogramm vorlesen. Genau dieselbe Unwahrheit, die hier erzählt wurde über die Haltung der U. S. P. während des Krieges, genau dieselbe Unwahrheit wurde berichtet über die Haltung der U. S. P. nach dem Kriege. Dittmann hat eine ausführliche Darlegung der Umstände gegeben, die zum endgültigen Bruch der Beziehungen mit Rußland führten. Er beruft sich darauf, daß tatsächlich die Ausweisung des Genossen Joffe vom Prinzen Max verfügt worden sei. Es steht aber fest, und das kann jederzeit durch Dokumente bewiesen werden, daß sich Joffe noch im Machtbereich der deutschen Regierung befand, als die „sozialistische" Regierung ans Ruder kam. Es ist die „sozialistische" Regierung gewesen, die diese Ausweisung vollstreckt hat. Ich will die Tatsachen kurz vortragen. Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat hat in seiner Sitzung vom 10. November folgendes beschlossen: „Der Arbeiter- und Soldatenrat beschließt, daß die Regierung sofort die Beziehungen zur russischen Regierung aufnimmt, und erwartet die Vertreter dieser Regierung in Berlin." Der Rat der Volksbeauftragten beschloß aber bereits einstimmig, diesen Beschluß nicht auszuführen.

Am 19. November fand dann eine Sitzung des Kabinetts statt, über die ein Protokoll veröffentlicht wurde, aus dem Genosse Radek gestern vorgelesen hat. Es nahmen daran teil außer den Volksbeauftragten: Dr. David, Kautsky und Geheimrat Nadolny. In dem Protokoll heißt es wörtlich: „Fortsetzung der Besprechung über das Verhältnis Deutschlands zur Sowjetrepublik. Haase rät, dilatorisch (hinzögernd) vorzugehen . . . Kautsky schließt sich Haase an: die Entscheidung müsse hinausgeschoben werden. Die Sowjetregierung würde sich nicht mehr lange halten, sondern in einigen Wochen erledigt sein" . . .

Dieser Standpunkt Haase-Kautsky-Barth wurde laut „Vorwärts" vom Kabinett einmütig angenommen („Vorwärts" vom

18. Dezember 1918). Dem Genossen Dittmann ist das Unglück passiert, daß er mehr bewies, als er beweisen sollte. Denn wenn die Tatsachen richtig wären, die Genosse Dittmann vorangestellt hat, daß sie, die Unabhängigen, in jedem Augenblick für die Aufnahme der Beziehungen zu Rußland gewesen wären, so wäre es nicht nötig gewesen, zu beweisen, daß diese Nichtaufnahme der Beziehungen zu entschuldigen sei mit der schwierigen Situation, in der zu jener Zeit Deutschland gewesen sei. Und weiter. Bekanntlich hat der Berliner Vollzugsrat beschlossen, zum ersten Rätekongreß Delegierte der russischen Sowjetrepublik einzuladen. Moskau nahm die Einladung an, und die Sowjetdelegation unter Führung Radeks reiste ab. Der Zentralrat Kowno hatte nun das Kabinett telegraphisch um Auskunft gebeten, wie er sich zur Einreise der Delegation verhalten solle. Der Rat der Volksbeauftragten beschloß, gegen die Stimme von Barth, aber mit den Stimmen von Haase und — von Wilhelm Dittmann folgende Antwort:

„Wir bitten, der russischen Delegation mitzuteilen, daß sie mit Rücksicht auf die Lage in Deutschland von ihrem Kommen Abstand nehmen möchte. Der Einlaß ist also nicht zu gestatten."

In einer Sitzung des Reichstags vom 15. Februar 1919 hat Noske gesagt: Ich möchte den Genossen von der U. S. P. sagen: Wenn Ledebour auf dem Leipziger Parteitag behauptet hat, daß der Eintritt in die Kommunistische Internationale der U. S. P. das moralische Recht nehme, gegen Noske zu polemisieren, so mögen Ledebour und die anderen sehen, daß es noch andere Dinge gibt, die diesem Gelegenheit geben, gegen die Unabhängigen aufzutreten. — In der Sitzung vom 15. Februar also hat Noske folgendes ausgeführt:

„Herr Haase klagte über das Verhältnis zu Rußland, das die Regierung geschaffen habe. Ein Kollege teilte mir mit, daß in einer Kabinettssitzung im November 1918, an der Herr Haase teilnahm, Kautsky vorgeschlagen habe, die Beziehungen zu dem bolschewistischen Rußland nicht wieder aufzunehmen, weil man sich dadurch bei der Entente noch mißliebiger mache. Dem hat Herr Haase zugestimmt. Als der Berliner Vollzugsrat Radek und den

aus Berlin vorher ausgewiesenen Botschafter Joffe zum Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte einlud, hat das Kabinett, das voll besetzt war, dem also Herr Haase und Herr Dittmann angehörten, mit fünf gegen eine Stimme beschlossen, die Zureise als unerwünscht abzulehnen."

Es liegen Dokumente vor, daß die Unabhängigen keineswegs überstimmt worden sind, denn ihre eigene Presse hat diese ihre Haltung gebilligt. In einem Zeitungsausschnitt aus der „Freiheit" Nr. 57 vom 10. Dezember 1918 heißt es folgendermaßen:

„Der Rat der Volksbeauftragten hat nur unter dem äußersten Druck der Verhältnisse gehandelt, als er an die russischen Genossen appellierte, von der Einreise nach Deutschland Abstand zu nehmen. Angesichts der übermächtigen Stellung der Entente konnte und durfte er nicht die Verantwortung übernehmen, daß infolge der Einreise der russischen Genossen die Friedensaussichten verschlechtert würden."

Und jetzt sagen Sie noch, es sei kein Wilsonismus in der Partei gewesen! Hier war die welthistorische Frage — Wilson oder die russische Revolution — in ihrer ganzen Größe aufgerollt. Und Sie waren *für Wilson.* Sie sagen: Ja, vielleicht damals; inzwischen aber ist der Wilsonismus in der Partei überwunden worden. Ich kann Ihnen noch mehr erzählen. Am 4. Juni 1920 stand in der „Freiheit", der man eine gewisse Autorität innerhalb der U. S. P. nicht wird abstreiten können, folgendes:

„Auf einen Fragebogen der pazifistischen Vereine Deutschlands, der allen Kandidaten und Parteileitungen zuging und unter anderem die Frage enthält, ob Deutschland in den Völkerbund eintreten solle, ob eine Revision des Versailler Friedens nur auf friedlichem Wege erstrebt werden dürfe, ob der Reichsverfassung entsprechend in allen Schulen die Erziehung im Geiste der Völkerversöhnung zu leiten sei, haben die Leitungen der Zentrumspartei, der Nationaldemokratischen Volkspartei sich unbedingt zustimmend geäußert, desgleichen die Zentralen der Rechtssozialisten und der Unabhängigen. Von zahlreichen Kandidaten der genannten Parteien ist im gleichen Sinne geantwortet worden. Von den beiden Rechtsparteien ist keine Antwort eingegangen."

Aber noch weiter. Auch heute ist in Deutschland der Kampf zwischen Westen und Osten, zwischen Wilson und der russischen Revolution, noch nicht ausgekämpft. Die Situation wird für Deutschland schwer und tragisch werden. Wieder einmal kommt der Augenblick, wo die Geschicke der Weltrevolution für Monate, vielleicht für Jahre in die Hand des deutschen Proletariats gegeben werden. Wenn der Konflikt zwischen der Entente und Rußland sich weiter zuspitzt und es zu Zusammenstößen kommt, so wird die Haltung des deutschen Proletariats ausschlaggebend sein. Und was lesen wir angesichts dessen in der neuesten Nummer der „Freiheit"? Ich bekomme soeben das Berliner Tageblatt vom 23. Juli 1920, und dort wird zitiert, was Breitscheid für das deutsch-russische Verhältnis zum besten gibt:

„Bei der gegenwärtigen Verteilung der Kräfte kann Deutschland bei Verfolgung dieser Politik allerdings — das darf nicht verkannt werden — in eine sehr schwierige Lage geraten. Ein bewaffneter Widerstand ist so gut wie ausgeschlossen. Das Beispiel, daß Belgien im Jahre 1914 gab, läßt sich nicht nachahmen. Wir können es nicht auf einen neuen Krieg mit Frankreich und England ankommen lassen. Wir haben jedoch unser Recht bis zum Aeußersten zu betonen und den verbündeten Regierungen die Verletzung der Neutralität so schwer als möglich zu machen."

Und wissen Sie, Genossen von der U. S. P., was in diesen Zeilen steht? Es ist das glatte Angebot an die Entente, daß man auch über die Neutralität des deutschen Proletariats, nein, über den Willen des deutschen Proletariats, Hand in Hand und Schulter an Schulter den Kampf mit dem russischen Proletariat aufzunehmen, schachern wird, wie man das deutsche Proletariat schon einmal an die Entente verschachert hat. Ich will nicht die Stellen zitieren, die hier schon mehrfach zitiert worden sind aus der Rede, die Hilferding in Leipzig gehalten hat, wo er seine Ablehnung des Zusammengehens mit Rußland darauf stützte, Sowjetrußland stehe kurz vor dem Bankerott, und er mit Siegeszuversicht erklärte: „Wir in Deutschland stehen nicht vor dem Untergang." Was war die Stellung von Ledebour? Er sprach gegen den Terrorismus und für höhere politische Moral, und um

zu erklären, was er unter Terrorismus versteht, sagte er folgendes:

„Die Handlungen, die ich dabei im Auge habe, sind nicht etwa das, was von gegnerischer Seite über die Bolschewiki erzählt wird, sondern das sind Handlungen, zu denen diese selbst sich bekennen: das ist die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, die Unterdrückung der gesamten gegnerischen Presse und des ganzen Versammlungswesens, sowie die Einsetzung von außerordentlichen Kommissionen, denen volle richterliche Befugnisse übertragen werden, ohne daß gegenüber der Ausübung dieser richterlichen Funktionen den Angeklagten irgendwelche Rechtsgarantie gegeben ist. Das ist es, Genosse Stöcker, was wir mißbilligen müssen, wobei wir mildernde Umstände in hohem Maße den Bolschewiki zubilligen können."

Hilferding aber hat in seiner Rede folgendes gesagt: „Das ist's, was wir mißbilligen, wobei wir mildernde Umstände gar nicht anerkennen können: der Terror." Und fuhr dann fort, daß das der Punkt sei, über den es keine Verständigung gäbe. Ledebour hieb in die gleiche Kerbe.

Zu allem kommt das ominöse Aktionsprogramm von Leipzig. Das gleicht ungefähr einem Tonkloß, aus dem man ein Gesicht oder eine Fratze bilden kann, wie man will. Von dem Aktionsprogramm, das in Leipzig beschlossen worden ist, weiß ich nur eines, nämlich die Tatsache, daß in Leipzig die verschiedenartigsten Strömungen bestanden.

Wir haben es klar gesagt, als bei uns Strömungen bestanden, und haben nicht das getan, was ich Euch zum Vorwurf mache. Bei dem Aktionsprogramm sehe ich nur eins klar, daß ihm Kautsky und Hilferding auf der einen Seite und Däumig und Stöcker auf der anderen Seite zugestimmt haben. Das war ja Euer Stolz. *(Zwischenruf: Kautsky hat nicht zugestimmt.)* Aber Hilferding hat zugestimmt. Und wenn Kautsky nicht zugestimmt hat, warum habt Ihr denn Leute in Eurer Partei, die dem Aktionsprogramm nicht zustimmen? Was habt Ihr mit den Leuten, die ihm nicht zustimmten, getan? — Und mit diesem Aktionsprogramm, das nicht Fisch, nicht Fleisch ist, kommt man nach Mos-

kau und sagt: Wenn das Moskauer Programm in Uebereinstimmung steht mit unserem Aktionsprogramm, dann werden wir eintreten. Dieses Euer Aktionsprogramm ist so weit, daß man alles damit „in Uebereinstimmung" bringen kann. Deswegen verlangen wir über diesen Punkt genaue Angaben. In der französischen Presse, in der „Humanité", ist ein Bericht des Genossen Frossard über seine Besprechungen mit Crispien in der Schweiz erschienen, in denen Crispien sich gleichfalls auf diesen Standpunkt stellte: „Wir haben unser Aktionsprogramm und werden in die Kommunistische Internationale nicht eintreten, ni sans conditions, ni sans concessions." Erklärt uns also jetzt genau, was Euer Aktionsprogramm ist, bringt doch die Geschichte endlich einmal auf eine politische Basis, und Crispien möge uns sagen, welche Bedingungen und Konzessionen er meint. Gebt doch endlich einmal anstatt des Aktionsprogramms, das Hilferding und Stöcker umfaßt und das nur aus Phrasen besteht, ein wirkliches politisches Programm, „daß man erkennen kann, wie sie es meinen". Dann werdet Ihr das haben, was bei den Unabhängigen in diesem Augenblick notwendig ist. Ich rede dabei auch gar nicht von Spaltung, womit Ihr so gerne gruslich macht, aber davon rede ich, daß Ihr gezwungen sein werdet, den Massen zu sagen, was Ihr wollt und was die anderen wollen. Und diese Entwicklung der Richtlinien, die nach meiner Meinung entscheidend und bedeutend ist, ist der Punkt, an dem die Kommunistische Internationale einsetzen muß. Ich selbst bin viel zu viel Advokat *(Dittmann: Sehr richtig!)*, als daß ich nicht wüßte, wie mangelhaft Advokatenwerk ist. Und deshalb muß ich gestehen, daß ich der Formulierung von 18 Paragraphen sehr skeptisch gegenüberstehe. Damit erreicht man nicht das, was innerhalb des Lebens der U. S. P. heute das Wichtigste ist: daß die Massen erfassen, um was es geht; man erreicht nicht, was die Massen zu bekommen suchen und was die Unabhängigen bis heute zu geben versäumt haben: das klare politische Programm. Und das, glaube ich, wird die Hauptaufgabe des Kongresses sein: mit klaren, verständlichen Worten zu den deutschen Arbeitern zu sprechen, die mit uns fühlen, und ihnen zu sagen: was, wo und wie der rechte Flügel ist, der sich

bis heute so geschickt zu verbergen verstand dadurch, daß er, je nachdem, wie es die Masse brauchte, revolutionäre Phrasen gefunden hat. In diesem Rahmen habe ich den Kampf gegen die deutschen Unabhängigen bisher aufgefaßt. Es ist notwendig, daß die Kritik, zu der man innerhalb der Reihen der U. S. P. den Mut und die Kraft noch nicht gefunden hat, daß das Gefühl der dumpfen Unzufriedenheit, das Hinausstreben aus dem Rahmen der bisherigen U.-S.-P.-Politik von uns in klare Worte gefaßt wird. So müssen wir unserer Partei und den Massen der U. S. P. dienen und unsere Kritik weiterführen. Wir müssen den Massen das sagen, was sie bisher aus dem Munde ihrer eigenen, auch der linken Führer nicht gehört haben. Wir wissen ganz genau: man wird uns bei dieser unserer Kritik damit herabsetzen wollen, das man sagt, wir sorgten nur für die K. P. D. und hätten nichts als unser Parteiinteresse im Auge. Wir werden aber trotzdem das Verständnis der Massen gewinnen und den rechten Flügel schneller zwingen, sich endlich einmal erkennen zu geben. In diesem Sinne werden wir mit unserer Kritik weiterarbeiten, nicht um unseretwillen, sondern um der Massen in der U. S. P. willen, denen wir bei allen kritischen Schlägen sagen müssen:

„Amor, der dich liebt und peinigt,
will dich selig und gereinigt."

SINOWJEW. Um die Diskussionen für heute abzuschließen, mache ich den Vorschlag, allen, die zum zweiten Mal ums Wort bitten, dasselbe zu verweigern und den Rednern nicht zu gestatten, länger als 10 Minuten zu sprechen. *(Der Vorschlag wird abgelehnt.)*

HUMBERT - DROZ. Die Hauptfrage der gegenwärtigen Diskussion scheint mir die Frage des Beitritts der U. S. P. D. und der Französischen Sozialistischen Partei zur Kommunistischen Internationale zu sein. Die allgemeinen Leitsätze zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale werden nicht erörtert. Es sind dort indessen zwei ganz verschiedene Fragen vorhanden. Wir haben einerseits die allgemeinen Bedingungen für alle Parteien festzulegen, die der Kommunistischen Internationale beizutreten wünschen, mit inbegriffen die U. S. P. und

die Französische Sozialistische Partei. Eine andere Frage ist der Anschluß der U. S. P. und der Französischen Partei. Wir können darüber erst später sprechen, wenn die Parteien unsere allgemeinen Bedingungen erörtert und eine bestimmte Bitte um Aufnahme ausgesprochen haben. Das ist heute noch nicht der Fall, und wir müssen unsere Debatten erweitern, da auch andere weniger bedeutende Parteien in derselben Lage sind wie die U. S. P. und die französische Partei, so z. B. die Parteien Spaniens, der Schweiz und andere. Wenn die Linke der Schweizerischen Partei nicht ihre eigene Delegation gesandt hätte, so hätte die Zentrale eine Delegation gesandt, die der Frankreichs oder der U. S. P. ähnlich wäre, und wir würden vielleicht Naine oder Grabe, die bisher entschiedene Gegner der proletarischen Diktatur gewesen sind, an dem Kongreß der Kommunistischen Internationale mit beratender Stimme teilnehmen sehen.

Die Schweizerische Partei ist durch ihre zentristische, wankelmütige Tendenz bekannt, die sich bald nach rechts, bald nich links neigt, je nach den herrschenden Einflüssen. Auf dem Kongreß, der im August vorigen Jahres stattfand, schied die Schweizerische Partei einstimmig aus der II. Internationale aus und trat mit großer Stimmenmehrheit der Kommunistischen Internationale bei. Aber sie wählte zwei Vertreter als Sekretäre, die auf dem Kongreß Gegner der Kommunistischen Internationale waren: Hegler und Grabe. Bei der Abstimmung, die unter dem Einfluß der Wahlen stand, wurde der Beitritt mit 15 000 Stimmen gegen ungefähr 8000 zurückgewiesen. Daraufhin nahm die Leitung der Partei selbst die Initiative des Wiederaufbaus der Internationale in die Hand. Anfangs war bei diesem Wiederaufbau die Schaffung einer zentristischen Internationale vorgesehen, die rechte sozialistische Elemente und linke „anarchistische Aufrührer" der Kommunistischen Internationale ausschloß.

Nach dem Kongreß der U. S. P. D. fand die Auffassung in den Leitsätzen der Unabhängigen Aufnahme, die in die Kommunistische Internationale eintreten wollten, indem sie ihre Bedingungen stellten und die theoretischen Grundlagen zu erweitern suchten.

In Bern fanden zwischen den Vertretern der Französischen Partei, der U. S. P. und der Schweizerischen Partei mehrmals Verhandlungen statt. Wir machen den Unabhängigen den Vorwurf, daß sie, wenn sie uns sagten, daß ihre Verhandlungen sich auf ihr Leipziger Programm gründen müßten, überhaupt Verhandlungen mit der Zentrale unserer Partei begannen, die die allgemeinen Leitsätze des Leipziger Programms, die Auffassung der Diktatur des Proletariats und des Sowjetsystems bekämpft haben. Die Zentrale der Partei hat diese Taktik des Wiederaufbaus nicht sanktioniert. Im April wurde ein Einwand Grimms angenommen, der gegen die Resolution Grabes über den Wiederaufbau protestierte. Diese Resolution Grimms erklärt den Beitritt zur Kommunistischen Internationale, da die Kommunistische Internationale in der vorrevolutionären Periode die Arbeit der Demokratie zuließe. Am nächsten Tage aber versichert die Zentrale der Partei den Wiederaufbauern Frankreichs in einem Telegramm an den „Populaire", daß diese Resolution nur eine taktische Operation Grimms gewesen wäre, damit eine Spaltung der Linken vermieden werde. Die Verhandlungen wurden fortgesetzt. Während die Delegationen der U. S. P. und der Französischen Sozialistischen Partei nach Rußland kamen, setzten Paul Faure, ein Vertreter der U. S. P. und die Schweizer Partei ihre Verhandlungen über den Wiederaufbau in Bern fort. Die Zentrale der Partei hatte bestimmt, eine Delegation nach Rußland zu senden, damit sie dort dieselbe Wiederaufbauarbeit leiste wie die Unabhängigen. Sie verzichtete darauf, als die Linke ihre eigene Delegation sandte.

Eines ist jetzt klar. Der Wiederaufbau ist nicht möglich. Dieser Versuch war von Anfang an verfehlt, da er alle Schwächen der II. Internationale hatte, deren Gesinnung und Tendenzen er vertrat. Der Mangel an einem Programm und theoretischen Grundlagen, das Fehlen einer internationalen Zentralisation, die Prinzipienarmut, die vielfache Spaltung — das ist es, was die Schwäche der II. Internationale bildet und den „Wiederaufbau" unmöglich macht. Die Unmöglichkeit, den Leichnam der II. Internationale neu zu beleben, und die Unmöglichkeit, die II. Inter-

nationale wieder aufzubauen, einsehend, nähern sich die alten sozialistischen Parteien der Kommunistischen Internationale, ohne deren Gesinnung und Prinzipien zu teilen, ohne deren feste Disziplin und Kontrolle zu besitzen. Aber um nicht isoliert zu bleiben, nehmen diese zentristischen Parteien alle Bedingungen an in der Hoffnung, die Kommunistische Internationale von innen heraus umgestalten zu können. Grabe erklärte auf einem Parteitag, daß die Partei gezwungen sei, der Kommunistischen Internationale beizutreten, aber daß sie sich vorbehalte, innerhalb derselben an der Erweiterung ihrer Grundlagen zu arbeiten. Die Internationale ist der Gefahr gegenüber, die ihr seitens der zentristischen und opportunistischen Parteien droht, welche sie zu überschwemmen und zu erdrücken drohen, waffenlos. Diese Elemente werden alle Bedingungen, die man ihnen stellt, unterschreiben. Zwanzig Leitsätze dürfen uns nicht dazu bringen, diese opportunistischen Elemente in unsere Mitte aufzunehmen.

Ich glaube indessen, daß der Vorschlag Bordigas, diese Parteien zu zwingen, diejenigen, welche gegen das Programm der Kommunistischen Internationale stimmen, auszuschließen, durchaus nützlich ist, um eine erste Reinigung der äußersten Rechten vorzunehmen. Das Wort „Spaltung" erschreckt alle Opportunisten, die die Einigkeit allem voransetzen. Diese erste Reinigung wird selbstverständlich unvollkommen sein, aber sie ist der erste Schritt zur Schaffung einer wahrhaft kommunistischen Partei.

Eine zweite wichtige Bedingung scheint mir eine strenge und andauernde Kontrolle des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale über die Parteien zu sein, die ihr beigetreten sind. Die Wiederaufbauer und die Opportunisten aller Länder haben eins gemeinsam, und zwar die Forderung der Unabhängigkeit der nationalen Partei in bezug auf die internationale Exekutive. „Wir verlangen Garantien", wiederholen sie in allen Tonarten. Sie wollen in der Kommunistischen Internationale dieselbe Freiheit haben, die Freiheit zu verraten, die sie in der II. Internationale besaßen. Die Exekutive muß das Recht haben, den Verhältnissen gemäß gewissen Parteien außer den

allgemeinen im Kongreß angenommenen Bedingungen besondere Bedingungen zu diktieren, die ihrer Lage entsprechen. Die Exekutive muß eine Kontrolle über die Tätigkeit der Partei ausüben und notwendige Reinigungen in solchen Parteien vornehmen, die noch unter dem Einfluß der Opportunisten stehen oder dieselben in ihre Reihen aufnehmen.

DÄUMIG. Ich bin mit Aufmerksamkeit und mit gutem Willen den Debatten über diesen Punkt der Tagesordnung gefolgt, weil ich dem Ausgang dieser Beratungen die größte Bedeutung beilege, nicht allein um der Partei willen, die mich hierher gesandt hat, sondern um der ganzen Internationale willen. Wenn ich mir die Diskussionsreden von gestern und von heute und vor allen Dingen die Reden, die von den Vertretern der kleinen Gruppen gehalten worden sind, vor Augen führe, so könnte ich zur Anschauung kommen, daß die Kommunistische Internationale sein und bleiben soll eine Internationale der Sekten und Gruppen, eine Internationale von Propagandagesellschaften, die untereinander sehr leicht auf eine gemeinsame Theorie, auf eine gemeinsame Linie gebracht werden können. Ich weiß bestimmt, daß unsere russischen Genossen diese Auffassung nicht teilen. Ich glaube nicht, daß man Kautsky zu einem wohlfeilen Prophetenruhm verhelfen will. Kautsky schreibt in seiner neuen Broschüre über „Vergangenheit und Zukunft der Internationale", ausgehend von seinen bekannten demokratischen, sozialreformistischen, antibolschewistischen Anschauungen: „Daß die Kommunistische Internationale dazu kommt, sämtliche sozialistischen Massenparteien in ihrer Mitte zu vereinigen, wird von vornherein verhindert durch ihren Charakter der Ausschließlichkeit als bloße Organisation einer Sekte. Sie wird auf Osteuropa und einige westeuropäische Splitter beschränkt bleiben." Ich glaube nicht, daß die russischen Genossen der Auffassung sind, daß das die Zukunft der Kommunistischen Internationale sein soll. Wenn nicht, so muß sich der Kongreß damit abfinden, daß auch andere große Parteien zur Kommunistischen Internationale mit herangezogen werden müssen, wenn die Kommunistische Internationale nicht eine Propagandagesellschaft bleiben, sondern zu einer kraft-

vollen Organisation des Proletariats der Welt werden soll. Und da ist es ganz selbstverständlich, daß man, wenn man sich mit Parteien auseinandersetzt, die der Zahl nach groß sind, die eine Vergangenheit, die eine politische Tätigkeit von Jahrzehnten hinter sich haben, daß man bei diesen Parteien weit mehr Angriffspunkte und weit mehr Gegenstände zur Kritik findet, als bei Parteien, die nicht im Strome des politischen Lebens zu schwimmen genötigt waren. Es fällt mir nicht ein, hier für meine Partei noch ganz besonders auf mildernde Umstände zu plädieren. Aber das eine möchte ich sagen: daß meine Partei nicht bloß beurteilt werden darf nach den allgemeinen Momenten, nach den theoretischen Aeußerungen, nach den Zeitungsstimmen, die bis jetzt die Grundlagen der Kritik an der U. S. P. D. an dieser Stelle gebildet haben. Man darf doch nicht in dieser Weise generalisieren, wie das hier zum größten Teil geschehen ist. Man kann und darf nicht sagen: die U. S. P. hat das und das getan, sie hat auf diesem und jenem Gebiet gesündigt. Bei uns in Deutschland liegen die Dinge ganz besonders, und auf Deutschland trifft es in gleicher Weise zu, daß seit dem Weltkriege alle Parteien in Gärung und im Fluß sind. Es ließe sich viel sagen gegen manches, was hier vorgebracht worden ist. Ich will nur eins feststellen: Nach der Novemberumwälzung im Jahre 1918 traten innerhalb der U. S. P. zwei sehr scharfe Tendenzen gegeneinander auf. Die eine war noch befangen in den alten demokratischen reformistischen Anschauungen, die als Erbschaft übernommen worden sind von der rechtssozialistischen Partei, und die andere stellt sich vom ersten Tag der Umwälzung, vom ersten Tag der Bildung der Koalitionsregierung an auf den Boden der Diktatur des Proletariats, auf den Boden des Rätesystems. Der Teil, der sich zur Diktatur des Proletariats bekannte, war in der Partei anfangs eine Minderheit. Aber nichtsdestoweniger hat diese Minderheit alles getan von jenem Tage an bis zum heutigen Tage, um die U. S. P. mehr und mehr auf den Boden der Diktatur des Proletariats zu bringen. Ihr wißt, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen worden ist, daß es harter Kämpfe bedarf, um das letzte zu erreichen; aber immerhin ist auf

diesem Wege schon ein ganz großes Stück zurückgelegt worden. Wenn hier zum Beispiel Auseinandersetzungen verschiedener Redner, Radeks usw. mit Dittmann und Crispien stattgefunden haben und nicht mit Unrecht Kritik geübt worden ist an der damaligen Haltung der Volksbeauftragtenregierung, so möchte ich doch betonen, daß neben den Volksbeauftragten ein Berliner Vollzugsrat vorhanden war, der, trotzdem er in der überwiegenden Mehrheit aus Rechtssozialisten und Soldaten bestand, stets mit aller Energie für Abschaffung der Diplomatie à la Solf, für Aufnahme der Beziehungen mit Rußland, für Aufnahme der Delegation aus Rußland eingetreten ist. Wenn wir unseren Willen nicht haben durchsetzen können, wenn unsere Bemühungen nicht von Erfolg gekrönt waren, so ist zu berücksichtigen, daß für uns in Deutschland das Wort zutrifft, das Trotzki geprägt hat: daß wir sehr schwer ringen mußten mit dem Widerstand der Materie. Man muß also Unterschiede machen. Es gibt nirgends, England ausgenommen, eine so tiefe Zerklüftung des Proletariats wie in Deutschland. Wir haben zu kämpfen mit einer nicht unbeträchtlichen Schicht von Arbeitern, die der rechtssozialistischen Partei nachlaufen, die noch im Banne des Klerikalismus stehen und uns wie ein Schwergewicht am Bein hängen. Dann haben wir noch eine Anzahl Arbeiter, die auf dem Boden des Bürgertums stehen, und eine amorphe Masse, die noch nicht politisch organisiert, die noch politisch indifferent ist und nur vorwärts getrieben werden kann durch die revolutionäre Arbeiterschaft. Angesichts dieser Tatsachen haben wir nichts unversucht gelassen, um der Arbeiterschaft, die jahrzehntelang in der parlamentarischen Ideologie erzogen worden ist, den Gedanken der praktischen Anwendung der Diktatur klar zu machen. Daß das Rätesystem das alleinige System sein kann, auf dem sich die Diktatur des Proletariats aufbauen kann, darüber hat innerhalb unserer Partei ein sehr scharfer Meinungsunterschied bestanden. Es muß konstatiert werden, daß in diesem Ringen der Erfolg immer mehr auf seiten der Verfechter der Diktatur des Proletariats geblieben und gewesen ist. In diesem Ringen mit den demokratisch-opportunistischen Anschauungen, die zweifellos vorhanden waren und zum Teil noch

vorhanden sind, hat sich die Anschauung des linken Flügels immer stärker durchgesetzt. Daneben ging auch eine sehr scharfe revolutionäre Aktion in Deutschland vor sich. Nur andeutungsweise möchte ich sagen, daß wir uns seit 1918 nicht darauf beschränkt haben, in Versammlungen und bei öffentlichen legalen Gelegenheiten unsere Auffassungen nur theoretisch vorzutragen, sondern daß wir bis auf den heutigen Tag auf allen Gebieten, soweit unsere Kräfte und unsere Mittel es zuließen, unsere Schuldigkeit getan haben und weiter tun werden. Daß wir in der Partei nicht in gleichem Maße Unterstützung gefunden haben, ist aus der Entwicklung der Partei und ihren Grundanschauungen verständlich. Die Anschauung, daß das illegale Mittel notwendig ist, und der Gedanke der Diktatur des Proletariats haben sich jetzt, das kann ich mit gutem Gewissen sagen, in unserer ganzen Partei durchgesetzt, und wir sind dazu übergegangen, diese Erkenntnis praktisch in die Tat umzusetzen. Auf unserem Märzparteitag waren die demokratischen Tendenzen und Ideen noch sehr stark lebendig, aber andererseits war die Propaganda für den Rätegedanken so stark geworden, daß man ihn nicht an die Wand drücken konnte, und so kam die Formulierung der Verankerung des Rätesystems in der Verfassung zustande. Die ganze weitere Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß unsere Partei in ihren Aktionen unbedingt auf den revolutionären Weg getrieben wurde und durchaus als revolutionär anzusprechen ist. Wenn sich auch theoretisch diese Klärung noch nicht vollständig durchgesetzt hat, so muß immerhin gesagt werden, daß im Verhältnis zu dem Märzparteitag in Berlin der Leipziger Parteitag doch einen entwicklungsgeschichtlichen Fortschritt bedeutet. Aber auch der Leipziger Parteitag hat keinen Ewigkeitswert. Ich bin überzeugt, in wenigen Monaten werden wir uns, gerade angeregt durch das, was wir hier gesehen haben, ein Programm schaffen, das viel konkreter aussehen wird als das jetzige Leipziger Aktionsprogramm. Und da andererseits wieder die Kommunistische Internationale in ihrem Gesamtaufbau keine Agitationsgesellschaft, sondern eine Aktionsgesellschaft sein soll, so bin ich überzeugt und werde alles dafür tun, daß die Organisation und Aktion meiner Partei im Sinne der Anforderungen umgestaltet wird, die die Kommunisti-

sche Internationale der Tat an sie stellt. Das wird nicht so leicht sein, denn unsere Organisation ist als Gegengewicht zur demokratischen reformistischen Zentralisation der alten sozialdemokratischen Partei dezentralisiert worden. Als wir noch in der alten Partei als Opposition waren, haben wir erlebt, daß der Parteivorstand der Scheidemann und Ebert mit diktatorischer Macht handelte, über die Parteigelder verfügte, Zeitungen raubte und alle möglichen Gewaltmaßnahmen ergriff, und es entstand deshalb innerhalb der fortgeschrittenen Arbeiter Deutschlands ein starker Widerwille gegen die Zentralleitung, gegen die Struktur des Vorstands. Dieser Widerwille hat zur Folge gehabt, daß die Partei stark dezentralisiert worden ist. Wir haben nicht die Machtvollkommenheit, die die russische Zentrale hat und in der revolutionären Epoche, in der wir uns befinden, haben muß. Der harte Zwang der revolutionären Entwicklung in Deutschland hätte uns ohne Zweifel auch schon dazu getrieben, unsere Organisation den revolutionären Notwendigkeiten anzupassen. Jetzt kommt die Anregung von Moskau nach Deutschland, und wir werden die dezentralisierte Organisationsweise überwinden können und müssen sie überwinden. Denn die Dinge liegen so, daß die theoretischen Schwierigkeiten, die bei uns bestehen, die jede Partei und auch meine Partei aufzuweisen hat, ein starkes Korrektiv haben — das Beispiel unserer russischen Genossen, denen ich keine Lobhudelei sage, sondern von denen man bei ruhigem und nüchternem Hinschauen sagen kann, daß hier ein klarer entschlossener Wille ein ganzes Volk in der Hand hat, ein Wille, der durch die Kanäle, die von der Internationale ausgehen, seine Wirkung auch in Deutschland nicht verfehlen kann. Das zweite Korrektiv: jeder Kilometer, den die rote Armee zurücklegt, ist ein Ansporn zur Revolution, ist ein Schritt zur Revolution in Deutschland *(Beifall)*, und diese Tatsache zwingt uns, uns einzustellen auf die momentanen Notwendigkeiten. Es geht nicht immer, wie man es wünscht und möchte, aber ich bin überzeugt, wenn man jetzt hört, daß die Berliner Arbeiter anläßlich der Verhaftung Bela Kuns eine große Demonstration veranstaltet haben, daß es nicht zuletzt die Tat der U. S. P. gewesen

ist, die Arbeiter für den Kampf für Sowjetrußland, für den Kampf um die deutsche Revolution aufzurufen, und daß die U. S. P. auch an sich weiterarbeiten und weiterwirken will, um zu einem wertvollen Bestandteil der Kommunistischen Internationale zu werden. Es ist nicht wahr, daß unsere Partei Regierungspartei ist. Man soll — ich lege auf dieses Argument keinen großen Wert — man soll eine Partei auch beurteilen nach dem Urteil, daß ihre Gegner über sie abgeben. Verfolgt die Presse, nicht nur den „Vorwärts", sondern auch die ganze rechtsstehende Provinzpresse, und Ihr werdet eine Ahnung bekommen von den verzweifelten Kämpfen, die gegen die U. S. P. geführt werden, und Ihr werdet feststellen, daß die U. S. P. als Staatsfeindin — neben der Kommunistischen Partei — angesehen wird.

Ich möchte noch einiges sagen über die K. P. D. Sie ist gegründet worden zu einem Zeitpunkt, der nach meiner Ueberzeugung und nach der Ueberzeugung mancher anderen dem kommunistischen Lager nicht gerade günstig war. *(Zwischenruf: Sie wollten doch damals zusammen eine Partei gründen!)*

Wir wollten das, und warum ist daraus nichts geworden? Weil der erste Parteitag der Kommunisten sich grundsätzlich auf einen Boden stellte, den er später nicht mehr anerkannte, und weil beim Gründungsparteitag eine Anzahl Elemente anwesend waren, welche die Kommunistische Partei später von sich stoßen mußte. Und diese Elemente sind es gewesen, unter deren Einfluß die Bedingungen formuliert, unter deren Einfluß die Kommunistische Partei gegründet wurde. Aber dadurch, daß eine Organisation für diese Zwecke geschaffen wurde, bekam sie Eigeninteressen, und es ist in diesem Jahre manches getan worden, was als Unklarheit der Taktik oder als ungerechter Angriff auf die U. S. P. D. bezeichnet werden muß. Ich kann das in bezug auf die Rätefrage sagen und auch in bezug auf andere Fragen, Es läßt sich nicht daran drehen und deuteln. Es ist sehr leicht, von der Höhe seiner theoretischen Weisheit auf die Leute herabzusehen, die die Kleinarbeit machen müssen. Auch die revolutionäre Arbeit erfordert sehr viel Kleinarbeit. Ich habe mich mit dem Genossen Levi einmal darüber ausgesprochen, daß in

Deutschland die Kommunistische Partei der Schulmeister der Revolution und die U. S. P. der Prügeljunge der Revolution sei. Ich halte den geschichtlichen Augenblick, in dem wir stehen, für so bedeutungsvoll, daß das Wichtigste vor uns liegt. Ich bin fest überzeugt, daß alle unglücklichen Hindernisse, die das Fortschreiten der Revolution in Deutschland hemmen, beseitigt werden können und müssen durch die Anregungen, die von hier ausgehen und die wir mitmachen. Ich glaube, es wird möglich sein, die U. S. P. auf den Boden der Kommunistischen Internationale zu führen; wenn wir die theoretischen Auseinandersetzungen bis zu Ende führen, so ergibt sich, daß zwischen Unabhängigen und Kommunisten kein Gegensatz mehr besteht. Dann wird sich auch die andere, die organisatorische Frage bei gutem Willen von beiden Seiten ohne weiteres ergeben.

Wir haben den Beweis durch die Taten zu liefern, die in der nächsten Zeit kommen werden, und ich stelle sie mir folgendermaßen vor: Soweit ich für meine Person reden kann, werden wir alle Anregungen und Leitsätze der Kommunistischen Internationale mit nach Deutschland nehmen und alle unsere Kräfte anspannen, daß keine Organisation ausgeschlossen wird von der Erkenntnis und von der Besprechung, von der Durchführung, von der praktischen Anwendung dieser Notwendigkeiten. Haben wir unseren Parteiapparat bekannt gemacht — unser ganzer Parteiapparat soll in dieser Richtung mitarbeiten — mit dem, was die Kommunistische Internationale will, dann werden wir unseren Parteitag einberufen, und dann wird es sich finden, ob die Partei in ihrer Mehrheit sich auf den Boden der Kommunistischen Internationale stellt. Geschieht das, dann ist von vornherein kein Platz mehr für Leute wie Kautsky, die soviel Ehrlichkeit haben müßten, um der Partei vor aller Welt Adieu zu sagen, und Sie werden auf Grund der Zentralisierung, der Zusammenfassung der Kräfte ständig in der Lage sein, unsere Zeitungen, unseren Parteivorstand usw. zu überwachen. Wir werden die Elemente ausschalten, die nicht auf dem Boden der Kommunistischen Internationale stehen. Wir haben nicht den Auftrag, uns anzuschließen, sondern nur, die Bedingungen zu hören und zu sagen, daß wir den festen Willen haben, die Kommunistische Inter-

nationale weit über die Unzulänglichkeiten der früheren Internationale hinauszuführen zu einer starken, zu einer kraftvollen, zu einer regelrechten Internationale des gesamten Weltproletariats.

KATA DAHLSTRÖM. Wenn ich ums Wort bat, so geschah dies nicht, um den unbedeutenden Anmerkungen, die Genosse Sinowjew gegen meine Partei gemacht hat, entgegenzutreten, sondern um dem Kongreß einen kleinen Einblick in die Verhältnisse unserer Partei zu geben.

Als die sozialistische Linkspartei in Schweden gebildet wurde, geschah dies auf Grund des Versuchs des Sozialpatrioten Branting, unsere Genossen L. Höglund, Kilbom und andere, die die radikalsten Kräfte des Jugendverbandes waren, aus der sozialdemokratischen Partei auszuschließen. An der Bildung der neuen Partei nahmen unter anderem Karl Lindhagen, Ivar Vennerström, Karl Einberg aus der alten Partei teil.

Der sozialdemokratische Jugendverband bildete den Kern der neuen Partei. Um von der alten mächtigen Partei nicht gleich unterdrückt zu werden, waren wir gezwungen, die Partei auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen. Karl Lindhagen hat sich niemals den Beschlüssen der Partei unterworfen und tut dies auch jetzt nicht. Er nennt sich „Wilder" und hat nicht die geringste Ahnung von Parteidisziplin. In letzter Zeit hat er einen humanistischen Verband gegründet. Dieser Verband bekämpft unsere Partei sehr oft.

Die Stellung, die Lindhagen gegenüber dem Völkerbund einnimmt, ist absurd. Die sozialistische Linkspartei hat mit dieser bürgerlichen, imperialistischen Institution nichts zu schaffen.

Karl Einbergs Stellung zur Abrüstungsfrage ist wie folgt: Wir müssen, sagte er, im Parlament für Abrüstung arbeiten und keine Kriegskredite bewilligen. Gleichzeitig erkennt er die Bewaffnung der Arbeiterklasse an als notwendige Folge der revolutionären Epoche, in der wir uns befinden, wo Klasse gegen Klasse im Kampfe steht. Dieselbe Stellung nimmt Ivar Vennerström ein, der nicht eine „geistige Heirat" mit Branting und seiner Partei eingegangen ist, wie Genosse Sinowjew sagte. Mit dieser Brantingpartei haben wir nichts mehr zu tun. Die schwedische

linkssozialistische Partei, deren Grundstock der sozialdemokratische Jugendverband ist, bildet den Kern der Partei, und dieser Jugendverband war die Veranlassung zum Bruch mit der alten Partei und zu der Gründung der neuen.

Höglund ist seit langen Jahren die leitende Kraft, und zusammen mit Fredrik Ström hat er die Partei durch die mannigfaltigsten Schwierigkeiten geführt, die sie zu durchlaufen hatte.

Ich bin ganz derselben Meinung wie Genosse Sinowjew, daß solche Genossen wie Karl Lindhagen nicht in unsere Partei, ja in gar keine politische Partei gehören.

Wir haben uns ohne Vorbehalt auf den Boden der Kommunistischen Internationale gestellt, und wir erkennen das Kommunistische Manifest von Karl Marx ohne Vorbehalt an. Für uns ist die Diktatur des Proletariats und die Bewaffnung der Arbeiterklasse die Voraussetzung zur erfolgreichen Durchführung der sozialen Revolution.

Weiter sagte Genosse Sinowjew, daß es bezeichnend sei, daß wir unsere theoretische Zeitschrift „Zimmerwald" nennen. Zimmerwald hatte bei uns in Schweden die Bedeutung eines Wendepunktes in der Bewegung; in diesem Sinne lebt der Name noch als Symbol dieses Wendepunktes weiter, als bloßer Name, der für uns weiter keine Bedeutung hat.

STOECKER. Genossinnen und Genossen! Genosse Ernst Meyer von der K. P. D. hat hier gestern öffentlich verlangt, daß die U. S. P. sich spalten müßte. Zu meiner großen Verwunderung steht diese Aeußerung doch in offenbarem Gegensatz zu der gesamten Taktik der K. P. D. seit unserem Leipziger Parteitag. Meyer hat mir privat gesagt, daß er sich versprochen habe, aber eine derartig wichtige Aeußerung muß öffentlich zurückgenommen werden. Seinerzeit — im Dezember 1918 — habe ich die Absplitterung der K. P. D. von unserer Partei für einen verhängnisvollen Fehler gehalten. Diese Absonderung von damals hat sich bitter gerächt.

Eine Spaltung der U. S. P. wäre jetzt ein ähnlich schwerer Fehler. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir die

Abtrennung der Kommunisten von uns sehr bedauert haben. Ferner haben wir hier erklärt, daß wir im Falle des Anschlusses an die Kommunistische Internationale zunächst eine Annäherung an die K. P. D. wünschen mit dem Ziele einer völligen Verständigung. Wenn das Verhältnis zwischen den Kommunisten und uns in den vergangenen anderthalb Jahren zeitweise stark getrübt war, so lag dies nicht zuletzt an den mancherlei Irrungen und Wirrungen, die ihre Partei wie die unsere durchgemacht haben. Sie haben in erbitterten inneren Kämpfen einen Klärungsprozeß hinter sich, und auch wir haben einen Entwicklungsprozeß durchgemacht. Es ist kein Geheimnis, daß in unserer Partei starke Meinungsverschiedenheiten vertreten waren. So waren wir verschiedener Meinung während des Krieges über die pazifistischen Aeußerungen und Ideen, die damals von manchen Genossen vertreten wurden, später über die Frage des Eintritts in die erste Revolutionsregierung, über die Art und Weise des Zusammenarbeitens mit den Rechtssozialisten, wie auch über manche Maßnahmen dieser Regierung. Später kamen die Kämpfe um die Fragen: „Nationalversammlung oder Rätesystem", „Demokratie oder proletarische Diktatur". Niemand wird leugnen können, daß alle diese Fragen in unserer Partei in einer Weise gelöst worden sind, die im Interesse der Weiterentwicklung der Revolution liegt.

Heute steht unsere ganze Partei auf dem Standpunkt der sozialen Revolution, der proletarischen Diktatur und lehnt die bürgerliche Scheindemokratie ab, wenn auch nicht immer mit aller nötigen Klarheit über das Wesen und die Mittel der proletarischen Diktatur.

Ich wünschte manchem unserer Genossen einen stärkeren revolutionären Willen, schärfere theoretische Klarheit. Aber unsere Partei hat einen enormen Entwicklungsprozeß nach links durchgemacht, und sie wird sich weiter entwickeln. Wir haben uns in Leipzig ein kommunistisches Programm gegeben, das auf das revolutionäre Denken des deutschen Proletariats einen gewaltigen Einfluß ausgeübt hat. Niemand wird bestreiten können, daß unsere Partei der Träger aller revolutionären Massenaktionen

in den letzten anderthalb Jahren in Deutschland gewesen ist. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat selbst gesagt, daß der größte Teil der besten Elemente des deutschen Proletariats in unserer Partei ist. Das wäre sicher nicht der Fall, hätte nicht unsere Partei eine durchaus revolutionäre Praxis und eine starke grundsätzliche Entwicklung nach links hinter sich. Wer unterscheidet uns heute noch von den Kommunisten, nachdem diese sich auf einen klaren marxistischen Boden gestellt haben? *(Zurufe.)*

Gewiß sind auch heute noch Meinungsverschiedenheiten bei uns vorhanden. So hat uns Genosse Levi die Aeußerungen Ledebours über den Terrorismus vorgehalten. Ledebour steht mit seinen etwas sonderbaren Aeußerungen ziemlich isoliert da. Ueber die Frage der Gewaltanwendung sind wir uns durchaus einig, vielleicht von wenigen Ausnahmen abgesehen, die nie in einer großen Massenpartei fehlen werden. Und was den Terrorismus angeht, so habe ich selbst dem Genossen Ledebour gegenüber in Leipzig erklärt, daß ich mir sehr wohl revolutionäre Situationen denken könne, in denen terroristische Maßnahmen unumgänglich seien. Und seid fest überzeugt: wenn der deutschen Revolution so das Messer an der Kehle steht wie Euch, als Denikin bei Orel, Judenitsch vor Petrograd und Koltschak an der Wolga stand, dann wird die deutsche Revolution ohne Zweifel zu denselben revolutionären Maßnahmen greifen, wie Ihr sie hier in Rußland angewendet habt. Aber sich über diese Notwendigkeiten im klaren sein und den Terrorismus offen als programmatische Taktik propagieren, ist zweierlei. Ich bin fest davon überzeugt: nicht eine einzige der der Kommunistischen Internationale angeschlossenen kommunistischen Parteien hat in ihrem Programm den Terrorismus als taktische Maßnahme akzeptiert.

Nehmen wir z. B. die K. P. D. In dem von der Genossin Luxemburg verfaßten Programm der Partei heißt es: „In den bürgerlichen Revolutionen waren Blutvergießen, Terror, Wut die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen. Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors,

sie haßt und verwünscht den Menschenmord." *(Zwischenruf des Genossen Radek: Weiter lesen!).* Abwarten, Genosse Radek, ich werde weiter lesen. Nachdem also hier der Terrorismus klar abgelehnt ist, wird die Anwendung von Gewaltmitteln empfohlen. Darüber heißt es: „Die proletarische Revolution ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes . . . Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden . . . Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die soziale Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen es zu gebrauchen — zu kämpfen und zu siegen." Diese Sätze sind auch für uns Selbstverständlichkeiten. Der Bürgerkrieg in Deutschland ist da, wir stehen mitten drin, und wir tun alles, was in unseren Kräften steht, um die Arbeiterklasse für die kommenden entscheidenden Kämpfe vorzubereiten.

Wenige Worte noch über zwei Fragen unseres Antwortschreibens, die Kritik hervorgerufen haben. Zunächst die Kontinuität des Wirtschaftslebens während der Revolution. Selbstverständlich wird während der kommenden revolutionären Kämpfe der Produktionsprozeß ernsten Störungen unterliegen. Erstens wegen der schweren Folgen des Bürgerkrieges und seiner militärischen Vorgänge, zweitens wegen der von uns sofort vorzunehmenden Umgestaltung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische und den dadurch hervorgerufenen Widerständen und der Sabotage der Unternehmer. Wer die soziale Revolution will, muß auch die Störung des Produktionsprozesses mit in Kauf nehmen. Allerdings werden wir in einem Industrielande wie Deutschland mehr Wert auf die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens legen müssen, als dies in einem Agrarlande wie Rußland der Fall ist. Und damit komme ich auf unsere Wendung, daß man die russischen Methoden nicht mechanisch auf die westeuropäischen Länder übertragen könne. Wir haben in Deutschland kein Millionenheer revolutionär gesinnter Bauern wie in

Rußland, sondern ein gegenrevolutionäres Bauerntum, das uns wahrscheinlich die größten Schwierigkeiten in den Weg legen wird. Ferner haben wir ein Millionenheer geistiger Arbeiter: kaufmännische Angestellte, Bankbeamte, Techniker, Ingenieure, kleine Beamte usw., von dem ein beträchtlicher Teil mit uns bewußter Träger der proletarischen Diktatur sein muß, soll diese nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt sein. So haben wir in Deutschland andere Voraussetzungen zur Erreichung der Diktatur des Proletariats und vielleicht auch im einzelnen andere Formen der Ausübung der Diktatur. Im allgemeinen gelten natürlich die Lehren der proletarischen Revolution in Rußland auch für uns in Deutschland. Wenn unsere Partei nicht so schnell zur Kommunistischen Internationale gekommen ist, wie wir das gewünscht haben, so liegt dies nicht zuletzt daran, daß wir in Deutschland eine Kommunistische Partei haben, nach der die Kommunistische Internationale in den Massen eingeschätzt wird, und wir können und dürfen es nicht verschweigen, daß diese Partei mit Ausnahme ihrer Zentrale in fast allen Lokalen und Bezirksorganisationen sehr lange die Politik der Elemente der jetzigen K. A. P. D. getrieben hat.

Wenn ich die größeren Schwierigkeiten der sozialen Revolution in Deutschland erwähnte, so keineswegs deshalb, weil wir etwa pessimistisch in die Zukunft schauen. Im Gegenteil, auch bei uns geht der Kapitalismus seinem Ende immer mehr entgegen. Wirtschaftlich, finanziell, ernährungspolitisch nähern wir uns immer schneller der Katastrophe des Kapitalismus. Wir werden bald, vielleicht schon in wenigen Monaten, in Deutschland in neuen revolutionären Kämpfen stehen. Wir werden alles tun, um die Gegensätze zuzuspitzen. Wir werden die Bourgeoisie schlagen und die deutsche Räterepublik errichten. Hand in Hand mit Sowjetrußland und der Kommunistischen Internationale werden wir dann für die Weltrevolution kämpfen.

JÖRGENSEN. Ich hatte nicht die Absicht, in dieser Diskussion das Wort zu ergreifen. Aber einige Bemerkungen des Genossen Sinowjew über das Programm der dänischen linkssozialistischen Partei haben mich gezwungen, ein paar Worte über die Tätigkeit und das Programm dieser Partei zu sagen.

Es ist selbstverständlich ganz unmöglich, in einer verhältnismäßig kurzen Diskussion die Parteiverhältnisse in Dänemark in allen ihren Einzelheiten zu behandeln. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß unsere Partei durch den Zusammenschluß von drei verschiedenen Parteien gebildet wurde:

1. der Sozialistischen Arbeiterpartei Dänemarks, die ein rein kommunistisches Programm hatte und schon seit Anfang 1919 der Kommunistischen Internationale angeschlossen war;

2. der Unabhängigen Sozialdemokratie Dänemarks, die gleichzeitig mit der Sozialistischen Arbeiterpartei im April 1918 gebildet wurde und einen kleinbürgerlichen Charakter trug;

3. dem Sozialdemokratischen Jugendverband, der es bis zu der Zeit, als die vereinigte Partei gebildet wurde — den 9. November 1919 —, für möglich gehalten hat, in der Sozialdemokratie zu bleiben.

Schon diese Tatsachen sprechen dafür, daß unsere Partei aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt ist. Aber sowohl die ökonomische als auch die politische Entwicklung haben die Partei immer mehr nach links getrieben, und unser Programm ist ein Resultat dieser raschen Entwicklung. Auf unserem Gründungskongreß, am 29. Februar und 1. März d. J., wurde nicht nur einstimmig beschlossen, in die Kommunistische Internationale einzutreten, sondern es wurde auch fast einstimmig ein Programm angenommen, das als kommunistisch bezeichnet werden muß..

Genosse Sinowjew hat in diesem Programm einen schwachen Punkt gefunden. Und Genosse Sinowjew hat wirklich Grund, über den von ihm zitierten Satz zu ironisieren. Aber ich muß darauf aufmerksam machen: 1. daß die Uebersetzung, in der der betreffende Satz gelesen wurde, sehr schlecht war, 2. daß der Zusammenhang, in dem der Satz vorkommt, beweist, daß wir dänischen Kommunisten nicht behaupten, daß die Revolution durchaus eine unblutige werden muß; sondern wir behaupten nur, daß sie vielleicht unblutig verlaufen könnte.

Man gestattet mir vielleicht, den Teil unseres Programms vorzulesen, der unsere Stellung zur Revolution und zur Diktatur des Proletariats darlegt. *(Liest.)*

Wie aus unserem Programm zu ersehen ist, steht dort kein Wort über die Notwendigkeit einer friedlichen, unblutigen Revolution. Nur wird gesagt, daß es möglich ist, daß die Revolution in Dänemark eine unblutige wird. In dieser unserer Auffassung sind wir in Uebereinstimmung mit dem Genossen Lenin, der vielmals erklärt und geschrieben hat, daß eine unblutige Revolution in gewissen, ökonomisch rückständigen Ländern möglich ist.

Wichtig ist ja auch nicht, ob die Revolution blutig oder unblutig verlaufen wird. Die Hauptsache ist, daß die Arbeiterklasse die Macht erobert — mit welchen Mitteln, das ist ganz gleich. Ich persönlich habe die Auffassung, daß die Revolution in den ökonomisch entwickelten Ländern überall blutig wird und blutig werden muß, wahrscheinlich viel blutiger als die russische Revolution, weil die europäische Bourgeoisie viel stärker und viel besser bewaffnet ist, als die russische Bourgeoisie es war.

Dänemark ist ein ökonomisch rückständiges Land, und das dänische Volk ist kleinbäuerlich und kleinbürgerlich. Eine Revolution in Dänemark ist ganz undenkbar, bevor eine Revolution in Deutschland stattgefunden hat. Wir sind ganz und gar von der Entwicklung in den Großstaaten abhängig.

Ich gebe zu, daß unser Programm nicht vollkommen ist. Und doch ist es im Punkte über die Diktatur des Proletariats viel klarer und schärfer abgefaßt als zum Beispiel das Programm der Schwedischen Linkssozialistischen Partei.

Es wäre viel mehr Grund, unsere Tätigkeit zu kritisieren als unser Programm. Wir haben doch in unserer kurzen Lebenszeit eine Arbeit ausgeführt, um deretwillen wir uns gar nicht zu schämen brauchen. Wir haben in der verhältnismäßig kurzen Zeit vom 9. November bis zum 1. Juni 45 Parteiabteilungen gegründet und weiterentwickelt. Wir haben auch Propagandaarbeit geleistet, besonders durch unsere tägliche Zeitung „Arbejdet".

Wir müssen mit großen Schwierigkeiten kämpfen, und alle, die nur ein wenig von den dänischen Verhältnissen wissen, wer-

den bestätigen, daß Dänemark die relativ größte und am meisten korrumpierte sozialdemokratische Partei hat.

Gerade wegen unserer Auffassung von der Notwendigkeit der proletarischen Diktatur haben wir nicht nur mit den Sozialdemokraten zu kämpfen, sondern auch mit den Syndikalisten, die grundsätzlich Gegner jeglicher Diktatur sind.

Aber ich will zugeben, daß wir dänischen Kommunisten immer weiter nach links getrieben werden müssen, und wir können nur dankbar sein, wenn wir von der Kommunistischen Internationale die Impulse zu einer immer mehr revolutionären Agitation und Aktion erhalten.

Die Entwicklung hat voll und ganz bewiesen, daß aller Glaube an ein allmähliches, unmerkbares Hineinwachsen in den Sozialismus als Utopie anzusehen ist. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel kann nur dadurch geschehen, daß der immer heftigere Klassenkampf in der sozialen Revolution gipfelt. Ob diese unblutig und schnell beendigt wird, hängt davon ab, ob die Bourgeoisie selbst erkennt, daß ihre Rolle ausgespielt ist.

Von dem Verhalten der Bourgeoisie hängt es indirekt auch ab, wie lange die darauffolgende Diktatur des Proletariats, die notwendig ist, um die Produktion und die Verteilung umzuändern, dauern wird. Die Uebernahme aller Produktionsmittel und alles Eigentums sowie der Anbau des Bodens soll durch Stadt- und Landarbeiterräte geschehen, die zugleich die politische Macht übernehmen und das bürgerliche Parlament ersetzen.

Dänemarks linkssozialistische Partei betrachtet es als ihre Aufgabe, die Arbeiterklasse auf dieser Grundlage zu sammeln und sie auf den großen entscheidenden Kampf zwischen der oberen und der unteren Klasse vorzubereiten.

Die Partei strebt nicht nur der Diktatur einer einzelnen Gesellschaftsklasse zu, betrachtet sie aber als einen notwendigen Uebergangszustand. Diese Diktatur kann nie durch planlose Putsch- oder Revolutionsversuche errichtet werden. Die Partei strebt als Endziel harmonischen Gesellschaftsverhältnissen zu, unter denen das Unterdrückungs- und Gewaltsystem beseitigt ist, und bekämpft infolgedessen den Militarismus mit aller Macht.

In ihrem Kampf wird die Partei auf die sozialistische Aufklärung der Massen und die außerparlamentarischen Aktionen Wert legen, wird aber zugleich den Parlamentarismus (Beteiligung an den parlamentarischen und den kommunalen Wahlen) benutzen, bis der revolutionäre Zeitpunkt gekommen ist, wo sie durch Stadt- und Landarbeiterräte eine Regierungsform der politischen und ökonomischen Gleichstellung aller schaffen kann — die Demokratie der Arbeit.

FRIIS (verliest folgende Erklärung): Die norwegische Delegation macht darauf aufmerksam, daß die besondere Organisationsform der norwegischen Arbeiterpartei, der kollektive Anschluß der Gewerkschaften an die Partei, in den Bestimmungen für den Anschluß an die Kommunistische Internationale nicht berücksichtigt worden ist.

Indem die Delegation auf ihren Bericht über die Tätigkeit der Partei hinweist, schlägt sie vor, daß Verhandlungen zwischen dem Exekutivkomitee und den betreffenden Parteien, welche den kollektiven Anschluß gestatten, aufgenommen werden.

SINOWJEW. Ich kann dazu nur erklären: Wir werden die Gelegenheit ergreifen, um die Lage gründlich zu prüfen, und wir raten den norwegischen Genossen, eine andere Zusammensetzung der Partei zu erwirken, damit an Stelle der kollektiven Aufnahme die persönliche Aufnahme träte.

Die schwedische Partei hat auch bestätigt, was hier gesagt worden ist.

Die jugoslawische Partei ist keine opportunistische, das wollte ich auch nicht sagen, sondern eine revolutionäre Partei; aber sie soll keine Opportunisten unter sich dulden.

Ich stelle ferner folgenden Antrag: *(Der Antrag wird verlesen).*

Es wird für die Parteien aller Länder sehr nützlich sein, wenn sie etwas Furcht vor der Kommunistischen Internationale bekommen. Wir sollen immer einen Spiegel haben, in dem die Parteien ihr Bild sehen können.

Das Exekutivkomitee wurde gestern gefragt, warum die K. A. P. D. nicht vertreten ist. Die Vertreter der K. A. P. D.

Rühle und Merges, haben in letzter Stunde erklärt, sie wollten dem Kongreß nicht beiwohnen. Wir hatten ihnen zunächst beratende Stimme gegeben, aber in letzter Stunde beschließende Stimme vorgeschlagen, weil wir sie zur Diskussion zwingen wollten. Sie haben es dennoch abgelehnt, dem Kongreß beizuwohnen, mit der Erklärung, daß sie unsere Leitsätze gelesen und sich überzeugt hätten, daß wir ihnen zu opportunistisch seien. Sie sind weggelaufen vom Kongreß, sie haben sich selbst nicht zugemutet, vor einem Forum wie der Kommunistischen Internationale ihre Anschauungen zu vertreten. Sie sind also nicht hier, weil sie nicht hier sein wollen.

Ich stimme den Genossen zu, wenn sie sagen, daß die letzte Deklaration Cachins und Frossards eine Art Rückzug war. Nachdem ich ihre Deklaration erhalten hatte, schrieb ich ihnen folgenden Brief. *(Der Brief wird vorgelesen.)*

Sie haben mir mit einem Brief geantwortet. *(Der Brief wird vorgelesen.)*

Also jetzt müssen wir abwarten, was darauf kommen wird.

Nun komme ich zu der Gruppe von Rednern von „links," die das Auftreten des Exekutivkomitees kritisiert haben. Wijnkoop u. a. sagten, es sei nicht richtig, daß das Exekutivkomitee überhaupt solche Leute wie die Unabhängigen und die Franzosen zugelassen habe. Ich frage den Kongreß: Haben wir wirklich etwas verloren, indem wir mit diesen Vertretern so ausführlich und klar verhandelt haben? Wird es schlecht sein, wenn das Stenogramm von gestern und heute veröffentlicht werden wird und wenn die Arbeiter es lesen werden? Im Gegenteil. Es ist gut, daß diese Meinungen jetzt der ganzen Welt klar sein werden. Genosse Goldenberg hat eine ganze lange Rede darüber gehalten, wie unmöglich es sei, solche Elemente in die Kommunistische Internationale aufzunehmen. Ja, wir schlagen es auch gar nicht vor. Wir bitten nur, der Exekutive das Mandat zu erteilen, nach dem Kongreß zu prüfen, ob die Bedingungen befolgt worden sind. Wir haben der französischen Delegation einen Brief im Namen des Präsidiums des Kongresses mitgegeben, den sie vielleicht schon heute in der russischen Presse gelesen haben.

Wir haben ihnen gesagt, Longuet sei ein Sozialpazifist und kein Revolutionär, seine und seiner Freunde Vergangenheit sei eine schmachvolle. Die Einheit mit Renaudel und Thomas bedeutet dasselbe wie Einheit mit dem Hund Noske. Wir haben ihnen rundweg gesagt, was wir ihnen sagen sollen. Dieser Brief wird in Frankreich von den Kommunisten und vielleicht auch von der „Humanité" veröffentlicht werden, und die Franzosen werden ihn lesen und darüber urteilen können. Auf diese Art werden wir zu den Arbeitern sprechen, die noch zu den Zentrumsleuten einiges Vertrauen haben. Was sollten wir ihnen erklären, wenn wir nicht mit Cachin und Frossard verhandelt hätten?

Wir haben Crispiens Kautskyanismus nicht zu fürchten. Wir haben dem Kongreß nicht vorgeschlagen, diese Elemente in die Kommunistische Internationale aufzunehmen. Sie brauchen also keine offenen Türen einzuschlagen. Die Parteien der U. S. P. und die Französische Sozialistische Partei, wie sie jetzt sind, nehmen wir nicht auf. Wir fordern Reinigung und Umänderung der ganzen Politik dieser Parteien. Und das werden wir erreichen.

Es wird ein Schritt vorwärts sein, wenn man überall in den Betrieben und Versammlungen unsere Leitsätze vorlesen wird.

Mögen die Zentrumsleute Gegenthesen schreiben und den Massen vorlegen. Jetzt ist die Aktion in Fluß gekommen. Darum sage ich: Diese sogenannte Opposition von „links" ist völlig unbegründet und hinkt auf beiden Füßen. Das ist eben der „Futurismus", von dem Guilbeaux sprach. Ich wiederhole, das einzige, was wir vorgeschlagen haben, besteht darin: zunächst soll sich die Exekutive überzeugen, ob alle unsere Bedingungen wirklich erfüllt sind, und nachher muß die Exekutive das Mandat haben, diese Parteien aufzunehmen, und nach dem Statut der Kommunistischen Internationale auch das Recht, sie jederzeit wieder auszuschließen. Wir sind genug gewappnet und brauchen nichts zu fürchten.

Dem Genossen Serrati möchte ich folgendes sagen: Die Lage in Italien ist für die Kommunistische Internationale unerträglich. Die ganze Gewerkschaftsbewegung in Italien ist in den

Händen von Reformisten. Daran trägt die Partei die Schuld. Genossen, ich muß Euch mitteilen, daß die italienischen Gewerkschaften schon das siebente Jahr keinen Kongreß einberufen haben, und das duldet eine Partei, die zur Kommunistischen Internationale gehört! Die Leute vom Schlage D'Aragonas wissen, daß die Arbeiter sie fortjagen werden, wenn sie einen Kongreß einberufen. Solche Zugeständnisse sind eine Schande! Wie wollen Sie eine proletarische Revolution machen, wenn die Spitzen der Gewerkschaften ausgesprochen reformistisch sind?! Also, Genossen, Ihr seht, die Sache ist nicht so harmlos und gemütlich, wie sie Serrati in seiner Rede darstellt. Das kann die Kommunistische Internationale nicht dulden. Sollten die Führer der italienischen Partei es noch weiter dulden wollen, so werden wir über ihre Köpfe hinweg an die italienischen Arbeiter appellieren.

Noch ein Wort, Genossen, über die Linke der U. S. P. Wir wissen ganz genau, daß die U. S. P. ein formloser Block zweier Richtungen ist. Wenn man Crispien anhört, so muß man sagen: er sagt dasselbe wie Kautsky. Die Vertreter der linken U. S. P. haben uns getröstet. Die Genossen sagen: Es geht doch vorwärts, seid nicht so ungeduldig, alles wird sich schon machen, abwarten. Ich frage: Ist das alles, was Sie uns zu sagen hatten, Genosse Däumig? Ich glaube, Genossen, das ist sehr ungenügend. Sind die Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen, wirklich eine Ursache für uns, unsere Aktionen lahmzulegen? Es geht trotzdem vorwärts, sagt die linke U. S. P. tröstend, anstatt zu handeln. Bisher waren wir darauf stolz, daß unsere Partei ein Faktor der Geschichte ist, daß wir den Gang der Geschichte beschleunigt haben. Der Trost der U. S. P. nützt nichts. Sie haben eine Erklärung der Zentrale der U. S. P. unterzeichnet, Genosse Däumig, die wirklich kein glänzendes Stück in der Geschichte der U. S. P. ist. Wie war das möglich? Weil die linke U. S. P. nicht organisiert ist, weil sie nicht weiß, was sie will, weil sie sich nicht aus den Umarmungen der rechten, halbtoten Opportunisten befreien kann. Das Proletariat mußte Ihnen vorangehen.

Wir haben eine Resolution über die Rolle der Partei angenommen. Warum haben Sie sich nicht zu diesem Punkt geäußert? Wir haben gezeigt, wie die Bolschewiki es verstanden, am Anfang des Krieges, im Strom des Chauvinismus, wenn es nötig war, gegen den Strom zu schwimmen.

Unsere geschichtliche Aufgabe ist, der Arbeiterklasse voranzugehen und nicht zu warten, bis man uns vorwärts reißt. Wir haben lange genug gewartet. Die Arbeiterklasse hat lange genug gewartet, jetzt sind die entscheidenden Kämpfe gekommen.

In Deutschland ist es möglich, daß die Arbeiterklasse schon in den nächsten Monaten vor entscheidenden Kämpfen stehen wird. Wie können Sie noch in der Frage des Terrors schwanken? Ich glaube, wir haben in Rußland genügend Prügel bekommen. Auch von unseren Irrtümern sollen Sie lernen. Wir haben es erfahren, daß der General Kraßnow, als wir ihn befreit haben, nachher den Bürgerkrieg organisiert hat. Sie vergessen die Lehren Ihrer eigenen deutschen Revolution, des Mordes an Liebknecht. Es gibt kaum eine einzige Straße in den Arbeitervierteln der großen deutschen Städte, in der nicht Arbeiterblut geflossen ist. Der Bürgerkrieg ist schon da. Wir dürfen die Lehren des Bürgerkrieges nicht vergessen. Wir müssen diese Lehren beherzigen.

Ich bitte den Kongreß, daß wir jetzt die Bedingungen annehmen, sie zur endgültigen Redaktion der Kommission übergeben und dann darüber abstimmen. Aber wer diese 21 Punkte unterschreibt, ist noch nicht zum Kommunisten getauft, sondern wir müssen verfolgen, ob die Parteien diese Bedingungen wirklich ausführen, und ich hoffe, daß das Exekutivkomitee dies tun wird. Wir brauchen keine Reverenzen vor der russischen Revolution und vor der Kommunistischen Internationale. Was wir brauchen, ist allein, daß in den anderen Ländern die Schuldigkeit und Pflicht getan wird. Wir fühlen uns nicht nur als eine Partei, die ein großes Land regiert, sondern wir fühlen uns — und das ist unser Stolz — als eine kommunistische Partei, die

in Verbindung mit anderen Parteien die Kommunistische Internationale gegründet hat. Wir sprechen ja nicht umsonst von einer Weltrevolution, und die Kommunistische Internationale ist keine russische, sondern eine Weltorganisation. Wir sind stolz, daß der Kongreß auf unserem Boden stattfinden kann. Natürlich sind wir auch darauf stolz, wenn manche von Euch sagen, daß bei uns in Rußland etwas getan worden ist. Doch müssen wir fordern, daß man uns nicht mit Phrasen kommt, sondern daß man uns offen und klar sagt, wann man endlich die italienische Gewerkschaftsbewegung, die herrliche italienische Arbeiterklasse befreit, wann endlich überall wirklich kommunistische Parteien gebildet werden.

Darum, Genossen, bitte ich um die Annahme folgender Leitsätze:

Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale.

Der erste Kongreß der Kommunistischen Internationale hat keine genauen Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale aufgestellt. Bis zum Augenblick der Einberufung des I. Kongresses existierten in den meisten Ländern bloß kommunistische *Richtungen* und *Gruppen.*

Unter anderen Verhältnissen tritt der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale zusammen. Zurzeit gibt es in den meisten Ländern nicht nur kommunistische Strömungen und Richtungen, sondern kommunistische *Parteien* und *Organisationen.*

An die Kommunistische Internationale wenden sich nun oft Parteien und Gruppen, die noch vor kurzem zur II. Internationale gehörten, die jetzt in die Kommunistische Internationale eintreten wollen, aber nicht in der Tat kommunistisch geworden sind. Die II. Internationale ist endgültig zerschlagen. Die Zwischenparteien und die Gruppen des „Zentrums", die die völlige Aussichtslosigkeit der II. Internationale einsehen, versuchen sich an die immer kräftiger werdende Kommunistische Internationale anzulehnen. Sie hoffen jedoch dabei eine solche

„Autonomie" zu bewahren, die ihnen die Möglichkeit gewährt, ihre frühere opportunistische oder „Zentrumspolitik" weiterzuführen. Die Kommunistische Internationale wird gewissermaßen Mode.

Das Verlangen einiger führenden Gruppen des „Zentrums", in die Kommunistische Internationale einzutreten, ist eine indirekte Bestätigung dessen, daß die Kommunistische Internationale die Sympathien der überwiegenden Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt erobert hat und daß sie eine mit jedem Tage immer mehr wachsende Macht wird.

Der Kommunistischen Internationale droht die Gefahr, durch wankelmütige und durch Halbheit sich auszeichnende Elemente, welche die Ideologie der II. Internationale noch nicht endgültig abgestreift haben, verwässert zu werden.

Außerdem verbleibt in einigen großen Parteien (Italien, Schweden, Norwegen, Jugoslawien u. a.), deren Mehrheit auf dem Standpunkt des Kommunismus steht, bis zum heutigen Tage ein bedeutender reformistischer und sozialpazifistischer Flügel, der nur auf den Augenblick wartet, wieder das Haupt zu erheben, mit der aktiven Sabotage der proletarischen Revolution zu beginnen und dadurch der Bourgeoisie und der II. Internationale zu helfen.

Kein einziger Kommunist darf die Lehren der ungarischen Räterepublik vergessen. Die Verschmelzung der ungarischen Kommunisten mit den sogenannten „linken" Sozialdemokraten ist dem ungarischen Proletariat teuer zu stehen gekommen.

Infolgedessen erachtet es der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale für notwendig, die Bedingungen der Aufnahme von neuen Parteien ganz genau festzulegen und diejenigen Parteien, die in die Kommunistische Internationale aufgenommen sind, auf die ihnen auferlegten Pflichten hinzuweisen.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale stellt folgende Bedingungen der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale auf:

1. Die *gesamte Propaganda* und *Agitation* muß einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und

den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale entsprechen. Alle Preßorgane der Partei müssen von zuverlässigen Kommunisten geleitet werden, die ihre Hingebung für die Sache des Proletariats bewiesen haben. Von der Diktatur des Proletariats darf nicht einfach wie von einer landläufigen, eingepaukten Formel gesprochen werden, sondern sie muß so propagiert werden, daß ihre Notwendigkeit jedem einfachen Arbeiter, jeder Arbeiterin, jedem Soldaten und Bauern verständlich wird aus den Tatsachen des täglichen Lebens, die von unserer Presse systematisch beobachtet und die Tag für Tag ausgenützt werden müssen.

Die periodische und nicht periodische Presse und alle Parteiverlage müssen völlig dem Parteivorstand unterstellt werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Partei in ihrer Gesamtheit in dem betreffenden Augenblick legal oder illegal ist. Es ist unzulässig, daß die Verlage ihre Selbständigkeit mißbrauchen und eine Politik führen, die der Politik der Partei nicht ganz entspricht.

In den Spalten der Presse, in Volksversammlungen, in den Gewerkschaften, in Konsumvereinen — überall, wohin sich die Anhänger der Kommunistischen Internationale Eingang verschaffen, ist es notwendig, nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Helfershelfer, die Reformisten aller Schattierungen, systematisch und unbarmherzig zu brandmarken.

2. Jede Organisation, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen will, muß regelrecht und planmäßig aus allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung (Parteiorganisationen, Redaktionen, Gewerkschaften, Parlamentsfraktionen, Genossenschaften, Kommunalverwaltungen) die reformistischen und Zentrumsleute entfernen und sie durch bewährte Kommunisten ersetzen, ohne sich daran zu stoßen, daß besonders am Anfang an die Stelle von „erfahrenen" Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse gelangen.

3. Fast in allen Ländern Europas und Amerikas tritt der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkrieges ein. Unter derartigen Verhältnissen können die Kommunisten kein Vertrauen zu der bürgerlichen Legalität haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein wird, ihre Pflicht

gegenüber der Revolution zu erfüllen. In all den Ländern, wo die Kommunisten infolge des Belagerungszustandes und der Ausnahmegesetze nicht die Möglichkeit haben, ihre gesamte Arbeit legal zu führen, ist die Kombinierung der legalen mit der illegalen Tätigkeit unbedingt notwendig.

4. Die Pflicht zur Verbreitung der kommunistischen Ideen schließt die besondere Verpflichtung zu einer nachdrücklichen systematischen Propaganda im Heere in sich. Wo diese Agitation durch Ausnahmegesetze unterbunden wird, ist sie illegal zu führen. Der Verzicht auf eine solche Arbeit würde einem Verrat an der revolutionären Pflicht gleichen und mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale unvereinbar sein.

5. Es ist eine systematische und planmäßige Agitation auf dem flachen Lande notwendig. Die Arbeiterklasse vermag nicht zu siegen, wenn sie nicht die Landproletarier und wenigstens einen Teil der ärmsten Bauern hinter sich und sich die Neutralität eines Teils der übrigen Dorfbevölkerung durch ihre Politik gesichert hat. Die kommunistische Arbeit auf dem flachen Lande gewinnt gegenwärtig hervorragende Bedeutung. Sie muß vornehmlich mit Hilfe der revolutionären, kommunistischen *Arbeiter* der Stadt und des Landes geführt werden, die mit dem flachen Lande Verbindung haben. Der Verzicht auf diese Arbeit oder deren Uebergabe in unzuverlässige, halbreformistische Hände gleicht einem Verzicht auf die proletarische Revolution.

6. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Unaufrichtigkeit und Heuchelei des Sozialpazifismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, daß ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationale Schiedsgerichte, keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei „demokratische" Erneuerung des Völkerbundes imstande sein werden, neue imperialistische Kriege zu verhüten.

7. Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünschen, sind verpflichtet, den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des „Zentrums" anzuerkennen

und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitglieder zu propagieren. Ohne das ist eine konsequente kommunistische Politik nicht möglich.

Die Kommunistische Internationale fordert unbedingt und ultimativ die Durchführung dieses Bruches in kürzester Frist. Die Kommunistische Internationale vermag sich nicht damit abzufinden, daß notorische Opportunisten, wie sie jetzt durch Turati, Modigliani, Kautsky, Hilferding, Hillquith, Longuet, Macdonald u. a. repräsentiert werden, das Recht haben sollen, als Angehörige der Kommunistischen Internationale zu gelten. Das könnte nur dazu führen, daß die Kommunistische Internationale in hohem Maße der zugrunde gegangenen II. Internationale ähnlich werden würde.

8. In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen ist eine besonders ausgeprägte und klare Stellung der Parteien in denjenigen Ländern notwendig, deren Bourgeoisie im Besitz von Kolonien ist und andere Nationen unterdrückt. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die Kniffe „ihrer" Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer einheimischen Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes ein wirklich brüderliches Verhältnis zu der arbeitenden Bevölkerung der Kolonien und zu den unterdrückten Nationen zu erziehen und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen.

9. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit

überall den Verrat der Sozialpatrioten und die Wankelmütigkeit des „Zentrums" zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.

10. Jede der Kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer „Internationale" der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie muß unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Amsterdamer Internationale nachdrücklichst propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die entstehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.

11. Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören wollen, sind verpflichtet, den persönlichen Bestand ihrer Parlamentsfraktionen einer Revision zu unterwerfen, alle unzuverlässigen Elemente aus ihnen zu beseitigen, diese Fraktionen nicht nur in Worten, sondern in der Tat den Parteivorständen unterzuordnen, indem von jedem einzelnen kommunistischen Parlamentsmitglied gefordert wird, seine gesamte Tätigkeit den Interessen einer wirklich revolutionären Propaganda und Agitation zu unterwerfen.

12. Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen *Zentralismus* aufgebaut werden. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkrieges wird die kommunistische Partei nur dann imstande sein, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert ist, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht und wenn ihr Parteizentrum, getragen von dem Vertrauen der Parteimitgliedschaft, mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitgehendsten Befugnissen ausgestattet wird.

13. Die kommunistischen Parteien derjenigen Länder, in denen die Kommunisten ihre Arbeit legal führen, müssen von Zeit zu Zeit Säuberungen (Neuregistrierungen) des Bestandes ihrer Parteiorganisation vornehmen, um die Partei von den sich in sie einschleichenden kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu reinigen.

14. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, jeder Sowjetrepublik in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte bedingungslosen Beistand zu leisten. Die kommunistischen Parteien müssen eine unzweideutige Propaganda führen zur Verhinderung des Transports von Kriegsmunition an Feinde der Sowjetrepubliken; ferner müssen sie unter den zur Erdrosselung von Arbeiterrepubliken entsandten Truppen mit allen Mitteln legal oder illegal Propaganda treiben usw.

15. Parteien, die bisher noch ihre alten sozialdemokratischen Programme beibehalten haben, sind verpflichtet, in möglichst kurzer Zeit diese Programme zu ändern und entsprechend den besonderen Verhältnissen ihres Landes ein neues kommunistisches Programm im Sinne der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale auszuarbeiten. In der Regel muß das Programm jeder zur Kommunistischen Internationale gehörenden Partei von dem ordentlichen Kongreß der Kommunistischen Internationale oder dem Exekutivkomitee bestätigt werden. Im Fall der Nichtbestätigung des Programms einer Partei durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat die betreffende Partei das Berufungsrecht an den Kongreß der Kommunistischen Internationale.

16. Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien bindend. Die unter den Bedingungen des schärfsten Bürgerkrieges tätige Kommunistische Internationale muß bei weitem zentralisierter aufgebaut werden, als das in der II. Internationale der Fall war. Dabei müssen selbstverständlich die Kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee in ihrer gesamten Tätigkeit den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung tragen, unter denen die einzelnen Parteien zu kämpfen und zu arbeiten haben, und Beschlüsse von allgemeiner Gültigkeit nur in solchen Fragen fassen, in denen solche Beschlüsse möglich sind.

17. Im Zusammenhang damit müssen alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören wollen, ihre Be-

nennung ändern. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale angehören will, hat den Namen zu tragen: *Kommunistische* Partei des und des Landes (Sektion der Kommunistischen Internationale). Die Frage der Benennung ist nicht nur eine formelle, sondern in hohem Maße eine politische Frage von großer Wichtigkeit. Die Kommunistische Internationale hat der ganzen bürgerlichen Welt und allen gelben sozialdemokratischen Parteien den Krieg erklärt. Es ist notwendig, daß jedem einfachen Werktätigen der Unterschied zwischen den kommunistischen Parteien und den alten offiziellen „sozialdemokratischen" oder „sozialistischen" Parteien, die das Banner der Arbeiterklasse verraten haben, klar ist.

18. Alle führenden Preßorgane der Parteien aller Länder sind verpflichtet, alle wichtigen offiziellen Dokumente des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale abzudrucken.

19. Alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören oder einen Antrag auf Beitritt gestellt haben, sind verpflichtet, möglichst schnell, aber spätestens 4 Monate nach dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, um alle diese Bedingungen zu prüfen. Dabei müssen die Zentralen dafür sorgen, daß allen Lokalorganisationen die Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale bekannt werden.

20. Diejenigen Parteien, die jetzt in die Kommunistische Internationale eintreten wollen, aber ihre bisherige Taktik nicht radikal geändert haben, müssen vor ihrem Eintritt in die Kommunistische Internationale dafür sorgen, daß nicht weniger als zwei Drittel der Mitglieder ihrer Zentralkomitees und aller wichtigsten Zentralinstitutionen aus Genossen bestehen, die sich noch vor dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale unzweideutig für den Eintritt der Partei in die Kommunistische Internationale öffentlich ausgesprochen haben. Ausnahmen sind zulässig mit Zustimmung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat das Recht, auch für die im § 7 genannten Vertreter der Zentrumsrichtung Ausnahmen zu machen.

21. Diejenigen Parteiangehörigen, welche die von der Kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Leitsätze grundsätzlich ablehnen, sind aus der Partei auszuschließen.

Dasselbe gilt namentlich von Delegierten zum außerordentlichen Parteitage.

SINOWJEW. Die allgemeine Diskussion ist beendet. Einige Genossen haben ums Wort gebeten, um persönliche Erklärungen abzugeben.

SERRATI. Es ist möglich, daß man die kurzen Erklärungen, die ich in meiner Rede über die erörterten Leitsätze gegeben habe, nicht verstanden hat. Ich habe hier gesagt, daß ich vollständig mit ihnen einverstanden bin und daß ich für sie stimmen werde, weil ich denke, daß das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sie in einem weiten Sinn auffaßt, entsprechend den §§ 16 und 17. Ich will auch sagen, daß Sinowjew Recht hat, wenn er bedauert, daß die italienische C. G. T. seit sechs bis sieben Jahren keinen Kongreß einberufen hat. Weder aus politischen noch aus persönlichen Gründen antworte ich dem Genossen Sinowjew, sondern einfach ordnungshalber. Der Kongreß der italienischen C. G. T. wird vorbereitet.

In bezug auf Dugoni will ich eine kleine Bemerkung machen. Ich habe mich allein dagegen widersetzt, daß die Parlamentsgruppe nach Rußland gesandt würde. Gestern habe ich einen Funkspruch abgesandt, in dem ich forderte, daß Dugoni, falls er wirklich die ihm zugeschriebenen Erklärungen gemacht hat, augenblicklich aus der Partei ausgeschlossen werde.

WIJNKOOP. Genosse Levi hat meine Aeußerung so verstanden, daß ich die K. P. D. nicht kritisieren wollte, da die U. S. P. anwesend war. Er hat sich getäuscht. Ich will nur die Tatsache feststellen: Da die U. S. P. zugegen war, wurde die K. P. D. keiner Kritik unterzogen. Ich habe das bedauert, ich

habe gesagt, daß die Schlußfolgerungen, die man aus dieser Tatsache gezogen hat, irrtümlich waren.

DITTMANN. Wenn Genosse Levi uns heute morgen den Vorwurf gemacht hat, daß wir die in Kiel und Wilhelmshaven ermordeten Seeleute verleugnet haben, so hat er vergessen, daß ich von der Rednertribüne aus erklärt habe, daß diese Seeleute als Helden und Märtyrer der deutschen Revolution gefallen sind, eine Erklärung, die die reaktionäre Presse nicht vergessen hat zu unterstreichen. Die Rolle dieser Seeleute und ihrer Taten ist übrigens nur durch ihre Folgen bekannt. Levi hat also eine falsche Tatsache auf die Rednertribüne gebracht.

LEVI. Ich habe nicht die U. S. P. beschuldigt, sondern drei Mann, drei Führer dieser Partei, die unsere revolutionären Seeleute verleugnet haben. Sie haben sie nicht im buchstäblichen Sinne dieses Wortes verleugnet, sie haben sich darauf beschränkt, diese Tat vom politischen Standpunkt aus zu verleugnen. Sonst hätten sie das Proletariat und die Armee auffordern müssen, ihnen Folge zu leisten, wovor sie sich wohlweislich gehütet haben. *(Beifall.)*

DITTMANN. Ich glaube nicht, daß man hier einen Unterschied machen kann. Sie werden verstehen, daß ich nicht die Protokolle aller Reichstagssitzungen, in denen ich jemals gesprochen habe, in der Tasche trage. Was über den Tatbestand selbst im Reichstag von mir gesagt worden ist, ist wörtlich die Wahrheit. Wir haben nur im Vorbeigehen einige Worte mit den Matrosen gewechselt und ihnen die Agitationsbroschüre unserer Partei gegeben. Was die Matrosen beabsichtigten, das wußten wir damals noch nicht.

LEVI. Der Genosse Wijnkoop hat mich mißverstanden. Ich habe ihm den Vorwurf gemacht, daß er der U.-S.-P.-Ideologie verfallen sei, da er sich in der Anwesenheit der K. P. D. nicht äußern wollte.

Genosse Dittmann hat recht, hier zu betonen, daß die drei Vertreter der U. S. P. sich nicht so weit vergessen haben, die Matrosen auch noch ihrer persönlichen Ehre zu berauben. Sie haben den erschossenen Matrosen persönliche Ehre zuteil

werden lassen. Es handelt sich jedoch darum, ob die U. S. P. in diesem Augenblick politisch für die Matrosen eingestanden ist und sich mit ihnen solidarisch erklärt hat. Die U. S. P. hat die gefallenen Matrosen verleugnet. Sie hat die Gelegenheit nicht ergriffen, Propaganda für die Beendigung des Krieges zu treiben. Politisch ist sie von diesen Leuten abgerückt und ist von ihnen abgerückt geblieben bis zum heutigen Tage.

DITTMANN. Ich betrachte die Unterscheidung von persönlicher und politischer Verteidigung als Advokatenmethode.

LEVI. Ich möchte die Genossen daran erinnern, daß wir Unterschiede zwischen persönlichen und politischen Gesichtspunkten oft gemacht haben. Ich weise auf die russischen Anarchisten hin, deren politische Methoden wir verwerfen, deren Persönlichkeit wir hingegen achten.

DITTMANN. Genossen, leider hat man die ganze Angelegenheit falsch dargestellt. Die Spitze hat sich gegen die Vertreter der U. S. P. gerichtet, um sie der Immunität des Parlaments zu berauben. Auf diesem Boden ist die ganze Affäre erwachsen. In unseren Reden im Parlament sind wir immer dafür eingetreten, daß dem entsetzlichen Menschenmorden ein Ende gesetzt würde.

Und ich sehe tatsächlich keinen Unterschied zwischen meiner persönlichen Bewertung der Tat der Seeleute, die ich im Reichstag ausgesprochen habe, und unserer politischen Bewertung.

LEVI. Ich bin gezwungen, Sie nochmals daran zu erinnern, daß es Sitte ist, einen Unterschied zwischen einer politischen und einer individuellen Handlung zu machen. Die Attentate der Anarchisten in Rußland haben uns allen persönliche Sympathie für diejenigen, die sie begingen, eingeflößt, aber wir haben uns wohl gehütet, sie politisch gut zu heißen.

DITTMANN. Ich bleibe fest bei der Meinung, die ich vorhin ausgesprochen habe.

GOLDENBERG. Ich werde gegen die uns von dem Exekutivkomitee vorgeschlagenen Leitsätze stimmen. Ich bitte, mir zu gestatten, eine Deklaration zu verlesen oder sie dem Büro zu übergeben, damit sie ins Protokoll aufgenommen werde.

SERRATI. Wenn es sich um eine persönliche Deklaration handelt, haben Sie das Recht, sie zu verlesen.

GOLDENBERG. Es handelt sich um eine persönliche Deklaration. Sie lautet: „Der normale Entwicklungsprozeß der kapitalistischen Ordnung, der durch den imperialistischen Krieg 1914—18 beschleunigt worden ist, hat das Proletariat aller Länder in zwei einander entgegengesetzte Lager geteilt — die Fraktion der Reformisten und die Fraktion der Revolutionäre. Die kommunistische Partei drückt die revolutionäre Richtung aus. Die Kommunistische Internationale, die alle kommunistischen Parteien aller Länder umfaßt, ist die internationale Organisation des revolutionären Proletariats.

Da sie sich zum Ziel gesetzt hat, die kapitalistische Ordnung durch Gewalt zu stürzen und den Kommunismus mit Hilfe der Diktatur des Proletariats aufzurichten, ist es von großer Wichtigkeit, daß sie keine Elemente enthält, die im entscheidenden Augenblick die Interessen der Revolution verraten könnten. Folglich müssen alle nichtkommunistischen Elemente aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossen werden.

Es dürfte also gar nicht die Frage aufgeworfen werden, sogenannte zentristische Parteien eventuell in die Kommunistische Internationale aufzunehmen. Als Vertreter der Arbeiteraristokratie, die die bürgerliche Ideologie angenommen haben, besitzen sie in keiner Weise die zum Eintritt in dieselbe notwendigen Vorbedingungen. Sie sind ihre entschiedensten Gegner. Es ist einzig und allein der Mißerfolg ihres Versuchs, die der Kommunistischen Internationale feindlichen Parteien und Fraktionen um sich zu sammeln, der sie gezwungen hat, an unsere Tür zu klopfen. Unter diesen Bedingungen kann die Annahme der kommunistischen Prinzipien bloß eine ungeheure Heuchelei sein.

Die Taktik, die die Kommunistische Internationale diesen „zentristischen" Parteien, in denen die Spaltung zwischen den Reformisten und den Revolutionären noch nicht vor sich gegangen ist, gegenüber einschlagen muß, muß darin bestehen, diese Spaltung und die Bildung einer rein kommunistischen Partei, die der Ausdruck für die revolutionäre Fraktion des Proletariats ist, zu unterstützen.

Aber diese Spaltung kann nicht von außen und auf eine künstliche Weise hervorgerufen werden. Sie muß das Ergebnis einer tiefen Bewegung der Massen sein. Die mündliche Annahme der Prinzipien kommunistischer Taktik seitens der opportunistischen Führer, die weit entfernt davon sind, diese Umwandlung in der Tat zu vollziehen, kann im Gegenteil nur dazu beitragen, ihr zu schaden, indem sie die Konfusion, die in den Köpfen herrscht, nur vergrößert. Sie kann kein anderes Ergebnis haben als die Diskreditierung des Kommunismus und so die Schaffung einer wirklichen Partei der Arbeiterklasse nur verzögern.

Die Kommunistische Internationale wird also auf alle Beitrittsgesuche der „zentristischen" Parteien mit einer offenen und unerbittlichen Kritik der Haltung und der Politik dieser Parteien antworten, sie wird den Massen, die ihnen folgen, zeigen müssen, daß sie mit der kleinbürgerlichen Ideologie ihrer opportunistischen Führer brechen und den Standpunkt der kommunistischen Minderheit vollständig und ohne Hintergedanken teilen müssen. Sie muß in jedem Falle in enger Uebereinstimmung mit diesen Minderheiten arbeiten und ihnen ihre Tätigkeit in ihrem engen Kreise erleichtern. Endlich muß überall, wo eine Spaltung möglich geworden ist, diese gefordert werden als das einzige Mittel, die Massen um ein rein revolutionäres Programm zu vereinigen. Sich von diesem Standpunkt entfernen, um den zentristischen Parteien den Beitritt zur Kommunistischen Internationale zu erleichtern, hieße, die Gangräne in den gesunden Körper hineinbringen und in ihre Mitte Feinde aufnehmen, die ihr im entscheidenden Augenblick den Dolch in den Rücken stoßen werden."

SERRATI. Genosse Sinowjew teilt mir mit, daß er die Leitsätze des Genossen Goldenberg zurückweist.

GUILBEAUX. Im Büro befinden sich verschiedene Anträge, die, wie ich glaube, der Kommission zurückgesandt werden sollen. Aber ich schlage vor, den Antrag Serratis und Graziadeis, der den Kommunisten verbietet, der Sekte der Freimaurer anzugehören, abzustimmen.

SERRATI. Der Vorschlag Guilbeaux gelangt zur Abstimmung . *(Einstimmig angenommen.)*

SERRATI. Ich schlage vor, die Leitsätze insgesamt abzustimmen und die Vorschläge der Kommission zurückzusenden. *(Angenommen.)*

WIJNKOOP. Ich schlage vor, wenigstens einen Antrag hier und nicht in der Kommission zu erörtern. Ich meine den Vorschlag, daß in jeder Partei, die der Kommunistischen Internationale beizutreten wünscht, wenigstens zwei Drittel der Mitglieder des Zentralkomitees vor diesem Kongreß für den Beitritt zur Kommunistischen Internationale gewesen sind.

RADEK. Ich schlage vor, diesen Antrag der Kommission zu überweisen. Man muß sich ernstlich darüber besprechen, ob man ausgesucht in der Besetzung des Zentralkomitees der U.S.P. mit neun Zehnteln oder drei Vierteln die Rettung der Situation sehen soll. Ich persönlich habe nach dem Auftreten der Genossen Däumig und Stoecker die Hoffnung verloren, daß sie in der Lage sind, selbst wenn sie zu neun Zehnteln im Zentralkomitee sind, wirkliche Aenderungen in der Taktik der Partei durchzuführen. Ich schlage vor, diese Frage der Kommission zu überlassen.

SERRATI. Ich werde jetzt über den Antrag Wijnkoop abstimmen. *(Abstimmung.)* Der Antrag ist abgelehnt. Er wird an die Kommission für die Abänderungen verwiesen.

Ich werde jetzt über die Leitsätze des Genossen Sinowjew in der Form, wie sie hier vorgelegt sind, abstimmen. *(Es erfolgt die Abstimmung. Die Leitsätze werden mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.)*

Wir müssen jetzt die Tagesordnung für unsere Arbeiten festsetzen. Das Büro schlägt Schluß der Diskussion um 5 Uhr vor. Es ist jetzt 6 Uhr. Für heute sind die Arbeiten beendet. Morgen wird eine Frauenkonferenz sein. Sonntag müssen alle Kommissionen arbeiten. Montag um 11 Uhr morgens ist Plenarsitzung über den Parlamentarismus. Die Kommission über die Agrarfrage tagt im kleinen Saal um 8 Uhr abends.

WIJNKOOP. Es muß darüber abgestimmt werden, ob wir der Exekutive das Mandat geben wollen, auf solche Weise, wie

sie es angefangen und gemacht hat, die Unterhandlungen mit der U. S. P. D. und mit der französischen Partei fortzusetzen.

SERRATI. Da dieser Antrag im letzten Moment eingelaufen ist, bitte ich den Genossen Wijnkoop, seinen Antrag zurückzuziehen und ihn morgen wieder zu erheben.

WIJNKOOP. Sehr gern.

(RADEK verlangt das Wort.

SERRATI verweigert es ihm, weil die Sitzung schon geschlossen ist.

Die Sitzung wird um 6 Uhr geschlossen.)

Achte Sitzung
des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale am 2. August 1920.

SINOWJEW. Die Sitzung ist eröffnet.

Heute ist es gerade ein Jahr, daß die ungarische Sowjetrepublik gefallen ist. Während dieses Jahres haben wir, wie Ihr gut wißt, Tausende und Tausende unserer besten Genossen in Ungarn verloren. Heute ist es auch ein Jahr her, daß einer unserer besten Freunde, Genosse Tibor Szamuely, als erstes Opfer der ungarischen Gegenrevolution gefallen ist. Ich bitte den Kongreß, sich zu Ehren dieses Genossen zu erheben, und ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo wir in Ungarn wieder eine Sowjetrepublik haben werden. Die Sowjetrepublik ist im vorigen Jahre untergegangen. Es lebe die Sowjetrepublik Ungarn!

DITTMANN. Im Namen des Genossen Crispien, der wegen Erkrankung dem Kongreß nicht beiwohnen kann, habe ich folgende Erklärung zu verlesen:

„In der Sitzung des Kongresses vom 30. Juli 1920, an der ich leider wegen Erkrankung nicht teilnehmen konnte, hat mich der Referent in seinem Schlußwort als Sozialpazifist bezeichnet, d. h. als ein Mann hingestellt, der von einer Versöhnung der Klassen träumt oder der glaubt, daß die Klassengegensätze in friedlicher Weise aus der Welt geschafft werden könnten.

In den mehr als 25 Jahren meiner Tätigkeit in der Arbeiterbewegung habe ich niemals sozialpazifistische Ideen vertreten. Ich lehne sie entschieden ab.

Ich bin davon überzeugt, daß die kapitalistische Klassengesellschaft nur durch den rücksichtslosen selbständigen Klassen-

kampf des Proletariats, durch die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und durch die Diktatur des Proletariats überwunden werden kann."

WIJNKOOP. Ich habe schon in der letzten Sitzung gesagt, daß noch eine Abstimmung stattfinden muß. Der Vorsitzende Serrati hat das damals nicht ausgeführt. Daher schlage ich vor, daß jetzt abgestimmt wird über die Frage, ob man der Exekutive das Mandat gibt, mit der U. S. P. und mit der Französischen Sozialistischen Partei weiter zu verhandeln in der Weise, wie das jetzt geschieht, oder nicht. Man muß über dieses Mandat abstimmen, und ich schlage vor, diese Abstimmung jetzt vorzunehmen. Ich schlage aber auch zusammen mit den Delegierten von Bulgarien und Mexiko vor, daß die Abstimmung nicht in der Weise, wie es bisher gegangen ist, vor sich geht, sondern daß jedes Land hier seine Stimme abgibt.

RADEK. Man hätte glauben können, nachdem Genosse Wijnkoop Samstag und Sonntag Zeit hatte, die Frage zu beschlafen, er sie nicht mehr stellen würde, weil sie schon entschieden ist. Wir haben nämlich eine Resolution angenommen, die das Exekutivkomitee beauftragt, nachdem die betreffenden Parteien auf ihren Kongressen unsere Bedingungen angenommen haben und es sich in der Praxis zeigt, ob sie sie ausführen oder nicht, darüber zu beschließen, ob die Parteien in die Kommunistische Internationale aufgenommen werden oder nicht. Wenn wir der Exekutive das Recht geben, zu beschließen, ob eine Partei aufgenommen wird oder nicht, so werden wir ihr nicht das Recht nehmen können, mit dieser Partei weiter zu verhandeln. Der Antrag ist undiskutabel, er ist schon entschieden, und ich schlage vor, ohne eine weitere Diskussion zur Tagesordnung überzugehen.

SINOWJEW. Es ist vorgeschlagen, die Debatte zu schließen. Ich werde zunächst über diese Frage abstimmen. *(Abstimmung.)* Der Vorschlag des Büros ist angenommen. Jetzt kommen wir zur materiellen Abstimmung. Wer für den Vorschlag des Genossen Wijnkoop ist, bitte ich die Hand zu erheben. *(Abstimmung.)* Der Antrag ist abgelehnt.

Ich schlage vor, statt der französischen Sprache jetzt die

englische Sprache zu benutzen, und zwar aus folgenden Gründen: Es sind noch sechs oder sieben Genossen hinzugekommen, die nicht französisch verstehen. Wir haben eine Hälfte des Kongresses französisch abgehalten. Wir müssen jetzt Zeit sparen, und da jetzt besonders die Frage der Gewerkschaften und des Parlamentarismus erörtert wird, müssen wir englisch sprechen.

Zur Tagesordnung hat das Wort der Referent Genosse Bucharin.

BUCHARIN. Genossen! Zunächst bitte ich um Entschuldigung wegen meiner Sprache. Das wird keineswegs die deutsche Sprache sein, sondern eine Ersatzsprache. Wir haben die Arbeit in folgender Weise eingeteilt: Zuerst werde ich über die prinzipielle Fragestellung und die entsprechende Lösung dieser Frage referieren; zweitens wird die Genossin Wolfstein über die Arbeit unserer Kommission referieren, und dann kommt das Korreferat vom Genossen Bordiga, der Vertreter der Ansicht ist, daß wir in dieser Epoche der Zerstörung des kapitalistischen Weltsystems überhaupt nicht an irgendwelchen Parlamenten teilnehmen dürfen.

Jetzt zur Sache: Wir müssen, wenn wir irgend ein Problem aufstellen, stets von der Abschätzung der konkreten Epoche ausgehen. Und hier haben wir eine prinzipielle Differenz zwischen der früheren Epoche der friedlichen Entwicklung und der jetzigen, die die Epoche des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems, die Epoche der Klassenkriege, der Bürgerkriege und der proletarischen Diktatur ist. Die „friedliche" Epoche — diese Epoche war allerdings nicht friedlich, wenn wir die Kolonien in Betracht ziehen — kann man bezeichnen als die Epoche einer gewissen Interessengemeinschaft zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie. Diese Gemeinschaft beruhte, besonders bei dem Proletariat der hochentwickelten kapitalistischen Länder, darauf, daß die großkapitalistischen Länder eine furchtbare imperialistische Politik geführt haben. Deswegen waren die kapitalistischen Klassen der entsprechenden Länder imstande, Extraprofite zu machen und von diesen Extra-

profiten dem Proletariat der eigenen Länder höhere Löhne auszuzahlen. Es ist prinzipiell falsch, was seinerzeit Kautsky gesagt hat, daß die imperialistische Politik der Arbeiterklasse überhaupt keinen Nutzen gab. Wenn wir die Sache vom Standpunkt der vorübergehenden Interessen der Arbeiterklasse betrachten würden, so könnte man behaupten, daß die imperialistische Politik einen gewissen Nutzen gebracht hat, und das waren die höheren Löhne der Arbeiter, die von den Extraprofiten der Kapitalisten gezahlt werden konnten.

Wenn wir diese Epoche als die Epoche einer gewissen Interessengemeinschaft zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie betrachten können, so ist damit ein zweites Charakteristikum dieser Epoche gegeben, nämlich, daß sie auch die Epoche des Hineinwachsens der Arbeiterorganisationen in den bürgerlichen Staatsapparat war. Das, was die Reformisten als Hineinwachsen des Sozialismus bezeichnen, war das Hineinwachsen der Arbeiterklasse und auch der Arbeiterorganisationen in den bürgerlichen Staatsapparat. Diese Erscheinung trat besonders kraß in der Zeit des Staatskapitalismus hervor, als faktisch fast alle Arbeiterorganisationen — und ziemlich große Arbeitermassenorganisationen — als Bestandteile des staatskapitalistischen Staatsapparats erschienen. Wenn wir die großen politischen Parteien der Arbeiterklasse, die gelbe Sozialdemokratie, und die Gewerkschaften während des Krieges betrachten, so können wir finden, daß alle diese Massenorganisationen damals zu Bestandteilen des kapitalistischen Systems und Staatsapparats wurden. Sie wurden bürgerlich nationalisiert. Der Ausgangspunkt für diese Entwicklung liegt schon in der Zeit vor dem Kriege. Er war gegeben in dem Prozeß des Hineinwachsens in den Kapitalismus, wie denn auch schon vor dem Krieg fast alle Organisationen der Arbeiterklasse sich in diesem Prozeß des Hineinwachsens befinden. So können wir auch behaupten, daß die parlamentarische Vertretung der Arbeiterklasse und die Fraktionen der Arbeiterparteien in das bürgerliche Parlament hineingewachsen sind. Anstatt etwas zu sein, was gegen das System als Ganzes überhaupt und gegen das bürgerliche Parlament gerichtet war, wurden sie zum Bestand-

teil des parlamentarischen Apparats als solchen. Das war die frühere Epoche des friedlichen Kapitalismus. Solche Erscheinungen sehen wir auch am Anfang des Krieges.

Dann kam die neue Epoche des Zusammenbruchs des Kapitalismus und der Bürgerkriege. Was die Arbeiterklasse als Klasse betrifft, so hat sie in diesem Prozeß ihre frühere, ziemlich imperialistische Ideologie verloren. Diese Ideologie, die in der Losung der „nationalen Verteidigung" gipfelte, brach zusammen, und mit ihr sind auch ihre Folgeerscheinungen zusammengebrochen. Die Arbeiterorganisationen wurden, anstatt Bestandteile des kapitalistischen Systems zu sein, allmählich zu Instrumenten des Klassenkampfes. Also aus Werkzeugen, die das kapitalistische System stützten, wurden sie zu Instrumenten seiner Zerstörung. Parallel damit ging auch die Verwandlung der parlamentarischen Fraktionen vor sich, die aus einem Bestandteil des gesamten parlamentarischen Apparats zu Instrumenten seiner Zerstörung wurden. Und damit ist der neue Parlamentarismus entstanden, dessen Anhänger wir Kommunisten sein dürfen und müssen.

Genossen, ich werde keineswegs alle Paragraphen unserer Leitsätze, die sehr ausführlich sind, kommentieren. Ich werde einige Hauptpunkte auswählen und darüber sprechen. Und dann können wir strittige Fragen lösen.

Wenn wir diese zwei Epochen ganz verschiedenen Charakters vor uns haben, so können wir schon a priori sagen, daß der Prozeß des Uebergangs von einer Epoche zur anderen, vom alten zum neuen Parlamentarismus als Prozeß betrachtet werden muß, der in jedem konkreten Augenblick verschiedene Reste der früheren Auffassungen unter der Arbeiterklasse mit sich führen wird. Je mehr dieser Prozeß sich entwickelt, desto mehr werden diese Reste verschwinden. Jetzt aber können wir diese Ueberbleibsel der früheren Vorstellungen bei vielen Parteien klar sehen, auch bei solchen, die sich schon in der Kommunistischen Internationale befinden. Ueberhaupt sind der Opportunismus und die schwankenden Parteien in der Arbeiterbewegung noch vorhanden, die Ideologie des Zusammen-

arbeitens mit der Bourgeoisie besteht teilweise noch, und das spiegelt sich wider in dem Vorhandensein des früheren Parlamentarismus.

Betrachten wir zunächst das gesamte Bild der parlamentarischen Tätigkeit der Arbeiterklasse. Nehmen wir die Zusammensetzung verschiedener parlamentarischer Fraktionen, und wir werden ein sonderbares Bild bekommen. Zum Beispiel die U. S. P.: Diese Partei hat jetzt 82 Mitglieder im Parlament. Wenn wir aber im Rahmen der schon ziemlich gemäßigten und opportunistischen Partei als solche die Zusammensetzung ihrer parlamentarischen Fraktion betrachten würden, so würden wir ungefähr folgende Zahlen bekommen: von diesen 82 Mitgliedern der parlamentarischen Fraktion gehören 20 ungefähr direkt zu den Rechten, zirka 40 zum „Sumpf" und ungefähr 20 zur linken U. S. P. Also der Prozentsatz der Rechten und des „Sumpfes" — ich betone „im Rahmen der U. S. P.", die an und für sich schon ziemlich opportunistisch ist — ist ziemlich groß. Nehmen wir die italienische Partei und ihre parlamentarische Fraktion. Diese Partei gehört zu uns und ist in der Kommunistischen Internationale. Sie ist eine unserer besten Parteien, und wir können behaupten: Wenn wir die Mitglieder dieser parlamentarischen Fraktion in drei Teile teilen würden, nämlich in die Anhänger von Turati und Lazzari, in die von Serrati und die sogenannten Bombaccianer, so werden wir folgende Zahlen erhalten: 30 Prozent der ganzen Fraktion gehören zur Richtung Turati, 55 Prozent zum Zentrum und 15 Prozent zur Linken. Genosse Serrati hat mir einige andere Ziffern gegeben. Nach seiner Meinung zählen die Reformisten 41 Mandate. Das ist eine offizielle Angabe des Genossen Serrati und bedeutet einen sehr großen Prozentsatz innerhalb der kommunistischen Partei. Wenn wir die französische Partei betrachten, haben wir folgende Zahlen: 68 Parlamentarier, unter ihnen 40 ausgesprochene Reformisten innerhalb der schon opportunistischen Partei und 26 vom Zentrum, — nicht in unserem Sinne des Wortes, sondern das Wort bedeutet hier das Zentrum der französischen Partei —, also Zentrum im Quadrat. Was die Kommunisten betrifft, so haben sie vielleicht 2 Stimmen. In der

norwegischen Partei, die eine ziemlich gute Partei ist, hat die parlamentarische Fraktion 19 Mitglieder. Von diesen sind ungefähr 11 Rechte, 6 Zentrum und 2 sind Kommunisten. Die schwedische parlamentarische Fraktion hat ziemlich viel solcher Genossen, die keineswegs als Kommunisten bezeichnet werden dürfen. Also Summa Summarum: ein ziemlich trauriges Bild. Die Zusammensetzung der parlamentarischen Fraktionen ist unter jeder Kritik. Und wenn wir die Ursache dieser Erscheinung betrachten, so ist sie darin gegeben, daß diese Parteien auch als Parteien nicht genügend klar kommunistisch sind, weil sich innerhalb derselben eine ziemlich große Zahl Opportunisten befindet. Deswegen dulden sie auch solche Elemente auf ihren parlamentarischen Fraktionssitzen.

Jetzt gehe ich von der Zusammensetzung der Parteien zu der Politik über, d. h. zu ihrer parlamentarischen Politik, und da können wir mit Recht behaupten, daß diese Politik ebenso weit vom revolutionären Parlamentarismus wie der Himmel von der Erde entfernt ist. Ich nehme als Muster wieder die U. S. P. Während des Krieges, als es galt, an die Völker zu appellieren, um den Krieg zu bändigen, haben sie an die Regierung appelliert. Ich erinnere mich eines Gesprächs mit dem Genossen Haase. Er wollte uns, als wir in Berlin waren, beweisen, daß er einen wirklich revolutionären Parlamentarismus treibe. Als den besten Beweis hat er eine seiner Reden angeführt, in der er behauptet hat, daß die deutsche Regierung einen Mißbrauch geübt hat, indem sie deutsche Truppen nach Finnland schickte. Man könnte diese Truppen mißbrauchen. Also: wenn man sie nach der französischen Front schickt, so ist es kein Mißbrauch, nur nach Finnland ist es ein Mißbrauch. Das ist ein Beweis nicht des revolutionären Parlamentarismus, sondern des opportunistischen. Nehmen wir alles, was im deutschen Parlament über die Sozialisierungsfrage geschrieben und geredet wurde. Es ist zum Lachen. Wenn wir diese Reden sehen, spüren wir keinen revolutionären Standpunkt. Und auch Genosse Däumig hat, wie ich weiß, noch 1920 diese opportunistische Fragestellung vertreten, indem er über Sozialisierungspläne

geschrieben hat. Oder z. B. die Rede über die Verfassung von Oskar Cohn, dem Vertreter der U. S. P. Diese Rede ist ziemlich lang, aber es ist in ihr absolut keine Spur der revolutionären Fragestellung enthalten. Hier hören wir, daß die Verfassung krank ist. Ueber Noske kein Wort. Das ist die Methode von Kautsky. Denn wenn er die Frage der bürgerlichen Demokratie bespricht, spricht er über Affen und wilde Menschen. Ebenso die Rede des Genossen Oskar Cohn. Hier könnte man unseren prinzipiellen Standpunkt ganz revolutionär entwickeln. Nehmen wir z. B. die Geschichte der Untersuchungskommission der Schuldigen am Kriege. An dieser reinen Komödie, die auf der Basis des Materials, das vom Auswärtigen Amt geliefert ist, geführt wird, wollen die Unabhängigen parlamentarisch die Frage der Schuld untersuchen. Hierin gibt es doch keine Spur irgendwelcher revolutionären Tätigkeit.

Nehmen wir den Antrag des Genossen Oskar Cohn im deutschen Parlament über die Aufhebung des Schutzhaftgesetzes. Dieses Gesetz galt nur für die politischen Gefangenen. Hier haben wir alles Mögliche, aber keineswegs den revolutionären Standpunkt des revolutionären Kommunisten. Nehmen wir das, was wir hier in diesem Saale von den Genossen der U. S. P. gehört haben. Als sie sich entschuldigten, daß sie uns nicht rechtzeitig die Antwort gaben, da hat, wenn ich mich nicht irre, Genosse Dittmann oder ein anderer Vertreter gesagt: Wir haben damals Wahlen gehabt, und weil wir diese so große Sache wie die Wahlen gehabt haben, konnten wir nicht sofort ein Antwortschreiben verfassen. Das ist ein schreiendes Beispiel, das die Genossen, die es anführen, tötet. Wenn sie einerseits die Wahlen haben und andererseits die Sache der ganzen Internationale, so ist es doch für jeden Revolutionär klar, daß er den Wahlkampf unter der Losung der Internationale führen muß. Einen Gegensatz zwischen der Internationale und den Wahlen aufzustellen, das ist eben alles Mögliche, aber nichts, was mit der Zusammengehörigkeit mit der Kommunistischen Internationale im Einvernehmen steht. Wir können die ganze parlamentarische Tätigkeit der Genossen von der U. S. P. ver-

folgen, und niemals werden wir eine klare zielbewußte Tätigkeit in unserem Sinne finden. Wenn wir die Französische Sozialistische Partei betrachten oder andere Parteien, so werden wir auch da ein ziemlich trauriges Bild finden. Ich werde die Aufmerksamkeit nicht darauf lenken, denn es ist genug, ein Beispiel anzuführen, um sofort die ganze Lage zu rekonstruieren. In allen diesen Erscheinungen, sowohl in der Zusammensetzung der parlamentarischen Fraktion als auch in ihrer Taktik, zeigen sich die Reste des früheren Parlamentarismus, die wir buchstäblich ausrotten müssen; denn solange wir diese Praxis und diese Methoden und eine derartige Zusammensetzung der parlamentarischen Fraktionen haben werden, können wir keine revolutionäre Tätigkeit entwickeln. Es ist absolut ausgeschlossen, mit so einem Wust in den revolutionären Kampf zu gehen.

Jetzt kommen wir zu einer anderen Frage, nämlich zu der Frage des prinzipiellen Antiparlamentarismus. Dieser Antiparlamentarismus ist das legale Kind des oben geschilderten Opportunismus und der früheren parlamentarischen Tätigkeit mit allen ihren Sünden. Dieser prinzipielle Antiparlamentarismus ist uns viel sympathischer als der opportunistische Parlamentarismus. Unter den Anhängern des Antiparlamentarismus können wir, meine ich, zwei Hauptgruppen unterscheiden: Eine Gruppe, die wirklich prinzipiell jede Teilnahme an der parlamentarischen Tätigkeit verneint, und die zweite Gruppe, die gegen den Parlamentarismus wegen besonderer spezifischer Abschätzung der Möglichkeiten der parlamentarischen Tätigkeit ist. In unserer Epoche können wir als Vertreter der ersten Richtung die amerikanschen I. W. W. bezeichnen. Als Vertreter der zweiten Richtung wird heute Genosse Bordiga hier reden. Was nun den prinzipiellen Antiparlamentarismus betrifft, so kann man von der ersten Gruppe behaupten, daß diese Lehren oder diese Taktik, wenn man sie theoretisch verfolgt, auf einer vollständigen Konfusion der Grundbegriffe des politischen Lebens basieren. Zum Beispiel machen sich die I. W. W. überhaupt keinen klaren Begriff darüber, was eigentlich der politische Kampf ist. Sie meinen, daß es kein politischer

Kampf ist, wenn sie einen Generalstreik ökonomischer Natur haben, der faktisch gegen den bürgerlichen Staat gerichtet ist, der aber nicht von der politischen Partei, sondern von den Gewerkschaften geführt wird. Sie verstehen also absolut nicht, was eigentlich politischer Kampf heißt. Sie verwechseln den politischen Kampf mit parlamentarischer Tätigkeit. Sie meinen, daß man unter politischem Kampf nur parlamentarische Tätigkeit oder die Tätigkeit der parlamentarischen Parteien verstehen muß. Ich werde hier diese Frage nicht untersuchen, denn sie ist in unseren Leitsätzen klar besprochen. Die Genossen brauchen die Leitsätze nur durchzulesen. Es ist ganz klar, daß dieses negative Verhalten zum Parlamentarismus auf verschiedenen Irrtümern prinzipieller Natur beruht, vor allem auf dem falschen Begriff von dem, was eigentlich politischer Kampf ist. Historisch betrachtet, weist der amerikanische Parlamentarismus soviel Niederträchtigkeit und Korruption auf, daß viele ehrliche Elemente in das Lager des prinzipiellen Antiparlamentarismus übergehen. Der Arbeiter denkt keineswegs abstrakt, er ist ein ziemlich grober Empiriker, und wenn man ihm nicht empirisch beweisen kann, daß der revolutionäre Parlamentarismus möglich ist, dann verneint er glatt die ganze Geschichte. Solche Elemente, die nur alle Niederträchtigkeiten gesehen haben, gehen in sehr großem Maßstabe in das Lager des prinzipiellen Antiparlamentarismus über.

Ich komme zur zweiten Gruppe, die hier im Saale von Bordiga vertreten wird. Er sagt uns, daß sein Standpunkt keineswegs mit dem des prinzipiellen Antiparlamentarismus zu verwechseln ist, und ich muß sagen, daß sein Standpunkt, formell betrachtet, alle theoretischen, aber keine anderen Ausgangspunkte hat. Genosse Bordiga behauptet, daß man gerade vom Standpunkt der jetzigen Epoche der Massenkämpfe des Proletariats, vom Standpunkt der Schätzung dieser Epoche als Epoche der Bürgerkriege, nur von diesem spezifisch historischen Standpunkt aus nicht in die Parlamente gehen dürfe. Das meint er. Ich meine aber, man kann beweisen, daß es eine prinzipielle Brücke gibt zwischen der Taktik des Genossen Bordiga und der

Taktik derer, die prinzipiell dagegen sind. Genosse Bordiga hat seine eigenen Leitsätze ausgearbeitet, und wir lesen darin zum Beispiel folgendes:

„Es ist notwendig, mit der bürgerlichen Lüge ein für allemal zu brechen, mit der Lüge, die glauben machen will, daß sich jedes Zusammentreffen der feindlichen Parteien, jeder Kampf um die Eroberung der Macht im Rahmen des demokratischen Mechanismus, in Wahlkämpfen und parlamentarischen Debatten abspielen muß. Es wird nicht gelingen, dieses Ziel zu erreichen, ohne daß man sich von der traditionellen Methode, die Arbeiter zur Teilnahme an den Wahlen aufzufordern, wo sie Seite an Seite mit der bürgerlichen Klasse arbeiten, völlig lossagt, ohne dem Schauspiel ein Ende zu machen, daß die Delegierten des Proletariats auf dem gleichen parlamentarischen Boden wie seine Ausbeuter auftreten."

Hier meint Genosse Bordiga, daß der Delegierte der Arbeiterklasse, wenn er sich physisch in einem Zimmer mit einem Bürgerlichen befindet, damit eo ipso Seite an Seite mit der bürgerlichen Klasse arbeitet. Das ist eine naive Vorstellung, die für die I. W. W. typisch ist.

Am Ende seiner 9. These lesen wir: „Daher werden die kommunistischen Parteien niemals einen großen Erfolg mit der Propaganda der revolutionären marxistischen Methode erzielen, wenn sie ihre Arbeit nicht unmittelbar auf die Diktatur des Proletariats und die Arbeiterräte stützen und auf jede Berührung mit der bürgerlichen Demokratie verzichten."

Also, eine physische Berührung in einem Zimmer ist schon ein Sündenfall, und dann geht die ganze Geschichte kaputt. Ich meine aber, daß dieser Fehler noch größer sein wird, weil wir nicht immer die Arbeiterräte haben. Genosse Bordiga ist mit uns einverstanden, daß wir nicht sofort in allen Ländern die Arbeiterräte organisieren können. Die Räte sind Kampforganisationen des Proletariats. Wenn keine Bedingungen vorliegen, um diesen direkten Kampf zu führen, dann hat es keinen Sinn, diese Räte zu bilden. Dann verwandeln sie sich in kulturelle Anhängsel anderer Einrichtungen, die absolut reformistisch

werden, und es ist die große Gefahr vorhanden, daß sich die Arbeiterräte dann sozusagen nach französischem Muster organisieren, wo ein paar Leute zusammenkommen und eine humanitär-pazifistische Organisation gebildet wird, die keinen revolutionären Wert hat. Alle diese Einrichtungen bestehen auch noch gar nicht, sie sind nicht real gegeben. Aber das bürgerliche Parlament ist real gegeben. Wir sagen in unseren Leitsätzen: Wir müssen hier in diesen Einrichtungen unsere revolutionären Agenten haben, hier arbeiten unsere proletarischen Kundschafter Seite an Seite mit der bürgerlichen Klasse. Hier ist eine ganz negative Vorstellung gegeben, die nicht logisch ausgearbeitet ist, die aber vom Gefühlsstandpunkt ganz begreiflich ist. Vom Standpunkt der revolutionären Logik und Zweckmäßigkeit ist das entscheidende Moment in der ganzen Fragestellung das, daß wir revolutionären Kommunisten behaupten: Es gibt eine Möglichkeit, in die bürgerlichen Parlamente zu gehen, um zu versuchen, sie von innen heraus zu sprengen. Früher, als die parlamentarischen Fraktionen in die parlamentarischen Institutionen hineinwuchsen, wurden sie zu Bestandteilen des Systems als solches. Wir aber wollen unsere Tätigkeit so entwickeln, daß ein immer schrofferer Gegensatz zwischen dem parlamentarischen System und unserer Fraktion entsteht. Wir brauchen nicht zu sagen, daß das Primäre für uns dabei ist, daß unsere parlamentarische Tätigkeit mit den Massen der Arbeiterklasse koordiniert werden muß. Verfolgen wir die Leitsätze des Genossen Bordiga weiter.

Zunächst eine kleine Bemerkung. Ich behaupte, daß bei einigen Genossen ein prinzipieller Antiparlamentarismus vorliegt, weil diese Genossen sich fürchten, als revolutionäre Parlamentarier aufzutreten, denn dieser Boden ist ihnen zu gefährlich, und weil sie in der Revolution von dieser schwersten Aufgabe auf irgendwelchem Wege wegzulaufen suchen. Man zitiert große Parteien, um zu beweisen, daß diese Tätigkeit überhaupt nicht möglich ist. Ich sage das nicht vom Genossen Bordiga; aber in seiner Fraktion gibt es solche Elemente, und wenn er zu uns kommt und in seiner 12. These sagt:

„Der eigentliche Charakter der Debatten, die sich im Parlament und in anderen demokratischen Organen abspielen, schließt jede Möglichkeit aus, von der Kritik an der Politik der Gegenparteien zu einer Propaganda gegen das Prinzip des Parlamentarismus überzugehen, zu einer Aktion, die die Grenzen der parlamentarischen Verfassung überschreitet."

Genosse Bordiga sagt, es sei technisch nicht möglich, das Parlament auszunutzen; aber das muß man beweisen. Niemand wird sagen, daß wir unter dem Zarismus bessere Verhältnisse in unserer Duma gehabt haben als jetzt in der Italienischen Deputiertenkammer. Niemand hat versucht, so zu sprechen, wie man müßte. Warum haben Sie schon a priori behauptet, daß das unmöglich ist? Versuchen Sie es zuerst; machen Sie verschiedene Skandale; lassen Sie sich verhaften; machen Sie einen politischen Prozeß im großen Stile. Sie haben das alles nicht gemacht. Diese Taktik muß man in einem sich steigernden Maße entwickeln. Und ich behaupte, daß dies möglich ist. Französische Genossen, zum Beispiel Lefèvre, behaupten, man könnte in der Französischen Kammer kein scharfes Wort gegen Clemenceau sagen. Niemand hat das probiert, niemand hat den Versuch gemacht. Ich meine, daß hier eine direkte Furcht vorliegt. Die Leute sagen: Ja, das ist zu gefährlich. Wir können propagandistisch nur rein legale Arbeit treiben. Sie haben sich hier selbst demaskiert. Weil es ein zu gefährlicher Boden ist, wollen sie von dieser schweren Aufgabe weglaufen. Genosse Bordiga führt uns im § 10 als Argument gegen die parlamentarischen Wahlen folgendes an:

„Die überaus große Bedeutung, die man in der Praxis den Wahlkämpfen und ihren Ergebnissen beimißt, die Tatsache, daß die Partei ihnen für einen ziemlich langen Zeitraum alle ihre Kräfte und ihre Hilfsquellen an Menschen, Presse, ökonomischen Mitteln widmete, bringt es einerseits mit sich, daß trotz aller Versammlungsreden und aller gegenteiligen theoretischen Erklärungen die Ueberzeugung gestärkt wird, daß dies die wirkliche Hauptaktion zur Erreichung der kommunistischen Ziele ist. Andererseits führt sie zum beinahe völligen Verzicht

auf jede Arbeit der revolutionären Organisation und Vorbereitung, indem sie der Parteiorganisation technisch einen Charakter gibt, der im völligen Gegensatz zu den Anforderungen der legalen und illegalen revolutionären Arbeit steht."

Vielleicht gibt es so etwas in Italien, aber Sie müssen uns beweisen, warum das logisch notwendig ist. Wenn Sie auf dem Standpunkt des Genossen Dittmann stehen und sagen: der Wahlkampf ist ein Gegensatz zur Frage der Internationale, dann haben Sie recht. Unser Standpunkt besteht aber darin, daß die ganze Wahlkampagne unter dem revolutionären Gesichtspunkt zu entwickeln ist. Dann kann sich kein solcher Gegensatz ergeben. Es ist kein logischer Widerspruch, wenn wir sagen: wir müssen den ganzen Wahlkampf unter den schärfsten revolutionären Losungen entwickeln, um in die Dörfer zu gehen und zu arbeiten, dort, wo kein politisches Interesse vorhanden ist, und um die Leute als Massenorganisation zusammenzuschweißen, um alle diese Kampagnen verschiedener Art in Kontakt zu halten. Ja, sagen Sie, das ist gerade ein Morden der revolutionären Arbeit. Genosse Bordiga hat das deswegen geschrieben, weil er von der wirklichen revolutionären Wahlkampagne wenig gesehen hat, wie auch die Genossen von den I. W. W. keinen revolutionären Parlamentarismus gesehen haben. Deswegen stellt Genosse Bordiga solche Behauptungen auf, die er aber wenigstens begründen müßte. Ich meine, daß es trotzdem viele empirische Beweise für den revolutionären Parlamentarismus gibt. Ich werde sie wiederholen, die Namen sind uns bekannt. Es war die Tätigkeit von Liebknecht, die Tätigkeit von Höglund, dann bei den bulgarischen Genossen und auch bei uns. Wir haben einen revolutionären Parlamentarismus gehabt unter den verschiedensten historischen Umständen, z. B. während der zweiten Duma, während des Vorparlaments von Kerenski und während der Konstituante. Wir hatten keine Furcht, uns Seite an Seite mit den Bürgerlichen, mit den Sozialrevolutionären oder mit den Kadetten zu stellen, weil wir eine feste revolutionäre Taktik, ganz klare taktische Linien hatten. Deswegen ist nun diese ganze Frage, nämlich

die Frage der Partei, die Kardinalfrage. Wenn Sie eine wirkliche kommunistische Partei haben, dann brauchen Sie nicht zu fürchten, einen Ihrer Männer in das bürgerliche Parlament zu schicken, denn er wird handeln, wie ein Revolutionär handeln muß. Wenn Sie aber in der Partei einen Mischmasch haben, wo 40 Prozent reine Opportunisten sind, dann schleichen natürlich gerade diese Herren in die parlamentarischen Fraktionen hinein, auf solche Plätze, wo sie am besten situiert sind. Deswegen sind sie fast alle Mitglieder der parlamentarischen Fraktionen. Dann können sie ihre revolutionären kommunistischen parlamentarischen Pflichten nicht ausüben. Das ist eine Parteifrage.

Ich wiederhole, wenn wir unter den Parteien der Kommunistischen Internationale wirkliche kommunistische Parteien haben, die in ihrem Schoße keine Opportunisten und keine Reformisten beherbergen, wenn wir diese Reinigung schon durchgeführt haben, dann haben wir die Garantie, daß wir nicht den alten Parlamentarismus haben werden, sondern einen wirklichen revolutionären Parlamentarismus und eine zuverlässige Methode der Zerstörung der Bourgeoisie, des ganzen bürgerlichen Staatsapparates und des bürgerlichen Systems.

WOLFSTEIN. Genossen! Über die Arbeiten der Parlamentskommission kurz folgendes: An Stelle des Paragraphen 1 auf Seite 60 ist eine ausführliche historische Einleitung zu der Frage des Parlamentarismus, geschrieben vom Genossen Trotzki, beschlossen worden. Die Gesamtüberschrift der Leitsätze lautet jetzt: „Die Kommunistischen Parteien und der Parlamentarismus". Der erste Absatz an Stelle des bisherigen Paragraph 1 „Die neue Epoche und der neue Parlamentarismus" lautet:

„Die Stellung der sozialistischen Parteien zum Parlamentarismus war anfänglich, in der Zeit der I. Internationale, die der Ausnützung der bürgerlichen Parlamente zum Zweck der Agitation. Die Teilnahme am Parlament wurde vom Gesichtspunkt der Entwicklung des Klassenbewußtseins, d. h. des Erwachens der Klassenfeindschaft des Proletariats gegen die herrschende Klasse betrachtet. Dieses Verhältnis wandelte

sich, nicht durch den Einfluß der Theorie, sondern unter dem Einfluß der politischen Entwicklung. Durch die ununterbrochene Steigerung der Produktivkräfte und durch die ständige Ausdehnung des kapitalistischen Ausbeutungsgebiets gewannen der Kapitalismus und mit ihm die parlamentarischen Staaten an Festigkeit und Beständigkeit.

Hieraus entstand die Anpassung der parlamentarischen Taktik der sozialistischen Parteien an die „organische" gesetzgeberische Arbeit des bürgerlichen Parlaments und ergab sich die immer größere Bedeutung des Kampfes um Reformen im Rahmen des Kapitalismus. Die Herrschaft des sogenannten Mindestprogramms der Sozialdemokratie, die Wandlung des Maximalprogramms in eine Debattierformel für ein überaus entferntes „Endziel" war die Folge. Auf dieser Grundlage entwickelten sich dann die Erscheinungen des parlamentarischen Strebertums, der Korruption, des offenen oder versteckten Verrats an den elementarsten Interessen der Arbeiterklasse.

Das Verhältnis der Kommunistischen Internationale zum Parlamentarismus wird nicht durch eine neue Doktrin, sondern durch die Veränderung der Rolle des Parlamentarismus selbst bestimmt. In der vorhergehenden Epoche hat das Parlament als Werkzeug des sich entwickelnden Kapitalismus eine in gewissem Sinne historisch fortschrittliche Arbeit geleistet. Unter den gegenwärtigen Bedingungen des zügellosen Imperialismus aber hat sich das Parlament in ein Werkzeug der Lüge, des Betrugs, der Gewalttat und des entnervenden Geschwätzes verwandelt. Angesichts der imperialistischen Verheerungen, Plünderungen, Vergewaltigungen, Räubereien und Zerstörungen verlieren die parlamentarischen Reformen, des Systems, der Stetigkeit und der Planmäßigkeit beraubt, für die werktätigen Massen jede praktische Bedeutung.

Wie die ganze bürgerliche Gesellschaft verliert auch der Parlamentarismus seine Festigkeit. Der plötzliche Uebergang von der organischen zur kritischen Epoche schafft die Grundlage für eine neue Taktik des Proletariats auf dem Gebiet des Parlamentarismus. So hat die russische Arbeiterpartei (die

Bolschewiki) das Wesen des revolutionären Parlamentarismus schon in der vorhergegangenen Periode ausgearbeitet, weil das kapitalistische Rußland seit 1905 aus dem politischen und sozialen Gleichgewicht gebracht und in die Periode der Stürme und Erschütterungen eingetreten war.

Soweit einige Sozialisten, die zum Kommunismus neigen, darauf hinweisen, daß der Augenblick für die Revolution in ihren Ländern noch nicht gekommen sei, und es ablehnen, sich von den parlamentaristischen Opportunisten abzuspalten, gehen sie, dem Wesen der Sache nach, von der bewußten Schätzung aus, daß ihr Land sich in einer Epoche der relativen Festigkeit der imperialistischen Gesellschaft befindet, und nehmen an, daß auf dieser Grundlage im Kampf um Reformen eine Koalition mit den Turati und Longuet praktische Resultate ergeben könne.

Der theoretisch klare Kommunismus wird dagegen den Charakter der gegenwärtigen Epoche richtig einschätzen. (Höhepunkt des Kapitalismus; imperialistische Selbstverneinung und Selbstvernichtung; ununterbrochenes Anwachsen des Bürgerkrieges etc.). In den verschiedenen Ländern können die Formen der politischen Beziehungen und Gruppierungen verschieden sein. Das Wesen bleibt aber überall ein und dasselbe: es handelt sich für uns um die unmittelbare politische und technische Vorbereitung des Aufstandes des Proletariats zur Zerstörung der bürgerlichen und für die Aufrichtung der neuen proletarischen Macht.

Das Parlament kann gegenwärtig für die Kommunisten auf keinen Fall der Schauplatz des Kampfes um Reformen, um eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsweise sein, wie dies in gewissen Augenblicken der vorhergegangenen Periode der Fall war. Der Schwerpunkt des politischen Lebens ist gegenwärtig ganz und endgültig über die Grenzen des Parlaments hinaus verlegt. Andererseits ist die Bourgeoisie nicht nur kraft ihrer Beziehungen zu den werktätigen Massen, sondern auch kraft ihrer verwickelten Wechselbeziehungen innerhalb der bürgerlichen Klassen gezwungen, einen Teil ihrer Maßnahmen auf die eine oder andere Weise im Parlament

durchzuführen, wo die verschiedenen Kliquen um die Macht handeln, ihre starken Seiten offenbaren, ihre schwachen Seiten verraten, sich bloßstellen usw.

Deshalb ist es die unmittelbare historische Aufgabe der Arbeiterklasse, diese Apparate den Händen der herrschenden Klassen zu entreißen, sie zu zerbrechen, zu vernichten und an ihre Stelle neue proletarische Machtorgane zu setzen. Gleichzeitig aber ist der revolutionäre Stab der Arbeiterklasse stark daran interessiert, seine Kundschafter in den parlamentarischen Einrichtungen der Bourgeoisie zu haben, um diese zerstörende Aufgabe zu erleichtern. Hieraus ergibt sich ganz klar der Grundunterschied zwischen der Taktik des Kommunisten, der mit revolutionären Zielen in das Parlament einzieht, und der Taktik des sozialistischen Parlamentariers. Der letztere geht von der Voraussetzung der relativen Festigkeit, der unbestimmten Dauer der bestehenden Herrschaft aus. Er macht es sich zur Aufgabe, mit allen Mitteln Reformen zu erreichen, und ist daran interessiert, daß jede Errungenschaft von der Masse in gebührender Weise als Verdienst des sozialistischen Parlamentarismus geschätzt werde (Turati, Longuet und Konsorten).

An die Stelle des alten Anpassungsparlamentarismus tritt der neue Parlamentarismus als ein Werkzeug zur Vernichtung des Parlamentarismus überhaupt. Die widerwärtigen Ueberlieferungen der alten parlamentarischen Taktik stoßen jedoch einige revolutionäre Elemente in das Lager der grundsätzlichen Gegner des Parlamentarismus (I. W. W.), der revolutionären Syndikalisten (K. A. P. D.). Der Zweite Kongreß erhebt daher folgende Thesen zum Beschluß."

Darauf wird in allen Paragraphen Verschiedenes geändert.

Der Paragraph 1 lautet nach der Umänderung durch die Kommission: „Der Parlamentarismus als Staatssystem ist eine „demokratische" Herrschaftsform der Bourgeoisie geworden, die auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Fiktion einer Volksvertretung bedarf, die äußerlich als eine Organisation eines außerhalb der Klassen stehenden „Volkswillens" erscheint, in Wirklichkeit aber eine Maschine zur Unterdrückung und Unterjochung in den Händen des herrschenden Kapitals ist."

Paragraph 4, 3. Zeile ist eingefügt: „können als solche nicht auf die Dauer erobert werden".

Ferner Paragraph 9, Zeile 4: „Die Massenaktionen werden von den revolutionären Massenorganisationen (Gewerkschaften, Parteien, Räte) des Proletariats unter der allgemeinen Führung einer einheitlichen, disziplinierten, zentralisierten kommunistischen Partei organisiert und geleitet."

Paragraph 11, Zeile 8, heißt jetzt: „sondern um vom Parlament aus den Massen zu helfen, die Staatsmaschine und das Parlament selbst durch die Aktion zu sprengen."

Im Paragraphen 12 ist hinzugekommen in der 5. Zeile: „befangen von demokratischen Illusionen, nach der Parlamentstribüne schauen".

Dann ist Paragraph 13 in seiner bisherigen Form gänzlich herausgenommen und dafür ein neuer Paragraph über das Verhalten in Kommunaleinrichtungen, falls dort die Mehrheit gewonnen ist, eingesetzt: „Falls die Kommunisten die Mehrheit in Kommunaleinrichtungen haben, so sollen sie a) revolutionäre Opposition gegen die bürgerliche Zentralgewalt treiben; b) alles tun, um der ärmeren Bevölkerung Dienste zu leisten (wirtschaftliche Maßnahmen, Durchführung oder Versuche zur Durchführung der bewaffneten Arbeitermiliz etc.); c) bei jeder Gelegenheit die Schranken zeigen, die die bürgerliche Staatsgewalt wirklich großen Veränderungen entgegensetzt; d) auf dieser Grundlage schärfste revolutionäre Propaganda entwickeln, ohne den Konflikt mit der Staatsgewalt zu fürchten; e) unter gewissen Bedingungen die Gemeindeverwaltungen etc. durch lokale Arbeiterräte ersetzen. Die ganze Tätigkeit der Kommunisten in der Kommunalverwaltung muß also ein Bestandteil der allgemeinen Zersetzungsarbeit des kapitalistischen Systems sein."

Im Paragraph 15 ist im letzten Satz der Name Höglunds gestrichen, weil Höglund nur zu einer gewissen Zeit diese revolutionäre Tätigkeit im Parlament entfaltete. Heute ist er nicht mehr in diesem Sinne tätig.

Der Abschnitt 3 heißt jetzt: „Der revolutionäre Parlamentarismus". In ihm sind nur einige unbedeutende, mehr redaktionelle Aenderungen vorgenommen.

Die Hauptarbeit der Kommission, die mit allen gegen zwei Stimmen mit dem Inhalt der Leitsätze einverstanden war, bestand überhaupt darin, einen guten deutschen, englischen und französischen Text herzustellen. Das war entschieden eine schwierigere Aufgabe, als die Leitsätze Bordigas zu erledigen, auf die in der Kommission zwei Stimmen entfielen. Das Ergebnis der übrigen Abstimmungen war: Annahme der Einleitung Trotzkis gegen zwei Stimmen; Paragraph 1—6 einstimmig. Paragraph 7 und 10 gegen zwei Stimmen; 8—9 einstimmig, 11—18 gegen eine Stimme, 19 einstimmig. 3. Abschnitt, Paragraph 1—4 gegen eine Stimme, Paragraph 5 gegen zwei Stimmen, Paragraph 6—7 einstimmig, die übrigen Paragraphen bei einer Stimmenthaltung. Die zwei Stimmen, die grundsätzlich gegen die Leitsätze abgegeben wurden, waren die des Vertreters der Schweiz und der I. W. W. In der letzten Kommissionssitzung war der Vertreter der I. W. W. infolge Erkrankung nicht anwesend.

BORDIGA. Die linke Fraktion der Italienischen Sozialistischen Partei ist antiparlamentarisch gesinnt, und zwar aus Gründen, die nicht allein für Italien gültig sind, sondern einen allgemeinen Charakter tragen.

Handelt es sich hier nun um eine Frage des Prinzips? Gewiß nicht. Wir sind doch im Prinzip alle Gegner des Parlamentarismus, weil wir ihn als Mittel der Befreiung des Proletariats und als politische Form des proletarischen Staates ablehnen. Die Anarchisten sind im Prinzip Antiparlamentaristen, da sie sich gegen jede Machtvertretung erklären. Die syndikalistischen Gegner der politischen Aktion der Partei, die eine ganz andere Auffassung des Befreiungsprozesses des Proletariats haben, sind es ebenfalls. Was uns betrifft, so stützt sich unser Antiparlamentarismus auf die marxistische Kritik der bürgerlichen Demokratie. Ich will hier die Argumente des kritischen Kommunismus nicht wiederholen, der die bürgerliche Lüge über die politische Gleichheit entlarvte, als ein Mittel, die wirtschaftliche Ungleichheit und den Klassenkampf zu verwischen. Dieser Auffassung liegt die Idee eines historischen Prozesses zugrunde, in welchem die Befreiung des Proletariates nach einem heftigen Klassen-

kampf, der durch die Diktatur des Proletariats unterstützt wird, erreicht wird.

Diese theoretische Auffassung, die in dem „Kommunistischen Manifest" klargelegt ist, hat in der russischen Revolution ihre erste historische Verwirklichung gefunden. Zwischen diesen beiden Tatsachen liegt eine lange Zeitspanne. Währenddessen ist die Entwicklung der kapitalistischen Welt weit vorgeschritten. Die marxistische Bewegung ist zu einer sozialdemokratischen herabgesunken und hat ein gemeinsames Arbeitsfeld für die kleinen Interessen der Zusammenarbeit einzelner Arbeitergruppen und der bürgerlichen Demokratie geschaffen. Die gleiche Erscheinung ist in den Gewerkschaften und in den sozialistischen Parteien zu bemerken.

Man hatte die marxistische Aufgabe der marxistischen Partei, die im Namen der ganzen Arbeiterklasse hätte sprechen und ihrer alten historischen revolutionären Aufgaben eingedenk sein müssen, also fast vollständig vergessen. Man fabrizierte eine ganz neue Ideologie, die mit dem Marxismus nichts gemein hat, die Gewaltmaßregeln verwarf und von der Diktatur des Proletariats absah, um an ihre Stelle die Illusion einer sozialen Entwicklung auf friedlichem und demokratischen Wege zu setzen.

Die russische Revolution hat die marxistische Theorie in bewunderungswürdiger Weise verwirklicht, indem sie die Notwendigkeit eines heftigen Kampfes und der Einführung der Diktatur des Proletariats bewies. Aber die historischen Bedingungen, unter denen sich die russische Revolution entwickelt hat, sind andere als die Bedingungen für die proletarische Revolution in den Ländern Westeuropas und Amerikas. Die Lage in Rußland könnte vielleicht mit der Lage in Deutschland im Jahre 1848 verglichen werden, wo zwei Revolutionen nacheinander ausbrachen, eine bürgerlich-demokratische und eine proletarische.

Die taktischen Erfahrungen der russischen Revolution können nicht auf andere Länder übertragen werden, in denen die bürgerliche Demokratie bereits seit langer Zeit durchgeführt ist und wo

die revolutionäre Krise in einem direkten Uebergang von dieser Ordnung zur Diktatur des Proletariats bestehen wird.

Die marxistische Bedeutung der russischen Revolution liegt darin, daß sie in ihrer Endphase (die Auflösung der Konstituierenden Versammlung und das Ergreifen der Macht durch die Sowjets) auf marxistischer Grundlage aufgebaut ist und der Entwicklung jeder neuen Bewegung, der Entwicklung der Kommunistischen Internationale, den Boden vorbereitete, welche mit den Sozialdemokraten, die, zu ihrer Schande sei es gesagt, in der Kriegszeit gänzlich versagt haben, endgültig gebrochen hat.

Das revolutionäre Problem verlangt von dem westlichen Europa vor allem, den Boden der bürgerlichen Demokratie zu verlassen, zu beweisen, daß die Forderung der Bourgeoisie, jeder politische Kampf solle nur durch den Mechanismus des Parlaments ausgetragen werden, falsch ist, und daß der Kampf auf eine neue Weise, durch direkte revolutionäre Tätigkeit zur Erkämpfung der Macht geführt werden muß.

Die Partei braucht eine neue technische Organisation, d. h. eine neue historische Bildung. Diese wird durch die kommunistische Partei verwirklicht, die, wie es in den Leitsätzen des Exekutivkomitees, die Frage der Rolle der Partei betreffend, heißt, „in der Epoche des direkten Kampfes um die Diktatur des Proletariats" geboren wurde (Leitsatz 4).

Der erste Mechanismus der Bourgeoisie, der zerstört werden muß, bevor man zum wirtschaftlichen Aufbau des Kommunismus übergeht und bevor man den neuen Mechanismus des proletarischen Staates, der den Regierungsapparat vertreten soll, schaffen kann, ist das Parlament.

Die bürgerliche Demokratie arbeitet unter den Massen mit indirekten Verteidigungsmaßregeln, während der Staatsapparat sich bereit hält, direkte Gewaltmittel anzuwenden, die in Tätigkeit gesetzt werden, sobald die letzten Versuche, das Proletariat auf den Boden legaler demokratischer Politik zu ziehen, mißglückt sind.

Es ist also von äußerster Wichtigkeit, dieses Spiel der Bourgeoisie zu entlarven und den Massen den ganzen Betrug des bürgerlichen Parlamentarismus zu zeigen.

Die Praxis der traditionellen sozialistischen Parteien hatte bereits vor dem Weltkriege eine antiparlamentarische Reaktion in die Reihen des Proletariats getragen: die syndikalistisch-anarchistische Reaktion, die jeder politischen Tätigkeit den Wert absprach, um die Aktivität des Proletariats auf das Gebiet der wirtschaftlichen Organisationen zu konzentrieren, und die dadurch die falsche Vorstellung verbreitet hat, daß es außerhalb der Wahl- und Parlamentstätigkeit keine politische Tätigkeit gibt. Gegen diese Vorstellung wie auch gegen die sozialdemokratische Illusion muß angekämpft werden; diese Auffassung steht der wahren revolutionären Methode ganz fern und führt das Proletariat in seinem Befreiungskampf auf einen falschen Weg.

In der Propaganda ist größere Klarheit nötig; die Massen brauchen eine einfache und klare Ausdrucksweise.

Von marxistischen Prinzipien ausgehend, schlagen wir vor, daß in Ländern, wo die demokratische Ordnung seit langem entwickelt ist, die Agitation für die Diktatur des Proletariats auf die Propagierung des Boykotts der Wahlen und der demokratischen bürgerlichen Organe aufgebaut wird.

Die große Bedeutung, die man der Wahltätigkeit in der Praxis beimißt, enthält eine zweifache Gefahr: Einerseits erweckt sie den Anschein, daß sie die Haupttätigkeit bildet, andererseits nimmt sie alle Kräfte der Partei in Anspruch, wodurch die Arbeit in den übrigen Zweigen der Bewegung lahmgelegt wird. Die Sozialdemokraten sind nicht die einzigen, die den Wahlen eine große Bedeutung beimessen. Selbst in den von der Exekutive vorgeschlagenen Leitsätzen heißt es, daß es wichtig sei, in der Wahlkampagne alle Mittel der Agitation anzuwenden (Leitsatz 15).

Die Organisation der Partei, die die Wahltätigkeit ausübt, entwickelt einen ganz besonderen technischen Charakter, der sich von dem Charakter der Organisation, die den revolutionären legalen oder illegalen Bedürfnissen entspricht, stark unterscheidet. Die Partei teilt sich in eine Menge von Wahlkomitees, die sich ausschließlich mit der Vorbereitung und Mobilisierung der Wähler befassen. Wenn es sich um eine alte sozialdemokra-

tische Partei handelt, die sich der kommunistischen Bewegung angeschlossen hat, liegt in der Ausübung der Parlamentsaktion, wie sie früher praktiziert wurde, eine große Gefahr. Wir haben zahlreiche Beweise dafür.

Was die in Vorschlag gebrachten und von den Rednern verteidigten Leitsätze betrifft, möchte ich bemerken, daß ihnen eine historische Einleitung vorangeht, mit deren erstem Teil ich fast vollständig einverstanden bin. Es heißt dort, daß die I. Internationale sich des Parlamentarismus zu Agitations-, Kritik- und Propagandazwecken bediente. Später, in der II. Internationale, trat die schädliche Einwirkung des Parlamentarismus zutage, der zum Reformismus und zur Zusammenarbeit der Klassen (Burgfrieden) führte. Daraus wird in der Einleitung der Schluß gezogen, daß die Kommunistische Internationale zur Parlamentstaktik zurückkehren soll zwecks Vernichtung des Parlaments von innen heraus. Die Kommunistische Internationale muß aber im Gegenteil, wenn sie dieselbe Doktrin annimmt wie die I., die ganz verschiedenen historischen Verhältnisse in Betracht ziehen und eine ganz andere Tätigkeit entfalten, nämlich nicht mit der bürgerlichen Demokratie zusammenzuarbeiten.

Der erste Teil der darauffolgenden Leitsätze steht auch mit den von mir unterstützten Ideen in keiner Weise in Widerspruch. Erst wo es sich um die Ausnutzung der Wahlkampagne und der Parlamentstribüne zu Massenaktionen handelt, beginnt der Unterschied. Wir weisen den Parlamentarismus nicht zurück, weil es sich um ein legales Mittel handelt. Man kann ihn aber nicht in derselben Weise benutzen, wie die Presse, die Freiheit der Vereinigung usw. Hier handelt es sich um ein Aktionsmittel und dort um eine bürgerliche Institution, die durch proletarische Institutionen, durch Arbeitersowjets ersetzt werden muß. Wir denken nicht daran, nach der Revolution von der Ausnutzung der Presse, der Propaganda usw. abzustehen; aber wir sind bestrebt, zu allererst den demokratischen Apparat zu vernichten und an seine Stelle die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Das ist ebenso wenig ein von uns behauptetes Argument wie das über die „Führer" der Bewegung. Es kann gar nicht in Frage kommen, daß die Führer abgeschafft werden könnten.

Wir wissen sehr gut, und wir haben es den Anarchisten seit Beginn des Krieges gesagt, daß es nicht richtig ist, den Parlamentarismus abzulehnen, um die Führer abzuschaffen. Wir werden ihrer immer bedürfen als Propagandisten, Journalisten etc.

Gewiß ist in der Revolution eine zentralisierte Partei notwendig, die die Tätigkeit des Proletariats leitet. Diese Partei braucht selbstverständlich auch Führer; aber die Rolle der Partei, die Rolle der Führer ist eine ganz andere, als sie es bei den Sozialdemokraten war. Die Partei leitet die Tätigkeit des Proletariats in dem Sinne, daß sie die gefährlichste Arbeit verrichtet, die die größte Aufopferung verlangt. Die Leiter der Partei sind nicht nur Führer der siegreichen Revolution, sie sind es auch, die bei einer Niederlage zuerst unter den Schlägen der Feinde fallen. Ihre Stellung ist eine ganz andere als die Stellung der Parlamentsführer, die die vorteilhaftesten Posten in der bürgerlichen Gesellschaft einnehmen.

Man sagt uns: Man kann auch von der Rednerbühne des Parlaments aus Propaganda machen. Darauf will ich mit einem etwas kindlichen Beweisgrund antworten: Was man auf der Rednertribüne des Parlaments sagt, wird in der Presse wiederholt. Wenn es sich um die bürgerliche Presse handelt, wird alles falsch dargestellt sein, handelt es sich aber um unsere Presse, so ist es verlorene Mühe, das, was später gedruckt wird, vorher auf der Rednerbühne vorzutragen.

Die von dem Redner angeführten Beweise werden unseren Leitsätzen keinen Abbruch tun. Liebknecht hat im Reichstag in einer Zeit gewirkt, in der wir die Möglichkeit der Parlamentstätigkeit anerkannten, um so mehr, da es sich damals nicht darum handelte, den Parlamentarismus selbst zu sanktionieren, sondern die bürgerliche Macht zu kritisieren.

Wenn wir aber Liebknecht, Höglund und die übrigen wenig zahlreichen Fälle der revolutionären Tätigkeit im Parlament auf eine Wagschale legen und in die andere die ganze Masse des Verrats der Sozialdemokraten, so wird das Ergebnis für den revolutionären Parlamentarismus durchaus ungünstig sein.

Die Parlamentstätigkeit der Bolschewiki in der Duma, im

Vorparlament Kerenskis, in der Konstituierenden Versammlung wurde unter ganz anderen Verhältnissen ausgeübt, als es die sind, unter denen wir vorschlagen, die Parlamentstaktik zu verlassen. Ich will nicht auf den Unterschied zurückkommen, der zwischen der Entwicklung der russischen Revolution und der Revolution in den anderen bürgerlichen Ländern liegt.

Ich bin auch nicht für den Gedanken, daß man die Wahlen in die bürgerlichen kommunalen Institutionen ausnützen muß. Ein sehr wichtiges Problem kann ich aber nicht mit Schweigen übergehen. Ich denke daran, die Wahlkampagne zu Agitations- und Propagandazwecken für die kommunistische Revolution auszunutzen; aber diese Agitation wird um so wirksamer sein, je kräftiger wir den Massen den Boykott der bürgerlichen Wahlen predigen.

Man kann übrigens nicht voraussehen, worin die zerstörende Tätigkeit bestehen könnte, die die Kommunisten im Parlament ausüben könnten. Der Referent legt uns über diese Frage den Entwurf einer Bestimmung hinsichtlich der Tätigkeit der Kommunisten im bürgerlichen Parlament vor. Das ist sozusagen die reine Utopie. Es wird nie gelingen, eine Parlamentstätigkeit zu entfalten, die den Prinzipien des Parlamentarismus widerspricht und aus den Grenzen der Parlamentsbestimmungen heraustritt.

Jetzt noch ein paar Worte über die Argumente des Genossen Lenin, die er in seiner Broschüre über den „linken" Kommunismus anführt.

Ich glaube nicht, daß man unsere antiparlamentarische Tendenz für eine solche halten kann, die den Austritt aus den Gewerkschaften fordert.

Die Gewerkschaft ist immerhin, wenn auch verdorben, ein Arbeitermilieu. Aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften austreten — hieße die Auffassung der Syndikalisten teilen, die sich in revolutionären Kampforganen von einem anderen ökonomischen Typus vereinen wollen.

Das ist vom marxistischen Standpunkt aus ein Irrtum, der nichts mit den Argumenten zu tun hat, auf die sich unser Antiparlamentarismus stützt.

In den Leitsätzen heißt es jedoch, daß die Frage des Parlamentarismus für die kommunistische Revolution erst an zweiter Stelle komme; anders aber stehe es um die Frage der Gewerkschaften.

Ich finde, daß man aus der Opposition gegen die Parlamentstätigkeit kein endgültiges Urteil über einzelne Genossen oder kommunistische Parteien fällen kann. Genosse Lenin beschreibt uns in seinem interessanten Werk eine kommunistische Taktik, indem er seine sehr weite Tätigkeit bestimmt, auf Grund einer sehr aufmerksamen Analyse der Situationen in der bürgerlichen Welt, und er macht den Vorschlag, bei dieser Analyse in den kapitalistischen Ländern die Erfahrungstatsachen der russischen Revolution anzuwenden.

Er betont auch die Notwendigkeit, dem Unterschied zwischen den verschiedenen Ländern Rechnung zu tragen.

Ich unternehme es nicht, diese Methode hier zu erörtern.

Ich will nur bemerken, daß eine marxistische Bewegung in den demokratischen westlichen Ländern eine viel direktere Taktik verlangt, als die Taktik, die in der russischen Revolution angewandt wurde.

Genosse Lenin beschuldigt uns, das Problem der kommunistischen Aktion im Parlament ausschalten zu wollen, weil uns seine Lösung zu schwierig erscheint und weil die antiparlamentarische Taktik die geringste Anstrengung kostet.

Wir sind vollständig darin einig, daß die Aufgaben der proletarischen Revolution sehr groß und schwierig sind. Wir sind überzeugt, daß wir, wenn wir nach dem Problem der Parlamentsaktion auch die übrigen viel wichtigeren Probleme erörtert und bestimmt haben, doch nicht weitergekommen sein werden, und daß ihre Lösung nicht so einfach sein wird, wie wir es uns denken.

Deshalb beabsichtigen wir, die Hauptkräfte der kommunistischen Bewegung für wichtigere Gebiete, als das Parlament es ist, zu verwenden.

Wir schrecken vor keinen Schwierigkeiten zurück. Wir bemerken nur, daß die opportunistischen Parlamentarier, die auch

eine leichte Taktik einschlagen, deshalb durch ihre parlamentarische Tätigkeit nicht weniger mit Arbeit belastet sind.

Daraus schließen wir, daß wir zur Lösung des Problems des kommunistischen Parlamentarismus nach den vorgeschlagenen Leitsätzen (wenn wir diese Lösung annehmen) eine große Anstrengung und eine unermüdliche Tätigkeit brauchen werden, und daß dann für die wirklich revolutionäre Tätigkeit wenig Mittel und Energie zurückbleiben werden.

Man kann nicht schon in der bürgerlichen Welt diejenigen Etappen auf politischem Gebiet durchmachen, die erst nach Ausbruch der Revolution durch die ökonomische Umwandlung des Kapitalismus zum Kommunismus ausgekämpft werden müssen.

Der Uebergang der Macht von den Ausbeutern an die Ausgebeuteten zieht eine Veränderung in dem Vertretungsapparat nach sich. Der bürgerliche Parlamentarismus muß durch das Sowjetsystem ersetzt werden.

Die alte demokratische Maske des Klassenkampfes muß zerrissen werden, damit die direkte revolutionäre Aktion eingeleitet werden kann.

Das ist unser Standpunkt dem Parlamentarismus gegenüber, ein Standpunkt, der mit der revolutionären marxistischen Methode in vollem Einklang steht.

Ich kann mit einer Ansicht schließen, die wir mit dem Genossen Bucharin teilen. Diese Frage kann und darf nicht dazu beitragen, daß eine Spaltung in der marxistischen Bewegung stattfindet.

Wenn die Kommunistische Internationale die Schaffung eines kommunistischen Parlamentarismus auf sich nehmen will, unterwerfen wir uns ihrer Bestimmung. Wir glauben nicht, daß dieser Plan gelingen wird; aber wir erklären, daß wir nichts unternehmen werden, um dieses Werk umzustoßen.

Ich wünsche, daß der nächste Kongreß der Kommunistischen Internationale nicht über die Resultate der Parlamentsaktion zu debattieren braucht, sondern viel mehr die Siege der kommunistischen Revolution in einer großen Anzahl von Ländern prüfen wird.

Sollte das nicht möglich sein, so wünsche ich dem Genossen Bucharin, daß er uns ein weniger trauriges Bild des kommunistischen Parlamentarismus vorlegen kann, als das, mit welchem er diesmal seine Einleitung beginnen mußte.

(Genosse Bordiga verliest darauf folgende Leitsätze:)

Leitsätze über den Parlamentarismus, aufgestellt vom Genossen Bordiga im Namen der kommunistischen, abstentionistischen Fraktion der Sozialistischen Partei Italiens.

1. Der Parlamentarismus ist die Form der politischen Vertretung, die der kapitalistischen Ordnung eigen ist. Die prinzipielle Kritik der kommunistischen Marxisten an dem Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie führt im allgemeinen zu der Feststellung, daß das allen Bürgern aller sozialen Klassen gewährte Stimmrecht bei den Wahlen in die Vertretungskörper des Staates es nicht verhindern kann, daß jeder Regierungsapparat des Staates zum Komitee des Schutzes der Interessen der herrschenden kapitalistischen Klasse wird und daß der Staat sich als das historische Organ des Kampfes der Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution organisiert.

2. Die Kommunisten bestreiten die Möglichkeit, daß die Arbeiterklasse je die Macht erobert durch die Mehrheit der Parlamentsmandate. Allein der bewaffnete revolutionäre Kampf wird sie zu ihrem Ziele führen. Die Eroberung der Macht durch das Proletariat, die den Ausgangspunkt des ökonomischen kommunistischen Aufbaus bildet, führt zur gewaltsamen und sofortigen Beseitigung der demokratischen Organe und zu ihrem Ersatz durch Organe der proletarischen Macht — durch Arbeiterräte. Die Ausbeuterklasse wird auf diese Weise jedes politischen Rechts beraubt und die Diktatur des Proletariats, d. h. ein Regierungssystem mit Klassenvertretung errichtet. Die Beseitigung des Parlamentarismus wird zur historischen Aufgabe der kommunistischen Bewegung. Mehr noch: die repräsentative Demokratie ist gerade die erste Form der bürgerlichen Gesellschaft, die gestürzt werden muß, und zwar noch früher als das kapitalistische Eigentum, noch früher als die bürokratische Staatsmaschinerie.

3. Das gleiche muß mit den Kommunaleinrichtungen geschehen, die man den Staatsorganen nicht theoretisch gegenüberstellen sollte. In Wirklichkeit ist ihr Apparat identisch mit dem Staatsmechanismus der Bourgeoisie. Sie müssen vom revolutionären Proletariat ebenfalls vernichtet und durch örtliche Sowjets der Arbeiterdeputierten ersetzt werden.

4. Im gegenwärtigen Augenblick ist es die Aufgabe der Kommunisten, in ihrem Bestreben, die Revolution geistig und materiell vorwärtszutreiben, das Proletariat vor allem von den Illusionen und Vorurteilen zu befreien, die durch den Verrat der alten sozialdemokratischen Führer in den Massen verbreitet werden. In den Ländern, in denen seit langer Zeit eine demokratische Ordnung herrscht, die in den Gewohnheiten und dem Gedankenkreis der Massen, wie auch der alten sozialistischen Parteien eingewurzelt ist, ist diese Aufgabe von besonderer Wichtigkeit und tritt unter den Problemen der Vorbereitung zur Revolution an die erste Stelle.

5. Die Teilnahme an den Wahlen und an der parlamentarischen Tätigkeit während einer Zeit, in der man vom Gedanken der Eroberung der Macht durch das Proletariat noch weit entfernt war und als noch nicht die Rede von direkten Vorbereitungen für die Revolution und von der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats war, kann große Möglichkeiten für Propaganda, Agitation und Kritik bieten. Andererseits kann in solchen Ländern, wo noch erst eine bürgerliche Revolution im Gang ist und neue Institutionen schafft, der Eintritt der Kommunisten in die Vertretungskörper, die sich noch im Stadium der Bildung befinden, einen großen Einfluß auf die Entwicklung der Ereignisse haben, um einen glücklichen Ausgang der Revolution und den endgültigen Sieg des Proletariats herbeizuführen.

6. In der gegenwärtigen historischen Epoche, die mit dem Ende des Weltkrieges und seinen Folgen für die soziale Organisation der Bourgeoisie, mit der russischen Revolution als erster Verwirklichung der Idee der Eroberung der Macht durch das Proletariat und der Bildung der neuen Internationale im Gegensatz zur Sozialdemokratie der Verräter begonnen hat, — und in

den Ländern, in denen die demokratische Ordnung seit langer Zeit durchgeführt ist, gibt es keine Möglichkeit, die Parlamentstribüne für die revolutionäre Sache des Kommunismus auszunutzen. Die Klarheit der Propaganda nicht weniger als die Vorbereitungen des endgültigen Kampfes für die Diktatur des Proletariats erfordern, daß die Kommunisten eine Agitation für den Boykott der Wahlen von seiten der Arbeiter führen.

7. Unter diesen historischen Bedingungen, unter denen die revolutionäre Eroberung der Macht durch das Proletariat zum Hauptproblem der Bewegung geworden ist, muß jede politische Tätigkeit der Partei diesem Ziel gewidmet sein. Es ist notwendig, mit der bürgerlichen Lüge ein für allemal zu brechen, mit der Lüge, die glauben machen will, daß jedes Zusammentreffen der feindlichen Parteien, jeder Kampf um die Eroberung der Macht, sich im Rahmen des demokratischen Mechanismus, in Wahlkämpfen und parlamentarischen Debatten abspielen muß. Es wird nicht gelingen, dieses Ziel zu erreichen, ohne daß man sich von der traditionellen Methode, die Arbeiter zur Teilnahme an den Wahlen aufzufordern, wo sie Seite an Seite mit der bürgerlichen Klasse arbeiten, völlig lossagt, ohne dem Schauspiel ein Ende zu machen, daß die Delegierten des Proletariats auf dem gleichen parlamentarischen Boden wie seine Ausbeuter stehen.

8. Die ultraparlamentarische Praxis der alten sozialistischen Parteien hat die gefährliche Auffassung verbreitet, daß jede politische Aktion nur in Wahlkämpfen und parlamentarischer Tätigkeit besteht. Andererseits hat die Abneigung des Proletariats gegen diese Verräterei den syndikalistischen und anarchistischen Tendenzen, die der politischen Aktion und der Tätigkeit der Partei jeden Wert absprechen, einen fruchtbaren Boden geschaffen. Daher werden die kommunistischen Parteien mit der Propagierung der revolutionären marxistischen Methode niemals einen großen Erfolg erzielen, wenn sie ihre Arbeit nicht unmittelbar auf die Diktatur des Proletariats und auf die Arbeiterräte stützen und auf jede Berührung mit der bürgerlichen Demokratie verzichten.

9. Die überaus große Bedeutung, die man in der Praxis den Wahlkämpfen und ihren Ergebnissen beimißt, die Tatsache, daß die Partei ihnen für einen ziemlich langen Zeitraum alle ihre Kräfte und ihre Hilfsquellen an Menschen, Presse und ökonomischen Mitteln widmet, bringt es einerseits mit sich, daß trotz aller Versammlungsreden und allerlei theoretischen Erklärungen die Ueberzeugung gestärkt wird, daß dies die wirkliche Hauptaktion zur Erreichung der kommunistischen Ziele ist; andererseits führt sie zum beinahe völligen Verzicht auf jede Arbeit der revolutionären Organisation und Vorbereitung, indem sie der Parteiorganisation einen technischen Charakter gibt, der im völligen Gegensatz zu den Anforderungen der legalen und illegalen revolutionären Arbeit steht.

10. Was die Parteien anbetrifft, die sich durch einen Mehrheitsbeschluß der Kommunistischen Internationale angeschlossen haben, so verhindert die weitere Teilnahme an den Wahlkämpfen die erforderliche Aussiebung der sozialdemokratischen Elemente, ohne deren Beseitigung die Kommunistische Internationale ihre historische Rolle nicht wird durchführen können.

11. Der eigentliche Charakter der Debatten, die sich im Parlament und in anderen demokratischen Organen abspielen, schließt jede Möglichkeit aus, von der Kritik an der Politik der Gegenparteien zu einer Propaganda gegen das Prinzip des Parlamentarismus überzugehen, zu einer Aktion, die die Grenzen der parlamentarischen Verfassung überschreitet, ebenso wie es unmöglich ist, ein Mandat zu erhalten, welches das Recht zu sprechen gibt, wenn man sich weigert, sich allen Formalitäten des Wahlverfahrens zu unterwerfen.

Der Erfolg des parlamentarischen Gefechts kann bloß durch die Geschicklichkeit in der Benutzung dieser gemeinsamen Waffe der Prinzipien, auf die sich die Institution selbst gründet, und durch Ausnützung der Feinheiten des Reglements errungen werden, ebenso wie der Erfolg des Wahlkampfes immer mehr nach der Anzahl der Stimmen und der erhaltenen Mandate beurteilt werden wird.

Jedes Bestreben der kommunistischen Parteien, der Praxis

des Parlamentarismus einen ganz anderen Charakter zu verleihen, wird bloß zu einem Bankrott der Energie führen, die man dieser Sisyphusarbeit wird opfern müssen. Die Sache der kommunistischen Revolution fordert unverzüglich zur direkten Aktion gegen das kapitalistische System der Ausbeuter auf.

SINOWJEW. Im Namen des Büros habe ich Euch folgenden Vorschlag zu unterbreiten: Es haben sich 19 Redner zum Wort gemeldet. Wir meinen aber, daß wir von heute ab etwas schneller arbeiten müssen, damit wir am Donnerstag schließen können. Es gibt jetzt zwei Entwürfe von Leitsätzen, und daher schlagen wir vor, Generalredner aufzustellen, z. B. drei Redner für die Leitsätze Bucharin und drei für die Leitsätze Bordiga und sich für diese Frage damit zu begnügen.

RADEK. Ich schlage vor, einen Redner für und einen gegen die Parlamentsbeteiligung sprechen zu lassen. Diese ganze parlamentarische Geschichte hängt einem zum Halse heraus. Die allgemeinen Argumente wurden bereits genügend breitgetreten. Ich schlage vor, in dieser Frage nur noch einem Redner dafür und einem dagegen das Wort zu geben und dann den zwei Korreferenten.

(Es wird über beide Anträge abgestimmt. Der Antrag Sinowjews wird angenommen.)

SINOWJEW. Jetzt müssen wir eine kleine Enquete veranstalten. Ich werde fragen, wer für die Leitsätze Bordiga und wer für die Leitsätze Bucharin ist.

Beide Gruppen sollen sich sammeln und ihre Generalredner aufstellen.

GALLACHER. Es tut mir leid, feststellen zu müssen, daß auch die Kommunistische Internationale auf dem Wege ist, opportunistisch zu werden. Statt Mittel und Wege zu finden, um in die Massen einen Geist der Empörung hineinzutragen, denkt man hier daran, wie man sich an den parlamentarischen Wahlen beteiligen soll. Es ist naiv, zu glauben, daß, wenn unzuverlässige Elemente in das Parlament hineinkommen, sie in der Richtung der Kommunistischen Internationale und der Revolution kämpfen werden. In England gibt es dafür manches Beispiel. Was tut

man dort? Man denkt hauptsächlich daran, wie man sich legal an den Wahlen beteiligen kann. Man hat oft gesagt: Wenn man in das Parlament hineingeht, kann man dort Reden halten und dadurch agitieren. Das Ergebnis ist aber, daß das Proletariat sich daran gewöhnt, an die demokratischen Institutionen zu glauben. Von denen, die in das Parlament kommen, kann man keine Aktionen verlangen. Die kommunistischen Parteien der ganzen Welt haben jetzt etwas anderes zu tun, als Zeit für die parlamentarischen Wahlen zu verlieren. Jetzt gilt es, unter der Führung der Exekutive die revolutionären Mittel und Wege und die Taktik zu studieren. Und jetzt will man statt dessen die Aufmerksamkeit von diesem Ziele ablenken. Die kommunistische Partei, die sich in England bildet, schwört darauf, der Kommunistischen Internationale anzugehören. Aber das ist Mode, wie es auch Mode ist, sich für die Diktatur des Proletariats auszusprechen.

Was sollen wir sagen? Ist man vorbereitet, für die Diktatur des Proletariats zu wirken? Ich sage: nein. Liebknecht hat gewiß Großes getan, aber nur insofern, als er auch außerhalb des Parlaments unter den Massen wirkte. Wenn er nur im Parlament geredet hätte, so wäre er am Leben geblieben wie Macdonald und viele andere auch. Was das russische Beispiel anbetrifft, so hat es seine eigene Geschichte, die man aber nicht verallgemeinern darf. Der Kampf und die Erfahrungen der russischen Revolutionäre sind durch Tränen und Blut geschmiedet worden. Das Verhalten der Bolschewiki in der russischen Duma ist ein Ergebnis der vieljährigen schweren Kämpfe der Arbeitermasse. Die Kommunistische Internationale wie auch die Völker aller Länder stehen jetzt vor einer Alternative. Es gibt zwei Taktiken; die eine, die im Volke durch allerlei demokratische Phrasen das Gefühl der Unterwerfung entwickelt, die andere, die darin besteht, den revolutionären Geist in den Massen zu entwickeln. Das Beispiel des Deputierten Maclean, der in großen Wahlversammlungen davon sprach, er sei Bolschewik und würde das ganze Parlament stürzen, ist typisch. Seit Maclean im Parlament ist, ist er ein kleinbürgerlicher Sozialist, der erklärt,

er sei kein Bolschewik. Unsere Energie muß nur darauf verwandt werden, den revolutionären Kampf in den Massen zuzuspitzen. Die Kommunistische Internationale befindet sich jetzt vor der Alternative, entweder den Weg der Unterwerfung oder den des Kampfes zu gehen.

SCHABLIN. Genossen! Die Kommunistische Partei Bulgariens besitzt in bezug auf den Parlamentarismus bereits Erfahrungen, die zeigen, daß die kommunistischen Parteien dort, wo noch ein bürgerliches Parlament vorhanden ist, den Kampf der revolutionären Arbeitermassen mit dem Kampfe im Parlament Hand in Hand führen können und müssen. Wenn die uns vom Genossen Bordiga vorgelegten Leitsätze auch eine marxistische Phraseologie aufwerfen, muß doch gesagt werden, daß sie nichts mit der wirklich marxistischen Idee gemein haben, der zufolge die kommunistische Partei jede uns von der Bourgeoisie gebotene Möglichkeit ausnutzen muß, um mit den unterdrückten Massen in Berührung zu kommen und den kommunistischen Ideen unter ihnen zum Siege zu verhelfen. Diese Leitsätze enthalten nur die Reste der kleinbürgerlichen Vorurteile, die in der Arbeiterbewegung mancher Länder noch vorhanden sind. Ich glaube, daß die Erfahrung Bulgariens die beste Antwort auf die Leitsätze des Genossen Bordiga gibt, und deshalb bitte ich, meiner kurzen Einleitung zu dieser Frage ein wenig Aufmerksamkeit zu schenken, umsomehr, da sie keine leeren, sogenannten marxistischen Phrasen, sondern aus dem Leben herausgegriffene Tatsachen enthält.

Die Kommunistische Partei Bulgariens hat gegen den Balkankrieg 1912—13 energisch angekämpft, und als dieser Krieg mit einer Niederlage und einer tiefgehenden wirtschaftlichen Krise für das Land endete, war der Einfluß der Partei in den Massen soweit gewachsen, daß sie bei den Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften im Jahre 1914 auf Grund einer streng prinzipiellen Agitation 45 000 Stimmen und 11 Mandate im Parlament erhielt. Die Parlamentsgruppe hat mehrmals heftig gegen den Entschluß der bulgarischen Regierung, sich an dem europäischen Kriege zu beteiligen, protestiert und hat jedesmal demonstrativ

gegen die Kriegsanleihen gestimmt. Die Partei hat mit Hilfe von Broschüren und illegalen Flugblättern, durch eifrige Agitation und Propaganda einen heftigen Kampf gegen den einmal erklärten imperialistischen Krieg begonnen, sowohl im Innern des Landes, als auch an der Front.

Diese revolutionäre Tätigkeit erwirkte die Verfolgung der Parlamentsgruppe und der ganzen Partei. Drei kommunistische Deputierte, Lukanow, Dimitrow und Ziporanow, wurden in der Kriegszeit durch das Feldgericht zu 3—5 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt, für einige Monate in Haft gesetzt und dann befreit. Hunderte von Genossen wurden zu den verschiedensten Strafen verurteilt, und eine Anzahl Kommunisten sind erschossen worden. Der Generalstab der Armee hatte den Soldaten verboten, unser Parteiorgan „Rabotnitscheski Westnik" zu lesen, und Soldaten, die das Verbot übertraten, wurden verhaftet, verfolgt und erschossen.

Dieser erbitterte Kampf gegen den Krieg, der vollständige Bankrott der Eroberungspolitik der Bourgeoisie, sowie die durch den Krieg verursachte schwere Krise haben der Kommunistischen Partei die Möglichkeit gegeben, ihr Arbeitsfeld und ihren Einfluß in den Massen zu erweitern und die stärkste politische Partei unseres Landes zu werden. Bei den Parlamentswahlen 1919 erhielt die Kommunistische Partei 120 000 Stimmen und zog mit 47 kommunistischen Deputierten ins Parlament ein. Die Sozialpatrioten, die „Sozialisten", konnten nur 34 Vertreter stellen, trotzdem das Ministerium des Innern sich in den Händen eines der Führer dieser Partei befand, in den Händen des bulgarischen Noske traurigen Angedenkens, Pastuchow.

Der Erfolg der Kommunistischen Partei und deren Ausnutzung der Parlamentstribüne zu revolutionären Zwecken veranlaßte die erschreckte Bourgeoisie, die Kammer aufzulösen. Es wurden Neuwahlen ausgeschrieben, die im März 1920 stattfanden. Auch diese Wahlen ergaben trotz des von der Regierung ausschließlich gegen uns gerichteten Terrors (Tausende von Genossen wurden verhaftet, Hunderte in den Gefängnissen mißhandelt und geschlagen, viele getötet; man hat die

Militärgerichte, die Zensur, die Gendarmerie, die reguläre Armee, die weiße Armee und die ganze Regierungsmaschinerie der Vernichtung und Unterdrückung gegen uns gerichtet) einen glänzenden Sieg der Kommunistischen Partei. Sie hat nicht nur ihre eroberten Stellungen behalten, sondern sie vielmehr stark gefestigt. Sie erhielt 187 000 Stimmen und 50 Deputierte, und die Anzahl der Mandate der „Sozialisten" fiel von 39 auf 9. Die Regierung befand sich nun in der Minderheit. Um sich eine Mehrheit zu schaffen, entzog man neun kommunistischen Deputierten ihre Mandate und stieß sie aus dem Parlament aus. Auf diese Weise wurde die kommunistische Parlamentsgruppe von der Regierung auf 41 Deputierte herabgesetzt. Durch diese Tatsache hat die Bourgeoisie die Maske ihrer Loyalitätsheuchelei lüften müssen. In den Augen der Massen wurden dadurch die Grundlagen der Gesetzmäßigkeit des demokratischen bürgerlichen Parlaments zerstört und sein Einfluß auf die werktätigen Massen des Landes beeinträchtigt. Die Arbeiter und die Bauern der beiden Wahlkreise von Philippopel und von Wratza, deren Vertreter aus dem Parlament vertrieben worden waren, versammelten sich in großen Protestversammlungen, auf denen sie für die Vernichtung des bürgerlichen Parlaments kämpften, in dem die wirklichen Volksvertreter keinen Zugang haben, und auf dem sie sich für die Schaffung von Arbeiter- und Bauernsowjets erklärten.

Die Kommunistische Partei hat den Wahlkampf auf Grund ihres auf dem Kongreß vom Mai 1919 angenommenen kommunistischen Programms geführt; sie hat offen erklärt, daß sie keine der Illusionen hinsichtlich des Parlaments verteidigt, daß die Eroberung der Macht durch das Proletariat nur durch die revolutionäre Aktion der Massen möglich ist, indem man bis zum bewaffneten Aufstand der Arbeiter und Bauern und zur Vernichtung des Parlaments und des bürgerlichen Staates selbst gehen muß.

Die Kommunistische Partei führt im Parlament einen unerbittlichen Kampf gegen die rechten wie auch die linken bürgerlichen Parteien. Sie unterzieht alle Gesetzentwürfe der Re-

gierung einer strengen Kritik und benutzt jede Gelegenheit, um ihren prinzipiellen Standpunkt und ihre Losungen zu entwickeln. Auf diese Weise nutzt die Kommunistische Partei die Parlamentstribüne aus, um ihre Agitation unter den Massen auf breitester Grundlage zu entwickeln; sie zeigt den Werktätigen die Notwendigkeit, für die Arbeiter- und Bauernsowjets zu kämpfen, zerstört die Autorität und den Glauben an die Wichtigkeit des Parlaments und fordert die Massen auf, die Diktatur des Proletariats an die Stelle der Diktatur der Bourgeoisie zu setzen. Die Kommunistische Partei Bulgariens kämpft zugleich im Parlament und unter den Massen. Die Parlamentsgruppe hat an dem großen Streik der Transportarbeiter, der 53 Tage, vom Dezember 1919 bis zum Februar 1920, gedauert hatte, den regsten Anteil genommen. Für diese revolutionäre Tätigkeit wurden die kommunistischen Deputierten von der Regierung des Schutzes der Gesetze beraubt, und mehrere Deputierte wurden verhaftet. Die Genossen Stefan Dimitrow, der Vertreter von Dubnitza, und Temelke Nenkow, der Vertreter von Pernik, wurden, der erste zu 12, der zweite zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie sich mit den Waffen in der Hand der Staatsgewalt widersetzt hatten. Diese beiden Genossen schmachten heute im Gefängnis. Ein dritter kommunistischer Abgeordneter, Genosse Kesta Ziporanow, wird von den militärischen Justizbehörden wegen Hochverrats verfolgt. Die Mitglieder des Zentralkomitees, drei Abgeordnete, werden verfolgt, weil sie im Parlament und in den Massen einen energischen Kampf gegen die Regierung, die die russischen Gegenrevolutionäre unterstützte, geführt haben. Man befreite sie vorläufig aus der Haft gegen eine Haftsumme von 300 000 Leu, die von dem Proletariat Sofias im Laufe von 2 Tagen gezeichnet und eingezahlt wurden. Alle Reden der kommunistischen Abgeordneten gegen die Bourgeoisie in der Kammer sind von solch einer Heftigkeit, daß sie häufig mit einem großen Skandal enden und es zu Tätlichkeiten zwischen der Regierungsmehrheit und der kommunistischen Gruppe kommt.

Die kommunistische Parlamentsgruppe befindet sich unter der unmittelbaren Kontrolle des Zentralkomitees. Die Depu-

tierten arbeiten beständig unter den Massen und nützen ihre bevorzugte Stellung aus, um an allen Kämpfen des Proletariats den regsten Anteil zu nehmen.

Zu Beginn des Jahres 1919 tauchte in der Partei eine schwache Strömung gegen die Beteiligung an den Parlamentswahlen auf. Die Vertreter dieser Richtung forderten die Boykottierung des bürgerlichen Parlaments. Aber der nationale Parteikongreß, der im Mai 1919 in Sofia zusammentrat, verwarf diesen Standpunkt einstimmig und stellte sich auf den Standpunkt des Zentralkomitees. Er beschloß, die Wahlen für den revolutionären Kampf des Proletariats gegen das bürgerliche Parlamentssystem, für die Arbeiter- und Bauernsowjets auszunutzen. Dieser Standpunkt wurde nach einiger Zeit durch ein Zirkular des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale wie auch durch die Ergebnisse, die wir bei den Wahlen ins Parlament und in die Gemeindevertretungen für die Entwicklung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisation erzielt haben, bestätigt.

Der Wahlkampf, wie auch der Kampf im Parlament und in den Gemeinden haben viel dazu beigetragen, die kommunistischen Organisationen zu entwickeln und zu festigen und das kommunistische Selbstbewußtsein der proletarischen Massen zu wecken. Die Partei zählt heute 40 000 Anhänger, die Gewerkschaftsvereinigung 35 000 Arbeiter, und das tägliche Parteiorgan erscheint in 30 000 Exemplaren.

Die Kommunistische Partei hat sich auch an den Wahlen der Gemeinde- und Provinzialvertretungen beteiligt. In den Gemeindewahlen im Dezember 1919 und in den Provinzialwahlen im Januar 1920 hat die Partei 140 000 Stimmen erhalten und die Mehrheit in den Gemeinden, fast in allen Städten und in etwa hundert Dörfern erkämpft. In vielen anderen Stadt- und Dorfgemeinden ist die Partei durch starke Minderheiten vertreten. Für die Gemeinde- und Provinzialvertretung besitzt die Partei ein Programm für die Organisierung von Arbeiter- und Bauernsowjets in den Städten und Dörfern, deren besondere Sektionen sich im Moment der Revolution substituieren und die Funktionen der Gemeinde- und Provinzialvertretungen zu übernehmen haben.

Bis jetzt kämpft die Kommunistische Partei in den Gemeinden, in denen sie die Mehrheit besitzt, für ihre Autonomie; sie ruft den Arbeitern und den ärmeren Bauern zu, durch Massenaktionen die von den kommunistischen Gemeinden angenommenen Budgets zu unterstützen, durch welche die Bourgeoisie mit einer progressiven Steuer belastet werden soll, die sich bis zur Konfiszierung des Kapitals ausdehnen kann und die Arbeiterklasse von allen Steuern befreit, wodurch große Summen für öffentliche Arbeiten, Volksschulen und andere ausschließlich den Interessen der Arbeiter und der Armen dienende Zwecke angesetzt werden und die Sonder-Interessen der Minderheit der Bourgeoisie und der Kapitalisten vollständig unberücksichtigt bleiben.

Wir nutzen den in den kommunistischen Gemeinden geführten Kampf aus, um den Massen verständlich zu machen, daß sie allein durch ihre Organisationen der Zentralgewalt Achtung vor den durch die kommunistischen Kommunalvertretungen gefaßten Beschlüssen in der Verpflegungs-, Wohnungs- und Teuerungsfrage, wie auch in allen übrigen unmittelbaren Nöten der Arbeiterbevölkerung einflößen können.

Alle Vorschläge der kommunistischen Gemeindevertretungen werden dem örtlichen Parteikomitee vorgelegt und darauf einer allgemeinen Erörterung in den Versammlungen unterzogen, an denen die ganze Arbeiterbevölkerung teilnehmen und ihre Meinung aussprechen kann. Strittige Fragen werden einer Abstimmung unterzogen. Die kommunistischen Abgeordneten in den Gemeindevertretungen aller Bezirke werden durch eine Zentralkommission geleitet, die ihren Sitz in Sofia hat und sich unter der Kontrolle des Zentralkomitees der Partei befindet.

Es ist verständlich, daß die bürgerliche Zentralgewalt eine solche Tätigkeit der kommunistischen Gemeinden nicht dulden kann. Unter lächerlichen Vorwänden hat sie Verfolgungen der kommunistischen Versammlungen eingeleitet, um die revolutionäre Tätigkeit unserer Partei in diesen Gemeinden lahmzulegen. Die Regierung hat die kommunistische Mehrheit der Gemeinde von Philippopel verhaftet und den Gemeinderat aufgelöst. Die Regierung hat mehrere Genossen aus verschiedenen kommunistischen Gemeinden verfolgt und gemordet. Aber durch alle diese

Verfolgungen gruppieren sich die Arbeitermassen und die Massen der Unzufriedenen nur um so enger um die Kommunistische Partei.

Um unsere „Kommunen" zu verteidigen, rufen wir den Massen zu, uns mit allen Mitteln zu unterstützen. Wir zeigen ihnen die Notwendigkeit, den Kampf auf die Eroberung der zentralen Staatsmacht auszudehnen, die alle Versuche der Arbeiter zunichte macht, ihre Interessen in den Gemeinden durch die Ausführung der von der Mehrheit angenommenen Beschlüsse zu verteidigen. Durch den Kampf, den die Massen zur Verteidigung der kommunistischen Gemeinden führen, kommen sie selbst zu der Ueberzeugung, daß man den bürgerlichen Staat direkt angreifen muß, und zwar nicht nur mit dem Wahlzettel, sondern vor allem durch direkte Massenaktionen und bewaffnete Aufstände.

Auf diese Weise verwandelt sich der Parlamentarismus in den Gemeinden in den Händen der Kommunistischen Partei in ein mächtiges Mittel, die Massen in Bewegung zu setzen, sie zu organisieren, ihr Klassenbewußtsein zu vertiefen und alle ihre Kräfte zu vereinen in eine allgemeine revolutionäre Kampffront für die Eroberung der zentralen Festung der bürgerlichen Gewalt, des kapitalistischen Staates.

Die Erfahrungen unserer Partei haben gezeigt, daß man die revolutionären Massenaktionen auf der Straße mit dem revolutionären Kampfe im Parlament und in den bürgerlichen Gemeinden vereinen kann. Deshalb unterstützt unsere Delegation die dem Kongreß von dem Exekutivkomitee vorgelegten Leitsätze.

(Die Sitzung wird um 5 Uhr 15 Minuten geschlossen.)

Abendsitzung vom 2. August.

(Die Sitzung wird um 9 Uhr 30 Min. eröffnet. Die Debatten über den Parlamentarismus werden fortgesetzt.)

HERZOG. Werte Genossen! Es wird hier versucht, den Beschluß durchzusetzen, daß die kommunistischen Parteien in allen jenen Ländern den revolutionären Parlamentarismus anwenden müssen, von denen Genosse Bucharin sagte, daß dort bis jetzt in den Parlamenten überhaupt noch keine revolutionäre Tätigkeit nach russischem Muster ausgeübt worden ist, trotzdem die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern, wie z. B. in Frankreich, England und in der Schweiz schon längst für eine proletarische Revolution reif war.

Was ist die Ursache, daß in diesen Ländern das Proletariat in der revolutionären Taktik so zurück ist? Eben deshalb, weil in diesen Republiken und Demokratien die Möglichkeit der Lebensverbesserung des Proletariats vorhanden war. Es war dort möglich, mit Hilfe des Parlamentarismus viele gute Reformen für das Proletariat zu erreichen, und weil dies möglich war, ist es begreiflich, daß dort keine revolutionäre Aktivität aufkommen konnte. Das ist der Grund, weshalb in diesen Ländern die Arbeiterschaft sich so langsam zur Revolution durchringt und sich so schwer die revolutionäre Tatkraft, die bei den Russen vorhanden ist, aneignet. In Rußland war es ganz anders. Das Proletariat konnte nicht legal arbeiten. Es konnte dort nicht Reformen durchdrücken und seine Lage verbessern. Es mußte auf die Straße gehen und revolutionäre Aktionen durchführen. Und darum konnte sich hier in Rußland kein Parlamentarismus entwickeln, wie in den westeuropäischen Ländern. Nun kommen

unsere russischen Genossen und sagen: „Es wird jetzt in Westeuropa anders werden, als es bisher war. Es war bisher nicht möglich, sich im Parlament revolutionär zu betätigen, aber jetzt sind wir in einer anderen Situation, und jetzt besteht eine solche Möglichkeit auch in Westeuropa und Amerika. Allen kommunistischen Parteien werden wir bestimmte Richtlinien geben. Den Fraktionen werden wir erklären, wie sie arbeiten müssen, und es wird dann auch dort revolutionär gearbeitet werden." Aber ich glaube, das ist nicht möglich. Erstens schon darum nicht, weil diese Reglements schon die Möglichkeit offen lassen, daß die kommunistischen Parteien auch opportunistisch wirken können. Wir hatten in der Kommission eine lange Diskussion darüber, wie die kommunistischen Vertreter in den Gemeinden sich verhalten sollen, was die kommunistischen Gemeindevertreter, wenn sie in der Mehrheit sind, tun müssen. Da hat Genosse Bucharin gesagt: „Wenn sie die Mehrheit haben, dann müssen sie versuchen, die Lage der Arbeiter zu verbessern, um die Gegensätze zwischen der kommunistischen Gemeinde und dem Staat zuzuspitzen." Das sagen uns ja gerade auch die Opportunisten, wenn sie in die Parlamente hineingehen.

Sie sagen, wir gehen hinein, um hier von diesem Boden aus die Konflikte zwischen dem Proletariat und dem Staat zuzuspitzen. Wir wollen für Verbesserungen eintreten, aber alles das hat bloß den Zweck, den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zu verschärfen. Es ist hier gerade für die opportunistischen Elemente, die schon in der Kommunistischen Internationale sind, die Möglichkeit gegeben, auch als kommunistische Parteien opportunistisch zu wirken und den ganzen Parlamentarismus auf diese schiefe Ebene zu bringen. Noch eine zweite Möglichkeit gibt der Kurs, den die Kommunistische Internationale nun einschlägt, um alle „revolutionären" Parteien in die Kommunistische Internationale aufzunehmen. Es wird nicht mehr lange dauern, dann ist auch die Mehrzahl der U. S. P. und der Französischen Sozialistischen Partei in der Kommunistischen Internationale. Selbstverständlich muß auch die Mehrzahl der kleinen sozialdemokratischen Parteien zu Moskau kommen. — Platten

hat man bereits mit diesem Auftrag nach der Schweiz geschickt. Dadurch gelangen noch viel mehr opportunistische Elemente in die Kommunistische Internationale, die nicht von heute auf morgen revolutionäre Kommunisten sein werden. Sie werden genau dieselbe Politik auch in der Kommunistischen Internationale treiben, wie sie sie bisher in der II. Internationale betrieben haben.

Das ist die Gefahr, die wir sehen und die uns erkennen läßt, daß der Parlamentarismus in der Form, wie er hier aufgestellt wird, in den westlichen Ländern tatsächlich nicht zur Anwendung kommen kann. Wir haben da ein praktisches Beispiel. Man hat uns heute erklärt, die Kommunistische Partei Bulgariens sei ein Musterbeispiel für den revolutionären Parlamentarismus. Ihre parlamentarische Fraktion arbeitet großartig. Ich habe kürzlich einen Artikel gelesen, in dem genau das Gegenteil stand. Ich hatte weiter Gelegenheit, mit einem bulgarischen Genossen zu sprechen, der als Parlamentarier von Moskau nach Bulgarien gegangen ist und der, als er sah, wie die bulgarische kommunistische Parlamentsfraktion wirkte, zum Anhänger des Antiparlamentarismus geworden ist und als solcher zurückkehrte. Das ist ein Beweis, daß man nicht in allen Ländern den Parlamentarismus entwickeln kann, wie er früher in Rußland von den Kommunisten geführt wurde. — Auch die Sozialdemokraten in Deutschland, der alte Wilhelm Liebknecht und Bebel, haben erklärt: Wir gehen nur ins Parlament hinein, um diese Tribüne revolutionär auszunutzen. Diese revolutionäre Tätigkeit ist aber sehr bald in Opportunismus und Reformismus umgeschlagen, weil die Möglichkeit dazu da war, und jetzt ist die sozialdemokratische Partei eine offen sozialverräterische Partei.

Selbstverständlich könnt Ihr beschließen, daß der Parlamentarismus von den Kommunistischen Parteien durchgeführt werden muß. Wir sind nicht so doktrinär antiparlamentarisch, daß wir sagen: wir fügen uns dem Beschluß der Kommunistischen Internationale nicht. Wir können das Experiment eine Zeitlang versuchen, aber wir sind überzeugt, daß es nicht ge-

lingen wird und daß man nach ein oder zwei Jahren, auf dem nächsten Kongreß, an der Hand der Praxis und der Erfahrungen, sagen wird: „Es wäre besser, wir hätten die Hände davon gelassen und hätten nur in den Fabriken, im Heer und bei den Bauern alle unsere Kräfte eingesetzt. Das wäre viel vorteilhafter für die Entwicklung der Revolution und für die Kommunistische Internationale gewesen".

MURPHY. In der Frage des Parlamentarismus stimme ich mit meinem Kollegen von den Shop Stewards, der heute nachmittag gesprochen hat, nicht überein. Ich glaube, daß alle die Angriffe, die heute gegen den Parlamentarismus erhoben worden sind, und alle Kritik, die heute gegen ihn gerichtet wurde, den reformistischen Parlamentarismus betrafen und nicht den revolutionären Parlamentarismus.

Es ist wahr, daß viele Vertreter der sozialistischen Bewegung, die ins Parlament eingetreten sind, Verräter geworden sind; aber das ist kein hinreichender Grund, um überhaupt jede Tätigkeit innerhalb der parlamentarischen Institution zu verdammen. Ich habe noch niemanden behaupten hören, daß die Taktik, die Genosse Liebknecht im deutschen Reichstag und die die bolschewistischen Vertreter in der russischen Duma verfolgt haben, etwas anderes als gute Ergebnisse für die revolutionäre Bewegung gezeitigt hat.

Es ist unsinnig, zu behaupten, daß wir nur deshalb außerhalb einer Institution bleiben müssen, weil die Leute darin wie Bourgeois aussehen, oder daß man gezwungen ist, außerhalb der Gewerkschaften und ähnlicher Organisationen zu bleiben, weil, obgleich ihre Mitglieder Angehörige der Arbeiterklasse sind, keiner leugnen kann, daß ihre Ideologie in der Hauptsache kleinbürgerlich ist.

Das Problem, das vor uns liegt, besteht nicht darin, uns vor der Welt rein zu halten, sondern darin, den revolutionären Kampf nicht nur in den Institutionen der Arbeiterklasse, sondern auch im Lager des Feindes zu führen. Viele Argumente wurden vorgebracht, die sich mit dem propagandistischen und agitatorischen Wert des revolutionären Parlamentarismus beschäftigten.

Argumente, die ich nicht wiederholen will. Meiner Ansicht nach gibt es andere sehr wichtige Aussichten, die zeigen, daß der revolutionäre Parlamentarismus großen Wert haben kann und selbst dort großen Wert hat, wo die industriellen Organisationen der Arbeiter hoch entwickelt sind.

Kein bedeutender Kampf der Arbeiter gegen die ausbeutende Klasse kann außerhalb des Parlaments stattfinden, ohne einen mächtigen Widerhall innerhalb des Parlaments zu haben. Das hat sich besonders bestätigt in der Erfahrung der Shop-Steward-Bewegung. Hin und wieder, wenn die Arbeiter in einen großen industriellen Kampf getrieben wurden, operierte die Staatsmaschine gegen sie, und unvermeidlich sahen sich selbst diejenigen, die sich als Antiparlamentarier erklärt hatten, mit den Arbeitervertretern im Parlament zusammenarbeiten und wurden so zu einem Teil der Agitation innerhalb der parlamentarischen Institution. Hin und wieder besuchten die Angehörigen der industriellen Bewegung, einschließlich der Antiparlamentarier, die Arbeitervertreter und andere Parlamentsmitglieder, um sich ihre Hilfe zu sichern in Form eines Protestes oder der Agitation innerhalb dieser Institution. Diese Taktik wird der kämpfenden Bewegung gerade durch die wechselnden Situationen aufgedrängt, in denen sich die Arbeiter von Zeit zu Zeit befinden. Es ist nicht immer möglich, eine Streikaktion zu unternehmen, und die Streikbewegungen lassen sich nicht alle durch die Begeisterung der Arbeiter aufrecht erhalten. Es gibt Momente, in denen es möglich ist, dem Gegner den Fehdehandschuh hinzuwerfen und Verhandlungen zurückzuweisen, nämlich dann, wenn ein Frontangriff sich als durchführbar erweist. Aber es gibt auch Zeiten, in denen die Begeisterung abnimmt und der Gegner sich stärker erweist als wir. Dann ist es nötig, alle nur möglichen Kräfte zu vereinigen, sich zurückzuziehen, Seitenangriffe zu machen, Protestkundgebungen hier und dort zu veranstalten, kurz, alles zu tun, um unsere Kräfte zusammenzuhalten. Besonders bei solchen Gelegenheiten erkennen wir den Wert der agitatorischen Kräfte innerhalb des Parlaments, und bei solchen Gelegenheiten ist unsere Bewegung gezwungen, sie auszunützen.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß Krisen ihre Anfänge in anderen Zentren haben als in denen der industriellen Organisationen. Wiederholt haben wir gesehen, daß dem Parlament Anträge und Maßnahmen vorgelegt wurden, die, wenn sie in Kraft traten, eine wesentliche Wirkung auf die Bewegung außerhalb des Parlaments hatten. Wir sahen, daß solche Anträge und Maßnahmen zu Gesetzen wurden, ohne daß vor ihrer Annahme die geringste Agitation im industriellen und sozialen Leben der Massen geführt worden wäre. Wären Revolutionäre im Parlament gewesen, die in lebendigem Kontakt mit der organisierten Bewegung außerhalb des Parlaments standen, so wäre die Vorlage dieser Maßnahmen das Signal nicht nur zu einem Protest innerhalb, sondern auch für die Erhebung der Massen und die Mobilisierung ihrer Kräfte für den Kampf außerhalb des Parlaments gewesen.

Diese Situationen und diese Erfahrungen zwingen zur Anerkennung der vielseitigen Natur unseres Kampfes. Auf der einen Seite auf die Waffe der parlamentarischen Vertretung durch die Kommunisten zu verzichten und sich andererseits in der schmählichen Lage zu befinden, an die liberalen und reformistischen Leute der Labour Party um Hilfe appellieren zu müssen, wäre der Gipfel der Narrheit. Wir müssen als Revolutionäre innerhalb des Parlaments kämpfen, als Revolutionäre, die wissen, wie man den wechselnden Notwendigkeiten des Kampfes begegnet, und die sich nicht fürchten, unter die Feinde zu gehen, wenn die Gelegenheit eine solche Maßnahme erfordert.

Revolutionärer Parlamentarismus ist kein Ziel, sondern ein Mittel, und wo immer wir unsere Kommunistische Partei zu einem wirklichen revolutionären Kampforgan machen, ist der Parlamentarismus ein sehr wirksames Mittel, um zur Mobilisation der Massen für die Eroberung der Macht beizutragen. Aus diesen Gründen unterstütze ich die Leitsätze des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale über den Parlamentarismus.

SUCHI. Genossen, zunächst gereicht es mir zu einer gewissen Befriedigung, zu konstatieren, daß hier auf dem Kongreß, wo von Hause aus radikale Sozialdemokraten zusammengekommen sind, der Standpunkt des Antiparlamentarismus nicht

nur von den Anarcho-Syndikalisten, sondern auch von den Kommunisten vertreten wird. Das ist eine Konzession an den Standpunkt der Anarchisten, wie er vor 40 Jahren eingenommen wurde. Wenn man heute den Genossen Bucharin seinen Standpunkt vertreten hörte, so bekam man das Gefühl, daß er etwas verteidigte, woran er eigentlich selbst nicht recht glaubt. Und ich glaube, ich bin nicht der einzige, der hier dieses Gefühl hatte. Genosse Bucharin verteidigte den Parlamentarismus als ein Mittel, das nicht zum Sozialismus führen kann. Alle sind sich darüber einig, daß der Parlamentarismus kein Mittel ist, das zum Kommunismus führen kann. Nichtsdestoweniger empfiehlt man dieses Mittel den revolutionären Arbeitern. Das ist ein merkwürdiger Standpunkt. Ein Mittel, von dem man zugibt, es könne nicht zum Ziele führen, zu empfehlen, ist sinnlos. Genau diese Sinnlosigkeit begeht das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, wenn es diesen Standpunkt empfiehlt.

Wir müssen uns darüber einig sein, daß gerade der Parlamentarismus am meisten dazu beigetragen hat, die Massen einzuschläfern, und daß gerade der Parlamentarismus sie verhinderte, zu wirklich revolutionären Mitteln zu greifen und die direkte Aktion anzuwenden. Dies ist ein altes Argument; aber dieser Standpunkt, den man hier als neuen Parlamentarismus zu vertreten sucht, ist ebenso alt und abgedroschen, und hier versucht man ihn als „neu" wieder einzuführen. Weiß man denn nicht, daß gerade jetzt in Deutschland, in Finnland, in Rußland, der Parlamentarismus auf das eklatanteste Bankrott gemacht hat? Ist es nicht geradezu hahnebüchen, diesen bankrotten Parlamentarismus den Arbeitern jetzt nochmals zu empfehlen? Natürlich, Herren wie die Unabhängigen, die Berufspolitikanten sind, werden versuchen, ihn den Arbeitern zu empfehlen; aber die Arbeiter und auch ein großer Teil der Kommunisten wenden sich immer mehr und mehr davon ab. Die hier den Parlamentarismus verteidigen, das sind die Herren, die in der Kappwoche in Deutschland versuchten, den Generalstreik abzublasen. Man offeriert die Stellung der Kommunistischen Internationale zum Parlamentarismus als neuen revolutionären Parlamentarismus. Dieser

neue Parlamentarismus entpuppt sich aber als der alte Fehler der Sozialdemokratie in ihren Kinderjahren; denn genau denselben Standpunkt nahm die Sozialdemokratie in ihren Anfängen ein. Es sind dieselben Fehler, in die man hier verfällt. Man sucht nach neuen Argumenten für den alten verbrauchten Parlamentarismus. Man ist Marxist, und das sagt viel. Man ist theoretisch voreingenommen und dogmatisch. Die Marxisten haben die Idee des Parlamentarismus schon von Kindesbeinen und mit der Muttermilch in sich eingesogen. Der Parlamentarismus ist diesen Dogmatikern in Fleisch und Blut übergegangen und ist organisch nicht nur mit ihrem Denken, sondern auch mit ihrem Fühlen und ihren Wünschen verwachsen. Nicht im Bewußtsein und im Reiche der Logik, sondern im Unterbewußtsein, im Reiche der Psyche, ist der Parlamentarismus bei diesen Dogmatikern verankert. Wenn also die Revolutionäre heute noch von der Anwendbarkeit des Parlamentarismus sprechen, dann haben wir es nicht mit einem logisch fundierten Kampfmittel zu tun, sondern mit einem psychologischen Phänomen. Man sucht mit der Logik das zu belegen, was man von vornherein als das beste ansieht. Hier müssen wir die Wurzel des „neuen revolutionären" Parlamentarismus suchen, nicht etwa in logischen Argumentationen; man ist einfach von vornherein dogmatisch. So ist der Parlamentarismus eine opportunistische Illusion, aber nicht ein Kampfmittel des revolutionären Arbeiters für den Kommunismus. Als solche Illusion müssen wir dies sogenannte Kampfmittel ansehen und nicht für einen „neuen revolutionären" Parlamentarismus, wie Genosse Murphy jetzt gesagt hat.

Man sagt, daß man zwar auf diesem Wege nicht zum Kommunismus kommen könne, man wolle aber das Parlament als Tribüne benutzen, um zu den Kreisen zu gelangen, die man sonst nicht erreichen kann. Ich sage Euch, daß sich dieser Standpunkt logisch sehr schwach begründen läßt. Wenn es kein anderes Mittel gäbe, dann müßte man allerdings zu diesem greifen. Aber das ist nicht wahr, es gibt andere Mittel, bemühen wir uns nur vorurteilslos darum, und wir werden sie finden. Seien wir uns doch dessen bewußt, daß wir gerade durch die Empfehlung des

Parlamentarismus die revolutionären Elemente der Arbeitermassen vor den Kopf stoßen, die den Parlamentarismus nicht anerkennen. Wenn man die Elemente abwägt, einerseits die, die man abstößt, und andererseits die, die man eventuell heranziehen kann, so glaube ich, daß sich die ersteren als die für die soziale Revolution bei weitem wichtigeren erweisen würden als die letzteren. Aus diesem Grunde steht dieser Standpunkt nur auf sehr schwachen Füßen. Wenn man sich, abgesehen davon, auf den Standpunkt des Parlamentarismus stellt, um Agitation zu betreiben, so kann man solche auch betreiben, ohne deshalb Parlamentarier zu sein. So hat z. B. ein Antimilitarist in Wien vom Zuschauerraum des Parlaments antimilitaristische Flugblätter hinuntergeworfen. Hier habt Ihr das Beispiel, wie Ihr das Parlament als Agitationstribüne benutzen könnt, ohne den Wahlschwindel mitzumachen, ohne so viel Kraft, Energie und Geld für die Wahlen hinauszuwerfen. Diese Aktion ist viel wichtiger für die Arbeiter. Schreibt darüber in Euren Zeitungen und Ihr habt das, was Ihr wollt: Agitation vom Parlament aus.

LENIN. Genosse Bordiga wollte angeblich hier den Gesichtspunkt der italienischen Marxisten verteidigen; aber er hat nichtsdestoweniger auf keines der Argumente geantwortet, die hier von anderen Marxisten für eine parlamentarische Aktion vorgebracht wurden.

Genosse Bordiga hat zugegeben, daß die historischen Erfahrungen nicht künstlich entstehen. Er sagte uns eben, daß man den Kampf auf ein anderes Gebiet übertragen müsse. Weiß er denn nicht, daß jede revolutionäre Krise von einer parlamentarischen Krise begleitet war? Er hat zwar davon gesprochen, daß man den Kampf auf ein anderes Gebiet übertragen soll, so auf die Sowjets. Aber Genosse Bordiga hat selbst zugegeben, daß man die Sowjets nicht künstlich errichten kann. Das Beispiel Rußlands beweist, daß die Sowjets erst entweder während der Revolution oder unmittelbar vor der Revolution errichtet werden können. Noch zu Kerenskis Zeiten waren die Sowjets so (nämlich menschewistisch) zusammengesetzt, daß sie sich gar nicht zu einer proletarischen Macht gestalten konnten. Das

Parlament ist ein Produkt der historischen Entwicklung, das man nicht aus der Welt schaffen kann, bevor man nicht stark genug ist, das bürgerliche Parlament auseinanderzujagen. Nur wenn man Mitglied des Parlaments ist, kann man von dem gegebenen historischen Standpunkt aus die bürgerliche Gesellschaft und den Parlamentarismus bekämpfen. Dasselbe Mittel, das von der Bourgeoisie im Kampfe angewandt wird, muß auch vom Proletariat angewandt werden, natürlich mit ganz anderen Zielen. Sie können doch nicht bestreiten, daß dem so ist, und wenn Sie es bestreiten wollen, so müssen Sie damit die Erfahrungen der gesamten revolutionären Ereignisse der Welt streichen. Sie haben gesagt, daß auch die Gewerkschaften opportunistisch sind, daß auch sie eine Gefahr darstellen; andererseits haben Sie jedoch gesagt, daß man für die Gewerkschaften eine Ausnahme machen soll, weil sie eine Arbeiterorganisation darstellen. Das gilt aber nur in einem gewissen Grade. Auch in den Gewerkschaften gibt es sehr rückständige Elemente. Ein Teil des proletarischen Kleinbürgertums, die rückständigen Arbeiter und Kleinbauern, alle diese Elemente denken wirklich, daß ihre Interessen im Parlament vertreten werden, und dagegen muß man durch die Arbeit im Parlament ankämpfen und durch Tatsachen den Massen die Wahrheit beibringen. Die rückständigen Massen lassen sich nicht durch Theorien belehren, sie brauchen Erfahrungen.

Das hat man auch in Rußland gesehen. Auch noch nach dem Siege des Proletariats war man gezwungen, die Konstituante einzuberufen, um dem rückständigen Proletariat zu beweisen, daß es damit nichts erringen kann. Man mußte dem Parlament konkret die Sowjets gegenüberstellen zum Vergleich der einen und der anderen Erfahrung, und man mußte ihm die Sowjets als einzige Waffe darstellen.

Genosse Suchi, der revolutionäre Syndikalist, hat dieselben Theorien vertreten; aber die Logik ist nicht auf seiner Seite. Er sagte, er sei nicht Marxist; dann ist das selbstverständlich. Aber wenn Sie, Genosse Bordiga, sagen, daß Sie Marxist sind, dann müßte man von Ihnen mehr Logik verlangen. Man muß

wissen, auf welche Weise das Parlament zerbrochen werden kann. Wenn Sie es durch einen bewaffneten Aufstand in allen Ländern machen können, so ist es sehr gut. Sie wissen, daß wir in Rußland nicht nur in der Theorie, sondern in der Praxis unseren Willen gezeigt haben, das bürgerliche Parlament zu zerstören. Aber Sie haben die Tatsache aus dem Auge gelassen, daß dies ohne eine ziemlich langwierige Vorbereitung unmöglich ist, und daß es für die meisten Länder noch nicht möglich ist, das Parlament mit einem Schlage zu zerstören. Wir sind gezwungen, den parlamentarischen Kampf zur Zerbrechung des Parlaments anzuwenden. Die Bedingungen, welche die politische Linie bestimmen, die von allen Klassen der modernen Gesellschaft verfolgt wird, ersetzen Sie durch Ihren revolutionären Willen, und darum vergessen Sie, daß wir, um das bürgerliche Parlament in Rußland zu zerstören, erst die Nationalversammlung einberufen mußten, und das sogar n a c h unserem Siege. Sie haben gesagt: Es ist wahr, daß die russische Revolution ein Beispiel ist, das den Bedingungen des westlichen Europas nicht angepaßt werden kann. Aber Sie haben uns kein stichhaltiges Argument vorgebracht, um uns das zu beweisen. Wir sind durch die Periode der bürgerlichen Demokratie hindurchgegangen. Wir sind schnell hindurchgegangen in einer Zeit, wo wir gezwungen waren, Wahlen für die Nationalversammlung auszuschreiben. Und selbst später, als die proletarische Klasse die Macht ergreifen konnte, war es die Bauernklasse, die noch glaubte, daß das bürgerliche Parlament notwendig sei.

Mit Rücksicht auf diese rückständigen Elemente mußten wir Wahlen ausschreiben lassen und den Massen durch das Beispiel, durch die Tatsachen zeigen, daß diese Nationalversammlung, die während der größten allgemeinen Not gewählt worden war, nicht dem Sehnen und den Ansprüchen der ausgebeuteten Klasse Ausdruck gab. Damit wurde der Konflikt zwischen der Sowjetmacht und der bürgerlichen Macht vollkommen klar, und das nicht nur für uns, für die Avantgarde der Arbeiterklasse, sondern auch für die gewaltige Mehrheit der Bauernklasse, für die kleinen Angestellten, die Kleinbürger usw. In allen

kapitalistischen Ländern gibt es rückständige Elemente der Arbeiterklasse, die überzeugt sind, daß das Parlament die wahre Vertretung des Volkes ist, und die nicht sehen, daß hier unlautere Mittel angewandt werden. Es ist, sagt man, das Instrument, mit dem die Bourgeoisie die Massen täuscht. Aber dieses Argument muß sich gegen Sie richten und richtet sich gegen Ihre Thesen. Wie werden Sie den wahrhaft rückständigen und von der Bourgeoisie getäuschten Massen den wahren Charakter des Parlaments offenbaren, wenn Sie nicht hineingehen? Wie werden Sie dieses oder jenes parlamentarische Manöver, die Haltung dieser oder jener Partei bloßstellen, wenn Sie nicht im Parlament sind? Wenn Sie Marxisten sind, so müssen Sie erkennen, daß die Beziehungen der Klassen in einer kapitalistischen Gesellschaft und die Beziehungen der Parteien eng verbunden sind. Wie, ich wiederhole es, werden Sie das alles zeigen, wenn Sie nicht Mitglied des Parlaments sind, wenn Sie die parlamentarische Aktion ablehnen? Die Geschichte der russischen Revolution hat klar bewiesen, daß die großen Massen der Arbeiterklasse, der Bauernklasse, der kleinen Angestellten, wenn sie nicht eigene Erfahrungen gemacht hätten, durch kein Argument überzeugt worden wären.

Es ist hier gesagt worden, daß man viel Zeit vergeudet, wenn man an parlamentarischen Kämpfen teilnimmt. Kann man sich irgend eine Gelegenheit denken, an der sich alle Klassen in solchem Umfange beteiligen wie am Parlament? Das läßt sich nicht künstlich schaffen. Wenn alle Klassen veranlaßt werden, sich am parlamentarischen Kampfe zu beteiligen, so deshalb, weil die Klasseninteressen und Konflikte im Parlament ihren Widerschein haben. Wenn es möglich wäre, überall vielleicht zunächst entscheidende Generalstreiks zu veranstalten, um mit einem Male aufräumen zu können, dann würde die Revolution schon in verschiedenen Ländern stattgefunden haben. Man muß aber mit den Tatsachen rechnen, und das Parlament stellt die Arena des Klassenkampfes dar. Genosse Bordiga und diejenigen, die auf seinem Standpunkt stehen, sollten den Massen die Wahrheit sagen. Deutschland ist das beste Beispiel

dafür, daß im Parlament eine kommunistische Fraktion möglich ist, und daher sollten Sie den Massen offen sagen: „Wir sind zu schwach, um eine Partei mit einer straffen Organisation zu schaffen." Das würde die Wahrheit sein, die man aussprechen sollte. Würden Sie aber den Massen diese Schwäche eingestehen, dann würden sie nicht zu Ihren Anhängern, sondern zu Ihren Gegnern, zu Anhängern des Parlamentarismus werden.

Wenn Sie sagten: „Genossen, Arbeiter, wir sind so schwach, daß wir keine so disziplinierte Partei schaffen können, die die Abgeordneten zwingt, ihr zu gehorchen", dann würden die Arbeiter Sie verlassen, denn sie würden sich sagen: „Wie werden wir die Diktatur des Proletariats mit so schwachen Leuten aufrichten?"

Wenn Sie glauben, daß am Tage des Sieges des Proletariats die Intellektuellen, die Mittelklasse, die Kleinbürger Kommunisten werden, so sind Sie sehr naiv.

Wenn Sie diese Illusion nicht haben, so müssen Sie von heute an die Arbeiterklasse vorbereiten, sich durchzusetzen. Auf allen Gebieten der Staatsarbeit gibt es keine einzige Ausnahme von dieser Regel. Ueberall finden wir am Tage nach der Revolution opportunistische Advokaten, die sich Kommunisten nennen, Kleinbürger, die weder die Disziplin der kommunistischen Partei, noch die des proletarischen Staates anerkennen. Wenn Sie die Arbeiter nicht vorbereiten, eine wirklich disziplinierte Partei zu gründen, die alle ihre Mitglieder zwingen wird, sich ihrer Disziplin zu unterwerfen, so werden Sie niemals die Diktatur des Proletariats vorbereiten. Darum, glaube ich, geben Sie nicht zu, daß es die Schwäche sehr vieler neuer kommunistischer Parteien ist, die Sie zwingt, die parlamentarische Aktion zu verleugnen. Ich bin überzeugt, daß die große Mehrheit der wirklich revolutionären Arbeiter uns folgen und sich gegen Ihre antiparlamentarischen Thesen aussprechen wird.

BORDIGA. Die Einwendungen des Genossen Lenin gegen die Leitsätze, die ich vorgelegt habe, und gegen meine Beweisgründe haben sehr interessante Fragen aufgeworfen, die ich hier

selbst nicht berühren will und die das Gesamtproblem der marxistischen Taktik widerspiegeln.

Ohne allen Zweifel stehen die parlamentarischen Ereignisse und die Ministerkrise in enger Beziehung mit der Entwicklung der Revolution und der Krise der bürgerlichen Organisation. Damit aber die proletarische politische Aktion auf die Ereignisse Einfluß gewinnen kann, muß man die methodischen Erwägungen in Betracht ziehen, die die marxistische Linke der internationalen sozialistischen Bewegung schon vor dem Kriege veranlaßten, die Beteiligung an Ministerien und die parlamentarische Unterstützung bürgerlicher Ministerien abzulehnen, obwohl dies zweifellos Mittel waren, um auf die Entwicklung der Ereignisse Einfluß zu bekommen.

Die Notwendigkeit, die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu einer Organisation für den Endkampf des Kommunismus zu vereinigen, ist es, welche zu einer Taktik führt, die auf gewissen allgemeinen Aktionsregeln ruht, selbst wenn diese als zu einfach und zu wenig biegsam angesehen werden.

Ich glaube, daß die gegenwärtige historische Mission uns zu einer neuen, durch die Verhältnisse gegebenen Taktik führt, d. h. zur Ablehnung der Teilnahme an den Parlamenten: das ist ja nur ein Mittel, um auf die Ereignisse im revolutionären Sinne einzuwirken.

Das Argument, daß das praktische Problem einer kommunistischen, der Parteidisziplin unterworfenen parlamentarischen Aktion gelöst werden muß, da man auch in der nachrevolutionären Periode Menschen des bürgerlichen und halbbürgerlichen Milieus wird organisieren und einordnen müssen, dieses Argument könnte ebenso gut angeführt werden, um die Zweckmäßigkeit sozialistischer Minister unter der bürgerlichen Herrschaft zu rechtfertigen.

Aber es ist nicht der Augenblick, um tiefer in dieses Problem einzudringen, und ich beschränke mich darauf, zu erklären, daß ich meine Ansichten über das Argument, das uns beschäftigt, mir aufspare. Ich bin mehr denn je davon überzeugt, daß es der Kommunistischen Internationale nicht gelingen wird, eine parla-

mentarische und zugleich wahrhaft revolutionäre Aktion zustande zu bringen.

Schließlich, da anerkanntermaßen die Thesen, die ich vorgeschlagen habe, sich auf rein marxistische Prinzipien stützen und nichts mit den anarchistischen und syndikalistischen Argumenten gegen den Parlamentarismus zu tun haben, so hoffe ich, daß von den antiparlamentarisch gesinnten Genossen, welche sie als Ganzes und in ihrem Geist annehmen, dafür gestimmt wird, da sie die marxistischen Behauptungen, welche den Inhalt der Thesen darstellen, teilen.

BUCHARIN. Zuerst, Genossen, eine kleine Vorbemerkung. In meiner ersten Rede hielt ich es nicht für nötig, verschiedenes, was schon in den Thesen auseinandergelegt ist, zu wiederholen. Indessen haben die Genossen, die gegen mich opponiert haben, viele Dinge in ihren Ausführungen gebracht, über die man überhaupt nicht zu diskutieren braucht. In seiner ersten Rede sprach Genosse Bordiga über den Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und Sowjetmacht, über verschiedene Charakteristika der bürgerlichen Demokratie; alles unbestreitbare Dinge, mit denen wir absolut einverstanden sind und gegen die wir als erste gesprochen haben. Also neun Zehntel von der ersten Rede des Genossen Bordiga, wie auch von einigen anderen, waren Dinge, die nicht zu diskutieren sind, weil wir alle damit einverstanden sind. Auch in meinem Schlußworte werde ich diese Dinge nicht wiederholen. Natürlich, wenn Genosse Gallacher kommt und sagt: wir sind für die direkte Aktion, so ist das keineswegs eine sekundäre, sondern eine allerwichtigste Sache. Aber ich spreche nicht darüber, weil wir alle damit einverstanden sind und uns darüber nicht lange aufzuhalten brauchen. Genosse Lenin hat über die Schwächen der Kommunisten gesprochen und hat treffend bemerkt, daß diejenigen kommunistischen Parteien, die am schwächsten sind, prinzipiell antiparlamentarisch sind. Er hat diese Schlußfolgerung sozusagen deduziert. Ich habe das einigen empirisch bewiesen. Ich habe mit einem Antiparlamentarier, mit dem Genossen Herzog, gesprochen und er hat mir gesagt: „Natürlich, wenn wir eine so starke Partei gehabt hätten wie Sie, dann wäre

es eine andere Sache." Genossin Marie Nielsen, gleichfalls Antiparlamentarierin, sagte mir: „Wenn die Exekutive und die Kommunistische Internationale uns die Leute für die parlamentarische Betätigung geben, so wäre das eine andere Sache." Das sind zwei Beweise, und diese zwei Antiparlamentarier — also vierzig Prozent aller hier anwesenden Antiparlamentarier — unterstützen das Argument des Genossen Lenin, daß sie aus Schwäche antiparlamentarisch gesinnt sind. Das ist vielleicht der beste Beweis der inneren Unhaltbarkeit der angeblichen grundsätzlichen antiparlamentarischen Position. Das können wir auch in größerem Maßstabe beweisen.

Rußland, das die stärkste kommunistische Partei hat, ist für Ausnutzung des Parlaments, Deutschland ebenfalls, Italien im großen Maßstabe auch. Aber die Schweiz und Dänemark, wo nur ganz kleine Grüppchen existieren, sind antiparlamentarisch.

Jetzt einige Argumente, die gegen uns waren. Wir behaupten, daß die Möglichkeit des revolutionären Parlamentarismus empirisch bewiesen ist, und führen das Beispiel Liebknechts und anderer an. Was erwidert man uns? Genosse Bordiga sagt: „Wir haben einen Liebknecht gehabt, aber auch die gelbe Sozialdemokratie, und die gesamte Bilanz dieser parlamentarischen Tätigkeit ist sehr schlecht." Die niederträchtige Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei wiegt auf der Wagschale der Beurteilung des Parlamentarismus mehr als die Tätigkeit von Liebknecht. Doch ist es jedermann klar, daß das ganze Argument absolut falsch ist. Wir sprechen über den kommunistischen Parlamentarismus. Man darf nicht prinzipiell verschiedene Sachen in Betracht ziehen; das ist ein Hokuspokus, mit dem man uns beschwindeln will. Nun sagte allerdings Genosse Gallacher: „Liebknechts Arbeit war eben nur insofern nötig, als er mit und bei den Massen auf der Straße war." Wir sind doch gerade die Vertreter dieser Meinung, daß die parlamentarische Arbeit mit der Arbeit auf der Straße verbunden sein muß! Und sicherlich weiß auch Genosse Gallacher, daß Liebknecht von der Parlamentstribüne herab zum Aufstande rief. Niemand wird wagen,

zu behaupten, daß das schädlich war. Die Genossen, die vor dieser Realität stehen, flüchten vor dieser Argumentation.

Der dritte Opponent, der syndikalistische Genosse Suchi, sagte: „In der Zeit, wo der Parlamentarismus in Rußland und Finnland einen solchen Bankrott gezeitigt hat, predigen Sie den Parlamentarismus." Doch einerseits hat in Rußland der Parlamentarismus den völligen Krach erlitten, andererseits haben wir diesen Krach teilweise auch dadurch beschleunigt, daß wir im Parlament kämpften. Das ist eine Tatsache. Uebrigens ist gegenwärtig diese ganze Problemstellung für Rußland falsch. Jetzt kann doch in Rußland vom Parlamentarismus keine Rede mehr sein. Sie müßten eben beweisen, daß unsere frühere Taktik falsch war, als wir den Parlamentarismus praktizierten, dafür haben Sie aber kein Argument anzuführen vermocht. Weil wir die richtige Taktik verfolgt haben, haben wir den Sieg errungen. Genosse Bordiga hat versucht, verschiedene sehr künstliche Argumente zu erfinden. Er sagt z. B. „Wir können wohl verschiedene Mittel in Anwendung bringen; aber der Parlamentarismus ist kein Mittel, sondern eine Institution," und meint damit ein so gewichtiges Argument gefunden zu haben, daß unsere Argumente hinfällig werden. Aber sagen Sie, Genosse Bordiga, wie und wann kann ein prinzipieller Unterschied zwischen Mittel und Institution bestehen? Nehmen wir ein Beispiel: die imperialistische Regierung mobilisiert für den Krieg. Für uns entsteht nun die Frage, ob wir die Armee boykottieren oder, umgekehrt, in die Armee eintreten sollen. Wir waren von Anfang des Krieges an für Eintritt in die Armee. Wir haben schon bei Anfang des Krieges gesagt: „Das Volk kann den Sieg am leichtesten dann erringen, wenn es bewaffnet ist." Daher muß es die Gelegenheit ausnützen, um das Gewehr in die Hände zu bekommen. Ist eine Armee eine Institution? Natürlich, sie ist eine bürgerliche Einrichtung in den Händen des Finanzkapitals. Wird nun jemand sagen, daß wir diese Armee nicht als Mittel ausgenützt haben? Natürlich als ein Mittel. Aus diesem Beispiel kann Genosse Bordiga leicht ersehen, daß es keinen Gegensatz zwischen Mittel und Institution gibt. Ich habe dieses Beispiel angeführt,

um zu zeigen, daß sogar dieses wichtigste Instrument der Unterdrückung durch das Kapital in unseren Händen zur Waffe gegen das Kapital werden kann. Das haben wir empirisch bewiesen. Ich betone immer und immer wieder, daß es sich hier nicht um Personen und Denkformeln handelt und nicht um Phrasen, sondern um reale Tatsachen. Genosse Bordiga schwankt überhaupt zwischen zwei Standpunkten. Einmal vertritt er einen Standpunkt, von dem ich gesagt habe, daß er von dem Standpunkt der Anarchisten und Syndikalisten verschieden ist. Und dann seine These, die besagt, daß, falls wir im Parlament sitzen, wir Seite an Seite mit der Bourgeoisie arbeiten. Das ist eine anarchistische Argumentation. Wenn er weiter sagt, daß man das Parlament wegen der heutigen spezifischen Verhältnisse nicht ausnützen darf, so ist das wieder eine andere Art von Argumentation. Aber bei ihm sind die Arten der Beweisführung ineinander verwachsen und verwickelt. Und diese Knoten zu entwirren ist natürlich ziemlich schwer.

Nun ein Argument von Gallacher. Er sagt: „Wir haben schon wiederholt die Erfahrung gemacht, daß ein Mensch, wenn er in das Parlament eintrat, dort zu einem Verräter wurde." Der andere Genosse — ich glaube es war Herzog — hat in seiner Rede behauptet, daß im Parlament überhaupt eine große Möglichkeit für Korruption gegeben ist. Natürlich, wir rechnen damit, daß solche Möglichkeiten existieren; aber ich frage den Genossen Gallacher, ob es ihm nicht bekannt ist, daß solche Möglichkeiten auch innerhalb der Trade Unions existieren? Es gibt ein klassisches Beispiel für die Korruption eines Sekretärs der Trade Union . . . Oder haben wir nicht Fälle erlebt, daß ein Redakteur einer früheren revolutionären Zeitung zu einem Schurken wurde? Wir wissen sehr viele solcher Fälle auch aus unserer Praxis. Wir haben z. B. die illegale Partei gehabt, und nach der ersten, der Februarrevolution geschah es manchmal, daß in unseren Parteiorganisationen die Hälfte der Leute reine Spitzel waren. Alle Opportunisten haben uns gegenüber gesagt: „Seht Ihr, wozu die illegale Partei führt? Die Illegalität ist immer mit dem Spitzeltum verbunden. Wir müssen

gegen die illegale Arbeit sein, denn eine illegale Partei ist ein Nest für die verschiedensten Parteispitzel." In jedem Lande treten die Opportunisten mit dieser Begründung auf. Jeder Opportunist sagt immer mit großem Stolz über einen Linksstehenden: „Das ist ein Anarchist, ein agent provocateur." Das soll ein Argument gegen die illegale Arbeit sein. Analog ist die Sache mit dem Parlamentarismus gewesen: Daraus, daß in Italien, in Frankreich die parlamentarischen Fraktionen sehr opportunistisch sind und keineswegs kommunistische Politik treiben, ziehen einige den Schluß, daß sich die Sache überhaupt so verhält, als ob notwendigerweise der ganze Parlamentarismus — auch der revolutionäre — mit dem Verrat an der Arbeiterklasse verbunden wäre. Aber das kann man keineswegs behaupten, denn die Tatsachen beweisen etwas anderes.

Zwei Anschauungen sind möglich: Entweder wir schätzen die jetzige Epoche als wirklich revolutionäre Epoche ein oder wir tun es nicht.

Die Genossen, die prinzipiell antiparlamentarisch gestimmt sind, halten die heutige Epoche für höchst revolutionär. Und wenn sie von dieser Voraussetzung ausgehen, dann müssen sie auch sagen, daß gerade der revolutionäre Charakter der Epoche die beste Garantie gegen Korruption, gegen den Opportunismus der parlamentarischen Fraktionen bietet und die beste Grundlage für die Bildung wirklich kommunistischer zentralisierter Parteien. Diese zwei Voraussetzungen sind am wichtigsten, und keine andere kann uns mehr Garantie geben. Die rasche revolutionäre Entwicklung der Arbeiterklasse einerseits und die Kontrolle der sich bildenden zentralisierten kommunistischen Partei andererseits ist die beste Garantie gegen den Opportunismus innerhalb der Parlamentsfraktion. Das ist von meinem Standpunkt aus ein Argument auch dem Genossen Herzog gegenüber. Er sagt, Bebel war ein Opportunist; warum er aber auch über Wilhelm Liebknecht das gesagt hat, das begreife ich nicht. Ich kann es Ihnen bestätigen: Bebel war ein großer Opportunist, für mich unterliegt das keinem Zweifel, so wenig es für mich einem Zweifel unterliegt, daß Jaurès ein Sozialpatriot mit allen Traditionen der französischen Revolution geworden wäre. Aber

Bebel ist eine Personifizierung der früheren Epoche. Wie kann man ihn also als Beispiel für die heutigen Zustände anführen? Das Beispiel ist ziemlich unglücklich gewählt.

Noch eine kleine Bemerkung über die Rede des deutschen Syndikalisten. Er sagte über mich, ich sei im Inneren meiner Seele gegen den Parlamentarismus, wäre aber gezwungen, diese schlechte Sache zu verteidigen. Und er sagte, er habe dieses Gefühl während meiner ganzen Rede nicht loswerden können. Auch ich habe einige Gefühle gehabt, als er geredet hat, nämlich das Gefühl, als ob er jemand beweinte. Und ich meine, daß er überhaupt kein sachliches Argument angeführt hat. Ich wenigstens habe in seiner Rede keines entdeckt. Was der Genosse Bordiga in seiner letzten Rede gesagt hat, war ein Testimonium gegen seinen Standpunkt. Wir sehen darin noch einen Beweis für die Richtigkeit unserer Taktik, und wir rufen allen Genossen zu, in die Parlamente zu gehen mit dem Ruf: „Nieder mit dem Parlamentarismus!"

MURPHY. Die anderen anwesenden Vertreter der Shop Stewards versichern mir, daß sie bei keiner Gelegenheit irgendwelche Arbeit im Parlament, ebensowenig im House of Commons gesucht haben.

Da ich niemanden verleumden möchte, bitte ich, diese Feststellung vorzulesen und jede von mir gemachte persönliche Bemerkung aus meiner Rede zu streichen. Ich nehme ihre Feststellung an.

Dies ändert jedoch den Fortgang unserer sachlichen Diskussion nicht.

SCHABLIN. Genossen! Genosse Herzog hat in seiner Rede die Dreistigkeit gehabt, die Wahrheit der Tatsachen zu leugnen, die ich Ihnen über die parlamentarische Tätigkeit der Kommunistischen Partei Bulgariens dargelegt habe. Wir sind erstaunt über die Dreistigkeit dieses Genossen, der, ohne sich bei unserer Delegation zu informieren, sich erlaubt, unsere Partei zu verleumden und zu beleidigen auf Grund von Informationen, die er aus unlauteren und interessierten Quellen geschöpft hat. Im Namen der bulgarischen Delegation protestiere ich gegen diese

Haltung und diese Handlungsweise des Genossen Herzog, die keineswegs eine Haltung ist, wie sie sich für einen Parteigenossen geziemt.

Die revolutionäre Tätigkeit der Bulgarischen Kommunistischen Partei ist öffentlich und alle kennen sie. Um die Einzelheiten dieser Tätigkeit darzulegen, die die Genossen des Kongresses interessieren könnten, habe ich Dutzende von bemerkenswerten Tatsachen, die Namen unserer verurteilten Abgeordneten und Daten angeführt. Eine Verleumdung wie die, welche Herzog ausgesprochen hat, kann unsere Partei nicht berühren.

GOLDENBERG. Ich schlage folgenden Zusatz zu den Leitsätzen des Genossen Bucharin vor:

„In der Zeit einer revolutionären Krise, die für den bewaffneten Aufstand zur Eroberung der Macht geeignet ist, ist der Boykott der Wahlen eine zwingende Notwendigkeit. In einem solchen Augenblick, in dem der Kampf zwischen dem Parlament, dem Organ der Diktatur der Bourgeoisie, und dem Sowjetregime, der Form der Diktatur des Proletariats, entfesselt ist, verwirrt man die Köpfe der Arbeiter und verrät die Sache des Proletariats, wenn man es auffordert, sich an den Wahlen zum Parlament zu beteiligen. Eine solche Aktion kann nur die Position der Bourgeoisie festigen, denn sie gibt ihr Zeit, ihre Kräfte neu zu sammeln zum Schaden des Proletariats, dessen revolutionäre Aktion dadurch gelähmt wird. Man darf nicht vergessen, daß die parlamentarische Aktion der außerparlamentarischen Aktion untergeordnet ist und daß der Kampf um die Macht, der außerhalb des Parlaments geführt wird, den Schwerpunkt im Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie bildet. Das erklärt die geringe Bedeutung der Frage des Parlamentarismus im Vergleich mit der Frage der Diktatur des Proletariats und der des Kampfes der Massen um die Eroberung der Macht.

POLANO. Indem ich persönlich mit den vom Exekutivkomitee vorgelegten Leitsätzen über den Parlamentarismus einverstanden bin, gebe ich meine Stimme für dieselben ab, erkläre jedoch, daß diese meine Abstimmung nicht der Stellung ent-

spricht, die in dieser Frage von der Italienischen Sozialistischen Föderation der Jugend eingenommen wird, deren Vertreter ich auf diesem Kongreß bin.

Die Italienische Sozialistische Föderation der Jugend hat, um einer Spaltung zwischen den Anhängern der Teilnahme an den Wahlen und deren Gegnern vorzubeugen, auf ihrem letzten Kongreß beschlossen, die Frage der Wahlen nicht zu berühren und ihren einzelnen Mitgliedern volle Freiheit zu gewähren, sich, ohne aus dem Bestande der Italienischen Sozialistischen Partei auszutreten —, derjenigen kommunistischen Fraktion (Anhänger oder Gegner der Wahlen) anzuschließen, die ihrer individuellen Ueberzeugung am meisten entspricht.

Ich erkläre, daß ich, nach Italien zurückgekehrt, alle meine Kräfte dafür einsetzen werde, um die Italienische Sozialistische Föderation der Jugend aus der zweideutigen Stellung herauszuführen und auf die Plattform jener Richtlinien zu stellen, für die ich jetzt stimme.

Ich erkläre ferner, daß meine Abstimmung auch die Bedeutung eines Protestes gegen die mit einer kommunistischen Tätigkeit wenig vereinbare Haltung einer Gruppe italienischer sozialistischer Parlamentarier hat, und hoffe, daß der Vorstand der italienischen Partei diese Tätigkeit einer strengen Disziplin unterwirft und sie auf den Boden des Kommunismus stellt.

SERRATI. Erlauben Sie mir vor allem, dem Genossen Bucharin zu danken, der mich zum Führer einer politischen Gruppe gemacht hat. Ich bin nur der Chefredakteur des „Avanti" und Mitglied der Parteileitung.

(Bordiga lacht und bittet, einige Worte sagen zu dürfen.)

Du hast nicht das Recht, zu lachen. Ich habe niemals vorgegeben, der Führer einer Gruppe zu sein. Es gibt keine Richtung Serrati. Es gibt nur einen Kämpfer, der immer seine Kommunistenpflicht erfüllt.

Ich erkläre, daß ich für die Thesen stimmen werde, die von der Mehrheit der Kommission vorgeschlagen sind, denn sie stimmen mit dem überein, was auf dem Kongreß von Bologna (1919) beschlossen worden ist und was man in Italien in unserer

Partei dank den Bemühungen der Leitung in Begriff ist zu tun, wobei natürlich den gegebenen Bedingungen Rechnung getragen werden muß. Ich bin im besonderen der Meinung, daß es unbedingt notwendig ist, die Kräfte der Partei zu vereinigen, jede Autonomie der parlamentarischen Fraktionen zu unterbinden und sie unter die strengste Kontrolle der Parteileitung zu stellen.

Ich erkläre gleichzeitig, daß die Einteilung der italienischen sozialistischen parlamentarischen Fraktion, die der Genosse Bucharin hier gemacht hat, etwas willkürlich ist und nur entfernt mit den wahren Zuständen in dieser Fraktion übereinstimmt.

Es ist wahr, daß im Innern der italienischen Parlamentsfraktion antikommunistische Kundgebungen laut geworden sind. Aber es gibt auch andere und viel zahlreichere, die einen vollkommen revolutionären Charakter haben. Z. B. hat unsere parlamentarische Fraktion in der ersten Sitzung des italienischen Parlaments die Prinzipien des Genossen Bucharin über die kommunistische parlamentarische Aktion angewendet. Unsere Abgeordneten haben vor dem König die rote Fahne entfaltet und haben den Saal unter dem Gesang der Internationale verlassen.

(Bordiga: Das ist noch nicht die Revolution.)

Es ist die Sabotierung des bürgerlichen parlamentarischen Regimes. Wir tun das unaufhörlich und systematisch.

In der italienischen Kammer hat Graziadei die Sowjetrepublik heftig verteidigt und die ganze Fraktion hat ihn unterstützt. Das ist sehr wohl eine revolutionäre Aktion im Parlament.

Wir sind auch dafür, Gesetzanträge im bürgerlichen Parlament einzureichen. Es handelt sich nicht darum, Gesetze vorzuschlagen, damit sie angenommen werden, sondern darum, dem Proletariat zu zeigen, was die Bourgeoisie nicht tun kann und was das Proletariat tun muß.

Ich werde also vorbehaltlos für die Thesen des Exekutivkomitees stimmen.

HERZOG. Die bulgarische Delegation sah in meinen Ausführungen über die Tätigkeit der kommunistischen Parlamentsfraktionen in Bulgarien eine Verleumdung. Dieser Vorwurf ist nicht stichhaltig. Die Quellen, aus welchen ich das Material zu meinen Ausführungen bekommen habe, halte ich für durchaus zuverlässig und brauche nichts von dem von mir Gesagten zurückzunehmen. Dies umsoweniger, als die bulgarische Delegation mich der Verleumdung beschuldigte, ohne auch nur versucht zu haben, mir die wirkliche oder angebliche Unlauterkeit der Quelle nachzuweisen.

SINOWJEW. Ich mache den Vorschlag, die Debatte zu schließen. *(Der Antrag wird angenommen.)*

SINOWJEW. Wir sind heute in der Lage, einen Bericht über die Mandatsprüfung anzuhören, und, nachdem wir ihn gehört haben, werden wir nach Delegationen abstimmen.

(Es wird über die Leitsätze von Bucharin abgestimmt, die wie folgt lauten:)

Leitsätze über die kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus.

1. Die neue Epoche und der neue Parlamentarismus.

Die Stellung der sozialistischen Parteien zum Parlamentarismus war anfänglich, in der Zeit der I. Internationale, die der Ausnützung der bürgerlichen Parlamente zum Zwecke der Agitation. Die Teilnahme am Parlament wurde vom Gesichtspunkt der Entwicklung des Klassenbewußtseins, d. h. des Erwachens der Klassenfeindschaft des Proletariats gegen die herrschende Klasse betrachtet. Dieses Verhältnis wandelte sich, nicht unter dem Einfluß der Theorie, sondern unter dem Einfluß der politischen Entwicklung. Durch die ununterbrochene Steigerung der Produktivkräfte und die Erweiterung des kapitalistischen Ausbeutungsgebietes gewann der Kapitalismus und gewannen mit ihm die parlamentarischen Staaten dauernd an Festigkeit.

Hieraus entstanden: die Anpassung der parlamentarischen Taktik der sozialistischen Parteien an die „organische" gesetz-

geberische Arbeit des bürgerlichen Parlaments und die immer größere Bedeutung des Kampfes um Reformen im Rahmen des Kapitalismus, die Herrschaft des sogenannten Mindestprogramms der Sozialdemokratie, die Wandlung des Maximalprogramms in eine Debattierformel für ein überaus entferntes „Endziel". Auf dieser Grundlage entwickelten sich dann die Erscheinungen des parlamentarischen Strebertums, der Korruption, des offenen oder versteckten Verrates an den elementarsten Interessen der Arbeiterklasse.

Das Verhältnis der Kommunistischen Internationale zum Parlamentarismus wird nicht durch eine neue Doktrin, sondern durch die Veränderung der Rolle des Parlaments selbst bestimmt. In der vorhergehenden Epoche hat das Parlament als Werkzeug des sich entwickelnden Kapitalismus eine in gewissem Maße historisch fortschrittliche Arbeit geleistet. Unter den gegenwärtigen Bedingungen des zügellosen Imperialismus aber hat sich das Parlament in ein Werkzeug der Lüge, des Betruges, der Gewalttat und des entnervenden Geschwätzes verwandelt. Angesichts der imperialistischen Verheerungen, Plünderungen, Vergewaltigungen, Räubereien und Zerstörungen verlieren parlamentarische Reformen, des Systems, der Stetigkeit und der Planmäßigkeit beraubt, für die werktätigen Massen jede praktische Bedeutung.

Wie die ganze bürgerliche Gesellschaft verliert auch der Parlamentarismus seine Festigkeit. Der plötzliche Uebergang von der organischen zur kritischen Epoche schafft die Grundlage für eine neue Taktik des Proletariats auf dem Gebiete des Parlamentarismus. So hat die russische Arbeiterpartei (die Bolschewiki) das Wesen des revolutionären Parlamentarismus schon in der vorhergegangenen Periode ausgearbeitet, weil Rußland seit 1905 aus dem politischen und sozialen Gleichgewicht gebracht und in die Periode der Stürme und Erschütterungen eingetreten war.

Soweit einige Sozialisten, die zum Kommunismus neigen, darauf hinweisen, daß der Augenblick für die Revolution in ihren Ländern noch nicht gekommen sei, und es ablehnen, sich von den

parlamentaristischen Opportunisten abzuspalten, gehen sie, dem Wesen der Sache nach, von der bewußten Schätzung der bevorstehenden Epoche als einer Epoche der relativen Festigkeit der imperialistischen Gesellschaft aus und nehmen an, daß auf dieser Grundlage, im Kampf um Reformen, eine Koalition mit den Turati und Longuet praktische Resultate ergeben könne. Der theoretisch klare Kommunismus wird dagegen den Charakter der gegenwärtigen Epoche richtig einschätzen (Höhepunkt des Kapitalismus; imperialistische Selbstverneinung und Selbstvernichtung; ununterbrochenes Anwachsen des Bürgerkrieges, etc.). In den verschiedenen Ländern können die Formen der politischen Beziehungen und Gruppierungen verschieden sein. Das Wesen bleibt aber überall ein und dasselbe. Es handelt sich für uns um die unmittelbare politische und technische Vorbereitung des Aufstandes des Proletariats zur Zerstörung der bürgerlichen und für die Aufrichtung der neuen proletarischen Macht.

Das Parlament kann gegenwärtig für die Kommunisten auf keinen Fall der Schauplatz des Kampfes um Reformen, um Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse sein, wie dies in gewissen Augenblicken der vorhergegangenen Periode der Fall war. Der Schwerpunkt des politischen Lebens ist gegenwärtig ganz und endgültig über die Grenzen des Parlaments hinaus verlegt. Andererseits ist die Bourgeoisie nicht nur kraft ihrer Beziehung zu den werktätigen Massen, sondern auch kraft ihrer verwickelten Wechselbeziehungen innerhalb der bürgerlichen Klassen gezwungen, einen Teil ihrer Maßnahmen auf die eine oder andere Weise im Parlament durchzuführen, wo die verschiedenen Kliquen um die Macht handeln, ihre starken Seiten offenbaren, ihre schwachen Seiten verraten, sich bloßstellen usw.

Deshalb ist es die unmittelbare historische Aufgabe der Arbeiterklasse, diese Apparate den Händen der herrschenden Klassen zu entreißen, sie zu zerbrechen, zu vernichten, und an ihre Stelle neue proletarische Machtorgane zu setzen. Gleichzeitig aber ist der revolutionäre Stab der Arbeiterklasse stark daran interessiert, seine Kundschafter in den parlamentarischen Einrichtungen der Bourgeoisie zu haben, um diese

Aufgabe der Zerstörung zu erleichtern. Hieraus ergibt sich ganz klar der Grundunterschied zwischen der Taktik des Kommunisten, der mit revolutionären Zielen in das Parlament eintritt, und der Taktik des sozialistischen Parlamentariers. Der letztere geht von der Voraussetzung der relativen Festigkeit, der unbestimmten Dauer der bestehenden Herrschaft aus. Er macht es sich zur Aufgabe, mit allen Mitteln Reformen zu erreichen, und ist daran interessiert, daß jede Errungenschaft von der Masse in gebührender Weise als Verdienst des sozialistischen Parlamentarismus geschätzt wird. (Turati, Longuet und Co.).

An die Stelle des alten Anpassungsparlamentarismus tritt der neue Parlamentarismus als eines der Werkzeuge zur Vernichtung des Parlamentarismus überhaupt. Die widerwärtigen Ueberlieferungen der alten parlamentaristischen Taktik jedoch stoßen einige revolutionäre Elemente in das Lager der grundsätzlichen Gegner des Parlamentarismus (I. W. W.), der revolutionären Syndikalisten (K. A. P. D.). Der zweite Kongreß erhebt daher folgende Thesen zum Beschluß.

2. Der Kommunismus, der Kampf um die Diktatur des Proletariats und die Ausnützung der bürgerlichen Parlamente.

I.

1. Der Parlamentarismus als Staatssystem ist eine „demokratische" Herrschaftsform der Bourgeoisie geworden, die auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Fiktion einer Volksvertretung bedarf, die äußerlich als eine Organisation eines außerhalb der Klassen stehenden „Volkswillens" erscheint, im wesentlichen aber eine Maschine zur Unterdrückung und Unterjochung in den Händen des herrschenden Kapitals ist.

2. Der Parlamentarismus ist eine bestimmte Form der *Staats*ordnung; daher kann er durchaus nicht die Form der kommunistischen Gesellschaft sein, die weder Klassen noch Klassenkampf, noch irgend eine Staatsmacht kennt.

3. Der Parlamentarismus kann auch keine Form der proletarischen Staatsverwaltung in der Uebergangsperiode von der Diktatur der Bourgeoisie zur Diktatur des Proletariats sein. Im Augenblick des zugespitzten Klassenkampfes, im Bürgerkrieg, muß das Proletariat seine staatliche Organisation unvermeidlich als *Kampfesorganisation* aufbauen, in welche die Vertreter der früher herrschenden Klassen nicht zugelassen werden. Dem Proletariat ist in diesem Stadium jede Fiktion des „Volkswillens" direkt schädlich. Das Proletariat bedarf keiner parlamentarischen Teilung der Macht, sie ist ihm schädlich. Die Form der proletarischen Diktatur ist die Sowjetrepublik.

4. Die bürgerlichen Parlamente, einer der wichtigsten Apparate der bürgerlichen Staatsmaschine, können als solche nicht auf die Dauer erobert werden, wie das Proletariat überhaupt nicht den bürgerlichen Staat erobern kann. Die Aufgabe des Proletariats besteht darin, die Staatsmaschine der Bourgeoisie zu sprengen, sie zu zerstören, und zugleich mit ihr die Parlamentsinstitutionen, mögen es republikanische oder konstitutionell-monarchistische sein.

5. Nicht anders ist es mit den Kommunaleinrichtungen der Bourgeoisie, die den Staatsorganen gegenüber zu stellen theoretisch unrichtig ist. In Wirklichkeit sind sie ähnliche Apparate des Staatsmechanismus der Bourgeoisie, die von dem revolutionären Proletariat vernichtet und durch örtliche Sowjets der Arbeiterdeputierten ersetzt werden müssen.

6. Folglich verneint der Kommunismus den Parlamentarismus als Form der Zukunftsgesellschaft. Er verneint ihn als Form der Klassendiktatur des Proletariats. Er verneint die Möglichkeit, die Parlamente dauernd zu erobern; er setzt sich die Zerstörung des Parlamentarismus zum Ziel. Daher kann nur von der Ausnutzung der bürgerlichen Staatseinrichtungen zum Zweck ihrer Zerstörung die Rede sein. In diesem und nur in diesem Sinne kann die Frage gestellt werden.

II.

7. Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf, denn er ist letzten Endes ein Kampf um die Macht. Jeder beliebige Aus-

stand, der sich über das ganze Land verbreitet, wird dem bürgerlichen Staat bedrohlich und nimmt dadurch einen politischen Charakter an. Jeder Versuch, die Bourgeoisie zu stürzen und ihren Staat zu zerstören, heißt einen politischen Kampf führen. Einen proletarischen Klassenapparat zur Verwaltung und zur Unterdrückung der sich widersetzenden Bourgeoisie schaffen, welcher Art dieser Apparat auch sein wird, heißt die politische Macht erobern.

8. Folglich ist die Frage des politischen Kampfes durchaus nicht identisch mit der Frage des Verhaltens zum Parlamentarismus. Jene ist eine allgemeine Frage des proletarischen Klassenkampfes, der charakterisiert wird durch die Steigerung von kleinen und Teilkämpfen zum allgemeinen Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ordnung überhaupt.

9. Die wichtigste Kampfmethode des Proletariats gegen die Bourgeoisie, d. h. gegen ihre Staatsmacht, ist vor allen Dingen die Massenaktion. Die Massenaktionen werden von den revolutionären Massenorganisationen (Gewerkschaften, Parteien, Räten) des Proletariats unter der allgemeinen Führung einer einheitlichen, disziplinierten, zentralisierten kommunistischen Partei organisiert und geleitet. Der Bürgerkrieg ist ein Krieg; in diesem Krieg muß das Proletariat sein tapferes politisches Offizierkorps, seinen starken politischen Generalstab haben, die alle Operationen auf allen Gebieten des Kampfes leiten.

10. Der Massenkampf ist ein ganzes System sich entwickelnder Aktionen, die sich in ihrer Form verschärfen und logisch zum Aufstand gegen den kapitalistischen Staat führen. In diesem Massenkampf, der sich zum Bürgerkrieg entwickelt, muß die führende Partei des Proletariats in der Regel alle legalen Stellungen festigen, indem sie sie zu Hilfsstützpunkten ihrer revolutionären Tätigkeit macht und diese Stellungen dem Plan des Hauptfeldzuges, der Kampagne des Massenkampfes, unterordnet.

11. Ein solcher Hilfsstützpunkt ist die Tribüne des bürgerlichen Parlaments. Gegen die Teilnahme am parlamentarischen Kampf kann durchaus nicht die Begründung angeführt werden,

daß das Parlament eine bürgerliche Staatsinstitution sei. Die kommunistische Partei geht in diese Institution nicht hinein, um dort organische Arbeit zu leisten, sondern um vom Parlament aus den Massen zu helfen, die Staatsmaschine und das Parlament selbst durch die Aktion zu sprengen (z. B. die Tätigkeit Liebknechts in Deutschland, der Bolschewiki in der zaristischen Duma, in der „demokratischen Beratung", in dem „Vorparlament" Kerenskis, in der „Konstituierenden Versammlung" und in den Stadtdumas, schließlich die Tätigkeit der bulgarischen Kommunisten).

12. Diese Tätigkeit in dem Parlament, die hauptsächlich in revolutionärer Agitation von der Parlamentstribüne, in der Entlarvung der Gegner, im geistigen Zusammenschluß der Massen, die noch immer, namentlich in den rückständigen Gebieten befangen von demokratischen Illusionen, nach der Parlamentstribüne schauen, usw. besteht, soll ganz und gar den Zielen und Aufgaben des Massenkampfes außerhalb des Parlaments untergeordnet sein.

Die Teilnahme am Wahlkampf und die revolutionäre Propaganda von der Parlamentstribüne herab ist von besonderer Wichtigkeit für die politische Erfassung derjenigen Schichten der Arbeiterschaft, die bisher, etwa wie die ländlichen werktätigen Massen, dem politischen Leben fernstanden.

13. Falls die Kommunisten die Mehrheit in Kommunaleinrichtungen haben, so sollen sie a) revolutionäre Opposition gegen die bürgerliche Zentralgewalt treiben; b) alles tun, um der ärmeren Bevölkerung Dienste zu leisten (wirtschaftliche Maßnahmen, Durchführung oder Versuche zur Durchführung der bewaffneten Arbeitermiliz etc.); c) bei jeder Gelegenheit die Schranken zeigen, die die bürgerliche Staatsgewalt wirklich großen Veränderungen entgegensetzt; d) auf dieser Grundlage schärfste revolutionäre Propaganda entwickeln, ohne den Konflikt mit der Staatsgewalt zu fürchten; e) unter gewissen Bedingungen die Gemeindeverwaltungen etc. durch lokale Arbeiterräte ersetzen. — Die ganze Tätigkeit der Kommunisten in der Kommunalverwaltung muß

also ein Bestandteil der allgemeinen Zersetzungsarbeit des kapitalistischen Systems sein.

14. Die Wahlkampagne selbst soll nicht im Geiste der Jagd auf eine Höchstzahl von Parlamentsmandaten geführt werden, sondern im Geiste revolutionärer Mobilisierung der Massen für die Losungen der proletarischen Revolution. Die Wahlkampagne soll von der gesamten Masse der Parteimitglieder geführt werden und nicht nur von der Elite der Partei. Es ist notwendig, dabei alle Massenaktionen (Ausstände, Demonstrationen, Gärungen unter den Soldaten und Matrosen usw.), die gerade stattfinden, auszunutzen und mit ihnen in enge Fühlung zu kommen. Das Heranziehen aller proletarischen Massenorganisationen zur aktiven Tätigkeit ist notwendig.

15. Bei Wahrnehmung aller dieser wie auch der in einer besonderen Instruktion angeführten Vorbedingungen ist die parlamentarische Tätigkeit das direkte Gegenteil jenes gemeinen Politikasterns, das die sozialdemokratischen Parteien aller Länder anwenden, die ins Parlament gehen, um diese „demokratische" Institution zu unterstützen oder sie bestenfalls zu „erobern". Die Kommunistische Partei kann ausschließlich nur für die revolutionäre Ausnutzung des Parlamentarismus im Geiste Karl Liebknechts und der Bolschewiki sein.

III.

16. Der prinzipielle „Antiparlamentarismus" in dem Sinne absoluter und kategorischer Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen und der revolutionären parlamentarischen Tätigkeit ist also eine naive kindische Doktrin unter jeder Kritik, eine Doktrin, die bisweilen einen gesunden Ekel vor den politikasternden Parlamentariern zur Grundlage hat, die aber nicht zugleich die Möglichkeit eines revolutionären Parlamentarismus sieht. Außerdem ist diese Doktrin oft mit einer ganz unrichtigen Vorstellung von der Rolle der Partei verbunden, die in der Kommunistischen Partei nicht den zentralisierten Stoßtrupp der Arbeiter, sondern ein denzentralisiertes System lose miteinander verbundener Gruppen sieht.

17. Andererseits folgt aus der prinzipiellen Anerkennung der parlamentarischen Tätigkeit durchaus nicht die absolute Anerkennung der Notwendigkeit konkreter Wahlen und konkreter Teilnahme an den Parlamentssitzungen *unter allen Umständen*. Das ist von einer ganzen Reihe spezifischer Bedingungen abhängig. Bei einer bestimmten Kombination dieser Bedingungen kann der Austritt aus dem Parlament notwendig sein. Das taten die Bolschewiki, als sie aus dem Vorparlament austraten, um es zu sprengen, ihm jede Kraft zu nehmen und es dem am Vorabend des Aufstandes stehenden Petersburger Sowjet schroff gegenüberzustellen. Ein Gleiches taten sie in der Konstituierenden Versammlung am Tage der Auflösung, indem sie den III. Kongreß der Sowjets zum Mittelpunkt der politischen Geschehnisse erhoben. Je nach den Umständen kann Boykott der Wahlen und unmittelbare gewaltsame Beseitigung, wie des ganzen bürgerlichen Staatsapparats, so auch der bürgerlichen Parlamentsklique, oder aber Teilnahme an den Wahlen, während das Parlament selbst boykottiert wird, usw. notwendig sein.

18. Auf diese Weise soll die kommunistische Partei, die die Notwendigkeit der Teilnahme an den Wahlen sowohl in die zentralen Parlamente als auch in die Organe der lokalen Selbstverwaltung, sowie die Arbeit in diesen Institutionen als allgemeine Regel anerkennt, von der Wertung der spezifischen Besonderheiten des jeweiligen Augenblicks ausgehend, die Frage konkret lösen. Boykott der Wahlen oder der Parlamente, sowie Austritt aus den letzteren ist hauptsächlich dann zulässig, wenn die Vorbedingungen unmittelbaren Ueberganges zum bewaffneten Kampf und zur Machtergreifung schon vorhanden sind.

19. Dabei soll man beständig die relative Unwichtigkeit dieser Frage im Auge behalten. Da der Schwerpunkt im außerhalb des Parlaments geführten Kampf um die Staatsmacht liegt, so versteht es sich von selbst, daß die Frage der proletarischen Diktatur und des *Massenkampfes* dafür mit der besonderen Frage der Ausnutzung des Parlamentarismus nicht gleichzustellen ist.

20. Daher betont die Kommunistische Internationale mit

aller Entschiedenheit, daß sie jede Spaltung oder jeden Spaltungsversuch innerhalb der kommunistischen Parteien in dieser Richtung und nur aus diesem Grunde für einen schweren Fehler hält. Der Kongreß ruft alle Elemente, die auf dem Boden der Anerkennung des Massenkampfes um die proletarische Diktatur unter der Führung der zentralisierten Partei des revolutionären Proletariats stehen, die ihren Einfluß auf alle Massenorganisationen der Arbeiter ausübt, auf, die völlige Einheit der kommunistischen Elemente anzustreben trotz der möglichen Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Ausnützung der bürgerlichen Parlamente.

3. *Der revolutionäre Parlamentarismus.*

Um die tatsächliche Durchführung der revolutionären parlamentarischen Taktik sicherzustellen, ist es notwendig, daß

1. die Kommunistische Partei in ihrer Gesamtheit und ihr Zentralkomitee bereits im *Vorbereitungsstadium*, d. h. vor den Parlamentswahlen, für die hohe Qualität des persönlichen Bestandes der Parlamentsfraktionen sorgen müssen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei muß für die gesamte Arbeit der kommunistischen Parlamentsfraktion verantwortlich sein. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei muß das unbestreitbare Recht haben, gegen einen beliebigen Kandidaten einer beliebigen Organisation Einspruch zu erheben, wenn keine Gewähr besteht, daß dieser Kandidat, wenn er ins Parlament gelangt, eine wirklich kommunistische Politik verfolgen wird.

Die Kommunistische Partei muß mit der alten sozialdemokratischen Gewohnheit brechen, ausschließlich sogenannte „erfahrene" Parlamentarier, vorwiegend Anwälte und dergleichen, als Abgeordnete aufzustellen. In der Regel ist es notwendig, Arbeiter als Kandidaten aufzustellen, ohne sich daran zu stoßen, daß diese meist einfache Parteimitglieder ohne große parlamentarische Erfahrung sind. Diejenigen Streberelemente, die sich an die kommunistischen Parteien heranmachen, um ins Parlament zu gelangen, muß die Kommunistische Partei rücksichtslos

brandmarken. Die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien müssen nur die Kandidaturen derjenigen Genossen bestätigen, die durch langjährige Arbeit ihre unbedingte Ergebenheit gegenüber der Arbeiterklasse gezeigt haben.

2. Wenn die Wahlen beendet sind, muß die Organisierung der Parlamentsfraktion sich vollständig in den Händen des Zentralkomitees der kommunistischen Parteien befinden, ganz abgesehen davon, ob die Gesamtpartei zu dem betreffenden Zeitpunkt legal oder illegal ist. Der Vorsitzende und der Vorstand der kommunistischen Parlamentsfraktion müssen von dem Zentralkomitee der Partei bestätigt werden. Das Zentralkomitee muß in der Parlamentsfraktion einen ständigen Vertreter mit Einspruchsrecht haben, und in allen wichtigen politischen Fragen muß sich die Parlamentsfraktion vorher Verhaltungsmaßregeln vom Zentralkomitee der Partei erbitten. Das Zentralkomitee hat das Recht und die Pflicht, bei einer bevorstehenden großen Aktion der Kommunisten im Parlament den Redner der Fraktion aufzustellen bezw. zu beanstanden und von ihm die vorherige Vorlegung der Leitsätze seiner Rede bezw. der Rede selbst zwecks Genehmigung durch das Zentralkomitee usw. zu fordern. Jedem Kandidaten, der auf der Wahlvorschlagsliste der Kommunisten steht, muß ganz offiziell die schriftliche Verpflichtung abgenommen werden, daß er auf die erste Aufforderung des Zentralkomitees der Partei hin, das Mandat niederzulegen, bereit ist, um in einer gegebenen Situation die Aktion des Austritts aus dem Parlament geschlossen durchzuführen.

3. In denjenigen Ländern, in denen es reformistischen, halbreformistischen und einfachen Streberelementen gelungen ist, in die kommunistische Fraktion einzudringen (das ist bereits in einigen Ländern geschehen), sind die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien verpflichtet, eine gründliche Säuberung des persönlichen Bestandes der Fraktion vorzunehmen, von dem Prinzip ausgehend, daß es für die Sache der Arbeiterklasse viel nützlicher ist, eine kleine, aber wirklich kommunistische

Fraktion zu haben, als eine zahlreiche Fraktion ohne konsequente kommunistische Politik.

4. Der kommunistische Abgeordnete ist auf Beschluß des Zentralkomitees verpflichtet, die legale Arbeit mit der illegalen zu vereinigen. In denjenigen Ländern, wo sich der kommunistische Abgeordnete der Immunität vor den bürgerlichen Gesetzen erfreut, muß diese Immunität dazu ausgenützt werden, die Partei in ihrer illegalen Tätigkeit der Organisation und Propaganda zu unterstützen.

5. Alle ihre parlamentarischen Aktionen müssen die kommunistischen Abgeordneten der Tätigkeit ihrer Partei außerhalb des Parlaments unterordnen. Die regelmäßige Einbringung von demonstrativen Gesetzentwürfen, die nicht dazu bestimmt sind, von der bürgerlichen Mehrheit angenommen zu werden, sondern für die Zwecke der Propaganda, Agitation und Organisation, muß auf Anweisung der Partei und ihres Zentralkomitees geschehen.

6. Bei Straßendemonstrationen der Arbeiter und sonstigen revolutionären Aktionen hat der kommunistische Abgeordnete die Pflicht, an der Spitze der Arbeitermassen an erster leitender Stelle zu stehen.

7. Die kommunistischen Abgeordneten müssen auf allen ihnen zur Verfügung stehenden Wegen (unter der Kontrolle der Partei) schriftliche und jedwede andere Verbindung mit den revolutionären Arbeitern, Bauern und anderen Werktätigen anzuknüpfen suchen; sie dürfen unter keinen Umständen gleich den sozialdemokratischen Abgeordneten handeln, die Geschäftsverbindungen mit ihren Wählern nachlaufen. Sie müssen sich jederzeit zur Verfügung der kommunistischen Organisation für jede Propagandaarbeit im Lande halten.

8. Jeder kommunistische Abgeordnete des Parlaments muß dessen eingedenk sein, daß er kein Gesetzgeber ist, der mit anderen Gesetzgebern eine Verständigung sucht, sondern ein Agitator der Partei, der ins feindliche Lager entsandt ist, um dort Parteibeschlüssen nachzukommen. Der kommunistische Abgeordnete ist nicht der losen Wählermasse, sondern seiner

legalen oder illegalen kommunistischen Partei gegenüber verantwortlich.

9. Die kommunistischen Abgeordneten müssen im Parlament eine Sprache reden, die jedem einfachen Arbeiter, jedem Bauern, jeder Waschfrau, jedem Hirten verständlich ist, so daß die Partei die Möglichkeit hat, die Reden als Flugblätter herauszugeben und sie in den entlegensten Winkeln des Landes zu verbreiten.

10. Einfache kommunistische Arbeiter müssen in den bürgerlichen Parlamenten auftreten, ohne den sogenannten erfahrenen Parlamentariern den Vorrang zu überlassen — auch in den Fällen, wenn die Arbeiter erst Anfänger auf parlamentarischem Gebiet sind. Im Notfall können die Abgeordneten aus der Mitte der Arbeiter ihre Reden direkt ablesen, damit die Reden in der Presse und als Flugblätter abgedruckt werden können.

11. Die kommunistischen Abgeordneten müssen die Parlamentstribüne zur Entlarvung nicht nur der Bourgeoisie und ihrer offenen Handlanger, sondern auch zur Entlarvung der Sozialpatrioten, Reformisten, der Halbheit der Politiker des „Zentrums" und anderer Gegner des Kommunismus und zur breiten Propaganda der Ideen der Kommunistischen Internationale ausnützen.

12. Die kommunistischen Abgeordneten haben sogar in den Fällen, wenn es ihrer nur einige im ganzen Parlament gibt, durch ihr ganzes Betragen dem Kapitalismus gegenüber eine herausfordernde Haltung zu zeigen. Sie dürfen nie vergessen, daß nur derjenige des Namens eines Kommunisten würdig ist, der nicht nur in Worten, sondern auch in seinen Taten ein Erzfeind der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer sozialpatriotischen Handlanger ist.

(Die Leitsätze von Bucharin werden angenommen. Alle Amendements werden der Kommission überwiesen.)

RADEK. Ich glaube, es ist nicht notwendig, daß ich die Liste der Delegierten vorlese; sie wird verteilt werden. Es besteht nun den Ländern nach folgende Zusammensetzung des

Kongresses: *(Verliest die Liste.)* Wir konnten nicht übereinkommen, was wir mit Ostgalizien machen. Es ist einstweilen noch nicht befreit, es gehört weder zu Polen noch zu Ungarn, noch ist es selbständig. Wir haben es als selbständiges Land mit zwei Stimmen zugelassen.

Das Mandat des Schweizer Genossen Burgsdorf wurde in der Kommission angefochten mit der Behauptung, der betreffende Delegierte sei vor kurzem Redakteur einer bürgerlichen Zeitung gewesen. Es hat sich herausgestellt, daß der Genosse vor längerer Zeit Redakteur eines solchen Blattes war, er wurde dann aber Sozialist und hat die Redaktion des Blattes aufgegeben. Die Frage wurde in der Schweiz untersucht und die Angelegenheit erledigt.

Was die Frage der Einteilung der Stimmen anbetrifft, so wurde an den Vorschlägen der Exekutive nicht viel geändert. Wir haben im großen und ganzen die Einteilung akzeptiert, die von der Exekutive angenommen wurde. Nur in einem Falle, von dem ich noch sprechen will, wurde die Stimmenzahl reduziert. Es wurde beschlossen, Deutschland, Frankreich, England, Rußland, Amerika, Italien je zehn Stimmen, Oesterreich, Holland je sieben Stimmen, Mexiko, Persien, Indien, der Schweiz, der Türkei, Bulgarien, eventuell Irland, Estland, Korea je vier Stimmen, Litauen zwei zuzusprechen.

Die Kommission beschloß, dem Kongreß vorzuschlagen, Holland an Stelle von sieben nur vier Stimmen zu geben. Der Beschluß wurde in der Exekutive mit Stimmenmehrheit gefaßt. Die höhere Stimmenzahl Hollands widerspricht den faktischen Verhältnissen. Weder ist das Land noch die Partei so groß, daß diese als zweite Macht in der Internationale marschieren könnte. Wir haben einen Protest gegen die Anerkennung des Mandats von Palästina erhalten mit der Begründung, daß es nicht angehe, die jüdischen Proletarier nach Palästina zu treiben.

Die Kommission wird sich noch damit zu befassen haben. Der Kongreß muß noch zwei Fragen entscheiden: die Frage der Einteilung der englischen und amerikanischen Stimmen. Was

England anbetrifft, zerfallen sie in zwei Teile: B. S. P. und Shop Stewards. Ich persönlich bin der Meinung, man soll die Stimmen teilen. Der Kongreß wird darüber zu entscheiden haben. Was Amerika anbetrifft, so ist die Situation die folgende: Wir haben den Bericht erhalten über die Einigung der amerikanischen Parteien, der American Communist Party und der American Labour Party. Aber die Einigung ist keine vollständige. Ein Teil einer Partei will nicht teilnehmen. Und nun entsteht die Frage: Wie verteilen wir die Mandate? Die geeinigte Kommunistische Partei erklärt, sie will alle Mandate haben. Der Teil aber, der nicht in die neue Partei eingetreten ist, fordert für sich einen Teil der Mandate. Der Kongreß wird auch darüber zu entscheiden haben.

SINOWJEW. Es entsteht die Frage: sollen wir den Bericht der Mandatsprüfungskommission sanktionieren oder eine Diskussion eröffnen? Ich werde abstimmen lassen. Wer ist dafür, daß wir alle Vorschläge der Mandatsprüfungskommission im Namen des Kongresses sanktionieren? *(Es wird abgestimmt. Der Vorschlag wird angenommen. Die Sitzung wird 11½ Uhr geschlossen.)*

Neunte Sitzung
des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale am 3. August 1920.

SINOWJEW (erklärt die Sitzung für eröffnet und verliest folgendes Begrüßungstelegramm der Arbeitsgemeinschaft der revolutionären Sozialdemokraten Oesterreichs:)

„An den Kongreß der Kommunistischen Internationale. Die Arbeitsgemeinschaft der revolutionären Sozialdemokraten Oesterreichs, die Majorität des letzten Rätekongresses, kämpft als äußerste Linke in der Partei für die Rätediktatur und den Anschluß an die Kommunistische Internationale. Geistig eng mit Euch verbunden, hoffen wir auf dem nächsten Kongreß vertreten zu sein. Begeistert grüßen wir das kämpfende Proletariat Sowjetrußlands und harren sehnsüchtig des Augenblicks, wo wir vereint den Endsieg der Weltrevolution erkämpfen werden. Eurer Tagung wünschen wir vollen Erfolg.

Revolutionäre Grüße. Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der revolutionären Sozialdemokraten Oesterreichs: *Franz Rothe, Josef Bencis, Ernst Fabri.*"

(Verliest das Antwortschreiben:)

„Werte Genossen! Der Kongreß der Kommunistischen Internationale nimmt Eure Begrüßung mit Befriedigung zur Kenntnis. Die der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien aller Länder haben auf dieser Tagung beschlossen, durch unbedingte Disziplin und solidarische Tat die Idee der Sowjets in allen Ländern zu verwirklichen. In Deutsch-Oesterreich führt diesen Kampf die Kommunistische Partei. Ist es Euch tiefer Ernst mit Eurer Sehnsucht nach dem Endsieg der Weltrevolution, dann habt Ihr in Deutsch-Oesterreich die

ernste und heiligste Pflicht zu erfüllen: Vernichtungskampf gegen den Teil der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, der vertreten ist durch die reformistischen und sozialverräterischen Führer Renner, Bauer, Fritz Adler, Hüber, Tomachik, Domes, um nur die bekanntesten zu nennen. Bedingungsloser Bruch mit der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Oesterreichs, Kampf im Arbeiterrate um die Durchsetzung der kommunistischen Forderungen. Nicht Lippenbekenntnisse, sondern rücksichtslose revolutionäre Tat wird den Sieg der Weltrevolution in kurzer Zeit herbeiführen." *(Ueber den vom Büro vorgeschlagenen Antworttext wird abgestimmt. Er wird angenommen.)*

SINOWJEW. Wir schreiten jetzt zur Tagesordnung und zwar zur Gewerkschaftsfrage. Der Referent, Genosse Radek, hat das Wort.

RADEK. Genossen! Die Frage vom Verhältnis der Kommunistischen Internationale zu den Gewerkschaften ist die ernsteste, wichtigste Frage unserer Bewegung. Die Gewerkschaften sind die größten Massenorganisationen des Proletariats; sie spielen die entscheidende Rolle in den ökonomischen Kämpfen, den hauptsächlichsten Zersetzungselementen des Kapitals, und nach dem Siege der Revolution werden die Gewerkschaften die Massenorganisationen sein, die in erster Linie dazu berufen sind, an dem wirtschaftlichen Aufbau des Sozialismus zu arbeiten. Schon die Bedeutung der Gewerkschaften in dem sich immer mehr und mehr verschärfenden ökonomischen Kampfe und beim Aufbau des Sozialismus erlaubt es nicht, an diese Frage anders heranzutreten als unter der genauesten Prüfung der Verhältnisse in ihnen, wenn wir es erreichen wollen, uns nicht von Wünschen leiten zu lassen, sondern von der sachlichen Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeiten.

Am Anfang des Krieges hielten viele von uns die Gewerkschaftsbewegung für abgetan. Viele waren der Meinung, daß die Gewerkschaften, die früher in erster Linie durch ihre Kassen gegen das Kapital kämpften, bei Ausgang des Krieges angesichts der großen Aufgaben, vor die sie gestellt sein würden, zusammen-

brechen müßten, und keine geringere als Rosa Luxemburg war bei Ausbruch der deutschen Revolution der Meinung, daß die Gewerkschaften ausgespielt hätten. Es ist sehr charakteristisch, daß auf dem Gründungsparteitag der K. P. D. diese Frage selbst in den Debatten keine Rolle gespielt hat.

Wenn wir die Entwicklung der Gewerkschaften für die Zeit vor dem Kriege, während des Krieges und während der Revolution in den wichtigsten Ländern an uns vorbeiziehen lassen, so bekommen wir ungefähr folgende Ziffern: in Deutschland waren die Gewerkschaften vor Ausbruch des Krieges 2¼ Millionen stark. Während des Krieges fiel die Kurve beträchtlich, und die Zahl war niedriger. Seit Ausgang des Krieges, seit dem Dezember 1918, als die Gewerkschaften keine zwei Millionen zählten, sind sie bis zu acht Millionen gestiegen. In England sind sie von 4½ Millionen am Anfang des Krieges bis zu 6½ Millionen gewachsen. In Frankreich sind sie von 400 000 organisierten Arbeitern jetzt auf zwei Millionen angewachsen, in Italien von 450 000 auf zwei Millionen. Sogar in Amerika sind die Gewerkschaften von ca. zwei Millionen bei Ausbruch des Krieges auf vier Millionen angewachsen. Einer der Führer der K. A. P. D., Schröder, äußerte in seiner Broschüre über die Betriebsräte über diese Ziffern, daß sie nicht einen gesunden Wachstumsprozeß, sondern ein ungesundes Anschwellen ausdrücken. Wenn es sich darum handeln würde, den Erscheinungen der Geschichte, die uns nicht gefallen, ein schlechtes Attest auszustellen, dann könnte man sich damit begnügen, daß man die Gewerkschaften als eine Geschwulst an dem Kadaver des Kapitalismus betrachtet. Aber da es sich um etwas anderes handelt, so muß man folgende Tatsachen anerkennen:

Die Arbeitermasse sah im Krieg zwar den Verrat der Gewerkschaftsführer, und zum großen Teil ist sie voll Erbitterung gegen die Gewerkschaftsbürokratie; aber gleichzeitig hat sie im Kriege gelernt, organisiert vorzugehen, als Bataillone, als Armeekorps. Wo sie jetzt den größten wirtschaftlichen Kämpfen entgegengeht, wo sie das ungeheure Wachsen der Preise, alle Schwierigkeiten der Wohnungsfrage, das wirtschaftliche Chaos

an sich heranstürmen lassen muß, sucht sie ihre Macht im Kampfe auszubauen und zu stärken. Sie hat dabei keinen anderen Weg, als in die Gewerkschaften zu gehen, sie zu einem großen Massengebilde zu machen. Und diesen Weg geht die Masse. Es ist ein charakteristisches Anzeichen, daß in allen Ländern, wo wir kein besonderes Wachstum der revolutionären Gewerkschaften sehen — z.B. die I.W.W. in Amerika oder die Syndikalisten in Deutschland, die zwar in der Zahl gewachsen sind, aber nur in geringer Proportion —, die Masse direkt in die großen Gewerkschaften geht. Natürlich ist damit die Frage nicht entschieden, was die Gewerkschaften und welches ihre Funktionen sind, und bei der Beurteilung unserer Haltung den Gewerkschaften gegenüber haben wir von der Analyse der Möglichkeiten und der Wege des kommunistischen Kampfes auszugehen. Wir haben die Frage zu beantworten: gibt es einen anderen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse als den, den die Gewerkschaften durch die Steigerung ihrer bisherigen Kampfesmethoden gehen? Auf eine politische Formel zurückgeführt, könnte man die Frage so stellen: Worin können die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaften bestehen?

Wir hören oft von der Gegenüberstellung der revolutionären Gewerkschaften und der Gewerkschaften überhaupt. Fragen wir uns: worin besteht der Zerfall des Kapitals, welches sind die Kampfmittel der Arbeiterklasse und was können die Gewerkschaften leisten, wenn sie diesen Kampf führen wollen. Vorerst: wir wissen, daß die Gewerkschaftsbürokratie als Ausweg aus der Situation gemäß ihrer gegenrevolutionären Auffassung die Abschaffung des Wirtschaftskampfes überhaupt betreibt. Die deutschen Gewerkschaften begannen seit dem Siege der Revolution die Arbeitsgemeinschaften auszubauen, d. h. die Organisationen des dauernden Ausgleichs mit den Kapitalisten, wobei natürlich die Arbeiterklasse der unterliegende Teil ist. In England wuchsen die Whiteley Committees sich zu den Joint Industrial Councils aus, die der Idee der Arbeitsgemeinschaft — dem Versuch, ein dauerndes Abkommen zwischen Arbeitern und Kapitalisten als Organisation zwecks Erledigung der Streit-

fragen zu schaffen — vollkommen entsprechen. Diese Taktik der Gewerkschaftsführer ist eine Taktik des Abbaus des Klassenkampfes, und ich brauche hier nicht weiter darüber zu sprechen, daß wir damit nichts gemein haben können, sondern im schärfsten Kampfe gegen diese Versuche stehen müssen. Dieser Kampf braucht aber nicht geführt zu werden unter der Losung einer neuen Gewerkschaftstaktik, denn das Neue liegt hier umgekehrt auf der Seite der Gewerkschaftsführer. Was eine neue Taktik der Gewerkschaften und die Möglichkeit des Vorhandenseins einer besonderen revolutionären gewerkschaftlichen Taktik betrifft, so haben wir folgendes zu sagen: Der Prozeß des kapitalistischen Zerfalls besteht in der Desorganisation der Kontinuität des Wirtschaftsprozesses. Indem das angelsächsische Kapital die eine Hälfte des europäischen Kontinents, die gleichzeitig die größte Masse der industriellen Rohprodukte auf die Weltmärkte wirft, aus dem Wirtschaftsprozeß auszuschalten und diese Länder zu seinen Sklaven zu machen sucht, führt es zu einer Unterbrechung des Arbeitsteilungsprozesses der ganzen Weltwirtschaft. Es ist dies ein Versuch, der kein anderes Endergebnis haben kann als den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems auch in Amerika und England. Die Störung der Produktion, die große Arbeitslosigkeit läßt keinen Zweifel darüber, daß diese Länder sich in einer großen wirtschaftlichen Krise befinden.

In der amerikanischen Literatur gibt es jetzt Untersuchungen, die — wie z. B. das Buch von Sparge — Rußland als die „amerikanische Sache" hinstellen und zu beweisen suchen, daß Amerika vor einer Krise stehe. Diese Unterbrechung des Wirtschaftsprozesses im Weltmaßstabe ist begleitet von einem geradezu wahnsinnigen Anwachsen der Preise. Wir haben das kolossale Wachstum aller Preise auf dem Weltmarkte erlebt, das verschärft wird durch die Valutaunterschiede zwischen den besiegten und „siegreichen" Ländern. Jetzt beginnen wir den Fall der Preise zu erleben, und während das Wachsen der Preise einerseits eine Art Schwindelkonjunktur, andererseits die vollkommene Auspressung der Zentralmächte herbeiführte, bedeutet jetzt das Fallen der Preise eine neue Produktionskrise.

Die allgemeine Lage der Arbeiterklasse ist eine solche, daß jeder Gedanke an eine reformistische Taktik, an die allmähliche Steigerung der realen Löhne der Arbeiterklasse, ihres Standard of Life, eine vollendete opportunistische Illusion ist. Die Möglichkeit der allmählichen Besserung der Lage der Arbeiterklasse ist eine reaktionäre Utopie. Wenn man die statistischen Daten von *Kuczynski* ansieht, wo er zum Resultat kommt, daß eine vierköpfige Familie zur Erreichung eines allernotwendigsten Lebensniveaus, niedriger als das vor dem Kriege, in Deutschland 16 000 Mark jährlich braucht, wobei er berechnet, daß nur ca. 10 Prozent der Bevölkerung einen solchen Lohn beziehen, wenn wir dann andererseits die Ziffern für Amerika nehmen, also auf der einen Seite das höchstentwickeltste besiegte kapitalistische Land, auf der anderen den Triumphator im Kriege, so wird diese Feststellung vollauf bestätigt. In einem Artikel „The high cost of Labour", den die Washingtoner „Nation" (vom 19. Juni 1920) bringt, werden folgende Ziffern angeführt: Nach den statistischen Aufstellungen für das Jahr 1919 war für eine Familie von Mann, Frau und drei Kindern das Minimum des Lebensunterhalts 2500 Dollar jährlich, wobei gesagt wird, daß das nicht der amerikanische Standard of Life ist, sondern ein Niveau, „unter dem die Familie in die Gefahr der physischen und der moralischen Ausartung geraten würde". Andere Statistiken, die im Artikel angeführt werden, kommen zu einer Ziffer von 2180 Dollar, und jetzt berechnet das Blatt die Löhne für 103 Berufe und kommt zu dem Ergebnis, daß ein Lohn von 6,50 bis 8,50 Dollar, der diesem Jahresbudget entsprechen würde, von nur 10 Prozent der Metallarbeiter bezogen wird, so daß jedenfalls nach der Berechnung der „Nation" 90 Prozent in einer Lage leben, die sie, nach der Meinung der amerikanischen Statistiker, in die Gefahr der physischen und moralischen Ausartung bringt. Das bürgerliche Blatt sagt weiter, daß ein Viertel der Arbeiterklasse bereits aktueller Unterernährung und dem Kleidungsmangel ausgesetzt ist. Das war die Lage in Amerika, bevor die Krise begann. In dieser Situation ist es klar, daß die Taktik der Gewerkschaften, die Aufgaben des kommunistischen Kampfes nicht

in Reparaturen des kapitalistischen Gebäudes bestehen können, sondern in dem bewußten Hinarbeiten auf die Niederwerfung des Kapitals. Auf welchem Wege können wir diesen Kampf führen? Da trifft man in unserem „linken" Flügel häufig folgende Auffassung an: Da es unmöglich ist, die Lage der Arbeiterklasse durch Steigerung der Löhne zu verbessern, so ist es unnütz, darum zu kämpfen. Die ökonomischen Kämpfe sind nutzlos, man muß warten, bis sich der Groll so angehäuft hat, daß die Arbeiterklasse dann mit einem Schlage mit dem Kapitalismus fertig wird. Auf der anderen Seite finden wir die Propaganda der Sabotage (der Arbeit, der Industrie) als des Weges, der zu einem schnellen Zusammenbruch des Kapitals führen wird. Die eine Auffassung ist ebenso unrichtig wie die andere. Wenn die Arbeiterklasse auch nicht imstande ist, sich auf dem Wege der Erhöhung der Löhne zu retten, so darf sie doch aus stichhaltigen Gründen dem Lohnerhöhungskampf nicht gleichgültig gegenüberstehen. So unterliegt es keinem Zweifel, daß z. B. die Berliner Metallarbeiter, falls sie nicht imstande sind, ihre Löhne der Preissteigerung entsprechend zu erhöhen, im März schlechter stehen werden als im Januar. Wenn also die Erhöhung der Löhne auch kein Mittel ist, die Frage zu lösen, so ist sie doch ein Mittel, die Arbeiter zum Kampfe fähig zu erhalten. Ferner: Ein sofortiger Zusammenbruch des Kapitals ist ebenso wie der sofortige Einsturz eines Hauses, dem man die Pfeiler weggezogen hat, schon aus den Gründen der Mechanik undenkbar. Der Kapitalismus könnte auch bei der größten Not der Welt noch jahrelang bestehen, wenn sein Zerfall nicht entgegengesetzte Kräfte auslöste. Die Arbeiterklasse kann sich von der Rettungslosigkeit der kapitalistischen Situation nur dann überzeugen, wenn sie, durch Not getrieben, in den Kampf tritt und sich in diesem Kampfe überzeugt, daß sie sich auf dem Boden des Kapitalismus nicht retten kann. *Die Lohnkämpfe haben in ihrem momentanen Resultat die große Bedeutung, daß sie die großen Arbeitermassen zum revolutionären Kampfe mobilisieren.*

Auf der anderen Seite ist die Losung der Sabotage, soweit es sich um die Sabotage der technischen Mittel handelt, eine

direkt gegenrevolutionäre Losung. Wir werden so schon ein genügend kleines Erbe bekommen, da der Bürgerkrieg ohnehin eine Vernichtung der Produktionswerte und -mittel mit sich bringt. Daher ist es die Aufgabe der Arbeiterklasse, diese technischen Mittel nur angesichts der größten Notwendigkeit zu vernichten. Die Sabotage ist keine Losung im Kampf. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß es nicht unsere Pflicht ist, dem Arbeiter zu sagen, daß er sich für die Kapitalisten besonders anstrengen soll, doch ist die passive Resistenz kein Mittel, das zu einem Zusammenbruch des Kapitals führen könnte. Die Mittel des Kampfes der Arbeiterklasse sind aktive Mittel: die Ausbreitung der Kampffront durch die Heranziehung von Millionen kämpfender Arbeiter, die Verschärfung, die Verlängerung des Kampfes und die Einigung der kämpfenden Massen.

Das Problem besteht darin, daß die resultatlosen Kämpfe schließlich zu einem allgemeinen Angriff der Arbeitermassen auf den Kapitalismus führen werden. Es gibt kein neues Mittel in diesem Kampf. Wenn wir in den großen Massengebilden, den Gewerkschaften, die gegenrevolutionären Tendenzen der Bürokratie ausrotten, wenn wir sie absetzen, so sind diese Massenorganisationen des Proletariats die Organe, die am meisten befähigt sind, den Kampf des Proletariats in breiter Front zu führen.

Jetzt kommen wir zur Frage der praktischen Möglichkeiten der Umwandlung der reaktionären Gewerkschaften in Institutionen der Revolution. In unseren Leitsätzen, die wir dem Kongreß unterbreiten, geben wir als generelle Regel an die Kommunisten die Losung aus: Eintritt in die Gewerkschaften und Kampf in den großen Gewerkschaften um ihre Eroberung. Aber wenn wir diese generelle Regel geben, so sollen wir nicht die Augen verschließen vor den Schwierigkeiten, die uns besonders in den langen Beratungen unserer Kommission klar wurden. Die Schwierigkeiten bestehen darin, daß wir bei der Aufstellung der Leitsätze vielleicht zu sehr die russischen und die deutschen Erfahrungen im Auge hatten. Die deutschen Gewerkschaften mit ihren acht Millionen organisierten Arbeitern umfassen die große

Masse der deutschen Arbeiter, die gute Hälfte des deutschen Proletariats, und sie sind deshalb nicht mehr nur Organe der Arbeiteraristokratie. Wir haben in den Gewerkschaftsorganisationen über 600 000 landwirtschaftliche Arbeiter, und schon die Tatsache, daß die großen Massen den Gewerkschaften angehören, eröffnet die besten Perspektiven.

Wenn wir jedoch in Betracht ziehen, daß wir in Amerika nur vier Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter haben, wenn wir in Betracht ziehen, daß sie in Fachverbände zersplittert sind, so stehen wir in Amerika der Tatsache gegenüber, daß vorderhand die organisierte Arbeiterschaft die Arbeiteraristokratie darstellt, daß sie sich zweitens hermetisch abschließt von den großen Massen der Arbeiter, daß drittens diese Arbeiteraristokratie verstreut ist in einer großen Masse kleiner Organisationen alten Stils. Es gibt in Amerika und England Gewerkschaftsorganisationen, wo die Gewerkschaftsbürokratie auf Lebenszeit bestimmt wird. Daher müssen wir bei Aufrechterhaltung der allgemeinen Leitsätze die Kommunisten Amerikas und Englands dazu veranlassen, in allen großen Organisationen in Amerika die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Bildung neuer Gewerkschaften in Erwägung zu ziehen. Wir haben hierzu ein gutes Feld vor uns, nämlich die Berufe, wo die Arbeiteraristokratie freiwillig auf die führende Rolle als Organisator verzichtet, also die vielen Berufe der unqualifizierten, unentwickelten Arbeiter. Wenn wir in unseren Leitsätzen nur den einen Fall der Unterdrückung der Organisationsmitglieder durch die Gewerkschaftsbürokratie angaben, so müßten wir für Amerika den Kommunisten ausdrücklich sagen: Ihr habt die Pflicht, die Gründung neuer Organisationen auf euch zu nehmen. Wir haben dort in den I. W. W. eine Organisation, die an diese Aufgabe herangeht. Wohl ist sie die am meisten verfolgte Organisation, in deren Brust alle Speere des amerikanischen Kapitalismus stecken. Und so wollen wir uns denn nicht stoßen an der revolutionären Romantik der I. W. W., sondern wir sagen unseren Genossen, sie sollen diese Organisationen mit voller Kraft unterstützen, um die Massen zu organisieren. Eine Möglichkeit für eine einheitliche Taktik ist nur darin gegeben, daß

wir unsere Bemühungen um die Organisation der breiten unqualifizierten Arbeitermassen mit denen der I. W. W. in Einklang bringen. Im Interesse der englisch-amerikanischen Arbeiterbewegung darf es nicht zur Isolation der revolutionären Gewerkschaften kommen. Wir müssen durch die neuen Organisationen nicht nur den Kapitalismus stürmen, sondern wir müssen auch in die Federation of Labour gehen. Die amerikanischen Genossen antworten uns darauf, daß sie während Jahrzehnten versucht haben, die F. of L. umzugestalten; aber dieses Argument ist kaum überzeugend. Insoweit es sich um die F. of L. handelt, gingen die Leute immer mit dem guten Willen in die Gewerkschaften, sofort die Waffen zu ergreifen; aber da handelte es sich nicht nur um die revolutionären Elemente, und man darf auch nicht vergessen, daß alle diese Bemühungen unternommen wurden in der Epoche der friedlichen Entwicklung, wo der Arbeiter in England und Amerika gar nicht an die Revolution denken konnte. Jetzt befindet sich die F. of L. selbst in einem Umwandlungsprozeß. Ich habe dafür kompetente Zeugen, wie die Londoner „Times", die in der Jubiläumsnummer vom vorigen Jahr folgendes schreibt: „Während des Krieges und vermutlich als seine Folge wuchsen die Gewerkschaften gewaltig. Die Streiks wurden weit zahlreicher als in normalen Zeiten und die Unzufriedenheit mit Herrn Gompers wurde, wenn nicht formell und öffentlich, so doch wenigstens privatim laut kundgetan . . . Das Bestehen einer starken sozialistischen Gruppe in der Föderation hat sich schon während einer langen Periode gezeigt und fand seinen Ausdruck in wiederholten Anstrengungen, Gompers als Vorsitzenden abzusetzen. Ferner ist es die Meinung erfahrener Beobachter, daß diese Gruppe weit stärker ist, als es die Handlungen des Kongresses, seine Beschlüsse oder seine Wahlen des Vorsitzenden und der Exekutive zeigen würden. Weiter ereignete sich eine Reihe von Fällen, wo fähige und erfahrene Vorsitzende und Craft-Unions in Neuwahlen besiegt und ihre Plätze von Männern des extremen sozialistischen Typus ausgefüllt wurden . . ." Das wurde am 4. Juli v. J. geschrieben. Ich habe einen Bericht über den

letzten Kongreß der F. of L., der im Januar d. J. stattfand. In diesem Bericht, der im Organ von Sidney Webb, im „New Statesman", erschien, wird darüber gesprochen, daß in dem Kongreß jetzt mit 29 000 gegen 8000 Stimmen das Projekt nicht nur der Verstaatlichung der amerikanischen Eisenbahnen, sondern der Ueberweisung der Eisenbahnen unter die Leitung einer gemischten Kommission, ein Projekt von revolutionärer Bedeutung, angenommen wurde, ein Projekt, das, wenn auch an sich reformistisch, eine Bresche in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung darstellt. Der „New Statesman" schreibt über den Ausfall der Diskussion auf dem Kongreß folgendes: „Herr Gompers wurde für eine weitere Zeit zum Vorsitzenden gewählt. Zum ersten Mal in seiner Karriere drückte er den Wunsch aus, das Zepter niederzulegen. *Er fühlt, daß sein Thron wankt und daß seine Zeiten vorbei sind.* Die Radikalen reisten voll Jubel ab. Sie hatten ihren ersten großen entscheidenden Sieg in einer Konferenz der F. of L. errungen und, wie ein Delegierter sich ausdrückte, gezeigt, „wie man einen Rammblock in die Maschine dreht".

Ich will mich keinesfalls mit diesem optimistischen Urteil identifizieren. Es ist sehr gut möglich, daß die Entwicklung einen anderen Kurs nehmen wird, aber jedenfalls zeigen die Dinge, daß die F. of L. kein einheitlicher Block mehr ist. Es sind Risse in ihr, und es ist die Pflicht der amerikanischen Kommunisten, diese zu erweitern. Wenn mich die amerikanischen Kommunisten fragen, mit welchen Mitteln es möglich ist, die Bürokratie in der F. of L. umzugestalten oder sie unschädlich zu machen, so antworte ich: Wenn die Kommunisten von vornherein in die F. of L. gehen mit der Losung, sie zu zerstören, so werden sie ihre eigene Arbeit zerstören; wenn es sich jedoch als Resultat ihres Kampfes ergibt, daß es notwendig ist, die F. of L. zu zerstören, so sollen sie es tun. Aber kein taktisches Interesse erfordert, daß wir uns darauf versteifen, nicht in die F. of L. zu gehen. Die Aufgabe ist, *dort* zu arbeiten und zu wirken als der Faktor der Einigung der Kräfte, die von außen wirken, mit den Kräften der englischen und amerikanischen Ar-

beiter, die in der F. of L. organisiert sind und deren aristokratischer Hochmut gebrochen wird durch alle die Leiden, die der zusammenbrechende Kapitalismus auch in Amerika über sie bringen wird.

Als generelle Regel stellen wir also den Kampf um die Eroberung der Gewerkschaften auf. Die andere Frage, die an uns herantritt, ist die Frage über die spontanen Organisationen, die sich im Prozeß des Kampfes während des Krieges und jetzt zu bilden beginnen und die verschiedenen Ursprungs sind, die aber als Neuerscheinungen die größte Aufmerksamkeit unsererseits erfordern. Es sind Organisationen wie die Shop Stewards, die Factory Committees in England, die Betriebsräte in Deutschland, die in ihrem ersten Stadium, was ihre Zusammensetzung anbetrifft, ein Chaos darstellen, aber ein Chaos, aus dem ein neues Leben entsteht, und man muß der vernageltste deutsche Gewerkschaftler sein, um in dieser Bewegung nicht ein neues Leben zu sehen. Wir sahen, wie die Shop Stewards entstanden, als die englische Gewerkschaftsbürokratie im Kriege auf die Streikwaffe verzichtete. Die Arbeiter bildeten selbst die Komitees, die den Streik leiteten. Wir sehen weiter, wie nach dem Kriege diese Shop Committees zum Mittelpunkt des aktivsten Teils der englischen Arbeiterklasse wurden, der abermals ohne Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie an die Organisierung von Streiks herangeht, wie er sich jetzt die Aufgabe stellt, bewußt auf die Unschädlichmachung der Gewerkschaftsbürokratie hinzuarbeiten und sie zurückzudrängen, so daß die Shop Stewards auf diese Weise eine Organisation zur Erneuerung des englischen Gewerkschaftslebens sind. Je mehr sich der Kampf entwickelt und diese Bewegung eine bewußt revolutionäre wird, desto mehr sehen die Shop Stewards in sich auch die Leiter der politischen revolutionären Tätigkeit. Sie werden zum Mittelpunkt der direkten Aktion in England. Wenn wir nach Deutschland gehen, so sehen wir, daß die Entstehung der Betriebsräte zum großen Teil der Enttäuschung über die Gewerkschaften zuzuschreiben ist. Während neue unorganisierte Massen in die Gewerkschaften hineinströmen, sehen wir, wie der Stamm der Arbeiter, der nachdenkt, fühlt,

daß die Gewerkschaften nicht genügen, weil sie von einer gegenrevolutionären Bürokratie beherrscht werden, weil sie Fachorganisationen sind, weil sie die Massen zerschneiden, zersplittern. Vielfach führt diese Erkenntnis die Arbeiter dazu, sich von diesen Gewerkschaften völlig abzuwenden. Wir sehen, wie die Betriebsrätebewegung versucht, unter dem Joch des Kapitalismus, unter der Herrschaft Noskes die Grundlage der zukünftigen wirtschaftlichen sozialistischen Ordnung zu schaffen.

Jetzt stehen wir vor der prinzipiellen Frage der Beurteilung und der Bewertung der Möglichkeiten, die der Arbeit der Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern gegeben sind. Wir brauchen nicht besonders hervorzuheben, daß wir verpflichtet sind, jede aufkommende Fabrikorganisation des Proletariats, die den Zweck hat, die Allmacht der Gewerkschaftsbürokratie zu brechen, zu unterstützen, nicht nur in England, sondern auch in Deutschland und Frankreich und in allen anderen Ländern. Wenn wir in Deutschland die Frage des Verhältnisses der Betriebsräte zu den Gewerkschaften betrachten, und wenn wir sehen, daß nicht nur die Legien, sondern auch die rechten Unabhängigen, die Dißmann usw. diese Organisationen in den Gewerkschaftsapparat einzuschachteln suchen und das begründen mit der Oekonomie der Revolution — man müsse die Kämpfe einheitlicher leiten —, so kennen wir diese Pfiffikusse zu gut, um nicht ihre Absicht zu durchschauen. Würde die Sache so stehen, daß die Legien und die Dissmann die Leiter des revolutionären Kampfes des Proletariats werden, so würden wir den Betriebsräten sagen: Tretet ein in die Reihen! Aber so steht die Frage nicht. Die Legien sind die Leiter der deutschen Gegenrevolution, und wenn man sich die Praxis der rechten Unabhängigen betrachtet, wenn man die Politik Dißmanns im Metallarbeiterverband im Auge hat, so kann man nicht den geringsten Unterschied zwischen seiner Politik und der Politik der Legien gelten lassen. Unter diesen Umständen bedeutet das Bestreben, die Betriebsräte in den Gewerkschaftsapparat einzufügen, den Versuch der Zerstörung dieser revolutionären Organisationen, die im Moment des Kampfes als Organe der Revolution auftreten könnten. Was

das Bestreben anbetrifft — es gehört einer Uebergangsepoche an—, aus diesen Betriebsräten eine systematische Organisation zu bilden, die imstande wäre, den Uebergang zum Sozialismus zu erleichtern, so war dies eine Illusion, und ich glaube, daß das auch die Genossen einsehen müssen, die in diesem Sinne gearbeitet haben. Es ist unmöglich, unter der Fuchtel des Kapitalismus und des Belagerungszustandes eine Organisation aufzubauen, die imstande wäre, den Apparat der zukünftigen sozialistischen Wirtschaftsordnung darzustellen. Worum es sich handelt, ist, daß die Bewegung wächst, und zwar aus verschiedenen Gründen. Sie umfaßt die aktivsten Teile des Proletariats, sie kämpft gegen die Bleigewichte der Gewerkschaftsbürokratie, und sie wird, je weiter, desto mehr, die Organisationen des Kampfes und der Kontrolle der Produktion werden.

Wenn der Prozeß des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaftsweise weiterschreitet, wird nicht nur der bewußte, sondern auch der letzte Arbeiter in der Fabrik vor die Frage gestellt werden: Woher bekommt man Kohlen, Rohstoffe usw. Aus all diesen Kombinationen entsteht ein Kampf, der in den Betrieb hineinwächst und dessen Träger die Masse wird. Die Gewerkschaften allein können nicht diese Träger sein, sie umfassen nicht die ganze Masse der Arbeiter des Betriebes, sie sind noch Fachorganisationen. Hier ist eine revolutionäre Organisation notwendig, die als revolutionäre Kraft auftritt, die es sich bei einer solchen Frage zur Hauptaufgabe macht, die *Massen* in Bewegung zu setzen, sie in den Kampf zu führen. Wenn wir sagten, es sei die Aufgabe der Kommunisten, in den Gewerkschaften an der Spitze zu marschieren, sich nicht zu begnügen mit der kommunistischen Propaganda, sondern zu versuchen, der leitende Teil der Bewegung zu sein, so ist es in der Frage der Betriebsräte, der Shop Stewards selbstverständlich, daß die Initiative den Kommunisten zufällt. Wenn die Frage gestellt wird: Sind neben den Gewerkschaften neue Organisationen zu schaffen? wie soll ihr gegenseitiges Verhältnis sein? so antworten wir: solange die Gewerkschaften durch die Bürokratie beherrscht werden, sind diese neuen Organisationen unsere Stützpunkte gegen die Gewerk-

schaftsbürokratie; wenn aber die Kommunisten die Leiter der Bewegung geworden sind, dann ist die Zeit gekommen, die beiden Ströme zusammenfließen zu lassen und die Betriebsräte zu gewerkschaftlichen Organen zu machen.

Jeder Versuch jedoch, jetzt den Gewerkschaften die Räte auszuliefern, ist ein gegenrevolutionärer Versuch.

Es ist noch eine Frage, zu der wir Stellung nehmen müssen, und das ist die Frage des Industrialismus und der Industrieverbände. Wenn wir hören, wie die Frage des Industrialismus von verschiedenen Seiten propagiert wird, so glauben wir, es mit einem neuen Fetisch zu tun zu haben. Es wird behauptet, daß die Fachgewerkschaften nicht mehr der Revolution dienen können. Die Industrieverbände seien das Höchste und Vollkommenste. Das ist eine vollkommen methaphysische Stellungnahme. Es ist schon praktisch erwiesen, daß ein reaktionärer Industrialismus möglich ist. Wenn die Arbeiterschaft sich in Industrieverbänden organisiert, um mit den Kapitalisten ein Abkommen zu treffen, so liegt darin nichts Revolutionäres, während es andererseits möglich ist, daß gewerkschaftliche Organisationen, die noch zurückgebliebener sind als die Fachgewerkschaften, sich in revolutionärem Kampf vereinigen, wenn sie vom revolutionären Geist erfüllt sind. Die Ideologie dieser Industrieverbände läßt sich reell auf eine ganz einfache Tatsache zurückführen, nämlich, daß es besser ist, die Arbeiter nach Industrien zu organisieren und nicht nach Fächern. Unsere Stellung zu Industrieverbänden ist progressiv. Wir wollen sie unterstützen; aber wir dürfen uns daraus kein Schiboleth machen, denn sonst verhindern wir nicht die Zersplitterung, sondern wir schaffen neben 20 Fachgewerkschaften den 21. Industrieverband, der wieder einen hundertsten Teil der Masse einkapselt. Der Weg zu den Industrieverbänden soll durch unseren Kampf in den Gewerkschaften beschritten werden. Falls wir zur Spaltung der Gewerkschaften schreiten würden, um einen Verband zu gründen, so wäre das Resultat keineswegs das von uns gewünschte. Das sehen wir am Beispiel Amerikas, wo die Gewerkschaften, nachdem die Arbeiterindustrieverbände, die alle Arbeiter vereinigen sollten, entstanden waren,

genau so zersplittert blieben wie sie waren. Die Frage des Industrialismus steht im Zusammenhang mit der Frage des Syndikalismus, und wenn manche unserer Genossen immerfort davon sprechen, so sehe ich darin die Tendenz, eine Anlehnung an eine syndikalistische Bewegung zu suchen, die gegen den proletarischen Staat, gegen die Diktatur des Proletariats ist. Der Kampf gegen diese Richtung ist in den angelsächsischen Ländern, wo die Arbeiter niemals weder eine wirklich revolutionäre Partei gehabt, noch einen revolutionären Kampf gesehen haben, sehr schwierig. Man soll ihn ihnen nicht schwerer machen, indem man die syndikalistische Ideologie annimmt.

Die Stellung der Kommunistischen Internationale zu den syndikalistischen Strömungen ist durch den Beschluß des Kongresses bewiesen, der syndikalistische Organisationen zur Kommunistischen Internationale zuläßt. Dadurch hat die Kommunistische Internationale gezeigt, daß ihr der alte Geist der Sozialdemokratie vollkommen fremd ist. Weil wir im Syndikalismus eine Uebergangskrankheit der revolutionären Arbeiterbewegung sehen, suchen wir an die Syndikalisten heranzutreten, uns mit ihnen zu blockieren und Schulter an Schulter mit ihnen zu kämpfen, wenn es möglich ist. Aber gleichzeitig müssen wir ihnen alle Unklarheiten des Weges, wie sie ihn sehen, zeigen und uns in der gewerkschaftlichen Bewegung daran erinnern, daß die großen Massen der Arbeiter nicht im syndikalistischen Lager stehen. Damit müssen wir rechnen, und organisatorisch müssen unsere Bemühungen darauf gerichtet sein, an die Massen heranzukommen.

Wir kommen zum Ende. Die Aufgabe des Kommunismus den Gewerkschaften gegenüber ist gleichzeitig eine sehr schwierige und sehr undankbare. Hier in den Gewerkschaften sehen wir das Zusammenfließen von Millionen von Arbeitern, die von der Geschichte dazu berufen sind, der Haupttrupp der sozialen Revolution zu werden. Sie kommen mit allen ihren Vorurteilen, mit all ihrer Schwerfälligkeit, mit all den wechselnden Stimmungen. Trotzdem werden diese Massen die entscheidenden Kämpfe führen, und aus diesem Grunde ist es die

Aufgabe der Kommunisten, nicht nur die Legien an der Spitze zu sehen, ihre Aufgabe ist, die Massen selbst ins Auge zu fassen und so lange in den Gewerkschaften zu arbeiten, wie dies notwendig sein wird. Die Genossen sagen: Ja, hätten wir dazu Zeit, ein paar Jahre zu arbeiten, so würden wir die Organisationen erobern. — Niemand kann bestimmen, wie lange Zeit es in Anspruch nehmen wird, bis die soziale Revolution ihren siegreichen Fuß auf den Nacken des Kapitalismus setzt, und wenn es notwendig ist, die Massen für die Idee des Kommunismus zu erobern, so ist dazu nicht weniger Zeit notwendig, als zur Eroberung der Gewerkschaften. Es gibt nur eins: keine Schwierigkeiten zu scheuen, in die Organisationen zu gehen und den Kampf zu führen. Ich sage meinen deutschen Parteigenossen: Ihr habt bis heute nicht einmal ein gewerkschaftliches Wochenblatt gegründet, das systematisch den Kampf leiten könnte. Wo gibt es geschlossene Fraktionen der Kommunisten und der Unabhängigen in den Gewerkschaften? Wo ist der Versuch gemacht worden, die Organisationen der Gewerkschaftsbürokratie von unten her zu brechen? Wir stehen erst am Anfang unseres systematischen Kampfes, und wir haben kein Recht, über die geringen Resultate zu klagen. Soweit es sich um die Verhältnisse in den angelsächsischen Ländern handelt, müssen wir sagen: weniger Verzweiflung und mehr kommunistischer Optimismus werden euch ganz gewiß dienen.

Zum Schluß: Die U.-S.-P.-Presse vertrat gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie den Standpunkt, den wir jetzt einnehmen. Hier kommen wir zu der letzten Frage der gewerkschaftlichen Bewegung, die natürlich die Frage des Kommunismus ist. Zwischen uns und der Theorie und Praxis der U. S. P. in dieser Frage liegt nicht so sehr der Abgrund der Form, als der der Tat. Es handelt sich nicht allein darum, ob wir in die Gewerkschaften gehen oder nicht, sondern was wir in diesen Gewerkschaften tun werden. Der Eintritt der U. S. P. in die Gewerkschaften hat nur dazu geführt, daß anstelle Schlickes Dißmann gesetzt worden ist. Es handelt sich nicht darum, in die Gewerkschaften zu gehen, sondern auf die Gefahr der Spaltung hin, die wir nicht

fürchten, wenn sie im Kampf erfolgt, den Kampf gegen die alte Gewerkschaftsbürokratie und ihren Geist aufzunehmen. Wenn die U.-S.-P.-Leute sich mit dem Siege auf dem Kongreß der Metallarbeiter begnügen und sich sofort wieder das Bleigewicht der Proportion anhängen, indem sie die alte Bürokratie im Vorstand belassen, wenn sie als Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes praktisch an die Arbeitsgemeinschaft gebunden sind, wenn sie sich bei jedem Schritt immer wieder umschauen, so ist dies natürlich keine Eroberung der Gewerkschaften, sondern es bedeutet nichts anderes, als daß die Stelle der Legien die U. S. P. einnimmt und daß sie weiter eine Legien'sche Politik treibt. Wir sind dafür, in die Parlamente zu gehen; auch die Unabhängigen sind dafür. Wir gehen jedoch in die Parlamente, um dort revolutionäre Agitation und Propaganda zu treiben, um Zusammenstöße herbeizuführen. Wenn es gilt, werden wir sogar in die Kommissionen gehen, da wir dort am besten Material sammeln können. Die Unabhängigen hingegen handeln anders. Ich kann ein Beispiel geben. Während des Krieges war Genosse Haase in der Kommission für Auswärtiges; aber er hat sich gehütet, im Parlament die Geheimnisse dieser Kommission aufzudecken, selbst dann, wenn sie gegen das deutsche Volk gerichtet waren. Für ihn war das Behüten der Regierungsgeheimnisse sehr wichtig. Ich glaube, wenn unsere Genossen in die Kommissionen gehen werden, dann werden sie ihr Verhalten anders einrichten. Ebenso steht die Frage in den Gewerkschaften. Wir gehen in die Gewerkschaften, um dort die Bürokratie niederzuwerfen und, wenn nötig, die Gewerkschaften zu spalten. Wir gehen in die Gewerkschaften, um sie zu einem Kampfmittel zu machen. Das Resultat der Arbeit der U. S. P. während des ersten Jahres in den Gewerkschaften ist, daß sie die Betriebsräte, die revolutionären Organisationen des Proletariats, unter die Fuchtel der Gewerkschaftsbürokratie bringen wollen. Es handelt sich um den Unterschied des Geistes, um den Willen zur Tat und zum Kampfe, um den Willen, die Gewerkschaften zu einem Instrument der Revolution zu machen. Die kommunistische Partei

baut ihre Politik auf den Elementen auf, die von der bürgerlichen Gesellschaft übrig geblieben sind. Wir werden versuchen, die Gewerkschaften in Kampforganisationen umzubauen. Sollten sich die Widerstände der Bürokratie stärker zeigen als wir annehmen, so werden wir nicht fürchten, sie zu zertrümmern, denn wir wissen, daß das Wichtigste nicht die Form ist, sondern die Organisationsfähigkeit der Arbeiter und ihr Wille zur Organisation des revolutionären Kampfes. Wir gehen in die Gewerkschaften und werden sie mit allen Kräften zu erobern suchen, ohne uns an sie zu binden. Wir werden uns nicht niederknüppeln lassen von der Gewerkschaftsbürokratie, und wo sie im Kampfe versuchen wird, die Möglichkeit unseres revolutionären Kampfes zu schmälern, werden wir an der Spitze der Massen sie aus diesen Gewerkschaften hinausjagen. Wir gehen in die Gewerkschaften, nicht um sie zu bewahren, sondern um den Zusammenhalt der Arbeiterschaft zu schaffen, auf dem erst die großen Industrieverbände der sozialen Revolution gebildet werden können. Das Wichtigste ist, zwei Dinge zu vereinigen: mit den Massen zu sein und mit diesen Massen zu gehen, nicht aber hinter den Massen zurückzubleiben. Das ist die Linie der kommunistischen Politik in den Gewerkschaften. In den Räten sieht sie die spontane Organisation des Proletariats, und solange die Gewerkschaften versagen, solange die Gewerkschaftsbürokratie ein Wall gegen die Revolution ist, wollen wir die Selbständigkeit der Räte bewahren, ihnen helfen, um mit ihnen zusammen die Massen in den Kampf zu führen. Das ist es, was ich zu sagen hatte.

Jetzt noch ein paar formelle Dinge. Die Kommission, die von dem Kongreß gewählt wurde, hatte große Schwierigkeiten zu überwinden. Sie lagen eben darin, daß die Resolutionen zu eng gefaßt wurden. Unsere Leitsätze haben zu wenig die englisch-amerikanischen Verhältnisse berücksichtigt, und ich gebe zu, daß es mir lange Zeit schwierig war, herauszufinden, was die Genossen wollen. Wir sind dazu gekommen, einzusehen, daß zwischen unseren Standpunkten keine prinzipiellen Unterschiede vorliegen. Alle waren darüber einig, daß sie die Pflicht hätten, in den Gewerkschaften zu arbeiten. Ein einziger

amerikanischer Genosse hatte in seinen Leitsätzen den Vorschlag gemacht, daß die Kommunisten außerhalb der F. of L. bleiben sollten. Dann kam die Frage der Feststellung der Fälle, wo sie außerhalb der Gewerkschaften arbeiten müßten. Ein Fall war in unseren Leitsätzen schon eingereiht: falls nämlich die revolutionäre Agitation von der Gewerkschaftsbürokratie unterdrückt wird. Den zweiten Fall haben wir festgestellt, als wir fanden, daß in Amerika 80 Prozent der Arbeiterschaft unorganisiert sind, und daß die F. of L. bewußt auf die Organisation großer Massen verzichtet, indem sie sehr hohe Eintrittsbeiträge verlangt. Da ist es klar, daß die Kommunisten die Aufgabe haben, diese Massen zu organisieren. Die letzte Schwierigkeit, die wir in der Kommission nicht entscheiden konnten, besteht darin: die amerikanischen Genossen behaupten, daß eine ganze Reihe von Statuten der Gewerkschaften es ihnen unmöglich machte, in den Gewerkschaften zu arbeiten, daß dort die Bürokratie unabsetzbar ist, daß jahrelang keine Kongresse einberufen wurden usw. Wir nehmen theoretisch die Möglichkeit solcher Fälle an, aber ich habe den Genossen offen gesagt, daß ich bei ihnen eine Tendenz vermute, sich die Sache leicht zu machen und aus den Gewerkschaften zu flüchten. So übernehme ich denn keine Verantwortung für diesen Antrag. Die amerikanischen Genossen sollen diesen Fall hier spezifizieren. Liegen die Verhältnisse so, wie die Genossen berichten, dann können wir nicht abschlagen, daß sie in solchen Fällen Sondergewerkschaften bilden.

Die andere Frage betraf die Betriebsräte. Die Resolution zeigt die Betriebsräte in ihrer letzten Phase, wenn sie im Kampfe an die Aufgabe der Kontrolle der Produktion gehen. Dieser Passus macht den Eindruck einer Perspektive, die erst kommen wird. Daher sind wir übereingekommen, die vorhergehenden Phasen der Entwicklung der Betriebsräte ebenfalls in der Resolution zu berücksichtigen.

Der letzte Punkt bezieht sich auf die Frage der internationalen Organisation der Gewerkschaften. Wir haben zwei Fassungen. Die russische Gewerkschaftskommission gab eine

Fassung, in der sie zum Ausgangspunkt die Deklaration der Gewerkschaften von England, Italien, Rußland, Bulgarien nimmt, die einen Kongreß einberufen haben. Die russische Resolution weist darauf hin, daß die Gewerkschaften ein Teil der Kommunistischen Internationale werden müssen. Die amerikanischen Genossen wenden sich gegen den Aufruf der italienischen, russischen und englischen Gewerkschaften. Sie haben eine große Anzahl von Vorwürfen dagegen erhoben. Die Genossen werden diese Schwierigkeiten selbst hier vorbringen und wir überlassen es dem Kongreß, darüber zu entscheiden. Ich werde nicht die einzelnen Anträge vorlesen, aus dem einfachen Grunde nicht, da sie ohnehin erst in der Kommission redigiert werden müssen. Ich wiederhole darum nur: sie umfassen die Fälle, in denen besondere Organisationen zu bilden sind, also Fälle, wo die revolutionäre Organisation der Gewerkschaften unterdrückt wird. Dann besagen sie die Notwendigkeit der Unterstützung der Shop Stewards und der Betriebsräte als Kampforganisationen des Proletariats. Sie besagen weiter, daß die Organisationen selbständig bleiben müssen, solange die gegenrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie die Gewerkschaften beherrscht, und befassen sich schließlich mit der noch unentschiedenen Frage über die Gewerkschaftsinternationale.

FRAINA. Nach unseren Diskussionen in der Gewerkschaftskommission hat es sich erwiesen, daß wir über Erwarten einig sind. Die Streitfragen, die noch vorhanden sind, beziehen sich auf die Wichtigkeit der einzelnen Punkte und die Ausübung, nicht aber auf die Prinzipien.

Diese Unterschiede traten zuerst in der Deklaration über die Einberufung einer Konferenz zur Organisierung von revolutionären Arbeiterverbänden zutage. Einige der wesentlichsten Bestimmungen dieser Deklaration waren für uns völlig unannehmbar, z. B. die Verurteilung von Revolutionären, die aus den Gewerkschaften austraten, war in eine solche Form gefaßt, daß die Bildung einer neuen Arbeiterorganisation ausgeschlossen wäre, wodurch die amerikanische Bewegung lahmgelegt würde, denn in unserem Lande, wo 80 Prozent der Arbeiter nicht organisiert sind, und die Gewerkschaften von der Arbeiteraristo-

kratie beherrscht werden, muß unbedingt eine neue revolutionäre Arbeiterorganisation geschaffen werden. Ferner wird die Beteiligung einzelner abgesonderter industrieller Verbände an der Konferenz von der Bestimmung der zentralen Arbeiterorganisation des Landes abhängig gemacht. Mehr noch, wir finden dort keine Bestimmung über die Zulassung von je einem Vertreter der Organisationskomitees der Arbeiterinternationale der I. W. W. und der Shop Stewards, zweier Bewegungen, die für den revolutionären Massenkampf von außerordentlicher Bedeutung sind.

Unsere Einwendungen gegen die Leitsätze des Genossen Radek, von denen einige durch die Annahme mehrerer unserer Zusatzanträge erledigt sind, betreffen vor allem seine Auffassung des Verbandswesens. Radek behandelt das Problem ausschließlich von dem Standpunkt aus, daß die Massen in den Verbänden für den Kommunismus gewonnen werden müssen. Selbstverständlich muß dies die Hauptsache sein. Aber ebenso wichtig ist es, die Verbände als Organe für unsere Aufgabe des revolutionären Kampfes und als Faktoren des wirtschaftlichen Aufbaus der Gesellschaft nach der Eroberung der politischen Macht zu betrachten. Auch die Bedingungen, unter denen neue Arbeiterverbände gebildet werden können, sind von Radek allzu eng und künstlich aufgefaßt worden. Endlich könnte man aus den Leitsätzen Radeks den Schluß ziehen, daß wir die Aufgabe haben, die Gewerkschaftsbürokratie zu verhaften. Wir finden dort keine Andeutungen und Verfügungen über die Bildung besonderer Organisationen (z. B. Berufskomitees, Shop Stewards usw.), als Mittel für den Kampf gegen die Bürokratie und zur Mobilisierung der Massen für die Aktion.

In den Vereinigten Staaten wurden die revolutionären Ideen durch die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung verbreitet. Diese Ideen waren: die Notwendigkeit der außerparlamentarischen Aktion zwecks Eroberung der politischen Macht, die Notwendigkeit der Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschinerie und die Organisierung des proletarischen Staates nicht auf geographischer Grundlage, sondern auf der Grundlage der in-

dustriellen Betriebsorganisation. Diese Forderungen machten es uns leicht, die grundlegende Taktik der russischen Revolution zu verstehen. Zugleich waren wir aber genötigt, einen scharfen theoretischen Kampf gegen die Auffassung der I. W. W. zu führen, die der Meinung sind, daß die Bekämpfung des Kapitalismus nur durch die industriellen Verbände möglich ist ohne die Sowjets und die Diktatur des Proletariats. Die Kommunistische Partei Amerikas hat ein großes Werk getan, indem sie die alten revolutionären Auffassungen des industriellen Unionismus mit den neuen Auffassungen des Bolschewismus in Einklang brachte. Es ist ein notwendiger Teil unserer Arbeit, die revolutionären Funktionen der Arbeiterverbände sicherzustellen.

Die I. W. W. der Vereinigten Staaten sind eine wirklich revolutionäre Kraft gewesen, nicht darum, weil sie für die industriellen Verbände agitiert haben, auch nicht, weil sie versucht haben, die F. of L. zu boykottieren und zu zerstören — in beidem haben sie wenig Erfolg gehabt —, sondern die I. W. W. sind eine ungeheure Kraft gewesen, weil in ihnen das Erwachen des Klassenbewußtseins und der Tatkraft der unorganisierten und ungelernten Arbeiter zum Ausdruck kam, die von der F. of L. ausgeschlossen waren. Alle Bewegungen zur Bekämpfung der F. of L. durch Austritt aus den alten Verbänden hatten keinen Erfolg. In der Kriegszeit, als die alten Verbände mit der Regierung Kompagniegeschäfte machten, waren die Mitglieder der I. W. W. gezwungen, sich mit den alten Verbänden zu vereinen, und die Mitglieder der I. W. W. entwickelten durch ihre Agitation innerhalb dieser Verbände gewaltige revolutionäre Bewegungen. Durch die Erfahrungen in Amerika wird also die Notwendigkeit der Arbeit (in revolutionärem Sinne) innerhalb der alten Verbände betont; aber diese Erfahrungen bestätigen auch die Notwendigkeit, neue Verbände zu bilden (in Uebereinstimmung mit den objektiven Bedingungen), um die revolutionäre Arbeit in den alten Verbänden mit der Arbeit von außen her zu vereinen.

Ueber die Notwendigkeit der Arbeit in den Verbänden gibt es bei uns keine geteilten Meinungen. Darin stimmen wir alle

überein. Sollte die amerikanische kommunistische Bewegung die Arbeit in den alten Verbänden verwerfen und die Losung „Zerstörung der F. of L." annehmen, so würde dadurch die kommunistische Bewegung und nicht die alten reaktionären Arbeiterverbände vernichtet.

Unsere Einwendungen beziehen sich auf die Arbeitsmethoden und -zwecke in den alten Verbänden. Wir sind der Meinung, daß nicht die Verhaftung der Bürokratie betont werden muß, sondern die Befreiung der Massen, unabhängig von der Bürokratie vorzugehen. In den alten Verbänden ist die Bürokratie praktisch unerschütterlich; sie stützt sich auf die Massen und ist ein Hindernis für alle Aktionen. In den Vereinigten Staaten benutzt die Gewerkschaftsbürokratie außer konstitutionellen Mitteln, langfristigen Aemtern und parlamentarischen Tricks bewaffnete Soldaten, um den Widerstand in den Verbänden zu brechen. Ich führe das nicht als ein Argument gegen die Arbeit in den Verbänden an, sondern als ein Argument gegen den Gedanken, die Bürokratie zu verhaften. Wir müssen diese Bürokratie in den Verbänden bekämpfen; sie zu verhaften oder zu vernichten wird nur während der Revolution oder nach derselben möglich sein.

Die wirklich revolutionäre Tätigkeit in den Gewerkschaften verfolgt folgende wichtigen Zwecke:

1) Die Organisierung von kommunistischen Gruppen (die in jeder Arbeiterorganisation vorhanden sein müssen).

2) Die Bildung besonderer Verbandsorganisationen (Shop Stewards, Shop Committees etc.). Das sind nämlich die Arbeiterorganisationen innerhalb der Verbände, die die Forderungen des unmittelbaren wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter zum Ausdruck bringen und auch den Kampf gegen die Bürokratie und die Einschränkungen der Organisationsformen der Gewerkschaften aufnehmen. Wenn wir diese besonderen Verbandsorganisationen bilden, so soll das nicht heißen, daß die Arbeiter aus den alten Verbänden austreten sollen. Im Gegenteil: die Arbeiter verbleiben in den Verbänden, aber sie organisieren ihre Opposition auf eine andere Art. Diese besonderen Verbandsorganisationen

wirken innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, und wenn sie die Verbände in einer Krise nicht zur Aktion bewegen können, gehen diese besonderen Verbandsorganisationen unabhängig von diesen Verbänden und der Bürokratie vor. Sie sind die geeignetsten Organe zur Entfaltung einer revolutionären Tätigkeit und zur Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen den Kapitalismus. In England und in den Vereinigten Staaten sind diese besonderen Verbandsorganisationen aus der Praxis selbst hervorgewachsen, aus der Erfahrung der Arbeiter im Kampfe. Durch die Schaffung dieser besonderen Verbandsorganisationen sind die Kommunisten die Führer in dem unmittelbaren wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiterklasse geworden.

Wir fordern nicht den Austritt aus den alten Verbänden, sondern die Organisierung eines energischen entscheidenden Kampfes innerhalb der Verbände und gegen die Bürokratie.

Ebenso notwendig ist es, den Kampf außerhalb der alten Verbände weiterzuführen. Das wird durch die Organisierung von neuen unabhängigen Verbänden ermöglicht. Es ist durchaus notwendig, daß sich die Organisation solcher Verbände und solcher, die die Arbeit in den alten Verbänden fortsetzen, auf sachliche Bedingungen gründet und den Massenkampf selbst ausdrücken muß. Es ist aber ebenso notwendig, diese neuen Organisationen nicht zu fürchten. Es ist genau so schädlich, sich im allgemeinen Spaltungen und neuen Verbänden zu widersetzen, als auf Spaltungen und neuen Verbänden als theoretischen Forderungen zu bestehen. Eine Spaltung ist immerhin eine entscheidende Angriffshandlung, die mehr revolutionäre Agitation bedeutet, als jahrelange friedliche Gewohnheit in den Verbänden. Wenn wir aber die unabhängigen industriellen Verbände vereinigen, werden wir eine Kraft gewinnen, die außen und innen wirken wird und die, von den Kommunisten beinflußt und beherrscht, einen mächtigen Faktor zur Mobilisierung der Massen für die Aktion bilden wird. Wir leben in einer Epoche der Revolution, und unsere Grundaufgabe besteht darin, die Massen zur Aktion freizumachen. Wir können nicht von dem friedlich verlängerten Prozeß der Gefangennahme der Bürokratie abhängig sein.

Neben diesem Problem der besonderen Verbandsorganisationen steht das Problem der industriellen Verbände als Problem gegen die Zunftform der Gewerkschaftsvereinigungen. Dieses Problem hat eine dreifache Fassung:

1) Der industrielle Unionismus ist der Organisationsausdruck für die unorganisierten, unqualifizierten Arbeiter, die in den Vereinigten Staaten die Mehrheit des industriellen Proletariats bilden. Die Bildung neuer Verbände bedeutet gewöhnlich die Anpassung an den industriellen Unionismus. Der industrielle Unionismus ist die Grundlage für den revolutionären Unionismus.

2) Die Agitation für den industriellen Unionismus ist ein notwendiger Teil unserer Arbeit in den alten Verbänden. Diese Verbände, die sich meistenteils auf die alten Zünfte gründen, sind unter dem Druck der konzentrierten Industrie unfähig, die Arbeiter in den Verbänden wirklich zu vereinigen und den Angriffskampf fortzusetzen. Die Arbeiter in den alten Verbänden widersetzen sich den Einschränkungen der Zunftformen wie auch den Verfügungen der Gewerkschaften, und wir müssen sie veranlassen, die Organisationsform der industriellen Verbände — eine unausbleibliche Phase in unserem Kampfe für die Umbildung und Revolutionierung der alten Verbände — anzunehmen.

3) Nach der Eroberung der politischen Macht werden die Verbände zu Organen der Verwaltung der Industrie des proletarischen Staates werden. Zunftverbände sind dazu nicht imstande, und zwar ihrer Organisationsform wegen. Industrielle Verbände sind notwendig, wie dies die russischen Erfahrungen beweisen. Je größer die industriellen Verbände und das Verständnis für den industriellen Unionismus sind, umso leichter wird die Aufgabe des wirtschaftlichen Aufbaues nach der revolutionären Eroberung der Macht sein.

Das ist die von der amerikanischen Bewegung entwickelte und formulierte Auffassung des Unionismus, und wir sind überzeugt, daß dieser Unionismus eine unvermeidliche Phase der kommunistischen Taktik ist.

TANNER. Nach der Rede des Genossen Radek ist es ganz klar, daß es sich um keine prinzipiellen Unterschiede handeln

kann. Ich möchte das noch einmal betonen. Die Hauptsache ist, die Beziehungen zwischen den Kommunisten und den Shop Stewards und den neuentstehenden revolutionären Organisationen festzustellen. Man hat erwähnt, daß zwischen den Kommunisten und allen revolutionären Organisationen Beziehungen bestehen müssen. Während des Krieges, nachdem die Shop Stewards entstanden waren, haben manche behauptet, daß ihre Rolle mit dem Ende des Krieges ausgespielt sein werde. Das entspricht jedoch nicht der Wahrheit. Sie sind dazu berufen, auch jetzt eine revolutionäre Rolle zu spielen. Was das Ziel aller solcher Organisationen anbetrifft, so ist es eine ihrer schwersten Aufgaben, den schrecklichen Bürokratismus in den Gewerkschaften zu bekämpfen. Trotzdem dieses sehr schwer ist, muß man doch danach streben, in dieser Beziehung voranzukommen.

Wie stellen sich nun die Anhänger der Shop Stewards zu dieser hier aufgeworfenen Frage? Die Gewerkschaften sind nicht demokratisch aufgebaut, und doch sind wir weit davon entfernt, zu sagen, daß man ihnen unter keinen Umständen angehören darf. Genossen, Ihr seid für den Standpunkt, daß man sie verlassen muß. Aber Ihr versteht, daß diese Lage in jedem einzelnen Fall entschieden werden muß. Wir legen den Hauptwert auf den revolutionären Klassenkampf, der geführt werden muß auch gegen die Bürokratie der alten Gewerkschaften. Es ist davon gesprochen worden, daß wir unsere Stellung und Taktik der Sowjetbewegung gegenüber nochmals betonen möchten. Das Ziel unseres Kampfes ist, den Kapitalismus zu überwinden und das Lohnsystem auszurotten. In Anbetracht dessen, daß die Revolution nur von den Massenaktionen der Arbeiter verwirklicht werden kann, muß ich die Tatsache hervorheben, daß die Stellung der Shop Stewards zu den bereits vorhandenen Organisationen keine feindliche ist; man kann aber sagen, daß die Shop-Steward- und die Factory-Committee-Bewegung den Wunsch hat, die Gewerkschaften revolutionär umzugestalten und ihre Organisationsform zu verändern. Die Verwirklichung dieses revolutionären Zieles kann nur dann zustande kommen, wenn eine tüchtige Propaganda innerhalb der alten Gewerkschaften geführt wird,

und durch eine viel regere Beteiligung an der inneren Arbeit dieser Organisationen. Damit will ich sagen, daß die Shop Stewards keineswegs auf dem Standpunkt stehen, daß man absolut nicht in den Gewerkschaften arbeiten könne. Sie sträuben sich aber dagegen, sich an der roten Internationale der Gewerkschaft zu beteiligen. Die Stellungnahme, die in dem entsprechenden Aufruf zum Ausdruck kommt, ist für die Shop Stewards unannehmbar, da dort festgestellt wird, daß man die alten Gewerkschaften nicht verlassen dürfe. Unter dieser Bedingung können die Shop Stewards den Vorschlag nicht annehmen. Die Tatsache, daß man einen solchen Passus aufgenommen hat, beweist, daß man die Verhältnisse in den einzelnen Ländern nicht in Betracht gezogen hat. Ich bin der Ansicht, daß dieser Aufruf einer Kritik des Kongresses unterzogen und der Kommission übergeben werden soll. Die Genossen, die in der Kommission gearbeitet haben, haben bewiesen, daß sie den Standpunkt dieses Aufrufs nicht teilen.

(Schluß der Sitzung.)

Abendsitzung vom 3. August.

LABOR-ACHUNDE SALIMOW. Werte Genossen. Wir bevollmächtigten Vertreter von Chiwa begrüßen Euch im Namen der werktätigen armen Bevölkerung von Chiwa. Der gegenwärtige II. Kongreß der Kommunistischen Internationale ist das Symbol der Einigung der Werktätigen der ganzen Welt. Daher gratulieren wir Euch dazu, daß Ihr die Möglichkeit habt, Euch auf dieser großen Versammlung zu vereinigen, und wir rechnen es uns als besonderes Glück an, daß wir in dieser frohen Stunde hier anwesend sein können.

Genossen! Wir Werktätigen von Chiwa waren zur Zeit der Herrschaft der europäischen Kapitalisten durch das politische und wirtschaftliche Joch ihrer Zaren und Parlamente erdrückt, da sie kleine Völker wie das unsere in Ketten schmachten ließen und die Freiheit nur den Reichen gewährten.

Gegenwärtig haben wir Unterdrückten uns mit Hilfe der russischen Sowjetmacht aufgerichtet, uns von der schweren Hand der Bedrücker befreit und unser Land für eine unabhängige Sowjetrepublik erklärt.

Wir glauben aufrichtig, daß sich die Werktätigen der ganzen Welt mit Hilfe des Ostens, der dank der russischen Sowjetmacht vor kurzem erwacht ist, in nächster Zukunft von den Vergewaltigern und Kapitalisten befreien werden, und daß die Völker des Ostens die Waffe nicht aus den Händen lassen werden, bevor nicht die Werktätigen der ganzen Welt sich zu einer einzigen Familie vereinigt haben.

Es lebe die Einigkeit der Werktätigen der ganzen Welt!

Es lebe das europäische Proletariat und die Vorhut der Weltrevolution, die Kommunistische Partei!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die Weltsowjetrepublik!

Es lebe der Führer der Weltrevolution, Genosse Lenin, und Genosse Broido, der Befestiger der Revolution in Chiwa!

Es lebe die Kommunistische Partei Chiwas und die Sowjetrepublik Chiwa!

WALCHER. Genossen, der Referent hat heute früh auf die wichtige Tatsache hingewiesen, daß viele von uns bei Beginn der Revolution glaubten, die Gewerkschaften hätten in Zukunft keine Aufgaben mehr zu erfüllen. Er ist aber im Irrtum, wenn er glaubt, daß auch die Genossin Rosa Luxemburg zu denen gehörte, die diese Auffassung vertraten. Ich stelle hier fest, daß sie auf dem Gründungsparteitag sich ausdrücklich gegen diejenigen gewandt hat, die die ganze Frage mit der Parole „Heraus aus den Gewerkschaften" zu lösen beabsichtigten. Zur Sache selbst möchte ich sagen, daß ich dem Bericht des Genossen Radek und den Ausführungen der folgenden Redner, die erkennen ließen, daß in der Kommission prinzipiell eine Einigung über die strittigen Fragen erzielt worden ist, skeptisch gegenüberstehe. Es ist in der Kommission so manche Aeußerung gefallen, die erkennen läßt, daß die Genossen in Europa und Amerika den Kampf gegen die alte verknöcherte Gewerkschaftsbürokratie durch die Gründung neuer Gewerkschaften und durch den Austritt aus den alten zu führen gewillt sind. Manche Aeußerung, die dort gefallen ist, hat K.-A.-P.-D.-Geist geatmet und klang mir sehr vertraut.

Die Verhältnisse in England und Amerika sind gewiß sehr kompliziert; aber wenn die englischen Genossen in den Gewerkschaften bleiben und zugleich in der Shop-Steward-Bewegung arbeiten wollen, dann begreife ich nicht, warum sie sich vor vornherein so scharf und so nachdrücklich gegen die Leitsätze ausgesprochen haben.

Wir haben schon den Grundsatz ausgesprochen, daß die Kommunisten verpflichtet sind, in allen Organisationen kom-

munistische Zellen zu bilden und Propaganda zu treiben. Die englischen Genossen haben also nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, ungeachtet ihrer Tätigkeit in den Gewerkschaften in den Shop-Steward-Committees in unserem Sinne tätig zu sein. Wenn sie trotzdem die Leitsätze grundsätzlich bekämpfen, so scheint mir das zu beweisen, daß die englischen und amerikanischen Genossen der Gewerkschaftsfrage ebenso gefühlsmäßig gegenüberstehen wie der Frage des Parlamentarismus. Wir müssen uns meiner Meinung nach hüten, diese Frage gefühlsmäßig zu betrachten, erst recht in der Revolution. Wir dürfen als Marxisten nicht vergessen, daß die Gewerkschaften, so wie sie heute sind, nicht zufällig geworden sind, sondern wir sehen vor uns das Resultat einer jahrzehntelangen reformistischen Aera, die es mit sich brachte, daß die Gewerkschaften in steigendem Maße mit der kapitalistischen Gesellschaft verwachsen sind. Die objektive revolutionäre Situation, die wir heute vor uns haben, gibt uns die Möglichkeit, die alten Gewerkschaften zu revolutionieren. Wenn einige Genossen an dieser Möglichkeit zweifeln, so übersehen sie die grundsätzliche Aenderung in der objektiven Lage, die heute das zur Pflicht macht, was vor dem Kriege utopisch erscheinen mochte. Die Genossen meinen, das dauere zu lange, der Weg sei zu mühsam. Es sollte aber doch nachgerade jeder Genosse wissen, daß wir ohne die Millionen, die in den Gewerkschaften stehen, unsere Aufgabe nicht erfüllen können und diese mühevolle Arbeit in den Gewerkschaften unbedingt leisten müssen. Die Antrittsparole ist ein Versuch, unbequeme Hindernisse zu umgehen, womit sie aber leider nicht aus der Welt geschafft sind.

Ich verstehe nicht, wie jene, die sagen, die Massen seien reif, wir könnten die ganze Welt erobern, die Möglichkeit bestreiten, die gewerkschaftlichen Massen geistig zu erobern. Ich sage, dies ist möglich, es kann und muß von uns gemacht werden. Es wird uns dann weiter entgegengehalten: Ja, wir brauchen ja nicht die großen Massen, die Revolutionen sind stets das Werk kleiner Minderheiten. Ich glaube, die Genossen denken hierbei an eine Palastrevolution wie die in Portugal oder sonst wo. Eine Revolution, wie wir sie durchzuführen haben, kann nur das Werk der großen Massen sein.

Man wird sagen: Ja, die Massen sind reif; aber die Führer sind schuld. Aus dieser Auffassung resultiert die Annahme: es gilt, die Führer zu beseitigen, und alles ist gut. Die ganze Taktik der deutschen Unabhängigen in den Gewerkschaften ist darauf eingestellt, einzelne Führerposten durch ihre Anhänger zu besetzen. Damit vernachlässigt man die revolutionäre Tätigkeit in den Massen selbst. Die Wolffheim und Rühle wieder sagen: Auch wenn die Bürokratie beseitigt würde, werde an der Tatsache nichts geändert. Auch die englischen Genossen argumentieren in ihren Leitsätzen so.

Das ist ein merkwürdiger Widerspruch. Auf der einen Seite die Führer, die schuld sind, auf der anderen Seite ist es belanglos, ob die Führer da sind oder nicht. In Deutschland haben die Wolffheim-Rühle die Probe aufs Exempel gemacht. Es ist unsere Pflicht, eindringlich davor zu warnen, diesen Spuren zu folgen. Wir haben schwere Kämpfe gerade in dieser Frage gehabt, und die Spaltung in der K. P. D. hat ihre Ursache hauptsächlich in der Stellungnahme zur Gewerkschaftsfrage. Wir haben nicht einen, sondern hundert Belege dafür, daß die Gewerkschaftsbürokratie den Tag festlich begrüßen würde, an dem die Kommunisten aus ihren Reihen austreten würden. Ich habe persönlich lange um meine Mitgliedschaft im Metallarbeiterverband kämpfen müssen. Wir werden der Gewerkschaftsbürokratie den Gefallen nicht tun. Unsere Genossen wissen, daß dies ebenso wäre, als wenn man von einem Zuge die Lokomotive loskoppelt und allein mit ihr in der Welt herumfährt, den Zug selbst aber seinem Schicksal überläßt. Sehr mit Recht ist sowohl in den Leitsätzen, als auch in den Ausführungen von den Referenten darauf hingewiesen worden, daß wir in den Gewerkschaften nicht nur kommunistische Propaganda zu treiben haben, sondern alle Interessen des Proletariats wahrzunehmen und uns für alle Fragen energisch einzusetzen haben. Gerade in den Gewerkschaften — das hat mir meine eigene Erfahrung bewiesen — erobert der Kommunist das Vertrauen der Massen um so leichter, je selbstloser und energischer er sich zum Anwalt für alle Sorgen und Nöte seiner Kollegen macht.

Nun hätte ich noch gewünscht, daß das, was Genosse Radek über die Sabotage und passive Resistenz gesagt hat, in den Leitsätzen Aufnahme gefunden hätte. Nach den Erfahrungen, die wir mit der Sabotage als Kampfmittel in den gewerkschaftlichen Kämpfen gemacht haben, erscheint mir das sehr zweckmäßig. Es gibt selbstverständlich Situationen, in denen wir gezwungen sind, die Sabotage zur Anwendung zu bringen; aber im allgemeinen ist sie untauglich und vor ihrer Anwendung zu warnen.

Ich möchte noch ein Wort sagen über die Stellung der Betriebsräte. Die Leitsätze, die uns vorliegen, sagen ganz richtig, daß die Verteilung der Aufgaben zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften das Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung ist. Aber Genosse Radek hat gesagt, jeder Versuch, die Betriebsräte den Gewerkschaften auszuliefern, sei gegenrevolutionär. Prinzipiell erscheint mir dieser Satz richtig; aber bei der gegenwärtigen Situation, wie wir sie in Deutschland haben, ist es möglich, daß dieser Satz zu Mißverständnissen Veranlassung gibt. In Deutschland wird nämlich seit Monaten die Frage umstritten, ob die Betriebsräte als selbständige Organisationen zusammengefaßt oder ob sie den Gewerkschaften angegliedert werden sollen. Der Kampf wird geführt einerseits von der Gewerkschaftsbürokratie und andererseits von der Betriebsrätezentrale. Wir haben die linken Unabhängigen unterstützt mit ihrem Bestreben, die Betriebsräte als selbständige Organisationen zusammenzufassen; aber das Bemühen ist bis heute ohne Erfolg geblieben aus Gründen, auf die ich in diesem Kreise nicht eingehen will. Ich will nur sagen, daß es in diesem Kampfe der Fall ist und auch vorher der Fall war, daß die eine Hälfte der U. S. P. auf der einen Seite stand und die andere auf der anderen, daß sie sich gegenseitig aufgehoben haben und daß es praktisch dazu gekommen ist, daß die Gewerkschaften, gestützt auf den rechten Flügel der U. S. P. ihre Ansichten durchsetzen konnten. Jetzt kann der Kampf als abgeschlossen betrachtet werden, und wir müssen sagen, daß Legien als vorläufiger Sieger aus diesem Kampfe hervorgegangen ist, denn der Gewerkschaftsbund der alten deutschen Gewerkschaften hat einmütig seine Richtlinien angenommen, und es ist

bereits angekündigt, daß ein Reichskongreß der Betriebsräte in Bälde stattfinden soll. Unsere Genossen sind gewillt, sich daran zu beteiligen und von diesem Boden aus den Kampf gegen Legien weiterzuführen. Die Legien trachten danach, die Betriebsräte zu Organen der burgfriedlichen Arbeitsgemeinschaft zu machen; aber wir sind sicher, daß ihnen das nicht gelingen wird. Wir werden sie daran dadurch zu hindern suchen, daß wir unsere Genossen allerorts straff zusammenfassen, daß wir auch in den Betriebsräten unsere Genossen zu Fraktionen zusammenschließen. Und wenn sie sich dann zum Anwalt für alle Nöte machen, die sich für das Proletariat aus dem Zerfall der kapitalistischen Ordnung ergeben, dann sind wir gewiß, daß es uns gelingen wird, aus den Betriebsräten und Gewerkschaften Organe zu machen, die mit vollkommenem Bewußtsein ihre Stoßkraft gegen die kapitalistische Gesellschaft richten und die bewußt eintreten für den Kommunismus.

BOMBACCI. Ich möchte ein paar Worte darüber sagen, warum ich die Leitsätze des Genossen Radek nicht annehmen kann. Alles, was hier vorgetragen wird, entspricht weder der geschichtlichen Entwicklung der Gewerkschaften, noch dem historischen Moment überhaupt. Ich befürchte — und zwar möchte ich, daß man das Augenmerk auf Westeuropa richtet —, daß man in den Leitsätzen Radeks eine Gefahr darin erblickt, daß die Gewerkschaften die Partei ersetzen müßten. Ich betone, daß der Gedanke mir klar genug ist, um den Sinn der betreffenden Leitsätze nicht so aufzufassen, als sollte die Partei ohne weiteres durch die Gewerkschaften ersetzt werden. Aber die Tendenz ist eine solche. Ich bestreite absolut, daß die Gewerkschaften irgendwelche revolutionären Funktionen haben. Ich berufe mich auf das Beispiel Amerikas und Westeuropas. Gerade in Rußland, obwohl man dort eine gewerkschaftliche Bewegung hat, hat sie nicht eine revolutionäre Funktion erfüllt. Sie war eine Art Vermittler zwischen der Arbeiterschaft und der Bourgeoisie, und deshalb wäre es ein Fehler, den Gewerkschaften irgend eine revolutionäre Rolle zuzuschreiben, und um so weniger wäre es zuzulassen, daß man den Gewerkschaften die Möglichkeit gibt,

die Partei zu ersetzen. Ich möchte sagen, auch die Gewerkschaften stellen eine Tribüne für Propaganda dar. Im Parlament ist diese Propaganda darauf beschränkt, daß sie sich an eine gewisse Anzahl von Leuten wendet, während man sich in den Gewerkschaften an die gesamte Arbeiterklasse wendet. Es hat sich während des Krieges in Italien eine Tendenz entwickelt, die aus den Gewerkschaften eine neue Arbeiterpartei gründen will. Auch in Deutschland haben die Gewerkschaften während der Kapptage gesagt: Wenn man uns die Macht übergibt, werden wir diese Macht im Namen der Gewerkschaften ausüben. In allen diesen Erscheinungen sehe ich ein gefährliches Symptom. Auch in Italien ist die Rede davon, daß man eine Arbeiterpartei gründet. Das ist nicht die Aufgabe der Gewerkschaften. Man sollte nicht zulassen, daß die Gewerkschaften politische Funktionen ausüben. Die Gewerkschaften haben eine reformistische Tätigkeit ausgeübt, und sie sind revolutionären Aufgaben nicht gewachsen. Ich möchte die englischen und amerikanischen Genossen auf diese Gefahr aufmerksam machen. Ich berufe mich auf die italienischen Erfahrungen, wo man versucht hat, die verschiedenen Bewegungen zu vereinigen, wo aber dies nicht gelungen ist.

Was steht der kommunistischen Partei in den Gewerkschaften bevor? Das Beispiel in Italien zeigt, daß die einen Gewerkschaften syndikalistisch waren und die anderen reformistisch. Es handelt sich darum, in den Gewerkschaften vor allem die opportunistischen Führer durch kommunistische zu ersetzen, damit auch in den Gewerkschaften die Führung eine kommunistische sei. Den Gewerkschaften als solchen möchte ich keine politische Rolle zuschreiben.

LOSOWSKI. Genossen! Die Frage über die Gewerkschaften und ihre Bedeutung für die Revolution, die wir erleben, ist äußerst wichtig nicht nur für diesen Kongreß, sondern auch in dem Kampfe, der sich jetzt in allen Ländern abspielt.

Meiner Meinung nach befinden sich viele Genossen, die über die Gewerkschaftsbewegung geredet haben, in einem großen Irr-

tum, da sie die Gewerkschaftsbewegung von einem falschen Standpunkt aus betrachten.

So z. B. Genosse Bombacci, der soeben über die Gewerkschaftsbewegung gesprochen und behauptet hat, es sei absolut unmöglich, die Gewerkschaften z. B. in Italien für die kommunistische Bewegung zu gewinnen.

Andere Genossen, hauptsächlich die amerikanischen und die englischen, sind, nachdem sie die Gewerkschaftsbewegung in ihren Ländern geprüft haben, ebenfalls zu ganz pessimistischen Schlüssen gekommen. Sie erklären, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht für die soziale Revolution ausgenutzt werden kann.

Entsprechen diese Schlußfolgerungen der Wahrheit?

Wenn wir die Worte Gewerkschaft, Gewerkschaftsbewegung aussprechen, verstehen wir darunter die Gewerkschaften selbst oder die Sowjets? Haben wir nur die Führer im Auge, so ist es klar, daß nicht sie es sind, die das Material für die soziale Revolution bilden. Wenn wir aber von der Gewerkschaftsbewegung und den Gewerkschaften reden, wollen wir über die Masse sprechen, die sich in diesen Organisationen befindet. Und wenn die pessimistisch gesinnten Genossen uns erklären, daß es absolut unmöglich ist, die Gewerkschaften zu gewinnen, und wenn es andererseits wahr wäre, daß die Gewerkschaften in Frankreich, in Italien reformistische Gewerkschaften sind und immer bleiben werden, so müssen sie sich sagen, daß die soziale Revolution in diesen Ländern überhaupt unmöglich ist, da die moderne Gewerkschaft keine kleine Organisation ist, sondern eine Massenorganisation, die Millionen von Arbeitern umfaßt. Und wenn es wahr ist, daß wir diese Organisation nicht gewinnen können, müssen wir an der Weltrevolution verzweifeln.

Zugleich sagt uns Genosse Bombacci aber, daß die Revolution in Italien Fortschritte macht und daß ihre Verwirklichung die Frage nur einiger Wochen ist. Daraufhin frage ich ihn: Mit wem werdet Ihr Eure Revolution machen? Und wer wird sie machen? Was werden die Gewerkschaften in der Revolution anfangen?

Welche Rolle werden sie spielen? Der Genosse muß uns auf diese Fragen Antwort geben.

Jedenfalls darf nicht behauptet werden, daß man auf diese Organisationen nicht rechnen kann.

Wir wollen nicht die russischen Gewerkschaften, die kaum drei Jahre alt sind, als Beispiel anführen. Wir wurden in der Tat erst 1917 geboren. Wir sind noch ganz jung.

Wenn wir uns den alten kapitalistischen Ländern zuwenden, besonders Amerika oder Deutschland, wo die Gewerkschaften bereits seit langem bestehen, oder England, wo sie schon seit einem Jahrhundert vorhanden sind, sehen wir, daß im Laufe der letzten Jahre, der letzten Monate Millionen von Arbeitern in die Gewerkschaften eintreten und sie umgestalten.

Nicht die Führer kommen hier in Betracht. Diese müssen wir vertreiben. Es gilt, die Masse zu gewinnen.

Jede Taktik, die den Austritt der fortgeschrittensten Elemente des Proletariats aus den Gewerkschaften bezweckt, ist eine reaktionäre Taktik, die sich eingesteht: Wir sind so schwach, daß wir die Masse nicht gewinnen können.

Genossen, je schwerer die Aufgabe ist, um so größere Mühe muß man sich geben, sie durchzuführen. Man muß in die Gewerkschaften eintreten und sie erobern.

Wenn wir eine schön konstituierte Gewerkschaft haben, wie die Gewerkschaft der Metallarbeiter in Deutschland, sollen wir dann ihr zur Seite eine neue bilden? Wenn wir, wie in England, eine fest konstituierte Gewerkschaftsbewegung haben, müssen wir dann eine neue gründen?

Daraus ist klar zu ersehen, daß einige Genossen, die sich in ihren Reden als Revolutionäre zeigten, uns in Wirklichkeit eine reaktionäre Taktik vorschlagen, die verworfen werden muß.

Ein Kommunist, der die Situation versteht und der hofft und glaubt, daß die Arbeitermasse mit den Kommunisten Hand in Hand gehen wird, sagt: Tretet in die Gewerkschaften ein und gewinnt sie für unsere Sache! Das ist eine Hauptbedingung für die Eroberung der Macht und den Sturz des bürgerlichen Staates!

Hier setzt die Frage über die Betriebsräte ein, die sich in verschiedenen Ländern verschieden gestaltet. Ich habe einen deutschen Genossen gefragt: Wieviel Arbeiter habt ihr in diesen Betriebsräten in Deutschland organisiert? Er antwortete mir: Wir hatten 17 Millionen.

Man sprach auch über die Shop-Steward-Committees in England. Das sind nicht Fabrikkomitees wie in Rußland und nicht Betriebsräte wie in Deutschland. Es sind Gruppen von Arbeitern, die Gesinnungsgenossen sind, die sich vereinigt haben und Komitees bilden, die Shop-Steward-Committees genannt werden. Sie bilden kommunistische oder revolutionäre Fraktionen in den Betrieben.

Wenn man uns von den Shop-Steward-Committees spricht, antworten wir, daß es sich um eine ganz besondere Frage handelt, da ihre Lage nichts mit der Lage der Betriebsräte in Deutschland und der Fabrikkomitees in Rußland gemein hat.

Wir müssen uns über diese Frage verständigen. Wenn Ihr uns sagen wollt, daß man in den Gewerkschaften eine kommunistische oder Vortruppsfraktion bilden müßte, so tut es. Wenn Ihr aber Betriebsräte außerhalb der Gewerkschaft organisieren wollt, Komitees, die alle Arbeiter umfassen, antworten wir, daß Ihr Unrecht habt, sie außerhalb der Gewerkschaften zu bilden. Manche sagen: Die Gewerkschaften sind reaktionär, daher muß man eine Gegenorganisation außerhalb der Gewerkschaften bilden. Nein, diese Organisation muß *in* den Gewerkschaften selbst gebildet werden. Wenn Ihr Betriebsräte als außerhalb der Gewerkschaften stehende Organisationen bildet, werdet Ihr die gewerkschaftliche Arbeitermasse *gegen* Euch haben. Wenn Ihr aber in den Betrieben und Fabriken Betriebsräte organisiert, die dieselbe Arbeit verrichten wie die Gewerkschaften und die durch ihre Arbeit die Gewerkschaften umformen und aufrütteln, werdet Ihr endlich durch Eure Ausdauer, Eure Arbeit, Eure Propaganda die Gewerkschaften revolutionieren. Das ist ein Ergebnis, das nicht durch Reden, sondern durch die Tat erreicht werden kann. Und diese Tat muß durch die Sowjets, durch die Betriebsräte vollbracht werden. Nur von diesem Standpunkt aus

kann die Arbeit der Betriebsräte verstanden werden, nur so kann man verstehen, warum sie organisiert werden müssen.

Wir haben die Fabrikkomitees vor der Oktoberrevolution umgeschaffen. Nicht durch Propaganda in Worten, sondern durch die Tat werden wir die Gewerkschaften noch vor der sozialen Revolution umbilden, da die Gewerkschaften das Organ dieser Revolution werden müssen.

Wenn wir die Gewerkschaften nicht *vor* der entscheidenden Schlacht gewonnen haben, wenn wir die gewerkschaftliche Disziplin in allen Ländern für die soziale Revolution nicht ausnutzen können, werden wir geschlagen werden. Diese Gewerkschaften müssen noch vor der sozialen Revolution erobert werden, damit sie die Grundlage für die Diktatur des Proletariats bilden. Dies ist die Erfahrung, die man aus der russischen Revolution ziehen kann.

Noch einige Worte über die internationale Bewegung.

Wir haben mit einigen amerikanischen Genossen die Aussichten einer internationalen Gewerkschaftsorganisation besprochen. Sie sagten, daß die geschaffene Organisation nicht genügend revolutionär wäre.

Wir haben hier in Moskau die Grundlagen für eine neue Organisation geschaffen.

Sechs Tage und sechs Nächte lang haben wir mit den englischen Genossen diskutiert. Worin bestanden unsere Meinungsverschiedenheiten? Ich will es Euch sagen: Dieselben Genossen, die uns heute den Vorwurf machen, nicht genügend revolutionär zu sein, wollten den Punkt über die Diktatur des Proletariats nicht unterzeichnen. Sie sagten uns: man muß den Staat stürzen. Wir fragen Sie: welchen Staat? Sie sagen: Man muß den bürgerlichen Staat stürzen. Wir erklären Ihnen: Wir wollen eine Revolution, aber wir wollen keine Zweideutigkeiten.

Das sind die Meinungsverschiedenheiten, die die Shop-Steward-Committees und die I. W. W. verhindert haben, sich der Deklaration anzuschließen, die wir unterzeichnet haben. Ich wünsche, daß diese Deklaration im Protokoll des Kongresses

Aufnahme findet. Zwei Fragen dieser Deklaration sind von großer Wichtigkeit.

Diese Deklaration, die von den Delegierten von sieben Ländern unterzeichnet worden ist, enthält drei wichtige Abschnitte.

1. Wir schaffen jetzt eine Organisation, die gegen die Amsterdamer Internationale gerichtet ist.

2. Diese Organisation gründet sich auf die Diktatur des Proletariats, auf den gewaltsamen Sturz der bürgerlichen Gesellschaft.

3. Die Hauptelemente des Vortrupps dürfen nicht aus den Arbeitergewerkschaften austreten, sondern müssen dieselben erobern.

Diejenigen, die sich zu schwach fühlen, für die Eroberung der Gewerkschaften zu kämpfen, teilen diesen Standpunkt nicht. Wir aber glauben, daß die Arbeiterbewegung in allen Ländern mit Riesenschritten fortschreitet und die Arbeiter zur sozialen Revolution treibt. Es liegt an den Kommunisten, ihr möglichstes zu tun, um die Gewerkschaften (die heute noch opportunistisch gesinnt sind) zu erobern und die gewerkschaftliche Disziplin zum größten Heil der sozialen Revolution auszunutzen.

Ich habe nicht alles gesagt, was ich sagen wollte, aber es ist fast alles, was ich in der kurzen Zeit, die mir bewilligt worden ist, sagen konnte.

SINOWJEW. Das Präsidium schlägt vor, die Debatte zu schließen und zur Abstimmung überzugehen. Es sind noch 16 Redner eingetragen. Wir haben ein Referat und zwei Korreferate gehabt, die den Standpunkt genügend erläutert haben. Die Kommission hat sechs Sitzungen gehabt von je fünf Stunden, und die Frage ist auch in der Literatur genügend erläutert.

REED. Ich habe nichts einzuwenden dagegen, daß man die Liste schließt, aber wohl bin ich gegen Schluß der Diskussion. Man schließt die Diskussion absichtlich, um mit der englischen und der amerikanischen Delegation über diesen Punkt nicht zu diskutieren. In den Sitzungen der Kommission hat Genosse Radek darauf verzichtet, über die Gewerkschaftsfrage zu disku-

tieren, weil prinzipielle Gegensätze da wären, und heute hat er erklärt, es seien keine Gegensätze vorhanden. Das alles weist darauf hin, daß eine Diskussion notwendig ist, selbst wenn sie die ganze Nacht dauern sollte; denn die Sache ist eigentlich hier gar nicht diskutiert worden.

RADEK. Die Rede von Reed zeichnet sich nicht durch ein Uebermaß von Scheu vor Wahrheitsentstellung aus. Die ganze Darstellung der Sachlage in der Kommission ist eine objektive Unwahrheit. In der Kommission hatten wir folgende Lage: in zwei Sitzungen haben wir durch keinerlei Massage einen Gedanken aus dem Genossen Reed herauskriegen können. Schließlich brachte dann Genosse Reed mit seinen Genossen Leitsätze vor. In diesen Leitsätzen wurde als prinzipieller Standpunkt entwickelt, daß die Organisationen der Gewerkschaften niedergerissen werden müssen. Er hat den prinzipiellen Standpunkt der Zertrümmerung der Gewerkschaften verteidigt. Daraufhin habe ich erklärt, es sei ein prinzipieller Gegensatz zwischen seinen und unseren Leitsätzen. Eine Diskussion Punkt für Punkt erschien infolgedessen nicht zweckmäßig. Die Genossen Murphy und Fraina waren auch in der Kommission anwesend. Aus ihren Ausführungen konnte man einen sachlichen Inhalt heraushören, den man aus den Reden von Reed nicht herausbekommen konnte. Gestern hatten wir eine Sitzung in dieser Frage. Die amerikanischen und englischen Delegierten waren der Meinung, daß wir ein Uebereinkommen getroffen haben, daß kein prinzipieller Gegensatz besteht. Der Standpunkt von Reed wurde fallen gelassen. Reed hat persönlich keinen einzigen Antrag vorgebracht. Trotzdem der andere Standpunkt nicht vorlag hatten heute die englischen und amerikanischen Genossen zwei Korreferenten. Und wenn Reed danach die Stirn hat, zu sagen, daß man die Diskussion abbricht, daß man das große Licht von John Reed fürchtet, so ist das eine Schamlosigkeit. Er hat Zeit, bis morgen früh zu diskutieren. Andere Leute haben keine Zeit dazu.

MACHLPINE. Ich bitte, daß die Diskussion nicht geschlossen wird, sondern nur die Rednerliste. Das, was Radek in

zwei Stunden gesprochen hat, hat man in einer Uebersetzung von 20 Minuten wiedergegeben. Es berührt sehr seltsam, daß man hier in Rußland so ökonomisch mit der Zeit umgeht. Ich bitte dringend, daß man noch sechs oder sieben Stunden zur Diskussion verwendet und daß man den englischsprechenden Genossen die Möglichkeit gibt, sich auszusprechen.

GALLACHER. Radek soll hier seinen Mann stellen. Auch in der Kommission hat er eine schlechte Uebersetzung gegeben. Man wollte uns nicht Zeit genug geben, über die Leitsätze zu diskutieren. Und wir englischsprechenden Genossen haben den Eindruck, daß man die Leitsätze hier einfach durchpeitschen will. Wir bitten daher, man möchte eine Diskussion eröffnen und dem Genossen Reed Gelegenheit geben, seinen Standpunkt darzulegen.

SINOWJEW. Wir haben sechs Sitzungen der Kommission gehabt. Wir haben heute den ganzen Tag Diskussionen im Plenum gehabt, und da sagt man uns: Sie wollen uns den Mund schließen, sie wollen nicht ihren Mann stellen usw. Man diskutiert aber nicht bis zum Umfallen. Sieben Redner haben gesprochen. Drei Redner waren von der englisch-amerikanischen Gruppe, drei Redner waren Anhänger der Leitsätze von Radek, der siebente Redner war Bombacci, der eine Position eingenommen hat, die der englischen ziemlich nahe steht. Die Diskussion war ganz richtig verteilt. Die englischsprechenden Genossen haben die Hälfte oder noch mehr der Redner gehabt. Darum glaube ich, daß, wenn unsere englischen Freunde hier solche heißen Reden halten, sie im Unrecht sind. Nachdem wir hier soviel diskutiert haben, erklären sie jetzt, daß wir ihnen gegenüber eine Illoyalität begehen. Es ist unerhört ihrerseits, einen solchen Standpunkt einzunehmen, nachdem man ihnen so entgegengekommen ist. Ich schlage vor, zu beschließen, daß man die Diskussion beendet.

TANNER. Ich bestehe darauf, daß man uns das Wort gibt und die Rednerliste jetzt nicht schließt. In der Kommission hat man uns versprochen, daß man die Frage eingehend besprechen würde, da es doch eine der wichtigsten Fragen ist. Die Leit-

sätze, die Anträge, die vorliegenden Vorschläge waren nicht übersetzt, und die Mitglieder der Kommission hatten kaum die Möglichkeit, davon Kenntnis zu nehmen. Man hat zweieinhalb Tage dazu gebraucht, die Frage der Aufnahme der französischen Sozialisten und der U. S. P. zu diskutieren. Und darum müßte man doch diese Frage, die mehr Wert hat, ausführlicher behandeln.

RADEK. Ich habe noch niemals gehört, daß eine Gruppe ihre eigenen Referenten desavouiert. Die englisch-amerikanische Gruppe hat zwei Referenten aufgestellt. Nachdem sie gesprochen haben, kommt Tanner und sagt, ihre Argumente seien nicht entwickelt worden. Glaubt Reed, daß man seine Gedanken zwei Tage lang entwickeln muß? Es handelt sich hier nicht um lange Diskussionen. Reed ist doch nicht eine selbständige politische Partei und eine selbständige Richtung. Die Richtung, die er vertritt, wurde vertreten durch die englisch-amerikanischen Referenten. Wenn sie Reed nicht als Korreferenten aufgestellt haben, so haben sie bewiesen, daß sie in ihm nicht den Vertreter einer selbständigen Richtung sehen. Sie hatten die Möglichkeit, ihren Standpunkt hier auseinanderzusetzen. Fraina und Tanner waren es, die im Namen der Gruppen gesprochen haben. Wenn hier behauptet wird, es sei nicht wahr, daß Reed den Austritt aus den Gewerkschaften gefordert habe, so habe ich hier die Leitsätze, die er vorgelegt hat.

Es heißt darin:

„Der Gewerkschaftsapparat muß ebenso zerstört werden, wie wir den bürgerlichen Staat zerstören müssen."

Ich verstehe nicht, was von den Gewerkschaften übrig bleibt, nachdem der Gewerkschaftsapparat zerstört wird. Außerdem ist zu bedenken, daß wir heute in der Sitzung keine endgültigen Beschlüsse fassen werden. Ich werde kein Schlußwort halten. Die Sache kehrt zurück in die Kommission, denn die Verlängerung der Diskussion ist noch keine Erledigung der Geschichte.

SINOWJEW. Niemand hat sich zum Wort gemeldet. Man wird jetzt abstimmen. Wer für den Vorschlag des Büros ist, die

Diskussion abzubrechen und über die Leitsätze abzustimmen, der hebe die Hand. Wer für Schluß der Debatte ist, den bitte ich, die Hand mit roter Karte zu erheben. 50 sind dafür und 25 dagegen. Die Diskussion ist geschlossen. *(Reed will eine Erklärung abgeben.)* Wir kommen zur Abstimmung der Leitsätze. Wenn verschiedene Gruppen Deklarationen zur Abstimmung abgeben wollen, so gebe ich ihnen das Wort für zwei Minuten.

REED. Im Namen der amerikanischen Delegierten möchte ich erklären, daß wir es ablehnen, über diese Leitsätze abzustimmen.

TANNER. Im Namen der englischen Delegationen erkläre ich: Wenn das Büro die Sache nicht für so wichtig hält, lehnen wir es ab, uns sowohl an der Kommission als auch an der Abstimmung über die Leitsätze zu beteiligen.

SERRATI. Ich erkläre, daß ich für die Leitsätze des Genossen Radek stimmen werde. Ich hatte keine Anträge gestellt, aber ich denke, daß dieselben im Leben unserer Organisation notwendig sein werden. Wir werden auf dem nächsten Kongreß sehen, was für Anträge wir machen werden. In derselben Weise kann man die Frage der amerikanischen Delegation organisieren. Ich stimme zwar nicht völlig mit dem Gedanken des Genossen Radek überein; denn ich glaube, daß es nicht möglich ist, die Direktiven der A. F. of L. zu ändern. Es ist eine enge Organisation, die sich seit 25 Jahren nicht geändert hat und immer reaktionärer wird. Es ist unmöglich dagegen anzukämpfen. Ich werde jedoch für die Leitsätze stimmen, weil sie den Richtlinien unserer Partei entsprechen. Und wir haben sie immer unterstützt mit Ausnahme der Frage der Organisation der Roten Gewerkschaftsinternationale. Diese Organisation dürfte nicht von der Kommunistischen Internationale abhängig sein, sondern sie müßte etwas Unabhängiges, freundschaftlich Nebenhergehendes darstellen.

RADEK. Ich glaube, daß hier ein Mißverständnis besteht. Genosse Serrati hat nicht gewußt, daß es sich um die endgültige Abstimmung handelt, sondern hat geglaubt, daß es sich darum handelt, die Anträge in die Kommission zurückzusenden, wie das

in allen anderen Fragen getan worden ist und wie ich angekündigt habe.

WIJNKOOP. Ich habe verstanden, als Radek sprach, daß er die Absicht hatte, zu sagen, wir würden über diese Anträge und nicht über seine Leitsätze abstimmen. Es tut mir leid, daß jetzt, nachdem Genosse Radek die Sache in der Weise eingeleitet hat, die weitere Entwicklung unmöglich ist und die Diskussion in einer solchen Weise abgebrochen wird. Ich habe die Debatte so verstanden, daß Genosse Radek selbst vorgeschlagen hat, nicht jetzt über seine Leitsätze abzustimmen. Falls er gesagt hätte, daß man über die Leitsätze nur als Basis abstimmen werde, so bestünde kein Unterschied gegenüber dem Vorgang, der bei den anderen Leitsätzen beobachtet wurde. Ich meinte aber, daß er hier einen Unterschied machen wollte. Ich glaube, daß einige andere Mitglieder es ebenso verstanden haben, als sie für Schluß der Diskussion stimmten, daß um sechs Uhr hier eine Kommissionssitzung stattfinden würde, bei welcher Gelegenheit die Diskussion, die jetzt verweigert wird, fortgesetzt werden würde. Da aber ohne Diskussion abgestimmt werden soll, meine ich, daß wir nicht in der Lage sind, unsere Stimme über eine solche Sache abzugeben.

PESTAGNA. Ich protestiere gegen die falsche Art, die Debatte zu führen. Man übersetzt uns nichts ins Französische. Die Gewerkschaftsfrage ist von größter Bedeutung, ja, sie ist die wichtigste Frage des Kongresses. Infolgedessen will ich nicht abstimmen.

SINOWJEW. Es handelt sich um die Abstimmung der Leitsätze als Basis. Die Frage geht in die Kommission zurück und wird dort noch behandelt werden. Ich möchte noch bemerken, daß man mit Drohungen des Verlassens des Kongresses sparsam sein soll, erstens, weil niemand Drohungen fürchtet, und zweitens, weil das auf einem kommunistischen Kongreß nicht angeht.

MARING. Genossen, ich glaube, daß diese Sache geregelt werden kann. Auch mit der Kolonialfrage ist es so gegangen. Die Sache ist wieder der Kommission übergeben worden. Wenn da nicht völlige Einigkeit erzielt worden wäre, so hätte die Kom-

mission vor den Kongreß zurückkommen müssen. Also, wenn jetzt die Gewerkschaftskommission nicht völlig zur Einigkeit kommt — und ich sehe bis jetzt diese Möglichkeit nicht — dann kommt die Frage von der Kommission aus wieder vor den Kongreß. Wenn es so geht, kann ich mich mit der vorgeschlagenen Ordnung einverstanden erklären.

SINOWJEW. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die vom Genossen Radek vorgetragenen Leitsätze als Basis stimmt und dafür, daß die Anträge in die Kommission zurückkommen, dort noch einmal besprochen werden, und falls keine Einstimmigkeit erzielt wird, hier nochmals vorgetragen werden, erhebe die Hand. *(Abstimmung.)* Der Vorschlag ist mit 64 Stimmen bei 13 Enthaltungen angenommen. Das Büro hat noch folgenden Vorschlag zu machen: Wir müssen einen genauen Text aller unserer Resolutionen haben. Wir haben vier große Gruppen, und wir ersuchen die betreffenden Gruppen, je einen verantwortlichen Genossen zu wählen, die dann alle Texte vorzunehmen, zu prüfen und den endgültigen Text in den vier Sprachen herzustellen haben. Morgen um 11 Uhr ist Plenarsitzung zur Behandlung der Agrarfrage, morgen nachmittag zur Organisationsfrage.

(Schluß der Sitzung.)

Leitsätze über die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die Kommunistische Internationale.

I.

1. Die von der Arbeiterklasse in der Periode der friedlichen Entwicklung des Kapitalismus geschaffenen Gewerkschaften waren Organisationen der Arbeiter zum Kampf um die Erhöhung des Preises der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt und für die Verbesserung der Bedingungen ihrer Verwendung. Die revolutionären Marxisten waren bestrebt, sie mit der politischen Partei des Proletariats, der Sozialdemokratie, zu gemeinsamem Kampf für den Sozialismus in Verbindung zu bringen. Aus denselben Gründen, denen zufolge die internationale Sozialdemokratie sich mit geringen Ausnahmen nicht als Werkzeug des revolutionären

Kampfes des Proletariats zum Sturz des Kapitalismus, sondern als eine Organisation erwies, die das Proletariat im Interesse der Bourgeoisie von der Revolution zurückhält, erwiesen sich die Gewerkschaften während des Krieges in den meisten Fällen als Teil des Kriegsapparats der Bourgeoisie und halfen dieser, aus der Arbeiterklasse möglichst viel Schweiß auszupressen, zwecks möglichst energischer Kriegsführung für die Interessen des kapitalistischen Gewinns. Die Gewerkschaften, die hauptsächlich qualifizierte, von den Unternehmern am besten bezahlte Arbeiter umfaßten, die, durch ihre gewerkschaftliche Engherzigkeit beschränkt, durch den von den Massen losgelösten bürokratischen Apparat gebunden, durch ihre opportunistischen Führer irregeleitet wurden, haben nicht nur die Sache der sozialen Revolution, sondern sogar die Sache des Kampfes um die Verbesserung der Lebensbedingungen der von ihnen organisierten Arbeiter verraten. Sie sind vom Standpunkt des gewerkschaftlichen Kampfes gegen die Unternehmer abgegangen und haben ihn durch ein Programm der friedlichen Abmachungen mit den Kapitalisten um jeden Preis ersetzt. Eine solche Politik haben nicht nur die liberalen Verbände in England und Amerika, nicht nur die angeblich „sozialistischen" freien Gewerkschaften in Deutschland und Oesterreich, sondern auch die syndikalistischen Verbände in Frankreich geführt.

2. Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die volle Desorganisierung der Weltwirtschaft, die wahnsinnige Teuerung, die ausgedehnte Anwendung der Frauen- und Jugendarbeit, die Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse — alles dies treibt die breitesten Massen des Proletariats auf den Weg des Kampfes gegen den Kapitalismus. Dieser Kampf ist der Ausdehnung und dem Charakter nach, den er mit jedem Tage immer mehr annimmt, ein revolutionärer Kampf, der die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung objektiv zerstört. Die heute von dieser oder jener Arbeiterkategorie durch wirtschaftlichen Kampf erzielte Erhöhung des Arbeitslohns ist morgen schon durch die Teuerung überholt. Die Teuerung muß steigen, weil die kapitalistische Klasse der siegreichen Länder, während sie durch ihre Ausbeu-

tungspolitik Mittel- und Osteuropa zerstört, nicht nur nicht imstande ist, die Weltwirtschaft neu zu organisieren, sondern sie unermüdlich desorganisiert. Um im wirtschaftlichen Kampf Erfolg zu haben, strömen die breitesten Arbeitermassen, die bisher außerhalb der Gewerkschaften standen, in ihre Reihen. In allen kapitalistischen Ländern ist ein riesiges Anwachsen der Gewerkschaften zu verzeichnen, die jetzt nicht mehr eine Organisation allein des vorgeschrittenen Teils des Proletariats, sondern seiner Hauptmassen sind. Indem sie in die Gewerkschaften hineinströmen, suchen diese Massen sie zu ihrer Kampfwaffe zu machen. Die sich verschärfenden Klassengegensätze nötigen die Gewerkschaften zur Leitung der Streiks, die in breiter Welle durch die ganze kapitalistische Welt fluten und den Prozeß der kapitalistischen Produktion und des Austausches ständig unterbrechen. Indem sie mit der wachsenden Teuerung und ihrer eigenen Erschöpfung ihre Forderungen erhöhen, vernichten die Arbeitermassen die Grundlage für jegliche kapitalistische Kalkulation — diese elementare Voraussetzung für jede geordnete Wirtschaft. Die Gewerkschaften, die während des Krieges zu Organen für die Beeinflussung der Arbeitermassen im Interesse der Bourgeoisie geworden waren, werden jetzt zu Organen der Zerstörung des Kapitalismus.

3. Diese Aenderung des Charakters der Gewerkschaften wird von der alten Gewerkschaftsbürokratie und durch die alten Organisationsformen der Gewerkschaften auf jede Weise behindert. Die alte Gewerkschaftsbürokratie sucht vielerorts die Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiteraristokratie aufrechtzuerhalten: sie behält die Vorschriften bei, die den schlechtentlohnten Arbeitermassen den Zutritt zu den Gewerkschaftsorganisationen unmöglich machen. Die alte Gewerkschaftsbürokratie versucht auch jetzt noch, den Streikkampf der Arbeiter, der mit jedem Tage immer mehr den Charakter eines revolutionären Ringens des Proletariats mit der Bourgeoisie annimmt, durch eine Politik der Uebereinkunft mit den Kapitalisten, eine Politik langfristiger Verträge, die schon in Anbetracht der ununterbrochenen wahnsinnigen Preissprünge jeden Sinn verloren haben, zu er-

setzen. Sie sucht den Arbeitern die Politik der Arbeitsgemeinschaften, der Joint Industry Conseils aufzudrängen und mit Hilfe des kapitalistischen Staates die Führung des Streiks gesetzlich zu erschweren. In den angespanntesten Augenblicken des Kampfes sät diese Bürokratie Zwietracht in die kämpfenden Massen der Arbeiter, hindert sie den Zusammenschluß des Kampfes verschiedener Arbeiterkategorien zu einem allgemeinen Klassenkampf. Bei diesen Versuchen wird sie von der alten Organisationsform der Gewerkschaften nach Berufen unterstützt, die die Arbeiter eines Industriezweiges in gesonderte Berufsgruppen trennt, obgleich der Prozeß der kapitalistischen Ausbeutung sie zusammenschließt. Sie stützt sich auf die Macht der Ueberlieferung der Ideologie der alten Arbeiteraristokratie, obgleich diese beständig durch den Prozeß der Aufhebung der Privilegien einzelner Gruppen des Proletariats infolge des allgemeinen Zerfalls des Kapitalismus, der Nivellierung der Lage der Arbeiterklasse, der Verallgemeinerung ihrer Not und Unsicherheit geschwächt wird.

Auf diese Weise teilt die Gewerkschaftsbürokratie den mächtigen Strom der Arbeiterbewegung in schwache Rinnsale, vertauscht die allgemeinen revolutionären Ziele der Bewegung gegen reformistische Teilforderungen und hemmt im allgemeinen die Ausgestaltung des Kampfes des Proletariats zu einem Revolutionskampfe für die Vernichtung des Kapitalismus.

4. In Anbetracht des Hineinströmens gewaltiger Arbeitermassen in die Gewerkschaften, in Anbetracht des objektiven revolutionären Charakters des wirtschaftlichen Kampfes, den diese Massen im Gegensatz zur Gewerkschaftsbürokratie führen, müssen die Kommunisten in allen Ländern in die Gewerkschaften eintreten, um aus ihnen bewußte Kampforgane zum Sturze des Kapitalismus und für den Kommunismus zu machen. Sie müssen die Initiative zur Bildung von Gewerkschaften ergreifen, wo solche nicht existieren.

Jedes freiwillige Fernbleiben von der Gewerkschaftsbewegung, jeder künstliche Versuch der Schaffung von besonderen Gewerkschaften, ohne dazu entweder durch außergewöhnliche

Vergewaltigungsakte seitens der Gewerkschaftsbürokratie (Auflösung einzelner revolutionärer Ortsgruppen der Gewerkschaften durch die opportunistischen Zentralen) oder durch ihre engherzige aristokratische Politik, die den großen Massen der wenig qualifizierten Arbeiter den Eintritt in die Organisationen versperrt, genötigt zu werden, stellt eine riesige Gefahr für die kommunistische Bewegung dar. Er droht die vorgeschrittensten, die klassenbewußtesten Arbeiter von den Massen zu trennen, die sich auf dem Wege zum Kommunismus befinden, und diese Massen an die opportunistischen Führer auszuliefern, die der Bourgeoisie in die Hände arbeiten. Die Halbheit der Arbeitermassen, ihre geistige Unentschlossenheit, ihre Zugänglichkeit für die Scheingründe der opportunistischen Führer kann nur im Prozeß des sich verschärfenden Kampfes überwunden werden, in dem Maße, in dem die breitesten Schichten des Proletariats durch ihre Erfahrung, durch ihre Siege und Niederlagen begreifen lernen, daß auf der Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftssystems menschliche Lebensbedingungen unmöglich mehr erreicht werden können, in dem Maße, in dem die vorgeschrittenen kommunistischen Arbeiter es lernen werden, im Wirtschaftskampf nicht nur Verkünder der Ideen des Kommunismus zu sein, sondern die entschlossensten Führer des Wirtschaftskampfes und der Gewerkschaften zu werden. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die opportunistischen Führer aus den Gewerkschaften zu entfernen. Nur auf diese Weise können die Kommunisten an die Spitze der Gewerkschaftsbewegung treten und sie zu einem Organ des revolutionären Kampfes für den Kommunismus machen. Nur auf diese Weise werden sie die Zersplitterung der Gewerkschaften beheben und sie durch Industrieverbände ersetzen, die von den Massen losgelöste Bürokratie beseitigen und sie durch einen Apparat von Betriebsvertretern ersetzen können, wobei den Zentralen nur die allernotwendigsten Funktionen vorbehalten bleiben.

5. Da die Kommunisten Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisation höher stellen als die Form, dürfen sie in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der Gewerk-

schaftsorganisationen zurückschrecken, wenn der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften, mit dem Verzicht auf den Versuch, aus diesen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen, und mit dem Verzicht auf die Organisation der am meisten ausgebeuteten Teile des Proletariats. Aber selbst wenn sich eine solche Spaltung als notwendig erweisen sollte, darf sie nur dann durchgeführt werden, wenn es den Kommunisten gelingt, durch unausgesetzten Kampf gegen die opportunistischen Führer und ihre Taktik, durch lebhafteste Anteilnahme am wirtschaftlichen Kampf die breiten Arbeitermassen davon zu überzeugen, daß die Spaltung nicht wegen der ihnen noch unverständlichen fernen Revolutionsziele, sondern wegen der konkreten nächsten Interessen der Arbeiterklasse an der Entwicklung ihres Wirtschaftskampfes vorgenommen wird. Die Kommunisten müssen im Fall der Notwendigkeit einer Spaltung ununterbrochen aufmerksam prüfen, ob die Spaltung nicht zu ihrer Isolierung von der Arbeitermasse führen wird.

6. Wo die Spaltung zwischen der opportunistischen und der revolutionären Gewerkschaftsführung schon früher erfolgt ist, wo, wie in Amerika, neben den opportunistischen Gewerkschaften Verbände mit revolutionären, wenn auch nicht kommunistischen Tendenzen bestehen, dort sind die Kommunisten verpflichtet, diese revolutionären Gewerkschaften zu unterstützen, ihnen zu helfen, sich von syndikalistischen Vorurteilen freizumachen, sich auf den Boden des Kommunismus zu stellen, der allein als verläßlicher Kompaß in den Wirrnissen des Wirtschaftskampfes dienen kann. Wo sich im Rahmen der Gewerkschaften oder außerhalb derselben in den Betrieben Organisationen bilden, wie die Shop Stewards, die Betriebsräte, die sich den Kampf gegen die konterrevolutionären Tendenzen der Gewerkschaftsbürokratie, die Unterstützung der spontanen direkten Aktionen des Proletariats zum Zweck setzen, dort haben die Kommunisten selbstverständlich mit voller Energie diese Organisationen zu unterstützen. Aber die Unterstützung der revolutionären Gewerkschaften darf nicht den Austritt der

Kommunisten aus den opportunistischen Gewerkschaften bedeuten, die sich im Zustande der Gärung befinden und auf den Boden des Klassenkampfes übergehen. Im Gegenteil, indem die Kommunisten diese Entwicklung der Massengewerkschaften, die sich auf dem Wege zum Revolutionskampf befinden, zu beschleunigen suchen, werden sie die Rolle eines Elements spielen können, das die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter geistig und organisatorisch zum gemeinsamen Kampf für die Vernichtung des Kapitalismus vereinigt.

7. Der wirtschaftliche Kampf des Proletariats verwandelt sich in der Epoche des Zerfalls des Kapitalismus viel schneller in einen politischen Kampf, als dies im Zeitalter der friedlichen Entwicklung des Kapitals geschehen konnte. Jeder große wirtschaftliche Zusammenstoß kann die Arbeiter unmittelbar vor die Frage der Revolution stellen. Es ist daher Pflicht der Kommunisten, in allen Phasen des Wirtschaftskampfes die Arbeiter darauf hinzuweisen, daß dieser Kampf nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Arbeiterklasse im offenen Ringen die Klasse der Kapitalisten besiegt und auf dem Wege der Diktatur das Werk des sozialistischen Aufbaus in Angriff nimmt. Hiervon ausgehend, müssen die Kommunisten bestrebt sein, nach Möglichkeit eine volle Einheit zwischen den Gewerkschaften und der kommunistischen Partei herzustellen, die Gewerkschaften der tatsächlichen Leitung durch die Partei als Vortrupp der Arbeiterrevolution unterzuordnen. Zu diesem Zweck müssen die Kommunisten überall in den Gewerkschaften und Betriebsräten kommunistische Fraktionen bilden und mit deren Hilfe sich der Gewerkschaftsbewegung bemächtigen und sie leiten.

II.

1. Der Wirtschaftskampf des Proletariats für die Erhöhung des Arbeitslohns und die allgemeine Besserung der Lebensbedingungen der Arbeitermasse gerät täglich mehr und mehr in eine Sackgasse. Die wirtschaftliche Zerrüttung, die in immer ausgedehnterem Maße ein Land nach dem anderen ergreift, zeigt sogar den zurückgebliebenen Arbeitern, daß es nicht genügt, für die Erhöhung des Arbeitslohns und für die Verkürzung

des Arbeitstages zu kämpfen, daß die Klasse der Kapitalisten mit jedem Tage weniger imstande ist, das Wirtschaftsleben wieder herzustellen und den Arbeitern auch nur die Lebensbedingungen zu sichern, die sie ihnen vor dem Kriege gab. Aus dieser wachsenden Erkenntnis der Arbeitermassen entspringt ihr Bestreben, Organisationen zu schaffen, die den Kampf zur Rettung der Wirtschaft durch die Arbeiterkontrolle der Betriebsräte über die Produktion aufnehmen können. Das Streben nach der Schaffung von Betriebsräten, das die Arbeiter verschiedener Länder mit jedem Tage mehr erfaßt, nimmt seinen Ausgangspunkt von den mannigfaltigsten Ursachen (Kampf gegen die konterrevolutionäre Bürokratie, Entmutigung nach gewerkschaftlichen Niederlagen, Bestrebung zur Schaffung einer alle Arbeiter umfassenden Organisation); aber es mündet schließlich in den Kampf um die Kontrolle der Industrie, die besondere historische Aufgabe der Betriebsräte. Es ist daher ein Fehler, Betriebsräte nur aus solchen Arbeitern organisieren zu wollen, die schon auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen. Im Gegenteil, Aufgabe der kommunistischen Partei ist es, auf Grund der wirtschaftlichen Zerrüttung *alle* Arbeiter zu organisieren und sie zum Kampf für die Diktatur des Proletariats zu rüsten, und zwar durch Erweiterung und Vertiefung des ihnen allen verständlichen Kampfes für die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion.

2. Diese Aufgabe wird die kommunistische Partei lösen können, wenn sie beim Kampf der Betriebsräte in den Massen die Erkenntnis vertieft, daß die planmäßige Wiederherstellung der Wirtschaft auf der Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft, die eine neue Unterjochung der Arbeiter durch den Staat zugunsten der kapitalistischen Klasse bedeuten würde, jetzt unmöglich ist. Eine den Interessen der Arbeitermassen entsprechende Organisierung der Wirtschaft ist nur dann möglich, wenn der Staat sich in den Händen der Arbeiterklasse befinden wird, wenn die feste Hand der Arbeiterdiktatur an die Beseitigung des Kapitalismus und an den sozialistischen Neuaufbau gehen wird.

3. Der Kampf der Betriebsräte gegen den Kapitalismus hat als nächstes allgemeines Ziel die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion. Die Arbeiter jedes Unternehmens, jedes Industriezweiges leiden unabhängig von ihrem Beruf unter der Sabotage der Produktion durch die Kapitalisten, die es häufig für vorteilhafter halten, auf die Fortsetzung der Produktion zu verzichten, um die Arbeiter durch Hunger zu zwingen, auf die drückendsten Arbeitsbedingungen einzugehen, oder um nicht neue Kapitaleinlagen in die Produktion zur Zeit der allgemeinen Teuerung vorzunehmen. Der Schutz gegen diese Sabotage der Produktion durch die Kapitalisten verknüpft die Arbeiter, unabhängig von ihren politischen Ueberzeugungen, und daher sind die von allen Arbeitern des betreffenden Unternehmens gewählten Betriebsräte die allerbreitesten Massenorganisationen des Proletariats. Aber die Desorganisierung der kapitalistischen Wirtschaft ist ein Ergebnis nicht nur des bewußten Willens der Kapitalisten, sondern in weit höherem Grade ein Ergebnis des unaufhaltsamen Zerfalls des Kapitalismus. Daher werden die Betriebsräte in ihrem Kampf gegen die Folgen dieses Zerfalls über die Grenzen der Kontrolle des einzelnen Betriebes hinausgehen müssen. Die Betriebsräte der einzelnen Betriebe werden bald vor der Frage einer Arbeiterkontrolle über ganze Industriezweige und über deren Gesamtheit stehen. Da aber auf den Versuch der Arbeiter, die Versorgung der Fabriken mit Rohstoffen, die Finanzoperationen der Fabrikunternehmer zu kontrollieren, die Bourgeoisie und die kapitalistischen Regierungen mit den energischsten Maßregeln gegen die Arbeiterklasse antworten werden, so führt der Kampf um die Arbeiterkontrolle über die Produktion zum Kampf um die Besitzergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse.

4. Die Agitation für die Betriebsräte muß so geführt werden, daß im Bewußtsein der breitesten Volksmassen, auch wenn sie nicht direkt zum Fabrikproletariat gehören, die Ueberzeugung Wurzel faßt, daß die Schuld an der Zerrüttung bei der Bourgeoisie liegt, während das Proletariat, indem es die Parole der Arbeiterkontrolle über die Industrie ausgibt, für die Organi-

sierung der Produktion, für die Beseitigung der Spekulation, der Desorganisierung und der Teuerung kämpft. Es ist Aufgabe der kommunistischen Parteien, für die Kontrolle der Produktion zu kämpfen, auf Grund der brennendsten Tagesfragen, auf Grund des Heizstoffmangels, auf Grund des Verfalls des Transportwesens, durch Verknüpfung der vereinzelten Teile des Proletariats untereinander und durch Hinüberziehen breiter Kreise des Kleinbürgertums auf ihre Seite, — des Kleinbürgertums, das mit jedem Tage mehr proletarisiert wird und unter dem wirtschaftlichen Zerfall tatsächlich unerhört leidet.

5. Die Betriebsräte können die Gewerkschaften nicht ersetzen. Nur im Prozeß des Kampfes können jene sich über den Rahmen einzelner Betriebe und Werkstätten hinaus nach Produktionszweigen vereinigen und einen allgemeinen Apparat zur Leitung des ganzen Kampfes schaffen. Die Gewerkschaften sind schon jetzt zentralisierte Kampforgane, obgleich sie nicht so große Arbeitermassen umfassen, wie die Betriebsräte dies tun können, die eine allen Arbeitern des Unternehmens zugängliche lose Organisation sind. Die Verteilung der Aufgaben unter die Betriebsräte und die Gewerkschaften ist ein Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung der sozialen Revolution. Die Gewerkschaften organisieren die Arbeitermassen für den Kampf auf Grund der Forderungen auf Lohnerhöhung und Verkürzung des Arbeitstages im gesamten Staat. Die Betriebskomitees organisieren sich für die Arbeiterkontrolle über die Produktion, für den Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung; sie umfassen alle Arbeiter der Unternehmungen; aber ihr Kampf kann nur allmählich einen gesamtstaatlichen Charakter annehmen. Nur in dem Maße, wie die Gewerkschaften die konterrevolutionären Tendenzen ihrer Bürokratie überwinden, wie sie bewußt zu Organen der Revolution werden, haben die Kommunisten das Bestreben, die Betriebsräte zu Betriebsgruppen der Gewerkschaften zu machen, zu unterstützen.

6. Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, sowohl die Gewerkschaften als auch die Betriebsräte mit dem gleichen Geist entschlossenen Kampfes, mit Erkenntnis und Verständnis für die

besten Methoden dieses Kampfes, d. h. mit dem Geist des Kommunismus, zu erfüllen. Indem sie diese Aufgabe ausführen, müssen die Kommunisten die Betriebsräte und die Gewerkschaften tatsächlich der Leitung der kommunistischen Partei unterordnen und auf diese Weise ein Massenorgan der Proletarier schaffen, die Basis für eine mächtige zentralisierte Partei des Proletariats, die alle Organisationen des proletarischen Kampfes umfaßt, sie alle den gleichen Weg führt, zum Sieg der Arbeiterklasse durch die Diktatur des Proletariats, zum Kommunismus.

7. Indem die Kommunisten aus den Gewerkschaften und den Betriebsräten mächtige Waffen der Revolution bilden, bereiten sie diese Massenorganisationen zu der großen Aufgabe, die ihnen nach der Aufrichtung der proletarischen Diktatur zufallen wird, zu der Aufgabe eines Hauptelements der Neuorganisation des Wirtschaftslebens auf sozialistischer Basis, vor. Die Gewerkschaften, als Industrieverbände ausgebaut, auf die Betriebsräte als ihre Fabrikorganisationen sich stützend, werden dann die Arbeitermassen mit ihren Produktionsaufgaben bekannt machen und die erfahrensten Arbeiter zu Leitern der Betriebe ausbilden. Sie werden die technischen Spezialisten unter Kontrolle nehmen und zusammen mit den Vertretern der Arbeitermacht die Pläne der sozialistischen Wirtschaftspolitik entwerfen und durchführen.

III.

Die Gewerkschaften strebten schon zur Friedenszeit nach internationaler Vereinigung, denn die Kapitalisten griffen bei Streiks zur Heranziehung von Arbeitern aus anderen Ländern als Streikbrecher. Aber die Internationale der Gewerkschaften war vor dem Kriege nur von untergeordneter Bedeutung. Sie strebte die finanzielle Unterstützung einer Gewerkschaft durch die andere, die Organisierung einer sozialen Statistik an, nicht aber die Organisierung des gemeinsamen Kampfes, denn die von Opportunisten geleiteten Gewerkschaften suchten jeden revolutionären Kampf von internationalem Umfang zu vermeiden. Die opportunistischen Führer der Gewerkschaften, die während des Krieges, jeder in seinem Lande, Lakaien der Bourgeoisie waren,

streben nun die Wiederherstellung der Gewerkschaftsinternationale an und versuchen, aus ihr eine Waffe für den unmittelbaren Kampf des internationalen Weltkapitals gegen das Proletariat zu machen. Unter der Führung von Legien, Jouhaux, Gompers bilden sie ein „Arbeitsbüro" beim Völkerbund, dieser Organisation des internationalen kapitalistischen Räuberwesens. Sie suchen in allen Ländern die Streikbewegung durch Gesetze zu erdrosseln, die Arbeiter zu verpflichten, sich den Schiedsgerichten der Vertreter des kapitalistischen Staates zu unterwerfen. Sie suchen überall durch Abkommen mit den Kapitalisten Konzessionen für die qualifizierten Arbeiter durchzusetzen, um auf diese Weise die wachsende Einheit der Arbeiterklasse zu zertrümmern.

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist somit ein Stellvertreter der bankrotten Brüsseler Zweiten Internationale. Die kommunistischen Arbeiter, die den Gewerkschaften aller Länder angehören, müssen im Gegenteil danach streben, eine internationale Kampffront der Gewerkschaften zu schaffen. Es handelt sich jetzt nicht um finanzielle Unterstützung im Streikfall, sondern darum, daß im Augenblick der Gefahr, die die Arbeiterklasse eines Landes bedroht, die Gewerkschaften der anderen Länder als Organisationen der breitesten Massen zu ihrem Schutz beitragen und es unmöglich machen, daß die Bourgeoisie ihres Landes der Bourgeoisie eines anderen Landes, die sich im Kampf mit der Arbeiterklasse befindet, Hilfe leistet. Der wirtschaftliche Kampf des Proletariats in allen Ländern wird mit jedem Tage immer mehr zum Revolutionskampf. Daher müssen die Gewerkschaften bewußt alle Kraft zur Unterstützung jedes Revolutionskampfes aufwenden, sowohl im eigenen Lande, als auch in anderen Ländern. Zu diesem Zweck müssen sie nicht nur in jedem Lande die größtmöglichste Zentralisierung ihres Kampfes anstreben, sondern sie müssen das in internationalem Maßstabe tun, indem sie in die Kommunistische Internationale eintreten, sich mit ihr zu einer Armee vereinigen, deren verschiedene Teile bei gegenseitiger Unterstützung gemeinsam den Kampf führen.

Zehnte Sitzung
des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale am 4. August 1920.

SINOWJEW. Die Sitzung ist eröffnet. Zu einer Mitteilung hat Genossin Balabanowa das Wort.

BALABANOWA. Genossen, leider befinden wir uns in der höchst traurigen Lage, Euch eine ebenso für Euch wie für uns betrübliche Nachricht mitteilen zu müssen. Vorgestern, als eine unserer besten und tätigsten Genossinnen, die Genossin Augusta Aasen, die aus Norwegen gekommen ist und die schon seit zwanzig Jahren in der Bewegung tätig ist, den Flugplatz besuchte, um sich unsere Rote Flugflotte anzusehen, ist ein Unglück geschehen, dem sie zum Opfer gefallen ist. Wir brauchen Euch nicht zu sagen, wie schrecklich und wie tief wir diesen großen Verlust empfinden. Wir bitten Euch, das Andenken der Verstorbenen durch Aufstehen zu ehren. *(Die Versammlung erhebt sich von den Sitzen.)* Ich danke Euch. Wir bitten alle Genossen, die Versicherung mit nach Hause zu nehmen, daß das russische Proletariat die verstorbene Genossin nicht vergessen wird, und wenn ihr Tod auch nur einem unglücklichen Zufall zuzuschreiben ist, so steht es doch so, daß sie im Kampf für das Proletariat und aus Liebe zur Kommunistischen Internationale hierher gekommen und gestorben ist.

SINOWJEW. Das Büro schlägt Euch vor, im Namen des Kongresses unserer Bruderpartei in Norwegen unser tiefstes Beileid auszudrücken. Wir schreiten jetzt zur Tagesordnung. Es wird die Agrarfrage behandelt. Der Berichterstatter, Genosse Ernst Meyer, hat das Wort.

MEYER. Genossinnen und Genossen! Da der eigentliche Referent dieser Frage, Genosse Marchlewski, im Zusammenhang mit den erfreulichen Fortschritten der Roten Armee verhindert ist, zu sprechen, so muß ich Euch an seiner Stelle ein Ersatzreferat halten, das kurz die Leitsätze des Genossen Lenin und die Arbeiten der Kommission zusammenfassen wird.

Durch die soziale Revolution in Ost- und Mitteleuropa ist die Agrarfrage auf die Tagesordnung gesetzt worden und verlangt nicht nur theoretische, sondern auch praktische Lösung. Die Vorarbeiten hierfür waren bisher sehr gering, und die II. Internationale hat auf diesem Gebiet so gut wie gar nichts getan. Man begnügte sich im allgemeinen mit der Entwerfung von schönen Zukunftsbildern über die landwirtschaftliche Produktion nach der Durchführung des Sozialismus. Aber wie die Landbevölkerung für die proletarische Revolution gewonnen werden kann, und welche Kämpfe geführt werden müssen, um dieses ideale Ziel zu erreichen, darüber sagt die II. Internationale sehr wenig, und sie tat auch nichts, um praktisch etwas vorzubereiten. Die besten Elemente der II. Internationale begnügten sich damit, gegen den opportunistischen Flügel zu polemisieren, der auf Grund einer falschen Lesart der statistischen Daten überhaupt behauptete, daß eine Sozialisierung des ländlichen Besitzes nicht in Frage käme, und daß darüber hinausgehend die soziale Revolution auf dem flachen Lande keinen Boden fassen könne. Auf Grund der Zahlen der deutschen Statistiken versuchten die Revisionisten, den Nachweis zu geben, daß die marxistischen Theorien für das flache Land nicht gelten, und auf Grund dieser Theorien verwarfen sie den sozialen Kampf, verwarfen sie die soziale Revolution. Diejenigen, die diesen Reformisten widersprachen, taten das — wie Kautsky — im wesentlichen nur zu dem Zweck, um nachzuweisen, daß die marxistische Theorie trotzdem auch für dieses Gebiet gilt. Weitere praktische Folgerungen wurden jedoch nicht daraus gezogen.

Die Stellung der Kommunistischen Internationale dieser Frage gegenüber ist eine andere. Es handelt sich für uns darum,

das flache Land wirklich zu revolutionieren; denn darüber kann kein Zweifel bestehen: ohne die aktive Teilnahme weiter Schichten der Landbevölkerung ist eine Sicherung und eine Befestigung der Diktatur des Proletariats nicht möglich. Für uns, für die Kommunistische Internationale, steht die Sicherung der Revolution an erster Stelle, und alle Fragen, die mit der Agrarfrage zusammenhängen, können nur unter diesem Gesichtswinkel betrachtet und gelöst werden. Die Aufgabe der Kommunistischen Internationale in bezug auf die Agrarfrage läßt sich kurz in der Frage zusammenfassen: Wie tragen wir den Klassenkampf, den revolutionären Kampf auf das flache Land hinaus? Die Revolutionierung der ländlichen Bevölkerung, deren Bedürfnisse allein durch die Revolution befriedigt werden können, steht auf der Tagesordnung der Geschichte. Schon die geringen Erfahrungen, die hier in Rußland gemacht werden können, die Erfahrungen, die mit den Agrarreformen in Mitteleuropa gemacht worden sind, bestätigen die These, die den Leitstern für die Verhandlungen des ganzen Kongresses bildet: daß die bürgerliche Demokratie unfähig ist, diese Frage zu lösen, und daß nur durch die Revolution und durch die Diktatur des Proletariats eine befriedigende Lösung erzielt werden kann. Die Parteien, die angeblich die Interessen der ländlichen Bevölkerung vertreten, wie etwa die Sozialrevolutionäre in Rußland und die bäuerlich-bürgerlichen Parteien in Europa, haben ihre eigenen Programme verraten, als sie die Macht in die Hände bekamen und ihr Programm in die Tat umsetzen konnten. Die bürgerliche Demokratie ist unfähig, diese Frage zu lösen. Das zeigt nicht nur das praktische Verhalten der Sozialrevolutionäre in den russischen Randstaaten. Auch alle Ansätze zu einer Agrarreform in den übrigen Ländern laufen darauf hinaus, einen Teil des Großgrundbesitzes zu zerschlagen und zu verteilen, um so ein neues proletarisches oder halbproletarisches Element zu schaffen, das dazu dienen soll, billige Ausbeutungsobjekte für den bestehenden Großgrundbesitz zu schaffen. Was in Deutschland an Kleinsiedlungsgesetzen geschaffen worden ist, ist auf dem Papier stehen geblieben oder besteht darin,

Elemente der Ausbeutung für den Großgrundbesitz zu schaffen. Eine einzige Ausnahme einer etwas ernster aussehenden Agrarreform ist vielleicht in Böhmen geschaffen worden; aber auch nur deshalb, weil sie den nationalen Gegensatz zwischen den Tschechen und den jüdischen und deutschen Elementen betont, so daß die tschechischen Bauern teilweise durch die Enteignung der anderen Elemente befriedigt worden sind.

Die Kommunistische Internationale muß über das, was die bürgerliche Demokratie geschaffen hat, hinausgehen und muß im besonderen danach streben, den Gegensatz zwischen Stadt und Land aufzuheben, die städtische und ländliche proletarische Bevölkerung für den gemeinsamen Kampf, für die proletarische Revolution zusammenzuschmieden. Das geschieht unter anderem dadurch, daß wir dafür sorgen, daß die ländlichen Arbeiter aller der Vorteile teilhaftig werden, die den städtischen Arbeitern zur Verfügung stehen, ferner dadurch, daß wir im städtischen Proletariat das Bewußtsein für die Notwendigkeit der ländlichen Arbeit heben.

Die Frage, wie die proletarische Revolution aufs flache Land, ins Dorf hinausgetragen werden könne, kann nur gelöst werden, wenn im einzelnen eine genaue Analyse der verschiedenen Schichten der ländlichen Bevölkerung aufgestellt wird. Die Leitsätze, die Euch vorliegen, machen den Versuch, die ländliche Bevölkerung in verschiedene Schichten zu scheiden: erstens das landwirtschaftliche Proletariat, die Lohnarbeiter, zweitens die Halbproletarier und die Parzellenbauern, drittens die Kleinbauern, viertens die mittleren Bauern, fünftens die Großbauern und sechstens die Großgrundbesitzer. Natürlich gibt diese Formulierung der Leitsätze nur ein allgemeines Schema. Bei dem verschiedenartigen Charakter der Zusammensetzung der ländlichen Bevölkerung in den verschiedenen Ländern müssen die Verhältnisse jedes Landes genau studiert werden, um im einzelnen bestimmen zu können, wo die Revolutionierung der Landbevölkerung einsetzen kann. Hier auf dem Kongreß können nur allgemeine Umrisse zur Beur-

teilung der Lage der ländlichen Bevölkerung und zur Bearbeitung durch die kommunistischen Parteien gegeben werden.

Die Gruppen, die in erster Linie und vollständig für die proletarische Revolution in Frage kommen, sind die Landarbeiter, die Forstarbeiter, ferner auch die Arbeiter, die in solchen industriellen Unternehmungen tätig sind, die mit der Landwirtschaft in Verbindung stehen, also in Molkereibetrieben, Spiritusbrennereien u. a. In Frage kommen weiter auch die großen Gärtnereibetriebe, die mit einer größeren Anzahl von Lohnarbeitern arbeiten. Die soziale Lage dieser ländlichen Bevölkerungsschicht ist sehr schwierig und schlecht, aber auch so bekannt, daß wir nicht näher darüber zu sprechen brauchen. Die schlechte wirtschaftliche Lage, geringe Entlohnung, schlechte Wohnungsverhältnisse verbinden sich mit dem politischen und sozialen Druck, der von den Junkern ausgeübt wird, so daß diese proletarischen Elemente sich ohne weiteres der Revolution anschließen werden. Diese Schicht gehört zu den aktivsten Elementen innerhalb der proletarischen Revolution, und ihre Organisationsfähigkeit ist trotz aller früheren schlechten Erfahrungen gegenwärtig sehr groß. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß der Landarbeiterverband in Deutschland heute zu den größten freien Gewerkschaften gehört und 500 000 Mitglieder zählt. In einem so kleinen Lande wie Italien umfaßt die Landarbeitergewerkschaft über 800 000 Mitglieder. Das beweist, welch eine Bedeutung diese Schicht für die soziale Revolution hat, und gleichzeitig, wie relativ leicht es sein wird, diese Schichten in unsere Reihen einzugliedern. Die Organisation darf sich nicht nur auf das gewerkschaftliche Gebiet erstrecken, sondern ebenso sehr und noch mehr müssen diese Schichten von unseren politischen Organen, von den kommunistischen Parteien erfaßt werden. Darüber hinaus muß auch in jeder anderen Beziehung alles geschehen, um diese Schichten zu gewinnen (durch Bildungsarbeit usw.).

Ich möchte hier etwas über die Tätigkeit unter den Frauen auf dem Lande einfügen. Es gilt das sowohl für die Mägde, als auch für die Kleinbauernfrauen, die durch den Krieg, durch

die heutigen sozialen Verhältnisse gezwungen werden, berufliche Arbeit teilweise selbständig zu leisten. Die Werbetätigkeit unter ihnen verspricht guten Erfolg und darf keineswegs vernachlässigt werden. Die Fragen, die vom Kongreß bereits erledigt worden sind, die Mitarbeit in den Gewerkschaften und im Parlament, gewinnen, unter diesem Gesichtswinkel gesehen, besondere Bedeutung. Wenn von den Gegnern der Betätigung in den Gewerkschaften gesagt worden ist, daß man ja genug Gelegenheit habe, um das Proletariat zu organisieren und Agitation zu treiben, so trifft diese Einwendung vielleicht für das industrielle Proletariat zu. Die Erfassung des ländlichen Proletariats kann dagegen am leichtesten geschehen durch die Mitarbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften der Landarbeiter und durch die Teilnahme am Wahlkampfe. Auf beiden Wegen können verhältnismäßig leicht große Schichten der ländlichen Bevölkerung in den Kreis der revolutionären Agitation hineingezogen werden. Der Erfolg planmäßiger Agitation ist sehr groß. Ich verweise auf die Erfahrungen in Rußland und in Deutschland. In der Märzaktion, bei der Abwehr des Kapp-Putsches, hat das ländliche Proletariat Deutschlands sich gut und mutig benommen. Die Gutsbesitzer wurden verjagt oder eingesperrt, der landwirtschaftliche Betrieb wurde aufrecht erhalten. Die Landarbeiter lieferten den Ueberschuß an Nahrungsmitteln ohne weiteres an die Stadt ab. Darüber hinausgehend haben die Landarbeiter sich zusammengeschlossen und dem Proletariat in den Städten revolutionäre Kampfkaders zur Verfügung gestellt. Nicht nur während dieses Kampfes vor der Eroberung der Macht, sondern auch nach der Eroberung der Macht wird das ländliche Proletariat zu den stärksten Stützen der Sowjetmacht gehören. Es handelt sich darum, dieser meist oder vorläufig elementaren Bewegung des ländlichen Proletariats eine organisatorische Form zu geben. Die Bildung von Gutsräten ist die beste Form, um die ungestümen elementaren Kräfte zusammenzufassen.

In ähnlicher Weise, wenn auch nicht so leicht wie die Landarbeiter, wird die zweite Schicht der ländlichen Bevölkerung,

werden die Halbproletarier und Parzellenbauern sich für die proletarische Revolution gewinnen lassen. Auch diese Schicht ist abhängig von dem Großgrundbesitzer. Sie leidet unter denselben Schwierigkeiten, unter denen die Landarbeiter leiden. Ja, vielleicht ist ihre Lage noch etwas schwieriger, weil für die Parzellenbauern noch die persönlichen Sorgen um ihr Fleckchen Land hinzukommen. In den meisten Ländern wird es zweckmäßig sein, diese halbproletarischen Elemente in die Organisationen der eigentlichen Landarbeiter einzureihen. Etwas schwieriger steht die Frage bei den Kleinbauern und den Pächtern, die durch Bearbeitung ihres Bodens gerade ihren Unterhalt gewinnen können, aber keine fremde Arbeitskraft beschäftigen. Dazu gehören auch die kleinen Gemüse- und Obstpächter und Gärtnereibesitzer. Sie sind nicht revolutionär gesonnen, trotzdem kommen sie für unsere Kampfreihen teilweise mit in Frage. Es handelt sich darum, sie über die Notwendigkeit der sozialen Revolution und über ihre eigenen Interessen zu unterrichten. In Wirklichkeit leiden diese Kleinbauern sehr stark unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Auch sie sind, wenn auch meist indirekt, abhängig vom Großgrundbesitz wie vom Kapital; auch sie leisten unbezahlte Arbeit in der Form, daß sie Hypothekenzinsen aufbringen, landwirtschaftliche Maschinen zu hohen Preisen bezahlen müssen usw. Die Lebenshaltung dieser Schicht ist oft rein proletarisch. Der Steuerdruck, Kaufschillinge usw., die allgemeine Teuerung, unter der diese Schicht leidet, das sind alles Fragen, die wir ihr durch eine planmäßige Agitation nahebringen müssen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch innerhalb dieser Schicht eine Berufsorganisation geschaffen werden kann. So bildete sich noch im vergangenen Jahre ein Verband für Landarbeiter und Kleinbauern in Deutschland. Es stellte sich dann heraus, daß es unzweckmäßig war, außerhalb der Gewerkschaften einen besonderen Verband zu bilden, und der Verband wurde aufgelöst. Trotzdem baten uns die Kleinbauern in Süddeutschland darum, ihn aufrecht zu erhalten und unsere Zeitschrift für sie weiter herauszugeben, mit der Begründung, daß sie besonderes Interesse für unsere Ideen hätten. Und so sind

wir in Deutschland dazu gekommen, eine, wenn auch losere Organisation für die Bauern zu schaffen, die trotzdem ihre Bedeutung hat. Ebenso regen wir in Deutschland die Kleinbauern an, sich zu Kleinbauernräten zusammenzuschließen, um nicht nur wirtschaftliche Interessen zu verfolgen, sondern auch den politischen und sozialen Kampf aufzunehmen. Ich muß hinzufügen, daß diese Arbeit bisher noch keinen Erfolg hatte. Gutsräte haben wir in sehr vielen Dörfern gehabt. Zur Beteiligung von Kleinbauern ist es noch nicht gekommen; trotzdem lassen wir in dieser Agitation nicht nach. Teilweise ist es gelungen, die Kleinbauern davon zu überzeugen, daß eine Aufteilung des Grund und Bodens keine besonderen Vorteile für sie haben würde, und daß es zweckmäßig wäre, sich zu Kleinbauernräten und zu Genossenschaften zusammenzuschließen, die den zu enteignenden Großgrundbesitz gemeinsam bewirtschaften. Es muß allerdings betont werden, daß in vielen Ländern, besonders in den kleinen westlichen Demokratien, die Kleinbauern stark reaktionär sind, und im allgemeinen ist daher anzunehmen, daß sich während des Kampfes um die Diktatur des Proletariats ein Schwanken dieser Schicht bald nach der Seite des Privatbesitzes, bald nach der Seite des Kommunismus zeigen wird. Diese kleinen Eigentümer sind durch Anschauungen privatkapitalistischer Art demoralisiert. Um diese Schwankungen zu beseitigen und die Sympathien für uns zu gewinnen, müssen wir ihnen zum Bewußtsein bringen, daß auch sie unter dem jetzigen System leiden, und ihnen sagen, welche Vorteile ihnen in der Zeit der Diktatur des Proletariats und nach Befestigung der proletarischen Staatsmacht zufallen werden. Wir müssen ihnen zusichern, daß sie ihren kleinen Grundbesitz behalten können, denn es hätte keinen Zweck, diesen kleinen Grundbesitz zu enteignen, weil zur Zeit des Kampfes weder die politische noch die technische Möglichkeit besteht, diesen kleinen Grundbesitz wider den Willen ihrer Besitzer gemeinsam zu bewirtschaften. Wir müssen nicht nur zusagen, daß sie ihr Eigentum behalten, sondern wir müssen auch alles tun, um den Wucher zu beseitigen, unter dem diese Kleinbauern leiden. Befreiung vom Steuerdruck, vom Pachtzins, von

den Hypothekenlasten und Kaufschillingen sind Vorteile, die dem Kleinbauern ohne weiteres vom Proletariat zugestanden werden müssen. Weiter müssen sie befreit werden von der Abhängigkeit vom Großgrundbesitz beim Wald- und Weidenutzungsrecht. Ferner muß ihnen Hilfe versprochen werden durch Hergabe von Gebäuden, Maschinen, Geräten und Saaten, die dem Großgrundbesitz abgenommen werden. Es muß ihnen schließlich gesagt werden, daß die Genossenschaften, die heute fast in allen Ländern den reichen Bauern zur Verfügung stehen, in Organisationen umgewandelt werden müssen, die ausschließlich den Interessen der Kleinbauern dienen. In den Ländern, wo eine gewisse Einschränkung des Freihandels und eine Ablieferungspflicht von Lebensmitteln besteht, muß ihnen auch gesagt werden, daß dieser Zwang zur Ablieferung von Nahrungsmitteln aufrecht erhalten bleiben muß, daß aber der zur Ausführung notwendige Organisationsapparat der Bürokratie abgenommen und in die Hände der Kleinbauern selbst gelegt werden wird. Die Kleinbauern müssen darauf aufmerksam gemacht werden, daß ihnen durch die Sozialisierung des Großbetriebs und durch Verbilligung der landwirtschaftlichen Maschinen Vorteile geschaffen werden. Daher ist eine planmäßige Bildungsarbeit unter den Kleinbauern zu betreiben. Sie müssen über ihre soziale Lage aufgeklärt werden. Wenn die Agitation so betrieben wird, ist zu erwarten, daß die Bauern teilweise mit dem Proletariat gehen, zum mindesten nicht Gegner der proletarischen Diktatur werden. Zusammengenommen bilden die Gruppen der Landarbeiter, Halbproletarier und Parzellenbauern ein prächtiges Tätigkeitsfeld für die kommunistische Parteiarbeit, und nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat werden alle drei Schichten sich darüber klar werden, daß der Anschluß an die proletarische Staatsmacht das beste Mittel ist, um die eigenen Interessen zu befriedigen.

Noch schwieriger als bei den Kleinbauern liegt die Frage bei den mittleren Bauern. Sie benutzen teilweise fremde Arbeitskraft und haben einen so großen Besitz, daß sie einen Ueberschuß an Nahrungsmitteln produzieren können. Diese Schicht ist keineswegs klein. In den Leitsätzen wird darauf hingewiesen,

daß in Deutschland diese mittlere Schicht mit einem Besitz von 5—10 Hektar über eine halbe Million Menschen zählt. Es ist klar, daß es unmöglich ist, diese Schicht von ihrem Grundbesitz zu verjagen, denn das würde eine Einschränkung der Lebensmittelproduktion bedeuten. Es muß sich also darum handeln, diese Schicht anders zu behandeln. Man muß den Versuch machen, sie zu neutralisieren. Kautsky hat darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, die Bauernschaft so zu behandeln, daß sie der Bourgeoisie keine aktive Hilfe leistet. Auch bei diesen mittleren Bauern kommt eine sofortige Aufhebung des Privateigentums nicht in Frage. Es wird sogar möglich sein, den mittleren Bauern noch etwas Grundbesitz hinzuzugeben, soweit es sich um bereits von ihnen gepachtetes Land handelt, und die mittleren Bauern werden weiter dadurch einen Vorteil haben, daß auch für sie der Pachtzins aufgehoben wird. Selbstverständlich können alle diese Vorteile den mittleren Bauern nur unter der Bedingung gewährt werden, daß sie die Sowjetmacht anerkennen, Lebensmittel liefern und keinen Widerstand leisten. Auch hier zeigt die Erfahrung in Rußland, daß es bei solcher Behandlung möglich ist, die mittleren Bauern zu einer loyalen Haltung gegenüber der Sowjetmacht zu veranlassen. Diese Behandlung der mittleren Bauern unter Aufrechterhaltung des Privateigentums ist notwendig. Denn die Haltung dieser Schichten von Bauern kommt ungefähr auf das hinaus, was einer der russischen Bauern in dem schlechten Witz zusammengefaßt hat: Wir sind für die Sowjetmacht, aber gegen den Kommunismus. Daß diese Bauern sich einfügen und mit der proletarischen Staatsmacht abfinden werden, wenn sie zweckmäßig behandelt werden, das zeigt das russische Beispiel. In der Roten Armee tut eine große Zahl der mittleren Bauern ihre Pflicht im Kampfe gegen den äußeren Feind.

Die Großbauern dagegen, die in der Regel fremde Arbeitskräfte beschäftigen, gehören zu den an Zahl stärksten und entschiedensten Gegnern der Sowjetmacht, und es ist zu erwarten, daß sie nicht nur jetzt, sondern auch später, nach Aufrichtung der Sowjetmacht, alle Formen von Sabotage treiben und auch

militärischen Widerstand leisten werden. Dieser Gefahr muß klar ins Auge gesehen werden, und alle Vorbereitungen müssen getroffen werden, um diesen Widerstand zu vereiteln und ihn niederzuschlagen, wo er sich zeigt. Die Entwaffnung der Großbauern muß durchgeführt werden. Aber die Enteignung kommt selbst bei diesen Großbauern nicht als sofortige Aufgabe der Revolution in Frage. Abgenommen müssen ihnen die verpachteten Grundstücke werden, die für die kleinen Mittelbauern notwendig sind, und sie werden ohne weiteres völlig enteignet werden, wenn sie hartnäckig Widerstand leisten. Falls jedoch diese Voraussetzung nicht vorliegt, werden wir den Großbauern ihr Land belassen. Es ist wichtig, daß der politische und militärische Widerstand dieser Schicht ausgeschaltet wird. Und auch da zeigt die Erfahrung in Rußland, daß es möglich ist, eine solche halbwegs loyale Haltung dieser Schicht hervorzurufen. Sobald der Sieg der proletarischen Revolution gesichert ist, wird sich herausstellen, daß sich auch die Großbauern mit den neuen Verhältnissen abfinden.

Die Großgrundbesitzer, die teilweise noch während des Krieges große Landkäufe vorgenommen haben, müssen sofort ausnahmslos und ohne jede Entschädigung enteignet werden. Die von Kautsky und anderen Unabhängigen vorgeschlagene Entschädigung und Enteignung gegen Entgelt kann nicht in Frage kommen. — Was geschieht mit dem enteigneten Lande? Das Natürlichste und Zweckmäßigste ist, daß es den Landarbeitern gemeinsam übergeben wird, die schon vorher auf dem Grund und Boden tätig waren. Es müssen Sowjetwirtschaften gebildet werden, die im Auftrage und als Organe der proletarischen Staatsmacht diese Güter bewirtschaften, sich selbst unterhalten und den Ueberschuß an die Sowjetmacht abliefern. Unter Umständen wird es möglich sein, kollektive Betriebe zu schaffen, die den Boden genossenschaftlich bearbeiten. Diese beiden Lösungen sind die besten sowohl für die Landarbeiter und Halbproletarier, als auch für die städtische Bevölkerung, die dadurch in der Versorgungsfrage von der Bauernschaft teilweise unabhängig wird. Voraussetzung für diese Lösung ist, daß das Land-

proletariat einen gewissen Schatz an technischer Erfahrung gesammelt hat. Da diese Vorbedingung nicht überall vorliegt, muß damit gerechnet werden, daß in besonderen Fällen Ausnahmen gemacht werden. Solche Ausnahmen sind in Rußland gemacht worden, wo man den Großgrundbesitz teilweise aufgeteilt hat. Diese Ausnahme ist kein Verstoß gegen die Prinzipien des Kommunismus, wie Kautsky hat nachweisen wollen; denn die Hauptaufgabe einer proletarischen Macht besteht darin, sich selbst und die proletarische Revolution zu sichern, die Grundlagen für den Kommunismus zu schaffen. Alle anderen Fragen müssen gegenüber diesem Hauptgesichtspunkt zurücktreten. Selbst die Einschränkung der Produktion, die heute ja immer noch empfindlich wirken kann, ist nicht so wichtig, daß sie gegenüber dieser Frage nicht zurücktreten müßte.

Wann darf der Großgrundbesitz aufgeteilt werden? Eine Teilung kommt erst dann in Frage, wenn er an Kleinbauern verpachtet ist, wenn dieser Großgrundbesitz also nicht einheitlich bewirtschaftet wird. In diesem Falle bedeutet die Aufteilung überhaupt keine Aufgabe des Großbetriebs. Ferner ist diese Aufteilung dann möglich, wenn der Großbesitz eingestreut ist in kleinbäuerliche Siedlungen. Hier ist der Landhunger so groß, daß er unter Umständen zur Sicherung der Revolution befriedigt werden muß. In Süddeutschland ist es denkbar, daß die wenigen vorhandenen Großgüter aufgeteilt werden. Und schließlich kann da, wo das Landproletariat zu rückständig ist, eine Aufteilung an die erfahrenen Bauern in Frage kommen. Wichtig dafür ist auf jeden Fall, daß die Gutsbesitzer nicht auf ihren Gütern belassen, daß sie verjagt werden müssen, und wenn der Großbetrieb nicht ohne sie aufrecht zu erhalten wäre, dann muß die Bauernschaft für die Bearbeitung dieses Bodens gewonnen werden. Nach Befestigung der proletarischen Macht wird es möglich werden, für die Mitarbeit bürgerliche Fachleute unter Kontrolle der Sowjetmacht zu gewinnen.

Die Voraussetzung für die Gewinnung des ländlichen Proletariats ist ein entschiedener Kampf des städtischen Proletariats für die soziale Revolution ohne Scheu vor Opfern, und die

kommunistischen Parteien müssen dabei als Vorhut vorangehen. Um die Schichten, die noch schwanken oder die den kommunistischen Ideen zugänglich sind, zu gewinnen, müssen ihnen sofort nach dem Sieg der proletarischen Revolution wirtschaftliche Vorteile gewährt werden. Die Halbproletarier und die kleinen und mittleren Bauern müssen fühlen, daß sie selbst einen Vorteil von der neuen Ordnung haben, und zwar müssen diese Vorteile gewährt werden auf Kosten der Ausbeuter. Um diese Bewegung auf dem flachen Lande zu fördern, ist es notwendig, an die wirtschaftlichen Kämpfe auf dem Lande anzuknüpfen, in erster Linie an die Streikbewegung. In fast allen Staaten haben große Streikbewegungen auf dem Lande eingesetzt, und diese müssen von den kommunistischen Parteien ausgenutzt werden, um das Landproletariat zu überzeugen, daß eine wirkliche Verbesserung seiner Lage nicht durch die Gewährung höherer Löhne geschaffen werden kann, sondern nur durch den Sieg der proletarischen Revolution. Im Anschluß an diese wirtschaftlichen Kämpfe müssen die kommunistischen Parteien auch das Landproletariat für sich gewinnen und dort ihre eigenen Organisationen schaffen. Das Landproletariat muß davon überzeugt werden, daß es sich selbst in der Form der Gutsräte für den Befreiungskampf organisieren muß. Den industriellen Arbeitern auf dem Lande, die meist aus der städtischen Bevölkerung stammen, fällt bei Verstärkung dieser Bewegung auf dem Lande eine besondere Rolle zu; an diese müssen die kommunistischen Parteien sich wenden, um mit ihrer Hilfe die Bewegung auf das flache Land hinauszutragen und zu stärken. Eine besondere Agitation unter den Kleinbauern ist ebenfalls notwendig. Sie muß mit allen Mitteln betrieben werden. In den Leitsätzen sind weitere Vorschläge gemacht, wie durch Agitation, durch Versammlungen, durch die mitarbeitenden Gewerkschaften und die Behandlung der Agrarfragen im Parlament das flache Land revolutioniert werden kann.

Das wären kurz die Aufgaben, die dem Kongreß durch die Leitsätze vorgelegt werden. Die Kommission hat sich in mehreren Sitzungen eingehend mit den Leitsätzen beschäftigt

und eine große Zahl von Veränderungen vorgenommen, zunächst in der deutschen Ausgabe eine große Zahl von stilistischen Aenderungen. Diese Leitsätze sollen nur den allgemeinen Rahmen für die Tätigkeit der kommunistischen Parteien auf dem flachen Lande abgeben. Es wird zweckmäßig sein, wenn die Kommunisten aller Länder sich ein eigenes Agrarprogramm schaffen, das besondere Vorschläge enthält. Ich möchte darauf hinweisen, daß zum Beispiel in Deutschland ein solches Agrarprogramm der K. P. D. bereits besteht.

Was nun sachliche Aenderungen anbetrifft, so ist in § 2 auf Seite 33 eingefügt hinter „Lohnarbeit in den kapitalistischen . . ." „die industriellen Landarbeiter, die Forstarbeiter . . .".

Auf Seite 34 ist eingefügt worden, „daß eine gemeinsame Organisation der Landarbeiter . . .".

Auf Seite 38 Punkt 4 sind mehrere Sätze gestrichen worden, in denen das Interesse der mittleren Bauern den Interessen der Lohnarbeiter gegenübergestellt wird. Dort, wo gesagt wird „denn die Weltanschauung . . ." bis „das siegreiche Proletariat" auf Seite 39, ist eingefügt worden, „daß eine sofortige Aufhebung des Privateigentums gegenüber den mittleren Bauern nicht in Frage kommt, dagegen . . .". Die größten Aenderungen sind vorgenommen im § 6. Er gibt in der ursprünglichen Fassung eine allzu starke Hervorhebung der Ausnahme von der Regel, daß das Land nicht aufgeteilt werden darf. Die Kommission hat den Satz des Paragraphen, in dem es heißt, daß es ein Fehler wäre, die Verteilung des Bodens nicht vorzunehmen, gestrichen und einen neuen Satz vorangestellt: „. . . das Prinzip, daß der Großbetrieb aufrecht erhalten bleiben muß. Die Aenderungen sind so zahreich, daß ich nicht diese ganze neue Fassung vorlesen möchte. Die Aenderung entspricht fast wörtlich einem Vorschlag des Genossen Marchlewski. In der deutschen Ausgabe wird auf Seite 43 von der Stelle, wo der Absatz anfängt „Es wäre indessen ein großer Fehler . . .", alles gestrichen bis zu dem Absatz auf Seite 45 „das Inventar der Großbetriebe . . ." und durch eine neue Fassung ersetzt. Von da an bleibt der alte Text mit geringen Aenderungen bestehen. Dann ist auf Seite 46 eine

Polemik gegen die II. Internationale, gegen die deutschen und englischen Unabhängigen und die französischen Longuetisten gestrichen worden, weil derselbe Gedanke an anderer Stelle ausgesprochen worden ist.

Das sind die wesentlichen Aenderungen. Zum Schluß möchte ich erneut darauf hinweisen, welche Wichtigkeit es hat, daß die kommunistischen Parteien die soziale Revolution auf das flache Land hinaustragen. Eine Sicherung des Sieges, besonders in Mittel- und Westeuropa, ist nicht anders möglich, als daß das ländliche Proletariat mit eingereiht wird in die Vorhut des städtischen Proletariats. Die besonders günstigen Verhältnisse, die in Rußland vorlagen dadurch, daß auch die Bauernschaft durch die Frage „Frieden und Land" an der proletarischen Gewalt interessiert ist, fallen teilweise in Mittel- und Westeuropa fort. Um so notwendiger ist es, daß die kommunistischen Parteien auf dem Lande sich auf die Teile des ländlichen Proletariats stützen, die in der gleichen Weise wie das städtische und teilweise noch schlimmer unter den gegenwärtigen Verhältnissen leiden. Und die Kommission hofft, daß die Anregungen, die hier gegeben werden, auch in der Praxis der verschiedenen kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern ihre Früchte tragen werden.

GRAZIADEI. Genossen, ich werde für mich persönlich sprechen. Vor allem möchte ich erklären, daß ich die Thesen, die uns von dem Genossen Lenin vorgeschlagen worden sind, im allgemeinen annehme, besonders nach den sehr interessanten Amendements, die die Kommission speziell an der These 6 angebracht hat.

Es besteht eine sehr auffallende Aehnlichkeit zwischen den Thesen des Genossen Lenin über die nationale und koloniale Frage und den Thesen über die Agrarfrage, wenn auch der Gegenstand ein ganz verschiedener ist. Er ist dieselbe Methode, die in verschiedenen Fragen angewendet ist, und sie besteht darin, die Gegner einzuschätzen und ihnen Konzessionen zu machen, je nachdem der Augenblick oder diejenigen, denen man sie macht, es fordern.

Das ist eine Methode, die man definieren kann als die Methode des Anstrengungsminimums, eine Methode, die darauf abzielt, die Eroberung der Macht leichter und schneller zu gestalten und Bedingungen zu schaffen zur Aufrechterhaltung der Macht nach ihrer Eroberung.

Ich begnüge mich damit, darauf hinzuweisen, daß diese Tendenz eine Gefahr offenbart, die man als die Gefahr eines Opportunismus von links bezeichnen könnte.

Aber die Tatsache, daß diese Thesen und ihre Anwendung solchen Genossen wie dem Genossen Lenin und anderen russischen Genossen anvertraut werden, kann uns die Gewißheit geben, daß die Gefahr im Zustande der Theorie bleibt. Jedoch versichere ich Ihnen, daß es andere Länder und andere Situationen gibt, wo ich nicht soviel Vertrauen an den Tag legen könnte.

Um die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zu erleichtern, fassen die Thesen des Genossen Lenin die bäuerlichen Massen ins Auge, teilen sie — indem sie sie alle ganz richtig analysieren — in verschiedene Gruppen ein und sagen: „Wir können einen Teil von ihnen mit uns reißen, ein anderer Teil kann neutralisiert werden. Aber es gibt einen weiteren Teil unter ihnen, der uns immer feindlich gegenüberstehen wird, und gegen ihn müssen wir unermüdlich kämpfen."

Der zweite Teil der Thesen des Genossen Lenin behandelt die Frage, was nach der Eroberung der Macht zu tun ist. Mit den vorgeschlagenen Korrekturen können diese Thesen angenommen werden. Ich muß jedoch trotzdem einige praktische Bemerkungen machen.

In der These über die kleinen und mittleren Eigentümer zeigt sich Genosse Lenin sehr originell. Er versucht zwei entgegengesetzte Irrtümer zu vermeiden, die die Sozialisten bis jetzt gemacht haben.

Viele Sozialisten glaubten, sich der großen Frage der kleinen und mittleren Eigentümer entledigen zu können, indem sie sagten: in Wirklichkeit ist ihre Bestimmung, in der bürgerlichen Gesellschaft zu verschwinden, folglich brauchen wir uns

nicht für sie zu interessieren. Das ist eine vollkommen irrige Auffassung, denn vor allem ist es keinesfalls wahr, daß das Gesetz der Konzentration des Kapitals sich überall so vollzieht, wie es Marx beschrieben hat. Jedenfalls war die Form, in der man bei den kleinen Eigentümern das Gesetz der Konzentration anwenden wollte, einfach unsinnig. Ferner erkennen wir wohl, daß wir, wenn wir erklären, daß die Kleinbauern dazu verurteilt sind, zu verschwinden, uns in zwei Gefahren begeben: man wendet das Interesse vollkommen von den Kleinbauern ab und treibt sie in die Arme unserer Gegner. Denn wenn wir den Kleinbauern sagen, daß sie verschwinden müssen und daß wir sie künstlich abschaffen wollen, so ist es offenbar, daß wir durch eine solche Politik Millionen von Menschen zu unseren Gegnern machen.

Der andere — dem ersten entgegengesetzte — Irrtum, den unsere Sozialisten begingen, war ihr Glaube, daß man die Kleinbauern, da sie nicht berufen seien, zu verschwinden, organisieren müsse, und nur nachdem dies geschehen sei, könne man Revolution machen. Das würde eine Hinausschiebung der Revolution ad calendas Graecas bedeuten. Das ist nicht möglich.

Zwischen diesen beiden Irrtümern, die im diametralen Gegensatz zueinander stehen, schlägt Genosse Lenin eine Haltung vor, die ich ziemlich exakt und annehmbar finde. Er sagt, wir müßten den Kleinbauern zeigen, daß sie alles zu gewinnen haben, wenn sie mit uns gehen. Das ist gut. Aber an der Stelle, an der die Formen der Organisation und des Kampfes behandelt werden, die man während der Periode, die der Eroberung der politischen Macht vorangeht, anzuwenden hat, muß ich einige Vorbehalte machen.

In der vorletzten These, d. h. in der These 8, spricht man vom Streik der ländlichen Lohnarbeiter, dem sich in gewissen Fällen auch die Kleinbauern anschließen könnten. Ich bin weit davon entfernt, die Wichtigkeit des revolutionären Moments in diesen ländlichen Streiks zu verleugnen. In Italien hatten wir ansehnliche ländliche Streiks, und diese breiten Bewegungen haben tiefe Rückwirkungen gehabt. Aber ich muß trotzdem zwei

Einwendungen machen. Ich verstehe nicht, warum man sagt, daß in gewissen Fällen die Kleinbauern sich am Streik beteiligen könnten. Ich glaube nicht, daß sie das tun können. Andererseits ist es auch ein Irrtum, zu glauben, daß für alle Länder der Streik die Hauptwaffe sei; denn es gibt Länder, wo die Organisationen der ländlichen Lohnarbeiter eine solche Kraft erlangt haben, daß sie zur Revolution vorbereiten und sogar schon in der bürgerlichen Gesellschaft eine Politik der Verwirklichung der proletarischen Diktatur beginnen können.

In Italien haben wir Arbeiterorganisationen, die direkt öffentliche Arbeiten auf sich nehmen. Ebenso gibt es Kooperativen, die Landstücke kaufen oder pachten, um sie gemeinschaftlich zu bebauen. Hier liegt eine Kraft des Kampfes und Aufbaus, die eine große Bedeutung hat und die wir nicht ignorieren dürfen.

Darum wollte ich vorschlagen, am Ende der These 8 folgendes einzufügen:

„Nur in einem fortgeschrittenen Zustand ihrer Organisation, unter gewissen Bedingungen und in gewissen Ländern (z. B. Italien), können sich die ausgebeuteten ländlichen Massen selbst in Kooperativen organisieren (um öffentliche Arbeiten zu leisten, um gekaufte oder gepachtete Landstücke auf vollkommen oder teilweise kollektive Art zu bebauen etc.). Die Kommunisten müssen sich für diese Organisationen interessieren und versuchen, sie zu leiten — unter anderem mit dem Ziel, daß diese Organisationen sich nicht in politische Kompromisse einlassen."

Ich wende mich noch der Frage der Kleinbauern zu. Die kleinen Eigentümer sind in vielen Ländern schon in Kooperationen für Einkauf und Verkauf und für die Verarbeitung der Produkte (Konsumgenossenschaften) organisiert. Es kommt auch sehr oft vor, daß sie von unseren Gegnern organisiert sind.

Das Hauptziel der Sozialisten ist nicht, die Kleinbauern zu organisieren; aber wenn diese eine Tendenz haben, sich zu organisieren, so müssen wir in diese Organisation eingreifen, denn man muß in alle Organisationen gehen, wo Arbeiter sind. Ich schlage also vor, am Ende der These 8 folgendes hinzuzufügen:

„Was die kleinen Bauern anbetrifft, so müssen die Kommunisten in ihre kooperativen Organisationen für Einkauf und Verkauf (Konsumgenossenschaften) eintreten, um auf dieselben einen immer größeren Einfluß auszuüben, mit dem Ziel, hier entgegengesetzte Tendenzen zu erwecken und ihnen einen möglichst wenig auf das Privateigentum beschränkten Charakter zu geben."

Ich muß noch eine Bemerkung machen. Ich nehme die Auffassung mit den Amendements der Kommission über das, was die proletarische Regierung tun muß, sobald sie imstande sein wird, sich mit der Agrarfrage zu beschäftigen, an. Aber zum Aufbau würde ich eine kleine Einfügung in der 6. These am Ende des zweiten Paragraphen machen.

Es ist sehr richtig, nicht zuzulassen, daß den ehemaligen Großgrundbesitzern eine Entschädigung gegeben werde. Ich halte es für sehr gut, die Kommunisten und Sozialisten daran zu erinnern, daß das eine anti-sozialistische und anti-kommunistische Handlung wäre. Und ich finde es merkwürdig, daß der Vorschlag, eine Geldentschädigung zu geben, von den Genossen Italiens, Oesterreichs und Deutschlands unterstützt worden ist.

Das hieße, die ländlichen Massen mit einem ungeheuren Gewicht zu belasten. Aber da man die Umwälzung in den Grenzen des Möglichen immer erleichtern soll, so muß man nach der ersten Periode des Kampfes versuchen, sich die Fähigkeiten gewisser Eigentümer dienstbar zu machen.

Man muß sich über diese Situation Rechenschaft ablegen.

Ich schlage also am Ende des zweiten Absatzes von These 6 folgende Einfügung vor:

„Wenn die Idee einer Geldentschädigung unbedingt berührt werden muß, so kann man bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß den ehemaligen Großgrundbesitzern eine persönliche Rente zu bewilligen ist, wenn ihr Alter es ihnen nicht mehr erlaubt, zu arbeiten und sich schnell an die neuen Lebensbedingungen zu gewöhnen.

Natürlich wird das von ihrem politischen Verhalten abhängen, denn es wäre lächerlich, Konterrevolutionären irgend etwas zu bewilligen. Wenn sie sich jedoch der neuen Lage fügen,

so muß man ihnen einige Verbesserungen ihres Schicksals schaffen."

Endlich bin ich der Ansicht, daß man in der 3. These, Zeile 2 nicht sagen muß „in allen kapitalistischen Ländern", sondern man muß sagen „in fast allen kapitalistischen Ländern", denn es ist nicht ganz zutreffend, wenn man sagt: „In allen kapitalistischen Ländern bildet die ländliche Masse die große Majorität der Bevölkerung." In England z. B. bildet die ländliche Masse die Minorität.

SCHABLIN. Genossen, in den Städten Bulgariens besteht eine bedeutende Industrie. In den Dörfern ist die vorherrschende Eigentumsform die des kleinen Landbesitzes. Die Arbeiter sind in den Städten konzentriert, und von dorther schöpft die Kommunistische Partei ihre Hauptkräfte. Aber dank der Tatsache, daß der Prozeß der Proletarisierung der Kleinbauern sehr schnell vorwärts schreitet und daß die Lage der Kleinbauern, die sich ein kleines Stück Land bewahren konnten, durch die Folgen des Krieges sehr elend geworden ist, beginnt der Einfluß der Kommunistischen Partei sich auch auf das Land auszudehnen.

Die vorherrschende Eigentumsform auf dem Lande ist in Bulgarien der kleine Landbesitz. In Bulgarien gibt es 495 000 Landbesitzer, und der durchschnittliche Flächeninhalt jedes Besitzes ist 9 Dekar. Aber diese Besitzungen sind so verteilt:

1. 225 000 bis 50 Dekar.
2. 175 000 bis 100 Dekar.
3. 95 000 bis 1000 Dekar.
4. 936 mehr als 1000 Dekar.

Die erste Kategorie, die auch die zahlreichste ist, besteht aus Halbproletariern, denen ihr Land nicht einmal für ihre eigenen Bedürfnisse genügt. Sie sind genötigt, einen guten Teil des Jahres entweder bei den reichen Bauern oder in den Bergwerken, in Fabriken und Städten zu arbeiten. Diese Kategorie bildet zum größten Teil unsere Kaders auf dem Lande. Die zweite Kategorie sind die kleinen Eigentümer, denen ihr Land kaum genügt, um die Bedürfnisse ihrer Familie zu befriedigen. Sie beuten nicht die Arbeit anderer aus und bebauen ihr Land

selbst. Die Kommunistische Partei arbeitet unter dieser Schicht, wo sie bemerkenswerte Ergebnisse zu verzeichnen hat. — Infolge bedeutender Verringerung der Produktivität des Ackerbaues, die die Folge der Vernichtung des Pachtviehbestandes während des Krieges war, ist die wirtschaftliche Lage dieser Kategorie in der Tat sehr unsicher geworden. Diese beiden halbproletarischen und kleinbäuerlichen Kategorien umfassen ungefähr vier Fünftel der gesamten bäuerlichen Bevölkerung Bulgariens. Von der Bourgeoisie und dem bürgerlichen Staat haben sie nur die Steigerung ihrer finanziellen Lasten zur Deckung der Kriegsausgaben und folglich eine Vergrößerung ihres Elends zu erwarten. Die Kommunistische Partei treibt unter ihnen eine starke Agitation und eine intensive Propaganda. Unsere Partei verheimlicht den Halbproletariern und Kleinbauern nicht ihr Maximalprogramm, nämlich die Sozialisierung des Bodens. Die Einträglichkeit des kleinen Landbesitzes ist bei uns so gering, das Elend der Halbproletarier und der kleinen Grundbesitzer ist so groß, daß die Idee, die landwirtschaftliche Produktivität durch den gemeinsamen Besitz des Landes zu steigern, jeden Tag an Boden gewinnt. Aber gleichzeitig erklären wir ihnen, daß das Proletariat, wenn es an der Macht ist, die Enteignung der Großgrundbesitzer durchführen wird und nicht die der kleinen Bauern und Halbproletarier und daß es selbst den mittleren Bauern das freie Verfügungsrecht über ihr Land belassen wird. Die Halbproletarier und die kleinen Grundbesitzer werden selbst auf die Idee des kollektiven Besitzes und Bebauens des Landes kommen, wenn der proletarische Staat ihnen durch seine Handlungen die Vorteile der neuen sozialistischen Regierung zeigen wird; sie werden selbst auf die Idee kommen, daß der Gebrauch vervollkommneter landwirtschaftlicher Maschinen, die elektrische Bebauung des Bodens und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Kenntnisse den kollektiven Besitz und die kollektive Bebauung des Bodens wirtschaftlich möglich machen werden.

Das ist die Richtung, die unsere Agitation im wesentlichen verfolgt, die der wahren Lage der Halbproletarier und der kleinen Grundbesitzer Rechnung trägt. Wir bemühen uns auch, die

arbeitende Masse der bäuerlichen Bevölkerung dem Einfluß der Bourgeoisie in den Städten und auf dem Lande, dem Einfluß der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien zu entreißen und sie für die Sache der proletarischen Revolution zu gewinnen. Ich muß hier besonders betonen, daß wir in dieser Hinsicht bereits bedeutende Erfolge zu verzeichnen haben. Die Kommunistische Partei hat eine kommunistische Zeitung für die Bauern gegründet; sie besitzt auf dem Lande gegen tausend kommunistische Organisationen und Gruppen, die 25 000 Landarbeiter, Halbproletarier und kleine Grundbesitzer umfassen, die sie für die Revolution vorbereitet. Die Parole der Arbeiter- und Bauernräte wird von dieser Masse, die ihr Vertrauen zur Bourgeoisie, zum bürgerlichen Staat und bürgerlichen Parlament verloren hat, mit Begeisterung begrüßt. Wir arbeiten, um im Augenblick der Revolution die Mehrheit dieser Massen mit uns zu haben und um mit ihrer Hilfe die Bemühungen der Bourgeoisie zu lähmen, die durch die Bauern das revolutionäre Proletariat in den Städten zu ersticken versuchen wird, das Proletariat, das — ich muß es hier bemerken — schon vollkommen für die kommunistischen Ideen gewonnen ist.

Die mittleren Bauern, d. h. diejenigen, die ihre landwirtschaftlichen Produkte auf dem Markte verkaufen, haben während der Dauer des Krieges nicht wenige Banknoten aufgehäuft, und viele unter ihnen sind reich geworden. Sie vertreten die reaktionäre Klasse auf dem Lande, aber bei uns bilden sie eine zahlenmäßig schwache und unbedeutende Schicht. Noch geringer an Zahl sind bei uns die großen Landbesitzer, die gemeinsam mit den mittleren Bauern die bäuerliche Reaktion bilden, auf der heute die Macht der Bourgeoisie ruht. Bei uns — ebenso wie auch in den anderen kapitalistischen Staaten — hat die bäuerliche Bourgeoisie (mittlere und große Grundbesitzer) einen größeren Einfluß und spielt wegen ihrer überwiegenden Rolle auf dem Markte der landwirtschaftlichen Produkte, deren Preise eine ungeheuerliche Steigerung erfahren haben, eine bedeutendere politische Rolle. Diese bäuerlichen Bourgeois stehen im Lager der Reaktion und der Konterrevolution; sie sind heute mit der Bourgeoisie in

den Städten zwecks Spekulation und zur Ausbeutung der Massen verbündet, sowohl durch die Banken und die geheimen Gesellschaften, als auch durch ihre blutdürstige Politik zur Erstickung der proletarischen Revolution mit den grausamsten Mitteln, die die bürgerliche Diktatur anwendet. Aber man muß es wiederholen: Bei uns bildet die bäuerliche Bourgeoisie nur eine sehr schwache Schicht der Landbevölkerung, und wenn es uns gelingen wird, den größten Teil der Halbproletarier und der Kleinbauern für uns zu gewinnen, so werden wir den Widerstand der bäuerlichen Bourgeoisie im Moment der Revolution brechen können. Aus diesem Grunde machen wir, was die Organisation der Landarbeiter anbetrifft (die in einer Berufsgewerkschaft vereinigt sind), auf dem Lande die größten Anstrengungen; aber das, was wir vor allem wollen, ist, die Halbproletarier und Kleinbauern auf dem Lande, die die große erdrückende Mehrheit der Landbevölkerung bilden, zu uns heranzuziehen und für den Kommunismus zu gewinnen.

Wir erkennen auch klar die Notwendigkeit, darauf hinzuarbeiten, die mittleren Bauern für die Revolution zu neutralisieren. Wir erschrecken sie nicht mit dem Gedanken der Enteignung ihres Bodens; denn in der Tat können wir mit den technischen Mitteln, über die wir gegenwärtig verfügen, nicht unmittelbar die kollektive landwirtschaftliche Produktion anstelle der privaten landwirtschaftlichen Produktion organisieren. Unser Ziel ist die Enteignung der Großgrundbesitzer. Wenn es uns gelingen sollte, die mittleren Bauern zu neutralisieren, so werden wir die Kräfte des Blocks der Reaktion in zwei Teile gespalten haben und dann wird es viel leichter sein, ihn zu besiegen.

Was die Frage der Schaffung von Bauernräten betrifft, so glauben wir, daß sie eng verbunden ist mit der der Schaffung von Arbeiterräten in den Städten. Wenn der revolutionäre Kampf seinen Höhepunkt erreicht haben und die Arbeiterklasse und die Klasse der Armen während des Wachsens der Bewegung sich entschließen wird, zur Schaffung von Sowjets und zum bewaffneten Aufstand zu schreiten (denn damit die Arbeiter- und Bauernräte als revolutionäre Organe zur Eroberung und Aus-

übung der proletarischen Macht bestehen können, müssen sie mit der Waffe in der Hand von den Arbeitern und Bauern verteidigt werden) — nur dann wird man zur Schaffung von Bauernräten schreiten können und dürfen, die aus den Armen, den Proletariern, den Halbproletariern auf dem Lande gebildet werden.

Darum nimmt die bulgarische Delegation die vom Exekutivkomitee mit den Amendements der Kommission vorgelegten und vom Berichterstatter der Kommission, dem Genossen Meyer, dem Kongreß unterbreiteten Thesen an und unterstützt sie.

SERRATI. Ich habe um das Wort gebeten, um dem Genossen Wijnkoop eine Freude zu machen und um nicht im letzten Augenblick der Abstimmung eine Erklärung abgeben zu müssen.

Meiner Meinung nach interessiert diese Frage den Kongreß nicht. Es ist dies ein Kongreß von Genossen, die aus industriellen Ländern kommen und die nicht wissen, wie interessant die Frage ist.

Was mich betrifft, so gebe ich nur eine Erklärung ab. Ich glaube, daß man erst auf dem nächsten Kongreß, wenn man mehr Erfahrungen gesammelt hat, diese Frage gründlich diskutieren kann.

Ich werde mich der Abstimmung enthalten. Persönlich bin ich gegen die Thesen, die den Notwendigkeiten der Revolution in den westlichen Ländern nicht genügend zu entsprechen scheinen. Unsere Partei hat über diese sehr ernste Frage noch nicht endgültig entschieden, und ich glaube nicht, das Recht zu haben, meinen persönlichen Willen an die Stelle desjenigen der Genossen zu setzen, die mich zum Kongreß delegiert haben.

Im allgemeinen scheint es mir, daß man die Notwendigkeiten der nachrevolutionären Periode, während welcher der proletarische Staat sich notgedrungen gewissen Notwendigkeiten anpassen muß, mit der vorrevolutionären Periode verwechselt, während welcher die Kommunisten einen genauen und bestimmten Standpunkt zu allen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien einnehmen müssen.

Ebenso wie die Thesen über die koloniale und nationale Frage, so tragen auch die Thesen über die Agrarfrage nicht der

Tatsache Rechnung, daß die Konzessionen, die man verschiedenen sozialen Schichten macht, um sie sich günstig zu stimmen oder um sie wenigstens zu neutralisieren, im Augenblick des revolutionären Handgemenges sehr gefährlich für die proletarischen Schichten sein und sie auf einen mehr und mehr opportunistischen Weg der Konzessionen führen können. Im allgemeinen sind die kleinen Bauern Westeuropas sehr gewinnsüchtig und wissen sehr wohl, welches ihre politische Stellung zur Verteidigung ihrer Interessen sein muß. Es genügt nicht, ihnen Sympathieerklärungen zu machen; sie wollen etwas Praktisches. Sie sind für die Schutzzölle, gegen die Industrialisierung der Erde, für die Autonomie in der Verwaltung. Und das haben ihnen die Parteien versprochen, in denen sie organisiert sind. Werden sie uns glauben? Ferner ist es notwendig, sich daran zu erinnern, daß in den vorgeschrittensten Ländern die Bauern — kleine und mittlere Besitzer — bereits ihre Parteien haben, und das sind reaktionäre Parteien. Das ist in der Schweiz und in Frankreich der Fall. Die kleinen und mittleren Besitzer und die Pächter derselben Länder stehen im Kampf mit den landwirtschaftlichen Arbeitern, die jene schon jetzt enteignen wollen. In Italien dauert dieser Kampf schon 20 Jahre an und hat von Zeit zu Zeit blutige Folgen. Können wir hingehen und sagen, daß wir uns geirrt haben?

Der Kleinbesitz ist eine wirtschaftliche Form, die ihre Existenzberechtigung an gewissen Orten, besonders in den Bergen, hat. Die Kommunisten dürfen die kleinen Bauern nicht schädigen. Sie müssen während und nach der Revolution gewisse unvermeidliche Lösungen finden. Sie müssen verstehen und verständlich machen, daß nach dem Sturz des bürgerlichen Regimes selbst mit den mittleren Bauern ein Uebereinkommen möglich sein muß; aber vor der Revolution haben die Kommunisten die besondere Pflicht, dem ländlichen Kleinbürgertum keine Konzessionen zu machen, um nicht die Interessen der proletarischen Masse zu schädigen.

Aus diesen Gründen und weil ich die Ansicht unserer Parteileitung über diesen Gegenstand nicht genügend kenne, werde ich mich der Abstimmung enthalten.

SOKOLNIKOW. Der Genosse Graziadei sagte uns, daß er die marxistische Theorie in ihrer Anwendung in der Agrarfrage als eine Kinderei betrachte.

GRAZIADEI. Ich habe das nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß die Theorie über die Konzentration des Kapitals sich nicht überall in der Weise bewahrheitete, wie Marx sie im „Kapital" ins Auge faßte. Ich habe gesagt, daß es eine Kinderei einiger Genossen ist, wenn sie, vom Gesetz der Konzentration des Kapitals ausgehend, zu dem Schluß kommen wollen, daß alle kleinen Eigentümer in der bürgerlichen Welt verschwinden müßten.

SOKOLNIKOW. Das Wort ist nicht von großer Wichtigkeit. Der Genosse Graziadei sagt, daß die marxistischen Theorien irrig sind, was die Konzentration des Kapitals auf landwirtschaftlichem Gebiete anbetrifft.

Der Genosse Graziadei ist, wenn ich nicht irre, ein vortrefflicher Professor der politischen Oekonomie; aber im gegenwärtigen Fall, der die marxistische Theorie berührt, glaube ich wirklich, daß er es ist, der sich irrt, und daß er dem Beispiel der Professoren der politischen Oekonomie folgt, die manches Mal erklärt haben, daß die marxistische Theorie im allgemeinen nichts wert sei, wenn sie auf einen bestimmten Punkt angewendet werde.

Wenn es wirklich so wäre, daß die marxistische Theorie sich auf dem landwirtschaftlichen Gebiete nicht bewahrheitet, so müßte man die notwendigen Schlüsse ziehen, müßte dann zugeben, daß der ganze sozialistische und kommunistische Aufbau fallen müsse, wenn man zugibt, daß auf dem landwirtschaftlichen Gebiete die marxistischen Theorien nicht aufrecht zu erhalten sind.

Wenn es unmöglich ist, die sozialistische Produktion in der Landwirtschaft auf der Grundlage zu organisieren, die durch die kapitalistische Entwicklung gegeben ist, so bedeutet das offensichtlich den Zusammenbruch des sozialistischen Regimes in der Industrie. Im übrigen glaube ich, daß der Genosse Graziadei gegen die Anwendung der marxistischen Theorien auf die Land-

wirtschaft gesprochen hat, ohne festgestellt zu haben, daß die Zentren der landwirtschaftlichen Produktion ihren Ort verändert haben. Mitteleuropa hat aufgehört, die Kornkammer Europas zu sein. Die große landwirtschaftliche Produktion befindet sich jetzt jenseits des Ozeans. Es sind Nordamerika und während der letzten Jahre Südamerika, die die europäische Industrie nähren und die die Verproviantierung der europäischen Arbeitermassen ermöglichen.

Dies zwingt uns, von der Veränderung zu sprechen, die sich in Europa und Amerika im Laufe der Streiks und des letzten Jahres vollzogen hat. Ich möchte auch zu dem eine Bemerkung machen, was der Genosse Serrati gesagt hat, der findet, daß der Krieg den Bauern nicht etwa proletarisiert, sondern im Gegenteil bereichert hat. Er führt das Beispiel der italienischen Bauern an, die ihren Wollstrumpf voll Gold haben. Ich glaube, daß hier eine Unrichtigkeit besteht.

Es ist sicher, daß ein Teil der Bauern, derjenige, dem es möglich war, sein Getreide, die Produkte seines kleinen Besitzes, zu verkaufen, sich bereichert hat, aber in einer vollkommen konventionellen Form.

Ich werde auf diesen Punkt zurückkommen, aber ich möchte gleich bemerken, daß im Gegenteil ein großer Teil der Bauern durch den Krieg ruiniert worden ist. Hunderttausende hat der Krieg aus der bäuerlichen Masse hinweggerafft, und das bedeutet einen schrecklichen Schlag, einen Todesschlag für alle kleinen Besitzer.

Sie sind verdammt zu einem schwarzen Elend. Zahlreiche Bauern wollen auswandern oder in den Fabriken arbeiten. Der Krieg hat den kleinen Besitzern und Bauern zweifellos einen schrecklichen Schlag versetzt, indem er sie ruinierte.

Wenn man jetzt die Masse derjenigen betrachtet, die die Möglichkeit hatten, ihre landwirtschaftlichen Produkte zu verkaufen, so kann man sicher sein, daß sie viel Geld in ihre Wollstrümpfe gelegt haben. Aber ich zweifle stark daran, daß es Gold ist. Es sind Banknoten, Papier. Und dies ist eine Form

der Enteignung des bäuerlichen Besitzes durch den imperialistischen Krieg.

In Wirklichkeit wurden sie besitzlos und ihrer Güter enteignet. Für ihre reale Ware erhielten sie Papier, das nur wenig wert ist und dessen Entwertung immer steigt.

Sie haben das Beispiel der Schweiz angeführt, die nicht am Kriege teilgenommen hat und die ein kleines Land ist. Es ist unbestreitbar, daß der Krieg in Frankreich, Deutschland, Rußland eine Form der Enteignung der kleinen Bauern war. Wenn Genosse Serrati uns sagt, daß er nicht an den wahren Wert der allgemeinen Aenderung unserer Taktik in bezug auf die kleinen Bauern glaube, so stelle ich fest, daß es trotzdem eine Aenderung in unserer Taktik gibt. Es gibt keine Aenderung der Politik der kommunistischen Partei, aber es gibt eine Aenderung der Lage der kleinen Bauern. Man kann die Lage eines kleinen Bauern in Europa von 1801 zur Zeit des Napoleonischen Staatsstreiches nicht vergleichen mit der gegenwärtigen Lage eines kleinen Bauern in Europa. Eine große Arbeit ist während der Entwicklung des Kapitalismus vollbracht worden. Der kleine Bauer wurde in ganz bestimmten Formen proletarisiert und kam in eine sehr große Abhängigkeit vom Kapitalismus.

Die großen Banken, die Ausfuhrgesellschaften, die kapitalistischen Organisationen haben den kleinen Bauern, den kleinen Eigentümer auf verschiedene Weise in eine Situation gebracht, die nicht weit von der Lage eines Proletariers entfernt ist.

Und auf Grund dieser Aenderung der Lage des kleinen Bauern ist dieser der Sklave und der Feind des Kapitalismus geworden. Aus diesen Gründen wendet sich die Kommunistische Partei heute mit viel Aussicht auf Erfolg an diese kleinen Eigentümer, diese kleinen Bauern.

Die Lage der kleinen Bauern wurde durch die kapitalistische Entwicklung der letzten Jahre geändert. Der Krieg hat sie weiter tief umgewandelt. Daher diese Proletarisierung der Bauern, die wir jetzt feststellen. Der Krieg war die Ursache

der Enteignung des kleinen Bauern. Darum kann die Kommunistische Partei heute darauf rechnen, daß die kleinen Bauern, die Halbproletarier in ihre Reihen eintreten und gemeinsam mit den Arbeitern der Städte gegen den Kapitalismus und für die soziale Revolution kämpfen werden.

RAYMOND LEFÈVRE. Genossen, ich habe das Wort ergriffen, um mich über einige Erklärungen Serratis auszusprechen, der den Beweis seiner unversöhnlichen Stellungnahme auf opportunistische Erwägungen gegründet und behauptet hat, daß die Taktik der Kommunisten sich einzig und allein auf die Verbindung mit den Landarbeitern gegen die Kleinbauern stütze, und zwar aus dem Grunde, weil die Kleinbauern, falls die Kommunisten gleich nach der Eroberung der Macht ihnen sagen würden: „Ihr werdet Eure Privilegien behalten, ja sogar neue gewinnen", uns nicht Glauben schenken werden.

Es scheint mir (ich bitte um Entschuldigung für den Ausdruck) eine unvorsichtige Demagogie zu sein, wenn wir eine Sache nur insofern verteidigen und unterstützen, als wir hoffen, daß dieselbe für die Propaganda im Augenblick von Wert ist. Wir sind indessen nicht nur dazu hierher gekommen, um die Propaganda des Augenblicks zwecks Eroberung der Macht vorzubereiten, sondern ebenso dazu, um uns darüber Klarheit zu verschaffen, unter welchen Bedingungen wir bei uns daheim die kommunistische Gesellschaft werden organisieren können.

Außerdem hat Serrati im Namen des westlichen Europas gesprochen.

Mir scheint, daß er gesagt hat, daß die Lage in Westeuropa eine derartige sei, daß die in den Leitsätzen vorgeschlagene Taktik den Propagandabedürfnissen dort nicht genügen würde.

Ich teile diese Ansicht nicht. Ich glaube, daß sie im Gegenteil (ich kann nur von Frankreich reden, da ich Frankreich verhältnismäßig gut kenne) der Situation in Frankreich in genügender Weise nachkommt. Einerseits scheint es mir fast unmöglich zu sein, etwas zu beginnen, wenn wir die ganze Masse der französischen Kleinbauern gegen uns haben. Andererseits glaube ich, ohne so weit zu gehen wie Sokolnikow und ohne

seinen Optimismus zu teilen, daß in Frankreich doch schon bald gehandelt werden kann. Ich will damit sagen, daß, wenn der Krieg den Kleinbesitz in Frankreich auch nicht proletarisiert hat, er trotzdem einen großen Einfluß gehabt hat.

Die französischen Kleinbauern sind durch den Krieg scheinbar reich geworden. Aber in einer Gesellschaft, die dem Verfall preisgegeben ist, schwinden die Reichtümer ebenso rasch dahin, wie sie entstanden sind, und wir können bereits im voraus sagen, aus welchem Grunde und als Folge welches Entwicklungsprozesses der Kleinbesitz nach dem Kriege gelitten hat.

In Frankreich hatte die Bourgeoisie aus Wahlrücksichten scheinbar die Interessen der Kleinbauern unterstützt. Jetzt aber, nachdem über dieses Gesetz vor ungefähr 1½ Monaten debattiert worden ist, hat die Großbourgeoisie die Interessen der Kleinbauern in der Kornfrage in einer Weise fallen gelassen, daß die Lage der Kleinbauern bei uns binnen kurzer Zeit eine äußerst ernste sein wird.

Sokolnikow hat recht, wenn er behauptet, daß der Reichtum der Bauern nur ein Reichtum an Papier ist. Wir müssen hinzufügen, daß die Kleinbürger bisher aus dem Kriege in dem Sinne Nutzen gezogen haben, daß sie sich durch dieses Papier von den auf ihnen lastenden Hypotheken befreit haben. Die Begleichung der Hypothekenschulden ist bei uns vollzogen, und das Papier ist in die Bauernkassen gelangt; die französischen Bauern wissen jetzt, welchen Wert dieses Papier besitzt, wo sie es nicht los werden können.

Unser Bauer verachtet jeden (und ich glaube, das ist in der ganzen Welt der Fall), der Schulden macht. Dadurch wird der Bauer dazu geführt, den kapitalistischen Staat zu verachten, da es in Frankreich keine andere Politik gibt als die Politik des fortgesetzten Schuldenmachens.

Aus diesem Grunde fällt auch die kommunistische Propaganda bei uns auf dankbaren Boden. Wo ihr früher keine Sympathien entgegengebracht worden sind, wird ihr heutzutage ganz anders begegnet. Man kauft Broschüren, man bildet Gruppen. Eine Politik dagegen, die dazu führen würde, sich

diese Klasse zum Feinde zu machen, kann nur Unheil bringen. Außerdem wäre es unmöglich, nach der Eroberung der Macht die landwirtschaftliche Produktion ohne die Mitwirkung der Kleinbauern zu organisieren.

Ich protestiere nicht gegen den Standpunkt des Genossen Graziadei, der in den Leitsätzen einen Zusatz zugunsten der Großgrundbesitzer hinzufügen wollte. Es ist selbstverständlich, daß diejenigen, die sich der Sowjetregierung unterwerfen werden, zur Mitarbeit herangezogen werden müssen. Es ist aber nicht notwendig, in bezug auf sie einen Zusatz in die Leitsätze einzufügen, da ein solcher leicht als ein ihnen zukommendes Recht ausgelegt werden könnte.

MEYER. Genossinnen und Genossen, ich kann mich kurz fassen. Ich freue mich, daß hier italienische Genossen an den Beratungen teilgenommen und uns etwas über die Agrarfrage in Italien mitgeteilt haben. Leider waren sie in der Kommission aus fraktionellen Gründen nicht vertreten. Ich hoffe, daß sie der Agrarkommission noch weitere Mitteilungen machen werden. Ich schlage vor, die Vorschläge des Genossen Graziadei der Kommission zur Berücksichtigung zu überweisen. Ich stehe auf dem Standpunkt des Genossen Lefèvre, daß die Entschädigung der alten Großgrundbesitzer nicht erwähnt zu werden braucht. Die andere Einfügung über die Kooperativen wird von der Agrarkommission in irgend einer Form gern vorgenommen werden, da die Agrarkommission schon selbst diese Frage besprochen hat.

Was nun die Rolle der Kleinbauern anbetrifft, so stimme ich dem zu, was Genosse Sokolnikow ausgeführt hat. Es ist richtig, daß während des Krieges sowohl in den kriegführenden, als auch in den neutralen Staaten ein Teil des Kleinbauerntums aus seiner Produktion nicht nur den eigenen Bedarf gedeckt, sondern auch Ueberschüsse in Kapitalien verwandelt hat. Das ist geschehen und geschieht teilweise noch heute. Inzwischen sind aber die Preise für sämtliche Bedarfsartikel, besonders für Kleidung und landwirtschaftliche Geräte so stark gestiegen, es ist weiter der Steuerdruck für alle minderbemittelten Schichten so viel stärker

geworden, daß die bisher errungenen Vorteile auch für die Kleinbauern ausgeglichen werden. Wenn sich das noch nicht in allen Ländern zeigt, so wird und muß es doch in der nächsten Zeit in stärkerem Maße eintreten. Ich bin derselben Auffassung wie Genosse Sokolnikow, daß man die Kleinbauern jetzt auf die zu erwartende Verschärfung ihrer eigenen Lebensverhältnisse aufmerksam machen muß.

Ein Bruch mit dem sozialistischen Programm liegt in den Leitsätzen nicht vor. Genosse Serrati ist gegen die Leitsätze, weil er glaubt, daß die Kommunistische Internationale den Gedanken aufgegeben hat, daß die Großbetriebe zu nationalisieren sind. Das ist keineswegs richtig. Es ist nur darauf hingewiesen worden, daß es praktisch zur Zeit unmöglich ist, den kleinen Grundbesitz zu sozialisieren. Das liegt daran, daß das ländliche Proletariat allgemein für den gemeinwirtschaftlichen Betrieb nicht genügend vorgebildet ist und auch die technischen Hilfsmittel fehlen. Deshalb machen wir die Konzession, daß bis auf weiteres den Klein- und Mittelbauern und einem Teil der Großbauern das Privateigentum erhalten bleibt. Es ist vorgesehen, alle Vorbereitungen zu treffen, um dieses Uebergangsstadium zu überwinden, geistig im Sinne des genossenschaftlichen Betriebs auf das Klein- und Mittelbauerntum einzuwirken und ihnen die Vorteile eines kollektiven Betriebs vor Augen zu führen. Das ist der eine Weg, der vorgeschlagen wurde. Zweitens muß durch Festigung der proletarischen Macht, selbst unter Konzessionen an einzelne Schichten der ländlichen Bevölkerung, die technische Vorbereitung für die Ausdehnung des Großbetriebs stattfinden. Die proletarische Staatsmacht muß sich so befestigen, daß sie die Großindustrie absolut beherrscht, daß sie in der Lage ist, mehr landwirtschaftliche Maschinen zu produzieren. Sobald diese technischen Vorbedingungen vorhanden sein werden, wird es möglich sein, diese kleinen und mittleren Betriebe zusammenzuschweißen. Es liegt also kein Bruch mit unserem früheren Programm vor, sondern es werden uns im einzelnen die Wege bezeichnet, wie wir zur Sozialisierung der Landwirtschaft

kommen. Das ist der Sinn der Leitsätze. Damit glaube ich die Fragen, die hier in der Diskussion erörtert worden sind, beantwortet zu haben. Ich schlage Euch vor, die Leitsätze im Prinzip anzunehmen und die Vorschläge, die Genosse Graziadei gemacht hat, der Kommission zu überweisen. Wesentliches wird dann nicht mehr geändert werden.

SINOWJEW. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Leitsätze.

(Die Leitsätze werden einstimmig bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Die Sitzung schließt um 4 Uhr.)

Abendsitzung vom 4. August.

SINOWJEW. Im Namen des Büros schlage ich vor, über die Vorschläge derjenigen Genossen abzustimmen, die die endgültige Redaktion aller Leitsätze haben. *(Abstimmung.)* Wir schreiten jetzt zur Frage der Statuten. Als Berichterstatter hat das Wort Genosse Kabaktschijew.

KABAKTSCHIJEW. Genossen! Ehe ich die hauptsächlichen Erwägungen, die zugunsten der vom Exekutivkomitee vorgeschlagenen Statuten der Kommunistischen Internationale sprechen, prüfen werde, will ich bei den wichtigsten Einwendungen verweilen, die in der Kommission vorgebracht wurden.

Die Niederlage der II. Internationale erfolgte, als es der Bourgeoisie gelungen war, die internationale Solidarität des Proletariats zu zerstören. Eine der ersten Aufgaben der Kommunistischen Internationale ist deshalb die Wiederherstellung der proletarischen Solidarität. Aber man wird diese Solidarität allein durch die revolutionäre Tat des Proletariats der verschiedenen Länder verwirklichen können. Nur der revolutionäre Kampf zum Sturz des Kapitalismus wird es möglich machen, die von vornherein notwendigen Bedingungen für die Solidarität und Einheit des Proletariats der verschiedenen Länder zu schaffen. Die Notwendigkeit der Einmütigkeit im revolutionären Kampfe des Proletariats aller Länder wird auch durch die Tatsache bedingt, daß es eine internationale Vereinigung der Gegenrevolution gibt. Diese wird heute organisiert und geleitet von der Entente, vom Obersten Rat der Regierungen der großen kapitalistischen Länder und von ihrer Schöpfung und ihrem Agenten, dem Völkerbund.

Die Vereinigung und Zentralisation der proletarischen Kräfte ist die Hauptbedingung für den Erfolg der Revolution des Proletariats gegen die vereinigte Front der gegenrevolutionären Bourgeoisie. Die Kommunistische Internationale ist das Zentralorgan, welches die Vereinigung der proletarischen Kräfte der ganzen Welt verwirklichen kann.

Es gibt noch eine andere Ursache der Niederlage der II. Internationale. Die II. Internationale nahm alle Parteien auf ihre mündlichen oder schriftlichen Erklärungen hin auf; aber sie beschäftigte sich durchaus nicht damit, die wirkliche Taktik kennen zu lernen, welche die beigetretenen Parteien verfolgten. Sie duldete in ihrer Mitte Parteien, deren Taktik und Praxis sich in offensichtlichem Gegensatz zur Taktik des revolutionären Proletariats befanden. Noch mehr, sie nahmen kleinbürgerliche Parteien auf, welche nichts mit Sozialismus gemein hatten. Die Erfahrung der II. Internationale lehrt uns, daß die Kommunistische Internationale, um ihre Aufgaben zu erfüllen und ihr Ziel zu erreichen, eine streng disziplinierte und straff zentralisierte Organisation werden und daß sie die praktische Tätigkeit, die revolutionäre Handlung des Proletariats aller Länder übersehen, leiten und in Einklang bringen muß.

Der Sieg des revolutionären Proletariats in Rußland hat uns klar die Notwendigkeit einer starken Zentralisation der Organisation jeder kommunistischen Partei und folglich auch der Kommunistischen Internationale selbst gezeigt. Die Kommunistische Partei Rußlands kann als Muster und als Vorbild zur Nachahmung nicht allein durch ihre zielklare Politik und durch ihre streng marxistischen Handlungen, sondern auch durch ihre eiserne Disziplin und strenge Organisation dienen. Das Prinzip der Zentralisation und der Disziplin der Kommunistischen Partei Rußlands, welches die ganze revolutionäre Tätigkeit des russischen Proletariats beherrschte, wurde nach der Eroberung der Macht noch verstärkt, wurde auch auf die Sowjetorganisation der Republik ausgedehnt und hat dazu gedient, den revolutionären Sieg in unerschütterlicher Weise zu festigen. Ohne eine zentralisierte und disziplinierte Organisation hätte das rus-

sische Proletariat niemals triumphiert; ohne eine zentralisierte und disziplinierte Organisation wird das internationale Proletariat niemals die kapitalistische Herrschaft brechen. Man kann sich nicht vorstellen, wie das Proletariat ohne Zentralisation die bürgerliche Herrschaft stürzen und den kapitalistischen Staat, dieses über zentralisierte und mächtige Zwangsmittel verfügende Klassenwerkzeug, besiegen könnte. Wir sind alle darin einig, daß der Sieg der proletarischen Revolution ohne die Diktatur des Proletariats unmöglich ist. Aber wer Diktatur sagt, muß bei der Klasse, welche diese Diktatur ausübt, und der Partei, welche diese Klasse leitet, das Bestehen einer zentralisierten und streng disziplinierten Organisation voraussetzen. Ohne diese eiserne Disziplin und diese zentralisierte Organisation kann die Kommunistische Internationale nicht auf den Anbruch der proletarischen Diktatur rechnen. Die Aufgabe der Kommunistischen Internationale besteht in der Verschmelzung und Vereinigung der proletarischen Parteien und der anderen revolutionären proletarischen Organisationen aller Länder zu einem Kampfblock.

Die ökonomische Krise, die Folgen des imperialistischen Krieges haben in den meisten kapitalistischen Ländern eine revolutionäre Lage geschaffen, was wieder das rasche Anwachsen der Kommunistischen Internationale sicherstellt. Diese ist verpflichtet, die Massenorganisationen des Proletariats an sich zu ziehen. Das wirksamste, wenn nicht einzige Mittel, die Kommunistische Internationale vor der Gefahr zu schützen, daß durch das rasche Anwachsen die Reinheit ihrer revolutionären Taktik bedroht werde, ist wieder kein anderes, als sie auf der Grundlage einer starken Zentralisation zu organisieren. Die Annahme der auf dem Kongreß vorgeschlagenen Leitsätze gewährt noch keine Sicherheit dafür, daß die Parteien, welche sich der Kommunistischen Internationale angeschlossen haben, auch ihren Prinzipien und ihrer Taktik treu bleiben werden. Im Gegenteil, die Annahme der Zentralisation in der Organisation und die freiwillige und aufrichtige Unterordnung unter die Statuten der Kommunistischen Internationale werden erst die gemeinsame Basis bilden für alle Parteien, die sich schon dem Kommunismus angeschlossen haben oder sich in Zukunft anschließen werden.

Die vorgeschlagenen Statuten setzen die Grundlagen der Organisation der Kommunistischen Internationale fest. Aber die Organisation der Kommunistischen Internationale wird sich, besonders in Zukunft, nach Maßgabe der Ausdehnung der revolutionären Bewegung des internationalen Proletariats entfalten.

Einer der hauptsächlichsten prinzipiellen Einwürfe, welche gegen den Statutenentwurf gemacht werden, richtet sich gegen den Absatz, welcher der Einleitung folgt und wo gesagt wird: „Die Kommunistische Internationale stellt sich zum Ziel: mit allen Mitteln, auch mit den Waffen in der Hand, für den Sturz der internationalen Bourgeoisie und für die Schaffung einer internationalen Sowjetrepublik als Uebergangsstufe zur vollen Vernichtung des Staates zu kämpfen". Die Einwürfe, welche die Genossen in der erwähnten Frage gemacht haben, lauten: 1. Man darf nicht offen erklären und zugestehen, daß die Kommunistische Internationale sich zur Erreichung ihrer Ziele der bewaffneten Macht bedienen soll. 2. Andererseits darf in den Statuten nicht allein vom bewaffneten Kampf gesprochen werden. Man könnte daraus schließen, daß die anderen Kampfmittel fortfallen und die Kommunistische Internationale außer Gewehr und Maschinengewehr kein anderes Kampfmittel kennt. Der erste Einwand bedarf keiner näheren Kritik. Es sind schon 70 Jahre her, da die Gründer des revolutionären Sozialismus, Marx und Engels, das berühmte „Kommunistische Manifest" mit folgender Deklaration geschlossen haben: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung".

Ist es möglich, daß heute, wo wir das Beispiel der russischen proletarischen Revolution (einer Revolution, welche durch die Waffen siegte) vor Augen haben, wo die große siegreiche Rote Armee dem Imperialismus der Entente tödliche Schläge versetzt und den Weg für die proletarische Weltrevolution freimacht, wo wir behaupten, daß wir eine revolutionäre Epoche durchmachen, wo die Bourgeoisie offen gegen uns weiße

Garden organisiert und den Bürgerkrieg in einer Reihe von Ländern entflammt, ist es möglich, daß man uns nach all dem heute noch vorschlägt, zu schweigen, die Kommunistische Internationale schweigen zu machen über die Notwendigkeit der Anwendung des mächtigsten und wirksamsten Kampfmittels, des Kampfmittels, von dem vor allem der wirkliche Enderfolg der proletarischen Revolution abhängt? Nein, Genossen! Die Kommunistische Internationale muß in ihren Statuten mit aller Klarheit auf die Notwendigkeit der Anwendung des bewaffneten Kampfes hinweisen. Die Heuchelei über den Gebrauch dieses Mittels erspart uns nicht die Verfolgungen seitens der herrschenden Bourgeoisie, und es muß sehr laut gesagt werden, daß die Bourgeoisie unsere wahren revolutionären Ziele und unsere Kampfmittel ausgezeichnet kennt und dies gerade deshalb, weil sie sehr genau weiß, um was es sich handelt, und eine weiße Garde organisiert, um die anderen Institutionen in ihren Dienst zu zwingen. Die Kommunistische Internationale muß offen vor der ganzen Welt erklären, daß die Marschorder für die Revolution nur sein kann: entschlossener Kampf, Kampf mit der Waffe in der Hand gegen den Kapitalismus und für den Kommunismus.

Wir können in gleicher Weise den Genossen in der Kommission antworten, welche es für gefährlich hielten, die Notwendigkeit der Bildung illegaler neben den legalen Organisationen auszusprechen. (Siehe § 12 der Statuten.) Wenn es die Bourgeoisie in gewissen Ländern in ihrem Interesse gelegen findet, die kommunistische Partei für vogelfrei zu erklären, so würde sie dies auch so tun; wenn sie es für gut hält, dann wird sie es tun, wie sie es schon in mehreren Ländern getan hat.

Ist es deshalb für die kommunistische Partei vernünftig, ihre Ziele zu verheimlichen und die Idee der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes nicht zu propagieren? Durchaus nicht. Unter solchen Umständen von der Notwendigkeit der Bildung auch illegaler Organisationen zu schweigen, ist überflüssige Vorsicht und gibt Anlaß zur Verwirrung. Und noch mehr, Genossen, wir sagen: diese diplomatische Vorsicht ist gefährlich, denn

heute ist die illegale Organisation ebenso wichtig wie die legale. Und sie ist nicht allein wichtig, sondern auch unentbehrlich, notwendig; sie verlangt sich selbst. Denn wie Ihr wißt, hat der Kongreß schon die Leitsätze, welche die Frage entscheiden und zur Bildung von illegalen Organisationen verpflichten, angenommen. Genossen, welche schon für diese Leitsätze gestimmt haben, der Kongreß, welcher sie angenommen hat, widersprechen sich, wenn sie den in Frage kommenden Paragraphen der Statuten ablehnen. Nicht dadurch, daß wir den Artikel der Statuten über die illegalen Organisationen fallen lassen, parieren wir die Hiebe der Bourgeoisie, sondern indem wir lernen, indem wir uns an die Bildung illegaler Organisationen gewöhnen, welche die Nachforschungen und die Wachsamkeit der bürgerlichen Organe zunichte machen. Das brauchen wir; das ist revolutionäre Erfahrung und revolutionäres Recht.

Die Frage betreffend die Zusammensetzung des Exekutivkomitees hat sehr scharfe Diskussionen in der Kommission selbst hervorgerufen. Ich werde die wichtigsten Einwendungen, die gemacht wurden, wiedergeben. Einige Genossen halten es infolge der augenblicklichen Schwäche der kommunistischen Partei ihres Landes für unmöglich, ein Mitglied herzugeben, um es ständig in das Exekutivkomitee zu entsenden. Andere sagen, daß die kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder keine regelmäßige Korrespondenz mit ihren Delegierten im Exekutivkomitee unterhalten können und daß infolgedessen diese Delegierten über die Lage ihres Landes und über den Stand der revolutionären Bewegung wenig informiert sein werden. Diese Erwägungen erschienen mir wenig stichhaltig im Vergleich zur Rolle, welche die Kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee spielt und spielen muß. Wenn es wahr ist, daß wir in einer revolutionären Epoche leben, in der die Kommunistische Internationale alle Tage wichtige und unmittelbare Aufgaben zu erfüllen hat, in der fortgesetzt Fragen von Weltbedeutung entstehen und entstehen werden, die unbedingt Antwort erheischen, wenn es wahr ist, daß die Kommunistische Internationale eine mächtige zentralisierte Kampforganisation

sein muß, dann muß sie von einem Zentrum aus geleitet werden, wo sie vertreten ist und wo ständig die größten kommunistischen Parteien vertreten sein müssen. Die Aufgaben der Kommunistischen Internationale sind so wichtig, daß jede kommunistische Partei aus ihrer Mitte einen verdienstvollen Genossen, welcher der Größe der Aufgabe gewachsen ist, wählen muß, um im Exekutivkomitee vertreten zu sein und um auf diese Weise enge Verbindung mit der Kommunistischen Internationale zu unterhalten. In seinen Beschlüssen wird sich das Exekutivkomitee nicht auf die tatsächliche internationale Lage stützen können, wenn es nicht in seiner Mitte die Vertreter der großen kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder hat. Im Gegenteil, es ist zu befürchten, daß die kommunistischen Parteien, welche im Exekutivkomitee keine Vertreter haben, in gewissen Fällen es ablehnen werden, die Beschlüsse des Exekutivkomitees als bindend anzusehen unter dem Vorwand, daß das Exekutivkomitee die wahre Lage in ihren Ländern nicht kennt und Beschlüsse faßt, ohne sich vorher mit ihnen zu beraten.

Einige Genossen haben verlangt, daß das Exekutivkomitee aus Vertretern aller Parteien, welche der Kommunistischen Internationale angehören, zusammengesetzt werde, und zwar soll jeder Vertreter beschließende Stimme haben. Die genannten Genossen fürchten, daß anderenfalls die kleineren Länder und die kleinen Parteien ohne Vertreter im Exekutivkomitee bleiben. Ich vertrete ein kleines Land, aber die kommunistische Partei ist dort straff organisiert und vereinigt selbst die Arbeiter und Bauern; ich bin überzeugt, daß der Kongreß bei der Bestimmung der Mitglieder des Exekutivkomitees nicht die territoriale Größe der Länder, wohl aber die reale Kraft der kommunistischen Parteien in Betracht ziehen wird. Wenn allen Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören, das Recht auf Vertreter mit beschließender Stimme im Exekutivkomitee zuerkannt wird, dann wird es ein zu schwerfälliger Apparat werden, der der Gefahr ausgesetzt sein wird, durch die kleinen und schwachen Parteien majorisiert zu werden und der niemals eine festumgrenzte Zusammensetzung haben würde.

Die Stärke des Exekutivkomitees muß endgültig vom Kongreß bestimmt werden, der aber lieber nicht die Personen, sondern die Parteien bezeichnen soll, welche im Exekutivkomitee vertreten sein sollen. Die Statuten geben allen Parteien das Recht, im Exekutivkomitee mit beratender Stimme vertreten zu sein. Das genügt.

In der Kommission wurde die Frage gestellt, ob man dem Exekutivkomitee das Recht geben soll, aus der Kommunistischen Internationale Personen, Gruppen oder selbst Parteien, welche die Beschlüsse des Weltkongresses nicht erfüllen, auszuschließen. (§ 9 der Statuten.) Aber dieses Recht ist gerade die notwendige materielle Sanktion aller anderen Rechte, die wir dem Exekutivkomitee durch die Statuten zugestehen werden. Wie können die Beschlüsse des Exekutivkomitees das nötige Ansehen und die verpflichtende Kraft haben, wenn es nicht das Recht des Ausschlusses hat? Dem Exekutivkomitee dieses Recht nicht zu geben, heißt zur alten Praxis der II. Internationale zurückzukehren.

Schließlich geben die Statuten dem Exekutivkomitee das Recht, Organisationen und Parteien, welche mit dem Kommunismus sympathisieren, heranzuziehen, indem es ihren Vertretern beratende Stimme gibt.

Man hat auch die Frage aufgeworfen, ob das Exekutivkomitee das Recht hat, zwei Parteien desselben Landes mit beschließender Stimme aufzunehmen. Die Kommission hat diese Frage nicht entschieden, sie ist in den Statuten offen geblieben. Ich denke, daß es in der Kommunistischen Internationale nur eine kommunistische Partei jedes Landes geben darf. Dies ist unumgänglich notwendig, um die Einheitlichkeit der kommunistischen Bewegung in jedem Lande zu erhalten. Wenn die Kommunistische Internationale beginnt, dem Beispiel der II. Internationale zu folgen, d. h. in ihre Reihen zwei oder mehrere Parteien desselben Landes aufnimmt, so wird dies die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in den Ländern behindern, in denen konkurrierende kommunistische Organisationen bestehen, die von gewissenlosen Elementen geschaffen

wurden und manchmal von der Bourgeoisie selbst beeinflußt, unterhalten werden.

Die Erfahrungen, welche das Exekutivkomitee mit den Hilfsbüros in Amsterdam und in Berlin gemacht hat, zeigen uns die Notwendigkeit, daß alle Organe und Büros, welche durch das Exekutivkomitee geschaffen werden, demselben unmittelbar unterstellt sein müssen und sich nur innerhalb der von ihm gegebenen Richtlinien bewegen dürfen. Nur auf diese Weise werden wir eine zentralisierte und disziplinierte internationale kommunistische Organisation schaffen.

BAMATTER. Die Kommission für die Statuten hat die Redaktionskommission beauftragt, die redaktionellen Aenderungen und die Anträge in den Statuten anzubringen. Es war keine leichte Arbeit für uns, denn wir hatten als Grundlage einzig die drei Entwürfe, die aus dem Russischen übersetzt waren, von denen aber keine einzige Uebersetzung richtig war. Wir können deshalb keine gereinigten Statuten unterbreiten, sondern ich verlese nur die Anträge und die prinzipiellen stilistischen Aenderungen, die in der Redaktionskommission vorgenommen worden sind. Die Statuten müssen noch einmal an die Kommission zurückgehen. In der deutschen Uebersetzung fehlt im zweiten Abschnitt auf der ersten Seite ein Satz, der in das Zitat eingefügt werden muß.

In den französischen Statuten ist dieser Satz vorhanden. Dann sind einige kleine stilistische Aenderungen vorgenommen worden, über die es in der Kommission eine große Auseinandersetzung gab. Es handelt sich um die Zeile, in der davon gesprochen wird: „Die Kommunistische Internationale stellt sich zum Ziel" usw. Das ist abgeändert worden wie folgt: „Die Kommunistische Internationale stellt sich zum Ziel: mit allen Mitteln, auch mit den Waffen in der Hand" etc. Eine weitere Abänderung ist auf Seite 3 im ersten Abschnitt letzter Satz vorgenommen worden, der jetzt lautet: „Die Kommunistische Internationale verpflichtet sich, jede Sowjetrepublik zu unterstützen, wo immer sie auch geschaffen wird". Die Paragraphen 1, 2, 3 wurden einstimmig ohne Aenderungen angenommen. Im

Paragraphen 4 ist im zweiten Satz folgende Aenderung angebracht worden: anstatt „Der Weltkongreß tritt in der Regel . . ." heißt es: „Der Weltkongreß tritt regelmäßig einmal jährlich zusammen". Der dritte Satz vom Paragraphen 4 ist gestrichen worden, ebenso der letzte Satz. Die Paragraphen 5, 6, 7 sind ohne wesentliche Aenderungen angenommen worden. Im Paragraphen 8 sind einige stilistische Abänderungen getroffen worden. So hieß es z. B. im ersten Satz: „Die Hauptlast und Verantwortung" usw. Jetzt heißt es: „Die Hauptlast des Exekutivkomitees lastet auf der Partei" . . . usw. Dann weiter im zweitletzten Satz von Paragraph 8 anstatt „Die zehn größten Parteien" heißt es nun: „die 10 bis 13 bedeutendsten kommunistischen Parteien". Am Schluß des neunten Paragraphen wurde folgender Antrag hinzugefügt: „Die Vertreter des Exekutivkomitees erledigen ihre politischen Aufgaben im engsten Kontakt mit der Parteizentrale des betreffenden Landes". Im letzten Satz des Paragraphen 10 heißt es nun: „Die aber mit der Kommunistischen Internationale sympathisieren und ihr nahe stehen". Paragraph 11 ist unverändert angenommen worden. Im Paragraphen 12 ist folgendes am Schlusse des Satzes hinzugefügt worden: „Die allgemeine Lage in ganz Europa und Amerika zwingt die Kommunisten der ganzen Welt zur Schaffung illegaler kommunistischer Organisationen neben der legalen Organisation". Der erste Satz des Paragraphen 13 heißt nun anstatt: „In der Regel gehen alle wichtigen politischen Mitteilungen" etc. In der Regel wird der politische Verkehr zwischen den einzelnen der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale geführt". Im Paragraph 14 heißt es im ersten Satz anstatt: „unter der Kontrolle" etc. „unter der Leitung der Kommunistischen Internationale". Im zweiten Satz anstatt: „die kommunistischen Gewerkschaften delegieren" . . . heißt es jetzt: „Diese Gewerkschaften delegieren" . . . Im Paragraph 15 ist folgendes abgeändert: „Die Kommunistische Jugendinternationale ist als Mitglied der Kommunistischen Internationale wie alle übrigen dieser und ihrem Exekutivkomitee unter-

geordnet"... Der letze Satz vom Paragraph 15 wird gestrichen. Die Paragraphen 16 und 17 sind unverändert angenommen worden. Das sind alle angebrachten Abänderungen. Das gereinigte Statut wird erst später unterbreitet werden können.

BILAN. Unsere Organisationsstatuten sind eine der wichtigsten Fragen, die wir entscheiden müssen. Die Disziplin in der Kommunistischen Partei Rußlands hat dazu beigetragen, daß diese Partei eine so wichtige Rolle spielen konnte. Deswegen müssen wir die Statuten genau prüfen, und wenn wir sie annehmen, müssen wir bereit sein, sie in vollem Maße durchzuführen und die Statuten nicht einfach als ein Stück Papier betrachten. In einigen Paragraphen war die Redaktion dieser Statuten in den verschiedenen Sprachen verschieden, und darum war es für die Mitglieder der Kommission unmöglich, in einigen Fragen zu einer Einigung zu gelangen. Bezüglich der Frage des bewaffneten Kampfes sagte der Vorredner, daß es notwendig sei, die Redaktion zu ändern. Nach seiner Meinung ist im Wortlaut dieses Paragraphen der Begriff des Zieles mit dem der Mittel verwechselt. Diese Begriffe dürfen nicht verwechselt werden; wir wollen den bewaffneten Kampf nicht als Ziel der revolutionären Bewegung hinstellen, sondern als ein uns aufgezwungenes Mittel. Wir müssen auch klarstellen, unter welchen Umständen solch ein bewaffneter Kampf zur Notwendigkeit wird. Sonst, wenn wir im allgemeinen dazu auffordern, können wir erleben, was schon manchmal geschehen ist, nämlich daß Leute, die anarchistisch gesinnt sind, auffällig mit Handgranaten herumhantieren, was dann als ein bewaffneter Kampf im Sinne der Kommunistischen Internationale ausgelegt wird. Wenn wir überhaupt den bewaffneten Kampf als allgemeine Regel aufstellen, ohne die Verhältnisse in jedem einzelnen Lande in Betracht zu ziehen, d. h. ohne Rücksicht darauf, ob die Verhältnisse reif genug sind und ob solch ein bewaffneter Kampf wirklich notwendig und praktisch möglich ist, dann kann es geschehen, daß in einigen Ländern, wo die Möglichkeiten dieses Kampfes noch nicht vorhanden sind, die Aufforderung zum bewaffneten Kampf als eine Art Provokation wirken

könnte. Ich weise auf das Beispiel der K. A. P. D. hin, wo der Begriff des bewaffneten Kampfes nicht in einem reifen, ernsten Sinne erfaßt ist und nur zu schädlichen Folgen führt. In der Kommission habe ich zu einigen Paragraphen des Statutenentwurfs einige Abänderungsvorschläge gemacht, die aber von der Kommission nicht angenommen worden sind. Ich will sie jetzt vor das Plenum bringen. Ich schlage vor, daß folgende Sätze hinzugefügt werden: „Die Kommunistische Internationale hat zum Ziel den Sturz der internationalen Bourgeoisie zwecks Befreiung der Menschheit von den Fesseln der Sklaverei und Ausbeutung. Sie ist entschlossen, sich des bewaffneten Kampfes gegen die internationale Bourgeoisie als des vorzüglichsten Mittels zur Erreichung dieses Zieles zu bedienen".

Im Paragraphen 12 der Statuten heißt es: „Die allgemeine Lage" usw. Es gibt Länder, wo noch die Möglichkeiten für eine legale Agitation und Arbeit im Interesse der kommunistischen Ideen bestehen. Wenn wir den Paragraphen in seiner jetzigen Redaktion beibehalten, so geben wir den Regierungen dadurch Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß die Parteien in dem betreffenden Lande der Kommunistischen Internationale angehören, während diese dazu aufruft, illegale Organisationen zu haben. Das könnte für die Regierungen ein Vorwand sein, die Genossen auch dort sehr scharf zu verfolgen, wo sie sonst vielleicht noch die Möglichkeit hätten, legal zu kämpfen. Darum schlage ich vor, eine kurze Aenderung in diesem Satz vorzunehmen, nämlich aus diesem Paragraphen die Worte zu streichen, die den Sinn haben, daß es für die zur Kommunistischen Internationale gehörigen Parteien obligatorisch sei, illegale Organisationen zu schaffen.

WIJNKOOP. Ich habe in der Kommission nicht über diesen Punkt abgestimmt, und ich bin der Meinung, daß man es auch nicht tun kann, sondern daß diese Frage den Parteien in den verschiedenen Ländern erst zur Untersuchung übergeben werden muß. Ich meine, daß Statuten etwas sehr Wichtiges sind, und daß man in den einzelnen Ländern genau wissen muß, worüber man miteinander in dieser Sache übereingekommen ist.

Das kann nur geschehen, falls in den einzelnen Ländern in den Parteien eine Diskussion darüber stattfindet. Die Diskussion, die wir heute Abend hatten und die Diskussion in der Kommission ist nicht genug. Ich habe also darüber nicht abgestimmt und werde mich auch im Plenum der Stimme enthalten. Ich sage: Statuten sind etwas sehr Wichtiges, weil ich der Ansicht bin, daß sie auch durchgeführt und zur Wirklichkeit werden müssen; in diesem Falle müssen die Statuten das bringen, was die verschiedenen Parteien in den diversen Ländern nach einer eingehenden Diskussion als ihren Willen kundgeben. Für mich ist die Hauptsache Paragraph 8, und da steht: „Die Hauptarbeit des Exekutivkomitees lastet auf der Partei des Landes, wo auf Beschluß des Weltkongresses das Exekutivkomitee seinen Sitz hat" usw. Ich sage, es scheint mir, als werde ein Internationales Exekutivkomitee gebildet, in Wirklichkeit ist es aber nicht der Fall, sondern es wird hier ein erweitertes russisches Exekutivkomitee gebildet. Nun muß man mich auch verstehen. Ich habe nichts gegen ein russisches Exekutivkomitee einzuwenden, falls das nötig ist, und vielleicht ist es jetzt nötig. Falls wir wirklich kein internationales Exekutivkomitee haben können, müssen wir ein russisches haben, weil die russische Partei die revolutionärste und die mächtigste ist. Ich habe nichts dagegen, aber dann soll man es auch sagen; man soll nicht so tun, als bekämen wir ein internationales Exekutivkomitee. Man soll sagen: in diesem Moment können wir nichts anderes haben als eine russische Exekutive; dieser Kongreß gibt die exekutive Macht in die Hände des russischen Exekutivkomitees. Ich würde ohne weiteres dafür sein. — Warum geht aber meine Ansicht dahin, daß es sich hier nur um ein erweitertes russisches Exekutivkomitee handeln wird, und daß man hier in diesem Moment keine andere Exekutive haben kann? Weil ich über den Boykott nicht so optimistisch denke wie einige Genossen. Er besteht für Rußland und wird vielleicht nicht so bald abgeschwächt werden, obwohl manche glauben, daß er schon abgeschwächt ist. Sollte das der Fall sein, so wäre natürlich mein Argument nicht mehr am Platze. Vorläufig ist es aber nicht der

Fall. Ich gebe nur ein Beispiel. Wenn man hier ist, d. h. wenn man die Delegierten der größten Parteien hierhersendet, so können diese Delegierten die Weltlage nicht kontrollieren; denn sie bekommen keine Berichte über die Weltpolitik. Sie hören nicht genug über die Organisationen in den verschiedenen Ländern; man bekommt nur Berichte darüber, was hier geschieht. Falls es möglich ist, daß zehn der besten Männer der internationalen Bewegung hierher geschickt werden, dann verlieren sie den Kontakt mit ihrem eigenen Lande, dann werden sie nur von Rußland informiert, und ob sie nun große oder kleine Charaktere und Intelligenzen sind, sie werden geführt werden müssen von den russischen Informationen und also von der russischen Exekutive. Das kann nicht anders sein, und es ist auch nicht anders denkbar, weil sie den Kontakt mit ihrem eigenen Lande verlieren. Ich sage also, daß die Personen, die hierher kommen, den Kontakt mit ihren Ländern verlieren, und falls man in dieser Exekutive Beschlüsse faßt, wird man vielleicht in diesen Ländern sagen: Dort weilt dieser und jener unserer Führer; er ist doch auch dabei gewesen und doch hat man diesen oder jenen Beschluß angenommen, der schlecht ist, weil er der wirklichen Situation in den Ländern Europas und Amerikas nicht Rechnung trägt. Die Arbeiter dieser Länder würden sich noch mehr loslösen von ihren Führern, die doch hierher gekommen sind, um die Verbindung zwischen Moskau und der Welt aufrecht zu erhalten; denn sie würden zur Ueberzeugung gelangen, daß ihre Führer den sicheren Ueberblick über die Weltlage verloren haben. Ich meine also, daß man die Sache nicht so machen kann.

Ich habe den Vorschlag gemacht, die Exekutive außerhalb Rußlands unterzubringen. Ich glaube, diese Frage sollte hier diskutiert werden. Ich habe Italien oder Norwegen als Aufenthaltsort für die Exekutive vorgeschlagen, weil ich meine, daß die Arbeiterbewegung jetzt in diesen Ländern stark genug ist, um dort die Zusammenkunft einer internationalen Exekutive zustande zu bringen. Genosse Levi hat Deutschland als Sitz der Exekutive vorgeschlagen; ich wäre übrigens mit Deutschland

ebenso einverstanden wie mit Norwegen oder Italien; einerseits weil in diesen Ländern eine genügend starke Arbeiterbewegung vorhanden ist, andererseits weil man dort auch über die Weltlage informiert ist. Die russische Delegation kann doch auch nach Norwegen kommen und auch nach Italien. Der Genosse Levi meint, sie könne auch nach Deutschland kommen. Diese Frage habe ich zur Diskussion vorgeschlagen. Wenn der Kongreß meint, daß eine Veränderung des Sitzes der Exekutive unmöglich ist, dann kann in diesem Moment kein wirklich internationales Exekutivkomitee bestehen, und man muß sich mit einem russischen begnügen. Diese Frage ist sehr wichtig, weil wir diesem Exekutivkomitee eine sehr große Macht geben, die so weit geht, daß die Exekutive sogar ganze Parteien, Gruppen und Personen ausschließen kann. Das kann sie doch aber nur tun, wenn sie die Situation in den verschiedenen Ländern ganz genau kennt. Das ist der Grund, warum ich der Meinung bin, daß man die Statuten nicht ohne weiteres in ihrer jetzigen Fassung annehmen kann.

SINOWJEW. Es wird vorgeschlagen, die Rednerliste zu schließen. Sind Einwände dagegen vorhanden? *(Der Vorschlag wird angenommen.)*

LEVI. Die Fragen, die hier erörtert wurden, sind so schwerwiegend, daß es schade ist, daß sie in einem Zustande erörtert werden, in dem die Delegierten der Sache vor Erschöpfung nicht mehr genügend folgen können. Zunächst schlage ich vor, zu Paragraph 8 die Worte zu streichen: „nicht weniger denn". Der Satz, auf den es mir ankommt, würde lauten: „Die Partei des betreffenden Landes entsendet fünf ihrer Vertreter" usw.

Aus dem Zusatz „nicht weniger denn" könnten Mißverständnisse entstehen, und es könnte daraus das Recht abgeleitet werden — was nach meiner Meinung von denen, die es vorgeschlagen haben, gar nicht beabsichtigt ist —, als könne das Land, in dem das Exekutivkomitee seinen Sitz hat, eine beliebig hohe Zahl Vertreter in das Exekutivkomitee delegieren. Fünf Vertreter sollen es sein, nicht mehr und nicht weniger.

Weiter ist nach meiner Meinung an den Ausführungen des Genossen Wijnkoop einiges richtig, und zwar das eine, daß der lebendige Kontakt mit den einzelnen Parteien des einzelnen Landes jedem Vertreter, der vom Auslande hierher delegiert wird, nach einiger Zeit wird verloren gehen. Ich drücke das nicht so aus, wie Genosse Wijnkoop, daß der Delegierte, der hierher geschickt wird, nach einiger Zeit lediglich auf die russischen Informationen angewiesen sein wird, sondern ich drücke es so aus, daß er vom Augenblick an, wo er auf russischem Boden ist, nur auf eben dieselben Informationsquellen angewiesen ist wie die russischen Genossen. Wenn Radek einwirft, in einem anderen Lande sei das nicht anders, so ist das prinzipiell richtig, aber praktisch anders. Dort ist nicht der Zustand, daß beispielsweise Briefe oder Zeitungen auch nur von Deutschland etwa zehn Tage unterwegs sind. Und ich sage, daraus werden sich ganz zweifellos große Schwierigkeiten ergeben; denn wenn das Exekutivkomitee Dinge zu entscheiden hat, so wird zweifellos die Mangelhaftigkeit der Informationsmöglichkeiten unter Umständen die Entscheidung beeinflussen. Und wie sehr das zutrifft, habe ich bereits gestern in einem Fall in der Kommission ausgeführt.

Die russischen Genossen haben den holländischen Genossen ein Mandat gegeben. Als wir die Entscheidung in Deutschland sahen, sagten wir sofort, das sei ein Mißgriff. Und als die Genossen in Holland das Mandat sahen, sagten sie sofort dasselbe. Aus alledem folgere ich nicht — denn andere Gründe sprechen zu sehr dafür — dagegen, daß das Exekutivkomitee hier bleiben soll, sondern ich bin dafür, daß es hier bleibt. Aber ich sage: Wir müssen irgend eine Möglichkeit schaffen, um wichtige Entscheidungen, die keinen Aufschub dulden, so zu gestalten, daß wirklich die Vertreter, die eigens zu diesem Zweck hierherkommen, entscheiden können. Und deswegen geht mein weiterer Vorschlag dahin, daß alle drei Monate eine Plenarsitzung des Exekutivkomitees stattfinden muß. Damit ist nach meiner Meinung das gesagt, was gesagt sein muß, um dafür zu sorgen, daß in besonders wichtigen Entscheidungen die Ver-

treter der Parteien entscheiden können, die gerade für solche Fälle besonders informiert sind und die in engster Verbindung mit ihrer Partei stehen.

Weiter beantrage ich, den Paragraph 12 der Statuten folgendermaßen zu ändern: angefangen von den Worten „Das Exekutivkomitee" den Paragraphen zu streichen und an seine Stelle folgendes zu setzen: „Das Exekutivkomitee ist verpflichtet" usw.

Nach meiner Ansicht ist es nicht nötig, diesen illegalen Organisationen, die hier vorgesehen sind, in den Statuten eine besondere Stelle zu geben. Was wir zu illegalen Organisationen zu sagen haben, steht ohnehin in irgend einem unserer Leitsätze. Es genügt also vollständig die allgemeine Feststellung, daß das Exekutivkomitee für die Durchführung der Beschlüsse des Kongresses zu sorgen hat. Damit ist alles gesagt, und ich glaube, daß vielen Parteien, die der Kommunistischen Internationale angeschlossen sind, aus dieser praktischen Nichtnennung dieser illegalen Organisationen nur Vorteile erwachsen können.

GALLACHER. Wegen der Gründung einer vereinigten kommunistischen Partei in England muß ich gerade in bezug auf das Programm, das hier verlesen wurde, sagen, daß tatsächlich die Kommunisten in England, die jetzt unter dem Banner der kommunistischen Partei marschieren, mit einer Hand die Kommunistische Internationale halten und mit der anderen die Zweite, daß sie nicht entschieden auf dem Standpunkt der Kommunistischen Internationale stehen. Die British Socialist Party (B. S. P.) gilt auch für eine kommunistische Partei und gehört zugleich der Labour Party an. Die Labour Party ist ein Konglomerat aus den verschiedensten Parteien, die auf entgegengesetzten Standpunkten stehen. Ich sehe darin einen Widerspruch und einen Grund, die Frage zu stellen, ob die B. S. P. als eine wirklich kommunistische Partei betrachtet werden kann. Genosse Radek hat mich gefragt, ob ich nicht selbst als Beamter der Gewerkschaften in der Labour Party stehe. Ich antworte darauf, daß ich kein Beamter, sondern ein Mitglied der Labour Party bin. Es ist ein Unterschied zwischen dem, der gezwungen ist, in eine Arbeiterorganisation

einzutreten, und demjenigen, der in eine nichtkommunistische Organisation freiwillig eintritt. Um wirkliche Macht in die Hände zu bekommen, müssen wir erstens dafür sorgen, daß wir die Massen aufwiegeln, gegen die Kapitalisten und die Industriellen energisch zu kämpfen. Das ist der erste wichtige Schritt. Dann müssen wir dafür sorgen, daß wir eine Organisation für den bewaffneten Kampf schaffen. Die B. S. P., die hier als kommunistische Partei gilt, ist eigentlich gar nicht für den bewaffneten oder physischen Kampf. Sie ist pazifistisch gesinnt, wenn auch der Genosse Quelch bestreitet, gesagt zu haben, daß er selbst gegen jede Gewaltanwendung in diesem Kampfe sei.

Die Gewerkschaftsbewegung in England kann niemals für den Kommunismus gewonnen werden; im Gegenteil, man muß diese ganze Organisation als das kräftigste Bollwerk zum Schutze des Kapitalismus gegen die soziale Revolution betrachten. Einige Delegierte, Vertreter der Gewerkschaftsbewegung, die hier gewesen sind und mit offenen Armen empfangen wurden, traten, als sie nach England zurückkamen, in großen Versammlungen auf und zeigten, wie sie hier dekoriert worden sind. Wenn es gilt, wirklich für die Arbeitersache zu kämpfen, beteiligen sie sich an Schiedsgerichten. Damit schädigen sie den revolutionären Kampf.

REED. Ich bin nicht einverstanden mit denen, die den Punkt über den bewaffneten Aufstand nicht in die Leitsätze aufnehmen möchten. Ich stütze mich besonders auf die Erfahrungen in Amerika. Die Arbeiter werden nicht verstehen, daß man so etwas verschweigt. Und würden sie es wissen, so würden sie es so auslegen, als fürchte die Partei sich vor den Konsequenzen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß, mag man sich noch so legal ausdrücken, die Regierung doch jedesmal, wenn es ihr darauf ankommt, Ausnahmegesetze gegen die Kommunisten oder Revolutionäre zu schaffen, die Möglichkeit findet, das Allerlegalste in das Illegalste zu verwandeln. Aus diesem Grunde bin ich gegen das Verschweigen. Außerdem wünsche ich, daß man den Paragraphen 14, in dem von der Roten Internationale der Gewerkschaften die Rede ist, nicht in die Statuten aufnimmt, oder jeden-

falls nicht darüber abstimmt, bevor die ganze Gewerkschaftsfrage von der Kommission beraten und hier besprochen worden ist. Man hat hier gestern deutlich gesagt, man würde alle Fragen, die die Gewerkschaften angehen, erst in der Kommission behandeln und dann dem Kongreß unterbreiten. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß überhaupt die Rede davon war, daß die Gewerkschaftsinternationale in einem loseren Verhältnis zu der Kommunistischen Internationale stehen müsse. Nach dem, was hier in Paragraph 14 gesagt wird, scheint es aber, daß die Gewerkschaftsinternationale zu einer Sektion der Kommunistischen Internationale werden soll. Nach den neuen Statuten wird sogar die Jugendinternationale eine viel größere Autonomie haben als die Gewerkschaftsinternationale. Aus diesem Grunde möchte ich bitten, über diesen Punkt nicht jetzt abzustimmen.

FRAINA. Zu allererst möchte ich das betonen, was Reed über die Gewerkschaftsinternationale gesagt hat. Dies ist eine Lebensfrage. Ebenso wie wir die II. sozialistische Internationale zerbrochen haben, so müssen wir jetzt die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zerbrechen — das ist eine unumgängliche Bedingung für unseren Kampf gegen den Weltimperialismus. Aber wir sind der Ansicht, daß diese Frage getrennt behandelt werden muß und nicht als ein Teil der Statuten, da sie ernste Ueberlegung erfordert. Wir würden gern einige Anträge dazu vorbringen.

Was die Statuten anbetrifft, so befinde ich mich in vollkommenem Gegensatz zu dem Vorschlag der Genossen Wijnkoop und Levi, daß die Exekutive der Internationale in einem anderen Lande als in Rußland sein könnte. Viele Genossen fürchteten vor dem Kongreß, daß es wegen der Blockade, des Mangels an hinreichenden Informationen über die Weltbewegung, wegen der Erfordernisse der „praktischen Politik" notwendig sein könnte, die Exekutive in irgend einem anderen Lande zu haben. Aber jetzt muß man feststellen, daß alle diese Befürchtungen grundlos waren. Die russischen Genossen wissen genau, was vorgeht; keiner auf diesem Kongreß hat einen

besseren internationalen Geist gezeigt als die Genossen der russischen Partei. Weiter wurde das Argument vorgebracht, daß die Exekutive in dem Lande sein müsse, welches für den Augenblick das Zentrum der Weltrevolution darstelle. Wir sind über das Stadium der bloßen Agitation hinaus; wir sind jetzt im Stadium der aktuellen Aktion; die Weltrevolution ist eine Tatsache, und die Strategie und die Taktik der Kommunistischen Internationale müssen sich nach dieser Tatsache richten. Auf das Land, das gegenwärtig das Zentrum der Weltrevolution ist (in diesem Falle Rußland), richten sich alle Weltkräfte des Imperialismus und der Revolution und zwingen die kommunistische Bewegung in diesem Lande, unbedingt am internationalen Standpunkt festzuhalten, denn sonst würde sie zusammenbrechen. Alles, was sich in der Welt ereignet, betrifft eng die russischen Genossen, nicht als eine Sache der Theorie oder der Tendenz, sondern als eine Frage um Leben oder Tod. Was heute in England vor sich geht, betrifft Rußland unmittelbar viel mehr als die Vereinigten Staaten; was in den Vereinigten Staaten vor sich geht, betrifft Rußland viel mehr als England. Und so mit jedem Lande. Die Weltpolitik konzentriert sich um Sowjetrußland. Ueber die intimsten Dinge in der Politik unserer eigenen imperialistischen Regierungen sind die russischen Genossen häufig besser informiert als wir. Wenn nichts anderes, so zwingen die objektiven Bedingungen die russischen Genossen zum internationalen Standpunkt. Wenn sie die Kontrolle über das Exekutivkomitee haben, dann ist die Garantie vorhanden, daß man den Problemen mit internationalem Geiste begegnen wird. Es ist unsinnig, vorzuschlagen, das Exekutivkomitee nach Berlin zu verlegen. Man hatte das Westeuropäische Sekretariat in Berlin, und es war beschränkt, eng, im gewissen Grade nationalistisch und nicht international.

Es ist verwunderlich, daß Delegierte dieses Kongresses sich dagegen wenden, den Satz über die illegale Arbeit in die Statuten einzufügen. Die Verbindung von illegaler und legaler Arbeit ist nicht nur absolut notwendig, sondern sie muß offen proklamiert und zur Pflicht gemacht werden. Wenn eine Partei

legal ist, so entwickelt sich eine Tendenz gegen illegale Arbeit, und wenn eine Partei illegal ist, entwickelt sich eine Tendenz gegen die Ausnutzung der legalen Möglichkeiten. Wir müssen auf der Verbindung beider bestehen. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben: unsere Partei mag heute legal sein, sie kann aber morgen schon illegal werden. Wir haben darunter viel in Amerika gelitten, als wir die Tatsache erkannten, daß wir unbedingt illegal werden mußten, aber nicht in der Praxis genügend darauf hingearbeitet hatten. Das Resultat war, daß wir zum Teil unvorbereitet waren, als die große Unterdrückung kam. Und selbst wenn eine Partei vollkommen legal ist, gibt es Arbeiten — wie z. B. die Agitation unter den Soldaten und Matrosen —, die eine illegale Organisation erfordern.

Ich bin fest überzeugt, daß das Problem der Zentralisation unser grundlegendes Problem ist. Der große Unterschied zwischen der II. und der Kommunistischen Internationale besteht gerade in der Frage der Zentralisation. Man mag erwidern, daß die Zentralisation lediglich ein organisatorisches und kein grundlegendes Problem sei; aber dieses Argument ist rein menschewistisch. Die Zentralisation ist eine revolutionäre Notwendigkeit. Die Kommunistische Internationale ist gerade deshalb eine straff zentralisierte Organisation, weil sie revolutionär ist, während die II. Internationale deshalb dezentralisiert und autonom war, weil sie eine lose Föderation reformistischer und nicht revolutionärer Organisationen darstellte. Der Weltimperialismus zentralisiert sich, obgleich nur teilweise, da die Rivalität der Interessen vorherrscht; aber die Zentralisation des Imperialismus ist insoweit eine Tatsache, wie sie die Opposition gegen die Weltrevolution betrifft.

Das Proletariat und die kommunistischen Parteien der Welt haben vollständig gleiche Interessen und können eine Zentralisation schaffen, die dem Imperialismus unmöglich ist —, eine Tatsache, die einen gewaltigen Vorteil für uns bedeutet. Die Weltrevolution ist ein Problem, das Beweglichkeit, Anpassung an jede besondere Entwicklung der Weltlage in Strategie und Taktik erfordert. Ehe die Internationale nicht fest, zentralisiert, nach den

jeweiligen Ereignissen in verschiedenen Richtungen beweglich ist, werden wir niemals siegen. Es muß eine Konzentration der Kräfte, eine Einheit der Leitung bestehen, so daß die Internationale und die ihr angeschlossenen Organisationen einheitlich handeln und sich auf jede besondere Phase der Weltrevolution konzentrieren können. Die Internationale muß das Recht haben, an die lokalen nationalen Organisationen Befehle auszugeben; sie muß die Autorität haben, zu sagen, ob etwas auf Grund der Ereignisse getan oder nicht getan werden soll. Nur auf diese Weise werden wir siegen.

SINOWJEW. Genossen, es sind drei prinzipielle Einwendungen gegen unseren Entwurf geäußert worden. Erstens seitens der amerikanischen Genossen, die vorschlagen, den Paragraph 14 zu streichen und überhaupt die Gewerkschaftsfrage nicht zu behandeln. Die Genossen haben behauptet, wir hätten ihnen versprochen, zu warten, bis die Gewerkschaftskommission mit ihrer Aufgabe zu Ende ist. Genossen, ich glaube, das ist nicht richtig. Im Paragraph 14 ist gesagt:

„Die auf dem Boden des Kommunismus stehenden, im internationalen Maßstabe unter der Leitung der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen Gewerkschaften bilden eine Gewerkschaftssektion der Kommunistischen Internationale. Diese Gewerkschaften delegieren ihre Vertreter zu den Weltkongressen der Kommunistischen Internationale durch die kommunistischen Parteien der betreffenden Länder. Die Gewerkschaftssektion der Kommunistischen Internationale entsendet einen Vertreter mit beschließender Stimme in das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, einen Vertreter mit beschließender Stimme in die Gewerkschaftssektion der Kommunistischen Internationale zu entsenden."

Wir brauchen wirklich nicht den Abschluß der Arbeiten der Gewerkschaftskommission abzuwarten, um das zu erklären, denn das sollte für jeden Kommunisten klar sein. Wir wollen, daß die Kommunistische Internationale nicht nur politische Par-

teien organisiert, sondern alle Massenorganisationen des Proletariats, die auf dem Standpunkt des Kommunismus stehen, umfaßt. Das ist das erste Prinzip der Kommunistischen Internationale. Oder wollen Genosse Fraina und Genosse Reed das bestreiten? Wie manchesmal erwähnt, bauen wir auf demselben Boden wie die I. Internationale, wir wollen die Traditionen der I. Internationale weiterführen. Nun, das war eine der wichtigsten Traditionen der I. Internationale, daß sie nicht nur die politischen Parteien, sondern alle proletarischen Massenorganisationen, die auf dem Standpunkt des Kommunismus standen, organisieren wollte. Das ist hier gesagt, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Sollten wir das bezweifeln, so könnten wir nicht die Kommunistische Internationale aufbauen. Wir müssen nicht nur politische Parteien einfügen, sondern auch proletarische revolutionäre Gewerkschaften haben. Und es ist ja klar: sollten die Gewerkschaften zu uns kommen, so müssen wir sie auf irgend welche Art als Sektion der Kommunistischen Internationale, als Teil der Kommunistischen Internationale organisieren. Kann man das bestreiten? Auf keinen Fall. Alle diese Fragen: ob man in den amerikanischen Gewerkschaften bleiben soll, ob man die englischen Gewerkschaften sofort spalten soll oder nicht, alle diese Fragen, die hier aufgeworfen worden sind, haben damit nichts zu tun. Diese Fragen sind Streitfragen, die noch einmal in der Kommission diskutiert werden müssen. Hier wird aber nur erklärt: wir wollen nicht nur politische Organisationen in der Kommunistischen Internationale haben, sondern alle proletarischen Organisationen und in erster Linie die Gewerkschaften. Das ist das ABC der Kommunistischen Internationale.

Unser erstes Prinzip ist: die Gewerkschaften müssen auf dem Weltkongreß ihre Vertretung haben, sich organisieren als Sektion der Kommunistischen Internationale und gegenseitige Vertreter in den betreffenden Exekutiven haben. Das ist unbestreitbar. Und jeder ernste Kommunist muß das annehmen. Sonst werden wir die Praxis der II. Internationale haben.

Aber wir wollen die Praxis der I. Internationale unter

neuen historischen Bedingungen wieder aufbauen, die Traditionen von Marx durchführen, die darin bestehen, daß der Kommunismus und die Partei nicht nur in der Politik leiten, sondern daß die kommunistische Partei führend ist in allen Sphären der Arbeiterbewegung und daß wir innerhalb der Kommunistischen Internationale alle Zweige der Arbeiterbewegung der ganzen Welt organisieren müssen.

Dann kommen wir zur zweiten Frage im Paragraphen 8 über die Exekutive. Genosse Wijnkoop hat hier vorgeschlagen, man solle die Exekutive vielleicht nach Norwegen verlegen. Man kann verschiedene Projekte aufstellen, man könnte einige exotische Republiken finden. Ich muß aber feststellen, daß hier im Paragraphen 8, wie überhaupt in den Statuten, kein Wort von Rußland steht. Das ist eine Frage für sich, die wir besonders diskutieren und entscheiden müssen. Die Statuten sagen: „Der Sitz des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale wird jeweils vom Weltkongreß der Kommunistischen Internationale bestimmt." Sollte es sein, daß die proletarische Revolution in Frankreich oder England siegt, so werden wir selbstverständlich dem zustimmen, daß die Exekutive in eines dieser Länder verlegt wird. Hier ist von Rußland gar nicht die Rede. Das ist eine selbständige Frage. Daher greift man nicht vor. Hier ist das Prinzip aufgestellt, daß der Kongreß beschließen muß, wo die Exekutive ihren Sitz haben soll.

Dann kommen wir zur Zusammensetzung der Exekutive. Im Statut heißt es: „Die Exekutive besteht aus 5 Genossen des Landes, wo die Exekutive ihren Sitz hat, und aus je einem Genossen von 10 der größten Parteien". Ich stimme dem Antrag des Genossen Levi zu, daß man streichen muß „nicht weniger als 5 Genossen." Man muß sagen „5 Genossen". Wijnkoop sagt, die Exekutive werde ein erweitertes russisches Komitee sein. Ich aber sage: Vielleicht wird sie ein erweitertes holländisches Komitee sein. Es handelt sich nur darum, daß das Exekutivkomitee 15 Mitglieder haben soll: 5 aus einem Lande und 10 von den anderen Parteien der verschiedenen Länder, die zur Kommunistischen Internationale gehören. Das

wird ein internationales Komitee sein. Also wie kann man behaupten, daß dies lediglich ein erweitertes russisches Komitee sein wird? Es wird dies ein internationales Komitee sein in dem Falle, daß alle diese 10 Parteien ihre Delegierten entsenden, und das sollen sie tun. Es wurde hier gesagt, es sei unmöglich für alle Parteien, je einen Genossen hierher zu senden. Dem widerspreche ich. Es scheint, als halte man es für einen Luxus, hier einen tüchtigen Genossen zu haben; denn den brauche man in Deutschland oder anderswo. Das geht nicht an. Wenn wir die Exekutive als allererstes Instrument der Arbeiterbewegung betrachten, so soll jede bedeutende Partei einen bedeutenden Genossen finden, der an der Exekutive teilnimmt. Es ist die wichtigste Organisation der internationalen Bewegung, die auch eine große Bedeutung hat für jede kommunistische Bewegung. Wir fordern nur einen Genossen für das betreffende Land, und wenn die Parteien ihre Delegierten regelmäßig ablösen, so wird sich, wie ich glaube, die in den Statuten vorgesehene Zahl jederzeit aufbringen lassen. Dieses Opfer sollen und müssen wir der Kommunistischen Internationale bringen.

Ich bestreite weiter, daß es richtig ist, wenn man sagt, der Genosse, der hier bleibt, verliere den Kontakt mit seiner Organisation. In 2—3 Monaten verliert man den Kontakt nicht, besonders wenn man ein alter Kämpfer ist. Wir lebten viele Jahre in der Verbannung und haben den Kontakt nicht verloren. Die Bewegung ist jetzt viel umfangreicher. Wir stellen uns vor, daß der betreffende Delegierte in der Exekutive Generalsekretär für sein Land werden soll. Der deutsche Genosse soll Sekretär sein für Deutschland usw. Selbstverständlich wird es gut sein, wenn die Genossen nicht zu oft gewechselt werden. Aber es ist auch möglich, daß der betreffende Genosse Sekretär bleibt, obwohl er mit einem andern wechselt. Er kann einen technischen Gehilfen haben; aber die Führung soll dem betreffenden Vertreter der Partei überlassen werden. Nur in diesem Falle werden wir eine wirkliche Exekutive haben.

In manchen Fällen ist die Exekutive wichtiger als der Kon-

greß. Wir haben eine Anzahl Fragen diskutiert, aber wir können nicht alles voraussehen. Nach zwei Wochen können vielleicht die wichtigsten Fragen unter ganz neuen Umständen von neuem aufgeworfen werden. Wir haben eben betont, daß wir in einer Epoche revolutionärer Kämpfe wirken. Die Exekutive muß helfen und Antwort geben, also muß auch ihre Zusammensetzung eine solche sein, daß sie das formelle und moralische Recht hat, im Namen der Kommunistischen Internationale zu sprechen. Darum müssen wir darauf bestehen, daß sie aus 15 Mitgliedern zusammengesetzt ist und daß die zehn wichtigsten Parteien auch wirklich ihre Genossen in die Exekutive entsenden. Sollte das nicht der Fall sein, so geht auch die Hälfte der Bedeutung unserer Arbeit verloren. Die Bedeutung unseres Kongresses besteht eben darin, daß wir eine straffe Organisation aufbauen wollen, einen internationalen Generalstab des kämpfenden Proletariats. Sollten wir hinterher nicht imstande sein, eine Exekutive zu schaffen, so haben wir wenigstens die Hälfte unserer Arbeit vernichtet. Während des ersten Jahres waren wir eine Propagandagesellschaft. Die Exekutive konnte nicht als zentralisiertes Organ arbeiten. Sie war eine russische Institution. Das wollen wir eben jetzt ändern. Wir haben das offen erklärt. Wir wollen jetzt eine zentralisierte internationale Organisation haben, die immer Anweisungen geben kann. Wir haben die Exekutive mit großen Rechten ausgestattet, bis zum Ausschluß ganzer Parteien. Da müssen die Parteien schon dafür sorgen, daß sie auch einen Vertreter hier haben. Sonst haben wir umsonst gearbeitet und können dem Weltproletariat nicht erklären: wir haben jetzt eine zentralisierte Internationale. Darum bin ich gegen den Vorschlag, den Genosse Levi gemacht hat, nämlich, daß einmal in drei Monaten eine Plenarsitzung der Exekutive stattfinden soll. Ich habe gestern in der Kommission etwas geschwankt. Ich war der Meinung, wir sollten unseren deutschen Freunden Konzessionen machen. Aber wenn man das überdenkt, was Genosse Levi vorschlägt, nämlich, daß die Vertreter der Parteien nur in besonderen Fällen delegiert werden sollen oder nur einmal in drei Monaten, so ist es ja klar, daß das ohnehin

geschehen wird, daß alle Parteien so handeln werden. Es wird dann einmal in drei Monaten eine Paradesitzung stattfinden, aber in der Zwischenzeit werden wir keine handelnde Exekutive haben. Darum müssen wir unseren Freunden erklären: Obwohl es Euch schwer fällt, immer einen Genossen hier zu halten, müßt Ihr doch dieses Opfer bringen, weil es ein Opfer im Interesse Eurer eigenen Partei ist. Die Kommunisten werden diese Frage nicht so stellen wie etwa die Unabhängigen, die ein Doppelspiel spielen, indem sie den Kampf auf ein Blatt setzen und die Kommunistische Internationale auf das andere. Man soll eben sagen: das ist doch dasselbe Blatt. Wir sind eine einige internationale Partei, die Filialen in verschiedenen Ländern hat. Die Arbeit in der Internationale ist für Deutschland ebenso wichtig wie für Rußland. Darum müssen wir darauf bestehen, daß die Fassung unbedingt so bleibt, wie sie ist, daß wir eine Exekutive haben, die fünf Mitglieder eines Landes zusammenfaßt und zehn Mitglieder der verschiedenen anderen Länder, die Sekretäre für ihr Land sind und zusammen arbeiten.

Jetzt kommen wir zur letzten Streitfrage im Paragraphen 12 über die illegalen Organisationen. Dieser Paragraph 12 lautet: „Die allgemeine Lage in ganz Europa und Amerika zwingt die Kommunisten der ganzen Welt zur Schaffung illegaler kommunistischer Organisationen neben der legalen Organisation. Das Exekutivkomitee ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß das überall praktisch verwirklicht wird." In der Kommission haben wir auch daran gedacht, man sollte es vielleicht etwas vorsichtiger fassen. Ich bin aber der Meinung, nachdem ich alles angehört habe, daß wir es so lassen, wie es ist. Es sind vielleicht auch einige negative Rücksichten dabei, aber das Positive überwiegt. In Ländern wie England und Amerika, in den sogenannten klassischen Ländern der bürgerlichen Freiheiten, hat man nicht daran gedacht, illegale Organisationen zu schaffen. Man hat es vielleicht theoretisch angenommen, aber niemals praktisch durchgeführt. Erst jetzt, wo in Amerika 5000 Kommunisten verhaftet sind, fängt man dort an, zu verstehen, daß es ohne illegale Organisationen nicht geht. Auch die deutschen Erfahrungen bestätigen

das. Dort ist die Partei bald legal, bald illegal. Und hieraus ergibt sich für das internationale Proletariat die Erfahrung: auf jeden Fall müssen wir eine illegale Organisation haben; das ist wichtig für alle Länder. Das ist die Erfahrung der fünfzehn Monate des Bestehens der Kommunistischen Internationale. Es ist wichtig, das zu sagen und durchzuführen. Wir müssen es sagen in möglichst bindender Form für uns alle, damit wir das wissen und ausführen. Nun die praktischen Rücksichten, die man vorbringt: Wir wollen doch sehen, vielleicht können wir uns mit einer legalen Organisation begnügen. Das ist nicht der Fall. Ueber Deutschland hat Genosse Levi erklärt, er glaube, in Deutschland habe sich die Bourgeoisie schon so weit an die illegale Arbeit gewöhnt, daß sie nichts dagegen zu unternehmen wagen werde. Die deutschen Genossen sagen also: Ob wir das in den Statuten erwähnen oder nicht, die Bourgeoisie kann uns nicht die legale Existenz rauben. In Italien ist die Partei so stark, daß die Bürgerlichen ihr nicht die legale Existenz rauben können. Die Erfahrungen von Bulgarien: Wir haben dort eine alte Partei, die legal ist, die 40 oder mehr Abgeordnete hat, die vielen Verfolgungen ausgesetzt worden sind. Wir sind dafür, daß wir das klar und offen aussprechen. Die Erfahrungen auf dem Balkan, in Deutschland, Oesterreich und Italien sollen für uns entscheidend sein. Vielleicht wird der Paragraph der einen und der anderen Partei einige Unannehmlichkeiten bereiten. Aber das Positive ist für uns viel wichtiger. Und die Erfahrung sagt uns: Ihr müßt das bindend im Statut aussprechen; denn für die Bürgerlichen ist es nicht entscheidend, ob wir sie illegal aufhängen oder legal. Für sie ist es wichtig, ob wir sie wirklich aufhängen, ob wir für den Kommunismus kämpfen. Unsere Organisationsform ist für sie nicht das Wichtigste. Wir haben das schon mit der Waffe in der Hand erfahren. Also, Genossen, der Staatsanwalt wird so oder so auf jeden Fall diese Leitsätze zitieren; es wird auf dasselbe herauskommen. Nur werden wir das verlieren, was wir nicht klar ausgesprochen haben, was jeder Arbeiter, jede Arbeiterin wissen muß und soll. Darum bestehen wir darauf, daß die Fassung bleibt, wie sie ist. Wir müssen den

internationalen Proletariern sagen: Ihr sollt verstehen, daß Ihr jetzt, wo ihr in die Epoche der entscheidenden Kämpfe eingetreten seid, überall eine illegale Organisation systematisch ausbauen müßt, denn wenn die entscheidende Stunde kommt, wird die Bourgeoisie eure Legalität mit Füßen treten, und dann werdet ihr mit leeren Händen dastehen und keine Organisationen haben. Darum müssen wir das klar ausdrücken. Ich glaube, daß der Kongreß dem ruhig zustimmen kann, was die große Mehrheit der Kommission beschlossen hat. Die Kommission hat einstimmig mit einer Stimmenthaltung im großen und ganzen die Statuten angenommen. Ich schlage dem Kongreß vor, die Statuten einstimmig anzunehmen. Es ist wichtig, daß wir die Konstitution unserer internationalen Partei möglichst einstimmig annehmen und der ganzen Welt zeigen, daß wir jetzt nicht mehr bloß eine lose Propagandagesellschaft sind.

Wir sind eine einige internationale Partei, die Statuten hat, die weiß, was sie will und was für internationale Verpflichtungen sie hat, deren Mitglieder einander Garantien geben, sich in kameradschaftlicher Disziplin gebunden haben, um von dieser Stunde an wirklich gemeinsam für den Kommunismus zu kämpfen.

Ich werde zuerst abstimmen lassen über die verschiedenen Anträge, vorerst über die zu Paragraph 8. *(Wird einstimmig angenommen in der ursprünglichen Fassung.)*

Nun wird über die Statuten im ganzen abgestimmt, die wie folgt lauten:

Statuten der Kommunistischen Internationale.

Im Jahre 1864 wurde in London die Internationale Arbeiterassoziation, die I. Internationale, gegründet. In den Generalstatuten dieser Internationalen Arbeiterassoziation hieß es:

„daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß;

daß der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse keinen Kampf für Klassenprivilegien und Monopole

bedeutet, sondern den Kampf für gleiche Rechte und Pflichten und die Abschaffung aller Klassenherrschaft;

daß die ökonomische Unterwerfung des Mannes der Arbeit unter den Monopolisten der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, der Knechtschaft in allen ihren Formen zugrunde liegt, allem sozialen Elend, aller geistigen Degradation und politischen Abhängigkeit;

daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher das große Ziel ist, dem jede politische Bewegung als Mittel untergeordnet sein muß;

daß alle Bestrebungen nach diesem großen Ziele bisher gescheitert sind an dem Mangel an Solidarität zwischen den mannigfachen Zweigen der Arbeit in jedem Lande und an der Abwesenheit eines brüderlichen Bandes der Einigung zwischen den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder;

daß die Emanzipation weder ein lokales noch ein nationales, sondern ein soziales Problem ist, welches alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft existiert, und daß die Lösung abhängt von dem theoretischen und praktischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder;

daß das gegenwärtige gleichzeitige Wiederaufleben der Arbeiterbewegung in den industriellen Ländern Europas einerseits neue Hoffnungen erweckt, anderseits feierlich warnt vor dem Rückfall in die alten Irrtümer und zur sofortigen Kombination der bisher zusammenhanglosen Bewegung aufruft."

Die II. Internationale, die im Jahre 1889 in Paris gegründet wurde, verpflichtete sich, das Werk der I. Internationale fortzusetzen. Aber im Jahre 1914, zu Beginn des Weltmordens, erlitt sie völligen Zusammenbruch. Untergraben vom Opportunismus und gebrochen durch den Verrat der Führer, die auf die Seite der Bourgeoisie übergingen, brach die II. Internationale zusammen.

Die Kommunistische Internationale, gegründet im März 1919 in der Hauptstadt der Russischen Föderativen Sowjetrepublik, Moskau, erklärt feierlich vor der ganzen Welt, daß sie

es auf sich nimmt, das große Werk, das von der I. Internationalen Arbeiterassoziation begonnen wurde, fortzusetzen und zu Ende zu führen.

Die Kommunistische Internationale bildete sich beim Abschluß des imperialistischen Krieges 1914—1918, in dem die imperialistische Bourgeoisie der verschiedenen Länder 20 Millionen Menschen opferte.

„Gedenke des imperialistischen Krieges!" das ist das erste, womit sich die Kommunistische Internationale an jeden Werktätigen wendet, wo er auch leben, in welcher Sprache er auch sprechen mag. Gedenke dessen, daß dank des Bestehens der kapitalistischen Ordnung ein kleines Häuflein von Imperialisten die Möglichkeit hatte, im Verlauf von vier langen Jahren die Arbeiter der verschiedenen Länder zu zwingen, einander den Hals abzuschneiden! Gedenke dessen, daß der Krieg der Bourgeoisie über Europa und die ganze Welt die fürchterlichste Hungersnot und das entsetzlichste Elend heraufbeschwor! Gedenke dessen, daß ohne den Sturz des Kapitalismus die Wiederholung von derartigen Raubkriegen nicht nur möglich, sondern unvermeidlich ist!

Die Kommunistische Internationale stellt sich zum Ziel: mit allen Mitteln, auch mit den Waffen in der Hand, für den Sturz der internationalen Bourgeoisie und für die Schaffung einer internationalen Sowjetrepublik als Uebergangsstufe zur vollen Vernichtung des Staates zu kämpfen. Die Kommunistische Internationale hält die Diktatur des Proletariats für das einzige Mittel, das die Möglichkeit gibt, die Menschheit von den Greueln des Kapitalismus zu befreien. Und die Kommunistische Internationale hält die Sowjetmacht für die geschichtlich gegebene Form dieser Diktatur des Proletariats.

Der imperialistische Krieg hat die Geschicke der Proletarier des einen Landes mit den Geschicken der Proletarier aller anderen Länder besonders eng verknüpft. Der imperialistische Krieg hat aufs neue bestätigt, was in den Generalstatuten der I. Internationale gesagt war: die Emanzipation der Arbeiter ist weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein internationales Problem.

Die Kommunistische Internationale bricht ein für allemal mit der Ueberlieferung der II. Internationale, für die in Wirklichkeit nur Menschen weißer Hautfarbe existierten. Die Kommunistische Internationale stellt sich die Befreiung der Werktätigen der ganzen Welt zur Aufgabe. In den Reihen der Kommunistischen Internationale vereinigen sich brüderlich Menschen weißer, gelber, schwarzer Hautfarbe — die Werktätigen der ganzen Erde.

Die Kommunistische Internationale unterstützt restlos die Eroberungen der großen proletarischen Revolution in Rußland, der ersten siegreichen sozialistischen Revolution in der Weltgeschichte, und ruft die Proletarier der ganzen Welt auf, denselben Weg zu gehen. Die Kommunistische Internationale verpflichtet sich, jede Sowjetrepublik zu unterstützen, wo immer sie auch geschaffen wird.

Die Kommunistische Internationale weiß: um den Sieg schneller zu erringen, muß die um die Vernichtung des Kapitalismus und für die Schaffung des Kommunismus kämpfende Arbeiterassoziation eine straff zentralisierte Organisation besitzen. Die Kommunistische Internationale muß wirklich und in der Tat eine einheitliche kommunistische Partei der ganzen Welt darstellen. Die Parteien, die in jedem Lande arbeiten, erscheinen nur als ihre einzelnen Sektionen. Der Organisationsapparat der Kommunistischen Internationale muß den Arbeitern jedes Landes die Möglichkeit gewährleisten, in jedem gegebenen Moment die größtmöglichste Hilfe von den organisierten Proletariern der übrigen Länder zu erhalten.

Zu diesem Zweck bestätigt die Kommunistische Internationale folgende Punkte der Statuten:

§ 1. Die neue internationale Arbeitervereinigung ist geschaffen zur Organisierung von gemeinsamen Aktionen der Proletarier der verschiedenen Länder, die das eine Ziel anstreben: Sturz des Kapitalismus, Errichtung der Diktatur des Proletariats und einer internationalen Sowjetrepublik zur vollen Beseitigung der Klassen und zur Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der kommunistischen Gesellschaft.

§ 2. Die neue internationale Arbeitervereinigung nennt sich: „Kommunistische Internationale".

§ 3. Alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien tragen den Namen: „Kommunistische Partei des und des Landes (Sektion der Kommunistischen Internationale)".

§ 4. Die höchste Instanz der Kommunistischen Internationale ist der Weltkongreß aller ihr angehörenden Parteien und Organisationen. Der Weltkongreß tritt regelmäßig einmal jährlich zusammen. Der Weltkongreß allein ist berufen, das Programm der Kommunistischen Internationale zu ändern. Der Weltkongreß berät und beschließt über die wichtigsten Fragen des Programms und der Taktik, die mit der Tätigkeit der Kommunistischen Internationale zusammenhängen. Die Zahl der auf jede Partei oder Organisation entfallenden beschließenden Stimmen wird durch besonderen Kongreßbeschluß bestimmt.

§ 5. Der Weltkongreß wählt das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, welches das leitende Organ der Kommunistischen Internationale in der Zeit zwischen den Weltkongressen der Kommunistischen Internationale ist. Das Exekutivkomitee ist nur dem Weltkongreß verantwortlich.

§ 6. Der Sitz des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale wird jeweils vom Weltkongreß der Kommunistischen Internationale bestimmt.

§ 7. Ein außerordentlicher Weltkongreß der Kommunistischen Internationale kann entweder auf Beschluß des Exekutivkomitees oder auf Verlangen der Hälfte der Parteien, die zur Zeit des letzten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale angehört haben, einberufen werden.

§ 8. Die Hauptarbeit des Exekutivkomitees lastet auf der Partei *des* Landes, wo auf Beschluß des Weltkongresses das Exekutivkomitee seinen Sitz hat. Die Partei des betreffenden Landes entsendet fünf ihrer Vertreter mit beschließender Stimme in das Exekutivkomitee. Außerdem entsenden die 10 bis 13 bedeutendsten kommunistischen Parteien, deren Liste von dem ordentlichen Weltkongreß bestätigt wird, je einen Vertreter mit beschließender Stimme in das Exekutivkomitee.

Den anderen in die Kommunistische Internationale aufgenommenen Organisationen und Parteien steht das Recht zu, je einen Vertreter mit beratender Stimme in das Exekutivkomitee zu delegieren.

§ 9. Das Exekutivkomitee leitet die gesamten Arbeiten der Kommunistischen Internationale von einer Tagung bis zur anderen, gibt in mindestens vier Sprachen das Zentralorgan der Kommunistischen Internationale (die Zeitschrift „Kommunistische Internationale") heraus, tritt mit den erforderlichen Aufrufen im Namen der Kommunistischen Internationale hervor und gibt für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Organisationen und Parteien bindende Richtlinien. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, von den ihr angehörenden Parteien den Ausschluß von Gruppen und Personen zu verlangen, die die internationale Disziplin verletzen und ebenso diejenigen Parteien aus der Kommunistischen Internationale auszuschließen, die gegen die Beschlüsse des Weltkongresses verstoßen. Diese Parteien haben das Recht, Berufung beim Weltkongreß einzulegen. Im Bedarfsfalle organisiert das Exekutivkomitee in den verschiedenen Ländern seine technischen und anderen Hilfsbüros, die völlig dem Exekutivkomitee untergeordnet sind. Die Vertreter des Exekutivkomitees erledigen ihre politischen Aufgaben in engstem Kontakt mit der Parteizentrale des betreffenden Landes.

§ 10. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, Vertreter von solchen Organisationen und Parteien mit beratender Stimme in seine Mitte aufzunehmen, die zwar der Kommunistischen Internationale nicht angehören, aber mit ihr sympathisieren und ihr nahe stehen.

§ 11. Die Organe aller Parteien und aller Organisationen, die der Kommunistischen Internationale angehören und die zu den mit der Kommunistischen Internationale Sympathisierenden zählen, sind verpflichtet, alle offiziellen Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und ihres Exekutivkomitees zum Abdruck zu bringen.

§ 12. Die allgemeine Lage in ganz Europa und Amerika

zwingt die Kommunisten der ganzen Welt zur Schaffung illegaler kommunistischer Organisationen neben der legalen Organisation. Das Exekutivkomitee ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß das überall praktisch verwirklicht wird.

§ 13. In der Regel wird der politische Verkehr zwischen den einzelnen der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale geführt. In dringenden Fällen geht der Verkehr direkt, aber gleichzeitig wird davon dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale Mitteilung gemacht.

§ 14. Die auf dem Boden des Kommunismus stehenden, im internationalen Maßstabe unter der Leitung der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen Gewerkschaften bilden eine Gewerkschaftssektion der Kommunistischen Internationale. Diese Gewerkschaften delegieren ihre Vertreter zu den Weltkongressen der Kommunistischen Internationale durch die kommunistischen Parteien der betreffenden Länder. Die Gewerkschaftssektion der Kommunistischen Internationale entsendet einen Vertreter in das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale mit beschließender Stimme. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, einen Vertreter mit beschließender Stimme in die Gewerkschaftssektion der Kommunistischen Internationale zu entsenden.

§ 15. Die Kommunistische Jugendinternationale ist als Mitglied der Kommunistischen Internationale wie alle übrigen dieser und ihrem Exekutivkomitee untergeordnet. In das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wird ein Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale mit beschließender Stimme delegiert. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, in das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale seinen Vertreter mit beschließender Stimme zu entsenden.

§ 16. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale bestätigt den internationalen Sekretär der kommunistischen Frauenbewegung und organisiert die Frauensektion der Kommunistischen Internationale.

§ 17. Bei Uebersiedlung aus einem Lande in ein anderes erhält jedes Mitglied der Kommunistischen Internationale brüderliche Unterstützung durch die dortigen Mitglieder der Kommunistischen Internationale.

(Die Statuten werden einstimmig angenommen.)

SINOWJEW. Genossen, wir haben jetzt Statuten der Kommunistischen Internationale. Wir haben uns endlich als internationale Partei organisiert. Ich beglückwünsche den Kongreß dazu. Ich glaube, das ist eine der wichtigsten Eroberungen des internationalen Proletariats. Wir haben uns endlich formell organisiert. Es lebe die Kommunistische Internationale!

(Schluß der Sitzung.)

Elfte Sitzung
des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale am 5. August 1920.

SERRATI. Die Sitzung ist eröffnet. Der Genosse Radek hat im Namen der Mandatskommission das Wort.

RADEK. Die Mandatskommission hatte die Frage der amerikanischen Mandate zu entscheiden. Die beiden amerikanischen Parteien, die Kommunistische Partei und die Kommunistische Arbeiterpartei, sind hier vertreten. Inzwischen ist ein Delegierter aus Amerika, der Genosse Flynn, mit der Nachricht eingetroffen, daß sich die beiden Parteien zu einer Partei vereinigt haben. Aber bei dieser Vereinigung hat ein Teil der Kommunisten erklärt, er füge sich nicht und hat sich außerhalb der Vereinigten Kommunistischen Partei gestellt. Die Vertreter der Kommunistischen Partei wollen daher ihre alten Mandate beibehalten. Der Genosse Flynn beantragt aber die Annullierung zweier Mandate, nämlich die der Genossen Fraina und Stoklitzky. Wir haben beschlossen, diese Genossen weiterhin als Delegierte anzuerkennen, und zwar aus folgenden Gründen: Wir haben es in Amerika einstweilen mit einer sich stark ändernden Situation zu tun. Wir haben in dem konkreten Fall nur die Berichte der jetzt Vereinigten Kommunistischen Partei vor uns. Wir sind nicht imstande, hier zu beurteilen, inwieweit es zwingende Gründe waren, die die Minderheit der Kommunistischen Partei genötigt haben, außerhalb der vereinigten Partei zu bleiben. Die Aberkennung der Mandate würde bedeuten, daß wir uns von vornherein mit der United Communist Party als mit der einzigen kommunistischen Partei solidarisch erklären. Vielleicht wird das notwendig sein, wenn wir nähere Berichte erhalten; aber auf

Grund ungenügender Nachrichten können wir eine kommunistische Organisation nicht disqualifizieren. Wir haben deshalb beschlossen, die Mandate der beiden Parteien anzuerkennen. Und da Genosse Fraina keinesfalls leugnet, daß nach seiner Kenntnis der Sachlage die Mehrheit der organisierten Kommunisten sich in den Reihen der United Communist Party befindet, haben wir die Mandate geteilt, und zwar so, daß die Vertreter der United Communist Party sechs und die Vertreter der Communist Party vier Stimmen erhielten. Genosse Fraina versuchte übrigens, zu beweisen, daß er und Genosse Stocklitzky keineswegs auf dem Boden der Spaltung ständen, aber daß sie nicht ohne weiteres der United Communist Party beitreten können. Im Namen der Mandatskommission bitte ich den Kongreß, diesem Beschluß ohne weiteres zuzustimmen.

Ich habe noch eine Mitteilung zu machen, auf die die ukrainischen Genossen bestehen, nämlich, daß die Mandatskommission das Mandat der Ukrainischen Kommunistischen Partei nicht anerkannt hat. Wie es den Genossen bekannt sein dürfte, besteht die große Kommunistische Partei der Ukraine, und daneben hat sich eine Gruppe gebildet, die zwischen hundert und fünfhundert Mitglieder zählt. Es ist klar, daß es sich um eine ganz kleine Gruppe handelt, die mit der konkreten kommunistischen Arbeit nichts zu tun hat.

FLYNN. Ich protestiere dagegen, daß man die Mandate der Kommunistischen Partei Amerikas anerkennt, beziehungsweise den Vorschlag des Genossen Radek annimmt. Infolge verschiedener Bemühungen hat sich schließlich in Amerika eine Vereinigte Kommunistische Partei aus 30 000 Mitgliedern der Kommunistischen Partei und 20 000 Mitgliedern der Kommunistischen Arbeiterpartei gebildet. Diese Partei ging zur illegalen Arbeit über, und es entstand eine Art Scheidung in der Partei selbst, weil nur ein Teil illegale Arbeit wollte. Auf Grund dessen hat sich ein Teil der Kommunistischen Partei von der Vereinigten Partei abgesondert. Nun könnte man es noch verstehen, daß hier das Mandat der Kommunistischen Partei anerkannt würde, falls die Vereinigung der Partei auf die Initiative der amerikani-

schen Genossen vor sich gegangen wäre. Dem war aber nicht so. Ein Delegierter von der Kommunistischen Internationale ist nach Amerika geschickt worden, um diese Verschmelzung herbeizuführen. Da diese Verschmelzung schon stattgefunden hat, können wir es nicht verstehen, daß die Kommunistische Internationale die Absplitterung durch die Anerkennung des abgesplitterten Teils sanktioniert.

FRAINA. Ich bedauere sehr, daß die Streitfrage zwischen den zwei Fraktionen in der amerikanischen kommunistischen Bewegung hier vor die Plenarsitzung gekommen ist, umsomehr, als die Mandatskommission diese Frage schon erledigt hat. Ich bin vor etwa einem Monat im Auftrage meiner Partei nach Rußland gekommen und habe zusammen mit dem Genossen Stocklitzky, dem zweiten Delegierten, zwei Unterredungen mit den Delegierten der Kommunistischen Arbeiterpartei gehabt. Bevor noch der Genosse Flynn hier in Moskau als Delegierter der United Communist Party angekommen ist, habe ich selbst vorgeschlagen, daß die Vertreter der amerikanischen Bewegung von beiden Parteien hier ein Uebereinkommen treffen, erstens darüber, daß sie anerkennen, daß eine vereinigte Partei der Kommunisten absolut notwendig sei, zweitens, daß sie hier auf diesem Kongreß als eine vereinigte Gruppe auftreten, drittens, daß sie das Exekutivkomitee auffordern, weiter darauf hinzuwirken, daß die Vereinigung der Kommunisten in Amerika vollständig werde. Viertens, daß sie sich verpflichten, sich den Beschlüssen der Exekutive zu fügen. Es ist nicht so, wie es Flynn hier geschildert hat, nämlich, daß, wenn die zwei Genossen von der Kommunistischen Partei weiter gefördert werden, der Kongreß dadurch die Spaltung sanktioniert. Im Gegenteil, wenn diese zwei Genossen von dem Kongresse ausgeschlossen sind, so werden dadurch die Streitigkeiten noch verschärft. Ich behaupte, daß ich das Recht habe, dem Kongreß als Delegierter beizuwohnen, weil meine Partei vieles beitragen kann und muß und wird für die allgemeine Sache der kommunistischen Revolution. Wenn man den Standpunkt des Genossen Flynn annimmt, wird man dadurch nur Schaden

anrichten. Wenn aber Stocklitzky und ich als Delegierte bleiben, so wird das auf die Streitigkeiten in Amerika beruhigend wirken. Die Frage, wie klein oder wie groß der Bruchteil der früheren Kommunistischen Partei ist, der sich der United Communist Party nicht anschließen wollte, ist unwesentlich. Es mag sein, daß der größere Teil sich mit der Kommunistischen Arbeiterpartei vereinigt hat, aber bis jetzt, solange keine offiziellen Nachrichten vorliegen, muß ich darauf bestehen, daß ich und Stocklitzky hier bleiben.

Eine Entfernung kann nur in Frage kommen: entweder, wenn die Kommunistische Partei selbst beschließt, ihre Vertreter zurückzuziehen, oder, wenn die Exekutive, nachdem sie die Sache gründlich untersucht hat, beschließen wird, daß die Kommunistische Partei aus der Internationale entfernt werden muß. Sonst aber haben die Vertreter das Recht, zu verlangen, als Delegierte hier zu bleiben.

(Es wird vorgeschlagen, über den Schluß der Debatte abzustimmen.)

REED. Ich bin gegen Schluß der Debatte, weil ich ein paar Gründe vorbringen möchte, weshalb man den Vorschlag des Genossen Radek nicht annehmen sollte.

(Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen; sodann wird der Vorschlag der Mandatskommission mit 19 gegen 9 Stimmen angenommen.)

SINOWJEW. Genossen, ich hoffe, daß die Bedingungen, unter welchen Arbeiter- und Soldatenräte geschaffen werden dürfen, Ihnen allen bekannt sind (in der deutschen Ausgabe Seite 73—77), und ich erlaube mir, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß wir diese Thesen ausnahmsweise vielleicht ohne Diskussion annehmen können; denn aus allen Gesprächen mit den verschiedenen Delegierten haben wir feststellen können, daß in dieser Frage Einstimmigkeit besteht. Es handelt sich in diesen Thesen darum, daß wir allen unseren Genossen sagen müssen, daß man Sowjets nur dann schaffen kann und soll, wenn die historischen Bedingungen dafür gegeben sind. Man soll keine künstlichen Gebilde schaffen und damit die Idee der Sowjets kompromittieren:

Wir wissen alle, daß die Idee der Sowjets die ganze Arbeiterklasse Europas und vielleicht der ganzen Welt erobert hat. Die Arbeiterklasse hat begriffen, daß sich im nächsten historischen Abschnitt das politische Leben in Form der Sowjets abspielen wird. Es ist ein großes Glück für die Kommunistische Internationale, daß diese Idee die Massen ergriffen hat, denn da diese Idee zur Idee der Arbeitermasse geworden ist, so wohnt ihr eine große Kraft inne. Nun sehen wir aber, daß in verschiedenen Ländern ohnmächtige Gruppen Sowjets bilden, und zwar dort, wo jede historische Bedingung hierfür fehlt. Das war der Fall in Frankreich und auch in anderen Ländern. Wir wollen jetzt im Namen des ganzen Kongresses die Arbeiterschaft der ganzen Welt darauf hinweisen, daß man für die Sowjets immer Propaganda treiben müsse, für diese Propaganda ist die Zeit immer gegeben. Für die Bildung der Sowjets aber sind leider die historischen Bedingungen nicht überall und nicht immer gegeben.

In meinen Thesen weise ich kurz auf die Geschichte dieser neuen Ideen hin.

Die Idee der Arbeiterräte ist, wie Sie alle wohl wissen, im Jahre 1905 geboren, also erst 15 Jahre alt. Im Jahre 1905, bei der ersten russischen Revolution, wurde als erstes zeitweiliges Gebilde der Petrograder Sowjet geschaffen, und seine Geschichte zeigt uns, daß für die Sowjets spezielle historische Bedingungen nötig sind. Die Sowjets vom Jahre 1905 wurden sofort vernichtet. Sie starben, nachdem der Zarismus den Sieg über die Revolution davongetragen hatte. Als es sich zeigte, daß die revolutionäre Flut einer Ebbe gewichen war, da wurde es klar, daß die Sowjets sich nicht mehr halten können. Auch damals wurde diese kluge Idee geäußert, die jetzt von den Menschewiki und von den rechten Unabhängigen verteidigt wird, nämlich, daß die Sowjets bloß Klassenorganisationen sind, aber keine Staatsorganisation bilden können. „Die Sowjets sollen als eine Klassenorganisation des Proletariats wirken, aber nicht als eine Staatsorganisation", das ist's, was Kautsky und viele seiner Anhänger während der deutschen Revolution propagiert haben. Die Geschichte der letzten 15 Jahre hat gezeigt, daß die Sowjets nur dann Be-

deutung haben, wenn sie nicht einfache alltägliche Klassenorganisationen sind, wie die Gewerkschaften, sondern zu einer *Staats*organisation werden, zu einer *Form der proletarischen Diktatur.* Das zeigte die erste russische Revolution, der erste Abschnitt unserer neuen Revolution, die ersten acht historischen Monate der Regierung Kerenski, und das zeigt auch die Geschichte der deutschen und österreichischen Revolution, besonders aber der deutschen Revolution. Als die Arbeiterklasse in Deutschland im November 1918 einen Sieg davongetragen hatte, da entstanden die Arbeiter- und Soldatenräte von selbst. Als aber die Sozialdemokratie die Sache der Arbeiterschaft verriet und die Bürgerlichen zusammen mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie die Arbeiter besiegten, da haben die Sowjets sofort angefangen, abzusterben. Den letzten Lebensfunken brachten die Sowjets während der Kapptage auf. Das ist nur eine ganz kurze historische Episode; aber wie in einem kleinen Tropfen Wasser spiegelt sich hierin das Schicksal der Sowjets. Als die Arbeiter auf dem Wege zum Siege waren, da hatten die Sowjets noch einmal die Tendenz, aufzuleben, als aber der Stiefel der Reaktion gesiegt hatte, sind die Sowjets sofort wieder abgestorben. Diese letzte Episode zeigt uns, daß die Sowjets nur dann Bedeutung haben, wenn sie wirklich von einer großen Massenbewegung getragen werden, die auf dem Wege ist, die Sowjets zu einer Staatsmacht zu gestalten. Am Anfang 1917, als wir noch in der Emigration waren, als die revolutionäre Bewegung in Rußland schon sehr hoch stand und unsere Genossen schon angefangen hatten, Arbeiterdeputiertenräte zu bilden, da haben wir unseren Genossen vom Auslande aus gesagt: diese Idee kann sich nicht halten. Wir sollen für die Idee der Sowjets Propaganda machen; aber die Losung der Bildung der Sowjets sollen wir nur dann ausgeben, wenn wir die Ueberzeugung haben, daß die Vorbedingungen da sind, daß die Massen selbst dafür sind, daß sie für die Sache kämpfen wollen. Darum sind wir gegen diejenigen Versuche, die unsere Genossen jetzt in Frankreich machen, wo sie eine kleine Gruppe bilden und ein Organ herausgeben, wo sie als Sowjet im Namen von einigen hundert Mitgliedern auftreten und

das für eine Sowjetbewegung erklären. Ich habe manches Flugblatt unserer Schweizer Genossen während der Wahlkampagne in der Schweiz gelesen: Wo alles zu den Wahlen geht, kommt unsere Partei mit der Losung: „Wir fordern die Sowjets." Hier werden also die Sowjets von den Bürgerlichen, von der Regierung gefordert. Doch Sowjets fordert man nicht, man bildet sie dort, wo die Arbeiterklasse bereit ist, Revolution zu machen. Ist es etwa kommunistisch, eine solche Forderung aufzustellen? Man muß die Arbeiterklasse organisieren, sie aufrütteln, sie vorbereiten und dort, wo der Moment gekommen ist, da braucht man nicht zu fordern. Darum glaube ich, daß jetzt, wo der Moment gekommen ist, wo die Frage des Kampfes um die Macht, wo die Revolution akut wird und wo die Idee der Sowjets die Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern schon gewonnen hat, für die Kommunistische Internationale es sich nicht mehr darum handeln kann — wie es noch mit der ersten und zweiten der Fall war —, diese Idee zu popularisieren. Dafür ist schon gesorgt, die Idee ist populär genug. Es handelt sich jetzt um etwas Größeres: *Es handelt sich darum, der Arbeiterklasse der ganzen Welt einzuprägen, welche Bedingungen dazu nötig sind, um Sowjets zu bilden.* Das ist der zweite Schritt, den wir tun müssen. Die Thesen haben den Zweck, eine Grundlage dafür zu bilden. Wir sollen der Arbeiterklasse klar sagen, unter welchen Bedingungen wir solche Sowjets bilden können und müssen. Denn wenn wir künstlich Sowjets bilden, so werden wir den Gegnern dieser Idee dienen. Man wird uns auslachen, wie es schon in manchen Ländern vorgekommen ist. In diesem Falle können wir diese große Idee kompromittieren. Wir sollen mit diesem Worte nicht spielen. Wir sollen der Arbeiterklasse klar den Weg zeigen und ihr erklären, unter welchen Bedingungen die Sowjets zu bilden sind.

Wir haben in diesen Thesen versucht, die Erfahrungen verschiedener Parteien zu analysieren. In Oesterreich ist eine eigenartige Lage, ungefähr wie es hier während der ersten Periode der Kerenskizeit war. Es gibt dort einen ziemlich starken Arbeiterrat. Die Mehrheit darin gehört den Sozialpatrioten und dem Zentrum. Die Kommunisten sind in der Minderheit, wachsen aber

täglich. Die Sowjets sind dort eine gewisse Macht, Nebenbuhler der legitimen Regierung, der Herren Renner u. Co. Die Sowjets sind eine Art Nebenregierung in einer anderen historischen Situation. Dasselbe haben wir bei uns während der ersten acht Monate der Revolution gehabt. Eine solche Bewegung ist ernst, und unsere Genossen müssen daran teilnehmen. Sie müssen innerhalb der Sowjets um die Macht kämpfen und ihren Einfluß dort geltend zu machen suchen. Ein anderes Beispiel liegt in Deutschland vor, wo es Sowjets gibt. Dort ist eine Anzahl von guten und schlechten Büchern über das Sowjetsystem geschrieben worden. Unsere deutschen Genossen kommen immer mit dem „System". Nun, sie haben eins, aber keine Sowjets. Wir wollten lieber, daß sie ein schlechteres System, aber gute Sowjets hätten. Alle Pläne, das Sowjetsystem der bürgerlich-sozialdemokratischen konterrevolutionären Republik einzufügen, sind künstlich. Und darum handeln sie — objektiv genommen — manchmal sogar konterrevolutionär, denn man sagt der Arbeiterklasse nicht, unter welchen Bedingungen allein man Sowjets aufstellen kann. Wir haben in den Thesen versucht, die Erfahrungen in Deutschland aufzunehmen und selbstverständlich in erster Linie die Erfahrungen in Rußland, wo die Sowjetidee geboren ist. Auf Grund dieser Beispiele der russischen Revolution von 1917, der beiden Revolutionen von 1918 in Deutschland und in Oesterreich wollen wir der Arbeiterklasse zeigen, unter welchen Bedingungen wir die Sowjets bilden können. Ich bin überzeugt, daß der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale der Vorläufer eines internationalen Kongresses der Sowjetrepubliken ist. Diejenigen von uns, die noch nicht zu alt sind, werden diesen Moment erleben, wo wir einen solchen internationalen Kongreß der Sowjetrepubliken haben werden. Aber um diesen Augenblick schneller herbeizuführen, müssen wir den Weg klar sehen, die Idee rein halten und der Arbeiterklasse konkret vorstellen, auf welchem Wege wir wirklich zu einer internationalen Sowjetrepublik kommen können. *(Abstimmung über die Thesen. Die Thesen werden angenommen.)*

RADEK. Genossen, die Kommission zur Frage der Ge-

werkschaften nahm entsprechend dem Beschluß des Plenums die Thesen des Exekutivkomitees als Basis und ergänzte sie nur durch eine Reihe von Amendements. Bevor ich zu diesen übergehe, möchte ich darauf hinweisen, daß die Kommission in einem entscheidenden Punkte zu keinem gemeinsamen Beschluß gelangt ist, und daß deshalb hier ein Vertreter der Minorität der Kommission noch das Wort ergreifen wird. Es handelt sich darum, daß die amerikanischen Genossen in der Form eines Amendements die tatsächliche Aufhebung des Hauptinhaltes der Thesen vorgeschlagen haben.

Die Haltung des Kongresses, wie sie in der Abstimmung Ausdruck gefunden hat, besteht erstens darin, daß wir allen Genossen, allen kommunistischen Parteien die Arbeit innerhalb der Gewerkschaften zur Pflicht machen. Die Minderheit der Kommission, die amerikanischen Genossen in erster Linie, haben äußerlich diesen Beschluß akzeptiert. Sie haben keinesfalls einen Antrag gestellt, der diesen Beschluß in Worten aufhebt. Sie haben aber Amendements vorgeschlagen, die den Beschluß des Kongresses faktisch aufheben. Ich habe schon in meinem Referat darauf hingewiesen, daß die Thesen, die wir vorgeschlagen haben, in einem gewissen Sinne zu eng gefaßt sind, daß sie nicht berücksichtigen, daß in Amerika 80 Prozent der Arbeiter unorganisiert sind, daß die Federation of Labour nicht nur nichts tut, um diese unqualifizierten Arbeiter zu organisieren, sondern, daß sie durch sehr hohe Beiträge ihnen den Eintritt in die Gewerkschaften unmöglich macht. Aus diesem Grunde schlagen wir vor, neben den Fällen, wo wir als Ursache des Austritts aus den alten Gewerkschaften und der Bildung neuer Gewerkschaften die Unterdrückung der revolutionären Agitation in den Gewerkschaften angeben, noch einen zweiten Fall zu erwähnen, nämlich die Notwendigkeit der Bildung neuer Gewerkschaften in den Fällen, wo die alten Berufsorganisationen aus aristokratischen Gründen die unqualifizierten Arbeiter nicht organisieren. Die amerikanischen Genossen schlagen eine andere Fassung vor, die darauf hinausgeht, den amerikanischen Kommunisten zu ermöglichen, den Beschluß des Kongresses zu sabotieren. Ich will hier

nicht das ganze Amendement vorlesen, das drei Punkte unserer Resolution ersetzen soll, sondern nur den entsprechenden Punkt. Darin wird folgendes gesagt: *(Verlesung von „Die neuen Gewerkschaften" bis „darstellen"*).* Unter diese drei Rubriken, wo man aus den alten Gewerkschaften austreten und neue Gewerkschaften bilden soll, kann man jeden Fall einreihen. Die Kommunisten, die keine Lust haben, in den Gewerkschaften zu arbeiten, die es für viel kommunistischer halten, viel Papier mit Artikeln über die Schlechtigkeit der Gewerkschaftsbürokratie voll zu schreiben und außerhalb der Gewerkschaften zu bleiben, können immer vorschützen, daß entweder die Struktur der Gewerkschaften es nicht erlaubt, sie zu ändern, oder, daß sich so starke revolutionäre Gefühle im Proletariat angehäuft haben, daß es dafür in den Gewerkschaften keinen Platz mehr gibt. Daß wir hier keine Gespenster sehen, daß es sich hier um eine strikte Aufforderung zum prinzipiellen Boykott der großen amerikanischen Gewerkschaften handelt, das beweist am besten der Beschluß der Vereinigten Kommunistischen Partei Amerikas. Wir haben eben jetzt die Nummer der Zeitschrift der Kommunistischen Partei bekommen mit ihrem Beschluß über die Gewerkschaften. Dieser Beschluß besagt folgendes: *(Verlesung von „Craftunionism"**).* Jetzt kommt der entscheidende Punkt (Verlesung von „Die Taktik" bis „durchgeführt werden"). Wir haben also in diesem Beschluß die strikte Negierung des Beschlusses, den wir angenommen haben, der es den Kommunisten zur Pflicht macht, für die Eroberung der Gewerkschaften von innen heraus zu kämpfen. Es handelt sich hier also nicht nur um die Frage, ob man in die Gewerkschaften gehen soll, um sie zu zerstören. Es wird das Bohren von innen, der Kampf innerhalb der Gewerkschaften überhaupt abgelehnt. Dieser Standpunkt steht im Gegensatz zum Standpunkt unserer Thesen, und das, was die Genossen von der United Communist Party hier vertreten, bedeutet nichts anderes als eine sinnfällige Negierung unseres Standpunktes. Die Genossen suchen, um ihren Standpunkt zu retten, von der Verteidigung zum An-

*) Fehlt im Stenogramm.

**) Fehlt im Stenogramm.

griff überzugehen. Sie weisen darauf hin, daß dieser Standpunkt, den die United Communist Party jetzt angenommen hat, noch vor ein paar Monaten der Standpunkt der Exekutive war. Man beruft sich auf einen Brief der Exekutive an die amerikanische Partei, in dem gesagt worden ist *(Verlesung*)*. Ich stehe nicht an, offen zu sagen, daß dieser Brief der Exekutive, der keinesfalls von der Exekutive in ihrer Gesamtheit angenommen worden ist, ein falscher war, und daß die Genossen sich formell auf diesen Standpunkt berufen können, obwohl er nicht ganz identisch mit dem ihrigen ist; denn in diesem Aufruf wurde eben das Ziel der Federation of Labour festgestellt. Aber hier handelt es sich nicht darum, ob die Exekutive in der Vergangenheit einen falschen Standpunkt in dem einen Brief vertreten hat oder nicht, sondern augenblicklich handelt es sich darum, ob die Vertreter der United Communist Party hier offen den Standpunkt ihrer Partei vertreten oder nicht. Sie hatten die Möglichkeit, hier den Standpunkt ihrer Partei zu vertreten, und sie haben es nicht getan. Sie haben behauptet, sie seien Gegner der Spaltung als Prinzip. Sie suchen uns ein trojanisches Pferd in die Resolution einzusetzen. Ich glaube, es wird Sache des Kongresses sein, nicht nur dieses Amendement abzulehnen, sondern in einem besondern Beschluß den Standpunkt der amerikanischen Genossen hervorzuheben als einen, der sich im Widerspruch befindet mit dem Standpunkt der Kommunistischen Internationale. In dieser Frage muß der Kongreß mit der ganzen Schärfe auftreten, weil es sich nicht darum handelt, ob wir den amerikanischen Genossen, wenn sie diese konterrevolutionäre Organisation zerstören könnten, das Recht zugestehen, es zu tun; sondern es handelt sich darum, ob sie sich selbst zerstören werden oder nicht.

Da dieser Punkt einen Nachklang auch bei dem Genossen Bombacci fand, so müssen noch ein paar Worte darüber gesagt werden. Der Standpunkt Bombaccis unterscheidet sich vom Standpunkt der amerikanischen Genossen darin, daß er eine Spielerei ist und nicht ein revolutionärer Standpunkt. Denn, wenn die Amerikaner einerseits sagen: „Nieder mit der F. of L.",

*) Der Brief fehlt im Stenogramm.

so rufen sie andererseits: „Hoch die I. W. W.! Wir wollen neue Gewerkschaften bilden!" Nicht so Genosse Bombacci, der mit Nonchalance erklärt: „Ich pfeife auf die Gewerkschaften, sie sind dazu verurteilt, immer konterrevolutionär zu sein." Aber wenn er davon ausgeht, daß die Gewerkschaften in Italien sich in den Händen von Reformisten mit sehr ehrwürdigen Bärten befinden oder in den Händen von Syndikalisten, so sagen wir ihm öffentlich, das ist ein Spiel, eine Sportpolitik, aber keine kommunistische Politik. Wenn Bombacci für den marxistischen Standpunkt eintritt, dann soll er dafür in der italienischen Partei kämpfen und nicht hier sagen: Die Gewerkschaften haben keine Bedeutung, sie werden immer konterrevolutionär sein. Wir erheben Einspruch gegen eine solche Behandlung der ernstesten Frage der Arbeiterbewegung, und wir legen besonders Gewicht darauf, eine vollkommen klare Stellungnahme des Kongresses in dieser Frage herbeizuführen.

Ich sagte früher, ich wäre bereit, weitere Amendements entgegenzunehmen. Bei der jetzigen Situation jedoch, nach diesem Beschluß der United Communist Party ist jedes Kompromiß, jedes Zurückweichen unmöglich. Man muß den Kommunismus dorthin führen, wo die kommunistische Arbeit beginnt und wo kommunistische Sektenmacherei und Sektenspiel enden.

Die weiteren Fragen, die zur Debatte standen, sind die folgenden. Es handelt sich um unsere Stellungnahme zu den Betriebräten. Wir schlagen ein Amendement vor, in dem folgendes gesagt wird: (Verlesung von „indem die Kommunisten" bis *„unterstützt"*),* und dann sagen wir *(Verlesung von „nur in dem Maße" bis „zu unterstützen").* Dieser letzte Passus besagt, daß in den Ländern, wo die Gewerkschaftsbürokratie das Heft in den Händen hat, die Kommunisten die Pflicht haben, den Kampf der Betriebsräte und aller gleichartigen Organisationen um ihre selbständige Existenz zu unterstützen. Nur dann kann es den Kommunisten gelingen, das Heft in den Gewerkschaften in die Hand zu bekommen, wenn sie aus diesen Betriebsorganisationen in den Fabriken die Keimzellen der neuen Gewerkschaften und ihrer

*) Es handelt sich um Ziff. II, 5 der Gewerkschaftsthesen.

kommunistischen Fabrikorganisationen machen. Ich habe zu diesen Amendements zwei ergänzende Ausführungen zu machen. Vorerst da, wo gesagt wird: *(Verlesung von „wo sich in dem Rahmen" bis „unterstützen").* Es wurde die Frage gestellt: „Wenn Ihr Gegner der Bildung kleiner revolutionärer Gewerkschaften, die sich im Gegensatz zu den großen befinden, für die aber die Nötigung zu einer Sondergründung nicht vorliegt, seid, wie könnt Ihr dann die Unterstützung all dieser Betriebsorganisationen fordern?" Ich mache darauf aufmerksam, daß wir hier sagen: „die sich im Rahmen der Gewerkschaften bilden oder außerhalb derselben, aber nicht gegen sie". Die Betriebsräte in Deutschland sind keinesfalls Organisationen, die bestimmt sind, den Gewerkschaften das Wasser abzugraben. Sie sind Organisationen, die zum Teil selbständige Funktionen haben, zum Teil aber die Gewerkschaftsbürokratie vorwärts treiben sollen. Sie sind nicht gegen die Existenz der Gewerkschaften gerichtet, soweit es sich um die Organisation handelt. Die Organisationen, die gegen die Gewerkschaften sind, stehen außerhalb unserer Unterstützung, denn wir haben in den Thesen gesagt, in welchen Fällen wir die Bildung besonderer Gewerkschaften für zweckmäßig halten.

Nun zur zweiten Frage. Wir sagen, daß nur in dem Maße, wie die Gewerkschaften zu revolutionären Organisationen werden, wir ihr Bestreben, sich die Betriebsräte unterzuordnen, unterstützen. Da wurde auf die Lage in Deutschland hingewiesen, auf die Tatsache, daß in Deutschland in erster Linie gesetzliche Betriebsräte bestehen, in denen die Kommunisten die Aufgabe haben, ihre Funktionen über den Rahmen des Gesetzes hinaus auszubreiten, daß aber diese Betriebsräte den Gewerkschaften schon untergeordnet seien. Ich behaupte auf Grund des mir vorliegenden Materials, daß das nicht der Fall ist. Der Kampf der Gewerkschaftsbürokratie um die Beherrschung und Einreihung dieser Betriebsräte ist erst im Gange, und da sagen wir, daß wir es für die Pflicht der Kommunisten halten, selbst wenn es sich später herausstellen würde, daß wir nicht die Kraft haben, den Kampf gegen die Bemühungen der

Legien, diese Räte in die Hand zu bekommen, zu führen, dennoch den Kampf um die Beherrschung der Betriebsräte zu unterstützen. Ich halte es für fehlerhaft, von vornherein hier auf den Kampf zu verzichten, denn er entscheidet nicht nur über eine formelle Frage, sondern über die zukünftige Haltung der Kommunisten in den Betriebsräten. Selbst wenn die große Mehrheit der Betriebsräte sich den Gewerkschaften freiwillig unterordnet und es unzweckmäßig wäre, die revolutionär gesinnten Betriebsräte innerhalb der anderen zu halten, ist es klar, daß unser jetziger Kampf, wo wir die Masse vor Legien und seinen Zwecken warnen, seine Folgen haben wird, indem er unsere Position in den den Gewerkschaften untergeordneten Betriebsräten für die Zukunft stärken wird. Es ist eine andere Frage, ob man — wenn schon der Kampf aussichtslos sein sollte — sich kaprizieren sollte auf die Isolierung kleiner Gruppen; wenn der Kampf einstweilen nicht zum Siege führte, würden wir dann auf dem Boden der den Gewerkschaften untergeordneten Betriebsräte weiterzukämpfen? Aber so steht einstweilen die Frage nicht. In großen Bezirken in Mitteldeutschland und in Berlin tobt der Kampf, und wenn die deutschen Kommunisten sagen, man soll den großen Kampf gegen die Legien nicht in einen Kampf um die Form verwandeln, so sagen wir: es ist Eure Sache, dafür zu sorgen, daß dieser Kampf als prinzipieller Kampf ausgefochten wird und nicht nur als Kampf darüber, wem diese Betriebsräte untergeordnet sein sollen. Es handelt sich um eine prinzipielle Sache, um die Stärkung des Widerstandsgeistes gegen die Gewerkschaftsbürokratie.

Wir schlugen schließlich ein Amendement vor, das die in der Resolution bisher zerstreuten einzelnen Bemerkungen über die zukünftige Rolle der Gewerkschaften in einem besonderen Paragraphen zusammenfaßt. Dieser sagt *(Verlesung von „indem die Kommunisten" bis „durchführen"*).*

Ich möchte nur in ein paar Worten darauf hinweisen, welcher Unterschied zwischen dieser Auffassung der Funktionen der Gewerkschaften nach der Eroberung der politischen Macht

*) Vgl. Ziffer II, 7 der Gewerkschaftsthesen.

seitens des Proletariats und der syndikalistischen Auffassung liegt. Die Syndikalisten haben sich die Entwicklung des Sozialismus in der Weise vorgestellt, daß das Proletariat, nachdem es durch allgemeine Streiks die Bourgeoisie niedergeworfen hat, sich in den großen Gewerkschaften zu einer Föderation der Gewerkschaften organisiert, und diese Föderation würde im freien Abkommen, zusammen mit den Kommunisten, ohne proletarischen Staat das Wirtschaftsleben leiten. Wir halten diese Auffassung für falsch. Erstens kann das Proletariat ohne die Diktatur, ohne die Aufrichtung des proletarischen Staates als eines Organs, mit dessen Hilfe das Proletariat den Widerstand der Bourgeoisie brechen soll, nicht die Macht in die Hände bekommen, und zweitens ist die Leitung des Wirtschaftslebens weder eine Sache, die jede Gewerkschaft für sich erledigen könnte, noch ist sie eine Sache, die nur durch ein freies Abkommen der Gewerkschaften geregelt werden könnte, und zwar, weil einzelne Kategorien der Arbeiterklasse im Industrieprozeß eine hervorragende Rolle spielen und weil diese Arbeiterkategorien für ihre Mitglieder eine aristokratische, privilegierte Stellung im ganzen Wirtschaftsprozeß schaffen und unter Ausnützung dieser Lage für sich Privilegien gegenüber den schwächer entwickelten, weniger wichtigen Gruppen der Arbeiterklasse durchsetzen könnten. Die Arbeiterklasse muß im proletarischen Staat die Wirtschaft so leiten, daß neben den Organisationen, die die Arbeiterschaft der einzelnen Industriezweige zusammenfassen, die Arbeiter in diesen Industriezweigen noch eine weitere große Aufgabe erhalten. Neben den Organisationen, die ihre Aufgaben vom Standpunkte eines Industriezweiges ansehen, muß die Arbeiterklasse, in der Form ihres proletarischen Staates, den Gedanken an die proletarische Gesamtheit vertreten. Der wirtschaftliche Plan und seine Durchführung muß unter dem starken Druck des proletarischen Gesamtinteresses stehen. Aus diesem Grunde sehen wir hier, wie neben der hervorragenden, entscheidenden Rolle der Gewerkschaften die regulierende Form der Staatsorganisationen sich vorzüglich in Gestalt der Räte ausgebildet hat, daß also die Ge-

werkschaften die Wirtschaft mitleiten durch die allgemeinen staatlichen Organe.

Das wären die Hauptamendements, die in die Thesen hineinkommen. Wir haben dabei mehr als im ersten Entwurf die Tatsache berücksichtigt, daß in vielen Ländern die Gewerkschaften eine aristokratische Politik treiben. Wir haben es den Kommunisten zur Pflicht gemacht, in diesen Fällen selbständig zur gewerkschaftlichen Organisation der Massen zu schreiten. Zweitens machen wir den Kommunisten die Unterstützung der jetzt spontan entstehenden neuen ökonomischen Gebilde des Proletariats, der Betriebsräte, zur Pflicht. Die Kommunisten müssen die Unabhängigkeit der Betriebsräte gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie verteidigen, aber sie als einen Teil der Gewerkschaften ansehen, wo die Gewerkschaften revolutioniert sind.

Das dritte Amendement begrenzt die Aufgaben der Gewerkschaften nach der Eroberung der politischen Macht.

Die vierte Frage ist die Frage der internationalen Vereinigung der Gewerkschaften.

Wir haben uns in der Kommission in dieser Frage einstweilen mit der Annahme des schon abgedruckten dritten Punktes unserer Thesen begnügt. Aber dieser Punkt sprach nicht über die konkrete jetzige Lage, über die Bildung des internationalen revolutionären Gewerkschaftsrates, der hier in Moskau von den Vertretern der italienischen, eines Teiles der englischen, der russischen, der bulgarischen Gewerkschaften gebildet worden ist. Wir hatten hier einerseits den Standpunkt der amerikanischen und englischen Genossen, der hier entwickelt wird, die diese Bildung in ihrer vorliegenden Form für verfehlt und für verfrüht halten, auf der anderen Seite den Standpunkt der russischen Parteigenossen, die eine Resolution vorlegten. Da eine solche von einzelnen Mitgliedern der Exekutive verworfen wurde und es gestern schon vier Uhr morgens war, lehnte ich es ab, mich dort irgendwie festzulegen. Genosse Sinowjew wird seinen Standpunkt hier vertreten.

In der Gewerkschaftsfrage bestehen tiefgreifende Meinungs-

unterschiede. Sie haben auf dem Kongreß nicht den Charakter der prinzipiellen Auseinandersetzung bekommen. Aber wir sollen die Augen nicht davor verschließen, daß die Gärung, in der sich die Arbeiterklasse befindet, in allen Ländern zu Versuchen der Bildung neuer Gewerkschaften geführt hat, daß auf diesem Standpunkt viele Mitglieder in allen kommunistischen Parteien stehen. Wir sollen uns über die Gefahren, die darin liegen, nichts vormachen lassen. Der Kongreß muß diese Gefahren ins Auge fassen und den kommunistischen Parteien eine klare Marschroute geben.

Die zweite Frage, die die Aufmerksamkeit des Kongresses in Anspruch nehmen kann, und in Zukunft die der Internationale in viel größerem Maße als bisher, ist die Frage der Betriebsräte, aller neuen Organisationen, der Shop-Steward-Committees usw. Hier müssen wir eins sagen: Nicht, daß die Frage wenig geklärt ist. Sie ist in der Entwicklung. Es handelt sich nicht um die Klärung. Wir müssen die Möglichkeit ins Auge fassen, daß die Entwicklung der Revolution hier ganz neue Dinge schafft, daß die Kommunisten diesen neuen Erscheinungen gegenüber keinen starr ablehnenden Standpunkt einnehmen sollen. Das, was bisher gesagt werden konnte, versuchen wir in den Thesen niederzulegen; aber jeder von uns hat das Gefühl, daß das nicht das letzte Wort sein kann, daß sich diese Organisationen entwickeln, uns vor ganz neue Fragen stellen werden, daß wir dieser Frage mit der Bereitschaft, die neuen Tatsachen zu würdigen, entgegentreten müssen. Die Kommunistische Internationale wurde gebildet in der Zeit revolutionärer Gärung, wo vieles den Eindruck des Chaos macht, das später zu festen wertvollen Gebilden wird. Ich unterstreiche mit voller Absicht den werdenden Charakter dieser Erscheinungen, damit die Kommunistische Internationale auf diese Erscheinungen vorbereitet wird, damit wir nicht in die Rolle des alten Zopfes der Gewerkschaften verfallen und alles Neue verpönen. Wir wissen noch nicht, was die englischen Shop Stewards werden. Sie sind erst in der Bildung begriffen. Wir wissen nicht, was aus den deutschen Betriebsräten werden wird; sie sind einstweilen noch Produkte der zurückgehenden

Revolutionswoge. Sie wurden gebildet, als sich die Arbeiter an die Idee der Räte klammerten, ohne politische Räte zu bilden. Wir wissen noch nicht, welches neue Leben die neue Woge der Revolution, die zweifellos im Anzuge ist, in diese Organisationen bringen wird. Wir wissen sogar noch nicht, ob diese Organisationen als vollkommen revolutionierte Elemente in den Gewerkschaften auftreten werden. Eins aber ist zu sagen. Wie die Dinge bis heute liegen, ist es die Aufgabe der Kommunisten, den Arbeitern zu erklären: „Ihr dürft die Gewerkschaften nicht fallen lassen. Sie sind die größten Massenorganisationen des Proletariats". Das zweite, was wir sagen können, ist, daß wir tastend an die Aufgabe der Betriebsräte herantreten und festzustellen suchen, welches ihre Aufgaben sind und welche die Aufgaben der Gewerkschaften, daß wir uns über das Verhältnis der beiden Organisationen zueinander klar zu werden suchen. Aber das ist nicht unser letztes Wort. Wenn die Revolution in Westeuropa einen schleppenden Gang nehmen wird, wenn die kapitalistische Zersetzung weitergreifen wird und das Proletariat nicht in schnellen Schlägen die Macht erobert, so kann auf diesem Gebiete für die von uns vorbereiteten Massen ein neues Feld der Arbeit liegen, indem wir diesen Dingen nicht mit starren Formeln entgegentreten, sondern mit prüfendem Verstand und dem Willen, der bereit ist, zu handeln und die neuen Erscheinungen zu formen.

Ueber die Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften werde ich mich jetzt nicht lange auslassen. Das Richtunggebende ist das unverrückbare Bewußtsein, daß wir in der Massenbewegung des Proletariats und ihrer Organisationen wohl eine kommunistische Propaganda haben können, aber keine kommunistische Kampfpartei. Wenn wir den Kommunisten diese Marschroute geben, so handeln wir auf Grund der einfachen Erwägung, daß Organisationen, in denen Millionen von Arbeitern zusammengefaßt sind, keine Kristalle sind, die man zerstören muß. Der Vergleich zwischen dem bürgerlichen Staat und den Gewerkschaften hinkt auf beiden Füßen. Wie canaillenhaft die Gewerkschaftsbürokratie auch sein mag, wie sehr sie auch der

Lakai der Bourgeoisie ist, so kann sie doch nur so lange den Charakter der Gewerkschaften bestimmen, als die Entwicklung nicht in starken Fluß kommt. Tritt dieser Fall ein, dann bestimmt die Arbeiterschaft den Charakter ihrer Gewerkschaften. Gorter, der jetzt der Theoretiker des linken Kommunismus ist, sagt in seiner Broschüre: „Die Kraft der Gewerkschaftsbürokratie besteht in der mangelhaften Selbständigkeit der Massen". Und gleichzeitig behauptet er, man könne die Gewerkschaften nicht erobern. Das bedeutet, daß dieser Genosse, der die Weltrevolution in 24 Stunden kommen sieht, dem nichts radikal genug ist, überzeugt ist, er kann die Revolution machen trotz der vorhandenen Unterwürfigkeit und Unselbständigkeit der Massen. Denn falls er auf die Abnahme der Unselbständigkeit rechnet, so kann er nicht den Satz formulieren, die Gewerkschaften seien dazu verurteilt, die Keimzellen der kapitalistischen Gesellschaft zu sein und zu bleiben. Wir sehen der Entwicklung entgegen mit dem gesunden revolutionären Optimismus, auf den eine revolutionäre Bewegung aufgebaut werden muß. Wir sind überzeugt, daß die Massen in Bewegung geraten, daß sie die sklavische Unterwürfigkeit abwerfen werden. Wenn wir in dieser Ueberzeugung zum Kampfe gegen die Gewerkschaftsbürokratie auffordern, so geschieht das nur darum, weil wir wissen, daß die Geschichte sich nicht außerhalb unseres Willens abspielt, sondern daß wir selbst Faktoren dieser Entwicklung sein müssen. In diesem Sinne sind wir der festen Ueberzeugung, daß in den Gewerkschaften für die kommunistischen Parteien das große Feld liegt, auf dem sie die Hauptmassen der Arbeiter für den Kommunismus gewinnen sollen, nicht nur durch Propaganda, nicht durch Traktätchen, sondern durch die Teilnahme am Kampf, und in diesem Sinne bitten wir den Kongreß, nicht nur die Thesen anzunehmen, sondern sie zur Richtschnur der Tätigkeit in den Gewerkschaften zu machen.

REED. Ich protestiere gegen die Behauptung, man hätte hier den Vorschlag der Kommission sabotieren wollen. Es handelt sich nicht um Sabotage. Es handelt sich aber um einen inneren Unterschied und Widerspruch. Es handelt sich nicht

darum, daß die englischen und amerikanischen Genossen der Meinung sind, man müsse die Gewerkschaften als solche verlassen. Es handelt sich darum, daß sie möglichst ihren Geist und ihre Struktur ändern wollen. Radek geht diesen Aenderungsvorschlägen nicht auf den Grund. Was er vorschlägt, bedeutet, daß wir den alten reaktionären Geist in den Gewerkschaften nach wie vor großziehen. Der Unterschied besteht darin, daß die Abänderungen den alten Geist in den Gewerkschaften umzugestalten versuchen, wogegen Genosse Radek sich nicht darum kümmert, diesen alten Geist zu vernichten. Es handelt sich einerseits um eine prinzipielle Aenderung, andererseits nur um eine formelle. Auf diesen Unterschied muß man das Schwergewicht der ganzen Diskussion legen. Auf Grund einer Reihe von Dokumenten wies ich darauf hin, daß Radek sich in den verschiedenen Thesen widerspricht. Am meisten besteht ein Widerspruch zu den Thesen in denjenigen Briefen, die von der Kommunistischen Internationale an die I. W. W. und die amerikanischen Arbeiter überhaupt geschickt worden sind.

Ich finde, daß die Thesen des Genossen Radek nicht die kommunistische Auffassung der ganzen Sache enthalten. Es steht nichts davon darin, daß man die Gewerkschaften als solche dem Geist nach umgestalten sollte. Ich verweise hier auf den Punkt zwei der vorgelegten Amendements und möchte die Punkte 4, 5, 6 und 7 aus den Thesen überhaupt ausgeschlossen haben, weil die einen nicht klar genug sind, die andern nicht präzise und die dritten nicht weit genug. Der einzige Genosse, der hier wirklich die Meinung der westeuropäischen Arbeiterbewegung über diese Frage wiedergegeben hat, war Genosse Bombacci. Er hat offen Stellung genommen. Die einen haben geschwiegen, und die anderen haben sich auf den falschen Standpunkt gestellt. Ueber die rote Internationale der Gewerkschaften zu sprechen, überlasse ich anderen Rednern, die die endgültige Meinung der Minderheit in dieser Frage ausdrücken mögen.

Zum Schluß vergesse man nicht, daß es sich um einen prinzipiellen Unterschied zwischen der Stellung Radeks und der

Minderheit handelt. Ich verlese die Amendements, die vorgelegt sind, und zwar diejenigen, die da sagen, unter welchen Verhältnissen den einzelnen Kommunisten das Recht zugesprochen wird, die alten Gewerkschaften zu verlassen. Es ist eine Reihe von Bedingungen, von denen Radek gesagt hat, daß man sie auf alle Verhältnisse anwenden kann und daß auf Grund dieser Bedingungen ein jeder Kommunist sich sehr leicht einen Vorwand schaffen könnte, die Gewerkschaften zu verlassen. Ich bestreite, daß dem so sei. Gerade diejenigen, die die prinzipielle Durchführung unseres Standpunktes ermöglichen sollen, beweisen das Gegenteil.

Zum Schluß meine ich, daß die Frage, die eine Prinzipienfrage ist, hier besprochen werden muß. Ich weise darauf hin, daß sich in den Thesen des Genossen Radek und seiner Stellungnahme und in der Stellungnahme der Kommunistischen Internationale viele Widersprüche befinden, so daß man mit Recht fragen könnte, welches ihre Stellung zum parlamentarischen Kampf und zur Arbeiterbewegung überhaupt ist. Aus diesen Thesen ergibt sich kein klares Bild dieser Stellung. Die Kommunistische Internationale muß sich aber in dieser Frage klipp und klar ausdrücken. Seitens der englisch-amerikanischen Minderheit war nicht der Wunsch ausschlaggebend, zu disputieren, sondern ihren Standpunkt durchzuführen, und zwar durch Amendements, die dem Genossen Radek nicht neu sein dürften.

Es liegt der englisch-amerikanischen Delegation lediglich daran, den alten Gewerkschaften einen neuen Geist zu verleihen. Unter den Verhältnissen, die durch die Annahme der Thesen geschaffen werden, kann davon keine Rede sein. An diese Umgestaltung müssen die Kommunisten jedoch gehen. Wenn nicht, so werden die Kommunisten allein bleiben, sich bloß zu einer kleinen Partei verschmelzen und werden ein Offizierkorps sein ohne Soldaten, denn die Soldaten werden außerhalb ihres Einflusses stehen.

GALLACHER. Als ich nach Rußland kam und man mir in Petrograd die Broschüre des Genossen Lenin über „Die Kinder-

krankheiten der linken Kommunisten" zu lesen gab, habe ich in der Broschüre auch meinen Namen und meine Tätigkeit geschildert gefunden. Ich habe diesen Tadel hingenommen, wie ein Kind den Tadel seines Vaters hinnimmt. Jetzt kommt Genosse Radek und versucht ebenfalls, uns zu belehren; aber das wird ihm nicht gelingen. Wenn er auf dem Standpunkt beharrt, den er hier eingenommen hat, wird er sehen, daß er keine so leichte Aufgabe zu lösen haben wird. Es ist einfach Unsinn und lächerlich, von der Eroberung der alten Gewerkschaften mit ihrer verknöcherten Bürokratie zu sprechen. Man kann durch Agitation die Massen unter der Fahne einer linken gewerkschaftlichen Organisation in Bewegung setzen, nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb dieser Gewerkschaften. Wir sind schon 25 Jahre in den englischen Gewerkschaften tätig, ohne daß uns die Revolutionierung der alten Gewerkschaften von innen heraus gelungen wäre. So oft es uns geglückt war, unsere eigenen Genossen zu Beamten der Gewerkschaften zu machen, erwies es sich, daß dann, anstatt daß eine Aenderung der Taktik eingetreten wäre, die Gewerkschaften auch unsere eigenen Genossen korrumpierten. Wir haben aus unseren Genossen öfters große Gewerkschaftsbeamte gemacht; aber wir haben gesehen, daß durch eine solche Arbeit nichts für den Kommunismus und die Revolution erzielt werden kann. In den Gewerkschaften sind tatsächlich keine Massen vorhanden. Zum Beispiel sind von einer Gewerkschaft, die 500 Mitglieder zählt, gewöhnlich nur 30 Mitglieder in den Gewerkschaftsversammlungen anwesend, und diese stehen unter der Kontrolle der Bürokratie. Man kann aber an die Massen herankommen durch die Arbeit in den Werkstätten und Fabriken selbst.

Ich selbst bin viele Jahre hindurch in den Gewerkschaften tätig gewesen und war selbst Gewerkschaftsbeamter. Die Schlüsse, die ich gezogen habe, sind daher das Resultat meiner eigenen Erfahrung. Ich will als Beispiel folgenden Fall anführen: Als Lloyd George nach Glasgow kommen sollte, wollten die Beamten ihm einen herrlichen Empfang bereiten. Ich, der ich damals einer der Beamten war, habe dagegen gekämpft, und es

stellte sich heraus, daß, während es im offiziellen Komitee gelungen war, durchzusetzen, daß man Lloyd George keinen Empfang bereite, das inoffizielle Komitee doch an die Arbeit ging, den Empfang durchzuführen. Wir haben dann in den Werkstätten und Fabriken agitiert und gekämpft, und jetzt ist Glasgow eine Stadt, in die Lloyd George nicht zu kommen wagt, da die Arbeiter durch die Agitation in den Werkstätten revolutionär gestimmt sind. Wenn die Thesen von Radek angenommen werden und man danach den Massen sagen soll, daß sie gegenüber den alten Gewerkschaften und ihren Beamten loyal bleiben müssen, dann wird man ausgelacht. Es ist ein ebensolcher Unsinn, von der Eroberung der Gewerkschaften zu sprechen, wie von der Eroberung des kapitalistischen Staates. Man muß den revolutionären englisch-amerikanischen Genossen Gelegenheit geben, für die kommunistischen Ideen außerhalb der Gewerkschaften zu kämpfen.

SINOWJEW. Es wird vorgesehen, abwechselnd einen Redner für und einen gegen die Thesen sprechen zu lassen.

(Der Vorschlag wird angenommen.)

SINOWJEW. Genossen! Wir müssen unbedingt in dieser Frage absolute Klarheit schaffen, und ich setze voraus, daß wir hier den englischen Genossen keine einzige Konzession machen werden; denn was sie wollen, das ist die Vernichtung der Kommunistischen Internationale. Wenn wir ihren Standpunkt annehmen, so wird das Resultat sein, daß wir nicht die Gewerkschaften vernichten, sondern den Kommunismus. Die englischen und amerikanischen Genossen sind einerseits sehr optimistisch. Die soziale Revolution wird von heute auf morgen kommen; wir haben den Sieg der sozialen Revolution in der Tasche usw. Nun aber, wo es sich um die Gewerkschaften handelt, da sehen wir plötzlich sofort einen unerhörten Pessimismus in bezug auf die Arbeiterklasse. Da sagt man: wir werden die Morgan und die Rockefeller beseitigen, den Kapitalismus beseitigen, aber die Bürokratie in den Gewerkschaften, die werden wir niemals beseitigen können. Wir werden immer reaktionäre Statuten haben. Es wird Ihnen aber nichts helfen, die Arbeiterklasse

wird sie ebenso am Kragen packen wie die Bourgeoisie. Den englischen und amerikanischen Genossen scheint es, daß die Gewerkschaftsbürokratie das schlechteste ist, was es gibt. Das ist nicht so. Es gibt noch viel schlechtere Tiere als Gompers, bei dem die Zähne schon faul sind und dem wir die letzten Zähne ohne chirurgische Instrumente ausschlagen können. Die Statuten sind selbstverständlich reaktionär. Das ist wahr. Die Beiträge sind hoch. Aber was glauben Sie? Die Arbeiterklasse wird tagtäglich revolutioniert, sie will den ganzen Kapitalismus niederschlagen, und sie wird auch mit diesen Gewerkschaftsstatuten so handeln, wie sie handeln muß. Sie wird sie zum Fenster hinauswerfen. Sie können nicht in Abrede stellen, daß die Gewerkschaften Millionen von Arbeitern in sich organisiert haben. Unsere Parole ist: „Zu den Massen!" Und am meisten gilt diese Parole für unsere englischen und amerikanischen Parteien. Sie müssen zu den Massen gehen, weil sie noch nicht bei den Massen sind.

Genossen, wenn Sie die Reden der englisch-amerikanischen Genossen hören, so können Sie ein Gesetz aufstellen, daß nämlich hier die umgekehrte Proportion vorliegt: je weniger organisierte Arbeiter man hat, desto radikaler ist man. Man sagt: „Wir brauchen die alten Gewerkschaften nicht, wir werden neue errichten". Wir haben in England und Amerika eine riesige, nach Millionen zählende Arbeiterklasse und einen stark entwickelten Großkapitalismus, der die Arbeiter drückt. Wir haben dort eine sich von Tag zu Tag revolutionierende Arbeiterklasse. Aber die von uns bisher organisierten Massen zählen fast nicht mit. Die Vereinigte Kommunistische Partei Amerikas zählt ungefähr 12 000 Mitglieder. Das ist einfach lächerlich. Unsere Genossen haben noch nicht die ersten Schritte getan; sie müßten in diesen Gewerkschaften sein, in denen Millionen von Arbeitern organisiert sind. Und was haben wir in England? In England haben wir ein paar kommunistische Parteien, von denen eine jede ein paar hundert Mitglieder zählt. Wir haben dort eine riesige Arbeiterklasse, die immer revolutionärer wird. Es ist unsere Aufgabe, mit der Masse zu sein, ihr

voranzugehen, ihr den Weg zu zeigen, wo sie in Bewegung und in der Entwicklung begriffen ist. Sollen wir an den Gewerkschaften nicht teilnehmen, wo in ihnen einige Millionen Arbeiter organisiert sind? Ich habe die Resolution des vereinigten Parteitages der amerikanischen Kommunisten gelesen. Eine größere Konfusion kann ich mir nicht vorstellen als an der Stelle, wo davon gesprochen wird, daß man die Gewerkschaften Amerikas zerstören müsse.

Genosse Gallacher hat erklärt, wir sollen gegen die Gewerkschaften ebenso vorgesehen wie gegen den bürgerlichen Staat. Das ist lächerlich. Die Gewerkschaften bestehen aus Arbeitern, der Staat besteht aus der Bourgeoisie, und nun kommt man und sagt uns, das sei das gleiche. Wohin steuern wir eigentlich? Will man die Internationale lächerlich machen? Gewerkschaften, wo Millionen von Arbeitern organisiert sind, brauchen wir nicht zu zerstören, sondern wir müssen sie revolutionieren und auf unseren Weg führen. Wir werden keine proletarische Revolution machen, wenn die in den Gewerkschaften organisierten Millionen gegen uns sein werden. Genosse Gallacher sagt, man wird uns auslachen, wenn wir in den Gewerkschaften weiterarbeiten. Ich antworte ihm: Sie sollen die Gewerkschaften revolutionär machen. Sie haben gut gehandelt, daß Sie Lloyd George nicht empfangen wollten. Sie sollen illegale Gruppen innerhalb der Gewerkschaften bilden, um nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Waffe zu kämpfen. In Deutschland kämpft man schon mit der Waffe in der Hand. Viele Male haben unsere Genossen aus der kommunistischen Partei gegen die gelben Gewerkschaften mit der Waffe in der Hand gekämpft. Sollten wir aber aus den Gewerkschaften weggehen, so wäre das das beste Geschenk für die Legien und Konsorten. Die werden sagen: „Die Kommunisten sind dumm genug; sie haben uns die Arbeiter überlassen". Das brauchen ja die Gompers und Legien gerade. Aber das werden wir niemals tun. Wir sind keine Sekte. Wir wollen eine wirkliche Kommunistische Internationale sein, die siegen wird. Und um zu siegen, brauchen wir die Millionen der Arbeiterklasse.

Schwierigkeiten gibt es genug. Es ist leicht, zu sagen: Wir werden fortgehen, wir wollen nichts mit diesen Leuten zu tun haben. Wir werden eine reine Arbeiterunion bilden. Vielleicht werden in dieser Union 20 000 Arbeiter sein und bei Legien — 8 000 000. So hat es die K. A. P. D. gemacht. Sie hat eine Arbeiterunion gebildet gegen die 8 000 000 Anhänger Legiens. Das ist kindisch. Mit welchen Massen werden wir die proletarische Revolution in Deutschland machen. Mit dieser Arbeiterunion, die gar nicht zentralisiert, die gar nicht organisiert ist? Wir müssen in die Gewerkschaften gehen. Oft sieht man, wie Sie die Erfahrungen der russischen Revolution anbeten. Wir bitten Sie aber, sie auch zu studieren. Wir hatten auch hier Gewerkschaften, die verräterisch waren, aber nach einigen Monaten, nach dem Siege der bolschewistischen Revolution waren wir in der Mehrheit. Wir haben jahrzehntelang darum gekämpft, und wir haben die Gewerkschaften gewonnen. Wären wir aber weggelaufen, so hätten die Menschewiki gehabt, was sie wollten. Die englischen und die amerikanischen Genossen sagen: „Wir gehen nicht in die Gewerkschaften. Wir sind reine und gute Kommunisten; aber die Arbeitermassen sind bei den Verrätern." Nun Genossen, heißt dies nicht, das Instrument der Opportunisten sein? Was Genosse Reed vorschlägt, ist ein gefundenes Fressen für Gompers. Mehr braucht er nicht als das. Hätten wir das getan, dann hätten sich die Huysmans und Vandervelde die Hände gerieben und gesagt: „Die Leute haben unsere Geschäfte besorgt". Unsere Parole ist: Immer mit den Massen! Das heißt aber nicht, daß wir immer die Massen loben. Wir sagen ihnen: ihr habt unrecht, aber wir gehen nicht fort. Wir bleiben hier, um mit euch zu sein, um euch auf Schritt und Tritt zu führen. Den Irrtum, daß sie weglaufen, darf die Kommunistische Internationale nicht begehen. Tut sie das, so sind wir verloren. Der Sozialismus wird zwar auch dann siegen; aber vielleicht nach zehn Jahren, und unsere Aufgabe besteht gerade darin, den Sieg zu beschleunigen. Darum müssen wir den englischen und amerikanischen Genossen sagen: Wollt ihr zur Kommunistischen Internationale gehören, so dürft ihr nicht von den Gewerkschaften fort-

gehen, ihr müßt hinein in die Gewerkschaften, dort kämpfen, die Massen revolutionieren, ihnen den rechten Weg zeigen und eine starke kommunistische Partei bilden, die die Gewerkschaften revolutioniert und die proletarischen Massen zur Revolution weiterführen wird.

FRAINA. Ich wundere mich, daß die Genossen Radek und Sinowjew so erregt sind. Sie bestehen darauf, daß die Arbeit in den Gewerkschaften notwendig sei. Aber das ist nur ein Argument gegen den Vertreter der United Communist Party of America, der sich gegen die Arbeit in den alten Gewerkschaften ausspricht. Die Stellung der United Communist Party ist keineswegs die derjenigen Genossen, die die Thesen des Genossen Radek kritisieren. In meinem Eingangsreferat betonte ich, daß wir *für* die Arbeit in den alten Gewerkschaften sind, nicht allein wegen der Argumente, die man hier gebracht hat, sondern weil die ganzen Erfahrungen der amerikanischen Bewegung uns diese Politik auferlegen. Die Shop Stewards — sind sie gegen die Arbeit in den alten Gewerkschaften? Es wäre albern, uns das zu versichern; die Shop Stewards und ähnliche Organisationen sind Teile der alten Gewerkschaften, der angemessenste Ausdruck der Radek-Sinowjew-Politik der Arbeit in den alten Gewerkschaften. Ich habe gesagt, daß, was die Vereinigten Staaten betrifft, annähernd 80 Prozent der Arbeiter unorganisiert sind, aber nichtsdestoweniger ist es unmöglich, die alten reaktionären Gewerkschaften zu verlassen und wenn aus keinem anderen, so doch aus einem besonderen Grunde: die Mehrheit der unorganisierten Arbeiter sind Ausländer, die Mehrheit der organisierten Arbeiter Amerikaner. Wir müssen den Kontakt mit diesen amerikanischen Arbeitern herstellen, da sie notwendig die Führerschaft in der Revolution bilden werden — nicht in der Theorie, sondern in der revolutionären Aktion.

Aber wie werden Sie in den alten Gewerkschaften arbeiten? Das ist die entscheidende Frage, die Frage der Methoden und Mittel. Wenn Sie sagen: Arbeitet in den alten Gewerkschaften! so sagen Sie viel und — nichts. Es ist notwendig, kommunistische Gruppen in den alten Gewerkschaften zu haben; aber

was müssen diese tun? Müssen sie einfach abstrakten Kommunismus predigen? Radek antwortet: Nein, sie müssen die Führer im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter werden. Sehr gut, aber das erfordert Mittel. Und die Mittel, behaupten wir, bestehen nicht in der friedlichen Durchdringung der Gewerkschaften, in dem Versuch, neue Beamten anstelle der alten zu wählen, einen Fetisch aus den alten Gewerkschaften und Formen der Gewerkschaften zu machen; die Mittel bestehen im agressiven Kampf in den Gewerkschaften, in der Mobilisierung der Massen gegen die Bürokratie und der Befreiung von ihr, in der Agitation für außerordentliche Organisationen und industrielle Gewerkschaftsverbände und deren Aufbau. Der Genosse Radek anerkennt und akzeptiert dies, aber er macht es nicht zu einem lebendigen und wirklichen Teil seiner Thesen; Radek ist so von den Problemen in Deutschland abgelenkt, wo gewisse Leute die Parole des „Austritts aus den alten Gewerkschaften" herausgegeben haben, daß er die gegenteilige Politik übertreibt. Und wiederum wegen seiner Konzentrierung auf Deutschland behandelt Radek die Frage der Organisation neuer und besonderer Gewerkschaften sehr gelind. Unter gewissen Bedingungen ist eine Spaltung notwendig. Sie muß nicht erzwungen werden; aber gleichzeitig dürfen wir nicht zugeben, daß wir zu einer Spaltung gezwungen werden. Wir müssen nicht wie Lämmer sein, wir müssen eine Politik der neuen Gewerkschaften besitzen, die uns die Initiative in dieser Sache in die Hand gibt und nicht unseren Feinden. Schließlich ist eine Spaltung in einem gewissen Grade ein revolutionärer Akt; sie kann die Massen mehr vorwärts treiben als Monate und Jahre gewöhnlicher Agitation. Zuweilen kann es sogar notwendig sein, eine Spaltung zu erzwingen. Es ist die Aktion, die wir fordern. Auf der Grundlage der Aktion und nicht der theoretischen Abweichungen müssen Spaltungen vor sich gehen. Ferner fordern wir die Anerkennung der neuen Formen, die sich in den Gewerkschaften entwickeln. Besonders in England und Amerika ist diese Entwicklung von äußerster Wichtigkeit. Wir müssen diese Entwicklung objektiv studieren, aus ihr lernen und unsere Theorien den besonderen Verschiedenheiten und den zahllosen Formen

des Lebens selbst anpassen. Das ist revolutionäre Praxis; das ist das, was besonders bei den Problemen der Gewerkschaften notwendig ist. Wir müssen die Massen in den Gewerkschaften befreien für die Aktion. Durch ihre wirtschaftlichen Kämpfe, durch das Verständnis und unsere Anpassung an die Verschiedenartigkeiten, die sie in den Formen ihrer Organisation und Aktion entwickeln, mobilisieren wir die Massen für die Revolution. Wir dürfen nicht abstrakt sein oder doktrinär; wir müssen uns immer bewußt sein, daß es die Aktion der Massen ist, die die Mittel und die Formen des revolutionären Endkampfes bildet.

Ich wiederhole von neuem: Unsere Differenzen mit dem Genossen Radek liegen nicht im Prinzip, sondern in der Betonung. Aber unsere russischen Genossen müssen die neuen und bunten Formen der Gewerkschaften erkennen, die sich entwickeln; sie müssen erkennen, daß in unseren Ländern die Gewerkschaften einen viel lebendigeren Faktor in der Revolution bilden als in ihrer Revolution. Ich fühle, daß wir auf dem nächsten Kongreß einig sein werden.

(Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

REED beantragt, über den Antrag der Minorität ebenfalls abzustimmen und zwar zuerst über die Amendements.

Abstimmung der Leitsätze Radeks, die angenommen werden.

Es folgen persönliche Erklärungen.)

BOMBACCI. Ich wundere mich, daß man von mir gesagt hat, ich treibe Sport mit den Gewerkschaften. Im Gegenteil, Genosse Radek treibt Sport mit der Gewerkschaftsfrage. Lenin erklärte, er hätte meine Rede weder gehört noch gelesen. Ich betone, daß ich seit 15 Jahren in der Gewerkschaftsbewegung stehe, 10 Jahre Sekretär einer Arbeitergewerkschaft gewesen bin und gegenüber den Gewerkschaften eine klare Stellung habe. Es ist mir nicht eingefallen, zu sagen, daß die Kommunisten sich nicht für die Gewerkschaftsfrage interessieren sollen. Ich erinnere daran, daß die italienischen Kommunisten sich seit 1914 bemüht haben, den Reformisten die Gewerkschaftszentrale zu entreißen und sie in die Hände der Kommunisten zu bringen. Ich habe in dieser Richtung eine klare Linie in Italien verteidigt

und auch häufig gesagt, daß die Gewerkschaften eine Grube darstellen, aus der man für die Revolution Gold holen soll, und daß das Parlament eine kleine Tribüne darstellt im Vergleich zu den Gewerkschaften. Aber die Gewerkschaften sind nicht revolutionär und werden nicht revolutionär sein.

RADEK. Das letzte, was der Genosse Bombacci geäußert hat, bestätigt das, was ich vorhin von ihm gesagt habe. Er erklärt, die Gewerkschaften waren niemals, sind nicht und werden niemals revolutionäre Organisationen sein. Damit hat der Genosse Bombacci bestätigt, was ich gesagt habe: Unser Verhältnis zu den Gewerkschaften muß dasselbe sein wie zu dem Parlament. Wir sollen die Gewerkschaften ausnutzen, um dort kommunistische Propaganda zu führen. Aber die Gewerkschaften werden niemals revolutionäre Organisationen werden zum Zwecke der Eroberung der Diktatur. Dasselbe sagt Genosse Bombacci nach einem ausführlichen Bericht der Iswestija. Der Widerspruch ist mir umso unverständlicher, als nicht nur die Gegenpartei seine Rede so verstanden hat, sondern alle italienischen Delegierten, die ich über die Rede Bombaccis befragt habe, den Inhalt der Rede bestätigten. Wenn Genosse Bombacci fünfzehn Jahre in den Gewerkschaften gearbeitet hat, so aus welchem Grunde? Wenn er die Gewerkschaften als konterrevolutionäre Institutionen betrachtet, ohne gleichzeitig mit einer Partei für deren Zerstörung zu wirken, so vertritt er einen Standpunkt, der für einen Revolutionär nicht ernst zu nehmen ist.

(REED beantragt, über die Abänderungen der Thesen abzustimmen. Abstimmung.)

SINOWJEW. Der Genosse Radek behandelt in seinem Referat die Frage der Roten Internationale der Gewerkschaften. Ich schlage vor, hinzuzufügen: es ist die Aufgabe . . . *(Verlesung).* — Zwei Worte zur Motivierung: Sie wissen, daß hier in Moskau am 15. Juli ein Bund der internationalen Gewerkschaften, die auf dem Standpunkte der Kommunistischen Internationale stehen, gegründet worden ist, und daß eine Anzahl von Gewerkschaften beigetreten ist, Genosse Rosmer für die Minderheit der französischen Gewerkschaften, alle russischen, die italie-

nischen Gewerkschaften usw. Es ist eine Erklärung verfaßt worden, die als Plattform ungenügend ist, aber als erster Schritt verdient, daß wir sie unterstützen und den internationalen Kongreß der roten Gewerkschaften möglichst schnell organisieren. Ich schlage vor, das als selbständigen Antrag anzunehmen. Wir werden das weiterführen, damit wir die Gewerkschaften zusammenbringen können. Zweitens schlage ich vor, der Exekutive zu überlassen, einen Aufruf an alle Gewerkschaften der Welt zu richten, in dem wir die Bedeutung der Amsterdamer gelben Internationale erklären und auffordern, in die neue Gewerkschaftsinternationale einzutreten.

TANNER (bittet ums Wort, um die Beziehungen zwischen der gelben und der roten Gewerkschafts-Internationale darzulegen.)

SINOWJEW. Genossen, die sich organisierende Rote Gewerkschaftsinternationale umfaßt fünf Millionen Mitglieder der russischen Gewerkschaften, zwei Millionen revolutionäre Italiener, obgleich D'Aragona ein Reformist ist, die hier von Rosmer vertretene Minderheit der französischen Syndikate, die revolutionär sind und einige Millionen Mitglieder zählen, die Gewerkschaften Bulgariens, die einige hunderttausend Mitglieder haben, und noch einige andere, zusammen etwa acht Millionen in den Gewerkschaften organisierter Arbeiter. Diese acht Millionen organisierter Arbeiter wollen wir jetzt als Internationale der Gewerkschaften vereinigen. Genossen, ich frage Euch: Ist das schlecht?

D'Aragona hat unterzeichnet, weil die italienischen Arbeiter für uns sind, für die Sowjets, für die Diktatur des Proletariats. Und wir hoffen, daß, wenn nach siebenjähriger Pause endlich wieder ein Kongreß der italienischen Gewerkschaften zusammenberufen wird, an der Spitze dann nicht ein Reformist, sondern ein revolutionärer Marxist stehen wird. Wir haben hier fast zehn Millionen Arbeiter, die auf dem Boden der Kommunistischen Internationale stehen, und da sagt man, wir sollen sie nicht organisieren. Tanner sagt: wir haben Kontakt mit den Massen. Wieviel Mitglieder hat die Shop-Steward-Organisation? 250 000.

Wir haben sie ebenfalls eingeladen, denn wir sagen, es ist eine Massenorganisation, die wir unterstützen müssen. Aber das ist wirklich sehr bescheiden, wenn Sie sagen, sie haben genügenden Kontakt mit den Massen in einem Lande wie England. Wir sollen damit nicht zufrieden sein, sondern als internationale Organisation auftreten. Der Hauptfeind ist Amsterdam und nicht Brüssel.

Man kommt immer mit der Gewerkschaftsbürokratie. D'Aragona ist ein Bürokrat. Sollen wir darum keine Internationale bilden?

Amsterdam ist eine Kraft, es sind dort viele Millionen Arbeiter vertreten, die aber von den Herren Sozialdemokraten geführt werden und darum reaktionär sind. Wir müssen sie spalten und zu uns herüber ziehen. Das ist die Hauptaufgabe, und unser erster Schritt ist ein großer Schritt vorwärts. Wir können jetzt jeder Gewerkschaft sagen: „Ihr sollt aus der Amsterdamer Internationale austreten. Ihr habt jetzt eine Internationale der roten Gewerkschaften und der sollt Ihr beitreten." Es ist dies vielleicht nur ein Zimmerwald, aber von dort muß man zu Kiental schreiten und dann zu Moskau. Aber immerhin ist es doch ein Stück vorwärts. Wir haben die Shop Stewards eingeladen. Sie wollten aber das Manifest nicht unterzeichnen, weil darin von der Diktatur des Proletariats die Rede war. Sie haben sich jetzt belehren lassen. Aber man soll nicht zu uns kommen und sagen: „Warum habt ihr nicht auf freiheitlicher Basis gebaut?" Wir haben auf dieser Basis gebaut, weil wir zehn Millionen Mitglieder haben, und alle Gewerkschaften werden zu dieser Internationale kommen. Tanner sagt, es sei ein Widerspruch: Im nationalen Maßstabe müßten wir in den Gewerkschaften bleiben, im internationalen Maßstabe wollten wir ein selbständiges Organ. Wir wollen in den nationalen Gewerkschaften bleiben, damit wir die Leute zu uns herüberziehen, die Gewerkschaften nicht in der Amsterdamer Internationale lassen, sondern zusammen organisieren und unter die Leitung der Kommunistischen Internationale stellen. Wir wollen die Gewerkschaften gewinnen auf alle mögliche Art und Weise, im nationalen Maßstabe, wenn nötig. Man

muß vom Kopf bis zum Fuß doktrinär sein, um jetzt abseits zu stehen, wo wir auf einer Seite die gelbe Internationale haben und auf der anderen die Vereinigung von Moskau. Man will beiseite stehen. Soll ich nicht mit Robert Williams paktieren gegen Henderson? Selbstverständlich. Aber er steht an der Spitze der Triple-Alliance. Warum stehen nun die Genossen der Shop Stewards nicht an der Spitze dieser Millionengewerkschaft? Sie zeigen damit, daß sie Sektierer sind und nicht Revolutionäre. Ein Revolutionär muß einen Williams verjagen und sich an die Spitze stellen. Die Leute bilden kleine Gruppen, und wo Millionenbewegungen wachsen, da stehen sie abseits. Aber dadurch kämpft man nicht, daß man beiseite steht, sondern man kämpft dadurch, daß man sich an die Spitze stellt, mit der Masse zusammengeht. Ich glaube, das ist ein großer Schritt vorwärts, daß wir einen Kernpunkt der Gewerkschaftsinternationale haben. Das ist der wichtigste Schlag, den wir der Bourgeoisie versetzen. Wenn D'Aragona auch ein Opportunist ist, das macht nichts. Er wird gehen, aber die italienischen Arbeiter werden bleiben. Wir werden die Gewerkschaftsbürokratie beiseite schieben, und Millionen werden mit uns gehen gegen den Kapitalismus und gegen die gelbe Gewerkschaftsinternationale.

(RUDNYANSKY schlägt vor, die Debatte zu schließen.

Der Vorschlag wird angenommen. Ueber den Antrag von Tanner und Reed, diese Frage der Kommission zur Prüfung zu übergeben, wird abgestimmt. 13 Stimmen sind für diesen Antrag, die Mehrheit aber für den Vorschlag Sinowjew bei einer Stimmenthaltung. Schluß der Sitzung.)

Vierzehnte Sitzung
des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale am 6. August.

(SINOWJEW eröffnet die Sitzung.)

SINOWJEW. Das Büro schlägt vor, den Kongreß mit der heutigen Sitzung zu Ende zu führen.

MÜNZENBERG stellt im Auftrage der anwesenden Vertreter der Jugendorganisation den Antrag, den Kongreß nicht zu schließen, ohne die Frage der Jugendbewegung behandelt zu haben. Einerseits haben die Vertreter der Jugendbewegung alles Interesse, die Frage der Kommunistischen Jugendbewegung und ihr Verhältnis zu der Kommunistischen Internationale im Plenum zu besprechen. Andererseits ist auch die Bedeutung der Jugendbewegung für die Kommunistische Partei so wichtig, daß die Behandlung der Frage vor dem gesamten Kongreß erfolgen sollte. Vielleicht ist die Erledigung heute noch möglich, dann haben wir nichts gegen den Antrag des Büros. Im anderen Falle soll die Frage der Jugendbewegung besprochen werden.

SYLVIA PANKHURST. Man hat schon so lange gesessen, man könnte auch noch einige Zeit tagen. Die Frage, die jetzt verhandelt wird, ist noch nicht genug diskutiert worden. Ich bin gegen die Beendigung der Arbeiten des Kongresses.

GOLDENBERG. Ich wiederhole, was Münzenberg gesagt hat. Man muß die Jugendfrage diskutieren, bevor der Kongreß zu Ende ist.

SINOWJEW. Ich möchte den Antrag des Präsidiums verteidigen. Diejenigen Genossen, die leider mit einer großen Verspätung angekommen sind, wie Sylvia Pankhurst, wissen, daß wir die Frage hier seit zwei Wochen diskutiert und vorher zwei bis

drei Monate in der Exekutive diskutiert haben. Darum schlagen wir vor, heute zu schließen. Denn wir können heute die Jugendfrage nicht gründlich behandeln. Für die Behandlung der Jugendfrage war es sehr nützlich, daß die Vertreter der Jugendbewegung der ganzen Diskussion beigewohnt haben. Es wird vielleicht ratsam für die Jugendbewegung und für die ganze Internationale sein, wenn wir eine Beratung haben, und die Genossen, die schon zwei Wochen von zu Hause weg sind, sollten dahin zurückkehren können. Deshalb wollen wir heute schließen und die Frage ganz kurz und ohne Debatten lösen.

(Der Antrag wird angenommen.)

SINOWJEW. Genossen, wir haben beschlossen, heute den Kongreß abzuschließen. Daher müssen wir ökonomisch mit der Zeit umgehen. Auch haben sich schon 12 Redner zu jeder Frage eingeschrieben. Ich schlage folgendes vor: Neue Amendements, die in der Kommission nicht behandelt worden sind, werden nur veröffentlicht, nicht diskutiert. Die Kommission wird dann endgültig beschließen. Zweitens: zur Frage des Eintritts in die Labour Party werden nur zwei Redner für und zwei gegen zugelassen.

WIJNKOOP. Genossen, ich bin gegen diesen Vorschlag; denn die Frage der Labour Party und der B. S. P. ist von der allergrößten Wichtigkeit. Weil dem so ist — und nicht nur für England, sondern für die ganze Welt —, so scheint es mir notwendig, daß man diese Frage wirklich frei diskutieren kann. Falls man hier nur zwei Redner für den einen Standpunkt und zwei für den anderen zuläßt, dann wird in Wirklichkeit nur die britische Delegation etwas über diese Sache sagen können. Zwei vielleicht dagegen, einer dafür und vielleicht wird noch eine Partei außer der englischen Gelegenheit haben, etwas zu sagen. Das geht doch nicht an. Die Arbeiter der ganzen Welt haben das Recht, zu wissen, warum wir uns für die eine oder die andere Seite entschließen. Dies ist von außerordentlicher Bedeutung und ich wäre daher für freie Diskussion in dieser Frage. Aber selbst wenn wir uns nicht zu einer freien Diskussion entschließen,

meine ich, daß zwei Redner dafür und zwei dagegen zu wenig sind. Man sollte jedenfalls noch einigen anderen Parteien die Gelegenheit geben, ihren Standpunkt zu äußern. Ich schlage vor, im Gegensatz zum Präsidium in dieser Sache freie Diskussion zu geben.

(Abstimmung. Der Antrag Sinowjews wird angenommen.)

PANKHURST. Es ist ganz unmöglich, den Arbeitern weiszumachen, welcher Unterschied zwischen der Kommunistischen Partei, der B. S. P. und der Labour Party besteht. Es ist überhaupt sehr charakteristisch für England, daß dort in der Politik keine genaue Demarkationslinie existiert, die besonders den Arbeitern die Möglichkeit geben würde, eine Partei von der anderen zu unterscheiden. Darum ist es schwer, den Arbeitern zu erklären, wodurch die Anhänger der kommunistischen Partei sich von denjenigen, deren Partei sie selbst angehören, unterscheiden würden. Denken Sie an das Beispiel des Genossen Williams, von dem man glaubte, er stände auf dem Standpunkt der Sowjets. Von ihm hat man erfahren müssen, daß er dafür war, daß die englischen Arbeiter Munition nach Polen laden.

Damit soll gesagt werden, wie leicht man sich täuschen kann. Also, einerseits behauptet man, man gehöre zu einer Strömung, und andererseits ist man wegen der Zugehörigkeit zur L. P. gezwungen, eine solche Politik zu treiben. Denken wir an die Stellung in irgend einer Phase des Wahlkampfes, so muß eine Unterscheidungslinie zwischen den Kandidaten bestehen, d. h. man möchte wissen, wer die Kandidaten sind und welche Programme sie vertreten. Ich bestreite, daß das möglich ist, und zwar wegen der Struktur der Labour Party, die von alten Traditionen beherrscht wird. Es handelt sich auch dort um offiziell bezahlte Angestellte. Außerdem unterliegen alle Mitglieder der Parteien, die der L. P. angehören, der strengsten Disziplin. Und wenn es sich darum handelt, im Parlament in der einen oder der anderen Frage aufzutreten, so unterliegen sie offiziell der Parteidisziplin. Auch bei den Wahlen kann eine lokale Organisation ihre Kandidaten wählen, aber wenn es sich darum handelt, als Kandidat aufgestellt zu werden, so muß er

von der Zentrale der Labour Party bestätigt werden. So ist es auch in den einzelnen Reden und Abstimmungen. Diese Art und Weise hat auch schon den Mitgliedern der I. L. P. zu verstehen gegeben, daß es sehr schwer ist, Anhänger der I. L. P. zu sein und zur selben Zeit einer anderen Partei anzugehören, weil man durch die Disziplin zu sehr gebunden ist. Ich berufe mich auf einen Ausspruch des Genossen Lenin, der sagt, man solle nicht zu extrem sein. Ich finde aber, man solle noch extremer sein, als man ist. Besonders in England fehlt es an mutigen Leuten. Trotzdem ich Sozialistin bin, habe ich sehr lange in der Frauenrechtlerbewegung gekämpft und habe gesehen, wie sehr es darauf ankommt, daß man extrem ist und den Mut hat, seine Ideen zu vertreten. Ein Kandidat der I. L. P., der auch sehr radikal war, wurde als Kandidat aufgestellt und las seinen Aufruf, das Programm seinen Wählern vor, bevor er der L. P. vorgeschlagen wurde. Als er das Programm nach Prüfung durch die Labour Party seinen Wählern nochmals vorlas, gab es große Aufregung, denn die L. P. hatte das Programm seines Mitgliedes geändert. Ich betone noch einmal die große Abhängigkeit und Disziplin. Wenn man von der L. P. spricht, so muß man auch von ihrer äußerst verknöcherten Struktur sprechen und von der Struktur der Gewerkschaften, die ihr angehören, die auch eine bürokratische, verknöcherte Organisation sind. So findet man eine ganz andere Struktur als die, die man sich denkt. Es ist unmöglich, innerhalb der Partei zu bleiben und diese Organisation irgendwie zu ändern.

Auf dem Gebiete des Parlamentarismus befindet man sich in England in einer schweren Lage. Es handelt sich um ein Land mit einer langjährigen parlamentarischen Tradition und mit wirklichen demokratischen Traditionen. Auch in den Arbeitern ist diese Tradition eingewurzelt, und wenn man ihnen vorschlägt, sich an den Wahlen zu beteiligen, um die L. P. dadurch zu schädigen, so würden die englischen Arbeiter solche Ratschläge nicht verstehen. Das ist ihnen unzugänglich, weil sie durch die bürgerliche Presse bearbeitet werden. Man kann diese Erfahrungen nicht mit den Erfahrungen in Rußland ver-

gleichen. In England liest ein jeder Arbeiter die bürgerliche Presse. Ich selbst habe gesehen — und ich war eine derjenigen Redner, die am meisten in der Frage der russischen Revolution aufgetreten sind —, daß es am schwersten war, den Arbeitern die Stellung zum Parlamentarismus beizubringen. Sie fragten, warum man die Konstituante zusammenberufen und dann nachher vernichtet hat. Ich glaube, daß in den englischen Arbeitern die demokratischen Vorurteile tief wurzeln, mit denen man zu rechnen hat. Es gibt noch einen Grund, weshalb ich gegen den hier von der Internationale vertretenen Standpunkt bin. Wenn man den Parteien sagen würde, sie sollten der Labour Party beitreten und sich durch eine allgemeine Disziplin und Aktion binden lassen, so würde man dadurch das Schicksal der englischen proletarischen Revolution in die Hände der alten Gewerkschaften geben. Alle Argumente, die man hier vorgebracht hat, sind dagegen, und man sieht es täglich, wie schwer es ist, die alten Gewerkschaften mit einem neuen Geiste zu beseelen.

Wenn man den englischen Kommunisten zumutet, sich der L. P. anzuschließen, so würde man dadurch das Schicksal der Gewerkschaften und der Sowjets den alten verknöcherten Gewerkschaften in die Hände geben. Man muß die speziellen Verhältnisse in Betracht ziehen, unter denen man in England lebt. Man muß in der Politik den extremsten Standpunkt vertreten. Das hat sich in der Frage der Unterstützung der Sowjetmacht in England erwiesen und auch dort, wo es sich darum handelte, mutig aufzutreten. Ich bestehe auf meinem Standpunkt und bitte also, den Antrag auf Eintritt in die L. P. *nicht* anzunehmen.

MAC LAINE. Was hier gesagt wurde, ist nichts Neues, weil es bekannt ist, wie sich die Genossin Pankhurst überhaupt zum Parlamentarismus stellt. Der Beschluß, der dem Kongreß hier von der Kommission vorgeschlagen wird, ist nur eine logische Entwicklung derjenigen Beschlüsse, die bereits in anderen Fragen angenommen worden sind. Es kann kein bloßer Zufall sein, daß gerade diejenigen, die am meisten für den Beitritt der Kommunistischen Partei zur L. P. aufgetreten sind, Vertreter eines Landes sind, in dem die Diktatur des Proletariats schon

existiert. Es waren meistens russische Genossen. Was ist eigentlich diese L. P.? Die L. P. ist nichts anderes als der politische Ausdruck der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die Arbeiter in der L. P. vertreten den ökonomischen Standpunkt in der einen oder der anderen Frage. Neun Zehntel derer, die der L. P. angehören, gehören auch gleichzeitig den Gewerkschaften an. Das Beispiel der Genossin Pankhurst ist kindisch. Sie hat die allerreaktionärste Gewerkschaft herausgegriffen. Im großen und ganzen kann es keinen Menschen geben, der nicht einsieht, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich links orientieren. Man sieht die gewerkschaftliche Bewegung sich unter dem Druck der Zeit und der Ereignisse verändern. Man kann die Gewerkschaften und ihre Mitglieder nicht als etwas ewig Gegebenes betrachten. Ich erinnere an den großen Streik der Mechaniker von Manchester im Jahre 1917. Verschiedene Genossen haben daran teilgenommen. Dort sind die Kommunisten aufgetreten und haben den Standpunkt der Streikenden im Lichte der kommunistischen Bewegung geschildert. Wir haben das allerbeste Resultat erzielt. Anfangs hatte man beantragt, die L. P. sollte sich der Kommunistischen Internationale anschließen. Aber der Antrag ist dann nicht zur Abstimmung gekommen. Doch hat die Tatsache, daß diese Frage aufgeworfen wurde, ein großes politisches Interesse erweckt. Denn überall in England ist die Frage besprochen worden, in allen Sektionen der L. P., die sonst nichts zu hören bekommen hatten. Eine mächtige Agitation ist dadurch entfaltet worden.

Im Gegensatz zu dem, was hier gesagt wurde, und trotzdem die B. S. P. ein Glied der L. P. wird, bewahrt sie doch die volle Freiheit der Kritik. Ich selbst und meine Parteigenossen haben zu wiederholten Malen die Presse und bei anderen Gelegenheiten auf verschiedenen Kongressen die Führer der L. P. kritisiert, ohne daß das zu irgend welchen Konsequenzen geführt hätte. Ich bestehe auf zwei Standpunkten: erstens, daß die L. P. der politische Ausdruck der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist und als eine politische Organisation aufgefaßt werden muß, und

zweitens, daß innerhalb der L. P. die Anhänger einer anderen Partei ihre volle Bewegungs- und Kritikfreiheit bewahren.

GALLACHER. Ich bedaure, daß dieser Kongreß sich mit denselben abgedroschenen Phrasen befassen muß, die seit 20 Jahren innerhalb der englischen Arbeiterbewegung diskutiert werden, und zwar seitens der B. S. P., die denselben Standpunkt vertreten hat, der heute hier vertreten wird. Es wird gesagt, daß man diesen Beitritt zur L. P. befürwortet, besonders aus dem Grunde, weil man glaubt, dadurch in Berührung mit den Massen zu kommen. Wir stehen mit den Massen in Berührung. Man muß zwischen denen unterscheiden, die wirklich in Berührung mit den Massen stehen wollen, und denen, die es nicht tun wollen. *(Im Anschluß daran zitiert der Genosse viele Fälle aus der letzten Periode des Kampfes in Schottland, wo die Anhänger der L. P. ganz bescheiden wurden und mit den Sozialreformisten zusammen in entschiedene Beziehungen mit den Bürgerlichen traten und sich nicht erlaubten, selbständig zu handeln.)* Sie waren es, die in Glasgow in Schottland große Demonstrationen organisiert haben. Die größten Redner Englands sind nach Schottland gekommen und wollten dort sozialpatriotische Reden halten. Sie hatten ihre Klique mitgebracht, den schlimmsten Teil der Bevölkerung. Sie wurden unterstützt. Und trotzdem die Vertreter der I. L. P. ihnen empfahlen, ruhig zu bleiben, haben die Genossen es doch so weit gebracht, daß die betreffenden Redner nicht zu Worte kamen. Die größten Volksmeetings sind veranstaltet worden, trotzdem man es ihnen nicht erlauben wollte, zu Worte zu kommen. Ich betone diese Art des direkten Verkehrs mit den Massen. Ich berufe mich auf die Erfahrungen während des Krieges, als die schottischen Arbeiter trotz des Chauvinismus, der herrschte, dafür gesorgt haben, daß man den Frauen und Kindern der deutschen Internierten die Möglichkeit gab, menschenmöglich zu leben, während die anderen Arbeiterparteien, die durch ihre Neigungen zu den Bürgerlichen in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert waren, sich nicht auf diesem Gebiete beteiligen konnten. Ich weise auch auf die verschiedenen weltbekannten Sozialpatrioten wie Thomas und Henderson hin.

die die Arbeiterklasse verschiedentlich verraten haben. Wie würde es aussehen, wenn wir im Namen derselben Partei auftreten würden, deren Vertreter Henderson ist. Meine Ansichten habe ich in meinem Artikel gegen den Chauvinismus klargelegt. Das Blatt, das diesen Artikel seinerzeit nicht veröffentlichen wollte, war der „Call". Es hat mich sehr sonderbar berührt, hier zu hören, daß Genosse Lenin und andere auf dem Standpunkt des Genossen Mac Laine stehen. Die Verantwortung, die Genosse Mac Laine auf sich genommen hat, ist wahrscheinlich sehr schwerwiegend, da er die anderen Kommunisten zu diesem Standpunkt, der den Interessen nicht entspricht, bekehrt hat. Es kommt darauf an, die Massen durch Agitation und durch Aktionen zum Verständnis des gegenwärtigen Moments zu bringen. Man sollte die Empörung des Proletariats hervorrufen, mit allen Mitteln und Wegen die Massen zur Aktion bringen und nicht solche Umwege, solche Mittel, die sie von ihrem revolutionären Kampf abbringen könnten, wählen. Ich schließe meine Rede mit der Bitte, daß man den Antrag, der hier gestellt wurde, und der die kommunistische Partei veranlassen würde, ihren Charakter zu entstellen, nicht annehmen soll. Ich bitte die Genossen, die hier die verschiedenen Parteien vertreten, sich in dieser Frage nicht zu überstürzen. Man soll uns die Möglichkeit geben, eine echte kommunistische Partei zu gründen auf einer wirklich kommunistischen Basis, die Mittel und Wege zu finden, zu den Massen zu sprechen. Dann wird man ihnen die Möglichkeit geben, auch diese Frage zu entscheiden. Man kann von uns nicht verlangen, daß wir all dem entgegenarbeiten und entgegensprechen, wofür wir seit Jahren gekämpft haben. Das ist die Entscheidung zwischen den revolutionären und den kommunistischen Elementen. Man soll die Lage der schottischen Genossen nicht schwer und unerträglich machen, indem man ihnen einen Beschluß aufdrängt, den sie in ihrer Lage nicht verteidigen können, denn er steht im Widerspruch zu dem, was sie bisher in ihrem Leben verteidigt haben und wodurch sie groß geworden sind.

LENIN. Genossen! Genosse Gallacher hat damit seine Rede

begonnen, daß er bedauert, daß wir hier gezwungen sind, zum hundertsten und tausendsten Male die Reden zu hören, die der Genosse Mac Laine und andere Genossen in England schon tausendmal in Reden, in Zeitungen und Zeitschriften wiederholt haben. Ich glaube, wir brauchen das nicht zu bedauern. Die Methode der alten Internationale bestand darin, solche Fragen den einzelnen Parteien in den betreffenden Ländern zu überlassen. Das ist grundfalsch. Es ist sehr wohl möglich, daß wir die Verhältnisse in der einen oder anderen Partei nicht ganz genau kennen, aber hier gilt es, die Taktik einer Kommunistischen Partei prinzipiell festzulegen. Das ist sehr wichtig, und wir müssen hier den kommunistischen Standpunkt im Namen der Kommunistischen Internationale ganz genau klarlegen.

Erstens möchte ich eine kleine Unrichtigkeit des Genossen Mac Laine erwähnen — oder jedenfalls kann man damit nicht einverstanden sein. Er nennt die Labour Party die politische Abteilung der Trade-Union-Bewegung. Er hat das noch einmal wiederholt: die Labour Party sei „politischer Ausdruck der gewerkschaftlichen Bewegung". Diese Aeußerung habe ich mehrmals in der Zeitung der B. S. P. gelesen. Das ist unrichtig, und durch diese Unrichtigkeit rufen sie eine Opposition, in einem kleinen Punkte vielleicht eine berechtigte Opposition der revolutionären britischen Arbeiter hervor. Wirklich, „politische Abteilung der Trade Union Bewegung", oder „politischer Ausdruck" dieser Bewegung, das ist nicht richtig. Natürlich besteht die Labour Party zum großen Teil aus Arbeitern. Aber ob eine Partei wirklich eine politische Arbeiterpartei ist oder nicht, das hängt nicht nur davon ab, ob sie aus Arbeitern besteht, sondern auch davon, von wem sie geleitet wird und was der Inhalt ihrer Aktionen und ihrer politischen Taktik ist. Nur das ist bestimmend, ob wir wirklich eine politische Partei des Proletariats haben. Von diesem einzig richtigen Standpunkt aus ist die Labour Party eine durch und durch bürgerliche Partei, die aus Arbeitern besteht, aber von Reaktionären geleitet wird — den schlimmsten Reaktionären im Sinne und im Geiste der Bourgeoisie —, eine Organisation der Bourgeoisie, um mit Hilfe der

englischen Scheidemann und Noske die Arbeitermassen systematisch zu belügen und zu betrügen.

Nun kommen vom anderen Standpunkt aus Genossin Sylvia Pankhurst und Genosse Gallacher und erzählen uns, wie sie die Geschichte betrachten. Worin bestand der Inhalt der Reden Gallachers und mehrerer seiner Freunde? Sie sagen uns, daß wir nicht genug mit den Massen verbunden sind. Aber nehmen Sie die British Socialist Party; sie hat bis jetzt noch schlechtere Verbindung mit den Massen, sie ist sehr schwach. Und Genosse Gallacher hat uns hier erzählt, daß er und seine Freunde die revolutionäre Bewegung in Glasgow in Schottland wirklich ausgezeichnet organisiert haben, und wie sie während des Krieges sogar taktisch sehr gut manövrierten, daß sie die kleinbürgerlichen Pazifisten, Ramsay, Mac Donald und Snowden zu unterstützen wußten, als sie nach Glasgow kamen, um mit Hilfe dieser Unterstützung eine große Massenbewegung gegen den Krieg zu organisieren.

Unser Zweck geht eben dahin, diese ausgezeichnete neue revolutionäre Bewegung, die durch Genosse Gallacher und seine Freunde vertreten ist, in die Kommunistische Partei zu bekommen mit einer wirklich kommunistischen d. h. marxistischen Taktik. Das ist die Aufgabe. Einerseits ist die B. S. P. zu schwach und versteht es nicht gut, unter den Massen zu agitieren. Andererseits haben wir junge revolutionäre Elemente, die hier so gut durch den Genossen Gallacher vertreten waren, die mit den Massen in Verbindung stehen, die aber keine politische Partei bilden und als solche noch schwächer sind als die B. S. P. und es gar nicht verstehen, ihre politische Arbeit zu organisieren. In dieser Lage müssen wir unsere Meinung über die richtige Taktik ganz offen sagen. Wenn Genosse Gallacher gesagt hat, die B. S. P. sei „hopelessly reformistic", „hoffnungslos reformistisch", so ist das eine Uebertreibung. Der allgemeine Sinn und der Inhalt aller Resolutionen, die wir hier angenommen haben, beweist absolut, daß wir eine Aenderung der Taktik der B. S. P. in diesem Sinne fordern, und die einzige richtige Taktik der Freunde Gallachers besteht darin, in die Kommunistische Partei

hineinzugehen und die Taktik dieser Partei im Sinne unserer Resolutionen zu gestalten. Wenn sie so viele Anhänger in Glasgow haben, um Massenmeetings organisieren zu können, dann ist es nicht schwierig, in die Partei mehr hinein zu bekommen als zehntausend. Der letzte Kongreß der B. S. P. in London, der vor drei bis vier Tagen stattfand, hat sich als Kommunistische Partei konstituiert und als Programm angenommen: Teilnahme an den Parlamentswahlen und Anschluß an die Labour Party. Es waren dort 10 000 organisierte Mitglieder vertreten. Es wäre für die schottischen Genossen gar nicht schwierig, mehr als 10 000 revolutionäre Arbeiter, die die Kunst der Arbeit unter den Massen besser verstehen, in diese „Communist Party of Great Britain" zu bekommen und dann die alte Taktik der B. S. P. im Sinne der besseren Agitation, im Sinne der mehr revolutionären Aktion zu ändern. Genossin Sylvia Pankhurst sprach darüber mehrere Male auch in der Kommission, indem sie sagte, wir brauchen in England Extremisten. Ich sagte natürlich, das sei ganz richtig, aber nur nicht zu sehr nach „links" gehen. Sie sagte, wir sind bessere Pioniere, wir machen viel mehr Lärm („noisy"). Das verstehe ich gar nicht im schlechten Sinne, sondern in gutem Sinne des Wortes, daß sie bessere revolutionäre Agitation zu führen wissen. Das schätzen wir, und das müssen wir schätzen. Das haben wir in allen unseren Resolutionen ausgedrückt, weil wir immer betonen, daß wir dann, und nur dann eine Partei als Arbeiterpartei anerkennen können, wenn sie wirklich mit den Massen verbunden ist und gegen die alten Führer, die durch und durch faul sind, sowohl gegen die rechtsstehenden Chauvinisten als auch gegen diejenigen, die die vermittelnde Stellung einnehmen, wie die rechten Unabhängigen in Deutschland, vorgehen. In allen unseren Resolutionen haben wir das zehnmal, vielleicht auch öfter behauptet und wiederholt, und das heißt eben, daß wir die Aenderung der alten Partei im Sinne der besseren Verbindung mit den Massen fordern.

Sylvia Pankhurst hat gesagt: Ist es möglich, daß eine Kommunistische Partei in eine andere politische Partei hineingeht, welche zur II. Internationale gehört? Das sei unmöglich. Aber

wir haben da in der englischen Labour Party ganz eigentümliche Zustände. Das ist eine ganz originelle Partei; das ist keine Partei im gewöhnlichen Sinne. Sie besteht aus Mitgliedern aller gewerkschaftlichen Organisationen, jetzt aus vier Millionen Mitgliedern. Sie gibt genügende Freiheit für alle politischen Parteien, die darin sind. Dort ist also die große Masse der englischen Arbeiter, geführt von den schlimmsten bürgerlichen Elementen, von Sozialverrätern schlimmer als Scheidemann und Noske und alle ähnliche Herren. Die L. P. läßt aber doch zu, daß die B. S. P. ihr angehört, daß diese Partei Organe hat, in denen Mitglieder der Labour Party frei und offen sagen, daß die Führer Sozialverräter sind. Mac Laine hat diese Aeußerung der B. S. P. genau zitiert. Ich habe wiederholt bestätigt, daß auch ich in der Zeitung der B. S. P., im „Call", gelesen habe, daß diese Arbeiterführer Sozialpatrioten und Sozialverräter sind. Das heißt also: eine Partei, die zu der „Labour Party" gehört, kann nicht nur scharf kritisieren, sondern auch ganz offen, unter Nennung von Namen, die alten Arbeiterführer als Sozialverräter behandeln. Es sind ganz originelle Verhältnisse, daß eine Partei enorme Massen von Arbeitern organisiert, als ob sie eine politische Partei wäre, und trotzdem gezwungen ist, ihnen volle Freiheit zu lassen. Genosse Mac Laine hat hier darauf hingewiesen, daß z. B. auf dem Kongreß der Labour Party diese Scheidemänner gezwungen waren, die Frage des Anschlusses an die Kommunistische Internationale offen zu stellen, und alle Organisationen, alle Lokalsektionen dieser Partei waren gezwungen, darüber zu sprechen. Unter diesen Verhältnissen ist es unrichtig, sich dieser Partei nicht anzuschließen. Privatim hat mir Genossin Sylvia Pankhurst gesagt: Wenn wir wirklich Revolutionäre sind und in die L. P. hineingehen, dann werden diese Herren uns ausschließen. Nun, das wäre gar nicht schlimm. In unserer Resolution steht, daß wir für den Anschluß sind, sofern die L. P. Freiheit genug gibt für Kritik. Also in diesem Punkte sind wir so fest wie möglich. Genosse Mac Laine hat auch betont: Jetzt gibt es in England so originelle Zustände, daß eine politische Partei, die wirklich eine revolutionäre Arbeiter-

partei sein kann und will, trotzdem mit dieser originellen, halb gewerkschaftlichen, halb politischen, von Bourgeois geführten Arbeiterorganisation von vier Millionen Arbeitern verbunden ist. Unter diesen Bedingungen wäre es der größte Fehler der besten revolutionären Elemente, nicht alles Mögliche zu tun, um in dieser Partei zu bleiben. Mögen die Herren Thomas und andere Sozialverräter, die als solche behandelt werden, sie ausschließen. Das wird auf die Massen der englischen Arbeiter einen ausgezeichneten Einfluß haben.

Die Genossen betonen, daß die Arbeiteraristokratie in England stärker ist als in anderen Ländern. Das ist in der Tat richtig. Sie haben nicht nur Jahrzehnte, sondern Jahrhunderte hinter sich. Dort hat die Bourgeoisie, die viel mehr Erfahrung — demokratische Erfahrung — hat, es auch verstanden, die Arbeiter zu bestechen und eine große Schicht — größer als in anderen Ländern, aber doch klein im Verhältnis zu der großen Masse der Arbeiter — zu schaffen, die durch und durch von bürgerlichen Vorurteilen durchdrungen ist, vollständig bürgerlich reformistische Politik führt. So haben wir in Irland 200 000 englische Soldaten, die die Irländer mit dem schlimmsten Terror unterdrücken. Revolutionäre Propaganda unter diesen Soldaten wird von englischen Sozialisten nicht geführt. Wir sprachen aber in unseren Resolutionen klar aus, daß nur solche englische Parteien von uns als Mitglied der Kommunistischen Internationale anerkannt werden, die unter den englischen Arbeitern und Soldaten wirklich revolutionäre Propaganda treiben. Ich betone: man hat es weder hier noch in der Kommission widerlegt, daß wir das gefordert haben.

Die Genossen Gallacher und Sylvia Pankhurst konnten das nicht widerlegen. Sie sind nicht imstande, das zu widerlegen, nämlich, daß die B. S. P. Freiheit genug hat, in der Labour Party zu bleiben und trotzdem zu schreiben, diese und diese Führer der Labour Party sind Verräter; diese alten Führer vertreten die Interessen der Bourgeoisie; sie sind Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung; das ist absolut richtig. Wenn die Kommunisten solche Freiheit haben, dann sind sie ver-

pflichtet — wenn sie mit der Erfahrung der Revolutionäre aller Länder und nicht nur der russischen Revolution rechnen wollen, denn wir sind hier nicht auf einem russischen, sondern auf einem internationalen Kongreß —, sich der Labour Party anzuschließen. Genosse Gallacher machte hier darüber Scherze, daß wir von der B. S. P. überzeugt worden sind. Wir sind überzeugt worden durch die Erfahrungen aller Revolutionen in allen Ländern. Und wir glauben, das der Masse sagen zu müssen. Die englische kommunistische Partei soll genügende Freiheit behalten, um die Arbeiterverräter, die in England viel stärker sind als in anderen Ländern, zu denunzieren und zu kritisieren. Das ist nicht so schwierig zu verstehen. Es ist unrichtig, wenn Genosse Gallacher es so darstellt, daß, falls wir den Eintritt in die Labour Party beschließen, die besten revolutionären englischen Arbeiter nicht mit uns gehen werden. Wir müssen die Probe aufs Exempel machen. Wir sind überzeugt, daß in allen englischen revolutionären sozialistischen Zeitungen alle Resolutionen und Beschlüsse, die wir hier auf dem Kongreß annehmen, abgedruckt und in allen Lokalorganisationen und Lokalsektionen diskutiert werden. Der allgemeine Inhalt unserer Resolution zeigt so klar wie möglich, daß wir die revolutionäre Taktik der Arbeiterklasse in allen Ländern vertreten, daß wir gegen den alten Reformismus und Opportunismus zu kämpfen gewillt sind. Die Ereignisse beweisen, daß unsere Taktik den alten Reformismus wirklich besiegt. Dann kommen auch die besten revolutionären Elemente der Arbeiterklasse zu uns, die jetzt so unzufrieden sind mit dem langsamen Tempo der Entwicklung — in England wird es vielleicht noch langsamer vor sich gehen als in anderen Ländern. Die langsamere Entwicklung rührt daher, daß die englische Bourgeoisie die Möglichkeit hat, der Arbeiteraristokratie bessere Bedingungen zu geben. Dadurch wird möglicherweise die revolutionäre Entwicklung in England gehemmt. Deshalb sind die Revolutionäre in England gezwungen, nicht nur die Massen zu revolutionieren, was sie vortrefflich tun — Genosse Gallacher hat das bewiesen —, sondern sie müssen auch eine wirkliche Partei der Arbeiterklasse schaffen. Weder Genosse Gallacher

noch Genossin Sylvia Pankhurst, die beide hier aufgetreten sind, gehören bis jetzt einer revolutionären kommunistischen Partei an. Eine so ausgezeichnete proletarische Organisation wie die Shop Stewards besitzt bis jetzt keine politische Partei. Wenn sie sich politisch organisieren, so werden sie sehen, daß unsere Taktik darauf beruht, daß sie die ganze Geschichte der politischen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten wiedergibt und daß eine wirklich revolutionäre Arbeiterpartei nur so gebildet sein kann, daß sie die besten Elemente der revolutionären Klasse aufnimmt, aber jede Möglichkeit ausnutzt, um gegen die reaktionären Führer zu kämpfen, eben dort, wo diese reaktionären Führer auftreten.

Wenn die englische kommunistische Partei damit beginnt, in der Labour Party revolutionär zu wirken, und wenn die Herren Henderson gezwungen sind, diese Partei auszuschließen, so wird das ein recht großer Sieg der kommunistischen und revolutionären Arbeiterbewegung in England sein.

SINOWJEW. Es muß jetzt über die Frage des Eintritts der englischen Parteien in die Labour Party abgestimmt werden. Wer für den Antrag der Kommission ist, also für den Anschluß an die Labour Party, soll die Hand heben. *(Der Antrag wird mit 58 gegen 24 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.)*

Jetzt wollen wir über die ganze Resolution abstimmen, aber vorher noch einigen Genossen zu Erklärungen das Wort erteilen.

SERRATI. Ich erkläre, daß ich gegen die Thesen stimme und zwar wegen der Stellungnahme in der amerikanischen und englischen Frage und wegen der Kritik, die am Parteivorstande der italienischen Partei geübt worden ist. Ich möchte den Kongreß nicht durch eine längere Erklärung aufhalten, werde aber dem Präsidium eine längere Erklärung für das Protokoll übergeben.

GRAZIADEI. Wir schlagen vor, daß die These 17 wie folgt formuliert werde:

„Was die Italienische Sozialistische Partei anbetrifft, so anerkennt der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale, daß die Revision des Programms, der der Parteikongreß

von Bologna im letzten Jahre zugestimmt hat, eine sehr wichtige Etappe ihrer Umwandlung zum Kommunismus bezeichnet, und daß die Vorschläge, die dem Generalrat der Partei von der Sektion Turin vorgelegt wurden und in der Zeitung „Ordine Nuovo" vom 8. Mai 1920 veröffentlicht worden sind, übereinstimmen mit den kommunistischen Grundprinzipien. Der Kongreß ersucht die Sozialistische Partei Italiens, auf ihrem nächsten Kongreß, der auf Grund der Statuten und der allgemeinen Aufnahmebedingungen zur Kommunistischen Internationale stattzufinden hat, die obigen Vorschläge und alle Beschlüsse der beiden Kongresse der Kommunistischen Internationale prüfen zu wollen, besonders die betreffend die Parlamentsfraktion, die Gewerkschaften und die nichtkommunistischen Elemente der Partei. Gez. Graziadei, Bombacci, Polano."

SINOWJEW. Ich erkläre im Namen dreier Mitglieder der russischen Delegation, für Lenin, Bucharin und für mich, daß wir diese Fassung von Graziadei akzeptieren und hoffen, daß auch die Mehrheit der Kommission diese Fassung annehmen wird.

WIJNKOOP. Ich möchte hier erklären, daß ich für diese Thesen stimme, obgleich sie gegen meine Ansicht in der englischen Frage sind, weil sie sehr scharf gegen die Opportunisten Stellung nehmen und in der Kommission gerade in der italienischen Frage noch verschärft worden sind.

SERRATI. Ich halte, trotz der Erklärung, die jetzt von Graziadei und von den Mitgliedern der Kommission abgegeben worden ist, doch an meiner Erklärung fest, da tatsächlich kein Unterschied besteht zwischen dem, was in den Thesen gesagt worden ist, und dem, was jetzt gesagt wurde. Vielleicht könnte ein Advokat einen Unterschied heraus- oder hineinlesen, aber wir sind kein Kongreß von Advokaten, sondern von Kommunisten. Die Thesen bedeuten eine Desavouierung des italienischen Parteivorstandes und des „Avanti". Das sollte man glatt aussprechen.

SINOWJEW. Ich muß erklären, daß Serrati recht hat. Es ist in der Tat dasselbe; aber es ist ein Vorschlag der italienischen Genossen und wir sind ihnen entgegengekommen. Den

Genossen, die gegen Advokaten kämpfen wollen, sind wir immer bereit, ein Entgegenkommen in der Form zu machen. Ich sage, hier in dieser Frage steht die Mehrheit der Kommission und des Kongresses auf Seiten des Genossen Serrati.

BORDIGA. Ich erkläre im Namen des linken Flügels der italienischen Partei, daß es mir auf die Form, auf die Stilisierung der Thesen gar nicht ankommt, sondern auf den Inhalt.

Und ich glaube, daß aus allen Reden, die von Lenin und Sinowjew gehalten worden sind, hervorgeht, daß man die italienische Partei als solche kritisiert, weil sie bei dem Kongreß in Bologna noch nicht ihre Pflicht getan hat in der Frage der parlamentarischen Tätigkeit. Sollte die italienische Partei die Möglichkeit haben, denjenigen Pflichten, die sie hier auf sich genommen hat, gerecht zu werden, so wird sie es tun. Das Zentralkomitee wird imstande sein, den Beschlüssen, die hier gefaßt worden sind, Geltung zu verschaffen.

SINOWJEW. Wir schreiten jetzt zur Abstimmung über die Thesen im Ganzen.

(Die Thesen werden gegen zwei Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.)

SINOWJEW. Damit ist die Frage erledigt. Wir schreiten zu dem Bericht der zweiten Kommission über die Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Das Wort hat als Berichterstatter der Genosse Meyer.

MEYER. In der Kommission, die sich mit den Aufgaben des II. Kongresses beschäftigt hat, wurden auch die Bedingungen über die Aufnahme in die Kommunistische Internationale, wie sie in den Thesen des Genossen Lenin formuliert worden sind, besprochen. Auf Seite 7 sind fünf Bedingungen über den Beitritt genannt. Bei der Besprechung dieser Bedingungen wurde darauf verwiesen, daß der Kongreß bereits Thesen über die Aufnahmebedingungen angenommen hat. Es fanden darauf Verhandlungen einer gemischten Kommission statt, zusammengesetzt aus sieben Mitgliedern der Kommission für die Aufgaben des Kongresses.

Diese gemeinsame Kommission schlägt dem Kongreß vor,

die Thesen über die Aufnahme in die Kommunistische Internationale etwas zu ändern. In dem § 7 der Aufnahmebedingungen Seite 82 der deutschen Ausgabe werden genannt als notorische Reformisten Kautsky, Turati, Hillquith, Macdonald u. a. Diese neue Kommission hat beschlossen, Hilferding einzufügen. Ferner hat sich die Kommission mit den Vorschlägen beschäftigt, die hier im Plenum gemacht und der Kommission zur Berücksichtigung überwiesen worden sind. Der Antrag der russischen Delegation, daß zwei Drittel aller Parteikörperschaften in denjenigen Parteien, die jetzt in die Kommunistische Internationale eintreten wollen, von Genossen besetzt sein müssen, die sich schon vor dem Kongreß der Kommunistischen Internationale ausgesprochen haben, ist von der kombinierten Kommission angenommen worden. Ferner ist ein Antrag angenommen worden, der die Parteien, die jetzt der Kommunistischen Internationale angehören oder angehören wollen, verpflichtet, möglichst schnell, aber mindestens vier Monate nach dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, einen außerordentlichen Landesparteitag einzuberufen, um alle Bedingungen, die angenommen worden sind, zu prüfen. Ferner ist in der Kommission ein Antrag angenommen worden, wonach diejenigen Mitglieder aus den Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören wollen, aber die Grundsätze ablehnen, aus der Partei auszuschließen sind. Dasselbe gilt von Delegierten zum außerordentlichen Parteitag, die gegen den Beitritt zur Kommunistischen Internationale stimmen.

Die Subkommission der Aufnahmekommission hat sich heute noch mit den Beschlüssen der kombinierten Kommission beschäftigt und einige kleine Aenderungen vorgenommen. So soll der Exekutive vorbehalten bleiben, Ausnahmen zu gestatten in bezug auf die Besetzung der Parteikörperschaften aus Anhängern der Kommunistischen Internationale und in bezug auf den Ausschluß der notorischen Reformisten. Der betreffende Passus lautet jetzt wörtlich:

„Alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören oder einen Antrag auf Beitritt gestellt haben, sind

verpflichtet, möglichst schnell, aber spätestens 4 Monate nach dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, um alle diese Bedingungen zu prüfen. Dabei müssen die Zentralen dafür sorgen, daß allen Lokalorganisationen die Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale bekannt werden.

20. Diejenigen Parteien, die jetzt in die Kommunistische Internationale eintreten wollen, aber ihre bisherige Taktik nicht radikal geändert haben, müssen vor ihrem Eintritt in die Kommunistische Internationale dafür sorgen, daß nicht weniger als zwei Drittel der Mitglieder ihrer Zentralinstitutionen aus Genossen bestehen, die sich noch vor dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale unzweideutig für den Eintritt der Partei in die Kommunistische Internationale öffentlich ausgesprochen haben. Ausnahmen sind zulässig mit Zustimmung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat das Recht, auch für die im § 7 genannten Vertreter der Zentrumsrichtung Ausnahmen zu machen.

21. Diejenigen Parteiangehörigen, welche die von der Kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Leitsätze grundsätzlich ablehnen, sind aus der Partei auszuschließen. Dasselbe gilt namentlich von Delegierten zum außerordentlichen Parteitage."

Die Kommission, die diese Aenderungen durch Mehrheitsbeschluß angenommen hat, schlägt Ihnen vor, diesen Aenderungen zuzustimmen. Auf diese 21 Bedingungen muß in den Thesen über die Aufgaben des II. Kongresses verwiesen werden.

SINOWJEW. Es liegen zwei Wortmeldungen vor, ich schlage aber vor, ohne weitere Diskussion abzustimmen.

(Wird gegen eine kleine Minderheit angenommen.)

SINOWJEW. Wir müssen jetzt über die 21 Bedingungen, wie sie jetzt formuliert sind, abstimmen.

(Sie werden gegen zwei Stimmen angenommen.)

SINOWJEW. Wir kommen jetzt zur Frage des Statuts. Es ist nur eine Abänderung vorgeschlagen. Im Statut wurde vorgeschlagen, die Exekutive folgendermaßen zu bilden: fünf Vertreter des Landes, wo die Exekutive ihren Sitz haben soll, und zehn Vertreter der anderen Parteien. Im Namen der russischen Partei möchte ich vorschlagen, nicht zehn Vertreter, sondern zehn bis dreizehn zu sagen. Als wir die Liste zusammengestellt haben, hat sich herausgestellt, daß eine Anzahl bedeutender Parteien von der Teilnahme an der Exekutive ausgeschlossen wird, wenn wir zehn sagen. Wenn wir zehn bis dreizehn sagen, dann haben wir eine Exekutive von höchstens 18 Mitgliedern. Wenn niemand das Wort haben will, dann stimmen wir darüber ab, ob zehn bis dreizehn Vertreter von den anderen Parteien aufgenommen werden sollen.

(Der neue Vorschlag wird einstimmig angenommen.)

SINOWJEW. Jetzt müssen wir über das Statut mit diesen Abänderungen abstimmen.

(Zuruf: „Das Statut ist gestern angenommen worden.")

Dann braucht man keine Abstimmung mehr darüber. Jetzt wollen wir beschließen, wo der Sitz der Exekutive für die nächste Zeit sein soll, bis ein neuer Weltkongreß anders beschließt. Es wird Rußland vorgeschlagen.

(Es wird einstimmig beschlossen, daß die Exekutive für die nächste Zeit in Rußland bleibt.)

SINOWJEW. Jetzt bleibt noch die Frage der Frauen und der Jugendorganisation. Wir schlagen vor, diese zwei Fragen der neuen Exekutive zu überweisen, nicht darum, weil wir den Fragen keine Bedeutung beilegen — sie haben große Bedeutung —, sondern weil wir sie nicht in einer halben Stunde behandeln wollen. Darum wollen wir der neuen Exekutive, die ziemlich erweitert wird, die Frage gemeinsam mit den Vertretern der Frauen- und Jugendorganisation überlassen.

(Gegen eine Minderheit wird beschlossen, daß die Frauenfrage und die Jugendfrage der Exekutive überlassen wird.)

SINOWJEW. Wir kommen jetzt zum Bericht der Kommission über Parlamentarismus.

ROSI WOLFSTEIN. Die Kommission hat nur noch abzustimmen über die Abänderungen, die von den Genossen Levi und Bucharin eingebracht wurden. Sämtliche Mitglieder der Kommission haben sich dafür erklärt. Wir legen Ihnen die Thesen mit den Abänderungen, die im Plenum vorgelegt wurden, vor und müssen jetzt darüber abstimmen.

(Das wird angenommen.)

MEYER. Der Antrag Graziadei über die Kooperative wäre noch in die Thesen einzufügen. Die Kommission ist darin einig. Wenn der Kongreß damit einverstanden ist, dann ist die Frage erledigt. Ich glaube nicht, daß sich darüber Debatten ergeben werden.

SINOWJEW. Ich beantrage, daß die Kommission die endgültige Formulierung erledigen soll.

(Wird angenommen.)

SINOWJEW. Dann liegt ein Antrag Pestania zur Esperantofrage vor.

SINOWJEW. In Uebereinstimmung mit dem Genossen Pestagna schlagen wir vor, den Antrag der neuen Exekutive zum Studium zu überweisen.

(Wird angenommen.)

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Wir haben die Absicht, morgen eine feierliche Sitzung des Kongresses zusammen mit dem Moskauer Sowjet und dem Allrussischen Zentralkomitee der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte abzuhalten, um dort das Fazit des Kongresses zu ziehen, dort einige Reden zu halten, dann den Kongreß zu schließen. Die Sitzung wird morgen nachmittag um 4 Uhr im großen Theater stattfinden.

MÜNZENBERG. Leider war es nicht möglich, daß der Kongreß sich mit der Jugendfrage beschäftigte. Deshalb haben wir beschlossen, morgen mittag um 12 Uhr eine Konferenz der Jugendvertreter einzuberufen und wir laden dazu alle Parteigenossen ein, die irgend ein Interesse an der Jugendbewegung haben. Sie beginnt pünktlich um 12 Uhr hier im Kreml im Hause des Zentralexekutivkomitees.

RADEK. Da es wahrscheinlich ist, daß die Delegierten ihre Pässe haben wollen, bitte ich, zur Beruhigung folgendes zur Kenntnis zu nehmen. Die Exekutive wird morgen über die Reihenfolge der „Evakuierung" beraten. Sie können in größter Ruhe im Hotel sitzen. Ein Genosse wird alle Vorbereitungen treffen.

SINOWJEW. Die Frage der Exekutive ist noch nicht erledigt. Wir haben beschlossen, wieviel Parteien, aber noch nicht welche. Ich habe eine vorläufige Liste, die ich Ihnen vorlesen möchte und die lautet:

Verzeichnis der Mitglieder des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Nr.	Name	Land
1.	Meyer (Levi)	Deutschland
2.	Rosmer	Frankreich
3.	Serrati	Italien
4.	Quelch	England
5.	Reed (Gurwisch)	Amerika
6.	Steinhardt	Oesterreich
7.	Fries	Schweden
8.	Schablin	Bulgarien
9.	Milkitsch	Jugoslavien
10.	Rudnyanski	Ungarn
11.	Pack	D. Ferne Osten
12.	Sultan Sade	D. Nahe Osten
13.	Radek	Polen
14.	Janson	Holland
15.	Maring	Java
16.	Stutschka	Lettland
17.	Zchakaja	Grusien
18.	Schatzkin	Türkei
19.	Manner	Finnland
20.	Gula	Tschecho-Slowakei

Das sind die Parteien, die das Recht haben sollen, je ein Mitglied mit entscheidender Stimme in die Exekutive zu senden.

WIJNKOOP. Ich wollte sagen, daß ich nicht mit dieser Liste einverstanden sein kann. Holland ist von dieser Exekutive ausgeschlossen worden. Ich habe die Argumente für die Aufnahme Hollands schon früher gegeben. Ich meine, daß die einzige, wirklich kämpfende revolutionäre Partei, die von der Exekutive ausgeschlossen worden ist, Holland ist. Ich gehe nicht weiter auf diese Sache ein und hoffe, daß die Exekutive sich diese Sache noch einmal überlegen wird. Falls man darauf beharrt, daß Holland keine Stimme in der Exekutive bekommt, muß ich bei meinem Proteste bleiben.

RADEK. Wir haben hier während des Kongresses soviel unliebenswürdige Worte mit den holländischen Genossen ausgetauscht, daß es mir peinlich ist, daß ich gegen den Protest des Genossen Wijnkoop nochmals sprechen muß. Die Gründe, weshalb Holland nicht auf der Liste der Länder steht, von denen Vertreter für das Exekutivkomitee dem Kongreß vorgeschlagen worden sind, sind keine Gründe der politischen Richtung, sondern rein sachliche Gründe der Größe der Parteien. Dieselbe Richtung, die die holländische Partei im großen und ganzen vertritt, vertritt auch die amerikanische und ein Teil der englischen Delegation. Welche Länder sind auf der Liste? Entweder sind es Länder mit einer großen revolutionären Bewegung, wie Rußland, Deutschland, Italien, oder Länder, die schon Sowjetrepubliken waren, wie Ungarn und Finnland, Polen, das eine dreißigjährige revolutionäre Massenbewegung hat, oder Länder, wie England, Frankreich und Amerika, die, obwohl sie einstweilen eine geringe revolutionäre Bewegung haben, von entscheidender Bedeutung für die Politik der Internationale sind, mit deren Vertretern wir, obwohl sie keine große revolutionäre Bewegung haben, bei jeder Angelegenheit uns beraten müssen. Die holländische Kommunistische Partei hat Verdienste, die keiner von uns irgendwie herabsetzen will. Sie war eine der ersten Parteien, die es gewagt hat, zur Spaltung mit der sozialdemokratischen Partei zu schreiten. Und die holländischen Genossen haben in einer schwierigen Situation treu zur Fahne des Kommunismus gestanden. Niemand nimmt ihnen das, und wir erkennen es voll-

kommen an. Aber es ist eine kleine Partei, die keine ausschlaggebende Rolle in der internationalen Lage spielt. Sie würde in Betracht kommen, wenn sie vielleicht theoretische Kräfte hätte, die man beanspruchen könnte. Die Gruppe des Genossen Pannekoek und die Gruppe des Genossen Gorter stehen aber, wie Wijnkoop sagt, außerhalb der holländischen Bewegung. Diese hat nicht soviel Kräfte, daß sie der Internationale davon zur Verfügung stellen könnte. Als die deutschen Genossen sich in größter Not um Hilfe an sie wandten, konnten sie von dort keine Hilfe bekommen. Der Vorschlag ist vollkommen sachlich begründet chne die geringste Animosität den holländischen Genossen gegenüber, mit denen wir trotz der Meinungsverschiedenheiten in Kameradschaft zu kämpfen hoffen. Wir hoffen, daß sie für die Zukunft mehr Kräfte gewinnen und für die Unterstützung der Internationale übrig haben werden.

WIJNKOOP. Ich danke dem Genossen Radek sehr für seine freundliche Opposition gegen uns. Ich muß aber sagen, daß wir keine Ehrenmitglieder der Exekutive sein wollen. Das verlangen wir nicht; sonst würden wir es gewiß sein. Wir sind eine der ehrlichsten kommunistischen Parteien und haben immer getan, was von Kommunisten getan werden muß. Wir verlangen es, weil wir eine kommunistische Kraft sind, und das hat die Exekutive in einem anderen Stadium anerkannt; erstens: warum hat sie ein Sub-Büro in Amsterdam errichtet? Diese Sache ist in der Exekutive besprochen worden. Jeder kann Fehler machen; darüber werde ich nicht reden. Wir haben nichts anderes getan als das, was man uns als Kommunisten aufgegeben hat. Man hat uns nichts auf diesem Gebiete vorzuwerfen. Man hat uns dieses Sub-Büro gegeben unserer Bedeutung wegen, und jetzt weiß man von dieser Bedeutung nichts. Von Gorter und Pannekoek hat Radek gesprochen. Aber Pannekoek hat nicht in der holländischen kommunistischen Bewegung gearbeitet. Vielleicht in Deutschland, aber nicht in Holland. Man mißt die kommunistische Kraft einer Partei doch nicht an zwei Personen, an Gorter und Pannekoek, ab. Wer die „Tribune" gut kennt, der weiß, daß nicht Gorter

und Pannekoek, sondern daß Ravenstein, Seton und ich immer die Redakteure der „Tribune" gewesen sind, und daß wir die „Tribune" mit anderen Genossen zusammen geleitet haben. Das ist die Kraft der kommunistischen Bewegung Hollands und sie besteht noch. Man sagt, es ist dort keine große Bewegung. Ich habe das Gefühl, daß man zu viel mit großen Ziffern rechnet. Obwohl wir eine kleine Ziffer haben, sind wir eine disziplinierte, revolutionäre Partei, die großen Einfluß in ihrem Lande hat. Das zeigt sich daran, daß wir ein kommunistisches Tageblatt haben. Das zeigt sich daran, daß wir viele Mitglieder in den Gemeinderäten haben und in der Gewerkschaftsbewegung großen Einfluß ausüben. Ich meine, daß die Exekutive diese Sachen nochmals prüfen muß und uns um so mehr eine Stimme in der Exekutive hätte geben müssen, gerade wegen der Haltung, die wir nun einmal auf diesem Kongreß gehabt haben. Wir sind nicht immer einverstanden gewesen mit der Exekutive. Man braucht doch nicht immer einverstanden zu sein. Man kommt doch zur Diskussion in die Exekutive, in der die Stimmen entscheidend gehört werden sollen. Ich meine, daß die Exekutive alle Gründe hat, Holland eine Stimme zu geben. Ich hoffe, daß sie es tut. Falls sie es nicht tut, muß ich dagegen protestieren.

MARING. Wir sind damit einverstanden, daß die Ostvölker, obgleich sie noch nicht eine regelrechte Partei besitzen, Vertretung im Exekutivkomitee mit entscheidender Stimme haben. Damit wird anerkannt, daß der Osten für die Kommunistische Internationale eine große Bedeutung hat. Doch möchte ich noch auf folgendes hinweisen. Ich glaube, daß der Osten mit einem Vertreter nicht genügend in der Kommunistischen Internationale vertreten sein wird, eben darum nicht, weil die Verhältnisse im nahen und fernen Osten ganz verschieden sind, so daß es sehr schwierig ist, einen Vertreter zu finden, der die Interessen der beiden Teile Asiens genügend vertreten kann, und weil bei uns die Furcht besteht, daß die Genossen hier, die russischen Genossen und vielleicht auch andere Genossen, die Vertreter aus dem nahen Osten besser kennen als die Ver-

treter des fernen Ostens. Darum möchte ich bitten, für die Teile Asiens, die vom Standpunkt unserer Bewegung und des Imperialismus am wichtigsten sind, einen Vertreter in die Exekutive zu geben. Wir bitten also, für die Ostvölker nicht einen, sondern zwei Vertreter zu geben, damit der nahe und ferne Osten je einen Vertreter mit entscheidender Stimme in die Exekutive schicken kann. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, und daß damit der Kongreß entscheidet, daß wir aus den Thesen Lenins und Roys für die nächste Zukunft eine Realität machen, die für die Zukunft der Internationale von größter Bedeutung sein wird.

ROY. Ich bitte aus demselben Grunde, daß man zwei Delegierte für die Exekutive bewilligt, weil es sich um die Vertretung unserer Interessen handelt.

WANEK (Tscheche). Aus den Gründen, die die beiden Vorredner vorgebracht haben, schlage ich vor, daß der Kongreß folgenden Antrag annimmt: Das Exekutivkomitee wird ermächtigt, sich durch Kooptation zu ergänzen, um dadurch den Parteien die Vertretung zu ermöglichen, deren Kraft und Zahl sich für die Entwicklung der sozialrevolutionären Verhältnisse in der ganzen Welt so wichtig erweist, daß sie in dem Exekutivkomitee vertreten sein müssen. Ich brauche diesen Antrag nicht weiter zu begründen, denn ich meine, daß diese Elastizität, die dem Exekutivkomitee ermöglicht, sich selbst zu ergänzen, den ganzen Vollmachten entspricht, die im großen Rahmen dem Exekutivkomitee schon übergeben worden sind.

SINOWJEW. Zur Frage Hollands möchte ich im Namen Radeks erklären: Vom Genossen Wijnkoop ist es so ausgelegt worden, als ob es eine Zurücksetzung der alten Bewegung, der alten Genossen bedeute, daß Holland nicht auch einen Sitz in der Exekutive erhält. Selbstverständlich sind wir nicht davon ausgegangen, daß wir eine Zurücksetzung beabsichtigen, sondern davon, daß wir nicht alle Parteien aufnehmen können. Auch gegen den nahen Osten ist nichts weiter zu sagen. Man sagte, daß nur für Skandinavien eine Ausnahme gemacht wurde. Wir haben aber eine Anzahl Länder zusammengenommen. Sie sehen,

daß wir dem Osten nicht eine ganze Anzahl Stimmen geben, nicht darum, weil wir Rechte beschneiden wollen, sondern weil wir keinen Kongreß haben wollen, sondern eine Exekutive. Wenn eine große Partei kommt und alle Bedingungen erfüllt, soll die Exekutive ausnahmsweise das Recht haben, eine solche Partei aufzunehmen.

BRINGOLF. Ich möchte noch einige Worte zur Schweiz sagen. Wir sind in einer Situation, die uns nicht erlaubt, einen Sitz in der Exekutive zu verlangen, trotzdem es von größter Bedeutung wäre, einen Sitz in der Exekutive zu bekommen. Humbert-Droz hat bereits früher darüber gesprochen, daß man bei der Ergänzung Rücksicht auf die Schweiz nehmen möchte, die sich in einem Klärungsprozeß befindet und für die es von größter Bedeutung ist, in direkte Beziehungen mit Rußland zu kommen. In dem Bericht an die Exekutive sind wir darauf eingegangen und hoffen, daß es angenommen wird.

(Es wird über die Liste abgestimmt; sie wird mit zwei Abänderungen angenommen. Der Antrag Wanek wird ebenfalls angenommen.)

SINOWJEW. Diese Frage ist erledigt. Es liegen verschiedene Projekte für Manifeste vor. Ein Projekt für ein Manifest an die K. A. P. D. Wir sind ihr eine Antwort schuldig, nachdem ihre Delegierten von dem Kongreß davongelaufen sind.

(Es wird beschlossen, das Projekt eines Briefes an die K. A. P. D. der Exekutive zu überweisen.)

SINOWJEW. Wir haben die Absicht, ein großes politisches Manifest zu erlassen, das schon fast fertig ist. Die Arbeit macht in der Hauptsache der Genosse Trotzky, der auch das erste Manifest verfaßt hat. Wenn die Möglichkeit besteht, werden wir es morgen verlesen. Sollte das nicht der Fall sein, so werden wir auch in dieser Frage der Exekutive Vollmacht geben und das Manifest mit der Unterschrift aller Delegationen, vielleicht zwei Delegierte für jedes Land, publizieren.

(Das wird angenommen.)

SINOWJEW. Ich möchte noch mitteilen, daß morgen früh elf Uhr die erste Sitzung der neuen Exekutive stattfindet. Ich

möchte alle Delegierten bitten, vorläufig ihre Mitglieder zu bestimmen. Die Zentralen der betreffenden Parteien können abwechselnd andere Delegierte senden. Aber zuerst müssen die Delegationen ihre Vertreter senden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Der Kongreß endet mit dem Absingen der Internationale und mit Hochrufen auf die Sowjetrepublik und auf die Weltrevolution.)

Fünfzehnte Sitzung
des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale vom 7. August.

KALININ. Genossen, ich erkläre die vereinigte Sitzung des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale, des allrussischen zentralen Exekutivkomitees, des Moskauer Sowjets, des Plenums der Gewerkschaften und der Betriebsräte für eröffnet. *(Beifall — Die Internationale.)*

Genossen, die Arbeiter und die Bauern der russischen Räterepublik können stolz und zufrieden sein, daß der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale bei uns stattfindet. Genossen, im Laufe von 25 Jahren triumphierte die gemäßigtere und mit der Bourgeoisie in mehr oder weniger vertrauten oder doch nicht feindlichen Beziehungen stehende II. Internationale; doch sie konnte in Rußland nicht tagen. Sie tagte in Westeuropa, in gemieteten Sälen. Solche Räume, wie dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, standen ihr nicht zur Verfügung. Wie Sie wissen, tagte der II. Kongreß in den goldgeschmückten Sälen, in den Sälen des großen Kreml-Palastes, wo noch vor kurzer Zeit die Macht des russischen Zarismus zu Tage trat. Und als dieser Kongreß begann, da vollzog sich vor unseren Augen der Tod der alten Ordnung und das Aufleben der neuen proletarischen Ordnung. Genossen, wir begrüßen den II. Kongreß der Kommunistischen Internationale ganz besonders noch deshalb, weil er uns gewissermaßen von der politischen Verantwortlichkeit befreit, die bis jetzt die russische Arbeiterklasse und die russische Kommunistische Partei auf ihren Schultern trugen. Schon früher dachten und hofften wir zuversichtlich, daß die revolutionäre Energie und Arbeit des russischen Proletariats von dem internationalen

Proletariat übernommen und weitergeführt würde, daß wir baldigst auf seine Hilfe rechnen könnten. Und heute, Genossen, in den Tagen des II. Kongresses, sehen wir, daß bereits ein gewisser Teil der Revolutionsarbeit, ein Teil der Last von den Schultern des russischen Proletariats auf die Schultern der internationalen Arbeiterklasse übertragen wird. Das ist, Genossen, die größte Hilfeleistung des westeuropäischen Proletariats; daß von Zeit zu Zeit das französische und englische Proletariat die für das weiße Polen bestimmten Kriegsmaterialien aufhielten, kann hier unerwähnt bleiben. Die höchste Betätigung der Solidarität sahen wir in diesen Tagen, als sich in Polen der Revolutionsausschuß gebildet hatte. Während wir an der revolutionären Arbeit teilnehmen und ununterbrochen im Feuer der Revolution stehen, lassen wir die größten Ereignisse unbeachtet, die ein neues Kapitel in der Geschichte der Arbeiterbewegung bedeuten. Zweifellos ist das Auftreten des polnischen Proletariats im Augenblick, wo das weiße Polen mit der russischen Räterepublik kämpft, eine neue Etappe, eine neue Phase des Revolutionskampfes. Außer dem russischen gelang es bis jetzt noch keinem Proletariat, im Augenblick des erbittertsten Krieges die Macht an sich zu reißen. Jetzt sehen wir aber, wie sich die Taktik des russischen Proletariats fortpflanzt, wie das polnische Proletariat den Kampf gegen die politische Bourgeoisie aufnimmt. Es ist ein Ereignis von größter Tragweite; an ihm werden später nicht nur die Historiker, sondern auch die politischen Führer lernen. Wir begrüßen herzlich die Repräsentanten der Kommunistischen Internationale als die besten Vertreter derjenigen proletarischen Klassen, die uns helfen wollen. Wir wünschen ihnen, möglichst bald zum internationalen Proletariat zurückzukehren, und hoffen baldigst auf ein Zusammentreffen mit dem internationalen Proletariat an unserer Kampffront.

Es lebe die Kommunistische Internationale.

Es lebe der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. (Beifall.)

Das Wort erhält der Vertreter der schottischen Arbeiter, Genosse Gallacher. *(Spricht englisch.)*

DER VORSITZENDE. Das Wort erhält Genosse Radek zur Uebersetzung.

RADEK. Genossen, erlauben Sie mir, erst zu sagen, wer Genosse Gallacher ist, der hier gesprochen hat und den die Moskauer Arbeiter weniger kennen, als sie ihn kennen sollten. Er ist ein Arbeiter aus einem Gebiet, wo sich riesige Munitionsfabriken Englands befinden. Er war einer der Hauptführer des revolutionären Kampfes in diesem Bezirke während des Krieges. Genosse Gallacher hat im Verein mit dem Genossen Mac Laine diesen ungeheuren Kampf organisiert, der einen solchen Erfolg hatte, daß die englischen Minister nicht ruhig vom Genossen Gallacher sprechen können.

Genosse Gallacher sagt, er habe jetzt, wo die Delegierten des II. Kongresses schon auseinandergehen, die Nachricht erhalten, daß die englische Regierung einen neuen Ueberfall auf Sowjetrußland vorbereite, daß die englische Regierung beabsichtige, in der Eigenschaft eines Verteidigers der Unabhängigkeit Polens aufzutreten. Dieselbe englische Regierung, die Irland, Indien und Aegypten beraubt und knechtet, wagt zu sagen, daß sie als Verteidiger der Unabhängigkeit Polens auftrete. Diese Unabhängigkeit wird von der Roten Armee gar nicht bedroht. Die englische Regierung bedient sich ehrlos der Fahne der Unabhängigkeit Polens, denn sie kämpft, um den Aufstand der polnischen Arbeitermassen zu verhindern, um die Schaffung der Sowjetmacht in Warschau unmöglich zu machen. Genosse Gallacher ist überzeugt, daß die Drohung der englischen Regierung die russischen Arbeiter nicht abschrecken wird. Die russische Revolution hat eine machtvolle Rote Armee geschaffen. Genosse Gallacher fordert die ganze Arbeiterklasse Rußlands auf, wie ein Mann für die Rote Armee einzutreten, nur an die Unterstützung dieser Roten Armee zu denken, damit sie den letzten Widerstand der feindlichen Kräfte brechen und den endgültigen Sieg erringen kann. Er sagt, daß sie sich jetzt nicht nur auf die Rote Armee, sondern auch auf andere Armeen verlassen können, die zum Schutze Sowjetrußlands auftreten werden, d. h. auf die Armeen des

westeuropäischen Proletariats, die Sowjetrußland im letzten Jahre genügend kennen gelernt haben, für die Sowjetrußland die Heimat bedeutet, denn es ist das erste Land der aufgehenden Sonne des Sozialismus. Er sagt, daß er selbst und seine Genossen, nach England zurückgekehrt, das Bindeglied sein werden, das die englischen Arbeiter nicht nur für den Kampf zum Schutze Sowjetrußlands, sondern auch für den Kampf zur Ergreifung der Macht durch die englische Arbeiterklasse aufrufen wird. *(Beifall.)* Er kennt die ungeheuren Hindernisse, die den englischen Revolutionären den Weg verlegen. In England sind die Kompromißler noch stark, denen das Blut der Arbeiterklasse nicht teuer ist, die es für die Sache der Bourgeoisie vergossen haben, und die, wenn es sich um die Befreiung des Proletariats handelt, sagen: Seid vorsichtig, schont euer Blut, seid sparsam mit den Opfern! Aber wie stark diese Leute, diese Bürokraten in der Gewerkschaftsbewegung auch sind, wie mächtig sie auch im Parlament sind, er ist überzeugt, daß die englische Arbeiterklasse sie zum Teufel jagen wird, denn die englische Arbeiterklasse überzeugt sich immer mehr davon, daß es keinen anderen Ausweg aus der Lage gibt als den Weg, den vor 2½ Jahren das russische Proletariat betreten hat. Er schwört hier im Namen seiner Genossen und in seinem eigenen Namen, daß die englischen Genossen, zurückgekehrt, nur einen Gedanken haben werden: wie Sowjetrußland in seinen Kämpfen zu helfen sei, wie es der Arbeiterklasse begreiflich zu machen sei, daß hier die große Rote Armee geboren wurde, auf die die russische Arbeiterklasse sich stützt, und daß die englischen Arbeiter sich mit den russischen zum gemeinsamen Siege über den Weltimperialismus vereinigen müssen. (Beifall.)

DER VORSITZENDE. Genossen, England bemüht sich, das weiße Finnland in einen Krieg mit Sowjetrußland zu stoßen. Ich gebe das Wort dem besten Vertreter der finnischen Arbeiter, Genossen Manner.

MANNER. (Redet in finnischer Sprache.)

DER VORSITZENDE. Das Wort erhält Genosse Rachja zur Uebersetzung.

RACHJA. Genosse Manner, der Vertreter der Kommunistischen Partei Finnlands auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, ist einer der ältesten Führer der Arbeiterbewegung in Finnland. Genosse Manner war einer der besten Vertreter der Arbeiterbewegung auch damals, als Finnland unter der Fahne der Sozialdemokratie stand. Seinerzeit war er der Vorsitzende des Landtages, als die finnischen Arbeiter 103 Sitze von 200 hatten. Im Jahre 1918 war Genosse Manner Vorsitzender des Rates der Volkskommissare im sozialistischen Finnland, das unter den Schlägen des deutschen Imperialismus fiel. Er begrüßt Sie und in Ihrer Person das revolutionäre Proletariat Rußlands und sagt, daß er dieses in dem Augenblick tut, wo die Imperialisten der ganzen Welt unter der Leitung der Regierung Englands und des englischen Kapitals von neuem zum Schlage ausholen, um Sowjetrußland endlich zu zerschmettern. Zu diesem Schlag werden sie alle Kräfte anwenden, die sich in ihren Händen befinden, hauptsächlich die kleinen Randgebiete, die wie Kettenhunde auf den Wink des Herrn warten. In dem Augenblick, wo die finnische Bourgeoisie in Dorpat mit der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik über den Frieden verhandelt, sucht England die weißgardistischen Truppen zu beeinflussen, um sie zu einem Einfall in Petrograd zu veranlassen. Genosse Manner sagt, daß das finnische Proletariat vor zwei Jahren, im Jahre 1918, das erste war, das dem Rufe des russischen Proletariats folgte und mit und neben dem russischen Proletariat den revolutionären Kampf begann. Das finnische Proletariat hatte damals keine Ahnung, wie eine Revolution durchgeführt werden muß, und erlitt eine Niederlage. Jetzt aber, nach den furchtbaren Schlägen des Terrors hat das finnische Proletariat, das vor zwei Jahren besiegt wurde, gelernt, daß man eine revolutionäre, fest zusammengeschmiedete Organisation haben muß, wenn man siegen will. Eine solche Organisation, die zwar klein, aber gut organisiert ist, ist jetzt in Finnland vorhanden, und daher erklärt Genosse Manner im Namen des revolutionären Proletariats Finnlands, daß, wenn die finnische Bourgeoisie es wagen sollte, die Vorschrift Englands auszuführen und

Petrograd zu überfallen, das revolutionäre Proletariat Finnlands ihr einen Schlag in den Rücken versetzen werde. *(Beifall.)* Die zwei Jahre des furchtbaren weißen Terrors haben das finnische Proletariat eines gelehrt: ein kleines Land, ein Land, das kaum auf der Karte zu sehen ist, hat im internationalen revolutionären Kampfe wenigstens eine Bestimmung — zu sterben, wenn sein Tod der Arbeiterklasse der ganzen Welt zum Siege verhelfen kann, und das finnische Proletariat wird dieses zu tun verstehen. *(Beifall.)*

DER VORSITZENDE. Das Wort hat das Mitglied des Kongresses, der Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands („Spartakusbund") Genosse Levi.

LEVI (in deutscher Sprache.)

DER VORSITZENDE. Das Wort hat Genosse Radek zur Uebersetzung.

RADEK. Genossen, Genosse Levi hat die ganze illegale Arbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands nach dem Tode der Genossen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geleitet. Er sagt, das Weltkapital sei der Ansicht gewesen, daß es den Weltkrieg in Versailles beendet habe; aber jetzt, nach dem vierjährigen Kriege und anderthalb Jahre nach „Beendigung" dieses Krieges, steht die ganze Welt auf derselben Stelle, auf der sie im August 1914 stand. Sie steht von neuem vor einem großen Kriege, der vielleicht zwischen Sowjetrußland und den Verbündeten ausbrechen wird, der aber Deutschland nicht teilnahmslos lassen kann, der Deutschland in den Kampf ziehen und das deutsche Proletariat und die Bourgeoisie veranlassen wird, an der Lösung der Weltfragen teilzunehmen. Die deutsche Bourgeoisie ist aus dem Kriege besiegt heimgekehrt. Die deutsche Bourgeoisie erwartete von dem Kapital Englands eine hübsche Summe, um sich von neuem gegen das Proletariat zu wenden. Jetzt aber ist das deutsche Proletariat nicht mehr dasselbe, das es im Jahre 1914 war, das damals ohne Einspruch die Entscheidung der Bourgeoisie annahm, das seine Söhne für die Sache der Bourgeoisie auf das Schlachtfeld schickte und das damals noch keinen eigenen Weg sah. Das deutsche Proletariat hat Millionen seiner Söhne auf dem Schlachtfelde verloren. Es weiß jetzt, daß der

Kapitalismus Tod und Armut bedeutet. Als es nach dem viereinhalbjährigen Kriege, den die Bourgeoisie ihm aufzwang, zurückkehrte, fand es auf den Straßen Deutschlands die Spuren des vergossenen Blutes des Proletariats, für dessen Befreiung Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gefallen waren. Es hat begriffen, daß es keine andere Rettung gibt, als den revolutionären Krieg, daß sonst wieder die Sklaverei hergestellt wird. Dieses Proletariat hat schon zu kämpfen gelernt, es hat nur noch nicht die Macht in seine Hände nehmen können, es versteht aber schon, die Mittel zu gebrauchen, die ihm zur Verfügung stehen. Die Lage dieses Proletariats, von dem jetzt Hunderte und Tausende Arbeitsloser auf die Straße geworfen sind, ist eine furchtbare, und es wird jetzt zwischen seinem Untergang und dem Kampfe gegen die ganze kapitalistische Welt wählen müssen. Im Augenblick, wo die Entente es wagen würde, Deutschland gegen Sowjetrußland aufzuhetzen, wo die Entente versuchen würde, durch Deutschland ins weiße Polen zu gelangen, in dem Augenblick wird das deutsche Proletariat verstehen, daß die entscheidende Stunde geschlagen hat, daß es für die Weltrevolution eintreten muß. Und Genosse Levi ist tief überzeugt, daß die deutsche Arbeiterklasse dies ohne Schwanken tun wird; denn der Kampf um die Rettung Sowjetrußlands, das ist der Kampf des deutschen Proletariats gegen Not und Sklaverei. Er ist überzeugt, daß dieser Ruf, der durch Rußland hallt, der Ruf: „Es lebe Sowjetrußland", in den Millionenmassen des deutschen Proletariats lauten Widerhall finden wird. Und wenn sich die Rote Armee im Kampfe mit der weißen Armee Polens den Grenzen Deutschlands nähern wird, so wird sie von der anderen Seite, über die Bajonette hinweg, einen Ruf des deutschen Proletariats hören, den Ruf „Es lebe Sowjetrußland". *(Beifall.)*

DER VORSITZENDE. Das Wort hat Genosse Radek als Vertreter des polnischen Proletariats.

RADEK. Genossen, ich bin überzeugt, daß unsere Rote Armee auch fernerhin imstande sein wird, den polnischen Gutsbesitzern, die Sowjetrußland überfallen, Schläge zu versetzen, und ich bin überzeugt, daß keinerlei Versuche des polnischen

Kapitals und keinerlei Versuche der polnischen Gutsbesitzer das polnische Proletariat erwürgen können. In den letzten Tagen haben wir die Nachricht erhalten, daß die Regierung Pilsudskys, die Regierung der Bankrotteure, den Gang der Ereignisse dadurch aufzuhalten versucht, daß sie von neuem Hunderte von Kommunisten in die Gefängnisse wirft. Die Mehrzahl der uns bekannten Führer der polnischen kommunistischen Bewegung befindet sich hinter Schloß und Riegel, und die polnische Regierung droht ihnen und ihren Familien damit, daß sie, wenn die polnischen weißen Heere Warschau verlassen müssen, die Leichen der polnischen Kommunisten in der Stadt zurücklassen werde, wie sie ja bereits unsere alten Genossen Wesselowsky und Fabrikewitsch getötet hat. Gerade dieser verzweifelte Schrei der polnischen Bourgeoisie beweist, daß nicht nur die Rote Armee ihre Herrschaft bedroht, sondern, daß auch die polnische Arbeiterklasse sehr gut weiß, daß Rußland nicht die Unabhängigkeit des polnischen Volkes bedroht, sondern, daß es den polnischen Arbeitern helfen will, die Ketten zu zerreißen, in die es die Kapitalisten Polens und der Entente geschmiedet haben. Polen ist jetzt ein durchaus abhängiges Land. Gegenwärtig sagt ja selbst die polnische Bourgeoisie, daß ihre Armee die Ausrüstung von der Entente bekomme, daß ihre Armee sich von dem Brote nähre, das die Entente gibt, damit Polen kämpfen kann. Der Feldzug aber, den Sowjetrußland gegen das weiße Polen führt, das ist die Unterstützung und nicht die Eroberung Polens, das ist die Hilfe der Arbeiterklasse Rußlands, die im Laufe von 20 Jahren im Bunde mit der Arbeiterklasse Polens gegen ihre Gegner gekämpft hat und die sich jetzt von neuem mit dem polnischen Proletariat vereinen will. Einst stellten die polnischen Aufständischen, als sie sich mit den russischen Revolutionären zu vereinigen suchten, die Losung auf: „Für unsere und eure Freiheit". Diese Losung haben wir nicht begraben. Jetzt schreiten wir zum Siege, um gemeinsam an die Arbeit zu gehen und in den verwüsteten Ländern mit eigenen Händen, mit eigener Kraft den Tempel des Sozialismus zu erbauen. Genossen, ich drücke meine feste Ueberzeugung aus, daß das polnische Proletariat, das die

ganze Zeit hindurch neben dem Petrograder und dem Moskauer Proletariat in den ersten Reihen der russischen Revolution gekämpft hat, durch die Tat beweisen wird, daß es mit dem furchtbaren, dem wilden Drucke der Weltbourgeoisie fertig zu werden versteht. Ich drücke die Gewißheit aus, daß unsere Rote Armee, die dem polnischen Proletariat mit kraftvollen Schlägen zu Hilfe kommt und die ganze Last des Kampfes aushält, dort eiserne Divisionen alter, im Kampfe gestählter polnischer Arbeiter vorfinden wird, die im Bunde mit Euch, — davon bin ich fest überzeugt — bis zum letzten Siege gehen werden. (Beifall.)

TROTZKI (stürmische Ovationen, die Internationale wird gesungen). Genossen! Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat sich anderthalb Jahre nach dem I. Kongreß versammelt. Anderthalb Jahre sind wenige Monate, doch haben sie mehr geschichtlichen Inhalt, als früher Jahre, und für uns ist der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale keine einfache internationale Periode, kein einfacher Appell. Genossen! Wir müssen auf dem Weg, der nach oben, über Hindernisse und Abgründe führt, einen Blick nach rückwärts werfen, um den zurückgelegten Weg zu bestimmen, ohne den Feind aus dem Auge zu verlieren; wir müssen auf dem vor uns liegenden Wege Wegweiser aufrichten und ohne Zeitverlust vorwärtsschreiten. Und wenn wir jetzt auf diese 17—18 Monate, die zwischen dem I. und dem II. Kongreß der Internationale liegen, zurückschauen und mit der größten Sorgfalt unser Bewußtsein, unser revolutionäres Gewissen prüfen, so haben wir das Recht zu sagen, daß der Weg, den wir uns auf dem I. Kongreß der Internationale der Weltkommune vorgezeichnet haben, der richtige Weg war und daß, wenn wir Erfolge erzielt haben, dies auf diesem Wege geschehen ist. Wenn das Weltproletariat Niederlagen erlitten hat und manchmal den Rückzug antreten mußte, so deshalb, weil es nicht den von der Kommunistischen Internationale gewiesenen Weg betreten hat. Die 18 Monate, die seit dem I. Kongresse verflossen sind, haben einen blutigen Strich unter diese ganze Epoche der Entwicklung der Menschheit gezogen. Diese Epoche hatte ihr Gesetz, ihre

Methoden, ihre Gleichheit, ihre Weltbeziehungen, ihre Bündnisse, ihren Kampf, ihre Lüge, die demokratische Lüge der offiziellen Wissenschaft, die Lüge der Kirche. Aus diesem allen hat der Weltkrieg die Bilanz gezogen. Und die bürgerlichen Klassen, welche die Völker zu diesem Weltgemetzel aufriefen, haben den Völkern zu gleicher Zeit ein neues Testament, eine neue Ordnung, ein neues Regime versprochen. Was aber stellen Europa und die ganze Welt vor, wie sehen sie nach dem Weltkrieg aus, in welchem Zustande sind sie aus der Werkstätte des Versailler Friedens hervorgegangen? Für die bürgerliche Ordnung gibt es nicht einen einzigen Stützpunkt. Alles ist in Bewegung geraten, alle Stützen wanken, alle staatlichen Programme der Bourgeoisie sind durchstrichen, alle internationalen Verbände sind zerrissen, und die Bourgeoisie sucht, zitternd vor dem morgigen Tage, nach einem Auswege aus dieser Lage, welche die Jahrhunderte des Raubes und der Vergewaltigung geschaffen haben, und findet diesen Ausweg nicht.

England, Frankreich und die Vereinigten Staaten versprachen, den Völkern einen Weltverband, den „Völkerbund" zu geben, der den imperialistischen Zusammenstößen, den internationalen Kriegen ein Ende bereiten würde. Und jetzt haben wir den Völkerbund vor uns. Kaum war er aus der Kanzlei der Diplomaten herausgekommen, als vor ihm derjenige zurückschreckte, der sein Schöpfer war: der amerikanische Präsident Wilson. Genossen! Noch vor kurzem, vor 10 bis 12 Monaten, begrüßten alle Führer der II. Internationale die Pläne Wilsons, und sie forderten die Arbeiter auf, ihn zu unterstützen; hingegen erklärte unsere Internationale bereits vor anderthalb Jahren in Moskau, daß der Feldzug Wilsons ein Versuch der amerikanischen Plutokratie, der New-Yorker Börse ist, sich Europa und die ganze Welt zu unterwerfen, daß der Völkerbund nichts anderes sein wird als eine Weltfirma, an deren Spitze das Kapital der Vereinigten Staaten stehen wird. Das amerikanische Kapital ist daran gewöhnt, sich durch Vereinigungen auszubreiten und in sein Ausbeutungsgebiet

immer neue und neue Millionen Menschen hineinzuziehen. Und es hat versucht, seine Bedingungen auf Europa, Asien und die ganze Welt auszudehnen.

Als jedoch Wilson aus seiner großen amerikanischen Provinz nach Europa kam und selbst mit dem Kopfe auf alle Lebensfragen der ganzen Welt stieß, sah er, daß sich das Steuer in den Händen Englands befindet. England hat die stärkste Flotte, das größte Kabel, die reichste Erfahrung in Sachen des Weltraubes und der Vergewaltigung. Und dieser amerikanische Kleinstädter Wilson, der den vortrefflichen Dollarkurs nicht nur in der Tasche, sondern auch auf der Stirn trug, der der Meinung war, daß seine 14 Paragraphen zum Evangelium der Welt werden würden, — stieß auf die englische Flotte, und auf noch etwas Drohenderes: er stieß auf Sowjetrußland und den Kommunismus. Darauf kehrte der betrübte amerikanische Apostel in das Weiße Haus in Washington, auf seinen Sinai, zurück. Jedoch, Genossen, man darf nicht annehmen, daß dies den Verzicht auf die Weltherrschaft bedeutet. Das amerikanische Kapital hat keinen anderen Weg. Solange das amerikanische Kapital sich im Anfangsstadium der Anhäufung, Ausbreitung und Befreiung befand, stellte es seine Theorie, die Monroedoktrin auf, welche lautet: Amerika den Amerikanern, d. h. niemand darf es wagen, sich in die Angelegenheiten Amerikas einzumischen, wo allein das amerikanische Kapital regiert, ausbeutet und raubt. Dem amerikanischen Kapital wurden die Grenzen Amerikas, des nördlichen, das es zu seiner Kolonie gemacht hat, zu enge. Während des Krieges erhob sich die amerikanische Schwerindustrie als Riesensäule bis zum Himmel und deshalb verwarf das amerikanische Kapital die Losung „Amerika den Amerikanern" oder, richtiger, es veränderte sie und sagte: „Nicht nur Amerika für die Amerikaner, sondern die ganze Welt für die Amerikaner". Darauf schickte es den Apostel Wilson mit einem neuen Testament aus. Wir wissen, daß Wilson den Auftrag nicht ausgeführt hat. Der Auftrag aber ist geblieben, und die amerikanische Oligarchie macht jetzt den Abschluß und sagt: „Unsere Flotte ist um so und soviel Tonnen

und um so und soviel Geschütze diesen und diesen Kalibers schwächer als die Flotte Großbritanniens". Und die amerikanische Kriegsmarineverwaltung arbeitet ein neues Programm aus, das bis zum Jahre 1925, — manche behaupten, noch schneller: in drei Jahren, — die amerikanische Flotte stärker machen soll als die Englands ist. Was bedeutet das aber? Englands Stärke besteht in seiner Flotte, seinen Schiffen; England bewacht alle Seewege, und das verleiht ihm die Macht des Weltraubes. Das Marineprogramm Englands besteht darin, daß seine Flotte in jedem gegebenen Augenblick stärker ist als die Flotte der beiden nächst starken Seemächte zusammen. Jetzt sagt Amerika mit seinem helleuchtenden Dollar, dessen Kurs am Himmel der Börse hoch steht: meine Flotte muß in drei Jahren stärker sein als die Flotte Englands. Das heißt, vor dem britischen Imperialismus steht die Frage: „Sein oder Nichtsein". Das bedeutet weiter, England und die Vereinigten Staaten steuern mit Volldampf einem neuen, großen, blutigen Konflikt zu; denn in der Welt der imperialistischen Staaten kann es keine Doppelherrschaft geben. Die Krone der Weltherrschaft muß letzten Endes England oder Amerika gehören, wenn das Weltproletariat sie ihnen vorher nicht entreißt. Und nach vier Jahren des furchtbaren Weltkrieges, der die mächtigen Staaten Mitteleuropas zertrümmert hat, der Europa verwüstet, die ganze Welt ruiniert hat, sehen wir, wie sich auf den Knochen der Gefallenen ein neuer, noch gewaltigerer Kampf vorbereitet.

Frankreich ist der Hauptfeind Sowjetrußlands, der erbittertste, wutschnaubendste Feind des Weltproletariats; es hält sich jetzt für den Sieger, oder richtiger, die Einfältigen, das Kleinbürgertum, die Sozialpatrioten, ein Teil der betörten Arbeiter denken, daß Frankreich gesiegt habe. Das ist ein grausamer Irrtum. Lange bevor noch der deutsche Imperialismus besiegt war, war Oesterreich-Ungarn ein geschlagenes Land. Es wurde vom deutschen Militarismus gehalten, wie der deutsche Imperialismus von der Entente gehalten wurde. Und jetzt ist Frankreich eins der erschöpftesten, ruiniertesten von den unabhängigen Ländern der Welt. Frankreich kann natürlich im

Schwarzen Meere rauben, aber nur so lange, bis die Reihe an England kommt. Frankreich kann dem kleinen Belgien, das es zu seiner Provinz gemacht hat, Gesetze diktieren, Frankreich selbst aber ist nichts anderes als ein großes Belgien gegenüber Großbritannien. Frankreich wäre in wirtschaftlicher wie in militärischer Hinsicht ohne die Unterstützung Amerikas und Englands schutzlos, erhebt jedoch in seinem kleinbürgerlichen Stumpfsinn Anspruch auf Herrschaft und denkt, daß es die Rolle eines Vorsitzenden und Schiedsrichters zwischen den Vereinigten Staaten und England spielen werde. Die Vereinigten Staaten sind nicht einmal dem Völkerbunde beigetreten. Und Frankreich mußte fast auf den Knien um Almosen, um die Garantie seiner staatlichen Unabhängigkeit bitten.

Und die kleinen Nationen, die kleinen Staaten? Ihnen wurde Freiheit und Unabhängigkeit versprochen und auf alle hat das herrschende England seine Hand gelegt: auf Finnland, wie auf das weiße Estland und Lettland. Wo sind die Reste der Unabhängigkeit Schwedens und Norwegens? Sie sind verschwunden. Was stellt das Baltische Meer vor? Einen Meerbusen, in dem England kleine Spazierfahrten macht. Was stellt der Indische Ozean dar, der von Völkern umsäumt ist, die England untertan sind? Durch Aegypten, Persien, Afghanistan, Belutschistan, Indien ist der Indische Ozean zum englischen Binnenmeer geworden. Aus dem Körper Oesterreich-Ungarns, aus dem alten zaristischen Rußland ist eine ganze Reihe kleiner Staaten herausgeschnitten worden, die nicht lebensfähig sind und denen die Entente und der Völkerbund, d. h. England, vorläufig nicht erlauben, zu sterben. Wir haben ein ans Kreuz geschlagenes und zerfleischtes Oesterreich. Wir haben ein Ungarn, das den heldenhaften Versuch gemacht hat, Mitteleuropa aus dem Chaos herauszuführen, den großen Weg der Sowjetföderation, d. h. eines brüderlichen Bundes der siegreichen Arbeiter in wirtschaftlicher, kultureller und jeder anderen Beziehung zu betreten. Es ist zertreten und ins Chaos zurückgeworfen worden.

Wir haben ein Polen, jenes jämmerliche Polen, dessen Befreiung die ersten Blätter der Geschichte der I. Internationale

füllt. Es ist vom sterbenden Imperialismus für seine schmutzigen Zwecke und Aufgaben geschaffen worden. Diese demokratische Republik, für die ganze Geschlechter polnischer revolutionärer Patrioten gekämpft haben, die vor dem Zarismus in großen Wellen nach dem Westen flüchteten und auf allen Barrikaden der Revolution kämpften und starben, dieses demokratische Polen ist gegenwärtig ein schmutziges und blutiges Werkzeug in den Händen des französischen Kapitals. Genossen, stellte die I. Internationale in ihrem Kampf mit dem Zarismus ein unabhängiges Polen auf eine der ersten Seiten ihrer Geschichte, so erfüllt jetzt das vom Zarismus befreite Rußland seine große Mission und gibt das gekreuzigte, vergewaltigte Polen dem polnischen Arbeiter und dem polnischen Bauern zurück. (Beifall.)

Von allen Parlamentstribünen spricht man von der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Europas. Es gibt keine größere Lüge als diese. Europa konnte sich während der eineinhalb Jahre, die seit unserem I. Kongreß verflossen sind, nicht wieder aufrichten, es ist ungleich ärmer und hoffnungsloser, als es war, und mit ihm die ganze Welt. Kann man denn Europa wiederherstellen ohne den russischen Rohstoff, ohne das russische Getreide? Kann man denn Europa wiederherstellen ohne die deutsche Technik, ohne die deutsche Arbeiterklasse? Das ist nicht möglich. Nach Hause zurückgekehrt, werden die Vertreter aller Länder sagen: „Arbeiter Europas und der ganzen Welt, auf Grund des Wenigen, das wir gesehen haben, bezeugen wir, daß, wenn der Imperialismus Sowjetrußland in Ruhe lassen wird, wenn wir Sowjetrußland mit unserer Technik, wenn auch nur in kleinem Maßstabe, zu Hilfe kommen werden, so wird Sowjetrußland in zwei bis drei, höchstens in fünf Jahren, eben deshalb, weil es eine auf den Grundsätzen des Kommunismus basierende Sowjetrepublik ist, euch sechsmal mehr Getreide und Rohstoffe geben als das zaristische, bürgerliche Rußland gegeben hat".

Den heißen Spuren des Sieges folgend, glaubte das englisch-französische Kapital, das vor ihm ein unabsehbares Kolonialgebiet liege. Früher war der Zarismus der Konkurrent Englands

in Asien, Deutschland war noch ein größerer Konkurrent Englands auf dem Weltmarkte. Deutschland ist besiegt. Deutschland ist ans Kreuz geschlagen. Oesterreich noch mehr. Und sie glauben, daß gleich im Osten die Kolonien beginnen: das deutsche Volk, das Frankreich unterworfen ist, weiterhin Sowjetrußland. Sowjetrußland überrennen, den russischen Rohstoff und das russische Getreide fortnehmen, die deutschen Arbeiter zwingen, wie Sklaven zu arbeiten und den russischen Rohstoff in fertige Erzeugnisse zu verwandeln, über die das anglo-französische Kapital verfügen kann, das ist das blendende Programm des Völkerbundes der ersten Epoche. Und er versuchte es zu verwirklichen; er versuchte die Sowjetrepublik zu stürzen, um unsere Steppen, unsere Meere, Wälder, unsere unterirdischen Reichtümer in seine Gewalt zu bringen und die deutsche Kohle und die deutsche Arbeitskraft zu ihrer Bearbeitung zu verwenden. Anderthalb Jahre harten Kampfes sind vergangen, und mit gerechtem Stolze können wir unseren westeuropäischen Mitbrüdern sagen: Eure Bourgeoisie hat uns nicht gestürzt, wir sind noch am Leben, wir empfangen Euch in Moskau. Und wenn das geschehen ist, so nicht nur dank den kraftvollen Anstrengungen der russischen Arbeiterklasse und der von ihr geschaffenen Armee. Wir kennen unsere Anstrengungen und unsere Opfer, und mit ihnen sind jetzt die Abgesandten der Arbeiterklasse der Welt näher bekannt geworden. Wir müssen jedoch sagen, daß wir hauptsächlich deshalb standgehalten haben, weil wir die wachsende Hilfe in Europa, Amerika, in allen Teilen der Welt fühlten und kannten. Jeder Streik des schottländischen Proletariats am Clyde, jede Bewegung in den Städten und Dörfern Irlands, wo nicht nur die grüne Fahne des irischen Nationalismus, sondern auch die rote Fahne des proletarischen Kampfes weht, jeder Streik, jeder Protest, jeder Aufstand in einer beliebigen Stadt Europas, Amerikas und Asiens, die machtvolle Bewegung der indischen Kolonialsklaven Englands und das Wachstum der Entwicklung des Bewußtseins, das Wachstum der einen zentralen Losung — der Losung „Sowjetweltföderation", — das ist es, was uns die Gewißheit verlieh, daß wir auf dem

richtigen Wege sind, das gestattete uns, in den dunkelsten Stunden, als wir von allen Seiten umzingelt waren, als es schien, daß man uns erwürgen werde, uns aufzurichten und zu sagen: wir sind nicht allein, mit uns ist das Proletariat Europas und Asiens und der ganzen Welt, wir werden uns nicht ergeben, wir werden standhalten. Und wir haben standgehalten. *(Beifall.)*

Ohne Rußland und ohne Deutschland kann Europa nicht wiederhergestellt werden. Um Deutschland wiederherzustellen, muß man ihm erlauben, zu leben, sich zu ernähren, zu arbeiten. Erlaubt man aber dem gekreuzigten und erdrückten Deutschland nicht zu leben, sich zu nähren und zu arbeiten, so wird es sich gegen den französischen Imperialismus erheben. Und deshalb ist der französische Imperialismus, der nur *ein* Gebot kennt — zahlen! Deutschland soll zahlen! Rußland soll zahlen! —, sind diese französischen Wucherer bereit, die ganze Welt an allen vier Ecken in Brand zu stecken, um nur richtig ihre Zinsen zu erhalten. Sie können Deutschland nicht erlauben, zu arbeiten, denn ein arbeitendes, aufgerichtetes Deutschland bedeutet ein unabhängiges Deutschland, das gegen sie sein wird. Und sie haben ein einziges Rezept, um die Bedingungen des Versailler Friedens zu verwirklichen: dieses Rezept sind die Singalesen, die afrikanischen Neger, die Araber, die sie über den Rhein schicken, um die deutschen Städte zu besetzen. Und wenn in Frankreich zu wenig Kohle aus Deutschland ankommt, wenn das deutsche Gold nicht rechtzeitig eintrifft, so sagt die französische Bourgeoisie zähneknirschend: Weshalb zahlen die nicht zur Zeit, hat Marschall Foch denn keine Schwarzen mehr?

Genossen, wir begrüßen auf diesem Kongresse Genossen Roy, den Vertreter der werktätigen Massen Indiens. *(Beifall.)* Ich hoffe, Genossen, daß auf dem III. Kongreß unserer Internationale afrikanische Kommunisten, Araber, Singalesen und andere Negervölker der Kolonialbesitzungen Frankreichs und Englands unter uns sein werden. Heute haben noch 400 bis 500 Singalesen unsere russischen Soldaten, die jahrelang Sklaven in Frankreich waren, in die Häfen von Odessa gebracht. Trotz der Vorsichtsmaßregeln, die man getroffen hat, um die Singalesen

von den russischen Soldaten getrennt zu halten, wissen wir, daß noch nie ein ausländisches Regiment, eine ausländische Kompagnie ungestraft in einen russischen Hafen eingelaufen ist. Genossen, die Politik des Marschalls Foch, der Wrangel Wasserflugzeuge liefert, der Polen in seinem hoffnungslosen Kampfe hilft, diese Politik wird die Wirtschaft Europas nicht wiederherstellen, das ist die Politik eines Hazardspielers, der hoffnungslos verspielt hat, der bereits Milliarden verspielt hat. Erst vor kurzem hat das französische Parlament entdeckt, daß Clémenceau von den vier Milliarden, die für die Wiederherstellung der verwüsteten Norddepartements Frankreichs bestimmt waren, für diesen Zweck nur eineinhalb Millionen verausgabt hat, drei Milliarden 998½ Millionen aber hat er nicht für die Wiederherstellung der verwüsteten Departements Frankreichs verwendet, sondern für die Verwüstung der Gouvernements und Kreise Rußlands. Diese Politik, diese Verschwendung von Milliarden ist die Politik eines Spielers, der bei seinen letzten Einsätzen von der Hoffnung beseelt ist, etwas zurückzugewinnen und der gewöhnlich niemals etwas zurückgewinnt. Gegenwärtig können wir mit ruhiger Gewißheit sagen, daß die Stunde nahe ist, wo wir im Bunde mit dem französischen Proletariat die Bank des französischen Bankhalters sprengen werden. *(Beifall.)* Die Singalesen im Hafen von Odessa, die französischen Generale in Warschau, sie sind heute vielleicht noch dort, sie sehen aber schon nicht mehr nach Osten, sondern nach Westen. *(Stürmischer Beifall.)* Sie alle zusammen werden die Menge der Kohle und der anderen Rohstoffe, die Menge des Getreides, die Frankreich braucht, nicht um ein Pud vermehren.

Die ganze Welt leidet unter der tiefsten Krisis, dem Mangel an Rohstoffen und Heizmaterialien, und die Tatsache, daß während der Kriegsjahre die ganze Arbeit nicht auf Schaffung von Werten, sondern auf ihre Zerstörung gerichtet war, kann nicht ohne Folgen bleiben, denn die grundlegende Arbeit ist die, bei welcher der Mensch alle seine Gedanken und Maschinen anwendet, um dem Schoße der Erde die wichtigsten Stoffe, Getreide, Kohle zu entnehmen. Die Arbeit ist fortgesetzt gefallen.

Jetzt muß die gesamte Politik der Weltproduktion darauf gerichtet sein, den freien Handel mit Deutschland, Rußland, Oesterreich-Ungarn zu sichern. Alle Länder leben bisher von den Vorräten, die übrig geblieben sind. Und die ganze Politik des Imperialismus läuft darauf hinaus, daß die Handelsbeziehungen im nächsten Jahr überall unter dem Zeichen der gegenseitigen Absperrung stehen werden. Jetzt haben wir zwar die Politik des Raubes; wir haben jedoch gesehen, daß es den Engländern, als sie in Baku waren, in den vielen Monaten nur gelungen ist, einige Millionen Pud Naphtha auszuführen, während sie einige zehn Millionen Pud hätten ausführen können. Den Hauptverlust erlitt die Weltwirtschaft damals, als die englischen und französischen Söldner das Dongebiet verwüsteten, als die Franzosen die Brücken sprengten und die Eisenbahnen zerstörten, als die englischen Panzerschiffe die Ausfahrt in alle Länder versperrten und dadurch die Produktion untergruben. Das sind die letzten Worte der Wirtschaftspolitik der Entente.

Deshalb, Genossen, wenn wir auf unsere anderthalbjährige Arbeit der Sowjetwirtschaft zurückschauen, wenn wir alle ihre Mängel, alle ihre Not kennen, haben wir keine Veranlassung, diese Mängel zu verschleiern, sondern entrollen dieses Bild unserer Arbeit vor unseren westlichen Mitbrüdern, den Amerikanern und den anderen Vertretern aller Länder, aller Weltteile. Ich denke, wenn jemand mit irgendwelchen Zweifeln hergekommen ist, so wird er sich davon überzeugt haben, daß wir den richtigen Weg gewählt haben und daß ein Ausweg aus dem Elend der Welt nur möglich ist bei einer planmäßigen Vergesellschaftung und Sozialisierung der Weltwirtschaft, wenn alle künstlichen staatlichen Hindernisse und Schranken beseitigt werden und die Politik befolgt wird, die für eine einheitliche Wirtschaft notwendig ist. Und, Genossen, wenn wir trotz der Blockade, trotz des Krieges nicht nur imstande waren, unsere Armeen zu verpflegen, sondern auch imstande waren, diese drei Jahre, besonders die letzten anderthalb Jahre, zu leben — diese Tatsache ist an und für sich die größte historische Tatsache —,

so konnten wir das dank dem Umstande, daß unserer Wirtschaft die Grundsätze des Kommunismus zugrunde lagen.

Endlich, Genossen, wenn wir von den Fragen der internationalen Politik und von den Wirtschaftsfragen zu den Fragen des politischen Kampfes übergehen, so müssen wir sagen, daß der vom I. Kongreß der Kommunistischen Internationale vorgezeichnete Weg der richtige war und daß er in allen seinen Grundzügen von der Erfahrung bestätigt worden ist. Wenn es noch ehrlich denkende Arbeiter gibt, die noch irgend etwas von der Demokratie erwarten, so ist das ein leeres Hirngespinst. Wo gibt es in Europa eine Demokratie? Die neugeborene Demokratie Deutschlands besitzt die demokratische Form des Wahlrechts. An ihrer Spitze steht der Sozialdemokrat Ebert. Diese Demokratie tötet die besten Arbeiterführer, die besten Vertreter der Arbeiterklasse, in deren Namen Genosse Levi gesprochen hatte. Wer herrscht dort? Die Magnaten des Kapitals, die ihre wichtigsten Geschäfte in den Höhlen der Börse abmachen. Während des Krieges hielt die französische Bourgeoisie und die Bourgeoisie der anderen Länder noch an einigen Ueberresten der alten demokratischen Ideologie fest. Die Bourgeoisie mußte die Arbeiter betrügen, sie sprach von Vaterlandsverteidigung, sie sagte, daß dieser Krieg der letzte sein werde, sie versprach einen Völkerbund. Jetzt aber, nach dem Kriege und dem Versailler Frieden, jetzt, wo der Henker sich in seiner ganzen Nacktheit zeigt, wo die werktätigen Massen beraubt und an den Bettelstab gebracht sind, jetzt werden die letzten Ueberreste dieser Ideologie beiseite geworfen, jetzt verzichtet die Bourgeoisie selbst fast auf jede Anspielung auf das alte Testament der Demokratie, das ihr früher zum Betrug der Arbeiterklasse gedient hat, jetzt fordert sie einen festen, stahlharten Willen. Nehmen wir einen beliebigen Parlamentsbericht eines beliebigen Landes zur Hand, so sehen wir, daß der erbärmlichste bürgerliche Minister, jeder kleine Beamte, wenn er einen Beifallssturm ernten will, eine drohende Faust in der Richtung auf das revolutionäre Proletariat macht. Die Bourgeoisie verlangt von ihren Schützlingen, Handlangern, Ministern

Blut und Eisen, denn sie hat begriffen, daß wir — wir: die ganze Welt — nicht in die Epoche der parlamentarischen Vermittelung zwischen den Klassen, sondern in die Epoche des heftigen, schonungslosen und harten Kampfes eingetreten sind . . . Und was hat die Arbeiterklasse, d. h. der Teil derselben, der aus dem Weltkriege heimgekehrt ist, bei sich im Lande vorgefunden? Die Arbeiterklasse hat in ihren Städten und Dörfern eine neue Bourgeoisie, eine noch frechere und blutigere als die, die sie verlassen hatte, vorgefunden. Kriegslieferanten, Schleichhändler von Weltruf, Emporkömmlinge mit dunkler Vergangenheit, die durch Spekulation mit Blut Millionen und Abermillionen und Milliarden zusammengeraubt haben, sind emporgestiegen. Dieses gierige und zügellose Gesindel hat mit seinem vergifteten Atem die Luft der europäischen und amerikanischen Städte verpestet. Die Prunksucht hat den Charakter eines wahnwitzigen Fiebers, des Säuferwahnsinns, einer nervösen Raserei angenommen. Die Arbeiter sind aus den Schützengräben nach Hause zurückgekehrt und sehen vor sich diese zügellose „Bourgeoisie dorée", die alles in ihren Besitz gebracht hat, die alle zu Boden tritt, die alles genießen will, die in jedem beliebigen Augenblick mit ihren Kanonen die Arbeiterklasse niederschießen möchte, nur um sich die Möglichkeit zu sichern, zu leben, zu herrschen und zu genießen. Und die Empörung der Arbeiterklasse wird in allen Ländern zu immer hellerer Flamme entfacht. Die Teuerung ruft Streiks und Manifestationen der hungernden Arbeiter und Arbeiterinnen hervor. Und was für ein großer Faktor in der Arbeiterbewegung, in der Geschichte der ganzen Menschheit, ist der Umstand, daß die Frauen, die geknechteten Sklavinnen, erwacht sind und daß die proletarische Jugend sich in immer größeren Massen erhebt, uns zu Hilfe kommt und uns ablöst. Mit den Frauen, mit der proletarischen Jugend ergießt sich in die revolutionäre Bewegung des Weltproletariats ein neuer, kraftvoller Strom revolutionärer Lava, der der Bewegung der Kommunistischen Internationale einen neuen unerschöpflichen Vorrat an Energie zuführen wird. *(Beifall.)*

Genossen, es besteht kein Zweifel, daß das Proletariat aller

Länder schon an der Macht wäre, wenn zwischen ihm und der Masse, zwischen der revolutionären Masse und den fortgeschrittenen Gruppen der revolutionären Masse, nicht noch immer eine große, starke, verwickelte Maschine, nicht noch immer die Parteien der II. Internationale und der Trade-Unions der Welt stünden, die ihren Apparat in der Epoche des Verfalls, des Sterbens der Bourgeoisie in den Dienst dieser Bourgeoisie gestellt haben. Gerade die II. Internationale, die während des Krieges ihr Schicksal durch gegenseitige Bürgschaft an das Schicksal der Bourgeoisie gebunden hat, hat die Verantwortung für die alte Welt auf sich genommen, hat den ersten Andrang der Empörung und der Entrüstung der werktätigen Massen abgefangen. Ihre Autorität ist gesunken. Sie ist auseinandergefallen. Von ihr spalten sich immer größere Teile, Millionen werktätiger Massen ab. Aber dem ersten Andrang des Proletariats gegen die bürgerliche Gesellschaft, dem ersten Ausbruch der Entrüstung ist die II. Internationale als Puffer begegnet. Und wenn die deutsche Arbeiterklasse Zehntausende von Opfern bringt und noch bringen wird, so ist das die Schuld der deutschen Sozialdemokratie. Im verantwortlichsten Augenblick der Weltgeschichte hat sie sich in einen gegenrevolutionären Apparat verwandelt, wie die führenden Parteien der II. Internationale sich in einen gegenrevolutionären Apparat im Dienste der bürgerlichen Gesellschaft verwandelt haben. Und wenn wir auf die ganze Geschichte der Vergangenheit zurückschauen und dort gegenrevolutionäre Kräfte suchen, so finden wir nichts Aehnliches. Wir kennen die Weltgeschichte der katholischen Kirche, die, wie auch alle übrigen Kirchen, ein machtvolles Werkzeug, ein machtvolles und starkes Mittel in den Händen der besitzenden Klassen zum Schutze ihrer Vorrechte und Herrschaft war. Der Dienst aber, den die Weltkirche und der Weltkatholizismus den besitzenden Klassen erwiesen hat, ist ein kläglicher Dienst im Vergleich zu der Rolle, welche die Parteien der II. Internationale im kritischen Augenblick der Weltgeschichte spielen. Im Laufe von Jahrzehnten haben sie die Arbeiterklasse geführt, haben ihr Vertrauen besessen, haben

sie organisiert, haben sie durch ihre Autorität obengehalten; im Augenblick aber, da die Arbeiterklasse ihre ganze Tatkraft auf ihre Befreiung vom Joche des Kapitals hätte richten müssen, haben sie diesen Apparat ausgenützt, um die Arbeiterklasse an Händen und Füßen zu fesseln, um sie nicht nur zum materiellen, nicht nur zum körperlichen, sondern auch zum geistigen Sklaven des Weltkapitals zu machen.

Während wir hier in Moskau diese Tage des II. Kongresses durchleben, tagt in Genf der Kongreß der II. Internationale, die sich durch ihr Programm, durch ihren Geist unserer Internationale der roten proletarischen Kommune — entgegenstellt. Und von diesem Tage an, von diesem Kongresse an, von diesen beiden Kongressen an wird sich die Spaltung in der Arbeiterklasse der Welt mit verzehnfachter Schnelligkeit vollziehen. Programm gegen Programm; Taktik gegen Taktik; Methode gegen Methode. Wir, die Kommunistische Internationale, haben die deutsche Unabhängige Sozialistische Partei, die wankte und schwankte, und die in ihren Oberschichten bis zum heutigen Tage schwankt, durch den Druck der deutschen Arbeiter veranlaßt, ihre Vertreter herzuschicken. Auch die Partei des französischen Parlamentssozialismus ist durch die Empörung ihrer proletarischen Massen gezwungen worden, Abgesandte zu uns zu schicken. Wir aber gehen auf keinerlei Zugeständnisse ein: die Kommunistische Internationale ist keine Internationale der Kompromisse und Verständigung. Wir haben ein Banner, haben ein Programm; wer will, mag sich unter dieses Banner stellen. Das haben wir den Vertretern der Deutschen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Französischen Parlamentspartei gesagt. Wir haben sie gefragt: „Hofft ihr durch euer Parlament Reformen durchzuführen, die allmählich in das Reich des Sozialismus führen?" Wir haben das mit Ironie gefragt; denn die Tatsachen des Lebens haben uns schon die bittere Antwort gegeben. Und wenn die Deutsche Unabhängige Partei und sogar die Partei des französischen Parlamentssozialismus es noch nicht gelernt haben, die Proletarier auf den Weg des Bürgerkrieges, der proletarischen Diktatur zu führen, so

haben sie es doch schon gelernt, nicht mehr an den Weg des parlamentarischen Reformismus zu glauben. Und die französischen und deutschen Arbeiter haben es gelernt, nicht mehr ihren wankenden und schwankenden Führern zu glauben.

Dieser Kongreß, der mit dem Kongreß der II. Internationale zusammenfällt, der — was für uns, für die Arbeiter der ganzen Welt wichtig und bedeutungsvoll ist — mit dem drohenden Kampfe zusammenfällt, den die Entente vermittels des weißen Polen gegen die Sowjetrepublik führt; dieser Kongreß, der mit den ruhmvollen Siegen der Roten Armee an der West- und Südwestfront zusammenfällt, wird große Wegweiser für die weitere Entwicklung der proletarischen Weltrevolution aufrichten. Dieser Kongreß hat in seinen Beschlüssen aus der Gesamterfahrung der Arbeiterklasse der Welt die Bilanz gezogen. Sie haben diese Beschlüsse gelesen. Dieser Kongreß wendet sich auch mit einem Manifest an die Arbeiter und Arbeiterinnen der ganzen Welt, einem Manifest, dessen wesentlichen Inhalt ich hier in meinem Bericht dargelegt habe, einem Manifest, das in allen Sprachen veröffentlicht werden wird, das aus der Arbeit des Imperialismus auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen, auf dem wirtschaftlichen Gebiete, die Bilanz zieht, das die letzen Ueberreste der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Parlamentarismus richtig einschätzt, das dem Proletariat der ganzen Welt und den unterjochten werktätigen Massen der Kolonialländer den sicheren, klaren und deutlichen Weg des Kampfes weist. Und was für eine Freude, welch einen Stolz empfinden wir Moskauer Arbeiter und die Arbeiter ganz Rußlands, daß wir bei uns zum zweiten Male die besten Kämpfer der Arbeiterklasse der Welt versammeln konnten, daß wir ihnen auf Grund unserer Erfahrung geholfen haben, ihre Waffen zu schmieden. In unserer Moskauer Schmiede haben wir mit Euren Händen, Genossen, ein Feuer angefacht. In diesem Feuer haben wir den proletarischen Stahl glühend gemacht, haben ihn mit dem Hammer unserer proletarischen Sowjetrevolution bearbeitet, haben ihn durch die Erfahrung des Bürgerkrieges gestählt und dem internationalen Proletariat ein vortreffliches, un-

vergleichliches Schwert geschmiedet. Mit diesem Schwerte bewaffnen wir uns selbst, mit ihm bewaffnen wir die anderen. Wir sagen den Arbeitern der ganzen Welt: In dem Moskauer Feuer haben wir ein starkes Schwert geschmiedet, nehmt es in die Hand und stoßt es dem Weltkapital ins Herz. *(Beifall.)*

SINOWJEW. Genossen! Während der letzten 14 Tage haben in Moskau Sitzungen der Vertreter der Arbeiterorganisationen der ganzen Welt stattgefunden, und während dieser ganzen Zeit haben wir gesehen, wie der Bruderbund der Arbeiter der ganzen Welt mit jedem Tage fester wurde.

Als wir vor einiger Zeit zum ersten Male die Frage über die Möglichkeit einer illegalen Einberufung des Kongresses in Moskau aufwarfen, zweifelten viele an dem Gelingen dieses Planes. Schon der Gedanke daran erschien gewagt; denn die Bourgeoisie der ganzen Welt verfolgt selbstverständlich ihren schlimmsten Feind, die Kommunistische Internationale, mit dem größten Haß, mit allen nur möglichen Skorpionen.

Aber, Genossen, das Streben der Arbeiter der ganzen Welt, zu uns zu gelangen, war so groß, der Ruf „nach Moskau" war so allgemein, daß trotz des Widerstandes der Weltbourgeoisie, trotz aller Hindernisse, die uns in den Weg gelegt wurden, wie ihr seht, der Kongreß zusammengetreten ist; und wir dürfen jetzt vor der ganzen Welt sagen, daß dieser Kongreß vollständig gelungen und daß er ein Weltkongreß des Proletariats gewesen ist. *(Beifall.)*

Genossen, wie die Erde nach einer langen Dürre nach Regen lechzt, so lechzen auch die Arbeiter der ganzen Welt, nach dem Ende des verfluchten Krieges, nach Vereinigung. Dieses Streben der Arbeiter nach Vereinigung ist der größte Faktor der Weltgeschichte, ist die treibende Kraft der Kommunistischen Internationale. Das Klassenbewußtsein der Arbeiter der ganzen Welt, das sich darin äußert, daß sie erkennen, daß sie das, was ihnen die Geschichte verheißen hat, nur in enger Vereinigung erreichen können, dieses Bewußtsein ist die wichtigste welthistorische Lebenskraft der Kommunistischen Internationale und

dank ihm ist es uns gelungen, den Kongreß durchzuführen, trotzdem die Blockade erst jetzt aufgehoben worden ist, trotzdem sie sogar teilweise noch besteht, trotzdem in einer ganzen Reihe von Ländern unsere Genossen illegal arbeiten müssen.

Das Verzeichnis der Delegationen füllt einige Bogen. Ich will nur die Länder erwähnen, die vertreten waren: England, Deutschland, Frankreich . . . Von einigen dieser Länder hatten wir wenig Vertreter, immerhin stellen die Delegationen all das vor, was an lebendiger revolutionärer Kampfstimmung in der ganzen Welt vorhanden ist. Von großer Bedeutung ist der Umstand, daß unter uns sich nicht nur Vertreter des europäischen und amerikanischen Proletariats befinden, sondern auch Vertreter der Arbeiter und der ärmsten Bauern des ganzen Ostens: der Türkei, Persiens, Indiens, der britischen Kolonien usw. Wir sehen darin einen Beweis dafür, daß die Bewegung im Osten beginnt und sich auch weiter entwickeln wird, daß es keiner Macht der Welt gelingen wird, diese Bewegung aufzuhalten, die in Indien einen rein proletarischen Charakter trägt. Diese Bewegungen werden sich mit der europäischen und der amerikanischen vereinen, um dem Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen.

Auf unserem Kongreß waren die verschiedensten Schattierungen der Arbeiterbewegung vertreten. Die Arbeiterbewegung befindet sich augenblicklich noch im Gärungs- und Kristallisationsprozeß. Das ist verständlich. Nach der schrecklichen Krisis, die die Arbeiterklasse der Welt durchlebt hat, nach dem ungeheuerlichen Sturz der II. Internationale und nach dem erfolgreichen Aderlaß, der an den Arbeitern der ganzen Welt vorgenommen wurde, ist es völlig verständlich, daß es jetzt unter den Arbeitern keine vollständige politische Klarheit geben kann. Wenn aber die Arbeiterklasse einig wäre, wenn sie sich über ihre Grundaufgaben völlig klar wäre, hätten wir die Bourgeoisie längst besiegt. Der Fluch unserer Klasse besteht darin, daß ein Teil unserer Brüder während vieler Jahrzehnte von unseren Feinden betrogen wurde, ein anderer Teil

in Verbänden organisiert ist, die tatsächlich der Bourgeoisie helfen. In einigen Ländern befindet sich heute die Arbeiterklasse gewissermaßen am Scheidewege. Nach dem furchtbaren Gewitter, das sich während des imperialistischen Krieges über die ganze Menschheit entladen hat, sucht sie den richtigen Weg. Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, alle lebendigen, reichen und starken Kräfte, welche die Arbeiterklasse aufzuweisen hat, unter der Fahne der Kommunistischen Internationale zum Kampf gegen die Bourgeoisie zu vereinigen. Absichtlich haben wir auch noch nicht vollständig formierte Organisationen zum Eintritt in die Kommunistische Internationale aufgefordert.

An unserem Kongreß haben die Vertreter der besten Teile der Syndikalisten, Vertreter der besten Teile der Anarchisten teilgenommen. In unserer Mitte weilten Vertreter der „Shop Stewards" Englands, der Betriebsräte Oesterreichs und Vertreter der I. W. W. Der Hauptstrom der Arbeiterbewegung der Welt fließt in dem Flußbett des Kommunismus. Wir sehen einen mächtigen kommunistischen Strom vor uns, neben ihm aber eine Reihe kleiner Flüsse, die alle in den großen Strom der Kommunistischen Internationale münden müssen. Wir sehen eine ganze Reihe solcher proletarischer Bewegungen, in denen es noch gärt, die sich uns nur halb zuwenden, die in vielem von anarchistischen und syndikalistischen Vorurteilen angesteckt sind, die unser Programm nicht vollständig teilen, die aber trotzdem mit uns zusammen gegen die Bourgeoisie kämpfen und die wir als Brüder ansehen. Wir brechen mit den verhaßten Traditionen der II. Internationale, die die revolutionär gesinnten Arbeiter, die besten Kämpfer, maltraitierte. Als sich in der II. Internationale eine Handvoll ehrwürdiger Vertreter des gelben imperialistischen und anderer Verbände befanden, wurde bei jedem Vorgehen von dieser oder jener Gruppe von Arbeitern, die die Politik der II. Internationale einer Kritik zu unterziehen wagten, die Tür zugeschlagen. Wir öffnen unsere Tore weit allen ehrlichen proletarischen revolutionären Organisationen, die heute noch nicht kommunistisch sind, die es aber morgen sein werden, die heute mit dem Gewehr in der Hand

bereit sind, mit uns zusammen gegen das Weltkapital zu kämpfen. *(Beifall.)* Außer der Gruppe, die nach der Meinung einiger eine Opposition von links bildete, die aber eigentlich gar nicht revolutionär gesinnt war, da es für die Arbeiterklasse, für den Kommunismus keine Opposition von links geben kann, beteiligte sich an unserem Kongreß eine Gruppe reuiger Sünder. Ich meine die Vertreter der Französischen Sozialistischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Amerikanischen Sozialistischen Partei. Alle diese Parteien gehören zu den größten Arbeiterorganisationen, die mit einem Fuße noch im alten Lager stehen, jedoch versuchen, einen neuen Weg einzuschlagen. Mir scheint, daß unser Kongreß dadurch eine noch größere Bedeutung gewonnen hat, daß diese Vertreter alter Parteien vor ihn getreten sind, daß einige von ihnen um Amnestie baten und gern von der Kommunistischen Internationale die Antwort erhalten hätten: schuldig unter Zubilligung mildernder Umstände. Insofern es sich jedoch um die Führer handelt, die für den imperialistischen Krieg verantwortlich sind, haben wir eine durchaus unversöhnliche Stellung eingenommen. Ihr habt unsere Antwort an die Französische Sozialistische Partei gelesen, jenen Brief, den wir ihnen auf den Weg mitgegeben haben, damit sie ihn in aller Ruhe gründlich studieren können. Darin haben wir eine genaue Beschreibung aller Kennzeichen der Französischen Sozialistischen Partei in der Person der Führer ihrer gelben Sozialisten gegeben. Wir haben ihnen das mitgegeben, was die Deutschen einen „Steckbrief" nennen, d. h. einen Brief, aus dem jeder ehrliche Arbeiter sofort den Missetäter erkennen kann, der dem Weltproletariat augenblicklich im Wege steht, einen Brief, der da sagt: „Seht, Arbeiter, so soll ein Führer der Arbeiterklasse nicht aussehen."

Genossen, in den Reihen der französischen Partei befindet sich eine bedeutende Anzahl von Arbeitern. Die zentralen Preßorgane erscheinen in 50 000 Exemplaren. Die Partei der Unabhängigen in Deutschland zählt ungefähr eine Million Mitglieder. An 11 000 Mitglieder der Partei, vorwiegend Arbeiter, schmachten im Gefängnis. Selbstverständlich flößen uns die

Arbeiter, die in Gefängnissen der deutschen Republik schmachten, die größte Achtung ein, und wir sind bereit, vor ihnen den Hut abzunehmen. Natürlich führen wir aber in den Reihen der Unabhängigen Partei Deutschlands und der Französischen Sozialistischen Partei keine andere Sprache; wir versuchen, ihnen ihre Fehler klarzumachen; wir versuchen uns mit ihnen zu vereinigen.

Genossen, der Kongreß hat im Zusammenhang damit eine Reihe von Bedingungen (es sind ihrer 21) zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale ausgearbeitet. Genossen, ich glaube, daß ihr, wenn ihr Euch mit diesen Bedingungen bekannt machen werdet, mit uns sagen werdet, daß es hier mit Recht heißen kann: Wie es dem Kamel nicht leicht ist, durch ein Nadelöhr zu gehen, so wird es, hoffe ich, auch den Anhängern des Zentrums, die immer solche bleiben werden, nicht leicht sein, durch diese von der Kommunistischen Internationale aufgestellten 21 Bedingungen durchzuschlüpfen. *(Beifall.)* Wir haben diese Bedingungen deshalb aufgestellt, damit die in den Reihen der Französischen Sozialistischen Partei, der U. S. P. D. und der amerikanischen sowie der Italienischen Sozialistischen Partei stehenden Arbeiter, überhaupt alle organisierten Arbeiter wissen, was der internationale Stab der proletarischen Revolution von ihnen verlangt, damit sie ihre Führer vor Gericht fordern, damit sie sie in die Enge treiben und offene Antwort auf alle in den Bedingungen erwähnten Fragen erhalten. Und, Genossen, wir hoffen, daß diese Bedingungen ihren Zweck erreichen werden.

Wenn man uns vor anderthalb Jahren gesagt hat, daß der Kommunistischen Internationale die Gefahr droht, daß wir zu wenig Mitglieder haben werden, so stehen wir jetzt vor einer anderen Gefahr. Die Kommunistische Internationale wird für viele zur Mode. Die Brüsseler Internationale, die jetzt in Genf tagt, hat, wie es heißt, den Beschluß gefaßt, einen Generalstreik zu erklären. Es scheint, daß die II. Internationale den Fußstapfen Moskaus folgen will. Wir wissen nicht, wieviel lebende Schatten sich dort versammelt haben, aber jedem ist

es klar, daß die II. Internationale jetzt einen Trümmerhaufen vorstellt, und unter den alten Führern dieser Kronsozialisten, wie man sie nennen könnte, gibt es viele, die immer in der Mehrheit sein und sich an irgend eine Macht anlehnen wollen. Diese Macht ist im internationalen Maßstabe jetzt die Kommunistische Internationale. Sie wollen sich an uns anlehnen, Zugeständnisse in Worten machen, und dabei sich eine gewisse „Autonomie" sichern, um den alten Schlendrian fortzusetzen. Wir hoffen, daß unser II. Kongreß der Kommunistischen Internationale für diese Herren die Tür genügend fest geschlossen hat; wir hoffen, daß die von uns gefaßten Beschlüsse genügen werden, die Parteien durch eine solche Linie zu scheiden, daß alle Arbeiter, die ehrlich für den Kommunismus kämpfen wollen, in unsere Reihen treten, alles Faule aber wie Spreu in den Müllkasten fliegt und nie wieder den Vormarsch der Arbeiterklasse hemmen wird.

Eine Reihe Fragen ist vom II. Kongreß behandelt worden, unter denen die Frage über die Rolle der Kommunistischen Partei eine der wichtigsten war. In einem Saale, wo sich, wie ich frei heraus sagen kann, eine große Mehrheit von Mitgliedern der Kommunistischen Parteien versammelt hat, braucht ihre Notwendigkeit gar nicht erst bewiesen zu werden. Im internationalen Kongreß aber, wo Vertreter der verschiedensten Länder mit ganz verschiedener Geschichte, mit verschiedenen Traditionen zugegen waren, war es notwendig, die Rolle und die Bedeutung der Kommunistischen Partei endgültig klarzulegen. Die alten Parteien haben Bankrott gemacht, und es ist verständlich, daß sie einer ganzen Reihe von Arbeitern den Gedanken eingeprägt haben, daß nicht nur die II. Internationale zusammengebrochen sei, sondern die Politik der Führer überhaupt. Es war notwendig, sich über die Rolle und die Bedeutung der proletarischen Revolution klar zu werden, und ich hoffe, daß Euch einleuchtet, daß es für uns der größte Sieg war, als die besten Vertreter des revolutionären Syndikalismus für unsere Resolutionen stimmten, ebenso wie auch die besten Vertreter anderer Arbeiterorganisationen. Jetzt müssen wir den

syndikalistischen Arbeitern, den Anarchisten und anderen Elementen, die nicht an die Bedeutung der Partei geglaubt haben, sagen: „Ihr habt nicht geglaubt, daß es andere Parteien als die Scheidemänner geben könnte, daß es eine wirkliche Arbeiterpartei, welche die Arbeiterklasse zum Kampf mit dem Kapital führt, gibt; seht her und überzeugt Euch: Hier ist die Kommunistische Partei Rußlands, das ist das Werk der russischen Arbeiter, da ist die ungarische Kommunistische Partei, da ist die deutsche Partei der Spartakisten, seht, was sie für die Aufklärung der Arbeiterklasse Deutschlands getan hat: Da sind die kommunistischen Arbeiterparteien einer ganzen Reihe von Ländern, seht und lernt! Hier ist ein Beispiel dessen, was wir erstreben, solche Parteien müssen wir schaffen!"

Weiter wurde die National- und Kolonialfrage erörtert, und mir scheint, daß die in dieser Frage einstimmig gefaßte Resolution gleichfalls einen großen moralischen Sieg für uns bedeutet. Ihr wißt, daß die II. Internationale an die Frage der sogenannten Nationalpolitik herangetreten ist, daß im allgemeinen eine Politik der Duldung vorgeschlagen wurde, und daß im Jahre 1907 die Mehrheit sich dafür ausgesprochen hat, daß die Sozialisten die sogenannte kulturell-nationale Politik unterstützen können.

Die II. Internationale hat den Völkern der schwarzen und der gelben Rasse gegenüber eine Haltung eingenommen, die geeignet war, bei diesen Völkern das größte Mißtrauen zu erwecken. Die Kommunistische Internationale mußte zu den Traditionen der I. Internationale zurückkehren. Ihre Pflicht war es, zu sagen, und sie hat es auch gesagt, daß sie nicht nur eine Internationale der Werktätigen der weißen Rasse sein wollte, sondern ebenso eine Internationale der Werktätigen der schwarzen und gelben Rasse, eine Internationale der Werktätigen der ganzen Welt. *(Beifall.)* Ich bin überzeugt, daß der Bruderbund, den wir im Kongreß mit den Vertretern Indiens, Koreas, der Türkei und einer ganzen Reihe anderer Länder geschlossen haben, das internationale Kapital mitten ins Herz treffen wird. Dies ist die größte Eroberung der Arbeiterklasse.

Weiter haben wir die Frage über die Gewerkschaften erörtert. Ihr wißt, daß wir in Moskau die erste internationale Zelle der Gewerkschaftsverbände geschaffen haben. Ich behaupte, daß dies ebenfalls eine allgemeine historische Bedeutung für die ganze Welt hat. Die letzte Stütze des Kapitals ist die gelbe Amsterdamer Arbeiterorganisation. Wenn wir den besten Teil der Arbeiter dieser Organisation zu uns herüberziehen, haben wir dadurch erreicht, daß die II. Internationale die Masse verliert, daß wir alles, was in der Arbeiterklasse lebenskräftig ist, um uns versammeln. Wir mußten im Kongreß eine scharfe Polemik mit einer ganzen Reihe unserer englischen und amerikanischen Genossen führen, die mit dem ungeheuren Verrat ihrer Führer zu kämpfen hatten, die keine starke kommunistische Partei besitzen, die mit dem Parlamentarismus gebrochen haben. Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat allen diesen Parteien gesagt, was das Wichtigste für sie ist. Wie die Erfahrungen der russischen Revolution lehren — mögen sie dies in England und in Amerika im Gedächtnis behalten! — ist das Allerwichtigste, daß sie immer mitten unter den Arbeitermassen bleiben. Ihr werdet mit ihnen zusammen manchmal irren, tretet aber nie aus den Massenorganisationen der Arbeiterklasse aus, wie reaktionär sie im gegebenen Augenblick auch sein sollten.

Die bourgeoisen Staaten müssen wir vernichten, die Arbeiterverbände dagegen erobern, umbilden und in unsere Reihen aufnehmen, sonst ist der Sieg des Kommunismus unmöglich. In dieser Frage haben wir mit einigen unserer Genossen bereits so manche Lanze gebrochen, aber die Worte, die die Kommunistische Internationale darüber gesprochen hat, werden für uns alle zum Gesetz, unter anderem auch für die Genossen, die einen anderen Standpunkt vertraten. Das Ziel der Kommunistischen Internationale ist, in allen Ländern eine kommunistische Partei zu gründen, damit alle Ströme der gegenwärtigen gesunden revolutionären Proletarierbewegung sich in einen mächtigen Fluß ergießen. Und wem bekannt ist, welche ungeheure Autorität die Kommunistische Internationale

in den Augen der Arbeiterklasse der ganzen Welt besitzt, der wird nicht daran zweifeln, daß diese Aufgabe leicht verwirklicht werden kann und daß es gelingen wird, eine Einigung zu erzielen.

Genossen, von besonderem Interesse dürfte ein Vergleich sein, den wir anstellen könnten zwischen dem, was bei uns im Kongreß vorgegangen ist, und dem, was sich in den bourgeoisen Kreisen vollzieht. Genosse Trotzky hat deutlich geschildert, was in den oberen Schichten der regierenden Bourgeoisie vor sich geht. Genossen, ist es nicht bezeichnend, daß, während wir in Moskau im Laufe einer kurzen Zeit uns mit den Arbeitern, die aus Amerika und Australien hierhergekommen sind, trotz des Unterschiedes in der Kultur, der Geschichte und der Traditionen, in einer ganzen Reihe von wichtigen Fragen verständigt haben und fühlten, wie unser Bruderbund mit jeder Stunde fester wurde, ist es nicht bezeichnend, daß in derselben Zeit unter den bourgeoisen Regierungskreisen eine Gruppe der anderen in die Speichen zu fahren sucht? Die englische Bourgeoisie stürmt gegen uns an und versucht, den französischen Nebenbuhler zu überlisten. Sie verfolgen einander gegenseitig und sind nicht imstande, etwas Ganzes zu schaffen.

Die II. Internationale machte im Jahre 1919 den Versuch, wieder aufzuleben, indem sie ihr Schicksal mit der „Völkerliga" verband nach dem bekannten Grundsatzze: Es gibt kein Tier, das stärker wäre, als die Katze. Durch diese Anlehnung an die Völkerliga, glaubte sie für einige Jahrzehnte die Weltherrschaft zu erlangen. Ein Jahr und einige Monate sind vergangen, und schon sehen wir, wie die Völkerliga vor unseren Augen zerfällt, wie sie sich in eine Fiktion verwandelt, wo alles einander gegenseitig verdrängt und betrügt. Die II. Internationale hat ihr Schicksal mit der Völkerliga verbunden, mit der sie zusammen untergeht, deren Krach sie miterlebt. Gleichzeitig aber wächst die richtige internationale Verbrüderung der Arbeiter mit der werktätigen Bauernschaft. Ich bin davon tief überzeugt, daß der II. Weltkongreß der Vorläufer eines anderen

Weltkongresses ist — des Weltkongresses der Sowjetrepubliken. *(Beifall.)*

Genossen, bezeichnend ist die Tatsache, daß die einzige Resolution, die ohne die geringsten Debatten von allen Vertretern einstimmig angenommen worden ist, die Resolution über die Sowjets war. Weil die Sowjetidee, die Idee der Schaffung eines Sowjetstaates, dieser Form der Proletarierdiktatur, eben in die breiten Arbeitermassen bis in die untersten Schichten eingedrungen ist und Millionen und Zehnmillionen von Arbeitern erobert hat, brauchte darüber auf dem Weltkongreß nicht nur nicht gestritten, sondern nicht einmal diskutiert zu werden. Diese Idee gilt vielmehr als unsere grundlegende Eroberung. Genossen, die Sowjetidee ist ein einfacher Gedanke, doch er bildet das feste eiserne Fundament, auf dem unsere Kommunistische Internationale steht.

Unsere Arbeit geht ihrem Ende zu. Wir haben mit den Vertretern der verschiedensten Länder unsere Erfahrungen ausgetauscht, wir haben eine Reihe strittiger Fragen erwogen, wir haben den Weg, den wir im Laufe langer Monate kämpfend zurücklegen werden, vorgemerkt. Wir wissen nicht, welche Schicksalschläge dieser oder jener unserer Bruderparteien bevorstehen, eins aber wissen wir und zwar, daß wir eine Organisation aufbauen werden, die im gegebenen Moment den Arbeitern der ganzen Welt die größtmöglichste Hilfe leisten wird. Wir haben die Statuten der Kommunistischen Internationale angenommen. Das ist keine bloße Formalität. Es ist die Bestätigung der Tatsache, daß wir eine einheitliche internationale kommunistische Partei schaffen, die in den verschiedenen Ländern ihre Filialen besitzt. *(Beifall.)* In diesen Statuten erwähnen wir die Worte, die sich in den Statuten der von Karl Marx gegründeten I. Internationale finden, und zwar die Worte: „Wenn die Arbeiterklasse jetzt gefesselt und nicht frei ist, so rührt das davon her, daß in der Arbeiterklasse bisher keine Einigkeit geherrscht hat, daß die Arbeiter verschiedener Länder nicht solidarisch vorgehen." Das ist eine einfache Wahrheit, ein einfacher Gedanke, und doch bedurfte

es mehrerer Jahrzehnte, bis die Arbeiterklasse der ganzen Welt sich diesen Gedanken zu eigen machte. Und wir haben in den Statuten der Kommunistischen Internationale hinzugefügt: „Die ersten Worte, die die Kommunistische Internationale an die Arbeiter der ganzen Welt richtet, sind die Worte — „Gedenke des imperialistischen Krieges und seiner zahllosen Opfer!" Wenn Du den Kapitalismus unterstützest, kannst Du wieder neue Kriege erleben! Unsere internationale Verbrüderung wurde nach schweren Erfahrungen geboren; wenn Du verantwortungsvolle Beschlüsse fassen willst, denke an das imperialistische Morden, das die Arbeiterorganisationen zerstört und vielen Zehnmillionen von Arbeitern das Leben gekostet hat, und das in jeder Minute von neuem aufflammen kann, wenn wir den Kapitalismus nicht vernichten."

Die Annahme des Statuts bedeutet, daß wir unsere Reihen endgültig geschlossen haben, daß wir eine internationale Genossenschaft von Arbeitern haben, daß wir eine mit Blut zusammengeschweißte, in internationalem Maßstabe zentralisierte Organisation besitzen. Und wir werden das unsern Genossen sagen, damit sie verstehen, wie wir in Rußland im Bürgerkriege eine aus einem Stück gegossene eiserne zentralisierte Organisation schaffen mußten, mit militärischer Disziplin, die den einzelnen Parteimitgliedern häufig schwer fällt und die größte Anstrengung und Aufopferung fordert.

In gleicher Weise müssen wir in internationalem Maßstabe eine internationale Organisation schaffen, die aus einem Stück gegossen ist, mit gleicher eiserner Disziplin und gleicher Zentralisation, mit bedingungslosem Vertrauen zueinander und mit einer gleichen uneigennützigen Bereitwilligkeit, sich für das allgemeine Werk des Sieges der proletarischen Revolution aufzuopfern. *(Beifall.)*

Die Genossen fahren von hier aus in eine Reihe von Länder, wo der Belagerungszustand, Gefängnis, Züchtigungen und Verrat seitens der westeuropäischen Sozialdemokratie und der kapitalistischen Mietlinge ihrer harren. Wir wünschen unsern Genossen Mut zu diesem Kampfe, und wir bitten sie, in schweren Augenblicken daran zu denken, daß die Sowjet-

republik bereit ist, alles, was sie besitzt, mit ihnen zu teilen. Die Kommunistische Partei Rußlands hält es für eine Ehrenpflicht, allen Bruderparteien mit allem, was sie hat, zu Hilfe zu kommen. Wir wünschen unsern Brüdern, die sich jetzt aufmachen, um die höchste historische Mission und die höchsten Aufgaben auszuführen, die nur je vor dem Proletariat gestanden haben, Mut, Kraft und Sicherheit.

Es lebe die Kommunistische Internationale! Es leben unsere Genossen, die sich in die bourgeoisen Länder aufmachen, um Propaganda für den Weltkommunismus zu treiben! *(Stürmischer Beifall, Hurrarufe.)*

(Genosse Kalinin erklärt die Sitzung für geschlossen.)

Anhang

Manifest des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale.

1. Die internationalen Beziehungen nach Versailles.

Die Bourgeoisie der ganzen Welt gedenkt betrübt der vergangenen Tage. Alle Grundlagen der außer- und innerpolitischen Beziehungen sind umgestoßen oder erschüttert. Das „Morgen" schwebt als schwarze Drohung über der Welt der Ausbeuter. Der imperialistische Krieg zerstörte endgültig das alte System der Bündnisse und gegenseitigen Sicherungen, das dem internationalen Gleichgewicht und dem bewaffneten Frieden zu Grunde lag. Der Versailler Frieden schuf kein neues Gleichgewicht als Ersatz.

Zuerst mußten Rußland, dann Oesterreich-Ungarn und Deutschland als handelnde Personen von dem Welttheater abtreten. Die mächtigen Länder, die den ersten Platz im System der Weltverteiler einnahmen, erscheinen nun selbst als Beute der Diebe und Räuber. Dem siegreichen Imperialismus der Entente eröffnete sich ein neues unübersehbares Feld der kolonialen Ausbeutung, das unmittelbar hinter dem Rhein beginnt, ganz Zentral- und Osteuropa umfaßt und sich weiter bis zum Stillen Ozean ausdehnt. Kann wohl der Kongo oder Syrien, Aegypten oder Mexiko irgend einen Vergleich mit den Steppen, Wäldern und Bergen Rußlands und der qualifizierten Arbeitskraft Deutschlands aushalten? Das neue Kolonialprogramm der Sieger bestimmt sich von selbst: die Arbeiterrepublik in Rußland umzustoßen, die russischen Rohstoffe zu rauben, zu ihrer Verarbeitung mit Hilfe der deutschen Kohle den deutschen Arbeiter zu zwingen, den bewaffneten deutschen Unternehmer in der Rolle

des Aufsehers anzustellen, — um über die fertigen Produkte zu verfügen und damit den Profit einzustreichen. Das Programm, „Europa" zu organisieren, das durch den deutschen Imperialismus im Augenblick seiner größten militärischen Erfolge aufgeworfen wurde, ging auf die Nachfolger über — auf die siegreiche Entente. Wenn die regierenden Männer der Entente die besiegten Banditen des Deutschen Reichs auf die Anklagebank setzen, so stehen diese in Wahrheit vor einem Gericht aus gleichen Verbrechern.

Aber auch im Lager der Sieger selbst gibt es Besiegte. Berauscht von ihrem Chauvinismus und ihren Siegen, die sie für andere erfocht, fühlte sich die Bourgeoisie Frankreichs als die Besiegerin Europas. Eigentlich befand sich Frankreich seit Beginn seiner Existenz niemals in einer solchen sklavischen Abhängigkeit von stärkeren Staaten (England und Nordamerika) wie jetzt. Frankreich schreibt Belgien ein bestimmtes ökonomisches und militärisches Programm vor, verwandelt den schwächeren Verbündeten in eine unterjochte Provinz; aber gegenüber England spielt Frankreich selbst die Rolle Belgiens nur in etwas größerem Maßstabe.

Die englischen Imperialisten gestatten von Zeit zu Zeit den französischen Wucherern, in den ihnen angewiesenen Grenzen des Kontinents selbst zu schalten und zu walten. Sie lenken auf diesem Wege die schärfste Empörung der Werktätigen Europas und selbst Englands von sich auf Frankreich ab. Die Macht des ausgebluteten und zerwühlten Frankreich hat einen trügerischen, beinahe lächerlichen Charakter, der auch dem Gehirn der französischen Sozialpatrioten von Tag zu Tag klarer wird.

Noch mehr fiel die Weltgeltung Italiens. Ohne Kohle, ohne Brot, ohne Rohstoffe, durch den Krieg vollkommen aus dem inneren Gleichgewicht geschleudert, ist die Bourgeoisie Italiens, abgesehen von allem persönlichen bösen Willen, unfähig, ihre Rechte auf Diebstahl und Vergewaltigung auch nur in den ihr von Englang angewiesenen kolonialen Winkeln voll zu verwirklichen.

Japan, durch feudal verhüllte kapitalistische Gegensätze zerrissen, steht vor der tiefsten revolutionären Krisis, die schon jetzt,

ungeachtet der günstigsten internationalen Umstände, seinen imperialistischen Anlauf aufhält.

Es verbleiben also nur zwei wirkliche Weltstaaten: das sind Großbritannien und die Vereinigten Staaten.

Der englische Imperialismus befreite sich von der asiatischen Nebenbuhlerschaft des Zarismus und von der drohenden Konkurrenz Deutschlands. Die Seemacht Großbritanniens erreichte den Höhepunkt. Sie umschlingt die Kontinente mit der Kette der ihr unterworfenen Völker. Indem Großbritannien seine Hand auf Finnland, Estland und Litauen legt, nimmt es Schweden und Norwegen den letzten Rest von Unabhängigkeit und verwandelt das Baltische Meer in ein großbritannisches Gewässer. Nichts widersteht ihm in der Nordsee. Durch Kapland, Aegypten, Indien, Persien, Afghanistan verwandelt es den Indischen Ozean in ein großbritannisches Meer. Indem England über die Ozeane herrscht, kontrolliert es das Festland. — Seine weltgebietende Rolle wird begrenzt durch die amerikanische Dollarrepublik und die russische Räterepublik.

Der Weltkrieg warf die Vereinigten Staaten endgültig aus dem kontinentalen Konservatismus. Das Programm des die Flügel entfaltenden nationalen Kapitalismus: „Amerika den Amerikanern" (Monroedoktrin), wurde abgelöst durch das Programm des Imperialismus: „Die ganze Welt den Amerikanern". Von der Handels-, Industrie- und Börsenausbeutung des Krieges, von der neutralen Profitmacherei auf Kosten des europäischen Blutes ging Amerika zur Einmischung in den Krieg über, spielte eine entscheidende Rolle bei der Zertrümmerung Deutschland und steckte seine Hände in alle Fragen der europäischen und Weltpolitik.

Unter der Flagge der „Völkerliga" machten die Vereinigten Staaten den Versuch, ihre Erfahrung mit der föderativen Vereinigung großer Bevölkerungsmassen verschiedenen Stammes auf die andere Seite des Ozeans auszudehnen, an ihren goldenen Triumphwagen auch die Völker Europas und anderer Erdteile zu spannen und sie der Regierung von Washington zu unterwerfen. Die Völkerliga sollte eigentlich eine Weltmonopolfirma „Yankee und Co." werden.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, der große Prophet der Gemeinplätze, stieg mit seinen 14 Punkten in den Händen vom Berge Sinai, um Europa zu erobern. Die Börsenwölfe, Minister, Geschäftemacher der Bourgeoisie täuschten sich nicht eine Minute lang über den Sinn der neuen Offenbarung. Dagegen gerieten die europäischen „Sozialisten" mit kautskyanischem Zittern in einen Zustand religiöser Verzückung und umtanzten wie König David die heilige Bundeslade Wilsons.

Beim Uebergang zu praktischen Fragen wurde dem amerikanischen Apostel klar, daß ungeachtet des vorzüglichen Dollarkurses der erste Platz auf allen die Völker vereinigenden und trennenden Seewegen wie früher Großbritannien gehört; denn es hat eine stärkere Flotte, längere Kabel und die alte Erfahrung der Weltausplünderung. Außerdem stieß Wilson auf seinem Wege auf die Sowjetrepublik und den Kommunismus. Der beleidigte amerikanische Messias sagte sich von der Völkerliga los, die England in eine seiner diplomatischen Kanzleien verwandelte, und drehte Europa den Rücken.

Es wäre jedoch kindisch, anzunehmen, daß sich der von England beim ersten Angriff abgeschlagene amerikanische Imperialismus wieder in das Gehäuse der Monroedoktrin einkapseln wird. Nein, die Vereinigten Staaten, die immer gewaltsamer fortfahren, den amerikanischen Kontinent zu unterwerfen, die die Länder Zentral- und Südamerikas in ihre Kolonien verwandeln, beabsichtigen, durch ihre beiden herrschenden Parteien, die Demokraten und Republikaner, als Gegengewicht zur englischen Völkerliga ihre eigene Liga, d. h. eine Liga mit Nordamerika als Zentrum des Weltsystems zu schaffen. Um die Sache richtig anzugreifen, beabsichtigen sie ihre Kriegsflotte im Laufe der nächsten 3—5 Jahre mächtiger als die englische auszubauen. Damit ist das imperialistische England vor die Frage gestellt: Sein oder Nichtsein? Parallel mit der wahnsinnigen Konkurrenz dieser beiden Giganten auf dem Gebiete des Schiffbaues geht der nicht weniger tolle Kampf um das Petroleummonopol.

Frankreich, das gerechnet hatte, die Rolle eines Schiedsrichters zwischen England und den Vereinigten Staaten zu

spielen, sieht sich als Trabant zweiten Ranges in die großbritannische Planetenbahn hineingezogen. Es erblickt in der Völkerliga einen unerträglichen Zaum und sucht einen Ausweg in der Entfachung des Gegensatzes zwischen England und Nordamerika.

So arbeiten gewaltige Kräfte an der Vorbereitung eines neuen Weltzweikampfes.

Das im Kriege aufgeworfene Programm der Befreiung der kleinen Völker führte zur vollkommenen Zertrümmerung und Versklavung der siegreichen wie besiegten Balkanvölker und zur Balkanisierung eines bedeutenden Teiles Europas. Die imperialistischen Interessen drängten die Sieger zur Schaffung einzelner kleiner Nationalstaaten aus dem Bestande der von ihnen zertrümmerten Großmächte. Hier ist nicht im entferntesten von dem sogenannten nationalen Prinzip die Rede: Der Imperialismus besteht in der Ueberwindung des nationalen Rahmens, sogar der Großmächte. Die neuen bürgerlichen Kleinstaaten sind nur Nebenprodukte des Imperialismus. Der Imperialismus schuf sich als zeitweilige Stütze eine Kette kleinerer Nationalstaaten, die offen unterdrückt oder offiziell protegiert werden, in Wirklichkeit aber Vasallen sind: Oesterreich, Ungarn, Polen, Südslavien, Böhmen, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Armenien, Grusien und andere. Er herrscht über sie mit Hilfe der Banken, Eisenbahnen, der Kohlenmonopole und verdammt sie zu unerträglichen wirtschaftlichen und nationalen Schwierigkeiten, endlosen Konflikten und blutigen Zusammenstößen.

Welche ungeheuerliche Ironie der Geschichte ist die Tatsache, daß die Wiederaufrichtung Polens, die zu dem Programm der revolutionären Demokratie und zum ersten Auftreten des internationalen Proletariats gehört, vom Imperialismus verwirklicht wurde, um der Revolution entgegen zu wirken, daß das „demokratische Polen", dessen Vorkämpfer auf den Barrikaden ganz Europas starben, jetzt die Rolle des schmutzigsten und blutigsten Werkzeuges in den räuberischen Händen der englisch-französischen Bande gegen die erste proletarische Republik der Welt spielt.

Neben Polen liefert die „demokratische" Tschechoslowakei, die sich dem französischen Kapital verkauft hat, weißgardistische Abteilungen gegen Sowjetrußland und Sowjetungarn.

Der heldenhafte Versuch des ungarischen Proletariats, sich aus dem staatlichen und wirtschaftlichen Chaos Mitteleuropas den Weg zur Sowjetföderation zu bahnen, — den einzigen Weg der Rettung — wurde von der vereinigten kapitalistischen Reaktion zu einem Zeitpunkte erstickt, als das von seinen Parteien betrogene Proletariat der stärksten Staaten Europas sich noch unfähig erwies, seine Pflicht gegen das sozialistische Ungarn und gegen sich selbst zu erfüllen.

Die Sowjetregierung Budapests wurde unter Mitwirkung der Sozialverräter gestürzt, die nach 3½-tägigem Besitz der Macht von dem zügellosen konterrevolutionären Gesindel beiseite geworfen wurden, dessen blutige Verbrechen die Koltschaks, Denikins, Wrangels und anderer Agenten der Entente noch übertreffen. Aber sogar das vorübergehend unterdrückte Sowjetungarn winkt den Werktätigen Mitteleuropas wie ein Leuchtturm.

Das türkische Volk will sich nicht jenem niederträchtigen Frieden fügen, den die Londoner Tyrannei ausgearbeitet hat. Zur Verwirklichung seiner Bedingungen hat England Griechenland bewaffnet und auf die Türkei gehetzt. Dadurch werden die Balkanhalbinsel und Vorderasien, die Türkei sowohl als Griechenland, der endgültigen Verwüstung und gegenseitigen Vernichtung überliefert.

Im Kampfe der Entente mit der Türkei spielte Armenien dieselbe Programmrolle wie Belgien im Kampfe mit Deutschland, wie Serbien im Kampfe mit Oesterreich-Ungarn. Nachdem Armenien geschaffen war — ohne Grenze und ohne Existenzmöglichkeit — verzichtete Wilson auf das armenische Mandat, das die „Völkerliga" ihm anbot: der Boden Armeniens birgt weder Petroleum noch Platin. Das „befreite" Armenien ist jetzt weniger beschützt als je zuvor.

Fast jeder der neugeschaffenen nationalen Staaten hat seine Irredenta, d. h. sein inneres nationales Geschwür.

Gleichzeitig erreichte der nationale Kampf in den Besitzungen

der Siegerländer seine höchste Spannung. Die englische Bourgeoisie, die die Völker von vier Weltteilen bevormunden will, erweist sich unfähig, die irländische Frage vor ihrer Nase zu lösen.

Noch drohender steht die nationale Frage in den Kolonien; Aegypten, Indien, Persien werden von Aufständen erschüttert. Von den führenden Proletariern Europas und Amerikas eignen sich die Werktätigen der Kolonien die Losung der Sowjetföderation an.

Das offizielle, staatliche, nationale, zivilisierte bürgerliche Europa gleicht in dem Zustande, in dem es aus dem Kriege und dem Versailler Frieden hervorging, einem Irrenhause. Die künstlich zersplitterten kleinen Staaten, die wirtschaftlich in ihren Grenzen ersticken, zerfleischen sich und führen Krieg um Häfen, Provinzen, nichtige Städtchen. Sie suchen die Protektion der größeren Staaten, deren Gegensätze immer wieder von Tag zu Tag wachsen. Italien steht Frankreich feindlich gegenüber und ist geneigt, Deutschland gegen Frankreich zu unterstützen, falls Deutschland fähig wäre, das Haupt zu erheben. Frankreich ist vergiftet durch den Neid auf England und, um seine Renten zu erhalten, ist es bereit, Europa von neuem an allen vier Ecken anzuzünden. England hält mit Hilfe Frankreichs Europa im Zustand der chaotischen Kraftlosigkeit und erlangt dadurch Handlungsfreiheit für Weltoperationen, die gegen Amerika gerichtet sind. Die Vereinigten Staaten gestatten Japan, sich in Ostsibirien festzubeißen, um sich zu gleicher Zeit bis zum Jahre 1925 das Uebergewicht über die großbritannische Flotte zu sichern, falls England sich nicht vorher entschließt, mit ihnen seine Kräfte zu messen.

Gemäß diesem Bild der Weltverhältnisse sagt das Militärorakel der französischen Bourgeoisie, General Foch voraus, daß der zukünftige Krieg mit den technischen Mitteln beginnt, mit denen der vergangene aufgehört hat, d. h. mit Flugzeugen und Tanks, mit Maschinengewehren und Mitrailleusen an Stelle von Handwaffen, mit Granaten an Stelle von Bajonetten.

Arbeiter und Bauern Europas, Amerikas, Asiens, Afrikas

und Australiens, Ihr habt 10 Millionen Tote, 20 Millionen Verwundete und Krüppel geopfert! Jetzt wißt Ihr wenigstens, was Ihr um diesen Preis erlangt habt!

2. Die wirtschaftliche Lage.

Inzwischen geht die Verheerung der Menschheit ihren Gang.

Der Krieg zerstörte diejenigen weltwirtschaftlichen Beziehungen, deren Entwicklung eine der wichtigsten Errungenschaften des Kapitalismus war. Vom Jahre 1914 an waren England, Frankreich und Italien von Zentraleuropa und dem Nahen Osten, vom Jahre 1917 an von Rußland abgeschnitten.

Im Laufe einiger Kriegsjahre wurde alles das vernichtet, was in einer Reihe von Generationen geschaffen worden war, wurde die menschliche Arbeit auf ein Minimum herabgedrückt und auf den Gebieten, wo es notwendig gewesen wäre, den vorhandenen Vorräten an Rohmaterial die Form von Konsumtionsgegenständen zu geben, wurden diese hauptsächlich in Waffen und Zerstörungsmaterial verwandelt.

Auf den Hauptwirtschaftsgebieten, wo der Mensch in unmittelbaren Kampf mit der Kargheit und der Zähigkeit der Natur tritt, wo er dem Erdinnern Brennstoffe und Rohmaterialien abzwingt, hat die Arbeit mehr und mehr aufgehört. Die Siege der Entente und der Versailler Frieden haben den wirtschaftlichen Zerfall und die wirtschaftliche Zerstörung nicht aufgehalten, sondern nur das Aeußere ihrer Wege und Formen geändert. Die Blockade Sowjetrußlands und die künstliche Entfachung des Bürgerkrieges in seinen fruchtbaren Randgebieten fügte und fügt auch jetzt noch dem Wohlstand der ganzen Menschheit ungeheuren Schaden zu. Bei geringster technischer Unterstützung könnte Rußland dank der Räteform der Wirtschaft Europa zweimal oder dreimal mehr Nahrungsmittel und Rohmaterialien geben, als das zaristische Rußland geliefert hat. Anstatt dessen zwingt der englisch-französische Imperialismus die Arbeiterrepublik, alle ihre Kräfte für ihre Verteidigung zu verwenden. Um die russischen Arbeiter des

Brennstoffes zu berauben, hielt England Baku in seinen Krallen, obgleich es für den eigenen Bedarf nur einen verschwindend kleinen Teil der Beute ausführen konnte. Das reiche Steinkohlengebiet des Don wurde zeitweilig von den weißgardistischen Banden der Entente zerstört. Die französischen Instrukteure und Sappeure haben in der Zerstörung der russischen Brücken und Eisenbahnen nicht wenig geleistet. Japan bestiehlt und verwüstet gegenwärtig Ostsibirien.

Die deutsche Technik und die hohe Produktivität der deutschen Arbeit, diese wichtigen Faktoren zur Erneuerung der Weltwirtschaft, werden nach dem Versailler Frieden noch mehr als während der Kriegszeit in ihren Wirkungen aufgehoben. Die Entente steht vor unlösbaren Widersprüchen. Um die Zahlung zu erzwingen, muß man eine Arbeitsmöglichkeit schaffen, die wiederum die Existenzmöglichkeit voraussetzt. Dem zertrümmerten, zerstückelten, erschöpften Deutschland die Existenzmöglichkeit schaffen, heißt aber, ihm die Möglichkeit des Widerstandes geben. Die Angst vor der deutschen Revanche diktiert Foch's Politik: das ununterbrochene Anziehen des militärischen Schraubstockes, um die Wiedergeburt Deutschlands zu hindern. Alle haben Mangel, alle haben Bedarf. Nicht nur die deutsche, sondern auch die französische und englische Handelsbilanz zeigen stark passiven Charakter. Die französische Staatsschuld ist auf 300 Milliarden Franken gestiegen, wobei nach der Bestätigung des reaktionären französischen Senators Gaudin de Villaine ein Drittel dieser Summe auf Ausraubung, Diebstahl und Verwüstung zurückzuführen sind.

Die in Frankreich zur Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Gebiete vollführten Arbeiten sind Tropfen im Meere der Verheerung. Der Mangel an Heizmaterial, Rohmaterialien und Arbeitskräften bildet unüberwindbare Hindernisse.

Frankreich benötigt Geld, es braucht Kohle. Auf die unzählbaren Gräber des Militärfriedhofs hinweisend, verlangt der französische Bourgeois seine Prozente. Deutschland soll zahlen.

General Foch hat doch noch Schwarze zur Besetzung deutscher Städte! Rußland soll zahlen! Um dem russischen Volk diesen Gedanken einzuimpfen, verschwendet die französische Regierung zur Verwüstung Rußlands Milliarden, die zur Wiedergeburt Frankreichs gesammelt wurden.

Die internationale Finanzverständigung, die die Steuerlast Frankreichs auf dem Wege einer mehr oder weniger vollen Annullierung der Kriegsschulden erleichtern sollte, fand nicht statt: die Vereinigten Staaten zeigten nicht die geringste Neigung, Europa 10 Milliarden Pfund Sterling zu schenken.

Die Ausgabe von Papiergeld geht in immer wachsendem Ausmaß fort. In der Zeit, wo sich in Sowjetrußland das Anwachsen des Papiergeldes und seine Entwertung bei der gleichzeitigen Entwicklung der vergesellschafteten, planmäßigen Verteilung der Produkte und der sich fortwährend vergrößernden Naturalisation des Arbeitslohnes nur als das Resultat des Absterbens der Waren-Geld-Wirtschaft erklärt, zeugt das Anwachsen der Masse des gedruckten Papiergeldes in den kapitalistischen Staaten von der Vertiefung des wirtschaftlichen Chaos und dem unvermeidlichen Zusammenbruch.

Die Konferenz der Entente reist von einem Ort zum anderen, sucht in allen europäischen Kurorten Inspiration. Alle strecken ihre Hände aus und fordern Zinsen je nach der Zahl der im Kriege Getöteten. Diese pilgernde Börse von Leichnamen, die alle vierzehn Tage aufs neue die Frage entscheidet, ob Frankreich 50 oder 55 Prozent von jener Kontribution, die Deutschland nicht zahlen kann, erhalten soll, bildet die Krone der verheißenen Neuorganisation Europas.

Der Kapitalismus wurde im Verlauf des Krieges von Grund auf umgebildet. Die planmäßige Auspressung des Mehrwertes *im Produktionsprozeß* — die Grundlage der Profitwirtschaft — scheint eine zu wenig lockende Beschäftigung für die Herren Bourgeois zu sein, die sich daran gewöhnt haben, im Verlauf von ein paar Tagen ihr Kapital durch Spekulation, internationale Räuberei zu verdoppeln und zu verzehnfachen.

Der Bourgeois hat einige Vorurteile, die ihm hinderlich

waren, abgestreift, und einige Fertigkeiten erworben, die er nicht hatte. Der Krieg lehrte ihn die Hungerblockade gegen ganze Länder, das Luftbombardement und die Niederbrennung von Städten und Dörfern, die zweckmäßige Verbreitung von Cholerabazillen, die Versendung von Dynamit in Diplomatenkoffern, die Fälschung von Kreditscheinen der Gegner, die Bestechung, Spionage und Schmuggelei in einem früher nie dagewesenen Maßstabe. Die Methoden der Kriegführung blieben auch nach Friedensschluß für den Handel bestehen. Die Großhandelsoperationen fließen gegenwärtig mit der Tätigkeit des Staates zusammen, der als Welträuberbande auftritt, die mit allen Gewaltmitteln ausgerüstet ist.

Je enger die Weltbasis der Produktion wird, desto brutaler und verschwenderischer werden die Methoden der Aneignung. Raub! Das ist das letzte Wort der Politik des Kapitals, die den Freihandel und den Schutzzoll ablöste. Der Ueberfall der rumänischen Raubmörder auf Ungarn, von wo sie Lokomotiven und Edelsteine wegführten, ist das Symbol der wirtschaftlichen Philosophie Lloyd Georges und Millerands. In ihrer inneren ökonomischen Politik taumelt die Bourgeoisie verzweifelt zwischen dem Programm weiterer Nationalisierungen, Regulierungen und Kontrollen einerseits und den Protesten gegen die während der Krieszeit entstandene staatliche Einmischung anderseits hin und her. Das französische Parlament beschäftigt sich mit der Quadratur des Zirkels: die Bildung des „Einheitlichen Kommandos" auf den Eisenbahnlinien der Republik ohne Verletzung der privatkapitalistischen Interessen der Eisenbahngesellschaften. Zur selben Zeit führt die kapitalistische Presse Frankreichs einen boshaften Kampf gegen den alles verschlingenden Staat (Etatismus), der den privaten Tatendrang einengt. Die durch den Staat während des Krieges zerrütteten Eisenbahnen in Amerika verfielen nach Aufhebung der staatlichen Kontrolle in einen noch trostloseren Zustand. Trotzdem verspricht im gleichen Moment die republikanische Partei in ihrem Wahlprogramm, das wirtschaftliche Leben von der willkürlichen Einmischung des Staates zu befreien. Der Führer der amerikanischen Trade-Unionisten, Samuel Gompers, der alte

Kettenhund des Kapitals, führt den Kampf gegen die Nationalisierung der Eisenbahnen, den in Amerika, in Frankreich und in anderen Ländern die Einfaltspinsel und Charlatane des Reformismus als Allerweltsheilmittel fordern. In der Tat wirken die vereinzelten gewaltsamen Eingriffe des Staates in die Wirtschaft nur mit der Spekulation zusammen und bringen ein noch größeres Chaos in die kapitalistische Wirtschaft der Zerfallsepoche. Die Uebergabe der wichtigsten Zweige der Produktion und des Transportes aus den Händen einzelner Trusts in die Hände der „Nation", d. h. des bürgerlichen Staates, des mächtigsten kapitalistischen Raubtrusts, heißt das Uebel nicht beseitigen, sondern dasselbe nur verallgemeinern. Der Preissturz und die Verbesserung der Valuta sind nur oberflächliche und vorübergehende Erscheinungen auf der Grundlage der dauernden Zerstörung. Die Preisschwankungen heben die grundlegenden Tatsachen nicht auf: Mangel an Rohstoffen und die Verminderung der Produktivität der Arbeit. Die die furchtbare Anspannung des Krieges überlebenden Arbeitermassen sind unfähig, in dem früheren Tempo und unter den früheren Bedingungen zu arbeiten. Die in wenigen Stunden vollbrachte Vernichtung so vieler Werte, deren Schaffung Jahre gekostet hat, der freche Tanz der Milliarden in den Händen der Finanzclique, die auf den Knochen der Ruinen immer höher steigt — dieser Anschauungsunterricht der Geschichte ist wenig geeignet, in der Arbeiterklasse die automatische Disziplin der Lohnarbeit aufrecht zu erhalten. Die bürgerlichen Wirtschaftstheoretiker und Publizisten sprechen von einer „Faulheitswelle", die sich über Europa stürzt und die wirtschaftliche Zukunft unterwühlt. Die Betriebsleiter suchen abzuhelfen, indem sie den qualifizierten Arbeitern einige Privilegien gewähren. Umsonst! Zur Wiedergeburt und weiteren Hebung der Produktivität der Arbeit muß die Arbeiterklasse die Gewißheit haben, daß jeder Hammerschlag ihr eigenes Wohlergehen und ihr eigenes Bildungsniveau erhöht und sie nicht mehr der Gefahr der erneuten gegenseitigen Vernichtung aussetzt. Diese Gewißheit kann ihr nur die soziale Revolution geben.

Das Steigen der Preise für Lebensmittel ist ein mächtiger Faktor der revolutionären Entwicklung in allen Ländern. Die Bourgeoisie Frankreichs, Italiens, Deutschlands und anderer Länder versucht, durch kleine Almosen die Not der Teuerung zu lindern und das Wachsen der Streiks abzuwehren. Um den Agrariern einen Teil der Produktionskosten der Arbeitskraft zu bezahlen, unternimmt der verschuldete Staat zweifelhafte Spekulationen; er bestiehlt sich selbst, um den Zeitpunkt der Auflösung hinauszuschieben. Selbst wenn gewisse Teile der Arbeiterklasse gegenwärtig besser leben, als sie vor dem Kriege lebten, so steht das in keinem Zusammenhang mit dem wirklichen ökonomischen Zustand der kapitalistischen Länder. Dieses vorübergehende Resultat wird erreicht auf dem Wege gewissenloser Anleihen bei der Zukunft, die mit allen ihren katastrophalen Mängeln und Nöten heranschleicht.

Aber die Vereinigten Staaten? „Amerika ist die Hoffnung des Menschengeschlechts", — so wiederholt der französische Bourgeois durch den Mund Millerands die Phrase Turgots in der Hoffnung auf den Erlaß der Schulden, die er selbst aber niemandem erläßt. Aber die Vereinigten Staaten sind unfähig, Europa aus der wirtschaftlichen Sackgasse herauszuführen. Im Laufe der letzten sechs Jahre haben auch sie ihre Rohstoffvorräte erschöpft.

Die Anpassung des amerikanischen Kapitalismus an die Ansprüche des Weltkrieges verengerte seine industrielle Grundlage. Die Auswanderung aus Europa kam zum Stillstand. Der Rückstrom zog aus der amerikanischen Industrie viele Hunderttausend Deutsche, Italiener, Polen, Serben, Tschechen, die teils mobilisiert, teils durch das Trugbild eines wieder zugänglichen Vaterlandes angezogen wurden. Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften lastet auf der überseeischen Republik und erzeugt eine tiefe ökonomische Krise, auf dessen Grundlage das amerikanische Proletariat in eine neue revolutionäre Phase eintritt. Amerika wird rasch „europäisiert".

Von den Nachwirkungen des letzten Krieges und der Blockade wurden auch die neutralen Länder nicht verschont:

ähnlich der Flüssigkeit in verbundenen Röhren wird die Wirtschaft der untereinander verbundenen kapitalistischen Staaten, der großen und kleinen, der kämpfenden und neutralen, der siegreichen und besiegten, auf ein und dasselbe Niveau — der Not, des Hungers und des Aussterbens — herabgedrückt.

Die Schweiz lebt von der Hand in den Mund, und jedes unvorhergesehene Ereignis droht sie aus dem Gleichgewicht zu werfen. In Skandinavien löst der übermäßige Zustrom von Gold nicht die Probleme der Verpflegung: Kohle muß stückweise von England mit dem Hut in der Hand erbettelt werden. Ungeachtet des Hungers in Europa erlebt die norwegische Fischerei eine nie zuvor gesehene Krise.

Spanien, aus dem Frankreich Leute, Pferde und Nahrungsmittel herausgezogen hat, kommt aus seinem schwierigen Verpflegungszustand, der stürmische Streiks und Straßenunruhen der hungernden Massen zur Folge hat, nicht heraus.

Die Bourgeoisie rechnet fest auf das platte Land. Ihre Wirtschaftstheoretiker stellen fest, daß der Wohlstand der Bauernschaft außerordentlich gestiegen ist. Das ist eine Illusion. Gewiß — die Bauern, die ihre Produkte auf den Markt brachten, hatten in allen Ländern in den Kriegszeiten mehr oder weniger gute Tage. Sie verkauften ihre Produkte zu hohen Preisen und bezahlten mit billigem Geld ihre Schulden, die sie in Zeiten gemacht hatten, in denen das Geld teuer gewesen war. Darin besteht ihr Gewinn. Aber ihre Wirtschaft ist im Krieg zurückgegangen und verödet. Es fehlt ihnen an gewerblichen Produkten, und deren Preise steigen im gleichen Verhältnis, wie das Geld billiger wird. Die Forderungen des Staatsfiskus werden immer ungeheuerlicher und drohen den Bauern samt seinen Produkten und seinem Land zu verschlingen. So geriet die Kleinbauernschaft nach einer Periode der Hebung des Wohlstandes in um so unerträglichere Schwierigkeiten. Ihre Unzufriedenheit mit den Ergebnissen des Krieges wird immer mehr wachsen, und als stehendes Heer bereitet sie der Bourgeoisie nicht wenig unangenehme Ueberraschungen. Die wirtschaft-

liche Wiederherstellung Europas, von der seine Minister reden, ist eine Lüge. Europa geht zu Grunde und mit ihm die ganze kapitalistische Welt.

Auf dem Boden des Kapitalismus gibt es keine Rettung. Die Politik des Imperialismus führt nicht zur Aufhebung der Not, sondern zu ihrer Verschärfung durch Ausplünderung der vorhandenen Vorräte.

Die Frage der Heiz- und Rohstoffversorgung ist eine internationale Frage, die nur auf der Grundlage der planmäßigen allgemeinen sozialistischen Produktion gelöst werden kann.

Man muß die Staatsschulden annullieren, man muß die Arbeit und ihre Früchte von dem ungeheuerlichen Tribut an die Weltplutokratie befreien, muß die Plutokratie stürzen. Man muß die Grenzschranken der Staaten beseitigen, die die Weltwirtschaft zerstückeln. Der Oberste Wirtschaftsrat der Imperialisten der Entente muß dem Obersten Wirtschaftsrat des Weltproletariats zwecks zentralisierter Ausnutzung aller wirtschaftlichen Quellen der Menschheit Platz machen.

Man muß den Imperialismus töten, damit das Menschengeschlecht weiterleben kann.

3. Die bürgerliche Ordnung nach dem Kriege.

Alle Kräfte der Besitzenden sind auf zwei Fragen konzentriert: sich im internationalen Kampfe zu behaupten und das Proletariat nicht zum Herren im Lande werden zu lassen. In diesen Aufgaben haben die früheren politischen Gruppierungen der Bourgeoisie ihre Kräfte verzehrt. Nicht nur in Rußland, wo die Fahne der Kadettenpartei in der entscheidensten Kampfperiode zur Fahne aller Besitzenden gegen die Revolution der Arbeiter und Bauern wurde, sondern auch in den Ländern mit einer älteren und höheren politischen Kultur sind die früheren Programme, welche die verschiedenen Schichten der Bourgoisie trennten, noch vor dem revolutionären Angriff des Proletariats spurlos verschwunden..

Lloyd George tritt als Herold der Vereinigung der Konservativen, Unionisten und Liberalen zum gemeinsamen Kampf

gegen die aufstrebende Macht der Arbeiterklasse auf. An die oberste Spitze stellt der alte Demagoge den Segen der heiligen Kirche als der elektrischen Zentralstation, die mit ihrem Strom alle Parteien der besitzenden Klassen gleichmäßig versorgt.

In Frankreich erscheint die vor kurzem noch so lebhafte Epoche des Antiklerikalismus als vorsintflutliches Gespenst. Die Radikalen, die Royalisten und die Katholiken bilden jetzt einen Block der nationalen Ordnung gegen das sich erhebende Proletariat. Indem sie mit allen Kräften der Reaktion die Hand reicht, unterstützt die französische Regierung den erzreaktionären Wrangel und erneuert mit dem Vatikan die diplomatischen Beziehungen.

Der Anhänger der Neutralität und Deutschenfreund Giolitti übernimmt das Ruder des italienischen Staates als gemeinsamer Führer der Interventionisten, der Neutralisten, der Klerikalen und der Mazzinisten. Er ist bereit zum Lavieren in untergeordneten Fragen der äußeren und inneren Politik, um einen desto schonungsloseren Schlag gegen den Angriff der revolutionären Proletarier in Stadt und Land zu führen. Mit Recht betrachtet sich die Regierung Giolitti als der letzte ernste Einsatz der italienischen Bourgeoisie.

Die Politik aller deutschen Regierungen und Regierungsparteien nach dem Sturz der Hohenzollern bestand darin, gemeinsam mit den herrschenden Klassen der Entente eine Atmosphäre des Hasses gegen den Bolschewismus, d. h. gegen die proletarische Revolution zu erzeugen.

Während der englisch-französische Shylock immer brutaler das deutsche Volk würgt, bittet die deutsche Bourgeoisie ohne Unterschied der Parteien ihren Feind, die Schlinge soweit zu lockern, daß sie mit eigenen Händen die Vorhut des deutschen Proletariats erdrosseln kann. Darin gipfeln die periodischen Beratungen und Konventionen über Entwaffnung und Auslieferung des Kriegsmaterials.

In Amerika hat sich die Grenzlinie zwischen Republikanern und Demokraten vollständig verwischt. Diese mächtigen politischen Organisationen von Ausbeutern, die bisher dem geschlossenen Kreis amerikanischer Verhältnisse angepaßt waren,

offenbarten ihre vollkommene Inhaltslosigkeit, als die amerikanische Bourgeoisie in die Arena des Weltraubes trat.

Noch niemals haben sich die Intrigen einzelner Führer und Kliquen sowohl in der Opposition als auch in den Ministerien durch eine derartige zynische Offenheit ausgezeichnet, wie eben jetzt. Aber gleichzeitig bilden alle Führer, Kliquen, bürgerlichen Parteien eine gemeinsame Front gegen das revolutionäre Proletariat.

Während die sozialdemokratischen Philister fortfahren, den Weg der Demokratie dem gewaltsamen Wege der Diktatur gegenüberzustellen, werden die letzten Reste der Demokratie in allen Staaten der Welt niedergetreten und vernichtet.

Nach dem Kriege, in dem die Volksvertretungen die Rolle einer machtlosen, aber lärmenden patriotischen Kulisse für die herrschenden imperialistischen Kliquen gespielt haben, verfielen die Parlamente in einen Zustand völliger Kraftlosigkeit. Alle ernsten Fragen werden außerhalb der Parlamente entschieden. Daran ändern auch die äußerliche Erweiterung der Parlamentsrechte, die die Jongleure des Imperialismus so feierlich in Italien und anderen Ländern proklamiert haben, nichts. Die tatsächlichen Herren und Lenker der Staatenschicksale — wie Lord Rothschild und Lord Weir, Morgan und Rockefeller, Snyder und Lusher, Hugo Stinnes und Felix Deutsch, Rizello und Agnelli — die Gold-, Kohlen-, Petroleum- und Metallkönige — sind hinter den Kulissen tätig und entsenden in die Parlamente zur Leitung der parlamentarischen Arbeit Beauftragte niederen Grades. Das am meisten durch seine lügenhafte Rhetorik und zynische Bestechlichkeit diskreditierte französische Parlament, das sich an der Prozedur mehrmaliger Lesungen nichtiger Gesetzesvorlagen ergötzt, erfährt plötzlich, daß vier Milliarden, die es für die verwüsteten Gebiete Frankreichs bestimmt hatte, von Clemenceau für ganz andere Zwecke, vorwiegend zu weiterer Verwüstung russischer Gebiete, verausgabt worden sind.

Die erdrückende Mehrheit der Abgeordneten des scheinbar allmächtigen englischen Parlaments weiß von den wirklichen

Absichten Lloyd Georges—Curzons gegenüber Sowjetrußland und sogar Frankreich nur wenig mehr als die indischen alten Weiber in den Dörfern Bengalens wissen.

In den Vereinigten Staaten ist das Parlament der gehorsame oder brummende Chor des Präsidenten, der seinerseits nur der Diener der Wahlmaschine ist, d. h. des politischen Apparats der Trusts, und zwar jetzt nach dem Kriege in unverhältnismäßig höherem Maße als früher.

Der verspätete deutsche Parlamentarismus, eine Fehlgeburt der bürgerlichen Revolution, die selbst eine Fehlgeburt der Geschichte ist, leidet in seinem Säuglingsstadium schon an allen Krankheiten eines alten kraftlosen Kretins. Der Reichstag der Republik Eberts, der „allerdemokratischste" Reichstag in der Welt, ist nicht nur vor dem Marschallstab Fochs machtlos, sondern auch vor den Börsenmanövern seiner Stinnes, wie auch vor den militärischen Verschwörungen seiner Offizierskliquе. Die deutsche parlamentarische Demokratie ist ein leerer Raum zwischen zwei Diktaturen.

Im Bestande der Bourgeoisie selbst gingen während des Krieges tiefgreifende Veränderungen vor sich. Auf dem Grunde der allgemeinen Verelendung der ganzen Welt machte die Konzentration des Kapitals mit einem Male einen großen Sprung vorwärts. Handelshäuser traten in den Vordergrund, die früher durchaus im Schatten standen. Solidität, Sicherheit, Neigung zu vernünftigen Kompromissen, Beachtung eines gewissen Scheins sowohl in der Ausbeutung wie im Genuß ihrer Früchte — all das ist von den Wogen der imperialistischen Sintflut hinweggespült.

In den Vordergrund drängten sich neue Besitzende: Kriegslieferanten, widerwärtige Spekulanten, Parvenüs, internationale Abenteurer, Schieber, Verbrecher in Brillanten, zügelloses, luxuslüsternes Gesindel, das bereit ist zu den letzten Roheiten gegen die proletarische Revolution, die ihm selbst nichts anderes bringen kann als die würgende Schlinge.

Die gegenwärtige Ordnung als Herrschaft der Reichen steht in all ihrer Nacktheit vor den Massen. In Amerika, Frankreich, England ist der Luxus nach dem Krieg bis zur perversen Exstase

gesteigert. Das von internationalen patriotischen Parasiten vollgepreßte Paris gleicht nach den Worten des „Temps" einem Babylon am Vorabend der Katastrophe.

Dieser Bourgeoisie passen sich die Politik, das Gericht, die Presse, die Kunst und die Kirche an. Alle Schranken sind gefallen. Wilson, Clemenceau, Millerand, Lloyd George, Churchill scheuen nicht zurück vor dem frechsten Betrug, vor der gröbsten Lüge und gehen ruhig zu neuen verbrecherischen Taten über, wenn sie ihrer Ehrlosigkeit überführt werden. Die klassischen Regeln der politischen Tücke des alten Macchiavelli sind unschuldige Aphorismen eines provinzialen Einfaltspinsels im Vergleich mit den Grundsätzen, von denen sich die jetzigen bürgerlichen Regierungen leiten lassen. Das Gericht, das früher von der Demokratie mit Flittergold bedeckt wurde, um sein bürgerliches Wesen zu verbergen, wurde jetzt ein offenes Organ der Klassenverhöhnung und der konterrevolutionären Provokation. Die Richter der dritten Republik zuckten nicht mit der Wimper, als sie den Mörder Jaurès freisprachen. Die Gerichte Deutschlands, das sich als „sozialistische Republik" ausgerufen hat, ermutigen die Mörder Liebknechts, Roa Luxemburgs und anderer Märtyrer des Proletariats zu weiteren Taten. Die Tribunale der bürgerlichen Demokratie verwandelten sich in Organe für die feierliche Legalisierung aller Verbrechen des weißen Terrors.

Die bürgerliche Presse trägt offen den Stempel der Käuflichkeit als Fabrikmarke an der Stirn. Die führenden Zeitungen der Weltbourgeoisie sind ungeheure Fabriken der Lüge, Verleumdung und geistigen Vergiftung.

Die Stimmungen der Bourgeoisie springen ebenso nervös um, wie die Preise auf ihrem Markt. In den ersten Monaten nach Beendigung des Krieges fieberte die internationale Bourgeoisie, besonders die französische, aus Furcht vor dem andringenden Kommunismus. Den Grad der unmittelbaren Gefahr maß sie an dem Umfang der von ihr verübten blutigen Verbrechen. Aber sie hat den ersten Ansturm ausgehalten. Die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften der II. Internationale, die durch die Ketten der gemeinsamen Schuld an sie

gefesselt sind, leisteten ihr den letzten Dienst, indem sie den ersten, zornigen Schlag der Arbeitenden auffingen. Um den Preis des vollkommenen Zusammenbruches der II. Internationale erhielt die Bourgeoisie einen Aufschub. Die von Clemenceau durchgeführten gegenrevolutionären Parlamentswahlen, einige Monate unbeständigen Gleichgewichtes, die Mißerfolge des Maistreiks genügten, um der französischen Bourgeoisie den Glauben an die Unerschütterlichkeit ihres Regimes einzuflößen. Ihr Klassenhochmut erreichte dieselbe Höhe, die früher ihre Furcht erreicht hatte.

Die Drohung ist das einzige Argument der Bourgeoisie geworden. Sie glaubt nicht an Phrasen und fordert Taten, wie Verhaftungen, Ausweisungen, Konfiskationen, Erschießungen. Die bürgerlichen Minister und Parlamentarier suchen der Bourgeoisie zu imponieren, indem sie sich als stahlharte Leute aufspielen. Lloyd George rät trocken den deutschen Ministern an, ihre Kommunisten nach dem Beispiel Frankreichs vom Jahre 1871 einfach niederzuknallen. Irgendein beliebiger drittklassiger Beamter darf auf den stürmischen Beifall der Kammer rechnen, wenn sein dürftiger Bericht mit einer Drohung gegen die Arbeiter endet.

In einer Zeit, in welcher sich der offizielle Staatsapparat immer offener in eine Organisation zur blutigen Unterdrückung der Werktätigen verwandelt, bilden sich gleichzeitig und handeln auf seinen Befehl und auf seine Verfügung verschiedene private gegenrevolutionäre Organisationen für gewaltsame Sprengung von Streiks, für provokatorische Handlungen, für künstlich inszenierte Prozesse, für die Zerstörung revolutionärer Organisationen, für die Aufhebung kommunistischer Einrichtungen, für Pogroms und Brandstiftungen, für den Mord revolutionärer Führer und für andere ähnliche Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums und der Demokratie.

Die Söhnchen der Großgrundbesitzer und der Großbourgeoisie, die aus dem Geleise geratenen Kleinbürger und alle deklassierten Elemente, unter ihnen an erster Stelle die bürgerlichen und adligen Flüchtlinge aus Sowjetrußland, bilden das unerschöpfliche Reservoir für die freiwilligen Abteilungen der

Konterrevolution. An ihrer Spitze steht das aus der Schule des imperialistischen Gemetzels hervorgegangene Offizierkorps. Einige 20 000 Berufsoffizziere aus der Armee der Hohenzollern bilden, besonders nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch, einen festen gegenrevolutionären Kern, den die deutsche Demokratie aufzulösen nicht die Kraft hat, den nur der Hammer der Proletarier diktatur zerschmettern kann. Diese zentralisierte Organisation von Terroristen des alten Regimes wird durch weißgardistische Freikorps auf den Besitzungen der Junker ergänzt.

In den Vereinigten Staaten stellen solche Verbände, wie der Volksbund für innere Sicherheit (National Security League) oder die Ritter der Freiheit (Knights of Liberty) die Stoßbataillone des Kapitals dar, an deren äußerster Flanke echte Räuberbanden in Gestalt von Spionageagenturen (Detective agencis) tätig sind.

In Frankreich stellt die „Bürgerliga" (Ligue Civique) eine vornehme Organisation von Streikbrechern dar, während in derselben Zeit die reformistische „Konföderation der Arbeit" für vogelfrei erklärt wird.

Die Offiziershorde des weißen Ungarn, die neben der von England unterstützten Regierung der konterrevolutionären Henker besteht, zeigte dem Proletariat der ganzen Welt, wie jene Zivilisation und jene Humanität aussieht, die Wilson und Lloyd George der Sowjetmacht und der revolutionären Gewalt gegenüberstellen.

Die „demokratischen" Regierungen Finnlands, Georgiens, Lettlands und Estlands erschöpfen ihre Kräfte, um das herrliche ungarische Beispiel nachzuahmen. In Barcelona hat die Polizei eine geheime Mörderbande zu ihrer Verfügung. Und so geht es weiter und ist es überall. Auch in dem vernichteten und verwüsteten Bulgarien bilden die beschäftigungslosen Offiziere geheime Verbände, die sich vorbereiten, bei der ersten Gelegenheit ihren Patriotismus auf den Schädeln der bulgarischen Arbeiter zu beweisen.

Das Programm der Milderung der Gegensätze, der Arbeitsgemeinschaft der Klassen, der parlamentarischen Reformen, der

stufenweisen Sozialisierung, der nationalen Einheit stellt sich im Lichte der bürgerlichen Ordnung, wie sie aus dem Weltkrieg hervorging, dar als eine tragische Narretei.

Die Bourgeoisie entsagte entschlossen einer Aussöhnung mit dem Proletariat durch Reformen. Sie demoralisiert die verschwindend kleine Oberschicht durch kleine Gaben und zwingt die große Masse durch Eisen und Blut zum Gehorsam.

Es gibt keine einzige ernste Frage, die jetzt durch Abstimmung entschieden werden könnte. Von der Demokratie blieb nur die Erinnerung an sie in den Köpfen der Reformisten übrig. Die Staatsorganisation entwickelt sich immer mehr zu ihrer ursprünglichen Grundlage zurück, zu Abteilungen bewaffneter Leute. Die Bourgeoisie zählt nicht mehr die Stimmen, sie rechnet nur mit der Anzahl der Gewehre, Maschinengewehre und Geschütze, die sie zur Verfügung haben wird, wenn die Frage der Macht und des Eigentums auf des Messers Schneide steht.

Es gibt keinen Platz mehr für die Arbeitsgemeinschaft noch für Vermittlung! Rettung gibt nur der Sturz der Bourgeoisie. Das aber vermag nur der Aufstand des Proletariats.

4. Sowjetrußland.

Inmitten der zügellosen Elemente des Chauvinismus, der Habsucht und der Vernichtung offenbart nur das Prinzip des Kommunismus Lebensfähigkeit und schöpferische Kraft. Obgleich sich die Sowjetmacht zuerst in dem Lande Europas befestigte, das am meisten zurückgeblieben und ruiniert und von einem Heerhaufen mächtiger Feinde umringt war, hat sich die Sowjetmacht nicht nur im Kampfe mit ungeheuren, nie erlebten Hindernissen gehalten, sondern in der Tat die großen Entwicklungsmöglichkeiten gezeigt, die im Kommunismus verborgen sind. Die Entwicklung und Befestigung der Sowjetmacht in Rußland erscheint als die wichtigste historische Tatsache seit der Gründung der Kommunistischen Internationale.

In der Schaffung eines Heeres pflegte die nach Klassen aufgebaute Gesellschaft die stärkste Prüfung des wirtschaftlichen

und staatlichen Aufbaues zu erblicken. Nach der Kraft oder Schwäche der Armee beurteilt man die Kraft oder Schwäche der Wirtschaft und des Staates.

Mitten im Feuer schuf die Sowjetgewalt eine große bewaffnete Macht. Die Rote Armee offenbarte ihr unbestreitbares Uebergewicht sowohl im Kampfe mit dem alten bürgerlichen und monarchistischen Rußland, das den Imperialismus mit Hilfe der Weißen Armee Koltschaks, Denikins, Judenitschs, Wrangels u. a. wiederherzustellen versuchte, als auch im Kampfe mit den nationalen Armeen jener „Demokratien", die der Weltimperialismus zu seinem Gebrauch aufstellt (Finnland, Estland, Lettland, Polen).

Auf wirtschaftlichem Gebiet vollbrachte die Sowjetmacht die größte Leistung schon dadurch, daß sie die Werkzeuge der Ausbeutung den Händen der Bourgeoisie entwand und sie in Mittel der planmäßigen Wirtschaft verwandelte. Mitten im Kampfgetöse, auf unendlichen Fronten ließ die Sowjetmacht nicht eine Möglichkeit des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues aus den Augen. In der Zeit zwischen der Vernichtung Denikins und dem räuberischen Ueberfall Polens ging die Sowjetregierung an die umfassende Organisation der Arbeitspflicht, an die genauere Erfassung und bessere Verwendung der Produktionskräfte und -mittel, an die Heranziehung von Teilen der Armee zur wirtschaftlichen Arbeit und vor allem an die Wiederherstellung des Transportwesens.

Nur das Monopol des sozialistischen Staates auf die Hauptnahrungsmittel, verbunden mit einem unbarmherzigen Kampf gegen die Spekulation, rettete die russischen Städte vom Hungertode und gab die Möglichkeit, die Rote Armee zu verpflegen. Nur die staatliche Vereinigung der einzelnen Betriebe, Fabriken und der im Privatbesitz befindlichen Eisenbahnen und Schiffe sicherte die Produktions- und Transportmöglichkeit.

Die Zentralisation der Industrie und des Transportes in den Händen des Staates führte zur Vergesellschaftung der Technik selbst durch ihre Normalisierung. Die Festsetzung einer Minimalzahl von Lokomotiv-, Waggon-, Schiffstypen, die zur Erzeugung und Reparatur zugelassen werden, und die perio-

dische Reglementierung der Maschinenteile zwecks massenhafter Erzeugung von Typen sind nur auf sozialistischer Grundlage möglich. Sie bieten auf dem Wege des weiteren wirtschaftlichen Fortschrittes in produktiver Hinsicht unermeßliche Vorteile. Der wissenschaftlichen Organisation der Industrie und der Anwendung der Methoden des Taylorsystems — ohne seine kapitalistischen, ausbeuterischen Züge — stellen sich in Sowjetrußland keine Hindernisse mehr entgegen, außer denjenigen, welche die imperialistische Gewalt von außen schafft.

In der Zeit, wo die nationalen Interessen sich mit den Anmaßungen des Imperialismus kreuzen und in der ganzen Welt eine Quelle ununterbrochener Konflikte, Aufstände und Kriege bilden, bewies das sozialistische Rußland, daß der Arbeiterstaat fähig ist, die nationalen mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen schmerzlos zu verbinden, indem sie jene vom Chauvinismus reinigt und diese vom Imperialismus befreit. Der Sozialismus will alle Gebiete, alle Kreise, alle Nationalitäten im einheitlichen Wirtschaftsplan vereinigen. Der wirtschaftliche Zentralismus, der sowohl von der Ausbeutung einer Klasse durch die andere, als auch einer Nation durch die andere befreit und deshalb gleich vorteilhaft für alle ist, verträgt sich ohne Schaden mit der wirklichen Freiheit der nationalen Entwicklung.

Aus der Erfahrung Sowjetrußlands überzeugen sich die Völker Zentraleuropas, des südöstlichen Balkans, der englischen Besitzungen, alle unterdrückten Nationen und Stämme — die Aegypter und Türken, Indier und Perser, Irländer und Bulgaren — davon, daß die kameradschaftliche Arbeitsgemeinschaft aller nationalen Teile der Menschheit nur durch den Bund der Sowjetrepubliken zu verwirklichen ist.

Die Revolution schuf in Rußland die erste proletarische Macht. In den drei Jahren seines Bestehens veränderten sich seine Grenzen ununterbrochen. Sie zogen sich unter dem äußeren militärischen Druck des Weltimperialismus zusammen; sie dehnten sich aus, wenn der Druck schwächer wurde.

Der Kampf für Sowjetrußland ist verschmolzen mit dem Kampfe gegen den Weltimperialismus. Die Frage „Sowjetrußland"

wurde der Prüfstein für alle Organisationen der Arbeiterklasse. Der zweite niederträchtigste Verrat der deutschen Sozialdemokraten nach dem 4. August 1914 bestand darin, daß sie, an der Spitze des deutschen Staates stehend, bei dem Imperialismus des Westens Schutz suchten, statt ein Bündnis mit der Revolution im Osten anzustreben. Sowjetdeutschland im Bunde mit Sowjetrußland wären stärker als alle kapitalistischen Staaten zusammengenommen!

Die Sache Sowjetrußlands wurde von der Kommunistischen Internationale zu ihrer eigenen gemacht. Das internationale Proletariat wird das Schwert nicht niederlegen, solange Sowjetrußland nicht ein Glied in der Föderation der Räterepubliken der ganzen Welt bildet.

5. Die proletarische Revolution und die Kommunistische Internationale.

Der Bürgerkrieg steht in der ganzen Welt auf der Tagesordnung. Seine Fahne ist die Sowjetmacht.

Der Kapitalismus hat ungeheure Massen der Menschheit proletarisiert. Der Imperialismus bringt diese Massen aus dem Gleichgewicht und setzt sie in revolutionäre Bewegung. Der Begriff Masse selbst hat sich in den letzten Jahren geändert. Das, was in der Periode des Parlamentarismus und der Trade-Unions zur Masse gerechnet wurde, verwandelte sich jetzt in die Oberschichten. Millionen und Abermillionen, die früher außerhalb des politischen Lebens standen, verwandeln sich jetzt in eine revolutionäre Masse. Der Krieg hat alle auf die Beine gebracht, hat die politische Aufmerksamkeit selbst der rückständigsten Schichten erregt, hat bei ihnen Illusionen und Hoffnungen erweckt und hat sie betrogen.

Die zünftige Abgeschlossenheit der Arbeit und verhältnismäßige Stabilität der Lebenshaltung in den Oberschichten des Proletariats, die stumpfe und teilnahmslose Hoffnungslosigkeit in den unteren Schichten, diese sozialen Grundlagen der alten Form der Arbeiterbewegung gehören unwiderruflich der Vergangenheit

an. Neue Millionen sind in den Kampf hineingezogen worden. Die Frauen, die Väter und Männer verloren haben und gezwungen sind, sie durch ihre Arbeit zu ersetzen, ergossen sich in breitem Strome in die Bewegung. Die arbeitende Jugend, die unter dem Blitz und Donner des Weltkrieges heranwuchs, fühlt in der Revolution ihr heimisches Element. Der Kampf hat in verschiedenen Ländern verschiedene Etappen durchgemacht. Aber das ist der letzte Kampf. — Die Wellen der Bewegung ergießen sich nicht selten in überlebte Organisationsformen, denen sie vorübergehend neues Leben geben. Alte Schlagworte, halbverwischte Losungen tauchen hin und wieder an der Oberfläche des Stromes auf. Viel Irrtum, Unklarheit, Vorurteile und Illusionen sitzen noch in den Köpfen. Aber die Bewegung als Ganzes besitzt tief revolutionären Charakter. Sie ist umfassend und unaufhaltsam. Sie dehnt sich aus, festigt sich, reinigt sich und stößt den alten Plunder ab. Sie hört nicht eher auf, bis das Weltproletariat zur Herrschaft gelangt sein wird.

Die Grundform dieser Bewegung ist der Streik. Seine einfachste und mächtigste Ursache ist die Preissteigerung der Gebrauchsgegenstände. Der Streik entsteht nicht selten aus vereinzelten örtlichen Konflikten. Er bricht aus als ungeduldiger Widerhall der Massen auf die parlamentarische Balgerei der Sozialisten. Er vermengt wirtschaftliche Losungen mit politischen. Er wird geboren aus dem Solidaritätsgefühl mit den Unterdrückten im eigenen und im fremden Lande. In ihm sind nicht selten Splitter von Reformismus mit Losungen des sozialrevolutionären Programms enthalten. Er beruhigt sich, wird eingestellt, von neuem geboren, erschüttert die Produktion, hält den Staatsapparat in Spannung, bringt die Bourgeoisie außer Fassung und benutzt jeden Anlaß, um Sowjetrußland seinen Gruß zu senden. Die Vorahnung trügt die Ausbeuter nicht. Dieser chaotische Streik ist in der Tat nur ein sozialrevolutionäres Signal und eine Mobilisierung des internationalen Proletariats.

Die große Abhängigkeit jedes Landes vom anderen, die während des Krieges so katastrophal zutage trat, gibt jenen Arbeitszweigen besondere Bedeutung, die ein Land mit dem an-

deren verbinden und schiebt die Eisenbahn —, im allgemeinen die Transportarbeiter wie auf den ersten Platz vor. Die Transportproletarier hatten Gelegenheit, einen Teil ihrer Kraft in dem Boykott Weiß - Ungarns und Weiß - Polens zu offenbaren. Der Streik und der Boykott, die Methoden, die von der Arbeiterklasse bei der Morgenröte ihres gewerkschaftlichen Kampfes angewandt wurden, d. h. noch bevor sie den Parlamentarismus auszunützen begann, erhalten jetzt unerhörten Spielraum und eine neue drohende Bedeutung, gleich der Artillerievorbereitung zum letzten Angriff.

Die ganze wachsende Hilflosigkeit der einzelnen Person vor dem Ansturm der historischen Ereignisse stößt nicht nur neue Schichten von Arbeitern und Arbeiterinnen, sondern auch Angestellte, Beamte, die kleinbürgerliche Intelligenz in die Reihen der Berufsorganisationen. Bevor der Gang der proletarischen Revolution die Schaffung von Sowjets erzwingt, die sofort über allen alten Arbeiterorganisationen stehen, sammeln sich die Arbeitenden in traditionellen Gewerkschaften, dulden zeitweilig ihre alte Form, ihr offizielles Programm, ihre leitende Spitze; aber sie tragen in diese Organisationen den wachsenden revolutionären Impuls der ungeheuren Millionenmassen.

Die untersten Schichten — die landwirtschaftlichen Proletarier, die Landarbeiter — erheben das Haupt. In Italien, Deutschland und anderen Ländern beobachtet man ein großartiges Anwachsen der revolutionären Bewegung der landwirtschaftlichen Arbeiter und deren brüderliche Annäherung zum Stadtproletariat.

Das Verhältnis der ärmsten Schichten der Bauernschaft zum Sozialismus ändert sich. Wenn das Liebäugeln der parlamentarischen Reformisten mit dem Eigentumsaberglauben des Bauern fruchtlos blieb, so bringt die wirklich revolutionäre Bewegung des Proletariats, sein unversöhnlicher Kampf gegen die Unterdrücker einen Abglanz der Hoffnung in die Seele des rückständigsten, an die Erde geketteten, zu Grunde gerichteten Bauern hervor.

Der Ozean der menschlichen Not und geistigen Finsternis

ist bodenlos. Unter jeder sich erhebenden Schicht zeigt sich eine neue, die auch schon im Begriff steht, sich zu erheben. Aber die Avantgarde darf nicht eine große Gefolgschaft abwarten, um in den Kampf einzutreten. Die Erweckungsarbeit, die Erhebung und die Erziehung seiner rückständigsten Schichten wird die Arbeiterklasse erst *nach* Eroberung der Macht durchführen.

Es erwachten die Arbeitenden der kolonialen und halbkolonialen Länder. In den unabsehbaren Gebieten Indiens, Aegyptens und Persiens, über die der gigantische Polyp des englischen Imperialismus sich legte, in diesem unermeßlichen menschlichen Ozean vollzieht sich eine ununterbrochene innere Arbeit, die hohe Wellen wirft und in der City die Aktien und die Herzen erzittern macht.

In der Bewegung der kolonialen Völker verbindet sich das soziale Element in ganz verschiedenen Formen mit dem nationalen; aber beide Tendenzen sind gegen den Imperialismus gerichtet. Der Weg von den ersten Kindesschritten bis zu den ausgereiften Formen des Kampfes wird in den Kolonien und in den zurückgebliebenen Ländern im allgemeinen unter dem Druck des modernen Imperialismus und unter der Leitung des revolutionären Proletariats in beschleunigtem Marsche zurückgelegt.

Die vielversprechende Annäherung der muselmännischen und nicht muselmännischen Völker, die durch gemeinsame Ketten der großbritannischen und fremdländischen Herrschaft im allgemeinen aneinander geschmiedet sind, die innere Reinigung der Bewegung, die Aufhebung des Einflusses der Geistlichkeit und der chauvinistischen Reaktion, der gleichzeitige Kampf gegen die fremden Unterdrücker und gegen die eigenen Machthaber, feudalen Geistlichen und Wucherer verwandeln die wachsende Armee des kolonialen Aufstandes in eine mächtige historische Kraft, in eine mächtige Reserve des Weltproletariats. Die Parias erheben sich, ihr erwachter Gedanke zieht sie heiß zu Sowjetrußland, zu den Barrikadenkämpfern auf den Straßen der deutschen Städte, zu dem entflammten Streik-

kampf in Großbritannien, zur Kommunistischen Internationale hin.

Der Sozialist, der direkt oder indirekt die bevorzugte Lage der einen Nation auf Kosten der anderen unterstützt, der sich mit der kolonialen Sklaverei aussöhnt, der rechtliche Unterschiede zwischen Leuten verschiedener Rassen und Hautfarben macht, der der Bourgeoisie des Stammlandes hilft, ihre Herrschaft über die Kolonien zu bewahren, statt der Sache des bewaffneten Aufstandes der Kolonien zu helfen, der großbritannische Sozialist, der nicht mit allen Mitteln den Aufstand gegen die Londoner Plutokratie in Irland, Aegypten und Indien unterstützt, — ein solcher Sozialist verdient, wenn nicht die Kugel, so doch das Schandmal, und kein Mandat und kein Vertrauen des Proletariats.

Außerdem stößt das Proletariat in seinen internationalen revolutionären Aktionen weniger auf die halbzerstörten Linien der Drahtverhaue, die sich noch in vielen Gegenden vom Kriege her bewahrt haben, als auf den Egoismus, Konservatismus, die Starrköpfigkeit und Verräterei der alten Partei und Berufsorganisationen, die sich auf seinem Rücken in der vorhergehenden Epoche erhoben haben.

Die Führer der alten Gewerkschaften handeln mit allen Mitteln den revolutionären Kämpfen der arbeitenden Massen entgegen, hemmen sie, oder wenn es anders nicht möglich ist, nehmen sie die Streiks in ihre Hände, um sie dann durch dunkle Machenschaften hinter den Kulissen desto sicherer abzuwürgen.

Der historische Verrat der internationalen Sozialdemokratie hat in der Geschichte der Unterdrückung und des Kampfes nicht seinesgleichen. Das hat sich am klarsten und schrecklichsten in Deutschland gezeigt. Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus vollzog sich zugleich mit dem Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssytems. Außer dem Proletariat gab es keine andere Klasse, die auf die regierende Macht hätte Anspruch erheben können. Die Entwicklung der Technik, die zahlenmäßige Stärke und kulturelle Höhe der deutschen Arbeiterklasse waren ein sicherer Bürge für den

Erfolg des sozialistischen Umsturzes. Aber der Verwirklichung dieser Aufgabe stemmte sich die deutsche Sozialdemokratie entgegen. Durch verwickelte Manöver, worin sich Schlauheit mit Stumpfsinn paart, wurde die Energie des Proletariats vom natürlichen und notwendigen Ziel, der Eroberung der Macht, abgelenkt. — Im Verlauf von Jahrzehnten hat die Sozialdemokratie das Vertrauen der Massen gewonnen, um damit im entscheidenden Augenblick, in dem das Schicksal der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Spiele stand, ihre ganze Autorität den Unterdrückern zur Verfügung zu stellen.

Der Verrat des Liberalismus und der Zusammenbruch der bürgerlichen Demokratie erwiesen sich als minder wichtige Episoden im Vergleich zum ungeheuren Verrat der sozialistischen Parteien. Selbst die Rolle der Kirche, die elektrische Station der Konservativen, wie sie Lloyd George bezeichnet, tritt vor der antisozialistischen Rolle der II. Internationale in den Hintergrund.

Die Sozialdemokratie begründete ihren Verrat während des Krieges mit der Losung der nationalen Verteidigung. Ihre konterrevolutionäre Politik nach Friedensschluß verdeckt sie mit der Losung — Demokratie. Die nationale Verteidigung und Demokratie ist die triumphierende Formel der Kapitulation des Proletariats vor dem Willen der Bourgeoisie.

Aber der Fall ist damit nicht beendet. Ihre Politik, die dem Schutz der kapitalistischen Ordnung dient, führt die sich im Gefolge der Bourgeoisie befindende Sozialdemokratie notgedrungen dazu, öffentlich die „nationale Verteidigung" und die „Demokratie" mit Füßen zu treten. Scheidemann und Ebert lecken die Hand des französischen Imperialismus; sie suchen seine Unterstützung gegen die Räterevolution. Noske wird zur Verkörperung des weißen Terrors der bürgerlichen Konterrevolution. Albert Thomas verwandelt sich in den bezahlten Agenten der Völkerliga, dieser schmutzigen Agentur des Imperialismus. Vandervelde, diese schönrednerische fleischgewordene Oberflächlichkeit der II. Internationale, deren Haupt er war, ist königlicher Minister, Helfershelfer des klerikalen

Delacroix, der Schützer der belgischen katholischen Pfaffen und der Advokat der kapitalistischen Greuel an den Kongonegern geworden. Henderson, der die großen Männer der Bourgeoisie nachäfft und bald den königlichen Minister, bald seiner Majestät alleruntertänigste Arbeiteropposition spielt, Tom Shaw, der von der Räteregierung einen strikten Beweis dafür verlangt, daß in der Londoner Regierung Räuber, Diebe und Lügner sitzen — was sind diese Herrschaften anders als ausgesprochene Feinde der Arbeiterklasse.

Renner und Seitz, Nemec und Tusa, Troelstra, Branting, Daschinski und Tschcheidse, jeder von ihnen überträgt den schmachvollen Schiffbruch der II. Internationale in die Sprache seiner kläglichen Spitzbubenstreiche. Endlich hat Kautsky, der frühere Marxist und Theoretiker der II. Internationale, sich in einen murmelnden Winkeladvokaten der gelben Presse aller Länder verwandelt.

Unter dem Druck der Massen wechseln die gewandteren Elemente des alten Sozialismus, ohne ihr Wesen zu ändern, ihren Anstrich und ihre Haut; sie brechen oder drohen zu brechen mit der II. Internationale und schrecken dabei vor jeder wirklichen revolutionären und Massenaktion und sogar vor einer ernstlichen Vorbereitung zur Aktion zurück.

Um diese Maskerade zu kennzeichnen und zugleich zu brandmarken, genügt es, darauf hinzuweisen, daß die Polnische Sozialistische Partei, deren Führer Daschinski und deren Patron Pilsudski ist, die Partei des kleinbürgerlichen Zynismus und des chauvinistischen Fanatismus, ebenfalls ihren Austritt aus der II. Internationale erklärt hat.

Die führende parlamentarische Klique der Französischen Sozialistischen Partei, die jetzt gegen das Budget und gegen den Versailler Vertrag stimmt, bleibt ihrem Wesen nach eine der Hauptstützen der bürgerlichen Republik. Ihre oppositionellen Gesten gehen nicht weiter als nötig, um von Zeit zu Zeit halbwegs das Vertrauen der allerkonservativsten Schichten des Proletariats wiederherzustellen.

In den Grundfragen des Klassenkampfes stumpft der fran-

zösische parlamentarische Sozialismus wie früher den Willen der Arbeiterklasse ab, indem er ihr beibringt, daß der jetzige Moment für die Ergreifung der Macht ungeeignet sei, da Frankreich äußerst erschöpft sei, ebenso wie er gestern ungünstig war wegen des Krieges, wie auch am Vorabend des Krieges der industrielle Aufschwung und vor ihm die Industriekrise hinderlich waren. In gleicher Linie mit dem parlamentarischen Sozialismus und keinen Zoll höher steht der geschwätzige und lügnerische Syndikalismus von Jouhaux und Konsorten.

Die Schaffung einer starken, durch den Geist der Einheit und Disziplin zusammengeschweißten kommunistischen Partei ist für das französische Proletariat eine Frage über Leben und Tod.

In Streiks und Aufständen wird ein neues Geschlecht deutscher Arbeiter erzogen und gestählt. Sie bezahlen ihre Erfahrungen mit um so größeren Opfern, je länger in der Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands der Einfluß der sozialdemokratischen Staatsretter und Routiniers aufrecht erhalten wird, die immer nach der Sozialdemokratie zur Zeit Bebels zurückschauen, die den Charakter der heutigen revolutionären Epoche nicht verstehen, den Bürgerkrieg und den revolutionären Terror beiseite schieben, im Kielwasser der Ereignisse segeln und auf das Wunder hoffen, das ihrem Bankerott abhelfen soll. Die Partei Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts lehrt die deutschen Arbeiter in der Hitze des Gefechts den rechten Weg finden.

Der Beharrungstrieb bei den Spitzen der englischen Arbeiterbewegung ist so groß, daß dort nicht einmal die Notwendigkeit einer Aenderung der Bewaffnung gefühlt wird. Die Führer der großbritannischen Arbeiterpartei bemühen sich unentwegt, in den Reihen der II. Internationale zu bleiben. In einer Zeit, in der der Gang der Ereignisse in den letzten Jahren die Starrheit des wirtschaftlichen Lebens auch in dem konservativen England über den Haufen warf und die Massen für ein revolutionäres Programm so empfänglich, wie nur möglich,

gemacht hat, bleibt die offizielle Maschine der bürgerlichen Nation — die königliche Gewalt, das Haus der Lords, das Unterhaus, die Kirche, die Trade Unions, die Arbeiterpartei, Georg V, der Erzbischof von Canterbury und Henderson — all das bleibt unerschüttert als mächtiger automatischer Hemmschuh jeder Entwicklung. Die proletarischen Unterschichten können diesem offiziellen Kopf nur eine von der Routine und dem Sektierertum gleich freie, mit den Massenorganisationen eng verbundene kommunistische Partei entgegenstellen.

In Italien, wo sogar die Bourgeoisie selbst offen anerkennt, daß der Schlüssel zu den ferneren Schicksalen des Landes in den Händen der Sozialistischen Partei liegt, besteht die Politik des rechten von Turati geführten Flügels darin, die machtvoll sich entwickelnde Revolution des Proletariats in das Bett parlamentarischer Reformen abzuleiten. Diese innere Sabotage stellt augenblicklich die höchste Gefahr dar.

Proletarier Italiens, denkt an Ungarn, dessen Beispiel der Geschichte angehört, als drohende Warnung, daß im Kampf um die Macht und nach seiner Ergreifung das Proletariat sich fest auf seine eigenen Füße stellen muß, indem es alle überlebten und schwankenden Elemente ausmerzt und mit schonungsloser Hand alle Versuche des Verrats aburteilt!

Die kriegerischen Erschütterungen, die als Folge die schwere Wirtschaftskrise hinterlassen haben, eröffnen ein neues Kapitel in der Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten, wie der anderen Länder auf dem amerikanischen Kontinent. Das Ende des Flittergolds und der Lüge des Wilsonismus ist zugleich das Ende des amerikanischen Sozialismus, der eine Mischung von pazifistischen Illusionen mit jahrmarktschreierischer Geschäftigkeit darstellt und friedlich den Trade-Unionismus des Herrn Gompers von links her ergänzt. Die engste Zusammenschweißung der revolutionären proletarischen Parteien und Organisationen des amerikanischen Kontinents — von der Halbinsel Alaska bis zum Kap Horn — in eine innig verbundene amerikanische Sektion der Kommunistischen Internationale, die dem mächtigen Feinde, dem Imperialismus der Vereinigten Staa-

ten, entgegensteht — das ist eine Aufgabe, die erfüllt werden muß und erfüllt werden wird im Kampfe mit allen Kräften, die vom Dollar zu seinem Schutze mobilisiert werden.

Regierungs- und Halbregierungssozialisten der verschiedenen Länder bringen viele Vorwände, die Kommunisten zu beschuldigen, daß diese durch ihre unversöhnliche Taktik das Auftreten der Konterrevolution hervorrufen und dadurch helfen, ihre Reihen fester zu schließen. Diese politische Beschuldigung ist nichts anderes als eine verspätete Wiederholung der Klagen des Liberalismus. Namentlich der letztere behauptete, daß der selbständige Kampf des Proletariats die Besitzenden in das Lager der Reaktion treibt. Das ist unzweifelhaft richtig. Wenn die Arbeiterklasse keine Eingriffe in die Grundlagen ihrer Herrschaft versuchte, brauchte die Bourgeoisie keine Repressalien. Der Begriff der Konterrevolution selbst würde nicht existieren, wenn die Geschichte nicht die Revolution kennen würde. Wenn die Erhebungen des Proletariats unvermeidlich den Zusammenschluß der Bourgeoisie zum Selbstschutz und Gegenangriff nach sich ziehen, so beweist diese Tatsache nur, daß die Revolution der Kampf zweier unversöhnlichen Klassen ist, der nur mit dem endgültigen Siege einer von den beiden enden kann.

Mit Verachtung verwirft der Kommunismus die Politik, die darauf hinausläuft, die Massen im Zustande der Untätigkeit zu erhalten, indem man sie mit der Knute „Konterrevolution" zurückschreckt. Dem Zerfall und Chaos der kapitalistischen Welt, die mit Anspannung ihrer letzten Kräfte die menschliche Kultur zu vernichten droht, stellt die Kommunistische Internationale entgegen den vereinigten Kampf des internationalen Proletariats, die Vernichtung jeglichen Privateigentums an den Produktionsmitteln und die Umgestaltung der nationalen und Weltwirtschaft auf der Grundlage eines einheitlichen Wirtschaftsplanes, der durch die solidarische Gemeinschaft der Erzeuger aufgestellt und durchgeführt wird.

Unter dem Banner: Diktatur des Proletariats und des Sowjetsystems, das Millionen von Werktätigen aller Erdteile vereinigt, — reinigt, erweitert und formiert die Kommunistische

Internationale im Feuer des Gefechts ihre eigenen Reihen. Die Kommunistische Internationale ist die Partei des revolutionären Aufstandes des internationalen Proletariats. Sie schließt alle die Gruppen und Organisationen aus, die in offener und versteckter Form dasProletariat einschläfern, demoralisieren oder schwächen; sie treibt das Proletariat an, sich den Götzen Legalität, Demokratie, nationale Verteidigung u. a., welche die Diktatur der Bourgeoisie verdecken, nicht zu beugen. Die Kommunistische Internationale kann ebenso in ihre Reihen die Organisationen nicht aufnehmen, die zwar in ihrem Programm die Diktatur des Proletariats anerkennen, aber dennoch eine Politik führen, die mit einer friedlichen Lösung der geschichtlichen Krisis rechnet. Die bloße Anerkennung des Rätesystems löst keine Fragen. Die Organisation der Räteregierung besitzt keine wundertätige Kraft. Die revolutionäre Kraft liegt im Proletariat selbst. Es ist unbedingt notwendig, daß es sich zum Aufstand und zur Erkämpfung der Macht erhebt; nur dann kann die Räteorganisation ihre Vorzüge an den Tag bringen als eine unvergleichliche Waffe in der Hand des Proletariats. Die Kommunistische Internationale fordert die Verjagung aller der Führer aus den Reihen der Arbeiterbewegung, die durch direkte oder indirekte Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie verbunden sind, die auf direktem oder indirektem Wege der Bourgeoisie politisch irgendwelche Beihilfe leisteten. Wir brauchen Führer, die keine andere Beziehung zur Bourgeoisie haben, als tödlichen Haß, die das Proletariat zu unermüdlichem Kampfe rufen und leiten, die bereit sind, eine Armee Aufständischer in den Kampf zu führen, die nicht auf halbem Wege zurückschrecken, und die, was auch kommen mag, nicht ablassen, schonungslos diejenigen zu bestrafen, die den Versuch machen sollten, sie zurückzuhalten. Die Kommunistische Internationale ist die internationale Partei des proletarischen Aufstandes und der proletarischen Diktatur. Sie hat keine anderen Ziele und Aufgaben, als die der ganzen arbeitenden Klasse. Die Anmaßungen der kleinen Sekten, von denen jede nach ihrem eigenen Muster die arbeitende Klasse zu retten

sucht, liegen dem Geist der Kommunistischen Internationale fern und sind ihrem Geiste feindlich. Sie gibt keine universalen Rezepte noch Beschwörungen, sie stützt sich auf die Welterfahrungen der Arbeiterklasse in Vergangenheit und Gegenwart, reinigt diese Erfahrung von ihren Fehlern und Abweichungen, verallgemeinert ihre Ergebnisse, anerkennt und übernimmt nur die Formeln, die als Formeln der Massenaktion erscheinen.

Berufsorganisationen, ökonomischer und politischer Streik, Boykott, parlamentarische und kommunale Wahlen, Parlamentstribüne, legale und illegale Agitation, geheime Stützpunkte in der Armee, Arbeit in Konsumvereinen, Barrikaden — keine einzige von der Entwicklung der Arbeiterbewegung geschaffene Form der Organisation oder des Kampfes verwirft die Kommunistische Internationale, und nicht eine einzige Form wird von ihr als Allheilmittel betrachtet.

Das Rätesystem ist kein abstraktes Prinzip, das die Kommunisten dem Prinzip des Parlamentarismus entgegenstellen. Das Rätesystem ist ein Klassenapparat, der im Kampfe und durch den Kampf den Parlamentarismus beseitigen muß und ihn ersetzen soll. Indem die Kommunistische Internationale einen unbarmherzigen Kampf gegen den Reformismus in den Gewerkschaften, gegen den parlamentarischen Kretinismus und das Strebertum in den Parlamenten führt, verurteilt die Kommunistische Internationale die sektiererischen Aufforderungen, die Reihen der viele Millionen umfassenden Gewerkschaften zu verlassen oder den parlamentarischen und Kommunalinstitutionen den Rücken zu kehren. Die Kommunisten trennen sich in keiner Weise von den Massen, die von den Reformisten und Patrioten betrogen und verraten werden. Aber sie führen mit den Reformisten einen unversöhnlichen Kampf auf dem Boden der Massenorganisationen und Institutionen, die von der bürgerlichen Gesellschaft geschaffen wurden, um durch diesen Kampf die bürgerliche Gesellschaft umso sicherer und schneller niederzuwerfen.

Zu der Zeit, als unter dem Schutze der II. Internationale

die Methoden der Klassenorganisation und Kämpfe beinahe ausschließlich legale waren, befanden sie sich letzten Endes unter Kontrolle und Führung der Bourgeoisie, deren reformistische Agenten die revolutionäre Klasse zügelten. Die Kommunistische Internationale entreißt die Zügel den Händen der Bourgeoisie, erobert alle Organisationen, vereinigt sie unter revolutionärer Führung und stellt durch sie vor das Proletariat das einzige Ziel: die Erkämpfung der Macht zur Vernichtung des bürgerlichen Staates und zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaft.

In seiner ganzen Arbeit, als Führer revolutionärer Aufstände, als Organisator unterirdischer Gruppen, als Sekretär der Gewerkschaften, als Agitator auf Massenversammlungen oder Abgeordneter, als Genossenschaftler oder Barrikadenkämpfer, bleibt der Kommunist er selbst, das disziplinierte Mitglied der Kommunistischen Partei, ihr rücksichtsloser Kämpfer, der Todfeind der kapitalistischen Gesellschaft, ihrer ökonomischen Grundlage, ihrer staatlichen Formen, ihrer demokratischen Lüge, ihrer Religion, ihrer Moral; er ist der aufopferndste Soldat der proletarischen Revolution und der rastlose Verkünder der neuen Gesellschaft.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Es gibt auf der Erde nur ein Banner, das wert ist, daß unter ihm gekämpft und gestorben wird: dies Banner ist die *Kommunistische Internationale.*

Moskau, im August 1920.

Der II. Weltkongreß
der Kommunistischen Internationale.

Leitsätze
über die Bedingungen, unter welchen Arbeitersowjets geschaffen werden dürfen.

1. Arbeiterdeputiertenräte (Sowjets) entstanden zuerst in Rußland im Jahre 1905, zur Zeit einer hohen Steigerung der revolutionären Bewegung der russischen Arbeiter. Der Petersburger Sowjet machte bereits im Jahre 1905 die ersten instinktiven Schritte auf dem Wege zur Eroberung der Macht. Der Petersburger Sowjet war zu jener Zeit nur in dem Maße stark, als er Aussichten auf die Eroberung der politischen Macht hatte. Sobald die zaristische Gegenrevolution sich kräftigte und die Arbeiterbewegung abzuebben begann, hörte der Sowjet nach einem Siechtum von kurzer Dauer überhaupt auf zu existieren.

2. Als im Jahre 1916, bei Beginn eines neuen breiten revolutionären Aufstiegs in Rußland, die Idee einer sofortigen Organisierung von Arbeitersowjets entstand, warnte die bolschewistische Partei die Arbeiter vor einer sofortigen Bildung von Sowjets und wies darauf hin, daß die Bildung von Arbeitersowjets nur in dem Moment angebracht sein wird, wenn die Revolution bereits begonnen hat und der unmittelbare Kampf um die Macht auf der Tagesordnung steht.

3. Zu Beginn der Revolution 1917 verwandelten sich die Sowjets der Arbeiterdeputierten in Rußland sofort in Sowjets von Arbeiter- und Soldatendeputierten, zogen in den Bereich ihres Einflusses die breitesten Volksmassen und erlangten sofort eine ungeheure Autorität; denn die reale Macht war auf ihrer Seite und in ihren Händen. Als aber die liberale Bourgeoisie sich von der Ueberraschung der ersten revolutionären Schläge erholte und

als die Sozialverräter, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, der russischen Bourgeoisie halfen, die Macht in ihre Hände zu nehmen, begann die Bedeutung der Sowjets abzuflauen. Erst nach den Ereignissen vom Juli 1917 und nach dem Scheitern des gegenrevolutionären Feldzugs von Kornilow, als die breitesten Volksmassen in Bewegung gerieten und der Zusammenbruch der gegenrevolutionären bürgerlich-kompromißlerischen Regierung akut wurde, begannen die Arbeitersowjets wieder aufzublühen und erlangten bald darauf eine entscheidende Bedeutung im Lande.

4. Die Geschichte der deutschen und der österreichischen Revolutionen zeigt das nämliche. Als breite Arbeitermassen sich erhoben, als die revolutionäre Woge besonders hoch stieg und die Festen der Monarchie der Hohenzollern und der Habsburger wegschwemmte, entstanden in Deutschland und Oesterreich mit Naturgewalt Arbeiter- und Soldatenräte. In der ersten Zeit war die reale Macht auf ihrer Seite, und die Räte waren auf dem Wege dazu, eine tatsächliche Macht zu werden. Als aber infolge einer ganzen Reihe von historischen Umständen die Macht an die Bourgeoisie und die gegenrevolutionären Sozialdemokraten überging, fingen die Räte bald zu erschlaffen an und schrumpften auf ein Nichts zusammen. In den Tagen des mißlungenen gegenrevolutionären Putsches von Kapp-Lüttwitz begannen die Räte in Deutschland für einige Tage wieder aufzuerstehen; sobald aber der Kampf abermals mit einem Siege der Bourgeoisie und der Sozialverräter endete, schliefen diese Räte, die ihr Haupt zu erheben begonnen hatten, wieder ein.

5. Die angeführten Tatsachen zeigen, daß zur Schaffung von Sowjets bestimmte Vorbedingungen erforderlich sind. Arbeitersowjets organisieren und sie in Sowjets von Arbeiter- und Soldatendeputierten verwandeln darf man nur bei Vorhandensein von folgenden drei Vorbedingungen:

a) eines revolutionären Massenaufstiegs unter den breitesten Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen, der Soldaten und der werktätigen Bevölkerung überhaupt;

b) einer derartigen Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise, daß die Macht den Händen der früheren Regierung zu entgleiten beginnt;

c) wenn in den Reihen von bedeutenden Schichten von Arbeitern und vor allem in den Reihen der kommunistischen Partei die ernste Bereitschaft ausgereift ist, einen entscheidenden, systematischen und planmäßigen Kampf um die Macht zu beginnen.

6. Beim Fehlen dieser Vorbedingungen können und müssen die Kommunisten die Sowjetidee systematisch und beharrlich propagieren, sie in den Massen popularisieren, den breitesten Schichten der Bevölkerung beweisen, daß die Sowjets die einzig zweckmäßige Form des Staates als Uebergang zum vollendeten Kommunismus sind. Aber die unmittelbare Organisierung von Sowjets ohne die oben angegebenen Bedingungen ist unmöglich.

7. Der Versuch der Sozialverräter in Deutschland, die Sowjets in das allgemeine bürgerlich-demokratische Verfassungssystem einzufügen, erscheint sachlich als Verrat an der Arbeitersache und als Irreführung der Arbeiter. Denn wirkliche Sowjets sind nur als Form der Staatsorganisation möglich, die die bürgerliche Demokratie ablöst, sie zerbricht und durch eine *Arbeiterdiktatur* ersetzt.

8. Die Propaganda der rechten Führer der Unabhängigen (Hilferding, Kautsky u. a.), die dahin gerichtet ist, die Vereinbarkeit des „Sowjetsystems" mit einer bürgerlichen Nationalversammlung zu beweisen, bedeutet entweder einen völligen Mangel an Verständnis der Entwicklungsgesetze der proletarischen Revolution, oder eine bewußte Irreführung der Arbeiterklasse. *Sowjets* bedeuten *die Diktatur des Proletariats. Die Nationalversammlung* bedeutet *die Diktatur der Bourgeoisie.* Es ist unmöglich, die Diktatur der Arbeiter mit der Diktatur der Bourgeoisie zu vereinigen und zu versöhnen.

9. Die Propaganda einzelner Vertreter der linken U. S. P. in Deutschland, die den Arbeitern einen ausgeklügelten und papiernen Plan eines „Rätesystems" präsentieren ohne Zusammenhang mit dem realen Verlauf des Bürgerkrieges, ist eine Schulmeisterei,

die die Arbeiter von den Tagesaufgaben des wirklichen Kampfes um die Macht ablenkt.

10. Die Versuche einzelner kommunistischer Gruppen in Frankreich, in Italien, in Amerika und England, Sowjets zu schaffen, die keine breiten Arbeitermassen umfassen und die daher nicht in den unmittelbaren Kampf um die Macht einzutreten vermögen, schädigen nur die wirkliche Vorarbeit für eine Sowjetrevolution. Derartige künstliche, treibhausartige „Sowjets" verwandeln sich bestenfalls in kleine Propagandagesellschaften zugunsten der Sowjetmacht, schlimmstenfalls aber können solche mißratenen „Sowjets" nur die Idee der Sowjetmacht in den Augen der breitesten Volksschichten kompromittieren.

11. Eine besondere Lage gestaltete sich in Deutschösterreich, wo es der Arbeiterklasse gelang, Arbeiterräte zu behaupten, die breite Massen von Arbeitern umfassen. Hier erinnert die Lage an den Zeitraum Februar-Oktober 1917 in Rußland. Die Arbeiterräte in Deutschösterreich stellen einen erheblichen politischen Faktor dar und bilden den Keim der neuen Macht.

Es versteht sich von selbst, daß bei einer derartigen Lage der Dinge die Kommunisten an den Arbeiterräten teilnehmen und den Arbeiterräten helfen müssen, das gesamte soziale, wirtschaftliche und politische Leben des Landes zu durchdringen, daß sie in den Arbeiterräten kommunistische Fraktionen bilden und ihre Entwicklung in jeder Weise unterstützen müssen.

12. Sowjets ohne Revolution sind unmöglich. Sowjets ohne proletarische Revolution verwandeln sich unabwendbar in eine Parodie auf Sowjets. Wirkliche Massensowjets erscheinen als historisch gegebene Form der Diktatur des Proletariats. Alle aufrichtigen und ernsten Anhänger der Sowjetmacht müssen mit der Sowjetidee sorgsam umgehen, sie in den Massen unaufhörlich propagieren, aber an die unmittelbare Verwirklichung der Sowjets nur bei Vorhandensein der Bedingungen schreiten, die oben angeführt sind.

Leitsätze
über die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale.

1. Für den gegenwärtigen Augenblick in der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung ist es bezeichnend, daß in allen kapitalistischen Ländern die besten Vertreter des revolutionären Proletariats sich über die wichtigsten Grundsätze der Kommunistischen Internationale völlig klar geworden sind, und zwar über die Diktatur des Proletariats und die Sowjetmacht, und daß sie sich mit größter Begeisterung auf die Seite der Kommunistischen Internationale gestellt haben. Ein noch wichtigerer und größerer Schritt vorwärts ist, daß überall, nicht nur unter den breitesten Massen des Proletariats der Städte, sondern auch unter dem vorgeschritteneren Teil der Landarbeiter sich vollständig klar unbedingte Sympathien für diese wichtigsten Grundsätze zeigen.

Andererseits traten zwei Fehler oder Schwächen der ungewöhnlich schnell anwachsenden internationalen Bewegung hervor. Ein sehr ernster Fehler, der eine ungeheure unmittelbare Gefahr für den Erfolg der Befreiungssache des Proletariats darstellt, besteht darin, daß ein Teil der alten Führer und der alten Parteien der II. Internationale, zum Teil halb unbewußt den Wünschen und dem Andrang der Massen nachgebend, zum Teil diese zwecks Erhaltung ihrer früheren Rolle als Agenten und Gehilfen der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung betrügend, ihren bedingten oder sogar unbedingten Anschluß an die Kommunistische Internationale erklären, während sie in der Tat in der gesamten Praxis ihrer Parteitätigkeit und politischen Wirksamkeit auf dem

Niveau der II. Internationale verharren. Eine solche Lage der Dinge ist völlig unzulässig. denn sie bringt eine direkte Verworrenheit in die Massen, verhindert die Bildung und die Entwicklung einer starken kommunistischen Partei, verringert die Achtung vor der Kommunistischen Internationale und droht mit der Wiederholung eines gleichen Verrats, wie der Verrat der ungarischen Sozialdemokraten, die sich in aller Eile den roten Anstrich von Kommunisten gegeben haben. Ein anderer, weit weniger bedeutender Fehler, der eher eine Krankheit des Wachstums der Bewegung ist, besteht in dem Streben nach „Radikalismus", das zur unrichtigen Wertung der Rolle und der Aufgaben der Partei in bezug auf die Klasse und auf die Masse und der Verpflichtung für die revolutionären Kommunisten, in den bürgerlichen Parlamenten und in den reaktionären Gewerkschaften zu arbeiten, führt.

Es ist Pflicht der Kommunisten, die Schwächen ihrer Bewegung nicht zu verschweigen, sondern sie offen zu kritisieren, um sie schneller und gründlicher zu überwinden. Zu diesem Zweck ist es notwendig, erstens den Inhalt der Begriffe „Diktatur des Proletariats" und „Sowjetmacht" konkreter zu bestimmen, besonders auf Grund der praktischen Erfahrung; zweitens darzulegen, worin in allen Ländern die unverzügliche Vorbereitungsarbeit, die diese Parolen verwirklicht, bestehen kann und soll; drittens die Wege und Mittel zur Verbesserung der Schäden unserer Bewegung aufzuzeigen.

1. Das Wesen der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht.

2. Der Sieg des Sozialismus (als erste Stufe des Kommunismus) über den Kapitalismus erfordert vom Proletariat als der einzigen wirklich revolutionären Klasse die Verwirklichung folgender drei Aufgaben. Die erste: die Ausbeuter und vor allen Dingen die Bourgeoisie als deren ökonomischen und politischen Hauptvertreter zu stürzen, ihren Widerstand zu unterdrücken, jegliche Versuche ihrerseits, das Joch des Kapitals und die Lohnsklaverei wieder aufzurichten, unmöglich

zu machen. Die zweite: nicht nur das gesamte Proletariat oder seine erdrückende ungeheure Mehrheit, sondern auch die gesamte Masse der Werktätigen und vom Kapital Ausgebeuteten mitzureißen und zur Gefolgschaft des revolutionären Vortrupps des Proletariats, der Kommunistischen Partei, zu bewegen; sie im Verlauf des unendlich kühnen und schonungslos harten Kampfes gegen die Ausbeuter aufzuklären, zu organisieren, zu erziehen, zu disziplinieren, in allen kapitalistischen Ländern diese erdrückende Mehrheit der Bevölkerung der Abhängigkeit von der Bourgeoisie zu entreißen, ihnen durch die praktische Erfahrung Vertrauen zur leitenden Rolle des Proletariats und ihres revolutionären Vortrupps einzuflößen. Die dritte Aufgabe besteht in der Neutralisierung, der Unschädlichmachung der unvermeidlichen Schwankungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen bürgerlicher Demokratie und Sowjetmacht seitens der Klasse der Kleingewerbetreibenden im Ackerbau, in der Industrie, im Handel, einer Klasse, die in allen vorgeschrittenen Ländern noch recht zahlreich ist, wenn sie auch nicht die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, sowie in der Neutralisierung der Schwankungen seitens der dieser Klasse entsprechenden Schicht der Intellektuellen, Angestellten usw.

Die erste und die zweite Aufgabe sind selbständiger Natur, und jede von ihnen erfordert besondere Aktionsmaßnahmen gegenüber den Ausbeutern wie auch gegenüber den Ausgebeuteten. Die dritte Aufgabe ergibt sich aus den beiden ersten und erfordert nur eine geschickte, rechtzeitige und elastische Kombinierung der Maßregeln für die erste und zweite Aufgabe, je nach den konkreten Umständen jedes einzelnen Falles von Schwankungen.

3. Angesichts der konkreten Lage, die in der ganzen Welt und vor allem in den vorgeschrittensten, mächtigsten, aufgeklärtesten und freiesten kapitalistischen Staaten durch den Militarismus, den Imperialismus, die Abwürgung der Kolonien und schwachen Länder, die imperialistische Weltmetzelei und den „Frieden" von Versailles geschaffen worden ist, bedeutet jegliche Zulassung des Gedankens an eine friedliche Unterwerfung der

Kapitalisten unter den Mehrheitswillen der Ausgebeuteten, an einen friedlichen, reformistischen Uebergang zum Sozialismus nicht nur einen außerordentlichen spießbürgerlichen Stumpfsinn, sondern einen direkten Betrug der Arbeiter, eine Schönfärberei der kapitalistischen Lohnsklaverei, eine Verhehlung der Wahrheit. Diese Wahrheit besteht darin, daß die Bourgeoisie, auch die am meisten aufgeklärte und demokratische, schon heute vor keinem Betrug und Verbrechen, vor keiner Hinschlachtung von Millionen von Arbeitern und Bauern zurückschreckt, um das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu retten. Nur der gewaltsame Sturz der Bourgeoisie, die Beschlagnahme ihres Eigentums, die Zerstörung des gesamten bürgerlichen Staatsapparates von oben bis unten — des parlamentarischen, gerichtlichen, militärischen, bürokratischen, administrativen, kommunalen Apparates usw. — bis zur völligen Vertreibung oder Internierung der gefährlichsten und hartnäckigsten Ausbeuter, ihre strenge Ueberwachung zwecks Bekämpfung der unausbleiblichen Versuche des Widerstandes und der Wiederherstellung der kapitalistischen Sklaverei — nur derartige Maßregeln sind imstande, die tatsächliche Unterwerfung der ganzen Ausbeuterklasse zu erreichen und zu sichern.

Als ebensolche Schönfärbung des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie, als ebensolcher Betrug der Arbeiter erscheint die bei den alten Parteien und alten Führern der II. Internationale übliche Ansicht, als ob die Mehrheit der Werktätigen und Ausgebeuteten imstande sei, unter den Verhältnissen der kapitalistischen Sklaverei, im Joch der Bourgeoisie — das unendlich verschiedenartige Formen annimmt, und zwar um so raffiniertere und gleichzeitig grausamere und schonungslosere, je kultivierter das betreffende Land ist — in sich völlige Klarheit der sozialistischen Ueberzeugung und des Charakters herauszuarbeiten. In Wirklichkeit aber ist die Aufklärung, Erziehung, Organisierung der breitesten wertktätigen und ausgebeuteten Massen unter dem Einfluß und der Führung der Kommunisten, ihre Befreiung von Egoismus, von der Zersplitterung, von den Lastern und Schwächen, die durch den Privatbesitz hervorgerufen

werden, ihre Umwandlung in einen freien Bund freier Arbeiter erst dann möglich, wenn der Vortrupp des Proletariats, unterstützt von dieser ganzen einzig revolutionären Klasse oder ihrer Mehrheit, die Ausbeuter gestürzt, sie unterdrückt, die Ausgebeuteten aus ihrer sklavischen Lage befreit und ihre Lebensbedingungen unverzüglich auf Kosten der enteigneten Kapitalisten verbessert hat — sowie im eigentlichen Verlauf des allerschärfsten Klassenkampfes.

4. Zur Erringung des Sieges über den Kapitalismus ist ein richtiges gegenseitiges Verhältnis zwischen der kommunistischen Partei als Führerin, der revolutionären Klasse, dem Proletariat einerseits und der Masse, d. h. der Gesamtheit aller Werktätigen und Ausgebeuteten anderseits erforderlich. Nur wenn die kommunistische Partei tatsächlich der Vortrupp der revolutionären Klasse ist, wenn sie alle ihre besten Vertreter einschließt, wenn sie aus vollkommen bewußten und ergebenen Kommunisten besteht, die durch die Erfahrung hartnäckigen Revolutionskampfes aufgeklärt und gestählt sind, nur wenn diese Partei es verstanden hat, sich untrennbar mit dem ganzen Leben ihrer Klasse und durch sie mit der ganzen Masse der Ausgebeuteten zu verbinden und dieser Klasse und dieser Masse volles Vertrauen einzuflößen — nur dann ist die Partei befähigt, das Proletariat im schonungslosesten, entscheidenden, letzten Kampf gegen alle Mächte des Kapitalismus zu führen. Andererseits ist das Proletariat nur unter der Führung einer solchen Partei befähigt, die ganze Macht seines revolutionären Ansturms zu entfalten, — die in der kapitalistischen Gesellschaft infolge deren wirtschaftlicher Struktur unermeßlich geringer ist als der Anteil des Proletariats an der Bevölkerungszahl — und die unausbleibliche Apathie und teils auch den Widerstand der kleinen Minderheit der vom Kapitalismus verdorbenen Arbeiteraristokratie, der alten trade-unionistischen und Konsumgenossenschaftsführer usw. in ein Nichts zu verwandeln. Schließlich kann nur die bereits tatsächlich vom Joch der Bourgeoisie und des bürgerlichen Staatsapparats befreite Masse, d. h. die Gesamtheit der Werktätigen und Aus-

gebeuteten, nachdem sie die Möglichkeit erhalten hat, sich tatsächlich frei (von den Ausbeutern) in ihren Sowjets zu organisieren, zum erstenmal in der Geschichte die ganze Initiative und Energie von Millionen durch den Kapitalismus bedrückter Menschen entfalten. Erst wenn die Sowjets zum einzigen Staatsapparat geworden sind, ist die tatsächliche Teilnahme an der Verwaltung seitens der ganzen Masse der Ausgebeuteten, die auch unter der aufgeklärtesten und freiesten bürgerlichen Demokratie in Wirklichkeit stets zu neunundneunzig Hundertsteln von der Teilnahme an der Verwaltung ausgeschlossen blieb, zu verwirklichen. Nur in den Sowjets fängt die Masse der Ausgebeuteten an, tatsächlich, nicht aus Büchern, sondern durch die eigene praktische Erfahrung zu lernen, wie das Werk des sozialistischen Aufbaus, der Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Disziplin, eines freien Bundes freier Arbeiter in Angriff zu nehmen ist.

2. Worin die unverzüglich und überall durchzuführende Vorbereitung zur Diktatur des Proletariats zu bestehen hat.

5. Der gegenwärtige Augenblick in der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung zeichnet sich dadurch aus, daß die Vorbereitung des Proletariats auf die Verwirklichung seiner Diktatur in der übergroßen Mehrheit der kapitalistischen Länder noch nicht beendet, sehr häufig sogar noch nicht einmal systematisch begonnen worden ist. Daraus folgt nicht, daß die proletarische Revolution in allernächster Zukunft unmöglich ist. Sie ist vollkommen möglich, denn die gesamte wirtschaftliche und politische Lage ist ungewöhnlich reich an Zündstoff und an Anlässen für ihr plötzliches Aufflammen. Eine weitere Vorbedingung für die Revolution außer der Vorbereitung des Proletariats, nämlich der allgemeine Zustand der Krise in allen herrschenden und in allen bürgerlichen Parteien liegt ebenfalls vor. Aber aus dem Gesagten folgt, daß die Aufgabe des Augenblicks für die kommunistischen Parteien jetzt darin besteht, die Revolution zu beschleunigen,

ohne sie durch künstliche Mittel hervorzurufen, ehe nicht eine genügende Vorbereitung erfolgt ist. Die Vorbereitung des Proletariats für die Revolution muß durch die Tat gefördert werden. Andererseits zwingen die oben erwähnten Fälle in der Geschichte vieler sozialistischer Parteien dazu, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die „Anerkennung" der Diktatur des Proletariats nicht nur ein bloßes Wort bleibt.

Die Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien vom Standpunkt der internationalen proletarischen Bewegung aus ist daher im gegenwärtigen Augenblick die Zusammenfassung der zersplitterten kommunistischen Kräfte, die Schaffung einer einigen kommunistischen Partei in jedem Lande (oder die Festigung und Erneuerung der bereits bestehenden Partei) zur Verzehnfachung der Arbeit für die Vorbereitung des Proletariats zur Eroberung der Staatsmacht in der Form der Diktatur des Proletariats. Die übliche sozialistische Arbeit der Gruppen und Parteien, die die Diktatur des Proletariats anerkennen, ist bei weitem noch nicht der grundlegenden Umformung und Erneuerung unterzogen worden, die erforderlich sind, damit diese Arbeit als kommunistisch und den Aufgaben des Vorabends der proletarischen Diktatur entsprechend, anerkannt werden kann.

6. Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat setzt seinem Klassenkampf gegen die Bourgeoisie kein Ende, sondern macht diesen Kampf im Gegenteil besonders ausgedehnt, scharf und schonungslos. Alle Gruppen, Parteien, aktiven Teilnehmer der Arbeiterbewegung, die vollständig oder teilweise auf dem Standpunkt des Reformismus, des „Zentrums" usw. stehen, treten infolge der äußersten Verschärfung des Kampfes unweigerlich entweder auf die Seite der Bourgeoisie oder auf die Seite der Schwankenden, oder (was am gefährlichsten ist) sie geraten unter die unzuverlässigen Freunde des siegreichen Proletariats. Daher erfordert die Vorbereitung der Diktatur des Proletariats nicht nur den verstärkten Kampf gegen die Tendenzen der Reformisten und „Zentrumsleute", sondern auch eine Veränderung des Charakters dieses Kampfes.

Der Kampf kann sich nicht auf die Klarstellung der Fehlerhaftigkeit dieser Tendenzen beschränken, sondern muß unerbittlich und schonungslos jede Persönlichkeit in der Arbeiterbewegung entlarven, die diese Tendenzen aufweist, denn anders kann das Proletariat nicht erkennen, mit wem es in den entscheidenden Kampf gegen die Bourgeoisie gehen muß. Dieser Kampf ist so geartet, daß er in jedem Augenblick die Waffe der Kritik durch eine Kritik der Waffe ersetzen kann — und, wie die Erfahrung bereits gelehrt hat, auch ersetzt. Jegliche Inkonsequenz oder Schwäche bei der Entlarvung derer, die sich als Reformisten oder „Zentrumsleute" erweisen, bedeutet eine direkte Vergrößerung der Gefahr des Sturzes der Macht des Proletariats durch die Bourgeoisie, die morgen für die Gegenrevolution das ausnutzen wird, was heute kurzsichtigen Leuten nur eine „theoretische Meinungsverschiedenheit" zu sein scheint.

7. Im besonderen darf man sich nicht auf die übliche prinzipielle Negierung jeglicher Zusammenarbeit des Proletariats mit der Bourgeoisie, eines jeglichen „Kollaborationismus" beschränken. Die einfache Verteidigung der „Freiheit" und „Gleichheit" verwandelt sich unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats — das niemals imstande sein wird, das Privateigentum mit einem Schlage völlig aufzuheben — bei Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in eine „Zusammenarbeit" mit der Bourgeoisie, die die Macht der Arbeiterklasse geradezu untergräbt. Denn die Diktatur des Proletariats bedeutet die staatliche Festigung und Beschützung — durch den ganzen Apparat der Staatsgewalt — der „Unfreiheit" für den Ausbeuter, sein Werk der Unterjochung und Ausbeutung fortzusetzen, der „Ungleichheit" des Eigentümers (d. h. desjenigen, der bestimmte, durch gesellschaftliche Arbeit geschaffene Produktionsmittel für sich persönlich eingezogen hat) mit dem Besitzlosen. Was vor dem Siege des Proletariats nur als theoretische Meinungsverschiedenheit in der Frage der „Demokratie" erscheint, wird morgen, nach dem Siege, unvermeidlich zu einer Frage, die mit

Waffengewalt entschieden wird. Folglich ist ohne grundlegende Veränderung des ganzen Charakters des Kampfes mit den „Zentrumsleuten" und „Verteidigern der Demokratie" selbst eine vorläufige Vorbereitung der Massen zur Verwirklichung der Diktatur des Proletariats unmöglich.

8. Die Diktatur des Proletariats ist die entschiedenste Form des Klassenkampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie. Dieser Kampf kann nur dann erfolgreich sein, wenn der revolutionäre Vortrupp des Proletariats dessen überwältigende Mehrheit hinter sich hat. Die Vorbereitung der Diktatur des Proletariats erfordert daher nicht nur die Klarstellung des bürgerlichen Charakters eines jeden Reformismus, jeder Verteidigung der Demokratie bei Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln; nicht nur die Entlarvung von Tendenzen, die in Wirklichkeit die Durchführung der Verteidigung der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung bedeuten — sie erfordert auch die Ersetzung der alten Führer durch Kommunisten in absolut allen Arten von proletarischen Organisationen, nicht nur in den politischen, sondern auch in den gewerkschaftlichen, konsumgenossenschaftlichen, Bildungsorganisationen usw. Je andauernder, vollständiger und festgefügter die Herrschaft der bürgerlichen Demokratie in dem betreffenden Lande war, um so mehr gelang es der Bourgeoisie, auf die Posten solcher Führer Leute zu stellen, die von ihr erzogen, von ihren Anschauungen und Vorurteilen durchtränkt und sehr häufig von ihr direkt oder indirekt gekauft sind. Es ist notwendig, diese Vertreter der Arbeiteraristokratie oder der verbürgerlichten Arbeiter hundertmal kühner als bisher von allen ihren Posten zu verdrängen und sie sogar durch unerfahrene Arbeiter zu ersetzen, wenn diese nur mit der ausgebeuteten Masse verknüpft sind und deren Vertrauen im Kampfe mit den Ausbeutern genießen. Die Diktatur des Proletariats wird die Ernennung solcher unerfahrenen Arbeiter auf die verantwortlichsten Posten im Staat erforderlich machen; sonst wird die Macht der Arbeiterregierung ohnmächtig sein und von der Masse nicht unterstützt werden.

9. Die Diktatur des Proletariats ist die vollkommenste Verwirklichung der Leitung aller Werktätigen und Ausgebeuteten, die von der Klasse der Kapitalisten unterjocht, getreten, gedrückt, eingeschüchtert, zersplittert, betrogen worden sind, durch die einzige Klasse, die zu einer solchen führenden Rolle durch die ganze Geschichte des Kapitalismus vorbereitet ist. Daher muß mit der Vorbereitung der Diktatur des Proletariats überall und unverzüglich begonnen und u. a. folgendermaßen verfahren werden:

In ausnahmslos allen Organisationen, Verbänden, Vereinigungen vor allem der proletarischen, dann aber auch der nichtproletarischen werktätigen und ausgebeuteten Masse (politischen, gewerkschaftlichen, militärischen, Kooperativ-, Bildungs-, Sportvereinen usw.) müssen Gruppen oder Zellen von Kommunisten geschaffen werden, hauptsächlich offene, aber auch geheime — letztere sind obligatorisch in jedem Fall, wo ihre Auflösung, die Verhaftung oder Verbannung ihrer Mitglieder durch die Bourgeoisie zu erwarten ist, — wobei diese Zellen, eng untereinander und mit der Parteizentrale verbunden, ihre Erfahrungen austauschen, die Arbeit der Agitation, Propaganda, Organisation leisten, sich absolut allen Gebieten des öffentlichen Lebens, absolut allen Spielarten und Gruppen der werktätigen Masse anpassen und durch diese vielseitige Arbeit systematisch sowohl sich selbst, als auch die Partei, die Klasse und die Massen erziehen müssen.

Hierbei ist es äußerst wichtig, die erforderlichen Methoden der gesamten Arbeit auszuarbeiten und zu entwickeln; einerseits in bezug auf die Führer oder verantwortlichen Vertreter, die durch spießbürgerliche und imperialistische Vorurteile hoffnungslos verdorben sind — diese „Führer" müssen schonungslos entlarvt und aus der Arbeiterbewegung vertrieben werden. Anderseits in bezug auf die Massen, die besonders nach dem imperialistischen Morden meist geneigt sind, der Lehre von der notwendigen Herrschaft des Proletariats als dem einzigen Ausweg aus der kapitalistischen Sklaverei Gehör zu schenken und sie anzunehmen. Man muß lernen, an die Massen besonders geduldig und vorsichtig heranzutreten, um die Eigenarten, die be-

sonderen Züge der Psychologie jeder Schicht, jedes Berufs usw. in dieser Masse verstehen zu können.

10. Im besonderen verdient *eine* von den Gruppen oder Zellen der Kommunisten die außerordentliche Aufmerksamkeit und Fürsorge der Partei, nämlich die parlamentarische Fraktion, d. h. die Gruppe von Parteimitgliedern, die Abgeordnete in bürgerlichen Vertretungskörperschaften sind (vor allem in den staatlichen, dann aber auch in den örtlichen, kommunalen usw.). Einerseits hat gerade diese Tribüne eine besonders wichtige Bedeutung in den Augen breitester Schichten der zurückgebliebenen oder mit spießbürgerlichen Vorurteilen durchtränkten werktätigen Masse; daher müssen die Kommunisten unbedingt gerade von dieser Tribüne herab die Arbeit der Propaganda, Agitation und Organisation leisten und die Massen darüber aufklären, warum in Rußland die Auseinandertreibung des bürgerlichen Parlaments durch den allgemeinen Sowjetkongreß gesetzmäßig war (und zur gegebenen Zeit in jedem beliebigen Lande gesetzmäßig wird). Anderseits hat die ganze Geschichte der bürgerlichen Demokratie aus der Parlamentstribüne, besonders in den vorgeschrittenen Ländern, das hauptsächlichste oder eines der hauptsächlichsten Gebiete für unerhörte Gaunereien, finanziellen und politischen Betrug des Volkes, Strebertum, Heuchelei und Bedrückung der Werktätigen gemacht. Daher ist der glühende Haß der besten Vertreter des revolutionären Proletariats gegen die Parlamente völlig gerechtfertigt. Deshalb ist von den kommunistischen Parteien sowie allen Parteien der kommunistischen Internationale — besonders wenn diese Parteien nicht durch Abspaltung von den alten Parteien und andauernden hartnäckigen Kampf mit ihnen entstanden sind, sondern durch den (häufig nur scheinbaren) Uebergang der alten Parteien zu neuen politischen Stellungen — ein ganz außerordentlich strenges Verhalten gegen ihre parlamentarischen Fraktionen erforderlich: ihre volle Unterordnung unter die Kontrolle und die Anweisungen des Zentralkomitees der Partei; Aufnahme von hauptsächlich revolutionären Arbeitern in ihren Bestand; aufmerksamste Analyse der Reden der Parlamentarier in der Parteipresse und in Parteiversamm-

lungen vom kommunistischen Standpunkt: Abkommandierung der Abgeordneten zur Agitationsarbeit unter den Massen, Ausschluß aller derer aus diesen Fraktionen, die Tendenzen der II. Internationale zeigen usw.

11. Eine der Hauptursachen, die die revolutionäre Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern erschweren, besteht darin, daß es dem Kapital dank dem Kolonialbesitz und den Surplusprofiten des Finanzkapitals usw. hier gelungen ist, eine verhältnismäßig breitere und standfestere Schicht der kleinen Minderheit der Arbeiteraristokratie auszuscheiden. Sie genießt die besten Lohnbedingungen und ist am meisten vom Geist zünftiger Beschränktheit, von spießbürgerlichen und imperialistischen Vorurteilen durchdrungen. Das ist die wahre soziale „Stütze" der II. Internationale der Reformisten und „Zentrumsleute", und im gegenwärtigen Augenblick ist dies beinahe die einzige soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Keine auch nur vorläufige Vorbereitung des Proletariats zum Sturz der Bourgeoisie ist ohne unverzüglichen, systematischen, ausgedehnten, offenen Kampf mit dieser Schicht möglich, die zweifellos — wie durch die Erfahrung schon völlig erwiesen ist — nach dem Siege des Proletariats nicht wenige Elemente für die bürgerlichen weißen Garden liefern wird. Alle der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien müssen um jeden Preis die Losung durchführen: „tiefer in die Massen", „engere Verbindung mit den Massen", wobei unter den Massen die Gesamtheit der Werktätigen und vom Kapital Ausgebeuteten zu verstehen ist, besonders diejenigen, die am wenigsten organisiert und aufgeklärt, am stärksten bedrückt und der Organisation am wenigsten zugänglich sind.

Das Proletariat wird nur insofern revolutionär, als es sich nicht in enge Zunftgrenzen einschließt, nur soweit, wie es an allen Erscheinungen und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens als Führer der gesamten werktätigen und ausgebeuteten Masse teilnimmt — und es kann seine Diktatur unmöglich verwirklichen, wenn es um des Sieges über die Bourgeoisie willen nicht zu den größten Opfern bereit und fähig ist. Sowohl prinzipielle als auch

praktische Bedeutung hat in dieser Hinsicht die Erfahrung Rußlands, wo das Proletariat seine Diktatur nicht hätte verwirklichen, die allgemeine Achtung und das Vertrauen der gesamten werktätigen Masse nicht hätte erobern können, wenn es in den schwersten Zeiten des Ansturms, des Krieges, der Blockade durch die Weltbourgeoisie nicht die größten Opfer gebracht und mehr gehungert hätte, als alle anderen Schichten dieser Masse.

Im besonderen ist die allseitige und selbstverleugnende Unterstützung durch die kommunistische Partei und das ganze fortgeschrittene Proletariat besonders in bezug auf die breite, elementare Massenstreikbewegung erforderlich, die allein imstande ist, unter dem Joch des Kapitals die Massen tatsächlich zu wecken, in Bewegung zu bringen, aufzuklären und zu organisieren, sowie in ihnen volles Vertrauen zur Führerrolle des revolutionären Proletariats großzuziehen. Ohne diese Vorbereitung ist keine Diktatur des Proletariats möglich, und Leute, die fähig sind, öffentlich gegen Streiks aufzutreten, wie Kautsky in Deutschland, Turati in Italien, können in Parteien, die der Kommunistischen Internationale angeschlossen sind, unter keinen Umständen geduldet werden. In noch höherem Maße gilt das natürlich von den trade-unionistischen und parlamentarischen Führern, die die Arbeiter häufig verraten, indem sie sie aus der Erfahrung der Streiks den Reformismus lehren und nicht die Revolution, z. B. Jouhaux in Frankreich, Gompers in Amerika, J. H. Thomas in England.

12. Für alle Länder, sogar die freiesten, „legalsten" und „friedlichsten" im Sinne der geringsten Schärfe des Klassenkampfes ist die Periode völlig herangereift, wo es für jede kommunistische Partei unbedingt erforderlich ist, die legale und die illegale Arbeit, die legale und die illegale Organisation systematisch zu vereinigen. Denn auch in den aufgeklärtesten und freiesten Ländern mit „standfestester" bürgerlich-demokratischer Ordnung greifen die Regierungen bereits systematisch, entgegen ihren lügnerischen und heuchlerischen Erklärungen, zur Führung geheimer Listen der Kommunisten, zu endlosen Verletzungen ihrer eigenen Verfassung, zur halbgeheimen und geheimen Unter-

stützung der Weißgardisten und zur Ermordung der Kommunisten in allen Ländern, zur geheimen Vorbereitung von Verhaftungen der Kommunisten, zur Einschmuggelung von Provokateuren in die Kreise der Kommunisten usw. Nur das reaktionärste Spießbürgertum, mit welchen schönen „demokratischen" und pazifistischen Phrasen es sich auch bemänteln mag, kann diese Tatsache oder die notwendige Folge daraus ableugnen: unverzügliche Bildung illegaler Organisationen durch alle kommunistischen Parteien zwecks systematischer illegaler Arbeit und voller Vorbereitung auf den Augenblick, da die bürgerlichen Verfolgungen in Erscheinung treten. Besonders notwendig ist die illegale Arbeit im Heer, in der Flotte und Polizei; denn nach dem großen imperialistischen Morden haben alle Regierungen Angst bekommen vor dem Volksheer, das den Bauern und Arbeitern offen steht, und haben angefangen, insgeheim zu allen möglichen Mitteln zu greifen, zur Auswahl von Truppenteilen, die aus der Bourgeoisie rekrutiert und mit besonders vervollkommneter Technik speziell ausgerüstet sind.

Anderseits ist es auch notwendig, sich in allen Fällen ohne Ausnahme nicht nur auf die illegale Arbeit zu beschränken, sondern auch die legale durchzuführen, zu diesem Zweck alle Schwierigkeiten zu überwinden, legale Preßorgane und legale Organisationen unter den verschiedenartigsten und, wenn nötig, häufig wechselnden Benennungen zu gründen. So handeln die illegalen kommunistischen Parteien in Finnland, Ungarn, zum Teil in Deutschland, Polen, Lettland usw. So müssen die „Industriearbeiter der Welt" (I. W. W.) in Amerika handeln, so werden alle legalen kommunistischen Parteien handeln müssen, wenn es den Staatsanwälten genehm sein wird, auf Grund von Beschlüssen der Kongresse der Kommunistischen Internationale usw. Verfolgungen einzuleiten.

Die unbedingte prinzipielle Notwendigkeit der Vereinigung von illegaler und legaler Arbeit wird nicht nur durch die Gesamtheit der Eigentümlichkeiten der gegenwärtigen Periode des Vorabends der proletarischen Diktatur bestimmt, sondern auch durch die Notwendigkeit, der Bourgeoisie zu beweisen, daß es kein Ge-

biet und Arbeitsfeld gibt und geben kann, das die Kommunisten nicht erobern, und vor allem dadurch, daß es noch überall breite Schichten des Proletariats und mehr noch der nichtproletarischen werktätigen und ausgebeuteten Masse gibt, die der bürgerlich-demokratischen Legalität noch vertrauen und die vom Gegenteil zu überzeugen für uns sehr wichtig ist.

13. Speziell zeigt die Lage der Arbeiterpresse in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern besonders anschaulich sowohl die ganze Verlogenheit der Freiheit und Gleichheit unter der bürgerlichen Demokratie, als auch die Notwendigkeit einer systematischen Vereinigung von legaler und illegaler Arbeit. Sowohl im besiegten Deutschland als auch im siegreichen Amerika werden die ganze Macht des Staatsapparates der Bourgeoisie und alle Streiche ihrer Finanzkönige angewandt, um den Arbeitern ihre Presse zu nehmen: sowohl gerichtliche Verfolgungen und Verhaftungen (selbst Ermordungen durch gedungene Mörder) ihrer Redakteure, als auch das Verbot der Postbeförderung, Verweigerung von Papier usw. Zudem befindet sich das für eine Tageszeitung erforderliche Nachrichtenmaterial in den Händen der bürgerlichen Telegraphenagenturen, und die Anzeigen, ohne die eine große Zeitung sich nicht rentiert, stehen zur „freien" Verfügung der Kapitalisten. So nimmt die Bourgeoisie durch Betrug und durch den Druck des Kapitals und der bürgerlichen Herrschaft dem revolutionären Proletariat seine Presse.

Zum Kampfe dagegen müssen die kommunistischen Parteien einen neuen Typus der periodischen Presse zur Massenverbreitung unter den Arbeitern schaffen: erstens legale Ausgaben, die, ohne sich als kommunistisch zu bezeichnen und ohne von ihrer Zugehörigkeit zur Partei zu reden, lernen sollen, auch die kleinste Legalität auszunutzen, wie die Bolschewiki es unter dem Zaren nach 1905 taten; zweitens illegale Blätter, wenn auch kleinsten Umfanges und unregelmäßig erscheinend, die aber in einer Menge von Druckereien durch die Arbeiter nachgedruckt werden (insgeheim, oder wenn die Bewegung erstarkt ist, durch revolutionäre Inbesitznahme der Druckereien) und dem Proletariat freie, revolutionäre Information und revolutionäre Losungen geben.

Ohne einen die Massen mitreißenden revolutionären Kampf für die Freiheit der kommunistischen Presse ist die Vorbereitung zur Diktatur des Proletariats unmöglich.

3. Die Ausgleichung der Linie in der politischen Haltung und – teilweise auch des Bestandes der Parteien, die der Kommunistischen Internationale angeschlossen sind oder sich ihr anschließen wollen.

14. Der Grad der Vorbereitung des Proletariats der — vom Standpunkt der Weltwirtschaft und Weltpolitik — wichtigsten Länder zur Verwirklichung seiner Diktatur, wird mit größter Objektivität und Genauigkeit dadurch bezeichnet, daß die einflußreichsten Parteien der II. Internationale, die Sozialistische Partei Frankreichs, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands, die Amerikanische Sozialistische Partei aus dieser gelben Internationale ausgetreten sind und beschlossen haben, sich der Kommunistischen Internationale bedingt anzuschließen. Das beweist, daß nicht nur der Vortrupp, sondern auch die Mehrheit des revolutionären Proletariats, durch den Gang der Ereignisse überzeugt, begonnen hat, auf unsere Seite überzugehen. Die Hauptsache ist jetzt, daß man verstehen muß, diesen Uebergang perfekt zu machen und das Erreichte dauernd organisatorisch zu sichern, damit auf der ganzen Linie ohne die geringste Zögerung vorgegangen werden kann.

15. Die ganze Tätigkeit der genannten Parteien (denen man noch eventuell die Schweizerische Sozialistische Partei hinzufügen muß) beweist, und jedes periodische Organ dieser Parteien bekräftigt anschaulich, daß diese Tätigkeit noch nicht kommunistisch ist und nicht selten den Grundprinzipien der Kommunistischen Internationale direkt zuwiderläuft, nämlich: der Anerkennung der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht statt der bürgerlichen Demokratie.

Daher hat der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale beschlossen, daß sie es nicht für möglich erachtet, diese Parteien unverzüglich aufzunehmen; daß sie die Antwort bestätigt,

die das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale den deutschen „Unabhängigen" gegeben hat; ;daß sie ihre Bereitschaft bestätigt, Verhandlungen mit jeder beliebigen Partei zu führen, die aus der II. Internationale austritt und sich der Kommunistischen annähern will; daß sie den Delegierten solcher Parteien beratende Stimme auf allen ihren Kongressen und Konferenzen einräumt; daß sie für die volle Vereinigung dieser (und ähnlicher) Parteien mit der Kommunistischen Internationale folgende Bedingungen stellt:

1. Veröffentlichung aller Entscheidungen aller Kongresse der Kommunistischen Internationale und ihres Exekutivkomitees in allen periodischen Organen der Partei.

2. Erörterung derselben in besonderen Versammlungen aller Sektionen oder Ortsgruppen der Partei.

3. Einberufung — nach dieser Erörterung — eines Sonderkongresses der Partei, um das Fazit zu ziehen. Dieser Kongreß muß sobald als möglich und nicht später als 4 Monate nach dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale einberufen werden.

4. Reinigung der Partei von Elementen, die fortfahren, im Geiste der II. Internationale zu handeln.

5. Uebergang aller periodischen Organe der Partei in die Hände ausschließlich kommunistischer Redaktionen.

6. Parteien, die jetzt in die Kommunistische Internationale eintreten wollen, aber die noch nicht radikal mit ihrer alten Taktik gebrochen haben, müssen darauf achten, daß zwei Drittel der Mitglieder ihres Zentralkomitees und ihrer zentralen Institutionen aus Genossen bestehen, die sich schon vor dem II. Kongreß öffentlich für den Beitritt zur Kommunistischen Internationale ausgesprochen haben. Ausnahmen können nur mit Zustimmung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale gemacht werden.

7. Die Mitglieder der Partei, welche die von der Kommunistischen Internationale ausgearbeiteten Bedingungen und Thesen verwerfen, müssen ausgeschlossen werden. Dasselbe gilt entsprechend für die Mitglieder des außerordentlichen Kongresses.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale beauftragt das Exekutivkomitee, die genannten und ähnliche Parteien formell in die Kommunistische Internationale aufzunehmen, nachdem es vorher nachgeprüft hat, daß alle diese Bedingungen wirklich erfüllt worden sind und der Charakter der Parteitätigkeit kommunistisch geworden ist.

16. In der Frage, wie sich die Kommunisten, die jetzt die Minderheit bilden, auf verantwortlichen Posten der genannten und ähnlichen Parteien zu verhalten haben, hat der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale bestimmt, daß angesichts der raschen gegenwärtigen Entwicklung und des revolutionären Geistes der Massen, der Austritt der Kommunisten aus ihnen nicht wünschenswert ist, solange sie die Möglichkeit haben, in diesen Parteien im Sinne der Anerkennung der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht, sowie im Sinne der Kritik an den in diesen Parteien noch übriggebliebenen Opportunisten und Zentrumsleuten zu arbeiten. Jedesmal, wenn der linke Flügel einer Zentrumspartei genügend stark geworden ist, und es die Entwicklung der kommunistischen Bewegung erheischt, kann er als Gesamtheit die Partei verlassen und eine kommunistische Partei bilden.

Gleichzeitig spricht sich der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale auch für den Anschluß der kommunistischen oder mit dem Kommunismus sympathisierenden Gruppen und Organisationen in England an die „Arbeiterpartei" (Labour Party) aus, obgleich diese der II. Internationale angehört. Denn solange diese Partei für die ihrem Bestande angehörenden Organisationen ihre jetzige Freiheit der Kritik und Freiheit der Propaganda-Agitations- und Organisationstätigkeit für die Diktatur des Proletariats und die Sowjetmacht aufrechterhält, solange diese Partei den Charakter einer Vereinigung aller Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiterklasse bewahrt, müssen die Kommunisten unbedingt alle Schritte tun und auf gewisse organisatorische Kompromisse eingehen, um die Möglichkeit zu haben, auf die breitesten Arbeitermassen einzuwirken, ihre opportunistischen Führer von einer höheren und den Massen sichtbaren Tribüne herab zu entlarven, den Uebergang der politischen Macht von den direkten

Vertretern der Bourgeoisie zu den „Arbeiterleutnants der Kapitalistenklasse" zu beschleunigen, um die Massen rasch von ihren letzten Illusionen in dieser Hinsicht zu heilen.

17. Was die Italienische Sozialistische Partei anbetrifft, so erkennt der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale an, daß die im vergangenen Jahre von dieser Partei auf dem Kongreß in Bologna beschlossene Revision des Programms eine sehr wichtige Etappe in der Umgestaltung zum Kommunismus darstellt, und daß die von der Turiner Sektion dem Nationalrat der Partei vorgelegten und in der Zeitschrift „L'Ordine Nuovo" vom 8. Mai 1920 veröffentlichten Vorschläge allen Grundprinzipien der Kommunistischen Internationale entsprechen. Der Kongreß bittet die Italienische Sozialistische Partei, auf dem nächsten Kongreß, der gemäß den eigenen Statuten und den allgemeinen Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale stattfinden wird, die erwähnten Vorschläge und alle Entscheidungen des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale, besonders hinsichtlich der Parlamentsfraktion, der Gewerkschaften und der nicht kommunistischen Elemente in der Partei zu prüfen.

18. Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale erkennt als unrichtig die Ansichten über die Beziehungen der Partei zu Klasse und Masse, über die Unverbindlichkeit der Teilnahme der kommunistischen Partei an den bürgerlichen Parlamenten und reaktionärsten Gewerkschaften an, die in besonderen Beschlüssen des zweiten Kongresses eingehend widerlegt sind und am vollständigsten durch die „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands" (K. A. P. D.) verteidigt werden, sowie teilweise von der „Kommunistischen Partei der Schweiz", dem Organ des Osteuropäischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale „Der Kommunismus" in Wien, und einigen holländischen Genossen, ferner von einigen kommunistischen Organisationen in England, z. B. der „Sozialistischen Arbeiterföderation" u. a., sowie von den „Industriearbeitern der Welt" (I. W. W.) in Amerika und von den Shop Stewards Committees in England usw.

Trotzdem hält der II. Kongreß der Kommunistischen Inter-

nationale die unverzügliche Angliederung derjenigen von diesen Organisationen an die Kommunistische Internationale für möglich und wünschenswert, die sich noch nicht offiziell angeschlossen haben, denn in diesem Falle, besonders hinsichtlich der „Industriearbeiter der Welt" in Amerika und Australien, sowie den „Shop Stewards" in England haben wir es mit einer tief proletarischen Massenbewegung zu tun, die in ihrer Grundlage tatsächlich auf dem Boden der wesentlichsten Prinzipien der Kommunistischen Internationale steht. In solchen Organisationen erklären sich die falschen Ansichten über die Teilnahme an den bürgerlichen Parlamenten weniger durch die Rolle von Herkömmlingen aus der Bourgeoisie, die ihre, im Grunde kleinbürgerlichen Ansichten hineinbringen — die auch häufig die Ansichten der Anarchisten sind, — sondern durch die politische Unerfahrenheit völlig revolutionärer und mit der Masse verknüpfter Proletarier.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale bittet daher alle kommunistischen Organisationen und Gruppen in den angelsächsischen Ländern, selbst wenn der unverzügliche Anschluß der „Industriearbeiter der Welt" (I. W. W.) und der „Shop Stewards" nicht erfolgen sollte, eine Politik der freundschaftlichen Beziehungen zu diesen Organisationen, der Annäherung an sie und die mit ihnen sympathisierende Masse zu führen und ihnen vom Standpunkt der Erfahrungen aller Revolutionen und insbesondere der drei russischen Revolutionen im XX. Jahrhundert freundschaftlich die Fehlerhaftigkeit ihrer obenangeführten Ansichten klarzulegen und auf wiederholte Versuche der Verschmelzung mit diesen Organisationen zu einer einigen kommunistischen Partei nicht zu verzichten.

19. Im Zusammenhang hiermit lenkt der Kongreß die Aufmerksamkeit aller Genossen, besonders in den romanischen und angelsächsischen Ländern darauf, daß unter den Anarchisten nach dem Kriege in der ganzen Welt eine tiefe, geistige Scheidung in der Frage der Stellung zur Diktatur des Proletariats und zur Sowjetmacht vor sich geht. Dabei ist gerade unter den proletarischen Elementen, die häufig durch den völlig gerechtfertigten Haß gegen den Opportunismus und Reformismus der Parteien

der II. Internationale zum Anarchismus getrieben worden sind, eine besonders richtige Auffassung dieser Prinzipien bemerkbar. Die Auffassung nimmt um so mehr an Verbreitung zu, je eingehender sie mit den Erfahrungen Rußlands, Finnlands, Ungarns, Lettlands, Polens, Deutschlands bekannt werden.

Der Kongreß sieht es daher als Pflicht aller Genossen an, den Uebergang aller massenproletarischen Elemente vom Anarchismus zur Kommunistischen Internationale nach Kräften zu unterstützen. Der Kongreß erklärt, daß der Erfolg der Arbeit der wahrhaft kommunistischen Parteien unter anderem daran zu ermessen ist, in wieweit es ihnen gelungen ist, alle massenproletarischen Elemente vom Anarchismus auf ihre Seite hinüberzuziehen.

Leitsätze über die Agrarfrage.

1. Nur das von der Kommunistischen Partei geführte städtische und industrielle Proletariat vermag die werktätigen Massen des flachen Landes vom Joche des Kapitals und des Großgrundbesitzes zu befreien, vor dem Verfall und vor imperialistischen Kriegen zu bewahren, die bei Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems stets und ständig unvermeidlich sind. Die werktätigen Massen auf dem Lande können nicht anders als im Bunde mit dem kommunistischen Proletariat, in der rückhaltlosen Unterstützung seines revolutionären Kampfes zum Sturze des Joches der Junker (Großgrundbesitzer) und der Bourgeoisie ihre Rettung finden. Anderseits können die Industriearbeiter ihrer weltgeschichtlichen Aufgabe der Befreiung der Menschheit vom Joche des Kapitals und der Kriege nicht nachkommen, wenn diese Arbeiter sich in den Kreis von zünftigen, enggewerkschaftlichen Interessen einschließen und sich selbstgefällig auf die Bemühungen um Verbesserung ihrer mitunter leidlichen, kleinbürgerlichen Lage beschränken. Aber gerade so ist es in vielen fortgeschrittenen Ländern um die „Arbeiteraristokratie" bestellt, welche die Grundlage der angeblich sozialistischen Parteien der II. Internationale bildet, in Wirklichkeit aber den schlimmsten Feind des Sozialismus, seine Verräter, kleinbürgerliche Hurrapatrioten und Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung darstellt. Eine wirklich revolutionäre, eine wirklich sozialistisch handelnde Klasse ist das Proletariat nur unter der Bedingung, daß es als Vortrupp aller Werktätigen und Ausgebeuteten, als Führer im Kampf um den Sturz der Ausbeuter auftritt und handelt. Dies ist jedoch un-

durchführbar ohne die Uebertragung des Klassenkampfes auf das Land, ohne die Sammlung der werktätigen Massen des flachen Landes, ohne die Kommunistische Partei des städtischen Proletariats, ohne die Erziehung des ländlichen Proletariats durch das städtische.

2. Die werktätigen und ausgebeuteten Massen des flachen Landes, die das städtische Proletariat in den Kampf führen oder jedenfalls auf seine Seite ziehen muß, sind in den kapitalistischen Ländern durch folgende Gruppen vertreten:

Erstens: Durch das landwirtschaftliche Proletariat, die Lohnarbeiter (Saison-, Wanderarbeiter und Tagelöhner), die ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit in den landwirtschaftlichen und mit ihnen verbundenen industriellen Unternehmungen finden. Die selbständige, von den übrigen Gruppen der Landbevölkerung getrennte Organisation dieser Klasse einschließlich der Forstarbeiter, Gutshandwerker usw. (politische wie militärische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche Organisation, desgleichen für Bildungswesen usw.), eine gesteigerte Propaganda und Agitation unter dieser Gruppe und das Herüberziehen dieser Gruppe auf die Seite der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats, — das ist die grundlegende Aufgabe der Kommunistischen Partei in allen Ländern.

Zweitens: Durch die Halbproletarier oder die Parzellenbauern, d. h. durch diejenigen, die ihren Lebensunterhalt teils durch Lohnarbeit in landwirtschaftlichen, industriellen und kapitalistischen Unternehmungen, teils dadurch finden, daß sie sich auf ihrem eigenen oder einem gepachteten Fleckchen Land abmühen, das nur einen Teil der für ihre Familie notwendigen Lebensmittel abgibt. Diese Gruppe der werktätigen ländlichen Bevölkerung ist in allen kapitalistischen Ländern überaus zahlreich; ihre Existenz und ihre besondere Lage wird aber von den Vertretern der Bourgeoisie und den zur II. Internationale gehörigen Sozialisten vertuscht. Das geschieht zum Teil bewußt, um die Arbeiter irrezuführen, zum Teil infolge der gewöhnlichen spießbürgerlichen Anschauungen, die diese Gruppe mit der Masse der Bauernschaft im allgemeinen verwechselt. Diese

Methode der bürgerlichen Irreführung der Arbeiter ist am meisten in Deutschland und Frankreich zu beobachten, dann aber auch in Amerika und den übrigen Ländern. Bei richtiger Organisation der Arbeit der Kommunistischen Partei kann diese Gruppe sichere Anhängerin der Partei werden; denn die Lage dieser Halbproletarier ist eine sehr schwere, und der ihnen durch die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats gewährte Vorteil ist groß und sofort wirksam.

In einigen Ländern ist die erste und die zweite Gruppe nicht streng voneinander geschieden. Ihre gemeinsame Organisation ist daher unter besonderen Verhältnissen zulässig.

Drittens: Die Kleinbauern, d. h. die Landwirte, die Eigentümer oder Pächter kleiner Grundstücke sind, welche die Bedürfnisse ihrer Familie und ihrer Wirtschaft gerade decken und die keine fremde Arbeitskraft mieten. Diese Schicht gewinnt unbedingt durch den Sieg des Proletariats, der ihr sofort verschafft: a) Befreiung von der Bezahlung des Pachtzinses oder eines Teiles der Ernte (z. B. die Metayers in Frankreich und in Italien usw.) an die Grundbesitzer; b) Befreiung von Hypothekenlasten, Kaufschillingen; c) Befreiung von den verschiedenartigsten Formen des Joches der Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern (Wald- und Weidebenutzung usw.); d) die sofortige Hilfe für ihre Wirtschaft durch die proletarische Staatsmacht (die Möglichkeit, landwirtschaftliche Geräte und einen Teil der Gelände der durch das Proletariat enteigneten großkapitalistischen Wirtschaften zu benutzen; die sofortige Umwandlung der Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften durch die proletarische Staatsmacht aus Organisationen, die unter dem Kapitalismus in erster Linie den reichen und mächtigen Bauern gedient haben, in Organisationen, die in erster Linie den Armen, d. h. den Proletariern, Halbproletariern und Kleinbauern helfen usw.).

Zu gleicher Zeit muß sich die Kommunistische Partei dessen bewußt sein, daß in der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus, d. h. während der Dauer der Diktatur des Proletariats, in dieser Schicht wenigstens zum Teil Schwankungen

nach der Seite der völligen Handelsfreiheit und des freien Verfügungsrechtes über den Privatbesitz unvermeidlich sind. Denn diese Schicht, die, wenn auch nur in geringem Maße, als Verkäufer von Lebensmitteln auftritt, ist durch Handels- und Eigentümergewohnheiten gebunden. Bei fester proletarischer Politik, bei entschlossener Abrechnung des siegreichen Proletariats mit den Grundbesitzern und Großbauern können jedoch die Schwankungen dieser Schicht nicht bedeutend sein. Sie sind auch nicht imstande, etwas an der Tatsache zu ändern, daß die Kleinbauern im großen und ganzen auf der Seite der proletarischen Umwälzung stehen werden.

3. Die drei obengenannten Gruppen zusammengenommen bilden in allen Ländern die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung. Daher ist der Enderfolg der proletarischen Umwälzung nicht nur für die Städte, sondern auch für das flache Land sichergestellt. Die entgegengesetzte Meinung ist weitverbreitet. Sie hält sich aber nur, erstens durch den systematischen Betrug der bürgerlichen Wissenschaft und Statistik, die mit allen Mitteln den tiefen Abgrund zwischen den genannten Schichten des flachen Landes und den Ausbeutern, den Grundbesitzern und Kapitalisten wie auch den zwischen den Halbproletariern und den Kleinbauern einerseits und den Großbauern anderseits vertuscht. Zweitens hält sie sich kraft des Unvermögens und der Unlust der Helden der II. Internationale und der durch die imperialistischen Vorrechte demoralisierten „Arbeiteraristokratie", eine wirklich proletarische, revolutionäre Propaganda, Agitations- und Organisationsarbeit unter der ländlichen werktätigen Bevölkerung zu führen. Die gesamte Aufmerksamkeit der Opportunisten war und ist auf die Erfindung einer theoretischen und praktischen Verständigung mit der Bourgeoisie einschließlich der großen und mittleren Bauernschaft gerichtet und nicht auf den revolutionären Sturz der bürgerlichen Regierung und der Bourgeoisie durch das Proletariat. Drittens hält sich diese falsche Meinung infolge eines hartnäckigen Vorurteils, das mit allen bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteilen zusammenhängt. Dieses Vorurteil wehrt sich gegen

eine Wahrheit, die durch den theoretischen Marxismus durchaus bewiesen und durch die Erfahrung der proletarischen Revolution in Rußland vollauf bestätigt worden ist, nämlich dagegen, daß mit Ausnahme der Landarbeiter, die jetzt schon zur Revolution stehen, die zersplitterte, niedergedrückte und verschüchterte, in allen, selbst den fortgeschrittensten Ländern, zu halbbarbarischer Lebenshaltung verurteilte Landbevölkerung der obengenannten Gruppen, die wirtschaftlich, sozial und kulturell am Siege des Sozialismus interessiert sind, erst dann das revolutionäre Proletariat entschieden unterstützen kann, nachdem die politische Macht durch das Proletariat erobert, nachdem mit den Großgrundbesitzern und Kapitalisten entschieden abgerechnet worden ist und nachdem jene Schichten in der Praxis sehen, daß sie einen organisierten Führer und Verteidiger haben, der mächtig und fest genug ist, ihnen zu helfen und sie auf den richtigen Weg zu leiten.

4. Unter mittlerer Bauernschaft im wirtschaftlichen Sinne sind die kleinen Landwirte zu verstehen, d. h. Eigentümer oder Pächter kleiner Grundstücke, die unter dem Kapitalismus in der Regel nicht nur der Familie und der Wirtschaft Unterhalt gewähren, sondern auch noch einen kleinen Ueberschuß abgeben, der wenigstens in den günstigsten Jahren in Kapital verwandelt werden kann; auch sind die Landwirte häufig in der Lage, fremde Arbeitskraft zu mieten. Als Beispiel der mittleren Bauernschaft in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Lande kann in Deutschland laut Zählung des Jahres 1907 eine Gruppe mit Wirtschaften von 5 bis 10 ha Land dienen, in denen die Zahl der beschäftigten landwirtschaftlichen Lohnarbeiter etwa ein Drittel der Anzahl der Wirtschaften dieser Gruppe beträgt. In Frankreich, wo Sonderkulturen (z. B. Weinbau) betrieben werden, die einen besonders großen Aufwand von Arbeitern erfordern, benutzt diese Gruppe wahrscheinlich in noch größerem Umfange fremde, gemietete Landarbeiter.

Das revolutionäre Proletariat kann es sich, wenigstens für die nächste Zukunft und für den Beginn der Periode der Diktatur des Proletariats, nicht zur Aufgabe machen, diese Schicht

auf seine Seite zu ziehen. Es muß sich vielmehr auf die Aufgabe beschränken, sie zu neutralisieren, d. h. zu verhindern, daß sie im Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie der letzten aktive Hilfe leistet. Das Hinundherschwanken dieser Schicht ist unvermeidlich, und zu Beginn der neuen Epoche wird ihre vorwiegende Tendenz in den kapitalistisch entwickelten Ländern zugunsten der Bourgeoisie ausfallen: denn die Weltanschauung und die Stimmungen der Eigentümer sind überwiegend privat-kapitalistisch orientiert. Das siegreiche Proletariat wird die Lage dieser Schicht durch Aufhebung des Pachtzinses und der Hypothekenschulden, durch Hergabe von Maschinen, Einführung der Elektrizität in die landwirtschaftlichen Betriebe usw. verbessern. Die sofortige Aufhebung des Privateigentums durch die proletarische Macht kommt in den meisten kapitalistischen Staaten keineswegs in Frage. Wohl aber wird die proletarische Staatsmacht die Aufhebung aller aus dem Privateigentum herrührenden Pflichten für diese Schicht durchführen. Auf jeden Fall garantiert die proletarische Macht der kleinen und mittleren Bauernschaft nicht nur, daß ihnen ihre Grundstücke erhalten bleiben, sondern auch, daß sie um die gesamte bis dahin gepachtete Fläche vergrößert werden (durch Aufhebung des Pachtzinses).

Die Vereinigung von Maßnahmen dieser Art mit dem schonungslosen Kampf gegen die Bourgeoisie garantiert den Erfolg der Neutralisierungspolitik. Den Uebergang zum kollektiven landwirtschaftlichen Betrieb kann die proletarische Staatsmacht nur mit größter Vorsicht und allmählich, durch die Kraft des Beispiels (durch Hergabe von Maschinen, Einführung von technischen Verbesserungen, Elektrifizierung), ohne jede Gewalttat, in der mittleren Bauernschaft durchführen.

5. Als *Großbauernschaft* sind die kapitalistischen Unternehmungen in der Landwirtschaft zu betrachten, die in der Regel mit einigen Lohnarbeitern wirtschaften und mit der Bauernschaft nur durch ihre Kulturstufe, ihre Lebensart und durch persönliche, körperliche Mitarbeit in ihrer Wirtschaft verbunden sind.

Dies ist die zahlreichste der bürgerlichen Schichten, die unmittelbare und entschiedene Feinde des revolutionären Proletariats sind. Auf die Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Mehrheit der Landbevölkerung von dem geistigen und politischen Einfluß dieser Ausbeuter, auf den Kampf mit dieser Schicht muß bei der Arbeit der Kommunistischen Partei auf dem Lande das Hauptaugenmerk gerichtet sein.

Nach dem Sieg des Proletariats in den Städten sind von dieser Schicht alle möglichen Aeußerungen von Widerstand, Sabotage und unmittelbarem bewaffneten Widerstand gegenrevolutionären Charakters unvermeidlich. Daher muß das revolutionäre Proletariat sofort mit der geistigen und organisatorischen Vorbereitung der notwendigen Kräfte beginnen, um diese Schicht zu entwaffnen und ihr, neben dem Sturz der Kapitalisten der Industrie, bei der ersten Aeußerung von Widerständen einen entscheidenden, schonungslosen, vernichtenden Schlag zu versetzen. Zu diesem Zweck muß das ländliche Proletariat bewaffnet und in Sowjets (Gutsräten) organisiert werden, in denen für Ausbeuter kein Platz sein darf und den Proletariern und Halbproletariern der überwiegende Einfluß gesichert werden muß.

Die Enteignung der Großbauern selbst darf jedoch nicht die unmittelbare Aufgabe des siegreichen Proletariats sein; denn für die Vergesellschaftung solcher Wirtschaften sind die materiellen, insbesondere die technischen, ferner auch die sozialen Bedingungen noch nicht vorhanden. In einzelnen Fällen, wahrscheinlich in Ausnahmefällen, werden jene Teile ihrer Grundstücke enteignet werden, die verpachtet oder für die kleinbäuerliche Bevölkerung der Umgebung besonders notwendig sind; dieser letzteren muß auch die unentgeltliche Benutzung eines Teiles der landwirtschaftlichen Maschinen der Großbauern zu gewissen Bedingungen gesichert werden. Im allgemeinen kann die proletarische Staatsmacht den Großbauern das Land belassen und wird es nur im Falle des Widerstandes gegen die Macht der Werktätigen und Ausgebeuteten enteignen. Die Erfahrung der proletarischen Revolution Rußlands, in der sich der

Kampf gegen die Großbauern infolge einer Reihe von besonderen Bedingungen in die Länge gezogen hat und besonders verwickelt war, hat demnach gezeigt, daß diese Schicht, wenn sie für den geringsten Widerstand eine gehörige Lehre erhält, fähig ist, die Anforderungen der proletarischen Staatsmacht loyal zu erfüllen und daß diese Schicht sogar beginnt, Achtung vor dieser Macht zu empfinden, die jeden Arbeitenden schützt und den reichen Müßiggänger schonungslos verfolgt.

Die besonderen Bedingungen, die den Kampf des über die Bourgeoisie siegreichen Proletariats mit den Großbauern in Rußland erschweren, bestehen hauptsächlich in folgendem: Die russische Revolution hat nach der Umwälzung vom 25. 10. (7. 11.) 1917 das Stadium des allgemeinen demokratischen, d. h. im Grunde bürgerlich-demokratischen Kampfes der ganzen Bauernschaft gegen die Gutsbesitzer durchlaufen. Das städtische Proletariat war kulturell und zahlenmäßig schwach und die Entfernungen wirkten bei den äußerst schlechten Verkehrswegen sehr erschwerend.

Das revolutionäre Proletariat Europas und Amerikas muß den vollen Sieg über den Widerstand der Großbauern energisch vorbereiten, jede Möglichkeit, auch nur den geringsten Widerstand zu leisten, beseitigen und den Sieg bedeutend schneller, entschlossener und erfolgreicher vollenden. Dieser volle Sieg der Massen der Landarbeiter, der Halbproletarier und der Kleinbauern ist unerläßlich; ohne ihn kann die proletarische Macht nicht als gesichert und widerstandsfähig gelten.

6. Das revolutionäre Proletariat muß unverzüglich, ausnahmslos und ohne jede Entschädigung das gesamte Land der Großgrundbesitzer, Rittergutsbesitzer und derjenigen Personen enteignen, die unmittelbar oder durch ihre Pächter systematisch die Arbeitskraft der Lohnarbeiter, der umliegenden kleinen (nicht selten auch der mittleren) Bauernschaft ausbeuten, und nicht selbst körperlich arbeiten. Hierher zählen der größte Teil der Nachkommen der Feudalherren — der Adel in Rußland, Deutschland und Ungarn, der wiederhergestellte frühere feudale Großgrundbesitz in Frankreich, die Landlords in England, die

ehemaligen Sklavenhalter Amerikas — ferner reichgewordene Finanzmagnaten oder die Mischlinge dieser beiden Arten von Ausbeutern und Müßiggängern. In keiner Form darf in den Reihen der Kommunistischen Partei die Propaganda oder Durchführung einer Entschädigung der Großgrundbesitzer für die enteigneten Ländereien zugelassen werden, da das bei der heutigen Lage Europas und Amerikas einen Verrat am Sozialismus und die Auferlegung neuer Lasten auf die Werktätigen und ausgebeuteten Massen bedeuten würde. Diese Massen sind schon mehr als genug durch den Krieg, der die Zahl und den Reichtum der Millionäre vervielfacht hat, belastet worden.

Für die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder erkennt die Kommunistische Internationale es für richtig an, den landwirtschaftlichen Großbetrieb vorwiegend beizubehalten und ihn nach der Art der Sowjetwirtschaften in Rußland zu führen.

Ebenso wird es zweckmäßig sein, die Bildung von Kollektivbetrieben (Gutsgenossenschaften, Kommunen) zu unterstützen.

In Rußland mußte man infolge der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes meist zur Aufteilung der Ländereien unter die Bauern und zu ihrer Ausnutzung durch sie schreiten. Nur in verhältnismäßig seltenen Ausnahmefällen gelang es, die Ländereien zur Einrichtung einer sogenannten Sowjetwirtschaft zu verwenden, die vom proletarischen Staat auf eigene Rechnung geführt wird: die früheren Lohnarbeiter werden dann gleichzeitig in Staatsarbeiter und Mitglieder der Sowjets, die den Staat verwalten, verwandelt.

Die Erhaltung der ländlichen Großbetriebe wahrt die Interessen der revolutionären Schicht der Landbevölkerung, der besitzlosen Landarbeiter und der halbproletarischen Parzellenbesitzer, die ihren Unterhalt in der Hauptsache durch Lohnarbeit in den Großbetrieben verdienen, am besten. Außerdem macht die Nationalisierung der Großbetriebe die städtische Bevölkerung wenigstens teilweise in der Versorgungsfrage von der Bauernschaft unabhängig.

Anderseits kann es dort, wo noch Ueberreste der mittelalterlichen Verfassung, des Fronsystems zu besonderen Formen

der Ausbeutung führen, wo noch Servitute oder das System der Halbpacht bestehen oder ähnliches, unter Umständen notwendig sein, den Bauern einen Teil des Bodens der großen Güter zu überweisen.

In Ländern und Gebietsteilen, wo der landwirtschaftliche Großbetrieb eine relativ geringe Rolle spielt, dagegen eine große Anzahl kleinbäuerlicher Besitzer bestehen, die danach trachten, Land zu erhalten, wird die Verteilung des Landes der Großgrundbesitzer sich als das sicherste Mittel erweisen, die Bauernschaft für die Revolution zu gewinnen, während die Erhaltung des Großbetriebes nicht von besonderer Bedeutung für die Versorgung der Städte ist.

Die Sicherung seines dauerhaften Sieges unter allen Umständen ist die erste und wichtigste Aufgabe des Proletariats. Wegen des Erfolges der Revolution darf das Proletariat selbst vor einem zeitweiligen Rückgang der Produktion nicht zurückschrecken. Der dauernde Bestand der proletarischen Gewalt kann nur erreicht werden, wenn es gelingt, die mittlere Bauernschaft neutral zu halten und die Unterstützung des größten Teiles, wenn nicht der gesamten Kleinbauernschaft zu erreichen.

Jedenfalls müssen dort, wo eine Aufteilung des Großgrundbesitzes eintritt, in erster Linie die Interessen der ländlichen Proletarier gewahrt werden.

Das Inventar der Großbetriebe muß unbedingt ohne Entschädigung in Staatseigentum überführt werden unter der unerläßlichen Bedingung, daß dieses Inventar nach der Befriedigung der Bedürfnisse der staatlichen Großbetriebe von den Kleinbauern unentgeltlich benutzt werden kann unter Beobachtung der durch den proletarischen Staat ausgearbeiteten Bedingungen.

Wenn in der ersten Zeit nach dem proletarischen Umsturz nicht nur die unverzügliche Enteignung der Großgrundbesitzer ohne Entschädigung unbedingt erforderlich ist, sondern auch ihre allgemeine Vertreibung und Internierung als Führer der Gegenrevolution und schonungslose Tyrannen der gesamten ländlichen Bevölkerung, so muß mit der Befestigung der proletarischen Macht nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem

Lande das Bestreben einsetzen, Männer aus der Bourgeoisie mit wertvollen Erfahrungen, Wissen und organisatorischen Fähigkeiten systematisch unter besonderer Aufsicht zuverlässiger kommunistischer Arbeiter und unter der Kontrolle der Gutsräte zur Schaffung des sozialistischen Großbetriebs in der Landwirtschaft heranzuziehen.

7. Der Sozialismus wird erst dann den Kapitalismus endgültig besiegen und für immer gesichert sein, wenn die proletarische Staatsmacht jeden Widerstand der Ausbeuter gebrochen, sich vollständige Herrschaft und völligen Gehorsam gesichert und die Industrie auf der Grundlage des wissenschaftlichen Großbetriebs und der modernsten Errungenschaften der Technik (Elektrifizierung der gesamten Wirtschaft) wieder aufgebaut hat. Nur das gibt der Stadt die Möglichkeit, technisch und sozial der zurückgebliebenen und zerstreuten Landbevölkerung eine so wirksame Hilfe zu gewähren, daß dadurch die materielle Grundlage für die großzügige Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität und der ländlichen Arbeit überhaupt geschaffen werden kann. Auch werden auf diese Weise die kleineren Landbesitzer durch die Macht des Beispiels und den eigenen Vorteil veranlaßt, zum großen, gemeinschaftlichen, mit Maschinen arbeitenden Betrieb überzugehen.

Besonders auf dem Lande erfordert die wirksame Durchführung eines erfolgreichen Kampfes für den Sozialismus folgendes: Die kommunistischen Parteien müssen dem Industrieproletariat die Erkenntnis der Notwendigkeit von Opfern für den Sturz der Bourgeoisie und für die Festigung der proletarischen Macht anerziehen; denn die Diktatur des Proletariats bedeutet sowohl die Fähigkeit des Proletariats, alle arbeitenden und ausgebeuteten Massen zu organisieren und zu leiten, als auch die Fähigkeit des Vortrupps, um dieses Zieles willen die äußersten Anstrengungen zu machen und die heroischsten Opfer zu bringen. Für den Erfolg ist es dringend notwendig, daß die arbeitenden, am meisten ausgebeuteten Massen auf dem Lande durch den Sieg des Proletariats sofort und bedeutend auf Kosten der Ausbeuter in ihrer Lage verbessert werden; denn ohne dies

könnte das industrielle Proletariat nicht sicher auf die Unterstützung des flachen Landes und auch nicht auf die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln rechnen.

8. Die ungeheure Schwierigkeit, die Massen der Landbevölkerung, die durch den Kapitalismus geistig unentwickelt, zerstreut, unterdrückt und oft in einem Zustand halbmittelalterlicher Abhängigkeit gehalten werden, zu organisieren und zu revolutionären Kämpfern zu erziehen, verlangt von der Kommunistischen Partei besondere Aufmerksamkeit für die Streikbewegung auf dem flachen Lande, kraftvolle Unterstützung und allseitige Entwicklung der Massenstreiks der ländlichen Proletarier und Halbproletarier. Die Erfahrung der russischen Revolutionen 1905 und 1917, nunmehr bestätigt und erweitert durch die Erfahrungen in Deutschland, Polen, Italien, England und anderen fortgeschrittenen Ländern, beweist, daß nur die fortschreitende Streikbewegung der Massen (unter Umständen unter Teilnahme der Kleinbauern) imstande ist, das schlummernde Dorf zu wecken, das Klassenbewußtsein und die Einsicht von der Notwendigkeit einer Klassenorganisation unter den ausgebeuteten Klassen des flachen Landes hervorzurufen und die Wichtigkeit ihrer Vereinigung mit den städtischen Arbeitern anschaulich und praktisch vor Augen zu führen. Die Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter und die Mitarbeit der Kommunisten in Land- und Forstarbeitergewerkschaften ist aus diesem Grunde besonders notwendig. Auch die Bildung von Kooperativen (Produktivgenossenschaften), die sich aus der ausgebeuteten ländlichen Bevölkerung bilden, und die in engem Zusammenhang mit der revolutionären Arbeiterbewegung stehen, ist von den kommunistischen Parteien zu unterstützen. Ferner ist eine besondere Agitation unter den Kleinbauern zu betreiben.

Der Kongreß der Kommunistischen Internationale brandmarkt diejenigen Sozialisten als Verräter und Ueberläufer, die es leider nicht nur in der II. Internationale gibt, sondern auch in den aus dieser Internationale ausgetretenen, für Europa besonders wichtigen Parteien, die es fertig bringen, nicht nur

der Streikbewegung auf dem Lande gleichgültig zuzusehen, sondern (wie die Gewerkschaftsbürokratie, die Scheidemänner und Kautsky) gegen die Streiks auftreten, weil sie diese nur unter dem Gesichtswinkel einer Gefahr der Verminderung der Produktion von Lebensmitteln betrachten. Keinerlei Programme und keine noch so feierliche Erklärung haben den geringsten Wert, wenn nicht durch die Tat bewiesen wird, daß die Kommunisten und die Arbeiterführer die Entwicklung der proletarischen Revolution und ihren Sieg über alles stellen, daß sie deshalb die schwersten Opfer zu bringen verstehen, da es keinen anderen Ausweg und keine anderen Mittel gibt, um den Hunger und den Zerfall für immer zu besiegen und neue imperialistische Kriege zu verhindern. Die kommunistischen Parteien müssen alles aufbieten, um auf dem flachen Lande möglichst bald zur Gründung von Sowjets, Gutsräten in erster Reihe aus Vertretern der Lohnarbeiter und Halbproletarier, überzugehen. Auch ist die Bildung von Kleinbauernräten zu propagieren. Nur in Verbindung mit der Massenstreikbewegung und zusammen mit der am meisten unterdrückten Klasse werden die Sowjets imstande sein, ihre Aufgabe zu erfüllen und sich zu befestigen, um die Kleinbauern ihrem Einfluß zu unterwerfen und später durch Zusammenschluß der Kleinbauern mit den Landarbeiterräten in ihren Bestand aufzunehmen. Solange die Streikbewegung aber noch nicht stark und die Organisation des landwirtschaftlichen Proletariats noch schwach entwickelt ist, sowohl infolge des schweren Druckes seitens der Grundbesitzer und Großbauern, als auch infolge der mangelnden Unterstützung seitens der Industriearbeiter und ihrer Organisationen, erfordert die Bildung von Sowjets auf dem Lande eine langwierige Vorbereitung. Diese Vorbereitung muß geschehen durch Schaffung wenn auch vorläufig noch so kleiner kommunistischer Parteizellen, durch aktive Propaganda, die in gemeinverständlicher Form die Forderungen des Kommunismus darlegt und an Hand von Beispielen die verschiedenen Methoden der Ausbeutung und Knechtung illustriert, ferner durch systematische Agitationsreisen von industriellen Arbeitern auf das Land usw.

Liste der Delegierten zum II. Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Nr.	Land	Name	Stimme			Partei
1	Amerika	Bilan	beschl.	1	6	Kommunistische Arbeiterpartei Amerikas
2	„	Reed	„	1		„ „ „
3	„	Stocklitzki	„	1		Kommunistische Partei Amerikas
4	„	Fraina	„	1		„ „ „
5	„	Chabrow	„	1		Unabhängiger Sozialistischer Jugendverband
6	„	Jurgis	„	1		
7	„	Gildei	berat.	1		
8	Armenien	Awis	beschl.	1	2	Kommunistische Partei
9	„	Nasaretjan	„	1		„ „
10	Aserbeidshan	Sapunow	„	1		Kommunistische Partei (Gewerkschaft)
11	Australien	Susenko	berat.	1	2	Kommunistische Liga
12	„	Freeman	„	1		I. W. W.
13	Belgien	Van Overstraeten	beschl.	1		
14	Buchara	Muchamadyer	berat.	1		Kommunistische Partei
15	Bulgarien	Kabaktschijew	beschl.	1	3	„ „
16	„	Maximow	„	1		„ „
17	„	Schablin	„	1		„ „
18	China	Lau-Si-Dschao	berat.	1	2	Zentralbureau der Chinesischen Arbeiterpartei
19	„	An-En-Hak	„	1		
20	Dänemark	Nielsen	beschl.	1	2	Kommunistischer Lehrerklub
21	„	Jörgensen	„	1		Linkssozialistische Partei
			beschl.	15		
			berat.	6		

Nr.	Land	Name	Stimme			Partei
22	Deutschland	Budich	beschl.	1		
23	„	Walcher	„	1		Kommunistische Partei (Spartakusbund)
24	„	Wolfstein	„	1	6	
25	„	Levi	„	1		
26	„	Meyer	„	1		Kommunistische Partei (Spartakusbund)
27	„	Leinhardt	„	1		Komm. Jugend
28	„	Däumig	berat.	1		Unabhängige Sozialdemokratische Partei
29	„	Dittmann	„	1		„ „ „
30	„	Crispien	„	1	7	„ „ „
31	„	Stöcker	„	1		„ „ „
32	„	Schiller	„	1		„ „ „
33	„	Suchi	„	1		Syndikalist
34	„	?	„	1		
35	England	Beach	beschl.	1		I. W. W.
36	„	Mac Laine	„	1		Britische Sozialistische Partei
37	„	Quelch	„	1		„ „ „
38	„	Murphy	„	1	6	Shop Stewards
39	„	Ramsay	„	1		„ „
40	„	Tanner	„	1		„ „
41	„	Newbold	berat.	1		Nationale Liga der Arbeiterjugend
42	Estland	Wakmann	beschl.	1	2	Kommunistische Partei
43	„	Pöögelmann	„	1		
44	„	Jonas	berat.	1		Unabhängige Sozialistische Partei
45	Finnland	Kohonen	beschl	1	2	Kommunistische Partei
46	„	Kuusinen	„	1		„ „
			beschl.	16		
			berat.	9		

Nr.	Land	Name	Stimme			Partei
47	Finnland	Letonmäki	beschl	1	4	Kommunistische Partei
48	„	Manner	„	1		„ „
49	„	Lumivuokko	„	1		„ „
50	„	Rahja	„	1		„ „
51	„	Rovjo	berat.	1	2	Sozialist. Arbeiterpartei
52	„	Tammenoksa	„	1		„ „
53	„	Gylling (?)	„	1		Sozialistische Arbeiterpartei
54	Frankreich	Vanini	beschl.	1		Komitee der III. Internationale
55	„	Guilbeaux	„	1		Sozialistische Partei
56	„	Lefèvre	„	1	5	Komitee der III. Internationale
57	„	Rosmer	„	1		„ „ „
58	„	Sadoul	„	1		Sozialistische Partei
59	„	Abramowitsch	berat.	1		Kommunistische Partei
60	„	Cachin	„	1	3	Sozialistische Partei
61	„	Frossard	„	1		„ „
62	„	Goldenberg	beschl.	1	2	Jugendbund
63	„	Thal	„	1		„
64	Georgien	Wakaschidse	„	1		
65	„	Macharadse	„	1		
66	„	Mikadse	„	1	5	Kommunistische Partei
67	„	Todrija	„	1		
68	„	Zchakaja	„	1		
69	„	Wardunjan	„	1		Jugendverband
70	Holland	Van Leuven	„	1	2	Kommunistische Partei
71	„	Wijnkoop	„	1		
			beschl. 19			
			berat. 6			

Nr.	Land	Name	Stimme			Partei
72	Holländisch-Indien	Maring	beschl.	1	2	Kommunistische Partei Indiens
73	„	?	„	1		?
74	Indien	Abani Muhedshi	berat.	1	2	?
75	„	Atscharija	„	1		?
76	Irland	Y.	„	1	5	Arbeiterpartei
77	„	N.	„	1		I. W. W.
78	„	Z.	„	1		Kommunistische Partei
79	„	N. N.	„	1		„ „
80	„	X.	„	1		?
81	Italien	Bombacci	beschl.	1	3	
82	„	Graciadei	„	1		Sozialistische Partei
83	„	Serrati	„	1		
84	„	Polano	„	1		Sozialistische Jugendföderation
85	„	Bordiga	berat.	1	5	
86	„	Vacirca	„	1		
87	„	D'Aragona	„	1		Sozialistische Partei
88	„	Colombino	„	1		
89	„	Paverani	„	1		
90	Jugoslavien	Milkitsch	beschl.	1		Kommunistische Partei
91	Korea	Pak Dinschun	„	1		„ „
92	Lettland	Blank-Berg	„	1	3	
93	„	Krastin	„	1		„ „
94	„	Stutschka	„	1		
95	„	Beika	berat.	1	2	
96	„	Bersin	„	1		„ „
			beschl.	11		
			berat.	14		

Nr	Land	Name	Stimme			Partei
97	Litauen-Weißrußland	Mickewicz-Kapsukas	beschl.	1	2	Kommunistische Partei
98	„	Rasikas	„	1		
99	Mexiko	Al an-Roy, Robert	„	1	2	„ „
100	„	Seemann	„	1		
101	„	Allan, Helen	berat.	1		
102	Norwegen	Christiansen	beschl.	1	8	Arbeiterpartei
103	„	Krog	„	1		
104	„	Langset	„	1		
105	„	Madsen	„	1		
106	„	Osen	„	1		
107	„	Sivertsen	„	1		
108	„	Friis	„	1		
109	„	Schefflo	„	1		
110	„	Gerhardsen	„	1	2	Jugendbund
111	„	Medby	„	1		
112	Oesterreich	Reisler	„	1	4	Kommunistische Partei Deutschösterreichs
113	„	Tomann	„	1		
114	„	Steinhardt	„	1		
115	„	Strömer	„	1		
116	„	Cohn-Eber	berat.	1		Poale Zion
117	Ostgalizen	Baral	beschl.	1	3	Kommunistische Partei Galiziens und der Bukowina
118	„	Lewitzki	„	1		
119	„	Mitra	„	1		
120	Persien	Hassanow	berat.	1	2	Kommunistische Partei
121	„	Orudshew	„	1		
			beschl.	21		
			berat.	4		

Nr.	Land	Name	Stimme			Partei
122	Persien	Sultan Sade	beschl.	1		Kommunistische Partei
123	Polen	Marchlewski	„	1		„ „
124	Rußland	Alijew	„	1		
125	„	Andrejew	„	1		
126	„	Armand	„	1		
127	„	Artem	„	1		
128	„	Achundow	„	1		
129	„	Baitursonow	„	1		
130	„	Bersin	„	1		
131	„	Blakitny	„	1		
132	„	Bucharin	„	1		
133	„	Dziershinski	„	1		
134	„	Dunajewski	„	1	23	Kommunistische Partei Rußlands (Jugendverband)
135	„	Ibnukidse	„	1		
136	„	Firsow	„	1		
137	„	Said Galejew	„	1		„ „ (Tatarei)
138	„	Sultan Galejew	„	1		
139	„	Gopner	„	1		
140	„	Ibraimow	„	1		
141	„	Idrissow	„	1		„ „ (Krim)
142	„	Ignat	„	1		
143	„	Jansen	„	1		
144	„	Jaroslawski	„	1		
145	„	Joffe	„	1		
146	„	Kalinin	„	1		
			beschl.	25		

Nr,	Land	Name	Stimme			Partei
147	Rußland	Kodsajew	beschl.	1		Kommunistische Partei Rußlands (Südosset-
148	„	Kollontai	„	1		„ „ tinien)
149	„	Kohn	„	1		„ „ (Ukraine)
150	„	Krestinski	„	1		
151	„	Krupskaja	„	1		
152	„	Krasnoschtschokow	„	1		
153	„	Lenin	„	1		
154	„	Losowski	„	1		
155	„	Lunatscharski	„	1		
156	„	Majorowa	„	1		
157	„	Manuilski	„	1		
158	„	Mereshin	„	1	25	Kommunistische Partei Rußlands
159	„	Olminski	„	1		
160	„	Ossinski	„	1		
161	„	Pawlowitsch	„	1		
162	„	Pestkowski	„	1		
163	„	Pokrowski	„	1		
164	„	Preobrashenski	„	1		
165	„	Radek	„	1		
166	„	Ramolow	„	1		
167	„	Rudsutak	„	1		
168	„	Rakowski	„	1		
169	„	Rykow	„	1		
170	„	Rywkin	„	1		
171	„	Rjasanow	„	1		
			beschl.	25		

Nr.	Land	Name	Stimme			Partei
172	Rußland	Sadowskaja	beschl.	1		
173	„	Safarow	„	1		
174	„	Serebrjakow	„	1		
175	„	Sinowjew	„	1		
176	„	Sorin	„	1		
177	„	Skrypkin	„	1		
178	„	Smidowitsch	„	1		
179	„	Sokolnikow	„	1		
180	„	Steklow	„	1	17	Kommunistische Partei Rußlands
181	„	Schljapnikow	„	1		
182	„	Tomski	„	1		
183	„	Trotzki	„	1		
184	„	Tschernow	„	1		
185	„	Watin	„	1		
186	„	Woronowa	„	1		
187	„	Zeitlin	„	1		
188	„	Zyperowitsch	„	1		
189	„	Wainstein	berat.	1	2	Bund
190	„	Litwakow	„	1		
191	„	Taratuta	„	1		Kommunistische Partei
192	„	Saposhnikow	„	1	2	Partei des revolutionären Kommunismus
193	„	Ustinow	„	1		
194	Schweden	Dahlström	beschl.	1	2	Sozialdemokratische Linke
195	„	Linderot	„	1		
196	Schweiz	Bäcker	„	1		Kommunistische Partei
			beschl.	20		
			berat.	5		

Nr.	Land	Name	Stimme			Partei
197	Schweiz	Bringolf	beschl.	1	4	Sozialdemokratische Linke
198	„	Herzog	„	1		Kommunistische Partei
199	„	Humbert-Droz	„	1		Sozialdemokratische Linke
200	„	Bamatter	„	1		Jugendbund
201	Spanien	Pestagna	„	1		Nationale Föderation der Arbeit
202	Tschecho-Slowakei	Hula	„	1	3	Linker Flügel der Sozialdemokratischen Partei
203	„	Olbrecht	„	1		Kommunistische Partei
204	„	Sapotocki	„	1		Linker Flügel der Sozialdemokratischen Partei
205	„	Sonnenstein	berat.	1	2	Kommunistische Gruppe
206	„	Malinow	„	1		
207	Türkei	Ismael Hakki	beschl.	1	3	Bureau der Kommunistischen Organisation
208	„	Slawutski	„	1		
209	„	Nichat	„	1		Bureau der Kommunistischen Organisation
210	Ungarn	Rakosi	„	1	2	Kommunistische Partei
211	„	Rudnyanszky	„	1		
212	—	Leutner	berat.	1		Kommunistische Jugendinternationale
213	—	Münzenberg	beschl.	1	2	„ „
214	—	Schatzkin	„	1		
215	—	Balabanowa	berat.	1	4	
216	—	Karachan	„	1		Exekutive der Kommunistischen Internationale
217	—	Klinger	„	1		
218	—	Menschoi	„	1		
			beschl.	15		
			berat.	7		

Insgesamt mit beschl. Stimme . . . 167 Pers.
„ „ berat. „ . . . 51 „

	Beschl. Stimmen	Berat. Stimmen
Kommunistische Parteien . . .	124	28
Nichtkommunistische Parteien . .	31	23
Jugendverbände	12	—
Zusammen	167	51

Bestand der Kommissionen.

Gewerkschaftsbewegung: Rosmer (Frankreich), Maximow (Bulgarien), Beika (Lettland), Van Leuven (Holland), Walcher (Deutschland), Rakosi (Ungarn), Tomann (Oesterreich), Sinowjew und Zyperowitsch (Rußland), Reed (Vereinigte Staaten Nordamerikas), Madsen (Norwegen), Quelch (England, B. S. P.), Tanner (England), Pestagna (Spanien), D'Aragona (Italien).

Parlamentarismus: Kabaktschijew (Bulgarien), Milkitsch (Jugoslavien), Lefèvre (Frankreich), Herzog (Schweiz), Jansen (Holland), Wolfstein (Deutschland), Rudnyanszky (Ungarn), Steinhardt (Oesterreich), Trotzki und Bucharin (Rußland), Stocklitzki (Vereinigte Staaten Nordamerikas), Friis (Norwegen), Mac Laine (England, B. S. P.), Beech (England).

Agrarfrage: Stutschka (Lettland), Schablin (Bulgarien), Milkitsch (Jugoslavien), Vanini (Frankreich), Bringolf (Schweiz), Jansen (Holland), Meyer (Deutschland), Rakosi (Ungarn), Steinhardt (Oesterreich), Pöögelmann (Estland), Lenin (Rußland), Jurgis (Vereinigte Staaten Nordamerikas), Langset (Norwegen), X. (Irland), Hakki (Türkei), Sultan Sade (Persien).

Die Aufgaben der Internationale: Kabaktschijew (Bulgarien), Rosmer (Frankreich), Bäcker (Schweiz), Van Leuven (Holland), Levi (Deutschland), Rudnyanszky (Ungarn), Tomann (Oesterreich), Lenin und Bucharin (Rußland), Fraina (Vereinigte Staaten Nordamerikas), Friis (Norwegen), Mac Laine (England, B. S. P.), Murphy (England), Lao (China), Pak (Korea).

Nationalitäten- und Kolonialfrage. Kabaktschijew (Bulgarien), Guilbeaux (Frankreich), Wijnkoop (Holland), Levi (Deutschland), Rudnyanszky (Ungarn), Tomann (Oesterreich), Lenin und Kamenew. (Rußland), Reed (Vereinigte Staaten Nord-

amerikas), Maring (Holländisch-Indien), Allan Roy (Mexiko), Allan (Britisch-Indien), Quelch (England, B. S. P.), Sultan Sade (Persien), N. (Irland), Ramsay (England), Slanitzki (Türkei), Lao (China), Pak (Korea).

Aufnahmebedingungen: Maximow (Bulgarien), Sadoul (Frankreich), Humbert-Droz (Schweiz), Wijnkoop (Holland), Meyer (Deutschland), Rakosi (Ungarn), Sinowjew und Sokolnikow (Rußland), Fraina (Vereinigte Staaten Nordamerikas), N. (Irland), Steinhardt (Oesterreich).

Alphabetisches Verzeichnis der Redner.

Balabanowa. Ehrung des Andenkens der Genossin Aasen, Morgensitzung 4. Aug., S. 538.

Bamatter. Bericht über die Arbeit der Kommission für die Statuten, Abendsitzung, 4. Aug., S. 579.

Bilan. Debatte über die Frage der Statuten, Abendsitzung 4. August, S. 581.

Bombacci, N. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 28. Juli, S. 223. Debatte über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale, Abendsitzung 29. Juli, S. 288. Debatte über die Gewerkschaftsfrage, Abendsitzung 3. Aug., S. 514, und Sitzung am 5. Aug., S. 635.

Bordiga. Debatte über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale, Morgensitzung 29. Juli, S. 282. Korreferat über die Frage des Parlamentarismus, Morgensitzung 2. Aug., S. 421. Debatte über den Parlamentarismus, Abendsitzung 2. Aug., S. 455. Debatte über die allgemeinen Aufgaben der Kommunistischen Internationale, Sitzung am 6. Aug., S. 656.

Bringolf. Debatte über den Bestand der Exekutive, Sitzung am 6. Aug., S. 666.

Bucharin. Debatte über die Zulassung der Franz. Soz. Partei und der U. S. P. D. in die Kommission, Sitzung am 24. Juli, S. 135. Bericht über die Frage des Parlamentarismus, Morgensitzung 2. Aug., S. 404. Debatte über den Parlamentarismus, Abendsitzung 2. Aug., S. 457.

Cachin. Verliest eine von ihm und dem Gen. Frossard unterzeichnete Deklaration, Sitzung am 29. Juli, S. 261.

Connolly: Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage. Sitzung am 28. Juli, S. 180.

Crispien. Bericht über die U. S. P., Abendsitzung 29. Juli, S. 310.

Dahlström. Bericht über die Schwedische Partei, Sitzung am 30. Juli, S. 373.

Däumig. Debatte über die Zulassung der Franz. Soz. Partei und der U. S. P. D. zur Kommission, Sitzung am 24. Juli, S. 131. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Sitzung am 30. Juli, S. 366.

Dittmann. Bericht über die U. S. P. D., Abendsitzung 29. Juli, S. 320; Sitzung am 30. Juli, S. 396.

Flynn. Gegen die Anerkennung der Mandate der Kommunistischen Partei Amerikas, Sitzung am 5. Aug., S. 608.

Fraina. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 26. Juli, S. 157. Bericht über die Arbeit der Gewerkschaftskommission, Morgensitzung 3. August, S. 501. Debatte über die Statuten, Abendsitzung 4. Aug., S. 589. Die Frage der Anerkennung des Mandats der Kommunistischen Partei Amerikas, Sitzung am 5. Aug., S. 609. Debatte über die Gewerkschaftsbewegung, Sitzung am 5. Aug., S. 633.

Friis. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Sitzung am 30. Juli, S. 382.

Frumkina. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 28. Juli, S. 196, 223.

Gallacher. Debatte über den Parlamentarismus, Morgensitzung 2. Aug., S. 434. Debatte über die Gewerkschaftsbewegung, Abendsitzung 3. Aug., S. 522. Debatte über die Statuten, Abendsitzung 4. Aug., S. 587. Debatte über die Gewerkschaftsbewegung, Sitzung am 5. Aug., S. 627. Debatte über den Eintritt in die Labour Party, Sitzung am 6. Aug., Seite 646. Vereinigte Sitzung am 7. Aug., S. 669.

Goldenberg. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Sitzung am 29. Juli, S. 277; Sitzung am 30. Juli, S. 397. Debatte über den Parlamentarismus, Abendsitzung 2. Aug., S. 463. Debatte über die Erörterung der Jugendbewegung im Plenum, Sitzung am 6. Aug., S. 640.

Graziadei. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 28. Juli, S. 170, S. 224. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Morgensitzung 29. Juli, S. 270. Debatte über die Agrarfrage, Morgensitzung 4. Aug., S. 552 und 562. Debatte über die allgemeinen Aufgaben der Kommunistischen Internationale, Sitzung am 6. Aug., S. 654.

Guilbeaux. Debatte über die Zulassung der Franz. Soz. Partei und der U. S. P. D. zur Kommission, Sitzung am 24. Juli, S. 130. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Morgensitzung 29. Juli, S. 272.

Herzog. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Morgensitzung 29. Juli, S. 274. Debatte über den Parlamentarismus, Abendsitzung 2. Aug., S. 443 und 466.

Humbert-Droz. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Sitzung am 30. Juli, S. 362.

Ismael Hakki-Pascha. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 28. Juli, S. 187.

Jörgensen. Bericht über die dänische Linkssozialistische Partei, Sitzung am 30. Juli, S. 379.

Kabaktschijew. Bericht über die Arbeit der Statutenkommission, Abendsitzung 4. Aug., S. 571.

Kalinin. Begrüßungsrede, Sitzung am 19. Juli, S. 16. Vereinigte Sitzung am 7. Aug., S. 668.

Kohn. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 28. Juli, S. 209.

Labor-Achunde-Salimow. Begrüßt den Kongreß, Abendsitzung 3. Aug., S. 509.

Lao-Si-Tao. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 28. Juli, S. 173.

Lefèvre, Raymond. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Morgensitzung 29. Juli, S. 264. Debatte über die Agrarfrage, Morgensitzung 4. Aug., S. 566.

Lenin, N. Bericht über die internationale Lage und die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale, Sitzung am 19. Juli, S. 18. Debatte über die Rolle der kommunistischen Partei in der Revolution, Sitzung am 23. Juli, S. 87. Bericht über die Arbeit der Kommission für die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 26. Juli, S. 137. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Sitzung am 30. Juli, S. 346. Debatte über den Parlamentarismus, Abendsitzung 2. Aug., S. 451. Debatte über den Eintritt in die Labour Party, Sitzung am 6. August, S. 647.

Levi, Paul. Aufruf an die Proletarier und Proletarierinnen aller Länder, Sitzung am 19. Juli, S. 50. Debatte über die Rolle der kommunistischen Partei in der Revolution, Sitzung am 23. Juli, S. 83. Debatte über die Zulassung der Franz. Soz. Partei und der U. S. P. D. zur Kommission, Sitzung am 24. Juli, S. 133. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Sitzung am 30. Juli, S. 353. Bericht über die U. S. P. D., Sitzung am 30. Juli, S. 396. Debatte über die Statuten, Abendsitzung 4. Aug., S. 585. Vereinigte Sitzung am 7. Aug., S. 673.

Losowski. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Abendsitzung 29. Juli, S. 307. Debatte über die Gewerkschaftsbewegung, Abendsitzung 3. Aug., S. 515.

Mac Alpine. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 28. Juli. S. 183.

Mac Laine. Debatte über die Rolle der kommunistischen Partei in der Revolution, Sitzung am 23. Juli, S. 76. Debatte über die Nationalitätenfrage, Sitzung am 28. Juli, S. 199. Debatte über den Eintritt in die Labour Party, Sitzung am 6. Aug., S. 644.

Manner. Vereinigte Sitzung am 7. Aug., S. 671.

Marchlewski. Bericht über die Lage in Polen, Sitzung am 19. Juli, S. 49.

Maring. Korreferat über die Arbeit der Kommission für die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 26. Juli, S. 143. Debatte über diese Frage, Sitzung am 28. Juli,

S. 189. Debatte über den Bestand der Exekutive, Sitzung am 6. Aug., S. 664.

Mereshin. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 28. Juli, S. 204.

Meyer, Ernst. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Abendsitzung 29. Juli, S. 293. Bericht über die Agrarfrage, Morgensitzung 4. Aug., S. 538. Debatte über die Agrarfrage, Morgensitzung 4. Aug., S. 568. Bericht über die Arbeit der Kommission für die Aufnahmebedingungen, Sitzung am 6. Aug., S. 656. Debatte über den Parlamentarismus, Sitzung am 6. Aug., S. 660.

Milkitsch. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Abendsitzung 29. Juli, S. 287.

Münzenberg. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Abendsitzung 29. Juli, S. 303. Debatte über die Erörterung der Frage der Jugendbewegung im Plenum, Sitzung am 6. Aug., S. 640.

Murphy. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 28. Juli, S. 198, S. 208. Debatte über den Parlamentarismus, Abendsitzung 2. Aug., S. 446, 462.

Pak Din-Schun. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 28. Juli, S. 177.

Pankhurst. Debatte über die Erörterung der Frage der Jugendbewegung im Plenum, Sitzung am 6. Aug., S. 640, Debatte über den Eintritt in die Labour Party, Sitzung am 6. Aug., S. 642.

Pestagna. Debatte über die Rolle der kommunistischen Partei in der Revolution, Sitzung am 23. Juli, S. 77. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 28. Juli, S. 224. Debatte über die Gewerkschaftsbewegung, Abendsitzung 3. Aug., S. 525. Antrag über die Esperantofrage, Sitzung am 6. Aug., S. 660.

Polano. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Abendsitzung 29. Juli, S. 289. Debatte über den Parlamentarismus, Abendsitzung 2. Aug., S. 463.

Rahja. Vereinigte Sitzung am 7. Aug., S. 671.

Radek. Debatte über die Zulassung der Franz. Soz. Partei und der U. S. P. D. zur Kommission, Sitzung am 24. Juli, S. 128, 130. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 26. Juli, S. 160. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Morgensitzung am 29. Juli, S. 256. Bericht der Mandatskommission, Abendsitzung 2. Aug., S. 478. Bericht über die Gewerkschaftsbewegung, Morgensitzung 3. Aug., S. 482. Debatte über die Gewerkschaftsfrage, Abendsitzung 3. Aug., S. 521, 523. Die Frage der Anerkennung des Mandats der Kommunistischen Partei Amerikas, Sitzung am 5. Aug., S. 607. Bericht über die Arbeit der Gewerkschaftskommission, Sitzung am 5. Aug., S. 614, 636. Debatte über den Bestand der Exekutive, Sitzung am 6. Aug., S. 662. Vereinigte Sitzung am 7. Aug., S. 670, 673, 674.

Rakosi. Debatte über die Rolle der kommunistischen Partei in der Revolution, Sitzung am 23. Juli, S. 79. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Abendsitzung 29. Juli, S. 290.

Rakowski. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Sitzung am 30. Juli S. 331.

Ramsay. Ueber die Shop-Steward-Bewegung, Sitzung am 23. Juli, S. 75. Gegen den Eintritt in die Labour Party, Sitzung am 23. Juli, S. 98.

Reed. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 26. Juli, S. 152. Debatte über die Gewerkschaftsbewegung, Abendsitzung 3. Aug., S. 520 und 524. Debatte über die Statuten, Abendsitzung 4. Aug., S. 588. Debatte über die Gewerkschaftsbewegung, Sitzung am 5. Aug., S. 625.

Rosmer. Begrüßungsrede, Sitzung am 19. Juli, S. 40.

Roy. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 28. Juli, S. 219. Debatte über den Bestand der Exekutive, Sitzung am 6. Aug., S. 665.

Schablin. Debatte über den Parlamentarismus, Morgensitzung 2. Aug., S. 462, und Abendsitzung 2. Aug., S. 436. Debatte über die Agrarfrage, Morgensitzung 4. Aug., S. 557.

Serrati. Begrüßungsrede, Sitzung am 19. Juli, S. 42; Aufruf an die Rote Armee, S. 43. Debatte über die Rolle der kom-

munistischen Partei in der Revolution. Sitzung am 23. Juli, S. 86. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 28. Juli 216, 217, 220. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Abendsitzung 29. Juli, S. 293; Sitzung am 30. Juli, S. 338, Bericht über die U. S. P. D., Sitzung am 30. Juli, S. 395. Debatte über den Parlamentarismus, Abendsitzung 2. Aug., S. 464. Debatte über die Gewerkschaftsbewegung, Abendsitzung 3. Aug., S. 524. Debatte über die Agrarfrage, Morgensitzung 4. Aug., S. 561. Debatte über die allgemeinen Aufgaben der Kommunistischen Internationale, Sitzung am 6. Aug., S. 654, 655.

Sinowjew. Eröffnungsrede, Sitzung am 19. Juli, S. 6. Bericht über die Rolle der kommunistischen Partei in der Revolution, Sitzung am 23. Juli, S. 59. Bericht über die Arbeit der Kommission zur Frage der Rolle der Partei, Sitzung am 24. Juli, S. 103. Debatte über die Zulassung der Franz. Soz. Partei und der U. S. P. D. zur Kommission, Sitzung am 24. Juli, S. 132. Bericht über die Aufnahmebedingungen, Morgensitzung am 29. Juli, S. 234. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Sitzung am 30. Juli, S. 382. Debatte über die Statuten, Abendsitzung 4. Aug., S. 592. Bericht über die Bedingungen, unter welchen Arbeiterräte geschaffen werden dürfen, Sitzung am 5. Aug., S. 610. Debatte über die Gewerkschaftsbewegung, Sitzung am 5. Aug., S. 629, 636, 637. Debatte über die allgemeinen Aufgaben der Kommunistischen Internationale, Sitzung am 6. Aug., S. 655, Bericht über den Bestand der Exekutive, Sitzung am 6. Aug., S. 665. Debatte über die Erörterung der Frage der Jugendbewegung im Plenum, Sitzung am 6. Aug., S. 640, 641. Vereinigte Sitzung am 7. Aug., S. 691.

Sokolnikow. Debatte über die Agrarfrage, Morgensitzung 4. Aug., S. 562, 563.

Steinhardt. Aufruf an die Proletarier aller Länder, Sitzung am 19. Juli, S. 45.

Stöcker. Bericht über die U. S. P. D., Sitzung am 30. Juli, S. 374.

Suchi. Debatte über die Rolle der kommunistischen Partei in der Revolution, Sitzung am 23. Juli, S. 95. Debatte über den Parlamentarismus, Abendsitzung 2. Aug., S. 448.

Sultan Sade. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 28. Juli, S. 167.

Tanner. Debatte über die Rolle der kommunistischen Partei in der Revolution, Sitzung am 23. Juli, S. 78. Debatte über die Gewerkschaftsbewegung, Morgensitzung 3. Aug. S. 506, Abendsitzung 3. Aug., S. 522, und Sitzung am 5. Aug., S. 637.

Trotzki. Debatte über die Rolle der kommunistischen Partei in der Revolution, Sitzung am 23. Juli, S. 91. Vereinigte Sitzung am 7. Aug., S. 676.

Van Leuven. Debatte über die Zulassung der Franz. Soz. Partei und der U. S. P. D. zur Kommission, Sitzung am 24. Juli, S. 129.

Walcher. Debatte über die Gewerkschaftsbewegung, Abendsitzung 3. Aug., S. 510.

Wanek. Debatte über den Bestand der Exekutive, Sitzung am 6. Aug., S. 665.

Wijnkoop. Debatte über die Rolle der kommunistischen Partei in der Revolution, Sitzung am 23. Juli, S. 81. Debatte über die Zulassung der Franz. Soz. Partei und der U. S. P. D. zur Kommission, Sitzung am 24. Juli, S. 127, 132. Debatte über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Sitzung am 28. Juli, S. 200, 222, 223. Debatte über die Aufnahmebedingungen, Abendsitzung 29. Juli, S. 298; Sitzung am 30. Juli, S. 395. Debatte über die Statuten, Abendsitzung 4. Aug., S. 582. Debatte über die allgemeinen Aufgaben der Kommunistischen Internationale, Sitzung am 6. Aug., S. 655. Debatte über den Eintritt in die Labour Party, Sitzung am 6. Aug., S. 641. Debatte über den Bestand der Exekutive, Sitzung am 6. Aug., S. 661, 663.

Wolfstein. Bericht über die Arbeit der Kommission zur Frage des Parlamentarismus, Morgensitzung 2. Aug., S. 416; Sitzung am 6. Aug., S. 659.

Bibliothek der Kommunistischen Internationale

*

1: Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses. — Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongreß. Preis Mk. 40.—

2: Die kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale (Manifest des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale). Preis Mk. 1.—

3: Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale. Preis Mk. 2.50

4: L. Trotzki: Terrorismus und Kommunismus. — Karl Kautsky (2. Auflage). Preis Mk. 4.50

5: Karl Radek: Theorie und Praxis der 2½ Internationale. Preis Mk. 1.50

6: W. Nessik und S. Kaufisch: Arbeiter- und Bauernuniversitäten in Sowjetrußland. Preis Mk. 1.—

7: Protokoll des Ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Preis Mk. 6.—

8: E. Varga: Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur. (2. Auflage). Preis Mk. 3.50

9: N. Lenin: Der Imperialismus als höchste Etappe des Kapitalismus. Preis Mk. 4.—

10: A. Lozowsky: Der Internationale Rat der Fach- und Industrieverbände (Moskau gegen Amsterdam). Pr. Mk. 2.—

11: Karl Radek: Die auswärtige Politik Sowjetrußlands. Preis Mk. 2.50

12: W. P. Miljutin: Die Organisation der Volkswirtschaft in Sowjetrußland. Preis Mk. 1.50

13: N. Bucharin und E. Preobraschensky: Das ABC des Kommunismus. Preis Mk. 4.— (Ausl. Mk. 5.—)

14: S. I. Gussew: Die Lehren des Bürgerkrieges. Pr. Mk. 2.50

15: O. W. Kuusinen: Die Revolution in Finnland. Pr. Mk. 2.—

16: J. Larin und L. Kritzmann: Wirtschaftsleben und Wirtschaftsaufbau in Sowjetrußland 1917—1920. Preis Mk. 3.50

17: M. Tomski: Abhandlungen über die Gewerkschaftsbewegung in Rußland. Preis Mk. 2.—

18: Karl Radek: Der Weg der Kommunistischen Internationale. Preis Mk. 1.50

19: G. Sinowjew: Die Krise der Kommunistischen Internationale. Preis Mk. 1.50

20: Thesen und Resolutionen des Dritten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Preis Mk. 7.50

21: Berichte zum Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale. Preis Mk. 4.—

22: Protokoll des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Preis Mk. 30.—

23: Protokoll des Dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale. (Erscheint demnächst)

24: L. Trotzki: Die neue Etappe. — Die Weltlage und unsere Aufgaben. Preis Mk. 2.50

25: E. Varga: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. (Zweite vermehrte Auflage.) (Erscheint demnächst)

Weitere Bände in Vorbereitung.